POLITISCHE GEOGRAPHIE

WELTPOLITISCHES HANDBUCH

VON

ARTHUR DIX



R. OLDENBOURG VERLAG · MÜNCHEN · BERLIN


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

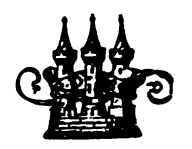
Politische Geographie

Weltpolitisches Handbuch

von

ARTHUR DIX

Mit 41 in den Text gedruckten Abbildungen
und 2 Tafeln



München und Berlin 1922
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Vorwort.

Als kleiner Knabe konnte ich mich stundenlang allein mit dem Atlas beschäftigen. Als Sekundaner schrieb ich mit Enthusiasmus geographische Klassenarbeiten (so etwas gab es vor 30 Jahren in dem als minderwertig verrufenen Lehrplan der Hauptkadettenanstalt!). Als Student der Nationalökonomie fesselten mich ganz besonders Friedrich Ratzels Vorlesungen über politische Geographie. In der Hauptsache aber blieb ich auf diesem Gebiet Autodidakt. Später, nicht lange vor Ausbruch des Großen Krieges, rief ich in Berlin »Weltpolitische Erörterungsabende« ins Leben, die als eine Art Seminar für politische Geographie gedacht waren, jedenfalls weltpolitisches Denken auf der Grundlage der politischen Geographie anregen und schulen helfen sollten. Erst als Professor Kjellén in seinen bei Kriegsbeginn so viel beachteten Schriften meinen seit 1908 in der Heidelberger »Geographischen Zeitschrift« veröffentlichten Beiträgen zur politischen Geographie als hervorragender Fachgelehrter ein reichliches Maß von Anerkennung gezollt, verfiel ich auf den Gedanken, dieses Gebiet nicht nur in gelegentliche, sondern in planmäßig durchgeführte Bearbeitung zu nehmen, zumal der Krieg selbst ja die Aufmerksamkeit eines jeden Gebildeten nach dieser Richtung gelenkt hatte. Unverhofft kam die Verlagsbuchhandlung R. Oldenbourg aus eigenem Antrieb diesem keimenden Plan fördernd entgegen, indem sie mich inmitten des Krieges aufforderte, eine Neubearbeitung der völlig vergriffenen »Politischen Geographie« von Friedrich Ratzel zu übernehmen. In dieser Form konnte ich dem Vorschlag des Verlages keinen guten Geschmack abgewinnen, da ich mir längst ein eigenes Gebäude politisch-geographischer Lehrsätze aufgerichtet hatte und Ratzel bei aller Hochschätzung seiner Werke und seines meisterhaften Vortrages als durch die vorwärts stürmende Zeit des allumfassenden Weltverkehrs und die heutige Weltpolitik in manchen Dingen überholt betrachten mußte. Doch ging der Verlag verständnisvoll und bereitwillig auf meinen Gegenvorschlag ein, die politische Geographie auf neuen Grundlagen zu bearbeiten; und vor allen Dingen trafen wir uns von vornherein in dem Streben, einen Beitrag zur weltpolitischen Erziehung der Deutschen zu liefern.

Freilich — das deutsche Handbuch für Weltpolitik hatten wir uns, als vor einigen Jahren der Plan entstand, anders gedacht: aufbauend auf anderen Grundlagen deutscher Machtstellung, als sie uns durch den Versailler Frieden zugeschnitten wurden. Aber daß es so kommen konnte,

daran trug doch eben das mangelnde Verständnis des deutschen Durchschnittspolitikers für die politisch-geographischen Tatsachen und Tendenzen sicher nicht geringe Mitschuld. Um so wichtiger erschien es, nun nicht entsagend die Hände in den Schoß zu legen und die hoffnungsfroh begonnene Arbeit ruhen zu lassen, sondern sie mit vermehrtem Eifer zäh und zielbewußt fortzuführen — nicht als eine Art verspäteter Strafpredigt über schwere Versäumnisse, sondern zur Aufrichtung eines Wegweisers in eine vorerst zwar unendlich schwere, dermaleinst aber doch hoffentlich trotz allem bessere Zukunft. Durch das Geschick gezwungen, wieder mit den Fundamenten zu beginnen, müssen wir endlich den Baugrund kennenlernen — müssen lernen auch von der klaren Zielstrebigkeit der Mächte, denen wir nach unsagbar heißem Ringen schließlich unterlagen. Die Folgerichtigkeit weltpolitischen Denkens, die in Deutschland gemeinhin so sehr vermißt wird, kann ohne Erkenntnis der Grundgesetze der politischen Geographie nicht erzielt werden. Hier den Hebel anzusetzen, ist die vornehmste Aufgabe dieser Arbeit, die aus der vielbeklagten Not der deutschen Außenpolitik geboren.

Der Verfasser.

Inhalt.

III. Buch: Völker- und Kulturgeographie.

B. Politische Geographie der Gegenwart.

IV. Buch: Das Staatenbild 1914.

V. Buch: Das Staatenbild nach den Friedensschlüssen.

VI. Buch: Deutsche Nutzanwendung.

Verzeichnis der Abbildungen.

Einleitung: Aufgaben und System der politischen Geographie.

I. Physiologische und psychologische Weltpolitik.

Weltpolitik wird gedacht und gemacht.

Von Diplomaten wird weltpolitisch verhandelt, von Staatsmännern, Völkern und Heeren weltpolitisch gehandelt.

Die gedachte Weltpolitik wird durch die Technik des Diplomaten, durch die friedlichen Mittel der Überzeugung oder Überredung — mit dem Hintergrunde der Macht — in praktische Weltpolitik umgesetzt.

Unmittelbar gemacht wird Weltpolitik durch die Technik des Heerführers mit kriegerischen Mitteln, unter voller Einsetzung der Macht, und durch die staatsmännische Ausnutzung der erzielten Erfolge in bleibende Werte.

Am weitesten entfernt sich »gemachte« von »gedachter« Weltpolitik, wo die rohe Urkraft der Völker sich in großen Wanderzügen unwiderstehlich ihre Straße bahnt. Am meisten nähern sich die »gedachte« und die »gemachte« Weltpolitik, wo ein genialer Staatsmann mit den Mitteln der Machtpolitik die Ziele der gedanklichen Politik verwirklicht.

Die Diplomatie handhabt psychologisch die Technik der Politik, die politische Geographie zeigt physiologisch ihre materiellen Grundlagen.

Handwerksmäßiges Diplomaten-Können neigt zu einer Handhabung der Psychologie im engen, persönlichen Rahmen: Zu psychologischer Beschäftigung nur mit den diplomatischen Gegenspielern. Sie wird Diplomatie im kleinen Kreise, »l'art pour l'art«. Auf die Höhe staatsmännischer und weltpolitischer Kunst erhebt sie sich erst, wenn sie auch die Seelenkunde der Völker ausschöpft und die politischen Motive ergründet, die sich aus den physiologischen Bedingungen ergeben.

Weltpolitische Physiologie, als welche sich vornehmlich die politische Geographie in ihren reifsten Früchten zu erweisen hat, erkundet Land und Leute, die aus ihnen sich ergebenden weltpolitischen Strebungen und Grundrichtungen und die Möglichkeit, sie im Dienste der eigenen Volksziele zu nutzen und zu leiten. Weltpolitische Psychologie hat

zum Gegenstand ihres Forschens und ihrer Beeinflussung Leute und Leiter, d. h. das Volk und seine Staatsmänner.

Politische Geographie, die nur das Land, Diplomatie, die nur die Leiter eines Volkes studiert, ist letzten Endes weltpolitisch unfruchtbar. Im Hirn des schöpferischen Staatsmannes müssen beide Gedankenzellen geöffnet und untereinander verbunden sein. Er muß Land, Leute und Leiter in Rechnung stellen: Die verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Lebensbedingungen und Triebrichtungen, wie sie von der Natur des Landes vorgezeichnet sind; die geschichtsgeographischen Äußerungen der Lebenskraft und ihrer Zielstrebigkeit, die in den Wandlungen des Bodenbesitzes eines Staats- und Volkstums zum Ausdruck kommen; die gegenwärtigen Bestrebungen, ihre Richtung und ihre Kraft — verkörpert in den staatsmännischen Leitern, in nationalen Unterströmungen und in der militärisch-maritimen, der diplomatischen wie auch der wirtschaftlichen Energieentfaltung.

Politische Geographie ist die Kunde von den Erdräumen, in und auf denen sich die Politik, die Staatlichkeit des Volkstums abspielt. Sie betrachtet die einzelnen Teile der bewohnten und bewohnbaren Erdoberfläche unter dem Gesichtspunkte der politischen Lebensbedingungen und staatlichen Betätigungsmöglichkeiten, die sie den Erdbewohnern bietet und gewährt.

Als Physiologie der Weltpolitik hat die politische Geographie Bodengestaltung und Bodenbeschaffenheit, Lage und Klima, Nutzbarkeit der Bodenoberfläche und der unterirdischen Lagerungen, Aufnahmefähigkeit und Ausdehnungsmöglichkeit der Räume, ihre Verbindungen mit der Umwelt und Außenwelt zu untersuchen. Indem sie aufzeigt, was wurde und was ist, gibt sie wertvolle Fingerzeige für das, was künftig werden will und werden kann.

Aus der Wirtschafts-, der Verkehrs- und der Geschichtsgeographie leitet die Physiologie der Weltpolitik Grundgesetze der politischen Geographie ab, die mitbestimmend wirken auf die Psychologie der Weltpolitik. Diese Gesetze der politischen Geographie sind nicht in jedem Zeitraum und an jedem Platze zwingend wirksam. Sie können zeitlich und räumlich ausgeschaltet erscheinen durch Passivität der Bewohnerschaft, durch Kompromiß, durch Machttendenzen, die sich vorübergehend ohne Rücksicht auf die Grundlagen der weltpolitischen Physiologie betätigen. Auf die Dauer aber kommt immer wieder einmal ihr natürliches Vorrecht zur Geltung. Sie lassen ihrer nicht fortgesetzt spotten, heischen ihren Einfluß auch auf die psychologische Weltpolitik.

Wären die Gesetze der politischen Geographie einfach, allgemeingültig, einander in ihrer Wirkung nirgends kreuzend, so müßte sich theoretisch ein Zustand ihrer vollen und endgültigen Erfüllung ergeben, der gleichbedeutend wäre mit dem ewigen Frieden. Jedoch schon die bunte Mannigfaltigkeit im Charakter unserer Erdoberfläche bringt es mit sich, daß die Grenzen der Wirksamkeit von Grundgesetzen der politischen Geographie einander vielfach schneiden, ineinander übergreifen. Zu dieser Grenzunsicherheit der physiologischen Kräfte gesellt sich der schwankende

Charakter der psychologischen Motive, die wechselnde Stärke, der ungleiche Lebenswille und Betätigungsdrang der Völker, die verschiedene Tiefe der Erkenntnis gebotener Ziele, die ungleiche Kraft des Willens zu ihrer Verfolgung in den leitenden Kräften und bei den treibenden Energien.

Die Gesetze der politischen Geographie ergeben natürliche Reibungsflächen. Die wirksame Bedeutung dieser Reibungsflächen und ihr jeweiliges politisches Schicksal hängt ab von Willensrichtung und Macht der umwohnenden Völker. Aus Stoff und Geist, aus Erdkörper und nationaler Seele, aus Raummöglichkeit und Machtwillen wird die Weltpolitik geformt. Die staatlichen Erscheinungen, die sie zeitigt, sind um so lebenskräftiger und dauerhafter, je vollständiger die Anpassung psychologischer und physiologischer Weltpolitik ist. Wo bewußter Wille die von der politischen Geographie vorgezeichneten Wege beschreitet und zielsichere Kraft die natürlichen Reibungsflächen überwindet, entstehen die starken Gebilde der Weltmacht — bis neue Kräfte, wiederum den physiologischen Gesetzen folgend, von anderem Ausgangspunkt die Reibungsflächen in ihrem Sinne meistern.

Eine Gegenüberstellung mag vorgreifend kurz versinnbildlichen, wie ein einfaches Grundgesetz der politischen Geographie zu stabilen Verhältnissen führen, eine Kreuzung von verkehrspolitischen Grundrichtungen ewige Reibungsflächen schaffen kann: Daß die Weser von der Quelle bis zur Mündung ein deutscher Strom, ist die als langfristig zu betrachtende Erfüllung eines unkomplizierten Gesetzes; daß die Meerengen zwischen Europa und Asien dauernd umkämpft sind, entspricht der Kreuzung der Wege zwischen den beiden Erdteilen einerseits, den beiden durch sie verbundenen Meeren anderseits.

Die Lehren der politischen Geographie liefern keinen Wegweiser »der« Weltpolitik schlechthin, wohl aber einen Wegweiser »für« Weltpolitik. Sie weisen praktische Ausgangspunkte und theoretische Ziele. Mit den rechten Mitteln auf den rechten Wegen die Ziele praktisch zu erreichen, ist Aufgabe anderer Faktoren. Wie die physiologische Weltpolitik sich nicht anmaßen kann, von sich allein aus die Rätsel weltgeschichtlichen Werdens und die Aufgaben weltgeschichtlicher Zukunft zu lösen, so führt die psychologische Weltpolitik auf Abwege ohne Kenntnis und Beachtung der physiologischen Grundlagen und Bedingtheiten. Wir Deutschen zumal, die von der Natur in die schwierigsten weltpolitischen Bedingungen gesetzt worden sind, haben stärksten Anlaß, der politischen Geographie unsere sorgsame Aufmerksamkeit zu widmen, ihre Gesetze zu erkunden und die Richtlinien zu beachten, die sie im Erhalten und Aufbauen, im Sichern und im Streben unserem weltpolitischen Handeln und Denken weisen.

Für Millionen unserer Feldgrauen brachte der Krieg einen eindringlichen Anschauungsunterricht in der Geographie. Sie rollten im Transportzug durch alle deutschen Gaue, lernten Belgien, Frankreich, Rußland, Serbien und Rumänien kennen, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Die daheim folgten ihren Wegen auf Atlas und Wandkarte. Sie beteiligten sich mit dem Rotstift an der hitzigen Erörterung der Kriegs-

ziele. Sie taten einen oberflächlichen oder tiefen Einblick in die politische Geographie.

Das darf für die Folgezeit nicht einfach wieder in Vergessenheit geraten. Es soll nicht damit getan sein, daß der Feldgraue von gestern an langen Winterabenden seinen Kindern von allerlei Eindrücken in fremden Welten erzählt; auch nicht damit, daß der Kannegießer, der sich in Zeiten der Siege angewöhnt, neue Grenzen zu zeichnen, auf der Bierbank von Zeit zu Zeit das Geschäft der Länderverteilung wieder aufnimmt: Nein, wir wollen und sollen planmäßig die durch den Krieg und den harten Zwang des Friedensdiktats gegebenen Anregungen zu politisch-geographischem Denken anfachen, pflegen und vertiefen. Wir können uns nicht denken, daß der geographische Unterricht in den Schulen künftig so stiefmütterlich behandelt wird, wie es früher vielfach der Fall war, insbesondere auch nicht annehmen, daß das so energisch geweckte Interesse für politische Geographie wieder erlahmen könnte. Der Krieg hat für den geographischen Unterricht eine »Konjunktur« geschaffen, die nicht ohne Dauernutzen vorübergehen sollte.

Nun ist uns aber nicht nur die Notwendigkeit vor Augen geführt worden, der politischen Geographie gesteigerte Beachtung zu schenken. Wir haben ebenso auch der notwendigen Ergänzung der politischen Geographie zu gedenken, der wir allzu fremd gegenübergestanden, und die wir doch so oft vor und besonders in dem Kriege dringend als Beraterin und Führerin hätten brauchen können: Der politischen Psychologie.

Als »Völkerpsychologie« treffen wir sie im Vorlesungsverzeichnis der Universitäten, sofern sich ein psychologischer Spezialist ihrer widmet. Ihre enge Verwandtschaft mit der politischen Geographie findet kaum Beachtung. Und doch gehören sie zusammen wie Fleisch und Blut. Auch das haben wir im Kriege erfahren.

Denken wir an die Vorgeschichte des Krieges und an die Tage des Kriegsausbruches. Wohl hatten unsere militärischen Beobachter im Auslande die Kriegsvorbereitungen richtig erkannt und bewertet. An anderen Stellen aber sträubte man sich gegen das Erkennen, war die politische Psychologie so abwegig, daß beispielsweise das Eingreifen Englands in den Krieg für den damals leitenden deutschen Staatsmann eine unbegrenzte Überraschung bedeutete. Die entschlossene Kriegsvorbereitung so scharf markierende Tatsachen, wie beispielsweise die plötzliche und völlige Kursschwenkung der russischen Polenpolitik am Abschluß der diplomatischen Mission Delcassés in Petersburg im Winter 1913/14, blieben in Deutschland fast völlig unbeachtet.

Während des Krieges drängten sich uns lange vernachlässigte Aufgaben, deren geschickte Lösung ein tiefes, verständnisinniges Eindringen in die politische Psychologie erheischte, zwingend auf. Da war obenan die Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Ausland, der deutsche Anteil am internationalen Nachrichtendienst. Auf diesem viel zu wenig vorbereiteten Gebiet entstand eine fieberhafte Tätigkeit — aber nach Schema F. Wer irgend mit Ausländern zu tun hatte, mußte immer wieder hören, wie unwirksam unsere unpsychologische Materialverbreitung war. Wir

wirkten lehrhaft, schwunglos und — defensiv. Wir »dementierten«, wo wir attackieren mußten. Das Dementi ist die trockenste, wirkungsloseste Form der Aufklärung. Auch auf diesem Gebiet gilt es nicht, eigene Blößen zu decken, feindliche Angriffe abzuwehren, sondern die Schwächen des Gegners auszuspähen und gegen sie mit starker Offensive vorzugehen. Dazu will jedes neutrale Land, auf dessen Boden, in dessen Presse sich dieser Teil des Kampfes abspielt, psychologisch individuell bewertet und behandelt sein.

Ein weiteres Arbeitsfeld politischer Psychologie bildete die Behandlung der Gefangenen, wieder eins die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Wohl waren wir bei der Gefangenenbehandlung mit besonders liebevollem Eifer und nicht ohne Geschick und Erfolg das völkerpsychologische Moment zu nutzen bestrebt, namentlich da, wo Hilfsvölker der Entente in ihren gefangengenommenen Volksteilen als geeignete Objekte gelten konnten, über Deutschland und über seine Gegner aufgeklärt zu werden, um womöglich später diese Aufklärung in ihrer Heimat weiter zu verbreiten.

Die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zwang zum Studium der Psyche des Flamen und Wallonen, des Polen und Litauers, des Serben und Rumänen. Es wird noch lange umstritten bleiben, ob hier immer die richtigen Folgerungen aus mehr oder weniger richtiger Beurteilung der Volkspsyche gezogen worden sind.

Für Truppen, die zum Teil bereits durch Jahre gewohnt, in besetzten Gebieten der Feinde zu leben, hatte es eine gewisse Schwierigkeit, sich voll des Unterschiedes klar zu werden, wenn sie in volksfremdes Freundesland kamen. Halten wir uns die verwickelten Verhältnisse etwa auf dem Balkan vor Augen, wo nicht nur zu scheiden war zwischen besetztem Gebiet und Freundesland, sondern auch zwischen den verschiedenen Verwaltungsgebieten der besetzten Länder, die teilweise dazu bestimmt waren, dauernd in Freundeshand überzugehen. Dem deutschen Soldaten, der frisch nach dem Balkan kam, war ursprünglich der Bulgare so fremd wie der Serbe, und doch mußte sein Verhältnis zu beiden ein ganz verschiedenes sein, kam er doch zu diesem als Sieger, zu jenem als verbündeter Gast.

Die größten Schwierigkeiten bereitet dem durchschnittlichen Mitteleuropäer die Psyche des Orientalen. Unser Bündnis mit der Türkei und die militärische Hilfe, die wir ihr in beträchtlichem Umfange angedeihen ließen, zwang uns auf diesem Gebiete zu liebevoller Vertiefung in ein uns so fremdes Seelenleben — ein Studium, das obendrein erschwert wurde durch die ungünstigen Einwirkungen des vorderasiatischen Klimas auf den europäischen Menschen. Bemerkenswert war u. a. die Erfahrung, daß es sich aus physiologischen ebenso wie aus psychologischen Gründen in der Regel nicht empfahl, alte Kolonialkrieger auf dem Boden des verbündeten Orient zu verwenden.

Wenn es nun wieder gilt, gewaltsam zerrissene Verbindungen zur nahen und fernen Außenwelt neu zu knüpfen; neue Freundschaften zu gewinnen; erneuten Versuchen geistiger Einkreisung durch ein antideutsches Nachrichtensystem wirksam entgegenzutreten — dann müssen wir

in hohem Grade die politische Psychologie zu Hilfe ziehen. Nicht nur unsere Diplomaten müssen in ihr geschult sein — jeder Deutsche, der, sei es in Beruf oder Geschäft, sei es selbst nur auf flüchtiger Vergnügungsreise, mit Ausländern in Berührung tritt, sollte an ihrem Studium Anteil nehmen.

Die politische Geographie, die berufen ist, die natürlichen Grundlinien politischen Völkerstrebens aus den geographischen Verhältnissen von Land und Leuten aufzuweisen, kann des Einbeziehens der politischen Psychologie in ihr Arbeitsfeld nicht entraten. Wie sie selbst kein Stiefkind sein darf unter den Kräften, die an der Volksbildung zu arbeiten berufen sind, so darf sie ihrerseits auch die politische Psychologie nicht als Stiefschwester betrachten und behandeln. Politische Geographie und politische Psychologie gehören — nochmals sei es betont — zusammen wie Fleisch und Blut.

Mit besonderem Ernst und besonderer Eindringlichkeit treten die Aufgaben der politischen Länderkunde und der politischen Völkerkunde vor das heutige Deutschland, das einerseits weltpolitisch mit jähem Schlage in eine so ungeheuer schwierige Lage versetzt worden ist, anderseits zugleich durch innere Umwälzung einen Zustand geschaffen hat, in dem das Volk auch außenpolitisch zur Selbstverwaltung bestimmt ist, ohne doch bisher jenes Maß von Erziehung und außenpolitischer Aufklärung genossen zu haben, das als Vorbedingung erfolgreicher Selbstregierung auf diesem Gebiet betrachtet werden muß. Wir werden also in bezug auf weltpolitische Belehrung viel Versäumtes nachzuholen haben und werden insbesondere darauf angewiesen sein, uns mit den Grundlagen jeder Außenpolitik vertraut zu machen: Mit der politischen Länder- und Völkerkunde als der Physiologie und Psychologie, der Stofflehre und der Seelenlehre der Weltpolitik.

II. Die politische Geographie im Rahmen der allgemeinen Wissenschaften.

Als Lehre von den Wohnsitzen und Machtbereichen der Staatsvölker hat die politische Geographie zum Beobachtungsgebiet die Erdoberfläche, soweit sie als Betätigungsfeld politisch zusammengeschlossener Menschen in Betracht kommt — die Erdoberfläche lediglich in ihrer Bedeutung als Schauplatz staatlich organisierten Völkerlebens. Dadurch zeichnet sich bereits eine Begrenzung gegenüber den anderen Zweigen der Erdkunde ab. Anderseits greift sie über den Rahmen der eigentlichen Erdkunde hinaus, indem sie, abgesehen von der Völkerpsychologie, die Volkswirtschaftskunde und vor allen Dingen die Geschichte mit zu Rate ziehen und aus deren Beobachtungen auch für ihr Arbeitsgebiet schöpfen muß.

Um zunächst das Verhältnis der politischen zur allgemeinen Erdkunde festzustellen, werden wir uns eine klare Systematik der letzteren zu vergegenwärtigen und sodann weiter zu untersuchen haben, wie die aus dieser allgemeinen Erdkunde entnommenen Elemente der politischen Erdkunde sich zu deren Systematik aufbauen lassen.

Die Systematik der allgemeinen Erdkunde möchte ich in folgende Form fassen:

Systematik der allgemeinen Erdkunde.

Erdkunde =

Länderkunde + **Völkerkunde**

Landkunde	**Gewässerkunde**	**Luftkunde**	
1. Landeskunde a) Geländekunde (Bodengestalt, Oberflächenkunde) b) Bodenkunde (Bodengehalt: Pflanzen-, Tier- u. Mineralwelt)	1. Binnenwasserkunde	1. Klimatologie (Luftbeschaffenheitskunde)	1. Volkskunde (physiologische Stammeskunde)
2. Länderkunde i. e. S. (Geographische Staatenkunde)	2. Meereskunde	2. Meteorologie (Luftbewegungskunde)	2. Völkerkunde i. e. S. (psychologische Völkerkunde) (geschichtliche Staatenkunde)

Die weitere Frage ist nunmehr, welche Teilgebiete der allgemeinen Erdkunde zu den Elementen der politischen Erdkunde beisteuern, und unter welchen besonderen Gesichtspunkten diese Gebiete der allgemeinen Erdkunde seitens der politischen Erdkunde zu betrachten sind. Hierfür ließe sich etwa das folgende Schema aufstellen:

Elemente der politischen Erdkunde.

Bodengestalt:	Grenzlehre, strategische Geographie, Verkehrsgeographie (Landverkehrskunde).
Bodengehalt:	Wirtschaftsgeographie.
Länderkunde:	Geographische Staatenkunde.
Wasserkunde:	Verkehrsgeographie (Schiffahrtskunde).
Luftkunde:	Wirtschaftsgeographie, Verkehrsgeographie (Luftverkehrskunde), Kulturgeographie.
Volkskunde:	Innenpolitische Geographie.
Völkerkunde:	Außenpolitische Geographie.

Die allgemeine Erdkunde, in die Länder- und Völkerkunde gegliedert, liefert aus diesen beiden Hauptgebieten der politischen Erdkunde das Material für Forschung und Urteil. Die Länderkunde teilten wir in Land-, Wasser- und Luftkunde. Die Landkunde wiederum hat sich zu beschäftigen mit der Bodengestalt und dem Bodengehalt, mit der äußeren Form der Erdoberfläche und mit ihren Erzeugnissen bzw. inneren Bestandteilen.

Die Geländekunde als Lehre von der äußeren Form der Erdoberfläche bietet der politischen Geographie Aufschlüsse, die ihr vor allen Dingen für die Lehre von den staatlichen Grenzen und von den verkehrsgeographischen Grundlagen der Weltpolitik wertvoll sind. Die Bodenkunde als Lehre vom inneren Gehalt und vom Erzeugungsvermögen der Erdkruste nährt die Wirtschaftsgeographie und bedient dadurch auch die politische Erdkunde mit Material zur Beurteilung der wirtschaftsgeographischen Grundlagen der Weltpolitik. Die Länderkunde im engeren Sinne endlich als geographische Staatenkunde ist in Wahrheit ein Bindeglied zwischen Länder- und Völkerkunde, oder richtiger ein Produkt beider: die Kunde von den Erdräumen und ihrer mehr oder weniger künstlichen Teilung durch die Staatspolitik der Völker.

Was wir zusammenfassend als »Erdkunde« bezeichnen, muß selbstverständlich zum nicht geringen Teil in Wahrheit »Gewässerkunde« sein, da ja der größere Teil der Oberfläche unseres Planeten mit Wasser bedeckt ist und auch auf den Festlanden die Gewässer eine erdkundlich außerordentlich wichtige Rolle spielen. Die Gewässerkunde als Lehre von den Meeren und Binnenwassern speist die politische Erdkunde in beschränktem Umfange wirtschafts-, vorwiegend aber verkehrsgeographisch.

Auch die Luftkunde als Lehre vom Klima und von der Luftbewegung hat — abgesehen von der neuerdings hervorgetretenen verkehrsgeographischen Rolle — Bedeutung für die politische Geographie durch die Einflüsse, die das Klima in wirtschafts- und kulturgeschichtlicher Hinsicht ausübt, und denen zufolge die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der Weltpolitik nicht ohne Einbeziehung der Klimatologie betrachtet werden können. Ihre Beeinflussungen des Kulturstandes spielen wiederum hinüber in das Gebiet der Völkerkunde.

Die Völkerkunde, gegliedert in Volkskunde (Rassenkunde) als Lehre von den physiologischen Stammeseigenschaften und Völkerkunde im engeren Sinne als Lehre von der Völkerpsyche, ist ein ferneres Hauptelement der politischen Geographie, der ja die Erdräume an sich nichts besagen ohne Zusammenhang mit den Bewohnern dieser Räume, ihren Eigenschaften und ihrer politischen Aktivität. Die innere Gliederung des Volkes in einzelne Staatswesen ist Gegenstand der innerpolitischen Geographie, die sich vornehmlich mit den Verwaltungsbezirken zu beschäftigen haben wird. Die außenpolitische Geographie dagegen — politische Geographie im engeren, landläufigen Sinne — befaßt sich mit der äußeren Abgrenzung der Staaten.

Gemeinhin scheidet die innenpolitische Geographie aus den Betrachtungen der politisch-geographischen Hand- und Lehrbücher aus. Keinesfalls aber dürfen wir sie hier etwa ganz unerwähnt lassen. Im geographischen Unterricht, in der Heimatkunde spielt die Einteilung der staatlichen Verwaltungsgebiete mit Recht sogar eine erhebliche Rolle als natürlicher Bestandteil der Staatsbürgerkunde. Sie ist gegenwärtig für uns in Deutschland sogar von hoher, tagfälliger Bedeutung im Hinblick auf die Bestrebungen nach innenpolitischer Neugliederung des Reiches und Preußens. Wir haben uns hier zurzeit nicht nur mit dem Beharrungs-

zustand zu beschäftigen, d. h. mit der Darstellung der vorhandenen Einteilung, sondern auch mit den Richtlinien erstrebter Veränderung und ihrer politisch-geographischen Betrachtung. Auch sonst ermangelt die innenpolitische Geographie nicht der Bedeutung. Es sei beispielsweise erinnert an die Abgrenzung politischer Wahlkreise, die sog. »Wahlkreisgeometrie«. Bei der Einteilung größerer oder kleinerer Verwaltungsgebiete in Wahlkreise kann je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung unter beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen oder auch religiösen Gesichtspunkten das Wahlergebnis sehr stark beeinflußt werden. Die Zusammenfassung oder Zerschneidung wirtschaftlicher, religiöser, kultureller Gemeinschaften vermag natürliche Mehrheiten sicherer zur Geltung kommen zu lassen oder sie in Minderheiten zu verwandeln. Ohne diese Bedeutung der innenpolitischen Geographie zu verkennen, soll jedoch auch in den folgenden Betrachtungen die übliche Beschränkung auf die außenpolitische Geographie im allgemeinen innegehalten werden.

Die außenpolitische Erdkunde hat es im Beharrungszustand zu tun vornehmlich mit den Grenzen, die die staatlich organisierten Volksgemeinschaften voneinander trennen, und mit dem von diesen Volksgemeinschaften bewohnten Boden. In der politischen Bewegung beschäftigt sie sich mit den Veränderungen der staatlichen Wohnsitze, in der weltpolitischen Gedankenwelt mit den Richtlinien des Strebens nach Veränderung der staatlichen Wohnräume und Grenzen.

Die Systematik der politischen Erdkunde wird sich nun nicht einfach jener der allgemeinen Erdkunde anpassen, da sie ja ihre Elemente nicht allein aus dieser zieht, sondern auch aus anderen Bereichen der Wissenschaft schöpft und sich ihr Haus nach eigenen Bedürfnissen einzurichten hat. Wenn wir die politische Geographie zumal behandeln wollen als Mittel zur weltpolitischen Aufklärung, wenn wir also weniger die Schilderung von Beharrungszuständen geben, als die Grundlagen der politischen Bewegung und die Richtlinien politischen Strebens ins Auge fassen wollen, so wird es vor allen Dingen darauf ankommen, die Triebkräfte bloßzulegen, die auf Abmessung und Veränderung der Räume und Grenzen staatlicher Wohnsitze einwirken. Daher geht der Inhaltsaufbau der vorliegenden Arbeit auch beträchtlich hinaus über das System der politischen Erdkunde im Beharrungszustand, für das ich das nachstehende Schema in angemessener Gruppierung der aus der allgemeinen Erdkunde in Verbindung mit Wirtschaftskunde, Verkehrskunde und Geschichte gezogenen Elemente als sachgemäß in Vorschlag bringen möchte:

Systematik der politischen Erdkunde.

A) Wirtschaftsgeographie:

Pflanzen-, Tier- und Mineralwelt,
Wasserwirtschaft,
Klimatologie,
Kulturstand und Volksdichte.

B) Verkehrsgeographie:
- Bodengestalt,
- Binnenwasserkunde,
- Meereskunde,
- Luftkunde,
- Technik und Volksdichte.

C) Politische Geographie i. e. S.:
- Physiologische und psychologische Völkerkunde.
- Außenpolitische Geographie:
  - Wirtschaftsgeographische Einwirkungen,
  - Verkehrsgeographische Einwirkungen,
  - Macht- und kulturpolitische Einwirkungen.
- Grenzlehre:
  - Natürliche und strategische Grenzen,
  - Ethnographische Grenzen,
  - Wirtschaftliche Grenzen.
- Innenpolitische Geographie:
  - Stammeskunde,
  - Verwaltungsbezirke.

Dieses System reiht zunächst die geographischen Lebensbedingungen nach Maßgabe der wirtschafts- und verkehrsgeographischen Grundlagen und des geschichtlichen Entwicklungsganges auf. Die auf Veränderung jeweils bestehender Zustände hinwirkenden Triebkräfte sind entweder materieller oder ideeller Natur. Die materiellen Triebkräfte entspringen dem Bedürfnis nach Nahrungsmittelspielraum im engeren und im weitesten Sinne. Sie sind gerichtet auf Deckung des Bedarfs an Nahrung, Kleidung, Wohnung, an Austauschgütern zwecks Gewinnung nötiger Ergänzungen vom fremden Boden, an Verkehrsmitteln usf. und steigern sich mit dem Stande der Zivilisation zu schier unbegrenzter Höhe. Die ideellen Triebkräfte können religiöser, kultureller, nationaler oder schlechthin politischer Natur sein. Ideelle und materielle Beweggründe vermischen sich bis zur Unlösbarkeit in der Betätigung staatlichen Machtbedürfnisses nach außen hin, die von dem Verlangen nach Sicherstellung der Grenzen, Sicherstellung der notwendigen Quellen des volkswirtschaftlichen Lebens und Sicherstellung der nationalen Einheit sich ausweiten kann bis zum Streben nach umfassender Weltherrschaft.

Politische Geographie, aufgefaßt zugleich als weltpolitischer Wegweiser, wird die doppelte Aufgabe haben, auf wirtschafts-, verkehrs- und geschichtsgeographischem Gebiet sowohl die Zustände, wie die Triebkräfte der Bewegung aufzuweisen. Hieraus ergibt sich organisch der von allen mir bekannten Vorgängern abweichende sachliche Aufbau dieses Werkes.

Schließlich seien hier die Worte Friedrich Ratzels angefügt, mit denen er im Jahre 1897 das Vorwort der ersten Auflage seiner »Politischen Geographie« ausklingen ließ:

»Verlangt nun die politische Geographie keine andere Methode als die geographische, so muß diese allerdings dem Beobachter politisch-

geographischer Erscheinungen so ins Blut übergehen, daß sie eine Gewohnheit der räumlichen Auffassung wird, ein ‚geographischer Sinn', vergleichbar dem historischen Sinn, der gar nicht anders kann, als jede Erscheinung des Völkerlebens als Glied einer in die unergründliche Tiefe der Zeit hinabsteigenden Kette aufzufassen. Dieser geographische Sinn hat den praktischen Staatsmännern nie gefehlt und zeichnet auch ganze Nationen aus. Bei ihnen verbirgt er sich unter Namen wie Expansionstrieb, Kolonisationsgabe, angeborener Herrschergeist; und wo man von gesundem politischen Instinkt spricht, da meint man meistens die richtige Schätzung der geographischen Grundlagen politischer Macht. Da ich nun glaube, daß dieser ‚geographische Sinn', wenn nicht gelehrt, so doch entwickelt werden kann, und daß er viel zum Verständnis und zur gerechten Beurteilung geschichtlicher und politischer Verhältnisse und Entwicklungen beitragen wird, hege ich auch die Hoffnung, dieses Buch werde nicht bloß Geographen interessieren. Sollte es zur Annäherung der Staatswissenschaft und der Geschichtswissenschaft an die Geographie beitragen, so würde ich mich reich belohnt fühlen. Die Überzeugung würde sich dann vielleicht weiter verbreiten, daß der ganze Komplex der soziologischen Wissenschaften nur auf geographischem Grunde recht gedeihen kann. Davon aber dürfte man wieder die fruchtbarste Förderung der Geographie als Wissenschaft und als Lehre erwarten.«

I. Buch: Wirtschaftsgeographie.

Einführung.

Wenn es möglich ist, in der allgemeinen Erdkunde die Länderkunde vollständig getrennt für sich zu behandeln und sie von der Völkerkunde abzuscheiden, so ist eine derartige Trennung in der politischen Erdkunde sowohl im großen wie auch im einzelnen schlechthin undenkbar. Im Begriff der politischen Erdkunde liegt ja an sich schon die Voraussetzung einer Beschäftigung mit den politischen Erdbewohnern, d. h. weder mit der Erde ohne Rücksicht auf den Menschen, noch mit dem Menschen ohne Rücksicht auf die bewohnten Räume, sondern durchaus mit dem Zusammenhang zwischen den politisch organisierten Lebewesen und den von ihnen innegehabten Erdräumen. Was von der politischen Erdkunde insgesamt gilt, hat nicht geringere Geltung für jene Teilgebiete der allgemeinen Geographie, die zu den Grundlagen der politischen Geographie gerechnet werden können: für die Wirtschaftsgeographie und die Verkehrsgeographie. Von Wirtschaft wie von Verkehr kann nur die Rede sein, wo man neben den Räumen, auf und in denen Wirtschaft und Verkehr sich vollziehen, den Menschen im Auge hat, der diese beiden betreibt.

Wirtschaft und Verkehr sind künstliche Funktionen der Menschen, die sich nicht damit begnügen, die Erdoberfläche in ihren vorhandenen Erscheinungen zu nutzen, sondern mit mehr oder weniger ausgebildeten technischen Mitteln der Natur nachzuhelfen, sie in den Dienst des menschlichen Willens zu stellen trachten. Je weiter Wirtschaft und Verkehr sich entwickeln, um so mehr erkennt man die Betätigung menschlichen Dranges nach Befreiung von geographischen Gebundenheiten. Der Landverkehr überwindet Gebirge durch Tunnel, der Wasserverkehr Landstrecken durch Kanäle. Die Wirtschaft — unter steter Nutzung des Verkehrs — beeinflußt künstlich den Pflanzen- und Tierwuchs, schafft die Schätze des Bodeninnern an Stätten, denen die Natur sie versagt hat, läßt unter Umständen auch an sich als Wirtschaftsgut geeignete Bodenschätze verkümmern, weil sie auf künstlichem Wege nutzbarere Erzeugnisse verwandter Art zu erzielen vermag.

So wird die für den Aufbau der politischen Geographie mitentscheidende Wirtschaftsgeographie sich nicht etwa darauf beschränken können,

auf Grund der natürlichen (physischen) Erdkunde, auf Grund der Untersuchung des Bodengehalts Wirtschaftszonen zu ermitteln und zu schildern, sondern sie wird wesentlich auch die völkerpsychologischen Faktoren mit zu beobachten haben, die verschiedene technische und kaufmännische Eignung der Völker zur Wirtschaftsentwicklung, und gerade aus der Feststellung dieser Beziehungen zwischen Volk und Boden reiches Material zu liefern haben für die politische Geographie, die in den wirtschaftsgeographisch beeinflußten Richtlinien der Weltpolitik Wegweiser für die eigene Orientierung findet.

A. Wirtschaftliche Lebensbedingungen der Staatsvölker.

1. Pflanzen-, Tier- und Mineralreich.

Die Lebensmöglichkeiten der Staatsvölker (nur mit ihnen hat sich ja die politische Erdkunde zu beschäftigen, nicht mit Urmenschen oder isolierten Robinson Crusoes) hängen ab von den Deckungsmöglichkeiten der Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Behausung. Jede Notwendigkeit, für irgendeinen Teil dieser Versorgung Materialien von fremdem Boden heranzuziehen, bedingt ein Heraustreten aus der geschlossenen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, die Erzeugung von Austauschgütern über den eigenen, unmittelbaren Bedarf hinaus. Diese Erzeugung von Austauschgütern kann sich vollziehen durch Gewinnung von Schätzen des eigenen Bodens, die den Eigenbedarf übersteigen, oder auch durch Verarbeitung fremder Bodenprodukte. Im letzteren Falle ergibt sich doppelter Zwang zur Arbeit über den eigenen Volksbedarf hinaus.

Ein Beispiel: Wir brauchen aus dem Auslande Weizen für unsere Nahrung und Leder für unsere Beschuhung. Nun importieren wir für den Bedarf von einem Paar Stiefel ein Stück Leder, aus dem sich drei Paar herstellen lassen. Zur Bezahlung dieses Leders brauchen wir nur ein Paar Stiefel zu exportieren, da die Arbeit den Preisunterschied deckt. Bleibt also ein Paar Stiefel für den eigenen Bedarf und ein weiteres Paar Stiefel für die Ausfuhr, um damit den eingeführten Weizen zu bezahlen. Das Beispiel zeigt bereits die Überlegenheit des wirtschaftenden Menschen über die Abhängigkeit vom Boden. Er hat weder genug Weizen, noch genug Leder, aber er macht sich durch die technische Entwicklung seiner Arbeit unabhängig von der Notwendigkeit, die Zufuhr durch Erzeugnisse seines eigenen Bodens zu bezahlen — er zahlt mit der Verarbeitung der überschüssig eingeführten Erzeugnisse fremden Bodens. In dem Augenblick aber, in dem mir die Zufuhr von Weizen und Leder abgeschnitten wird, versagt dieses System, tritt die Abhängigkeit vom eigenen Boden wieder in Geltung. Wie wenig sich ein Staatsvolk der Möglichkeit solcher Rückfälle in die künstlich überwundene Abhängigkeit verschließen darf, darüber hat gerade uns Deutsche der Große Krieg zur Genüge belehrt.

Kann es auch nicht Aufgabe der Wirtschaftsgeographie im Rahmen der politischen Geographie sein, die wirtschaftlichen Bodenverhältnisse so

eingehend darzulegen, wie es ihre Aufgabe etwa im Rahmen der Handelsgeographie wäre, so ist es doch immerhin auch in diesem Zusammenhange geboten, ein Bild davon zu geben, was die einzelnen Erdräume beizusteuern vermögen zur Deckung der natürlichen Bedürfnisse der Staatsvölker an Nahrung, Kleidung und Wohnung bzw. an Austauschgütern zur mittelbaren Deckung dieses Bedarfs.

Sowohl Nahrung wie Kleidung werden nebeneinander geliefert durch die Pflanzen- und Tierwelt. Die Wohnungsbedürfnisse deckt neben der Pflanzenwelt (Holz) in der Hauptsache die Mineralwelt, aber auch bei Steinbauten unter Beisteuerung seitens der Tier- und Pflanzenwelt für die Ausstattungen der Wohnungen (Möbel aus Holz, Betten unter Verwendung von Leinwand, Federn, Tierhaaren usw.). Schließlich wird für die Zubereitung der Nahrung, die Herstellung der Kleidung und Wohnung mit allem Zubehör das Mineralreich in weitestem Umfange herangezogen: Kochherd, Kochgeschirr, Eßgeschirr, Spinn-, Web- und Nähmaschine, Heizung und Beleuchtung, Hausrat jeder Art, Material für die Bau- und Möbelindustrie, Brennstoff usf.

Die wirtschaftliche nutzbare Pflanzenwelt (Kulturzone) deckt sich nicht mit der menschlich bewohnten Erdoberfläche. Von der Landfläche insgesamt nimmt sie nicht viel mehr als die Hälfte ein. Es kommen unter diesem Betracht in Fortfall die Polargebiete, die Wüstenflächen und alles sonstige Öd- und Unland. Als Kulturzone wird gemeinhin das Land zwischen den Getreidegrenzen angesprochen, soweit es Kulturpflanzen zu tragen vermag, einschließlich des Waldes, der kultureller Nutzung wenigstens theoretisch überall zugänglich ist. Dieses gesamte Kulturland erstreckt sich, wie gesagt, über die reichliche Hälfte der festen Erdoberfläche. Mehr als die Hälfte dieses Kulturlandes wiederum ist Waldboden, der kleinere Rest, also weniger als ein Viertel der festen Erdoberfläche, Acker-, Wiesen- und Weideland.

Rechnet man das meist nur sehr dünn besiedelte und vergleichsweise wirtschaftlich wenig genutzte Waldland ab, so zeigt sich ein sehr verschiedener Anteil des eigentlichen Kulturlandes an den einzelnen Erdteilen: In Europa steht fast die Hälfte des Bodens unter Pflanzen- und Tierzucht, in Südamerika ein Viertel, annähernd ebensoviel ist ihr in Asien zugänglich. Von Nordamerika und Afrika ist je ein Fünftel kulturfähig, von Australien ein Neuntel. Dabei ist freilich der Vorbehalt zu machen, daß fortgeschrittene Technik bei genügenden Arbeitskräften die Einbeziehung auch weiteren Bodens unter Pflanzen- und Tierzucht gelingen könnte, zumal in den Steppen (ein Drittel Australiens, ein Viertel Afrikas, ein Fünftel Asiens, ein Sechstel Südamerikas und ein Achtel Nordamerikas) und den Waldgebieten, die von Südamerika rund die Hälfte, von Nordamerika und Asien je ein Drittel, von Europa fast ein Drittel, von Afrika ein Viertel und von Australien und Ozeanien ein Sechstel bedecken.

Unter den auf dem Kulturboden erzeugten Nahrungsmitteln steht an Menge obenan die Kartoffel mit jährlich etwa 150 Millionen Tonnen; es folgen Weizen und Mais mit je 100 Millionen, Reis mit 80 Millionen, Roggen mit 50 und Gerste mit 40 Millionen. Allerdings ist im Auge zu behalten, daß die Ernteschätzungen, namentlich in den Ländern der Mais- und Reisproduktion, zum Teil durchaus der einigermaßen sicheren Grundlage entbehren.

Die verhältnismäßig noch zuverlässigsten Zahlen liegen aus den Hauptländern der Weizenproduktion vor. Anbaufläche, Ernte und Hektarertrag von Weizen stellten sich im Jahre 1912/13 wie folgt:

	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t	Hektarertrag in dz
Rußland	30 420	26 503	11,4
Vereinigte Staaten	20 309	20 776	11,1
Britisch-Indien	11 948	9 871	8,3
Argentinien	6 918	5 100	7,4
Frankreich	6 547	8 692	13,3
Italien	4 792	5 835	12,2
Österreich-Ungarn	4 328	5 742	13,2
Kanada	4 458	6 306	14,1
Spanien	3 903	3 059	7,8
Australien	3 047	2 643	8,8
Deutschland	1 974	4 656	23,6
Rumänien	1 623	2 291	14,1
Bulgarien	1 030	1 650	16,0
Großbritannien	725	1 543	21,3
Algier	651	400	6,1
Mexiko	598	199	2,0
Ägypten	548	1 046	19,1
Tunis	500	150	3,0
Japan	479	706	14,7
Chile	466	326	7,0
Uruguay	330	147	4,5
Belgien	159	402	25,2
Schweden	105	254	24,2
Niederlande	57	138	24,2
Dänemark	54	182	33,7
Schweiz	42	95	22,5
Luxemburg	11	18	16,1
Norwegen	5	9	17,6
Zusammen	106 027	108 740	10,2

Die Maisernte von 1913 wurde geschätzt:

	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t	Hektarertrag in dz
Vereinigte Staaten	42 824	62 156	14,5
Argentinien	4 152	8 300	20,0
Österreich-Ungarn	3 204	4 625	15,8
Rumänien	2 147	3 111	14,5
Rußland	2 136	2 123	9,9
Mexiko	1 921	1 993	10,4
Italien	1 574	2 753	17,5
Ägypten	686	1 449	21,1
Bulgarien	650	1 150	17,7
Frankreich	469	741	—
Spanien	447	637	14,3
Uruguay	254	136	5,3
Kanada	112	426	37,9
Japan	54	90	16,7
Tunis	10	2	2,0
Neuseeland	2	6	23,2
Zusammen	60 642	89 699	14,8

Für die Kartoffel stellen sich die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1913 wie folgt:

	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t	Hektarertrag in dz
Rußland	4 879	35 537	74,3
Deutschland	3 412	54 121	158,6
Österreich-Ungarn	1 967	16 428	84,0
Frankreich	1 517	12 985	85,6
Vereinigte Staaten	1 484	9 023	60,8
Großbritannien	475	7 727	162,7
Italien	292	1 789	61,2
Kanada	192	2 138	111,2
Niederlande	170	2 503	147,2
Belgien	160	3 201	200,0
Schweden	153	2 051	134,2
Dänemark	61	1 070	175,0
Schweiz	55	850	153,4
Norwegen	41	704	171,1
Luxemburg	15	208	139,6
Rumänien	11	98	96,3
Zusammen	14 884	150 432	101,1

Unter den wichtigeren Getreidearten ist ferner der Hafer mit etwa 70 Millionen Tonnen zu erwähnen, der aber vornehmlich nicht als menschliches Nahrungsmittel, sondern als Viehfutter in Betracht kommt. Während Reis und auch Mais in erster Linie auf die tropischen und subtropischen Gebiete entfallen, sind die eigentlichen Getreidearten Erzeugnisse der gemäßigten Zone in Nord und Süd. Die Kartoffel ist heute fast ganz europäisches Gewächs, ebenso wie der Roggen. Der Reis ist das Nahrungsmittel der Asiaten, der Mais das Produkt Nordamerikas. Von der Weizenernte der Welt erzeugt Europa etwas mehr als die Hälfte, Amerika ein Viertel, Asien ein knappes Sechstel. Gerste kommt zu fast zwei Dritteln aus Europa, zu je 16—17% aus Asien und Nordamerika. Der Hafer ist zu zwei Dritteln europäisches, zu einem Drittel nordamerikanisches Erzeugnis.

Auf der Grenze der Nahrungs- und Genußmittel steht der Zucker, der ziemlich gleichmäßig mit je 8—9 Millionen Tonnen als Rohr- und Rübenzucker gewonnen wird — ersterer zur Hälfte in Südasien, daneben besonders in Mittelamerika, letzterer ganz überwiegend in Europa.

Für das Jahr 1913 stellte sich die Gewinnung von Rüben- und Rohrzucker wie folgt:

Zuckerrohrernte:

	Zuckerertrag in 1000 t
Britisch-Indien	2625
Niederländisch-Indien	1466
Kuba	2598
Mexiko	788
Portoriko	325
Hawaii-Inseln	325
Philippinen	225
	8352

	Zuckerertrag in 1000 t
Übertrag	8352
Brasilien	203
Peru	177
Argentinien	147
Vereinigte Staaten	140
San Domingo	106
Ägypten	69
Zusammen:	9187

Anbaufläche, Gesamtertrag und Hektarertrag an Rüben und Rübenzucker:

	Anbaufläche in 1000 ha	Rübenernte in 1000 t	Hektarertrag in dz	Zucker in 1000 t	Zuckerertrag vom ha in dz
Europäisches Rußland	740	12 328	166,5	1 232	16,6
Deutschland	548	16 642	304,0	2 618	47,8
Österreich-Ungarn	437	11 639	263,9	1 895	43,4
Vereinigte Staaten	234	5 295	226,7	714	30,5
Frankreich	231	6 030	261,0	821	35,5
Niederlande	60	1 665	276,2	319	52,7
Italien	57	2 730	481,5	208	36,8
Belgien	52	1 392	265,5	296	56,4
Spanien	43	1 080	250,6	156	36,3
Dänemark	33	930	287,3	153	47,1
Schweden	28	845	301,8	132	47,1
Rumänien	13	282	217,0	35	26,8
Kanada	7	134	195,2	21	30,4
Bulgarien	3	45	128,6	9	26,9
Zusammen	2 486	61 038	245,6	8 609	34,6

Hauptgewinnungsort der eigentlichen Genußmittel sind die Tropen, Südamerika und China (Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze).

Steigende Bedeutung für Nahrungszwecke, daneben auch für technische Zwecke, haben die Ölpflanzen vorwiegend tropischen Ursprungs gewonnen, die gegenüber den tierischen Fetten auch in den Kulturländern der gemäßigten Zone sich in erheblichem Maße durchsetzen.

Um zunächst bei den pflanzlichen Erzeugnissen zu bleiben, ist sodann besonders der Faserpflanzen zu gedenken, die in der Deckung des Bedarfs an Bekleidungsmitteln obenan stehen. In der Weltbaumwollernte behaupten die subtropischen Gebiete Nordamerikas den weitaus ersten Platz; neben ihnen kommt die ostindische, die ägyptische und die mittel- und ostasiatische Ernte erheblich in Betracht. Ferner ist der indischen Jute zu gedenken, aber auch der europäische Flachs und Hanf nicht zu vergessen.

In den wichtigsten Ländern betrugen im Jahre 1912/13 Baumwollanbau und -Ernte:

	Anbaufläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t
Vereinigte Staaten	14 573	3 211
Indien	8 914	836
Ägypten	724	339
Asiatisches Rußland	555	471
Zusammen	24 766	4 857

Die Anbaufläche von Jute in Britisch-Indien beläuft sich auf etwa 1,4 Millionen ha, die Ernte auf 1,7 Millionen Tonnen (etwa 12 dz vom ha).

Über Flachsbau liegen folgende Zahlen vor:

	Anbaufläche in 1000 ha	Faser in 1000 t	Hektarertrag in dz	Leinsamen in 1000 t	Hektarertrag in dz
Rußland	1 658	835	5,1	684	4,1
Österreich-Ungarn . . .	36	22	6,2	16	4,3
Belgien	23	18	7,7	10	4,2
Großbritannien (Irland) .	24	13	5,4	10	—
Niederlande	15	7	5,1	8	5,6
Italien	18	3	1,4	10	5,7
Rumänien	27	2	6,8	13	4,9
Japan	10	4	4,2	3	2,6
Zusammen	1 811	905	6,0	754	4,2

Hanfproduzenten sind vornehmlich Rußland und Italien, abgesehen von dem auf den Philippinen gewonnenen Manilahanf und dem sog. Sisalhanf der tropischen Agave (Mexiko, Bahama-Inseln, Mittelafrika, Südsee).

Den Zwecken der Wohnung (Hausbau und Möbel) liefert das Holz der gemäßigten Zone und das Luxusholz der Tropen reiches Material, dessen Weltgewinnung und -Verbrauch statistisch freilich ganz unübersichtlich ist, ebenso wie der Verbrauch an Brennholz. Zu den größten Holzlieferanten des Weltmarkts gehören Rußland, die nordeuropäischen Länder und Nordamerika.

Wie die Pflanzenwelt, so deckt auch die Tierwelt Bedürfnisse sowohl an Nahrungsmitteln wie auch an Kleidung und Wohnung. Neben Fleisch, Fett, Milch und Eiern liefert sie Wolle, Leder, Felle, Seide, Federn, Knochen und Horn für allerlei Bekleidungsbedarf und Hausrat. Wie das Holz als Brennmaterial, so stellt ferner das Haustier als Arbeitskraft wichtige Hilfsmittel des wirtschaftlichen Lebens. Für Vergleichszwecke nach Ländern und Erdteilen ist die Schätzung des Viehstandes mit noch mehr Vorsicht zu verwenden als die Schätzung der Ernten, zumal ja auch hier die Qualitätsunterschiede eine ganz gewaltige Rolle spielen. Am Rindviehbestand der Erde mag Asien mit 150 Millionen Stück beteiligt sein, Europa mit 140, Nordamerika mit 70, Südamerika mit 50, Australien mit 15, Afrika mit 10 Millionen. An Schweinen zählt Europa wohl 75 Millionen, Nordamerika 65, Asien vielleicht 30, Südamerika 10, Australien und Afrika je 2 Millionen. Von den weit über 500 Millionen Schafen dürften ungefähr je 30% auf Europa und Amerika (vornehmlich Südamerika), 20 auf Asien, der Rest zum größten Teil auf Australien, zum kleinen Teil auf Afrika entfallen.

Genaue Zahlen liegen vor aus folgenden Ländern:

Rußland	38	Millionen
Großbritannien	21	»
Spanien	18	»
Balkanstaaten	18	»
Frankreich	16	»
Italien	12	»
Österreich-Ungarn	11	»
Deutschland	5,5	»
Übriges Europa	3,5	»
Zusammen europäische Länder . . .	143	Millionen.

Ferner: Amerika:

Argentinien	83	Millionen
Vereinigte Staaten	51	»
Uruguay	26	»
Chile	4	»
Mexiko	4	»
Kanada	2	»
Australien und Neuseeland	107	»
Afrika: Britisch-Südafrika	31	»
Französisch-Nordafrika	10	»

Nicht zu unterschätzen ist auch die Zahl der Ziegen in Südasien und Afrika. Die häufigste Verwendung der Pferde findet sich in Europa mit gegen 50 Millionen und Nordamerika mit annähernd 25 Millionen Haupt.

Trotz des großen Viehbestandes in Asien ist dort der Fleischverbrauch verhältnismäßig nur gering. Das Vieh dient dort teils als Arbeitstier, teils zur Leder-, Federn- und Eiergewinnung. Als Nahrungsmittel für den Welthandel kommen besonders die Überschußproduktionen tierischer Erzeugnisse in Nord- und Südamerika und Australien in Betracht. Von der Wollernte der Welt liefert Europa ein Drittel, Amerika annähernd dasselbe, Australien ein Viertel und Asien ein Zehntel. Zur Welternte an Seide steuert Ostasien 20 Millionen Tonnen bei, Europa 5 Millionen, Vorder- und Mittelasien 2½ Millionen.

Klarere Übersichten als über die Pflanzen- und Tierzucht haben wir bezüglich der wirtschaftlich nutzbar gemachten Erzeugnisse im allgemeinen über die Gewinnung der Mineralschätze, insofern dieselbe vornehmlich stattfindet in den Ländern auf modernerer Kulturstufe mit ausgebildeter Statistik über Produktion und Welthandel, die beispielsweise in einem der Hauptproduktionsländer pflanzlicher Erzeugnisse — China — vollständig fehlt.

Ihrer Verwendungsart nach kommen die mineralischen Erzeugnisse nur für Wohnungszwecke auch unmittelbar in Betracht, in der Hauptsache aber mittelbar für die Mitwirkung an der Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse, d. h. für die Herstellung der Nahrung, Kleidung, Behausung, für die Vermittlung des Verkehrs und für die Zwecke der Heizung und Beleuchtung.

Das Rückgrat der Industrie bildet die (ihrem organischen Ursprung nach allerdings eigentlich nicht zum Mineralreich rechnende, gemeinhin aber doch zum Gestein gezählte) Kohle. Von den natürlichen Kohlenvorräten und dem Grad ihrer Nutzung hängt die Belebung der modernen Volkswirtschaft und des Weltmarktes ab wie von kaum einem zweiten Stoff. Die Kohle liefert nicht nur der menschlichen Behausung in den nichttropischen Gegenden Heizung und Beleuchtung — sie ist ein Hauptträger des modernen Verkehrs und notwendiges Hilfsmittel der meisten Arten von Rohstoffverwertung. Ihre Ergänzung findet die Kohle als Betriebsstoff neuerdings im zunehmenden Maße im Erdöl.

Die Hauptkohlenproduzenten der Erde sind nach dem Stande vor dem Kriege die folgenden:

	Menge in Millionen Tonnen	Wert in Millionen Mark		Menge in Millionen Tonnen	Wert in Millionen Mark
Vereinigte Staaten	450	2630	Kanada	10	110
England	270	2400	Neu-Südwales . .	9	62
Deutschland . . .	255	2050	Britisch-Indien . .	12	50
Frankreich	40	475	Spanien	4	45
Rußland	30	400	Transvaal	4	20
Österreich	50	340	Niederlande	2	20
Belgien	23	300	Neuseeland	2	20
Japan	17	120	Natal	2	15

Die sehr bedeutenden Kohlenlager Chinas waren vor dem Kriege nur ganz wenig genutzt. Sie bilden ein unerschöpfliches Material für die Industrialisierung dieses Landes, zu der die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Krieges (Warenmangel, Beispiel der japanischen Kriegsgewinne) bedeutsamen Anreiz gegeben haben.

Die Kohle behauptet einen hervorragenden Platz auch im Welthandel. Mit mehr als 2% Anteil am Gesamtbetrage des Welthandels erreichte sie eine Höhe, die nur von Weizen, Baumwolle und Wolle erreicht oder überschritten wurde. Haupt**ausfuhr**länder waren nach den Ziffern des letzten Jahres aus der Vorkriegszeit: Großbritannien mit mehr als Mk. 1 Milliarde. Deutschland mit mehr als ½ Milliarde und die Vereinigten Staaten mit mehr als ¼ Milliarde. Haupt**einfuhr**länder: Frankreich mit rund 370, Italien mit rund Mk. 300 Millionen. Der Kriegsausgang hat die Rollen insofern vertauscht, als Frankreich durch die Besetzung des Saargebiets und die deutsche Zwangsbelieferung einstweilen aller Kohlensorgen enthoben ist, wogegen Deutschland in große Schwierigkeiten bezüglich der Kohlenversorgung geriet. Die Vereinigten Staaten haben ihren Absatz zeitweise außerordentlich zu steigern vermocht.

Die **Erdöl**produzenten erschienen vor dem Kriege in nachstehender Reihenfolge:

	Menge in Millionen Tonnen rund	Hundertteile der Weltproduktion rund
Vereinigte Staaten . . .	30	62
Rußland	10	20
Mexiko	2	5
Rumänien	2	4
Niederländisch-Indien . .	1½	3
Österreich-Ungarn	1½	3
Britisch-Indien	1	2

Beträchtliche Erschließungsfähigkeit eignet noch den Erdölquellen Mittel- und Vorderasiens.

Die Erdölverwendung hat besonders für Betriebszwecke in neuerer Zeit große Fortschritte gemacht, vor allen Dingen im Verkehrswesen. Automobile, Flugzeuge und Unterseeboote sind fast ganz auf Erdölprodukte als Betriebsstoff angewiesen. Auch in der Seeschiffahrt alten Systems hat das Erdöl die Kohle zu verdrängen begonnen. Mit dieser fortschreitenden Verwendung des Erdöls gewinnt die Herrschaft über sein Vorkommen an politischer Bedeutung, sodaß sich in unserer Zeit ein reger Wettkampf um die Erdölquellen, anschließend an den alten Wettkampf um die Kohlenlager, entsponnen hat. Er spielt sich vor allen Dingen ab zwischen den Vereinigten Staaten, deren alte, in gewissem Grade monopolistische Stellung auf dem Welterdölmarkt durch emsigste Anstrengungen Englands bedroht wird, in allen Weltteilen wie bisher Kohlenstationen, so jetzt Fundstätten des Erdöls in seine Hand zu bringen. England hat sich, teilweise im Zusammengehen mit niederländischen Erdölgesellschaften, große Vorkommen in Ost- und Süd-Ost-Europa, Afrika, Vorder-, Süd- und Ostasien, der Asiatischen Inselwelt, Australien, Neu-Seeland und Amerika gesichert.

Für eine fernere Zukunft gewinnt dieser Kampf um die Erdölquellen um so höhere Bedeutung, als dem Erdöl eine wesentlich spätere Erschöpfbarkeit als der Kohle zugeschrieben wird. Immerhin wird man sagen müssen, daß die Menschheit beim Verbrauch von Kohle und Erdöl gewissermaßen vom Kapital erschöpfbarer Naturkräfte zehrt und deshalb darauf Bedacht nehmen muß, nach Möglichkeit neben diesen natürlichen Kraftquellen solche zu benutzen, deren Verbrauch kein Zehren vom Kapital, sondern eher ein Leben von den Zinsen ständig sich erneuernder Naturkräfte darstellt. So handelte sie in den früheren Wirtschaftsepochen, in denen die in vergleichsweise beschränktem Umfange sich haltende gewerbliche Produktion vornehmlich die menschlichen und tierischen Arbeitskräfte unter ergänzender Hinzuziehung der lebendigen, nichtanimalischen Naturkräfte benutzte, nämlich des seine Eigenbewegung in maschinelle Nutzbarmachung übertragenden Wassers der Flüsse, und in gleicher Weise die bewegte Luft. Das Zeitalter der Industrialisierung führte von jener früheren Nutzung der lebendigen Naturkräfte hinweg zu einer vorragenden Nutzung der gebundenen Naturkräfte, nämlich der Heizkraft der Kohle und des Erdöls. Nunmehr sind wir, zwar nicht erst seit heute, sondern schon etwa seit der Jahrhundertwende, heute jedoch in durch die Kriegseinflüsse bedeutend beschleunigtem Tempo und bestärktem Maße in eine fortschreitende wirtschaftliche Epoche eingetreten, in der auch Massenindustrie und Massenverkehr nach möglichst weitgehender, rationalisierter Nutzung der lebendigen Naturkräfte zum mindestens teilweisen Ersatz der gebundenen streben. Darüber wird in dem folgenden Abschnitt noch einiges zu vermerken sein.

Unter denjenigen mineralischen Rohstoffen, die mit Hilfe der Kohle ihre Verwendung finden, steht weit obenan das Eisenerz. Hauptländer der Eisenerzgewinnung sind — immer nach dem vor Kriegsausbruch erreichten Stande:

	Menge in Millionen Tonnen
Vereinigte Staaten	60
Deutschland	30
Frankreich	18
England	15
Spanien	9
Rußland	8
Schweden	7
Österreich-Ungarn	5
Algier	1

An Roheisen erzeugten, zum Teil unter Heranziehung fremdländischer Eisenerze:

	Menge in Millionen Tonnen
Vereinigte Staaten	30
Deutschland	17
England	10
Frankreich	5
Rußland	4
Österreich-Ungarn	2,5
Belgien	2
Kanada	0,9
Schweden	0,7
Spanien	0,4
Italien	0,4

Kupfererze produzieren namentlich die Vereinigten Staaten, Spanien, Australien, Japan, Mexiko, Deutschland, Kanada; Bleierze Australien, Spanien, Italien, Algier.

In der Goldgewinnung stehen an der Spitze Südafrika, die Vereinigten Staaten, Rußland, Australien, Mexiko, Britisch-Indien, Kanada, Ostasien, Mittelamerika. Die wichtigsten Silberländer sind Nord-, Süd- und Mittelamerika, Australien, Mitteleuropa.

Dem Werte nach standen die in der Vorkriegszeit jährlich gewonnenen Mineralien in der Weltproduktion in folgender Reihe:

Kohle	8400 Mill. M.
Eisenerze	2900 » »
Gold	1700 » »
Kupfer	1200 » »
Silber	600 » »
Zinn	280 » »
Blei	260 » »
Zink	220 » »

Neben den Schwermetallen finden in der neueren Technik die Leichtmetalle erhöhte Beachtung. In Fachkreisen spricht man von einem beginnenden »Zeitalter der leichteren Metalle«.

Die Vorräte der alten mineralischen Rohstoffe, auf denen unsere materielle Kultur in den letzten tausend Jahren aufgebaut wurde, werden nicht länger sorglos als unerschöpflich betrachtet. Im Gegenteil, die Wissenschaft befürchtet schon jetzt, daß das Wirtschaftsleben mit seiner ungeheuren Nachfrage nach den schweren Metallen, wie Eisen, Kupfer, Zink und Platin, und nach den für die Landwirtschaft bedeutungsvollen Phosphaten gegenwärtig unersetzliches Kapital konsumiert. Die beständig erhöhte Nachfrage nach diesen Rohwaren wird nicht länger von einer entsprechenden Produktionserhöhung aufgewogen. Es könnte also scheinen, als ob die Zivilisation, welche auf einem unbegrenzten Verbrauch dieser Mineralien begründet ist, bereits ihren Höhepunkt erreicht hätte. Das wäre auch der Fall unter der Voraussetzung, daß es keine anderen metallischen Rohstoffe gäbe, die innerhalb des Rahmens unserer jetzigen technischen Entwicklung in der Lage sein würden, die alten Rohstoffe zu ersetzen, und zwar Rohstoffe, die in solchen Mengen vorhanden sind, daß die Weltvorräte trotz eines fortschreitenden erhöhten Verbrauchs in absehbarer Zeit nicht erschöpft werden könnten. Diese Frage hängt eng mit der durch den Krieg aktuell gewordenen Selbstversorgung der Nationen mit Rohstoffen zusammen.

In Norwegen ist man eifrig am Werke, neue Herstellungsmethoden und Verwendungsmöglichkeiten für die leichteren Metalle ausfindig zu machen, und es wurde schon während des Krieges ein Komitee ernannt, welches die Aufgabe hatte, das Problem der leichteren Metalle und ihrer Bedeutung für Norwegen klarzulegen. In einem Bericht dieses Komitees veröffentlichte der Vorsitzende, Professor Goldschmidt, Christiania, interessante Ausführungen über die voraussichtliche Gestaltung des Zeitalters der leichteren Metalle. Eine Untersuchung der Erdkruste ergab das Resultat, daß nachstehende Mineralien im folgenden prozentualen Verhältnis vorhanden sind: Silizium (Siliziumdioxyd) 59,8; Tonerde (Aluminiumoxyd) 14,9; Eisenoxyde 6,1; Kalziumoxyd 4,9; Magnesiumoxyd 3,7; Natriumkarbonat 33; Kalisalze 3,0; Titan (Titanoxyd) 0,8. Der prozentuale Gehalt der Erdkruste an einigen der wichtigsten, von der Technik am meisten benutzten Metalle stellt sich aber weit ungünstiger, nämlich: Nickel 0,2; Kupfer 0,1; Zink 0,04; Blei 0,02. Hieraus geht hervor, daß die für unsere gegenwärtige materielle Kultur bedeutungsvollsten Mineralien in nur verhältnismäßig kleinen Quantitäten vorkommen, und daß der Zugang von Metallen, wie Kupfer, Blei und Zink, im Verhältnis zu den übrigen metallischen Bestandteilen der Erdkruste verschwindend klein ist. Die am reichlichsten vorkommenden Mineralien sind von ganz anderem Charakter als die genannten Schwermetalle.

S i l i z i u m, der wichtigste Bestandteil des im gewöhnlichen Stein vorkommenden Siliziumdioxyd, hat lange Zeit nur für dieGlas- und Porzellanerzeugung Bedeutung gehabt, wurde aber in den letzten Jahren in freier Form in immer größeren Quantitäten hergestellt. Das Silizium wird jetzt auch für die Legierungen und im Verein mit Kohle zur Herstellung von Karborundum verwandt. Es dürfte ohne Zweifel möglich sein, diesen metallähnlichen Stoff in immer höherem Maße für die verschiedensten Zwecke zu verwenden.

Nach dem Siliziumdioxyd ist das Aluminiumoxyd der am reichlichsten vorkommende metallische Rohstoff, weil die Erdkruste zu einem Sechstel daraus besteht. Es ist bekanntlich erst in den letzten Jahren möglich gewesen, so große Mengen Aluminium zu erzeugen, daß das Metall eine praktische Bedeutung erhalten konnte.

Die Herstellung dieser leichten Metalle nimmt größere Mengen elektrischer Energien in Anspruch und es dürfte somit kein Zufall sein, wenn ihre Ausnutzung mit dem Zeitalter der Elektrizität zusammenfällt. Zur Herstellung von 1 kg Metall aus den vorhandenen Oxyden wird beispielsweise folgende Menge Elektrizität verwandt: Für Kupfer etwa ½ PS-Stunde, für Eisen 3 PS-Stunden, für Aluminium 11 PS-Stunden. Anfangs wurden besonders bedeutende Mengen französischen Bauxits zu Aluminium verarbeitet. In Zukunft wird aber die Hauptaufgabe auf diesem Gebiet in der Gewinnung von Aluminium aus Tonerde unter Ausnutzung der Wasserkräfte bestehen. Die Produktion des letztgenannten Metalles steigert sich schnell, und die jährliche Erzeugung kommt ungefähr auf die Höhe derjenigen des Zinns.

Aluminium ist das typische Exempel eines leichten Metalls, das gute Voraussetzungen hat, die schweren Metalle auf vielen Gebieten zu verdrängen. Es ist jetzt die Frage, wie die zur Herstellung notwendigen Rohstoffe in hinlänglichen Mengen gewonnen werden können. Vor dem Kriege wurde für die Aluminiumherstellung vorzugsweise Bauxit, ein durch Eisensalze verunreinigtes Aluminiumoxyd von großer Seltenheit verwandt. Die wichtigsten Bauxitvorkommen befinden sich in Frankreich, Ungarn, Nordamerika, Zentralamerika und Indien, und da dieselben nicht besonders umfangreich sind, hat man es bereits seit langem als ein wissenschaftliches Problem ersten Ranges erkannt, neue Methoden zur Ausnutzung des in gewöhnlicher Tonerde vorkommenden Aluminiumoxyds ausfindig zu machen. Das Problem ist während des Krieges u. a. in Deutschland praktisch gelöst worden.

Ein anderes silberähnliches Metall, welches in reichen Mengen vorkommt, ist das Magnesium, das bisher hauptsächlich für Aluminiumlegierungen Verwendung gefunden hat. Noch gewöhnlicher ist das Kalzium, dessen chemische Verbindungen bereits für verschiedene Industrien eine große Rolle spielen. Titan, welches lange Zeit als ein seltenes und unnützes Mineral betrachtet wurde, findet jetzt Anwendung bei der Farbenproduktion, wo es als hervorragender Ersatz für Blei und Zink dient. Die Titanfarben sollen den Zink- und Bleifarben bedeutend überlegen sein.

Die Rohstoffe des neuen metallischen Zeitalters zeichnen sich also in erster Linie dadurch aus, daß sie in bedeutend reichlicheren Mengen als die Rohstoffe der schweren Metalle vorkommen. Die Entstehung neuer Produktionszentren für leichte Metalle mit daraus folgender Unabhängigkeit in den den Schwermetallmarkt beherrschenden Mächten könnte zu schwerwiegenden Verschiebungen in dem wirtschaftlichen und politischen Gleichgewicht führen.

2. Wasserwirtschaft.

Während bezüglich der Pflanzen- und Tierwelt auf dem Boden des Festlandes das Verhältnis des wirtschaftenden Menschen zu den ihn umgebenden Naturerzeugnissen in immer zunehmendem Maße das des planmäßigen Züchters geworden ist, steht auch der Kulturmensch gegenüber den Erzeugnissen der Gewässer und Meere immer noch mehr auf dem Fuße der vorkulturellen Stufe der Gütergewinnung. Gegenüber der Kleinpflanzenwelt ist der Kulturmensch zum Landwirt und zum Gärtner geworden, gegenüber der Tierwelt des Festlandes vom Jäger in weitaus erster Linie zum Tierzüchter. Freilich nimmt auch heute noch die Wildjagd einen durchaus nicht unbedeutenden Raum in der Versorgung unseres Wirtschaftslebens ein, wobei nur erinnert zu werden braucht an die Tatsache, daß Deutschland mit seiner weltberühmten Leipziger Rauchwarenmesse allein für etwa 200 Mill. M. Pelztierfelle im Jahre einführte. Aber es ist doch gleichzeitig auch auf die Tatsache zu verweisen, daß unsere Einfuhr der Viehzucht und nicht der Jägerei entstammender Kalb-, Rind-, Büffel-, Schaf- und Ziegenfelle das Doppelte dieser Summe weit übersteigt. Nur gegenüber der Großpflanzenwelt des Festlandbodens ist der Mensch erst in verhältnismäßig bescheidenem Umfange zum planmäßig wirtschaftenden Förster geworden, anstatt die Welt des Waldes und Urwaldes ohne Bewirtschaftung nach Willkür für seine Zwecke zu nutzen.

Im Hinblick auf die Pflanzen- und Lebewelt der Gewässer und Meere kann von einer planvollen Bewirtschaftung durch den Menschen nur in sehr bescheidenem Umfange die Rede sein. Der Aufstieg vom planlosen Fischfang zur Fischzucht macht schon in den Binnengewässern der Kulturländer nur langsam Fortschritte, und im Hinblick auf die Fischgründe des Ozeans vollends ist von ihr gar keine Rede, abgesehen etwa von vereinzelten Fällen der künstlichen Anlage von Austernbänken u. dgl.

Welche Rolle der Süßwasserfisch in der Volksernährung spielt, dafür lassen sich für die einzelnen Länder kaum vergleichbare Anhaltspunkte geben. Die Binnenfischerei wird weitaus in der Hauptsache nur nebenberuflich ausgeübt, ihre Erträgnisse gehen großenteils in den unkontrollierbaren Eigenverbrauch, und auch über Umfang und Ertrag der künstlichen Fischzucht fehlt es an erschöpfender Übersicht. Oberflächlich ist der gesamte Jahresverbrauch an Fischen auf 5—6 Millionen Tonnen geschätzt worden, wovon etwa 4 Millionen Tonnen auf Seefische entfallen.

Der frühere Glaube, daß die Tiefsee unerschöpfliche Ergänzungsquellen des Fischreichtums der Ozeane enthielte, hat sich bei näheren Nachforschungen als irrig erwiesen. Die hauptsächlichen Fischgründe befinden sich vielmehr in den flacheren Gewässern der Küstengebiete und ganz besonders in den halbgeschlossenen Meeren, wie der Nordsee und dem Mittelmeer. Mehr als Zweidrittel der gesamten Welternte an Seefischen entfallen auf den nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans. Die Ausbeute des Großen Ozeans mit seinen gewaltigen Tiefen und des Indischen Ozeans ist ganz wesentlich geringer.

Die Fischernte der nördlichen Hälfte des Atlantischen Ozeans allein wird auf einen Jahreswert von mindestens 1 Milliarde M. beziffert. Die

Haupterträge der Großfischerei zu beiden Seiten des nördlichen Atlantik und in der besonders fischreichen Umgegend der Insel Island liefern der Kabeljau und der Hering. Während diese beiden Fischarten ebenso wie die im Mittelmeer und an der westeuropäischen Küste des Atlantik verbreitete Sardine und der Thunfisch vornehmlich in konservierter Form die Weltmärkte versorgen, bildet das Hauptobjekt jenes Teiles der Großfischerei in der Nordsee, dessen Erträgnisse in frischem Zustande auf den Markt kommen, der Schellfisch. Eine beträchtliche Rolle spielt namentlich an den vom Golfstrom bespülten Küsten auch die Austernfischerei. In Nordfrankreich und besonders in den östlichen Ländern der Vereinigten Staaten ist die Auster ein weitverbreitetes Volksnahrungsmittel. Bei diesem Seetier hat auch die künstliche Zucht in sog. Austernparks begonnen. Ferner ist bezüglich der wirtschaftlichen Nutzung des Meeres noch der Schwamm- und der Perlenfischerei sowie der Korallenfischerei zu gedenken.

An der Weltausbeute der Seefischgründe sind in erster Linie England und die Vereinigten Staaten mit je etwa einem Fünftel bis ein Viertel beteiligt. Mit je 12—13% folgen Norwegen, Kanada und Japan. Die übrigen Länder teilen sich in den Rest, und zwar vorwiegend Rußland, Frankreich, die Niederlande, Deutschland und die Mittelmeerländer.

Obwohl die Fischerei zu den ältesten Erwerbszweigen der Menschheit gehört, wird sie noch heute im allgemeinen als Raubfischerei betrieben. Noch heute überläßt der Mensch die Bewohner des Meeres sich selbst, unbekümmert darum, ob die scheinbar unerschöpflichen Quellen nicht auch einmal versiegen können. Den Seefischen gegenüber verhält sich der Mensch bis in die Gegenwart nicht anders als einst gegenüber den gewaltigen Büffelherden der Prärien, den Elefantenherden Afrikas, den Robben- und Walroßherden der nordischen Eisinseln. Aber wie jene vernichtet oder der Ausrottung nahe sind, so steht auch den Seefischen ein ähnliches Schicksal bevor, wenn die planlose Raubwirtschaft dauernd unverändert beibehalten wird und die wirtschaftliche Kultur an den Meeresküsten Halt macht. Wissenschaftliche Untersuchungen der neueren Zeit lassen keinen Zweifel darüber, daß wir das Kapital unserer Meere angegriffen haben und im Begriff stehen, die reichen Fischbestände zu vernichten. So lange die Seefischerei nur in Form der Küstenfischerei betrieben wurde, kam aus der Hochsee stets neuer Nachschub. Seitdem aber die Hochseefischerei mit Dampfbetrieb und mit ihren riesigen Schleppnetzen eingesetzt hat, geht die jährliche Ausbeute über das Maß des natürlichen Nachwuchses hinaus und die Verringerung der durchschnittlichen Größe der gefangenen Fische liefert ein deutliches Warnungszeichen.

Als in der hohen See ein ganz neues Produktionsgebiet erschlossen, als bisher völlig unberührte, wahrhaft jungfräuliche, lebensreiche Gründe des offenen Meeres entdeckt und ausgenutzt wurden, da nahm die Seefischerei zunächst einen gewaltigen Aufschwung. Nachdem sich aber einmal die Seefischerei der hohen See bemächtigt und hier eine wüste Raubwirtschaft begonnen hatte, mußte es sich bald erweisen, daß auch die Schätze des Meeres nicht unerschöpflich sind. Neue Fischgründe mußten gesucht,

auf Schonmaßregeln mußte gesonnen werden. Während der Mensch seit mehr als einem Jahrhundert wenigstens in der Binnenfischerei zu den Anfängen einer Wasserkultur übergegangen ist, zu Teichanlagen und künstlicher Fischzucht, ist, abgesehen von den Austernparks an einigen Küsten, auf dem offenen Meere von einer Wasserkultur noch nicht die Rede. Der Glaube war zu allgemein, daß das Meer an organischen Leben ebenso reich und unerschöpflich sei, wie seine Ausdehnung gewaltig und seine Tiefe grenzenlos. Die wissenschaftliche Forschung jedoch hat diese Annahme völlig widerlegt. Sie hat dargetan, daß die Flachsee unendlich viel lebensreicher als der tiefe Ozean ist, daß also nach einer Zerstörung des Fischbestandes in den Flachseen auf einen Ersatz aus der Tiefsee nicht zu rechnen ist.

Nachdem im Jahre 1889 die berühmte deutsche Planktonexpedition die Armut des Ozeans in überraschender Weise dargetan und die Hoffnung auf seinen unerschöpflichen Fischreichtum abgeschnitten hatte, wurde im Jahre 1891 eine internationale Konferenz nach London zusammenberufen, um über internationale Fischereischonmaßregeln wenigstens in der Nordsee zu beraten. Eine infolge jener Konferenz eingesetzte Kommission führte zu der Überzeugung, daß die ersten Zeichen beginnenden Verfalls der kostbaren Fischbestände der Nordsee deutlich erkennbar waren, und daß international-rechtliche Vereinbarungen notwendig wären, wenn jene Fischbestände nicht demselben Schicksal entgegengehen sollten, das einst die reichen Walgründe der nordischen Meere gehabt hatten.

Die Überfischungsgefahr wird um so größer, je mehr der Seefisch als billiges Volksnahrungsmittel an Bedeutung gewonnen hat. Dies gilt auch für Deutschland, wo der Seefischereiverein sich seit langem die Aufgabe gesetzt hat, »daß durch das ganze Land Seefische das ganze Jahr hindurch in tadelloser Ware zu einem solchen Preise zu kaufen sein sollen, daß auch die unbemittelten Schichten der Bevölkerung das billigste Fleisch, welches existiert, zur Ernährung benutzen können.« Die Aufgabe läßt sich nicht von der Hand weisen, die Schätze des Meeres nicht zu zerstören, sondern sie zu erhalten und dauernd nachwachsen zu lassen. In diesem Sinne wird wirtschaftliche Meereskultur mit der Zeit zu einer unabweisbaren Pflicht. Internationale Vereinbarungen über gemeinsame Maßregeln werden kaum zu vollem Erfolge führen, da egoistische Tendenzen die einzelnen an der Seefischerei hauptbeteiligten Länder angesichts der schweren Kontrollierbarkeit leicht zu Umgehungen veranlassen können und werden. Ernsthaft zu erwägen ist daher eine Hinausschiebung territorialer Hoheitsgrenzen an der Küste, die das Aufsichtsrecht der einzelnen Küstenländer über die Seefischerei erweitert und die praktischen Aussichten einer wirtschaftlichen Meereskultur von seiten des einzelnen Landes steigert.

Unter den wirtschaftlichen Erträgnissen der Seefischerei beginnt das Fischleder namentlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine nicht unbeträchtliche Rolle zu spielen. Das Ministerium für Fischereiwesen hat der Erzeugung von Fischleder in den Vereinigten Staaten großes Interesse entgegengebracht, und verschiedene Gerbereien in Boston

und New York ersucht, diesem neuen Industriezweige ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch Hafenorte wurden aufgesucht, um die Fischer für den Haifischfang zu gewinnen. So werden jetzt Häute von Florida-Haifischen sowie von verschiedenen Rochenarten, ferner die Häute von Stör und Braunfisch, die bisher als völlig wertlos verworfen wurden, mit gutem Erfolge verarbeitet. Die aus den genannten Fischarten gewonnenen Häute sind bis zu 40 Quadratfuß groß, ja man hat solche bis zu 100 Quadratfuß darunter.

Fischleder wird heute bereits zu Brief- und Reisetaschen, Gürteln, Hosenträgern und ähnlichen Lederwaren verarbeitet. Man hofft auch, Schuhe aus Haifischleder auf den Markt bringen zu können, wobei man auf einen starken Absatz rechnet, zumal sich gerade Haifischleder besonders gut färben läßt und dadurch zur Verarbeitung für die modernen farbigen Straßenschuhe besonders eignet. Sohlenleder wird aus der äußeren Lage der Haut einer im Golf von Mexiko gefangenen Haifischart hergestellt, und die Haut der Magenwände von Haifischen wird zu Phantasieleder verarbeitet, während die Eingeweide von Braunfisch ein dünnes Leder für die Herstellung von Kinderschuhen ergeben.

Dazu bietet die neue Lederindustrie eine Reihe wertvoller Nebenprodukte, wie künstlichen Dünger, Hühnerfutter, Leim und Instrumentensaiten. Haifischflossen werden nach China als Delikatesse verkauft, und das Fischblut kann als Gerbmittel Verwendung finden. Endlich enthalten die für die Lederverarbeitung in Frage kommenden Fischarten viel Lebertran, der für pharmazeutische Zwecke benutzt wird.

Die Fischlederindustrie steckt zwar noch in den Kinderschuhen, aber in letzter Zeit wurden bedeutende Fortschritte in der Gerbung gemacht und eine Reihe bisher auftretender Schwierigkeiten konnte von der Industrie erfolgreich überwunden werden.

Haben wir im Vorstehenden zunächst nur von der wirtschaftlichen Nutzung der Wasserbewohner gesprochen, so müssen wir des weiteren noch der wirtschaftlichen Nutzung des Wassers selbst bzw. der lebendigen Kraft des bewegten Wassers gedenken. In dieser Beziehung wurde schon oben ein fortschreitender Übergang von fast ausschließlichem Leben vom Naturkapital zu wesentlich gesteigertem Leben von den Naturzinsen festgestellt. In allen Industrieländern vollzieht sich ein zunehmender Ersatz kalorischer durch mechanische Energiequellen, eine zunehmende Nutzung der Wasserkräfte, in erster Linie zur Erzeugung von Elektrizität sowohl für industrielle Zwecke, wie ganz besonders für die Zwecke des Eisenbahnbetriebes. Ein besonders starker Anreiz war für diesen wirtschaftstechnischen Fortschritt in denjenigen Ländern geboten, die in der Kriegszeit am meisten Mangel an Kohlenzufuhr litten, wie beispielsweise Italien. Aber auch in so kohlenreichen Ländern, wie den vereinigten Staaten, werden nach und nach Millionen von Pferdekräften aus der natürlichen und unversiegbaren Kraftquelle des bewegten Wassers gewonnen, was eine Nutzbarmachung der elektrischen Kraft bis in die kleinsten Handreichungen des Haushalts hinein gestattet — eine Tatsache, die mit der Zuspitzung des Hausangestellten-Problems ständig an Be-

deutung gewinnt. Auch kleinere Flüsse mit geringeren Gefällen lassen sich durch Stauanlagen zur Hergabe nicht unerheblicher Kraft zwingen. Die großen Wasserkraftwerke haben an Wert noch dadurch gewonnen, daß die sich so stark entwickelnde Herstellung von Stickstoff aus der Luft sowohl wie die Aluminium-Fabrikation zu ihrer Rentabilität die Verfügbarmachung billiger elektrischer Kraft voraussetzen. Ebenso ist die durch Wasserkraft gewonnene Elektrizität in der neuen Technik der Hüttenindustrie, der Porzellanindustrie und der Landwirtschaft ungemein erweiterter Anwendung fähig. Kein Land ermangelt der Möglichkeit, aus der Kraft des bewegten Wassers wirtschaftliche Vorteile zu schöpfen, und wo diese Möglichkeit nur in begrenztem Umfange gegeben ist, wie beispielsweise in Dänemark, hat man bereits mit der Einfuhr durch Wasserkraft erzeugter elektrischer Energie aus den benachbarten skandinavischen Gebirgsländern begonnen. Geradezu unbegrenzt wäre die Versorgungsfähigkeit auf diesem Gebiet, wenn es gelänge, den durch Ebbe und Flut regelmäßig bewegten Wassermengen der Oceane die Kraft zur Speisung von Elektrizitätswerken abzuringen.

3. Das Luftreich (Klimatologie).

Im allgemeinen ist es üblich, wirtschaftlich-geographische Betrachtungen oder erdkundliche Güterlehre mit klimatologischer Einteilung der Wirtschaftszonen zu beginnen. Wenn hier von dieser Gewohnheit abgesehen und eine Betrachtung der drei Elemente Land, Wasser und Luft in der Reihenfolge ihrer wirtschaftlichen Nutzung durch den Menschen vorgenommen wird, so geschieht das unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Einflüsse des Menschen auf die Bodennutzung mit fortgeschrittener Kultur den klimatologischen Einflüssen immer mehr überlegen werden. Speziell in der Nutzung der Haustiere erweist sich eine verhältnismäßig sehr weitgehende klimatologische Anpassungsfähigkeit in Gemeinschaft mit dem Menschen. Wenn ein anderwärts so weit verbreitetes Haustier wie das Schwein in großen Gebieten Afrikas nur selten ist, so ist diese Erscheinung viel weniger in klimatologischen Verhältnissen begründet als in der Glaubenslehre der Bewohner, die ja beispielsweise in der mohammedanischen Form den Genuß von Schweinefleisch verpönt—was freilich wiederum klimatische Begründung hat. Wenn in den kühleren Zonen gemäßigter Klimata der Roggen, in den wärmeren der Weizen, in den subtropischen Mais und Reis, in den tropischen verschiedene Hirsearten vorherrschen, so ergänzen und ersetzen sich diese Getreidesorten in ihrem Wert für die Volksernährung so weitgehend, daß es unter größeren weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten verhältnismäßig wenig belangreich ist, auf diese Zoneneinteilung des näheren einzugehen.

Von weit größerer wirtschafts-geographischer Bedeutung ist es, diejenigen Gebiete festzustellen, in denen Überschußproduktion an diesen Hauptnahrungsmitteln über den Eigenbedarf der Bevölkerung hinaus stattfindet, und diese Erzielung von Überschußproduktion hängt keineswegs nur ab von den klimatologischen Möglichkeiten, sondern in unter Umständen weit höherem Maße von den wirtschaftstechnischen Fähig-

keiten der Bevölkerung jener Produktionsgebiete, von dem Verhältnis zwischen Bodenfläche und Bevölkerungszahl und schließlich von dem Kulturstand des Produzenten als Konsumenten. Wenn die mittelrussische Kornkammer eine starke Roggenausfuhr, die pontische, die nord- und südamerikanische und die australische Kornkammer eine starke Weizenausfuhr, die beiden amerikanischen daneben auch ebenso wie ein Teil der pontischen eine bedeutende Maisausfuhr und die indische endlich eine große Reisausfuhr verzeichnen, so ist das für die fünf erstgenannten wesentlich zurückzuführen auf eine geringe Bevölkerungsdichte der Hauptproduktionsgebiete, die eine starke Überschußproduktion für den Weltmarkt ermöglicht, für das letztgenannte Gebiet auf einen harten wirtschaftspolitischen Druck der britischen Herrschaft, der die Ausfuhr auch dann erzwingt, wenn im Lande selbst Hungersnot herrscht — eine Lage, die in gewissem Umfange übrigens auch für die mittelrussischen Ausfuhrgebiete Geltung hatte.

In starker Abhängigkeit vom Klima befinden sich die dem wirtschaftlichen Eingreifen des Menschen noch nicht so weitgehend unterworfenen Waldzonen mitsamt ihrer wilden Tierwelt. Völlig an den Standort gebunden sind die Mineralschätze im Innern der Erdkruste; aber auch ihre Nutzung hängt ja keineswegs allein von ihrem Vorkommen ab, sondern in sehr wesentlichem Maße von der wirtschaftstechnischen Befähigung der Bewohner. Es braucht auch hier nur wieder daran erinnert zu werden, daß die reichsten Kohlen- und Erzvorkommen in China bisher so gut wie ungenutzt waren.

Man wird mit einer gewissen Berechtigung sagen können, daß der Einfluß der Luft mit der Gesamtheit ihrer klimatologischen Erscheinungen (Jahresschwankungen der Temperatur, der Niederschläge, der Winde) auf den wirtschaftenden Menschen wohl schließlich wesentlicher ist als auf die wirtschaftlichen Güter. Durch künstliche Düngung und künstliche Bewässerung gelingt es dem Menschen, klimatologische Hindernisse in außerordentlich weitgehendem Maße zu überwinden. Seine eigene Veranlagung zur Leistung kulturwirtschaftlichen Widerstandes gegen klimatologische Einflüsse und zur Beeinflussung der Bodenproduktion ist aber in beträchtlichem Grade von den Einwirkungen des Klimas auf ihn selbst abhängig. Wohl eignet den Willensmenschen der gemäßigten Zone ein erheblicher Grad von Anpassungsfähigkeit auch an die Lebensbedingungen der tropischen und der kalten Zonen; doch ist es schwer, die natürliche Arbeitsunlust des eingeborenen Bewohners der tropischen Gebiete zu überwinden, und auch die Arbeitsweise des subtropischen Orientalen oder etwa des im südlich gemäßigten Klima lebenden Romanen, Hellenen usw., paßt sieh nur widerstrebend den Bedürfnissen einer scharf rationalisierten Wirtschaftsform an.

Von einer Luftwirtschaft im engeren Sinne war bis in die allerjüngste Zeit hinein eigentlich überhaupt nicht die Rede. Nur die Luftbewegung wurde seit alter Zeit in den Dienst der Wirtschaft gestellt durch die Windmühle und in den Dienst des Verkehrs durch das Segelschiff. Heute haben wir begonnen, die Luft unmittelbar in ihren natürlichen Bestand-

teilen auch wirtschaftlich nutzbar zu machen durch die Stickstoffgewinnung aus der Luft. Weitergehende Probleme, wie etwa einer Aufstapelung der Wärmestrahlungen oder eine Nutzbarmachung der Luftelektrizität für wirtschaftliche Zwecke, harren noch ebenso der Lösung, wie beispielsweise in der Wasserwirtschaft die Nutzung der Meereswogen oder insbesondere der Gezeiten als Kraftquellen.

Ebenso wie die von der Natur bewegten Wassermengen stehen die Energiequellen der bewegten Luftschicht zur menschlichen Verfügung. Ihre Nutzung ist im Zeitalter des Dampfes auch dort in den Hintergrund getreten, wo sie früher vorherrschend, wo nicht alleinherrschend war, nämlich in der Seeschiffahrt, in der das Segelschiff zusehends durch den Dampfer verdrängt wurde. Man wird in Zukunft auch wieder mehr mit einer ergänzenden Nutzung der Windkräfte zur Umwandlung in elektrische Energie neben den Wasserkräften zu rechnen haben. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang schließlich die Auswertung auf elektrischem Wege erzeugter Ätherschwingungen durch die drahtlose Telegraphie und neuerdings auch Telephonie bleiben. Diese Nachrichtenbeförderung rund um den Erdball durch die Luft ohne besondere Leitungsanlage bedeutet einen schwer zu überbietenden Höhepunkt weltwirtschaftlichen Fortschritts und ermangelt wiederum nicht der politischen Bedeutung durch die Befreiung des internationalen Nachrichtendienstes von der Herrschaft einzelner Länder über die großen Überseekabel.

4. Wirtschaftskultur und Volksdichte.

Daß »Land« und »Leute« von der Wirtschaftsgeographie ebensowenig wie von der politischen Geographie überhaupt gesondert behandelt werden können, ist schon einleitend wiederholt hervorgehoben und im vorigen Abschnitt noch besonders unterstrichen worden. In allen Daten, die wir über den Bodengehalt, den Gewässergehalt und den Luftgehalt bzw. die Einwirkungen des Luftreiches auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten anführten, kam überall die wesentliche Rolle zum Ausdruck, die der Befähigung des wirtschaftenden Staatsvolkes zur Nutzung der wirtschaftlichen Rohmaterialien und Entwicklungsmöglichkeiten zukommt. Wir sahen die großen Unterschiede der Hektarerträge in den verschiedenen Ländern, die sich weit mehr als aus klimatischen Unterschieden und verschiedener Bodenbeschaffenheit aus dem verschiedenen Grad der Wirtschaftlichkeit des Menschen erklären. Wir haben uns nunmehr nach der Betrachtung des Boden-, des Wasser- und des Luftreiches noch ganz besonders mit dem wirtschaftenden Volk und mit denjenigen Erscheinungen des Volkslebens und Volkscharakters zu beschäftigen, die von wesentlichem Einfluß auf den Grad der Gütergewinnung, der Güternutzung und des Güterbedarfs sind.

Alle drei Wirtschaftsstufen: Die Gütergewinnung — die Güterverarbeitung und der Güterbedarf hängen ab von dem Kulturstand und der Dichte der Bevölkerung. Auf der Hand liegt zunächst, daß mit steigender Kultur und mit steigender Volksdichte auch der Güterbedarf steigt. Je höher die wirtschaftliche Kultur und die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, um

so mehr steigt aber auch die Gütergewinnung (Rohproduktion) und die Güternutzung (Verarbeitung). Vielleicht das markanteste Beispiel lieferte das deutsche Volk der Vorkriegszeit. Seine wirtschaftlich-technische Kultur und seine Volksdichte waren in starkem Steigen begriffen, und in gleicher Weise, ja in noch höherem Grade stieg seine Rohproduktion und Rohstoffverarbeitung. Frankreich war sicher ein Land hoher Kultur — aber seine Bevölkerung erfuhr keinen nennenswerten Zuwachs, und so stagnierte im allgemeinen auch seine Produktion an wirtschaftlichen Gütern. Nur seine Kapitalproduktion ruhte nicht und gab, wie später eingehender darzulegen sein wird, Anlaß zu politischen Ausbreitungsbestrebungen.

Nicht unbeachtet soll bleiben, daß die Entscheidung über den wirtschaftlichen Auf- und Ausbau, aus dem sich politische Folgerungen entwickeln, nicht lediglich beim Volkstum schlechthin, sondern beim politisch organisierten Staatsvolke liegen. Zur Erklärung diene eine Gegenüberstellung: Das im Deutschen Reich politisch organisierte Staatsvolk wuchs in seiner wirtschaftlichen Kultur noch schneller als in seinem Volksbestand. Zur vollen Nutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Bodens, so wie die rasch fortschreitende Technik sie theoretisch gestattete, reichte daher praktisch das natürliche Zuwachsen von Arbeitskräften des eigenen Volkstums nicht aus. Daher fand ein jährliches Hereinholen von etwa 1 Million fremdstämmiger Arbeitskräfte (Polen, Russen, Italiener) statt, um die Volkswirtschaft zur vollen Entwicklung zu bringen. Anderseits sehen wir, daß die nicht als Staatsvolk organisierten deutschen Kolonisten in Südrußland zwar kulturell und wirtschaftstechnisch ihrer russischen Umgebung beträchtlich überlegen waren, daß sie aber doch in der Hauptsache auf ihrem alten Kulturstand verharrten und in der politischen Isolierung nicht entfernt die wirtschaftlichen Fortschritte zu verzeichnen hatten wie ihre Stammesgenossen im Deutschen Reiche.

Ein sicherer Gradmesser für den wirtschaftlichen Kulturstand der einzelnen Staatsvölker ist nicht vorhanden. Vergleiche lassen sich nur ziehen bei Berücksichtigung einer großen Vielzahl recht verschiedener Faktoren. Der allgemeine Bildungsgrad ist oberflächlich abzulesen aus der Prozentzahl der Analphabeten. Doch können wirtschaftliche Fähigkeiten auch vererbt und anerzogen sein ohne eigentliche Schulkenntnisse. Die Zahl der Menschen wiederum, die auf je einem Quadratkilometer Unterhalt zu finden vermögen, hängt nicht nur ab von der Befähigung zur Nutzung des Bodens, sondern auch von seiner natürlichen Fruchtbarkeit. Die Verbreitung der Verkehrsmittel — gewiß ein wesentliches Merkmal wirtschaftlicher Kulturhöhe — ist nur schwer in Vergleich zu setzen, da die Notwendigkeit künstlicher Verkehrsstraßen (Eisenbahnen) neben den natürlichen (Wasserstraßen) von Natur verschieden groß ist. Die Hektarerträge der wichtigsten Feldfrüchte sind nicht nur abhängig von der menschlichen Arbeit, sondern auch von der Fruchtbarkeit des Bodens. Auch die Zahl der Pferdekräfte der in einem volkswirtschaftlichen Ganzen verwandten Maschinen im Verhältnis zur Kopfzahl der Bevölkerung gäbe nur einen rohen Maßstab, aber immerhin keinen un-

wesentlichen für die Beurteilung wirtschaftstechnischen Kulturstandes eines Staatsvolkes. Ganz unzulänglich wäre ein Vergleich der Anteile am Welthandel, da der Bedarf an wirtschaftlichen Ergänzungen allzu verschieden ist. Und doch waren die Hauptkulturländer auch die weitaus hauptbeteiligten am Weltwirtschaftsverkehr, und gerade die Zahlen der Handelsstatistik lieferten für landläufige Beurteilung der kulturellen und weltpolitischen Bedeutung der Länder den allergebräuchlichsten Wertmesser. Er bezeichnet aber in der Hauptsache nicht die Fähigkeit zur Nutzung der eigenen Bodenschätze, sondern vielmehr gerade die Fähigkeit zur Heranziehung der Güter fremden Bodens für die eigenen Bedürfnisse — insofern allerdings im weitesten Sinne gewiß einen Gradmesser für wirtschaftliches Können überhaupt.

Was wir besser übersehen können, ist die Volksvermehrung und die Volksdichte, die beide für politische Wirkungen wirtschaftlich grundlegender Erscheinungen von größter Bedeutung sein können. Aber auch nur sein können — nicht unbedingt sein müssen. Das Gegenbeispiel liefert China mit seiner enormen Volksdichte und seinem doch so passiven weltpolitischen Verhalten einer überaus genügsamen Bevölkerung. Auch fehlen uns gerade von volkreichsten Ländern sichere Angaben über Volkszahl, Volksdichtigkeit und Volkswachstum.

Unter all diesem Vorbehalt der Dürftigkeit, Lückenhaftigkeit und nur bedingten Vergleichsfähigkeit des vorhandenen Materials mögen hier immerhin einige Vergleichszahlen aus den angeführten Gebieten vor Augen geführt werden:

1. Volksdichte.

Land	Einwohner auf 1 qkm
In Europa:	
Belgien	252,0
Niederlande	171,4
Großbritannien	144,2
Italien	120,9
Deutschland	120,0
Schweiz	91,2
Österreich-Ungarn	76,0
Frankreich	73,8
Dänemark	70,8
Portugal	64,8
Serbien	60,3
Rumänien	55,2
Bulgarien	45,0
Griechenland	41,6
Spanien	38,8
Schweden	13,5
Finnland	9,4
Norwegen	7,6
Rußland	5,9
In Amerika:	
Salvador	47,6
Cuba	17,9
Guatemala	16,3
Vereinigte Staaten	11,7
Mexiko	7,6
Uruguay	6,3
Costa Rica	5,6
Honduras	4,8
Chile	4,3
Columbien	4,3
Paraguay	2,5
Venezuela	2,3
Brasilien	2,0
Argentinien	1,8
Bolivien	1,4
In Afrika:	
Britisch-Westafrika	17,5
Tunis	15,4
Ägypten	11,4
Algier	9,7
Südafrikanische Union	4,9
Madagaskar	5,4

Land	Einwohner auf 1 qkm	Land	Einwohner auf 1 qkm
In Asien:		China	39,6
Java und Madura	228,9	Philippinen	25,6
Str. Settlements	174,3	Sumatra, Borneo, Celebes	4,3
Japan	129,7	In Australien:	
Britisch-Indien	67,5	Neu-Seeland	3,7
Korea	44,7	Australien	0,6

In seiner Anthropo-Geographie Bd. II hat Ratzel im 8. Kapitel die Beziehungen zwischen Volksdichte und Kulturstufe eingehend behandelt, wobei als typische Verhältnisse, auf die Quadratmeile berechnet, sich folgende herausstellten: 1. Jäger- und Fischervölker in den Randgebieten der Ökumene 0,1—0,3; Jägervölker der Steppen 0,1—0,5; Jägervölker mit etwas Ackerbau 10—40, Fischervölker auf schmalen Küsten- und Flußgebieten bis 100. Hirtennomaden 40—100. Nomaden mit Ackerbau 200—300. Ackerbauer mit Anfängen von Gewerbe und Verkehr 100—300. Ackerbauer mit Fischfang bis 500. Länder des Islam im steppenhaften Westasien und Sudan 200—500. Junge Länder mit europäischem Ackerbau 500. Klimatisch unbegünstigte Länder Europas ebensoviel. Reine Ackerbaugebiete Mitteleuropas 4000, reine Ackerbaugebiete Südeuropas 4000. Reine Ackerbaugebiete Indiens bis 10000. Gemischte Ackerbau- und Industriegebiete 5—6000. Gebiete europäischer Großindustrie bis über 15000.

2. Volkswachstum.

Land	Wachstum in einem Jahre %	Land	Wachstum in einem Jahre %
In Europa:		Cuba	3,4
Serbien	1,6	Costa Rica	2,6
Bulgarien	1,5	Argentinien	2,2
Rumänien	1,5	Honduras	2,0
Deutschland	1,4	Brasilien	1,9
Niederlande	1,4	Vereinigte Staaten	1,9
Rußland	1,4	Chile	1,1
Finnland	1,4	Mexiko	1,1
Dänemark	1,3	Venezuela	1,5
Schweiz	1,2	Salvador	—
Belgien	1,0	Guatemala	—
Großbritannien	0,9	Bolivien	—
Österreich-Ungarn	0,9	Columbien	—
Portugal	0,9	Paraguay	—
Schweden	0,7	In Afrika:	
Griechenland	0,7	Madagaskar	3,1
Norwegen	0,6	Südafrikanische Union	2,0
Italien	0,6	Ägypten	1,5
Spanien	0,5	Tunis	1,3
Frankreich	0,2	Algier	1,2
In Amerika:		Britisch Westafrika	—
Uruguay	3,8		

Land	Wachstum in einem Jahre %	Land	Wachstum in einem Jahre %
In Asien:		Korea	—
Str. Settlements	2,2	Sumatra, Borneo, Celebes	—
Japan	1,2		
Philippinen	1,0	In Australien:	
Java und Madura	0,9	Neu-Seeland	2,6
Britisch Indien	0,7	Australien	1,7
China	—		

8. Welthandelsanteil 1912.

Land	Anteil am Gesamtaußenhandel in %	Land	Anteil am Gesamtaußenhandel in %
In Europa:		Argentinien	2,1
Großbritannien	16,6	Brasilien	1,7
Deutschland	12,9	Chile	0,7
Frankreich	9,0	Kuba	0,7
Niederlande	6,9	Mexiko	0,6
Belgien	4,2	Uruguay	0,3
Rußland	3,5	Costa Rica	0,1
Österreich-Ungarn	3,3	Venezuela	0,1
Italien	3,1	Paraguay	—
Schweiz	1,6		
Spanien	1,1	In Asien:	
Dänemark	1,0	Britisch-Indien	3,6
Schweden	0,9	China	1,6
Norwegen	0,6	Japan	1,5
Rumänien	0,6	Persien	0,2
Finnland	0,4	Korea	0,1
Portugal	0,4		
Bulgarien	0,2	In Afrika:	
Griechenland	0,2	Ägypten	0,8
Serbien	0,1		
In Amerika:		In Australien:	
Vereinigte Staaten	9,9		
Kanada	2,7	Australischer Bund	1,8

Die verschiedene Gestaltung gerade des Welthandelsanteils werden wir noch besser würdigen können, wenn wir die absoluten Zahlen in Vergleich setzen mit den absoluten Zahlen der Bevölkerung und der Bodenfläche. Die nachstehenden Tafeln geben der Reihe nach die zwanzig volkreichsten, größten und am Welthandel hauptbeteiligten Länder.

1. Bevölkerungszahl (in Millionen Einwohnern).

1.	China	330	11.	Italien	35
2.	Britisch-Indien	315	12.	Spanien	20
3.	Rußland (europ.)	106	13.	Franz.-Indien	17
4.	Ver. Staaten	92	14.	Brasilien	17
5.	Deutschland	65	15.	Mexiko	15
6.	Österreich-Ungarn	52	16.	Belgien	7½
7.	Japan	50	17.	Rumänien	7
8.	Großbritannien	45	18.	Kanada	7
9.	Frankreich	40	19.	Portugal	6
10.	Niederl. Indien	37	20.	Niederlande	6

2. Fläche (in Millionen qkm).

1.	Asiat. Rußland	22,8	11.	Mexiko	2,0
2.	China	11,1	12.	Bolivien	1,3
3.	Kanada	9,7	13.	Columbien	1,2
4.	Brasilien	8,5	14.	Venezuela	1,0
5.	Ver. Staaten	7,8	15.	Neuseeland	1,0
6.	Australien	7,7	16.	Ägypten	1,0
7.	Europ. Rußland	5,3	17.	Deutsch-Ostafrika	1,0
8.	Brit.-Indien	4,6	18.	Brit.-Nigeria	0,9
9.	Brit.-Südwestafrika	3,1	19.	Deutsch-Südwestafrika	0,84
10.	Argentinien	2,9	20.	Franz.-Indien	0,80

3. Außenhandel (in Milliarden Mark).

1.	Großbritannien	29	11.	Kanada	5
2.	Deutschland	23	12.	Argentinien	3½
3.	Ver. Staaten	18	13.	Australien	3
4.	Frankreich	15	14.	China	3
5.	Niederlande	12	15.	Japan	3
6.	Belgien	11	16.	Brasilien	3
7.	Brit.-Indien	6	17.	Schweiz	3
8.	Rußland	6	18.	Spanien	2
9.	Österreich-Ungarn	5½	19.	Schweden	2
10.	Italien	5	20.	Straits Settlements	2

Eine ganze Reihe der volkreichsten sowohl wie der umfangreichsten Länder fehlt in der Liste derer, die ihrem Welthandelsanteil nach den ersten Platz einnahmen. China, das, an Volkszahl allen anderen Ländern überlegen, an Gebietsumfang den zweiten Platz behauptet, erscheint nach dem Umfang seines Außenhandels erst an 14. Stelle; Rußland, das der Fläche nach weitaus größte, der Einwohnerzahl nach das dritte, finden wir erst auf dem achten Platz der Welthandelsländer! Großbritannien dagegen, das im Welthandel führende, steht der Volkszahl nach erst an achter Stelle und an Fläche weit hinter den 20 größten zurück. Am ausgeglichensten erscheinen, dank der gewaltigen europäischen Einwanderung, die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, die den dritten Platz unter den Handelsmächten, den vierten nach der Volkszahl und den fünften nach ihrem Flächenraum einnehmen. Deutschland war im Welthandel an die zweite Stelle gerückt, in der Bevölkerungszahl an die fünfte, verfügte an Boden aber nur über 0,54 Mill. qkm.

B. Wirtschaftsgeographische Richtlinien der Weltpolitik.

1. Das Streben nach Nahrungsquellen.

Soweit die Richtlinien weltpolitischen Strebens und die daraus resultierenden Vorgänge weltgeschichtlichen Werdens sich auf den Grundlagen der politischen Geographie abzeichnen, sind sie in erster Linie beeinflußt durch die von der Verkehrsgeographie aufzuweisenden Möglichkeiten der Linienführung. Somit ergibt sich, daß wir die Hauptlehren

der politischen Geographie in dem späteren Abschnitt über die Verkehrsgeographie theoretisch aus der Bodengestalt abzuleiten haben werden. Nun ist weltpolitische Bewegung aber keineswegs nur abhängig von den physischen Möglichkeiten, sei es des friedlichen Verkehrs der Völker untereinander, sei es ihres gewaltsamen Anpralls gegeneinander; sondern die Linienführung politischen Wollens wird im beträchtlichen Grade auch beeinflußt durch das Maß wirtschaftlicher Erwünschtheit des Einschlagens dieser oder jener Richtung. Der Bodengehalt ist es, der den Wert oder Unwert des Zuges politischer Machtausbreitung in den Richtungen bestimmt, die durch die Bodengestalt zur Auswahl gestellt werden, und zwar kommt der Bodengehalt sowohl an wirtschaftlichen Gütern wie auch an menschlichen Bewohnern entscheidend in Frage.

Das erste Gesetz, das die politische Geographie aufzustellen hat, und das sowohl für die wirtschaftsgeographisehe wie für die verkehrsgeographische und die machtgeographische Betrachtungsweise maßgebend ist, ist das den allgemein physikalischen Grundbeobachtungen entnommene Gesetz der Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstandes. Wie das Wasser im Gebirge sich Bahn bricht durch natürliche Lücken, oder wie es sich künstliche Lücken dort schafft, wo das Gestein am wenigsten widerstandsfähig ist, so vollzieht sich die wirtschaftliche Wanderung der Verkehrsentwicklung und die Machtausbreitung der Völker und Staaten ursprünglich auf der Linie des geringsten Widerstandes. Je dünner die Erde bevölkert ist, je größerer Nahrungsspielraum also zur Verfügung steht, je geringer die Verkehrstechnik ausgebildet ist, je mehr man sich also an die natürlichen Verkehrswege gebunden sieht, je weniger entwickelt auch die technischen Hilfsmittel der Machtausbreitung — also der Kriegstechnik — sind, um so vollständigere Allgemeingültigkeit wohnt diesem Gesetz der Ausbreitung in der Richtung des geringsten Widerstandes auch für die politische Geographie inne.

Es wird hierbei vorweg bemerkt werden dürfen, daß den Gesetzen der politischen Geographie insgesamt unbedingte Allgemeingültigkeit nach Art mathematischer Gesetze nicht innewohnt, da wir ja unsere Gesetze abzuleiten haben aus den gegebenen Voraussetzungen des Bodengehalts und der Bodengestalt, und da die aus diesen Voraussetzungen resultierenden Gesetze, dank der Vielgestaltigkeit der gegebenen Verhältnisse, einander in mannigfachen Beziehungen wirkungsgemäß kreuzen und beeinträchtigen, und da obendrein die theoretischen Ergebnisse der politischen Erdkunde in ihrer praktischen Auswertung durchaus abhängen von den völkerkundlich zu erfassenden, wesensverschiedenen Veranlagungen der in dieser oder jener Weise zusammengeschlossenen Gruppen von Erdbewohnern zur Nutzung der wirtschafts- und verkehrsgeographischen Möglichkeiten und zur Entfaltung machtpolitischer Ausbreitungsbestrebungen. Auch das physikalische Gesetz der Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstandes ergibt in politisch-geographischer Betrachtung keine unkomplizierten, von vornherein mit Leichtigkeit und Sicherheit festzustellenden Erscheinungen. Wir werden seine allgemeinste Wirkung zu suchen haben in der Führung wirtschafts-

geographischer Richtlinien der Weltpolitik, die sich aus dem grundlegenden Streben nach ausreichenden Nahrungsmittelquellen ergeben.

Gleich hier tritt uns ein ausgebreiteter Komplex verschiedenartiger Erscheinungen entgegen, die zu durchaus verschiedenartiger Bewertung der Richtung des geringsten Widerstandes führen können. Selbst wenn wir zunächst ganz absehen von der Bodengestalt, aus der die verkehrsgeographischen Richtungen des geringsten Widerstandes ablesbar sind, und uns hier zunächst nur halten an den Bodengehalt bezüglich wirtschaftlicher Güter sowohl wie bezüglich der den Raum unserer Beobachtung zur Beobachtungszeit bewohnenden Menschen, so ergibt sich bereits eine unauflösliche Wechselwirkung, die von maßgebendem Einfluß ist auf die praktische Auswirkung des Gesetzes von der Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstandes. Ein Volk, dem der Nahrungsmittelspielraum des von ihm zurzeit bewohnten Raumes zu eng wird, trachtet naturgemäß, rein wirtschaftlich angesehen, zunächst nach solchem Boden, dessen von Natur reicher Gehalt ihm die wertvollste Ergänzung seines Nahrungsmittelspielraumes bietet, d. h. in diesem Sinne seiner wirtschaftlichen Bereicherung den geringsten Widerstand entgegenstellt. Sofort aber erhebt sich die Frage nach der Menge und der Widerstandsfähigkeit seiner gegebenenfalls bereits vorhandenen Bewohner. Findet das aus wirtschaftlichen Gründen ausbreitungshungrige Volk in seiner Nachbarschaft lockenden Boden mit nur dünner, die Gebekraft dieses Bodens keineswegs voll ausnutzender Bevölkerung, so erscheint die Ausbreitungsrichtung vorgezeichnet. Trägt aber der erstrebenswerte Nachbarboden bereits eine zahlreiche oder eine der Mitbesiedlung gegenüber widerstandskräftig auftretende Bevölkerung, so wird die Zahl und mehr noch die Widerstandskraft dieses Nachbarvolkes die Ausbreitung nach dieser Richtung hin entweder überhaupt nicht wünschenswert erscheinen lassen oder sie machtpolitisch zur Unmöglichkeit gestalten, so daß das ausbreitungshungrige Volk nach anderen Richtungen hin Umschau zu halten gezwungen sein wird, auch wenn wirtschafts- oder verkehrsgeographische Grundbedingungen in diesen letzteren Richtungen den Widerstand größer erscheinen lassen.

Ratzel schrieb in dieser Hinsicht:

»Größere Hindernisse als die Natur setzen die Völker selbst den Völkerbewegungen entgegen. Selbst sturmartige Einbrüche, die alles niederzuwerfen scheinen, ermatten in einer dichteren Bevölkerung und verlaufen sich endlich; das Gebiet der Hunneneinfälle bildet einen nach Westen immer schmäler werdenden Keil, dessen Spitze und Ende das 415 vergebens berannte Orleans ist, vor dessen Mauern sich das Glück Attilas wendete. Wenn dann nach großen Völkerstürmen die Fluten ebben, steht das unterworfene Volk stark durch seine Masse da. Die zähe Kraft der Großrussen gegenüber den Tartaren, wie die der Serben und Bulgaren gegenüber den Türken war zuletzt in dem Übergewicht ihrer Bevölkerung. Wenn Japan soviel früher von dem europäischen Einfluß ergriffen und durchdrungen wurde als China, liegt die Ursache zu einem großen Teile in der wider-

standsfähigeren Volksmasse Chinas. Deutlich läßt sich erkennen, wie Vorstöße jene Richtungen bevorzugen, wo sie den geringsten Widerstand in der Bevölkerung erwarten. Die Phönizier und Griechen fanden leichteres Spiel im westlichen Mittelmeer als in Vorderasien, wo große Mächte ihnen feste Grenzen entgegenstellten. China hatte sich der seewärtigen Expansion entschlagen und drang in die Wüsten der Mongolei vor, westwärts, wohin die kontinentale, vom Nomadentum bedrohte Macht der Selbsterhaltungstrieb führte, und wo es in der Bekämpfung der stets ausweichenden Nomadenschwärme kein Stehenbleiben gab; doch verschmähte es nicht, in die Mandschurei und nach Hinterindien, also nord- und südwärts vorzuschreiten, wenn ihm keine zu fürchtenden Gegner entgegentraten. Erobernd durchmaß Rußland in östlicher Richtung ganz Nordasien in weniger als 100 Jahren; es hatte dort keine ebenbürtigen Mächte zu bekämpfen. Die arabische Invasion hat wesentlich auf den Linien, welche durch die Nord- und Ostküste Afrikas gegeben sind, südlich und westlich sich ausgebreitet, da die Wirkung nach Osten durch die alte Kulturmacht Persiens gehemmt war, und nach Norden zu die islamitische Bewegung in türkische Hände überging. Ihre Spuren erreichen in Europa die Pyrenäen und die Alpen, in Afrika den Südrand des Sudan, die Mitte des Kongobeckens und Sofala.«

Wenn die Wanderung Flucht wird, richtet sie sich natürlich nach den schutzbietenden menschenärmsten Gegenden: Wäldern, Gebirgen, Steppen, Wüsten oder bei Inselbewohnern sogar auf das offene Meer mit der Hoffnung auf sichere Küsten. Die Völkerwanderung hat die Besiedlung der entlegeneren Alpentäler durch Flüchtlinge gefördert, und Afrika zeigt viele Beispiele von Gebirgsvölkchen, die der Schutztrieb in ihre hochgelegenen Wohnplätze hinaufgeführt hat.

Die volkreichen Länder lassen ihren Überfluß nach den dünnbewohnten Nachbargebieten abfließen, und man kann von einem Völkergefäll reden, das so lange wirksam ist, bis ein Ausgleich der Bevölkerungsunterschiede erreicht ist. Kein Wunder, wenn dauernde Richtungen der Wanderung sich ausprägen in Nordamerika, wo die Lage der dichtestbewohnten Gebiete am äußersten Ostrand einen großen Spielraum den westlich gerichteten Wanderungen erschließt. Umgekehrt ist die Lage der dichtbevölkerten großrussischen Gebiete an der Wolga und Oka zu Sibirien: eine östlich gerichtete Auswanderung, die ihr Ende erst am Stillen Ozean findet, ist die Folge. Dünnbevölkerte, unausgebeutete Länder der Naturvölker werden das Ziel von Wanderungen aus Kulturländern, daher die alte Südrichtung ägyptischer und nubischer Wanderungen im Niltal, im Grund dieselbe, die Junker zwischen Nil und Kongo genauer als eine »allgemeine Richtung der Völkerverschiebungen von Nordwest nach Südost«, fand. —

Ergibt sich, daß die Nachbarvölker ringsum der notwendigen Suche nach neuen Nahrungsquellen unüberschreitbare Hindernisse in den Weg stellen, so wird ein solchergestalt eingeengtes Volk sich schließlich darauf angewiesen sehen, nicht in der Nahwanderung und Nahsiedlung, sondern in der Fernwanderung und Fernsiedlung seinen Ausweg zu suchen.

Es wird Umschau halten nach anderen, vornehmlich überseeischen Erdräumen, die noch fruchtbaren Boden bisher ungenutzt darbieten und auf denen neue Nahrungsquellen ohne bedrohlichen Widerstand erschlossen werden können.

Wirtschaftlich ist das Streben nach Nahrungsquellen im engsten Sinne, d. h. nach einem Boden, der seinem Gehalte nach das Bedürfnis eines Volkes nach pflanzlichen und tierischen Nahrungsstoffen zu decken vermag, das ursprünglichste und das intensivste, das demgemäß auch in politischer Richtung die stärksten Wirkungen auslöst. Jedem Staatsvolk wohnt die Tendenz inne, diejenigen Nahrungsquellen, deren es zu seinem Lebensunterhalt bedarf, nach Möglichkeit auch politisch in die eigenen Hände zu bekommen. Ein Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln führt demgemäß zum Streben nach Angliederung entweder entsprechender Nachbarländer oder doch wenigstens überseeischer Siedlungsgebiete, in einem für die Nahrungsmittelversorgung geeigneten Klima und auf ausreichend tragfähigem Boden. Wo die politische Kraft zu kolonisatorischem Vorgehen dieser Art nicht ausreicht, tritt die Ab- und Auswanderung zersplitterter Kräfte nach dem nicht vollgenutzten Boden unter fremder Staatshoheit ein.

Neben der staatlich betriebenen Siedlungspolitik spielt diese des machtpolitischen Momentes zunächst entkleidete Ab- und Auswanderungsbewegung in der Weltwirtschaft eine so bedeutende Rolle, daß sich daraus mittelbar doch schließlich auch weltpolitische Einflüsse mehr oder weniger stark ergeben. Der hohe Grad, den die nicht staatspolitisch geleitete Auswanderung nach neuen Nahrungsquellen angenommen, hat ungewollte, aber hervorragend bedeutende politische Auswirkungen beispielsweise herbeigeführt durch die staatliche Verselbständigung von Ländern, die ursprünglich als neue Siedlungsgebiete politisch-kolonisatorisch erschlossen waren, dann aber auf Grund mannigfach gemischter Einwanderung zu einer Stärke erwuchsen, die ihnen die Abtrennung vom kolonisierenden Mutterlande ermöglichte. Für solche politische Verselbständigung von Siedlungskolonien liefert das Hauptbeispiel Amerika in allen seinen Teilen, obenan die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die dank der ihnen zugeflossenen enormen Einwanderung aus dem Stadium einer abhängigen Siedlungskolonie emporwuchsen zu dem Stadium nicht nur einer selbständig staatlichen Macht, sondern einer Weltmacht ersten, ja führenden Ranges.

Die Wanderungen der Völker und Volksteile auf der Suche nach neuen Nahrungsmittelquellen haben im Laufe der Weltgeschichte in ihrem Charakter große Veränderungen erfahren, sind aber stets von hoher politischer Bedeutung gewesen. Das Vordringen gewaltsam vom alten Boden vertriebener oder infolge relativer Übervölkerung oder auch nur Abgrasung der alten Weideplätze zum Aufsuchen neuer Nahrungsplätze veranlaßter Stämme hat in den alten Gang des Weltgeschehens immer und immer wieder wuchtig eingegriffen. Mit allgemeinerer Seßhaftmachung der Völker, mit genauerer Absteckung ehedem verschwommener Landesgrenzen, mit immer dichterer Bebauung allen kulturfähigen Bodens, mit durchgängigem Ausbau der Landesverteidigung, der räuberische Wan-

derzüge mehr und mehr ausschließt, ist aber weder das Maß der Wanderbewegung zwecks Aufsuchung neuer Nahrungsmittelquellen noch ihre Bedeutung sonderlich eingeschränkt worden. In späteren Epochen liegen die Erscheinungen nicht so augenfällig zutage wie in jener geschichtlichen Periode, die wir schlechtweg als die der Völkerwanderung zu bezeichnen gewöhnt sind. Gleichwohl ist heutigentags die Zahl der in internationaler Wanderungsbewegung befindlichen Personen ungleich größer als sie jemals zur Zeit jener historischen Völkerwanderung sein konnte. Nach Millionen zählen die Volksverschiebungen auf dem Boden eines einzelnen Großstaates, nach Millionen zählen die Personen, die innerhalb kurzer Frist ihren dauernden oder vorübergehenden Wohnsitz zwischen den Grenzen verschiedener Staaten, zwischen verschiedenen Erdteilen wechseln. Auch in der Gegenwart schafft diese Wanderungsbewegung in der Nahrungssuche neue kulturelle und wirtschaftliche Verschiebungen, wie auch neue Grundlagen für politische Verschiebungen.

Mit der dichteren Besiedlung der Erde und mit dem Ausbau des Verkehrswesens hat sich allerdings eine bedeutsame Veränderung im Charakter der Wanderungsbewegung vollzogen. Das Streben nach neuen Nahrungsquellen führt in stärkerem Maße als früher nicht so sehr zu dauernden Ortsveränderungen, zu Neuerscheinungen staatlicher Siedlungspolitik auf fremdem Boden, wie zu vorübergehenden Veränderungen des wirtschaftlichen Wohnsitzes, zur zeitweisen, vielfach nur saisonweisen Ausnutzung fremder Nahrungsmittelquellen. Selbst der Verkehr über den Stillen Ozean beispielsweise, früher doch fast reiner Auswandererverkehr, wird mehr und mehr zu einem Hinüber- und Herüberfluten nicht nur der kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Erdteilen vermittelnden wohlhabenden Kajütenpassagiere, sondern auch einer breiten Masse von Wanderarbeitern. Dieser gewaltig angeschwollene Wanderarbeiterstrom beschränkt sich nicht nur auf die Wanderungen etwa der chinesischen Kulis und der namentlich in Südamerika tätigen italienischen »Ozean-Sachsengänger«; wir beobachten beispielsweise auch regelmäßige Wanderarbeiterbewegungen der farbigen Rasse, auf die sich zum großen Teil die afrikanische Kultur und Bodennutzung stützt; eine Sachsengängerei afrikanischer Eingeborener aus Ländern, die über verhältnismäßig dichte und arbeitsame Bevölkerung verfügen, nach solchen Teilen des schwarzen Erdteils, die nur eine dünne oder zur Arbeit ungeeignete Bevölkerung haben, aber weit über deren Leistungs- und Aufnahmefähigkeit neue Nahrungsmittelquellen darbieten. Die politische Siedlungsarbeit von Staatsvölkern, die auf Ergänzung der vom selbstbewohnten Lande dargebotenen Lebensmittelquellen angewiesen sind, wird also ergänzt durch eine vorübergehende wirtschaftliche Ausnutzung fremden Bodens seitens eines Teils der Angehörigen dieser Völker, die nach vollbrachter Arbeit im fremden Gebiet die alte Heimat wieder aufsuchen und ihr beträchtliche Teile der materiellen Erträgnisse des Arbeitens auf fremdem Boden zuführen. Das bedeutet eine wirtschaftliche Ausnutzung der Bodenschätze fremdstaatlicher Länder zur mittelbaren wirtschaftlichen Bereicherung des Heimatstaates, die diesen letzten Endes die zeitweilig ab-

gegebenen Arbeitskräfte für die weitere Dauer erhält und sowohl an Menschenmaterial wie an Geldmitteln auch für weltpolitische Zwecke vermehrte Kräfte sicherstellt.

Um handgreifliche Beispiele aus dem gegenwärtigen weltpolitischen Verhältnis vor Augen zu führen, sei nur erwähnt, daß weder die politische Stellung des heutigen Italien noch etwa die des heutigen Polen erreichbar gewesen wäre ohne die wesentliche Steigerung des Volksvermögens und Erhaltung der geschlossenen Volkskraft, die bewirkt wurde durch Umwandlung der Auswanderungsbewegung in internationale Saisonarbeiterbewegung auf der Suche nach Nutzung fremder Nahrungsmittelquellen.

Um die Jahrhundertwende kennzeichnete ich das Gesamtbild der europäischen Auswanderungsbewegung während des 19. Jahrhunderts mit folgenden Worten[1]):

»Ein gewaltiger Menschenstrom, eine Völkerwanderung, die alle früheren Bewegungen dieser Art weit hinter sich zurückläßt, hat sich in dem abgelaufenen 19. Jahrhundert über das große Weltmeer ergossen. Langsam ist der Strom geschwollen, dann zu mächtiger, unvergleichlicher Ausdehnung angewachsen, und schließlich hat er begonnen, sich wieder zu verlaufen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das 19. Jahrhundert durch seine Völkerwanderungen bis auf weiteres einzig dastehen wird in der Weltgeschichte; freilich, der Verkehr von Erdteil zu Erdteil, der Verkehr über die Weltmeere wird weiterhin steigen, aber die Wanderung großer Volksmassen von einem Erdteil nach dem andern zum Zwecke dauernder Niederlassung und Existenzgründung wird aller Voraussicht nach kaum so bald wieder die Höhe des in den abgelaufenen Jahrzehnten Maximums erklimmen. Der Personenverkehr über das große Weltmeer wird in steigendem Maße aus einem Übersiedeln der Zwischendeckspassagiere zu einer Retourbillettreise der Kajütenpassagiere!

Die Zahl der Auswanderer, die im Laufe des 19. Jahrhunderts Europa verlassen und die Reise über das Weltmeer angetreten haben, muß man auf rund 30 Millionen schätzen. Das entspricht also ungefähr der gesamten Einwohnerschaft des Königreichs Preußen. Man braucht diese Zahl nur zu nennen, um sofort zu verstehen, daß eine Völkerwanderung von ähnlichem Umfang in der Weltgeschichte noch niemals dagewesen ist, und daß das abgelaufene 19. Jahrhundert in der Tat mit mehr Recht als ein früheres den Namen eines Völkerwanderungsjahrhunderts beanspruchen kann.«

Auf den ersten Blick mag die Zahl von 30 Millionen auswärtiger Europäer phantastisch hoch erscheinen, doch ergibt sie ja immerhin nur einen Jahresdurchschnitt von 300000 Köpfen, wobei zu bedenken ist, daß in den achtziger Jahren zeitweise pro Jahr allein aus Deutschland und Italien je über 200000 Personen nach Amerika ausgewandert sind. Im Jahre 1891 beförderten allein deutsche Schiffe gegen 290000 deutsche und fremde Auswanderer! Im Jahre 1882 verzeichnete die Statistik der Vereinigten Staaten eine Einwanderung von gegen 800000 Personen.

---

[1]) Vergleiche meine Schrift »Deutschland auf den Hochstraßen des Weltwirtschaftsverkehrs«, Verlag von Gustav Fischer, Jena 1901.



Die Angaben aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind spärlich und unzuverlässig, namentlich sind wir für die Zeit bis 1820 ganz auf Schätzungen angewiesen. Von 1820 bis 1882 beziffert Mulhall die europäische Auswanderung auf 17 bis 18 Millionen, für 1882 bis 1893 Beukemann auf 9 bis 10 Millionen. Für die Zeit vor 1820 haben wir einen Anhalt in der Tatsache, daß von 1798 bis 1820 rund ¼ Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten einwanderten; von 1893 bis zur Jahrhundertwende werden wir etwa 3 Millionen rechnen müssen, so daß sich für das ganze Jahrhundert die Gesamtzahl von rund 30 Millionen ergibt.

Auf die Zahlen im einzelnen kommen wir in den folgenden Kapiteln zurück, aus deren Angaben auch ersichtlich sein wird, in welchem Maße und für welche Gebietsteile die einseitig gerichtete große Völkerwanderung des 19. Jahrhunderts im laufenden Jahrhundert ersetzt wird durch einen wechselseitigen, teils kurz-, teils langfristigen Reiseverkehr, wobei der langfristige Reiseverkehr sich darstellt als eine in beständiger Zunahme begriffene transozeanische Welt-Sachsengängerei.

Das Hauptziel der europäischen Auswanderung sind während des ganzen letzten Jahrhunderts die Vereinigten Staaten von Nordamerika gewesen, auf die wir demgemäß zuerst unser Augenmerk richten müssen, wenn wir die Verteilung der europäischen Auswanderung betrachten wollen. Für die einzelnen Jahrzehnte ergibt sich nachstehende Verteilung der Einwanderer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika:

	Einwanderer		Einwanderer
1821—1830	143439	1871—1880	2812191
1831—1840	599125	1881—1890	5246613
1841—1850	1713251	1891—1900	3844420
1851—1860	2598214	1901—1910	8795386
1861—1870	2314824	1821—1910	28067463

Im Laufe des in obiger Tabelle behandelten Zeitraumes zeigte sich folgende Verteilung der

Einwanderung nach Nationalitäten.

1821—1910.		1821—1910	
Großbritannien	7846121	China	334426
Österreich-Ungarn	3176801	Japan	156652
Deutschland	5389548	Übriges Asien	137714
Italien	3090129	Afrika	10022
Europ. Rußland	2515901	Brit. Amerika	1228732
Schweden-Norwegen	1691013	Westindien	234953
Frankreich	475731	Mexiko	77619
Dänemark	260472	Zentralamerika	11029
Schweiz	239340	Südamerika	31157
Griechenland	183515	Australien und Polynesien	45672
Niederlande	180952	Andere Länder	234652
Spanien, Portugal	170426	Zusammen	28067463
Türkei	120764		
Belgien	105690		
Übriges Europa	85250		
Europa	25531653		

In den letzten Jahren war nun aber auch eine keineswegs unbeträchtliche Auswanderung aus den Vereinigten Staaten zu verzeichnen, und zwar finden wir in der amtlichen Statistik der Vereinigten Staaten als Zahl der Auswanderer 1908: 395073; 1909: 225802; 1910: 202436.

Neben umfangreicher Rückwanderung nach Europa ergießt sich ein starker Menschenstrom aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika nach dem benachbarten Kanada.

Älteren Datums sind die Angaben über die Fremden in

Mexiko.

Verteilung der Bevölkerung nach der Nationalität 1900.

Mexikaner	13549671	Engländer	2849
Nordamerikaner	15266	Italiener	2574
Guatemalteken	5820	Deutsche	2567
Kubaner	2720	Chinesen	2837
Spanier	16278	Andere Fremde	2698
Franzosen	3979	Summa	13607259

Wiederum ein Bild des Herüber- und Hinüberflutens gibt uns die Statistik des Staates

Venezuela.

Bewegung der Bevölkerung.

Jahr	Einwanderung	Auswanderung
1907	8350	7438
1908	4280	3979
1909	9284	7063
1910	8420	7374

Die Wanderungsbewegung in

Brasilien.

Einwanderung 1910: 30857 Portugiesen, 14163 Italiener, 20343 Spanier, 98 Türken, 3902 Deutsche, 2462 Russen, 2636 aus Österreich-Ungarn, 14103 andere, zusammen: 88564. 1820 bis 1910: 1254871 Italiener, 733647 Portugiesen, 340070 Spanier, 105321 Deutsche, 68853 aus Österreich-Ungarn, 68499 Russen, 21512 Franzosen, 19026 Türken und Araber, 12955 Engländer, 206432 andere, zusammen: 2831186.

In wesentlich verstärkter Auflage bietet Uruguay das vorhin in Venezuela beobachtete Bild. Hier haben wir ein ganz deutliches Beispiel der Weltsachsengängerei vor uns.

Uruguay.

Bewegung der Bevölkerung.

Jahr	Einwanderung	Auswanderung
1907	162676	140814
1908	153785	133016
1909	165638	145554
1910	119684	105683

Das von Uruguay Gesagte wiederholt sich in Argentinien, dem klassischen Lande romanischer Saisonarbeiter. Die einschlägigen statistischen Daten sind für

Argentinien:

Die Bevölkerung wurde 1909 geschätzt zu 5095143 Argentiniern und 1393880 Ausländern, darunter 492636 Italiener, 424083 Spanier, 104900 Franzosen, 26324 Engländer, 23450 Deutsche, 16685 Schweizer.

Bewegung der Bevölkerung 1907: Heiraten 40922, Geburten 212815, Todesfälle 108259.

	1857—1908	1906	1907	1908	1909	1910
Einwanderung .	4 247 159	302 249	257 924	303 112	278 148	289 640
Auswanderung .	1 690 723	1 690 723	138 063	127 032	137 508	97 854

1909 waren unter den Einwanderern 93528 Italiener, 86798 Spanier, 4120 Franzosen, 3803 Österreicher, 3201 Deutsche.

Ein großes Durchgangsland für europäische Auswanderung ist infolge seiner bevorzugten Lage, sozusagen als riesiger Nordseehafen des ganzen nördlichen Europa, aber auch infolge der in seinen Riesenstädten herrschenden Arbeitslosigkeit, die viele zuwandernde Fremde enttäuscht weiter ziehen heißt,

Großbritannien.

Auswanderung aus dem Vereinigten Königreich 1910 nach:

	Vereinigte Staaten von Nordamerika	Englische Kolonien	Australien und Neuseeland	Südafrika	Andere Länder	Insgesamt
Engländer	62 127	108 268	36 294	20 646	28 254	255 589
Schotten	27 918	35 570	6 870	4 660	4 766	79 784
Irländer	41 019	6 367	1 836	784	1 278	51 284
Aus brit. Kolonien	1 128	6 785	701	1 207	1 370	11 191
Briten	132 192	156 990	45 701	27 297	35 668	397 848
Fremde	171 172	39 315	545	3 541	6 438	221 011
1910:	303 364	196 305	46 246	30 838	42 106	618 859
1909:	259 933	113 318	38 350	24 649	38 128	474 378
1815—1910:	13 079 022	3 490 105	2 052 739	1 561 887		20 183 753

Eingewandert sind in das Vereinigte Königreich 1904: 241896, 1905: 205193, 1906: 230165, 1907: 293633, 1908: 342922, 1909: 261325, 1910: 298779 Personen.

2. Das Streben nach Rohstoffquellen.

Neben dem allgemeinsten und primitivsten Bedürfnis des Menschen nach Nahrungsmitteln steht das Bedürfnis nach Kleidung und Wohnung, das mit fortschreitender Zivilisation ein Rohstoffbedürfnis in sich schließt. Nur in urtümlichen Verhältnissen wird das Kleidungsbedürfnis gedeckt durch das Fell des erlegten Wildes oder weiterhin durch selbstgezogenen oder selbstgesponnenen Flachs. Vergleichsweise länger reicht in der Regel

etwa das Holz der im Rahmen der menschlichen Wohnsitze vorhandenen Wälder für die Deckung des Wohnungsbedürfnisses. Bei fortschreitender Bevölkerungsdichte und bei gesteigerten kulturellen Ansprüchen macht sich darüber hinaus Nachfrage nach Holz und Steinen, nach Eisen und Glas und sonstigen Rohstoffen der Wohnungskultur geltend. Größere Volkszahl auf engerem Raum steigert über die eigenen Bodenprodukte hinaus die Nachfrage nach Gegenständen der Kleidung und Wohnung, deren Deckung schließlich auf dem Wege der Bekleidungsindustrie, Bauindustrie, Möbelindustrie u. dergl. vollzogen wird. Diese Grundindustrien, die eine Menge vielgestaltiger Hilfsindustrien zur Voraussetzung haben und ins Leben rufen, entwickeln schließlich ein sehr umfangreiches Rohstoffbedürfnis.

Während nun der Bedarf an der Erschließung neuer Nahrungsmittelquellen entweder zur Siedlungspolitik vornehmlich in Ländern der gemäßigten Zone als den Hauptgetreideträgern führt, oder aber zu jener eben dargelegten internationalen Wanderungsbewegung, klammert sich der Bedarf an Rohstoffen für die Bekleidungsindustrie in zunehmendem Maße an die Erzeugnisse subtropischer Länder. Ihm parallel geht übrigens in mit zunehmender Zivilisation steigendem Maße auch ein Bedarf an Luxusstoffen der Nahrung, an Gewürzen, Südfrüchten u. dgl. mehr, die gleichfalls Erzeugnisse subtropischer oder tropischer Länder sind.

Das aus diesen Ursachen sich ergebende Streben nach Rohstoffquellen führt zu politischen Auswirkungen, deren Charakter mehr oder weniger abweicht von dem Charakter der politischen Bestrebungen, die sich aus der Suche nach Nahrungsmittelquellen ergeben. Werden für diese letzteren nachbarliche Siedlungsländer oder überseeische Siedlungskolonien gesucht, so weist der Bedarf an Rohstoffquellen vielfach auf solche Gebiete hin, die sich weniger zur Besiedlung durch Angehörige des rohstoffhungrigen Volkes eignen, die vielfach auch bereits durch andere Völker dicht besiedelt, bezüglich ihrer Ertragsmöglichkeiten an Rohstoffen aber nicht voll ausgenutzt sind. Es macht sich das Streben nach Rohstoffkolonien geltend, die nicht als Siedlungskolonien anzusprechen sind, sondern als Einflußgebiete einer kulturell und politisch überlegenen Herrschaft des rohstoffhungrigen Volkes über von sich aus die Rohstoffmöglichkeiten ihres Bodens nicht in vollem Maße ausnutzende, kulturell oder politisch tieferstehende Völker eines nach gewissen Richtungen von der Natur wirtschaftlich begünstigten Landes. Streben die Siedlungsgebiete, deren Bevölkerung sich mit zunehmender Besiedlung in steigendem Maße aus europäischen Abkömmlingen zusammensetzt, mit verdichteter Bevölkerung politischer Selbständigkeit zu, so bilden im allgemeinen die Völker der Rohstoffkolonien, die mehr oder weniger starker klimatischer Verweichlichung ausgesetzt sind, für längere Dauer willfährige Objekte einer sich in strafferer Zucht haltenden und in wirtschaftlicher wie politischer Leitfähigkeit überlegenen Kolonialherrschaft.

Die Länder der wichtigsten Rohstoffquellen sind von der Natur so reich mit Überflüssen bedacht, daß sie auch einer dichten Bevölkerung ausreichende Nahrungsmittel liefern oder gar die Verfügbarmachung

von Nahrungsmittelüberschuß ermöglichen und gleichzeitig die Verfügbarmachung bedeutender Mengen von Rohstoffen, zu deren unmittelbarer wirtschaftlicher Nutzung bzw. industriellen Verarbeitung die jene Gebiete ursprünglich bewohnenden Völker keine hinlängliche Energie, Initiative oder technische Durchbildung besitzen.

Eine andere Gruppe von Rohstoffen, insbesondere Mineralien, entstammt wesensanderen klimatischen Bedingungen. Hier handelt es sich, unter den Gesichtspunkten der Gegenwart betrachtet, um zufällige Vorkommen, die ihre natürliche Entstehung bzw. Lagerung weitzurückliegenden, in der Hauptsache vorgeschichtlichen Perioden verdanken. Teils sind die Gebiete solcher mineralischer Vorkommen, zumal sie sich vielfach in den Gebirgen finden, zu dünn bewohnt, um ihrer ursprünglichen Bewohnerschaft die volle Ausnutzung zu ermöglichen, teils finden sie sich in den klimatisch besonders ungünstig gestellten Gebieten, wie etwa der Eiswelt Spitzbergens. Ihre volle Auswertung hat in solchen Fällen das kolonisatorische Eingreifen wirtschaftlich hochstehender Mächte zur Voraussetzung, die einen starken Rohstoffbedarf haben, und die in der Lage sind, ihrerseits mindestens die leitenden Kräfte für die Nutzbarmachung der in Frage kommenden Rohstoffe zu stellen unter Heranziehung der niederen Arbeitskräfte aus beliebigen anderen Quellen.

Schließlich findet sich ein nicht unwesentlicher Teil der natürlichen Rohstoffquellen im Besitze von Ländern mit zwar kulturell hochstehender, aber aus Gründen der Bodengestalt und des Klimas nicht sonderlich dichter Bevölkerung, die aus diesem Grunde die Rohstoffschätze wohl zu heben, aber weder restlos zu verarbeiten, noch zu verbrauchen vermag, und die daher sehr geneigt ist, ihren Rohstoffüberschuß im Austausch an rohstoffhungrige Länder zu geben, um dadurch in die Lage zu kommen, ihren Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln oder Rohstoffen und Fabrikaten der Bekleidungsindustrie zu decken. In dieser Gruppe wäre beispielsweise an die reichen Erzlager Schwedens zu denken.

Das Streben nach Rohstoffquellen geht in erster Linie aus von den dichtbevölkerten Ländern mit starker Industrieentwicklung, von den technisch und kulturell höchst entwickelten Völkern. Sie sind dementsprechend auch die Hauptträger des *kolonialen Gedankens* in der Prägung, die er im industriellen Zeitalter genommen hat. Früher stand, aus dem Hunger nach Nahrungsquellen gezeugt, der Gedanke der Siedlungskolonien im Vordergrunde. Diese Siedlungskolonien vermochten im reichen Maße europäische Bevölkerung aufzunehmen und haben damit politisch auch europäische Neigungen übernommen. Wir beobachten bei ihnen also jenes vorhin geschilderte Verselbständigungsstreben. Die Rohstoffkolonien nahmen in der Hauptsache nur leitende Kräfte aus den europäischen Mutterländern auf und unterwarfen sich ihnen nicht gleich den Siedlungskolonien wegen der ursprünglich so viel dünneren Bevölkerung, sondern trotz einer zum Teil sogar sehr dichten Bevölkerung (Indien) in vielfach klimatisch begründeter wirtschaftlicher und politischer Energielosigkeit.

Es ist wohl nicht ausgeschlossen, daß die weitere Entwicklung zu einer stärkeren Nutzung der vorhandenen Rohstoffquellen in den Ländern reich-

licher Rohstofferzeugung selbst führt. Auch wenn dabei die Leitung der entsprechenden industriellen Unternehmungen zunächst in europäischen Händen verbliebe, dürfte diese wirtschaftliche Verselbständigung mit größerer oder geringerer Sicherheit doch auch ein Streben nach politischer Selbständigkeit zur Folge haben. Wir würden dann voraussichtlich eine ähnliche Entwicklung durchleben, wie sie in den wichtigsten Siedlungskolonien, den amerikanischen, bereits vor Menschenaltern vor sich ging. Einen nicht unwesentlichen Anstoß zur Anbahnung einer solchen Entwicklung hat offensichtlich der letzte große Krieg gegeben, der in allen Ländern die gewohnte Belieferung mit industriellen Fabrikaten zum Stocken brachte und dadurch die alten Rohstofflieferanten der europäischen Industrie veranlaßt hat, der Deckung ihres industriellen Eigenbedarfs durch Verarbeitung ihrer reichlichen Rohstoffe näherzutreten. So hat nicht nur in Indien beispielsweise die Entwicklung der bis dahin künstlich von England aus gehemmten Baumwollindustrie einzusetzen begonnen, sondern auch in den Südstaaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die im Grunde genommen ja nichts anderes waren als Kolonien der Nordstaaten, und die mit industrieller Eigenentwicklung zu größerer politischer Bedeutung im Gesamtrahmen der Vereinigten Staaten kommen dürften.

3. Das Streben nach Absatzmärkten.

Ein Land, dessen Nahrungsmittel oder Rohstoffe für die Bedürfnisse seiner Bevölkerung nicht ausreichen, und das sich die ergänzenden Quellen durch eigenen Kolonialbesitz nicht sicherzustellen vermochte, ist darauf angewiesen, Nahrungsmittel oder Rohstoffe einzuführen und an das liefernde Ausland zu bezahlen. Da solche Bezahlung dauernd durch Bargeld unmöglich ist, muß sie erfolgen auf dem Wege des Warenaustausches, d. h. durch Lieferung von Erzeugnissen des eigenen Bodens oder auch der eigenen Arbeit an fremden Rohstoffen ans Ausland. Dieser Austausch braucht sich nicht unmittelbar in der Weise zu vollziehen, daß Ausfuhr und Einfuhr eines Landes mit einem anderen Lande sich das Gleichgewicht halten, sondern der allgemeine weltwirtschaftliche Verkehr bietet unbegrenzte Möglichkeiten des Ausgleichs wirtschaftlicher Forderungen und Gegenforderungen, die sich aus den Handelsbeziehungen der verschiedensten Länder zwischen und nebeneinander ergeben.

Auf alle Fälle aber wird in einem an Nahrungsmitteln oder Rohstoffen fremder Herkunft bedürftigen Lande das Absatzbedürfnis von Austauscherzeugnissen sich geltend machen. Dieses Austauschbedürfnis ist vornehmlich zu großer Höhe entwickelt worden durch das Anwachsen einer dichten Bevölkerung in den europäischen Hauptländern, die weder den eigenen Nahrungsmittelbedarf vom eigenen Boden zu decken vermögen, noch den Rohstoffbedarf ihrer fortgeschrittenen Bekleidungs- und Wohnungsindustrie, und die in ihrer industriellen Entwicklung dazu übergegangen sind, weit über das Maß des Eigenbedarfs hinaus fremde Rohstoffe an sich zu ziehen, um dank ihrer technischen Überlegenheit und ihrer verhältnismäßig großen Zahl an Arbeitskräften den Überschuß dieser Rohstoffeinfuhr industriell vorteilhaft in der Weise zu verwerten, daß die Aus-

fuhr eines beträchtlichen Maßes industrieller Erzeugnisse zwecks Bezahlung der eingeführten Nahrungsmittel und Rohstoffe durchgeführt werden kann.

Hierdurch hat sich eine — auch weltpolitisch wichtige — weitgehende Verquickung der weltwirtschaftlichen Verbindungen ergeben. Mit deren Ausbau ist die Zahl der Länder immer geringer geworden, die in wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit leben. Als Hauptbeispiel eines auch unter heutigen Verhältnissen wirtschaftlich nahezu selbstgenügsamen Landes kann das chinesische Riesenreich erwähnt werden, dessen geringfügiger Welthandelsanteil sich im Vergleich sowohl mit seiner großen Fläche wie mit seiner riesigen Bevölkerung als verhältnismäßig belanglos darstellt, so belanglos, daß man getrost von einer künstlichen Hineinziehung dieses Landes in den Welthandel sprechen kann, das seines sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr tatsächlich recht wohl entraten könnte. Immerhin aber sehen wir auch gerade in China anderseits ein Land, das trotz seiner so starken Bevölkerung die ihm von der Natur zugewiesenen Bodenschätze zu gewissen Teilen (Mineralreich) bisher nur in ganz unzulänglicher Weise genutzt hat, so daß, von außen her betrachtet, ein weltwirtschaftliches Bedürfnis vorhanden ist, dieses Land weiter in die Kreise der Gesamtweltwirtschaft und des Welthandels zu ziehen.

Die Mehrzahl der Länder trägt die Kennzeichen eines Nebeneinander von landwirtschaftlicher Überproduktion bei industriellem Zuschußbedarf oder umgekehrt, so daß in ihnen ein natürliches Austauschbedürfnis vorliegt. Überschußproduktion und Zuschußbedarf sind von stark mitbestimmender Einwirkung auf die weltpolitische Stellung und Haltung eines jeden Staatsvolkes. Die vereinzelten Fälle einer wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit werden nach rein theoretischer Erwägung vermutlich auch eine weltpolitische Selbstgenügsamkeit zur Folge haben — eine Überlegung, die durch das erwähnte Beispiel Chinas bestätigt wird. Staaten mit landwirtschaftlicher Überschußproduktion sind zu deren Nutzung auf die Gewinnung von Absatzmärkten für ihre Erzeugnisse angewiesen. Sie werden aber in der Regel nicht in der Lage sein, den politischen Druck im Sinne der Sicherstellung solcher Absatzmärkte ausüben zu können, da gerade der Überschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zugleich ein Merkmal relativer Unterbevölkerung darstellt. Solche Länder sind natürliche Objekte der Einwanderung aus übervölkerten Ländern, die ihrerseits das Streben nach weltpolitischer Aktivität haben, wogegen dem unterbevölkerten Lande die Menschenkräfte und die Triebkräfte fehlen, um mit starkem Willen aktiv in den Gang der Weltgeschehnisse einzugreifen. Es fehlt ihnen der Ausbreitungsdrang und im Vergleich mit dem von ihnen bewohnten und beherrschten Boden auch an Kräften zu politischer Machtentfaltung nach außen hin.

Anders die Länder mit Überbevölkerung, die entweder unmittelbar in Auswanderung und Ausbreitung zur Geltung kommt, oder aber zum Streben nach Ausgleich der Übervölkerung durch lohnende Beschäftigung der zahlreichen Volkskräfte im eigenen Lande und Heranziehung fremdländischer Rohstoffe gegen Bezahlung durch die Ausfuhr industrieller

Überschußfabrikate führt. Diese Länder verspüren den stärksten Drang zu weltpolitischer Aktivität und zur Sicherstellung von Absatzmärkten, von deren Form noch weiterhin die Rede sein wird.

Im allgemeinen sind, wie gesagt, die Staaten mit industrieller Überproduktion zugleich solche mit landwirtschaftlichem Zuschußbedarf, die Staaten mit landwirtschaftlicher Überproduktion zugleich solche mit industriellem Einfuhrbedarf, schon weil ihnen die Kräfte zur Entfaltung einer ausgedehnten eigenen Industrie gebrechen.

Wenn wir im allgemeinen sagten, daß die Staaten der letzteren Gruppen weltpolitisch mehr passiv sein werden, so muß schon hier in Kürze auf ein scheinbar gegenteiliges Beispiel eingegangen werden, nämlich auf das weltpolitisch so außerordentlich aktive russische Zarenreich in der Zeit vor dem Kriege und bis zu seinem Zusammenbruche. Hier haben wir jedoch nur eines der schlagendsten Beispiele vor uns, daß die physische und wirtschaftliche Erdkunde allein ohne engste Berücksichtigung der psychischen Völkerkunde in keiner Weise in der Lage ist, grundlegende Erscheinungen weltpolitischen Werdens und Geschehens zu erklären.

Nicht nur dem Zarenreiche in seinen politisch leitenden Spitzen wohnte ein ungeheures Machtbedürfnis inne, sondern dieses Machtbedürfnis war auch getragen von einem entsprechenden Ausbreitungsbedürfnis der breitesten Volksschichten infolge ihrer eigenartigen wirtschafts-psychologischen Struktur. Der Russe arbeitet wirtschaftlich extensiv und demgemäß expansiv. Er gibt sich nicht die Mühe, aus dem Boden durch technische Hilfsmittel herauszuholen, was dieser herzugeben imstande wäre, sondern hält fest an primitiven Wirtschaftsweisen. Deshalb bedarf er einer vergleichsweise großen Bodenfläche und trachtet nach der Heranziehung neuen Bodens, wenn der alte durch die Extensivwirtschaft ausgesogen ist. Hierdurch gelangte das Volk zu einem Bodenhunger, der sich in seinen politischen Spitzen sinngemäß zum Machthunger verdichtete.

Der Machthunger erforderte aber zu seiner Stillung der Machtmittel, und diese Machtmittel wurden geschöpft aus der künstlichen Steigerung der Ausfuhr von einem wirtschaftstechnisch ungenügend genutzten Boden. Die Steuerpolitik im Dienste des politischen Machthungers zwang den Bauern, einen größeren Teil der Erträgnisse seines Bodens herzugeben, als eigentlich mit seinem wirtschaftlichen Eigenbedürfnis im Einklang stand. Für diese künstlich aufwärts entwickelte Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die großenteils gar nicht als wirkliche Überschußproduktion anzusprechen waren, bedurfte der Staat der gesicherten Absatzmärkte, und er war in seinem Machthunger gewillt, diese Absatzmärkte durch politische Machtmittel in einer Weise zu erzwingen, wie wir es sonst nur antreffen bei Ländern mit industrieller Überschußproduktion. Hinter diesem Streben stand in Rußland ja auch eine mehr als genügende Zahl von Volkskräften wie sonst in keinem Lande wirtschaftlicher Ausfuhr, da diese sonst eben überall auf tatsächlicher landwirtschaftlicher Überschußproduktion, also relativer Unterbevölkerung beruht.

Das Streben nach der Sicherung von Absatzmärkten führt in Ländern industrieller Überschußproduktion und führte daneben unter diesen be-

sonderen Voraussetzungen in Rußland zu starkem machtpolitischen Streben; es stellte sich dem Bedürfnis nach Ackerbaukolonien und nach Rohstoffen das Bedürfnis nach Handelskolonien oder politisch unterworfenen Absatzmärkten zur Seite. Nur richtet sich das Streben nach Ackerbaukolonien und auch nach Rohstoffkolonien durchaus nach dem erstrebenswerten Boden, allerdings nicht ohne starke Mitberücksichtigung der vorhandenen oder nicht vorhandenen Bevölkerung. Ackerbaukolonien wurden, wie wir sahen, gesucht in dünnbevölkerten Ländern gemäßigten Klimas, in denen europäische Auswanderer selbst die Arbeit in der Nahrungsmittelversorgung des Heimatlandes in die Hand zu nehmen vermögen. Rohstoffkolonien wurden vornehmlich gesucht in subtropischen oder in tropischen Gebieten, die ev. sehr dicht bevölkert sein können, aber von einer wirtschafts-technisch unterlegenen Menschheit. Die Ausschau nach Handelskolonien (Absatzmärkten) gilt zunächst nicht dem Boden solcher Absatzmärkte, sondern gilt selbstverständlich der Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung. Nur eine verhältnismäßig sehr primitive Form der Händler- und Schiffsreeder-Kolonialpolitik richtet ihr Streben etwa darauf hin, Alkohol und allerlei Tand kulturell bedürfnislosen Negern oder Südsee-Insulanern aufzudrängen und dafür mehr oder weniger wahllos irgendwelche Rohstoffe von ihnen einzuhandeln. Händlerische Kolonialpolitik in größerem Stil wird sich vielmehr volkreiche Gebiete mit mindestens stark entwicklungsfähigen wirtschaftlichen Bedürfnissen der vorhandenen Bevölkerung aussuchen.

Im Effekt berührt sich das Streben nach Absatzmärkten in dieser Form eng mit dem Streben nach Rohstoffquellen in Ländern wie beispielsweise Indien, das ja überhaupt das größte kolonialpolitische Beispiel darstellt. Das Streben nach Erweiterung des Absatzmarktes in einer einmal gewonnenen Handelskolonie führt zugleich auch zu dem Streben nach Erweiterung der Einnahmequellen ihrer ansässigen Bevölkerung, berührt sich also eng mit dem Streben nach vermehrter Gewinnung von Rohstoffen. Die Wechselwirkung ist eine sehr innige, da gesteigerte Rohstoffgewinnung zu einer vermehrten Versorgung der Industrie des Kolonialmutterlandes, diese zu einer vermehrten industriellen Überschußproduktion, also wieder zu gesteigertem Absatzbedarf führt, und dieser gesteigerte Absatzbedarf seine Befriedigung darin finden kann, daß die gehobene Rohstoffproduktion die Kaufkraft des Kolonialtochterlandes hebt. Allerdings hat diese wirtschaftliche Entwicklung des Kolonialtochterlandes auch ihre Gefahren für das Kolonialmutterland, da — wie im vorigen Abschnitt ausgeführt — mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch politische Verselbständigungsbestrebungen heranwachsen und -reifen können.

Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß das Streben nach Absatzmärkten sich nicht unbedingt verdichten muß zu dem Verlangen nach Absatzkolonien. Gerade die stärksten, aufnahmefähigsten Absatzmärkte befinden sich in politisch der Regel nach viel zu selbständiger Stellung, als daß sie zu Objekten der Kolonialpolitik ausersehen werden könnten. Andere, politisch weniger gefestigte Länder bilden einen Gegenstand weltpolitischer Eifersucht der großen Mächte, der sie vor dem äußeren Schicksal eines Objektes der Weltpolitik bewahrt.

Hier setzte namentlich in neuerer Zeit ein Kampf zwischen zwei weltpolitischen Richtungen ein, der sich nach landläufiger Ausdrucksweise darstellte als ein Kampf zwischen dem Grundsatz der »offenen Tür« und der »Interessensphären«. Länder und Völker, die im Hinblick auf ihre eigene Widerstandskraft oder auf herrschende Konkurrenzeifersucht der Hauptmächte des Welthandels als Objekte der Kolonialpolitik nicht geeignet erschienen, wurden entweder nach dem Grundsatz der offenen Tür behandelt, zumal wenn sie diese selbst aufrecht zu erhalten in der Lage waren, d. h. sie stellten für den Gesamtwelthandel ein Marktgebiet dar, auf dem die Erzeugnisse aller Mächte unter gleichmäßigen Bedingungen miteinander konkurrierten; oder es machte sich die Neigung von Hauptmächten geltend, eine verkappte wirtschaftliche Kolonialpolitik durch die Aufteilung in Interessensphären bei offizieller Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit des solcherart aufgeteilten Landes zu betreiben.

In Wahrheit und in der Wirkung nähert sich die Interessensphären-Politik mehr oder weniger der eigentlichen Kolonialpolitik. Ihr Hauptobjekt bildeten in der letzten Geschichtsepoche die Länder Vorder- und Ostasiens.

4. Das Streben nach Anlagemärkten.

Die industrielle Entwicklung, auf der das Streben nach Rohstoffquellen wie nach Absatzmärkten fußt, vollzieht sich auf kapitalistischer Grundlage und hat zu ständig vergrößerten Kapitalbildungen geführt. Teils häuft die Industrie selbst ihre Kapitalien, teils werden solche seitens der Kolonialmutterländer aus den Industrie- und Handelskolonien gezogen. Wo die Industrie in starkem Aufschwung begriffen ist, da erfordert sie immer neue Kapitalanlagen und vermag den Bedarf des Kapitals nach solchen Anlagen in weitgehendem Maße zu decken, ja, sie wird sich vielleicht auch auf die Heranziehung ausländischer Kapitalien angewiesen sehen. So steckte vor dem Kriege Deutschland das zuwachsende Industriekapital immer wieder in neue industrielle Investitionen; so lebten bis in den Krieg hinein die Industrie- und namentlich die Verkehrsanlagen der Vereinigten Staaten von Nordamerika großenteils von europäischen Kapitalien.

Hie und da aber wuchs das Kapital über die Erfordernisse des industriellen Wachstums hinaus und suchte nun seinerseits Anlage außerhalb des eigenen Bodens, wobei auch von dieser Seite her kolonialpolitische Bedürfnisse geweckt wurden. Solche finanzielle Überschußproduktion konnten wir neben England namentlich in Frankreich feststellen, dem Rentnerlande mit verhältnismäßig geringer Unternehmungslust, das seine Kapitalüberschüsse demgemäß nicht in den Ausbau der eigenen Volkswirtschaft steckte, sondern lieber in ausländische Rente und in politisch angegliederte Anlagemärkte französischen Kapitals wiederum in Gestalt von Kolonien.

Natürlich bieten auch die drei vorgenannten Gruppen von Kolonien — Siedlungs-, Industrie- und Handelskolonien (Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen und Absatzmärkte) — ergiebige Gelegenheit zur Anlage von

Kapitalien der Kolonialmutterländer. Bei der Beschaffung von Kolonien dieser drei Arten liegen durchweg Bedürfnisse bevölkerungspolitischer Natur vor, da diese Kolonien zum Ausgleich andernfalls sich geltend machender Übervölkerung dienen und der Bevölkerung des Kolonialmutterlandes weit über das Maß der Tragfähigkeit des eigenen Bodens hinaus Nahrungsmittel und industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten bieten sollen. Diese bevölkerungspolitischen Beweggründe kommen in Fortfall bei einer Kolonialpolitik, die lediglich im kapitalistischen Interesse auf die Schaffung von Anlagemärkten abzielt und die nicht durch die Bedürfnisse eines stark steigenden Bevölkerungswachstums getragen wird. Dies war ganz besonders eben im Hinblick auf Frankreich der Fall, wo sich dem Anlagebedürfnis des Kapitals nur der politische Ehrgeiz, das rein äußerliche Macht- und Ruhmbedürfnis, an die Seite stellte.

Im großen und ganzen läßt die ungeheure Beweglichkeit und die fast absolute Freizügigkeit des Kapitals das Streben nach kolonialen Anlagemärkten nur in Ausnahmefällen hervortreten oder wenigstens hinter dem gleichzeitigen unmittelbarer begründeten Streben nach Siedlungs-, Industrie- oder Handelskolonien zurücktreten. Aber auch da, wo überschüssiges Kapital seine Anlage nicht in Kolonialgebieten, sondern in politisch selbständigen Ländern sucht, treten mehr oder weniger bedeutende politische Auswirkungen ein. Das Gläubigerland kann, je ausschließlicher seine Rolle als Geldgläubiger gegenüber dem Schuldnerlande ist, um so mehr auch zu seinem politischen Vormund werden. Freilich ist auch eine umgekehrte Wirkung nicht ausgeschlossen. In je weiterem Umfange ein Staat in die Schuld eines anderen gerät, um so lebhafter ist das Interesse des Gläubigerstaates an dem wirtschaftlichen Gedeihen und der politischen Sicherung des Schuldnerstaates. Der Schuldnerstaat kann es schließlich in der Hand haben, den Gläubigerstaat zu immer weiteren finanziellen Opfern zu zwingen, ähnlich wie es auch im privatwirtschaftlichen Leben der Fall ist. So gab die starke Verschuldung Rußlands an Frankreich diesem nicht nur einen erheblichen Einfluß auf die russische Politik, sondern bedeutete zugleich eine vielleicht noch stärkere Bindung Frankreichs an die Politik des Zarenreiches, die schließlich als eine politische Überlegenheit des Großschuldners gegenüber dem Gläubiger aufgefaßt werden konnte.

II. Buch: Verkehrsgeographie.

Einführung.

Während es für die allgemeine Erdkunde sicher das Gegebene ist, von der Bodengestalt auszugehen und den Bodengehalt erst in zweiter Linie zu berücksichtigen, erscheint für die auf Wirtschafts- und Verkehrsgeographie aufbauende politische Erdkunde der Bodengehalt, d. h. das wirtschaftliche Lieferungsvermögen der Erdoberfläche als der wichtigere Ausgangspunkt. Damit findet sich die Berücksichtigung der Bodengestalt insofern von selbst, als die unwirtlichen Gebirge und Wüsten sowohl wie die See- und Meeresflächen ohne weiteres in den Hintergrund treten. Die entsprechenden Elementarkenntnisse der physischen Erdkunde darf die politische Geographie voraussetzen. Der Weg politisch geographischer Betrachtungen führt von der Darlegung der wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten des Bodens und seiner davon abhängigen Fassungskraft für staatlich organisierte Völker über die Austauschmöglichkeiten im Weltverkehr und Welthandel zu den Erscheinungen geschichtlichen Werdens und politischen Strebens auf dem geographisch gegebenen Boden der wirtschafts- und verkehrspolitischen Möglichkeiten und Richtlinien. Die den ganzen Erdraum umfassende Handelsgeographie setzt, an die natürlichen Grundlagen der Verkehrsgeographie mehr oder weniger gebunden, vorangegangene Klarstellung der wirtschaftsgeographischen Lage der einzelnen Erdgebiete voraus und leitet zur politischen Geographie in ihren großen Gesamtumrissen hinüber.

Der methodische Aufbau der Verkehrsgeographie wird sich wiederum den drei Hauptelementen der Erdoberfläche: Land, Wasser, Luft anzupassen und gleich der Wirtschaftsgeographie die Nutzung dieser Elemente und ihrer naturgegebenen Verhältnisse durch die politisch organisierten Staatsvölker weit in den Vordergrund zu rücken haben.

Schon hier sei vermerkt, daß sich aus der Oberflächenkunde als Grundlage der Verkehrskunde auch maßgebliche Faktoren der Grenzlehre ergeben. Es könnte also naheliegen, in die Behandlung der Bodengestalt als des Hauptfaktors der Verkehrslehre die Grenzlehre mit einzubeziehen. Das hieße jedoch wiederum den Einfluß des Völkerfaktors neben

dem Erdfaktor unterschätzen. Die physische Erdkunde gibt uns nur Fingerzeige für die Beurteilung der natürlichen und damit zugleich allenfalls der strategischen Grenzen. Die mehr psychische Völkerkunde aber bietet wesentlich berücksichtigenswerte Ergänzungen, indem sie uns auf die ethnographischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Grenzen achten läßt. Physische Erdoberflächen- und psychische Erdbewohnerkunde schließlich mischen sich in der Bewertung der wirtschaftlichen Grenzen, die teils nach den natürlichen Verhältnissen des Bodengehaltes, teils nach ihrer Nutzung durch die wirtschaftenden Staatsvölker zu beurteilen sind.

Mit Rücksicht auf diese Verquickung soll die Grenzlehre einstweilen aus den Betrachtungen der Verkehrsgeographie ausgeschaltet oder durch sie doch nur kurz gestreift werden. In der Hauptsache bleibe sie den geschichtsgeographischen Abschnitten vorbehalten, die im Zusammenarbeiten von Völker- und Länderkunde den Einfluß der Völkerkunde noch weiter in den Vordergrund stellen werden als in den wirtschafts- und verkehrskundlichen Abschnitten.

A. Räumliche Lebensbedingungen der Staatsvölker.

1. Die Bodengestalt und ihre Verkehrsbedeutung.

Die Erdoberfläche als Schauplatz der Staatenbildung und Verkehrsentwicklung ist zu beurteilen nach ihrer horizontalen und ihrer vertikalen Gliederung. Die horizontale Gliederung ist bestimmt durch die Verteilung der festen und der flüssigen Erdoberfläche, die Verteilung von Land und Meer, die vertikale Bodenschichtung durch die Höhen- und Tiefenunterschiede. Für die politische Geographie im allgemeinen und die Verkehrsgeographie im besonderen sind beide Faktoren von wesentlicher Bedeutung.

Die äußere Bodengestalt der Festlandsoberfläche gewährt abwechselnd das Bild kompakt zusammenhängender großer Landmassen, mehr oder weniger weitgehender Gliederungen, die vornehmlich als Halbinseln in die Erscheinung treten, und zersplittert auftretender Oberflächenteile in Gestalt der Inseln. Die Gliederung der Erdoberfläche durch die Weltmeere wird landeinwärts fortgesetzt durch eine partielle Gliederung seitens der Binnengewässer. Diese wiederum nimmt ihren tatsächlichen Ausgang ebenso wie im Grunde genommen die horizontale Gliederung überhaupt von der vertikalen Oberflächengliederung.

Abgesehen von der Grenze zwischen Festland und Meer, stellen die Gebirge die Hauptzeugen dieser vertikalen Gliederung dar. Ihnen wohnt eine entsprechende Bedeutung für die Verkehrsnutzung der Erdoberfläche und dadurch mittelbar auch für die politische Staatenbildung inne, eine Bedeutung sozusagen negativer Natur, da die Gebirge natürliche Verkehrshindernisse oder mindestens Verkehrserschwernisse bilden und in entsprechendem Maße auch auf die Führung von Umrißlinien der Staaten eines natürlichen Einflusses nicht ermangeln.

Die horizontale Erdoberflächengliederung ist eine wenig verzweigte, kompakte Landmassen zusammenfassende, vornehmlich in Afrika, ferner in Südamerika, im Hinblick auf das Gesamtverhältnis zwischen innerem Umfange und äußerer Gliederung auch in Asien, wogegen die stärkste Gliederung in Europa, ausgenommen den durchaus mit Asien zusammenhängenden Osten des Erdteils, zu verzeichnen ist. Diese starke Gliederung des westlichen Europas ist als in hohem Grade verkehrsfördernd zu betrachten, da der Verkehr seine natürliche Entwicklung mit in erster Linie an die später des näheren zu betrachtenden Wasserwege knüpft. Demgemäß hat gerade die reiche Gliederung dieses Erdteils auch in bedeutendem Maße beigetragen zu seiner hohen Kulturentwicklung, seiner wirtschaftlichen Belebung und in der weiteren Folge seinem weltpolitischen Einfluß. In Asien gesellt sich zu der Riesengröße der Landflächen das Vorkommen der weitaus höchsten und massigsten Gebirge, die in dieser Höhe und Massigkeit Verkehrshindernisse von einem Umfange darstellen, wie nirgends sonst. Schließlich spielen gerade in den gewaltigen Landmassen auch klimatische Einflüsse eine mit der Größe des Kontinents zunehmende Rolle, da zu den ausgeprägtesten Erscheinungen des Kontinentalklimas mit der Größe der Abstände vom Meer zunehmende Temperaturschwankungen gehören, deren obere, vor allen Dingen aber deren untere Ausdehnungen sich als stark verkehrshemmend, letztere auch in hohem Grade als wirtschaftshemmend überhaupt erweisen können. Was in dieser Beziehung namentlich vom nördlichen Asien gilt, hat in entsprechendem Maße auch Geltung für die nördlichen Teile Nordamerikas.

Bei der Ausbildung des Verkehrs, namentlich auf primitiver Wirtschaftsstufe, haben wir neben der Bodengestalt übrigens auch den Bodengehalt in Rücksicht auf die in den verschiedenen Zonen vornehmlich vorkommenden und als Beförderungsmittel benutzten Haustierarten mit zu berücksichtigen. In den Klimaten des hohen Nordens spielt der Schlittenhund eine nicht unbedeutende Rolle neben dem Renntier. In der ganzen gemäßigten Zone, sowohl der nördlichen wie der südlichen, und in bedeutenden Teilen auch der heißen Zone ist das Pferd das wesentlichste Zugtier, daneben teilweise auch der Esel. Nach Landes- und Volksbrauch noch mehr als nach besonderen klimatischen Rücksichten wird das Pferd als Zugtier durch das Rindvieh oder den Büffel ersetzt, dessen Stelle in beträchtlichen Teilen namentlich Vorderasiens und Nordafrikas das Kamel oder Dromedar als den Güterverkehr in der Hauptsache besorgendes Lasttier übernimmt. Nicht zu vergessen ist der gezähmte indische Elefant gleichfalls als Lasttier. Stellenweise versieht auch heute noch in großem Umfange der Mensch die Rolle des Zug- oder Lasttiers, so der chinesische Kuli und der afrikanische Träger. Von der Bedeutung der Güterbeförderung durch Zug- oder Lasttiere zeugen die südafrikanischen und südamerikanischen Ochsenkarawanen und die nordafrikanischen Kamelkarawanen.

Über die Entwicklung des vormotorischen Landverkehrs schreibt Ratzel:

»Die älteste und einfachste von allen Verkehrsarten ist der Trägerverkehr. Der Wandernde, der seine Habe mit sich trägt, muß so alt wie

die Menschheit selbst sein; trägt er mehr mit sich, als er braucht und gibt er von diesem Überfluß auf seinem Wege ab, so dient er schon dem Handelsverkehr. So ist der erste und einfachste Handelsverkehr Trägerverkehr. Durch Tragtiere, Schlitten, Wagen eingeschränkt, behält er doch immer den Wert, den Menschen zum Träger zu haben, der lenksamer und einsichtiger ist als jedes andere Werkzeug und auf den schmalsten Pfaden sich bewegen kann. Deswegen hat er sich in sehr großer Ausdehnung in Süd- und Ostasien und Afrika neben den modernsten Verkehrsmitteln erhalten können. Die Eisenbahn verdrängt ihn, aber das Automobil war ihm z. B. in Britisch-Nyassaland nicht gewachsen, da es in der dortigen viermonatlichen Regenzeit einfach verschwinden mußte, wo die Träger mit Vorliebe ihre Kaffeelasten zur Küste tragen; gerade in der Regenzeit sind in Afrika die Träger am unentbehrlichsten. Gebirgsländer sind auch bei uns überall, wo die Eisenbahnen nicht hingedrungen sind, Gebiete des Trägerverkehrs. Auch wo unbedeutende Lasten auf kurze Strecken zu befördern sind, wie bei der Post, behält das Trägerwesen seinen ursprünglichen Wert. Und ebenso bleibt es neben dem Karawanenverkehr in Tätigkeit, der neben Kamelen und anderen Lasttieren besonders Sklaven als Träger benützt.

In großer Ausdehnung hat sich der Trägerverkehr im tropischen Afrika erhalten und hier ist er noch heute ein wichtiges Glied des Verkehrsmechanismus. Ein großer Teil des Palmöls, Kautschuks und Elfenbeins, die Afrika in den Welthandel bringt, sind auf den Köpfen einzelner Träger an die Küstenplätze gelangt. Noch wichtiger war dieser Verkehr in früheren Jahrhunderten, wo die Träger an der Küste als Sklaven verkauft wurden. Ohne den Sklavenhandel wäre wohl der Trägerverkehr überhaupt nicht zu der großen Entwicklung gelangt. Die Tragkraft eines Mannes wird für längere Dauer in Japan auf 25 kg, in Ostafrika auf 30 kg veranschlagt. Um schwere Lasten zu befördern, sind also Träger in großer Zahl notwendig und diese zu gewinnen, ist oft der Hauptzweck der Sklavenjagden gewesen. In friedlichen Verhältnissen haben in Afrika junge Länder, die Pflanzungskolonien und zugleich Durchgangsländer des Verkehrs sind, durch den letzteren soviel Arbeitskräfte verloren, daß ihre ackerbauliche Entwicklung darunter Not litt.

Schon der Trägerverkehr suchte sich die Arbeit durch Tragwerkzeuge zu erleichtern. Unsere Gebirgsbewohner benutzen die sog. Kraxen, hölzerne Traggestelle an Bändern über die Schulter auf dem Rücken getragen; im Gebirgsland Chinas und Japans sind Bambusstangen im Gebrauch, an denen in der Mitte aufgehängt die Lasten von zwei Männern getragen werden, ähnliches findet man in Afrika, wenn auch im allgemeinen das Tragen der Lasten auf den Köpfen dort üblicher ist. Das Schleppen der Lasten machte zuerst einen wichtigen Fortschritt, als der S c h l i t t e n zur Anwendung kam, dem der W a g e n erst folgte, dessen beschränktes Verbreitungsgebiet zeigt, wie jung seine Erfindung ist. Wir finden ihn im festländischen Westasien, Indien, China, wo der Wagenbau sowohl in schweren Wagen für die Ebene als in leichten für das Gebirge Großes leistet, aber nicht in Korea und Japan, nicht in Nordasien. In Europa scheint er

in der Bronzezeit eingeführt worden zu sein; und wenn wir uns erinnern, wie bei Homer Nausikaa ihr Maultiergespann lenkt, gewinnen wir den Eindruck, der Wagen sei in Griechenland damals schon lange bekannt gewesen. Doch fehlte er ganz in Altamerika, in Afrika, Ägypten und das Atlasland ausgenommen, und in Australien. Die Erfindung des Wagens kann nur nach der Zähmung des Pferdes und Rindes gemacht worden sein, und setzte auch dann ein weites ebenes Land voraus. Seine größte Entwicklung hat er in Südafrika gefunden, wo ungemein schwere Wagen, die ein ganzes Haus mit seinen Insassen enthalten, mit Rädern von 5 m Umfang, von 20 bis 40 Ochsen über vollkommen wegloses, felsiges und sandiges Hochebenenland gezogen werden.

Bodenbeschaffenheit, Klima und Tierwelt verbinden sich im Norden der alten und neuen Welt, um eine der eigentümlichsten Verkehrsformen zu schaffen: weite Ebenen, die einen großen Teil des Jahres mit Schnee bedeckt sind, begünstigen den Verkehr mit dem Schlitten, vor den Renntiere oder Hunde gespannt werden; in demselben Gebiet wird das Renntier als Reit- und Tragtier benützt. Hundeschlitten sind bei den Eskimo Grönlands und des nördlichsten Nordamerika, in Kamschatka, im Lenadelta noch in großem Maße üblich, Renntierschlitten bei den Tungusen und Samojeden Nordsibiriens.

Rinder werden als Lasttiere von den Hirtenvölkern verwendet, denen Kamele fehlen, so in Innerafrika und Hochasien. Die Nachricht der Alten, daß Wolle auf dem Rücken von Ziegen nach Indien gebracht wurde, meint wohl den Yak (Bos grunniens), das Lasttier der Tibetaner. Aber einen ganz anders ausgedehnten Wirkungskreis eröffnete dem Rind die Erfindung des Wagens. Der Ochsenwagen ist bei vielen Hirten- und Ackerbauvölkern bis heute üblich, er ging für Frachtbeförderung bei allen Mittelmeervölkern dem Pferde- und Maultiergespann voraus. Das Pferd, das Maultier und der Esel sind als Tragtiere jetzt in allen Gebirgsländern der Erde in Verwendung, am meisten in Südeuropa, im spanischen und portugiesischen Amerika, in Ostasien; in Westasien und Afrika werden sie vielfach durch das Kamel ersetzt. In kleinerem Maße sind die ausdauernden kleinen Pferde in Kamschatka, Alaska, Island für den Sommerverkehr als Saumtiere nützlich und ist auch in Mitteleuropa bis ins Mittelalter das wichtigste Beförderungsmittel gewesen.

Pferd und Kamel, Tiere, die in weiten Ebenen sich zu rascher Bewegung organisiert haben, sind in der Zeit vor der Dampfmaschine und vor dem Telegraphen die wichtigsten Mittel des Schnellverkehrs gewesen. Bei mäßigem Schritt legt das Reitpferd in der Stunde 10 km, also das Doppelte von der Geschwindigkeit eines regelmäßig ausschreitenden Fußgängers zurück. Man rechnet als Traglast für ein mäßiges Pferd in der Ebene das Sechsfache, im Gebirge das Dreifache von dem, was ein Mensch trägt. Dabei ist im Gebirge die Geschwindigkeit einer Saumtierkarawane kaum größer als die einer Trägerschar. Leichte Fuhrwerke, die mit Pferden oder Maultieren bespannt sind, legen nicht viel geringere Tagesstrecken zurück als Reitpferde. Auf unvollkommenen Wegen kann man für Reisewagen 9 bis 10 km in der Stunde rechnen.«

Für die Erleichterung des Verkehrs mit Zugtieren ist der Straßenbau von hoher Bedeutung. Seinen Ausgang nimmt er indessen weniger von wirtschaftlichen, als von politischen Bedürfnissen aus.

Nirgends tritt der Zusammenhang zwischen der Staatsmacht und den Verkehrseinrichtungen so deutlich hervor wie in China. Als in der Zeit der Mongolenherrscher Marco Polo China besuchte, konnten die Landstraßen den anderen großartigen Unternehmungen in diesem Reich, wie dem Großen Kanal und der Großen Mauer, verglichen werden. In den Ebenen waren die Straßen gewöhnlich 20 bis 25 m breit und sind noch jetzt auf beiden Seiten mit schönen Baumreihen bepflanzt, so daß sie wie einige der schönsten Straßen in Europa großen Avenuen gleichen. Jede paar Li waren Wohnhäuser, wo Soldaten stationiert waren, die nachts den Reisenden begleiteten, um ihn zu schützen und jede 10 Li oder 3¹/₃ Meilen große wohlgebaute Signaltürme. Hier wurde mit Feuer und Rauch signalisiert, ursprünglich nach der Vorschrift nur mit Rauch aus Wolfsdung. An Gasthäusern für gewöhnliche Reisende und solchen für hohe Personen, Beamte usw., wo Postpferde immer bereit stehen, fehlte es nicht. Sie hatten ausgezeichnete Brücken, von denen einige wirklich prachtvoll sind, die auf 20, 30, 40 Bogen stehen. Westlich von Peking und in Shansi sind die Brücken oft von Marmor und die Ballustraden fein ornamentiert mit symbolischen Tierfiguren. Sind die Flüsse sehr breit, so werden sie auf Fähren überschritten mit großen Booten, welche 3—4 Wagen zugleich aufnehmen. In der Provinz Petschili und teilweise auch Honan und Shantung sind die Landstraßen durchaus eben, und man konnte 50—60 km pro Tag machen. In dem vollkommen ebenen Schwemmland des Peiho läuft die Straße Tientsin—Peking 110 km geradlinig durch.

In Europa verdienen vor allen Dingen die römischen Heerstraßen Beachtung. So hat Cäsar der von Pompejus gebauten ersten römischen Alpenstraße über den Mont Genèvre die zweite über den Großen St. Bernhard hinzugefügt. Unter des Augustus großen Unternehmungen steht in vorderer Reihe die Via Augusta, welche in dem Passe von Puigcerdá die Pyrenäen überschritt und der Küste entlang bis Gades hinabführte. Ebenso ist der Donau-Balkanweg durch römische Straßenbauten erschlossen. Der deutlichste Beweis für die Stärke des politischen Kernes in der Entwicklung des römischen Straßennetzes ist der Verfall der Römerstraßen, der mit dem Zerfall des römischen Reiches anhub und anderthalb Jahrtausende anhielt. Wäre der Verkehr mehr von der Kultur als von der Politik abhängig gewesen, so würde er auch mit der Kultur seine Renaissance erlebt haben. Statt dessen sehen wir erst die moderne Nachbildung des römischen Reiches unter Ludwig XIV. und Napoleon die römische Überlieferung im Straßenbau energisch wieder fördern. Nirgends zeigt sich das besser als in den Alpen, wo der Bau der Simplonstraße (1801—1807) durch Napoleon den Alpenstraßenbau im großen Stil überhaupt dort wieder aufnahm, wo die Römer ihn liegen gelassen hatten. Der systematische Bau von Landstraßen begann 1720 in Frankreich unter Colbert, der zuerst wieder das Straßennetz als Mittel zur Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes auffaßte. Daß die germanischen Fortsetzer des

Römischen Reiches die Verkehrsorganisation und die damit gegebene Zentralisation noch nicht in dieser Weise in die Hand nehmen konnten, beraubte ihr Werk von vornherein der Gewähr der Dauer.

Über den einfachen Straßenbau hinaus gingen die schon bei den ägyptischen Pyramidenbauten und im alten Griechenland verwendeten »Spurenbahnen«, die dazu dienten, durch Verminderung der Reibung den Transport von Lasten zu erleichtern.

Die sorgfältig in Stein ausgehauenen Spuren auf den Tempelstraßen der Griechen weisen sogar eine einheitliche Normalspurweite auf. »Spurenbahn« oder »Spurenstraße« ist der allgemeine Begriff, unter den selbst das moderne Eisenbahnwesen noch zu subsumieren ist. Der unmittelbare Vorläufer der »Eisen«-Bahn ist aber die »Holz«-Bahn. Diese, aus hölzernen Langschwellen bestehenden Spurbahnen waren bei den Bergwerken im Harz seit Jahrhunderten bekannt und sollen dann durch deutsche Bergleute zur Zeit der Königin Elisabeth nach England gebracht worden sein. In den Bergwerken zuerst wurden dann auch die hölzernen Schienen später durch eiserne ersetzt. Hier bereits, in den ersten Anfängen der eisernen Spurenstraße, sehen wir die drei Faktoren — »Kohle, Eisen und Eisenbahn« — nebeneinander, die heute in ihrer Vereinigung für unser ganzes Wirtschaftsleben von so riesenhafter Bedeutung sind. Auf den ersten eisernen Spurstraßen wurde als bewegende Kraft für die Fortschaffung der Lasten Menschenkraft und hauptsächlich Pferdekraft benutzt.

Von den Kulturländern aus hat die Ersetzung der tierischen oder auch menschlichen Kraft in der Verkehrsbewältigung zu Lande durch die motorische Kraft ihren Siegeszug über die Erde angetreten, ursprünglich mit Hilfe der Dampflokomotive, die für die Zukunft einer immer weitergehenden Ersetzung durch die elektrische Triebkraft zu harren scheint und in den weiteren Ausstrahlungen des Verkehrs zunehmend ergänzt wird durch das schienenlose Beförderungsmittel des Kraftwagens. Die Schienennetze der Eisenbahnen gehen in einzelnen europäischen Ländern bis zu einer Dichtigkeit von 29,3 km auf 100 qkm. In den nach ihrer Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung Europa am nächsten stehenden Vereinigten Staaten war die Ausbreitung des Schienennetzes insgesamt auf 4,3 km pro 100 qkm angestiegen.

Eisenbahnen auf 100000 Einwohner.

Land	Bahnlänge auf je 100000 Einwohn. i. km	Land	Bahnlänge auf je 100000 Einwohn. i. km
In Europa:		Großbritannien	83
Schweden	261	Spanien	82
Dänemark	146	Griechenland	61
Schweiz	135	Portugal	55
Norwegen	132	Niederlande	55
Frankreich	128	Rumänien	53
Belgien	117	Italien	51
Deutschland	95	Rußland	48
Österreich-Ungarn	90	Bulgarien	45

Land	Bahnlänge auf je 100000 Einwohn. i. km
Serbien	33
Europäische Türkei	27
In Amerika:	
Argentinien	679
Kanada	662
Vereinigte Staaten	430
Uruguay	253
Chile	192
Mexiko	175
Brasilien	105
Ecuador	75
Bolivien	63
Paraguay	59
Peru	58
Venezuela	42
Kolumbien	22
In Asien:	
Malayische Staaten (Borneo, Celebes usw.)	192
Sibirien und Mandschurei	154
Kleinasien	27
Britisch-Ostindien	18
Japan	17
Siam	12
Niederländisch-Indien	9
China	3
Persien	0,6
In Afrika:	
Algier und Tunis	95
Ägypten	52
In Australien:	
Australien	580

Eisenbahnen auf 1000 qkm.

Land	Bahnlänge auf 1000 qkm
In Europa:	
Belgien	293
Großbritannien	120
Deutschland	116
Schweiz	116
Dänemark	98
Niederlande	96
Frankreich	94
Österreich-Ungarn	68
Italien	61
Portugal	32
Schweden	32
Spanien	31
Rumänien	27
Griechenland	25
Bulgarien	20
Serbien	19
Rußland	12
Europäische Türkei	10
Norwegen	10
In Amerika:	
Vereinigte Staaten	43
Uruguay	15
Mexiko	13
Argentinien	12
Chile	8
Kanada	5
Ecuador	4
Brasilien	3
Peru	2
Venezuela	1
Bolivien	1
Kolumbien	0,8
In Asien:	
Japan	17
Malayische Staaten (Borneo, Celebes usw.)	16
Britisch-Ostindien	11
Niederländisch-Indien	4
Kleinasien	3
Siam	2
Sibirien und Mandschurei	0,9
China	0,9
Persien	0,03
In Afrika:	
Algier und Tunis	7
Ägypten	6
In Australien:	
Australien	4

Sehr spröde verhalten sich gegenüber den Fortschritten des Eisenbahnbaues die kompakt-kontinentalen Landgebiete der übrigen Erdteile außer Europa und Nordamerika. Selbst in einem so dicht besiedelten Lande wie China, in dem allerdings ein sehr weit verzweigtes natürliches und künstliches Wasserstraßennetz zur Verfügung steht, fand die Eisenbahn erst in neuester Zeit und bisher im Vergleich zur Gesamtfläche des Landes nur in äußerst bescheidenem Maße Eingang. Im mittleren Teile Asiens ist vor allen Dingen der in weitaus erster Linie aus politisch-strategischen Rücksichten durchgeführte Bau der Transsibirischen Eisenbahn ein Verkehrswerk von einem Umfange, dem sich kein zweites an die Seite zu stellen vermag.

Das anfänglich dem Eisenbahnbau gegenüber recht spröde Afrika hat in den letzten Jahren in verhältnismäßig recht raschem Tempo eine Anzahl von Stichbahnen sich ausbreiten sehen, die, ursprünglich isoliert, mehr und mehr auch zu einem festgefügten Eisenbahnsystem und einem regelrechten Schienennetz ausgebildet zu werden im Begriff stehen.

»Jede Erörterung afrikanischer Eisenbahnfragen hört auf, eine ernste zu sein von dem Augenblick an, wo man das Problem der Rhodeschen Meridianbahn durch Afrika mit zum Gegenstand der Besprechung zu machen beliebt.« So äußerte sich gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine afrikanische Autorität wie Schweinfurth, und noch im Jahre 1902 spendete Hans Meyer dieser Anschauung in einer Studie über die Eisenbahnen im tropischen Afrika lebhaften Beifall. Schon 1907 aber waren von der 9500 km langen Gesamtstrecke zwischen dem Kap und Kairo 5600 km als Schienenweg ausgebaut und weitere 2600 km als brauchbare Zwischenglieder zu Wasser vorhanden, so daß an der vollständigen Verbindung nur noch 1300 km fehlten!

Das alte, bis zur Jahrhundertwende festgehaltene Dogma, das über eine gewisse Entfernung von der Küste hinaus afrikanischen Eisenbahnen alle Existenzfähigkeit absprach, ist schlechterdings nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Verwirklichung der großen, durchgehenden Verbindungen von Nord nach Süd, von Ost nach West rückt zusehends näher.

In einer amtlichen deutschen Denkschrift über den Ausbau des Eisenbahnwesens in Afrika wurde 1907 ausgeführt:

»Eisenbahnen sind in dem Entwicklungsprozesse der Produktion und ihres Handels ebenso notwendig wie irgendein neues Instrument oder eine neue Maschine; wenn die Konkurrenz diese anschafft und wir nicht, so wird die Folge sein, daß die sehr rasch eintretende Wirkung der neuen Verkehrsmittel die Produktion des tropischen und subtropischen Afrikas wesentlich steigert und den Preis ihrer Artikel auf dem Weltmarkt drückt. Kolonien, wie die unsrigen, die dann nicht in ähnlicher Weise mit dem wichtigen Produktionsmittel der Eisenbahn ausgerüstet sind und sozusagen noch nach alter Methode wirtschaften, werden dann mit ihrer Produktion auf dem Weltmarkte nicht mehr mitkommen und haben, wenn sie dann erst daran gehen, die Eisenbahn nachzuholen, mit höheren Produktionskosten und entsprechend geringeren Gewinnen, also damit zu rechnen, daß sie wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähig sind. Es tritt dann infolge

des verspäteten Eisenbahnbaues eine schwere Produktionskrisis ein, die unter Umständen jede weitere Initiative für die Kolonien lähmt und die Freude an deren Entwicklung schwinden läßt. Es könnten Beispiele aus der Geschichte und der Gegenwart angeführt werden, wo die Rückständigkeit in der Verkehrspolitik einen dauernden chronischen Rückstand einer Kolonie zur Folge hatte, die in einigen Fällen auch mit ihrem gänzlichen Verlust endigte. Umgekehrt hat derjenige, der sein Produktionsgebiet zuerst durch Eisenbahnen erschließt, den höchsten wirtschaftlichen Gewinn, da er mit den neuen Produkten in die erste günstige Konjunktur derselben kommt, die mit der Weitererschließung von Produktionsgebieten allmählich abflaut. Das sind rein wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Beurteilung von Projekten, welche diejenigen beachten sollten, die gewohnt sind, Verkehrsprojekte lediglich unter den technischen und finanziellen Gesichtspunkten zu betrachten.«

Anschließend an diese Denkschrift gab ich damals in meiner Schrift »Afrikanische Verkehrspolitik«[1]) folgende Übersicht über die bis dahin erfolgten Bahnbauten in Afrika und ihre wirtschaftliche Bedeutung:

Erste afrikanische Eisenbahnpläne unter Förderung der betreffenden Regierungen:

Frankreich 1851 für Senegal.	Portugal 1886 für Angola.
Ägypten 1852 für Unterägypten.	Deutschland 1891 f. Deutsch-Ostafrika.
England 1857 für Natal.	» 1897 für Südwestafrika.
Frankreich 1857 für Algier.	» 1898 für Togo.
Kongostaat 1878 f. den Unterkongo.	» 1901 für Kamerun.
Frankreich 1879 für Réunion.	

Fertige und im Bau befindliche afrikanische Bahnen:

England	15000 km	Ägypten	7000 km	Deutschland	2000 km
Frankreich	10000 »	Portugal	2300 »		

Länge und Kosten der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen Afrikas:

Französische Kolonien:	Fertige Kilometer	Kosten im ganzen
Algier	3062,0 km	493911643 M.
Tunis	721,0 »	59221368 »
Senegal	264,0 »	15320000 »
Obersenegal-Niger	555,0 »	40000000 »
Französisch-Guinea	148,5 »	11520000 »
Elfenbeinküste	80,0 »	4960000 »
Dahomey	226,0 »	14400900 »
Madagaskar	165,0 »	36000000 »
Réunion	126,0 »	14880000 »
Mauritius	194,0 »	15600000 »
Somaliland	310,0 »	38000000 »
Französische Kolonien zusammen:	5851,5 km	733813011 M.

[1]) Berlin, Hermann Paetel, 1907.

Britische Kolonien:	Fertige Kilometer	Kosten im ganzen
Sierra Leone	366,2 km	20196382 M.
Goldküste	274,0 »	35771155 »
Lagos-Nigeria	201,0 »	18012404 »
Britisch-Südafrika	11454,0 »	ca. 1400000000 »
Britisch-Zentralafrika	48,0 »	1836000 »
Britisch-Ostafrika.	940,0 »	115383000 »
Britische Kolonien zusammen:	12563,2 km	1591198941 M.
Ägypten	6339,0 km	451973752 M.
Brit. Kolonien u. Ägypten zus.:	18902,2 km	2043172693 M.
Portugiesische Kolonien:		
Portugiesisch-Westafrika	466,0 km	46518998 M.
Portugiesisch-Ostafrika	707,0 »	91079173 »
Portugiesische Kolonien zusammen	1173,0 km	137598171 M.
Kongostaat	642,0 km	50520000 M.
Italienische Kolonien	115,0 »	20000000 »
Nichtdeutsche Kolonien zusammen	26683,0 »	2985103864 »
Deutsche Kolonien:		
Togo	167,0 km	8919960 »
Deutsch-Südwestafrika	1002,0 »	27496329 »
Deutsch-Ostafrika	129,0 »	9600000 »
Deutsche Kolonien zusammen . .	1298,0 km	46016289 M.

Beförderungsdauer von Hamburg zum nördlichen Nyassa:

Heute	47 Tage
Nach Bau der Südbahn	24 »

Frachtkosten vom Viktoriasee zur Küste:

1000 kg pro Träger	2500 M.
1000 kg per Bahn	45—450 M.

Von Tanga nach Mombo:

1000 kg per Träger	156 M.
1000 kg per Bahn	8—40 M.

Zolleinnahmen von Muanza am Viktoriasee:

Vor Eröffnung der Ugandabahn . .	120 Rp.
1903.	rd. 20000 »
1904.	» 100000 »
1906.	» 200000 »

Von der weltwirtschaftlichen und namentlich auch der weltpolitischen Bedeutung der Entwicklung des Eisenbahnwesens kann man sich ein rechtes Bild nur machen, wenn man im Auge behält, daß diese ganze Entwicklung im Grunde genommen noch keine 100 Jahre alt ist; wurde die

erste größere Eisenbahnstrecke mit Lokomotivbetrieb doch erst im Jahre 1830 zwischen Liverpool und Manchester eröffnet. Zu gleicher Zeit begannen übrigens auch schon die Vereinigten Staaten mit dem Eisenbahnbetrieb. 1835 folgte Deutschland mit der Eröffnung der Nürnberg-Fürther Bahn. Erst später dehnte das Eisenbahnwesen sich auch auf andere Erdteile aus, zuletzt auf Afrika, wo erst im Jahre 1856 die erste Bahnstrecke eröffnet wurde. Die heutige Länge des Schienennetzes der Erde beträgt insgesamt mehr als das Fünfundzwanzigfache der Äquatorlänge. Die weiträumigen Vereinigten Staaten stehen mit der Länge ihres Schienennetzes an der Spitze aller Länder und verfügen über ein größeres Eisenbahnsystem als alle europäischen Länder zusammen, einschließlich Europäisch-Rußlands. An zweiter Stelle bezüglich des Gesamtumfanges seines Eisenbahnnetzes stand vor dem Kriege das Deutsche Reich hinter den Vereinigten Staaten.

Die wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung der Eisenbahnen hängt natürlich nicht nur ab von dem Umfange der vorhandenen Strecken, sondern auch von der Intensität ihrer Nutzung, die beispielsweise bei zweigleisigen Strecken weit über das Doppelte der Leistungsfähigkeit einer eingleisigen Strecke hinausgeht, und die ferner abhängig ist von der Tragfähigkeit des Unterbaues, der Größe der demgemäß verwendbaren Güterwagen und der Schwere und Zugkraft der Lokomotiven sowie selbstverständlich der Häufigkeit der Zugfolge, die eben bei mehrgleisigen Strecken im Gegensatz zu den eingleisigen fast unbegrenzt steigerungsfähig ist, zumal mit den Fortschritten betriebs-technischer Sicherungen und mit dem Übergang zu elektrischer Betriebsweise.

Auf hervorragender Stufe bezüglich der Betriebsmittel stand vor dem Kriege Deutschland, sowohl was die Menge des rollenden Materials wie die Güte namentlich seiner großen Lokomotiven anbetrifft, deren Leistungsfähigkeit auf dem europäischen Kontinent unerreicht war. Es betrugen in Deutschland die

Betriebsmittel der vollspurigen Eisenbahnen.

Jahr	Lokomotiven	Personen-wagen	Gepäckwagen	Güterwagen	Gesamtzahl der Betriebsmittel
1901	19 724	39 917	10 379	410 108	480 128
1902	20 296	41 259	10 799	413 726	486 080
1903	20 845	42 143	10 901	417 415	491 304
1904	21 418	43 394	11 209	426 078	502 099
1905	22 006	44 924	11 701	442 374	521 005
1906	22 855	47 057	12 528	467 084	549 504
1907	24 259	50 097	13 762	497 923	586 041
1908	25 634	53 586	14 797	521 746	615 763
1909	26 612	55 923	15 712	542 253	640 500
1910	27 157	57 644	16 404	565 940	667 145

Der Vollständigkeit halber sei eine kurze Übersicht über die finanziellen Verhältnisse der Eisenbahnen Deutschlands angefügt:

Anlagekapital und Ertrag der vollspurigen Eisenbahnen.

Jahr	Verwendetes Anlagekapital	Betriebseinnahmen	Betriebsausgaben	Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben in % des verwendeten Anlagekapitals
	Millionen Mark			
1901	13 131	1 973	1 310	5,14
1902	13 457	2 025	1 311	5,40
1903	13 827	2 162	1 357	5,95
1904	14 180	2 267	1 433	6,00
1905	14 552	2 437	1 541	6,29
1906	15 041	2 628	1 697	6,35
1907	15 635	2 745	1 894	5,60
1908	16 266	2 698	1 984	4,51
1909	16 870	2 843	2 007	5,09
1910	17 348	3 036	2 063	5,74

Einnahmen der Eisenbahnen (in Millionen Mark):

Jahr	Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	Aus dem Güterverkehr	Sonstige Einnahmen	Summe
1901	571	1 252	153	1 976
1902	577	1 298	153	2 028
1903	613	1 400	133	2 166
1904	642	1 468	161	2 271
1905	688	1 582	172	2 442
1906	736	1 705	182	2 633
1907	748	1 794	198	2 750
1908	773	1 727	204	2 703
1909	826	1 825	198	2 849
1910	871	1 962	209	3 042

Wie der alte Zug- oder Lasttierverkehr von dem Vorkommen der benötigten Tiere, so ist der Eisenbahnverkehr abhängig von dem Vorkommen des Betriebsstoffes. Naturgemäß sind diejenigen Länder in der Entwicklung ihres Eisenbahnwesens im Vorteil, die selbst über reichliche Kohlenvorkommen verfügen. Daneben gewinnt besonders mit dem Übergang zu elektrischer Betriebsweise das natürliche Vorkommen möglichst gleichmäßig verwendbarer Wasserkräfte an Bedeutung.

In allen Industriestaaten der Erde war infolge der Einwirkungen des Krieges ein empfindlicher, nachhaltiger Kohlenmangel eingetreten. Selbst Länder, die im Frieden Kohle in erheblichen Mengen ausführten, wie England und die Vereinigten Staaten, sind zeitweise in starke Kohlenkalamität geraten und sahen sich zu weitgehenden Einschränkungen im Verbrauch gezwungen. Die Vereinigten Staaten mit ihren schier unerschöpflichen Kohlenlagern und der vorbildlichen Verkoppelung von Produktion und Transport, deren Wirtschaftsleben aus dem Kriege fast nur Vorteile geschöpft hatte und die nach Großbritannien der wichtigste Steinkohlenexporteur geworden waren, sahen sich zeitweise veranlaßt, ausfahrenden fremden Schiffen

die Bunkerkohle zu verweigern und den Kohlenverbrauch zu rationieren. Für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft ist eine den hohen Ansprüchen der Gegenwart genügende Brennstoffbelieferung der Industrie und Verkehrsmittel eine Lebensfrage.

Eine starke Tendenz ist daher vorhanden, die Nutzung der Kohle zu vervollkommnen und darüber hinaus, wie schon an früherer Stelle erwähnt wurde, sich möglichst freizumachen von ihrem Gebrauch durch bessere Ausnutzung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität. Bereits vor dem großen Kriege waren Ansätze nach dieser Richtung hin vorhanden; die Ereignisse der Kriegsjahre mit ihren folgenschweren Eingriffen in das Wirtschaftsleben aller Länder wurden zum treibenden Faktor, vor allem das Verkehrswesen in möglichst großem Umfange zu elektrisieren. Ein sehr erheblicher Teil des Gesamtverbrauches an Kohle wird augenblicklich erfordert für den Antrieb der Eisenbahnlokomotiven. Nun gestaltet sich aber ein derartiger Eisenbahnbetrieb nach zwei Richtungen hin unrentabel: Der Transport der Kohle verschlingt selbst gewaltige Mengen ihrer Förderung, und in den Feuerungen der Dampflokomotiven wird die Heizkraft der Kohle nur in geringem Maße ausgenutzt. Außerdem kommt hinzu, daß vielfach nur hochwertiger Brennstoff für die Lokomotiven Verwendung finden kann, die infolge mangelhafter Ausnutzung der Kohle als eine starke Verschwendung kostbarsten Materials angesehen werden muß. Besonders im französischen Verkehrswesen machte sich die Beschaffenheit der nach den Waffenstillstandsbedingungen 1918 abgelieferten deutschen Lokomotiven im angeführten Sinne stark hemmend bemerkbar. Zwar erhielt Frankreich fortlaufend den größten Teil der Steinkohlenförderung aus dem Ruhrrevier, wie es im Friedensvertrag festgesetzt wurde, aber diese ausgezeichnete Ruhrkohle war und ist vorwiegend notwendig zur Aufrechterhaltung des Betriebes in der lothringischen Eisenindustrie. Da Frankreich nicht selbst über größere Mengen hochwertigen Brennstoffes verfügt, genügte der verbleibende Rest Qualitätskohle nicht, um die deutschen Maschinen speisen zu können. Die französischen Maschinen haben zwar nicht die Güte der deutschen, sind aber in bezug auf Brennstoff nicht so wählerisch wie die letzteren.

In den meisten Weltstaaten sind bereits bedeutende Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrisierung gemacht worden. Neben europäischen Staaten sind auch überseeische Länder in hervorragendem Maße daran beteiligt. Es handelt sich bei den projektierten wie den vorhandenen Einrichtungen sowohl um Ausnutzung der verfügbaren Wasserkräfte, wie auch um die Produzierung von Elektrizität aus der Kohle an Ort und Stelle ihrer Förderung, um an Transportkosten und Brennstoff überhaupt zu sparen. Die naturgegebenen Verhältnisse — man braucht nur an England mit den großen Kohlenlagern und anderseits Schweden mit der Fülle nutzbarer Wasserläufe zu denken — sind dabei von entscheidendem Einfluß.

Wie bereits erwähnt, bilden die Eisenbahnen stärkste Kohlenkonsumenten. Das Interesse aller beteiligten Kreise ist deshalb in erster Linie darauf gerichtet, zunächst den Bahnbetrieb für elektrischen Antrieb

umzugestalten. Für Großbritannien hat man die Gesamtkosten einer derartigen Maßnahme auf 300 Millionen Pfd. Sterl. veranschlagt. Die jährliche Ersparnis an Kohlen wäre aber so bedeutend, daß sie eine fünfprozentige Verzinsung des ausgeworfenen Kapitals gestatten würde. Bei der jetzigen Betriebsart machten in den Betriebskosten für Personenzüge im Jahre 1913 Wasser und Kohle allein über 36% der Gesamtsumme aus. Die in Amerika gemachten Erfahrungen lassen annehmen, daß die in Kilometern berechnete Jahresleistung einer englischen Personenzuglokomotive um das Anderthalbfache, die einer Güterzuglokomotive um das Doppelte gesteigert werden könnte. Diese Mehrleistung ist allerdings auch erforderlich, da sich die Herstellungskosten einer elektrischen Maschine um das Zweieinhalbfache höher stellen, als die einer Dampflokomotive. Im Jahre 1918 hatten 14 englische Bahnen den elektrischen Betrieb bereits eingerichtet oder zur teilweisen Anwendung gebracht, so vor allem auf Londoner Vorortstrecken.

In Britisch-Indien haben die Vorschläge zur Elektrisierung der Vorortbahnen von Kalkutta gesetzgeberische Formen angenommen. Hier soll durch Ausbau des Vorortbahnnetzes in etwa 40 km Umkreis der Stadt den Einwohnern die Möglichkeit gegeben werden, aus dem übervölkerten Zentrum in freiere, gesundheitlichere Wohnungsverhältnisse zu gelangen. Auch in Mauritius, wo mit der elektrischen Beleuchtung von Ortschaften begonnen ist, will man die Eisenbahnen der Insel in die elektrische Betriebsform überführen. Günstige Wasserverhältnisse (der Tamarind-Wasserfall) erleichtern dabei die Durchführung des Planes.

In Frankreich haben, gestützt auf die Wasserkraft der Dordogne und Ossan, die Eisenbahngesellschaften Paris-Orléans und der Mittellandbahnen im Jahre 1919 Programme entworfen zu einer Umgestaltung ihres Betriebes. Die letztgenannte Gesellschaft hat kurze Zeit nach dem Programmentwurf mit den Vorarbeiten zum Ausbau der in Betracht kommenden Wasserfälle begonnen. In dem von der Natur für Elektrizitätsanlagen in Verbindung mit Wasserkräften besonders begünstigten Schweden ist vor allem der Bau eines neuen elektrischen Kraftwerkes bei Motala beachtenswert, das etwa 8,4 Millionen Kronen kosten wird. Wegen der außerordentlich hohen Arbeits- und Materialpreise beschränkt man sich aber vorläufig im übrigen auf den Ausbau der vorhandenen Betriebe und vermeidet eine Neuanlage kostspieliger Kraftwerke. In den Vereinigten Staaten wurde aus Gründen einer besseren Regulierung des Personenverkehrs die Elektrisierung bei der New York Central Railway und der Pennsylvania Railway eingeführt, während die Ausschaltung der Rauchentwicklung für die Einführung bei verschiedenen Tunnelbauten, wie bei der Baltimore Tunnel-, der St. Clair- und der Hoosac-Tunnelstrecke maßgebend waren. Bei der Norfolk and Western sowie der der New Haven and Hartford lagen technische Gründe, die sowohl die Güterbeförderung wie die Personenbeförderung betrafen, vor. In allen Fällen hat sich die Elektrisierung durchaus bewährt.

Von den überseeischen Ländern, die neben den Vereinigten Staaten lebhaftes Interesse an der Ausnutzung der ihnen zur Verfügung stehenden

Wasserkräfte haben, sind vor allem Japan und Argentinien zu nennen. Für Argentinien sind es besonders die ungeheuren Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung, unter denen das Land in und nach dem Kriege zu leiden hatte; teilweise mußte die Eisenbahn zur Holzfeuerung übergehen. Die zahlreichen Wasserläufe des Landes sind noch so gut wie ungenutzt für die Erzeugung elektrischer Kraft geblieben. Und doch könnte Argentinien aus seinen Flüssen dieselben Energiemengen herausziehen wie beispielsweise Spanien mit mehr als einer Million PS. Die unter normalen Verhältnissen schon schwierige Kohlenversorgung des Landes und die daraus erwachsende Zwangslage seiner Eisenbahnen hat deren Elektrisierung zu einem der wichtigsten schwebenden wirtschaftlichem Probleme gemacht.

Mehr auf rein industriellem Gebiet liegen die Elektrisierungsbestrebungen in Japan, doch dürfte auch in dem kraftvoll wirtschaftlich aufstrebenden ostasiatischen Inselstaat das Verkehrswesen mit den Neuerungen auf industriellem Gebiete Schritt halten.

Auch für Deutschland bieten sich in den deutschen Flüssen und Strömen Kraftquellendar, die noch in weitem Umfange der Erschließung harren. Einer der Hauptträger des deutschen Wirtschaftslebens, die Eisenindustrie und damit zusammenhängend die Kokereien, kann natürlich nicht auf den unmittelbaren Gebrauch der Kohle verzichten. Von den Elektrisierungsproblemen der Zukunft größten Stils kommt vorerst das des elektrischen Betriebes der deutschen Eisenbahnen in Betracht. Die sind durch den Krieg und die durch seinen für Deutschland so unglücklichen Ausgang erzwungene Ablieferung eines großen Teils des besten rollenden Materials stark in ihrer Leistungsfähigkeit herabgedrückt. Die gewaltigen Kosten ihrer Wiederherstellung haben viele Bedenken, die man vor dem Kriege gegen eine Elektrisierung des gesamten deutschen Verkehrswesens erhob, schwinden lassen. Da man schon seit Jahren wohlgelungene Versuche mit der Erprobung elektrischer Schnellbahnen gemacht hat, ist die technische Seite des Projektes durchaus gesichert. Der Krieg wirkte in keiner Weise hemmend auf die Entwicklung der deutschen Maschinenindustrie wie auch der Elektrotechnik in allen ihren Zweigen. Er war befruchtend für den Erfindergeist und die Tätigkeit deutscher Ingenieure und Techniker.

Verdichtungsmöglichkeit und Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes hängen ferner ab von der äußeren Bodengestalt in ihrer vertikalen Gliederung, d. h. von der größeren oder geringeren Notwendigkeit und Möglichkeit, Gebirgshindernisse zu überwinden. Theoretisch unbegrenzt, praktisch aber mit Rücksicht auf die Kostenfrage doch schließlich nur innerhalb gewisser Grenzen liegt die Überwindbarkeit der Gebirgshindernisse vor, seitdem die Kunst des Ingenieurs der Durchbohrung auch der größten Bergstrecke durch Tunnel gewachsen ist. Damit kommt die Bindung des Verkehrs über die Gebirge an die Gebirgspässe in Fortfall.

Der Überwindung von Erderhebungen durch Tunnel (deren längster zurzeit der 19 km lange Simplon-Tunnel ist) schließt sich die der Erdsenken durch das gleiche Mittel an. Mit wachsender Aussicht auf Verwirklichung werden Pläne zur Untertunnelung von Meeresarmen erörtert, die sich der Abwicklung des Schnellverkehrs zu Lande als empfindlich

fühlbare Hindernisse entgegenstellen. Noch ist zwar kein einziger Unterseetunnel wirklich fertiggestellt worden, aber technisch würde die Ausführung ohne weiteres möglich sein, und die erfolgreiche Untertunnelung breiter Strommündungen für den Ortsverkehr großer Städte, wie sie seit einer Reihe von Jahren ausgeführt worden ist, z. B. in Hamburg, London und New York, hat zur Genüge gezeigt, daß man auch vor wesentlich größeren Aufgaben ähnlicher Art keineswegs zurückzuschrecken braucht.

Der erste Gedanke zum Bau eines Kanaltunnels ist viel älter als alle Eisenbahntunnels im Gebirge, ja, als die Eisenbahnen überhaupt, denn schon im Jahre 1802, nach dem Frieden von Amiens, unterbreitete der französische Ingenier Mathieu-Favier einen entsprechenden Plan sowohl dem Konsul Bonaparte wie den leitenden englischen Staatmännern.

Nachdem auf der Pariser Weltausstellung von 1867 der Plan eines Kanaltunnels ausgestellt war, bildeten sich in England und Frankreich Gesellschaften, die den Tunnel tatsächlich zu bauen strebten. 1872 erklärte das englische Oberhaus, 1875 die französische Kammer ihre Sympathien für den Tunnelbau. In Frankreich schloß die Tunnelgesellschaft im Januar 1875 mit der Regierung einen Vertrag über die Ausführung, nachdem die englische Regierung im Dezember 1874 ihr Einverständnis erklärt hatte, und seit 1876 begannen tatsächlich die Bauarbeiten sowohl am französischen wie am englischen Ufer, indem zunächst Versuchsstollen gebaut wurden. Strategische Bedenken auf englischer Seite haben den Plan jedoch immer wieder scheitern lassen. Erst während des Weltkrieges konnten gerade auch strategische Rücksichten für diesen großen Verkehrsgedanken geltend gemacht werden.

Zu den großen Unterwassertunnelplänen ist ferner der einer Untertunnelung des Bosporus zu zählen. Auch für die Straße von Gibraltar und jene von Messina hat man ähnliche Pläne aufgestellt, deren Durchführung aber wohl noch in weitem Felde steht.

Die Bedeutung weitausgreifenden Eisenbahnverkehrs für die politische Herrschaftssicherung eines Landes liegt auf der Hand. Im hochkultivierten Stammlande ist die Grenzsicherung gegenüber den Nachbarn um so besser gewährleistet, mit je größerer Schnelligkeit Truppenkörper in jeder beliebigen Größe von der einen Grenze an die andere, innerhalb der gleichen Grenzzonen von einem etwaigen Kampfgebiete auf das andere geworfen werden können. In kolonialen Tochterländern verringert das Maß der verfügbaren Eisenbahnen wesentlich die Zahl der zur politischen Sicherung der Herrschaft erforderlichen Besatzungstruppen. In dieser Beziehung braucht wohl nur erinnert zu werden an das plötzliche allgemeine Aufsteigen der Einsicht in die Notwendigkeit afrikanischer Kolonialbahnen im deutschen Volke während des großen südwestafrikanischen Feldzuges, zu dessen Bekämpfung damals der Truppenführung nur ganz unzulängliche Eisenbahnmittel zur Verfügung standen.

Für die wirtschaftliche Nutzbarmachung aller Kräfte eines Landes, damit zugleich auch für die möglichst vollständige Aufschließung seiner politischen Macht ist der Ausbau des binnenländischen Verkehrsnetzes nach allen Richtungen hin und der bestmögliche Ausbau des Zubringer-

netzes auch in seinen kleineren Verzweigungen von außerordentlich hoher Bedeutung. Gerade in dieser Beziehung treten neuerdings die schon oben erwähnten Kraftwagen immer stärker in den Vordergrund und haben zweifellos noch eine sehr weit über ihre heutige Verwendung hinausgehende Bedeutung.

2. Der Wasserverkehr.

Die Wasserstraßen liefern seit ältesten Zeiten dem Menschen die natürlichen Verkehrsstraßen, insbesondere für den Binnenlandverkehr. Die großen Weltmeere freilich trugen bis zur Erfindung der Dampfschifffahrt einen die Erdteile trennenden Charakter, den sie in der neueren Zeit jedoch mehr und mehr verloren haben. Auch sie sind heute Träger des Verkehrs im größten Ausmaße geworden und werden es in immer noch weiter steigendem Maße.

An die Binnenwasserstraßen und die kleinen Binnenmeere knüpfen sich zunächst die Wege der wirtschaftlichen, der kulturellen und der politischen. Ausbreitung. Um diese natürlichen Verkehrsstraßen gruppieren sich die Wohnsitze der Völker. In den Hauptverkehrspunkten, die durch das Zusammentreffen natürlicher Wasserstraßen gegeben sind, finden die Organisationen der Staatsvölker ihren Mittelpunkt. Die natürlichen Häfen, von denen der weitausgreifende Küstenverkehr seinen Ausgang nimmt, haben ein starkes politisches Übergewicht, werden zu den Brennpunkten frühzeitiger Kolonialpolitik, zu den Hauptträgern weltpolitischer Bestrebungen im kleinen Ausmaß der früheren Epochen bekannten Welt. Auch bezüglich des Wasserverkehrs und der von ihr ausgehenden weltpolitischen Wirkungen dürfen wir uns nicht beschränken auf die Betrachtung der natürlichen Erdoberflächenverhältnisse, sondern müssen wiederum die wesentlich verschiedene Eignung der einzelnen Völkerschaften und Staatsgebilde zur Nutzung auch dieser gegebenen Verkehrsmöglichkeiten mit ins Auge fassen.

Die Nutzbarkeit der verschiedenen Flußläufe, um zunächst mit diesen Binnenwasserstraßen zu beginnen, die in primitiven Verhältnissen die geringsten technischen Voraussetzungen an die Entwicklung des Verkehrs knüpfen, unterliegen einer Reihe verschiedenartiger Vorbedingungen. Einmal ist die Wassertiefe im allgemeinen zu berücksichtigen, und daneben im besonderen die Veränderungen des Wasserstandes, die je nach Jahreszeiten und Witterungsverhältnissen eintreten. Sodann tritt zu den Veränderungen des Wasserstandes die Veränderung des Aggregatzustandes, d. h. die Möglichkeit und die etwaige Dauer des Zufrierens. Von entscheidender Bedeutung ist weiterhin die Stärke des Gefälles und die von ihm abhängende Stromgeschwindigkeit, die namentlich Fahrten zu Berg ohne besondere technische Hilfsmittel ausschließen kann. Der rasche Lauf der Flüsse in gebirgigen Ländern läßt sie höchstens für Zwecke des Flössens wirtschaftlich nutzbar erscheinen, scheidet sie dagegen aus der Reihe der dem Wechselverkehr in beiden Richtungen dienenden Verkehrswege aus. Auch die sehr häufigen und starken Stromschnellen afrikanischer Flüsse sind ein wesentliches Hindernis einer durchgehenden Schiffahrtsbenutzung.

Im mittleren und nördlichen Asien ist die Benutzung der großen Flüsse für Schiffahrtszwecke teilweise bis zu $^2/_3$ des Jahres durch Eis unterbunden. Besonders starke und häufige Flußkrümmungen können, so lange sie nicht durch künstliche Wasserbauten überwunden werden, verkehrausschließend wirken. Den Hindernissen starken Gefälles im Oberlaufe der Ströme treten im Unterlaufe oft Versandungserscheinungen an die Seite.

Mit fortschreitender Kulturentwicklung ist es der Technik gelungen, in großem Ausmaß die natürlichen Hindernisse der Flußschiffahrt zu überwinden, starke Gefälleunterschiede durch Schleusen, starke Krümmungen durch Kanalisierungen, Versandung durch Ausbaggerung, ungleichmäßigen Wasserstand durch Stauwerke usw. Seit alters her übt man auch die Herstellung von Verbindungen zwischen verschiedenen Flußläufen durch Kanalbauten, die besonders in China schon vor Jahrhunderten zu hoher Entwicklung gekommen waren.

Der große chinesische Kaiserkanal dürfte wohl eines der ältesten und kühnsten Kanalbauwerke sein, die je geschaffen worden sind. Der Kanal wurde im 7. Jahrhundert n. Chr. begonnen, aber erst im 13. Jahrhundert unter der Mongolenherrschaft vollendet. Er hat eine Länge von 1100 km und ist nicht durch Ausgrabungen, sondern durch Aufdämmung geschaffen worden. Er durchschneidet die beiden großen chinesischen Ströme, den Huangho und den Jantsekiang, und verbindet Peking mit Hangtschau. Im Laufe der Jahrhunderte hat man aber den Kanal verfallen lassen, da die nötigen Ausbesserungen nicht vorgenommen wurden, so daß er seine frühere Bedeutung einer Lebensader des chinesischen Wirtschaftslebens gänzlich eingebüßt hat. Der nördliche Teil hat völlig aufgehört, ein Schiffahrtsweg zu sein, während auf dem südlichen Teil, für dessen Erhaltung wenigstens einigermaßen etwas geschehen ist, noch ein lebhafter Verkehr, allerdings nur mit kleinen Schiffen, stattfindet. So soll noch vor einigen Jahren die Standard Oil Co. eine Kanalflottille von etwa 500 Schiffen auf diesem Südkanal gehabt haben. So hat denn dies Kanalstück trotz der vielen sehr einfachen und deshalb den Verkehr sehr erschwerenden Schleusen immer noch eine nicht unwesentliche Bedeutung für den chinesischen Handel. Diese Bedeutung würde natürlich sehr erheblich gesteigert werden, wenn der Kanal ordentlich ausgebaut und der nördliche Teil der Neuzeit entsprechend wieder hergestellt werden würde. Den Erbauern des ersten Kanals standen nun freilich Millionen von Kulis zur Verfügung, die ihre Arbeit fast ohne jede Bezahlung leisten mußten. Auch die Vollendung des Kanals nahm Jahrhunderte in Anspruch. Heute muß das schneller gehen, und so dürfte denn heute die völlige neuzeitliche Wiederherstellung des großen Kaiserkanals viele Millionen Kosten verursachen. Das hat amerikanische Unternehmer nicht abgehalten, neuerdings mit der chinesischen Regierung einen auf den Ausbau des Kanals abzielenden Vertrag abzuschließen und das große Werk allerdings mit dem für den ganzen Plan viel zu geringen Kapital von nur 6 Millionen Dollars zu beginnen. Die Gesellschaft will sich zunächst darauf beschränken, die Bauverhältnisse des Kanals zu studieren und auf Grund dieser Vorarbeiten,

mit denen ein großer Stab amerikanischer Ingenieure bereits begonnen hat, einen Gesamtplan für den Ausbau aufzustellen. Man hofft dann auch noch, auf einer besonders günstigen Strecke von 100—150 km Länge, deren Lage noch zu bestimmen ist, den Kanal neuzeitlich auszubauen, so daß er den heutigen Anforderungen an einen so wichtigen Schiffahrtsweg genügen kann. Man will weiter auch die zweite Bestimmung des alten Kanals, das seine Ufer umsäumende äußerst fruchtbare Land zu bewässern und, wo nötig, zu entwässern, ebenfalls im Auge behalten.

Die Binnenschiffahrtsysteme sind vielfach zu zusammenhängenden Verkehrsnetzen ausgebaut, deren Vollkommenheit eigentlich nur noch bezüglich des Grades der gleichmäßigen Wasserversorgung von den naturgegebenen Verhältnissen abhängig ist, im übrigen aber Hemmnisse der verschiedensten Art, u. a. auch sehr bedeutende Höhen- und Gefälleunterschiede, zu überwinden vermag. In Europa bringen es die Niederlande bei ihren besonders günstigen Höhen- und Wasserverhältnissen auf eine schiffbare Wasserstraßenlänge, die 152 km auf je 100 qkm Bodenfläche beträgt. Deutschland nimmt mit 27 km auf 100 qkm einen sehr günstigen Platz ein, noch vor England mit 24, Frankreich mit 21 km auf je 100 qkm. Allerdings besagen diese Zahlenverhältnisse nichts Erschöpfendes ohne gleichzeitige Berücksichtigung der Tiefe, ebenso der Tragfähigkeit der Wasserstraßen und ohne Berücksichtigung der Zeit ihrer vollen Benutzbarkeit, entsprechend ausreichender Wasserhaltung und voller Eisfreiheit.

Die größten schiffbaren Ströme finden wir in China und Nordasien (Sibirien), im östlichen und mittleren Europa, in Nord- und Südamerika, Zentral- und Nord-Ostafrika.

Neben der Flußschiffahrt — an politischer Bedeutung weit über sie hinausgreifend — ist die Küstenschiffahrt der Binnenmeere seit alters her in großem Umfange entwickelt. Die Randländer des Mittelmeeres spielen ihre hohe weltgeschichtliche Rolle wesentlich dank der reichen Küstengliederung und der hochentwickelten Inselbildung namentlich im östlichen Mittelmeer, die, begünstigt durch die klimatischen Verhältnisse, die Anlieger des Ostmittelmeeres zur Schiffahrt wie die Bewohner kaum irgend eines anderen Landes herauslockte. So sehen wir von diesen Gestaden aus die frühzeitige Entwicklung kolonialpolitischen Ausgreifens, die Bedeutung Phöniziens und Griechenlands, späterhin die Bedeutung der diesen Ländern entstammenden, zur Selbständigkeit erwachsenen Kolonialgründungen auf nordafrikanischem und auf italienischem Boden und im Mittelalter die hohe Bedeutung von Seehandelsstädten wie Venedig und Genua.

Auch die reichgegliederten Küsten der nordeuropäischen Länder lockten ihre Bewohner frühzeitig zu Seefahrten, die sich bald weit über die Küstenschiffahrt ausdehnten. Von den skandinavischen Ländern und den Ländern der Kanalküste wurde schon in sagenhaften Zeiten die Brücke nach Island, Grönland, Nordamerika geschlagen, auf Wegen, die dann später lange unbetreten und vergessen blieben. Von den westlichen Gestaden Europas aus bahnten sich im Zeitalter der Entdeckerfahrten Spanier, Portugiesen und Holländer die Wege längs der afrikanischen Küste auf

der Suche nach den Schätzen Indiens, um unabhängig zu werden von deren Heranbringung auf den langen, schwierigen und unsicheren Überlandwegen. Dieses Streben nach Indien auf dem Wasserwege war es dann ja auch, das zur Wiederentdeckung Amerikas führte. Die größten Phasen der Kolonialpolitik knüpfen an an jene mittelalterlichen Zeiten der Seefahrt, zu denen drei Riesenerdteile, Afrika, Amerika und Südasien, in weiterer Folge auch Australien, Objekte europäischer Kolonialpolitik wurden.

Wie die Binnenschiffahrt durch Kanäle ganze Stromsysteme untereinander in Verbindung gesetzt und ein vollständiges Wasserstraßennetz ausgebaut hatte, so machte sich schließlich auch die Seeschiffahrt, nachdem die Erfindung der Dampfmaschine sie von den Winden und Strömungen unabhängig gemacht, an die Überwindung von natürlichen Hindernissen, die sich dem Verkehr zwischen den Ozeanen in den Weg stellten. Mit prophetischem Blick hatte einst schon Goethe die Zeit vorausgesagt, in der die Landenge von Suez sowohl wie von Panama durch die technische Kunst des Menschen überwunden sein und Kanäle an beiden Stellen den Verkehr zwischen den Weltmeeren vermitteln würden; ja, im hohen Greisenalter stehend, tat der Dichterfürst noch im Jahre 1827 den Ausspruch, es würde sich wohl verlohnen, noch zu leben, bis er die Erfüllung dieses Gedankens schauen könnte:

»So viel ist gewiß: gelänge ein Durchstich (der Landenge von Panama) derart, daß man mit Schiffen von jeder Ladung und jeder Größe durch solchen Kanal aus dem Mexikanischen Meerbusen in den Stillen Ozean fahren könnte, so würden daraus für die ganze zivilisierte und nichtzivilisierte Menschheit ganz unberechenbare Resultate hervorgehen. Wundern sollte es mich aber, wenn die Vereinigten Staaten es sich sollten entgehen lassen, ein solches Werk in ihre Hände zu bekommen. Es ist vorauszusehen, daß dieser jugendliche Staat bei seiner entschiedenen Tendenz nach Westen in dreißig bis vierzig Jahren auch die großen Landstrecken jenseits der Felsengebirge in Besitz genommen und bevölkert haben wird. Es ist ferner vorauszusehen, daß an dieser ganzen Küste des Stillen Ozeans, wo die Natur bereits die geräumigsten und sichersten Häfen gebildet hat, nach und nach sehr bedeutende Handelsstädte entstehen werden, zur Vermittlung eines großen Verkehrs zwischen China nebst Ostindien und den Vereinigten Staaten. In solchem Falle wäre es aber nicht bloß wünschenswert, sondern fast notwendig, daß sowohl Handels- und Kriegsschiffe zwischen der nordamerikanischen westlichen und östlichen Küste eine raschere Verbindung unterhielten, als es bisher durch die langweilige, widerwärtige und kostspielige Fahrt um das Kap Horn möglich gewesen. Ich wiederhole also: Es ist für die Vereinigten Staaten durchaus unerläßlich, daß sie sich eine Durchfahrt aus dem Mexikanischen Meerbusen in den Stillen Ozean bewerkstelligen, und ich bin gewiß, daß sie es erreichen.

»Dieses möchte ich erleben; aber ich werde es nicht. Zweitens möchte ich erleben, eine Verbindung der Donau mit dem Rhein hergestellt zu sehen. Aber dieses Unternehmen ist gleichfalls so riesenhaft, daß ich an der Ausführung zweifle, zumal in Erwägung unserer deutschen Mittel. Und end-

lich drittens möchte ich die Engländer im Besitz eines Kanals von Suez sehen. Diese drei großen Dinge möchte ich erleben, und es wäre wohl der Mühe wert, ihnen zuliebe es noch einige fünfzig Jahre auszuhalten.« Uralt sind die Bestrebungen, derartige Verbindungswege zu schaffen. Es sei nur erinnert an die Pläne der Ägypter, das Niltal mit dem Indischen Ozean zu verbinden, die Pläne der Griechen, die Landenge von Korinth durch einen Kanal zu überwinden, sowie auch die Pläne zur Schaffung eines Seeweges zwischen den beiden Küsten Amerikas durch die berühmte Suche nach der ostwestlichen Durchfahrt. Die Ausführung blieb späteren Zeiten vorbehalten. Der alte Elb-Trave-Kanal war ein bescheidener Anfang zur leichteren Verbindung zweier Meere; der Kaiser-Wilhelm-Kanal ist ihm gefolgt und eine zeitgemäße Umgestaltung des Elb-Trave-Kanals diesem an die Seite getreten. Der Suez-Kanal erfüllte in großartigstem Maße alte Wünsche und wurde zum ersten wahrhaft bedeutenden künstlichen Weltschiffahrtswege.

Die Suezkanal-Gesellschaft wurde im Jahre 1854 gegründet. Am 22. April 1859 wurde mit den Arbeiten begonnen, am 17. November 1869 die feierliche Einweihung vollzogen. Die Länge des Kanals beträgt 160 km. Der Schiffsverkehr erreichte vor dem Kriege rd. 5500 Schiffe mit 30000 Millionen t und gegen 300000 Passagieren.

Die mittelamerikanischen Kanalpläne reichen weit zurück. Schon lange bevor das Panamakanal-Unternehmen ins Werk gesetzt wurde, waren die verschiedenartigsten Projekte in dieser Richtung entstanden.

Schon der englische Admiral Nelson hat gelegentlich seiner Expedition nach San Juan de Nicàragua in einem Bericht an die englische Admiralität die Erwerbung des Nicaraguasees dringend befürwortet und von einem amerikanischen Gibraltar gesprochen. Nelson wollte auch einen Kanal durch den See an die beiden Küsten Amerikas führen, und wenngleich er in England mehr Spott als Verständnis für sein kühnes Projekt fand, so ist es doch eine Wirkung seiner Ratschläge, daß man schon damals in Amerika dem Plane näher trat. Bereits im Jahre 1825 sandte der geniale Henry Cley, der damals allmächtiger Minister war, eine Kommission nach Nicaragua, die sich an Ort und Stelle über die technische Möglichkeit der Durchführung des Kanals unterrichten sollte. Diese Kommission versicherte, daß es wohl möglich sei, die beiden Ozeane durch einen Kanal zu verbinden, und Henry Cley versuchte daraufhin, allerdings erfolglos, Regierung und öffentliche Meinung für seinen weitausschauenden Plan zu gewinnen. In seine Spuren trat Präsident Jackson, der im Jahre 1836 eine zweite Kommission nach Nicaragua entsandte. Sie kam indessen zu keinen praktischen Ergebnissen, und erst in Jahre 1876, also 40 Jahre später, gelangte man dazu, einen eingehenderen technischen Plan auszuarbeiten.

Weitere 10 Jahre vergingen, ehe dieser Plan fertig und in der »Maritime Canal Company« die Gesellschaft gefunden war, die ihn durchführen wollte. Diese Gesellschaft brauchte noch drei Jahre bis zu ihrer Konstituierung und ein weiteres Jahr, ehe die Arbeiten begonnen werden konnten. Von 1890 bis Ende 1893 hat die Gesellschaft dann am Bau des Kanals gearbeitet;

dann ging sie in der allgemeinen Finanzkrisis, die, von New York ausgehend, die Vereinigten Staaten bedrohte, unter.

Nach langen diplomatischen Auseinandersetzungen mit England nahmen die Vereinigten Staaten den Plan später wieder auf, schwankten jedoch lange zwischen der Panama- und der Nicaragua-Linie, bis schließlich die erstere zur Durchführung kam.

Seit 1915 besteht eine gewisse Regelmäßigkeit der Durchfahrt. Da jedoch während der Feindseligkeiten die beteiligten Länder Europas ihre Handelsschiffe ausschließlich für Kriegszwecke nötig hatten, so existieren eigentlich bis heute noch keine genügenden Unterlagen zur Beurteilung der Wirkungen, die durch die Öffnung der Meerenge von Panama für den Seeverkehr entstanden sind. Und so tritt erst jetzt der Zeitpunkt ein, von dem ab die Bedeutung des Kanals für den Welthandelsverkehr klar erkennbar werden soll, wenn auch über die allgemeinen Vorteile schon jetzt kein Zweifel besteht. Der Weg von Europa nach der Westküste Amerikas ist um die Hälfte verkürzt. Ebenso ist die Verbindung New Yorks mit Asien und Australien leichter über Panama als über Suez. Und so wird von den beteiligten Kreisen eine Vermehrung der Handelsfahrzeuge im Stillen Ozean und ein Wettbewerb der Schiffahrtsgesellschaften vorausgesehen, der zu neuen Abmachungen, Verträgen und zu gegenseitigen Ausgleichen unter den Gesellschaften führt. Wie immer die Ergebnisse dieses Wettbewerbs sein werden, eine Tatsache ist schon jetzt sicher: Das Monopol der Vereinigten Staaten. Die Arbeiten des Kanalbaues haben 400 Millionen Dollar gekostet. Bei einem Mindestzinsfuß von 3% ist ein jährlicher Verzinsungsbetrag von 12 Millionen Dollar nötig, dazu 3 Millionen für Gehälter und Verwaltung, so daß die Gesamtsumme 15 Millionen Dollar beträgt. Dieser Bedarf ist von den nichtamerikanischen Schiffen aufzubringen, die den Kanal benutzen und deren Gesamtrauminhalt von Sachverständigen auf 10 Millionen t geschätzt worden ist.

Über die Erwartungen, die an die Eröffnung des Panamakanals geknüpft wurden, sind noch heute die Meinungen geteilt, zumal seit Eröffnung des Kanals bisher dauernd anormale Verhältnisse in der Schiffahrt geherrscht haben. Die nächste äußerlich wahrnehmbare Folge ist wahrscheinlich eine Vermehrung des Schiffsverkehrs im Stillen Ozean, wobei wohl wegen der Gebührenbefreiung bei der Durchfahrt die nordamerikanische Flagge am stärksten vertreten sein wird. Im übrigen hat der Durchstich mehr Wert für die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten, der es ermöglicht wird, schnell die Flottenstützpunkte auf beiden Küsten zu erreichen und bei feindlichem Angriff im Kanal Schutz bei der Verteidigung zu finden.

So erklärt es sich auch unschwer, daß die Vereinigten Staaten mit großzügigem Unternehmungsgeiste den Kanalbau übernahmen, nachdem Frankreich mehr als 1 Milliarde Fr. aufgewendet hatte und die Arbeiten eingestellt worden waren. Die zweite französische Kanalbaugesellschaft, die im Jahre 1894 den Besitz des ersten Unternehmers erworben hatte, trat ihre Eigentumsrechte bereitwillig an Nordamerika ab, als dieses nach dem spanischen Kriege Überseebesitzungen in Ostsaien erhalten hatte.

Durch diese Erwerbungen kam es in Japans Nachbarschaft und mußte fortan bedacht sein, eine schnelle Seeverbindung zwischen dem Stillen und dem Atlantischen Ozean zu erhalten, um zur Landesverteidigung jederzeit schlagfertig zu sein.

Inwieweit sich die Erwartungen, die über diesen Zweck hinausgehen, erfüllen werden, hat die Zukunft zu lehren, insonderheit, ob der Wert des Panamakanals darin besteht, daß er die Frachten verbilligt und in die regelmäßigen Schiffswege Plätze einbezieht, die bisher abseits vom Weltverkehr lagen.

Für die Bedeutung, die der Seeverkehr gewonnen hat, spricht am deutlichsten der Umstand, daß etwa $^4/_5$ des Außenhandels aller Länder der Erde sich auf dem Seewege vollziehen. Mit der Entwicklung der Dampfschiffahrt hat die Leistung der Welthandelsflotte zugenommen. Die Verluste, die ihr durch den Weltkrieg zugefügt wurden, bedeuten trotz ihrer Größe nur eine in der Nachwirkung rasch verschwindende Episode, denn gerade jene Verluste an Schiffsraum haben zu einer gewaltigen Steigerung der Schiffbautätigkeit geführt, so daß die Welthandelsflotte binnen kürzester Zeit einen wesentlich größeren Gesamtgehalt wird aufweisen können, als vor dem Kriege.

Den größten Anteil an diesem Aufschwung des Schiffsbaues hatten die Vereinigten Staaten.

Vor dem Kriege gab es in den Vereinigten Staaten nur 49 Werften mit 184 Hellingen. Hiervon befanden sich 25 an der Küste des Atlantischen Ozeans, 8 an der Küste des Stillen Ozeans und 16 an den Großen Seen. An der Küste des Golfs von Mexiko, der erst während des Krieges für den Schiffsbau Bedeutung gewinnen sollte, befand sich in dieser Zeit noch keine einzige Werft.

In der Zeit von 1914—1917, also zu dem Zeitpunkte, in welchem die Vereinigten Staaten nur als der große Lieferant von Rüstungsmaterial für ihre späteren Bundesgenossen auftraten, selbst aber noch nicht aktiv am Kriege teilnahmen, hob sich die Anzahl der Werften in der Union auf 132 und die auf ihnen verfügbaren Hellinge auf 419. Damals bestanden 66 Werften an der Küste des Atlantischen Ozeans, 32 an der Küste des Stillen Ozeans, 27 an den Großen Seen, während an der Küste des Golfs von Mexiko bereits 7 Werften entstanden waren.

Mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg nahm dann die Zahl der Schiffsbauwerkstätten rapide zu und zurzeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, d. h. bevor irgendeine der Kriegswerften abgebaut worden war, hatte sich ihre Zahl auf 243 und die Anzahl ihrer Hellinge auf 1202 gehoben. Die Anzahl der Werften hatte sich also in den 5 Jahren des Weltkrieges um etwa das Fünffache vermehrt, während die Anzahl der Hellinge um beinahe 700% gestiegen war. Von diesen 243 Werften befanden sich 117 an der Küste des Atlantischen Ozeans, 64 an der Küste des Stillen Ozeans, 29 an den Großen Seen, während sich die Zahl der Werften an der Küste des Golfs von Mexiko auf 32 gehoben hatte.

So rapide und glanzvoll der Aufschwung der amerikanischen Schiffsbauindustrie während des Krieges gewesen ist, so geteilt sind die Ansichten

über die weitere Entwicklung dieser für das amerikanische Wirtschaftsleben so überaus bedeutungsvollen Industrie. Während es auf der einen Seite eine Reihe von Fachleuten gibt, welche aus der industriellen Leistungs fähigkeit der Union und aus den dort vorhandenen reichlichen Beständen an wichtigen Rohstoffen heraus eine weitere glänzende Entwicklung des Schiffsbaues voraussagen, gibt es auf der anderen Seite eine Reihe von Persönlichkeiten, die aus den teuren Arbeitslöhnen, welche in der Union gezahlt werden, und aus sonstigen technischen Schwierigkeiten vor einer zu optimistischen Auffassung in dieser Beziehung warnen.

Wie sich im Binnenverkehr neben der Eisenbahn das Flußschiff und der Kahn behauptet haben, so hat im Seeverkehr der Dampfer die Segler keineswegs etwa völlig aus dem Felde zu schlagen vermocht. Es braucht nur gedacht zu werden an die sehr beträchtliche Bedeutung des Dschunken-Verkehrs in Ostasien, aber auch an die starke Segelschiffahrt über den Atlantischen Ozean zwischen Europa und den Westhäfen Südamerikas, die durch besonders günstige Windverhältnisse stark bevorzugt war, und zwar in der Weise, daß die größten Segelschiffe es auf dieser Route an Geschwindigkeit sogar mit mittleren Dampfern aufzunehmen vermochten, was für die ersteren wegen der weit geringeren Unkosten einen namhaften Vorsprung bedeutete. In Zukunft dürfte allerdings gerade dieser Verkehr eine starke Beeinträchtigung einmal dadurch erfahren, daß seit der durch den Krieg beförderten deutschen Stickstoffgewinnung aus der Luft Unabhängigkeit unserer Salpeterversorgung vom Ausland ermöglicht ist, und zweitens durch den wirtschaftlichen Einfluß, den die Oststaaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Hilfe des Panamakanals auf die amerikanische Westküste werden auszuüben vermögen.

Von rasch zunehmender Bedeutung für die Seeschiffahrt ist neben der Kohle das Erdöl als Betriebsstoff der schnellen Fahrzeuge. Hieraus erklärt sich, wie in anderem Zusammenhange bereits erwähnt wurde, das eifrige Bestreben Englands, möglichst alle in Europa und Asien verfügbaren Erdölquellen unter seinen Einfluß zu bringen, um seine Handelsflotte unabhängig zu halten von der Erdölbelieferung durch Amerika.

Die Hauptwege des Seeverkehrs (s. Abb. 1) hängen ab von dem kulturellen und wirtschaftlichen Hochstand der Länder, die mit seiner Hilfe ihren Warenaustausch vermitteln. Demgemäß ist die weitaus befahrenste Strecke des gesamten Weltschiffsverkehrs jene zwischen Westeuropa und der Ostküste der Vereinigten Staaten; demnächst gestaltet sich am stärksten der Verkehr, der von den westeuropäischen Häfen durch das Mittelmeer und den Suezkanal führt und sich jenseits des Roten Meeres auf die verschiedenen Wege nach Indien und Australien, Ostasien und Ostafrika verteilt. Den dritten Platz nimmt die westeuropäisch-südatlantische Route im Verkehr mit den östlichen Häfen Südamerikas ein. Geringfügiger ist der von Europa ausgehende Verkehr mit Westafrika und Mittelamerika, der Verkehr zwischen Nord- und Mittelamerika, jener über den nördlichen Pazifischen Ozean, und es folgt in weitem Abstande der Verkehr an der amerikanischen Westküste und schließlich derjenige im übrigen Pazifik. Auf den Atlantischen Ozean insgesamt entfallen mehr als Dreiviertel des Weltverkehrs

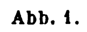


Abb. 1.

zur See, auf den Stillen Ozean etwa nur 5%, auf den Indischen Ozean 18%.

Die Haupthäfen des Weltverkehrs liegen durchweg am Atlantischen Ozean und der zugehörigen Nordsee. Es sind nach dem Stande vor Ausbruch des Krieges: London mit 37,7 Millionen Registertonnen jährlichen Gesamtverkehrs, New York mit 28,8, Hamburg mit 28,7, Liverpool mit 28,4, Antwerpen mit 27,5, Las Palmas (Kanarische Inseln) mit 25,5, Kardiff mit 22,9, New Castle mit 22,1 Millionen. Erst an zehnter Stelle folgt Honkong mit 21,5, sodann Neapel mit 19,7, Shanghai mit 19,6, Montevideo mit 19,4 und Marseille mit 19,3 Millionen. Die europäischen Häfen sind zusammengenommen mit 55% am Hochseeverkehr der Welt beteiligt.

3. Luftverkehr.

Wenig mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seitdem ich während einer unvergeßlichen Woche auf Einladung des damaligen Staatssekretärs von Tirpitz Übungsfahrten von Torpedobooten in der Ostsee beiwohnte. Bevor der Kommandant des Schiffes, auf dem mir meine Wohnkabine zugewiesen war, mich zu seiner Tafelrunde lud, glaubten die jüngeren Herren in der Messe, mich wohlmeinend auf eine Marotte des Alten vorbereiten zu sollen. Er hätte einen spaßigen Fliegerfimmel, ich möge aber nur geduldig seine Phantastereien auf diesem Gebiete über mich ergehen lassen, zumal er im übrigen ein ausgezeichneter und sehr verdienter Offizier sei. Richtig kam am nächsten Tage das offenbar unvermeidliche Thema zur Aussprache. Trotz der mir eingeimpften Voreingenommenheit in diesem Punkte merkte ich wenig von einer Marotte, sondern lauschte mit lebhaftem Interesse den Darlegungen des Kommandanten, die dahin gingen, daß in absehbarer Zeit jedes größere Kriegsschiff seine Ablaufstelle für ein Seeflugzeug haben würde.

Ich möchte kaum bezweifeln, daß der eine oder der andere der im übrigen geistig außerordentlich regen jüngeren Offiziere, die damals in solchen Gedanken ihres Kommandanten noch Phantastereien belächelten, sechs oder sieben Jahre später selbst ein Seeflugzeug geführt haben wird. Erinnern wir uns doch, daß selbst die kleine »Möve« auf ihren abenteuerlichen Ozeanfahrten von einem Flugzeug begleitet war, das vom Mutterschiff aus seine Erkundungsfahrten auf den hohen Ozean unternahm!

Nichts spricht deutlicher von der unglaublich schnellen Entwicklung des Luftverkehrs, als diese Gegenüberstellung des praktischen Beispiels der »Möve« und der damals erst wenige Jahre zurückliegenden Unterhaltung mit Seeoffizieren, denen man einen offenen Blick und ein besonders hohes Maß von Zukunftszuversicht im allgemeinen sicher nicht wird absprechen wollen. Eine fablhaft geringe Zeitspanne lag ja doch tatsächlich nur zwischen den ersten Wright-Flügen auf dem Tempelhofer Felde, bei denen das Flugzeug zum Abkommen vom Boden noch eine schwerfälligen Maschine von guillotinenartigem Bau erforderte, zwischen den ersten selbständigen Lufthopsern anderer Systeme, die ziemlich kläglich anmuteten, einerseits, und anderseits jener denkwürdigen Pfingst-Völkerwanderung von ganz Berlin

nach Johannistal zum Start für den ersten großen deutschen Rundflug, der ersten Gelegenheit, bei der keine Berliner Bahnpolizei imstande war, die Benutzung der Puffer und der Eisenbahnwagen-Dächer als Passagierplätze zu verhindern. Bald folgte die vom schaulustigen Publikum der Reichshauptstadt nur als beachtliche Zirkuskuriosität aufgenommene Vorführung der Pegoud-Sturzflüge, die in Wahrheit nichts anderes waren als eine französische Kriegsvorbereitung, nämlich ein Versuch der Einschüchterung des deutschen Publikums durch möglichst krasse Veranschaulichung einer ungeheuren Überlegenheit der Franzosen in der Luft.

Nachstehende Tafel gibt einen kleinen Einblick in die Entwicklung des deutschen Flugwesens kurz vor dem Kriege:

Flugleistung und Flugunfälle auf dem Flugplatze Johannistal in den Jahren 1911, 1912 und 1913.

		1911	1912	1913
1	An wieviel Tagen wurde geflogen	289	317	336
2	Wieviel verschiedene Flieger führten	134	213	363
3	Gesamtzahl der Flüge	7 489	17 651	36 817
4	Gesamtdauer der Flüge . . . . Stdn.	821 3/4	1 966	4 096 3/4
5	Wieviel Flugschüler erwarben das Führerzeugnis	47	98	172
6	Zurückgelegte Kilometerzahl unter Zugrundelegung einer Stundengeschwindigkeit von 70 km für 1911 und 80 km für 1912 u. 1913 km	57 522	157 284	327 760
7	Anzahl der Aufstiege pro Flugtag (vgl. Ziffer 1 u. 3)	26	56	110
8	Wieviele Flugzeuge erlitten nennenswerte Beschädigungen	63	107	115
9	Auf wieviel Flüge kommt eine Flugzeugbeschädigung	119	165	320
10	Prozentsatz der Flugzeugbeschädigungen (vgl. Ziffer 3 und 8) . . . . %	0,84	0,61	0,31
11	Wieviel tödliche Unfälle ereigneten sich . . .	5	5	12
12	Prozentsatz der Unfälle mit tödlichem Ausgange (vgl. Ziffer 3) . . . . %	0,066	0,028	0,032
13	Auf wieviel Flugkilometer kommt 1 Todesfall (vgl. Ziffer 6 und 11) . . . . km	11 504	31 457	27 313

Dann kam der Krieg und zeitigte eine Entwicklung der Flugtechnik, wie sie in der gesamten Geschichte der Technik aller Zeiten in der Tat beispiellos dasteht. Denken wir nur zurück, wie kurz die Spanne zwischen dem Ikarussturz Lilienthals und der heute erreichten fast unbedingten Beherrschung der Luft durch das Flugzeug, wie kurz die Spanne zwischen der wissenschaftlichen Beurteilung der Zeppelinschen Pläne als technisch unmöglich und den ersten Flügen der Zeppeline von deutschem Boden aus über Paris und London ist, dann wird uns noch einmal ganz klar, daß hier eine Entwicklung ohnegleichen vorliegt, in ihren Möglichkeiten wesentlich beeinflußt durch das Schritthalten der Motorindustrie mit den rein flugtechnischen Erfindungen und Fortschritten.

Unmittelbar nach dem Kriege stellte die Flugzeugindustrie, die durch den Krieg zu so ungeahnter Blüte gekommen war, sich auf die

Friedensbedürfnisse um und richtete regelmäßige Routen für die Post- und Passagierbeförderung ein. Auch die Überfliegung des Atlantischen Ozeans ist im Einzelfalle bereits geglückt, und ein Flug rund um die Erde gehört heute in keiner Hinsicht mehr in das Reich der Phantasie. Die Beförderung durch die Luft ist allen anderen Beförderungsmöglichkeiten an Schnelligkeit wesentlich überlegen und wird ihnen auch an Sicherheit bald nicht mehr nachstehen.

Selbstverständlich ist die Möglichkeit einer so beschleunigten Personen- und Postbeförderung auch von erheblicher politischer Bedeutung. Man braucht beispielsweise nur in Erwägung zu ziehen, was es für die Niederringung von Aufständen in den Kolonien bedeutet, wenn von London aus der gewiegteste Heerführer auf dem Luftwege binnen kürzester Zeit heute nach Indien, morgen nach Ägypten entsandt werden kann. Schon während des Krieges war der Fall eingetreten, daß ein deutsches Luftschiff von bulgarischem Boden aus im Begriff stand, die Heldentruppen Lettow-Vorbecks mit notwendigstem Material neu zu versehen, und daß dieser Flug mit dem höchsten Wahrscheinlichkeitsgrade zur Verwirklichung geführt worden wäre, wenn nicht auf Grund englischer Meldungen das deutsche Luftschiff, das sich bereits in der Höhe von Karthum befand, dorthin auf dem Wege der drahtlosen Telegraphie Order zur Rückreise erhalten hätte, die es wohlbehalten bis zu seinem Heimathafen durchführte.

Die Geschichte des drahtlosen Nachrichtendienstes durch die Luft hat ein ähnliches Tempo eingeschlagen wie die des Flugwesens. Die erste drahtlose Übermittlung von Morsezeichen über eine Entfernung von 5 km war durch den Anglo-Italiener Marconi im Jahre 1897 zustande gebracht worden. Im Jahre 1903 wollte man dem Erfinder keinen Glauben schenken; als er behauptete, das S-Zeichen des Morsealphabetes vernehmbar von England nach Amerika über den Atlantischen Ozean drahtlos zu senden. 1910 nahmen englische Kriegsschiffe in der Gegend von Tasmanien eine deutsche drahtlose Meldung auf, deren Herkunft ihnen völlig unerfindlich war. Es erwies sich, daß sie von der Telefunken-Großstation Nauen über eine Entfernung von 20000 km hingegangen war. Damit war der Siegeszug der drahtlosen Telegraphie rund um den Erdball sichergestellt, denn die Entfernung zwischen der Gebestation und den aufnehmenden Kriegsschiffen belief sich auf genau die halbe Länge des Erdumfanges, also auf die größte Entfernung, deren Zurücklegung auf dem Luftwege notwendig ist, um von einem Punkte aus tatsächlich den gesamten Erdball mit Nachrichten versehen zu können.

Auch auf dem Gebiete der Funkentelegraphie, die in jenem Einzelfalle das Problem der Erdbeherrschung bereits gelöst hatte, wurden während des Krieges weitere technische Fortschritte von bedeutendem Umfange gemacht, so daß vor allen Dingen die Regelmäßigkeit und Sicherheit des funkentelegraphischen Verkehrs sich außerordentlich steigerte. Die neuesten technischen Fortschritte verringern ganz wesentlich die Ausmaße der bisher für die Errichtung von Großstationen notwendigen Einrichtungen. Der funkentelegraphische Verkehr tritt für die Zukunft dem Kabelverkehr in jeder Beziehung vollwertig an die Seite.

Darüber hinaus entwickelt sich aber auch der telephonische Verkehr auf drahtlosem Wege in gleich raschen Fortschritten wie kurz zuvor der funkentelegraphische Verkehr. Das Luftreich ist für den Verkehr von Eilnachrichten, für den Postverkehr, den Personenverkehr und in beschränkten Grenzen für den Güterverkehr in einer Weise erobert, von der man sich noch vor zehn Jahren keine Vorstellung zu machen vermochte. Selbstverständlich kann die Entwicklung, die sich in so rasender Weise vollzogen hat, noch nicht als abgeschlossen gelten, so daß jedes allgemeine Urteil über den künftigen Umfang des Luftverkehrs verfrüht erscheinen müßte. Namentlich in wirtschaftlicher Beziehung lassen sich die Wirkungen des gesteigerten Luftverkehrs noch sehr schwer absehen. In politischer Beziehung kann mindestens so viel gesagt werden, daß eine so vollständige Abschneidung eines Landes nicht nur von der Personenverbindung, sondern auch von der Nachrichtenverbindung mit dem Auslande, wie sie den mitteleuropäischen Kriegführenden während des Krieges zuteil geworden ist, künftig kaum noch denkbar erscheint.

4. Verkehrstechnik und Volksdichte.

Die verkehrstechnischen Fortschritte und die Entwicklung namentlich des internationalen Verkehrs beeinflussen in hohem Grade die Möglichkeit der Volksanhäufung in Ländern, deren eigener Boden zur Ernährung einer so dichten Bevölkerung nicht ausreichen würde. Der fortgeschrittene Verkehr über die Ozeane ermöglicht es insbesondere den Ländern moderner Kultur als den Hauptträgern der weltwirtschaftlichen Verbindungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe aus allen Zonen an sich zu ziehen, in kurzen Fristen den Absatz der aus den hereingezogenen Rohstoffen verfertigten Fabrikate vorzunehmen und durch diesen raschen Wertumlauf ein schnelles Wachstum des Volksvermögens herbeizuführen, das nicht nur steigende Einflüsse in weltwirtschaftlicher, sondern auch in weltpolitischer Beziehung gestattet.

Aus der Verengerung des binnenländischen Verkehrs ziehen erfahrungsgemäß die großen Verkehrsmittelpunkte die wesentlichsten Vorteile. Sie üben auf die übrige Bevölkerung eine mit der Zunahme der Verkehrsmöglichkeiten steigende Anziehungskraft aus, wodurch die Entwicklung von Industrie und Handel im großen Stil begünstigt wird, anderseits aber auch gewisse Gefahren für das platte Land eintreten. Die Großstädte und Industriezentren pflegen Stätten nur geringen natürlichen Volkswachstums zu sein; sie entziehen dem platten Land mit seiner zahlreichen Volksvermehrung die Kräfte, was schließlich, bildlich gesprochen, zum Eintritt einer gewissen Blutarmut der Gesamtbevölkerung zu führen vermag. In politischer Hinsicht ist diese Erscheinung insofern nicht unwichtig, als das gleichmäßige Fortschreiten der Wehrkraft des von ihr betroffenen Landes durch sie beeinträchtigt werden kann.

Die stärkste Konzentrierung des Verkehrs, an dem Ausbau des Eisenbahnnetzes gemessen, hatten wir in Belgien mit 29,3 km Bahnlänge auf je 100 qkm Bodenfläche zu verzeichnen. Belgien ist zugleich das Land mit der dichtesten Bevölkerung, die sich auf 252 Einwohner pro qkm belief; in

Deutschland kamen vor dem Kriege auf 1 qkm 120 Einwohner. Die km-Länge Eisenbahn auf 100 qkm Grundfläche belief sich in Deutschland auf 11,6; die Verteilung der Eisenbahnen und die Engmaschigkeit ihres Netzes war in den einzelnen Teilen Deutschlands wesentlich verschieden. So kamen auf 100 qkm in der Provinz Pommern nur 7,8 km Eisenbahn, dagegen im Rheinland 17,4, im Königreich Sachsen 17,8 und in Hessen 19,4. Ein wesentlich verschiedenes Bild erhält man, wenn man ohne Berücksichtigung der Volksdichte die Länge der Eisenbahnen im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Betracht zieht. Danach hätte in Deutschland beispielsweise Mecklenburg-Schwerin mit 18,1 km Eisenbahn auf je 10000 Einwohner im Vergleich zur Bevölkerungszahl ein sehr dichtes Eisenbahnnetz, während hier auf 100 qkm Grundfläche nur 8,9 km Eisenbahn kamen. Im Königreich Sachsen entfielen auf je 10000 Einwohner nur 5,5 km Eisenbahn, während auf 100 qkm Grundfläche die hohe Zahl von 17,8 km Bahnlänge kam. Ohne Berücksichtigung der Volksdichte kann die Betrachtung der Verkehrsnetze niemals ein auch nur annähernd zutreffendes Bild ergeben.

Die Volksdichte steigert, wenigstens in den Ländern moderner technischer Kultur, ständig die Ansprüche an die Verkehrstechnik, und die Fortschritte der Verkehrstechnik wiederum ermöglichen eine weitere Zunahme nicht nur der Volksdichte, sondern auch der Wirtschaftsintensität, dadurch wiederum des Volksvermögens und der politischen Weltstellung.

Besondere Berücksichtigung heischt in diesen Ländern moderner technischer Kultur das außerordentlich starke Verkehrsbedürfnis auf dem Gebiete des Nachrichtenverkehrs. Je dichter die Bevölkerung massiert ist, um so größer erweist sich ihr Nachrichtenhunger. Nicht nur durch die gesteigerte Wirtschaftsintensität, die selbstverständlich einen großen Nachrichtenapparat mit schneller Unterrichtung über die Lage auf den Binnenmärkten und Weltmärkten erheischt, sondern auch den Hunger nach politischer und allgemeiner Neuigkeitsunterrichtung des breitesten Publikums. In Ländern einer alten Kultur, aber nach unseren Begriffen rückständigen Zivilisation ist auch bei noch so dichter Bevölkerung von diesem Publikumsnachrichtendienst in der Art der modern-technischen Kulturländer gar keine Rede, schon aus dem einfachen Grunde, weil dieser Nachrichtendienst sich in der Hauptsache des gedruckten Wortes bedient, das in jenen eben gekennzeichneten Ländern, wie China und Indien, nur einem geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung in den gebildeten Oberschichten zugänglich ist. In den modern-technischen Kulturländern kann man den Umfang des Nachrichtenapparates einigermaßen an den Leistungen der Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen ablesen. Bezüglich der absoluten Zahl der Briefsendungen stand Deutschland mit rund 7 Milliarden Briefen und Postkarten im Jahre unter allen Ländern obenan, wobei allerdings in der besonders hervorstechenden großen Zahl der Postkarten die hier immer noch herrschende Ansichtskartenliebhaberei eine nicht unwesentliche Rolle spielte. In England belief sich die Zahl der jährlichen Briefsendungen auf etwa 6, in Frankreich auf 4 Milliarden. In der Zahl der Telegramme stand England mit 94 Millionen weitaus an der Spitze, es folgten Frankreich mit 66 Millionen, Deutschland mit 61 Millionen.

Im internationalen Nachrichtenverkehr hatte England den ungeheuren Vorsprung einer Weltherrschaft über das Kabelsystem. Von den 530000 km, auf die sich insgesamt die Unterseekabel der Welt beliefen, verfügte England vor dem Kriege über einen so überragenden Anteil, daß der Kabelbesitz der anderen Staaten dagegen verschwand. Der Ausgang des Krieges hat es ermöglicht, dieses Weltkabelmonopol Englands noch weiter zu vervollständigen, nachdem schon bei Kriegsbeginn Englands erste Kriegshandlung darin bestanden hatte, die deutschen Kabel abzuschneiden. In welchem Umfange England von seinem hierauf begründeten Weltnachrichtenmonopol während des Krieges Gebrauch machte, ist zu bekannt, um längere Darlegungen notwendig erscheinen zu lassen.

Die im vorigen Abschnitt behandelte Entwicklung des drahtlosen Nachrichtendienstes verspricht für die Zukunft in zunehmendem Maße dieses Kabelmonopol zu durchbrechen und die einzelnen Kulturländer im internationalen Nachrichtendienst wieder etwas mehr zu verselbständigen. Unter allen Umständen muß jedes an Weltwirtschaft und Weltpolitik beteiligte Staatsvolk der Ausbildung eines Eigenanteils am internationalen Nachrichtendienst die größte Sorgfalt zuwenden, wenn es nicht in drückende Abhängigkeit von Monopolisten des Weltnachrichtendienstes geraten will. Dieser Tatsache gebührt um so größere Beachtung, als ja, wie wir sahen, in den Ländern mit starker Volksdichte ein besonders ausgeprägter Nachrichtenhunger und demgemäß eine besonders starke Beeinflußbarkeit der sog. öffentlichen Meinung durch die Handhabung des internationalen Nachrichtendienstes und die Nutzung seiner modernen technischen Hilfsmittel möglich ist. Die weltpolitischen Folgen, die hieraus entstehen können, sind wiederum gelegentlich des großen Krieges zu handgreiflichster Verdeutlichung gelangt.

B. Verkehrsgeographische Richtlinien der Weltpolitik.

1. Die Landwege der Staatsvölkerverschiebung.

Die Betrachtung verkehrsgeographischer Richtlinien der Weltpolitik führt uns tief hinein in die politische Geographie im engeren Sinne. Gerade in der Verkehrsgeographie zeichnen sich mit besonderer Deutlichkeit Grundgesetze für das weltpolitische Streben der Staatsvölker ab. Eine zweckmäßige Teilung der beiden Gebiete werden wir wohl nur in der Weise vorzunehmen vermögen, daß wir zunächst aus gedanklichen Erwägungen und Betrachtungen der geschichtlichen Vergangenheit diese verkehrsgeographischen Grundgesetze ableiten und dann weiterhin in der politischen Geographie der Gegenwart im Anschluß an die Darlegung der derzeitigen Lebensbedingungen der Staatsvölker die politisch-geographischen Richtlinien ihres äußeren Machtstrebens unter Anwendung der in diesen Kapiteln gefundenen Gesetze untersuchen.[1])

[1]) Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die politischen Neuregelungen nach dem Kriege sich lange Zeit hingezogen haben und bei Abschluß dieses Teils der vorliegenden Arbeit noch nicht völlig beendet waren, muß diese »politische



Wenig ergiebig allerdings gestaltet sich die Nachprüfung der politischen Völkerverschiebungen auf dem Landwege für die Feststellung verkehrsgeographischer Leitsätze. Wenn wir an das früher erwähnte physikalische Grundgesetz des Strebens in der Richtung des geringsten Widerstandes zurückdenken, so wird bei allgemeiner Betrachtung der Festlandsoberfläche auf den ersten Blick der Gedanke nahe liegen, daß die vertikale Gliederung der Bodengestalt insofern von maßgeblichem Einfluß auf die Völkerbewegungen sein müßte, als nach gedanklicher Erwägung die Gebirge sich als Verkehrshindernisse darstellen und demgemäß den Wohnsitzverschiebungen der Staatsvölker mehr oder weniger schroffe Grenzen setzen. Ein Überblick über die geschichtliche Vergangenheit belehrt uns indessen von der Irrtümlichkeit dieser Annahme, wofür eine Reihe von Beispielen gleich noch angeführt werden soll. Es scheint mir daher rätlich, in der politischen Geographie den Ausdruck »Gebirge« zu vermeiden und lieber von »Gebirgsländern« zu sprechen. Denn für die Vorstellung des Laien verbindet sich mit dem Wort Gebirge allzuleicht der Begriff einer schroffen Scheidewand. Tatsächlich eignet der Charakter einer solchen Scheidewand den Gebirgen nicht, da sie eben nicht als eine starre Linie auftreten, sondern sich in Gebirgsländer auflösen, die weite Räume bedecken und dem Verkehr hie und da immer eine Pforte öffnen.

Die tatsächlichen Verhältnisse liegen im allgemeinen ja doch nicht so, daß sich zwischen zwei Ländern jäh ein Gebirge erhebt und daß zur einen Seite dieses Gebirges ein Staatsvolk, zur anderen Seite ein anderes Staatsvolk seinen Wohnsitz hat. Vielmehr sind die Gebirgsländer selbst von Gebirgsvölkern besiedelt, die über die Pässe von Tal zu Tal eine Verkehrsbrücke schlagen, und über diese Pässe ergießt sich auch der Strom der Völkerwanderungen aus dem weiter umliegenden Tiefland hinüber und herüber. Den Gebirgsvölkern selbst allerdings eignet im allgemeinen eine besondere Zähigkeit. Sie lassen den Strom an sich vorüber- oder durch ihre Mitte hindurchziehen, ohne in ihrer völkerpsychologischen Eigenheit, oft auch ohne in ihrem staatlichen Sonderleben dadurch wesentlich berührt zu werden.

Blicken wir zurück in die älteste Geschichte, so sehen wir beispielsweise, wie das Perserreich sich durch eine lange Reihe von Gebirgsländern, teilweise recht schwieriger Wegsamkeit, einerseits bis Innerasien, anderseits bis über die Sinai-Halbinsel hinaus und durch Kleinasien über die Gebirgsländer des Balkan bis zur unteren Donau ausbreitete. Eine ähnliche Ausdehnung in umgekehrter Richtung sehen wir später das von den mazedonischen Bergvölkern unter dem Großen Alexander errichtete Reich nehmen. Das höchste europäische Gebirge, die Alpen, haben sich in markanten Geschichtsepochen als ein Gebirgsland erwiesen, das trotz seiner ragenden Höhen keineswegs etwa ein unübersteigbares Verkehrshindernis auch unter verkehrstechnisch primitiven Verhältnissen bildete. So gab Cäsar jenseits der gallischen Alpen dem Römerreiche eine große Ausdehnung,

---

Geographie der Gegenwart« einem später erscheinenden zweiten Bande vorbehalten bleiben.

so erschien Hannibal über die Alpen vordringend vor den Toren Roms, so drangen die Zimbern und Teutonen vom mitteleuropäischen Tiefland über die Alpen und ebenso über die Pyrenäen vor in die Halbinseln des Mittelmeergebietes. Auch die große Völkerwanderung, von den östlichen Flachländern her ihren Ausgang nehmend, erstreckte sich gleichermaßen über die Alpen und Pyrenäen. Das Reich Karls des Großen griff von Mitteleuropa hinüber nach Italien und Spanien, und lange Zeit bevorzugten die ihm nachfolgenden deutschen Kaiser den Zug über das höchste europäische Gebirge. Auf Grund einer so beträchtlichen und leicht noch zu erweiternden Zahl geschichtlicher Beobachtungen werden wir von dem Versuch Abstand nehmen müssen, aus der Verkehrsgeographie der Landwege bestimmte Gesetze für die politischen Völkerverschiebungen aufzustellen. Um so reicheres Material werden uns aber in dieser Hinsicht die Wasserstraßen bieten.

2. Die Wasserstraßen als verkehrsgeographische und weltpolitische Wegweiser.

a) Das Streben nach geschlossener Beherrschung von Stromgebieten.

Gemäß dem Umstand, daß als natürliche Verkehrswege in erster Linie die Wasserwege anzusprechen sind, und zwar sowohl die Binnenwasserstraßen, wie, namentlich bei fortgeschrittener Verkehrstechnik, die großen Meere als Hochstraßen des Weltverkehrs, üben die Wasserstraßen auf die außenpolitischen Bestrebungen der Staatsvölker einen im hohen Grade Richtung gebenden Einfluß. Die Linie eines Flußlaufes ist für die Völkerbewegung, was die Bodenverhältnisse anbetrifft, in ausgezeichnetem Maße die Linie des geringsten Widerstandes. So sind die Flußtäler die gegebenen Wegweiser der Völkerwanderung und Völkerausbreitung. Sie geben nicht nur talwärts die Richtung, sondern auch stromaufwärts, und selbst die Überschreitungen der Gebirge stellen schließlich nichts anderes dar, als ein notwendiges Bindeglied in der Verkehrskette zwischen den von der Wasserscheide (s. Abb. 2) aus in verschiedenen Richtungen sich hinziehenden Flußtälern.

Diesen vorgezeichneten Grundrichtungen des Verkehrs bleibt er auch bei hochentwickelter Verkehrstechnik trotz gesteigerter Unabhängigkeit von der Bodengestalt im allgemeinen treu. In welchem Grade ein einzelnes Staatsvolk als einer unter mehreren Anliegern eines und desselben Stromes der Tendenz nach Ausbreitung in den durch den Flußlauf vorgezeichneten Richtungen zu folgen vermag, hängt selbstverständlich im wesentlichen von seiner Machtüberlegenheit gegenüber den anderen Stromanliegern ab. Je nach dem Grade dieser Überlegenheit wird ein den Mittellauf eines Stromes bewohnendes Volk sich vorwiegend stromaufwärts oder stromabwärts wenden, wobei unter sonst gleichmäßiger Verteilung der übrigen Faktoren die Richtung stromabwärts, der Flußmündung und damit dem offenen Meere zu, der Regel nach den Vorzug erhalten wird.

So weit die Überlegenheit der Kraft ausreicht, wird das politische Streben sich letzten Endes aber auf die Beherrschung des ganzen Strom-

gebietes von der Quelle bis zur Mündung mitsamt seinen Verzweigungen durch die Nebenflüsse richten. Auch eine Macht, die sich bei kolonisierendem Vordringen über das Meer an irgend einer Stelle einer Strommündung bemächtigt, wird ihr natürliches Gebiet weiterer Ausdehnung im Verfolgen des einmal erreichten Flußlaufes stromaufwärts womöglich bis zu seiner Quelle suchen.

Das Streben nach geschlossener Beherrschung eines zusammenhängenden Stromgebietes verringert sich, wie gesagt, nicht mit dem Fortschreiten

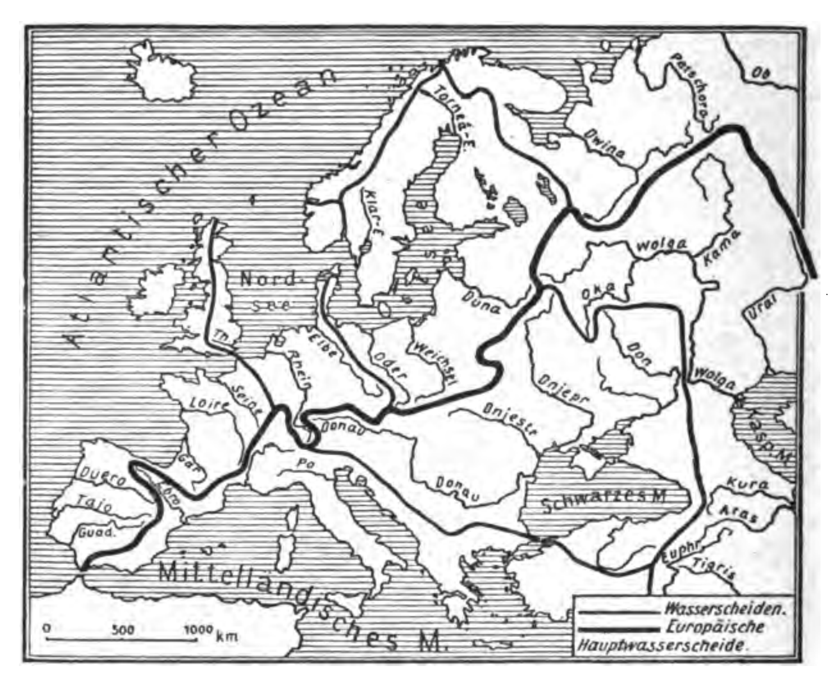


Abb. 2.
Die ozeanischen Wasserscheiden Europas (nach Seydlitz).

der Verkehrstechnik, die eine große Unabhängigkeit von der Bodengestalt mit sich bringen, sondern erfährt gerade durch technische Fortschritte noch in verschiedenen Beziehungen einen weiteren Anstoß; denn einmal führen die Fortschritte der Verkehrstechnik ja auch zu einer erhöhten Nutzbarkeit der Binnenschiffahrtswege in Gestalt von Stromregulierungen und Stromkanalisierungen, und zum zweiten sind gerade die Erfolge solcher Stromverbesserungen wesentlich abhängig von der Beherrschung des gesamten Flußlaufes bis hinein in sein Quellgebiet. Je höher gerade die Wasserwirtschaft und die Stromregulierung entwickelt sind, um so stärkeres Gewicht muß der Beherrscher des regulierten oder zu regulierenden Stromgebietes darauf legen, auch den weiteren, selbst den nicht schiffbar zu machenden Oberlauf in seiner Hand zu halten; denn von der Be-

herrschung dieses Oberlaufes hängt die Wirksamkeit der Regulierung für die Schiffahrt und die Möglichkeit einer rationellen Wasserwirtschaft in beträchtlichem Grade ab. Die technisch vollkommensten Kanalisierungsarbeiten in der Ebene können praktisch unwirksam gemacht werden, wenn nicht auch droben im Gebirge Vorsorge getroffen wird für eine Vergleichmäßigung des Wasserlaufes. Ungehemmt in jähem Schlage sich ins Tal ergießende Hochwasser können die Dämme hinwegspülen, die schönsten Kanalisierungsarbeiten vernichten. Erst wenn der Beherrscher des Unterlaufes die Macht und die Möglichkeit hat, im Oberlaufe die zeitweise allzu lebhaft sprudelnden Quellwasser und Zuflüsse abzustauen und ihren Abfluß zu einer gewissen Gleichmäßigkeit zu bringen, kommt er in den vollen Genuß des Erfolgs seiner weiter unterhalb besorgten Regulierungsarbeiten.

Handgreifliche Vergleichsstücke aus der Praxis bilden beispielsweise die Oder und die Weichsel. An der Oder war der preußische Staat in der Lage, die sich am wildesten gebärdenden Quellflüsse des Riesengebirges durch große Stauwerke zweckmäßig in seine technische Gewalt zu bringen, wogegen der Mittellauf der Weichsel (s. Abb. 3 u. 4) russischerseits nicht nur nicht reguliert, sondern im Gegenteil planmäßig in einem für die Schiffahrtsverhältnisse des Unterlaufes möglichst ungünstigen Zustande belassen wurde, weil es den russischen Herren Polens nicht darauf ankam, den polnischen Handel über den preußischen Weichselmündungshafen zu beleben, sondern lediglich darauf, den ganzen Mittellauf der Weichsel als ein riesiges strategisches Hindernis gegen einen etwaigen preußischen Vormarsch durch Polen bestehen zu lassen.

Zu Zeiten des römischen Weltreiches bildeten die mitteleuropäischen Ströme teilweise noch die Grenzlinie gegenüber den nicht unterworfenen Ländern; auf eine lange Strecke insbesondere die Donau, zum kleineren Teil auch der Rhein. Mit zunehmender Bedeutung der Binnenschiffahrt haben die Flüsse immer mehr aufgehört, Grenzlinien zu bilden, und wo sie noch diesen Charakter behielten, wurde dieser Zustand mehr oder weniger als vorübergehend und unnatürlich empfunden. Die Flüsse trennen ihre Anreiher nicht, sondern verbinden sie. Der Stromverkehr schafft natürliche Interessengemeinschaften und zeitigt immer stärker das Bestreben nach zusammenhängender Beherrschung des Stromgebietes.

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse der Staatsvölker wird noch auf eine Nachprüfung der Frage zurückzukommen sein, in welchem Umfange heute das Streben nach einheitlicher Beherrschung ganzer Stromgebiete wirksam und erfolgreich gewesen ist und in welchen Gebieten eine unvollständige Durchführung dieser Tendenz politische Reibungsflächen hat entstehen lassen.

b) Das Streben ans Meer.

Unter allen verkehrsgeographischen Gesetzen politischen Strebens der Staatsvölker ragt das Gesetz des Strebens ans Meer wohl am stärksten hervor. Es wurde schon gesagt, daß sich das Streben nach geschlossener Beherrschung ganzer Stromgebiete in erster Linie richtet auf die Ge-

winnung des natürlichen Ausganges zum Meer. An den Strommündungen finden sich die wichtigsten natürlichen Häfen, die den gegebenen Umschlagplatz bilden für den Wasserverkehr einerseits über See, anderseits auf Binnenwasserstraßen.

DAS WEICHSELGEBIET 1793.

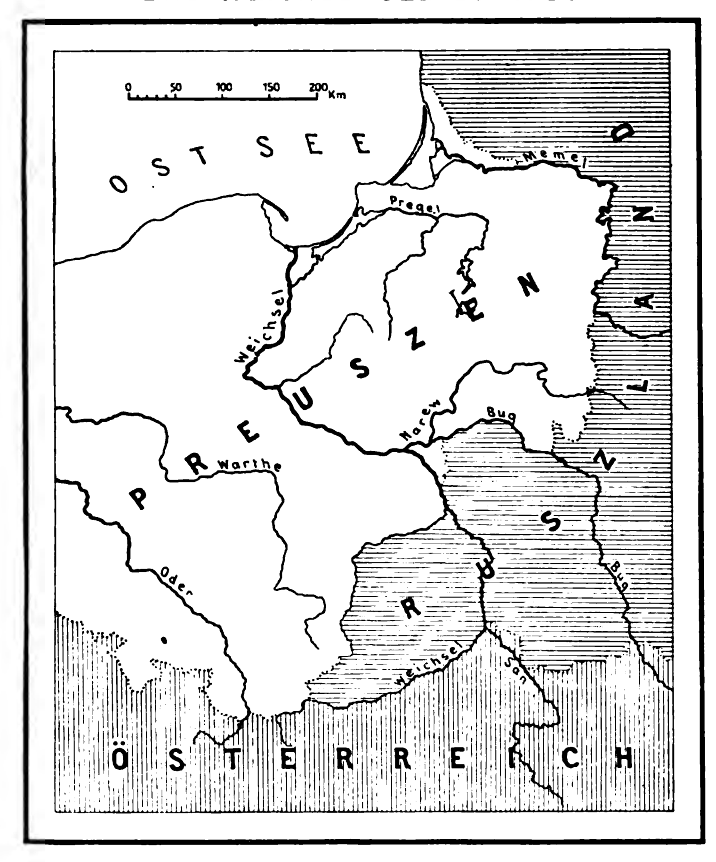


Abb. 3.

Jedem Staatsvolke wohnt der Drang ans Meer in mehr oder weniger ausgeprägtem Maße inne. Alle Großstaaten haben ihren Zugang zum Meer, und selbst unter den kleineren Mächten bilden Länder ohne solchen Zugang nur Ausnahmeerscheinungen. In der Regel hat die Ermangelung eines Seezuganges die Wirkung, daß das in solcher Weise benachteiligte Staatswesen ein Element der weltpolitischen Unruhe darstellt. Ausnahmen findet man im allgemeinen nur bei binnenländischen Bergvölkern, die in ihrer Eigenart ein geschlossenes Sonderdasein führen, bei denen aber früher oder später auch der Augenblick einzutreten pflegt, in dem die

mangelnde Verbindung mit dem offenen Meere eben als ein Mangel deutlich empfunden wird.

Eine leicht erklärliche Erscheinung ist es, daß des Zuganges zum Meere entbehrende Binnenstaaten sich am längsten und in größtem Umfange gehalten haben in dem Erdteil der kompaktesten Ausdehnung, dessen Inneres die weitaus größten, überhaupt vorhandenen Entfernungen vom Meere aufzuweisen hat, und das gleichzeitig in diesem Inneren die höchsten Gebirge enthält, in denen die Bergvölker lange ihr politisches Sonderdasein zu fristen vermochten. So liegt die Zeit nicht lange zurück, in der

DAS WEICHSELGEBIET 1815-1914.

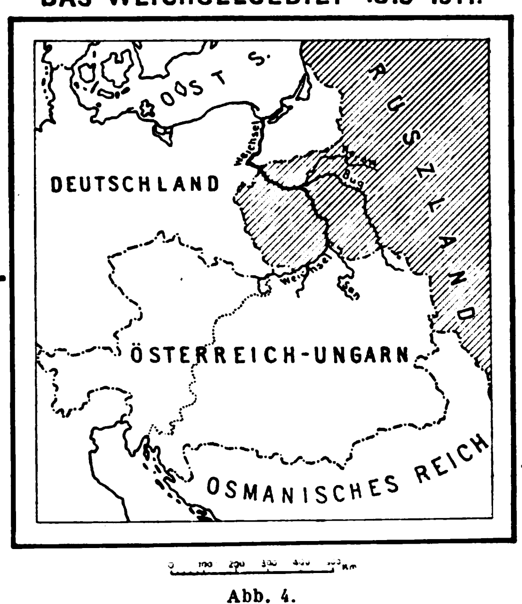


Abb. 4.

uns die politische Karte von Asien eine beträchtliche Zahl von Binnenstaaten vor Augen führte. Aber auch sie haben nach und nach von ihrer Selbständigkeit so viel eingebüßt, daß eine moderne asiatische Landkarte um die Zeit des Kriegsausbruches nur noch ein wirklich selbständiges Staatswesen ohne Seezugang aufzuweisen hatte, nämlich das Bergland Afghanistan. Auch dessen Selbständigkeit unterliegt heute bereits erheblichen Zweifeln.

Die ganz besonders großzügige und großräumige koloniale Entstehungsgeschichte der nordamerikanischen Länder hat zur Folge gehabt, daß hier trotz des ausgeprägten groß-kontinentalen Aufbaues Binnenstaaten schon lange nicht mehr zu verzeichnen sind. In Südamerika haben wir es noch mit zwei binnenstaatlichen Gebilden zu tun: mit Paraguay, das wenigstens eine gute Stromverbindung mit dem offenen Ozean sein eigen nennt, und mit Bolivien, einem ausgeprägten Binnen-

staate, bei dem auch ein ausgeprägtes Gefühl politischer Unbefriedigung zu verzeichnen ist.

Verschwunden oder im Verschwinden sind die Binnenstaaten selbst im afrikanischen Erdteil. Zu Beginn des Jahrhunderts führten hier noch die Transvaal-Republik und der Oranje-Freistaat ihr politisches Sonderdasein. Gerade aber ihre Geschichte liefert ein beredtes Beispiel dafür, daß Staatswesen in dieser geographischen Lage, wenn sie einen ausgedehnten Verkehr mit dem Weltmarkt unterhalten, sich entweder selbst einen direkten Ausweg zum Meere bahnen müssen oder aber Gefahr laufen, die Beute einer sie umklammernden und ihren Verkehr mit dem Meere beherrschenden Macht zu werden. Zwar war es der britischen Macht nicht gelungen, die südafrikanischen Republiken vollständig zu umklammern, aber außer englischen Kolonien hatten sie nur noch einen Nachbarn in Gestalt einer portugiesischen Kolonie, und Portugal seinerseits war dem Einfluß Englands in so weitgehendem Maße anheimgefallen, daß den britischen Interessen von hier aus keinerlei Gefährdung drohen konnte, daß also in der praktischen Wirkung die britische Umrundung der Burenstaaten eine nahezu vollständige war. Dank dieser Lage, die es England in die Hand gab, eine Versorgung der Burenstaaten im großen Stil für die Zeiten kriegerischer Verwicklungen von außen her unmöglich zu machen, ist es dem Britenreiche seinerzeit gelungen, den hartnäckigen Widerstand der burischen Völker zu brechen und diesen afrikanischen Binnenstaaten ein Ende zu machen.

Es verblieb als einziger Binnenstaat in Afrika Abessynien, wiederum ein ausgesprochenes Bergland. Bei seinem äußerst geringen Verkehr mit dem Weltmarkt verspürt Abessynien naturgemäß kein besonders dringliches Verlangen nach einem Seezugang. Es war bisher stark genug, äußere Bedrohungen seiner Selbständigkeit abzuwehren, zumal es keine Eigenschaften aufwies, die es einer europäischen Kolonialmacht ähnlich begehrenswert erscheinen lassen konnten, wie die Gold- und Diamantenschätze es bezüglich der Transvaal-Republik getan hatten, und zumal es ferner von einer Mehrzahl von einander beeifersüchtelnden Kolonialmächten umgeben war. Auch in den beiden letzteren Beziehungen haben sich die Verhältnisse jetzt etwas geändert. England hat auch Abessynien mehr und mehr umrundet; es nimmt ein gewisses verkehrspolitisches Interesse an Abessynien, da es zu den Quellgebieten des Nil gehört und England nach dem im vorigen Abschnitt behandelten Gesetz sehr deutlich erkennbar darauf bedacht ist, das ganze Nilgebiet bis in die letzten Verästelungen seiner Quellflüsse in der Hand zu halten, und schließlich die romanischen Mächte, deren Kolonialgebiet noch zu den Nachbarn Abessyniens gehört, gegenüber der englischen Weltstellung heute als ähnlich unterlegen gelten können, wie bis dahin schon die portugiesische Kolonialmacht.

Bliebe in Europa als wirklich politisch selbständiger Binnenstaat die republikanische Schweiz, die ihre Sicherung in einem doppelten Umstande findet: In der politischen Zähigkeit des sie bewohnenden Bergvolkes und in der Tatsache, daß ihre Nachbarn einander äußerst scharf beeifersüchtelnde Großmächte sind. Der völlige Zusammenbruch der

österreich-ungarischen Monarchie und die Stellung Deutschlands nach Kriegsausgang schaffen allerdings in dieser Beziehung auch für die Schweiz etwas ungünstigere Verhältnisse, und außerdem hat während der vierjährigen Kriegszeit auch die Schweiz den Mangel eines eigenen Seezuganges hart empfunden, so daß sie sich in der Gegenwart im Stadium lebhafter Erwägungen über die dauernde vertragsmäßige Sicherung ungehemmten Verkehrs über Seehäfen der Nachbarländer befindet. Weiteres über das Streben der heutigen Staatsvölker ans Meer wird in späteren Betrachtungen darzulegen sein.

c) Das Streben nach mehrfachem Meereszugang.

Das Streben ans Meer macht sich in allen geschichtlichen Perioden und bei nahezu allen Völkern geltend. Selbst solche Staatsvölker, die ihrerseits wenig Neigung zur Seefahrt haben, suchen doch schließlich den Weg an die Küste, weil letzten Endes das Meer die einzige wirkliche Grenze bildet und weil es als solche eine bequeme Rückendeckung darbietet. Gerade in primitiven Geschichtsperioden, in denen keine hohe Entwicklung der Seefahrt vorliegt, bildet das Meer den besten politischen Schutz, weil von hier aus im allgemeinen kein feindlicher Angriff zu erwarten ist.

Allerdings gab es auch immer wieder Perioden, in denen gerade die Seefahrer alle zugänglichen Küsten erobernd bedrohten, zumal an den Flußmündungen, die den Weg landeinwärts öffnen. Die Geschichte zeigt uns, sagt Ratzel, mehr Völker, die vom Meere aus eine Küste betreten und dann von den Häfen und Inseln aus wieder auf das Meer hinauswirken, als Binnenvölker, die vom Lande her an die Küste kommen, sich langsam auf ihr ausbreiten und, wenn sie endlich an die See gewöhnt sind, über sie weg nach den Inseln und ferneren Ländern streben. Fast alle Küsten, die in der Geschichte des Altertums hervortreten, sind von außen her aufgeschlossen und wirksam gemacht worden. Für die politische Geographie der Gegenwart gilt dasselbe von allen Küsten der neuen Welt, Australiens und Afrikas am Atlantischen und Indischen Ozean. Im malayischen Archipel läßt sich noch in vielen Fällen das Vordringen der Seemalayen, die Beraubung, Zurückdrängung und Beherrschung der Landbewohner nachweisen. Selbst in Nordeuropa ist die Verpflanzung der Seebeherrschung von Küste zu Küste oder von Insel zu Küste durch Friesen und Normannen in vielen Fällen zu erkennen. Rußland ist mit Hilfe der Fremden, besonders der Deutschen und Holländer, Seemacht geworden. Das Wandern der politischen Einflüsse von der Küste flußaufwärts ist die Regel. Keineswegs ist aber der umgekehrte Weg ganz ausgeschlossen. Ist ein Land mit noch unentwickelter Küste in den Händen eines tätigen Volkes, dann tritt allerdings die Wirkung von innen an die Stelle der Eingriffe von außen. Das deutsche Ordensland wuchs aus dem Weichsellande an die See hinaus und trat durch sie in offene Berührung mit der übrigen christlichen Welt und Kultur.

Nun richtet sich das Streben ans Meer aber schließlich nicht nur nach einer Küste, sondern wo sich irgend die Möglichkeit darzubieten

scheint, erweitert es sich zu einem Streben nach doppeltem oder mehrfachem Seezugang. Blicken wir zurück auf die Entwicklung der politischen Karte Europas, so dehnte sich das alte römische Weltreich (s. Abb. 5 u. 6) in einer Weise aus, die es immer wieder bis an die Gestade der fernsten Meere führte. Es beherrschte alle Küsten des Mittelmeeres, einen großen Teil des Schwarzen Meeres und die europäische Küste des Atlantischen



Abb. 5.
Die Ausbreitung der römischen Herrschaft über das italienische Festland.
1. Anfang des 4. Jahrhunderts.
2. Ende des 3. Jahrhunderts.
3. Ende des ersten punischen Krieges.
4. Ende der Regierung des Kaisers Augustus.

Ozeans bis über die Rheinmündung hinaus. Das Reich Karls des Großen fand die Rückendeckung der Seeküste sowohl am Mittelmeer wie am Atlantischen Ozean, der Nordsee sowohl wie am Baltischen Meer. Auch nach der Teilung des Karolingeschen Reiches, wie sie im Vertrage von Verdun (s. Abb. 7) vorgenommen war, ergab sich für jeden einzelnen Teil ein mehrfacher Seezugang. Das Reich Ludwigs des Deutschen umfaßte Küstengebiete der Ostsee und Nordsee und des Adriatischen Meeres, das Reich Lothars einen beträchtlichen Küstenteil der Nordsee, des Mittelmeeres und der Adriatischen See, und das Reich Karls des Kahlen grenzte an den Kanal, den Atlantischen Ozean und das West-Mittelmeer.

Das Frankenreich behielt ständig diesen Vorzug der Lage am offenen Atlantik und am Mittelländischen Meere. Unter dem ersten Napoleon

nahm Frankreich zeitweilig sogar eine Ausdehnung, die ihm einen Ausgang auch zur Ostsee (s. Abb. 8) gewährte. Das Deutsche Reich erfreute sich auch unter den Hohenstaufen (s. Abb. 9) eines mehrfachen Seezuganges,

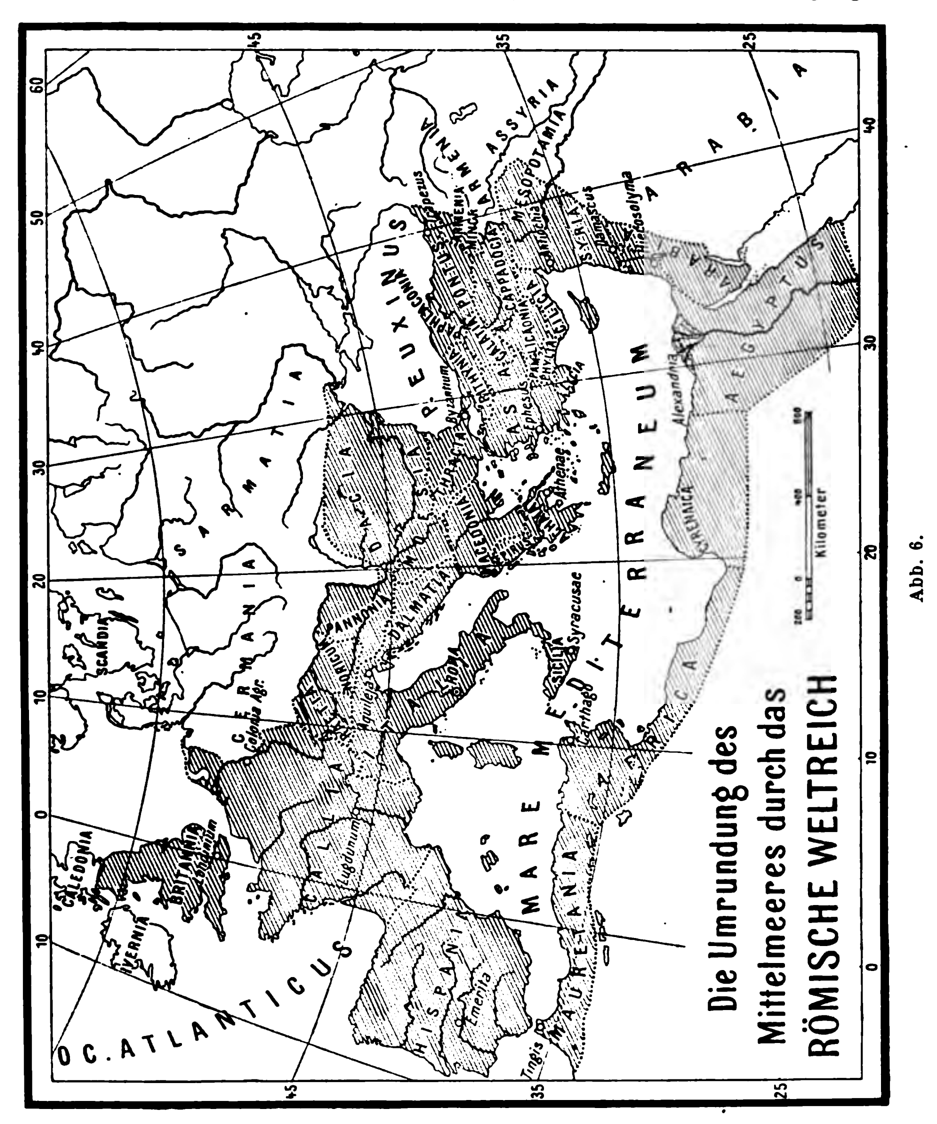


Abb. 6.

da es sowohl an die Ost- und Nordsee wie an das offene Mittelmeer und dessen adriatischen Zipfel grenzte.

Auch Vorgeschichte und Werdegang des neuen Deutschen Reiches, dessen Führung aus dem Emporwachsen des brandenburgischen Binnen-

staates zur preußischen Großmacht sich entwickelte, zeichnet deutlich die Tendenzen des Strebens ans Meer in der Ausgestaltung des Strebens zu doppeltem Seezugang. Durch lange Jahrhunderte hindurch vollzog sich diese Herausentwicklung aus dem kleinen brandenburgischen Kern an das Meer (s. Abb. 10). Das brandenburgische Stammland selbst war ein

DIE TEILSTAATEN DER KAROLINGER VON MEER ZU MEER



Abb. 7.

Binnenstaat, von den Meeren räumlich getrennt, verkehrlich aber mit ihnen verbunden durch seine Lage an der zur Nordsee fließenden Elbe und der in die Ostsee mündenden Oder.

In der brandenburgisch-preußisch-deutschen Geschichte finden wir viermal ungefähr um die Jahrhundertmitte einen bedeutenden Markstein auf dem Wege zu mehrfachem Seezugang: Die erste lose Fühlung wurde mit dem Meere genommen, als gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts Preußen weltliches Herzogtum geworden und der Kurfürst von Brandenburg als Erbe des Herzogs von Preußen den Anschluß an die Ostsee fand. Hier

ruht der Grundstein des künftigen politischen Neubaues. Die Mark Brandenburg für sich allein war ein von der größten Lebensader der Völker ab-

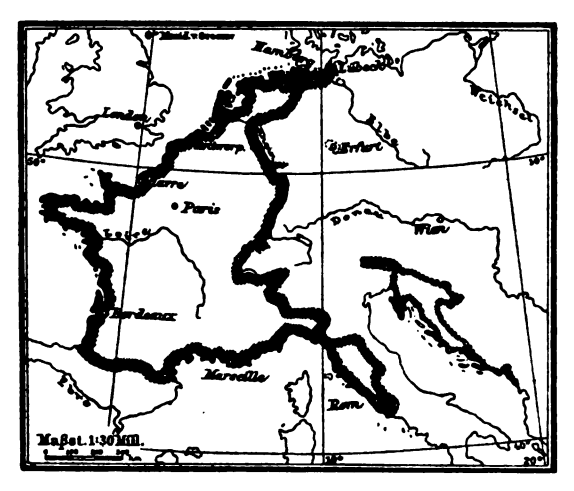


Abb. 8.
Frankreichs Ausbreitung bis zur Ostsee und Adria.

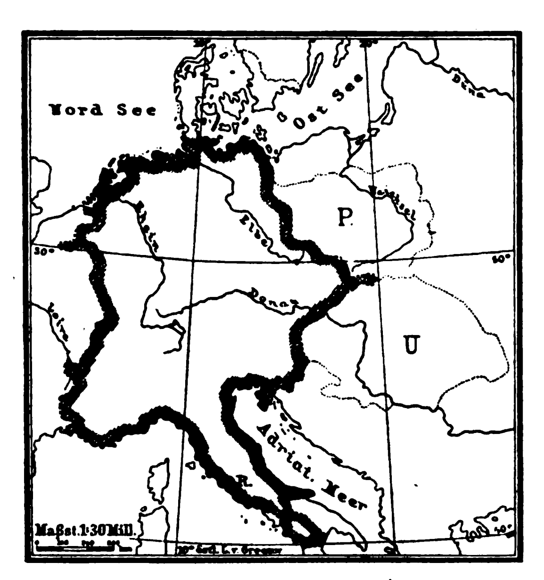


Abb. 9.
Das Deutsche Reich unter den Staufern.

geschnittenes Binnenland. In Verbindung mit Preußen aber konnte das neue, wenn vorläufig auch noch aus getrennten Gliedern bestehende Staatswesen zu einer Seemacht, einer Weltmacht emporwachsen. Nur aus der

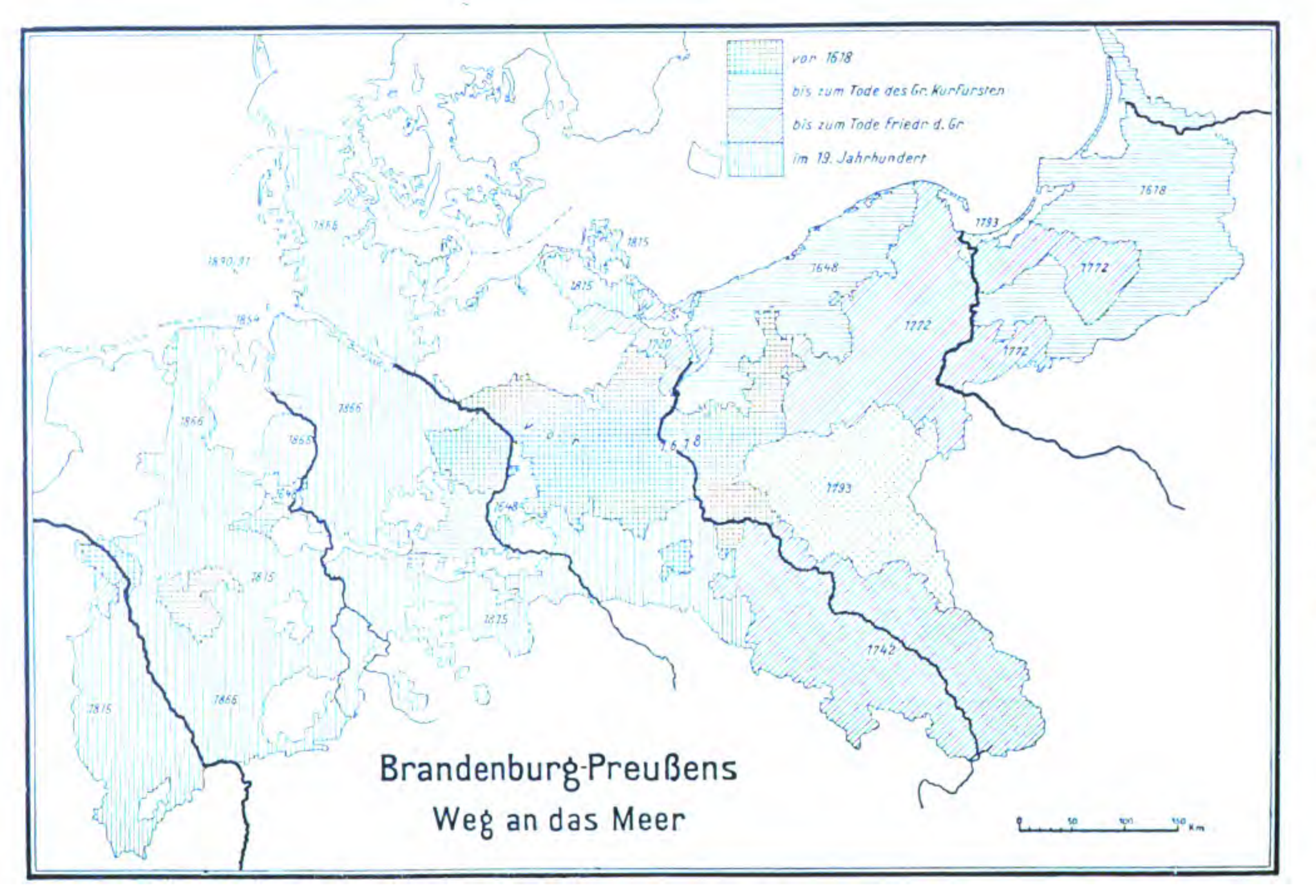

vor 1618
bis zum Tode des Gr. Kurfürsten
bis zum Tode Friedr. d. Gr
im 19. Jahrhundert
Brandenburg-Preußens
Weg an das Meer

Abb. 10.

Vermählung jenes alten Stammlandes im Herzen Deutschlands und im Gebiete zweier verkehrswichtiger Ströme mit einem Küstenlande von beträchtlicher Ausdehnung und Verkehrsbedeutung konnte die künftige Größe erwachsen. Die kleinen Erwerbungen, die von den brandenburgischen Markgrafen vordem hie und da an der hinterpommerschen Küste vorgenommen waren, fielen nicht ins Gewicht, da sie ihrer Verkehrslage nach belanglos waren. Es fehlten ihnen die Häfen und die Verkehrsausstrahlungen durch Binnenwasserstraßen.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts vollzog sich der erste Anlauf Brandenburg-Preußens zur Seemacht. Der große Kurfürst versuchte in Pillau eine Flotte zu bauen und in Emden einen neuen Stützpunkt zu gewinnen. Auf den natürlichen Wegen zum Meere durch Zwischenstaaten politisch von der Küste abgeschnitten, griff er bereits hinaus in die äußersten Punkte späterer deutscher Meeresherrschaft. Ein genialer Versuch, der aber infolge der geographischen Zersplitterung der Stützpunkte und des Fehlens einer unmittelbaren natürlichen und unter eigener Herrschaft stehenden Verbindung mit dem Meere scheitern mußte. Noch war das Herrschbereich an der Ostsee nur gering und entlegen; und es währte lange, bis Emden in den tatsächlichen und dauernden Besitz jener Macht kam, die damals emporwuchs und so kühn sich zu dehnen versuchte, daß kurze Zeit nach tiefem Zerfall Deutschlands im Zeichen des Dreißigjährigen Krieges der Kurfürst von Brandenburg sogar den Griff weit über die Meere wagte und als Kolonisator an der westafrikanischen Küste auftrat!

Erst das folgende Jahrhundert brachte neuen Zuwachs der brandenburgisch-preußischen Macht an der Ostsee, einen Zuwachs, der um so bedeutsamer war, als er endlich dazu führte, die von der Natur vorgezeichnete organische Verbindung zwischen den beiden Einzelteilen, Brandenburg und Preußen, auch zur politischen Einheit zu erweitern und sie dadurch für den Staat erst in vollem Maße wirksam zu machen. Friedrich Wilhelm I. war es, der ohne Schwertstreich dem Lande jene wesentliche Erweiterung durch die Erwerbung Stettins und eines Teiles von Vorpommern gab. Dadurch trat das Stammland Brandenburg direkt in Verkehrsverbindung mit der Ostsee, und zwar nicht in irgend einem entlegenen Winkel, sondern in geschlossenem politischen Zusammenhang an der Oder, dem einen der beiden großen brandenburgischen Ströme. Die preußische Meeresgrenze dehnte sich aus; einer künftigen Seemacht wurde eine weitere Grundlage gegeben. Noch immer aber blieb der Küstenbesitz Brandenburg-Preußens auf die Ostsee beschränkt, und es fehlte nach wie vor die Beherrschung des Unterlaufes am zweiten der brandenburgischen Ströme, der Elbe, und der Seezugang zur Nordsee.

Einen neuen Versuch, seinem Staate auch einen Weg an die Nordsee zu bahnen, unternahm Friedrich der Große. Die Erwerbung von Ost-Friesland trug indessen zunächst nur einen vorübergehenden Charakter, und der Tilsiter Frieden drängte Preußen wieder von der Nordsee zurück — eine Lage, die durch den Wiener Kongreß bestätigt wurde. Geblieben aber war die Verbindung des preußischen Küstenbesitzes an der Ostsee durch die Erwerbung von Westpreußen, und als Entschädigung für Ost-Fries-

land konnte wenigstens teilweise der Rest von Pommern betrachtet werden, obwohl der große Mangel bestehen blieb, daß Preußen wieder zu einem Ostseestaate herabgedrückt war und von der unmittelbaren Verbindung mit dem großen Weltmeer ferngehalten wurde.

Dann aber, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, begann Preußen abermals an die Nordsee heranzutreten, und wieder war es bezeichnend für die Schwierigkeiten, die es auf diesem Wege fand, daß sich noch immer kein mit dem Stammlande in unmittelbarer Verbindung stehender Ausgang fand, sondern Friedrich Wilhelm IV. am Jadebusen nur einen isolierten preußischen Seehafen zu erwerben vermochte. Elf Jahre später aber wurde der zweite Grundpfeiler des künftiges Reiches errichtet. War die Vereinigung von Brandenburg und Preußen der erste Schritt der auf das neue Deutsche Reich vorbereitenden Macht, so war die Eroberung des Verbindungslandes zwischen Nord- und Ostsee der eigentliche Anbruch des neuen deutschen Tages. Zug um Zug wurde die Arbeit fortgesetzt. Zunächst brachte das Jahr 1866 die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächten, die über Schleswig-Holstein ein wenig glückliches Kondominium aufgerichtet hatten, und ließ jenen Verbindungsstreifen zwischen den beiden nördlichen Meeren an Preußen allein fallen. Zugleich aber erfuhr die preußische Nordseeküste eine wesentliche Erweiterung durch die Erwerbung Hannovers.

Nunmehr waren für Preußen alle Voraussetzungen gegeben, zu einer wirklichen Seemacht emporzuwachsen. Darüber hinaus führte das Jahr 1870—71 zur Vereinigung der deutschen Lande von der Nord- und Ostsee bis an die Alpen. Die schwarz-weiß-rote Reichsflagge wehte von Emden bis Memel, und der Entwicklung Deutschlands als Seemacht waren die Wege geebnet. Das Jahr 1866 aber hatte doch auch eine politische Trennung unter deutscher Herrschaft stehender Gebiete gebracht, und das neue Reich, das zwar die Küsten der Nord- und Ostsee vereinigte, ermangelte anderseits doch jenes Ausganges zum Mittelmeer, den die deutschen Reiche der Vergangenheit in der Hand gehalten. Was unter den Karolingern und den Stauffern und auch zu Zeiten des deutschen Bundes an nördlichem und südlichem Seezugang in einer Hand gehalten, war auseinandergerissen; aber die Trennung war insofern nur von kurzer Dauer, als die Bündnispolitik wenigstens in gewissem Grade zu ersetzen wußte, was an einheitlicher politischer Geschlossenheit verloren gegangen war. Im Zeichen des deutsch-österreichisch-ungarischen Zweibundes und einige Zeit später im Zeichen des Dreibundes (s. Abb. 11) lebte wieder auf und vervollständigte sich, was Mitteleuropa an Verwirklichung des Strebens nach mehrfachem Seezugang durchgeführt. Die Angrenzer der Nord- und Ostsee und die Angrenzer der entsprechenden Aängengrade am Mittelmeer wurden durch den deutsch-österreichisch-ungarisch-italienischen Dreibund zusammengefaßt, so daß Deutschland der Ausgang zu den ihm verkehrspolitisch nächstgelegenen Häfen des Mittelmeeres politisch ebenso sichergestellt war, wie Österreich-Ungarn und Italien der Ausgang zu den Nordseehäfen. Dieses Bild des Dreibundes in seiner Gesamtheit hatte, soweit der mehrfache Seezugang in Betracht kommt, enge Verwandtschaft mit dem Bilde Deutschlands etwa zur Zeit der Hohenstaufen.

Die Vorteile des mehrfachen Seezuganges, wie wir sie auf dem europäischen Festland in besonders ausgeprägter Weise und kontinuierlicher Dauer bei Frankreich vorfinden, eignen in ähnlicher Art auch Spanien. Ferner ist der europäisch-asiatischen Türkei zu gedenken, die Zugänge zum Mittelmeer, zum Schwarzen Meer und zu den Ausläufern des Indischen Ozeans beherrschte. In seiner höchsten Glanzzeit, um die Mitte des 9. Jahrhunderts, hatte vorübergehend auch das bulgarische Balkanreich die Herrschaft über Küstengebiete am Schwarzen Meere sowohl wie am Adriatischen Meer.



Fig. 11.
Der Dreibund (mit Ostsee-, Nordsee- und Mittelmeerküsten).

Das markanteste Beispiel des Strebens nach mehrfachem Seezugang bietet das Russische Reich, das an die Ostsee und das Schwarze Meer, das nördliche Eismeer und den Stillen Ozean grenzte, und trotz dieser gewaltigen Machtausdehnung und dieser vielfachen Seezugänge auf immer weiterer Suche nach eisfreien Häfen und Zugängen zum offenen Weltmeere war. Es strebte aus dem Schwarzen Meere hinaus durch die Dardanellen, es suchte seine Macht an der Ostsee südwärts auszudehnen und trachtete im Norden nach eisfreien Häfen des Nordmeeres, dort, wo es die Ausläufer des Golfstromes umspülen. Es strebte am Stillen Ozean mit seiner Küstenausdehnung südwärts weiter, und es hatte seinen Blick zugleich gelenkt auf die Gestade des Indischen Ozeans und seiner Ausläufer.

In anderen Erdteilen sehen wir vornehmlich die beiden großen nordamerikanischen Länder in der glücklichen Lage an zwei Ozeanen, die vor

allen Dingen den Vereinigten Staaten die größten verkehrspolitischen Zukunftschancen einräumen, zumal seitdem unter ihrer Oberhoheit diese beiden Ozeane in unmittelbare Schiffahrtsverbindung miteinander gebracht worden sind. Auch Britisch-Südafrika sowohl wie das unter britischer Oberhoheit stehende Nord-Ostafrika erstrecken ihre Küsten über verschiedene Weltmeere und befinden sich dadurch in einer bevorzugten Verkehrslage und politischen Lage.

Daß Inselreiche, wie England und Japan, des Vorzugs der Küstenlage an verschiedenen Meeren im höchsten Grade teilhaftig sind, braucht nur beiläufig erwähnt zu werden. Sie haben überall die politische Rückendeckung des Meeres, sind daher feindlichen Angriffen verhältnismäßig am wenigsten ausgesetzt und genießen im höchsten Grade den Vorteil der Verbindungsmöglichkeiten zur See nach allen Richtungen hin.

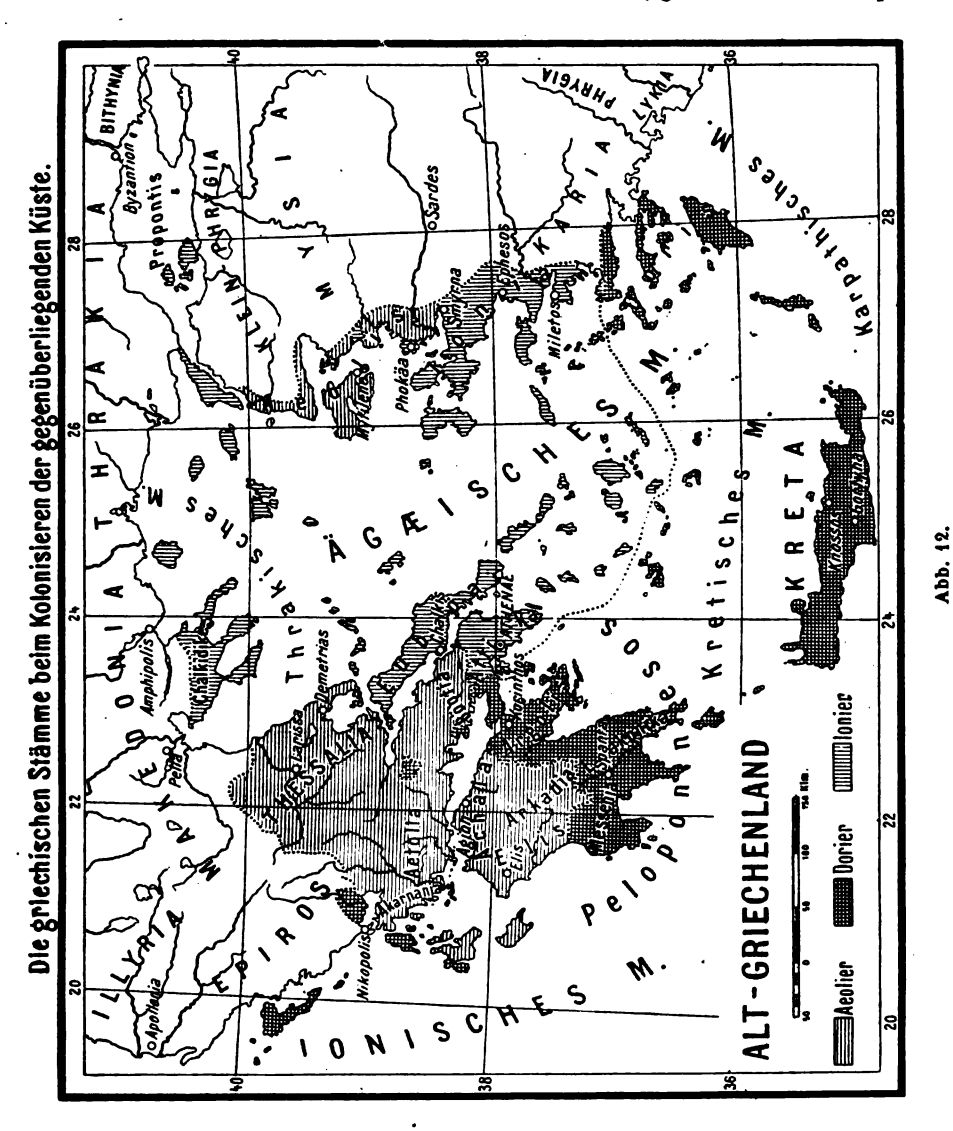
d) Das Streben übers Meer und ums Meer.

In politisch engräumigen Verhältnissen und unter dem Zeichen geringer Verkehrsentwicklung tastet der Seeverkehr an den Küsten entlang und strebt ihm nach der politische Verkehr allmählich zur Umrundung weniger ausgebreiteter Binnen- oder Halbbinnenmeere. Neben diesem Abtasten der Küste zeigt sich aber schon frühzeitig auch ein Streben über das Meer hinaus, das die auf nahe oder weitere Entfernung gegenüberliegende Küste zum Ziel hat, und zwar nicht nur zu einem Verkehrsziel, das vielleicht wegen wirtschaftlicher Ergänzungs- und Austauschmöglichkeiten erstrebenswerter erscheint als die Nachbarküste, sondern auch zum politischen Ziel.

Nachbarländer, auch einander benachbarte Küstenländer, pflegen eine gewisse Verwandtschaft ihrer wirtschaftlichen Grundlagen aufzuweisen und daher für wirtschaftliche Tauschgeschäfte nicht so große Möglichkeiten zu bieten wie entferntere Wirtschaftsstriche. Auch neue Siedlungsgebiete werden, wenn die Nachbarländer unter einigermaßen gleichmäßigen Siedlungsverhältnissen leben, in der Ferne jenseits der Meere aufgesucht werden müssen. So ergibt sich als nächstliegend und im allgemeinen dem Streben nach Umrundung ganzer Meeresgebiete vorangehend ein S t r e b e n n a c h d e r g e g e n ü b e r l i e g e n d e n K ü s t e. Auffällig zeigt sich dieses schon bei den Einzelstaaten des alten Griechenland (s. Abb. 12). Die Äolier erwählten sich als politisches Expansionsziel die der nordgriechischen Küste Thessaliens gegenüberliegenden Gestade der Insel Lesbos und der benachbarten Küste Kleinasiens. Die Ionier zogen von Euböa und Attika über die Inselwelt hinüber nach der Chios und Samos gegenüberliegenden kleinasiatischen Küste, und die Dorier nahmen aus Südgriechenland ihren Weg vom Peleponnes durch das Kretische Meer nach dem südlichsten Teil der kleinasiatischen Westküste. Später wandte die griechische Kolonisation sich westwärts, nach dem gegenüberliegenden Sizilien und Süditalien, wie die phönizische Kolonisation sich über das Ostmittelmeer hinüber gewandt hatte nach Karthago.

Das Römische Reich vollzog auf der Höhe seiner Macht eine vollständige Umrundung des Mittelmeeres und eine teilweise Umrundung auch des Schwarzen Meeres.

Das Entlangtasten an der Küste beobachten wir später wieder bei der Ausbreitung der islamitischen Welt über mehr als die Hälfte des Mittelmeeres. Um zunächst bei diesem Meere zu bleiben, gedenken wir der spä-



Die griechischen Stämme beim Kolonisieren der gegenüberliegenden Küste.

Abb. 12.

teren Versuche einer weitausgreifenden Machtentfaltung am Mittelmeer durch Napoleon I., der ursprünglich von der äußersten Nordwest-Ecke des Mittelmeers bis an die äußerste Nordost-Ecke hinübergriff durch seinen Zug nach Ägypten, und der späterhin an der Umrundung des Westmittel-

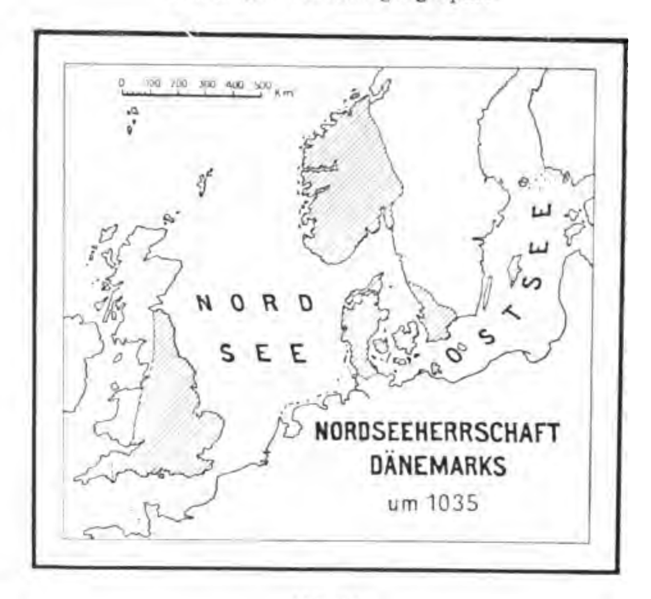


Abb. 13.

OSTSEEHERRSCHAFT DÄNEMARKS
um 1225

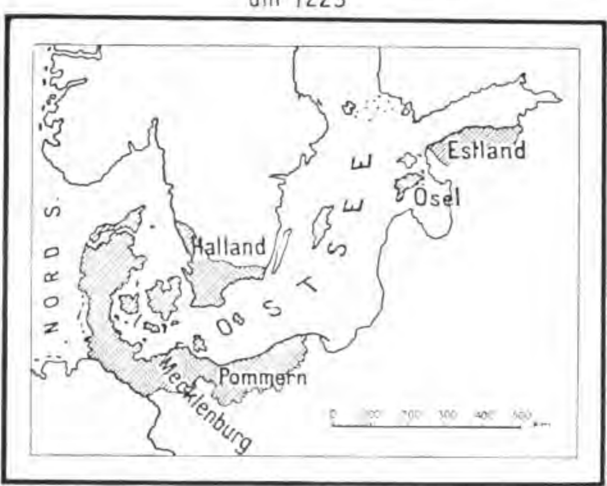


Abb. 14.

meeres durch die französische Herrschaft arbeitete, aber auch in den illyrischen Provinzen der östlichen Adria das französische Banner aufrichtete.

In den nördlichen Meeren zeigt die Geschichte wiederholte Epochen, in denen die nördliche und die südliche Kanalküste politisch in einer Hand vereinigt waren, neben Epochen weiter Machtausbreitung der nordischen Länder über die Nordsee sowohl wie über die Ostsee (s. Abb. 13—15). Unter den letzteren Beispielen verdient der Versuch einer Umrundung der Ostsee

Schwedens Umrandung der Ostsee zur Zeit Karls X. (1660.)

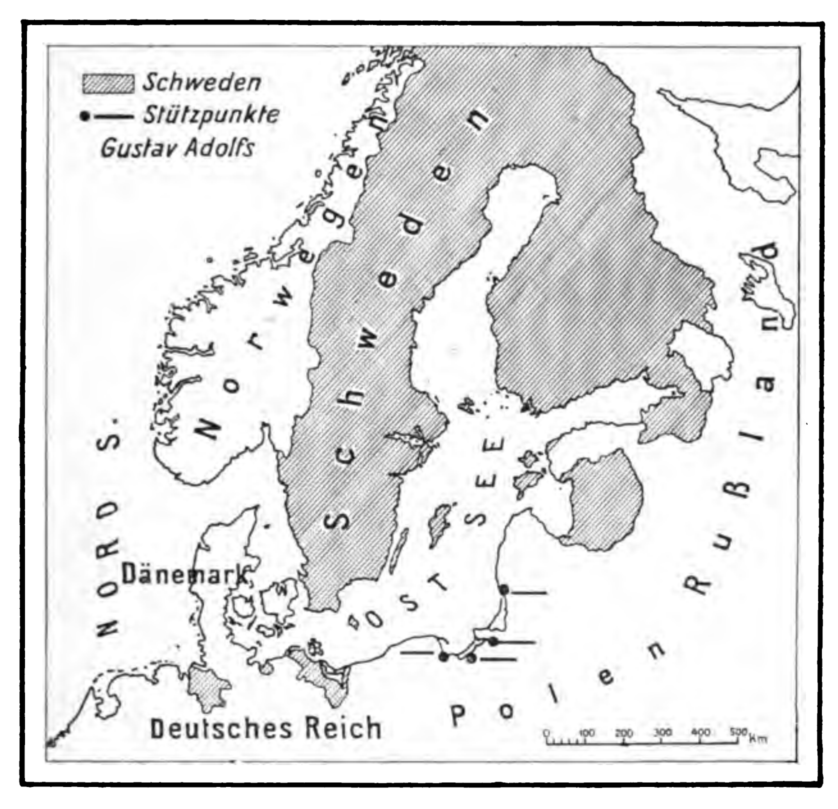
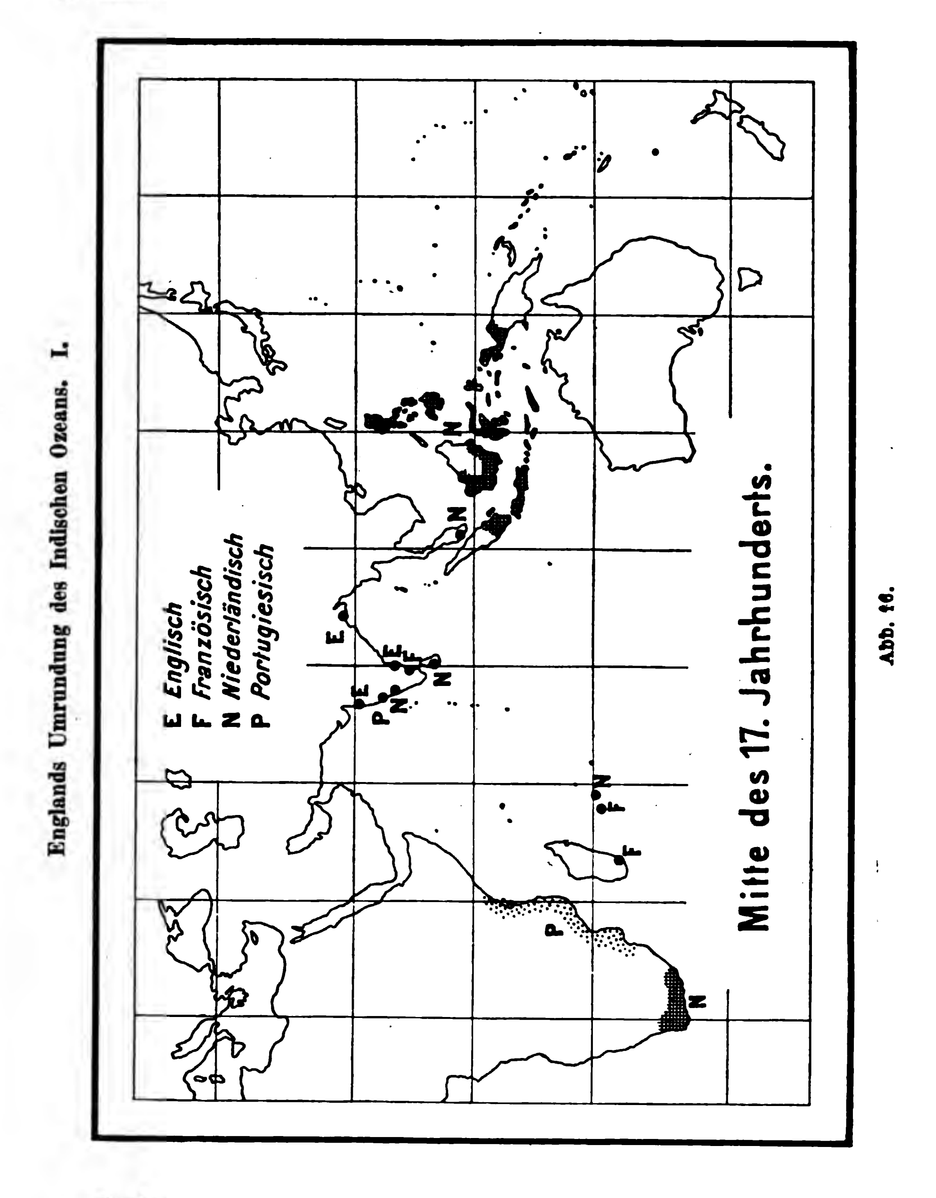


Abb. 15.

durch die schwedische Macht besondere Hervorhebung. Später war das Streben nach Ausgestaltung der Ostsee zu einer russischen See bemerkbar, ebenso wie die Russen von Norden und in beiden Richtungen über die Westküste sowohl wie über die Ostküste das ganze Schwarze Meer in ihre Hand zu bringen trachteten. Übrigens war den Russen die Umrundung des Kaspischen Meeres de facto nicht erst geglückt, seit sie mit England den Vertrag von 1907 über die Aufteilung der persischen Interessensphären geschlossen hatten, sondern schon mit dem Vertrag von 1825, der ihnen

das alleinige Recht gab, Kriegsschiffe auf dem Kaspischen Meere fahren zu lassen.

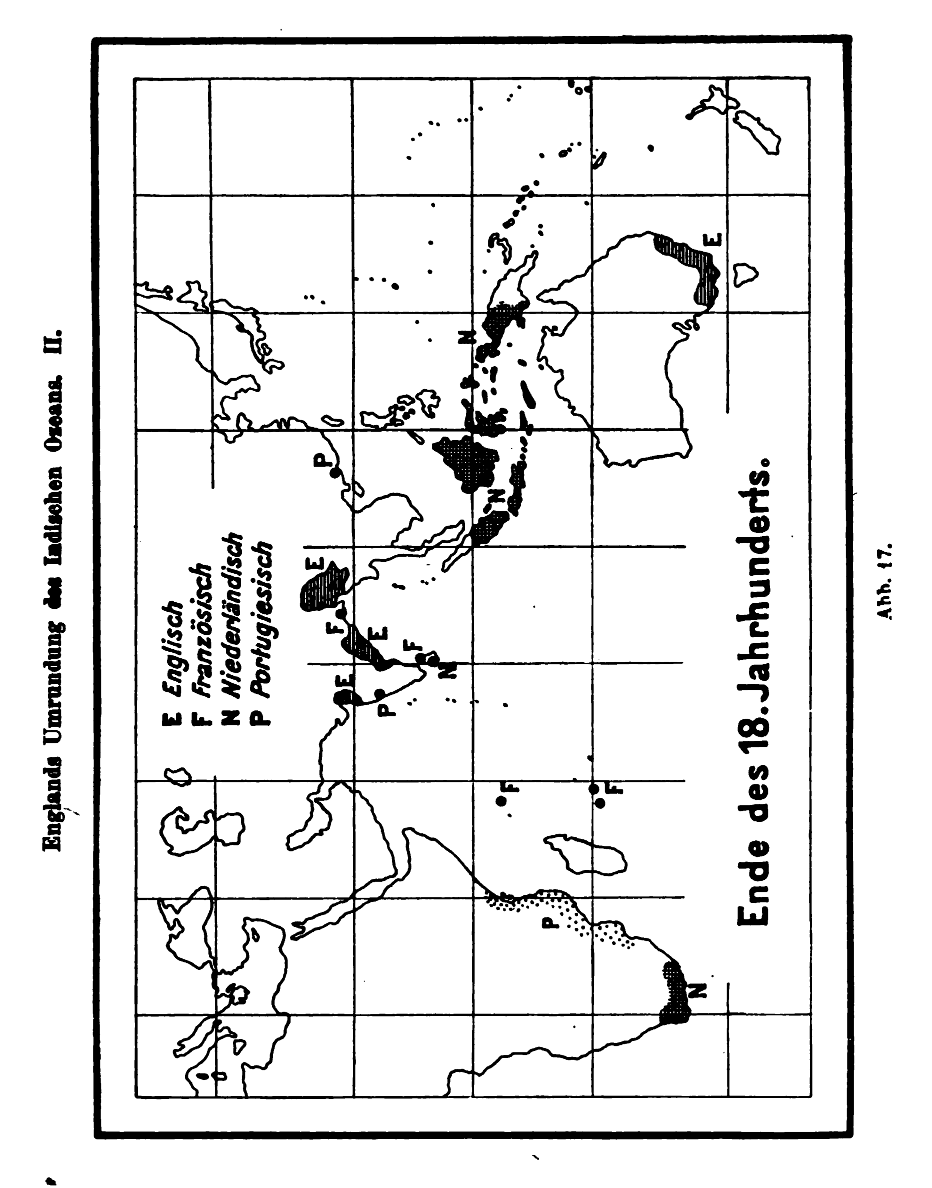


Englands Umrundung des Indischen Ozeans. I.

Abb. 16.

Im fernen Osten macht sich in neuerer Zeit das Streben Japans bemerkbar, das Japanische Meer allseits mit seiner Macht zu umklammern. Die Vereinigten Staaten erheben schon lange Anspruch auf entschiedene Vor-

machtstellung im Mexikanischen Golf und Karaibischen Meer, dem sog. amerikanischen Mittelmeer. Und selbst die weiten Räume des Stillen

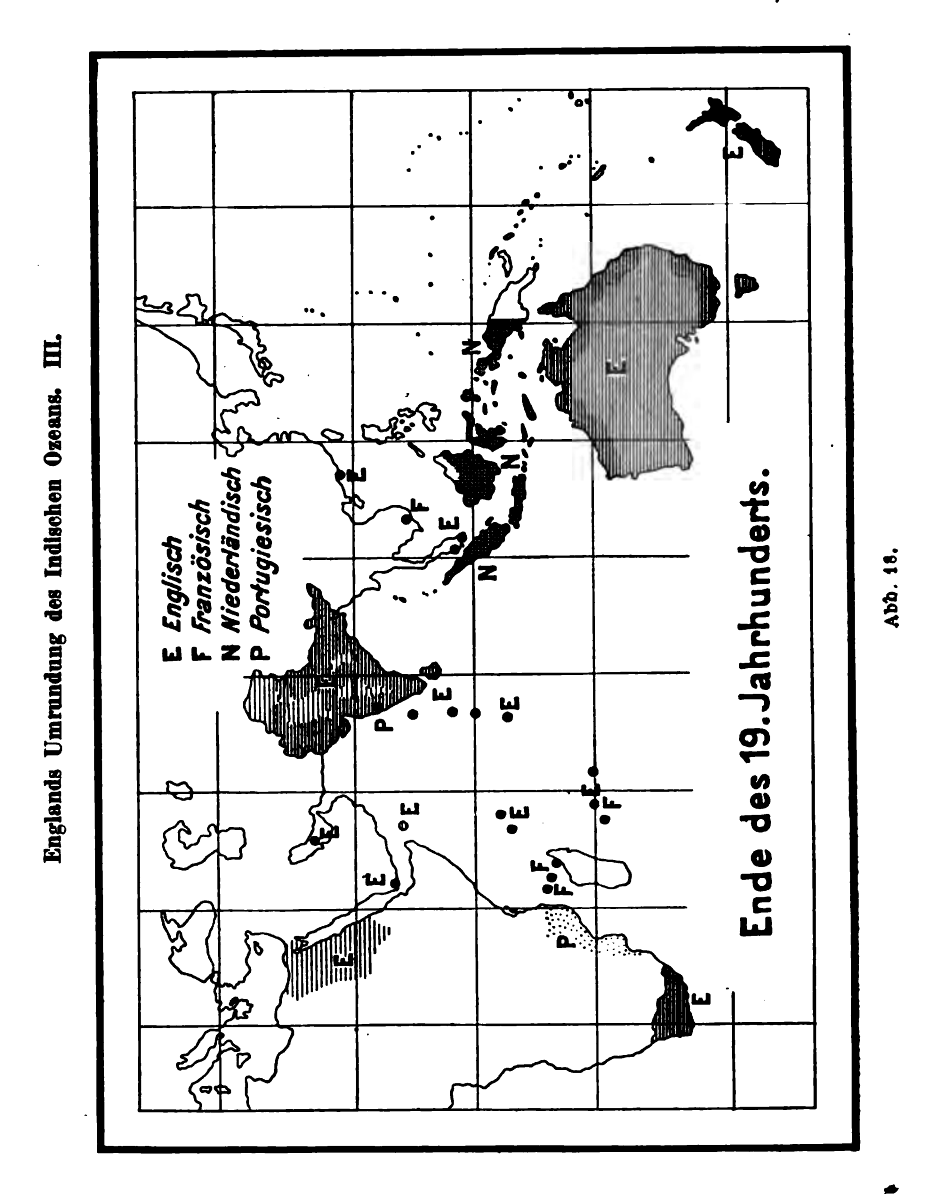


Englands Umrundung des Indischen Ozeans. II.

Abb. 17.

Ozeans waren für die Vereinigten Staaten nicht zu groß, um ihr Hinübergreifen bis zu den Philippinen zu verhindern. Anderseits richteten sich die mit politischen Tendenzen durchsetzten Verkehrsbestrebungen der

Japaner über den Großen Ozean südwärts nach der Niederländisch-Indischen Inselwelt und nach Australien und ebenso ostwärts nach Mexiko, das ihnen



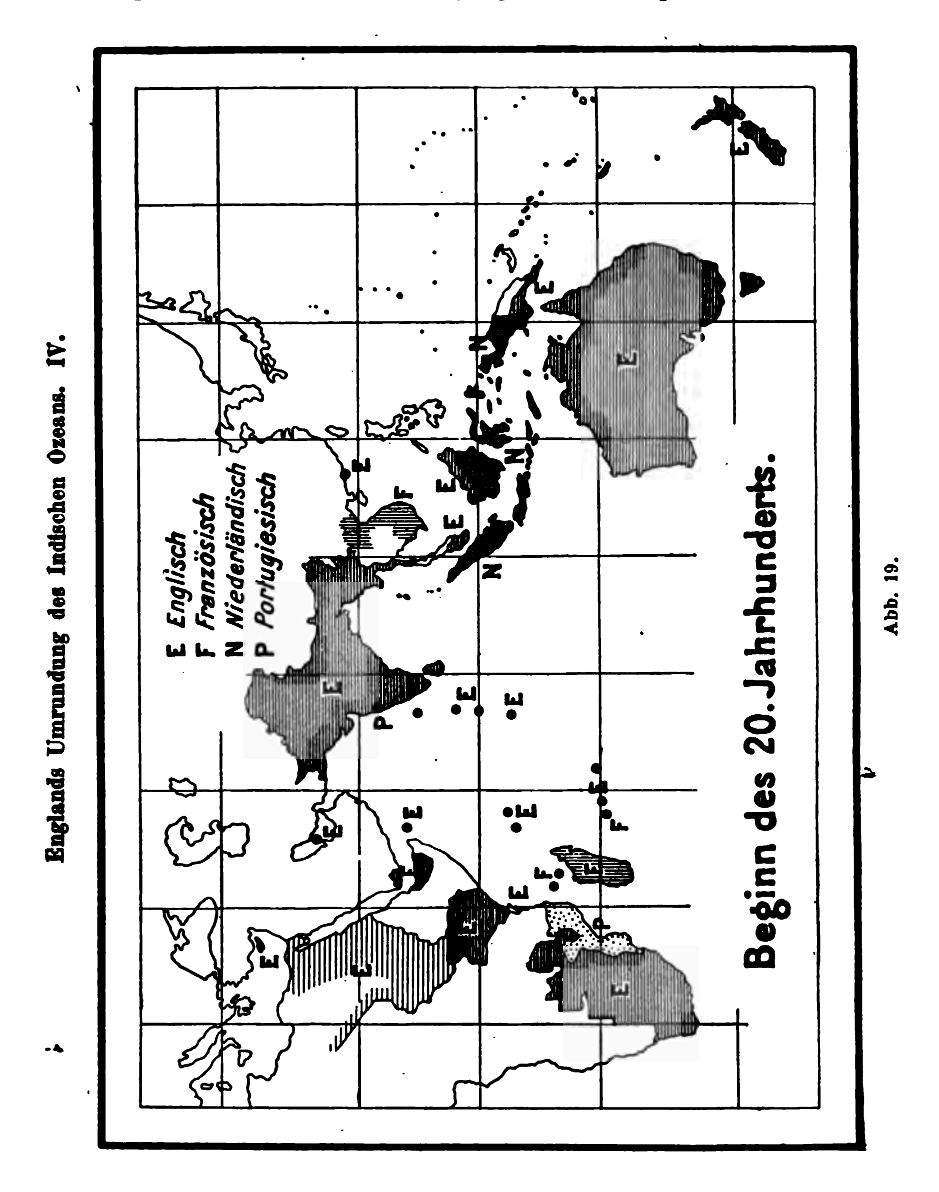
Englands Umrundung des Indischen Ozeans. III.

Abb. 18.

einen Stützpunkt zur Flankierung der Vereinigten Staaten bieten soll.

Englands nach den Küsten aller Meere ausgreifende Kolonialpolitik hatte sich das größte Kolonialgebiet ursprünglich in der gegenüberliegenden

nordatlantischen Küste Amerikas gesichert, wovon der südlichere Teil allerdings durch die Verselbständigung der Vereinigten Staaten wieder



Englands Umrundung des Indischen Ozeans. IV.

Abb. 19.

seinen Händen entglitt, das große Kanada aber noch immer verblieben ist. Auf das größte Beispiel des Umrundungsversuches eines Weltmeeres in der Gegenwart, auf das Streben Englands nach Beherrschung des

Indischen Ozeans (s. Abb. 16—20), wird in anderem Zusammenhange noch zurückzukommen sein.

Englands Umrundung des Indischen Ozeans. V.

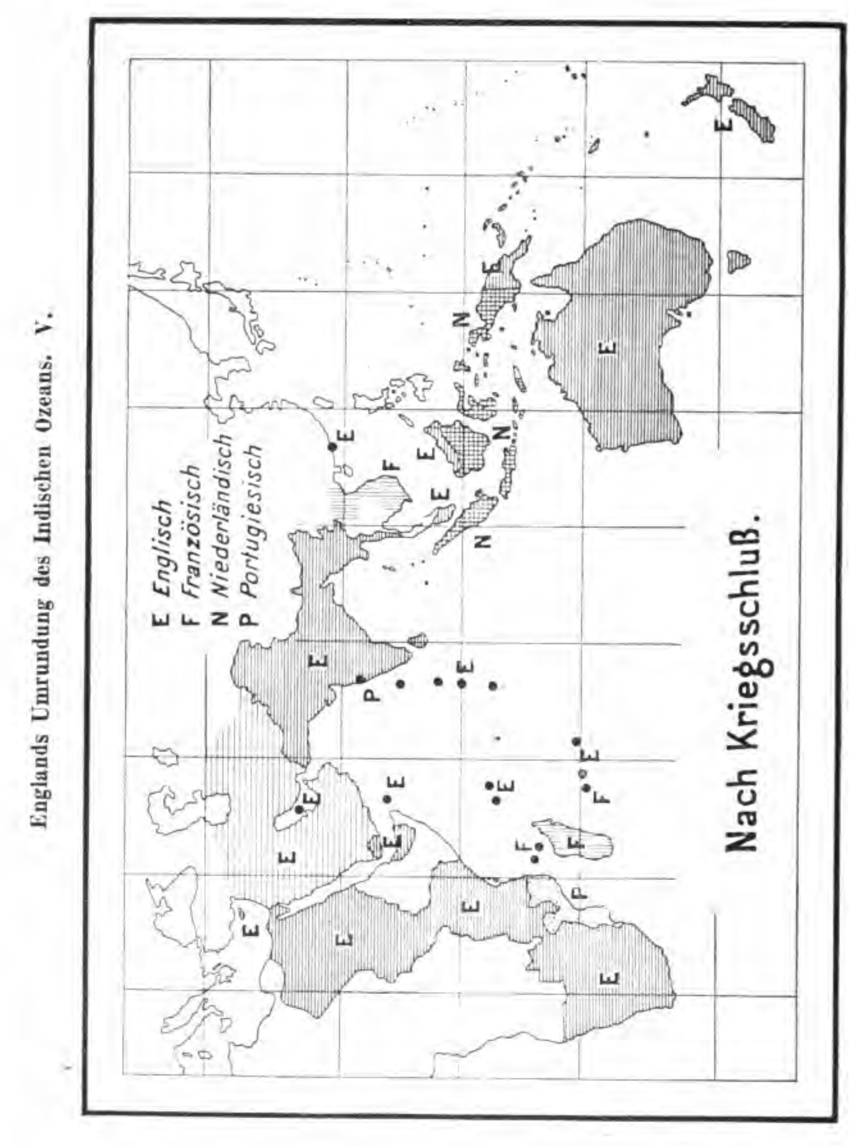


Abb. 20.

III. Buch:
Völker- und Kulturgeographie.

Einführung.

Auf der Höhe oder vielleicht am Abschluß einer Zeit vorwiegend materialistischer Auffassung ist es doppelt geboten, den ideellen Triebkräften des Menschen- und Völkerlebens die gebührende Beachtung nicht zu versagen und auch im Rahmen der politischen Geographie jene Faktoren zu voller Geltung kommen zu lassen, die politisches Werden und Streben nicht von der Seite der materiellen Güter, sondern der geistigen Ideen aus beeinflussen.

Wohl liegt die geographische Bedingtheit wirtschaftlicher und verkehrlicher Lebensgrundlagen und Ausbreitungsmöglichkeiten klarer zutage als die geographische Beeinflussung des rein kulturellen Lebens, der Völkerpsyche, der politischen Gedankenwelt und des staatlichen Machtstrebens. Nur um so reizvoller aber wird es sein, den Zusammenhängen auch zwischen den geographischen Gegebenheiten und der Geistesrichtung der staatlich organisierten Erdbewohner, der Entwicklung ihrer Kultur und den Richtlinien ihres Machtstrebens nachzugehen. Allerdings liegt hier die Gefahr einer politisch-geographischen Spielerei nahe, indem man vielleicht versucht wird, alle möglichen, als tatsächlich vorgefundenen Erscheinungen des geistigen Völkerlebens nachträglich durch vermeintliche geographische Bedingtheiten zu erklären und dabei ein Schema zu konstruieren, das sich leicht als ein mehr oder weniger gezwungenes erweisen lassen wird. Nur in ganz großen, allgemeinen Umrissen wird man bei vorsichtiger Behandlung des Gegenstandes Beeinflussungen der Völkerpsyche und der Geisteskultur durch die Beziehungen zu den geographischen Räumen und Lebensbedingungen zu skizzieren suchen dürfen. Je mehr man sich in Einzelheiten verliert, um so näher rückt die Gefahr einer künstlichen Konstruktion. Wir haben genug der Beispiele, an denen die Zähigkeit eines Volkstums allen möglichen geographischen Veränderungen der Wohnsitze und Lebensbedingungen trotzt und der alte Grundcharakter sich ungeachtet aller Umgestaltungen dieser äußeren Lebensbedingungen in scharfer Ausprägung erhält. Anderseits beobachten wir im großen, wie

ein Seevolk ein Seevolk, ein Landvolk ein Landvolk bleibt, daß jedes in seiner Art sich sehr verschiedenartigen klimatischen und räumlichen Einzelbedingungen unterwerfen und anpassen kann, in dem einen großen Grundzug aber bei der Wahl seines räumlichen Betätigungsfeldes stets abhängig bleibt von den alten Gepflogenheiten seiner geographischen Lebensbedingungen.

A. Kulturgeographische Lebensbedingungen der Staatsvölker.

1. Völker und Bodenräume.

Politischer Charakter, Kulturhöhe und Denkart der Völker werden in nicht unwesentlichem Maße beeinflußt durch das geographische Gepräge ihrer Wohnsitze und der Gesamtheit des staatlich umfaßten Bodenraumes. Für die kulturelle Entwicklung im allgemeinen und für die politische Denkart im besonderen, für die individuelle Ausfüllung der Begriffe politischer Freiheit und Ordnung, für die stärkere Neigung zur staatlichen Selbstgenügsamkeit oder weitausgreifendem Ausbreitungsdrang ist es von beträchtlicher Bedeutung, ob die gegebenen Bodenräume eines Staatsvolkes von Natur eng umgrenzt oder großzügig ausgebreitet sind; ob das Volk seinen Wohnsitz in der weiten Ebene oder im Gebirge hat; ob es in kontinentaler Breite oder in insularer Beschränkung lebt; ob auf endloser Landfläche oder innerhalb reicher Küstengliederung in enger Fühlung mit dem Meere.

Kultur und Sinnesart des Russen in der weiten sarmatischen Ebene mit den schier unerschöpflichen Ausbreitungsmöglichkeiten über die gewaltigen Flächen Asiens sind grundverschieden von der Lebens- und Denkart etwa eines süddeutschen Bauern in der Enge durch jahrhundertelange Erbteilung bis ins Letzte zersplitterten, aber auch bis ins Letzte kulturell ausgenutzten Bodenbesitzes. Scharf prägt sich das Freiheitsgefühl der mit der Natur so eng verwachsenen, von außen kommenden Einflüssen abholden Bergvölker aus, scharf der ozeanische Ausbreitungsdrang und der Händlergeist der Inselvölker.

Völkische Übergangscharaktere finden wir in Übergangslandschaften wie etwa der nordostdeutschen Tiefebene, die hinüberleitet zu der Weite der russischen Räume und sich obendrein, verglichen mit den alten Siedlungsgebieten Süd- und Mitteldeutschlands, als jüngerer Kolonialboden darstellt. Hieraus ergaben sich innerhalb Deutschlands mancherlei Gegensätzlichkeiten des kulturellen Gepräges und der politischen Denkart.

Auf die hervorstechenden Eigenschaften der ausgesprochenen Industrievölker näher einzugehen, wird sich im nächsten Abschnitt Gelegenheit bieten, da bei ihnen die scharfe Umgrenzung durch das Meer und die gleichzeitige unbegrenzte Verkehrsmöglichkeit über das Meer den Charakter wesentlich bestimmt. Für das Verhältnis des Volkes zum Boden, der von ähnlichem Boden umgeben ist, kommen andere Kennzeichen in Betracht, denen wir unsere Aufmerksamkeit zunächst zu schenken haben. Die grundlegenden

Unterschiede, die in den Beziehungen zwischen Volk und Boden möglich und für volkspsychologische wie politische Betrachtung entscheidend wichtig sind, lassen sich am schärfsten kennzeichnen durch die Gegenüberstellung vom Ackerbauern und Nomaden. Wir können hier in der Hauptsache den einschlägigen Darlegungen Friedrich Ratzels folgen:

»Als allgemeine Regel gilt, daß die als Wohnstätte, Garten, Acker oder Weide dienenden Strecken um so fester liegen, je dichter ihre Bewohner oder Benutzer verteilt sind, und um so mehr schwanken und wandern, je freieren Raum sie haben. Darum ist es unrichtig, die Beziehung der Kulturstufen zu den Stufen der Volksdichte rein statistisch aufzufassen, wenn auch im allgemeinen wahr ist, daß die Menschen ihre humanen Eigenschaften zu entfalten um so dringender aufgefordert sind, je näher sie sich miteinander berühren.

Wir verbinden mit dem Begriff Kultur die Vorstellung von einer gewissen Dichte der Beziehungen zum Boden; aber die mit größerer Beständigkeit des Wohnens einhergehende Vertiefung des Verhältnisses zum Boden ist noch wichtiger. Sie ist eine unverlierbare und immer weiter fortwirkende Kulturerrungenschaft, die auch in dünnbewohnte Gebiete übertragen und dort weitergebildet werden kann, wie die Kolonisationsgeschichte auf vielen Blättern zeigt. Daher die ausschlaggebende Bedeutung der Bewirtschaftung des Bodens für die Kultur, die ja schon in der Etymologie des Wortes Kultur sich ausspricht.

Man hat früher nur die Ansässigkeit des Ackerbauers der Unstetigkeit des Nomaden entgegengesetzt, und sicherlich liegen darin die größten Gegensätze. Je größere Räume die Wirtschaft im allgemeinen beansprucht, desto näher steht sie dem Nomadismus. Eben deshalb ist der Nomadismus der unversöhnliche Feind jeder Wirtschaftsweise, die mit weniger Raum arbeitet und ihre Stärke schon früh darin findet, daß sie auf dem beschränkten Raum größere Menschenmengen ansammelt. Der Gegensatz zwischen Ismael und Isaak entspricht dem weltgeschichtlichen Gegensatz der weit- und engräumigen, der schwankenden und festgewurzelten Wirtschaft. Aber nicht bloß in den Extremen der Ackerbauer- und Hirtenvölker kommt dieser Unterschied zum Ausdruck: je weniger der Landbau in einem Volke bedeutet und über eine je weitere Fläche es daher ausgebreitet ist, desto unsicherer ist auch das Verhältnis dieses Volkes zu seinem Boden; unter solchen Umständen entwickelte sich in dem schafzüchtenden Australien mitten in der höchsten Kultur eine nomadisierende Bevölkerung von Hirten und Schafscherern.

Die Eigentümlichkeit der Grundbesitzverhältnisse der Neger liegt hauptsächlich in dem Bodenüberfluß, in dem alle festen Einrichtungen versinken. Weil sie so viel Boden haben, schätzen sie seinen Besitz gering. Weil ihre Felder nach drei Ernten so wenig Frucht geben, daß die Arbeit nicht mehr zu lohnen scheint, lassen diese trägen Anbauer ihren Acker brach liegen und lichten oberflächlich einen neuen im Busch. Es herrscht eine lockere Art von Raubwirtschaft. In der voreuropäischen Zeit waren in Fidschi die verderblichen Folgen der Inanspruchnahme gewaltiger Areale für die Ernährung kleiner Gruppen und besonders die Entwaldung

sehr empfindlich. Da hat es gar keinen Wert, die Grenzen des Grundbesitzes genau zu bestimmen. Es entspricht dann auch dieser breiten Auffassung, wenn das Volk sich um die Grundbesitzverhältnisse nur da kümmert, wo durch geleistete Arbeit einer ein Stück Boden erworben hat, das ihm nun selbstverständlich allein gehört, oder wo eine religiöse Beziehung zum Boden besteht, oder wo eine unzweifelhaft lohnende Fährstelle u. dgl. in Frage kommt. Aller andere Boden kann weggegeben werden, und die Neger scheinen häufig ihrem Häuptling das unbedingte Recht dazu einzuräumen, wenn auch nur vereinzelt »Herr des Bodens« ein Häuptlingstitel sein mag, wie bei den Wayao. Es ist eben deshalb wohl bei keinem nordamerikanischen Indianerstamm gelungen, die verhältnismäßige Ausdehnung seines Arbeits- und Wohn- und seines Jagdgebietes genau festzustellen. Auf das Jagdgebiet legten die Indianer das größte Gewicht, und gerade es ist am schwersten zu umgrenzen.

Es ist geboten, bei der Einteilung der mannigfaltigen Formen des Ackerbaues, die über die Erde verbreitet sind, das politisch wichtige Verhältnis zum Boden in erster Linie zu berücksichtigen. Es genügen dafür nicht die Kategorien Ackerbau und Plantagenbau, ebensowenig wie der Hinweis auf die große Umwälzung, die die Einführung des Pfluges bewirkt hat. Betrachten wir als Folge des Ackerbaues die Befestigung der Beziehungen zwischen dem Menschen und dem Boden, so werden wir auf der untersten Stufe den vereinzelten Hackbau finden, der da und dort sich ein kleines Feld im Wald oder der Savanne lichtet, um eine oder mehrere Ernten daraus zu ziehen, und es dann zu verlassen: kleiner Raum und kleinste Stetigkeit in seiner Benutzung. Die Fläche vergrößert sich durch die Gemeinsamkeit des Ackerbaues. Das gemeinsame Feld ist größer und schon darum beständiger als das einzelne, es nimmt einen größeren Teil des politischen Bodens ein und wirkt befestigend auf den Zusammenhang der Gemeinschaft mit ihrem Boden zurück. Nur in gemeinsamer Arbeit sind Fortschritte wie die Verbesserung des Bodens durch Terrassenbau und die Vergrößerung der Erträge durch künstliche Bewässerung überhaupt möglich. Kehrt nun im Gartenbau die kleine Kulturfläche wieder, so ist sie doch mit einer so gesteigerten Intensität der Bewirtschaftung verbunden, daß sie nur bei einer großen Enge der Verbindung zwischen dem Bewohner und dem Boden und bei dichter Bevölkerung überhaupt denkbar ist. Sie stellt insofern die Spitze der auf Befestigung dieser Verbindung gerichteten Entwicklung dar.

Eine zweite Linie führt von dem gemeinsamen Land, dessen große Fläche leistungsfähige Werkzeuge — zunächst die in Neu-Guinea zu findenden starken Holzstangen, die je von mehreren Menschen bei der Umbrechung des Bodens gehandhabt werden — zur Bearbeitung verlangte, mit Hilfe des Pfluges zum Ackerbau, dessen Erfindung diese gemeinsame Arbeit bei der Umbrechung des Dorfackers vorbereitet hat. Indem der Ackerbauer bei Vervollkommnung seines charakteristischen Werkzeuges seinen Raum vergrößert, fordert er immer mehr vom Land des Staates für die Wirtschaft der Bewohner, deren dabei sich vergrößernde

Zahl zu immer neuen Bodenforderungen führt. In Länder mit praktisch fast unbeschränkten Mengen Ackerland übertragen, nimmt er mit vervollkommneten Werkzeugen und Maschinen endlich den Charakter eines Großbetriebes an und umfaßt in einer zusammenhängenden Anbaufläche den Raum von einigen innerafrikanischen Kleinstaaten. Der Plantagenackerbau der Tropen umfaßt zwar auch weite Räume und treibt die politischen Gebiete noch mehr zur Ausbreitung an — die Expansionspolitik der Vereinigten Staaten unter dem politischen Einfluß der Baumwollbauer! — steht aber an Intensität weit zurück und sieht mit seiner rohen Bodenausnutzung oft mehr wie eine Erweiterung des Hackbaues aus.

Wir sehen also, wie die Völker auf niederen Stufen nur einen kleinen Teil des politisch beanspruchten Bodens wirklich einnehmen, und wie sich immer weiter diese Fläche ausbreitet und endlich den größten Teil des Staatsgebildes ausmacht. Die Nutzfläche fällt allerdings auch auf dieser Stufe nicht mit der Bodenfläche des Staates zusammen, dessen rein politische Räume zwar immer mehr zusammengedrängt, aber eben deshalb auch klarer ausgesondert werden. Damit ist nun der Boden des Staates doppelt okkupiert, einmal politisch, das andere Mal kulturlich-wirtschaftlich. Die eine Art von Besitzung stärkt die andere; die Stetigkeit der Ansiedelung bringt auch Stetigkeit in der politischen Beziehung zum Boden mit sich. Die Kolonisation ohne Ackerbau ist provisorisch, der Ackerbau macht sie unwiderruflich. Die Aufgaben des Staates werden von selbst immer mehr Kulturaufgaben. Es liegt ein tiefer Sinn darin, daß der Ackerbau im alten Peru und in China nicht bloß zur ersten, sondern zur geheiligten Angelegenheit des Staates ward.

Bis heute wirkt in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika der Unterschied der Besiedelung fort: im Norden Bauern, im Süden Pflanzer. Unmittelbare Folgen davon sind die Demokratien dort, die Pflanzeraristokratien hier. Das ist gerade wie die östliche Kolonisation in Deutschland in einer Gegend weite Gebiete mit deutschen Bauern und Bürgern besiedelte, während anderwärts nur eine hervorragende Klasse deutscher Großgrundbesitzer sich bildete. In der ganzen Welt aber haben die germanischen Kolonisten ihre Ansiedelungen fester gegründet, weil sie einwanderten wie einst die Dorier mit Weib und Kind, ihre Haus- und Gemeindeordnung mitbringend, dadurch Sitte und Sprache von Anfang an mit dem Schutze der eigenen, abgeschlossenen Heimstätte umgebend. Bei den Romanen war mehr die Männer- und Knabenauswanderung im Schwung, daher ihr schwächerer Halt in der Flut der Indianerbevölkerung Mittel- und Südamerikas. In Nordamerika sind daher die Mischlinge so klein an Zahl, daß sie verschwinden, und in Mexiko bilden sie 48% der Bevölkerung! Wo englische Geschichtsschreiber von einem hervorragenden »genius for amalgamation« sprechen, der die angelsächsische Rasse auszeichne, was ist es anderes, als der starke Landbedarf der familienhaften, im neuen Boden sich rasch einwurzelnden und ausbreitenden Ansiedlungsweise? Überhaupt, was man Kolonisationsgabe eines Volkes nennt, ist hauptsächlich die Fähigkeit, den politisch gewonnenen Boden durch Einzelarbeit sicher zu stellen. Der politische

Mißerfolg der französischen Kolonisation in Nordamerika ist in großem Maße durch ein System bewirkt worden, das die rasche Ausbreitung durch den Handel, besonders den Pelzhandel, begünstigte und zugleich die feste Ansiedlung erschwerte. Dies führte zur Schonung der Indianer, deren Jagdgebiete sorgsam berücksichtigt wurden. So kam es zwar, daß die Franzosen mit den Indianern im allgemeinen sich besser verstanden als die Engländer und zuerst eine größere Macht über sie hatten, auf die sie sehr stolz waren. Auch im Handel hatten sie einen Vorsprung, der zum Teil darauf zurückführte, daß die französischen Hinterwäldler für weit ehrlichere Kaufleute galten als die englischen. Aber gerade, was sie den Indianern zu angenehmeren Nachbarn machte, bedingte ihre geringeren Erfolge als Ansiedler, die den Boden bearbeiten. Auch daß die Engländer nur die politische Herrschaft über die Indianergebiete beanspruchten und den Ansiedlern überließen, die einzelnen Landstrecken von den Indianern selbst zu erwerben, während die Franzosen und Spanier mit der politischen Herrschaft auch die Verfügung über die Länder der Indianer zu besitzen glaubten, hat einen tiefen Unterschied in der Entwicklung der Kolonisation in beiden Amerikas bewirkt. Die Engländer ließen damit der energischen Kolonisationsarbeit ihrer auswandernden Familien freien Spielraum, während eine Eroberung wie die spanische in Peru die Indianer in ihren Einzelwirtschaften schützte, die dann im Lauf der Jahrhunderte die gleichsam nur über ihnen schwebenden spanischen Großgrundbesitzer samt der Regierung überwachsen haben. Es mag auch darin ein geschichtliches Beispiel liegen, daß ebenso wie die Römer die jetzigen romanischen Länder Europas gewannen, ohne ihre Bevölkerung zu verdrängen, so auch ihre spanischen, portugiesischen und französischen Nachfolger die mittel- und südamerikanischen Länder samt ihrer Bevölkerung übernommen haben.

Welche Stellung nimmt der Nomadismus der Hirtenvölker durch das Verhältnis zu seinem Boden in der Entwicklung der Menschheit ein? Eine dünne Bevölkerung in weitem Raume, wo die Bedingungen dem Wandern günstig sind; große Viehherden, die nicht lange an einem Platze verweilen können, sondern ihre Nahrung auf entlegenen Strecken suchen müssen, die sie im Laufe einer Jahreszeit abweiden; daher wenig oder keine festen Siedlungen und ein entsprechend schwacher Halt am Boden: das ist der Nomadismus, rein geographisch genommen. Eben darum ist er uns geschichtlich nur eine Durchgangsform der Kultur. Der Mensch bleibt seinen Herden zulieb beweglich, trotzdem er Haus und Geräte und mancherlei Kulturbesitz mit sich führt, und verweilt nur wenige Wochen an einem Ort, wo er sein kunstreiches Zeltgerüst aufschlägt. Das setzt auch beim besten Boden und förderlichsten Klima einen weiten Raum voraus, auf dem die Nachteile einer allzu lockeren Verbreitung der Bewohner nicht zu vermeiden sein werden. Die höchste Kultur kann also mit dem Nomadismus nicht verbunden sein. Wo die Kultur in einem Lande neu angepflanzt wird, das sie zum Nomadismus zwingt, sehen wir sie daher von den wesentlichen Zügen ihres Wesens einbüßen.

Ein guter Teil des für die Geschicke Südamerikas auf lange hinaus mitbestimmenden Gegensatzes von Chile und Argentinien hat darin seinen

Grund, daß Argentinien von Anfang an einen viel breiteren Raum darbot. Der starke nomadische Zug läßt hier eine so scharfe Sonderung der Landbauer (Rotos) und Grundbesitzer wie in Chile nicht aufkommen. Das Wesen des Gaucho beherrscht, wenn auch verdünnt, das Leben der hohen und niederen Pampasbewohner auf dem Lande wie in den Städten und überschreitet von Corrientes nach Rio Grande sogar die nationale Grenze zwischen spanischer und portugiesischer Bevölkerung. Der Grundbesitz mit wandernden Hirten und Herden übt nicht die befestigende Macht wie das durch Arbeit erworbene, festbegrenzte Ackerland von sicherem, bleibendem Wert. Diese Macht fühlt man in der verhältnismäßig ruhigen Entwicklung Chiles und dem im Grund oligarchischen Charakter seiner Regierung, während die Blütezeit des Gauchotums in den Staaten am La Plata eine Folge von politischen Umwälzungen zeigt, in denen das bewegliche Element der Steppenbewohner eine große Rolle spielt. Es ist derselbe aus der Einzelfreiheit hervorgehende, demokratische Zug wie bei den Beduinen, die zu den wenigen Völkern gehören, bei denen die Freiheit und Gleichheit nicht leere Worte sind; ihre Häuptlinge sind ohne durchgreifendes Ansehen; nur auf dem Marsch führen sie.

Die Volksdichte der Steppen ist höchtens ein Zehntel von der Bevölkerung eines wohlangebauten Landes. Wo die Steppe sich mit Wüste mischt, wie auf der Sinaihalbinsel, da sinkt die Bevölkerung auf 0,13 auf 1 qkm, wo sie grasreich wird und große Herden nährt, kann sie 2 übersteigen. Die Regel ist aber, daß die Bevölkerung der Steppen, wo die Nomaden ungelenkt und ungeregelt durch die Gesetze fremder Herren leben, viel kleiner ist, als nach Boden und Wasser vorauszusehen wäre. Als die Russen nach Merw kamen, fanden sie auf der ganzen, 200 km langen Strecke zwischen Merw und Gänars, die doch der Herirud befruchtet, keine Ansiedlung. Auch ist die Verteilung der Bevölkerung sehr ungleich: menschenleere Strecken von großer Ausdehnung wechseln mit Oasen dichtgedrängter Ackerbauer. In den chinesischen Ansiedelungen der Mongolei herrscht Übervölkerung mitten in den leeren Steppen. Wo der Nomade Herr und wo er noch ganz Nomade ist, läßt er eine starke Bevölkerung gar nicht aufkommen, es müßte denn in kleinen Gruppen in den Oasen sein, die regelmäßig ausgebeutet werden. Die Regel ist vielmehr: Die Steppe läßt in sich weder eine starke Vermehrung des Volkes noch eine Kultur zu, die sich in sich selbst vertieft und einwurzelt, sie wirkt nach außen, zerstört und befruchtet zugleich jenseits ihrer eigenen Gebiete fremde Kulturen. Dieses Hinauswirken läßt ein Land, das Völker zu weltgeschichtlicher Bedeutung gebildet und umgebildet hat, in seinem Innern fast wie eine Wüste unfruchtbar, unentwickelt verharren.

Arabien, zu drei Vierteilen dauernder Bewohnung ungünstig, ist geschichtlich nur ein völkernährender Boden, seine Völker trugen ihre geschichtliche Wirksamkeit über diesen Boden hinaus. Arabien war seit der Entstehung des Islam unbekannter, als es den Alten gewesen. Ptolemäus wußte mehr davon als die Europäer vor Niebuhr und Seetzen. Nur in dem dichter bewohnten, ackerbauenden glücklichen Arabien, im südlichsten Winkel der großen Halbinsel, fanden die starken, kriegerischen

Stämme des Nordens und des Innern das Material zur Entwicklung eines einheimischen Staats- und Kulturgebietes, dessen Bedeutung allerdings neben dem verschwindet, was die Araber von Ägypten bis Spanien und Sizilien geschaffen haben.

Der Nomadismus der Hirten wird durch sein eigenes Prinzip immer weiter getrieben. Wenn auf niederer Stufe der Kultur schon der Besitz des Rindes allein zum Wandern zwingt, weil die Viehzucht mit Wiesen und Stallfütterung nicht bekannt ist, so steigert die naturgemäße Vermehrung der Herden noch die Neigung aller Wirtschaft, auf dieser Stufe sich auszubreiten.

Mit der Beherrschung der Tiere, dem Schlachten und Blutgenuß hängt eine Gemütsverrohung zusammen, die mit der körperlichen Abhärtung durch das Steppenklima und das Umherziehen auf die Bildung starker, roher Naturen hinwirkt. Das ist dann ein guter Boden für die straffe, durch die Märsche gebotene Ordnung und Disziplin. Die Ansässigkeit schwächt die Völker politisch, der Nomadismus stärkt sie eine Zeitlang. Aber der Nomadismus gräbt sich selbst den Boden ab, indem er die Gaben der Natur genießt, wie sie wachsen, während der Ackerbau die Erträge steigert und immer mehr Menschen die Möglichkeit bietet, auf gleicher Fläche zu leben. Darum schreitet der Ackerbau fort, während der Nomadismus seinem Boden gegenüber schon frühe entweder stillsteht oder zurückgeht.

Lassen wir unerörtert, ob nicht die Steppe selbst an vielen Stellen dürrer geworden sei und versande, die Volkssage verkündet es ja vom Jordan bis zum Amur, so ist sicher, daß die Menschen selbst mächtig dazu beigetragen haben, diesen ihren eigenen Boden zu verderben. Der Flugsand lauert an tausend Stellen, um von der Wüste her in die Steppe vorzudringen. Wie häufig sind gerade in den Steppen Trümmer des Schaffens und Gedeihens früherer Geschlechter! Alle Nomadengebiete sind ruinenreich, und das »Überschwellen« der Hirtenvölker ist oft einfach nur durch das Verfallenlassen der Fruchtbarkeit des Bodens bedingt gewesen.

Nie haben sich Völker in eine Form und Art des Bodens so hineingeformt, wie diese wandernden Hirten, daß sie ohne ihn nicht mehr denkbar sind; es ist bei aller scheinbaren Freiheit die größte Abhängigkeit von den natürlichen Bedingungen. Mit diesen zugleich legt sich eine Gemeinsamkeit der Sitten und Gebräuche auf, die dem ethnographischen Bild dieselbe Einförmigkeit verleiht, die dem natürlichen Bild der Steppe eigen ist.

Was in Zentralasien und bis nach Europa herein in der Steppe wandert, ist uralaltaischer Mongole oder Türke geworden, wie auch sonst sein Ursprung sei; was in den Oasen oder den die Steppen umrandenden Ländern den Acker baut, ist heute Arier oder Chinese. Wo im Westen Nordamerikas und auf den Pampas und Llanos Südamerikas die Steppenviehzucht sich herausgebildet hat, haben ihre Hirten, ob Cowboys, Gauchos oder Llaneros, indianisches Blut in sich auf- und indianische Sitten angenommen und stehen dem Steppenindianer näher als dem ackerbauenden Sprößling Europas. So bewegt sich das Leben der Nomaden in der steppenhaften

Nordhälfte Afrikas in arabisch-maurischen Formen vom Roten Meer bis zum Atlantischen Ozean. Und was in der Osthälfte Afrikas von den Dinka bis zu den Amakosa mit Rinderherden wandert, trägt überall denselben Stempel des Hirtennomadismus der Neger. Das Verhältnis zum Boden tritt gerade dort im Nomadismus am deutlichsten zutage, wo er sich der Übergangsstufe nähert, die man als Halbnomadismus bezeichnet. Der Prozeß besteht in einem beginnenden und vielfach unterbrochenen Seßhaftwerden, wodurch ebensowohl die Wanderzeit als der durchwanderte Raum beschränkt wird. Der Nomade pflanzt einige Cucurbitaceen und Leguminosen an den Orten, wo die Herde ihm gestattet, seine Zelte ein paar Monate stehen zu lassen. Vielleicht kommt bald das anspruchsloseste Getreide hinzu, Buchweizen oder Hirse. Gelingt es dem Nomaden, so lange zu verweilen, bis seine Pflanzung zur Ernte reif ist, was wesentlich von der Güte des Bodens und vom Klima abhängt, so ist der nächste Schritt, daß er ein Vorratshaus baut, in dem er die Früchte unterbringt. Das ist zwar eine ärmliche Lehmhütte, in der er nicht wohnt, neben der er vielmehr sein Zelt wie sonst aufschlägt, aber es ist schon der sicherste Schritt zur Seßhaftigkeit. Dieser Fortschritt wird am Rand der Steppe oder dort gemacht, wo eine Oase des Ackerbaues die Steppe unterbricht.

Ein starkes Hirtenvolk läßt nicht von seinen Herden und seinen Wanderzügen, und ein Ackervolk geht nicht ungezwungen zum Nomadismus über. Die beiden wahren sich folgerichtig auch die Bodenflächen, die sie, jedes für den höchsten Zweck seines Daseins, brauchen, oder suchen sie noch zu erweitern. Es wäre verfehlt, zu glauben, der Ackerbau und die Viehzucht seien nur Erwerbszweige; es sind die Formen des Lebens, in denen jede Tätigkeit und jedes Streben eine besondere Richtung empfängt: die Tracht, die Nahrung, die Lebens- und Wohnweise, die Familie, die Gesellschaft und der Staat, alle sind bei den beiden grundverschieden. Nur die härteste Notwendigkeit kann aus Ackerbauern Nomaden machen und umgekehrt. Wir sehen den Umbildungsprozeß sich nur rasch vollziehen, wenn eine dieser »Lebensformen« auf das Gebiet, den Boden einer anderen gedrängt wird; dagegen braucht der Prozeß Generationen, wo ein freiwilliges Übergreifen geschieht, natürlich in der Form der Eroberung. Dabei entschied zuletzt immer die wirtschaftliche Überlegenheit des Ackerbaues gegen die politische des Nomadismus.

In Steppenländern mit kleinem Ackerbaugebiet tritt der Gegensatz zwischen Hirten und Städtebewohnern in den Vordergrund, denn in der Oase ist auch der Ackerbauer Städtebewohner.

Die arabische Bevölkerung Arabiens zerfällt in die zwei großen, natürlichen Gruppen der Beduinen und der Ansässigen; letztere bewohnen beschränkte Gebiete in den Küstenländern und Oasen, ähnlich wie in Nordafrika westlich von Ägypten. Der Gegensatz zwischen beiden geht durch die Geschichte der Halbinsel; es ist nicht bloß ein wirtschaftlicher, sondern auch ein Rassen- und Charaktergegensatz. Die Städte- und Oasenbewohner sind immer gemischt; jene hauptsächlich durch den Handelsverkehr, diese durch die Einfuhr von Arbeits- und Haussklaven: in Nordafrika ist dadurch eine maurische Städte-, eine vernegerte Oasen- und eine ziemlich

reine Beduinenbevölkerung entstanden. In Arabien sind die Ansässigen die Fanatiker, die Feinde der Fremden; aus ihnen sind die Wechabiten hervorgegangen. Die Beduinen sind nicht so tief gläubig, ihr Leben macht sie veränderlicher, tätiger, weniger grüblerisch; es gibt unter ihnen mehr offene, männliche Charaktere als unter den Städtebewohnern. Ebenso sind die nomadisierenden Mongolen und Kirgisen als ehrliche, tapfere, worthaltende Männer von den korrumpierten Städtemongolen verschieden, auf die die chinesische Nachbarschaft durchaus nicht günstig gewirkt hat.

Die Einwanderung von Ackerbauern in die Gebiete wandernder Steppenvölker ist erst auf einer hohen Stufe der Kultur möglich geworden, und wir begegnen ihr tatsächlich nur als einer verhältnismäßig modernen Erscheinung in drei großen Steppenländern: Von China sind seit der Unterwerfung der Mongolei unter China (die allerdings erst möglich wurde, als die vorhergehende Eroberung Chinas die Mongolen selbst verweichlicht und geschwächt hatte) die Ackerbauer des Hoangho-Gebietes im Vordringen nach Westen, okkupieren immer mehr Oasen und haben die Grenze des zusammenhängenden Ackerbaulandes bereits bis an ihre geologisch gegebene Naturgrenze vorgeschoben; die Ausfuhr von Erzeugnissen der Ackerbauer geht jetzt nach China, wie sie einstens aus China kam. In Osteuropa hat ein ähnlicher Prozeß sich seit der Unterwerfung Astrachans, Neurußlands und anderer Steppengebiete durch Rußland vollzogen. Und endlich folgt im Prärien- und Pampasgebiet Nord- und Südamerikas der Eroberung die Verdrängung der schweifenden indianischen Reitervölker durch die Weißen. Überall geht also die politische Eroberung und Unterwerfung diesem Vordringen der Ackerbauer voran, das demnach nur unter dem Schutze der Waffen sich vollzieht. Alle diese Einwanderungs gebiete sind stark befestigt und garnisoniert. Weite Gebiete, die nur ganz dünn bevölkert oder sogar menschenleer gewesen waren, wandelte in dieser Weise der Ackerbau, der seßhafte Menschen sich vermehren ließ, in Länder zahlreicher Dörfer und großer Städte um. Neben diesem positiven Ergebnis steht die Verdrängung der Nomaden, die Einengung nomadischer Wohnsitze. Eine der größten Wendungen in der Geschichte Europas, folgenreich für alle Zeiten, liegt darum in der Ausbreitung des Ackerbaues über die Steppen, Pußten usw. Osteuropas und Innerasiens. Und erleben wir nicht in unserer eigenen Zeit eine für Amerika noch bedeutsamere Wandlung des Bodens und des Volkes durch den Boden in dem weiten Gebiet der Prärien und eines Teiles der Plains des Inneren und des Westens, wo der Ackerbau ein- und der Indianer auszieht und mit ihm die alte Rasse und Kultur? Das ist derselbe Prozeß, der den Chinesen die Mongolei und die Mandschurei im friedlichen Ringen zu eigen gemacht hat.

Der Kampf des Hirten mit dem Ackerbauer ist so alt wie die Geschichte, die man als Weltgeschichte zu schreiben pflegt. Er tritt uns im alten Ägypten entgegen, und die Wurzeln des Judentums ruhen in ihm. Die altpersische Religion stellt in Auramazda und Ahriman das Wohltätige des Fruchtlandes dem Schädlichen der Steppe gegenüber. Ranke nennt diese Religion »auf den Anbau von Iran gegründet«; der Kampf der angesiedelten und wandernden Bevölkerungen nicht nur, auch

der des bewässerten Landes gegen den Sand, der fruchtbringenden Bäche gegen die Dürre spricht sich darin aus: der autochthone Zustand eines oasenreichen Steppen- und Wüstenlandes. So wie der Boden der alten Welt durch den großen Zug eines vom Atlantischen zum Stillen Meer sich erstreckenden Steppengürtels bezeichnet ist, den zu beiden Seiten fruchtbare Tiefländer begrenzen, so geht durch seine Geschichte die Wirkung der in diesem Gürtel wohnenden und wandernden Nomaden auf die Ansässigen zu beiden Seiten.

So entspricht die schon bei Tacitus vorhandene Sonderung der Völker Ost-Europas in ackerbauende Wenden und nomadisierende Sarmaten dem Gegensatz der Steppen des Südostens zum Waldland nördlich davon. Auch später noch stehen Mittel- und Ost-Europa als Wald- und Steppenland einander gegenüber, und vor der Bekehrung der Ungarn erfüllten Nomaden jeden Steppenwinkel bis zum Fuße der Alpen und Karpathen. So wie das Steppentiefland der mittleren Donau zwischen die Karpathen und die östlichen Alpenausläufer hineinzieht, wohnen heute die Magyaren, das einstige Steppenvolk, als Keil zwischen den Nord- und Südslaven. Die Entwicklung der diesem Tiefland entsprechenden magyarischen Macht wies Mähren und Böhmen dem bodenverwandten Deutschland zu. Das Weideland löste also den Zusammenhang der Ackerländer und richtete eine Schranke im Donaubecken zwischen Osten und Westen auf.

Den Nomadismus als eine überlebte barbarische Kulturform aufzufassen, mit der aufgeräumt werden muß, ist ungeographisch. Nur Hirten, die wandern, können z. B. in Kurdistan die Sommerweide in dem Gebirge und die erst mit dem Herbstregen grün werdenden Weiden in den Tigrisniederungen ausnutzen; solange es hier Hirten gibt, wird es daher Nomaden geben. Aus der Beobachtung des Ganges der Geschichte in den letzten 200 Jahren ergibt sich allerdings die Unabweisbarkeit der immer weiteren Zurückdrängung der Nomaden aus den politischen Grenzen und wirtschaftlichen Wirkungskreisen ansässiger Völker. Wo Ackerbau möglich ist, wird auf die Dauer die niedrige Wirtschaftsform des Hirtenlebens nicht gedeihen. Es wäre indessen voreilig, zu schließen, daß damit der Nomadismus als eine weltgeschichtliche Macht zu streichen sei. In diesem Zeitraume haben allerdings die Nomaden keinen Boden gewonnen, sondern nur verloren, und, was wichtiger, ihre Kulturform, ihre Lebensweise hat sich ohnmächtig gezeigt in der Berührung mit der Kultur der ansässigen Völker; diese hat ihnen die Einfachheit der Sitten, den kriegerischen Charakter genommen, endlich sogar ihre Zahl vermindert. Auf sich allein gestellt, hat der Nomadismus keine Zukunft, aber in den Diensten großer Kulturmächte, wie Rußland oder China, kann er sie wieder gewinnen. Das Eingreifen der osteuropäischen Mächte in die Gesamtgeschichte Europas hat in der militärischen Verwendung der Massenaufgebote, des Übergewichtes der berittenen Scharen, der weiten Raumverhältnisse immer etwas Nomadenhaftes gehabt. Wird Asien durch Kultur und Verkehr noch näher an Europa herangezogen, so kann also auf diesem Wege auch der Nomadismus noch einmal eine erneute Bedeutung gewinnen.

Nomadischer oder seßhafter Charakter der Völker gibt ihnen im politischen Leben liberales oder konservatives Gepräge. Er wirkt bestimmend auch auf die Art ihrer Kriegsführung und Bewaffnung, auf die Mittel wie auf die Ziele ihrer Außenpolitik. Bodenständigkeit und Bodenstrebigkeit stehen im ausgeprägten und dauernden Gegensatz zur leichteren Beweglichkeit des Händlers wie des Hirten — größere Zähigkeit dort, größere Elastizität hier — bedingen die Vorteile wie die Nachteile der wechselseitigen Stellung. —

Wir können den Einfluß der Wohnsitze und Bodenräume auf Kulturstand und politischen Charakter der Staatsvölker nicht erörtern, ohne vergleichsweise der Ausnahmeerscheinung staatloser Völker zu gedenken, d. h. ethnographischer Einheiten, die weder geographisch zusammengehörige Bodenräume als Wohnsitz haben noch über eine staatliche Organisation verfügen. Unter den staatlosen Völkern haben wir also nicht solche Völker zu verstehen, die durch Unterwerfung ihrer staatlichen Selbständigkeit verlustig gegangen sind, aber zusammenhängende Bodenräume bevölkern, wie beispielsweise die Polen in der Zeit der völligen Teilung des polnischen Staates, auch nicht solche Gebilde, die sowohl des staatlichen Bodenraumes wie eines einheitlichen Volkstums ermangeln, wie etwa die Konstruktion des römischen Kirchenstaates in seiner heutigen Verfassung, sondern Erscheinungen, wie wir sie etwa im Zigeunertum, vor allen Dingen aber im Judentum vor uns haben. Das namentlich in Südost-Europa reichlich verbreitete Zigeunertum bewohnt überall zerstreute Stammesinseln; es ermangelt des geschlossenen Bodenraumes und der staatlichen Organisation.

Über landlose Mächte schreibt Friedrich Ratzel:

Landlos zu sein ist bei rein politischen Mächten nur ein vorübergehender Zustand. Mächte, die vorübergehend landlos waren, verbinden sich im Verlauf ihrer politischen Entwicklung immer mit dem Boden und streben dann oft gleich nach den weitesten Räumen, weil sie der Gewohnheit der beschränkenden Einwurzelung ledig geworden sind. Das Dalailamatum, das Papsttum, das Kalifat wurden große Mächte, indem sie sich mit einem kleinen oder großen Lande zu theokratischen Staaten verbanden; leicht gerieten sie mit langsameren und beschränkteren Ausbreitungen rein politischer Natur in Streit, die mit ihren theokratischen Raumansprüchen kollidierten. Oder es kam auch vor, daß weltliche Mächte die raumbewältigende Kraft einer Idee für ihre Ausbreitung benutzten: das Zartum der Russen oder die Anknüpfung Napoleons I. an Karls des Großen theokratisches Kaisertum.

Die Macht der griechischen Kultur über Rom, die Stärke so mancher internationalen Vereinigung, mit keinem Staate organisch verbunden zu sein, die Beharrungskraft des Judentums beweisen endlich doch immer wieder, da sie vergänglich und von schwankendem Wesen sind, wie die Verbindung des Staates mit dem Boden naturgemäß und notwendig ist. Landlose Völker in geschlossenen Horden tragen den Anspruch der Staatenbildung in ihrer Masse und Organisation, die von vornherein einen entsprechend geschlossenen Raum voraussetzt. Sie gehören zu den

erfolgreichsten Gründern und Erweiterern der Staaten. Nur nicht da, wo sie kein Land begehren, wie die frühesten Goten- und Shythenzüge; diese setzten zwar Rom in Schrecken und störten den Gang der Regierung, aber ihre Spur war bald verwischt. Landlose Völker in zerstreuter Verbreitung erwerben nur Boden in Privatbesitz und gehören staatlich zu dem Volke, in dessen Land sie wohnen. So die Juden, die schon in der römischen Kaiserzeit mehr in der Diaspora als in Judäa bedeuteten, die Zigeuner und zahllose ähnliche Existenzen, die ihre Stelle meist eher in der politischen Geographie als in der politischen Ethnographie finden. Manche Horden der afrikanischen Zwergvölker sind insofern landlos zu nennen, als sie keinen abgegrenzten Bezirk festhalten, sondern in einem weiten Waldgebiet wechselnde Wohnungen einnehmen. Wenn auch kein Nachbarvolk ihnen ihre Jagdgebiete streitig zu machen wagt, aus Furcht vor ihren Giftpfeilen, so scheinen diese kleinen Horden doch nirgends ganz unabhängig zu sein. Überall, wo man ihre soziale und politische Lage näher erforscht, stößt man auf Tributverhältnisse zu Nachbarvölkern, in der Regel in der Form von Leistungen aus den Ergebnissen der Jagd, vielleicht auch in der von Kriegsdiensten. Eine besondere Art sind die werdenden Staaten kolonisierender Mächte in politisch rückständigen Ländern. Oft entwickeln sie sich ungemein rasch zu politischer Selbständigkeit. Der hansische Kaufhof war ein Staat höherer Entwicklung, festeren Rechtes in einem Lande niederer, jüngerer Entwicklung. Haben solche Völker oder Mächte erst Wurzel gefaßt, dann gelingt es ihnen nicht selten, die Herrschaft über den Boden an sich zu reißen, und in primitiven Verhältnissen, wo ein räumliches Sichhineindrängen möglich ist, gelingen solche Entwickelungen in wenigen Jahren, wie die Kioko in Lunda gezeigt haben. Ein interessantes Beispiel sind die Motu, die in Neu-Guinea bei den Koitapu zur Miete wohnen. Die Koitapu sind die alleinigen Inhaber des Bodens, wiewohl die Motu zahlreicher sind, die Motu ernähren sich daher durch Fischfang, Gewerbe und Handel, sind sprachkundig und dienen als Dolmetscher. Die Araber sind in Ostafrika, die Europäer in Indien auf diesem Wege zur Herrschaft emporgestiegen. In den modernen Staaten hat man überall solche ursprünglich staatsfremde Elemente in die staatliche Gemeinschaft aufgenommen, wobei, wie in Nordamerika, die schwersten Rasseabneigungen überwunden worden sind. In ihrer politischen Geltung kommt dann aber doch manchmal wieder die Verdichtung auf einem bestimmten Boden zum Ausdruck, weshalb der »schwarze Gürtel« (the black belt) in den Südstaaten Nordamerikas, wo sich die Neger am dichtesten zusammendrängen und auf den sich immer mehr von ihnen zurückziehen, eine der wichtigsten Tatsachen der politischen Geographie der Vereinigten Staaten geworden ist.

Eine der eigentümlichsten Erscheinungen, die innere Ähnlichkeiten scheinbar weit auseinandergehender Mächte enthüllen, bieten die Beziehungen zwischen landlosen Mächten und landlosen Völkern. Wie das Kalifat sich der Seldschuken bediente, machte das Papsttum gleichzeitig Gebrauch von den Normannen, an deren Stelle später, bei der Einschränkung der politischen Ziele, hauptsächlich Deutsche und Schweizer traten.

Die Beweglichkeit jener landlosen Völker entsprach der Weitsichtigkeit der politischen Entwürfe theokratischer Mächte, welche zudem von der Scheu beherrscht wurden, das Schwert in die eigene Hand zu nehmen. Die Handelsfreistaaten, die häufig ihren ganzen Landbesitz in eine einzige Stadt und ihren Hafen zusammenfaßten und jeden Landerwerb ohne unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen als politischen Ballast ansahen, sind landlosen Söldnern immer günstig gewesen, wofür die Verbindung Tarents und anderer italischer Griechenstädte mit Pyrrhus ein klassisches Beispiel bietet.

An Kopfzahl allen landlosen Völkern weit überlegen, an Staatlosigkeit als einheitliches Volkstum jedoch dem Zigeunertum ähnelnd, spielt das Judentum seine von Ratzel kaum hinlänglich gewürdigte eigenartige Sonderrolle, die keinesfalls aufhören würde, wenn in Palästina tatsächlich ein zionistisches Staatswesen entstünde [1]). Es würde unter allen Umständen nur den weitaus geringsten Teil des jüdischen Volkstums aufnehmen und räumlich und staatlich vereinigen. Die große Mehrzahl der Angehörigen des Judentums bliebe außerhalb dieses kleinen jüdischen Staatswesens; der einzelne Jude wäre nach wie vor rechtlich und politisch Staatsangehöriger im Lande seines Wohnsitzes, bliebe aber zugleich Angehöriger einer religiösen und ethnographischen Gemeinschaft, der auch in der weitgehenden räumlichen Zersplitterung über die ganze Erde bestimmte Grundtendenzen gemeineigen bleiben. Nur ein kleinerer Bruchteil des rassebewußten Judentums strebt nach der staatlichen Vereinigung in Palästina. Der größere Teil fühlt sich, obwohl staatlos, zu einer gerade in der Verbreitung über die ganze Welt seine Machtsphäre suchenden Gemeinschaft vereinigt. Er weiß sich jedweden äußeren Lebensbedingungen anzupassen, ohne darob seinen Grundcharakter aufzugeben oder auch nur erheblich zu verändern. In diesem Ausnahmefall ist die Staatlosigkeit nicht die Schwäche, sondern die besondere Stärke eines universal ausgebreiteten, nicht nur im Handel, sondern auch im Kulturleben und in der Politik der modernen Staatskörper eine wesentlich mitbestimmende Rolle suchenden Volkstums.

2. Völker und Meere.

Nicht minder als das Verhältnis zwischen Volkstum und Bodenraum und als der Grad staatlicher und wirtschaftlicher Bodenständigkeit eines Volkes wirkt das räumliche und das — man möchte sagen: gemütliche Verhältnis zum Meer auf die politische Entwicklung. Die Tatsache des Angrenzens ans Meer macht an sich noch kein Volk zu einem Seevolk: Die Zahl der im Großverkehr der Ozeane in Frage kommenden Flaggen ist sehr viel geringer als die Zahl der ans Meer grenzenden Staaten. Selbst ein Land von der wirtschaftlichen Bedeutung und der hervorragenden Lage zu zwei Ozeanen, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat seine Rolle in der Weltschiffahrt doch erst spät zu entwickeln begonnen. Ein

[1]) Dieser Versuch ist während der Drucklegung des vorliegenden Werkes tatsächlich begonnen worden.



Land wie Chile, dessen Küstenlänge im Verhältnis zur Bodenfläche größer ist als die mancher Insel und das für den Außenverkehr fast ganz auf die Schiffahrt angewiesen ist, besaß nur etwa 70000 t Dampfschiffsraum und 50000 t an Segelschiffen — zusammen kaum die Hälfte der Schiffsneubauten eines Jahres in Deutschland! Ganz Afrika und ganz Australien hatten vor der europäischen Kolonisation keine Seeschiffahrt entwickelt.

Zu einem Seevolk gehört vielerlei. Am günstigsten ist seiner Entwicklung naturgemäß eine reiche Küstengliederung, eine verhältnismäßig große Nähe der gesamten Bewohnerschaft des fraglichen Landes zum Meer. Also Insel- oder Halbinsel-Lage mit vielen und tiefen Einbuchtungen. Ferner bedarf es auch des Schiffsbaumaterials — also bis in die neueste Zeit reichlichen Holzvorkommens. Schließlich braucht eine Schiffahrt, die sich über reine Fischerei hinaushebt, des erreichbaren Zieles, d. h. einer Gegenküste.

So entwickelte sich in früherer Zeit ganz besonders die Stellung der Seevölker im Mittelmeer: Die Phönizier, die aus den Zedern des Libanon ihre Schiffe bauten, die Griechen, die in der unendlich reichen Gliederung des von ihnen bewohnten Halbinsel- und Insellandes die »Engländer des Mittelmeeres« repräsentierten. Auch in den nördlichen Meeren mit naher Gegenküste, reicher Küstengliederung und großen Holzbeständen der Küstenländer entwickelte sich eine ausgedehnte Schiffahrt und ein ausgeprägter Seevolk-Charakter der Anwohner. Es braucht nur an die Wikinger, die Normannen, die Hanseaten erinnert zu werden. Besonders Engländer und Norweger haben das Erbe der alten Seevölker des Nordens übernommen. Die Traditionen der Hanse kamen zu voller Geltung erst wieder, nachdem das Hinterland der Mündungsgebiete deutscher Ströme politisch wieder zusammengeschlossen. In erstaunlichem Aufschwung entwickelte sich danach das deutsche Volk zum Seevolk — und es war besonders bemerkenswert, daß auch das meerferne Süddeutschland viel Zugang zur deutschen Flotte lieferte.

In der Geschichte der Seevölker stechen besonders schmale Küstenstaaten hervor, die ganz auf das Meer angewiesen sind: Portugal und Holland, die allerdings nach Erringung großer Macht wieder einen starken Rückgang erlitten, da die heimische Basis zu schmal war für den großen überseeischen Oberbau. Das kleine Portugal zumal erlitt als Herr Brasiliens und großer Teile Afrikas eine Rassenmischung, die seinen Herrenchrakter außerordentlich beeinflußte, wogegen Holland mit seinem immerhin an Umfang begrenzteren Besitz und der zäheren nordischen Art seiner Bewohner sich von dieser Gefahr ferner zu halten vermochte.

Zu den wagemutigsten Seefahrern gehören bei technisch äußerst bescheidenen Hilfsmitteln die Malayen, die ihre Fahrten über den ganzen Osten des Stillen Ozeans und den Indischen Ozean ausdehnten. Sie sind ein typisches Seevolk, das übrigens — um in der Sombartschen Terminologie zu sprechen — ähnlich den Normannen mehr zu den Helden als zu den Händlervölkern zu zählen ist. Auch bei den Seefahrern ist es eine Frage des Volkscharakters und politischen Gepräges, ob sie mehr nach neuem

Boden zum Wurzelfassen oder nach den Schätzen neuen Bodens suchen. Ackerbaukolonien und Handelsstützpunkte als Ziele der Seevölker tragen ein grundverschiedenes Gesicht.

Angestammte Nachbarschaft des Meeres weckt im allgemeinen den Hang zum Meer und die Neigung zum Zug übers Meer, wie sie vornehmlich bei den Insel- und Halbinselvölkern bemerkbar sind. Dagegen läßt sich im großen und ganzen beobachten, daß sich in kolonialen Tochterländern selbst bei großer Küstenausdehnung der Trieb zu selbständiger Meerfahrt kaum fortsetzt oder erst nach langem staatlichem Eigenleben wieder entwickelt. Als Beispiel wäre vornehmlich an ganz Amerika zu denken. Nur die Vereinigten Staaten, und auch diese erst spät, sind ihrerseits wiederum zu Kolonie-Gründern überm Meer geworden. Ganz Latein-Amerika fehlt der Zug zur Meerfahrt und politischer Ausbreitung, der den iberischen Mutterländern eignet. Daß südamerikanischer Volkscharakter sich nie in der Richtung des Strebens nach überseeischer Betätigung entwickelt hat, daß diese ganzen Lande wohl Objekt, aber nicht Subjekt der Kolonialpolitik geworden, mag nicht nur an ihrer Unterbevölkerung liegen, sondern auch an der hier besonders großen Ferne jeder Gegenküste.

Am stärksten auf die Prägung des Volkscharakters wirkt der innige Zusammenhang mit dem Meer naturgemäß bei den Inselvölkern. Auch in ihrer Beobachtung können wir in der Hauptsache wieder Ratzel folgen.

Betrachten wir die zwei einzigen großen Inselreiche der Gegenwart, Großbritannien und Japan. Sind sie nicht beide ausgezeichnet durch die Einheitlichkeit und originale Richtung der Körper- und Geistesbildung ihrer Bewohner, die dann doch wieder Spuren ganz verschiedenen Ursprungs deutlich genug zeigen? Beider Politik ist bei starkem Expansionstrieb so ausgesprochen national, dabei so energisch geschlossen und so sicher, daß das Beiwort egoistisch ihr mit großer Vorliebe beigelegt wird. Gestützt auf die vorausgesetzte Unverletzbarkeit ihres meerumschlungenen Gebietes verletzen sie leicht die Rechte anderer, sind aber aufs eifersüchtigste bedacht, ihre eigene Stellung intakt zu halten. Klein von Gebiet, stützen sie ihre Macht auf die beste aller Grenzen und eine starke Flotte. Die Furcht vor Invasionen tritt bei den Engländern als immer wiederkehrende Panik auf, bei den Japanern zeigte sie sich als chronische Sensitivität gegen die Zulassung fremder Einflüsse.

Allen Anregungen und Eindrücken weit offen und zugleich fähig zu sein, sie im Schutz einer geschlossenen Persönlichkeit sicher zu verarbeiten, darin liegt die Gewähr des Wachsens der Lebensentwicklungen bis zur höchsten Vollendung. Es gilt von den Organismen, von den Völkern, von den einzelnen Charakteren, daß sie dort die größte Kraft und Eigenart erreichen, wo Aufnahme und Verarbeitung ganz zusammenstimmen. Das Mehr oder Weniger dieses Zusammenstimmens ist ein Hauptgrund der Mannigfaltigkeit des Lebens auf unserer Erde. Ein immer reges Streben auf Ausbreitung will die Grenzen der Völker verwischen und über die Eigentümlichkeiten hinwegschreiten, ja, es müßte endlich zu einem allgemeinen Aus- und Ineinanderfließen führen, wenn nicht äußere Schranken sich entgegenstellten, die dem geschichtlichen

Boden und Schauplatz angehören. Es handelt sich dabei durchaus nicht bloß um ein mechanisches Zusammenfassen und -halten, sondern auch um die Ökonomie der Kräfte der Völker und der Staaten, die in diesen natürlichen Grenzen Stützen sucht: je leichter die Behauptung des eigenen Gebietes gegen das andrängende Wachstum der Nachbarn ist, desto mehr innere Wachstumskräfte werden von der Last peripherischer Leistungen befreit und nach innen hin nutzbar gemacht. Nun kann aber weder Volk noch Staat seinen Beruf in solch fester Abschließung allein erfüllen, denn auch ihr Leben lebt, wie alles Leben, nur in Tausch und Wechselwirkung. Die Schranken sollen abschließen, aber nicht ausschließen. Das vermögen am besten die Meeresgrenzen. Das Meer ist die natürlichste und wirksamste von allen Grenzen und schließt doch zugleich die Länder aufs weiteste für jeglichen friedlichen Verkehr auf. Das gibt jene Vereinigung entgegengesetzter Eigenschaften, wodurch Völker- und Staatsleben in Inseln und Halbinseln zu einem Reichtum und einer Kraft heranwachsen, die von kleinen Bezirken aus fast rätselhaft bis zu fernen Umgebungen wirken. Jede Periode der Weltgeschichte zeigt ein Inselland auf beherrschender Höhe und in jedem Teil der Erde sind einzelne Inseln weit über ihre Größe hinaus bedeutend. Da taucht aus der tiefsten Abgeschlossenheit der Trieb zur Ausbreitung auf, der friedengewährende Schutz nährt die freche Aggression, und neben dem fortbestehenden Alten und den Spuren frühen Erstarrens grünt eine vorauseilende politische und wirtschaftliche Entwicklung. Kleinasiatische Inseln hellenisieren sich, wie es niemals das Festland tat, während die britischen Inseln die zahlreichsten Reste der Kelten lebendig erhalten. So kann man vom heutigen England sagen, es sei in manchen Beziehungen das Intensitätsmaximum des europäischen Kulturlebens.

Die Inseln sind als schützende Stellungen ungemein sicher, dauerhaft und wirksam. Sie sind die natürlichsten Festungen, und kleine Inseln werden ja auch unmittelbar als solche benützt, wie Helgoland, Governors Island in der Hudson-Mündung, Perim im Toreingang des Roten Meeres, Ré und Oléron vor der Charente, Hongkong, Thursday Island vor der Torres-Straße und ähnliche. Die »Sicherheitsplätze«, über die die Diplomaten des Spanischen Erfolgekriegs viel verhandelten, waren Inseln oder Halbinseln. England forderte als solche Port Mahon auf Menorca, Gibraltar, Neufundland. Zahlreiche Städte sind nur der Sicherheit halber ursprünglich auf Inseln angelegt worden: Tyrus, Gades, Malaga, Bombay, Sansibar, Ormus, Singapur, Hongkong, New-York. Auch das ist nicht selten, daß der Schutz der Inseln wirtschaftlich so ausgenützt wird, wie es die Massalioten taten, die die Hyerischen Inseln mit Korn bebauten, dessen Ertrag ihnen dort sicherer war, als auf dem festen Land. Auch die Stürme beschützen die Inseln. Die Bora erschwerte den Zugang zu Venedig, und auch die mit den Winden wandernden Sandbänke der Kanäle gehörten zum Schutze Venedigs. Auch zu Englands und Japans Rüstung gehörten Stürme und Brandung. Die Sicherheit der Inseln wurde von den Athenern gesucht, als sie Delos zu dem mit einem religiösen Schimmer umgebenen Mittelpunkt ihres jonischen Seebundes machten.

Die Rolle der Inseln als Zufluchtsorte ist durchaus nicht bloß passiv aufzufassen. Sie führt Kenntnisse, Einsichten, Energie den Inseln zu, an denen die kontinentalen Länder verarmen, und knüpft neue Verbindungen. Die Bevölkerung Venedigs ist immer durch Flüchtlinge vom Festland her vergrößert worden. England hat große Vorteile aus seiner Aufnahme flüchtiger Irländer und Franzosen in der Zeit der Reformation gezogen. Irland war im frühen Mittelalter eine Zufluchtsstätte der christlichen Welt, wo merovingische Könige mit Bischöfen vom Nil und der Donau schutzsuchend zusammentrafen. Ganzen Völkern sind diese Vorteile der Inselasyle zugute gekommen, und wichtige Folgen sind aus solchen Übersiedelungen entstanden. Formosa, früher nur von Schiffbrüchigen und Seeräubern besucht, wurde 1673 dauernd von China in Besitz genommen, als die vor den Mandschu geflohenen Anhänger der Ming in großer Zahl sich an der Westküste niedergelassen hatten. Derselben Umwälzung sollen die Liukiu ihre chinesische Kultur verdanken. Man hat auf solchen Zufluchtsinseln Sitten und Anschauungen, die Jahrhunderte verschlafen hatten, jugendfrisch aufwachen und aus der Abgeschiedenheit heraus ältere Zustände auf die in buntem Wechsel regeren Austausches weiter geschrittene Welt einwirken sehen. Dafür ist Island das lebendigste Beispiel. Mit seinen altnordischen Resten hat es allen Zweigen des germanischen Stammes, vorzüglich den ihm verwandtesten skandinavischen, eine Kräftigung des Volkstums geboten. Diese tiefe alte Quelle ergoß sich frisch, wo alle anderen verschüttet schienen.

Trotz seines energischen Eingreifens in die Geschicke Europas und zuletzt aller Länder der Erde hat England sich die altgermanischen Einrichtungen seiner sächsischen Einwanderer viel reiner bewahrt als Deutschland. So hatten einst noch die Kelten Britanniens die Römer von den Streitwagen der homerischen Helden herab zu bekämpfen gesucht. Der Inselstaat Venedig hielt die Verbindung mit den alten römischen Zuständen ungebrochen fest und gehorchte nie einem germanischen Herrn. Bis auf Sitten, Tracht, Hausgerät und Hausbau herunter äußert sich dieser Erhaltungstrieb auf den friesischen Inseln Deutschlands und Hollands.

Mit seinem Gegensatz, dem ozeanisch weiten Blick sich verbindend, gibt er in größeren Verhältnissen jene Kombination von Behagen in traulicher heimatlicher Enge und aufgeschlossenem Weltsinn, in der die elementare Kraft des insularen Patriotismus liegt.

Die Abschließung gewährt die größten Vorteile, die sich auch am báldesten zeigt, auf jenen Inseln, die die Natur mit mannigfaltigen Gaben ausgestattet hat, so daß sie auch im wirtschaftlichen Sinne kleine Welten für sich bilden können. Großbritannien, dessen Ackerbau und Viehzucht einst ebenso blühten, wie heute mit Hilfe mannigfaltiger Mineralschätze seine Gewerbtätigkeit, genügte bei kleinerer Volkszahl so vollkommen sich selbst, wie es eben in seiner Zone nur möglich sein kann. Japans Kohlen- und Erzlager haben seine überraschende Entwickelung zum Industriestaat und die Schaffung seiner Dampferflotte wesentlich beschleunigt.

Da die insulare Verbreitung den Vorteil bietet, die Elemente einer sich vorbereitenden Völkermischung länger getrennt zu halten und von

außen neue heranzuführen, bewahrt sie das Belebende, Gärungerregende des Aufeinanderwirkens fremder Elemente in nahe beieinander liegenden Räumen. Als die Römer Britannien unterworfen hatten, blieb das kleine Mona (Anglesey) ein nur durch Stromesbreite getrennter Herd der nationalen und religiösen Gegenwehr. Und als Britannien auffallend früh sich romanisiert hatte, blieb in Irland ein drittes keltisches Land übrig, das römischer Einfluß nur gestreift hat. Das Versinken und Ertrinken kleinerer Volkselemente in einem größeren Volk und die daraus entstehende Einförmigkeit kommt auf Inselgruppen nicht so leicht vor.

Wie scharf hebt sich noch immer der Irländer vom Engländer und Schotten, selbst vom Walliser ab! Der südliche Typus im Gesichtsschnitt, in der Lebendigkeit des Denkens, in der Grazie der Frauen und der Raschheit der Bewegungen ist bei den Irländern unverkennbar. Man möchte sagen, das Volk sei eigentlich für südlichere Breiten bestimmt und habe sich in diese kalte Moorlandschaft nur verirrt. Genau so ist die Stellung der Japaner in Nippon und Jesso, wo weder ihr Hausbau noch ihre Heiz- und Beleuchtungseinrichtungen dem Klima gewachsen sind. Sie deuten mit den malayischen Rassenmerkmalen auf südlichen Ursprung eines Teils der Bevölkerung, der mit einem nördlichen Element (Aino) hier eine günstige Mischung eingegangen ist.

Für den Charakter der Inselbewohner hat Kant das leitende Wort gesagt, indem er dem englischen Volke einen Charakter zuschrieb, »den es sich selbst angeschafft hat«. Kein Volk Europas hat sich so früh seiner inneren Entwicklung ungestört hingeben können; schon unter Alfred hatten die Engländer eine bestimmte nationale Existenz, was man von den Franzosen unter Karl dem Großen noch nicht sagen kann. Früh unabhängig, blieb sie ungebrochen von der angelsächsischen Zeit an. »Alles ist Wachstum innerhalb desselben Körpers, in keinem Augenblick ist Altes ganz weggeschwemmt und Neues an dessen Stelle gesetzt worden«. (Freeman.)

Das Bewußtsein des Volkes, das in so natürlicher, sicherer Umgrenzung sich entwickelt, ist ein ganz anderes als das der künstlich auseinander gehaltenen und trotzdem ineinander fließenden Völker des festen Landes.

Mit dem Normanneneinfall sind die fremden Einwirkungen großen Stils auf England abgeschlossen. Die Verjagung der Fremden im 13. Jahrhundert zeigt schon ein entwickeltes insulares Sonderbewußtsein. Die Größe der Elisabethischen Epoche liegt in der Vollendung dieser Erhebung über kontinentale Einflüsse, besonders gegen Spanien und Frankreich hin. Als dann durch die Verbindung mit Schottland der politische Vorteil der insularen Lage ganz gewonnen war, führte die selbständige Entwickelung bald zu ungeahnten, großen Wirkungen. Dafür, daß in der Seele der Inselvölker ein kräftiges Nationalgefühl sich früh zu einem Element politischer Stärke entwickelt, bietet ein uns noch näher liegendes Beispiel das Dänenvolk, das früh aus seiner sicheren Lage heraus die leitende Stellung in der Ostsee anstrebte. Folgte auf die übermäßige Kraftentfaltung ein früher Verfall, aus dem es nach den durch die Hansa erlittenen Niederlagen sich nicht mehr erhob, so bewahrte es sich doch in seinen engen, festen Grenzen das politische Gut eines Nationalgefühls, das seiner

schon sicher geworden war, als Lübeck sich vom Reiche abwandte, um dänischen Schutz zu finden. Aus ihm heraus hält ja auch der Helgoländer sein Eiland für das beste und schönste Land der Welt.

Eine Insel läßt sich geistig und gemütlich ganz anders erfassen und umfassen als ein natürlich unbegrenztes Stück Festland. Sie bleibt immer dieselbe. Es liegt etwas, das man ein Formelement nennen kann, in dieser Wirkung der Inseln auf ihre Völker und auch der Inselvölker auf ihre kontinentalen Nachbarn. Der feste Rahmen gibt allen Äußerungen der Insel etwas scharf Umrissenes, Eindrucksvolles und besonders auch Gleichmäßigeres, das dem immer neue Formen annehmenden, von immer neuen Seiten angeregten Wesen der Kontinentalen naturgemäß überlegen ist.

Wohl schimmert über die Inselgrenze überall das bewegliche Meer herein, aber die Gefahr des Erstarrens in der Abschließung liegt doch den Inselvölkern nahe. Das Venedig des 17. und 18. Jahrhunderts wird an Versteinerung nur vom Japan des gleichen Zeitalters übertroffen. Wie hat der Peloponnes, der für die Alten einer Insel gleichkam, die Staaten erstarren lassen, die hinter dem Isthmus sich allzu sicher fühlten! Spartas Politik war die vorurteilsvollste, partikularistischste aller Staaten des alten Hellas, und wie wenig hat Sparta zur griechischen Kulturbewegung beigetragen! Insulare Vorurteile sind sprichwörtlich. Wenn die Lage einer Insel ihre Bewohner von allem Austausch zurückhält, schlägt die Gunst insularer Lage in ihr Gegenteil um. Wertvolle Gebiete werden dann politisch und kulturlich lahm gelegt. Das spätere Mittelalter hat in Irland die früh entwickelte Gesittung absterben sehen. Ein langsames Welken bis zum Erlöschen hat Grönland als normännische Ansiedelung untergehen lassen. Island ist Jahrzehnte lang von allem Verkehr mit Europa abgeschnitten gewesen und trat eigentlich erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wieder voll mit der europäischen Kulturbewegung in Verbindung.

Die unvergleichlichen Vorteile der Inseln begleitet wie ihr Schatten der von ihrem eigensten Wesen unzertrennliche Nachteil des engen Raumes. Diese Enge, willkommen in den ersten Stadien einer staatlichen Entwickelung, wo sie die Kräfte zusammenfaßt, das Volk und die Macht verdichtet, und frühes Reifen verheißt, wird mit der fortschreitenden Volkszunahme verhängnisvoll. Kommende Geschlechter werden vielleicht den Traum eines Staates Amerika Wirklichkeit werden sehen, der den Erdteil und damit die zweitgrößte Weltinsel ausfüllt, so wie wir den Zusammenschluß der australischen Kolonien zu einem Bunde, der den kleinsten Erdteil, die dritte Weltinsel, umfaßt, erleben. Das ist zum erstenmal in der Geschichte ein Inselstaat, der eine wahrhaft kontinentale Weite des Raumes mit den Vorzügen der insularen Lage und Begrenzung verbindet. In den verflossenen Jahrtausenden sind viele Inselstaaten an der Enge ihres Raumes zu Grunde gegangen, nachdem sie den Glanz einer vorauseilenden Entwickelung entfaltet hatten, wie Sizilien, das im 12. und 13. Jahrhundert eines der mächtigsten Länder Europas war, dessen Erwerbung das höchste Ziel der Herrscher bildete. Selten sind die Beispiele der Inselreiche, die durch räumliches Wachstum sich eine breitere Basis und die Möglichkeit

einer dauerhafteren Entwickelung gesichert haben, wie England, das aus einem zu Deutschland räumlich wie 5 zu 9 sich verhaltenden Inselland die größte Macht der Gegenwart geworden.

Sobald die Elemente des Seeverkehrs gegeben waren, erwiesen sich die Wege zu den Inseln leichter, als gleich lange Wege im Binnenland. Kein Gebirge, keine Wüste, kein Wald trennte den, der einmal den Wasserweg beschritten hatte, von seinem Ziel. Und was noch wichtiger, kein Feind verlegte den Weg und kein Rivale ließ sich den Durchgang abkaufen. So fügte sich die Aufgeschlossenheit der Inseln für alle Schiffahrtskundigen zu der Abschließung, die gegen alle Unkundigen bestehen blieb. Die Erreichung der Inseln blieb in weiten Gebieten ein Monopol der Seevölker, die daher früh eine unerhörte Verbreitung über inselbesäte Meeresräume gewinnen konnten. Noch viel weiter als die Normannen, die von den Lofoten bis Sizilien und vom Jonischen Meer bis Neufundland herrschten, wohnen die Malayo-Polynesier, die lange vor dem Vordringen der Europäer in den Stillen Ozean einen Raum von der Osterinsel bis Madagascar und von Neuseeland bis Japan erfüllten, das ist mehr als ein halber Erdkreis zwischen West und Ost und der Durchmesser von zwei Europas zwischen Nord und Süd.

Vom Meere zugänglich und doch leicht abzuschließen und zu beherrschen, sind die Inseln die naturgegebenen Stützpunkte der Seemächte, und nur diese werden auf die Dauer Inseln beherrschen. Inseln entsprechen am meisten dem Ideal der Seevölker, weite Räume ohne großen Landbesitz zu beherrschen. Aber der Sicherheit ihrer insularen Lage vertrauend, verlieren sie gerade diese Sicherheit bei zu weiter Expansion, indem sie ihre Macht auf den schwankenden Grund der Flotte stellen, die ein solches »Seereich« zwar schaffen, aber für sich allein nicht dauernd erhalten kann.

Die Vorteile ihrer Stellung suchen Inselmächte zu vervielfältigen, indem sie sich auf Inseln wiederum stützen. Den Inselmächten ist dieser Weg klar gewiesen, denn die Staaten erhalten sich auch hier mit den Mitteln, durch die sie entstanden sind. Die Enge der Inseln macht sie zur Meerbeherrschung, die keinen Ballast von Land will, gerade geeignet.

Ehe die kurze Ausbreitung der karthagischen Macht über Spanien eintrat, war Kathago wesentlich Inselmacht: Sizilien, Sardinien, die Balearen, Ägaden, Malta als Stützpunkte schlossen und monopolisierten die Westsee. Und dazu war der karthagische Landbesitz inselhaft eng, küstennahe, in sicherer und beherrschender Lage. England hat Tausende von Inseln in seinem Besitz und beherrscht von Inseln aus weite Meere und Länder. Einzelne davon, wie in St. Helena oder Ascension, haben ganz die Bedeutung verankerter Schiffe. Viel wichtiger für die Machtstellung Venedigs als die großenteils später erworbene »Terra Ferma« war der Besitz aller adriatischen Inseln, der Jonischen mit Cerigo, Kandias, Cyperns und Euböas. Japan hat Jesso, die Liukiu, die Kurilen, die Bonin zu seinem Archipel hinzuerworben und mehrmals Versuche auf Formosa gemacht, das es endlich samt den Pescadores erhalten hat. Dänemark besitzt Bornholm, die Färöer, Island, Reste einer einst in der Ostsee und im Ozean ausgedehnteren Herrschaft der Normannen, die auch die Orkney- und

Shetland-Gruppen umfaßt hatte. Und als die wendische Küste der Ostsee längst in den Händen der Welfen war, blieb Rügen bei Dänemark, der natürlichen politischen Verwandtschaft der Inseln folgend. Besonders klar zeigt sich diese Anziehung des Ähnlichen durch Ähnliches dort, wo England Inseln erwirbt, wenn andere Mächte sich kontinental ausdehnen: Rußland erwarb ein Stück Armenien, Österreich Bosnien, Frankreich Tunis, England Cypern; Deutschland erwarb Kolonien in Südwest- und Ostafrika, England davorliegende Inseln. —

Eine eigentümliche Erscheinung ist es, daß selbst ein Land von der kontinentalen Massigkeit der Vereinigten Staaten sich eine Art Inselcharakter zuzulegen vermag. Zwischen zwei Ozeanen und zwei dünn bevölkerten Nachbarländern gelegen, denen es an Macht zunächst weit überlegen ist, führt es sein Sonderdasein fern ab von den europäischen Kämpfen und entwickelt sein eigenes Volkstum aus allen europäischen Rassen. Das insulare Empfinden kommt zum Ausdruck auch in dem insularen Charakter der amerikanischen Kolonialpolitik. Das politische Streben bis hin an die Zone des Panamakanals bedeutet schließlich nichts anderes, als den Versuch einer Vervollkommnung der insularen Lage, der eine natürliche Ergänzung finden würde im Streben nach politischer Vereinigung mit dem nordischen Nachbarn, dem durch wirtschaftlichen Einfluß und Wanderung stark vorgearbeitet ist. Nach der kurzen Episode der Einmischung in die eurpoäischen Dinge hat das amerikanisehe Volk und seine parlamentarische Vertretung, scharfe Desavouierung des Staatsoberhaupts nicht scheuend, alsbald wieder seine insulare Sonderstellung hervorzukehren für angezeigt gehalten.

3. Völker und Klima.

In das Verhältnis der Staatsvölker einerseits zur Enge oder Weite der Bodenräume, anderseits zum Meer, spielen bereits unausgesprochen allerlei klimatische Elemente hinein. Die Bewohner der großen Landflächen leben unter den Gegensätzen des kontinentalen Klimas, diejenigen der Inseln, Halbinseln und (räumlich) kleineren Staaten mit reicher Küstengliederung unter der größeren Ausgeglichenheit des Seeklimas.

Klimatische Beeinflussungen weltpolitischen Strebens und Könnens erklären sich vornehmlich aus den klimatischen Beeinflussungen der Arbeitsenergie. Sie liefert die materiellen Grundlagen staatlichen Ausbaus, sie bestimmt das Maß der natürlichen Ausbreitungswünsche.

Die Arbeitsenergie wird beeinträchtigt durch extreme Klimata, d. h. zunächst in der heißen Zone wie in der Eiszone, aber auch durch extreme Schwankungen, wie im scharf kontinentalen Klima. Sie entfaltet sich am besten in der gemäßigten, und zwar im minder warmen Teil der gemäßigten Zone. In dieser Beziehung scheint die Kultur einen Zug von Süden nach Norden vollführt zu haben; die Völker des Südens der gemäßigten Zone, die früher weltgeschichtlich die erste Geige spielten, erscheinen erschlafft, und die nördlichen Regionen haben das Erbe weltpolitischer Ausbreitung angetreten.

Ein Faktor, der die Arbeitsenergie und ihre Auswirkungen nicht unwesentlich mitbestimmt, wird gemeinhin übersehen: Das ist die Lichtzeit, d. h. die durchschnittliche Dauer des natürlichen Tageslichtes. Sie ist in der gemäßigten, und zwar gerade im kühleren Teil der gemäßigten Zone, beträchtlich größer als näher zum Äquator. Die lange Dämmerung macht in dieser Beziehung sehr viel aus. Wenn die Mittelmeerländer z. B. sehr viel mehr klare Sonne haben als etwa Norddeutschland, so haben sie deshalb doch eine mehr lähmende Sonnenhitze, aber keine längere Lichtzeit. Ihre Dämmerung ist außerordentlich kurz, während sie in unseren Breiten den natürlichen Arbeitstag recht merkbar verlängert. Durch das ganze Jahr berechnet, hat der Sonnentag auf der ganzen Erde im Durchschnitt 12 Stunden. Der effektive Lichttag hat aber nur am Äquator eben diese 12 Stunden — in höheren Breiten wächst er mit der Zunahme der Dämmerung.

Die Wirkung dieser vermehrten Lichtzeit auf die Arbeitsenergie und normale Arbeitsmöglichkeit äußert sich auf der nördlichen Halbkugel deshalb viel stärker als auf der südlichen, weil hier die Landfläche (verglichen mit dem Meere) eine sehr viel größere ist. Sie äußert sich ferner innerhalb der nördlichen Halbkugel am wirksamsten in Europa, weil hier noch die reiche Küstengliederung und der Golfstrom eine weitgehende Ausgeglichenheit des Klimas bewirken, also die Abschwächung energiehemmender klimatischer Extreme. So hat die Natur Europa eine Vorzugsstellung gegeben, die politisch zur Vormachtstellung Europas auf der ganzen Erde zu führen vermochte.

Hier mag noch ein weiterer Faktor mitsprechen: Menschliche Kultur ist technisch gekennzeichnet durch die Fähigkeit zur Erzeugung von Feuer bzw. von Licht und Wärme. Auch das politische Werden knüpft weltgeschichtlich an an die Epochen verbesserter Nutzung des Feuers (Griechisches Feuer, Feuerwaffe in allen Steigerungen, Dampfschiffahrt, Eisenbahn, Motor). Selbstverständlich steht auch die ohne Feuer gewonnene Elektrizität (Nutzung von Wasserkräften) auf gleicher Stufe mit der technisch verbesserten Feuererzeugung und Nutzung, da sie gleich dem Feuer ein Licht- und Wärmespender ist. Das Bedürfnis nach dem Feuer als Licht- und Wärmespender war aber ursprünglich und ist dauernd in den höheren Zonen mit ihren kalten Jahreszeiten, die zugleich Zeiten der langen Abende sind, bedeutend größer als in den Tropen. Auch das kam am markantesten zum Ausdruck in den am dichtesten bevölkerten, weil hierzu klimatisch prädestinierten Gebieten Kultureuropas, wo wiederum eine um so größere Dichte der Bevölkerung möglich wurde, je weiter die technischen Möglichkeiten der Licht- und Feuerentwicklung ausgebaut wurden. So baut das Klima an den Grundlagen der weltpolitischen Vormacht West- und Mitteleuropas in mannigfacher Weise.

Länder, die auf den ersten Blick durch ihr Klima wesentlich bevorzugter erscheinen mögen, insbesondere die Gebiete üppigster Fruchtbarkeit des Bodens, verzeichnen großenteils keine entsprechende Fruchtbarkeit der Bevölkerung bzw. eine so große Sterblichkeit, daß keine machtfördernde oder Machtstreben anregende Volksvermehrung eintritt. Sie sind steril

auch im Sinne der staatenbildenden Kraft, wie sie es bezüglich des technischen Fortschrittes und der allgemeinen Kultur sind. Die Verarbeitung der üppigen Erzeugnisse ihres Bodens fällt den Bewohnern gemäßigterer Breiten anheim und gibt ihnen Reichtum und Machtmittel.

Die ganze neuzeitliche Kolonialgeschichte umgrenzt sich immer schärfer als eine Geschichte der Herrschaft durch in die Arbeitsenergie begünstigendem Klima erzogener Völker über Klimastriche entweder sehr dünner oder durch die klimatischen Wirkungen verweichlichter Völker. Wo die Kolonisation sich über Klimate erstreckt hat, die der europäischen Siedlung günstig und dabei bisher nur dünn bevölkert waren, macht sich eine immer mehr zunehmende Verselbständigung der Kolonistenvölker deutlich bemerkbar. Sie trachten nach Abschüttelung von Abhängigkeiten umsomehr, als ihr ursprünglicher Auswanderungsdrang vielfach gerade dem Drang nach Unabhängigkeit entsprungen ist.

»Die Geschichte der Kolonisation lehrt, daß der Kolonist sich sein Land nicht bloß erwirbt, um darauf frei zu wohnen und seine Nahrung daraus zu ziehen, sondern um frei von der Polizei des Staates selbst zu herrschen. Der Kolonist kann nicht genug Land und nicht wenig genug Staat haben. Wie gern verzichtet er sogar auf den Schutz, wenn er das frei verwalten kann, was er oft unter schweren Kämpfen errungen hat. Wie mancher Squatter wanderte über die Grenze seines Staates wieder in die Wildnis hinaus. Er ahnt das alte Gesetz, daß die Zunahme der Menschen auf engem Boden den einzelnen unfreier macht. Cooper hat den leidenschaftlichen Sinn für freies, d. h. zunächst schrankenloses Walten herrlich in dem alten Squatter seines Romans »The Squatter« geschildert. Auch hier ist das rein räumliche Motiv der Absonderung wirksam. Kein Niederländer zweifelt daran, daß die Kolonisation seiner Vorfahren im Moorland auf großer Hufe und im Einzelhof zusammen mit den schweren Anfängen und blühenden Ergebnissen zur Entwickelung der Unabhängigkeit der Niederländer wesentlich beigetragen habe.« (Ratzel.)

Die ersten großen Koloniegründungen der neueren Zeit in dünn besiedelten Ländern folgten den ersten Entdeckungen jener expansiven Mächte, die ohne Wettbewerbung unbegrenzte Gebiete an den Rändern des geschichtlichen Horizontes fanden und nahmen. Der Kolonialbesitz der europäischen Mächte ließ und läßt noch z. T. immer die Richtungen und teilweise sogar das Maß der alten Entdeckung und Ausbreitung erkennen: Dänemark in Grönland, Portugal in Afrika, Spanien in Süd- und Mittelamerika und auf den Philippinen, die Niederlande im Ostindischen Archipel, Frankreich in Kanada, Guyana, Cochinchina, Algier, die Engländer in Nordamerika, Australien, Neuseeland, Rußland in Sibirien und Zentralasien lassen die geographischen Merkmale dieser Expansionsprozesse tief bis in die Gegenwart hereinwirken. In einigen Fällen übten sie einen Einfluß auf die Geschicke der Erde für Jahrtausende; so wenn Nordamerika englisch und Südamerika spanisch-portugiesisch geworden ist; in anderen schimmern alte Verbreitungsumrisse nur noch eben durch, wie die der Portugiesen in Indien, sind aber ohne praktische politische Bedeutung.

Wo die Bevölkerung sich genügend verdichtet oder wo die Kolonisation dicht besiedeltes Land ergreift, wachsen die Unabhängigkeitsbestrebungen. Das Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit hat die dreizehn alten Kolonien Englands in Nordamerika sich zu den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenschließen lassen. Schutzzollschranken hat die Dominion von Canada, haben australische und südafrikanische Kolonien gegen ihr Mutterland aufgerichtet. Selbst in Indien kommt das englische Ausbeutungssystem nicht um die eigentümlichen Forderungen des Landes herum und muß Zölle auf englische Baumwollgewebe u. a. zulassen. Dieses Land, wiewohl ganz abhängig und ungemein willensschwach, verlangt doch kraft seiner besonderen Natur immer dringender seine besondere Verwaltung und Politik.

Nach Klima und geringer Bevölkerungsdichte ist A f r i k a der Erdteil, der am längsten Aussicht hat, eigentliches Kolonialland für die Staaten der Hauptkulturzonen darzubieten. Die Geschichte der afrikanischen Kolonisation spiegelt die schwere Zugänglichkeit dieses ungegliederten Erdteils, in dessen Inneres nur wenige, vom Mündungsgebiet aufwärts schiffbare Ströme hineinführen, und dessen Klima unter europäischen Siedlern zahlreiche Opfer fordert.

Bis zur Mitte des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung trat der afrikanische Erdteil mit der europäischen Geschichte nur an seinem Europa im Mittelmeer gegenüberliegenden Nordrande in Berührung. Die früheren kolonisatorischen Vorstöße gegen den Norden Afrikas gingen vom nahen Orient aus. Phönizier und Araber drangen — die einen zur See, die anderen zu Lande — in den spröden Weltteil vor. Gelegentlich wurden auch in vorchristlicher Zeit bereits Vorstöße vom Roten Meer aus an der Ostküste Afrikas unternommen. In der alten Zeit der europäischen Geschichte spielt Afrika seine Rolle zunächst während des großen Ringens zwischen Rom und Karthago und dann erst wieder in der Epoche des Vordringens der Mauren bis nach Spanien.

Erst nach der Umsegelung Afrikas durch Vasco de Gama im Jahre 1489 beginnt ein kolonisatorisches Festsetzen europäischer Mächte an den afrikanischen Gestaden außerhalb des Mittelmeeres. Wie es ihrem Anteil an der Entdeckung neuerer Seewege und an der damaligen Weltschiffahrt entsprach, waren es die Portugiesen, die zuerst breite Landstriche an den langgestreckten, schwer zugänglichen ozeanischen Küsten Afrikas für sich beanspruchten. Am Nordrande breiteten zu jener Zeit die Türken ihre Herrschaft über Ägypten nach Tripolis, Tunis und Algier aus.

Als dann später die Seeherrschaft von dem südlichen Vorposten Europas am Atlantic, von Portugal, hinüberglitt zu den Vorposten des nördlichen Mitteleuropa am Kanal, waren es die Holländer, die den Südzipfel des schwarzen Erdteils für sich mit Beschlag belegten und später vorübergehend auch den Portugiesen einen Teil ihres alten afrikanischen Besitzes abnahmen. Die Engländer für ihr Teil begannen ihre afrikanische Politik, indem sie 1662, einige Zeit nach der Festsetzung Hollands am Kap, Tanger nahmen. 20 Jahre darauf sehen wir auch die erste Beteiligung von deutscher Seite an der Kolonialpolitik durch Schaffung der brandenburgischen

Guineakolonie, der, wie bekannt, nur ein vergängliches Schicksal zuteil ward.

Einen größeren Zug gewinnt die europäische Afrikapolitik um die Mitte des 18. Jahrhunderts, und zwar wird von dieser Zeit an die Kolonialgeschichte wesentlich gekennzeichnet durch den Wettbewerb zwischen Frankreich und England. So muß nach den in den amerikanischen Gewässern gefallenen Entscheidungen Frankreich im Jahre 1763 Senegambien an England abgeben. Nun richten unter Bonaparte die Franzosen ihr Auge auf den Weg über Ägypten nach Indien, setzen sich 1798 in Ägypten fest und kommen in den Mittelmeergewässern vor der Nilmündung zu dem großen Ringen mit den Engländern, das unter Nelsons glorreicher Führung zu ihrer Niederlage führt. Das Jahr 1798 bezeichnet den Anfang eines genau hundertjährigen Wettstreites zwischen Frankreich und England um afrikanischen Boden, insbesondere um Ägypten. Hundert Jahre nach dem ersten französischen Vorstoß gegen die Nilmündung vollzog sich der letzte französische Vorstoß gegen den Oberlauf des Nil bei Faschoda, der wiederum von den Engländern zurückgewiesen wurde, so daß die Franzosen, die durch die Erbauung des Suezkanals das bedeutsame Kulturwerk im ägyptischen Bereich geschaffen, seine Früchte aber bereits an England hatten fallen sehen, sich zu Beginn dieses Jahrhunderts dazu verstanden, endgültig die englische Herrschaft in Ägypten anzuerkennen.

Inzwischen hatten die Franzosen während des 19. Jahrh. ihr Augenmerk vom Nordosten des Erdteils abgelenkt auf seine Nordwestecke. Wie die neuere Kolonialgeschichte überhaupt zu einem Teil dadurch gekennzeichnet wird, daß die europäischen Mittelmeermächte Fuß zu fassen suchen an der ihrem Bereich gegenüberliegenden nordafrikanischen Küste, so haben insbesondere die Franzosen 1830 durch die Festsetzung in Algier dieser Epoche ihren Stempel aufgedrückt. Von Algier trachteten sie sowohl ostwärts, zunächst in mühsamer Arbeit nach Tunis, dann nach Marokko vordringend, wo sie auf die parallelen Bestrebungen der Spanier stießen. Die Italiener folgten nur altrömischer Überlieferung und dem französischen Beispiel, wenn auch sie ihr Auge auf die Gegenseite des Mittelmeers richteten. Hatten sie sich seinerzeit das ihnen der geographischen Lage nach von Natur aus erstrebenswerteste Tunis entgehen lassen, so wollten sie neuerdings wenigstens nicht säumen, zu verhindern, daß der Rest Nordafrikas durch Vordringen der Franzosen von Tunis aus und Ausbreitung des britisch-ägyptischen Besitzes von Osten her aufgeteilt würde, und inszenierten ihren Zug nach Tripolis.

Die rüstigste Ausbreitungspolitik hatten seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Engländer, namentlich in Südafrika getrieben. 1852 freilich mußten sie noch die Burenrepublik Transvaal anerkennen; aber mit eisernem Arm umklammerten sie deren Land von dem den Holländern abgenommenen Süden her. Die Kapkolonie wurde ergänzt durch das Kaffernland und Basutoland, und immer weiter nordwärts ging der Zug britischer Machtausdehnung, indessen vom Norden her die Vorstöße südwärts gegen den Sudan erfolgten und nach heißem Ringen zu einem Gelingen führten,

das gegenwärtig den Briten den Bestand ihrer Herrschaft über Ägypten in hohem Grade gewährleistet.

Ein lebhaftes Tempo kommt in die Aufteilung Afrikas mit dem Einrücken des jungen Deutschen Reiches in die Reihe der Kolonialmächte seit dem Jahre 1884. Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo werden im gleichen Jahre begründet, große Teile Ostafrikas im folgenden Jahre für den deutschen Schutz gewonnen, und nun geht es Schlag auf Schlag: Die Berliner Kongokonferenz einigt sich über Schaffung des neutralen Kongostaates, Italien treibt afrikanische Expansionspolitik vom Roten Meer aus, England weiß durch den Sansibarvertrag die Hälfte des von Deutschen beanspruchten Gebietes in Ostafrika an sich zu bringen, regelt durch einen Vertrag mit Frankreich die Aufteilung von Westafrika, insbesondere an der Nordküste des Guineabusens, beginnt seine Vorstöße gegen die südafrikanischen Republiken und gegen den oberen Nil. Um die Jahrhundertwende bereits bietet der schwarze Erdteil, der keine 20 Jahre zuvor noch gewaltige Flächen herrenlosen Landes zeigte, im wesentlichen das Bild vollzogener Aufteilung. Noch blieben die Grenzen in dem Wüstengebiete der Sahara offen, noch verblieb eine beschränkte Zahl selbständiger afrikanischer Reiche, obenan Marokko, ferner Abessinien und die Negerrepublik Liberia. An dem afrikanischen Landbesitz partizipierten England, Frankreich und Deutschland, Portugal, Italien, Spanien, König Leopold II., nicht zu vergessen die Türkei.

B. Kulturgeographische Richtlinien der Völkerbewegung.

1. Das Streben nach räumlicher Machterweiterung.

Außenpolitisches Wirken und Streben der Staatsvölker kann zweifache Zielsetzung haben: Entweder dient es der Machterweiterung oder lediglich der Machtsicherung. Dabei versteht sich am Rande, daß jede neue Machterweiterung neues Bedürfnis nach Machtsicherung zeitigt, daß aber auch allein das Verlangen nach Machtsicherung unstillbar erscheinen kann ohne diese oder jene Machterweiterung.

Nicht nur wohnt jedem aufstrebenden Staatswesen, jedem wachsenden Volkstum von Natur die Tendenz inne, sein Machtbereich auszudehnen über dasjenige Verkehrsgebiet, das seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen Befriedigung zu gewähren verspricht — es sind auch natürliche Triebkräfte ideeller Art, die das Streben nach Machterweiterung hervorbringen. Oft genug freilich verknüpfen sie sich in kaum unterscheidbarer Weise mit den materiellen Bedürfnissen, doch wäre es sehr verfehlt, sie neben diesen etwa völlig übersehen zu wollen, wie es die materialistische Geschichtsauffassung getan hat. Man darf die gefühlsmäßigen Momente aus weltpolitischen Betrachtungen nicht ausschalten, sondern muß neben der geographischen Physiologie die völkerpsychologischen Faktoren gerade in Bezug auf die Beweggründe und die Zielsetzung weltpolitischen Strebens voll in Rechnung stellen.

Hunger und Liebe sind die großen Triebkräfte nicht nur im Einzelleben, sondern auch im Völkerleben. Neben dem »Hunger«, d. h. den wirtschaftlichen Bedürfnissen, die staatlichen Ausbreitungsdrang anregen, äußert sich das Moment der »Liebe« im Fortpflanzungstrieb und — im engeren Rahmen — im Familiensinn, darüber hinaus im völkischen Zusammengehörigkeitsgefühl, im weltpolitischen Ehrgeiz für das Gedeihen der staatlichen Gemeinschaft.

Als »nationalen Egoismus« habe ich bei früheren Gelegenheiten dieses Machtbedürfnis ethischer Art bezeichnet[1]).

»Die Erhaltung der Volkskraft ist der Angelpunkt des nationalen und sozialen Egoismus.« Wie sehr die Größe und Macht der Nation von dem erleuchteten Egoisten als Bestandteil des eigenen Wohles empfunden wird, das spricht sich am deutlichsten schon in jenem alten griechischen Spruch aus, an dem Plutarch das Leben des Demosthenes mißt: »Um glücklich zu sein, ist vor allem das notwendig, daß man sein Vaterland in Ehren stehend weiß«. Und blicken wir doch einmal von jener alten Zeit in die Geschichte aller Zeiten und Völker, überschauen wir die Reihe der größesten rednerischen Führer ihres Volkes von Demosthenes bis etwa auf Fichte, in dessen Reden an die deutsche Nation der nationale Egoismus mit so machtvoller Wucht zum Durchbruch kommt! Finden wir nicht immer wieder denselben Kern? — Kein Zufall ist es übrigens, daß am Schlusse jener Fichteschen Reden der laute Apell an das menschliche Ewigkeitsbedürfnis steht, an das urtiefe Bedürfnis, fortzuleben in künftigen Geschlechtern und sich ein ehrenvolles Andenken bei ihnen zu sichern.

»Es beschwören euch«, so ruft Fichte, indem er seinen letzten Trumpf ausspielt, »eure noch ungeborenen Nachkommen. Ihr rühmt euch eurer Vorfahren, rufen sie euch zu, und schließt mit Stolz euch an eine edle Reihe. Sorget, daß bei euch die Kette nicht abreiße; machet, daß auch wir uns eurer rühmen können, und durch euch, als untadeliges Mittelglied hindurch, uns anschließen an dieselbe glorreiche Reihe. Veranlasset nicht, daß wir uns der Abkunft von euch schämen müssen, als einer niederen, barbarischen, sklavischen, daß wir unsere Abstammung verbergen oder einen fremden Namen und eine fremde Abkunft erlügen müssen, um nicht sogleich, ohne weitere Prüfung, weggeworfen und zertreten zu werden.«

»Wie das nächste Geschlecht, das von euch ausgehen wird, sein wird, also wird euer Andenken ausfallen in der Geschichte: ehrenvoll, wenn dieses ehrenvoll für euch zeugt; sogar über die Gebühr schmählich, wenn ihr keine laute Nachkommenschaft habt und der Sieger eure Geschicke macht. Noch niemals hat ein Sieger Neigung oder Kunde genug gehabt, um die Überwundenen gerecht zu beurteilen. Je mehr er sie herabwürdigt, desto gerechter steht er selbst da. Wer kann wissen, welche Großtaten, welche trefflichen Einrichtungen, welche edle Sitte manches Volkes der Vorwelt in Vergessenheit geraten sind, weil die Nachkommen unterjocht

[1]) In dem von mir herausgegebenen Sammelwerk: »Der Egoismus«, Leipzig 1899.



wurden und der Überwinder, seinen Zwecken gemäß, unwidersprochen Bericht über sie erstattete.«

Es ist in der Tat einer der Angelpunkte aller Moral, aller Ethik, alles Fortschrittes, aller Emporentwicklung, dieses tiefinnere, seltsame Bedürfnis des Menschen, das hinüberspielt in künftige Zeiten und Geschlechter, in denen er selbst längst nicht mehr ist, nicht mehr denkt und fühlt. Wie ein geheimes Bewußtsein stiller diesseitiger Ewigkeit mutet es uns an, daß des Menschen Selbstzucht und Selbstliebe über den körperlichen Tod hinausdenkt, daß er gewissermaßen seinen Geist auch für spätere Zeiten vor Unlust bewahren, sich auch für spätere Zeiten die Freude sichern will, geachtet, geehrt, geliebt, bewundert zu sein. So stellt der Egoismus sich dar als Teil dessen, was von dem einzelnen überlebt, was sich fortpflanzt in seinen Nachkommen, in seinem ganzen Stamme, seiner Gattung.

Am klarsten tritt dieses Hinüberspielen in die Zukunft naturgemäß bei der direkten Fortpflanzung von einem Geschlecht auf das nächste hervor: in erster Linie wollen die Eltern bei ihren Kindern in gutem Andenken fortleben. Das erste Gebot dieses Triebes und zugleich eine Pflicht gegenüber dem Stamme und der Gattung ist es, daß die Eltern gesunde, tüchtige Kinder in die Welt setzen, nicht aber durch die Fortpflanzung von Krankheit und Entartung Elend und Unglück über die Nachwelt bringen. Und doch — »wenn man die Gewissenlosigkeit betrachtet, mit welcher oft Kinder von Kranken, siechen und hoffnungslosen Menschen erzeugt werden, und sieht, wie die kranken und elenden Kinder nicht nur sich, sondern auch den eigenen Eltern zur Last fallen, so kann man nicht im Zweifel sein, ob man sich mehr über die Torheit oder die Schlechtigkeit der Menschen wundern soll.« (Woltmann). Hier steht der Mensch eben noch auf der Stufe des rein tierischen Geschlechtstriebes, der durch jenes rein menschliche Bedürfnis nach ehrenvoller diesseitiger Ewigkeit noch nicht veredelt ist.

Gerade dieses Sehnen nach Ewigkeit, dieses Sich-selbst-korrigieren durch den Gedanken an das Urteil der Nachwelt, an die Emporentwicklung des eigenen Ichs und der künftigen Generationen ist aber der Träger alles Idealismus, der Hort alles menschlichen — geistigen Aufstieges. Nur vorwärts schauend, über das kurze körperliche Dasein hinausblickend, wirken wir wahrhaft Großes. »Formt in euch ein Bild, dem die Zukunft entsprechen soll, und vergeßt den Aberglauben, Epigonen zu sein!« Das ist der Weg, nicht zum Übermenschen, wohl aber zum Vollmenschen, zur harmonischen, abgerundeten, starken Persönlichkeit, die auf der Menschheit lichten Höhen wandelt. Und findet nicht schließlich die Menschheit ihre Selbsterfüllung in diesen ihren Höhepunkten — nicht etwa in der allgemeinen Nivelierung des breiten, platten Durchschnittsmenschentums? Formt in euch ein Bild, dem die Zukunft entsprechen soll, und führt euch und euer Geschlecht diesem Idealbild entgegen! Das ists, was auch der Gattungsegoismus verlangt, nicht ein Verzicht auf Selbständigkeit, ein Untertauchen in das große Meer des allgemeinen Durchschnitts, sondern die Selbsterhebung der Persönlichkeit und das Emporheben berufener Teile über das große Ganze, der Aufstieg der Tüchtigsten, der Individuen sowohl wie durch ihre Vermittlung der Geschlechter und Nationen.«

Oft genug spielen im weltpolitischen Machtstreben die wirtschaftlichen Momente nur eine Nebenrolle; die Hauptrolle fällt dem reinen Machthunger an sich, wie wir ihn ja auch in früheren Zeiten bei der Aufrichtung von Weltreichen durch Spanien, Portugal, weiter zurück durch Rom, durch Alexander den Großen neben materialistischen Bereicherungswünschen vorherrschend gesehen haben. Selbst im heutigen Amerika darf man das ideele Moment im Machtstreben durchaus nicht unterschätzen. Wenn sich der Engländer in Übernahme altbiblischer Gedanken als das von Gott auserwählte Volk fühlt, das zur Herrschaft über die ganze Erde berufen ist, dann hat der Amerikaner seinerseits neben all dem Dollarismus, der sein Denken und Trachten beherrscht, doch das ungeheuere Überlegenheitsgefühl einer Gelddemokratie, in der die Multimillionäre doch durchaus die Herrschaft besitzen; dieses Gefühl der Überlegenheit spielt eine große Rolle in der ganzen amerikanischen Politik, eine Rolle, die vielleicht kaum zurücksteht hinter den rein wirtschaftlichen Momenten.

Wir übersehen zu sehr dieses ideelle Moment, dieses reine Machtstreben und halten uns zu ausgeprägt an die materielle Auffassung geschichtlichen Werdens. Der Materialismus, die materielle Geschichtsauffassung, die aus rein wirtschaftlichen und nur wirtschaftlichen Gründen alle Weltpolitik und Weltgeschichte erklären will, ist ja insofern deutschen Ursprungs, als sie der Lehre von Karl Marx entspricht. Es sei aber nicht übersehen, daß Karl Marx sein Hauptwerk garnicht auf deutschem Boden, sondern auf englischem Boden (in London) geschrieben hat; immerhin hat seine Lehre auf weite Kreise, vor allem in Deutschland, gewirkt, und im Hinblick auf den vergangenen Krieg kann man das geradezu als das tragische Verhängnis Deutschlands betrachten.[1])

Wer weltgeschichtliches Werden und weltpolitisches Streben begreifen will, muß in Erdräumen denken können. Deshalb aber darf die Politik sich nicht darauf beschränken, nur in den Erdräumen zu denken, nur den Boden zu berühren und Land und Leute voneinander zu trennen; ein Fehler, der oft genug gemacht wird. Wenn in der allgemeinen Erdkunde Länderkunde und Völkerkunde ein Ganzes sind, so hat besonders die politische Erdkunde zu fußen auf der innigen Verquickung, auf der gegenseitigen Wechselwirkung von Volk und Boden. Wenn man sich befleißigt, von politisch-geographischen Grundanschauungen aus den weltpolitischen Bestrebungen nachzugehen, dann vor allen Dingen muß man neben den physiologischen Bodenverhältnissen die psychologischen Eigenschaften der Völker durchaus mitberücksichtigen. Das ausgesprochen weltpolitische Streben wird in der Regel beide Teile umfassen: Materielle Bestrebungen, die sich mehr auf die Ausbreitung der Herrschaft über einen bestimmten Boden richten, und ideelle Triebkräfte, die unabhängig sind von den Landräumen, die das Streben des Volkes weit über alle Länder hinauslenken.

In früheren Jahrhunderten und Jahrtausenden sehen wir weltpolitisch sich ausbreitende Mächte, Weltmächte im eigentlichen Sinne, die ihre

1) Vgl. meine Schrift: »Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft«. Zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1920.

ganze, der Zeit bekannte Welt beherrschen konnten, weil die nur eine ziemlich enge war, Weltmächte, deren eigentliche Triebkräfte durchaus nicht nur das Streben nach materiellen Reichtümern waren, sondern in vielleicht wesentlich höherem Grade der eigentliche Machttrieb, also etwas mehr Ideelles als Materielles. Die Weltmächte des Altertums, des Mittelalters, der Entdeckerzeit und der Neuzeit — nirgends werden wir bei ihnen eine strenge Scheidewand aufrichten können zwischen nur materiellen und nur ideellen Triebkräften. Es wirkte beides ineinander, miteinander und durcheinander.

Ideellen Machttrieb — wir sehen ihn bei den alten Römern, bei den Karolingern, bei den Staufern, gewiß vielfach in Mischung mit dem Streben nach Reichtümern eines Bodens, den sie nicht unter ihrer Herrschaft hatten, den sie für ihre Zwecke nutzbar machen wollten. Mehr reines Handelsstreben, also materielles Machtstreben ragt hervor bei jenen sich weit ausbreitenden Mächten, die meist von einem eng begrenzten Erdenwinkel und von einer sehr schmalen Basis sich zur See in ihrer Macht weit ausdehnen, ihren Handelseinfluß weit über die Küsten der ihnen zugänglichen Meere tragen, wie etwa bei den Phöniziern, später in Venedig und Genua, und dann bei der holländischen und der englischen Kolonialmacht. Aber anderseits haben wir auch gerade bei den großen Kolonialvölkern doch die Beobachtung, daß in reichlichem Maße neben dem Streben nach materiellem Gewinn auch idealistische Motive stehen. Denken wir an die beiden Hauptkolonialmächte der Entdeckerzeit, an Spanien und Portugal, die ihre Kolonialreiche begründenden Entdeckerfahrten ja doch ergehen ließen im wesentlichen auf der Suche nach einem neuen Wege zu Indiens Schätzen, und die bei ihren ganzen Kolonialreichgründungen doch zugleich darauf ausgingen, die Weltmacht der katholischen Kirche auszubreiten.

In der Geschichte politischen Machtstrebens können wir persönliche und kollektive Träger dieses Strebens unterscheiden: Ausbreitung der Fürstenmacht, der Hausmacht, der Kirchenmacht, in neuerer Zeit als markante Träger kollektiven Machtstrebens namentlich den Nationalismus, den Imperialismus und den Sozialismus. Diesem wird noch eine gesonderte Betrachtung zu widmen sein. Zunächst wollen wir einen Überblick werfen über die Räume politischen Ausbreitungsstrebens, wie sie aus ideellen und materiellen Motiven heraus in oft unlösbarer Mischung zu erfassen gesucht werden.

Mit zunehmender Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichtigkeit, mit vermehrter Kenntnis von der Erdoberfläche und mit steigender Ausbildung der Verkehrsmittel entwickelt sich die Großräumigkeit, in der diese Tendenzen sich betätigen. Liegt in den durch Übervölkerung oder durch feindliche Eindringlinge verursachten großen Völkerwanderungen, die sich zu verschiedenen Zeiten von Osten und Norden her in die alten Hauptgebiete europäischer Staatenentwicklung ergossen haben, eine gewisse Systemlosigkeit, ein blindes Vorwärtsdrängen ohne rechtes Bewußtsein der für die Errichtung bleibender Macht notwendigen geographischen und verkehrspolitischen Bedingungen, so sehen wir anderseits schon in frühen Zeiten der Weltgeschichte die mehr oder weniger bewußte Tendenz zur geographi-

schen Abrundung des Machtbereiches aufstrebender Staaten an der Arbeit. Insbesondere waren es ehedem Randländer des Mittelmeeres, die dahin strebten, das ganze Verkehrsgebiet dieses Meeres unter ihre Macht zu bringen. Weitere Weltmachtgelüste betätigten sich in dem Versuche einer Zusammenfassung der Landgebiete zwischen dem Schwarzen Meer und Mittelmeer einerseits, dem Indischen Ozean auf der anderen Seite. Spätere Zeiten zeigen uns die Versuche geographischer Abrundung der Machtbereiche zwischen dem Mittelmeer im Süden, der Nord- und Ostsee im Norden; auch zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und ferner rund um die Ostsee oder rund um die Nordsee.

Nachdem der Horizont der Staatsmänner und der Nahrung suchenden Völker weit hinausgewachsen war über die engen Räume Europas und der benachbarten Teile von Asien und Afrika, begann die geographische Abrundungstendenz sich entsprechend weitere Ziele zu setzen. Wie einstmals das kleine Mittelmeer zwischen den drei alten Kontinenten ihr Hauptschauplatz gewesen, so will es in unseren Tagen anscheinend jenes große Weltmeer werden, das schon ein Napoleon als das »Mittelmeer der Zukunft« bezeichnet hat.

Aber auch heute wie ehedem lassen sich zwei Grundrichtungen der geographischen Abrundungstendenz in der Weltpolitik (Weltpolitik natürlich aufgefaßt im Rahmen der jeweils vorhandenen geographischen Auffassungsgrenze, im Rahmen der jeweils bekannten Welt) nebeneinander verfolgen: einmal das Streben nach Zusammenfassung den verschiedenen Randländer eines Meeres mitsamt seinen Inseln, also die Abrundung des politischen Besitzes eines kleineren oder größeren Seeverkehrsgebietes — und daneben das Streben nach Zusammenfassung großer Landkomplexe zwischen verschiedenen Meeren — die Abrundung eines Landverkehrsgebietes. Beide lassen sich in der Gegenwart und in offensichtlichen Zukunftstendenzen der Weltmächte in jenem großen Zuge verfolgen, der unserer heutigen umfassenden Kenntnis von der Erdoberfläche und der heutigen Überwindung von Raum und Zeit durch die Entwicklung der Verkehrsmittel entspricht.

»Entsprechend der Verschiedenheit der Raumbewältigung geht die Grenzkolonisation schrittweise voran, während die Kolonisation über See sich sprungweis bewegt. Historische Aktionen, die auf rasche Bewältigung großer Massen angewiesen sind, suchen ja überhaupt immer das Meer in ihre Dienste zu ziehen. Die Überseekolonisation hört dann auf, wo die Landkolonisation anfängt. Denn wenn die Küste eines neuen Landes erreicht ist, beginnt erst diese andere Art von Kolonisation, die vom Küstenstreifen aus Schritt für Schritt ins Innere vordringt. Freilich hat auch sie noch vor der Kolonisation, die rein zu Lande vorschreitet, den Vorzug der reichlicheren Zufuhr von Auswanderern. Sibirien dürfte in keinem einzigen der letzten 60 Jahre auch nur den zwanzigsten Teil der Einwanderer wie Nordamerika empfangen haben. Die Volkszahl Sibiriens ist heute ein Sechszehntel von der Nordamerikas. Der ozeanische Verkehr der Atlantischen Golf- und pazifischen Staaten stärkte den Zusammenhalt der Vereinigten Staaten, von denen Ernst Kapp in der ‚Vergleichenden Erdkunde' sagt: die

große Republik ist ein ozeanisches Fahrzeug ohne historischen Ballast. Im engen Rahmen des Mittelmeeres hat die Beschleunigung des Verkehrs über Wasser schon früh belebend auf die Verbindung der rings um dieses Becken zum Teil am äußersten Horizont gelegenen Länder zu einem Ganzen durch Handelskolonien gewirkt. In der vorgang- und beispiellosen Organisation der Weltherrschaft Roms auf Grund der Eroberungskolonisation wurde dann der Erleichterung der inneren Verbindung der Teile des Reiches durch das Mittelmeer eine große Aufgabe zugewiesen. Auch eine Macht wie die britische ist nur durch ihre Zerstreuung über verschiedene natürlich miteinander verbundene Meere zusammenzuhalten. Die große Ungleichartigkeit ihrer Teile würde mit den schwerfälligeren Landverkehrsmitteln bei so weiter Zerstreuung den Zusammenhalt unmöglich gemacht haben« (Ratzel).

Das Streben nach Ausbreitung der Herrschaft über das Verkehrsgebiet des Mittelmeeres tritt deutlich bereits vor drei Jahrtausenden in den ausgedehnten mediterranen Kolonialgründungen des Phönizierreiches zutage. Später sind es die Griechen, die namentlich den Ostteil des Mittelmeeres zu umfassen suchen, aber auch ihrerseits mit Kolonialgründungen nach dem westlichen Teil hinübergreifen. Es folgt in der Zeit der Perserkriege das Ringen um das Bereich zwischen dem Adriatischen und dem Persischen Meer; zunächst der Versuch der Perser, sich in den Verkehrsgebieten des östlichen Mittelmeeres festzusetzen, und als Rückschlag der Zug des Großen Alexander, der seine Herrschaft bis Indien auszudehnen trachtete. Eine neue Phase der Mittelmeergeschichte nimmt sodann ihren Ausgang von Rom, beginnend mit der einheitlichen Zusammenfassung der Apenninischen Halbinsel, fortschreitend über den Kampf um das benachbarte Sizilien, weiter ausgedehnt zunächst über die Randländer des westlichen Mittelmeeres und alsbald auch durch die römischen Kriegszüge nach der Balkanischen Halbinsel.

Rom, aus den paar Quadratkilometern seiner Anfänge heraus zuerst die 300 000 qkm Italiens, dann die 1 100 000 qkm Iberiens und Galliens umfassend, und so weiter wachsend, trieb weder ein abstrakt politischer Landhunger, noch auch bloß das Streben nach Gewinnung neuen Koloniallandes. Das leitende Motiv war die Gewinnung von Boden und Reichtum für das Volk, von Macht für den Staat. Nach Gallien führte wohl ebenso sehr die früh gewonnene Schätzung seines trefflichen Ackerbodens, besonders in der italienähnlichen Provinzia (Provence), wie rein politische Gründe. Die Untrennbarkeit dieser Aufgaben erkannt zu haben, ist der Fortschritt in diesem Staatenwachstum. Ein Bezirk wurde immer der Reihe nach Kolonie, dann gleichberechtigtes Glied des Ganzen, dann Mutterland neuer Kolonien. Und so überzog dieses Wachstum alle die kulturlich tiefer stehenden, weniger bevölkerten Gebiete im ganzen Bereich des Mittelmeeres: Eroberung als Beginn oder Eroberung als Ergebnis. Wenn aber die Kolonisation der Eroberung nicht rasch genug nachkam, dann entstand ein Zustand wie im römischen Germanien, dessen Geschichte Militärgeschichte war, und darüber nicht wesentlich hinauskam.

Das Vordringen der germanischen Stämme aus dem Norden veranlaßt die neue Weltmacht am Mittelmeer auch zu nördlicher Expansion. Gegen

die Grenze der christlichen Zeitrechnung sehen wir die Abrundungstendenz der römischen Weltmacht in ihrer Betätigung über das Mittelmeer hinaus bis zum Atlantischen Ozean, zur Nordsee und zum Schwarzen Meer.

Einige Jahrhunderte später ist es die Welt des neu gegründeten Mohammedanismus, die eine Zusammenschließung weiter Landgebiete vom Indus bis zum Kaukasus und durch den Norden Afrikas bis hinüber nach Spanien und Süd-Frankreich vollzieht.

Dem Zusammenschluß dieses langgestreckten Länderstreifens folgt, der islamitischen Welt weiterhin vielfach entgegentretend, die neue, diesmal vom Norden ausgehende Tendenz, die Lande zwischen Nordsee und Mittelmeer einheitlich zu umschließen, betätigt durch die Konsolidierung des Karolingerreiches und die Züge des Großen Karl nach Italien und Spanien auf der einen, gegen die Slaven und Dänen nach der anderen Seite. Alsbald sehen wir auch die Randländer der Nordsee und Ostsee aufrücken in das weltpolitische Getriebe damaliger Zeit; sehen das Streben der Dänen, durch Aufrichtung ihrer Herrschaft über England ein großes Nordseereich zusammenzufassen; sehen die Normannen auf ihren kühnen Zügen, die ihnen womöglich alles Land um die Nordsee und Ostsee in geschlossenen Besitz bringen sollen.

Deutsche Zerrissenheit in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges veranlaßt einige Jahrhunderte später den Schwedenkönig, unter dem Deckmantel der Beihilfe am Religionskriege abermals territoriale Abrundungspläne rings um die Ostsee erfolgreich zu betätigen. In Mitleidenschaft gezogen wird bei diesem Vorstoß von Norden her das Polenreich, dem es unter den Jagellonen gelungen war, einen breiten Landstreifen zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer zu einer politischen Einheit zu machen.

Gegen die Nachfolger Gustav Adolfs weiß Peter der Große Rußlands Drang nach Schaffung einer neuen Ostseemacht durchzusetzen; und es beginnt damit die Geschichte jener beispiellosen Ausbreitung eines kompakten Territorialreiches zwischen dem Schwarzen und dem Weißen Meer, der Ostsee und dem Großen Ozean — eines Reiches, das über diese Meergrenzen hinaus beständig auch nach dem Norden des Atlantischen Ozeans und nach dem Indischen Ozean sowie nach dem Mittelmeer tendiert.

Erst der Anfang des 18. Jahrhunderts bringt mit der endgültigen Vereinigung von England und Schottland die Festigung eines insularen Stammreiches, von dem aus in der Folgezeit die größten überseeischen Ausbreitungsbestrebungen ihren Weg nehmen. Nunmehr verkörpern England und Rußland die beiden gegensätzlichen Grundrichtungen ausbreitungslustiger Weltpolitik in geographischer Beziehung: England den Drang übers Meer, Rußland den Drang ans Meer. Rußland gliedert immer neue Landmassen an seine kompakten Landmassen an; es sucht vom Binnenlande aus nach allen Richtungen die Küste zu gewinnen — England geht in großen Etappenstraßen über das Meer und dringt von den Küsten aller Meere in das Binnenland der verschiedenen Erteile hinein. Inseln und einzelne Hafenplätze bilden die Stützpunkte seiner weltpolitischen Expansion; und erst nach und nach greift es von den Hafenplätzen aus über weitere Landräume um sich, bis es dann schließlich in Nordamerika, Australien, in Süd-Asien und

durch Afrika hindurch auch seinerseits übergeht zu einer Annäherung an die russische Art der Expansion über große Landmassen von Meer zu Meer. So durchdringt es den ganzen fünften Erdteil; durchdringt es Nordamerika von Ost nach West; strebt es, seinen südasiatischen Besitz immer kompakter zu gestalten; und in Afrika, nach beständiger Erweiterung vorwiegend des südafrikanischen Besitzes, schließlich unter der Marke »Vom Kap bis Kairo!« die entlegensten Küstengebiete des schwarzen Erdteils in einheitliche politische und Verkehrsverbindung untereinander zu bringen.

In dem Maße, in dem das übersee-expansive England zu einem auch festland-expansiven England wird, läßt es internationale Reibungsflächen entstehen und sich ausbreiten. Bei Erwähnung dieser Reibungsflächen pflegte man zunächst — vom Standpunkte moderner Weltpolitik — an die russisch-englischen Gegensätze in Asien zu denken; es gebührt aber auch der Vergessenheit entrissen zu werden, daß in früheren Zeiten solche Reibungsflächen zunächst insbesondere geschaffen wurden zwischen dem ausbreitungslustigen England und dem nicht minder ausbreitungslustigen Frankreich.

Das Austragen der dieserart entstandenen Gegensätze beherrscht in hohem Grade die weltpolitischen Vorgänge während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Im fernen Westindien bereiten die englisch-französischen Seeschlachten, die den englischen Landsiegen in Kanada folgen, die Errichtung der englischen Vorherrschaft zur See vor. Zu gleicher Zeit beginnt England — unter geschickter Benutzung der militärisch-politischen Bindung der europäischen Kontinentalmächte durch den Siebenjährigen Krieg — den Grund zu legen zu dem großen ostindischen Kolonialreich. Hier weiß es sich Ersatz zu schaffen für den schweren Verlust, der seiner festländischen Machtstellung in Nordamerika bereitet wird durch den Freiheitskrieg und die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Nicht zufrieden mit dem ostindischen Ersatz für das in Nordamerika verlorene Gebiet, beginnt es in unmittelbarem Anschluß auch Australien von Süden her zu durchdringen. Das Ende des 18. Jahrhunderts sieht dann auch das britische Banner über dem bisher holländischen Besitz der afrikanischen Südspitze, wie denn überhaupt England mit seiner überseeischen Ausbreitung, nach dem älteren Muster der Pyrenäischen Halbinsel, namentlich den Spuren der Niederländer gefolgt ist.

Wenn wir geographisch die Hauptmächte der Übersee- und Überlandexpansion scheiden, so werden wir als markante Beispiele herauszuheben haben für die

Überlandexpansion: Persien, Mazedonien, Rom, Völkerwanderung, Reich Karls des Großen, Türken, Tartaren, Deutsch-Ritterorden, Haus Habsburg, Haus Hohenzollern, Rußland.

Übersee-Expansion: Phönizier, Griechenland, Spanien, Portugal, Holland, Dänemark, England, Japan.

Sozusagen »amphibisch« arbeiteten die Hanse und Frankreich. Neigungen zur Übersee- neben der Überlandexpansion betätigte ferner wiederholt das Haus Hohenzollern. In den Vereinigten Staaten und in Japan sehen wir nebeneinander Festlandparteien, die sich dort auf die Monroe-

doktrin zurückbeziehen, hier die Kolonisation auf dem asiatischen Festland bevorzugen wollen, und Inselparteien, die hier wie dort die Kolonisation vornehmlich auf die pazifische Inselwelt hinaustragen wollen.

Gehen wir umgekehrt von den geschichtlichen Hauptepochen aus, ihre Einordnung unter geographischen Gesichtspunkten der Machterweiterung verstanden, so mögen die folgenden Erscheinungen hervorgehoben sein.

Das altegyptische Reich dehnte sich vor 5000 Jahren am Nil aus. Es erweiterte sich zu Lande über Syrien nach den Stromgefilden des Euphrat, wo die noch ältere babylonische Kultur ihren Sitz hatte, und zu Wasser durch Schiffahrt nach Südarabien.

Gleich Egypten und Babylon waren die in frühester Zeit zur Macht gelangten Reiche China und Indien Großstromländer.

Das erste ausgesprochene Seefahrer- und Kolonialvolk finden wir an der Ostküste des Mittelmeeres in Phönizien, von wo sich die Seefahrt über die nahe Inselwelt hinaus bis Sizilien, Spanien, Westafrika, England und in die Ostsee erstreckte. Daneben unterhielt das phönizische Händlervolk Karawanenverkehr zum Euphrat und darüber hinaus.

Ähnlich den Phöniziern waren die Griechen ein Seefahrervolk und ein Volk kolonisatorischer Überseeausbreitung bis ins Asowsche Meer, nach Afrika, Italien, Spanien und zur gallischen Küste.

Die Persermacht dehnte sich als Landmacht einerseits bis ins innerste Asien, anderseits zur unteren Donau und nach Egypten, betrat aber auch das Meer, lieferte große Seeschlachten und baute den Schiffskanal am Fuß der Halbinsel Athos.

Von Mazedonien zog Alexander der Große zu Lande nach Egypten, Persien, Indien, hier zum Bau zunächst einer Stromflotte übergehend, die dann aber auch in den Ozean ausläuft und im Persischen Meer bis zur Euphratmündung vordringt.

Rom, gegründet als Kolonie am Umschlagplatz der Tibermündung für Seefahrzeuge, entwickelt sich in der Selbständigkeit zunächst durchaus als Landmacht, führt seit etwa 300 v. Chr. aber auch Seekriege und erzwingt durch seine Seesiege die Entscheidung über Karthago auf afrikanischem Boden. Nach der Episode gewaltiger Überlandexpansion der Cimbern und Teutonen, die von den Gestaden der Nord- und Ostsee bis über die Alpen und Pyrenäen vordringen, nimmt Pompejus die nach dem Fall Karthagos vernachläßigte römische Seefahrt wieder auf, da inzwischen das Mittelmeer durch Seeräuber verseucht war. Die weitere römische Kolonialgeschichte spielt sich aber wiederum als Überlandexpansion ab.

Vom Großstromgebiet der Wolga nimmt die Völkerwanderung ihren Ausgang, die zur Donau und an den Rhein, nach Italien und Spanien, Afrika und Britannien vorstößt.

Landexpansion treibt um das Jahr 700 das Reich der Kalifen rund um das Mittelmeer, Landexpansion um 800 das Reich Karls des Großen, der allerdings an der Nordseeküste auch zum Flottenbau gegen die Normannen schreitet, die große Seemacht der nächsten Jahrhunderte. Von Skandinavien aus gründen schwedische Waräger, über die Ostsee ziehend,

Rußland und stoßen bis Konstantinopel vor; von Norwegen aus ziehen die Wikinger nach Island, Grönland, Neuengland. Das normannische Reich sendet Ausläufer ins Mittelmeer (Unteritalien und Sizilien), und Normannen nehmen starken Anteil auch an den Kreuzzügen, die sich teils zu Lande, teils zur See vollziehen.

Zur gleichen Zeit dehnt sich der Handelsstaat der deutschen Hanse von Bremen bis Reval an der Nord- und Ostseeküste, macht seinen Einfluß in London geltend und gründet anderseits Niederlassungen im Herzen Europas an den großen Stromwegen, bis nach Breslau und Nowgorod.

Im 15. Jahrhundert setzt die Zeit der Ozeanfahrer ein, der Spanier westwärts, der Portugiesen um Afrika ostwärts. Ihren Kolonialgründungen in Amerika und am Indischen Ozean folgen nach 1600 die Holländer, die ostindischen Inseln und die Etappe Kapstadt besetzend, zeitweise auch nach Brasilien hinübergreifend. Nach ihnen nimmt nach Besiegung der spanischen Armada England den Kampf auf, in langem, zielbewußtem Ringen das Erbe spanischer, holländischer und französischer Kolonien antretend, seit dem Frieden von 1763 die erste Seemacht.

Aus der Zwischenzeit wäre die zeitweilige Überlandexpansion Polens von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, die vorübergehende Umrundung der Ostsee durch Schweden und der Beginn der russischen Ausbreitungspolitik hervorzuheben. Die Zeiten seit Napoleon I. leiten in die später zu betrachtenden Gegenwartsströmungen der Weltpolitik über.

2. Das Streben nach geistiger Machtausbreitung.

Wenn das Zeitalter des Materialismus in seltsamer Weise verkannt hat, daß der Machtgedanke an und für sich kein materielles, sondern ein ideelles Streben bedeutet, so erscheint das um so eigenartiger, als der die materialistische Geschichtsauffassung tragende Sozialismus seinerseits ja doch selbst eine Weltherrschaft über die Geister erstrebt, also allen Anlaß hätte, idealistische Triebkräfte des Weltherrschaftsstrebens anzuerkennen. Aber freilich — sein eigener Kampf um die Weltidee entartet höchst materialistisch, da das Streben nach Durchsetzung der sozialistischen Weltanschauung ausgeprägt wird zum Verlangen nach Allmacht des Proletariats, d. h. nach dem materiellen Sieg eines Standes über die anderen im internationalen Klassenkampf.

Weltmachtstreben eignet letzten Endes mit innerster Notwendigkeit allen religiösen und allen sozialen Bewegungen großen Stils. Genauer betrachtet, werden wir dabei freilich überhaupt nicht zu scheiden haben zwischen religiösen und sozialen Bewegungen — denn religiöse Bewegungen sind soziale und soziale Bewegungen sind religiöse.

Zwei Grundarten von Religion werden wir — politisch betrachtet — zu unterscheiden haben: Die Religion als Stütze der herrschenden Kaste und die Religion als Waffe oder als Trost der Beherrschten, der Unterdrückten. Zur Sicherung ihrer Herrschaft über die Masse erheben sich die Cäsaren in jeder Gestalt zu Göttern oder mindestens zu Oberpriestern der von ihnen auf Erden vertretenen Gottheit. Das Gottesgnadentum und die Eigenschaft des Herrschers als summus episcopus hat sich in verhält-

nismäßig wenig veränderter Form durch die Jahrtausende erhalten. Als im katholischen Mittelalter die Rolle der Kirchenfürsten und der deutschen Reichsfürsten getrennt war, gab es den steten Kampf zwischen Papsttum und Kaisertum, der bis zur Absicht Kaiser Friedrichs II. führt, den Islam anzunehmen, um auf diesem Wege dem Streit zu entgehen und seine geistliche Gewalt aufzurichten. In England haben die beiden Cromwell, der eine als Begründer der anglikanischen Kirche, der andere als Puritaner wesentlich Anteil an der Belebung jenes britischen Geistes, der abseits jeder äußeren kirchlichen Abhängigkeit dem religiösen Glauben an die »Auserwähltheit« des eigenen Volkstums ähnlich dem alttestamentarischen des Judentums huldigt. Diese religiöse Auffassung ist eine ungeheuer wichtige und ernste Stütze britischen Weltmachtstrebens.

Der Ursprung der großen Weltreligionen jedoch liegt nicht im Bedürfnis der Herrschenden nach Sicherung und Erweiterung ihrer Macht durch das Gepräge des Göttlichen, sondern umgekehrt im sozialen Kampf der unteren Volksschichten, in ihrem Ringen nach Trost, Hoffnung und Erhebung. Wenn wir heute von der Religionsübung, dem Gottesdienst, in übertragenem Sinne »Erhebung« verlangen, so vergessen wir leicht, daß die Religionsschöpfer ihren Anhängern entweder unmittelbare soziale Erhebung verhießen, oder aber sie auf die Erhebung über die Reichen und Mächtigen dieser Erde in einem besonderen Jenseits verwiesen.

Nachdem das Zeitalter der sogenannten »Aufklärung« sich religionslos gegeben, wobei es in Wahrheit nur die »Göttin der Vernunft« auf den Altar setzte, d. h. aus überheblichem Stolz über das bescheidene Maß menschlichen Wissens vom äußeren Bau der Welt einen platten Eitelkeitskultus trieb — erhob sich recht bald wieder das Bedürfnis der Massen nach Religion. Es wurde gestillt durch Zurückgreifen auf den kommunistischen Zug alter Religionen mit der Abweichung, daß nunmehr nicht die Vertröstung auf ein »besseres Jenseits« beliebt wurde, sondern die verheißungsvolle Ausmalung eines besseren Diesseits in Gestalt des sozialistischen Zukunftsstaates! Wenn der Sozialismus kein religiöses Gepräge für sich beansprucht, so ist er doch mindestens aufzufassen als Religions-Ersatz. Sein Nachfolger, der Bolschewismus, trägt die religiösen Züge in sehr beträchtlichem Maße. Er vereinigt die urchristlichen Ideen und das Apostelsystem (»Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker«) mit dem islamitischen System der Glaubensausbreitung durch die Gewalt des Schwertes. Und er schreibt auf seine Fahne ausdrücklich das Verlangen nach unumschränkter Weltherrschaft — zu Gunsten der »Mühseligen und Beladenen«.

Geographisch betrachtet, haben die großen Weltreligionen ihren Ursprung durchweg auf asiatischem Boden. In ihrem eigentlichen Ausgang gehen sie wohl durchweg auf Indien zurück, in mannigfachen Abwandlungen ausstrahlend nach Ost- und nach Vorderasien, von wo aus die Umformungen dann wieder ihren Weg nahmen rings um das Mittelmeer und tief hinein in die Nachbargebiete seiner Randländer. Das Christentum speziell, auch seinerseits auf indischen Vorbildern fußend, fand im Laufe der Jahrhunderte höchst verschiedenartige Ausbildung in den südlich-romanischen, den nördlich-germanischen und den östlich-slavischen Ländern.

Ursprünglich gegen die herrschenden Kreise des Judentums gemünzt, erfuhr es, begünstigt durch die traditionelle Anknüpfung an das alte Testament, besonders in seiner britischen Umformung eine Rückbildung zur Annäherung an jüdische Denkweise (»auserwähltes Volk«), die manches dazu beigetragen haben mag, daß in Amerika und in England die Assimilierung des Judentums größere Fortschritte gemacht hat, als sonst irgendwo — eben als Assimilierung auf Gegenseitigkeit, die durch das Vorherrschen des Händlergeistes auf beiden Seiten erleichtert wurde.

Gerade im Judentum finden wir das Streben nach geistiger Machtausbreitung — nicht nur nach materiellem Einfluß — außerordentlich verbreitet und hervorstechend. Wir verwiesen schon im vorigen Abschnitt auf die staatlose Weltpolitik der stammes- und rassebewußten Juden, die ihre Macht über die ganze Erde zur Ausbreitung bringen möchten. Die Einflüsse, die ihnen hier zu Gebote stehen, sind außerordentlich groß. Wer einigermaßen das internationale Pressewesen kennt, weiß, daß es in erster Linie jüdische Journalisten sind, die den Kultureinfluß kontrollieren in der Kunst- und Theaterkritik, den politischen Einfluß kontrollieren durch die Leitartikel der verbreitetsten Tageszeitungen, und den wirtschaftlichen Einfluß an der Börse selbst. Die intensive Durchsetzung ihres Einflusses ist besonders bemerkbar in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft, der sie auch den Vater der materialistischen Geschichtsauffassung geliefert.

Nationalökonomen jüdischen Ursprungs, wie David Ricardo und Franz Oppenheimer, sind die Väter der Lehren, die das Grundkapital, oder wie Karl Marx und seine Nachfolger, die das Industriekapital für alle sozialen Schäden verantwortlich machen. Es ist sehr bemerkenswert, wie durch diese Ablenkung der Massengegnerschaft gegen Grund- und Industriekapital das mobile Leihkapital geschont und entlastet, der sozialpolitischen Beobachtung ungebührlich entrückt wird. In nicht jüdischen religiösen Bewegungen findet sich gerade die Neigung zum Angehen gegen dieses, vorwiegend in jüdischen Händen befindlichen mobilen Leihkapitals, so zur Zeit Christi und Luthers. Dagegen wendet sich der — ja großenteils jüdisch geleitete — Bolschewismus wiederum gegen das Grund- und Industriekapital (Sozialisierung des Bodens und der Fabriken).

Der weltpolitische Einfluß des Judentums in Richtung geistigen Machtausbreitung stützt sich vornehmlich auf das Logenwesen, und zwar sowohl auf die rein jüdischen Logen (Bney Briß), wie auf die ihm zugänglichen Freimaurerlogen der Westmächte, die ein voll gerüttelt Maß von Anteil an der Einkreisungspolitik des von ihnen besonders hochgeschätzter Eduard VII. gegen Deutschland, das Land der politischen Einflüssen wenig zugänglichen Logen, hatten.

Dieser überaus mächtige Einfluß der westlichen Logen wetteifert mit dem Einfluß des katholischen Jesuitenordens, gleichfalls einer Verkörperung staatloser Weltpolitik auf geistiger Grundlage! Freilich hat ja die katholische Kirche ihren Kirchenstaat, aber diese ganz verschwindend enge Basis spielt gar keine Rolle im Verhältnis der Ausbreitung ihrer Macht, die abseits einer staatlichen Machtentwicklung über den Boden eine reine

Machtausbreitung über den Geist der Völker war. In anderen Fällen hatten große religiöse Bewegungen auch ihrerseits engere Verbindung mit materieller Weltpolitik; beispielsweise verquicken sich die Ausbreitungszüge des Islam in gewissem Umfange auch mit Handelspolitik. Im großen und ganzen aber neigen die religiösen Bewegungen, neigte insbesondere das Christentum von der Zeit seiner ersten Ausbreitung bis hinüber in die spätere Zeit doch zu jener rein ideellen Weltpolitik, die sich um die Staatengrenzen und deren Erweiterung wenig bekümmert.

Immerhin war zu allen Zeiten die römische Kirche eine starke politische Förderin der ihr anhängenden Staaten, und der Ritterorden stellte sogar ähnlich dem Islam eine ausgesprochene Verknüpfung materieller Kolonisationspolitik mit ideeller Ausbreitung der Geistesmacht dar.

Als Streben nach geistiger Machtausbreitung haben wir in der Gegenwart vor allen Dingen, das sei nochmals betont, die soziale Bewegung des Bolschewismus zu bewerten. Sie trägt aber in solchem Grade den Charakter einer modernen Weltmachtsbewegung ausgesprochenster Art, daß wir sie füglich nicht diesen mehr rückschauenden Betrachtungen, sondern späteren Ausblicken einzureihen haben werden.

Das Streben nach geistiger Machtausbreitung kennt keine geographischen Grenzen; es ist geographischer Betrachtung wesentlich nur insofern zugänglich, als es sich auch seinerseits auf die Ausbreitung in der Richtung des geringsten (geistigen oder auch machtpolitischen) Widerstandes angewiesen sieht. Gleichwohl darf es auch im Rahmen der politischen Geographie nicht übergegangen werden, da es einen der größten psychologischen Faktoren der Weltpolitik darstellt.

Die vorstehenden Betrachtungen seien schließlich ergänzt durch die Ausführungen Ratzels über die Rolle der Religion im staatspolitischen Leben: Alle alten Staaten sind Theokratien. So wie dort die Geisterwelt das ganze Leben jedes einzelnen beherrscht, ist auch das der Völker mit ihr auf das engste verflochten, und der Fürst würde ohnmächtig sein, wenn er nicht in enger Verbindung mit den geistigen Mächten stünde. Keine Dynastie, die sich nicht göttlichen Ursprung beimäße; kein Fürst oder Häuptling, der nicht schamanistische Talente besäße oder der erste der Priester wäre. Unser Gottesgnadentum und Landesbischoftum ist nur eine schwache Nachdämmerung dieses Zustandes, zu dem es sich verhält wie das Christentum als Staatsreligion zur fetischistischen Vergötterung der Seele eines mächtigen Zauberers. Wo weder rein politische Macht noch der Handelsverkehr über die engen Grenzen des Familienstammes hinausgreifen, befestigt und erweitert die Zauberkraft eines Häuptlings den Machtbereich.

Von dem Augenblick an, wo der Ahnengeist, dem der einzelne Hausstand opfert, die Verehrung einer größeren Zahl von Stammesgenossen auf sich zieht, bildet er einen neuen Mittelpunkt für den Stamm. Es wird ganz von selbst so kommen, daß die Gruppe, die einen so wirksamen Ahnengeist besitzt, auch in den politischen Mittelpunkt rückt. Diese Macht zu benützen, um auf rein weltliche Verhältnisse zu wirken, liegt ihr natürlich sehr nahe. Es erscheinen Gesetze, die sich als Eingebungen eines höheren

Wesens eine ganz andere Befolgung sichern als die weltlichen Gebote und Verbote. Das Tabu der Malayen und Malayo-Polynesier ist eines der besten Beispiele. Viel wesentlicher aber ist der Zuwachs an Regeln und Geboten für das Leben der einzelnen und der Gesellschaften, die weltlichen Gesetzen die Befolgung sichern, indem sie sie zu göttlichen Eingebungen erheben; kommt nun dazu, daß geweihter Boden das Heiligtum umgibt, dessen Bezirk unverletzlich wird und wird dann Land angewiesen, dessen feste Einkünfte aus Äckern, Weiden, Wäldern und Fischereien dem Opferdienst gewidmet werden, so ist der geistliche Staat im weltlichen fest begründet. Die Zeugnisse Bakers und Emin Paschas zeigen uns, wie der ursprünglich kleine Baristamm der Liria an Einfluß zunahm und über seine Grenze hinauswuchs, als zwei aufeinanderfolgende Häuptlinge, die allerdings gleichzeitig große Räuber waren, sich als Regenmacher hervortaten. Auch die Mana der Melanesier ist ein Geistiges, das der politischen Ausbreitung vorhergeht.

Große politisch wirksame Ideen haben sich bis in die neueste Zeit in der Form der Religion verbreitet. Nicht bloß das Mittelalter hat mit dem Kreuze in der Hand Staaten gegründet, wobei sich zeigte, daß, wenn eine geistliche Macht weltlich im politischen Sinne wird, sie mitten in der Zerrissenheit über eine wahrhaft moderne Machtfülle gebietet; so der deutsche Orden in Preußen. Irland ist ein glänzendes Beispiel für die rasche und durchgreifende kirchliche Organisation, der die weltliche in keinem Zeitalter ebenbürtig war. Sämtliche Staaten Amerikas trugen neben dem wirtschaftlichen einen religiösen Keim in sich und dieser hat sich oft viel rascher entfaltet als jener. Keine englische Kolonie, an deren Wiege nicht Missionare gestanden. Überall zeichnet sich die geographische Verbreitung der Religion durch Raschheit und schnelle Einwurzelung aus, da sie sich mehr an das gleichmäßiger verbreitete Gefühl als an den Verstand wendet, mit dem die Völker ungleicher begabt sind. Nie hat sich ihre ausbreitende und einigende Wirkung klarer erwiesen als in der Zeit allgemeinen politischen Zerfalls nach dem Sturze des römischen Reiches, als alle Völker ihr Unähnlichstes in Anlage und geschichtlicher Erziehung gegeneinander kehrten, während das in Syrien geborene, in Afrika zur Weltreligion gewordene und in Italien mit den Elementen der antiken Kultur getränkte junge Christentum den schroffsten Gegensatz der Nationen und Stämme ausglich, Italien, Gallien und Germanien, ja das Morgen- und Abendland einigte. Auch Buddhismus und Islam haben die allerverschiedensten Völker Asiens und Afrikas für sich gewonnen und besonders beim Islam steht das beschränkte Ausgangsgebiet verschwindend den neun Millionen Quadratkilometer gegenüber, über die sich der junge Glaube in seinen ersten hundert Jahren, und zwar hauptsächlich in den 20 Jahren nach 630, ausbreitete. So sind überhaupt religiöse Staatengemeinschaften völkerrechtlichen vorangegangen. Jene wuchsen aus der Tiefe der Kultusgemeinschaft hervor, diese sind viel äußerlicher auf das Übereinkommen gegründet, bestimmte Formen zu beobachten.

In Afrika läßt sich am deutlichsten der Einfluß des Islam auf das räumliche Wachstum der Staaten nachweisen. Solange die europäischen Mächte nicht den größten Teil Afrikas politisch zerteilt hatten, lagen die größten

Staaten der Afrikaner in dem Verbreitungsgebiet des Islam. Die Geschichte zeigt uns auch, wieviel dauerhafter die mohammedanischen Staaten waren, die mehr durch die Gemeinsamkeit der religiösen als der politischen Interessen ihre Völker zusammenhielten, als die der angrenzenden Heidenvölker. Dort sehen wir, nicht ganz ohne Berechtigung, den Glaubensstolz mit dem Rassenstolz sich verbinden. Gehen wir über die Verbreitungsgrenze des Islam vom Sudân nach Süden, so treten wir überall, von Sokoto bis Abessinien, aus den Gebieten von Staaten, die für Afrika Großstaaten sind, in die Gebiete der Dorfstaaten der Neger über, die selten auch nur $^1/_{100}$ des alten Areales von Bornu oder Wadai erreichen.

Wenn die Verbindung zwischen einem Glauben und einem Volk so eng wird wie im Judentum, wo der Kampf Jahves mit Baal der Kampf Israels mit Kanaan war, wird doch nur für eine Zeit der expansive Charakter des siegreichen Glaubens durch die die Völker-, ja Rassenausbildung begünstigende Abschließung zurückgedrängt. Der Jahveglaube hatte unter den zersplitterndsten Verhältnissen seine zusammenhaltende Macht bewährt und entfaltete dann im Christentum plötzlich die expansive.

Der im Wesen der Theokratie liegende mächtige Expansionstrieb nimmt phantastische Dimensionen an, wenn er sich der Tatsache bewußt wird, daß theokratische Herrschgelüste, auf die Macht der Ideen gestützt, der irdischen Machtmittel entbehren und Hindernisse überwinden können, die anderen geschichtlichen Bewegungen sich breit entgegenstellen würden. Große geschichtliche Konflikte gehen aus dem Unterschied dieser überschwenglichen Raumauffassung mit der in der Zeit gegebenen hervor. Ein theokratisches Element ist es, welches das römische Kaisertum deutscher Nation sich in ausführbaren Weltumfassungsplänen abmühen ließ. Erkannte aber die praktische Politik eines deutschen Kaisers die politisch geographische Unmöglichkeit der Zusammenfassung der heterogensten Völker- und Staatenelemente, solange nicht in der Befestigung der Macht in Deutschland oder in Italien ein fester Kern gegeben war, so trat ihm die fast ausschließlich theokratische Macht des Papsttums anspornend entgegen. Der Kampf zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter ist auch ein Kampf zwischen dem an Raumumfassung damals geographisch Möglichen und Unmöglichen.

Als das römische Reich ganz unfähig geworden war, die Welt mit weltlichen Waffen zu beherrschen, trat die Kirche seine Erbschaft an. Das Christentum bändigte Barbarenvölker, die das sinkende Römische Reich nicht politisch zu unterwerfen vermochte. Das Gebiet des Christentums war unter Justinian fast genau das Gebiet des Reiches. Die Kirche fügte neue Länder hinzu, und von da an erfüllte sie den Beruf einer über politischer Zersplitterung erhabenen, umfassenden Macht, nach der ein Bedürfnis immer geblieben war. In dieser mit geistigen Waffen aufrechterhaltenen Raumüberlegenheit kam ihr das Kaiserreich nie gleich. Daß sie die Einheit über der Zersplitterung und damit das Dauernde darstellte, war ein großer Grund der allgemeinen Bedeutung Roms im Mittelalter. In der Raumauffassung war die Kirche in allen Jahrhunderten ihrer Zeit voraus. Selbst die Herausbildung einer starken nationalen Einheit, wie der

französischen, erklärt Ranke, besonders auch im Hinblick auf die Einwanderungen und Eroberungen des Mittelalters, ohne »die vereinigende Macht der Hierarchie« für unmöglich. Das Kaisertum vertrat später denselben Gedanken, aber unter um so größeren Reibungen, je näher sein Wirken der Erde, d. h. den wirklichen Ländern und Völkern bleiben mußte, deren irdische Interessen sich der Einigung nicht so leicht fügten, wie ihre überirdischen. Daß mit der Zunahme der Raumgröße der weltlichen Staaten diese Überlegenheit der Raumbeherrschung der Kirche schwinden muß, ist einer der Gründe des Rückgangs ihrer kulturlichen und politischen Bedeutung.

Wenn in dem Zerklüftungsprozeß des Deutschen Reiches die Kirche eine ihrem universalen Charakter widersprechende Rolle spielte, so war das nur möglich, weil sie in einem Zeitalter, wo Land der einzige allgemein erkannte Wert war, ihre Macht ebenfalls auf Land zu stützen suchte und durch ihre hervorragenden Diener besonders auf deutschem Boden aufs engste mit dem weltlichen Wesen in Verbindung gesetzt war. Ein auf großen Raum gerichteter Staat mußte sich an die gleichgerichtete Kirche anlehnen, denn beide waren die einzigen universalen Mächte der abendländischen Welt des Mittelalters. Ein großer Zug in der Politik der Kirche mußte ebenso das Reich unterstützen. Aber der bis zum Theokratischen gehende kirchliche Charakter des Reiches, das finanziell und geistig von den kirchlichen Mächten abhängig wurde, Geistliche als Kanzler und Gesandte, ja als Regenten und Vormünder verwandte, gab den einzelnen Trägern kirchlicher Macht zuviel weltlichen Einfluß, den sie nun ihrerseits im Boden befestigten. So trugen sie zur Zersplitterung des Reiches als Reichsfürsten bei, indem sie die Einheit der Kirche als Kirchenfürsten wahren halfen. Doch wollen wir nicht vergessen, daß auch in den Teilen, die vom Reich sich ablösten, gerade die Geistlichkeit dem Reich am längsten Treue hielt. Ein Rest dieses inneren Widerspruches liegt in der sonderbaren Verteilung der Konfessionen in Deutschland. Das religiöse Bekenntnis der Bewohner konnte unmöglich mit den politischen Veränderungen immer wieder wechseln; es blieb in den letzten Jahrhunderten bei Teilungen und Erbgängen bestehen, und so haben wir die einzelnen katholischen Dörfer in ganz protestantischer Umgebung, wie das einst kurmainzische Wendehausen in der preußischen Provinz Sachsen und umgekehrt.

Die Raumbeherrschung verbindet die Kirche mit dem Handel. Sie förderte ihn durch die Verlegung der Messen auf Heiligentage, verband Stadt und Land durch gemeinsame Schutzheilige, und im heidnischen Schweden galt Weg- und Brückenbau für ein gutes christliches Werk, in dem die Bischöfe vorangingen. Heilige als Städtegründer versinnlichen diese Verbindung. Auch die moderne Mission hat sich gezwungen gesehen, entweder selbst Handel zu treiben, oder die Niederlassung von Händlern zu begünstigen. Die buddhistischen Missionare in Japan ließen es sich ebenso wenig an der Verbreitung ihres Glaubens genügen; sie bauten Brükken, Straßen, Kanäle, ebneten Bergpässe und förderten in jeder Beziehung die Entwickelung der Hilfsquellen von Japan. Noch enger hat sich die Mission mit der politischen und wirtschaftlichen Eroberung verbunden.

Ein ganzes Reich, wie das Karls des Großen, war auf Eroberung und Bekehrung gegründet. Mission, Eroberung und Kolonisation erwarben in gemeinsamer Arbeit die slawischen und dänischen Gebiete dem Reiche; allen voran die Mission, unter dem Schutz der Waffen dann die Kolonisation. So erfüllt eine gemeinsame Arbeit der Christianisierung und Germanisierung, mit den Sachsenkriegen beginnend, das deutsche Mittelalter. Bald folgte die Mission der Waffen, wie im Friesenland, bald reichten die Bistümer über die äußersten politischen Grenzen hinaus, wie Bremen und Hamburg. Und während im Innern das Reich zerfiel, erwuchs aus der ausgesprochensten Verbindung von Mission, Eroberung und Kolonisation das deutsche Ordensland, das in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die baltische Großmacht ward. Gerade das preußische Ordensland zeigt die weitere Auffassung, mit der die Kirche auch an die Staatenbildung herantrat, während zur selben Zeit die Zersetzung in unserem Lande unaufhaltsam fortschritt.

Jedes deutsche Kloster war einmal eine blühende Kolonie in der Wildnis, wirtschaftlicher und geistiger Ausstrahlungspunkt. Bezeichnend ist die überwiegende Teilnahme der Kirche an der Urbarmachung unserer Gebirge, die nur sie in großartigem Maßstab betrieben hat. Daher eine folgenreiche Ausdehnung geistlichen Besitzes in dem Lande »intra montana« zu beiden Seiten der Alpen, mehr im eigentlichen Gebirg als in den schon besiedelten Tälern. Welche Stellung nahmen Trient, Brixen, Chur und Sitten ein, und weiter im Osten das Bekehrungskloster Innichen an der Grenze der Slovenen! Seit Ende des elften Jahrhunderts besaßen Bistümer und Abteien mehr Grund und Boden im eigentlichen Gebirgsland als die weltlichen Herren. Appenzell, Glarus, das Berner Oberland hatten geistliche Herren.

Die Schutzgötter von Sidon und Tyrus wurden von den Phöniziern über die ganze mittelmeerische Welt hingetragen. Herakles-Melkart war der Schutzherr aller tyrischen Pflanzstädte. So war die erste Tätigkeit griechischer Ansiedler der Bau eines Altars für Apollon. Seine Priester regen neue Auswanderungen an und begleiten sie, er nimmt die auf seinen Befehl Ausgesandten in seinen Schutz, und an der neuen Stätte gilt er dann als der Gründer und Führer der Kolonie. Die Heiligtümer wurden Mittelpunkte des Handels, der auf heiligen Wegen und in heiligen Häfen Ruhe fand und in den Tempeln seinen Gewinn am sichersten geborgen wußte.

3. Das Streben nach ethnographischer Zusammenfassung.

Ganz nahe verwandt dem Streben nach geistiger Machtausbreitung, wie es in den religiösen und religiös-sozialen Bewegungen zutage tritt, ist das Streben nach politischer Vereinigung des Volkstums insofern, als es meist über die Einheitstendenz hinausführt zu dem weiteren Ziel, das Gepräge des eigenen Volkstums (Sprache, Sitte etc.) auch der Umwelt und Außenwelt aufzudrücken.

Der uralte Stammesstolz im engeren Rahmen erweitert sich mit Verdichtung der räumlichen und geistigen Zusammenhänge und Vergrößerung

der politischen Machtgebilde zum Volksbewußtsein und zum Rassenstolz. Wie auch die weltumspannend gedachten Religionen immer wieder nationalisiert werden (Umbildung der Knechtsreligion zur Herrscherreligion, soziale Verschiebung der Erlöser-Apostel zur Priesterkaste), so nimmt umgekehrt der nationale Geist religiöse Eigenschaften an. Letzten Endes dünkt sich jedes lebenskräftige Volk »auserwählt«. »The world is rapidly becoming english«. »Und es soll am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen«. »Paris, le centre du monde«. Der Erlöserglaube der Russen gegenüber aller Welt. Die Durchdrungenheit des Yankees von der Unnachahmlichkeit seiner Errungenschaften — und so fort in ungezählten Abwandlungen. Als letztes Ziel erscheint stets — und könnte es anders sein?! — die Durchdringung der ganzen Welt mit dem Grundgehalt des eigenen nationalen oder rassischen Geistes und Empfindens, die Weltherrschaft der eigenen Art.

»Alldeutsch« gilt in Hunderten deutschsprachiger Blätter allerdings als eine Art Schimpfwort. Allbritisch und allslavisch aber sind Selbstverständlichkeiten! Und die »romanischen Schwesternationen« bis an die Küste des Schwarzen Meeres werden nie anders aufgerufen als zur Stütze französischer Weltmachtspläne.

Das Erwachen des Nationalismus, des Strebens nach ethnographischer Zusammenfassung, hat sich in Europa — das in seiner politischen Vielgestaltigkeit und Führerrolle zugleich hierfür eigentlich allein in Betracht kommt oder wenigstens bisher kam — zu recht verschiedenen Perioden vollzogen. Fürstenpolitik, Hauspolitik, Kabinettspolitik bestanden lange vor dem Nationalismus. In Frankreich ist sein starkes Aufkeimen etwa durch die Zeit der Jungfrau von Orleans zu bestimmen. In England berührt es sich mit dem Zeitalter der Königin Elisabeth. In Deutschland, dem ewig zerrissenen, ist es ungleich jüngeren Datums, kaum mehr als eine Reaktion gegen die napoleonische Unterwerfung zunächst, dann schließlich sieghaft durchbrechend, aber bis in die allerjüngste Vergangenheit getrübt durch den oberflächlich verdeckten Gegensatz zwischen dem deutsch führenden Hohenzollernhaus und den antideutsch regierenden Habsburgern, deren Bourbon-Parma-Versippung schließlich Deutschland mit in den Strudel des Unheils zog.

Über das Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkstums, am deutlichsten verkörpert durch das Band der gleichen Muttersprache, wächst hinaus die nicht mehr so rein gefühlsmäßige, stärker an den Verstand appellierende Rassenpolitik. Sie findet nicht nur im individualistischen Germanentum, sondern auch im Romanentum starke Hemmnisse und läßt sich selbst in dem weichen Slaventum nur vorübergehend auf den Schild erheben. Im Augenblick staatlicher Neugeburt der slavischen Völker, die vordem so eifrig zusammenzustreben schienen, erwachen die schärfsten Gegensätze zwischen Russen, Polen, Tschechen, Kroaten, Serben, Bulgaren.

Anderseits verpflanzt sich der Nationalismus, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Mitteleuropa seine Erfüllungszeit hatte (Deutschland, Italien) südostwärts über den Balkan, der jener mitteleuropäischen Bewegung nachgefolgt, weiter nach der früher nur religiös geeinigten Türkei

und scheinbar auch nach Indien. Die südasiatische Überlieferung des Religionsstiftens hat sich, nördlicher Bewegung der Kultur verspätet nachfolgend, in jene russischen Gefilde hinübergezogen, die ihrem geistigen Wesen nach ganz als asiatisch zu betrachten sind; umgekehrt bezieht Südasien aus den nördlichen Gefilden Europas nunmehr die Lehren des Nationalismus und beginnt aus ihnen Waffen gegen die Fremdherrschaft zu schmieden.

Über die auf Volks- und Sprachgemeinschaft fußende nationale Bewegung, das Streben nach politischer Vereinigung ethnographisch unzweideutig zusammengehörender Menschengruppen hinaus geht die Bewegung, die auch Volks- und Sprachverwandtschaften entfernten Grades zu umfassen sucht. Diese Bewegung tritt uns ausgeprägt entgegen im Panslavismus, der tatsächlich alle Völkerschaften slavischer Art zu einem politischen Bunde zusammenzuschweißen trachtete und nicht aufgehört hat, zu trachten. Seine Blütezeit fällt in die Geschichtsperiode nach der Gründung der beiden Nationalstaaten Deutschland und Italien. Klar vor die Öffentlichkeit trat der Panslavismus — und zwar von Anbeginn wegen der Eifersucht der Russen auf die führende Rolle vieler Deutschstämmigen in ihrem Staatswesen mit stark antideutschem Einschlag — seit der Gewährung einer gewissen politischen Bewegungsfreiheit an die Presse (1876). Er schwoll gewaltig an, nachdem der Berliner Kongreß den panslavistischen Zielen bezüglich Bulgariens nur sehr begrenzte Erfüllung gebracht, und spitzte sich in der Folgezeit immer weiter zu, bis er zu der am wesentlichsten auf den großen Krieg hintreibenden Kraft geworden.

Von französischer Seite aus hat man sich bemüht, dem Panslavismus einen Pan-Romanismus an die Seite zu stellen. Die lateinische Münzunion ist eine vereinzelte wirtschaftliche Frucht solcher Bemühungen, die politisch nicht weit über gelegentliche Anfreundungen »lateinischer Schwesternationen« hinausgeführt haben. Immerhin waren sie wichtig für den Eintritt Italiens und Rumäniens in den Weltkrieg. Wenn aber einerseits deutlich zu bemerken ist, daß Italien den Franzosen die Irredenta um Nizza viel leichter vergessen konnte als den Österreichern jene am Isonzo, so ist doch anderseits sicher, daß die Rücksicht auf seine Ohnmacht zur See gegenüber England ungleich entscheidender auf Italiens politische Haltung eingewirkt hat. Den Ausschlag gab nicht Rassenverwandtschaft, sondern weit mehr die geographische Küstenlage im Hinblick auf die erste Seemacht. Im übrigen hat romanische Stammesverwandtschaft die politische Haltung Spaniens durchaus nicht zu beeinflussen vermocht.

Gegensätze, wie sie innerhalb stammesverwandter Völker dem Pan-Romanismus im Wege stehen, herrschen übrigens auch innerhalb der slavischen Nationen (Tschechen-Polen, Polen-Russen, Serben-Kroaten, Bulgaren-Serben) und haben auch hier zu mancherlei kriegerischen Zusammenstößen geführt.

Ein Pan-Germanismus, der insbesondere auf eine Vereinigung Skandinaviens und der Niederlande mit Deutschland hinausgehen würde, ist in der Welt der praktischen Politik nie recht zutage getreten. Das hat die Außenwelt nicht gehindert, vom angeblichen drohenden Pan-Germanismus

zu sprechen, was wiederum zu einer völligen Verkennung der »Alldeutschen« führte, die man fälschlich auf eine Stufe mit den Panslavisten stellte, während sie ihrem politischen Ursprung nach nichts anderes waren, als »Großdeutsche«, die nach Vereinigung der Nachbardeutschen mit dem Reiche strebten. Eine ähnliche Bewegung gab es übrigens neben der panromanischen in Frankreich: Ein französicher »Ostmarkenverein« setzte sich nicht etwa gleich seinem deutschen Muster für die Franzosen innerhalb der französischen Ostmarken ein, sondern für die französisch sprechenden Stammverwandten außerhalb der Landesgrenzen, in der Westschweiz, Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Belgien, und suchte deren Vereinigung mit Frankreich zu propagieren.

Über die geschichtliche Rolle der nationalen Bewegung schreibt Ratzel:

»Die »nationalen Ideen« schöpfen eine große Kraft aus ihrer Verwandtschaft mit den religiösen, gleich ihnen wenden sie sich mehr an das dunkle Gefühl als an das scharfe, sondernde Denken. Das Gefühl des nationalen Zusammenhanges nimmt in älteren Zeiten geradezu eine religiöse Form an. Die Religion umfaßt ja bei Völkern auf tieferen Stufen alle geistige Regung und Überlieferung; die Priester sind da Bewahrer der Poesie und Wissenschaft und hegen in heiligen Formen, was ein Geschlecht dem anderen Erinnernswertes übergibt. Dazu gehören besonders auch Mitteilungen, die wir geschichtliche nennen würden. Der Panslavismus hat seine höchst erfolgreiche Verbindung mit dem griechisch-orthodoxen Glauben. Die nationalen Lehren wirken als politische Gärungserreger, wie die Geschichte Südosteuropas seit den serbischen und griechischen Unabhängigkeitskämpfen zeigt. Sie haben rühmliche, oft auch halb erträumte Vergangenheiten neubelebt und sie gesunkenen Völkern als Ideale aufgestellt, in denen natürlich auch die Erinnerung an größere räumliche Ausbreitung eine Rolle spielt.

Aus zersplitterten Zuständen sollte das alte Deutsche Reich, das Italien der Römer, das große serbische Reich, ja das alte Mösien und Dacien wieder hergestellt werden. Wenn nationalen Bestrebungen dieses Raumelement fehlt, nehmen sie mehr den Charakter von gemütlichen Vereinigungen mit literarischen und sozialen Zielen an, wie bei den Litauern, oder gewinnen eine größere Bedeutung durch kulturliche und kirchliche Aufgaben, wie bei den Deutschen Siebenbürgens, oder schließen sich einer verwandten großräumigen Bewegung an wie bei den Slowenen. Die Lage solcher Völkersplitter an wichtigen Stellen, besonders in Grenzgebieten, kann immerhin auch ihren Bestrebungen einen höheren Wert oder eine größere Gefahr beilegen lassen, wie wir bei den Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen, bei den Dänen in Nordschleswig, bei den Italienern in Südtirol wahrnehmen. Politische Bestrebungen derartiger Völker stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Tendenz auf große politische Räume, von der sie sicherlich einst überwunden werden, wenn sie sich nicht selbst einer großräumigen politischen Bewegung, wie z. B. der panslavistischen, anschließen, mit der sie zu siegen hoffen. Da aber dem räumlichen Wachstum eine jüngere und dauerhaftere politische Kraft zu Grunde

liegt, als dem nationalen Zusammenschluß, sehen wir es neben diesem ununterbrochen fortschreiten. Die rein nationale Politik wird von dem Bestreben der Loslösung von den geographischen Bedingungen des Bodens getragen, wird aber unfehlbar von diesen besiegt und fügt sich ihnen immer zuletzt. Die beiden bedecken einander oft, so daß der nationale Oberstrom den auf Raumvergrößerung gerichteten Unterstrom unsichtbar macht. Es wird immer eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Geschichte der letzten Jahrzehnte bleiben, wie die Bewegung der Völker auf nationale Zusammenschließung von geschickten Staatsmännern zur Vergrößerung der Gebiete ihre Länder ohne alle Rücksicht auf die Nationalität benützt ward.

Viele halten die nationale Zusammenschließung für etwas Ursprüngliches, worauf die Weihe des Alters liegt. Dem ist gar nicht so. Unsere über weite Räume sich erstreckenden nationalen Bestrebungen kannte das Altertum nicht. Die alten Stammesgebiete waren eng, so wie die Menschenzahlen klein waren. Die Gebiete der Völker sind mit der Kultur ebenso gewachsen wie die der Staaten und wenn sie heute so groß sind, daß sie über die größten Staatsgebiete noch hinausragen, wie das der Russen in Eurasien oder der Anglokelten in Nordamerika oder der Spanier in Südamerika, so ist diese Ausbreitung zum Teil eine Folge einer politischen, die vorangegangen war. So stammt das weite Gebiet der »lateinischen Rasse« in Europa von der einstigen Größe des Römischen Reiches. Aber heute wollen auch die Völker ihre Größe und Dauer auf möglichst breiten Raum gründen und glauben, ein Stamm sei stärker als ein Bündel Stäbe noch so stark verbunden. Zu diesem Zwecke suchen sie andere Völker zu verdrängen oder in sich aufzunehmen, die sich natürlich widersetzen. Daher nun die nationalen Bewegungen, in denen die leichtgeweckte Begeisterung für die Nationalität politischen Zwecken dienstbar gemacht wird. Andere Kulturkreise kennen diese Tendenz nicht. Nur aus praktischen Gründen wird bei ihnen eine Sprache Verkehrs- und Staatssprache, die Völker leben dabei ruhig nebeneinander weiter. Selbst in den kleinen Negerstaaten sind häufig mehrere Stammessplitter friedlich zu einem Volke verbunden.

Die Großstaaten des Altertums konnten nicht national sein, denn eine nationale Einheit anzustreben, die sich mit der politischen deckte, war nicht möglich bei Völkern, die überzeugt waren, daß sie hoch über allen ihren Nachbarn standen. Nicht die Juden allein lebten des Glaubens, ein auserwähltes Volk zu sein, auch die Griechen und Römer nährten ihren Nationalstolz an religiösen Motiven. Griechenland ist politisch an seiner nationalen Beschränktheit zu Grunde gegangen: Wenn der Panhellenismus Thessalier und Macedonier ausschloß, blieb er zu schwach, um aus Familienstreitigkeiten heraus zu einer großen Politik zu gelangen. Im Römischen Reich entstanden ungewollt durch die Kolonisation und den Verkehr die lateinischen Ableger in allen Provinzen, und damit verbreitete sich die Sprache des herrschenden Volkes, das ursprünglich eine Selbstentweihung darin gesehen hätte, Kelten oder Ligurern die römische »Nationalität« aufzuzwingen. Ein nationales Reich konnte keiner von den alten Großstaaten sein, höchstens ein glaubenseinheitliches, in der Gemeinsamkeit der landschaftlichen Religion wie Ägypten«.

Das Fehlen nationalen Zusammenhalts und ausgesprochenen Nationalgefühls schafft Objekte der Weltpolitik, wie umgekehrt starkes Nationalgefühl alte Objekte der Weltpolitik schließlich zu politischen Subjekten sich umwandeln läßt (Tschechen!).

»Es gibt Länder, die leichter zu erobern sind als andere, weil sie schon von früheren Eroberungen sozusagen für die Fremdherrschaft vorbereitet sind. So ist die Eroberung Indiens durch die Europäer keine eigentliche Unterwerfung, sondern eine von Europäern geschickt geleitete und ausgenutzte Reihe von inneren Umwälzungen gewesen, die fast ganz von Eingeborenen gemacht wurde. England hatte in Indien keine nationale Regierung gestürzt, keinen Nationalstolz verletzt, sondern sich selbst an die Stelle anderer fremder Herrscher gesetzt, die besonders, soweit es Mohammedaner waren, den Völkern Indiens ebenso fremd geblieben waren wie die Christen, die sich an ihre Stelle setzten. Und so ist auch die Erhaltung dieser Herrschaft in Indien nur möglich, weil es keine indische Nation, sondern nur Stämme, Familien, Kasten, Glaubensgenossenschaften gibt.« (Ratzel).

Auch in dieser letzten Beziehung mag das im Weltkrieg ausgegebene Schlagwort vom »Selbstbestimmungsrecht der Völker« eine Wandlung angebahnt haben. Zwar hatte England es nur auf die Länder Habsburg und Hohenzollern münzen wollen, aber seine Wirkung greift weit hinaus über Europa auch in jene Gebiete, die England eigentlich davon freigehalten wissen wollte.

Nur am Rande sei im Anschluß an Nationalismus und Rassenvereinigungsstreben jener anderen Bewegung gedacht, die nicht nach der Zusammengehörigkeit von Völkerfamilien, sondern lediglich nach der Zusammengehörigkeit der Bodenräume fragt und für die einzelnen Erdteile politische Gemeinschaftsinteressen proklamiert: »Amerika den Amerikanern!« — woran sich später angelehnt: »Asien den Asiaten!«, wohl auch — in erwachendem Selbstgefühl gegenüber dem alten Mutterland: »Australien den Australiern!« — und schließlich: »Afrika den Afrikanern!« Leider steht diesen Merkworten kein Bekenntnis gegenüber: »Europa den Europäern!« Im Weltkrieg konnte Europa vielmehr ein Tummelplatz von Kämpfern aller Rassen aus fünf Erdteilen werden, weil die insulare Sonderwelt England, unterstützt durch blinde Rachgier Frankreichs, jenen Wahlspruch nicht aufkommen läßt, um vielmehr ebenso wie ganz Australien, halb Asien und halb Afrika auch — halb Europa den Engländern reservieren zu können!

4. Das Streben zum Weltreich.

Sowohl die Rassenbewegung wie die Erdteilbewegung laufen letzten Endes hinaus auf das Streben einer Vormacht nach Aufrichtung einer Weltmacht, die als Grundlage der Entwicklung zur Weltherrschaft gedacht ist. So war der Panslavismus ein Aushängeschild für das Verlangen Rußlands nach ausschlaggebendem Einfluß auf alle slavischen Völkerschaften, um hierauf fußend ein Weltreich vom Stillen Ozean bis zur Linie Danzig-Triest aufbauen zu können. Anderseits heißt: »Amerika den Amerikanern!«

nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika die unbegrenzten Bodenschätze des ganzen Doppellandes in die Hand bekommen und dadurch die sichere wirtschaftliche Basis einer weitgreifenden Weltbeherrschung erhalten sollen. Der Pan-Romanismus ist gedacht als Stütze Frankreichs zur Umfassung Europas von Westen, Süden und Südosten (Rumänien). »Asien den Asiaten!« ist gemeint als: Die gelbe Welt den Japanern.

Während aber alle diese Ausbreitungsbestrebungen mit Weltreichzielen auf geographischen Nachbarschaften fußen, greift, getreu dem Grundsatz, daß die Nachbarn eines Inselvolkes an den fremden Gestaden aller Ozeane zu suchen seien, England weit über die territoriale Nähe hinaus in alle Erdteile. Sein Weltmachtstreben ist auch am schärfsten gekennzeichnet als Weltherrschaftstreben, d. h. es will nicht eine Weltmacht neben anderen sein, will keine eigentliche Teilung der Welt, sondern eben das Monopol der Weltbeherrschung.

Das Streben nach Weltmacht wie das nach Weltherrschaft bezeichnen wir heute landläufig als Imperialismus.

Es ist noch gar nicht lange her, daß wir uns mit dem Gedanken des Imperialismus vertraut gemacht haben. Seine Heimat ist England mit der Politik des größer-britischen »Empire«. Lebhafte Aufnahme fand er zunächst in den stammverwandten Vereinigten Staaten. In kurzem aber durchdrang er mehr oder weniger stark alle Großmächte der Gegenwart.

Was ist eigentlich das Wesen des Imperialismus? Zu der Zeit, da man auch bei uns begann, sich mit ihm zu beschäftigen, wurde in deutscher Gründlichkeit zunächst einmal eine Rundfrage bei Politikern des In- und Auslandes veranstaltet, um eine erschöpfende Begriffsbestimmung des Imperialismus zutage zu fördern. Die auf diese Weise gesammelten, zum Teil lange Abhandlungen ausfüllenden Erklärungen wurden dann in Buchform herausgegeben. Schreiber dieses steuerte die kürzeste Begriffsbestimmung des Imperialismus mit der Übersetzung bei: »Weltmacht-Wachstumswille!« Das Wortgebilde mag etwas schwülstig klingen, aber es drückt doch wohl in der kürzesten und immerhin verständlichsten Form das eigentliche Wesen des Imperialismus aus:

Der Imperialismus hat zur Voraussetzung eine Weltmacht, die beseelt ist von dem Willen, sich auszuwachsen gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums und ihrer Volkswirtschaft. Wie jedes vorwärtsstrebende Individium, so hat auch jedes lebendige Staatsgebilde das Bedürfnis, seinen Einflußkreis und seine wirtschaftliche Betätigung auszubreiten.

In der ursprünglich britischen Entstehungsgeschichte des Imperialismus ging seine Tendenz zunächst auf den stärkeren Zusammenschluß der verschiedenen getrennten Bestandteile des größeren Britannien; aber von Anbeginn war diese Tendenz des Zusammenschlusses doch bereits verbunden mit Ausbreitungstendenzen, deren Verwirklichung den Zusammenschluß der räumlich getrennten Teile erleichtern sollte. Am fühlbarsten machten sich diese Ausbreitungstendenzen im britischen Südafrika, wo die Buren-Freistaaten das erste und größte Opfer des nach territorialer Abrundung dürstenden britischen Imperialismus wurden. Ihre Eroberung

gehörte aber nur als ein Glied in die lange Kette jener Bestrebungen und Unternehmungen, die darauf abzielten und dahin führen sollten, die englischen Einflußsphären in Süd- und Nordafrika miteinander in Verbindung zu bringen, und darüber hinaus immer sichtbarer das große Ziel verfolgen, von dem britischen Machtbereich in Nordafrika die Brücke auch hinüberzuschlagen zu dem Indischen Reich. Diese Hochziele des britischen Imperialismus drücken der Zeitgeschichte unserer Tage in beträchtlichem Umfange ihren Stempel auf.

Neben dem britischen Imperialismus steht der Imperialismus der Vereinigten Staaten, erstmals sich betätigend in jenem Kriege gegen Spanien, der mit seinem plötzlich zutage getretenen Ausbreitungsdrang des Sternenbanners über die gleichzeitig eifrigst verfochtene Monroelehre hinaus der europäischen Welt die Kraft des imperialistischen Gedankens erst so recht zum Bewußtsein kommen ließ. Mit dem nordamerikanischen Imperialismus ringt der japanische Ausbreitungsdrang, der sich gleichfalls den ganzen Stillen Ozean und einen Teil seiner Randgebiete zum Arbeitsfeld gewählt hat. Er stieß zusammen mit dem russischen Imperialismus, der — seinerseits auch vielfach mit dem britischen kollidierend — den ungeheuren Länderkomplex zwischen der Ostsee, dem Schwarzen Meer und dem Persischen Meer, dem Nördlichen Eismeer und dem Stillen Ozean zusammenzuschließen trachtet. Auch Frankreich verfolgt mit Zähigkeit seine imperialistischen Pläne, die neben dem Streben nach der Rheingrenze im wesentlichen darauf ausgehen, ganz Nord-Afrika möglichst geschlossen zu einem Imperium der Trikolore zu machen. Italiens Ausbreitungsdrang wurde durch den Zug nach Tripolis offenbar, und auch unser anderer Verbündeter hat durch die Einverleibung von Bosnien einen gewissen imperialistischen Zug seiner Politik erkennen lassen.

Im weiteren Sinne des Wortes bezeichnet man mit dem Namen des »Imperialismus« jedes Streben nach großer, geschlossener Weltmacht oder auch nach Weltherrschaft. Dieses »oder« ist, wenn man ein Werturteil fällen will, die Pforte zwischen Gut und Böse. Jedes dem Imperialismus gewidmete Verdammungsurteil fußt auf der Auffassung oder auf der Betätigung des Imperialismus als Weltherrschaftsstreben, jede Betrachtung des Imperialismus als sozusagen »legal« rechtfertigt ihn als das gesunde Streben eines starken Staates mit natürlichem Wachstum seiner Kräfte nach Weltmacht.

Wir haben die beiden Begriffe der Welt*macht* und der Welt*herrschaft* scharf auseinanderzuhalten. Man wird die ganze Ursache dieses Krieges mit zurückbringen können auf die eine Formel, daß Englands Streben nach Weltherrschaft und Deutschlands Streben nach Weltmacht unerbittlich aufeinanderprallen mußten.

Will man bis an die Wurzeln des neuzeitlichen Imperialismus graben, so wird man die Spuren des ersten Gärtners, der diese Pflanze gehegt und gepflegt, in jenem Francis Bacon finden, dessen Universalgeist mancher Zeitgenosse mit den Eigenschaften des großen Staatsmannes, Philosophen und Naturforschers so wenig ausgefüllt findet, daß er ihm auch noch die großen Dramen eines Shakespeare zuschreiben zu müssen vermeint. In

den Schriften von Francis Bacon finden sich bereits markante Aussprüche, die man als die Grundregeln des Imperialismus bezeichnen könnte. Aber auch hier schon stoßen wir auf ein Hinauswachsen imperialistischer Gedanken über das Streben nach Weltmacht und ihre Festigung zum Streben nach Weltherrschaft. Spätere britische Imperialisten versteigen sich bis zu dem Satz: »The world is rapidly becoming english«. (»Die Welt wird zusehends englisch«.) Diese Überzeugung vom gottgewollten Schicksal der Welt-Verengländerei hat letzten Endes den angelsächsischen Bund entstehen lassen, der die gemeinsame Beherrschung des Erdenrunds durch die Briten oder die verengländerten Machthaber in London und New-York zum Ziel hat.

Imperialismus war daneben das unter dem Aushängeschild des Panslavismus betriebene russische Streben, dem asiatischen und europäischen Festland den Stempel Moskaus aufzudrücken, die russischen Grenzen hinauszurücken an alle Weltmeere. Imperialismus war ferner Frankreichs Ehrgeiz, den ganzen Norden des afrikanischen Erdteils zu einem geschlossenen französischen Kolonialreich zu machen. In dem Jahrhundert, das bezeichnet ist durch die beiden Pfeiler: Trafalgar und Faschoda, hatte dieser französische Imperialismus viele Reibungen mit dem britischen zu verzeichnen, bis Frankreich und England sich zusammenfanden in gemeinsamem Haß gegen Deutschland. Imperialismus ist auch das Bemühen Japans um die Herrschaft im und am Stillen Ozean und über die ganze Welt der gelben Rasse.

Die Wortführer des Imperialismus im Sinne des Weltherrschaftsstrebens haben sich schließlich vereinigt gegen das so unendlich viel bescheidenere Weltmachtstreben Deutschlands.

Was man deutschen Imperialismus nennen könnte — Verfasser hat es vor dem Kriege in einem Schriftchen »Deutscher Imperialismus«[1]) auszudeuten gesucht — trat keiner anderen Weltmacht zu nahe. Es war nicht der aggressive Imperialismus nach dem Muster anderer Mächte; es war nicht das herrschsüchtige Streben nach Grenzerweiterung auf Kosten friedlicher Nachbarn; es war keine Händelsucht und kein Welt-Bevormundungswille; es trug weder den Charakter russischer Ländergier noch den englischer Seepolizeiwillkür — es war im wesentlichen ein Streben nach wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, wirtschaftlicher Betätigungsfreiheit auf dem Weltmarkt. Es war das in Deutschlands natürlicher Stärke tief begründete Verlangen, dem Deutschen Reich die vollwertige Stellung einer Weltmacht neben einer Reihe anderer, gleichberechtigter Weltmächte zu sichern. Deutscher Imperialismus im Sinne lediglich dieses Weltmachtstrebens, keineswegs im Sinne eines Weltherrschaftsstrebens, mochte etwa abzielen auf die Schaffung eines deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika, mochte sich betätigen im Sinne des mitteleuropäischen Staatenbundsgedankens. Wie für das deutsche Staatsbewußtsein, wie für die besondere Art der Zusammenfassung individualer und sozialer Den-

---

[1]) Erschienen 1912, 2. Auflage 1914. Verlag von Theodor Weicher in Leipzig.

kungsweise in Deutschland, so hatte das Ausland kein Verständnis auch für die besondere Prägung des Begriffes, den man allenfalls mit deutschem Imperialismns bezeichnen könnte. In feindseliger Absicht versah man mit dem Aushängeschild des preußischen »Militarismus«, was doch im deutschen Bundesstaat und im Zusammengehen Deutschlands mit dem vielgestaltigen Staatskörper der Donau-Monarchie nichts weniger war als eifernder Weltherrschaftswille, sondern lediglich das tief begründete Verlangen, Mitteleuropa seinen Weltmachtanteil zu sichern in freiem Wettbewerb und auf gleicher Stufe mit den anderen Weltmächten.

Kaiser Wilhelm II. war es, der am 25. Jahrestag der Reichsgründung den deutschen Imperialismus im Sinne des Welt m a c h t -, nicht des Weltherrschaftswillens aus der Taufe hob, als er in denkwürdiger Rede von dem »Größeren Deutschland« sprach. Für die tiefe innere Berechtigung des imperialistischen Gedankens in dieser deutschen Prägung legte es beredtes Zeugnis ab, wenn ein Mann wie Theodor Mommsen vor nun mehr als zwanzig Jahren, Weihnachten 1898, an den Verfasser schrieb: »Könnten wir unserer Nation etwas schaffen wie der englischen das »Greater-Britain«, so wäre das ein unaussprechlich hoher Gewinn«. Dem »Greater-Britain« (Größer-Britannien) wurden aber mehr und mehr Ziele gesteckt, die den britischen Imperialismus als radikalen Weltherrschaftswillen erkennen ließen, indessen das Größer-Deutschland nie etwas anderes sein wollte als Weltmacht unter Weltmächten.

Ein ausgeprägt imperialistischer Zug ging durch die Welt, bevor es zum Ausbruch des Krieges kam. England war auf den imperialistischen Bahnen vorangeschritten. In Frankreich und Rußland, in Japan und Nordamerika hatte der imperialistische Gedanke tiefe Wurzeln gefaßt. Amerika den Amerikanern! Das heißt: »Dem Sternenbanner«. Die gelbe Welt den Gelben! Das heißt: »Den Japanern«. Die slavische Welt den Slaven! Das heißt: »Den Russen«. Ganz Nordafrika den Franzosen! Das waren die Prägungen des imperialistischen Gedankens neben dem englischen Weltreichgedanken, der sich nicht auf die Zusammenfassung aller britischen Kolonien mit dem Mutterland zu einer festeren Einheit beschränkte, sondern darauf ausging, die Welt britisch zu machen vom Kap bis Kairo, von Kairo bis Singapur und Sidney. Das äußere Extrem finden wir verkörpert in jenem schon erwähnten Ausspruch von Charles Dilke: »Die Welt wird zusehends englisch«. Die angelsächsische Ausbeutungs-Gesellschaft m. b. H. London-New-York ist die letzte Gründung dieses Imperialismus, der keinen anderen Weltmachtwillen neben sich dulden will, der die fremde Welt nur betrachtet als gottgewollte Vasallen und Ausbeutungsobjekte des auserwählten Britenvolkes.

Neben dieser scharf aggressiven, äußersten Zuspitzung des imperialistischen Gedankens stand der defensive Gedanke des mitteleuropäisch-vorderasiatischen Staatenbund-Imperialismus mit dem Bestreben, die Staats-Individualitäten der Alten Welt und ihre dauernde Geltung zu sichern, damit die Welt nicht geistig verkümmere in eitel Machtgier und Geldgier. Die Welt stand vor der Wahl, ob einseitiger Weltherrschaftswille oder ob der Weltmachtwille Gleichberechtigter Anspruch auf Geltung haben solle.

5. Das Streben nach Machtsicherung.

Das Streben nach materieller Machterweiterung verknüpft sich, wie früher bemerkt, eng mit jenem nach Machtsicherung.

Die Frage der Machtsicherung führt, geographisch betrachtet, zur Lehre von den Grenzen. Es wurde schon in anderem Zusammenhang dargetan, daß die Grenzlehre im Zeitalter des Verkehrs ihr Gesicht wesentlich verändert und daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die Grenzführung heute keineswegs allein die der strategischen Grenzsicherung sind. Bei der Festlegung der Grenzen haben wir heute weniger zu fragen, was wir sicher voneinander trennen, sondern was wir sicher miteinander verbinden wollen.

In früheren Zeiten sah ein Staatsvolk die beste Gewähr seiner Sicherheit in der Anlage einer unwirtlichen, möglichst breiten Grenzzone rings um sein Gebiet. Später schmolzen die Grenzzonen immer enger zusammen bis zu einem Grenzrain oder kaum mehr als einer Luftlinie. Allerdings tauchte bei diesem Verschwinden der breiten Grenzzonen auch immer wieder der Gedanke an eine Wiederaufnahme der räumlichen Trennung in der Gestalt auf, daß man zwischen Großmächte die sogenannten »Pufferstaaten« legen zu sollen glaubte. Dieser Gedanke ist Theorie; in der Praxis wird der Pufferstaat ein Spielball zwischen den mächtigen Nachbarn und schließlich dem Einfluß der einen von beiden so weit verfallen, daß von einem vor heftigem Anprall sichernden Puffer kaum noch die Rede ist.

Deutsche Pazifisten träumten vor dem Kriege (und noch im Kriege) von einem Pufferstaatensystem rings um Deutschland: Die Schweiz, ein autonomes Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Belgien, die Niederlande, eine neutrale Zone gegen Dänemark, ein polnisches Staatsgebilde sollten die räumliche Machtsicherung gegen jeden Zusammenprall mit Frankreich, England oder Rußland bilden. Der »Puffer« Belgien war in Wahrheit als französisch-englisches Aufmarschgelände gegen die Zentren der westdeutschen Industrie gedacht, wurde in Gegenwehr gegen diesen Plan zur deutschen Aufmarschzone gegen Frankreich gemacht und war jedenfalls in der rauhen Wirklichkeit nicht schützender Puffer, sondern Kampfplatz. So marschierte im Siebenjährigen Kriege Rußland ungeniert durch den polnischen Pufferstaat, und so wird im Ernstfall jeder beliebige Puffer gleichen Gefahren gegenüberstehen. (Im Weltkrieg wie schon 1878: Rußlands Versuch des Anmarsches durch doppelten Puffer, Rumänien und Bulgarien, auf Konstantinopel!)

Das Streben nach räumlicher Machtsicherung ist, wie schon gesagt, kaum zu trennen von dem Streben nach Machtausbreitung. Der natürliche Weg des Verlangens nach Machtsicherung führt nicht über jene Machtverkürzung, die deutsche Pazifisten mit der Schaffung von Pufferstaaten im Südwesten, Norden und Osten vornehmen wollten und die nun durch die Entente durchgeführt ist, indem sie nicht neutrale Pufferzonen schuf, sondern die Nachbarn Deutschlands zu dessen Ungunsten bereicherte — sondern über Machterweiterung. Der Staat sucht um seine ursprünglichen Grenzen herum, nach außen vordringend, »Grenzmarken« anzulegen, die

jeden etwaigen Stoß gegen seinen alten Bestand auffangen sollen — also auch »Puffer«, aber unter eigener Hoheit und Sicherung. Bald gelten diese »Marken« wieder als alter Besitz und heischen nun ihrerseits Sicherung durch neu vorgeschobene Grenzgebiete. Was wir in dieser Beziehung früher in Gestalt deutscher Ausbreitungspolitik in Mitteleuropa verbuchen konnten, das wiederholte sich in unseren Tagen in ausgeprägtester Weise durch die sogenannte englische »Glacis«-Politik bezüglich Indiens, auch in der zur Sicherung Ägyptens bestimmten Sudan-Politik, in Südafrika usw.

Ratzel widmet in seiner »Politischen Geographie« der Grenzlehre ausgedehnte Kapitel, aus denen nachstehend nur einige Auszüge wiedergegeben werden sollen, nicht ohne vorweg zu bemerken, daß die heutige Auffassung von den »natürlichen« Grenzen gegenüber einer noch recht jungen Vergangenheit einen bemerkenswerten Wandel erfahren hat. Doch geben wir zunächst dem Altmeister unseres Faches das Wort:

Nicht Linien und genau begrenzte Flächen, sondern Orte oder Stellen bestimmen die politische Geographie des voreuropäischen Afrika, Amerika, Australien. Zunächst hängt der Staat nur an einem bestimmten Punkte mit seinem Boden fest zusammen. Der Punkt bezeichnet nur die Lage des Staates im allgemeinen oder er symbolisiert sie. Es ist wohlverstand en daß der Staat sich nach allen Seiten von einem Punkte aus erstreckt; das wie weit? hängt von der Macht seiner Bewohner ab. Daher wird keine feste Grenze angenommen, wenn nicht von außen her ein anderes Volk sich heranerstreckt, gegen das nun eine Schranke gesetzt werden muß. Sich in Unbewohntheit zu hüllen, sich einsam in weiter Leere zu wähnen, entspricht ja auch in rein kulturlicher Beziehung der Auffassung älterer Völker von ihrer Stellung auf der Erde und kehrt daher im Weltbild wieder. Die bis auf den Bruchteil eines Meters bestimmte Ausdehnung der Fläche des Staates, die genau so weit reicht, bis sie mit der Fläche eines anderen Staates zusammentrifft, ist für diese Auffassung nicht notwendig. Daher auch die Vernachlässigung der Hilfsmittel zu schärferer Begrenzung, die die Flüsse bieten. In der politischen Geographie der Indianer und Neger haben die Flüsse, mächtig wie sie gerade in Amerika und Afrika sind, immer mehr Sammelbecken als Grenzen gebildet. Die Staaten lehnten sich gern an sie an, fanden es aber nicht nötig, ihre Peripherie durch sie zweifellos zu bestimmen und zugleich zu schützen. Daher die stets wiederkehrende Unsicherheit über die Ausdehnung, die in einem bestimmten Zeitpunkt einem Staate zuzusprechen war. Selbst eine so ausgezeichnete Naturgrenze wie der große Fischfluß in Südafrika hat nichts daran geändert, daß die Kaffern dort buchstäblich jeden Grenzvertrag brachen.

Die Unbestimmtheit der Grenzen nach Süden zu bezeichnet Nachtigal als eine allgemeine Eigenschaft der Sudanländer. Demgemäß treffen die Mächte dort nicht in breiter Berührung aufeinander, ihre Gegensätze schärfen sich nur an einzelnen vorgeschobenen Stellen, die Begegnungen führen mehr zu einem Ineinanderschieben als zu einem Verdrängen. Das nun zwischen dem Kongostaat und dem portugiesischen Angola aufgeteilte Lunda-Reich ist nie ganz sicher zu fassen gewesen; denn über die wichtigsten Grenzgebiete, wie das sog. Reich des Kasembe, das unzweifelhaft von

Lunda abhing, war keine Klarheit zu gewinnen. Die festen Linien unserer Karte täuschen ein Wissen vor, das nicht bestand; sie waren nichts als der Ausdruck konventioneller Kompromisse mit dem, was nicht gewußt ist oder nicht in seinem wahren Zustand gezeichnet werden kann.

Im Staatsrecht dieser Länder war wohl für ein zeitweiliges Zusammenfassen der Zügel der äußeren Gebiete gesorgt. Der Herrscher oder seine Vertreter erschienen alle paar Jahre, erzwangen den Tribut, der freiwillig nicht gegeben wurde, und überließen dann die ausgepreßte Zitrone sich selbst. In dieser Zeit, die eine der häufigen Thronstreitigkeiten verlängern mochte, schoben sich nun vielleicht fremde Völker kolonienweise in die schutz- und herrenlose Grenzbevölkerung ein, die in aller Stille heranwachsen und dann die Leitung der Staaten selbst in die Hand nehmen. Und so entstehen Verhältnisse, wie Ludwig Wolf sie aus dem Gebiete gemischter Lunda- und Maschinsche-Bevölkerung am Shavanna schilderte, wo das Untertanen-Verhältnis sich ganz nach der Abstammung richtete. Jeder Ort zahlte seinem Stammeshaupt, gleichviel ob er in dessen Gebiet lag oder nicht.

Die Auffassung der Funktion der Grenze als peripherisches Organ hängt eben ganz von der des Staates als ihrem Organismus ab und begründet die tiefsten Unterschiede im Wesen der Grenze. So wie der Staat seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten auffaßt, so ist die Grenze, die demgemäß mit dem ganzen Komplex der auswärtigen Beziehungen organisch zusammenhängt. Der große Unterschied liegt darin, ob die Grenze überhaupt noch ein selbständiger Raum oder durch die unmittelbare Berührung der Gebiete auf die Grenzlinie reduziert ist, die am Boden nicht zur Erscheinung kommt, sondern gleichsam über ihm schwebt. Das selbständige Grenzgebiet bedeutet die Abschließung vom Nachbar, es legt etwas Drittes, Fremdes zwischen zwei Staaten, die durch die Zwischenlagerung überhaupt isoliert werden. Stoßen dagegen die Gebiete aneinander, so berühren sich auch ihre Bewohner und wenn die politische Trennung auch so scharf betont wird, wie an den russischen Grenzen, durch Einschränkung des Verkehrs und Kosaken-Kordons, so bleibt doch die Wirkung der räumlichen Annäherung und unmittelbaren Berührung. In der Wegräumung der selbständigen Grenzräume liegt der Anlaß zu einem mächtigen Umschwung der ganzen Staatenentwicklung. So wie die Schranken fallen, erhalten alle das Wachstum fördernden Kräfte freie Bahn. Das durch die dicht hintereinander folgenden Grenzsäume zerschnittene Netz der Verkehrswege entwickelt rasch durchlaufende Wege, die sich in dem freien Raume nach allen Seiten verzweigen. Die vorher getrennten Kleinstaaten wachsen, nähern sich, berühren einander und die Verschmelzung wird mit der Zeit unvermeidlich. Erst die Besiedelung der Grenzöden bricht also einem Größenwachstum Bahn, das, wie die Geschichte lehrt, nicht aufhört, als bis es den Rand der Wüste oder des Meeres erreicht hat und endlich ganze Erdteile umfaßt. Und mit ihm wachsen alle politischen Raumvorstellungen und alle Schätzungen des Wertes des Bodens. Es liegt daher in der Durchbrechung dieser Art von Grenzen einer der größten Wendepunkte in der Geschichte der Beziehungen zwischen Volk

und Land überhaupt. Was später Entwickelung der Grenze heißt, das sind nur noch die vergleichsweise kleinen Verschiebungen und Ausbesserungen, die der allmählich steigende, politische Wert des Bodens mit sich bringt.

Ein merkwürdiges Beispiel von diesem Wachstum des Wertes der Grenzen mit fortschreitender politischer Entwicklung bieten die südamerikanischen Staaten, die ausnahmslos mit schweren Grenzkonflikten belastet sind, weil in der Zeit der spanischen Kolonialverwaltung an genaue Abgrenzung nicht gedacht worden war und in den ersten Jahren nach der Befreiung diese Aufgabe ebenfalls noch nicht drängte. Schwierige Fragen, wie die des Anspruchs Ecuadors auf den Nordrand des Maranon, führten schon in den 20er Jahren zu Kriegen; heute endlich drängt diese ungelöste Frage beim Fortschritt der Besiedlung zur Entscheidung. Noch deutlicher zeigt der Streit zwischen Chile und Argentinien über die Cordillerengrenze, wie in einem Gebiet wie Patagonien, das früher politisch wertlos gewesen, die politischen Interessen wachsen und zu scharfer Abgrenzung drängen.

Was an Formen des Lebens sich auf der Erde verbreitete, nimmt immer ein Gebiet von bestimmter Lage, Gestalt und Größe ein, ein Verbreiterungsgebiet, dessen äußerste Punkte sich zu einer Linie aneinanderreihen lassen, die wir Grenze nennen. Die Form und Größe aller Verbreitungsgebiete liegt in ihren Grenzlinien. Die politische Grenze ist nur eine Art der Gattung ‚Geographische Grenze', und ihr am nächsten verwandt sind die Grenzen der Verbreitungsgebiete organischer Wesen. Wo heute ein Gebirge Staaten scheidet, da hat es schon seit Äonen Pflanzen- und Tiergebiete getrennt. Nicht bloß für den Politiker sind die Alpen ein Grenzgebiet, sondern für den Biogeographen noch mehr. Der Ursprung aller dieser Gebiete ist die gleiche Bewegung, die allem Lebendigen eigen ist und entweder Halt macht vor dem Schwinden der Lebensbedingungen, wie der Wald auf einer gewissen Höhenstufe unserer Gebirge, wie die Menschheit in den Firn- und Eisregionen polarer und subpolarer Gebiete, oder vor dem Widerstand einer von einem anderen Punkte ausgegangenen Bewegung, mit der sie zusammentrifft. Ändern sich jene Bedingungen oder wird die Stärke oder Richtung dieser Bewegung eine andere, so sagt man: Die Grenze schiebt sich vor, die Grenze fällt zurück: die Nordgrenze der Menschheit ragte einst weiter nach Norden als heute; die Südgrenze der Deutschen in den Alpen lag einst weiter im Süden. Die Grenze ist also durch die Eigenschaften des sich Verbreitenden, sozusagen von innen heraus, und nicht minder durch diejenigen der Umgebungen immer ihrem Wesen nach veränderlich.

Vor allem sind die Völkergrenzen beständiger Veränderung unterworfen. Mit den Menschen, die ihre Träger sind, wandern sie vor- und rückwärts. Das Gebiet erweitert sich oder verengt sich, will nichts anderes sagen als: die Menschen dieses Gebietes wandern über die bisherige Grenze hinaus oder ziehen sich hinter dieselbe zurück. Auch wo das Streben herscht, die Grenzen zu halten, bleiben sie nur für kurze Reihen von Jahren an derselben Stelle. Kein europäischer Staat, außer dem meerumflossenen Großbritannien, hat im Laufe dieses Jahrhunderts die gleichen Grenzen zu be-

wahren vermocht. Selbst die an die Natur sich lehnenden Grenzen der Völker und Staaten schwanken, und wir haben auf absolute Grenzen zu verzichten. Die Natur verschlingt Land und schafft auch neues Land. Nirgends ist die scheinbar feste Grenz»linie« so schematisch, wie an der Küste, wo sie beständigen Änderungen durch An- und Abschwemmung unterworfen ist. Durchaus nicht ohne greifbare politische Folgen. Keine politische Macht vermochte von Großbritanniens Gebiet etwas abzubröckeln, wohl aber hat das Meer an einigen Stellen der Südküste die Grenze in geschichtlicher Zeit um Meilen landeinwärts geschoben. Den Niederlanden ist jede politische Eroberung in Europa seit Jahrhunderten versagt, sie haben vielmehr Verkleinerungen sich gefallen lassen müssen, aber vom Meere haben sie in den letzten 300 Jahren mehr als 800 qkm und insgesamt vielleicht 3600 qkm gewonnen; alljährlich gliedern sich ihnen mit den Schwemmstoffen des Rheines und der Maas neue Landstücke an. Auch der Fluß wandert und verlegt dadurch die ihm anvertraute Grenze. So protestiert der natürliche Wechsel der Dinge an unserer Erde gegen alle dauernde Begrenzung. Jedwede Grenze hat in der Natur wie im Völkerleben eine objektive Berechtigung nur in zeitweiligen Stillständen einer im Wesen immer fortgehenden Bewegung; und eine subjektive in der Kürze der Perspektive, die uns von der Kurve stetiger Veränderung immer nur einen kleinen Abschnitt als eine Gerade erblicken läßt.

Ist die Grenze der peripherische Ausdruck einer räumlichen Entwickelung, so läßt die Form der Grenze nun auch die Art ihrer Bewegung erkennen: vorgedrängt, wo das Wachstum begünstigt ist, zurückfallend bei Hemmung, und um so unregelmäßiger verlaufend, je größer der Wechsel der äußeren Bedingungen ist. Die gehemmte Bewegung bricht aber nicht gleich schroff ab, sondern sendet noch einen Ausläufer voraus und ähnlich bleiben beim Rückzug Nachzügler hinter der Linie. Das ist gerade so, wie wir die Baumgrenze über der Waldgrenze finden und die Firnfleckengrenze unter der Firngrenze, die Treibeisgrenze vor der Packeisgrenze. Kleine Gruppen gehen weiter hinaus als große, einzelne noch weiter als jene Gruppen. Unter günstigen Bedingungen dringt die Grenze vor, gegenüber ungünstigen fällt sie zurück. Man sieht die Grenze sich vervielfältigen: aus dem einen Grenzsaum werden mehrere konzentrische Grenzsäume. So liegen auch jenseits des geschlossenen großen Sprachgebietes der Deutschen die größeren Sprachinseln, darüber hinaus ziehen einzelne deutsche Gemeinden und weiter hin findet man nur noch einzelne Zerstreute.

Wo wissenschaftslose Völker eine Grenze ziehen, ist es ein wirklicher Grenzsaum, in verstärkter Form eine Grenzwüste, eine Grenzwildnis oder ein Grenzwall. Die Staaten umgeben sich mit menschenleeren oder nur zeitweilig bewohnten Ländereien, die das unmittelbare Aneinandergrenzen hindern sollen, das Wechselwirkung, Annäherung, Wettbewerb und Fortschritt hervorbringt. Entweder wird ein solcher Grenzsaum durch Übereinkommen leer gehalten oder von beiden »Angrenzern« als Jagdgebiet benützt; beides hindert nicht, daß er gesetzlosem Gesindel jeder Art zum Zufluchtsorte dient, wodurch die angestrebte Trennung erst recht erreicht wird. Das klassische Beispiel des leeren Grenzstreifens wird stets jenes

50—90 km breite Land sein, das China und Korea vertragsmäßig einst leer hielten, nachdem frühere Bewohner ausgetrieben worden waren. Der chinesisch-koreanische Landverkehr benützte ein einziges Tor in dieser Grenze, bei dem dreimal im Jahr Handel getrieben werden durfte. Es standen da einige Gast- und Warenhäuser der Chinesen. Auch an die hinterindischen Staaten grenzte China nicht unmittelbar und diese selbst hielten zwischeneinander ganze Provinzen als Grenzsäume unbewohnt. Für Afrika hat zum erstenmal Barth die allgemeine Regel ausgesprochen, daß »die Grenzgegenden zwischen verschiedenen Reichen mehr oder weniger entvölkert und daher dicht bewaldet sind« und nannte den Grenzsaum zwischen den unabhängigen Haussa und Fulbe »das Feld ununterbrochener Kriegführung und Gewalttätigkeit«. Rohlfs aber sagt an der Grenze zwischen Wandala und Bornu: »Auf allen Grenzen der Negerländer findet Unsicherheit statt; deshalb sind sie auch immer entvölkert«.

Junker hat für die südlichen Sandehländer die Grenzwildnisse als eine feste politische Einrichtung beschrieben und ihre Oberfläche auf die Hälfte des ganzen Areals geschätzt. Aus seinen genauen Beschreibungen und Karten können wir entnehmen, daß die Breite der Grenzwildnisse im Uellegebiet von 30 bis 500 km steigt und mit der politischen Freundschaft und Stammverwandtschaft abnimmt. Sandeh und Bongo, Sandeh und Bandja sind durch 100 bis 150 km breite Grenzöden getrennt. Bei politischen Unruhen verbreitern sich die Grenzen noch weiter, da nun die Ansiedelungen sich um den Mittelpunkt zusammenziehen. Wir kennen weiter viele Fälle aus Ost- und Westafrika. Im südlichen Kassaigebiet lag Lukengos Staat ganz in einem breiten Urwaldgürtel, der mehr Raum bedeckt als das Land in ihm. Zwischen Asante und Akem liegt eine Wildnis, zu deren Durchschreitung man zehn Stunden braucht. Die Beispiele sind so zahlreich, daß auch da, wo der Grenzsaum nicht besonders genannt wird, wir sicherlich nicht das Aufeinandertreffen, sondern das Auseinanderhalten als das Ziel der afrikanischen Staatengrenze ansehen dürfen. Auch auf den Inseln des Stillen Ozeans gibt es Grenzstreifen, manchmal mit kleinen Siedlungen, die wahrscheinlich von politischen Flüchtlingen herrühren.

Den Geschichtsschreibern des germanischen, keltischen und slavischen Altertums ist der Grenzsaum geradeso bekannt, wie den gründlicheren Schilderern der afrikanischen Gegenwart. Man weiß, daß kriegerische Völkerschaften gern einen herrenlosen Landstrich zwischen sich und ihren Nachbarn sahen, der am Ende keinem von beiden gehörte; lichtete sich die Waldung allmählich, häuften sich die Einwohner, da kam es dann freilich darauf an, wem er eigen sein sollte. Wir finden bei den Geschichtsschreibern den Ausdruck »Grenzgürtel«, für die dänische Mark angewendet, in der außer dem Wall zwischen Schlei und Eider noch der »eiserne« Wald von der Schlei zur Trave zog. In Deutschland sind nicht bloß aus den Urkunden Grenzöden bekannt, wie das einst zwischen Kelten und Germanen streitige Neckargebiet, das »helvetische Ödland«, sondern wir haben Reste von Grenzwäldern, die einst durch die primitive Schutzwehr der »Waldverhacke« befestigt waren. Diese Waldverhacke haben die Römer zuerst bei

den gallischen und besonders den britischen Kelten kennen gelernt. Vielleicht war aber auch der von den Römern so lange nicht durchschrittene cimminische Wald eine Grenzöde. Das »heilige« Gebiet der platäischen Mark trug auch bei den Griechen Grenzfunktionen. Das Maritzagebiet tritt als Grenzwüste, d. h. als leerer Fleck hervor und Böhmen war von einem Grenzforst umwallt, durch den Verkehr nur auf wenigen bewachten Wegen sich bewegen durfte. In die geschichtlichen Zeiten ragen die zum Teil noch jetzt erhaltenen bewaldeten Marken zwischen Westgotland und Bohuslän herein.

Die Organisation eines Grenzsaumes tritt aus den Einrichtungen des preußischen Ordenslandes am deutlichsten hervor. Gegen Litauen hin lagen Wälder und verödete, bald wieder mit Wald sich bedeckende Gebiete, an manchen Stellen 200, am nördlichen Memelufer 40 bis 90 km breit, also allein schon als Räume schwer zu durchmessen. Die drei Wege durch diese Wildnis nach Kowno, Grodno und Ortelsburg wurden mit Schanzen, Verhauen und Blockhäusern gedeckt. An der inneren Seite liefen Landwehren hin und auf diese folgten weiter einwärts die Burgen von Ragnit bis Johannisburg. Erst kleinere Anlagen, sogenannte Wildhäuser, dann als Burgen ausgebaut, treten uns da entgegen: Tammow, Insterburg, Allenburg, Nordenburg, Lötzenburg, Rastenburg, Johannisburg u. a. Mit manchen waren »Fliehhäuser«, Zufluchtsorte für die bedrohte Landbevölkerung, verbunden. Endlich hatte aber die Grenzwildnis auch ihre eigenen Bewohner: Grenzwächter, die teils feste Posten hatten, teils die Wildnis durchschweiften, Späher und Kundschafter, endlich abenteuernde Freischaren, echte Waldläufer, »Struter« und »latrunculi«, die bald im Sold des Ordens, bald auf eigene Rechnung den kleinen Krieg gegen die Litauer führten. Gerade wie in den Ländern der Sandeh und Mangbutta im Innern Afrikas war mehr als die Hälfte des eroberten Landes zum Grenzschutz wüst gelassen oder verwüstet. In dem engen Raum entfaltet sich nun um so rascher ein reiches Leben, das bald seine Wellen in die Waldeinsamkeit hineintreibt, in die von der anderen Seite die hinausgedrängten Preußen und Litauer hineinschweifen. Der Reichtum des Urwaldes an Jagdtieren, Fischen und Bienen, an Holz führt Fischer, Beutner, Holzfäller in die Wildnis. Die einzelnen Gebiete suchen nun ihre Rechte auf das wertvoller werdende Land zu erweitern und vertragsweise fester zu bestimmen, dessen Gegensatz zu dem älteren, entwickelten Land zugleich immer mehr ausgeglichen wird. Im Jahre 1550 war diese Entwickelung soweit beendigt, daß von nun an die Grenze in den Grundzügen festgelegt war wie heute.

Da die Natur selbst die bewohnbaren Gebiete, in den Steppen die Oasen, in den Waldgebieten die natürlichen Lichtungen und in den Gebirgen die Täler voneinander gesondert hat, könnte man in den Grenzwildnissen Naturnachahmungen sehen, natürliche Grenzen in einem fast tieferen Sinne, als wir es meinen, wenn wir einen Gebirgskamm, Fluß oder See als natürliche Grenze bezeichnen. Die Siedelungsgeschichte zeigt, daß dem in der Tat so ist. Die natürlichen Lichtungen sind die natürlichen Ausgangspunkte der Ansiedelung. Der Wald bleibt zwischen ihnen zunächst stehen, und seine Breite ist oft nichts als der Ausdruck des Unge-

nügens der Mittel zur politischen Bewältigung. Das gilt sicherlich von den genannten alten Grenzwäldern Preußens. Diese Grenzöden, schon als Jagdgebiete sorgfältig vor dem Feuer der Rodenden geschützt, sind zuerst von Bedeutung für die kräftigende Zusammendrängung und Individualisierung der Bewohner, später werden sie wesentlich für das Wachstum des Staates, für den sie eine Bodenreserve, der »Hinterwald«, sind, in dem neue Geschlechter roden. In Kriegszeiten werden sie Zufluchtsstätten. Sicherlich liegt im Ursprung der Einrichtung etwas ganz Naturgemäßes. Der Stamm siedelte und lichtete, ließ aber alles andere um sich her im Naturzustande stehen, vermehrte er sich, so erweiterte er den Raum, trennte sich aber ein Zweig ab, so begann dieser in einiger Entfernung die gleiche Arbeit und ließ genug Wald, Gestrüpp oder Savanne übrig, um gesondert zu sein und die Jagd ausüben zu können. Dabei gilt es von den Grenzsäumen wie von anderen Grenzen, daß ein Staat seine Grenzen um so schärfer ausprägt, je stärker er ist. Die stärksten Sandeh- und Mangbattustaaten hatten die ödesten, breitesten Grenzwildnisse. Die Menschen aber übertrugen das Schema der naturumgebenen Wohnstätte mit der Zeit auch auf größere Verhältnisse, ja die größte der voreuropäischen politischen Schöpfungen die des chinesischen Reiches, wurde mit Grenzöden eingefaßt; in diesen schwand aber natürlich ganz die alte Beziehung zur Neusiedelung und Jagd und blieb bloß das Motiv des Schutzes durch wirksamste Trennung übrig.

Alle kriegerischen Aufmärsche und Überschreitungen, sowie die Kämpfe um Grenzen lehren, daß militärgeographisch die Grenze nur als Raum zu fassen ist. Man stellt keine Armeen längs einer geometrischen Linie auf. Für den Feldherrn kann die Grenze nur einen Raum mit mehr oder weniger günstigen Bedingungen für militärische Operationen bedeuten, welche bald diesseits, bald jenseits der abstrakten Grenzlinie verwirklicht sind, dieselbe durchkreuzend oder unterbrechend.

Der Grenzsaum entspricht in erster Linie dem Bedürfnis der Abschließung, macht aber in seiner Entwicklung Kompromisse mit dem Verkehr. Wir finden dieses schon dort, wo jedem Fremdling das Eindringen in das Land selbst bei Strafe, selbst des Todes, verboten und er für seine Handelsbedürfnisse auf die neutralen, außerhalb der Grenze gelegenen Handelsplätze verwiesen ist. Ein solches Verbot bei Todesstrafe erwähnt L. Wolf von den Bakuba und erzählt, daß Händler, welche eindringen wollten, von den Bakuba wie den Bakete mit Pfeilschüssen zurückgewiesen wurden. Die Fälle sind häufig, wo der Handel ganz in den Grenzsaum verwiesen ist. So wie einst Kuolimön zwischen China und Korea, liegt Kabao, wo Bakuba, Kioko und Tupende handeln, in einem Grenzsaum. Der Verkehr ist auf einen oder einige Wege beschränkt, die leicht zu bewachen sind. Ist der Handel und Verkehr im Lande selbst erlaubt, so wird er doch auf einige Grenzplätze beschränkt, wofür Nimo, Wadais Stadt der Kaufleute, und die spärlichen Grenzhandelsplätze des älteren China und Japan Beispiele genug liefern. Auch im Reich Karls des Großen war der Handel mit den avarischen und slawischen Ländern auf wenige Punkte verwiesen, wo Grenzmärkte gehalten wurden: Hamburg, Bardewiek, Magdeburg, Erfurt,

Regensburg und Lorch an der Donau. In den zivilisierten Gemeinschaften kann die Grenze durchaus nicht mehr den Zweck der vollständigen Abschließung haben. Nicht bloß aus wirtschaftlichen Gründen wäre das Streben nach vollständiger Abschließung nicht mehr durchführbar. Unsere Staaten sind als Glieder der europäischen Kulturgemeinschaft nur im wechselwirkenden Tausch mit der ganzen übrigen Welt denkbar. Die Grenzen der Kulturländer zeigen den Triumph des Verkehres über die Absonderungstendenz, die immer mehr zurückgedrängt wird. Die Alpengrenze war schon für Rom zu gut, besonders in politischer Beziehung, indem sie es veranlaßte, sich allzu lang mit einer ungenügenden Kenntnis der transalpinen Völker zu begnügen; ebenso sind gerade die abschließenden Grenzen der Hochgebirge für die europäischen Länder von heute immer unbequemer geworden.

Die Entwickelung der Grenzlinie aus dem Grenzsaum geht in der Weise vor sich, daß in die unbestimmten Räume der Marken von den Wohngebieten aus die Besitznahme und Besiedelung familien- oder dorfweise übergriff, bis endlich kein freier Raum mehr blieb. Oder zwischen schwache Staaten schoben sich auch Fremde ein, die lange in ihrer Wildnis weder dem einen noch dem anderen Staate gehören mochten.

Dem allgemeinen Gesetz des Wachstumes der geschichtlichen Räume folgend, nehmen die Grenzen der größeren Gebiete die Grenzen der kleineren in sich auf. Unregelmäßigkeiten im Verlaufe großer Grenzen, die anders unbegreiflich wären, erklären sich aus dieser Entwickelung. Daher der Gegensatz der vielwinkeligen und viel gebogenen Gestalt der Grenzen unserer alten europäischen Länder zu den geometrisch geraden Linien und großen Winkeln der jungen transatlantischen Länder, wo keine ältere Grenze die Linienziehung hinderte. Auch aus den Grenzen der Privatbesitzungen werden Staatsgrenzen, indem die äußeren Grenzlinien der zu einem Staate geschlagenen Besitzungen zugleich als die Grenze des Staates gelten. Dauernd können diese ursprünglich einem ganz anderem Zwecke dienenden Grenzlinien allerdings nicht den viel größeren Zielen eines Staates genügen. Diese, in kleinen Winkeln gebrochenen, höchst launenhaften Linien umfassen nur die Privatvorteile, nicht die Vorteile des Ganzen. Besonders sind sie bei ihrem winkeligen Verlauf viel zu lang. Im einzelnen ist daher der Verlauf der größten Landesgrenze derselbe wie derjenige der Provinz- und Bezirksgrenzen; jene schließt sich an die Gemeindegrenzen in der Weise an, daß die Grenze zwischen zwei benachbarten Gemeinden zur Landes- etc. Grenze wird.

Das Gesetz der Entwickelung der Grenzen kann als Streben nach Vereinfachung bezeichnet werden, und diese Vereinfachung schließt die Verkürzung in sich. Grenzsäume und Mark ziehen sich auf die ideale Vorstellung einer Grenzlinie zusammen, die zuerst noch immer durch Ex- und Enklaven, sowie einen vielgebrochenen und gewundenen Verlauf praktisch einen Grenzraum bildet, um in fortwährender Abgleichung sich aller Unebenheiten immer mehr zu entledigen und zugleich der kürzesten Linie sich zu nähern. Die Grenzprobleme haben daher in verschiedenen geschichtlichen Perioden verschiedene Bedeutung gehabt. Arrondierungen und andere

Grenzberichtigungen sind als allgemeine politische Zwecke früheren Zeiten unbekannt gewesen. Rom drang auf genaue Bestimmung seiner Grenze an einzelnen gefährdeten Stellen, z. B. zwischen seiner Provinz Numidien und Afrika, und überließ an anderen die jeweilige Bestimmung seines Machtbereiches den Schwertern seiner Soldaten. Wenn Dareios nach Abrundung des Reiches und Gewinnung natürlicher Grenzen strebte, im Osten die indischen Alpen und das Indusland bis zur Wüste, im Süden die arabische Wüste, im Norden die turanische Steppe, im Nordwesten die Donau zu umfassen strebte, so bedeutete das auch nur die Bestimmung von Grenzräumen.

Der Mangel an guten Karten und festbestimmten Punkten führt auch heute bei Grenzziehungen in außereuropäischen Gebieten diese unbeabsichtigten Rückfälle in den Grenzsaum immer wieder herbei. Um die daraus entstehenden Schwierigkeiten zu heben, wird eine elastische Grenze nur in allgemeinen Ausdrücken bestimmt, damit die Möglichkeit bleibe, sie ohne große Schwierigkeiten zu verschieben. So legte Rußland 1873 seine Grenze in das alte Oxusbett, das man überhaupt noch gar nicht genau kannte; die nähere Bestimmung brachte dann Rußland wesentlichen Vorteil. Bei der zweiten Teilung Polens war der preußische Anteil nach einer fehlerhaften Karte eingetragen, während die Russen sich begnügt hatten, drei Viertel ihrer Grenze durch einen geraden Strich auf der Karte zu bezeichnen, was unter den Umständen praktischer war. Ungenaue Karten waren schuld daran, daß die Bestimmung der russischen und afghanischen (englischen) Sphäre im Pamirgebiet so schwierig war. Es handelte sich um den verschieden bezeichneten Quellarm des Oxus oder des »eigentlichen Oxus« und damit um das ganze Land zwischen Schignan und Wachan. Wo neue Grenzlinien gezogen werden sollen, wie auf dem Berliner Kongreß von 1878 oder der Berliner Konferenz von 1880, macht sich daher die Unbekanntschaft gerade mit den zur Grenzziehung geeignetsten Gebieten, wie Gebirgsrücken und Wasserscheiden, die, weil sie dünn bevölkert sind, selten besucht werden, doppelt empfindlich fühlbar. Die Streitigkeiten über die türkisch-griechische Grenze von 1882 führten auf die geographisch ungenaue Fassung des Protokolls von Konstantinopel von 1882 zurück. Die Voraussetzungen der Giltigkeit solcher Festsetzungen sind nicht bloß gute Karten, sondern daß auch in den aufeinanderfolgenden Verträgen immer dieselben Karten gebraucht oder die zu verschiedenen Zeiten benützten verglichen werden, damit nicht derselbe Flußlauf, Berg, Kreuzungspunkt usw. in ganz verschiedenen Lagen und Auffassungen erscheint.

Ratzels Betrachtungen über die natürlichen Grenzen (vergl. obigen Vorbehalt und unsere späteren Ausführungen) entnehmen wir die folgenden Abschnitte:

»Die Schranken des Naturgebietes sind der Kern, aus dem die natürlichen Grenzen hervorgehen. Die Alpen würden Mitteleuropa von Südeuropa auch in einem unbewohnten Europa trennen; also bedeutet die Ziehung einer politischen Grenze auf dem Kamm der Alpen nichts anderes als die politische Verwertung eines ohnehin vorhandenen natürlichen Unterschiedes. Das Leben der Völker hat am Nordkap oder gar am Nordrand

der Taimyr-Halbinsel Halt machen müssen, lange bevor Norwegen oder Rußland als Staaten ihre Grenzen dort gezogen haben. Dieselben Eigenschaften der Erdoberfläche, die den Bewegungen des Lebens Schranken setzen, müssen natürlich auch die Völkerbewegungen verlangsamen und das Staatenwachstum einschränken. Man kann demnach sagen: die natürliche Grenze ist die Anwendung des Naturgebietes im weitesten biogeographischen Sinn und in allen ihren Erscheinungen auf die politische Geographie. Es ist klar, daß die Grenzen des Bewohnbaren absolute Grenzen der Völker sind, während politische Ansprüche allerdings noch darüber hinaus ins Unbewohnbare verlegt werden können. Die Grenzen der Ökumene, die Grenzen des Landes gegen das Meer, der kulturfähigen Striche gegen die Wüste sind auch immer naturgegebene Staatengrenzen. Die politische Signatur wird dabei für überflüssig gehalten. Eine Erscheinung derselben Ordnung, aber von schwächerer Ausbildung und Wirkung, ist der Verlauf von Staatengrenzen in den dünnst bewohnten oder lebensarmen Hochgebieten der Gebirge, und zwar nicht selten genau auf der Kammlinie oder Wasserscheide; und ebenso gehört dahin die biogeographische Trennung durch Seenketten oder -gebiete, Sümpfe, Wälder, Flüsse, die wir auf dem politischen Feld wiederfinden. Durch alle diese Grenzen geht der Zug der Anlehnung an das Unbewohnte oder Dünnbewohnte. Und darin liegt zugleich die letzte Erinnerung an die Grenzwüste oder -wildnis primitiver Völker. In den meisten der betrachteten Fälle bietet die Natur Grenzräume. Eine Wüste erlaubt keine so feste Grenze wie das Meer. Nordafrika lehrt das seit karthagischen Zeiten. Während das Meer unbewohnbar ist, schließt die Wüste die Bewohnung nicht ganz aus. Um Sicherheit zu gewinnen, muß also die Grenze in die Wüste hinein und womöglich bis an ihren jenseitigen Rand verlegt, d. h. die Wüste zum Grenzgebiet gemacht werden. In anderen Fällen hat die Natur selbst linienartig begrenzte Räume gebildet, die ohne weiteres als Grenzen angenommen werden können. Dazu gehören besonders die Flüsse. Auch die Gebirgskämme oder -abhänge, Waldränder dienen zur Festlegung von Grenzlinien. Das Völkerrecht, froh, wenn es solche Linien findet, nimmt Wasserscheide und Talweg ohne weiteres als Grenze an, wo nicht eine andere vereinbart ist.

Wenn es nur darauf ankommt, die Grenzlinien an einigen Stellen festzulegen, genügt zur Verdeutlichung der Grenze der kleinste Bach. So wie einst der Asopos das attische Bundesgebiet von Böotien schied, legen sich in der Schweiz so manche Kantonalgrenzen an Bäche, wie die zwischen Genf und Waadt an den Versoix. Unbedeutende Gewässer erlangen in dieser Verwendung weltgeschichtliche Bedeutung: ein Rubikon, eine Lauter, eine Leitha.

Die meisten natürlichen Grenzen brauchen immerhin noch die künstliche Festlegung. Auch über den Gebirgsgrenzen schwebt die nur gedachte, aber genau bestimmte politische Grenzlinie, über deren Verlauf selbst der schärfste Gebirgsgrat und die klarste Wasserscheide Zweifel übrig lassen könnten. Das ist besonders gegenüber der Neigung zu einem abschließenden Gebrauch des Begriffes »natürliche Grenze« zu erinnern. Wenn man sagt: Frankreich gelangte 1860 in den Besitz seiner natürlichen Grenze, so lautet

das, als ob die damals durch die Abtretung Savoyens gewonnene Grenze die einzig denkbare, die natürliche sei. Die Tatsache war, daß Frankreich in das natürliche Trennungsgebiet eine Grenzlinie legte. Man hat die Pyrenäengrenze gewöhnlich als eine besonders einfache und selbstverständliche betrachtet. In dem Pyrenäenfrieden von 1559 war auch keine nähere Grenzbestimmung enthalten; daher eine Menge von Unklarheiten, aus denen fünfzehnjährige Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien von 1853 bis 1868 nötig wurden. Nachdem Spanien abgelehnt hatte, das »principe des cretes« durchzuführen, mußten an zahlreichen Stellen besonders Wald- und Weiderechte festgestellt werden, die zum Teil bis auf Schenkungen aus dem 13. Jahrhundert zurückführen, so daß die endlich festgestellte Grenze vom Hauptkamm und der Wasserscheide vielfach abweicht.

In der Entwicklung der Staaten liegt die Grenzbedingung und -bestimmung im politischen Sinn. Der Staat, der unserem Staat gegenüberliegt oder entgegenwächst, zwingt diesem eine Grenze auf oder es wird ihm selbst eine aufgezwungen. Nur an den Grenzen der Ökumene ist die vollständige Freiheit der Grenzziehungen beim Mangel aller aus dem anökumenischen Gebiet entgegenwirkenden Interessen gegeben. Durchaus ist dies nicht der Fall bei den an die Meere, Wüsten, Hochgebirge angrenzenden Staaten, wo entweder die Teilung des unbewohnten Gebietes oder die Freihaltung des größten Teiles davon für den Verkehr stattfindet. Im Wesen des Flusses liegt die Unteilbarkeit, mit der zwar politische Zuteilungen und Grenzziehungen Kompromisse machen können, die sie aber in Wirklichkeit nie überwinden. Selbst die breitesten Entfaltungen der Flüsse setzen der Teilung einen tiefbegründeten Widerstand entgegen. Mit vollem Recht wurde bei den chinesisch-französischen Verhandlungen über Tonkin (1883) die Teilung dieses Deltalandes von vorneherein für unmöglich erklärt.

Ein Strom, wie die untere Elbe, auf dem jährlich 17000 große Seeschiffe und ungezählte kleine Fahrzeuge verkehren, ist als Grenze nicht mehr denkbar. Im Gegensatz ist eine treffliche Grenze einstweilen noch der Kongo, der, fast verkehrlos, die Länder zu seiner Rechten und Linken wie Inseln absondert. François schreibt von ihm: »Der Strom ist so breit, daß er nicht bloß eine politische, sondern eine vollständige Scheide bildet und Nachrichten von einem zum anderen Ufer nur sehr spärlich gelangen. Dies geht so weit, daß die gegenüber wohnenden Eingeborenen kaum etwas von einander wissen.« Zieht sich der Verkehr von einem Strom zurück, so tritt die Grenzbedeutung von selbst wieder hervor. Die Loslösung des Elsasses aus dem deutschen, seine Zufügung zum französischen Organismus nahm dem Rhein seine Verkehrsbedeutung und machte ihn zur Grenze geeigneter; was er als natürliche Straße verlor, gewann er als natürliche Grenze. Allerdings ein sehr ungleicher Tausch.

Wo Meridiane und Parallelgrade zu Grenzen gemacht worden sind, wie in allen nach raschen und übersichtlichen Grenzbestimmungen strebenden jungen Ländern, da teilen Grenzen die Eigenschaften dieser Grade, Teile von Kreislinien zu sein. Das ist nicht belanglos, wo die westliche Hälfte der Nordgrenze der Vereinigten Staaten durch 29 Meridiane auf dem

49. Grad n. B. verläuft. Auf dieser langen Strecke unter 49. Grad n. B. folgt die Grenze der geradesten Linie und mißt daher nur 2000 km gegen 3611 km der zwischen ebenfalls fast 29 Meridianen hinlaufenden östlichen Hälfte. Manitoba zwischen 49. und 53. Grad n. B. und 95. und 101. Grad w. L. sieht auf einer Übersichtskarte fast quadratisch aus und doch ist die Nordgrenze um ca. 40 km kürzer als die Südgrenze. Ein Parallelgrad an der nördlichen Grenze der Vereinigten Staaten verhält sich zu einem an der südlichen wie 10 zu 13. Mit zwei Ausnahmen sind alle Staaten und Gebiete der Union durch Breitegrade bestimmt, die auf die Parallelstreifen der alten Charters oder Patente zurückführen. Einige Breitegrade, wie besonders der 45., 42. und 34. haben in verschiedenen Perioden der Geschichte der Vereinigten Staaten eine ähnliche politische Bedeutung gehabt — wie seit 1818 jener 49. Afrika und Australien sind ebenfalls reich an solchen Grenzen. Dem Anschein nach sind diese Gradgrenzen wenig natürlich; aber die mit Parallelgraden zusammenfallenden werden sehr oft Gebiete ungleicher Wärme voneinander sondern; und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zieht um den 100. bis 102. Meridiangrad die größte Naturgrenze des Landes, die Wald- und Wiesenländer von Steppengebieten trennt.

Nur gemutmaßt war die natürliche Begründung jener weltgeschichtlichen Gradgrenze, die am 7. Juni 1464 in dem Vertrag von Tordesillas zwischen Portugal und Spanien die Erde nach einem Meridian 370 Leguas westlich von den Capverden halbieren sollte. Columbus hatte angenommen, daß etwa 100 Leguas westlich von den Azoren die Natur des Meeres und der Luft, die Ablenkung der Magnetnadel, ja vielleicht die Form des Planeten selbst sich ändere. Die von ihm vorausgesetzten Unterschiede zwischen der alten und neuen Welt sollten hier zum erstenmal scharf hervortreten. Diese Meridiangrenze ist nie genau bestimmt worden, wiewohl sie bei den portugisischen Entdeckungen im östlichen Südamerika und bei den spanischen Ansprüchen auf die Molukken eine große Rolle spielte.

Als natürliche Grenzen großen Stiles stehen den Grenzen der Parallel- und Meridiangrade die Zonengrenzen am nächsten. Die Wüste trennt in Afrika als ein wenig bewohntes, fast staatloses Band zwischen dem 30. und 15. Grad n. B. den Norden vom Inneren des Erdteils, zugleich zwei grundverschiedene Kultur- und Rassengebiete. China machte im Norden, Altperu im Osten vor großen Waldgebieten Halt, mit denen Gebiete größerer Niederschläge zusammenfallen. Das römische Reich machte in Europa, Asien und Afrika an den Steppengebieten Halt; daher entspricht das Herabsteigen seiner Grenze von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer im allgemeinen dem Zug der Isothermen und in Vorderasien und Nordafrika der Grenzlinie, eines Gebietes mit weniger als 20 cm Niederschlägen.

Die Grenze der Ökumene, die in manchen Beziehungen politisch so bedeutsam ist, ist in ihren großen Zügen ebenfalls eine Zonengrenze. Diese Grenze ist absolut; sie sondert den Menschen vom zusammenhängend Menschenleeren. Innerhalb dieser überschritt der Verkehr die breitesten Meere, höchsten Gebirge und unwohnsamsten Wüsten. Auch die natürlichsten Landgrenzen, wie der Himalaya oder der Hindukusch, haben noch

Übergänge, und Süd- und Nordeuropa kehren sich in den Alpen nicht ihr Unähnlichstes, sondern ihr Ähnlichstes entgegen. Die Menschheit zeigt, daß nichts außerhalb der Ökumene die Völker dauernd trennen konnte. Und so ist auch im politischen Sinne die Leistung der Grenzen nur erleichternd, nicht erlösend; die Insulaner des Stillen Ozeans, die mit Stein- und Speerwürfen die Fremden von ihren Gestaden abhalten, und die Befestigungen von Wight oder Kiel beweisen beide, daß das Meer allein nicht schützt. Wohl aber ist die zusammenhängende breite Wassermasse des Meeres am meisten befähigt, große Gebiete einheitlich und geschlossen zu umgrenzen. Die feste Umfassung der Grundlage und aller Machtquellen des Staates durch die Naturgrenze gibt der Politik der Inselmächte etwas Sicheres, das gegenüber dem Zerfließenden der durch künstliche, jeden Augenblick verschiebbare Grenzen umrandeten Landmacht den Eindruck einer natürlichen Notwendigkeit macht. Es ist zwar eine vorübergehende, aber eine tiefe Wirkung.

Die Grenze an der Küste ist die beste aller politischen Grenzen innerhalb der Ökumene, weil sie die natürlichste ist. Sie trennt ein bewohntes Stück Erde von dem Unbewohnbaren. In dieser Eigenschaft kann sie garnicht mit irgend einer anderen Grenze verglichen werden. Darum ist auch die entwickeltste, formenreiche Küste für ein Land ebenso vorteilhaft, wie die kürzeste, geradeste Landgrenze, denn die Vervielfältigung der Berührung mit dem Meer ist oft vorteilhaft und nie nachteilig, die Berührung eines Staates mit einem anderen kann dagegen nicht kurz genug sein. Die Küste gibt uns die Natur selbst zum Nachbar, und dieser Nachbar ist trotz Brandung und Sturmflut zuverlässiger als der engstbefreundete Bruderstaat. Sie schließt uns zugleich die Schätze des Meeres und den Verkehr der ganzen Welt auf und ist daher die einzige Grenze, deren Wert fast für jede Erwägung mit ihrer Länge steigt.

Auch wenn man nur den Schutz ins Auge faßt, ist die lange, reichgegliederte Küste die beste. Seitdem im Jahre 12 v. Chr. die Kriegsflotte des Drusus auf die Watten westlich der Ems geriet und Gefahr lief, zerstört zu werden, hat das unsere Nordseeküste umsäumende Wattenmeer den feindlichen Zugang von der Küste her nach Deutschland oft verhindert. Die Ausdehnung der durch tiefe Buchten, Flußmündungen und Haffe zergliederten Küste der nordamerikanischen Südstaaten, die eine Menge von Schlupfwinkeln und Eingängen bot, erschwerte ebensosehr die Blockierung, wie sie den Handel, die Piraterie und die Verteidigung der Südstaaten erleichterten. Ende 1861 verwendeten die Nordstaaten 43 Kriegsschiffe mit 6800 Mann zur Blockade der südstaatlichen Häfen und erreichten doch keinen vollen Erfolg. Unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung mag die Vielheit der Buchten dem Feinde zu nützen scheinen, dem sie eine entsprechende Zahl von Angriffspunkten bieten; diesen stehen allerdings ebensoviele Schlupfwinkel für die Verteidigung gegenüber. Küsten, wie die sardinische, die dalmatinische, die cilicische, die norwegische, mit ihren unzählbaren Buchten, nannte man einst Seeräuberküsten. Wikinger bedeutet ja direkt Leute, die an Buchten wohnen.

Die Küste bewährt auch bei militärischen Operationen am Land ihre schützende Macht, d. h. sie deckt eine Flanke der Armee, die ihr entlang

marschiert und im ungünstigsten Falle auf eine draußen auf dem Meer sie begleitende Flotte sich zu stützen vermag. Griechen und Römer haben in den Kämpfen mit den Persern, mit Karthagern, den Germanen gern die Küste zur Operationsbasis gewählt, so daß Landheer und Flotte einander unterstützen konnten. Auf eine ähnliche Kooperation gründete Napoleon den Plan seines ägyptischen Feldzuges, den sehr bald die Vernichtung der französischen Flotte in der Seeschlacht bei Abukir zerriß, und entsprechend war der Krimkrieg auf Zusammenwirken von Landheer und Flotte angelegt. Je größer der Raum eines Kriegstheaters, desto natürlicher dieses Zusammenwirken, da mit dem Raum Schwierigkeit und Gefahren für das Landheer immer wachsen, die die Flotte vermindern kann.

Die Schwierigkeit der Grenzziehung an der Küste liegt nur darin, die Stelle zu finden, bis zu der man sie ins Meer hinausrückt; eine nicht geringe Schwierigkeit, wenn vor der Küste ein kleinerer Meeresteil liegt, der nicht leicht zu halbieren ist, wie der Bottnische Meerbusen oder das Adriatische Meer. Ein kritischer Punkt ist weiter der, wo eine solche Grenze ins Land schneidet. Dieser Punkt ist reich an Grenzkonflikten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika sowohl am atlantischen als am pazifischen Ende ihrer großen Landgrenze erfuhren.

Je binnenländischer die Lage eines Staates ist, desto schlechter sind auch seine Grenzen. Flüsse, Seen, Gebirge, Wälder sind ihrem Wesen nach nicht befähigt, größere Gebiete für sich allein ganz zu umfassen. Sie bilden im besten Falle Grenzen auf kurze Strecken, und nur kleinere Gebiete, wie Flußinseln, Seeinseln, Sumpfinseln, Bergeshöhen, Waldlichtungen, umschließen sie ganz. Dies liegt im Bau des festen Landes, der keine großen geschlossenen Formen zuläßt, und damit auch alles Wasser außerhalb des Meeres in Millionen Rinnen und Becken zersplittert. In der Grenze eines großen Landes, wie das Deutsche Reich, spielen diese nur noch die Rolle von vereinzelten Wällen, Bastionen, nassen Gräben auf weiten ungeschützten Grenzstrecken. Die Umrandung der größten Gebirgstäler kommt der Bildung größerer, natürlich umwallter Gebiete am nächsten, aber ihre räumlichen Grenzen sind doch eng gezogen, und dann läßt sie immer eine Seite und zwar die breite Seite des Abflusses offen.

Es gibt keine Grenzen auf dem Lande, die so viel gewunden verlaufen wie die Grenzen am Meere. Aber auch Flußgrenzen und Gebirgsgrenzen sind naturgemäß oft sehr unregelmäßig gestaltet. Bei allen nassen Grenzen kommt dann noch die Veränderung der Gestalt des Festen, an das die politische Grenze sich anlehnen muß, hinzu, worin bei Flußgrenzen, die dem ewig veränderlichen Talweg folgen, eine immer wiederkehrende Schwierigkeit liegt. Auch die Austrocknung der Sümpfe, die Regelung der Flüsse, die Entwaldung u. a. Kulturarbeiten haben den Wert mancher natürlichen Grenze herabgesetzt.

Steppen- und Wüstengrenzen sondern zwar die Kultur scharf ab, sind aber sonst nicht mit den Wassergrenzen zu vergleichen. Denn sie schließen die Bewohnung nicht ganz aus, lassen vielmehr die Ausbreitung nomadischer Völker zu, die nicht selten eine Bedrohung für den Staat sind. Daher die Neigung aller an Wüsten grenzenden Staaten, ihr Gebiet bis in die Wüste

oder gleich an den jenseitigen Rand auszudehnen. So hoch den Chinesen der Ackerbau steht, haben sie doch die ganze Breite der Mongolei politisch durchquert.

Rom sollte nach Trajans Plan die schlechte syrische Wüstengrenze gegen die Tigrisgrenze vertauschen, war aber schon zu schwach, diesen Vorteil festzuhalten. Nur die mit der Grenzwache betrauten Klientelstaaten der Juden und der Nabatäer wurden fester an Rom angegliedert. Ägyptens Grenze zog man bei Syene, aber der Wüstenstreif zwischen hier und Hiera Sykaminos (Maharakka) war ein Grenzsaum im Besitz des Reiches, der erst später an Ägypten kam. Von der römischen Wüstengrenze in Nordafrika muß man mit Mommsen die Frage aufwerfen, ob der Begriff Grenze hierauf überhaupt noch Anwendung finden könne. Die Nubier und Blemyer wurden für Grenzbewachung mit Geld entschädigt, d. h. ihre Plünderungszüge wurden abgekauft.

Als der Grenzfluß oder Grenzbach für niemand angehörig, res nullius galt, was in deutschen Gebirgsgegenden wohl noch im 16. Jahrhundert der Fall war, konnte die Flußgrenze als der letzte Rest des Grenzsaumes betrachtet werden. Heute, wo die Grenze in den »Talweg« gelegt ist, wird Flußgrenzen hauptsächlich der Militär loben, weil sie als natürliche Terrainabschnitte und Annäherungshindernisse sich günstig erweisen, wie die Kriegsgeschichte von der alten bis zur neuesten Zeit und vom Indus bis zum Potomak in zahllosen Fällen zeigt. Umgibt man doch auch die Festungen außer mit Wällen, noch mit wassergefüllten Gräben. Als die Römer am Rhein 50 Kastelle anlegten, war dieser Strom für sie ein einziger »nasser Graben«. Dabei sind ebenso wie in anderen Beziehungen nie von den Flüssen die Täler zu trennen und gerade der Militärgeograph wird dem Fluß noch die vorausgelegenen Talhöhen vorziehen, die den Fluß beherrschen. Ein Fluß als Verteidigungslinie bedingt also durch seine Länge die Verteilung der Verteidiger auf eine lange Linie und bietet zugleich wegen des Mangels hervortretender Querabschnitte wenig Gelegenheit zur Seitendeckung, weswegen die unter diesen Bedingungen doppelt gefährliche Umgehung die größte Gefahr einer Flußverteidigung ist; ihr entgegenzuwirken, sind die an Flüsse sich anlehnenden Festungen bestimmt. Oder die Flußlinie geht in eine künstliche Verlängerung über, so wie der Trajanswall für die erste Ausbreitung der Römer gleichsam die Verlängerung der Donau zum Schwarzen Meer (bis Tomis) bedeutete; erst Hadrian zog den Nordwinkel der Donau in die Grenzbefestigungen ein. Aber die Grenze besteht nicht nur aus Verteidigungsabschnitten, sie hat auch andere Aufgaben zu erfüllen. Es ist ein schädlicher Aberglaube, in den Flüssen die unter allen Umständen natürlichsten Grenzlinien und in jedem Fluß eine treffliche Grenze zu sehen. Aus den natürlichsten Gründen kann nicht jede Flußgestalt geeignet sein, eine politische Grenze zu tragen; weder ein Zickzackfluß wie der Main, noch ein in Seen und Brüche aufgelöster, wie die untere Spree, entspricht der Forderung der geradesten und kürzesten Erstreckung. Da aber die Anforderungen an die Grenzen im Lauf der Geschichte nicht dieselben geblieben sind, konnten zu einer Zeit Flüsse als Grenzen angenommen werden, die später dieser Aufgabe sich nicht mehr gewachsen

gezeigt haben. Und besonders gilt das von der provisorischen und symbolischen Begrenzung der Flüsse.

Wenn auch Frankreich zunächst darauf bestand, daß Siam die am linken Ufer des Mekong gelegenen Provinzen abtrete, so wird doch dieser vielgewundene Fluß nicht auf die Dauer die Grenze bilden, um so weniger, als Frankreich durch das Schutzgebiet von Kambodscha ihn im wichtigsten Abschnitt, dem Unterlauf, bereits überschritten hat.

Das Anökumenische, worin die tiefe Berechtigung der natürlichen Grenze liegt, kommt bei den Flüssen nur unter besonderen Umständen zur Entwickelung. Ströme, die breit wie Meeresarme sind, sind darum doch oder eben darum dem Verkehr oft in großem Maße zugänglich. In reißenden Flüssen dagegen, in kanonartigen Talschluchten, trennt Tal- und Sturzbach gleich streng; so entstehen unbedingt trennende Schluchtgrenzen. Die Tara, in der 75 km weit die montenegrinisch-türkische Grenze zieht, eine an manchen Stellen 800 m tiefe Talschlucht mit sehr wenig Übergängen, die bei Hochwasser überhaupt nicht gangbar sind, ist das Ideal eines Grenzgrabens. Es liegt nicht in dem Fluß, sondern in dem Zusammentreffen des Flusses mit anderen Unterschieden, wenn er zu einer Naturgrenze in dem weiteren Sinn der Trennung verschiedener Naturgebiete wird. Der Jujuy, der das südbrasilische Gebirge hart umfließt, so daß er scharf das Hochland im Norden vom Tiefland im Süden trennt, sondert damit auch Wald und Steppe, Ansässigkeit, Plantagen- und Sklavenwirtschaft im Norden und das freie bewegliche Leben auf der Steppe im Süden. Hier sind Spanier, dort Portugiesen, und wer den Fluß überschreitet und in die Steppe eintritt, wird unwillkürlich Spanier. Welcher Gegensatz zu dem auf beiden Ufern spiegelbildlich gleichen Oberrheinthal!

Die Bedeutung des Oxus als afghanisch-turkestanische Grenze wurde von den Engländern weit übertrieben, wenn sie sie als eine alte große nationale und politische Grenze bezeichneten, die von alten Zeiten her Iran und Turan getrennt habe. Unglaublich, daß selbst ein Rawlinson sich zur Vertretung dieser Auffassung herbeilassen mochte, der früher durch eigene Studien die alte, wahrscheinlich vorturanische Verbreitung des iranischen Elementes in Transoxanien tiefer begründet hatte. Es war aber nicht bloß unhistorisch, sondern bezeugte die Abwesenheit jedes geographischen Blickes, wenn England den ganzen Oxus als Grenze der englischen und russischen Interessensphäre annehmen wollte. Er hat naturgemäß einen ganz anderen Wert als Grenze draußen in der Wüste und am Aralsee als am reichbebauten und bevölkerten Fuß des Hindukusch. Neben Gortschakow, der diese Auffassung wegen Chiwas zurückwies, erschien Schir Ali mit der Erklärung, daß Afghanistans Anspruch nie über Chodscha Saleh, wo der Weg von Balch nach Samarkand den Oxus kreuzt, hinabgereicht habe.

Wenn keine näheren Festsetzungen getroffen sind, gilt seit den Bestimmungen des Wiener Kongresses in einem Flusse der Talweg als Grenze; so im Rhein nach Festsetzung auf der ganzen Grenze Badens gegen den Aargau und ohne Festsetzung auf der Grenze Badens gegen Zürich, auf der schweizerisch-österreichischen Grenze vom Bodensee bis zum Flä-

scherberg und in vielen anderen Fällen. Von der gewaltigen Veränderlichkeit des Talwegs wußte man nichts, als man ihn als Grenzlinie bestimmte. Sie ist eine Quelle immer neu auftauchender Unsicherheiten, denen man wohl von vorneherein durch Bestimmungen begegnet, wie im § 15 des österreichisch-schweizerischen Vertrages von 1892 über die Rheinregulierung, der ausdrücklich festsetzt, daß die Landesgrenze zwischen beiden Staaten auch nach Vollendung der Durchführung unverändert bleibt »in der bisherigen, der Mitte des alten Rheinstromes entsprechenden Richtung«. Bei kleineren Flüssen folgt die Grenze einem oder dem anderen Ufer oder liegt in der Mitte. Die bernisch-reichsländische Grenze liegt z. B. in der Lützel von Klösterle bis zum Eisenwerk, die bernisch-französische folgt dem linken Doubsufer $1\frac{1}{2}$ km aufwärts von Bremoncourt und dem rechten die letzten 26,7 km bis zur neuenburgischen Grenze, dort den ganzen Fluß der Schweiz, hier Frankreich zuweisend. Dann liegt wieder bis zum Lac des Brenets die Grenze in der Mitte. Wo Jahrhunderte alte Rechte ein Grenzwasser der einen Seite zuweisen, wie die Bidassoa Spanien, da ist der Talweg als Grenze überhaupt nicht durchzusetzen gewesen.

In den Zeiten, in denen eine Grenzlinie genau zu bestimmen nicht möglich war, bot sich der Fluß und Bach als natürliche Linie von selbst zur Bestimmung einer allgemeinen Grenze dar. Daher die zahlreichen Flußgrenzen in der Zeit des Überganges vom Saum zur Grenzlinie, sowohl bei primitiven Völkern von heute als in den großen Reichen, deren Peripherie nur durch Meere, Flüsse oder Gebirge einigermaßen sicher zu bestimmen war. Die natürlichen Grenzen, die Karl der Große seinem Reich scharfblickend gezogen, von der Eider über Elbe, Saale, Böhmerwald, Ems und Wienerwald bis zur Raab, haben für mehrere Generationen die Beziehungen der Völker festgelegt. Später noch las man auf der Brücke von Rendsburg Eidora Romani terminus Imperii. Karl der Große hat wie hier auch am Ebro und Tiber Grenzen seines Reiches bestimmt. So galten die Aare und der Rhein mit wenig Ausnahmen für Ostfranken, der Götha-Elf vom Wenersee bis zum Meer für Norwegen, Königsaue und Koldingfjord für Schleswig. Ist doch der untere Zab zwischen Assyrien und Babylonien eine der ältesten Grenzen, die wir kennen.

Der Rhein war seit Cäsar trotz des Grenzwalles und des Dekumatlandes die wahre Ostgrenze Roms in Mitteleuropa, so wie die Donau seit Augustus. Zu Augustus Zeit galt die Elbe zwar als Reichsgrenze, aber verteidigt wurde das Reich am Rhein, und vom Rhein liefen die großen Straßen des Verkehrs nach Westen. Er hatte seine politische Bedeutung in den vorübergehenden Staaten der Franken und Alemannen verloren, die beide über ihn hinausgriffen, gewann sie aber, die kulturlich nie zu verwischen gewesen war, in der Teilung des Reiches Karls des Großen wieder. Denn nun finden wir Frankreich (im ganzen) vom Rhein und von der Maas, Lothringen vom Rhein und Deutschland von der Elbe begrenzt. Das ist der politische Zustand, der den Einfluß der Flußläufe auf die Staatenbildung in der Entwickelung Mitteleuropas am deutlichsten zeigt. Er kehrt später stückweis wieder, so, wenn die späteren Herzogtümer Ober- und Unterlothringen sich am Rhein von Franken und Schwaben scheiden, wenn auf

Strecken Burgund und Frankreich durch die Saone, das Arelat und Frankreich durch die Rhone abgegrenzt werden und noch im 17. Jahrhundert das Fürstentum Orange, Venoissin und Avignon die Rhone zur Grenze haben. Wenn dann Frankreich seit Karl VII. die Rheingrenze als politischen Grundsatz aufstellte, waren doch die Forderungen der Zeit so ganz andere geworden, daß der Rhein tatsächlich nur kurze Zeit Grenzfluß blieb.

Für die Art allgemeiner Abgrenzung oder besser Zielsetzung bei der Kolonisation eines neuen Landes sind diese großen Rinnen brauchbar. Was die Saale und Elbe, später durch einige Generationen die Havel und Nuthe in der Germanisierung Ostdeutschlands, war der Shannon in der Anglisierung Irlands, dasselbe in kurzen Abschnitten der Kolonialgeschichte Nordamerikas der Mohawk, der Ohio u. a. und in Südafrika für längere Zeit der Große Fischfluß. Dazu kommt, daß der ältere Zustand der Flüsse ihre begrenzende Kraft wesentlich erhöht. Die untere Weichsel, in ihrem wilden Zustand ein Sumpf- und Waldland, war die breite, starke Grenze zwischen Preußen und Slaven, vor dem 12. Jahrhundert auch zwischen Heiden- und Christentum. Liegen in einer kolonisierenden Bewegung verschiedene Richtungen, wie seit dem 17. Jahrhundert im nordöstlichen und südöstlichen Nordamerika, dann mag ihr Aufeinandertreffen einen Fluß zeitweilig sogar zu einer großen Kulturgrenze machen, wie den Ohio.

Beim Fortschritt der Besiedelung und der Verdichtung des Verkehrs mußte sich sehr bald zeigen, daß man den Fluß als Grenze im Sinne der neutralen Zone gelten lassen kann, daß er aber nicht von seinem Lande zu trennen ist. Sein Verkehr strebt ans Land und spinnt von Ufer zu Ufer seine Fäden. Nun strebt die Grenze auf Befestigung und Vertiefung der Sonderung hin: der Verkehr aber will alles aus dem Wege räumen, was seinem Streben nach Bewegung und Vermittelung entgegensteht. Und als Verkehrsweg dient nun der Fluß diesem Streben. Daher also ein tiefer Zwiespalt, der übrigens nicht rein zwischen dem Verkehre und der Politik klafft. Die politische Bedeutung des Rheines liegt ja auch in der Verbindung, welche er zwischen den verschiedensten Ländern herstellt. Indem sein Gebiet in schweizerisches, österreichisches, französisches, belgisches und niederländisches Land hinübergreift, ist er der eigentlich internationale unter den deutschen Strömen.

Ein Fluß, der gleichzeitig ein belebter Verkehrsweg ist, wo jeden Tag Tausende von Menschen von beiden Seiten zusammengeführt werden, kann keine politische Grenzlinie sein. Die zwei Haupttatsachen des Flusses: das Wasser und die Rinne, fördern beide den Verkehr, führen als natürliche Wege — in weiten Strecken des Rheintales liegen 4 Eisenbahnlinien und ebensoviele Landstraßen zu beiden Seiten des Stromes — und Transportmittel die Menschen zusammen, verdichten die Bevölkerung. Daher haben die in oder an Flüssen gezogenen Grenzen keinen dauernden Wert. Die Verkehrsbedeutung ist die höhere, dauerndere, sie wird dereinst die Grenzfunktion, die nur vorübergehend sein konnte, ersetzen. Angesichts der Brücken- und Städtepaare Mannheim-Ludwigshafen, Mainz-Kastel, Köln-Deutz gewinnt man den Eindruck, die Städte seien über den Fluß weggebaut, um jede Grenze zu verwischen. Der deutsche Rhein wird von 21 Eisen-

bahnen auf Brücken überschritten, von denen manche monumentale Bauwerke für große Dauer sind. Das Rheinthal ist von Basel bis Bingen der längste Streifen sehr dichter Bevölkerung in Mitteleuropa. Eine trennende Linie gerade hier durchgelegt, welche Unnatur!«

Behandelt Ratzel die »natürlichen Grenzen« trotz allen Einschränkungen immerhin noch stark im positiven Sinne der Anerkennung ihres »natürlichen« Charakters, so bringen heutige Geographen wesentlich größere Zweifel an der Berechtigung dieser ihrer Kennzeichnung zum Ausdruck. So behandelte gelegentlich seiner Antrittsrede beim vierten Wechsel des Berliner Rektorats Professor Penck die Frage der politischen Grenzen etwa in folgendem Sinne:

Keine sogenannte natürliche Grenze besitzt, sofern sie nicht eine Schranke ist, wie die Ufer des Meeres, die für ein entwickeltes Staatswesen erforderliche Schärfe und Eindeutigkeit. Ob Naturgrenze, oder morphologische, oder astronomische Grenze — immer hat die bloße Angabe, daß die politische Grenze einer solch natürlichen Leitlinie folgen soll, zu Konflikten geführt, denen erst gesteuert werden kann, wenn die Grenze regelrecht vermarkt wird. Natürliche Grenzen bieten nicht das, was man von ihnen so häufig erwartet: eine eindeutige Festlegung der Grenzlinie, wie sie der moderne Staat braucht, um sein Gebiet scharf und bestimmt festzulegen. Sie bieten lediglich die Idee, den Leitsatz zur Ziehung einer solchen Grenze: vielfach aber nur ein leeres Schlagwort zur Rechtfertigung von Gebietsansprüchen. Erst die Vermarkung verleiht den natürlichen Grenzen Eindeutigkeit. Keiner der zivilisierten Staaten begnügt sich heute mit den bloßen natürlichen Grenzen. Die genaue Grenzvermarkung aber wurzelt ursprünglich nicht bei der politischen, sondern bei der Besitz- oder Eigentumsgrenze. . . . Über die Güte einer Grenze entscheidet nicht, ob sie eine natürliche oder künstliche ist, sondern ob sie zu dem Staate paßt, den sie einspannt, ob sie dessen Natur entspricht oder nicht. Für manche von Gebirgen umschlossene Länder erscheint die natürliche Grenze als die naturgemäße. Das Musterbeispiel ist immer die Schweiz. Ringsum natürliche Grenzen von einer solch starken Wirkung, daß sie Franzosen und Deutsche, Romanen und Italiener, Katholiken und Protestanten fest zusammengehalten und ihnen das gemeinsame starke Volksgefühl, Schweizer zu sein, aufdrücken. Ebenso wie die Schweiz ist Tirol ein Paßland, innerhalb dessen starken natürlichen und naturgemäßen Grenzen Deutsche und Italiener durch Jahrhunderte lang friedlich nebeneinander lebten. . . . .

Unverkennbar ist, daß in fortschreitender Entwicklung sich bei allen Staaten das Bestreben nach einer Zurundung der Landesgrenze geltend macht. Einspringende Winkel werden fast immer als Nachteile der Grenzziehung empfunden, auch dann, wenn sie durch hohe Gebirge verursacht werden. Jeder einspringende Winkel verlängert die Grenzlinie, steigert die Kosten des Grenzschutzes und mindert vor allem die Grenzsicherheit. Dementsprechend werden die Vorsprünge von Grenzen eines Landes vom Nachbar abgeschlossen, dennn wo sie vorhanden sind, kennzeichnen sie vielfach eine Aggressivgrenze. Die Ausstülpung der französischen Nordgrenze längs der Maas in der Gegend von Givet ist ein Musterbeispiel hier-

für. Nur bei befreundeten Nachbarn werden mehrere ineinandergreifende Vorsprünge der Grenze nicht als störend empfunden, denn sie steigern die Möglichkeit freundschaftlicher Berührung und freundschaftlicher Beeinflussung. Daß das Deutsche Reich in Schlesien und Südbayern gegen Österreich hin vorspringt und dieses in Böhmen und Tirol seinerseits ähnliche Vorsprünge aufweist, bringt eine Verzahnung der Wege, die die beiden Bundesgenossen auf das engste mit einander verknüpft, wennschon Österreich zur Befestigung seines von Schlesien und Bayern eingeklammerten böhmischen Vorsprungs das tschechische Element kräftiger werden ließ, als im Interesse guter nachbarlicher Beziehungen zu Deutschland liegt. . . .

Des Verfassers eigener Standpunkt mag in folgender Weise gekennzeichnet werden:

Die politische Geographie stellte früher und der Laie stellt allgemein wohl noch heute vornweg die Frage nach der Errichtung der sogenannten »natürlichen Grenzen«. Das Urteil über natürliche Grenzen bedarf aber gegenüber Zeiten weniger fortgeschrittener Verkehrsentwicklung und Technik auf der ganzen Linie einer sehr starken Modifizierung.

Unter welchen Gesichtspunkten soll oder darf man überhaupt von natürlichen Grenzen sprechen? Verhältnismäßig am einfachsten liegt die Beantwortung dieser Frage für den Strategen, und in Wahrheit sind heute, wenn überhaupt von natürlichen Grenzen gesprochen wird, wohl stets strategische Grenzen gemeint. So lebenswichtig nun aber auch für jeden Staat die militärische Sicherung seines Herrschbereiches nach außen hin ist, so zahlreich sind doch auch die Rücksichten, die bei der erstrebenswerten Ausmessung des Hoheitsgebietes eines Staatsvolkes neben jenen strategischen zu nehmen sind. Reibungsflächen, die ebenso gefährlich werden können, wie strategisch ungünstige Grenzen, werden geschaffen durch die Zerreißung naturgemäß zusammengehörender Wirtschaftsgebiete, durch das Zerschneiden natürlicher Verkehrsgebiete, durch die Trennung kultureller und ethnographischer, sprachlicher und religiöser Zusammengehörigkeiten.

Bleiben wir aber zunächst bei der altgewohnten Form der Fragestellung nach den natürlichen Grenzen im Sinne der strategischen Grenzen, so sind wir gewohnt, als solche in der Hauptsache ins Auge zu fassen: Meere, Gebirge, Flüsse, Sümpfe und Wüsten. Unter allen sogenannten natürlichen Grenzen bildet das Meer die natürlichste; und dennoch: für ein seefahrendes Volk bedeutet das Meer keine Grenze, sondern ein Lebenselement. Es strebt tagtäglich von der Küste hinaus über das Meer und sucht an entlegenen Gegenküsten Handelsniederlassungen, militärische Stützpunkte, Kolonien.

Auch den Gebirgen ist nur in sehr bedingtem Maße natürlicher Grenzcharakter zuzusprechen. Wo ein Gebirge tatsächlich die natürliche Grenze bildet, was übrigens mehr und mehr zum Ausnahmefall geworden ist, da kann, wenn von einer natürlichen Grenze die Rede sein soll, die Grenzlinie nur über die Kammlinie führen. Hat aber ein Staat die Macht, seinem Nachbarn die Gebirgsgrenze vorzuschreiben, so wird er danach trachten, ihn ebensowenig auf den Kamm gelangen zu lassen, wie man den

Feind bis an oder gar auf die Festungswälle gelangen läßt. Er wird ein Glacis, ein Festungsvorland zu gewinnen suchen und darnach streben, die Grenzlinie jenseits des Kammes zu führen. Nur wo gleichberechtigte staatliche Faktoren in friedlicher Verständigung die Grenzlinie ziehen, wird sie sich mit der Kammlinie decken. Aber auch die Kammlinie wird durchbrochen durch Pässe, und die Pässe sind keine natürlichen Grenzen, sondern stellen natürliche Verkehrswege dar, deren Durchbrechung den Charakter der Gebirgsgrenze als einer natürlichen Grenze beeinträchtigt.

Immer vollständiger haben in kultivierten Ländern die Flüsse die Eigenschaft einer natürlichen Grenze verloren. Auf europäischem Gebiet könnten sie nur noch in Osteuropa als solche angesprochen werden, vornehmlich in jenen Teilen Rußlands, in denen sie nur in sehr bedingtem Maße Verkehrswege darstellen und vielfach ein verhältnismäßig unwegsames Band durch die Lande ziehen. Auch die Donau hat nur auf verhältnismäßig kurzer Strecke ihres Laufes den Charakter einer natürlichen Grenze zwischen Bulgarien und Rumänien, dort namentlich, wo sie mit der ethnographischen Grenze zusammenfällt. Bildet ein Fluß die Grenze, so ist zwischen gleichberechtigten staatlichen Faktoren zu verlangen, daß, wie im Gebirge der Kammweg, im Fluß der Talweg die Grenzlinie darstelle.

Auch breite Sumpfgürtel, wie wir sie besonders in Rußland antreffen, können als natürliche Grenzen nur bedingt betrachtet werden; denn sie sind keine Ewigkeitserscheinungen auf der Erdoberfläche, sondern können mit technischen Hilfsmitteln entwässert, trockengelegt, urbargemacht dem Wirtschaftsleben und Verkehr überliefert werden. Selbst die Wüste ist nicht ohne weiteres als natürliches Grenzgebiet anzusprechen, denn auch über ihr Geröll und ihren Sand ziehen sich die Bänder des Verkehrs, und das Beispiel der Ausdehnung französischer Herrschaft über die Sahara zeigt, wie wenig selbst den größten Wüstengebieten unbedingter Grenzcharakter beigemessen werden kann.

Die neueste Entwicklung der Kriegstechnik hat ein übriges dazu getan, auch die Beurteilung strategischer Grenzen einigermaßen zu modifizieren. Wir werden heute in einem so verkehrsreichen Lande wie Europa, insbesondere Mittel- und Westeuropa, die Fragestellung weniger daraufhin zu richten haben, ob die staatlichen Grenzen als natürliche anzusprechen sind, wie dahin, ob die staatlich zusammengefaßten Gebiete in sich die kulturell und ethnographisch, die wirtschaftlich und verkehrlich zusammenhängenden Gebiete umfassen und hierdurch eine gewisse Sättigung des Machtbedürfnisses gewährleisten, das Zutagetreten gefährlicher Reibungsflächen vermeiden.

Je stärker entwickelt vor allen Dingen die Verkehrstechnik ist, umsomehr greifen nun aber die verschiedenen Verkehrsgebiete ineinander über, umso schwerer wird es, Grenzen zu ziehen, die man auch verkehrs- und wirtschaftsgeographisch als einigermaßen natürliche Grenzen zu betrachten imstande sein wird. Dazu gesellt sich nun gerade in der heutigen Zeit die Schwierigkeit der ethnographischen Grenzen, die in Europa, vor

allen Dingen im Gebiet zwischen der Ostsee, dem Schwarzen-, Ägäischen- und Adriatischen Meer schier unlösbare Aufgaben stellen (vgl. Abb. 21 u. 22).

Osteuropa um die Mitte des 16. Jahrhunderts.



Abb. 21.

Während draußen in der übrigen Welt der Imperialismus sich austobt, steht Mitteleuropa unter Einschluß jener östlichen Gebiete, die es von dem großen Rußland schon mehr asiatischen Charakters scheiden, mehr denn je im Zeichen des Nationalismus, der unter dem von

außen hereingetragenen Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker dahin führt, daß die Frage nach den natürlichen Grenzen in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der ethnographischen Grenzbestimmung gestellt wird. Wie aber schon gesagt, fließen im weiteren Mitteleuropa die ethno-

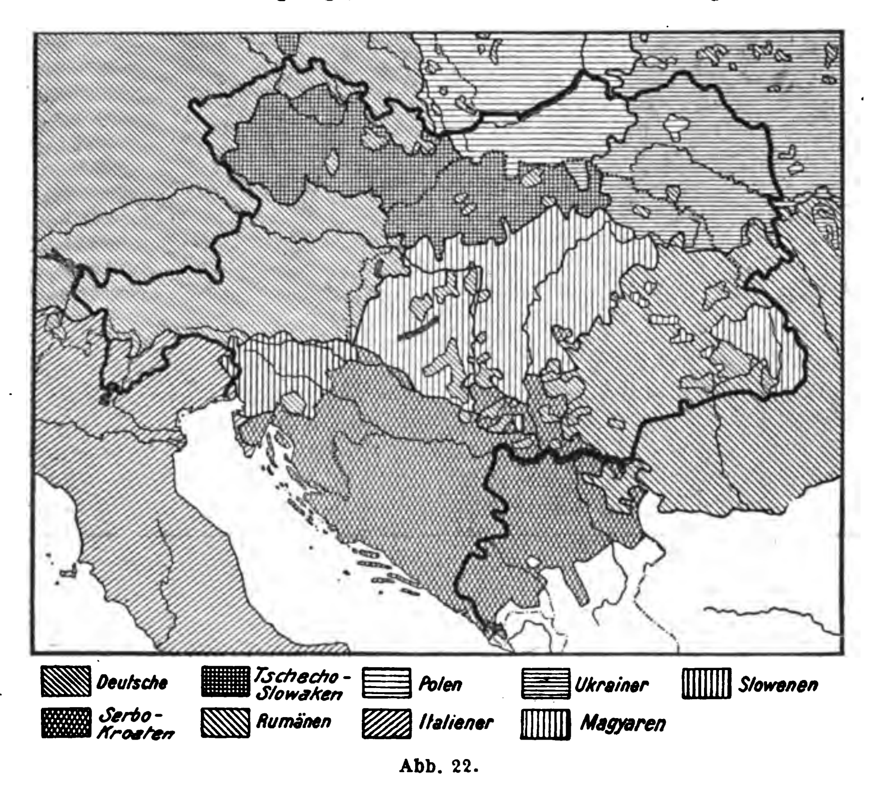


Abb. 22.

graphischen Gebiete so sehr ineinander über, daß eine klare Begrenzung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Dazu tritt ferner noch der große Nachteil, daß die ethnographischen Grenzen dort, wo man sie einigermaßen klar ziehen kann, weit davon entfernt sind, sich mit dem zu decken, was man sonst in der politischen Geographie als natürliche Grenzen bezeichnet, also namentlich mit den gegebenen strategischen Grenzen, und daß auch die Wirtschaftsgebiete und besonders die natürlichen Verkehrsgebiete durch ethnographische Grenzlinien in empfindlichster Weise zerrissen werden.

Anlagen.

I.

Ein Forschungsinstitut für politische Geographie.

Der Gründe für den deutschen Zusammenbruch im Herbst 1918 sind viele. Einen großen Komplex dieser Gründe: die dem Tieferblickenden schier unbegreifliche Unterschätzung des zu gewärtigenden Wirtschaftskrieges und die demgemäß höchst lückenhaft vorbereitete und unter schweren Mißgriffen durchgeführte Kriegswirtschaft glaube ich an anderer Stelle einigermaßen klargelegt zu haben.[1]) Einen anderen, vielleicht ebenso wesentlichen Komplex von Versagergründen sehe ich in unserer unzulänglichen Staatenkunde, in der Vernachlässigung der politischen Geographie im weitesten Sinne, worunter ich nicht nur allgemein die physiologische Länderkunde und die psychologische Völkerkunde verstanden wissen möchte, sondern vor allen Dingen das Zusammenwirken der beiden Faktoren in ihren praktischen Nutzanwendungen, d. h. auf unser Beispiel bezogen: Das Studium der geographischen Ziele und volkspsychologischen Eigenheiten der Mächte, die sich im August 1914 und später gegen uns stellten. Daran gebrach es, so wollte mir im Anbeginn des Krieges erscheinen, und so scheint es mir fast noch mehr nach dem peinlichen Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, sowohl den breiteren Volksschichten, wie auch den berufenen politischen Leitern.

Heute ist auch das außenpolitische Geschick des deutschen Volkes vielleicht mehr als das irgend eines anderen Staatsvolkes in seine eigenen Hände gelegt. Heute ist es daher mehr denn je geboten, diese Fehlerquellen zu beseitigen und der Staatenkunde in dem oben angedeuteten weitesten Sinne Eingang ins Volk zu schaffen. Dazu aber bedarf es der wissenschaftlichen Führung von oben, der tiefgreifenden Erfassung der Staatenkunde durch die deutsche Wissenschaft und der Verbreitung ihrer Kenntnisse und Erkenntnisse durch tausend Kanäle ins Volk.

Ist es unter diesen Gesichtspunkten noch erträglich, daß es heute noch eine ganze Reihe großer und größter Universitäten in Deutschland

---

[1]) »Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft«. Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

gibt, in deren Vorlesungsverzeichnis man vergeblich die politische Länder- und Völkerkunde, politische Geographie und Völkerpsychologie sucht?

Was mir zur Abhilfe vorschwebt, ist ein Forschungsinstitut für politische Geographie als weltpolitische Akademie. Ein solches Institut hätte gleichmäßig als staatenkundliches Institut »Land und Leute«, also die physiologische Erdkunde und die psychologische Völkerkunde, zu berücksichtigen und — letzten Endes zu praktischen Zwecken, genau so wie die Forschungsinstitute auf physikalischen, chemischen u. a. Gebieten, die uns übrigens im Kriege mit den Ergebnissen ihrer Arbeiten von ganz unschätzbarem Dienste waren — in denkbar erschöpfendem Maße die Lebensbedingungen, die tatsächlichen Verhältnisse und die Machtbestrebungen der Staatsvölker klarzustellen, damit auf dieser tiefen und sicheren Grundlage deutsche Weltpolitik auch unter schwersten äußeren Bedingungen ihre Richtlinien finde.

Ein kurzes Schema verdeutlicht vielleicht mehr als viele Worte den Aufbau eines solchen Instituts, wie er mir als zweckmäßig vorschwebt:

Forschungsinstitut für politische Geographie.

I. Länderkundliche Abteilung.

1. Forschungsinstitut für Wohnsitzmöglichkeiten (physische Geographie, Klimatologie),
2. Forschungsinstitut für wirtschaftliche Möglichkeiten (geographische Pflanzen-, Tier- und Mineralkunde),
3. Forschungsinstitut für verkehrliche Möglichkeiten (Land-, Wasser-, Luftverkehr, Güter-, Personen-, Nachrichtenverkehr).

II. Völkerkundliche Abteilung.

1. Völkerpsychologisches Institut,
2. Weltgeschichtliches Institut,
3. Sozialgeschichtliches Institut,
4. Kulturgeschichtliches Institut.

III. Staatenkundliches Institut

für Erforschung der geographischen, ethnographischen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und verkehrlichen Lebensbedingungen, tatsächlichen Verhältnisse und Machtbestrebungen der heutigen Staatsvölker und der nichtstaatlichen Nationalitäten

1. in regionalen Abteilungen für die einzelnen Staaten,
2. in Kolonialgruppen für die großen Weltmächte,
3. in der zusammenfassenden Zentralstelle.

Mit bewußter Absicht ist das Bild von unten nach oben gezeichnet, die Pyramide sozusagen auf den Kopf gestellt. Denn die aufbauende, oder vielmehr die das Material im einzelnen liefernde Kleinarbeit muß (freilich unter zielsicherer Leitung der Zentralstelle) die notwendigen Vorbereitungen für das Gesamtwerk liefern. Die politische Geographie wird in ihrer weitausgreifenden Gesamtheit erkannt als Quintessenz der Länder- und Völkerkunde, die sich zur beide gemeinsam umfassenden Staatenkunde auf Grundlage der geographischen Gegebenheit verdichtet. Einige erklärende Ergänzungen wären wohl nötig bezüglich der völkerkundlichen Abteilung. Daß völkerpsychologisches Erkennen notwendig ist, um die politische

Geographie ihren letzten praktischen Aufgaben lösungsfähig zuzuführen, bedarf wohl kaum eines beweisenden Wortes. Wenn darüber hinaus der Einfügung welt-, sozial- und kulturgeschichtlicher Institute das Wort geredet wird, so ist erstens selbstverständlich, daß die Arbeiten dieser Institute sich an den geographischen Rahmen zu halten haben würden, und zweitens zu bemerken, daß ihre Aufgabe wesentlich abweichen würde von den üblichen historischen Untersuchungen, insofern beispielsweise die weltgeschichtliche Forschung im allgemeinen eben als rein welt geschichtliche, nicht als einzelgeschichtliche zu betreiben wäre, d. h. als Erfassung der ganzen, großen Zusammenhänge geschichtlichen Werdens über alle Erdräume, wiederum unter besonderer Berücksichtigung der geographischen Bedingtheiten, Verknüpfungen und Trennungen. Ebenso sollten die sozial- und kulturgeschichtlichen Erscheinungen als Weltströmungen in ihrer besonderen Auswirkung innerhalb der verschieden geographischen Räume und ihrer volkspsychologisch verschiedenen Bewohnerschaft erforscht und dargestellt werden.

Im einzelnen bedarf es zu solcher Arbeit freilich der regionalen Scheidung — aber immer mit dem Blick auf das Weltganze! — und vor allen Dingen der eingehenden Prüfung der für die Hauptweltmächte und ihre Kolonialgebiete obwaltenden Verhältnisse und Erscheinungen. Das Ergebnis aller Forschungen, von der Zentralstelle verteilt und angeregt, flösse schließlich wieder in dieser zusammen und ermöglichte hier einen Gesamtüberblick über alle großen Faktoren der politischen Geographie in ihren länder- und völkerkundlichen Zweigen und staatenkundlichen Vereinigungen, der wiederum die Möglichkeit böte, von dieser Spitze der weltpolitischen Akademie aus einmal die Unterweisung der berufenen diplomatischen Vertreter des deutschen Staatsvolkes sachgemäß zu beeinflussen, dann aber auch die Erkenntnisse der Lebensbedingungen und Machtbestrebungen der Weltvölker tief in alle Volksschichten ausstrahlen zu lassen. Geschähe das, dann könnten uns so tieftragische Mißverständnisse und Irrungen wie vor und in dem Kriege und besonders an seinem verhängnisvollen Ausgange wohl nicht so leicht wieder zustoßen.

II.

Der Film als geschichts-geographisches Anschauungsmittel.

Nach den gewaltigen politischen Umwälzungen, die unser Geschlecht erlebt hat, und in der unglücklichen geschichtlichen Rolle, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist es eine wesentlich gesteigerte Notwendigkeit, den Gebildeten wie den breiten Massen des Volkes geschichts-geographische Belehrung zu vermitteln, zu geographisch-politischer Denkweise zu erziehen. Wir müssen Verständnis gewinnen für die volle Bedeutung der Wandlung, die sich vollzogen hat, und der Stellung, die unserem Volk gegenwärtig in der Welt zugewiesen worden ist.

Ein landläufiger Irrtum mag hier vorweg Berichtigung finden. Vielfach hört man den Gedanken vertreten, daß künftig die auswärtige Politik Deutschlands in die Hände des praktischen Kaufmannes zu legen sei, daß wir keine andere diplomatische Vertretung brauchen könnten als eine kaufmännisch umsichtige, wirtschaftlich gut durchgebildete. Ist auch die Reaktion gegen frühere Vernachlässigung wirtschaftlicher Aufgaben begreiflich, so ist eine einseitige Übertreibung, wie sie in der ausschließlichen Betonung des Wirtschaftlichen im Weltpolitischen liegt, doch weit von der Hand zu weisen. In dieser Form die materialistische Geschichtsauffassung anf das geschichtliche Werden und seine Beeinflussung durch die hohe Politik restlos zu übertragen, heißt alle ideellen und kulturellen Beweggründe des geschichtlichen Werdens und politischen Wirkens vollkommen außer Acht lassen. Wenn wir z. B. England zuschreiben, daß es aus durchaus materiellen Antrieben mitgearbeitet habe an der Vorbereitung des großen Krieges gegen Deutschland, und daß es diesen Krieg auch vollkommen als Wirtschaftskrieg geführt habe, so ist doch offensichtlich und darf unter keinen Umständen übersehen werden, daß eben dieses England stets verstanden hat, nach außen hin idealistische Motive in den Vordergrund zu rücken, wie es überhaupt ein Meister in der Kunst ist, seine materielle Weltherrschaft unter der Flagge ideellen Strebens über Meere und Länder zu tragen. Praktische Weltpolitik muß diesem System auf den Grund gehen, muß die ideellen und kulturellen Strömungen, die Tages- und Volksstimmungen aufmerksam verfolgen, und kann sich durchaus nicht darauf beschränken, nur die wirtschaftlichen Beweggründe in auch äußerlich rein materialistischem Gepräge sprechen und spielen zu lassen. Wirtschaftliche Kenntnisse allein werden niemals einen tüchtigen Diplomaten, einen erfolgreichen Leiter der äußeren Politik machen, ebenso wenig wie etwa juristische Kenntnisse allein ausreichen können, den internationalen Beziehungen die geschicktest bearbeitete Grundlage zu geben.

Zu den vielerlei Kenntnissen und Befähigungen, die erforderlich sind, um die internationale Politik erfolgreich beeinflussen zu können, gehören neben der Fähigkeit zum völkerpsychologischen Erkennen und Empfinden auch die Kenntnisse der geographischen Einflüsse auf das geschichtliche Werden, und zwar nicht nur der rein wirtschaftlich-geographischen. Geographische Denkweise muß heute um so eifriger gepflegt werden, je breiter die Schultern sind, auf die sich die Verantwortung für die außenpolitischen Geschicke des Volkes verteilt. Eine demokratische Zeit braucht nicht nur innerpolitische Staatsbürgerkunde, sondern auch außenpolitische Staatenkunde, braucht weiteste Verbreitung der Kenntnis vom Werden und Vergehen der Staaten, von den geographischen Grundlagen, auf denen sich die Völkergeschicke abspielen, und von den Grundgesetzen der politischen Geographie, die Einfluß auf diese Völkerschicksale hat.

Bisher wurde, wie die Geographie überhaupt, so ganz besonders die politische Geographie im Erziehungsplan für das heranwachsende Geschlecht in bedauerlicher Weise vernachlässigt. Hier ist zum Teil ein gewisser Wandel angebahnt worden, es muß aber auf diesem Gebiet unermüdlich weiter gearbeitet, und es muß jedes Hilfsmittel genutzt werden,

das neuzeitliche Unterrichts- und Aufklärungstechnik für diesen Zweck an die Hand gibt.

Als das modernste, und als ein noch sehr zukunftsreiches Hilfsmittel dieser Art ist unbedingt der Film zu betrachten. Wie in so vielen Richtungen hat uns auch in dieser der Krieg über die Nachteile begangener Versäumnisse belehrt. Es ist kaum noch nötig, umständlich auseinanderzusetzen, in welchem Maße während des Krieges von gegnerischer Seite der Film in den Dienst der politischen Propaganda gestellt worden ist, nachdem übrigens schon in den Jahren vor dem Kriege drüben unsererseits leider viel zu wenig beachtete Vorarbeiten auf diesem Gebiet getroffen worden waren. Innerhalb des schmalen Einflußgebietes, das der Krieg ihm belassen, hat Deutschland wenigstens in den späteren Stadien unter beträchtlichem Aufgebot von Kräften und Mitteln versucht, das allzu lange Versäumte einzuholen und auch seinerseits die durch den Film gebotenen Möglichkeiten gesteigerter Aufklärungsarbeit zu nutzen.

Wie der Propagandafilm, so ist auch der Lehrfilm ausgebildet worden, und wir stehen heute wenigstens in den verheißungsvollsten Anfängen einer Entwicklung, die gerade auch für die Verbreitung geographisch-politischer Denk- und Anschauungsweise den Film vielfach nutzbar zu machen verspricht. Das bewegte Bild der Land- und Weltkarte kann mit weit größerer Anschaulichkeit als etwa der Geschichtsatlas als Unterstützung des Vortrages die Staatenentwicklung auf erdkundlicher Grundlage dem Schatz unserer Kenntnisse einverleiben und den Inhalt unseres politischen Denkens vertiefen durch Anerziehen der Befähigung zum Denken in politischen Räumen.

Naturgemäß gegebener Gegenstand des verfilmten Geschichtsatlanten ist in erster Linie die Entstehung der Weltreiche. Da läßt sich in handgreiflicher Form die überseeische Kolonisation der alten Phönizier und Griechen darstellen, die vorwiegend kontinentale Ausbreitung Roms und das überaus spannungsvolle Ringen der Landmacht Rom mit der Seemacht Karthago, in dessen Verlauf die Seemacht der Landmacht durch gewaltige Überlandzüge, die Landmacht der Seemacht durch das Hinübertragen des Angriffs auf deren Landbasis zu Leibe rückte. Weiterhin wäre an eine Darstellung der territorialen Ausbreitung des Christentums und an die vom Standpunkt der politischen Geographie besonders lehrreiche Ausbreitung des Islam rund um das Mittelmeer zu denken, wie anschließend an die Gegenströmung des Christentums gegen den Islam in den Kreuzzügen zu Lande und zu Wasser. Die dem Schüler im Durchschnitt recht unklar bleibende Geschichte der Völkerwanderung könnte mit lebendigem Inhalt durchtränkt werden, indem auch diese großen Völkerverschiebungen auf der bewegten Landkarte entworfen werden.

Aus der Neuzeit wäre vor allen Dingen das Werden des britischen Weltreiches zur Anschauung zu bringen, im Vergleich dieser überseeischen Expansion mit der gewaltigen Überland-Expansion Rußlands, aber auch die französische Kolonialgeschichte nicht zu vergessen. Die einzelnen Stadien der Erschließung Afrikas könnten auf geographischer Grundlage in klaren Zusammenhang gebracht werden, und die verschiedenen Phasen

des Versuches einer politischen Umrundung der Ostsee, des Schwarzen Meeres, des Mittelmeeres und des Indischen Ozeans würden grundlegende Lehrsätze der politischen Geographie zur scharfen Veranschaulichung bringen.

Den gleichen Reiz hätte eine Verdeutlichung des geschichts-geographischen Entwicklungsganges von Brandenburg-Preußen-Deutschland, mit dem Streben einer kleinen Zentralmacht, die zunächst nur im Binnenland zwei wichtige Ströme berührt, hinaus in die Mündungsgebiete und hinüber nach anderen Stromgebieten, bis schließlich das Deutsche Reich von der Ems bis an die Memel die ganze Nord- und Ostseeküste und den größten Teil der ihnen zugehörigen Stromgebiete umfaßt.[1])

Untersuchen wir kurz die technischen Aufgaben und Möglichkeiten des politisch-geographischen Films, so ist seine Anwendbarkeit im Schulunterricht und Volksaufklärungsdienst an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die heute im wesentlichen als erfüllt betrachtet werden können. Die deutsche Industrie hat für die Zwecke der Filmprojektion kleine Apparate zur Verfügung gestellt, die bei mäßigen Kosten in ihrer örtlichen Verwendbarkeit unbeschränkt sind, und die weder besonderer Stromanlagen noch kostspieliger Maßregeln der Sicherung gegen Feuersgefahr bedürfen. Für Unterrichts-und Vortragszwecke findet der kleine Apparat eine wertvolle Ergänzung in dem gleichfalls von verschiedenen Seiten konstruierten Stillstandsapparat, der in jedem gewünschten Augenblick eine Umwandlung des bewegten Bildes in das stehende Bild ermöglicht, also das Festhalten eines Momentbildes auf der weißen Fläche — es braucht gar nicht einmal eine Leinwand zu sein, sondern eine weiß getünchte Schulwand erfüllt ausreichend denselben Zweck — um durch den Vortrag den festgehaltenen Moment erläutern zu können. Diese neuen Apparate haben die vielfachen Vorzüge der Billigkeit, der Feuersicherheit, der absolut leichten Handhabung, wozu auf Grund der modernen Filmtechnik auch noch die Möglichkeit der Vorführung bei Tageslicht tritt.

So viel über den Vorführungsapparat, dessen Anschaffung heute bereits für jede Schule im Bereich der Möglichkeit liegt. Was nun die technische Aufmachung des Films nach der inhaltlichen Seite anbetrifft, so gewährt die Methode des sogenannten Trickfilms hier jede erdenkliche Möglichkeit. Die Verschiebung der Grenzen, die Bewegung der Völkermassen, insbesondere auch die Heeresbewegungen, können in zusammenhängender Darstellung des sich verändernden Bildes der Landkarte vor Augen geführt werden. Für Bewegungen im großen eignet sich besonders der sogenannte

---

[1]) Entwicklungsfähige Ansätze zu einem vorläufigen Ersatz des Films, wo dieser sich etwa zu kostspielig stellt oder sonstige Hindernisse obwalten, sind kürzlich durch Privatdozent Dr. Lenzen - Köln unter Mitwirkung von Professor Dr. Martin Spahn geschaffen worden durch in kleine Quadrate aufgeteilte, mit Nadeln besteckte Wandkarten, auf denen farbige Flächenstücke angesteckt werden, um die Ausbreitung von Macht-, Wirtschafts-, Kulturbereichen, feindlichen Heeren u. dgl. zu markieren. Neben der größeren Billigkeit bietet dieses vereinfachte System den Vorteil, daß auch der Lernende selbst an der Herstellung des besagten Kartenbildes mitzuwirken vermag.

Schattenfilm, der den aktiv sich ausbreitenden Staatskörper auf der im allgemeinen weiß gehaltenen Landkarte durch allmähliche oder plötzliche Vergrößerung seiner schattierten Fläche deutlich sich abheben läßt. Für Einzeldarstellungen tritt daneben der Kettenfilm auf, der vorzüglich geeignet ist, die Bewegung von Heereskörpern durch Kettenglieder oder Raupen zu verdeutlichen, die sich nach Belieben auseinanderziehen und zusammenfügen lassen. Überraschende Proben dieser Art wurden dem Bund Deutscher Gelehrten und Künstler gelegentlich seiner Jahresversammlung 1918 in der Berliner Urania mit einem Vortrag von Oberst Immanuel vorgeführt und zeigten, ein wie weites Arbeitsfeld dem Film durch diese Art der Verwendung eröffnet werden kann. Selbstverständlich liegt die weitere Möglichkeit vor, daß auf die Dauer drohender Eintönigkeit des bewegten Landkartenfilms namentlich dort, wo es sich darum handelt, breitere Massen der Erwachsenen für das Interesse an dem politisch-geographischen Film heranzuziehen, begegnet werden kann durch Unterbrechung der verfilmten Landkarte und Einschaltung von bewegten Kulturbildern aus der Zeit der eben dargestellten Geschichtsepoche.

Schließlich sind auch bezüglich des Landkartenbildes selbst anziehende und belebende Fortschritte erreichbar, indem die weiße oder schattierte flache Landkarte ersetzt wird durch die sehr einprägsame farbige Reliefkarte, auf der die zu zeigende Bewegung noch wesentlich schärfer deren geographische Bedingtheit erkennbar machen wird.

Suchen wir endlich festzustellen, in welchem Umfange bisher die Nutzbarmachung des Films für die beregten Zwecke versucht worden ist, so wird zunächst darauf hinzuweisen sein, daß in den Vereinigten Staaten eine Unterrichts-Film-Gesellschaft bereits eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte Nordamerikas im Film gegeben hat. Hier scheint es sich allerdings mehr um einen kultur-geschichtlichen als um einen geschichtsgeographischen Film zu handeln. In Deutschland hat die ihrer Kapitalkraft nach größte der vorhandenen Filmgesellschaften neuerdings eine eigene Kulturabteilung eingerichtet, in deren Arbeitsplan wir unter den sieben Hauptgebieten an dritter Stelle die Völker- und Erdkunde, Geschichte und Kulturgeschichte verzeichnet finden.

In der seitens dieser Kulturabteilung bisher zusammengestellten Reihe von Lehrfilmen finden wir allerdings aus dieser Hauptgruppe nur die Kunstgeschichte und die Länderkunde vertreten, welch letztere jedoch den Bedürfnissen der politischen Erdkunde noch keine Rechnung trägt, sondern in der Filmdarstellung vorläufig beschränkt ist auf Aufnahmen von landschaftlichem und in gewissem Grade kulturellem Reiz. Das Bild- und Filmamt hat seinerzeit die Herstellung eines Schattenfilms veranlaßt, der den russischen Einbruch in Ostpreußen territorial veranschaulicht und ergänzend einen hoch interessanten Kettenfilm über die Schlacht bei Tannenberg.

Auf die künftige Bedeutung des geschichts-geographischen Films für weltpolitische Belehrung habe ich u. a. in einem Aufsatz der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 13. IV. 1919 hingewiesen, aus dem ich auch an dieser Stelle noch einige Sätze anführen möchte. »Man wird auch in Deutsch-

land den Film in den Dienst der Politik stellen, indem die Parteien wissen werden, durch das bewegte Bild ihre programmatischen Forderungen und die von ihnen bekämpften Mißstände zu veranschaulichen. An Stelle der trockenen Zahlen vergleichender Steuerstatistik wird ein lebendes Bild der steuerlichen Belastung und Leistungen treten. Für kolonial-politische Propaganda und andere Zwecke der Außenpolitik wird der Film seine Dienste darzubieten vermögen.

Hervorragende Bedeutung wird namentlich der Schulfilm gewinnen können. Nicht nur der naturwissenschaftliche und der physikalische Unterricht können belebt und erleichtert werden durch Vorführungen des belebten Bildes, sondern auch dem geschichtlichen Unterricht wird sich eine viel größere Anschaulichkeit verleihen lassen. Wir haben bereits einzelne Systeme zur Vorführung der Entwicklung von einzelnen Schlachten und ganzen Feldzügen durch den strategisch-taktisch angeordneten Schatten- und Kettenfilm, der die Bewegung der Heeresmassen leicht verdeutlicht, und können auch ganze Perioden der Weltpolitik und der territorialen Ausbreitung eines jeden Staatswesens durch den geographisch-historischen Film sehr viel übersichtlicher wiedergeben, als es durch die einzelnen Karten geographischer Atlanten möglich war. . . . . Man mag über das Lichtbildtheater urteilen, wie man will — keinesfalls wird über den Kinoauswüchsen und Kinogeschmacklosigkeiten zu vergessen sein, welche politische, erziehliche und wirtschaftliche Bedeutung das Kino in Zukunft zweifellos zu erringen vermag. Deutschland war auf diesem Gebiete lange Zeit rückständig — es hat viel nachzuholen. Es ist aber auch in der Lage, darüber hinaus vorwärts zu dringen und selbst der Kinoindustrie eine Bedeutung für den Weltmarkt zu geben, die mittelbar der gesamten deutschen Industrie und nicht nur unserer wirtschaftlichen, sondern auch unserer politischen und kulturellen Einschätzung durch das Ausland unschätzbare Dienste zu leisten vermag.«

Zur weiteren Verbreitung, namentlich der Schulfilms, stellt die Kulturabteilung der Universum-Film A. G. in einer Denkschrift über den staatlich geförderten Propaganda- und Lehrfilm im Auslande und die Aufgaben unserer Regierung folgende Forderungen auf: »1. Beihilfe zu den Negativunkosten oder Ankauf bzw. Vermittlung der Abnahme von Kopien, 2. Einstellung von Mitteln für die Beschaffung von Vorführungsapparaten und Filmen zu Lehrzwecken in den Staats-Haushalt bzw. Anweisung solcher Mittel aus bereits bestehenden Etatsposten durch die staatlichen und kommunalen Schulverwaltungen an die Lehranstalten, 3. Errichtung von Lehrfilm-Archiven bei den Provinzial-Schulkollegien oder Stadt-Schuldeputationen. 4. Beauftragung von im Staatsdienste befindlichen Lehrern und Männern der Wissenschaft von Dienstwegen zur Mitwirkung bei der Herstellung von Lehrfilmen. 5. Befreiung der Lehrfilm-Vorführungen von der Vergnügungssteuer.«

Neben der Verbreitung des Lehrfilms in den Schulen ist aber auch immer an die Verbreitung des Aufklärungsfilms in den breitesten Schichten des Volkes zu denken. Solange die Generation, die in der dargelegten Weise auch für außenpolitisches Denken auf geographischer Grundlage erzogen

werden soll, noch im Heranwachsen ist, gehört es zu unseren unerläßlichen Aufgaben, auch den Erwachsenen das entsprechende Anschauungsmittel in möglichst schmackhaft gemachter Zubereitung vorzuführen, und dadurch jene Kenntnisse und jene Anschauungsart zu verbreiten, die zu den selbstverständlichen Voraussetzungen für ein Volk gehören, das auch seine außenpolitischen Schicksale in Selbstverwaltung genommen hat.

IV. Buch: Das Staatenbild 1914.

Einführung.

Weltmachtsucht der Großen — Großmachtsucht der Kleinen; ungebändigter Imperialismus in der weiten Welt — unbefriedigter Nationalismus in dem ethnographischen Mischbezirk Europas, der etwa durch das Parallelogramm der Linien Danzig—Triest—Südspitze Griechenlands—Donaumündung—Danzig umrissen wird — das war und das ist die Signatur der politischen Stimmungen und Strömungen der jüngsten Vergangenheit und unserer Tage. Diese rangen um das Selbstbestimmungsrecht, jene um das Weltbestimmungsrecht.

Die Betrachtungen des ersten Teils der vorliegenden Arbeit über die wirtschafts-, verkehrs- und kulturgeographischen Richtlinien der Völkerbewegung und Weltpolitik (Buch I—III) haben uns Gesetze der politischen Geographie erkennen lassen, deren Erfüllung oder Nichterfüllung durch die jeweiligen Staatenbilder, wenn nicht schlechtweg ausschlaggebend, so doch mitentscheidend für das Verhältnis der Staaten zueinander ist. Wo jene politisch-geographischen Grundgesetze in empfindlicher Weise verletzt werden, da bilden sich Reibungsflächen der Weltpolitik. Völkerpsychologische Beweggründe entscheiden darüber, ob, wann und wo diese länderkundlich-physiologisch bestimmbaren Reibungsflächen zu Zündflächen werden, an denen sich lokale Brände oder weit ausgreifende Flammenmeere entzünden.

Unsere Aufgabe wird es nunmehr sein, nachzuprüfen, wie es an der Schwelle der Gegenwart um die Erfüllung der politisch-geographischen Gesetze bestellt war, wo sich natürliche Reibungsflächen bemerkbar machten, welche dieser Reibungsflächen zu politischen Entflammungsursachen wurden, und welche nach dem Weltenbrande bestehen geblieben oder neu entstanden sind. Wieder wird dabei die geographische Betrachtungsweise den Blick vornehmlich dorthin lenken, wo die großen Gesetze der Verkehrsgeographie nach Geltung ringen, wo zumal die politischen Schicksale der natürlichen Wasserstraßen neuer Entscheidungen harren.

Eine große Auswahl politisch-geographischer Unstimmigkeiten hatte — an Hand unserer früher entwickelten Gesetze gemessen — das Landkartenbild der vier großen Erdteile aufzuweisen. (Australien, als im

geschlossenen Besitz einer einzigen Macht befindlich, hat aus der Betrachtung der politischen Reibungsflächen innerhalb der einzelnen Erdteile zunächst auszuscheiden.)

Was zunächst die geschlossene Herrschaft über ganze Stromgebiete anbelangt, so war diese in hervorragendem Maße durchgebildet in dem größten Erdteil, besonders in Nord- und Ostasien. Wo der Amur die Grenze zwischen Rußland und China bildet, da war Rußland erfolgreich bemüht gewesen, auch das südliche Ufer unter seinen Einfluß zu bringen. Und doch werden wir weiterhin zu beobachten haben, daß große asiatische Stromgebiete, wiewohl zu jener Zeit in einer Hand politisch zusammengefaßt, doch zu eminent wichtigen Reibungsflächen der Weltmächte wurden (Yangtse, Euphrat-Tigris).

In Amerika ist, was zunächst den Nordteil des Kontinents anbetrifft, auffällig, daß die Mündung des ganz überwiegend zu den Vereinigten Staaten gehörenden Colorado in mexikanisches Gebiet fällt: ein verkehrsgeographischer Grund mehr für die Vereinigten Staaten, ihr Auge in der ja schon oft zutage getretenen Weise auf den Norden Mexikos gerichtet zu halten.

Die Riesenströme Südamerikas, dieses Erdteiles für sich, der weltpolitisch überhaupt eine Sonderrolle spielt, müssen ihr Gebiet vielfach unter verschiedene Mächte teilen, so — um das Wesentlichste hervorzuheben — der Orinoko unter Venezuela und Kolumbien, der Amazonas mit seinen gewaltigen Zuflüssen unter Brasilien, Ecuador, Peru und Bolivien, der Uruguay unter Uruguay und Brasilien, der Paraguay nebst Zuflüssen unter Argentinien, Paraguay, Bolivien und Brasilien. Auch diese Gemengenlage der südamerikanischen Staaten mit Bezug auf die großen Stromgebiete spricht dafür, daß man die ganze politische Aufteilung Südamerikas als etwas Unfertiges zu betrachten hat und demgemäß wohl noch mit mancher großen Umwälzung wird rechnen müssen.

Große Unstimmigkeiten im Sinne unseres Gesetzes wiesen die Ströme Afrikas auf, worüber im einzelnen weiterhin noch ebenso zu sprechen sein wird wie über die besonders hervorstechende Tatsache der politischen Verquickungen in den Stromgebieten Mitteleuropas — Rhein, Elbe, Weichsel, Memel und — ganz besonders — Donau. Vorweg mag schon hier bemerkt sein, daß die Donauprobleme sich noch wesentlich zuspitzten durch den politischen Wettkampf um jene natürliche Wasserstraße, die gleichsam die gemeinsame Mittelmeermündung der Donau und ihrer Schwestern am Schwarzen Meer bildet: Die Meerengen.

Das Streben ans Meer war unerfüllt nur noch bei vereinzelten Staaten überwiegend gebirgigen Charakters. Des Seezugangs ermangelten in Asien Afghanistan, in Afrika Abessinien, in Südamerika Bolivien, nicht so schlimm Paraguay, in Europa die Schweiz, sehr viel fühlbarer Serbien. Nach doppeltem Seezugang drängten einige Völker der europäischen Wetterecke: Bulgarien, Serbien (Saloniki!) und — das staatlich derzeit gar nicht bestehende Polen. Nach gegenüberliegenden Küsten drängten Griechenland, Italien, Japan, die Vereinigten Staaten; nach Umrundung ganzer Meere Japan (ostasiatisches Mittelmeer), die Vereinigten Staaten (amerikanisches

Mittelmeer), Rußland (Schwarzes Meer, vielleicht Ostsee), obenan aber England (Indischer Ozean).

Sehr ernste Reibungsflächen endlich schuf auch die Kreuzung großer Überlandwege. Auch in dieser Beziehung die näheren Ausführungen späteren Abschnitten überlassend, wollen wir zunächst nur stichwortartig verzeichnen: In Vorderasien den Plan der Bagdadbahn in Kreuzung mit dem Weg Kairo—Kalkutta, in Afrika den Gedanken der Kap—Kairobahn in Kreuzung mit dem Zukunftsplan Daressalam—Duala.

Wir wollen nun zunächst die rein sachlich zutage tretenden politisch-geographischen Unstimmigkeiten im Staatenbild von 1914, die objektiven Reibungsflächen, untersuchen und sodann zur Darlegung der psychologischen Bewertung der physiologischen Gegebenheiten übergehen, d. h. das Entstehen der Brandherde aus den Reibungsflächen beobachten.

A. Geographische Lebensbedingungen und weltpolitische Ziele der Hauptmächte vor dem Kriege.

1. Die wirtschaftlichen Rivalen England, Deutschland und Amerika.

Wenn wir rein sachlich den weltgeschichtlichen Tatbestand und die großen Richtlinien weltpolitischen Strebens unter vorläufiger Fortlassung aller Stimmungsmomente im Völkerleben ins Auge fassen, so wird für jene Periode, die mit den ersten Augusttagen 1914 einen jähen Abbruch erfuhr, im großen Weltgetriebe die überragende wirtschaftliche Aktivität der drei anglo-germanischen Staaten England, Deutschland und Nordamerika am sichtbarsten hervorstechen.

Nicht die Größe der bewohnten Bodenfläche, nicht die Kopfzahl des Volkes bestimmt entscheidend den Anteil an Weltpolitik und Weltwirtschaft, sondern das Maß tatkräftiger Nutzung eigener und fremder Bodenschätze, die Äußerungen des Lebenswillens und des Wachstumswillens. Jede Betrachtung der internationalen Wirtschafts- und Handelsstatistik aus der Vorkriegszeit lehrt eindringlich, daß jene Fähigkeit zur Nutzung eigener und fremder Bodenschätze nirgends auch nur annähernd so stark entwickelt war wie in den eben genannten Reichen, denen eben aus diesem Grunde die weltpolitische Führerschaft gebührte, die aber auch untereinander als die stärksten Wettbewerber betrachtet werden mußten.

Der gesamte Warenumsatz zwischen den verschiedenen Ländern der Erde hatte im Jahre 1912 einen Wert von rd. 160 Milliarden M. erreicht, nachdem erst im Jahre 1903 die ersten 100 Milliarden des Welthandels überschritten worden waren. An diesem Gesamtumsatz waren an den ersten Plätzen beteiligt: Großbritannien mit 27½ Milliarden, Deutschland mit 21¼ Milliarden und die Vereinigten Staaten mit 16 Milliarden. An vierter Stelle folgte damals Frankreich mit 11⅔ Milliarden. Alle anderen Länder blieben unter einem Gesamtumsatz von 10 Milliarden zurück.

Prüft man den damaligen Verkehr zwischen den einzelnen Ländern und Ländergruppen, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die weitest-

gehende Entwicklung der Handelsbeziehungen sich vollzogen hatte zwischen Welt-Britannien und dem Machtbereich der Vereinigten Staaten. Nach der englischen Handelsstatistik belief sich allein der direkte Warenaustausch zwischen dem großbritannischen Stammlande und den Vereinigten Staaten von Amerika bereits im Jahre 1910 auf rd. 3,6 Milliarden M. Faßt man aber den ganzen Warenaustausch zwischen Großbritannien nebst seinen Kolonien einerseits, den Vereinigten Staaten und ihren Kolonien anderseits zusammen, so kommt man nach der von den Vereinigten Staaten für 1911 aufgemachten Statistik auf die gewaltige Höhe von rd. 5,8 Milliarden. Diesen Riesenziffern des Güteraustausches zwischen dem größten Rohstoffproduzenten der Neuen und dem größten Industrieland der Alten Welt stand am nächsten der Verkehr zwischen Deutschland und Großbritannien, den beiden fortgeschrittensten Ländern industrieller Differenzierung. Der unmittelbare deutsch-britische Warenaustausch bezifferte sich im Jahre 1912 auf etwa über 2 Milliarden M. Nimmt man wiederum den Handel mit den Kolonien hinzu, so bezog Deutschland aus dem gesamten britischen Weltreich für über 2 Milliarden und lieferte ihm in seiner Ausfuhr für 1,5 Milliarden M. Der deutsch-britische Gesamthandel erreichte danach die Höhe von mehr als 3½ Milliarden und blieb somit nur sehr wenig zurück hinter dem unmittelbaren Warenaustausch zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Jedenfalls stand in der ganzen Welthandelsstatistik der gesamte deutsch-britische Warenhandel unter Einschluß des beiderseitigen kolonialen Besitzes an zweiter Stelle; nur der britisch-amerikanische war ihm überlegen.

Zwischen keinen anderen Ländern fanden ähnlich umfangreiche Handelsbeziehungen statt wie zwischen diesen drei anglo-germanischen Weltmächten; denn nach dem britisch-nordamerikanischen und dem britisch-deutschen Verkehr stand an dritter Stelle der deutsch-nordamerikanische mit einem wechselseitigen Warenaustausch im Gesamtwert von 2,3 Milliarden. Auf den nächsten Plätzen folgte der deutsch-russische (industriell-agrarische Ergänzung) und der deutsch-österreichische Warenverkehr mit 2,2 bzw. 1,9 Milliarden M. Hervorgehoben zu werden verdient, daß beispielsweise sowohl der britisch-französische wie der britisch-russische und erst recht der russisch-französische Handel hinter diesen Summen mehr oder weniger weit zurückblieb, so daß also England, Deutschland und die Vereinigten Staaten nicht nur absolut die ersten Plätze im gesamten Welthandel innehatten, sondern darüber hinaus auch im Wirtschaftsverkehr untereinander alle sonstigen Beziehungen zwischen den bedeutendsten Mächten des Welthandels weit überragten. Der prozentuale Welthandelsanteil dieser drei Länder betrug vor dem Kriege in runden Zahlen bei England 16½, bei Deutschland 13, bei den Vereinigten Staaten 10.

Was die Verteilung auf die Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel anbetrifft, so verzeichnete im Jahre 1912 England in der Einfuhr 12,9, in der Ausfuhr 9,9 Milliarden, Deutschland in der Einfuhr 10,7, in der Ausfuhr 9,0, die Vereinigten Staaten in der Einfuhr 6,8, in der Ausfuhr 9,1. Besonders auffällig war, wie nahe die drei Länder einander gerade in der Ausfuhr rückten. Im Jahre 1913 belief sich die Ausfuhr Großbritanniens

auf 10,7, die Deutschlands auf 10,1 und die der Vereinigten Staaten auf 10,2 Milliarden M. Der Abstand war also nur noch ein ganz geringer. Bei diesen so sehr ähnlichen Ausfuhrziffern zeigten sich erhebliche Unterschiede in der Handelsbilanz. Die Vereinigten Staaten hatten eine einwandfrei aktive, England dagegen hatte eine ebenso offensichtlich passive Handelsbilanz. Die deutsche Handelsbilanz schien im Begriff, sich mindestens zur Gleichgewichtslage, wenn nicht zu einem tatsächlichen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zu entwickeln. In diesem Zusammenhang mögen hier einige Bemerkungen über »statistische« und »effektive« Handelsbilanz erläuternd eingeschaltet werden:

1. Sobald die statistische Einfuhr die statistische Ausfuhr nicht mehr um 10% übertrifft, ist die effektive Handelsbilanz als aktiv zu betrachten.

2. Wenn im Handelsverkehr eines Landes, in dessen Einfuhr die Rohstoffe, in dessen Ausfuhr die Fertigfabrikate überwiegen, die Ausfuhrmenge größer ist als die Einfuhrmenge, dann ist der Ausfuhrwert dem Einfuhrwert erst recht überlegen.

Zu These 1 wäre erörternd zu bemerken, daß die Handelsstatistik regelmäßig der Einfuhr und der Ausfuhr eine ungleichartige Bewertung zuteil werden läßt. Die Einfuhr wird ungefähr taxiert nach ihrem Wert für den Käufer der Ware, die Ausfuhr nach dem Wert für den Verkäufer. Das ist keineswegs dasselbe; denn zwischen den beiden Parteien liegen die ganzen Spesen. Wenn die Dinge sich nun so gestalten, daß diese Spesen zum größeren Teil in die deutsche Tasche fließen als Gewinn deutscher Handelsagenten und deutscher Reedereien, so trägt dieser Umstand entsprechend zur Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz bei.

Aber wir wollen hier ganz absehen von denjenigen Faktoren, die die Zahlungsbilanz gegenüber der Handelsbilanz günstiger gestalten können, also neben den Verkehrs- und Zwischenhandelsgewinnen insbesondere auch von den Zinsen der im Besitz deutscher Kapitalisten befindlichen ausländischen Anleihen und von den Gewinnen aus mit deutschem Kapital betriebenen ausländischen Unternehmungen. Die Zahlungsbilanz soll uns hier nur insofern interessieren, als sie sich unmittelbar ohne weitere Zutaten aus der Handelsbilanz ergibt. Das ist es, was oben die »effektive Handelsbilanz« genannt wurde.

Um diese effektive Handelsbilanz richtig einzuschätzen, muß man in der Handelsstatistik von den geschätzten Einfuhrwerten einen Abschlag, zu den geschätzten Ausfuhrwerten einen Zuschlag machen, der sich im allgemeinen erfahrungsgemäß um eine Differenz von etwa 10% zu bewegen hat. Wenn wir auf der einen Seite alle Länder mit passiver Handelsbilanz, auf der anderen Seite alle Länder mit aktiver Handelsbilanz zusammenfassen, so werden wir zu der Ermittlung gelangen, daß die gesamte Unterbilanz aller Länder mit passiver Handelsbilanz statistisch um ein Beträchtliches höher erscheint als der rechnerische Gesamtgewinn aller Länder mit aktiver Handelsbilanz.

Im Jahre 1910, dem letzten, für das vollständige Angaben aus allen Ländern des Welthandels vor den kriegerischen Verwicklungen vorliegen, war statistisch alles in allem eine Gesamteinfuhr der Welthandelsländer

in Höhe von 77 Milliarden M., gleichzeitig aber nur eine Gesamtausfuhr in Höhe von 70 Milliarden M. verzeichnet. Das wäre also die mehrfach erwähnte Differenz von 10%, die man der Ausfuhrbewertung zuzuschlagen hätte, wenn man die Einfuhrbewertung als vollgültig betrachten wollte. Eine ganz vorsichtige Detailberechnung ohne Abrundung der Zahlen ergibt zum mindesten 9,4%. Danach wäre der deutschen Ausfuhrstatistik für das letzte Halbjahr vor dem Kriege mit ihren 5069 Millionen M. ein Zuschlag von mindestens 9,4% zuzurechnen, wonach der wahrscheinliche Ausfuhrwert in Höhe von 5539 Millionen im Vergleich mit dem als richtig vorausgesetzten Einfuhrwert eine aktive Bilanz in Höhe von 61 Millionen ergibt.

Besonders kraß treten die Differenzen der Handelsstatistik in der Regel hervor, wenn man auf die russische Statistik exemplifiziert: Rußland verzeichnete in seiner Einfuhrstatistik durchweg weit höhere Ziffern, als die entsprechenden Ausfuhrziffern der anderen Länder in ihrem Handel mit Rußland schließen lassen würden. Umgekehrt waren die Ziffern der russischen Ausfuhrstatistik um ein Bedeutendes geringer als die entsprechenden Ziffern in der Einfuhrstatistik der anderen Länder.

Betrachten wir den deutschen Außenhandel nicht auf Grund der deutschen Handelsstatistik, sondern auf Grund derjenigen Ziffern, die in der Handelsstatistik aller anderen Länder bezüglich ihres Warenaustausches mit Deutschland verzeichnet sind, so gelangen wir zu einer durchaus aktiven deutschen Handelsbilanz. Im Durchschnitt werden wir uns an die oben erwähnte Differenz von reichlich 10% halten können und ohne weiteres aus dieser Erwägung schließen dürfen, daß die »effektive« deutsche Handelsbilanz vor Kriegsausbruch aktiv war. Die Übersicht über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahr 1914 ergab eine Gesamteinfuhr im Werte von 5478 Millionen M., eine Gesamtausfuhr im Werte von 5069 Millionen M. Die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr betrug in diesem Zeitraum also nur noch 409 Millionen, blieb somit schon beträchtlich hinter jenen 10% zurück.

Durfte hiernach schon auf Grund unserer These 1 die effektive deutsche Handelsbilanz als zweifellos aktiv angesprochen werden, so mußten wir in diesem Schluß noch wesentlich bestärkt werden, wenn wir nach These 2 die Menge der Ein- und Ausfuhr in Betracht zogen:

Der deutsche Außenhandel war mit aller Schärfe dadurch gekennzeichnet, daß in der Einfuhr die Rohstoffe (Bedingtheit der industriellen Gütererzeugung durch Heranziehen von Produkten fremden Bodens), in der Ausfuhr die fertigen Fabrikate den Hauptplatz einnehmen. Nehmen wir — und hier müssen wir uns für einen Augenblick noch einmal an die Ein- und Ausfuhrwerte halten — die zehn wichtigsten Positionen unserer Außenhandelsstatistik, so hatten wir in der Einfuhr obenan zu verzeichnen: Rohbaumwolle, Gerste, Rohwolle, Weizen, Kupfer, rohen Kaffee, Häute, Kleie- und Reisabfälle, Eisenerze und Felle; in der Ausfuhr: Maschinen, Eisenwaren, Steinkohlen, Baumwollwaren, Wollwaren, Felle, Seidenwaren, Schmiedeeisen, Anilin- und andere Teerfarbstoffe und Zucker. In der Einfuhr also durchweg Rohprodukte, bei denen hohe Einfuhrwerte auch sehr große Einfuhrmengen zur Voraussetzung haben. In der Ausfuhr

können wir den einen Rohstoff, die unbearbeiteten Felle, mit der entsprechenden Einfuhrposition so ziemlich kompensieren. Es bliebe dann als Rohstoff nur die Steinkohle, die allerdings die Statistik unserer Ausfuhrmengen sehr wesentlich beeinflußte — im übrigen aber durchweg Artikel, deren Wert im Verhältnis zur Menge beträchtlich größer ist, als es bei den Einfuhrartikeln der Fall.

Wenn ein Land, dessen Ausfuhrartikel im Durchschnitt zweifellos höherwertig sind als seine Einfuhrartikel, Ausfuhrmengen verzeichnet, die den Einfuhrmengen überlegen sind, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Ausfuhrwerte den Einfuhrwerten in noch höherem Maße überlegen sein müssen als die Ausfuhrmengen den Einfuhrmengen. Es ist dabei im Auge zu behalten, daß die statistischen Angaben bezüglich der Mengen auf einwandfreien, tatsächlichen Ermittlungen, bezüglich der Werte dagegen nur auf keineswegs einwandfreien Schätzungen beruhen.

Nun haben sich in der Statistik unseres Außenhandels die früher hinter den Einfuhrmengen beträchtlich zurückbleibenden Ausfuhrmengen den ersteren langsam, in den letzten Jahren vor dem Kriege in schnellerem Tempo genähert, schließlich sie sogar übertroffen. Im ersten Halbjahr 1914 belief sich die Gesamtmenge der deutschen Einfuhr auf 33,8 Millionen t, die Gesamtmenge der Ausfuhr auf 36,8 Millionen t.

Unter den beiden maßgebenden Gesichtspunkten, die wir diesen Betrachtungen voranstellten, kann also gleichermaßen kein Zweifel mehr obwalten, daß wir — auch ohne Berücksichtigung jener anderen Faktoren, die unsere Zahlungsbilanz immer günstiger beeinflußt haben — die Frage, ob unsere effektive Handelsbilanz vor dem Kriege passiven oder aktiven Charakter trug, rundweg dahin zu beantworten befugt waren: Deutschland stand im Begriff, von einer passiven zu einer aktiven Handelsbilanz zu gelangen! In dieser Hinsicht glich die Hochwertigkeit seiner technischen Arbeit also die Abhängigkeit von fremdem Boden völlig aus.

Die wesensverschiedenen Grundlagen, auf denen der überragende Weltwirtschaftsanteil Englands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten aufbaute, waren in den Vereinigten Staaten die reichen Schätze des eigenen Bodens auf allen Gebieten, in Großbritannien die Herrschaft über die ungeheuren Bodenschätze seiner Kolonien, in Deutschland die höchste Produktivität der Arbeit — teils in der Nutzung der von Natur vergleichsweise beschränkteren eigenen Bodenschätze, teils in der Nutzung der Güter fremden Bodens. Den Vorteilen des größeren Besitzes an natürlichen Reichtümern im eigenen oder im kolonialen Boden, über die Nordamerika und England verfügten, stellte Deutschland den Vorteil einer gewissen Ausgeglichenheit der Produktion und einer überragenden Wirtschaftsintensität gegenüber, gestützt auf die klimatisch bedingte Erziehung zu angespannter Arbeit und das gleicherweise begünstigte enge Zusammenarbeiten von Wirtschaft und Wissenschaft.

Halten wir in den verschiedenen Hauptländern Umschau nach der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Hauptberufsgruppen, so werden wir feststellen können, daß diese Verteilung in Deutschland vor dem Kriege eine verhältnismäßig günstige und gesunde insofern war, als Land-

wirtschaft und Industrie noch einigermaßen gleichmäßig an der Gesamtbeschäftigung Anteil hatten. Mit je 37% aller Erwerbstätigen war bei der vorletzten Berufszählung in Deutschland der Anteil dieser beiden Hauptgruppen sogar noch völlig gleich. Er hatte sich bis zur letzten Berufszählung vor dem Kriege allerdings etwas verschoben, doch standen neben den 40% der Erwerbstätigen, die in der Industrie beschäftigt waren, noch immer über 35% in der Landwirtschaft Erwerbstätiger. Auf Handel und Verkehr entfielen 12½, auf häusliche Dienste 4½%. England zeigte eine extreme Entwicklung namentlich nach der Seite des Handels. Im Vereinigten Königreich waren 13% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt (in England allein sogar nur noch 8½%), dagegen 44 in der Industrie und 23 in Handel und Verkehr, sowie 9% in häuslichen Diensten. Die Vereinigten Staaten verzeichneten 36% ihrer Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, 24 in der Industrie, 16 in Handel und Verkehr und 19 in häuslichen Diensten, also im Grunde unproduktiv.

Bezüglich der Stellung Deutschlands unter den drei Hauptindustriestaaten ist im Auge zu halten, daß in der eigentlichen Produktion, also in Landwirtschaft und Industrie zusammen, in den Vereinigten Staaten nur 60% aller Erwerbstätigen beschäftigt waren, in Großbritannien sogar nur 56, in Deutschland 75. Schon diese Gegenüberstellung ergab eine relative Überlegenheit der deutschen Produktionskraft. Die absoluten Zahlen der Erwerbstätigen zeigten gleichfalls ein beträchtliches Plus auf der deutschen Seite. Zwischen den beiden jeweils letzten Berufszählungen in den drei Ländern, die zeitlich zwar nicht zusammenfielen, aber überall durch rund ein Jahrzehnt getrennt waren, stieg die absolute Zahl der industriell erwerbstätigen Personen in den Vereinigten Staaten von 5,5 auf 7 Millionen, in Großbritannien von 8,2 auf 8,9, in Deutschland dagegen von 8,3 auf 11,3. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der landwirtschaftlich beschäftigten Personen in den Vereinigten Staaten von 8,6 auf 10,5, in Großbritannien blieb sie mit nur 2,4 Millionen nahezu stationär, in Deutschland stieg sie von 8,3 auf 9,9.

Deutschland war nicht nur durch die Zahl seiner berufstätigen Arbeitskräfte, sondern auch durch die Intensität der Arbeitskraft überlegen. Dessen werden wir gewahr, wenn wir in der Landwirtschaft die Ernteerträge vom Hektar betrachten. So erntete Deutschland vom ha Weizenboden im Jahre 1912 22,6 dz gegenüber nur 10,7 in den Vereinigten Staaten. Diese hohen Bodenerträge wurden erzielt durch weitgehende Nutzung der technischen und chemischen Hilfsmittel, die entsprechend illustriert werden durch die Gegenüberstellung des Verbrauchs an Kali auf den qkm Anbaufläche: Dieser Verbrauch belief sich in den Vereinigten Staaten auf 129, in Deutschland aber auf 1322 kg. Als sprechendes Beispiel für die Intensitätssteigerung in der wichtigsten landwirtschaftlichen Industrie Deutschlands mag angeführt werden, daß in der Zeit von 1872—76 für die Produktion von 1 kg Rohzucker durchschnittlich 11,7 kg Rüben verbraucht wurden, in der Zeit von 1908—12 aber nur noch durchschnittlich 6,1 kg. Um nicht durch Zahlen zu ermüden, begnügen wir uns im Hinblick auf die Steigerung der industriellen Produktion mit dem Hinweis auf ein

einziges Beispiel: In der Zeit von 1892—1912 stieg der Weltverbrauch an Kupfer auf 219%. Der deutsche Anteil am Gesamtweltverbrauch von Kupfer stieg in derselben Zeit von 15,6 auf 22,4%. Die Zunahme des Kupferverbrauchs während jenes Zeitraums belief sich in Großbritannien auf 87%, in den Vereinigten Staaten auf 211, in Deutschland aber auf 359%! Aber es ist nicht zu übersehen, daß Deutschland mit dieser rasch anwachsenden Intensität seiner Industrie auf dem Weltmarkte zur Miete wohnte, d. h. von fremden Rohstoffgebieten abhängig war.

An Bodengestalt und Bodengehalt waren unter den drei großen anglogermanischen Staaten die Vereinigten Staaten die bevorzugten. Der Flächenraum des Stammlandes umfaßte mehr als 7,8 Millionen qkm in einem mit natürlichen Reichtümern üppig bedachten Gebiet der gemäßigten und subtropischen Zone bei ausgedehnter Küstenlage an zwei Weltmeeren und bezüglich der Landgrenze außerordentlich vorteilhafter Beschränkung auf einen stammverwandten und einen politisch schwachen Nachbarn. Die Bevölkerung des kontinentalen Stammlandes bezifferte sich auf 92 Millionen Einwohner. Auf den qkm kamen im Durchschnitt 12 Köpfe.

Die Vereinigten Staaten besaßen auf dem nordamerikanischen Festlandboden Alaska mit 1,5 Millionen qkm und 65 000 Einwohnern und verfügten über folgende Kolonialgebiete:

Hawai.	16 700	qkm	192 000	Einwohner
Panamakanal .	1 160	»	83 000	»
Portorico . . .	9 300	»	1 152 000	»
Philippinen . .	296 300	»	8 460 000	»
Guam	500	»	12 000	»
Samoa-Inseln .	200	»	7 000	»

In den entwickeltsten Wirtschaftsgebieten des Ostens war die natürliche Volksvermehrung nach französischem Muster zum Stillstand gekommen, doch sorgte ständig eine große Einwanderung für das Wachstum der Bevölkerung. In den Südstaaten lebten rd. 10 Millionen Neger, eine nicht zu unterschätzende schwarze Gefahr. Die großen Reichtümer an Getreide und Fleisch, Baumwolle, Eisen und Kohle, sowie Kupfer, Erdöl und Tabak geben den Vereinigten Staaten weltwirtschaftlich eine außerordentlich vorteilhafte Stellung. Da das Land teilweise noch sehr dünn besiedelt ist, liegen auch ohne äußere Machterweiterung noch gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten vor. Nichtsdestoweniger trieben die Vereinigten Staaten seit ihrem Krieg mit Spanien eine expansive Politik, die einerseits auf das Festsetzen an dem jenseitigen Rande des Stillen Ozeans gerichtet war, anderseits auf die Beherrschung Mittelamerikas bis zum Panamakanal abzielte und darüber hinaus ein nordamerikanisches Übergewicht auch über Südamerika erstrebte.

Im Gegensatz zu den fast 8 Millionen qkm Bodenfläche der Vereinigten Staaten umfaßte Großbritannien mit Irland nur einen Raum von 314 000 qkm mit einer Bevölkerung von 46 Millionen. Mit seinem gewaltigen Kolonialreich aber erstreckte sich Weltbritannien über einen

Raum von fast 30 Millionen qkm mit rd. 425 Millionen Einwohnern. Von dem britischen Inselreich dehnt sich die britische Weltherrschaft über alle Ozeane mit Stützpunkten im Gebiet aller 5 Erdteile. Räumlich umfassten die Kolonien in Amerika 10,5 Millionen qkm mit 9,5 Millionen Einwohnern, jene in Australien und der Südsee 8,3 Millionen qkm mit 6,5 Millionen Einwohnern, die afrikanischen 5,7 Millionen qkm mit 36 Millionen Einwohnern und die asiatischen 5,2 Millionen qkm mit 325 Millionen Einwohnern.

Die weitaus wertvollste Stütze der britischen Weltwirtschaftsmacht war das unerschöpflich reiche Kaiserreich Indien, die bei weitem volkreichste der britischen Kolonien mit mehr als 315 Millionen Einwohnern auf 4,8 Millionen qkm. Aber auch das mächtig aufstrebende Kanada, das Diamanten- und Goldland Südafrika und die Fleischkammer Australien trugen in hohem Grade zu dem enormen Wohlstand des britischen Weltreichs bei. Erschien der Bedarf an räumlicher Ausdehnung sicherlich gedeckt, so herrschte doch ein großer Bedarf an räumlicher Machtsicherung, der sich vor allen Dingen auf die volle Umrundung des Indischen Ozeans, insbesondere die Verbindung des nordostafrikanischen und des südasiatischen Machtbereichs, sowie die des ersteren mit Südafrika erstreckte.

England hat das weiteste Ausgreifen kolonisatorischer Tätigkeit, die verzweigteste Anlage von Stützpunkten in aller Welt geübt und durchgeführt. Hat sich aber schon in der Vergangenheit gezeigt, daß die ursprünglich zunächst einmal auf Schaffung möglichst vieler vereinzelter Stützpunkte bedachte englische Politik später mehr und mehr dazu übergegangen ist, an diese Stützpunkte bald kleinere, bald größere Landgebiete anzugliedern und diese dann immer mehr zusammenzufassen und abzurunden, so zeigte sich für den Fortgang der britischen Politik offensichtlich eine Abrundungstendenz größten Stils.

Wir haben gesehen, wie England nach Umfassung des nordamerikanischen Kontinents vom Atlantischen zum Stillen Ozean getrachtet, wie es den ganzen fünften Erdteil geschlossen in seinen Besitz gebracht hat; und wir sahen es weiterhin beständig an der Arbeit, auch in Asien sowohl wie in Afrika immer neue territoriale Angliederungen an seinen vorhandenen Besitz zu vollziehen. Als das Endziel, zu dem sich schon führende englische Staatsmänner um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bekannt haben, und das durch die späteren Vorgänge auf der Weltbühne recht scharf vorgezeichnet worden ist, trat uns in Asien die Aufrichtung der britischen Herrschaft durch den ganzen Süden des Kontinents entgegen. Für Afrika hatte der britische Imperialismus das Schlagwort: »Vom Kap bis Kairo!« geprägt. An der Grenze zwischen Afrika und Asien standen diese ersehnten britischen Zukunftsreiche in Berührung miteinander, stießen die Kap-Kairo-Projekte und die Nil-Yangtse-Projekte miteinander zusammen. Von Cypern bis Neu-Seeland, vom Nil bis zum Yangtse einerseits, bis zum Kap anderseits erstreckt sich das Reich, von dem englische Politiker — nicht seit gestern, sondern seit Jahrzehnten — träumten. Schritt für Schritt hat Großbritannien die Grenzen seines indischen Besitzes weiter hinaus gesteckt, jahrzehntelang in beständigem Ringen mit der russischen Politik;

(vgl. Abb. 23) dann, als der russische Koloß durch den kleinen Verbündeten Englands hinlänglich geschwächt und gedemütigt war, vorübergehend im äußerlichen Einvernehmen mit der russischen Diplomatie, bis das immer weitere Vorwärtstasten Englands auf dem sog. »Glacis Indiens« dieses Einvernehmen doch wieder einigermaßen zu beeinträchtigen drohte.

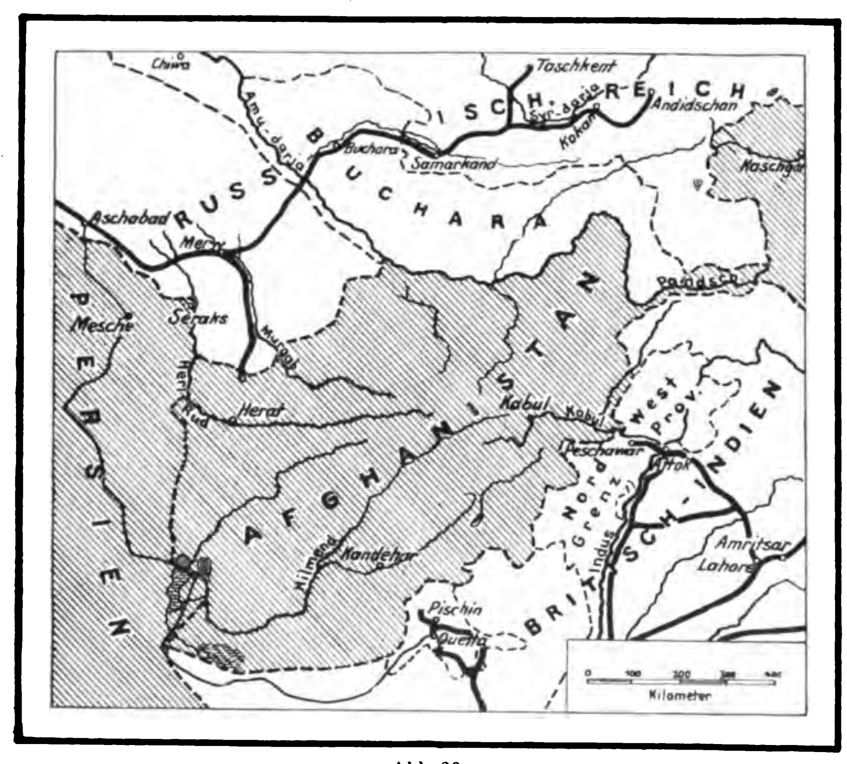


Abb. 23.
Wie Russisch-Asien und Britisch-Indien einander entgegenwuchsen.
Stand um die Jahrhundertwende.

Welch hohen Wert Großbritannien auf die einheitliche Umspannung der Verbindungslande zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean legte, hat in der Vorkriegszeit insbesondere der Bau der Ugandabahn erwiesen, der in Verbindung mit dem Nil und den diesen Strom an seinen der Schiffahrt unzugänglichen Teilen ergänzenden Bahnen das Streben nach Schaffung zusammenhängender nordostafrikanischer Verkehrsstraßen klar erkennen ließ. Je mehr England zugleich das Arabische und das Persische Meer mit seiner Macht zu umklammern suchte, umso sichtbarer wurde der geographische Zusammenhang zwischen dem Nil-Yangtse- und dem Kap-Kairo-Projekt.

Dem Beispiel des Mutterlandes folgte in der Betätigung geographischer Angliederungs- und Abrundungsbestrebungen auch Australien. Schon vor

dem Kriege machte sich eine groß-australische Politik bemerkbar, deren Ziel die Errichtung der australischen Herrschaft über die ozeanische Inselwelt war. In den deutschen und holländischen Teilen von Neu-Guinea, dessen britischer Teil unter australischer Verwaltung stand, war eine einflußreiche australische Partei am Werke, die nach einer wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der ganzen Insel durch australische Kräfte trachtete. Darüber hinaus konkurrierten die australischen Wünsche einer Vorherrschaft dieses Landes im insularen Verkehrsgebiet des Großen Ozeans mit den gleichen Wünschen Japans sowohl wie Nordamerikas.

An räumlicher Ausdehnung des Stammlandes und dessen Bevölkerungszahl war das Deutsche Reich Großbritannien überlegen, da es 551 000 qkm Bodenfläche mit 67 Millionen Einwohnern umfaßte, gleich England reich an Kohle und Eisen, ihm weit überlegen an landwirtschaftlicher Produktion, aber doch in hohem Grade angewiesen auf die Einfuhr sowohl von Nahrungsmitteln, wie besonders von industriellen Rohstoffen, die es im Unterschiede von England nur zum sehr geringen Teil aus eigenen Kolonien zu beschaffen vermochte. Der deutsche Kolonialbesitz beschränkte sich auf knapp 3 Millionen qkm mit 12 Millionen farbiger und 28 000 weißer Bevölkerung. Das deutsche Kolonialreich war jung, stand noch in den Anfängen der wirtschaftlichen Entwicklung und lieferte nur für etliche Millionen koloniale Erzeugnisse. Bei dem starken natürlichen Wachstum der deutschen Bevölkerung und der Abhängigkeit der deutschen Industrie von überseeischen Rohstoffen war ein natürlicher kolonialer Raumbedarf Deutschlands in erheblichem Umfange unbestreitbar. Weit entfernt von der natürlichen Saturiertheit der beiden großen Rivalen, verfolgte es gleichwohl in keiner Weise so weit ausgreifende, expansive weltpolitische Pläne wie jene beiden, sondern ließ lediglich das Trachten nach begrenzter Abrundung seines afrikanischen Kolonialbesitzes und nach einem gewissen Einfluß auf südöstliche Verkehrsgebiete (Bagdad-Bahn) erkennbar werden.

In der Zeit der großen Aufteilung Afrikas hatte ein einigermaßen willkürliches Zugreifen stattgefunden. Zweierlei Tendenzen waren zunächst in der Geschichte der europäischen Festsetzung in Afrika vorherrschend: einmal die Tendenz der europäischen Mittelmeerländer, Fuß zu fassen an den afrikanischen Küsten, die ihren Gebieten gegenüberliegen, und des weiteren die Tendenz, sich in das schwer zugängliche Land hinein Wege zu ebnen von den Flußmündungen aus. So ziemlich um jede Flußmündung gruppierte sich eine besondere Kolonie. Das machte sich namentlich an den Küsten des Guineagolfs hervorstechend bemerkbar. Hier, wo die deutsche Politik zurückgegriffen hat auf die zwei Jahrhunderte zuvor betätigten Bestrebungen des großen Kurfürsten, entwickelte sich auf diese Art des Zugreifens von verschiedenen Seiten eine koloniale »Gemengelage«, die es in ihrer Vielgestaltigkeit erklärlich machte, daß innerhalb der großen Kolonialmächte teilweise ein gewisses Streben nach einer Art afrikanischer »Flurbereinigung« bemerkbar wurde.

Wie war Deutschland in Afrika in kolonialen Wettbewerb mit England getreten? In der Zeit, da die deutsche Kolonialbewegung sich zu voller

Lebhaftigkeit entfaltete, um schließlich den Reichsgründer mit sich fortzuziehen, herrschte in Deutschland etwas wie Übervölkerung, die zum Ausdruck kam in einem außerordentlichen Anschwellen des Auswandererstromes.

Die Auswanderer wurden zum Völkerdünger, zur Stärkung der ausländischen Konkurrenz, da sie nirgends in der weiten Welt jenseits der Meere ein Unterkommen unter der deutschen Flagge fanden. Zu jener Zeit war das natürliche Bedürfnis Deutschlands in erster Linie gerichtet auf Ansiedlungskolonien; indessen hat nicht der Landmann die deutschen Kolonien geschaffen, sondern der wagemutige Kaufmann; zuerst freilich gerade an einem Platze, dessen Hinterland berufen erschien, für die Zukunft eine deutsche Ansiedlungskolonie abzugeben: Angrapequena, Lüderitzbucht. Als Bismarck sich entschloß, hier und an anderen Stellen der afrikanischen Westküste die Fittiche des deutschen Aares sich ausbreiten zu lassen über afrikanischen Boden, tat er es mit jener souveränen Abweisung der von Anbeginn sich geltendmachenden britischen Widerstände, die der damaligen Machtstellung des neuen Reiches und der überragenden Autorität des eisernen Kanzlers in der diplomatischen Welt entsprach. Seitdem dieses Gewicht aus der Wagschale genommen, hat Deutschland teils von seinen kolonialen Zielen beträchtlich zurückstecken müssen, teils nur in heißem Ringen mit britischer Mißgunst sich in obendrein nur verhältnismäßig geringem Grade kolonial weiter auszubreiten vermocht. Auf afrikanischem Boden insbesondere hatte es nur während des Engagements Englands durch den Burenkrieg eine kleine Erweiterung des Togohinterlandes und dann durch die Marokko-Kongo-Verhandlungen eine Ausdehnung der Kamerungrenze erlangt.

Besonders im Auge zu halten ist aus der Ära Bismarcks die Politik, die er mit Bezug auf Nordafrika und auf die koloniale Expansion Frankreichs verfolgte. Sein Streben ging bekanntermaßen dahin, Frankreichs starr auf das Loch in den Vogesen gerichteten Blick von dort abzulenken, indem er den Franzosen die Wege der kolonialen Expansion bereitwillig ebnen half. Auf Tunis freilich, das die Franzosen sich zunächst angliederten, hatte er anfänglich den Blick der Italiener zu lenken gesucht; es war nicht seine Schuld, daß sie den Anschluß versäumten, aber es war für die Ziele seiner Politik schließlich auch nicht unbequem, daß die Annexion von Tunis durch die Franzosen scharfe Mißstimmung zwischen Italien und Frankreich schuf und den Italienern den Dreibund schmackhafter machen mußte. Was Marokko anbetrifft, so hatte auf Betreiben Moltkes Bismarck seine Politik darauf eingestellt, im Sinne der marokkanischen Integrität zu arbeiten, Marokko militärisch zu stärken und es Frankreich zu überlassen, ob es sich an dieser harten Nuß die Zähne ausbeißen wollte. Von französisch-marokkanischen Verwicklungen versprach er sich im Falle eines deutsch-französischen Krieges eine gewisse Ablenkung französischer Streitkräfte.

In früheren Zeiten war es Portugal gewesen, das nach einer weiten Zusammenfassung südafrikanischen Besitzes getrachtet, bis England seine breiten Keile zwischen die portugiesischen Kolonien trieb. Dann strebte

man in Frankreich nach einem großen, zusammenhängenden Nordafrika-Imperium unter der Trikolore — ein Plan, aus dem man seit Ende des vorigen Jahrhunderts allerdings Ägypten wohl oder übel ausschalten mußte. Für die britische Herrschaft in Afrika war Cecil Rhodes der Vater der bekannten Kap-Kairo-Idee.

Zu der Zeit, da man Deutschland füglich nicht mehr so ganz ausschalten konnte, stellten Kolonialpolitiker der frankobritischen Entente das Programm einer Dreiteilung auf, die Frankreich den ganzen Nordwesten zwischen dem Mittelmeer, dem Atlantischen Ozean und dem Golf von Guinea zubilligen wollte, England den Osten und Süden vom Kap bis Kairo; Deutschland ein mittelafrikanisches Kolonialreich.

Unter den großen weltwirtschaftlichen Rivalen der Vorkriegszeit hatte Deutschland insgesamt die ungünstigsten Lebensbedingungen, da sein vergleichsweise spärlicher und noch in den unteren Entwicklungsstadien stehender Kolonialbesitz nicht entfernt heranreichte an die Versorgung Amerikas aus eigenen subtropischen Gebieten oder die Versorgung Englands aus seinem gewaltigen Kolonialreich. Die deutsche Wirtschaft zeichnete sich zwar durch hochgradige Intensität aus, aber sie stützte sich doch nur zum Teil auf die Erzeugnisse eigenen oder kolonialen Bodens. Deutschland lebte wirtschaftlich bei Fremden zur Miete. Es war mehr als ein anderes Land auf die Einfuhr industrieller Rohstoffe von fremden Böden und den Absatz seiner Industrieerzeugnisse auf fremden Märkten angewisen. Die Vereinigten Staaten verfügten auf eigenem Boden über alle menschlichen Nahrungs- und tierischen Futtermittel; ihre Baumwolle konnte den Kleidungsbedarf fast der ganzen Welt decken. Dazu gesellte sich der Reichtum an Kohle, Eisen, Kupfer, Erdöl, Holz, Tabak. England hatte im Riesengebiet seiner Kolonien die Wahl, seiner Industrie die besten Rohstoffqualitäten zu sichern, und konnte die heimische Industrie auch hinsichtlich ihres Absatzes ständig durch den weiteren Ausbau seines Kolonialreichs nähren. Deutschlands wirtschaftsgeographisch so ungleich ungünstigere Lage nahm ihm die entsprechende Sicherheit der Ausbreitung und ließ eine Fülle von Gefahrenquellen entstehen.

Verkehrsgeographisch hatte England den Vorzug der Insellage und der Stützpunkte in allen fünf Erdteilen. Die Vereinigten Staaten genossen die Gunst der Küstenlage an den beiden größten Ozeanen und den ferneren Vorzug, daß auch ihre Landgrenzen nach Maßgabe der politischen Verhältnisse keinen starken Schutz erforderlich machten. Deutschland dagegen grenzte nur an Binnenmeere und Meerbusen, nicht an die offenen Ozeane, und befand sich bezüglich seiner weitgestreckten Landgrenzen in besonders ungünstiger Lage. Es hatte besonders zahlreiche, darunter militärisch sehr starke Nachbarn und fast nirgends einen natürlichen Grenzschutz. Wo dieser gegeben, wie an der böhmischen Einbuchtung, da war in den letzten Jahrzehnten die politische Gefahr ohnehin gebannt. Wo aber die Grenzen ganz offen waren, wie speziell im Osten, da stand an ihnen die über die meisten Menschenkräfte militärisch verfügende Macht als möglicher Gegner. Wohl war es auch ein verkehrsgeographischer Vorteil für Deutschland, im Herzen Europas zu liegen und Anlieger aller großen

mitteleuropäischen Ströme zu sein. Aber so gut sich hieraus wirtschaftliche Ausstrahlungsmöglichkeiten ergeben, so gut ergeben sich auch mannigfache politische Bedrängungsmöglichkeiten, zumal auch in ausgedehntestem Maße Deutschland bedrohende Bündnismöglichkeiten für seine zahlreichen Nachbarn. Wachstum und Arbeitsintensität seiner Bevölkerung aber zwangen Deutschland in die Weltwirtschaft und damit schließlich in die Weltpolitik hinein und machten es zum stärksten Wettbewerber der auf so viel günstigerem Boden stehenden beiden angelsächsischen Reiche.

2. Rußland und Südost-Europa.

Neben der schöpferischen Aktivität der anglo-germanischen Staaten brachte die konsumierende Rußlands die größte Bewegung in das weltpolitische Getriebe. Groß war der Unterschied zwischen den Motiven wie den Formen des Ausbreitungsdranges und der Ausbreitungsbetätigung auf beiden Seiten: Mit paradoxer Zuspitzung des Gegensätzlichen wird man — immerhin ohne allzu große Übertreibung — sagen können, daß die Kolonisation von britischer Seite aus sich vollzog aus Unternehmungslust, die Ausbreitung von russischer Seite aus Trägheit. Es war immer noch etwas Nomadisches in den russischen Steppenvölkern. Intensiver Wirtschaftsform abgeneigt, suchten sie, anstatt dem reichlich vorhandenen Boden durch verbesserte technische Wirtschaftsmethoden die höchstmöglichen Erträge abzuringen, ständig nach Neuland. Ihre extensive Wirtschaft war es, die eine expansive Politik bedingte.

In einer Beziehung freilich kam der britisch-russische Gegensatz zu einem gewissen Ausgleich: So schöpferisch die britische Kolonialpolitik überall in des weißen Mannes Land gewesen, so große kolonisatorische Fortschritte im eigentlichsten Sinne des Wortes sie in Kanada, in Australien, in Südafrika gezeitigt — auf asiatischem Boden verfuhr sie genau so asiatisch, genau so ausbeuterisch wie das russische System, das auch auf europäischem Boden ausgeprägt asiatische Züge trug. England in Asien und Rußland in seinem Gesamtgebiet, beide ließen sie die Untertanen hungern, um dem Staat und den »Obertanen« immer wieder neue Reichtümer zuzuführen. Was der Bauer dem Boden abgewann, wurde ihm hier wie dort ausgepreßt, unbekümmert um seine Unterernährung oder Hungersnot, zu rücksichtsloser Aufbesserung der Handelsbilanz, im Interesse der Machtfülle des Staates und des Reichtums der Herrschenden.

Das Russische Reich war vor dem Kriege in seiner Gesamtheit angewachsen auf einen Flächenraum von mehr als 22½ Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 170 Millionen Köpfen. Davon entfielen auf das europäische Rußland 4,9 Millionen qkm mit über 120 Millionen Einwohnern, auf Finnland 374 000 qkm mit 3 Millionen, auf Polen 127 000 qkm mit 12½ Millionen, auf das Kaukasusgebiet 0,47 Millionen qkm mit 12 Millionen, auf Zentralasien 3½ Millionen qkm mit 10 Millionen, auf Sibirien 12,4 Millionen qkm mit 8,7 Millionen Einwohnern. Dazu kamen die angegliederten Fürstentümer Innerasiens Buchara und Chiva. Die durchschnittliche Bevölkerung auf den qkm betrug selbst im europäischen Rußland nur

24 Köpfe; am dichtesten war sie in Russisch-Polen mit 98. In Zentralasien sank der Durchschnitt auf 2,8, in Sibirien auf 0,7; dabei vermehrte sich die Einwohnerschaft Sibiriens verhältnismäßig schnell durch Zuwanderung aus Europäisch-Rußland, die in einzelnen Jahren bis über 750 000 Köpfe gestiegen war, in der Zeit von 1896—1910 insgesamt rund 4 Millionen betragen hatte. In Europäisch-Rußland wurde ein jährlicher Geburtenüberschuß von 1½—2 Millionen verzeichnet.

Ursprünglich war Rußland ein reines Binnenland gewesen, das seit der Zeit Peters des Großen zwar gewaltsam hinaustrachtete an die Meere, aber in bezug auf seine Seezugänge doch bis in die Gegenwart in einer sehr wenig günstigen Lage war. Wohl verfügte es in hervorragendem Maße über gewaltige Binnenwasserstraßen, aber fast nirgends führten diese Binnenwasserstraßen an die offenen Meere des Weltverkehrs. Die weitgedehnte nördliche Küste war während des größeren Teils des Jahres durch Eis verriegelt, der schließlich gewonnene Ausgang zum Stillen Ozean brachte doch nur den entlegensten östlichen Teil des Riesenreichs mit dem offenen Weltmeer in Verbindung, wogegen das europäische Stammland angewiesen blieb auf die Zugänge zur Ostsee und zum Schwarzen Meer, die erst auf weiten Wegen über leicht zu sperrende Meerengen den Ozeanen zuführten. So blieb der Grundcharakter Rußlands binnenländisch, und so blieb anderseits das Streben nach den Ozeanen bestehen. Es richtete sich südwärts nach dem Indischen Ozean und trachtete westwärts im Norden wie im Süden nach Freiheit von fremder Herrschaft über die Meerengen zwischen der Ost- und Nordsee sowohl wie zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer.

Gerade in der letzten Zeit vor dem Kriege machte sich aus mancherlei beachtenswerten russischen Veröffentlichungen bemerkbar, daß Rußland nicht nur dem alten Drange nach Beherrschung des Bosporus und der Dardanellen folgen wollte, sondern auch an den Versuch dachte, unter Umgehung der Straße um das Skagerrak durch westliche Fortsetzung seiner gegen Finnland geübten Politik über Nord-Skandinavien an das offene Meer zu gelangen. Die Festlandmacht Rußland war getrieben von dem ständigen Drang an alle Meere. Sie griff aus bis an das Stille, strebte durch Persien an das Indische, über Konstantinopel an das Mittelmeer, trachtete über Skandinavien nach einem Nordseehafen und schien auch an der Ostsee ihre Küste ausbreiten zu wollen.

Zu diesem verkehrspolitisch erklärten Ausdehnungsdrang gesellte sich ein nie gesättigter und nie zu sättigender russischer Machthunger, der sich vornehmlich in der Form des Panslavismus, d. h. des Strebens nach einheitlicher Zusammenfassung aller slavischen Länder unter russischer Führung äußerte. Wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten schieden bei dem russischen Ausbreitungsdrang aus, verfügte das Land doch über ungeheure Reichtümer an natürlichen Bodenschätzen jeder Art, die es bei intensiver Nutzung von nahezu jedem Einfuhrbedarf hätte unabhängig machen können, und war doch selbst bei ihrer in der Tat nur sehr extensiven Nutzung die russische Handelsbilanz eine derartig günstige, daß selbst die russische Statistik eine den Einfuhrwerten um durchschnittlich

50% überlegene Ausfuhr verzeichnete. In Rußlands machtpolitischem Streben erwies sich als die stärkste Triebkraft: Der Versuch, den Rassegedanken der Machtbildung dienstbar zu machen. Alles was slawisch ist, sollte einen Staat bilden — unter russischer Führung. Der russische Machthunger bedient sich des allslawischen Aushängeschildes. Der Rassegedanke war der Köder, die Russifizierung aller Slawen die eigentliche Absicht.

Unter dem Zeichen des Panslawismus dehnte sich das russische Machtstreben namentlich nach Westen. Die Linie Danzig—Prag—Triest, Danziger Bucht—Adria, bezeichnete ungefähr das russische Ziel unter dem Aushängeschild des Rassestaats. Der ganze Balkan gehörte »natürlich« dazu. Wohin die Reise gehen sollte, das lehrten vor Jahren die italienisch-russischen Verhandlungen über die Balkanbahn von der russischen Grenze bis zur Adria mit dem Endzweck, die Adria zur Grenze zwischen der italienischen und der russischen Macht werden zu lassen.

Die West- und Südslawen, die Rußland restlos für den Rassegedanken und den allslawischen Rassestaat beanspruchte, gehören nun freilich gar nicht zur russischen, sondern zur westlichen Kulturwelt. Nur die Ukrainer haben es zu keiner wirklich durchgreifenden nationalen Bewegung unter dem Einfluß der Westkultur bringen können. Ansätze sind auch hier vorhanden, aber nicht von tiefer Wirksamkeit. Was aber sonst zwischen dem Rigaischen und dem Ägäischen Meer wohnt, gehört durchaus nicht in den russischen Kulturkreis, sondern strebt zur Westkultur, bzw. zu Mitteleuropa. Der Gedanke des allslawischen Rassestaats ist hier also nach außen so unbegründet, wie er innerlich unwahrhaft ist, da ja Rußland in der Tat nicht ein allslawisches, sondern ein russifiziertes Reich zu beherrschen und auszuweiten wünschte.

Die panslawistischen Regungen Rußlands trafen in erster Linie und am unmittelbarsten jenen großen Nachbarstaat, der in der starken ethnographischen Mischung seiner Bevölkerung selbst mehr slawische Einwohner zählte als irgendeines der anderen nichtrussischen Länder slawischer Nationalität oder slawischen Einschlags.

Die österreichisch-ungarische Gesamtmonarchie zählte bei 677 000 qkm unter ihren 51 Millionen Einwohnern neben 12 Millionen Deutschen und 10 Millionen Madjaren: 8½ Millionen Böhmen, Mähren und Slovaken, 5 Millionen Polen, 4 Millionen Ruthenen, 5½ Millionen Slowenen, ferner über 3 Millionen Rumänen und etwa 800 000 Italiener. Die Slawen insgesamt waren also in Österreich-Ungarn wesentlich stärker vertreten als irgendein anderer Volksstamm. Unter ihnen erwies der russische Panslawismus eine starke Anziehungskraft, besonders auf die Tschechen und Serben. Im Gegensatz zu dem stark expansiven Rußland, das die inneren Schwierigkeiten seiner gleichfalls national sehr gemischten Bevölkerung durch eine rücksichtslose Russifizierungspolitik überwand, war die Habsburgische Donaumonarchie durch die inneren Nationalitätenkämpfe derartig gebunden, daß wir in Österreich-Ungarn die einzige Großmacht vor uns hatten, die nicht in der Reihe der Kolonialmächte stand.

Zeitweise regte sich allerdings in den letzten Jahrzehnten auch hier noch ein gewisser Ausbreitungsdrang, der aber lediglich angeregt schien durch den sichtbaren Zerfall der europäischen Türkei und sich auf die benachbarten Balkangebiete beschränkte. Hier lag auch die wichtigste Zone des äußeren Wirtschaftsverkehrs Österreich-Ungarns, das nur über sehr beschränkte Seezugänge und ein verhältnismäßig recht kleines Stück Küstengrenze verfügte. Wirtschaftlich stand auch Österreich-Ungarn durchaus nicht auf der Höhe neuzeitlicher technischer Produktivität, so daß es nicht nur angewiesen war auf die Einfuhr industrieller Rohstoffe wie Baumwolle, Wolle und Kohle, sondern neben einer namhaften Ausfuhr einzelner Bodengüter und landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Holz, Zucker und Eiern auch eine nicht unbeträchtliche Einfuhr von Getreide, Schlachtvieh, Sämereien usw. unterhalten mußte. Wohl hätte der Boden teilweise erheblich mehr hergeben können, aber die sozialen und nationalen Verhältnisse, der Kräfteverzehr in inneren Kämpfen und ein vom Balkan her in gewissem Grade bereits fühlbarer orientalischer Einschlag bezüglich der Arbeitsintensität behinderten die wirtschaftliche Entwicklung.

Zwischen Rußland und die slawischen Balkanstaaten schob sich das Königreich R u m ä n i e n mit einer Fläche von 131 000 qkm und 7,25 Millionen Einwohnern, 1912 durch die Abtretungen von bulgarischer Seite auf 140 000 qkm mit 7,6 Millionen Einwohnern erhöht. Das großenteils außerordentlich fruchtbare Land befand sich in günstiger wirtschaftlicher Lage, trotzdem auch hier namentlich die Agrarverfassung eine recht rückständige Wirtschaftsweise verursachte. Die reiche Mais- und Weizenernte gestattete einen Außenhandel, der mit mehr als 1 Milliarde M. im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes als recht ansehnlich zu bezeichnen war und einen erheblichen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr barg. Neben dem Getreidereichtum begünstigten die Erdölvorkommen die wirtschaftliche Stellung Rumäniens.

Außenpolitisch erstrebte das Königreich nördlich der unteren Donau mit seiner gegenüber den jüngeren Balkanstaaten fortgeschrittenen äußeren Zivilisation eine gewisse Führerrolle gegenüber jenen. Darüber hinaus waren seine außenpolitischen Stimmungen und Strömungen einerseits beeinflußt durch die Tatsache, daß in dem benachbarten Ungarn über 3 Millionen Rumänen lebten, anderseits durch den Umstand, daß Rußland die ihm im Balkankrieg von 1878 durch Rumänien gewordene Unterstützung durch die Annektion Beßarabiens außerordentlich schlecht gelohnt hatte. In Flüssen und Gebirgen eine natürliche Grenze findend, hatte es doch den Unterlauf der Donau auf russische Anregung überschritten und neigte dazu, hier in volksfremdem Gebiet ertragreichen Bodens seine nicht natürlich vorgezeichnete Grenze weiter südwärts vorzuschieben, teils wegen der reichen Ernten jener Landstriche, teils aus »Glacispolitik« und der Absicht gesicherten Schutzes der wichtigen, durch die Dobrudscha führenden internationalen Verkehrsstraße.

Zwischen der Ausbuchtung Mitteleuropas nach Südosten und der auf sehr breiter Basis ansetzenden B a l k a n h a l b i n s e l ist es schwer, eine feste Grenze zu ziehen. Will man an der Donaumündung ansetzen

und gerades Wegs nach Westen die Grundlinie der Balkanhalbinsel finden, so gelangt man über Galatz bis Fiume, wo nicht gar bis Triest. Eine solche Scheidelinie würde nicht nur Rumänien, sondern auch Ungarn durchschneiden und sich fast nirgends mit den politischen oder den natürlichen Grenzen decken. Auch der Gebirgsstock der Transsylvanischen Alpen bildet keine zureichende Grundlage für die Scheidung des mitteleuropäischen Festlandes und der Halbinsel, da einerseits nach Westen eine sichere Fortsetzung der natürlichen Grenze fehlt, anderseits im Osten die sich anschließenden Karpathen weit in das Binnenland hinübergreifen. Die natürlichste Abgrenzung wird man wohl finden, wenn man von der Donaumündung dem Strom aufwärts folgt bis zur Einmündung der Save und deren Unterlauf in westlicher Richtung rückwärts verlängert denkt. Denn auch die Verfolgung der Save bis an ihre Quelle würde zu weit nach Mitteleuropa hineinführen. Die politischen Grenzen der Vorkriegszeit gestatten sogar, der Save nur bis zur Drina nachzugehen und sodann dieser und der Verlängerung ihrer ungefähren Richtung bis zur Bucht von Cattaro zu folgen.

Wo immer man den Fuß der Balkanhalbinsel ansetzt, wird man die Halbinsel selbst in zwei Hauptteile zu zergliedern haben: Den massiven Hauptstock zwischen der Donau und dem Nordufer des Ägäischen Meeres nebst Marmarameer, dem Schwarzen Meer und der Adria — und die griechische Halbinsel zwischen dem Golf von Saloniki und dem Golf von Valona. Während der erste Teil, der Balkanstock, einen mehr kontinentalen Charakter trägt, ist der zweite Teil als reine Halbinsel anzusprechen.

Ihrer Weltlage nach ist die Balkanhalbinsel ein südöstlicher Ausläufer Mitteleuropas, mit diesem eng verbunden durch die Donau, und zugleich ein Übergang zum Orient. Sie ist Anlieger des Ostmittelmeers mit seinen Ausläufern, dem Adriatischen und dem Ägäischen Meer, sowie des Schwarzen Meers und des Marmarameers. Am Bosporus und an den Dardanellen scheiden sie nur schmale Wasserstrecken von Kleinasien. Auch die Inselwelt des Ägäischen Meeres bildet Übergänge zwischen der Balkanhalbinsel, insbesondere der griechischen Halbinsel und Vorderasien.

Das Land südlich der Donau und Save trägt ganz überwiegend gebirgigen Charakter, mit kleineren und größeren Hochebenen durchsetzt. Die einzelnen Gebirgszüge verlaufen unregelmäßig, im Westteil der Halbinsel überwiegt eine mehr nord-südliche Richtung, im Osten bis ins Herz des Halbinselgrundstocks verläuft der Balkan ost-westlich, indessen das Rhodopegebirge etwa nordwest-südöstlicher Richtung folgt. Während sich nördlich der unteren Donau zwischen dieser und den Transsylvanischen Alpen die walachische Tiefebene breit hinzieht, erhebt sich das Südufer mehr oder weniger steil; von seinem Rande steigt die bulgarische Kreidetafel zum Fuß des Balkan an, der auf etwa 450 m Höhe einsetzt. Auch die Dobrudscha ist überwiegend bergiges Land.

Die Meeresküsten fallen mit Ausnahme weniger Stellen steil ab. Die hohe Durchschnittslage des Bodens verstärkt die Wirkung der breit ausladenden Gestalt des Grundstocks der Balkanhalbinsel in Richtung auf ihren verhältnismäßig kontinentalen Charakter, insbesondere mit Bezug

auf das Klima. So steht im wesentlichen, von der griechischen Halbinsel abgesehen, nur die Westküste unter dem Zeichen des Mittelmeerklimas, schon weniger die Küste des Ägäischen Meeres, wogegen die Küste des Schwarzen Meeres unter dem Einfluß russischer Winde mehr kontinentales Klima hat, insbesondere die wasserarme Steppe der Dobrudscha. Bis tief hinunter in die Balkanhalbinsel ist der Pflanzenwuchs mitteleuropäisch, zumal wo sich der Landschaft südlich Gebirgszüge vorschieben. Südlich der Gebirge sind die Sommer sehr heiß, gehen die Kulturen auch teilweise bis zum Reis und zur Baumwolle.

Gemäß dem wirren Gebirgscharakter herrscht auch ein buntes Gemenge der Stromsysteme. Die größeren Flüsse gehen teils zur Donau, teils zum Aegäischen Meer. Adriatisches und Schwarzes Meer haben nur verhältnismäßig wenig direkten Zustrom von den Gebirgen der Balkanhalbinsel. Die Quellgebiete der südwärts und nordwärts mündenden Ströme greifen weit ineinander über. Teils durchbrechen die Flüsse in wilden Schluchten die Gebirgszüge, so die Morawa nördlich, die Nischawa östlich Nisch, der Isker nördlich Sofia und die Struma südlich in der Kresnaschlucht, teils bilden sie weite, fruchtbare Hochebenen, unter denen sich vornehmlich die zum Maritzagebiet gehörige Hochebene von Philippopel auszeichnet. Auch der Wardar und die untere Morawa durchströmen in ihren erweiterten Flußtälern Ebenen von großer Fruchtbarkeit.

Die Gipfel der Balkanberge erreichen nirgends voll 3000 m. Am Westrand schwerer wegsam, bieten die Gebirge im Zentrum und im Osten, mit Ausnahme des Rhodopegebirges, verhältnismäßig leichte Übergangsmöglichkeiten, so aus dem Morawa- ins Wardargebiet, aus dem Isker- ins Strumatal, ferner der Balkan im Schipkapaß und weiter ostwärts, so daß das Balkangebirge demnächst durch drei Eisenbahnen in süd-nördlicher Richtung überquert bzw. durchschnitten sein wird.

Ein Teil der Gebirge trägt herrliche Waldungen von hohem Nutzwert. Vielfach aber haben systematische oder auch planlose Waldverwüstungen ihren klimatisch unvorteilhaften Einfluß ausgeübt. Planlos entfachte der Bauer verheerende Waldbrände, wenn er nur einen ihm unbequemen Waldzipfel zwecks Abrundung seines Grundstücks durch Feuer niederlegen wollte; systematisch holzte die türkische Regierung riesige Strecken ab, um den Banden ihre Schlupfwinkel zu nehmen. Ein übriges tat der Ziegenfraß, der die jungen Stämmchen nicht emporwachsen ließ.

Die Waldverwüstungen haben zur Folge, daß die Flüsse viel Geröll aus den Gebirgen über ihre Täler tragen, und daß die kontinentalen Klimaerscheinungen noch stärker zutage treten. Das im Mittelpunkt des Halbinselgrundstocks liegende Sofia, das in 550 m Höhe liegt und obendrein gegen Süden das Witoschgebirge vorliegen hat, verzeichnet unter diesen Umständen ein Klima, das gekennzeichnet wird durch Temperaturschwankungen von + 38 bis unter — 31°. Besonders regenreich ist nur der Westrand der Halbinsel unter der Einwirkung der Adria. Hauptregenzeit der übrigen Gebiete ist der Winter, im allgemeinen fällt auch hinlänglich ergiebiger Regen für die Frühjahrssaaten, wogegen Sommer und Herbst (bis auf wenige Tage starker Regengüsse im Sommer) meist trocken sind.

Unter der Wirkung der kontinentalen Hitze im Strumitza- und Maritzabecken, auch im Wardartal, gedeihen entsprechende Kulturen, zumal bei geeigneten Bewässerungsanlagen.

Wie die Gebirge des Balkangebiets sich ganz verschiedenartig schichten und die Flußsysteme weit ineinander übergreifen, so schichten sich auch die verschiedenen Nationalitäten mannigfach über- und durcheinander. Die Weltlage der Halbinsel zwischen Mitteleuropa und Vorderasien kommt in okzidental-orientalischen Übergängen und Mischungen augenfällig zum Ausdruck.

Nördlich der Donau wohnen bis über die Transsylvanischen Alpen hinaus die Rumänen ziemlich rein mit einigen bulgarischen und deutschen Einsprengseln. Westlich der Morawa die slawischen Stämme der Serben, Kroaten und Bosniaken. In den westlichen Randgebirgen die verschiedenen Stämme der Albaner. Auf der griechischen Halbinsel die Griechen, teilweise mit albanischen Bestandteilen gemischt, auch größere Siedlungen von Kutzowalachen im nördlichen Zentrum.

Die das Zentrum und den Osten des Halbinselgrundstocks bewohnenden Bulgaren sind aus den alten slawischen Bewohnern und den eingewanderten Wolgabulgaren gemischt. Ihnen stammverwandt und in ihren politischen Zielen eng mit ihnen verbunden sind die Makedobulgaren, denen mehr südliche Beweglichkeit innewohnt als den schwerblütigeren Bulgaren, mit denen sie jedoch in Zähigkeit der Erreichung gesteckter Ziele wetteifern.

In den Küstengebieten des Ägäischen und Schwarzen Meeres gibt es zahlreiche Griechen. Türken wohnen vornehmlich im Südostwinkel des Halbinselgrundstocks und, mit Bulgaren, Rumänen, Deutschen und Tataren gemischt, in der Dobrudscha. Die Halbinsel Chalkidike und die Inseln sind von Griechen bewohnt.

Ziffernmäßige Angaben über die Stärke der einzelnen Nationen lassen sich am allerwenigsten im gegenwärtigen Zeitraum geben. Alle amtlichen Ermittlungen früherer Zeiten waren mehr oder weniger durch die politischen Beweggründe der zählenden Macht beeinflußt. Dazu haben nun die Kriege große, aber in den verschiedenen Staaten verschieden große Opfer gefordert.

Alte Schätzungen rechnen zu den auf dem Balkan vertretenen, teilweise aber über das Gebiet der Balkanhalbinsel hinausreichenden Völkerschaften rd. 10 Millionen Rumänen, 8 Millionen Serbo-Kroaten, 6 Millionen Bulgaren, gegen 6 Millionen Griechen, 2 Millionen Albaner, 1½ Millionen Türken, ½ Million Israeliten, je ¼ Million Zigeuner und Walachen, dazu Levantiner, Armenier, Italiener, Deutsche usf. Was die Rumänen anbetrifft, so wohnen südlich der Donau nur Rumänen in geringer Zahl in der Dobrudscha, vornehmlich in deren größeren Städten; dazu die Kutzowalachen in einigen Gebieten Mazedoniens und Griechenlands. Von den Serbo-Kroaten gehört der größere Teil politisch nicht zur Balkanhalbinsel, sondern zu Mitteleuropa; die serbische Einwohnerschaft Serbiens und Montenegros ist durch den Krieg stark vermindert. Die Griechen zerstreuen sich weit über die Inseln und die türkische Südostecke der Balkanhalbinsel.

Somit bleiben die Bulgaren zusammen mit den Makedobulgaren fraglos das stärkste Volkstum auf der Balkanhalbinsel. Ihre Wohnsitze reichen von Ochrida bis Tultscha, von der Morawa- bis zur Maritzamündung.

Bei allen Zwischenstufen und Volksvermischungen bleiben doch große, grundlegende Unterschiede bemerkbar. Der ehemalige Herr der Balkanhalbinsel, der Türke, zieht sich überall zurück, wo er die politische Herrschaft und damit auch die soziale Herrenrolle eingebüßt hat. Des Serben leichtblütiges Temperament erinnert stark an den Polen und steht in scharfem Gegensatz zu der bedächtigen Art des sparsamen, für orientalische Begriffe fleißigen, nüchternen und zähen Bulgaren. Während der letztere eine ausgesprochene Bauernnatur und vornehmlich ein guter Gärtner ist, eignet sich der Grieche nur für den Handel. Die Berg- und Hirtenvölker Albaniens sind wanderlustig und kriegerisch — welch letztere Eigenschaft sie mit den meisten Balkanvölkern teilen. —

Volkswirtschaftlich machen sich einerseits die verschiedenen Veranlagungen der einzelnen Völkerschaften bemerkbar, anderseits die zeitlichen Abstände, in denen sie aus der türkischen Herrschaft zur Selbständigkeit gelangt sind. Bei den regsamen und seit längerer Zeit unabhängigen Serben hat sich ebenso wie bei den Rumänen eher eine Industrie entwickeln können als bei den erst 1878 selbständig gewordenen Bulgaren. Anderseits wird bei diesem bildungshungrigen Volk die tiefere Bildungsgrundlage gelegt; gibt es bei ihnen doch schon heute, nach nur kurzer Frist der allgemeinen Schulpflicht, weniger Analphabeten als bei irgendeinem anderen Balkanvolk einschließlich der Rumänen, die in ihren Städten wohl weit mehr äußere Zivilisation entwickelten als die Bulgaren, in bezug auf soziale Freiheit und Volksbildung in den breiteren Schichten aber hinter diesen zurückblieben.

Der Boden der Balkanhalbinsel gestattet trotz seines gebirgigen Charakters eine ausgedehnte Landwirtschaft. Neben Weizen und Mais gedeihen in bevorzugten Gegenden Reis, sogar Baumwolle, bester Tabak, Ölpflanzen aller Art, der Maulbeerbaum für die Seidenkultur, Obst und Gemüse jeder Art, an den gegen kalten Nordwind geschützten Hängen in der südlichen Sonne feuriger Wein bis in bedeutende Höhenlage. Ein verbreitetes Kennzeichen des Landes ist der große Nußbaum, eine Spezialität südlicher Balkantäler die Rosenzucht für die Gewinnung von Rosenöl.

In den Gebirgen ist reichliche Gelegenheit für die Viehzucht; auch unwirtlichere Teile können durch die Schafzucht nutzbar gemacht werden. Die einstmals berühmten mineralischen Schätze werden, so weit nicht bereits Kohle und Kupfer gewonnen wird, neuerdings auf ihre Abbauwürdigkeit untersucht und versprechen hie und da auch der Industrie auf dem Balkan eine Stätte zu bereiten. Bisher hat sich vornehmlich die industrielle Verarbeitung der ländlichen Erzeugnisse entwickelt: Mühlen, Zuckerfabriken, Brennereien und Brauereien, Tuchindustrie und Holzindustrie.

Höhere wirtschaftliche Entwicklung hat zur Voraussetzung namentlich eine Verbesserung des Verkehrswesens. Außer der Donau sind die Flüsse fast gar nicht schiffbar, doch kann wenigstens ihre Wasserkraft dem Eisenbahnwesen nutzbar gemacht werden. Das Eisenbahnnetz ist noch sehr weitmaschig und an Zubringern in Gestalt von Kleinbahnen fehlt es fast ganz. Der Krieg hat hier einen großen Anstoß gegeben. Hauptbahnen

haben so zahlreiche Ausweichen erhalten, daß sie sich dem Dienst zweigeleisiger Bahnen einigermaßen nähern können, und lange Kleinbahnstrecken sind gebaut. Eine östliche Balkanüberquerung neben der westlichen im Iskerdurchbruch und der mittleren Transbalkanbahn ist in Vorbereitung. Verkehr und Wirtschaft stehen noch vor weiten Entwicklungsaufgaben.



Abb. 24.
Das Abfluten der Osmanen aus Europa.
a) Vor dem Berliner Kongreß.

Die Weltlage der Balkanhalbinsel wurde dadurch gekennzeichnet, daß sich Mitteleuropa in sie einbuchtete, und daß sie ein markantes Bindeglied, ein Übergangsland zwischen Mitteleuropa und Vorderasien, zwischen dem Okzident und dem Orient bildete.

Der Abbröckelungsprozeß der osmanischen Herrschaft (vgl. Abb. 24—26), die jede Entwicklung auf dem Balkan lange Zeit nahezu ausgeschlossen,

begann vor hundert Jahren, im Jahre 1817, als der nördliche Teil Serbiens als türkischer Tributärstaat anerkannt wurde. Seither haben die Abbröckelungs-Tendenzen die europäische Türkei fortgesetzt beschäftigt, bis im Jahre 1915 der bulgarisch-türkische Vertrag die letzte Verschiebung der türkischen Grenze brachte und bereits im Jahre darauf türkische und bulgarische



Abb. 25.
b) Vor den Balkankriegen.

Truppen die Streitaxt begraben sein ließen und in der Dobrudscha Schulter an Schulter kämpften, um sowohl Varna wie Konstantinopel gegen den Anmarsch der Russen zu schützen.

Das Durcheinander der verschiedenen Volksstämme auf dem Balkan erschwert die Lösung der Nationalitätenfrage ungeheuer. Es ist kennzeichnend, daß die Kämpfe des Jahrhunderts von 1817 bis heute durchaus keinen einheitlichen Zug tragen, die Gegnerschaft sich vielmehr wiederholt stark verschoben hat. Der Freiheitsdrang der Balkanvölker richtete sich

durchaus nicht etwa gleichmäßig gegen die türkische Herrschaft. So haben die Bulgaren ihre Vorbereitung für die Befreiung auf dem Bildungswege betrieben, indem sie sich durch nationale Schulen in Widerstand setzten gegen die Gräzisierungsbestrebungen der griechischen Popen. Die Türkei stand den Bulgaren in diesem Bestreben sogar bei, indem sie ihnen schließ-



Abb. 26.
c) Nach den Balkankriegen.

lich das eigene Exarchat bewilligte. Freilich gelang es der Türkei nicht, auf diesem Wege den Grundsatz: »Divide et impera« gegenüber Bulgaren und Griechen zu ihrem Vorteil zur Herrschaft zu bringen. Vielmehr gingen die von der geistigen Herrschaft der Griechen befreiten Bulgaren nunmehr mit aller Kraft daran, sich von der politischen Herrschaft der Türken zu befreien.

Als 1885 die Bulgaren auch Ostrumelien auf Kosten der Türkei an sich rissen, fielen ihnen die Serben in den Rücken und mußten von ihnen ge-

schlagen werden. Das hinderte später Bulgaren und Serben nicht, einen Zollbund zu schließen, der jedoch durch Österreich-Ungarns Zollkrieg gegen Serbien gewaltsam gesprengt wurde. Dann kam wiederum der Balkanbund und sein kläglicher Zerfall.

Das Ende des zweiten Balkankrieges zeitigte dauernd unhaltbare Grenzen, indem es die Makedobulgaren zu Serbien schlug und die bulgarischen Süddobrudschabauern von Bulgarien abtrennte.

Aus der türkischen Herrschaft herausgetreten, drohte den Balkanstaaten eine Zeit der Eifersüchtelei, der ewigen Ausgleichsforderungen, der wechselseitigen Verdammung zu politischer Ohnmacht, des dauernden Intrigenspiels der Großmächte auf ihre Kosten.

Von Griechenland, das sich in der Lage einer wirklichen Halbinsel befindet, abgesehen, hatten wir auf dem Rumpf der Halbinsel vor Ausbruch der Balkankriege neben der europäischen Türkei, die an das Schwarze- und Mittelmeer grenzte, Bulgarien als einen nur mittelbar durch das Schwarze Meer mit dem Weltverkehr in Verbindung stehenden Staat. Montenegro war fast, Serbien ganz Binnenland ohne Seezugang.

Die Entscheidung der Balkankriege hatte eine günstige Wendung unter unseren verkehrsgeographischen Gesichtspunkten namentlich für Bulgarien insofern gebracht, als dieser Staat nunmehr nicht nur an das Schwarze Meer grenzte, sondern auch einen Küstenstreifen am Ägäischen Meer gewonnen hatte. So war schon nach verhältnismäßig kurzer Geschichte dieses Staatswesens der natürliche Drang nach doppeltem Seezugang gestillt. Montenegro hatte sein Gebiet zwar erweitert, jedoch keine befriedigende Küstengestaltung erlangt, und Serbien war an Umfang sehr bedeutend gewachsen, überall aber vom Meere ferngeblieben. Es hatte sich nach Westen und nach Süden so weit ausgedehnt, daß es in dieser neuen Lage in hohem Grade den Reiz empfinden mußte, Ausgänge zu suchen nach der Adria und nach dem Ägäischen Meer.

Dadurch mußte dieses vergrößerte Staatswesen zur größten Gefahr für die politische Lage auf dem Balkan werden. Dieser Gesichtspunkt hatte bei der Neuaufteilung der Balkanländer keine Berücksichtigung gefunden. War ein kleines Serbien als Binnenstaat denkbar gewesen, so mußte man sich sagen, daß ein wesentlich vergrößertes Serbien ohne Seezugang nicht ruhen würde, bevor es seinen Machthunger in noch wesentlich vermehrtem Maße gestillt haben würde.

Unter den Flüssen der Balkanhalbinsel kommt, von der Donau ab gesehen, vornehmlich die Maritza verkehrspolitisch in Betracht, da sie am ehesten eine wirkliche Verkehrsbedeutung erlangen kann. Bevor Bulgarien aufs neue in den Krieg eingriff, hatte es in glücklicher Weise die Maritzafrage gelöst und mit Bezug auf diesen Fluß erfolgreich dem verkehrsgeographischen Gesetz des Strebens nach einheitlicher Beherrschung seines wichtigsten Stromgebietes Rechnung zu tragen vermocht.

Von den anderen, nicht zur Donau gehörenden Stromgebieten der Balkanhalbinsel blieben Struma und Wardar zwischen Bulgarien und Griechenland geteilt. Es war nicht zu verkennen, daß hierin die Gefahr neuer Reibungen lag.

Der Stand der Dinge vor dem Zusammenbruch des Vierbundes ging im großen und ganzen dahin, daß die Bulgaren über ihre nationalen Grenzen verfügten, die Griechen durch die Salonikiarmee und sonstige Landungskorps zeitweilig in der Beherrschung ihrer nationalen Grenzen und der national zugehörigen Inseln eingeengt waren, Albanien besetztes Kampfgebiet bildete.

Die Geschichte des abendländischen Kulturkreises unseres Erdteils hat auf dem Balkan, der durch lange Jahrhunderte unter morgenländischem Einfluß gestanden, eine späte Wiederholung gefunden. Als im übrigen Europa die nationale Bewegung bereits abgelöst war durch eine mehr oder weniger scharf ausgeprägt imperialistische, harrten auf dem Balkan noch die Ideale des Nationalstaats ihrer Erfüllung.

Über Trümmer zum Einheitsbau — der Weg, der 1866/71 von Deutschland genommen wurde, ist späterhin in gewissem Umfange auf dem Balkan versucht worden. Die alte europäische Türkei zerbröckelte in einem geschichtlichen Prozeß, der sich in seinen einzelnen Stadien durch ein volles Jahrhundert hindurchzog; an die Stelle der verfallenden Herrschaft aber trat zunächst nur eine eifersüchtige Kleinstaaterei, ein von hohen Zielen abführendes Ringen um das Gleichgewicht einer Vielheit geringer Mächte, denen heftige Kämpfe um die Vormachtstellung folgten.

Der Balkan als alter Wetterwinkel hat unendlich viele Stürme erlebt. Völkerwanderungen sind über ihn hergezogen wie gleich häufig und vielgestaltig über kaum ein anderes Gebiet. Der »ewige Friede« war für ihn eine stärkere Illusion als vielleicht für sonst irgendein Land. Die mitteleuropäisch-vorderasiatischen und die osteuropäisch-mediterranischen Strömungen werden nicht aufhören, sich an ihm, auf ihm und womöglich auf seine politischen Kosten zu kreuzen.

Die den Übergang von Südosteuropa nach Vorderasien bildende T ü r k e i verzeichnete vor Ausbruch der letzten Balkankriege insgesamt einen Flächenraum von 1,8 Millionen qkm mit rd. 20 Millionen Einwohnern. Davon waren auf die europäische Türkei, von der im Anschluß an die beiden Balkankriege ein Teil verlorenging, 28 000 qkm mit gegen 2 Millionen Einwohnern entfallen, auf Kleinasien 500 000 qkm mit 11 Millionen Einwohnern, auf Syrien und Mesopotamien 638 000 qkm mit 5,4 Millionen Einwohnern, der Rest gehörte zu Armenien und Arabien. Wirtschaftlich war die Lage der Türkei mit einer fast doppelt so hohen Einfuhr wie Ausfuhr außerordentlich ungünstig, da für die Verkehrserschließung des Landes und die wirtschaftliche Intensivierung durch lange Zeiten nichts geschehen war, der frühere Reichtum der Türken sich in vielen Kriegen erschöpft hatte und die orientalische Indolenz durch das herrschende System der Steuerbedrückung nur gefördert wurde. Politisch hatte die einst zu aggressive Türkei längst aufgehört, ein Subjekt der Weltpolitik zu sein, sie sah sowohl die europäischen wie die afrikanischen Bestandteile ihres alten Besitzes mehr und mehr abbröckeln und erhielt sich im wesentlichen in ihrer Selbständigkeit nur noch durch geschickte diplomatische Nutzung der Eifersucht europäischer Hauptmächte.

3. Frankreich und die „lateinischen Schwestern“.

Wenn sich das Ausbreitungsbedürfnis der anglo-germanischen Weltstaaten aus dem Fortschreiten ihrer intensiven Wirtschaft, das Ausbreitungsbedürfnis Rußlands gerade umgekehrt aus dem Beharren in extensiver Wirtschaft erklären ließ, so sehen wir bei Frankreich das Machtbedürfnis als solches in Reinkultur. Während die Bevölkerung Englands, Deutschlands, der Vereinigten Staaten und Rußlands um 1—2% jährlich anwuchs und nach neuen Betätigungsfeldern Ausschau hielt, war in Frankreich kaum noch ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen.

Das Land befand sich wirtschaftlich wie verkehrspolitisch und bezüglich seiner Grenzverhältnisse in einer ausgezeichneten Lage. Land- und Seegrenzen hielten sich etwa das Gleichgewicht. Mit einer weiten Küstenstrecke und vorzüglichen Häfen blickte Frankreich hinaus auf den offenen Atlantischen Ozean, durch den Kanal hinüber nach der verkehrsreichen Nordsee, und im Süden nach dem alten Mittelmeer. Eine ungewöhnlich scharfe Gebirgsgrenze schied es im Süden von Spanien, in den Alpen verlief seine Grenze gegen Italien, und die Vogesen bildeten in der Hauptsache seine Grenze gegen Deutschland. Hier allerdings war eine scharfe Abgrenzung weder in wirtschaftlicher noch in ethnographischer Beziehung vorhanden. Noch wesentlich fließender waren die Übergänge in beiden Hinsichten nach Nordosten gegen Belgien hin.

Klimatisch außerordentlich begünstigt, konnte Frankreich sich in wirtschaftlicher Beziehung zu hoher Blüte entfalten. Wenn dieses Frankreich durch die Geschichte von Jahrhunderten stets ein Element der Unruhe in die Politik der Völker getragen hat, so war der Grund hier mehr denn sonst irgendwo in völkerpsychologischen Erscheinungen, in brennendem Ehrgeiz zu suchen. Früher und stärker als sonst irgendwo hat die seit dem Tage der Römer durch Jahrhunderte kaum noch gekannte Erscheinung selbstbewußten Nationalgefühls sich in Frankreich entwickelt. Hier ist sie zurückzuführen etwa auf die Zeiten des Sieges über die Engländer unter der Jungfrau von Orleans.

Wieder und wieder hat dieses stolze und ehrsüchtige Frankreich kolonialpolitisch weit hinausgegriffen in die Welt, wobei es wieder und wieder mit den Engländern zusammengestoßen und oft genug vor ihnen die Segel streichen mußte. Nachdem das transatlantische Weltreich der Franzosen den Briten erlegen, stützten sie sich auf ihren kulturpolitischen Einfluß als Beschützer der Christenheit in den mohammedanischen Ländern und wandten sich vornehmlich der Kolonialpolitik im Mittelmeer zu. Zwar schlugen die ersten großzügigen Versuche Napoleons nach dieser Richtung hin, wiederum durch englischen Gegenstoß, fehl, aber ein Menschenalter nach dem mißglückten Mittelmeerunternehmen Napoleons gelang es Frankreich doch, an der unmittelbar gegenüberliegenden Mittelmeerküste dauernd festen Fuß zu fassen und im reichen Algier eine Basis zu schaffen, von der aus französische Ausbreitungspolitik durch das folgende Jahrhundert weit über große Teile von Nordafrika bis an die südliche Küste dieses Erdteilgebietes ausstrahlen und sich abrunden konnte.

Frankreich fand im weiteren Verlauf der Dinge bei diesem Vorgehen keine geringere Unterstützung als diejenige Bismarcks, der den französischen Ehrgeiz nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen hier in erheblicher Weise gestillt sehen wollte, um endlich Beruhigung in die deutsch-französischen Beziehungen zu bringen. Aber der Verlust von Elsaß-Lothringen allein war es keineswegs, der an der französischen Seele zehrte. Man hatte diese ferne, großenteils nicht französische Provinz zu den Zeiten, da man in ihrem Besitz war, nur recht wenig geschätzt und stark vernachlässigt. Sie erschien weniger als wirtschaftlich wichtiger Bestandteil denn als bis an den Rhein vorgerücktes Glacis zum Schutze des eigentlichen französischen Gebiets, und die offizielle heiße Trauer um das so wenig französische Straßburg war mehr eine Theatergeste als inneren Empfindungen entsprechend. Was Frankreich jedoch nie und absolut nicht verschmerzen konnte, das war die militärische Niederlage von 1870, die Einbuße an Ruhm.

Vor dem Kriege umfaßte Frankreich rd. 530 000 qkm mit einer Bevölkerung von annähernd 40 Millionen Einwohnern. Darunter war nur 1 Million Fremder, und zwar in der Hauptsache Italiener, Belgier und Luxemburger. Das französische Kolonialreich hatte sich in Nord- und Mittelafrika über ein geschlossenes Gebiet ausgedehnt, das Algier, Tunis, Französisch-Marokko, Französisch-Westafrika, Französisch-Äquatorialafrika und das französische Einflußgebiet der Sahara umfaßte. Dazu traten zerstreute afrikanische Besitzteile und die Insel Madagaskar. Insgesamt belief sich der afrikanische Besitz auf mehr als 9½ Millionen qkm mit etwa 36 Millionen Einwohnern. Der südasiatische Besitz Frankreichs belief sich auf 800 000 qkm mit 17 Millionen Einwohnern, der Südseebesitz auf 24 000 qkm mit 90 000 Einwohnern und in Amerika waren 82 000 qkm mit 450 000 Einwohnern verblieben. Frankreich strebte nach immer vollständigerer Abrundung seines großen afrikanischen Besitzes, obwohl es doch eigentlich an die Kolonien keine sie voll erschließenden überschüssigen Menschenkräfte abzugeben hatte.

Wie die Bevölkerung des französischen Mutterlandes, so stagnierte auch seine wirtschaftliche, insbesondere auch seine industrielle Entwicklung. Während in Deutschland das aus der Industrie neu zuwachsende Kapital immer wieder neue Anlage abermals in der Industrie zu deren großzügiger Erweiterung fand, suchte das aus den natürlichen Reichtümern Frankreichs neu zuwachsende Kapital arbeitslose Anlage in Rentenpapieren und gab dadurch dem Staat die Mittel zu immer weiterer Machtbetätigung auf kolonialem Gebiet.

In Europa verfolgte Frankreich, nach Nordwesten, Westen und Süden durch natürliche Grenzen gesichert, eine Ostmarkenpolitik in Richtung auf jene Gebiete, in denen etwa 4 Millionen Franzosen außerhalb der Landesgrenzen wohnten. Es gab einen französischen Ostmarkenverein, der sich von seinem deutschen Namensbruder im innersten Wesen grundlegend unterschied. Denn während der Deutsche Ostmarkenverein es lediglich auf die Stärkung des Deutschtums in den östlichen Gebieten innerhalb der deutschen Reichsgrenze abgesehen hatte, beschäftigte der französische Ostmarkenverein sich ausschließlich mit den Franzosen jenseits der Staats-

grenze, in Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Lothringen, am intensivsten allerdings gerade mit jenem Gebiet, in dem der weitaus geringste Teil dieser Auslandfranzosen lebte, nämlich mit dem 1870 verlorenen Elsaß-Lothringen.

Wie sich Frankreichs weltpolitische Ziele gestaltete und wie Frankreich die Weltlage in der Vorkriegszeit auffaßte, habe ich im Februar 1914 in den »Grenzboten«[1]) in einem Aufsatz: »Weltpolitik, von Frankreich aus gesehen«, darzulegen versucht. Ich glaube diesen Artikel auch jetzt noch hier im wesentlichen zur Schilderung der damaligen französischen Auffassung wiedergeben zu können:

»Alle französische Machtpolitik hat eine doppelte Zielsetzung. Einmal herrscht, was den europäischen Kontinent anbetrifft, beständig das Bestreben, die Ostgrenze des Landes weiter östlich hinauszuschieben; zum zweiten aber, im Hinblick auf die gesamte alte Welt, das Bestreben, die Herrschaft auszuüben über das Mittelmeer und das weite Hinterland seiner nichteuropäischen Gestade.

In den Zeiten aktivster französischer Weltpolitik, das heißt unter Bonaparte, trat diese Doppelrichtung ganz besonders deutlich hervor. Die östliche Verschiebung der französischen Grenze ging ins Ungemessene, und die Mittelmeerpläne des Korsen waren so hochfliegend, daß er sich vorübergehend mit dem Gedanken getragen, sich zum Kaiser des Orients zu machen. Diese weitgreifende Mittelmeerpolitik war der eigentliche Ausgangspunkt der Napoleonischen Politik im ganzen. Daß er mit seinen ägyptischen Plänen auf einen so heftigen Widerstand Englands gestoßen, das machte ihn zum unerbittlichen Gegner des Inselreiches und führte ihn auf dem europäischen Festlande bis nach Moskau in der Absicht, ganz Europa zu zwingen, durch die restlos verwirklichte Kontinentalsperre Englands Kräfte lahmzulegen. Der Erfolg war gerade umgekehrt die Stabilisierung der britischen Seeherrschaft, während Napoleons Werk auf dem Kontinent so gut wie im Mittelmeer in Trümmer ging.

In der Gegenwart aber haben wir doch wieder reichliche Gelegenheit, Frankreich an der Arbeit zu sehen, um seine alten Machtpläne zu verwirklichen. In vollem Umfange freilich kann es auf Erfolg nicht mehr rechnen — seine Mittelmeermacht vermag es nur so weit auszudehnen, wie das englische Einvernehmen es ihm gestattet.

Im Jahre 1898 war es, als Frankreich sich mit voller Klarheit vor die Entscheidung gestellt sah, eins der beiden Endziele seiner Machtpolitik zugunsten des anderen aufzugeben. Es bestand die Möglichkeit: auf die Verschiebung der Ostgrenze endgültig zu verzichten und diesen Verzicht zu verbinden mit dem Versuch, den stärksten Nachbarn im Osten zu einer Beschäftigung der britischen Flotte zu veranlassen, die Frankreich freie Hand für die Fortführung der Mittelmeerpolitik hätte bieten können; oder aber die Ziele der Mittelmeerpolitik mußten zurückgesteckt werden, um England zur Beihilfe zu gewinnen, wenn Frankreich die weitere Verschiebung seiner Ostgrenze zu verfolgen nicht aufhören wollte. Das damalige

[1]) 75. Jahrgang, Heft 7.

Wiederaufflammen der traditionellen englisch-französischen Gegensätze knüpfte an den inzwischen durch englische Höflichkeit von der Landkarte verschwundenen Namen »Faschoda« an. Es gelang Frankreich nicht, den für eine kurze Zeitspanne erwogenen Plan durchzuführen, Deutschland als Sturmbock gegen England zu benutzen; es mußte der andere Weg gewählt werden, die Verständigung mit England gegen Deutschland und über die Mittelmeerpolitik.

Die durch ein volles Jahrhundert geträumten französischen Ägyptenträume, denen die Welt das große Kulturwerk des Suezkanals verdankt, waren endgültig ausgeträumt. Die afrikanische Nordküste sollte zwischen Frankreich und England geteilt werden dergestalt, daß England seine ägyptische Position nunmehr nicht im Gegensatz zu Frankreich, sondern mit französischem Einverständnis und dem Hintergedanken behaupten konnte, sie nach Ost und West und Süd noch weiter auszubauen, Frankreich dagegen zu Algier und Tunis auch noch Marokko mit Ausnahme des Gibraltar gegenüberliegenden Küstenstreifens und die Aussicht auf östliche Ausdehnung erhielt. Allerdings war es, um im Mittelmeer nicht weiter gestört zu werden, notwendig, auch die Einwilligung Italiens in die französischen Marokkopläne zu erkaufen durch das Zugeständnis freier Hand für Italien in Tripolis. Aber die hierüber getroffenen Vereinbarungen hinderten Frankreich und England nicht, sich im Hinterlande an die Anknabberung von Tripolis zu machen, wodurch Italien sich veranlaßt sah, viel zeitiger, als man es in Frankreich erwartet hatte, tatsächlich an die Einholung der französischerseits nur als Fata Morgana betrachteten Tripolisbeute zu gehen. England für seinen Teil verstand ja noch während der italienischen Aktion eine westliche Abrundung seiner Nordafrikastellung herbeizuführen.

Mit England ist Frankreich über die Mittelmeerfrage vorläufig nun so ziemlich im reinen, aber eben nur so ziemlich und nur vorläufig. Es ist ihm nicht gelungen, wie es vor kurzer Zeit vorübergehend gehofft, von England die Ausübung der vollen Polizeigewalt im Mittelmeer eingeräumt zu bekommen. Es ist ihm trotz theoretischer Zugeständnisse praktisch auch noch nicht gelungen, mit Englands Einwilligung dahin zu gelangen, daß die Flotte des verbündeten Rußland zur Unterstützung der französischen im Mittelmeer freien Durchgang durch die Dardanellen erhält. England hat seine maritime Mittelmeerposition nicht aufgegeben, sondern ist wieder dabei, sie weiter auszubauen. Auch im Hinblick auf Vorderasien sind die alten englisch-französischen Gegensätze nicht ganz geschwunden. Frankreich geht zwar nicht ohne englische Einwilligung seinen syrischen Plänen weiter nach, aber eine zu weite Abgrenzung der dort gesteckten Ziele würde auf britische Besorgnisse wegen der ägyptischen Ostflanke und der Verbindung zwischen Ägypten und Indien stoßen.

Jedenfalls bleibt das französische Mittelmeerprogramm auch nach endgültigem Verzicht auf Ägypten umfassend genug. Es erstreckt sich einerseits auf Teile Vorderasiens, auf die man einen alten Anspruch zu haben glaubt, anderseits auf das weiteste Hinterland der nordafrikanischen Westküste, auf die Abrundung des französischen Nordafrikareiches, womöglich bis zu den Kongoquellen. Frankreich wäre jederzeit gern am Werk,

nicht nur das trotz des deutsch-französischen Marokko-Kongo-Abkommens noch bestehende französische Vorkaufsrecht auf die belgische Kongokolonie auszuüben, sondern auch das europäische Mutterland dieser Kolonie als eine Art französischer Provinz zu behandeln, wenn nicht der mächtige Nachbar im Osten wäre, der in seiner Stärke Frankreich daran verhindert, die östlichen Ausbreitungstendenzen seiner europäischen Politik verfolgen zu können. Dieses Hindernis wird in Frankreich um so schwerer empfunden, als man der Einsicht ist, es nicht aus eigener Kraft beseitigen zu können. Man will afrikanische Hilfstruppen mit heranziehen — ein Grund mehr, auf die volle und unerschütterliche Seeherrschaft Frankreichs, wenigstens im westlichen Mittelmeer, bedacht zu sein — und man will fremde Hilfe im reichlichsten Maße gegen Deutschland zur Verfügung haben. Die französisch-englische Verständigung verfolgt ja eben den doppelten Zweck, im Mittelmeer für Frankreich freiere Hand zu erlangen, in der Nordsee und an der Nordwestgrenze Deutschland durch eine andere Macht bedrohen lassen zu können. Wesentlich entscheidend aber für die Möglichkeit, ohne Überanstrengung der eigenen französischen Kräfte mit Deutschland militärisch fertig werden zu können, ist der Grad der Bedrohung Deutschlands von seiner östlichen Grenze her. Auf diesen Punkt ist die französische Politik zurzeit in höchstem Grade eingestellt. Es wird alles darauf angelegt, Rußland militärisch möglichst stark, Österreich-Ungarn als Verbündeten Deutschlands möglichst schwach zu machen. Zu diesem letzteren Zweck sucht man einerseits die Balkanslawen zu benutzen, anderseits die Wühlarbeit in Galizien zu fördern.

Die Beurteilung der Lage mit Bezug auf die deutsche Ostgrenze war in Frankreich bis vor ganz kurzer Zeit folgende: Rußland wird mit seiner Mobilisierung so spät fertig werden, daß der weitaus überwiegende Teil der deutschen Landmacht mit voller Wucht auf Frankreich wird drücken können. Erst nach der in diesem Fall zu gewärtigenden Niederschmetterung des französischen Heeres könnte Deutschland dann in aller Ruhe die Säuberung seiner Ostgrenze vornehmen, darüber hinaus sich eines Teils von Russisch-Polen bemächtigen und am Ende gar Rußland noch weiter treffen, indem es dem gesamten Kleinrussentum zur Selbständigkeit verhilft und die 25—30 Millionen Ukrainer ein eigenes Staatswesen bilden läßt. Das ist ein Plan, den namentlich polnische Politiker und ihre französischen Freunde Deutschland seit langem zuschreiben, und aus dieser Idee erklärt sich auch der große Eifer, der augenblicklich polnischerseits entfaltet wird, um die völlig harmlosen Beziehungen zwischen dem Deutschen Ostmarkenverein und den galizischen Ruthenen — die sich lediglich auf die Heranziehung ruthenischer Wanderarbeiter nach Deutschland erstrecken — zu einem Hochverratsversuch umzuprägen.

Neben der bisherigen Langsamkeit des russischen Mobilmachungsverfahrens war es die Gefahr einer Revolution in Russisch-Polen im Kriegsfall, von der man eine ernste Schwächung des russischen Auftretens gegen Deutschland auf französischer Seite befürchtete. Die französische Politik hat sich seit Anbeginn der französisch-russischen Bündnisbeziehungen aus diesem Grunde angelegen sein lassen, auf eine wesentliche Besserung des

Verhältnisses zwischen Russen und Polen hinzuwirken. Insbesondere war es gelungen, den verstorbenen Ministerpräsidenten Stolypin diesem Plan dienstbar zu machen. Er hatte, wie durch das Organ seines Bruders ausgeplaudert worden ist, ein russisch-polnisches Übereinkommen ausgearbeitet, das nicht nur die russischen, sondern auch die galizischen Polen für Rußland gewinnen sollte. Die von Rußland aus mit den verschiedensten Mitteln betriebenen Wühlereien sind in letzter Zeit ja hinlänglich bekannt geworden. Man braucht nur an den galizischen Auswanderungsskandal zu denken und an die von Rußland aus unter den galizischen Ruthenen betriebene Agitation auf kirchlichem Gebiet. In dem für alle Korruption so zugänglichen galizischen Lande rollte der russische Rubel während der letzten Jahre in ausgedehntestem Maße.

Die von französischer Seite unternommenen Versuche, eine russisch-polnische Annäherung — sei es durch gutes Zureden, sei es durch Drohungen — zu erreichen, haben auch noch neuerdings wieder solche Formen angenommen, daß man sich in der russischen Presse schließlich dagegen verwahren und den französischen Freunden zu verstehen geben mußte, daß derartig grobkörnige Einmischungen von dritter Seite den Interessen der russischen Polen selbst auf die Dauer nicht dienlich sein könnten.

Dem Bestreben, durch Einwirkung auf die russisch-polnischen Beziehungen die Gefahr einer polnischen Revolution während eines europäischen Krieges zu bannen, ist das weitere Bestreben gefolgt, die russische Mobilmachung ganz wesentlich zu beschleunigen, um durch die Wucht eines so beschleunigten russischen Anpralls an der deutschen Ostgrenze die französische Ostgrenze entsprechend zu entlasten. Diese Aufgabe war es in erster Linie, die Herrn Delcassé für seine von Anfang an nur auf kurze Zeit berechnet gewesene diplomatische Mission in Petersburg zugedacht wurde. Er hat sie ohne Zweifel so glänzend gelöst, wie es angesichts der Verhältnisse in Rußland nur irgend denkbar war. Niemals war die diplomatische Intimität zwischen zwei selbständigen Staatswesen größer als die zwischen Frankreich und Rußland in Verfolg dieser Delcasséschen Arbeit. Man hat in der deutschen Öffentlichkeit diesen französischen Staatsmann unterschätzt, als er nach Faschoda die englisch-französische Annäherung herbeiführte, hat ihn unterschätzt, als Fürst Bülow ihn im Verlauf der Marokkosache vorübergehend, dem äußeren Schein nach, stürzen konnte, und hat ihn unterschätzt, als man sich über sein vermeintliches Petersburger Fiasko lustig machen zu dürfen meinte.

Wir haben erfahren, in welchem Umfange Frankreich dem Zarenreiche Mittel zur Erhöhung seiner militärischen Bereitschaft gen Westen und zur wesentlichen Beschleunigung seiner Mobilmachung zur Verfügung stellt. Rußland ließ sich um so leichter bereitfinden, gegen Deutschland bedrohlich aufzutreten, als es ein lebhaftes Interesse hatte, darauf bedacht zu sein, den westlichen Nachbar in Schach zu halten, damit er es nicht störe bei den geplanten Ausbreitungen der eigenen Westgrenze im Süden und im Norden, in seinem Vorgehen gegen die Türkei und in seinem Begehren nach freien Häfen an der skandinavischen Küste des Atlantik.

Durch das Einvernehmen mit England die französische Mittelmeerposition zu stützen, durch die Bedrohung von russischer Seite den östlichen Nachbarn zu schwächen in der Abwehr der französischen Tendenz zur Verschiebung seiner Ostgrenze — das sind die beiden Hauptabsichten, von denen die französische Machtpolitik sich gegenwärtig leiten läßt. Unter diesen Gesichtswinkeln erscheint heute die Alte Welt, von Frankreich aus gesehen.«

Reichlich 3 Millionen Personen französischer Muttersprache lebten in dem benachbarten, ethnographisch aus Franzosen und Vlamen gemischten staatlichen Kunstgebilde Belgien, einem Lande, das abgesehen von der Seeküste, nach keiner Richtung hin über natürliche Grenzen verfügte, sondern überall ethnographisch sowohl wie wirtschaftlich mit den Nachbargebieten eng zusammenhing. Sowohl seine Lage zum Weltmeer, wie der internationale Zusammenhang, der durch die belgisches Gebiet durchfließenden natürlichen Binnenwasserstraßen geschaffen war, machten Belgien in hervorragendem Maße zu einem Durchgangsland des internationalen Handels, der neben den Naturschätzen an Kohle und Erzen dem Lande zu wirtschaftlichen Reichtümern verhalf, die es ihm gestatteten, eine recht erhebliche Rolle auf dem Markte der internationalen Industriefinanz zu spielen. Die Gunst der Verkehrslage verschaffte dem kleinen Belgien einen Welthandelsanteil, der in Höhe von 6—7% neben jenem der Niederlande im gesamten Welthandel den etwa 9% Frankreichs am nächsten stand. Stärkster Anteiler des belgischen Durchfuhrhandels war das deutsche Hinterland, hinter dem in einigem Abstand erst an zweiter Stelle der französische Nachbar folgte.

Obwohl die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland enger waren als diejenigen zwischen Belgien und Frankreich und obwohl der größere Teil der Bevölkerung Belgiens (7½ Millionen auf 29 000 qkm) den Deutschen, nur der kleinere Teil den Franzosen stammverwandt war, fühlte sich Belgien doch in seinen leitenden Schichten als lateinische Schwester Frankreichs, das seinerseits die sprachlichen und kulturellen Beziehungen auf das emsigste pflegte, während es deutscherseits unterlassen worden war, in irgendwie entsprechender Weise Kulturpropaganda unter dem stammverwandten Vlamentum zu treiben.

Bei der Aufteilung Afrikas hatte der geschäftsgewandte König Leopold aus der Eifersucht der Großmächte Vorteil zu ziehen gewußt, indem er als Sieger im diplomatischen Ringen um das große Kongobecken hervorging. Der von ihm seinem Lande hinterlassene Kongostaat umfaßte mitten im Herzen des Erdteils, kreuz und quer durchzogen durch dessen größtes Stromsystem, gegen 2,4 Millionen qkm mit 15—20 Millionen Einwohnern, reiche Schätze an Kautschuk, Elfenbein, Kupfer, Gold, Palmöl usw. Die Art der wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Kongostaates war Jahrzehnte hindurch von England zum Gegenstand schärfster moralischer Angriffe gemacht worden. Derartige sittliche Entrüstungen Englands über Methoden der Kolonialpolitik — auf einem Gebiet, auf dem England selbst reichlich und überreichlich gesündigt hat — lassen freilich in der Regel auf nichts anderes schließen, als auf eigenen kolonialen Appetit der

Briten. Die lauten Anklagen verstummten erst zu einer Zeit, da England sich entschlossen hatte, Belgien selbst nach bestimmter Richtung hin als Vorspann zu benutzen. Damals wußten die Briten Deutschland die Möglichkeit einer Anwartschaft auf Kongobesitz vorzuspiegeln, nicht etwa um in der Tat Deutschland zur Abrundung eines mittelafrikanischen Kolonialreichs behilflich zu sein, sondern um vielmehr Belgien vor deutschen Kongogelüsten zu warnen und in Belgien eine antideutsche Stimmung zu schüren.

In ähnlicher Lage wie Belgien als ein kleines Stammland mit großem Kolonialbesitz befand sich Portugal, das mehr noch als Belgien in Abhängigkeit von der britischen Politik geraten war. Belgien war als neue Kolonialmacht aktiv, Portugal in uraltem Besitz durchaus passiv, von der Gnade des englischen Nachbarn in seinem Kolonialbesitz noch fortvegetierend, ohne ihn eigentlich kolonisatorisch zu nutzen, in der bevorzugten Verkehrslage des kleinen Mutterlandes ein durch starke Rassenmischung degeneriertes, klimatisch verweichlichtes Volk. Seinen größeren iberischen Nachbarn, der sich in altem Rassestolz erhalten hat, können wir hier außer Betracht lassen, da er nicht zu den Teilhabern des Weltkriegs gehört hat, sein Gesicht vor dem Kriege also kein anderes war als das später zu betrachtende der heutigen Zeit.

Brennender romanischer Ehrgeiz beseelte gleich Frankreich auch die soviel jüngere lateinische Großmacht Italien. Teils durch französische, teils durch deutsche Hilfe trotz einer Kette eigener Niederlagen aus jahrhundertelanger Zerrissenheit herausgetreten zu nationaler Einigung, bildete Italien seit 1870 ein Land nahezu vollkommener Zusammenfassung der ethnographisch zusammengehörenden Glieder in vorzüglicher Grenzlage, die zum größeren Teil durch das Meer, zum kleineren durch die Alpen bestimmt war. Freilich eignete den Küsten Italiens nicht jene Gunst der Entwicklung, wie denen Frankreichs, und eine weit geringere Zahl für den Weltverkehr brauchbarer Häfen; dafür aber konnten die italienischen Häfen am nördlichen Mittelmeerland nicht nur auf das italienische Hinterland blicken, sondern in bezug auf ihre Verkehrsversorgung weit zurückgreifen auf mitteleuropäisches Gebiet.

Das politisch geeinte Italien, das nur noch eine beschränkte Zahl von staatlich außenstehenden Stammesangehörigen westlich und östlich seiner Landesgrenzen sah (Nizza, Trentino), war bei und nach der Einigung wirtschaftlich und sozial noch in hohem Grade rückständig. Seine wirtschaftliche Armut war zum Teil bedingt durch den Mangel an Kohle und Eisen, zum Teil durch die Unfruchtbarkeit seiner Gebirgszüge und die wirtschaftliche Unzulänglichkeit der Malariasumpfgebiete, daneben psychologisch durch das die Arbeitslust beeinträchtigende Klima und sozial durch die sehr ungünstige Bodenverteilung, übergroße Latifundien im Süden, übergroße Besitzzersplitterung im Norden. Diese Verhältnisse führten dazu, daß Italien Jahr für Jahr eine gewaltige Auswanderung zu verzeichnen hatte, die aber doch wiederum zu einer Quelle italienischen Reichtums wurde, da die außerordentlich genügsamen und sparsamen italienischen Wanderarbeiter den größten Teil ihrer Einkünfte in die Heimat zurückbrachten.

Die glänzende Verkehrslage Italiens als quer durch das Mittelmeer sich hinziehender Riesenkai kam in der Neuzeit zwar nicht in dem Maße zur Geltung wie in jenen Perioden, da das Mittelmeer bezüglich seiner Weltverkehrsbedeutung noch nicht durch den Atlantischen Ozean abgelöst war, hatte aber doch immerhin nach den früheren Perioden der Mittelmeerherrschaft einst Roms, dann Genuas und Venedigs große neue Chancen gewonnen, seitdem der Suezkanal die Vermittlung des Verkehrs zwischen Europa und dem Indischen wie dem Pazifischen Ozean aufgenommen. Diesem Weg folgend, betätigte sich das neue Italien zunächst auch auf kolonialpolitischem Gebiet, indem es an der Westküste des Roten Meeres, teils freilich mit mäßigem Erfolg, teils mit ausgesprochenem Mißerfolg, Niederlassungsversuche unternahm. Den von der Natur am deutlichsten vorgezeichneten Weg nach der gegenüberliegenden Mittelmeerküste, vor allen Dingen über die Sizilianische Brücke hinüber nach Tunis, versäumte Italien rechtzeitig zu beschreiten, obwohl das befreundete Deutschland ihm deutliche Winke nach jener Richtung gegeben hatte. Als schließlich die Franzosen Italien in Tunis zuvorkamen, entstand hieraus eine die europäische Politik für längere Zeit stark beeinflussende Verstimmung Italiens gegen Frankreich, die Bismarck die Möglichkeit zur Schaffung des Dreibundes trotz der alten und geschichtlich genugsam erklärten italienisch-österreichischen Gegensätze gab. Erst ein halbes Jahrhundert nach der Einigung Italiens griff es an dem verbliebenen, seinem Werte nach vergleichsweise nur wenig lockenden Rest der gegenüberliegenden Küste in Tripolis zu, diesmal gestützt auf ein Einvernehmen mit England und Frankreich, aber in mittelbarem Gegensatz zu Deutschland, dessen protektionistische Beziehungen zu der Türkei eine weitere Verkümmerung des Machtbereichs der mohammedanischen Freunde nur unwillkommen erscheinen liessen.

Mehr als die kolonialpolitischen Ziele interessierte Italien in Anknüpfung an alte Vergangenheit die Ausdehnung von Handel und Einfluß in Richtung auf die Levante, zu deren Stützung und Sicherung man eine italienische Umrundung des Adriatischen Meeres (»Mare nostro«) erstrebte, was wieder und wieder die Beziehungen zu dem offiziell verbündeten Österreich ernstlich beeinträchtigte.

Räumlich umfaßte Italien vor dem Kriege gegen 287 000 qkm mit 35 Millionen Einwohnern. Die jährliche Auswanderung belief sich auf 5 bis über 700 000 Köpfe. Im Jahre 1912 wurden beispielsweise über 400 000 überseeische Auswanderer und über 300 000 Auswanderer nach europäischen Ländern und Randgebieten des Mittelmeeres verzeichnet. Von den Auswanderern kehrten im Jahresdurchschnitt 150 000—300 000 wieder nach Italien zurück. Auch der Rest vermehrte das italienische Volksvermögen, indem er seine Ersparnisse in der Heimat anlegte. An überseeischen Besitzungen besaß Italien annähernd 1 ½ Millionen qkm mit 1,6 Millionen Einwohnern, davon entfielen an Umfang wie an Bewohnern zwei Drittel auf die jüngste Kolonie Lybien, der Rest auf die westafrikanischen Besitzungen.

4. Das ostasiatische Inselreich.

Inselreiche haben kraft ihrer geographischen Lage zwei durchaus gegensätzlich gerichtete Möglichkeiten des Verhaltens zur Außenwelt: einmal die Möglichkeit unbegrenzter Ausstrahlung über die Meere, zum andern die Möglichkeit eines völligen Einkapselns gleich einer geschlossenen Muschel im weiten Ozean. Diese zweite Möglichkeit hat Japan klug genutzt zu der Zeit, da die Entdecker- und Erobererfahrten von Europa aus alle Ozeane durchzogen und an allen Küsten mit Koloniegründungen vorgingen. Japan hat sich damals und in der Folgezeit vor fremden Eindringlingen hermetisch verschlossen und es tatsächlich verstanden, lange sein insulares Sonderdasein zu führen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren es, die schließlich um die Mitte des 19. Jahrhunderts den Bann gebrochen und für den weißen Mann den Zugang zum japanischen Markt erzwangen. Seit diesem ersten Anfang des Hereinbeziehens Japans in das allgemeine Weltwirtschaftsgetriebe besteht also ein amerikanisch-japanischer Gegensatz, der sich in der weiteren Entwicklung aus mancherlei Gründen stärker herausgebildet und zugespitzt hat.

Japan war in seinem nationalen Selbständigkeitsgefühl gedemütigt durch die Verträge, die ihm von seiten der weißen Mächte zunächst aufgezwungen wurden. Es sah keinen gangbareren Weg zur vollen Wiederherstellung seiner Selbständigkeit, als die äußere Anpassung an europäische Formen, die Übernahme europäischer Technik, Handelsgebräuche und diplomatischer Gepflogenheiten. Mit kühnem Ruck stellte es sich entschlossen von der einmal durchbrochenen Einkapselung auf die andere Möglichkeit seiner insularen Lage um, die überseeische Ausstrahlung. Indem es sich nun ganz den Fremden öffnete, gewann es seine vollen Souveränitätsrechte zurück und begann unverzüglich den Übergang zu einer Expansionspolitik, wie sie ihm durch die Mangelhaftigkeit der eigenen wirtschaftlichen Hilfsmittel vorgeschrieben war.

Hinsichtlich seiner geographischen Lage als dem Festland vorgelagertes Inselgebiet England ähnelnd, war Japan in bezug auf die Armut an Naturschätzen Italien verwandt. Hier wie dort unterbinden die Gebirge die landwirtschaftlichen Möglichkeiten, hier wie dort gebricht es auch an wichtigen Rohstoffen der Industrie. Relative Übervölkerung, Auswanderung, internationale Sachsengängerei waren in beiden Ländern die natürliche Folge.

Was die Richtungen des japanischen Ausbreitungsdranges anbetrifft, so lassen sich in der politischen Führung dieses Landes zwei Parteien unterscheiden, die von entgegengesetzten Grundsätzen bezüglich der Expansionsziele ausgehen: Die eine Gruppe strebt nach der gegenüberliegenden Festlandküste, was seine wirtschaftliche Begründung in deren Reichtum an den Japan fehlenden industriellen Rohstoffen findet; die andere will, dem insularen Charakter des Mutterlandes treubleibend, lediglich eine insulare Expansion Japans betrieben sehen. Sie hat als Argumente für sich die Tatsache, daß in der pazifischen Inselwelt der

Japaner die ihm gewohnten Lebensbedingungen vorfindet, und daß die dem Reiche anzugliedernden Inseln den natürlichen Schutz des Meeres genießen, wohingegen bei der Festlandskolonisation schwerer zu schützende Landgrenzen entstehen.

Die ersten politischen Früchte der seit 1894 von dem modernisierten Japan geführten Kriege waren Inseln und verhältnismäßig leicht zu sichernde Halbinseln. Doch hat Japan sich darüber hinaus auch rein festländisch in der Mandschurei festgesetzt und verfolgte weiterhin das Ziel einer vollständigen Umrundung nicht nur des Japanischen Meeres, sondern auch einer weitgehenden Ausdehnung am Gelben Meer und einer Festsetzung an der Formosa gegenüberliegenden chinesischen Küste. Darüber hinaus war es darauf bedacht, seiner Auswanderung die Aufnahme auch in den Ländern des weißen Mannes an entfernten Küsten des Stillen Ozeans zu sichern, was zu mancherlei Konflikten sowohl mit den Vereinigten Staaten wie mit Australien führte. Endlich ging sein Streben auf die politische und wirtschaftliche Führung der gesamten gelben Welt Asiens.

Erst 1854 seiner Einkapselung entrissen, konnte es bereits 50 Jahre später einer der größten Weltmächte militärisch mit dem Erfolge gegenübertreten, daß es seinen Rang als anerkannte Großmacht sicherstellte. Das eigentliche Japan umfaßte vor dem Kriege 382 000 qkm mit 53 Millionen Einwohnern. Sein Kolonialbesitz belief sich auf 291 000 qkm mit 19 Millionen Einwohnern. Davon entfielen 218 000 qkm mit 15 Millionen Einwohnern auf Korea, 36 000 qkm mit 3½ Millionen Einwohnern auf Formosa, 34 000 qkm mit kaum 43 000 Einwohnern auf die nördliche Hälfte von Sachalin, einige 3000 qkm mit 500 000 Einwohnern auf Kwantung. Der Welthandelsanteil Japans blieb hinter dem der anderen Großmächte mit 1,4% weit zurück.

Daß der japanische Ausbreitungsdrang auf insularem Gebiet bis in den Indischen Ozean hinüberneigt, dafür zeugte kurze Zeit vor dem Kriege eine sehr unverblümte Äußerung eines Japaners in einem führenden russischen Organ. Nach dem Hinweis darauf, daß die japanischen Handelsumsätze mit Niederländisch-Indien von 125 000 Frs. im Jahre 1899 auf über 5 Millionen im Jahre 1908 in der Ausfuhr und von 4 Millionen gar auf 60 Millionen in der Einfuhr gestiegen sind, ließ sich die in der »Nowoje Wremja« wiedergegebene japanische Stimme also vernehmen:

»Wie kommen die Japaner dazu, den Holländern jährlich 40 Millionen allein für Zucker zu bezahlen, da sie doch einfach jene Kolonie expropriieren könnten mitsamt dem Zucker und allem übrigen? Der Japaner hält es für widernatürlich, daß ein nichtiger europäischer Staat in Asien ein Reich von 38 Millionen Einwohnern besitzen solle, in das er während dreier Jahrhunderte nur 70 000 Einwanderer habe liefern können, während Japan während eines Jahrzehnts allein nach Formosa 110 000 Menschen entsandte. Daraus gebe sich zur Genüge, daß den Japanern ein größeres Anrecht auf Kolonien in Asien zustehe als europäischen Miniaturstaaten.«

Ähnlich hat sich ein Japaner von hohem Ruf in nicht mißzuverstehender Weise über die japanischen Ansprüche im Stillen Ozean im

letzten Vorkriegsjahrgang des unserem »Nautikus« entsprechenden Jahrbuchs des japanischen Flottenvereins ausgesprochen.

Neben den insularen Ausbreitungswünschen Japans lagen die Tendenzen des ostasiatischen Inselreiches, auch auf dem Festlande nach Fußfassung in Korea seine Macht auszubreiten und abzurunden, nach der Geschichte der letzten Jahre so klar zutage, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. Hier berührten sich die japanischen Kreise mit den russischen und den chinesischen Kreisen, wogegen sie im Stillen Ozean und seinen Nachbargebieten sich mit den britisch-australischen, den niederländischen, auch den deutschen, insbesondere aber den nordamerikanischen, schnitten. Denn auch die Ausbreitungstendenz der nordamerikanischen Union ging ja, wie wir gesehen, bis an die westlichen Gestade des großen Weltmeeres. Die wichtigsten Stützpunkte des transpazifischen Verkehrs hatte das Sternenbanner unter seinen Schutz zu bringen gewußt, und die Pflege dieses Verkehrs ließen die Vereinigten Staaten sich auf das sorgsamste angelegen sein.

5. Raumbedarf und Reibungsflächen.

Fassen wir rückschauend kurz zusammen, was die vorstehenden Abschnitte uns hinsichtlich des Raumbedarfs der politisch aktiven Mächte vor Kriegsausbruch erkennen lehrten, so werden wir allgemein festzustellen haben, daß zwischen physiologischem Raumbedarf und psychologischem Machthunger zu scheiden ist, daß sachliche und seelische Beweggründe die Entstehung von Ausbreitungsdrang zeitigten.

Sachlich begründeter Raumbedarf waltete vor allen Dingen ob auf seiten Deutschlands, das Millionen seiner Bewohner nur von fremdem Boden ernähren, nur durch die Verarbeitung fremder Rohstoffe beschäftigen, nur durch Absatz auf fremden Märkten bezahlt machen konnte. Sachlich begründet war daneben noch der Raumbedarf Italiens mit seiner großen Auswanderung bzw. internationalen Sachsengängerei, seinem Kohlenmangel und seiner unzulänglichen Nahrungsmittelversorgung. Gleichfalls durch Übervölkerung im Vergleich zur Leistungsfähigkeit des eigenen Bodens sachlich erklärt war drittens der Landhunger des japanischen Inselreichs. Dagegen standen den Vereinigten Staaten und Weltbritannien, Rußland und Frankreich in völlig ausreichendem Maße eigene Bodenschätze zur Verfügung, um diese Länder sachlich »saturiert« erscheinen zu lassen. Hier waren rein politisch-psychologische Beweggründe vorherrschende Triebkräfte des Land- und Machthungers.

Gewiß konnten auch hier schließlich überall wirtschaftsgeographische Gründe ins Feld geführt werden — aber sie allein konnten in diesen Fällen rein objektiv sicherlich nicht als zwingend angesehen werden. Blickten die Vereinigten Staaten beispielsweise auf das mexikanische Erdöl, so erscheint das zwar als ein wirtschaftlich erklärter Raumbedarf; tatsächlich aber besaß ja die Union selbst übergenug Petroleumquellen und trachtete darüber hinaus lediglich nach Festigung eines Petroleummonopols, nicht aus innerlich begründeter Lebensnotwendigkeit, sondern aus Gewinnsucht.

Besser motiviert erschien allenfalls aus verkehrsgeographischen Gründen das Streben nach Machtausbreitung bis über den Panamakanal hinaus. Ebenso bedurfte Großbritannien im Besitz seiner so großen und reichen Kolonien keines neuen Bodens zum Leben, hegte aber gleichwohl aus verkehrsgeographischen Gründen und solchen der Machtsicherung ein emsiges Streben nach neuen Raumgewinnen zwecks Verbindung zwischen seinen süd- und nordostafrikanischen und südasiatischen Besitzungen. Verkehrsgeographisch erklären sich auch die Ausbreitungsbedürfnisse Rußlands in Richtung auf eisfreie Seezugänge. Am ausgeprägtesten nur psychologisch, rein machthungrig, prestigebedürftig aber erschien schließlich der Ausbreitungsdrang Frankreichs, dem kaum irgendwelcher innere, sachlich begründete Raumbedarf zugrunde lag. Frankreich hatte kein Bevölkerungswachstum, keine Auswanderung, wohl aber neben eigenem Bodenreichtum ein sehr beträchtliches Maß von Kolonialbesitz, zu dessen Erschließung es wohl die finanziellen, kaum aber die physischen Mittel besaß.

Sehen wir nach alledem den geographisch am tiefsten begründeten Raumbedarf in der Vorkriegszeit zweifellos auf deutscher Seite obwalten, so erhebt sich von selbst die Frage nach den Möglichkeiten einer Befriedigung dieses Raumbedarfs. Schließlich gab es doch nur drei Lösungen: Entweder Deutschland mußte, sei es 1. mit Gewalt, sei es 2. durch friedliche Verträge zur Stillung dieses Bedarfs gelangen, oder 3. seine Wettbewerber mußten ihm jede physische Möglichkeit der Ausbreitung nehmen und Deutschland aus einem Subjekt der Weltpolitik in ihr Objekt umwandeln.

Der erste Weg konnte bei der fortgeschrittenen Aufteilung der Welt einschließlich des in dieser Beziehung jüngsten Erdteils — Afrika — mit Aussicht auf Erfolg nur dann beschritten werden, wenn Deutschland gefährliche Rivalen nach anderer Seite hin festzulegen wußte. Man hätte sich, um ein bestimmtes Beispiel zu konstruieren, wohl denken können, daß eine gewiegte deutsche Diplomatie im Bunde mit Rußland durch dieses letzteren Vorgehen gegen Indien England derartig zu engagieren vermocht haben würde, daß Deutschland seinerseits ohne die Gefahr englischen Dazwischentretens einen der fast stets vorliegenden Kriegsanlässe gegen Frankreich hätte benutzen können, um den westlichen Nachbarn unschädlich zu machen und sich als Kolonialmacht an dessen Stelle zu setzen. (Als Bismarck die deutsche Kolonialpolitik in Afrika inszenierte, lähmte er tatsächlich den britischen Widerstand durch das Angebot einer Anleihe an Rußland für indische Unternehmungen). Auf dem Vertragswege war eine Ausweitung des deutschen Kolonialbesitzes seinerzeit in Aussicht genommen, als Deutschland mit England den Delagoavertrag über die portugiesischen Kolonien schloß, den England dann aber nie spruchreif werden ließ. Das Schicksal beschied uns die dritte, die negative Lösung.

Unsere Aufgabe, die geographischen Grundlagen des weltgeschichtlichen Tatbestandes in der Vorkriegsepoche zu umreißen, fordert schließlich, wie in der Einführung angedeutet, eine zusammenfassende, sachliche Darlegung der weltpolitischen Reibungsflächen, die sich damals aus der Nichterfüllung politisch-geographischer Gesetze ergaben. An-

schließend wird sodann in den folgenden Abschnitten klarzustellen sein, wie sich die psychologische Bewertung dieser verschiedenen Reibungsflächen entwickelte, wie es kam, daß einerseits sachlich unbezweifelbare weltpolitische Gegensätze dieser Art weit in den Hintergrund traten, anderseits ganz bestimmte Gruppen von Reibungsflächen eine derartige Bedeutung erlangten, daß sie zu Brandherden wurden, an denen sich ein Weltbrand von so furchtbarem Ausmaß entzünden konnte.

Als politisch-geographische Unstimmigkeit wurde die Teilung der Herrschaft über eine Anzahl mitteleuropäischer Ströme bereits kurz gestreift. Im Staatenbild von 1914 sehen wir hier die Maas durch Frankreich, Belgien und die Niederlande strömen; den Rhein durch die Schweiz, Deutschland und die Niederlande; die Elbe durch Österreich und Deutschland; die Weichsel durch Österreich, Deutschland und Rußland; die Donau durch Deutschland, Österreich-Ungarn, weiterhin einen Teil der serbischen und bulgarischen Grenze bildend, und schließlich in rumänischem Gebiete mündend.

Nur geographisches und weltpolitisches Unverständnis vermöchten sich der Einsicht zu entziehen, daß diese verkehrsgeographische Gemengelage nicht ohne politische Folgen sein kann, die allerdings mit Bezug auf die einzelnen Stromgebiete sehr verschiedener Art sind. Daß Frankreich keine platonische Liebe für Belgien hegt, sondern es eher zum Fressen gern hat, darf wohl am Rande bemerkt sein. Begreiflich war es zweifellos auch, wenn man im Ausland, und zwar ganz besonders in England, Deutschland die Absicht unterschob, die Niederlande zu verschlucken, denen die Rheinmündung politisch angehört. Man sagt nicht zuviel, wenn man es als einen Glaubenssatz der Briten bezeichnet, daß Deutschland diesem Ziel nachginge. In Deutschland selbst aber begnügte man sich mit Bestrebungen, die dahin gingen, dem Rhein eine deutsche Mündung nicht durch Annexion, sondern durch höchst friedliche Kanalbauten zu schaffen.

Was die Elbe und die Donau anbetrifft, deren Schiffahrtswege zunächst in die gemeinsamen Interessensphären von Deutschland und Österreich fallen, so war hier vollends von politischen Gelüsten, wie sie so leicht aus derartigen geographischen Verhältnissen erwachsen können, nicht im mindesten die Rede. Nicht darum handelte es sich für die beteiligten Staaten, etwa den ganzen Elbestrom deutsch, die ganze Donau österreichisch zu machen, sondern die verkehrsgeographischen Gemeinschaftsinteressen trugen hier lediglich dazu bei, das politische Bündnisverhältnis zwischen den beiden Kaiserstaaten wirtschaftlich zu fundieren.

Eine ganz besondere Rolle endlich spielte die Weichsel, deren Gebiet unverkennbar durch die politischen Trennungen volkswirtschaftlich litt. Die westpreußischen Weichselstädte hätten sich wirtschaftlich einer weit günstigeren Lage zu erfreuen gehabt, wenn der Mittellauf des Weichselflusses von ihnen nicht durch hohe politische und womöglich noch höhere handelspolitische Schranken getrennt gewesen wäre. Hier lag der verzwickteste und im Hinblick auf die Nationalitätenfrage am schwierigsten zu lösende Ausnahmsfall der mitteleuropäischen Verkehrsgeographie vor.

Die Zusammenhänge der Polenfrage mit den europäischen Problemen aller Art gewannen ein noch ernsteres Gesicht, wenn man sich diese Sachlage vor Augen hielt. Nur dem festen Willen Deutschlands, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, war es zuzuschreiben, daß diese politische und zugleich scharf durchgeführte wirtschaftliche Trennung der einzelnen Teile eines in deutschem Gebiet mündenden Stromes nicht schon lange zu ernsten Mißhelligkeiten geführt hatte. Aus strategischen Gründen hat Rußland seinen großen Weichselanteil verkehrstechnisch und verkehrspolitisch systematisch derart vernachlässigt, daß auch Deutschland seinerseits nicht zur rechten Nutzbarmachung des Weichselunterlaufs kommen konnte. Die großen Stromregulierungsarbeiten auf deutschem Gebiet konnten vollen Erfolg nur dann haben, wenn auch der russische Mittellauf entsprechende Pflege der Wasserbautechnik erfuhr, die ihm jedoch grundsätzlich versagt wurde, um in dem endlos breiten Überschwemmungsgebiet der mittleren Weichsel ein möglichst großes Hindernis für ein Vordringen deutscher Heere im Kriegsfalle zu behalten.

Europa ist das Land der engsten politischen Räume und der engstmaschigen Verkehrsverbindungen. Betrachtet man hier nicht nur die natürlichen Binnenwasserstraßen, sondern auch die hier ganz besonders zahlreichen künstlichen Verbindungsglieder, so sieht man vor sich ein Wasserstraßennetz, das ganz Mittel- und Westeuropa zu einer Verkehrseinheit zusammenzuschließen scheint. Hält man sich aber lediglich an die großen Stromgebiete, so wird man die Beobachtung machen, daß das im Herzen Kultureuropas gelegene Deutsche Reich sich in der eigenartigen Lage befindet, teilzuhaben an all jenen Strömen, deren Gebiet nicht unter einheitlicher politischer Herrschaft zusammengefaßt ist. Von den großen deutschen Strömen war eigentlich nur die Weser wirklich ganz deutsch. Elbe, Memel und Oder hatten — wenn letztere auch nur zum sehr geringen Bruchteil nicht deutsch — zwei, Rhein und Weichsel drei Herren. Der in ausgeprägtestem Maße internationale Strom Mitteleuropas aber war die Donau mit den Anliegern: Deutschland, Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien und Bulgarien, mit deren noch über diese Zahl damaliger Staatsvölker hinausgehenden Nationalitätenmischung in ihrem Bannkreis.

An das untere Donaugebiet schließt sich unmittelbar an jene südliche Fortsetzung des ethnographischen Mischbezirks, die zu den gefährlichsten Wetterwinkeln Europas zu zählen ist. Sie wird wiederum gegen Asien abgegrenzt durch die indirekte Donaumündung ins Mittelmeer, jene Meerengen, die ihrerseits wiederum den Mittelpunkt des weit über Vorderasien sich erstreckenden Hauptgebiets internationaler Reibungsflächen bilden.

Man wird auf der Weltkarte keine zweite Linie finden, auf der so viel widerstreitende Interessen der Mächte einander kreuzen wie auf der Linie Belgrad—Bagdad (s. Tafel I). Über diese Linie führt der große Weg von Mitteleuropa nach Vorderasien und den Gebieten des Indischen Ozeans, der Weg Rußlands ans Mittelmeer, der Weg von Asien nach Afrika. Die Lande zwischen Belgrad und Bagdad sind eine alte Völkerbrücke, die viele Wanderungen und viele Kämpfe gesehen hat. Unter all den vielen politischen Reibungsflächen, die bald hier, bald da zwischen den einzelnen

Staaten zutage treten, hat wohl keine zweite eine so dauernde und allgemeine Bedeutung, wie diese Schnittfläche dreier Welten zwischen der unteren Donau und dem Persischen Meer, die demgemäß wohl Anspruch haben kann auf die Bezeichnung als die weltpolitische Schnittfläche schlechthin.

Hier schneiden sich die Wege von Mitteleuropa nach Südasien, von Ost- nach Westeuropa, von Asien nach Afrika. Die Linie Bosporus—Basra oder Belgrad—Bagdad bezeichnet daher die Achse eines Schauplatzes nie endenden weltpolitischen Ringens, steter Rivalitäten und Kräfteverschiebungen.

Über die oben bezeichnete Achse selbst führt der Weg von Mitteleuropa nach dem Indischen Ozean. Die Bedeutung dieses Weges erhellt aus der Tatsache, daß die Länder des Indischen und des Stillen Ozeans, zu denen dieser nächste Weg führt, am Welthandel mit rd. 20 Milliarden M. beteiligt sind. Nun wird ja freilich der Warenhandel niemals den teuren Weg über die Bagdadbahn benutzen, wenigstens nicht für Stapelartikel; aber die schnellste Strecke für den Post- und Personenverkehr ist doch unter allen Umständen wirtschaftlich und politisch, unter Umständen auch militärisch von gewaltiger Bedeutung. Deutschland allein war vor dem Kriege an dem 20 Milliarden-Handel der Randländer des Indischen Ozeans und des Westpazifik mit mehr als 2 Milliarden beteiligt, d. i. 10 v. H. seines Gesamthandels. Es besaß zudem politische Interessen unmittelbarer Art durch seinen Kolonialbesitz in Ostafrika, der Südsee und Ostasien.

Die Belgrad—Bagdad-Achse wird geschnitten durch den Weg Rußlands zum Mittelmeer und durch die Verbindung zwischen Ägypten und Indien. Das Streben Rußlands nach dem freien Ausgang zum Mittelmeer findet eine natürliche Begründung in den starken Wirtschaftsinteressen Südrußlands. Das britische Streben nach einer Verbindung zwischen Ägypten und Indien stammt erst aus neuerer Zeit und ist rein politischer Natur. Es entstammt in der Hauptsache dem Wunsche der englischen Weltmacht, ausnahmslos alle Wege nach Indien ihrer Bewachung zu unterstellen.

Ständige Strömungen des Völker- und Warenverkehrs, kulturelle, politische und wirtschaftliche Strömungen ergaben sich am Bosporus mit Notwendigkeit

1. zwischen Asien und Europa,
2. zwischen Schwarzmeergebiet und Mittelmeergebiet.

Da der kulturelle Aufbau der verschiedenen Gebiete, deren Verkehrsausstrahlungen hier zu einem Bündel zusammengefaßt werden, durchaus verschiedenartig ist und nach den geographischen Grundbedingungen verschiedenartig sein muß, so ergeben sich mit gleicher Notwendigkeit unausbleibliche Folgen mannigfacher Art:

1. Eine hohe politische, kulturelle und wirtschaftliche Verkehrsbedeutung dieses Knotenpunktes.
2. Eine entsprechend lebhafte äußere Umwerbung.
3. Ein starkes inneres Durcheinanderströmen der Geistesrichtungen.

Welche geschichtlichen Erscheinungen werden sich auf solcher verkehrsgeographischen Grundlage abspielen?

Einmal ist offenbar, daß die Natur die Stelle, auf der sich die heutige Dreistadt Stambul-Pera-Skutari erhebt, vorausbestimmt hat zum Träger einer »ewigen Stadt« im tiefsten Wortsinne. Mögen Feuersbrunst und Erdbeben, Raub und Plünderung die Herrin des Bosporus heute zerstören — sie wird morgen aus Asche und Trümmern neu erstehen. Mag die geschichtliche Herrschaftsform wechseln — sie wird ein Herrscherplatz bleiben.

Zum zweiten liegt auf der Hand, daß ein Platz von so bevorzugter Lage und »ewiger« Bedeutung stets die Macht- und Habgier reizen wird, daß bald von dieser, bald von jener Seite Versuche erfolgen werden, sich in den Besitz dieses Platzes zu setzen. Wer den Schlüssel dieses Verkehrspunktes in der Hand hält, dem ist entweder eine gewaltige Machtfülle verliehen — oder aber die Gefahr ständiger Bedrängung aufgeladen.

Drittens muß das innere Durcheinanderströmen europäischer und asiatischer Geistesrichtungen, westlicher und östlicher Kulturen den Nährboden schaffen für innere Unruhen und Streitigkeiten, für ständige Reibungen einander fremder und weit auseinanderstrebender Tendenzen.

Soweit die theoretische Betrachtung der vermutlichen Folgen einer so sonderartigen verkehrsgeographischen Lage für die geschichtliche Entwicklung. Was sagt nun hierzu die tatsächliche Geschichte von mehr als zweieinhalb Jahrtausenden?

In kurzen Hauptzügen zunächst:

Zweimal war das heutige Konstantinopel Hauptstadt weltreichartiger Gebilde, die sich über weite Teile dreier Erdteile ausbreiteten: Als Byzanz unter oströmischer Herrschaft, als Stambul unter türkischer Sultansherrschaft.

Wieder und wieder wurde die Herrschaft Konstantinopels von Nord und Süd, von Ost und West bedrängt. Die günstige, verhältnismäßig gesicherte Lage zu den Seezugängen hatte zur Folge, daß diese Bedrängungen weit häufiger zu Lande als zu Wasser stattfanden. Während feindliche Flotten kaum je etwas gegen Konstantinopel vermochten, ist die Stadt zu Lande mehr als zwei Dutzend mal belagert und achtmal erobert worden.

Die Angriffe von Asien aus gehören überwiegend der älteren Zeit an, die von Europa aus ziehen sich durch die Jahrtausende. Als der Weltverkehr mehr oder weniger Monopol der großen Häfen des Mittelmeeres waren, haben Venedig und Genua um den Einfluß auf Konstantinopel vor dessen Toren bzw. in dessen Gewässern gerungen; in der Zeit des erdumspannenden Welthandels ging die Bedrohung der »ewigen Stadt« vornehmlich vom seebeherrschenden England und vom russischen Landkoloß aus.

Was die innere Geschichte anbetrifft, so war Byzanz erfüllt von religiösen Kämpfen, vom Hader einzelner Gruppen der Machthaber und Machthungrigen, und auch Stambul ein Schauplatz ständiger Intrigen und schon seit langer Zeit ein Kampffeld von Revolutionären und Reaktionären, die einander gar manchmal in der Macht ablösten. —

Die Gründung der Stadt Byzanz wird auf griechische Seefahrer zurückgeführt; doch schon vor ihrem Erscheinen im Jahre 658 v. Chr. gab es hier einen thrazischen Ort ähnlichen Namens. 490 wurde sie durch die Perser vorübergehend erobert, 340 durch Philipp von Mazedonien vergebens belagert, nachdem sie lange ein heißbegehrter Streitpunkt zwischen Athen und Sparta gewesen. Später treffen wir sie als freien Verbündeten Roms in hoher Handelsblüte. Als Gegner Roms aber verfiel sie 196 n. Chr. wieder der Belagerung und schließlich der Eroberung und Zerstörung. Doch neu erstand sie aus den Trümmern und nahm eine solche Entwicklung, daß Konstantin der Große sie in Nutzung ihrer bevorzugten Lage 330 zur Hauptstadt des römischen Weltreichs machte. Bei der Teilung des Reiches 395 blieb sie die prunkvolle Hauptstadt Ostroms.

Schon unter Konstantin war die Stadt gegen drohende Einfälle aus Norden durch eine Mauer geschützt, die nach Zerstörung durch Erdbeben in erweiterter, zum Teil noch heute bestehender Form zwischen dem Marmarameer und dem Goldenen Horn 413 durch Theodosius II. neu errichtet wurde. Gegen Hunnen und Goten, Bulgaren und Avaren vom Norden, gegen Perser und Araber vom Süden hatte die Stadt sich oftmals zu behaupten. In ihrem Innern tobte der religiöse Kampf.

Bald erstreckte Konstantinopel seine Macht über den ganzen Balkan, Kleinasien, Syrien, die Nordküste Afrikas und die Gestade des Schwarzen Meeres — bald drangen die Feinde aus Asien und die mächtigen Bulgaren von Norden bis nahe an den Bosporus. Gegen das Jahr 900 drangen erstmals auch die Russen als Feinde der Byzantiner zu Lande vor.

Nun weitet sich, während das einst so mächtige Bulgarien wieder zur byzantinischen Provinz gemacht wird, in Vorderasien die Herrschaft der Seldschuken. Gegen die Ungläubigen ziehen die Kreuzfahrer durch Konstantinopel. Die Venetianer bieten die lateinischen Mächte auf und schaffen für kurze Zeit mit Hilfe ihrer Flotte das lateinische Kaisertum Byzanz. Ein halbes Jahrhundert vor diesem Vordringen Venedigs hatten bereits die Genuesen gegenüber Stambul Fuß gefaßt, mit deren Hilfe die Paläologen 1261 den venetianisch geführten Lateinern Konstantinopel wieder entrissen. Dafür wurde Galata an der Ostseite des Goldenen Horns den Genuesen ganz überwiesen. Noch heute stehen dort Reste von Zeugen ihrer Herrschaft und ihrer Befestigungsanlagen.

Die Eifersucht Venedigs auf die Handelsstellung Konstantinopels hatte die Kreuzzüge von Palästina auf Byzanz abgelenkt, das mit steigender Blüte Venedigs seinerseits stark an Rang verlor. Mit der wirtschaftlichen ging wechselseitig die politische Kraft bergab und schließlich konnten alle Kreuzzüge nicht verhindern, daß die türkischen Seldschuken von Asien auch nach Europa übergriffen. Von Gallipoli aus faßten sie um 1350 Fuß auf europäischem Boden und machten 1361 im Rücken Konstantinopels Adrianopel zur osmanischen Residenz. Noch blieb die byzantinische Herrschaft auf äußerst beschränktem Boden bestehen, auch als 1401 den Türken bereits territoriale Rechte in Konstantinopel eingeräumt werden mußten. Die türkische Belagerung von 1422 macht Byzanz tributpflichtig, und 1453 endlich halten die siegreichen Janitscharen ihren Einzug

durch eins der Tore der alten Stadtmauer. Vergebens war die Hilfe der Ungarn von Norden her, vergebens der Widerstand der Byzantiner unter genuesischer militärischer Leitung. Die Herrschaft der Osmanen war und blieb für die Jahrhunderte begründet, die Herrschaft des oströmischen Reiches ausgelöscht.

Das oströmische Reich war dahin, aber Ostroms Pracht und Prunk lebte in neuer Gestalt wieder auf. Byzanz bewahrte in manchen Dingen seinen Charakter, auch wo der Halbmond das Kreuz ablöste. Die Verkehrslage Konstantinopels kam in seinem Handel wieder voll zum Ausdruck und wiederum nahm von der Hauptstadt am Bosporus eine Weltmacht über drei Erdteile ihre Ausbreitung. Wieder aber gab es auch innere Kämpfe und Intrigen in Hülle und Fülle. Nordwärts sandten die Sultane ihre Heere über Belgrad und Ofen bis vor Wien. Als Suleiman II., der sich in der herrlichsten Moschee Stambuls, die Agia Sofia gewollt überragend, ein strahlendes Denkmal gesetzt hat, 1566 die Augen schloß, stand Stadt und Reich abermals in höchster Blüte.

Reichlich zwei Jahrhunderte währte die Macht, bis von Norden her aufs neue an ihr gerüttelt wurde. Rußland und Österreich arbeiteten daran, die Türkenherrschaft südwärts zurückzudrängen. Rußland, das insbesondere gegen die Beherrschung der Nordküste des Schwarzen Meeres durch die Türkei ankämpfte, erreichte 1774 im Frieden von Kutschuk Kainardsche sogar die Freiheit der Meerengen. Nach erneuten Kämpfen gegen Rußland und Österreich war es Preußen, das im Jahre 1791 die Türken vor einem ungünstigen Frieden bewahrte — der erste große Dienst, den Potsdam Stambul erwies.

Als dann der Korse an der türkischen Herrschaft in Nordafrika zu rütteln begann, mühten sich England und Rußland gemeinsam, aber vergebens, die Türkei in die große Koalition Europas gegen Napoleon einzubeziehen. Auch das Erscheinen der englischen Flotte vor Konstantinopel 1807 verfehlte seine Wirkung — mit schweren Verlusten mußten sie den Rückzug durch die Dardanellen antreten.

Dem äußeren Feind aber folgten wieder einmal die inneren Wirren. Türkische Reformer aus Rustschuk stürzten 1808 die Konstantinopeler Regierung; doch die Reaktionäre behaupteten schon im folgenden Jahre wieder die Oberhand. Ein volles Jahrhundert blieb durch offene oder heimliche Kämpfe zwischen Jung- und Alttürken und durch Palastrevolutionen ausgefüllt, indessen auch die äußeren Gefahren immer drohender wurden. Wieder bedrängte Rußland die Türkei, und um gegen sie in den Donaufürstentümern freie Hand zu haben, söhnte sich die Türkei mit England aus, das seinerseits zu einer russenfeindlichen Politik übergegangen war.

Aus den folgenden Kämpfen, in denen der europäische Besitz der Türkei mehr und mehr abbröckelte, sei wiederum nur erwähnt, was die Stadt Konstantinopel selbst berührte: Das Erscheinen des russischen Generals Diebitsch vor ihren Toren 1829 und der Pariser Vertrag von 1856, der das Schwarze Meer neutralisierte, es aber zugleich jeder Kriegsflotte schloß. Im Oktober 1870 sagte Rußland sich von diesem Vertrag los und

1871 erfüllte die Londoner Konferenz Rußlands Wünsche bezüglich des unbehinderten Haltens von Kriegsschiffen im Schwarzen Meer.

Als im Februar 1878, während England den Russen die Erfolge des Balkankriegs beschneiden wollte, wiederum eine englische Flotte im Marmarameer erschien, überantworteten die Türken den Engländern Cypern — kurz bevor der Berliner Kongreß zusammentrat, der diese Auslieferung nicht mehr rückgängig machte.

Bei aller alttürkischen Absperrung hatte Konstantinopel inzwischen begonnen, eine Stadt mit modernen Verkehrsmitteln zu werden. 1873 hatte es die Eisenbahnverbindung mit Adrianopel erhalten, im folgenden Jahre die Tunnelbahn in Galata, der zehn Jahre später auch die Pferdebahn folgte. Pera wurde ein völlig europäischer Stadtteil.

Hatte die Türkei fast hundert Jahre lang vom englisch-türkischen Gegensatz gelebt, so vereinigten sich unter Eduard VII., hundert Jahre nach dem vergeblichen Versuch der englischen Flotte, im Verein mit Rußland die Türkei in die europäische Koalition gegen Napoleon zu ziehen, England und Rußland wiederum — diesmal, um den Einkreisungsring gegen Deutschland zu schließen und die Aufteilung der Türkei anzubahnen. Die Folge war die türkische Revolution, bei der wiederum, wie gleichfalls hundert Jahre zuvor, türkische Revolutionäre vom Norden her zum Sturz der Herrschaft gegen die Hauptstadt anrückten, und fernerhin der erste Balkankrieg unter russischem Protektorat gegen die Türkei.

Eben wegen Konstantinopels ist das Verhältnis zwischen England und Rußland schwankend gewesen. Denn Konstantinopel — das bedeutet für Rußland verkehrspolitisch den freien Ausgang ins Mittelmeer; Rußlands freier Ausgang ins Mittelmeer aber bedeutet für England eine doppelte Bedrohung Indiens: Eine Bedrohung des britischen Seeweges nach Indien zu der ständigen Bedrohung Indiens auf dem Landwege.

England hat mehrfach versucht, Konstantinopel gegen die nach altbritischer Lehre zu bekämpfende stärkste europäische Macht auszuspielen: Gegen Frankreich zur Zeit Napoleons, gegen Rußland zur Zeit des Krimkriegs, gegen Deutschland in unseren Tagen. England hat sich anderseits mit Rußland gegen die Türkei verbündet, wenn es den gemeinsamen Kampf gegen eine andere, die zurzeit stärkste Europamacht gelten sollte: Zur Napoleonszeit, als die Türkei dem Druck zum Eintritt in die große Koalition nicht folgen wollte, und zu unserer Zeit, als sie nicht in den Einkreisungsring eintrat und die englischen Führer der türkischen Flotte nach Hause schickte.

In allen diesen Erscheinungen der Neuzeit spiegelt sich die verkehrsgeographische Bedeutung Konstantinopels ebenso wie in den großen Daten der Geschichte dieser Stadt vor Jahrhunderten. Jede Weltmacht mit Mittelmeerinteressen: Das alte Griechenland und das alte Rom, das mittelalterliche Venedig und Genua, das Frankreich Napoleons, das England und Rußland des letzten Jahrhunderts — hat ihre Rechnung mit Konstantinopel machen müssen! Auch des neuen Deutschen Reiches Weltmacht- (nicht Weltherrschafts!) Wille hat gleichfalls seine Rechnung

mit Konstantinopel gemacht — als Freund und Förderer, schließlich als Verbündeter dieser »ewigen Stadt.«

Äußerlich heiß umworben, innerlich durch das seiner Lage ebenso entsprechende Durcheinanderströmen widerstreitender Geistesrichtungen viel gefährdet, ist Konstantinopel durch seine verkehrsgeographische Natur bestimmt, Träger hoher Macht oder aber Schauplatz erbitterten Ringens zu sein — Hammer oder Amboß.

Wie wir am Bosporus eine Stätte politischer Wegkreuzung gesehen — bei deren geschichtlicher Betrachtung wir wegen ihrer besonderen Bedeutung etwas länger verweilten —, die bei allem Vorhandensein sonstiger Interessengegensätze sich in den letzten Jahrzehnten doch eigentlich in erster Linie abzeichnete als Stätte russisch-englischer Konflikte, so fehlte es auch sonst keineswegs an Reibungsflächen zwischen Staatsvölkern, die wir im Verlaufe des Krieges dennoch als Verbündete Seite an Seite gesehen haben. Ganz abgesehen von dem für Englands Herrschaft in Indien bedrohlichen Trachten Rußlands nach dem Persischen Golf oder gar dem offenen Indischen Ozean, seien als Beispiele erwähnt: Die englischen Kanalinseln hart an der französischen Küste; die italienische »Irredenta« in Nizza; die Teilung des Nigergebiets zwischen Frankreich und England; der Zusammenprall der englischen und französischen Abrundungswünsche im Nilgebiet; das heftige politische Widerstreben Australiens und Kanadas gegen Englands Verbündeten Japan wegen der Einwanderungsfrage; die Rivalität zwischen Japan und England selbst im Yangtsebecken.

England hatte es sich angelegen sein lassen, sich an der Mündung des Yangtse eine außerordentlich starke wirtschaftliche Stellung zu schaffen und von hier aus auch stromaufwärts mit seinem wirtschaftlichen Einfluß vorzudringen. Schon lange hegte England den Wunsch, dem ganzen Yangtsetal den Stempel einer britischen Interessensphäre zu geben. Von japanischer und auch deutscher Seite begegneten der Erfüllung dieses Wunsches ernste Widerstände; während des Burenkrieges gelang der Abschluß jenes deutsch-britischen Yangtseabkommens, das — im Gegensatz zu der gewünschten Anerkennung des Yangtsetales als britische Interessensphäre — auch die volle Bewegungsfreiheit des deutschen Unternehmungsgeistes in diesem chinesischen Gebiete festsetzte. Die Konkurrenz Japans wuchs inzwischen immer stärker an. Was ihm von der Mündung aus nicht gelungen war, suchte England nun vom Quellengebiet her zu erreichen, indem es das Bestreben zeigte, auf dem Wege über Tibet seinen Einfluß auszudehnen auf die reiche chinesische Provinz Szetschuan am oberen Laufe des Yangtse und von hier aus die Interessensphärenpolitik weiter fortzusetzen bis zur Küste. Während Deutschland in seinem Widerstand nachließ, hat sich Japan nie bereit gefunden, den Wettbewerb hier im geringsten einzuschränken, sondern begegnete jedem britischen Vorstoß nur mit verdoppeltem Eifer.

Neben den natürlichen Wasserstraßen waren auch die Gebiete großer künstlicher Überlandwege zu politischen Reibungsflächen geworden. Die auf die Schaffung großer Transkontinentalbahnen abzielenden Pläne waren und sind ein besonderes Kennzeichen neuzeitlicher verkehrspolitischer

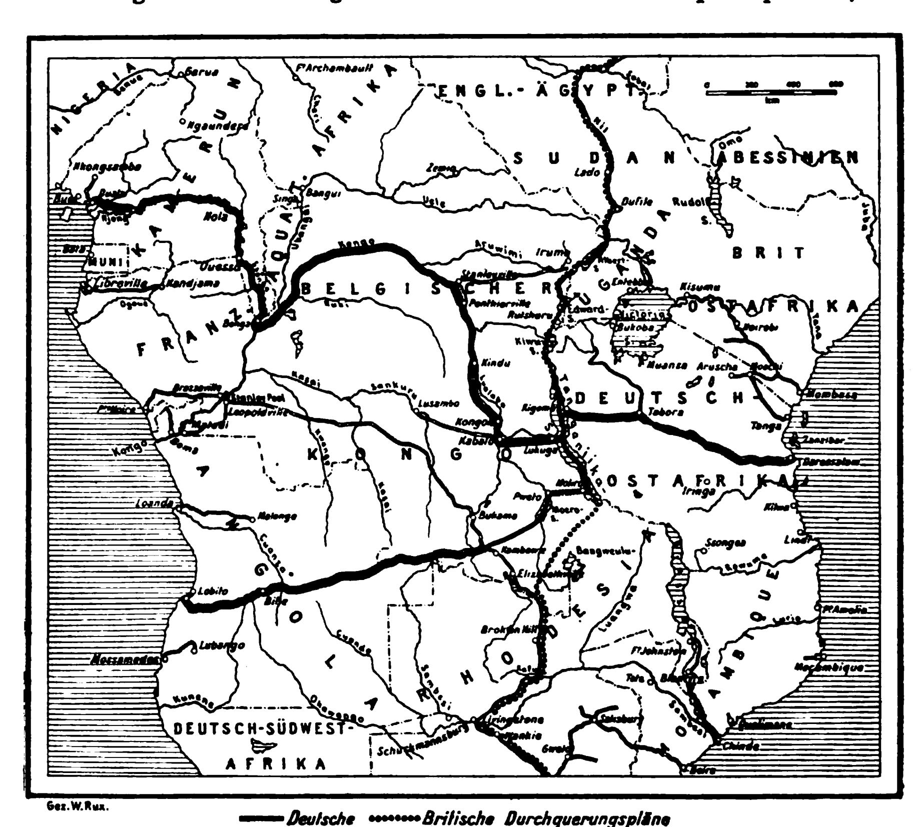
Entwicklung. In Nordamerika sah man sie zuerst am Werk. Hier hat eine ganze Anzahl den Erdteil von Ost nach West durchziehender Eisenbahnen die beiden Ozeanküsten miteinander in Verbindung gesetzt. Der verkehrspolitische Unternehmungsgeist aber hat sich in der Neuen Welt hiermit nicht begnügt; man arbeitet heute an dem Plan der allamerikanischen Bahn, die den Erdteil auch der Länge nach von Nord nach Süd durchziehen und seine verschiedenen Staaten miteinander in Bahnverbindung setzen soll.

In Asien hat Rußland das Riesenwerk der sibirischen Bahn vor Jahren vollendet und verfolgte weiterhin Projekte, die. letzten Endes darauf hinauslaufen werden, durch den Süden des Kontinents eine lange Kette von Verbindungen zu schaffen: von Syrien bis zur Ostküste Chinas.



Abb. 27.
Das werdende Eisenbahnnetz in Afrika.

In Afrika (s. Abb. 27) kennen wir das alte Cecil Rhodes-Projekt der Kap—Kairobahn, die den Erdteil in seiner ganzen Länge durchziehen soll; doch traten daneben — je länger, je mehr — auch Querverbindungen zwischen der Ost- und Westküste des Erdteiles in das Bereich ernsthafter Erörterungen ein. Zunächst gingen neben dem britischen Nord-Südprojekt über die ganze Ausdehnung Afrikas französische Eisenbahnpläne parallel, die



— Deutsche ••••• Britische Durchquerungspläne

Abb. 28.
Die Kreuzung afrikanischer Überlandwege.

gleichfalls eine Verbindung von Küste zu Küste in nord-südlicher Richtung schaffen wollen, aber nicht durch den ganzen Erdteil, sondern nur durch seinen westlichen Teil bis zum Guineabusen. Eine große Transsaharabahn sollte von der algerischen Küste südwärts führen, um in Timbuktu den Anschluß an das Verkehrsgebiet des Niger zu finden; eine andere wurde geplant über das Tschadseegebiet zum Ubangi, um hier den Anschluß an das Verkehrsgebiet des Kongo zu finden.

In west-östlicher Querrichtung existieren britische Pläne, die, von Lagos ausgehend, nach dem Sudan führen und über das Nilgebiet Anschluß

an das Rote Meer finden. Weiter südwärts traten in der letzten Zeit vor dem Kriege in Konkurrenz deutsche Pläne, von Duala Anschluß an das Verkehrsgebiet des Kongo und weiterhin durch Deutsch-Ostafrika zur Westküste zu suchen, mit französischen Plänen, von Libreville aus das Ziel zu erreichen. Auch in dem bisher mit Eisenbahnen am stiefmütterlichsten bedachten schwarzen Erdteil werden wir wohl in absehbarer Zeit ein ausgebildetes Nervensystem des großen Überlandverkehrs mit dem Rückgrad Kap—Kairo und einer Anzahl senkrecht hierzu gerichteter Ausstrahlungen nach beiden Meeresküsten vorfinden können. An Plänen dieser Art fehlte es vor dem Kriege, wie gesagt, nicht. Aber gerade die scheinbare Einheitlichkeit des Verkehrssystems war es, die ihm politisch ein sehr bedenkliches Gepräge gab, denn unter politischen Gesichtspunkten rückte weniger das Verbindende, als die Kreuzung die Verkehrsverbindungen in den Vordergrund. Wollte England seinen Schienenstrang durch den Erdteil von Nord nach Süd legen, so wollte es natürlich auch territorial Herr in der ganzen Ausdehnung dieses Verkehrsstreifens sein. Ebenso wollte Deutschland die Macht in Mittelafrika in den Händen halten, wenn es durch Mittelafrika seine Eisenbahn von Ost nach West baute. Der bedenklichste Kreuzungspunkt der afrikanischen Eisenbahnpläne vor dem Kriege lag im Gebiet des Tanganjikasees (s. Abb. 28). Nun kam hinzu, daß die afrikanischen Verkehrspläne nicht behandelt werden konnten ohne einen gewissen Zusammenhang mit den vorder- und südasiatischen. Wie es ein erklärliches Bestreben britischer Verkehrspolitik war, den Indischen Ozean zu einem britischen Meere zu machen, so war es auch ein erklärliches Streben, die Hauptpunkte der Randgebiete dieses Meeres in Afrika und in Asien miteinander in Verbindung zu bringen, um dadurch namentlich für strategische Sicherheit zu sorgen. So gesellte sich zu diesem Kap—Kairo-Plan der Plan einer großen Überlandbahn von Port Said über die Euphratmündung durch das südliche Persien nach Indien. Dieses von britischer Seite sehr ernsthaft angefaßte Projekt kreuzte sich aber mit dem unter deutscher Führung nahe an seine Vollendung gebrachten Bagdadbahnprojekt, so daß zwischen den mittelafrikanischen und vorderasiatischen Verkehrsplänen bedenkliche Kreuzungen entstanden. —

*

Wie stellte sich in großen Zügen während der Vorkriegszeit das Gesamtbild der Ausbreitungs- und Abrundungsbestrebungen der Hauptmächte dar, aus denen sich die Entstehung der verschiedenen Reibungsflächen ergab? Den Beginn jenes Jahrhunderts, das dem Kriege vorausging, bildete eine grundlegende Neuaufteilung der europäischen Landkarte durch den Wiener Kongreß. Die geographischen Gebiete, die jener Kongreß zu politischen Einheiten zusammengefügt bzw. als politische Einheiten umgrenzt hat, waren indessen nicht derart, daß sie eine natürliche Gewähr gegen spätere dringende Änderungsbedürfnisse geleistet hätten. Neue geographische Abrundungstendenzen wurden geweckt und haben sich in den großen Kriegen und Umwälzungen der Folgezeit Bahn gebrochen.

Obenan stehen unter jenen Ereignissen, die sich in den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongreß auf europäischem Boden vollzogen, die nationale Einigung Italiens und Deutschlands. Die mit dem Streben nach nationaler Einigung Hand in Hand gehende geographische Abrundungstendenz auf der Apenninischen Halbinsel unter Einschluß der benachbarten Inseln liegt klar zutage.

Mit der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens war die Betätigung geographischer Abrundungsbestrebungen auf europäischem Boden jedoch nicht erschöpft: sie vollzieht sich in der Folgezeit wesentlich im Hinblick auf den Balkan, auf dem einesteils im Gegensatze zu den Zusammenfassungstendenzen eine starke Zersplitterung sich geltend macht, anderteils aber die Großmächte nach neuen Ausgängen zum Meere trachten. So strebte Rußland nach Konstantinopel, Österreich nach Saloniki. Als Ziel der russischen Politik erschien hier die russische Umfassung des Schwarzen Meeres und Gewinnung eines direkten Zuganges nach dem Mittelmeer; Österreich schien zu kontinentaler Entwicklung zu neigen und Ausgänge nach der Ostecke des Mittelmeeres zu erstreben. Hinzu kam Italien mit dem Wunsche, das Adriatische Meer zu einer italienischen See zusammenzufassen.

Neue territoriale Reibungsflächen schaffen neue Kriege und Kriegsgefahren. Wie die russische Expansionslust um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits den Krimkrieg veranlaßt hatte, so führt sie zwei Jahrzehnte später zum russisch-türkischen Krieg, dessen Ausgang keine Erfüllung der russischen Abrundungswünsche, sondern vielmehr eine Vermehrung der balkanischen Machtzersplitterung bringt. Indessen suchte Rußland sich in Asien schadlos zu halten, auch hier in beständiger Reibung mit England, das ihm schon in seiner Schwarzen Meer-Politik entgegengetreten war. Südlich dehnte Rußland sein Gebiet durch Erweiterung der Provinz Turkestan aus; östlich ging es über das asiatische Festland hinaus bis nach Sachalin.

Die Zusammenstöße der englisch-russischen Ausbreitungsbestrebungen führten nach mancherlei Reibereien wiederholt zu Verständigungsversuchen, so im Jahre 1885 zu dem Vertrage über Afghanistan. Im fernen Osten stießen Rußland und Japan in ihren kolonialen Bestrebungen zusammen und gerieten über den russisch-japanischen Krieg zur vorläufigen Verständigung über ihre Interessensphären auf dem chinesischen Boden der Mandschurei. Inzwischen sind auch die harten Schalen der afrikanischen Nuß gebrochen und von allen Küsten her die europäischen Kolonisatoren in das Land eingedrungen.

Seit dem Ausgange des 18. Jahrhunderts ringt Frankreich um den nordafrikanischen Boden, von Anfang an im Gegensatze gegen England. Vor Kriegsausbruch war Frankreichs Verzicht auf Ägypten zugunsten Englands ein so vollständiger, daß die Republik in den Mauern ihrer Hauptstadt, die sonst allen erdenklichen internationalen Tagungen offensteht, nicht einmal eine Versammlung jener Jungägypter duldete, deren Politik England unbequem ist. Als im Jahre 1798 Bonaparte seinen großen Zug nach Ägypten antrat, fühlte England sich durch das französische Fußfassen

auf nordafrikanischem Boden in der Sicherheit seines ostindischen Besitzes bedroht, auch wenn damals, lange Jahrzehnte vor dem Bau des Suezkanals, die allgemeine Verkehrsstraße nach Ostindien noch nicht den Weg durch das Rote Meer genommen hatte. Vor den Pforten Ägyptens vollzog sich denn auch noch im selben Jahre der ewig denkwürdige Zusammenstoß der englischen und französischen Seemacht, dessen Ausgang die wenige Jahre später bei Trafalgar besiegelte Herrschaft Englands auf dem Weltmeere herbeiführte. Englische Schiffe waren es, die im Jahre 1801 den Rest des französischen Heeres aus Ägypten zurückbeförderten. Drei Jahrzehnte lang ruhte Frankreichs Streben, auf dem Boden Nordafrikas ein großes Kolonialreich zu schaffen, bis Karl X. kurz vor dem Ende seiner Herrschaft — um den inneren Wirren in Frankreich durch Stillung des Gloirebedürfnisses der »Großen Nation« ein Ende zu machen — das Kolonialreich in Algier begründete. Nun war dem alten Sehnen Frankreichs nach ausgedehnter nordafrikanischer Herrschaft ein neuer Impuls gegeben, und im Verlaufe der balkanischen Wirren, die nach dem griechischen Befreiungskriege kein Ende nehmen wollten, hielt Frankreich die Gelegenheit für gekommen, nach dem Beispiel des großen Bonaparte auch wieder einen Versuch mit Ägypten zu wagen. Die Erhebung des Paschas Mehemed Ali gegen den Sultan gab Frankreich zum Einschreiten Veranlassung und erweckte die Hoffnung, daß die Franzosen durch Unterstützung des Paschas die Oberhoheit nicht nur über Ägypten, sondern auch über das von Alis Sohn erfolgreich gegen die türkischen Truppen berannte Syrien erlangen könnten. Da entbrannte aufs neue der bei Abukir schon einmal ausgefochtene Streit um Ägypten; und es soll in unseren Tagen nicht vergessen sein, daß es Englands Auftreten und Englands Bemühungen, eine Koalition der europäischen Großmächte gegen Frankreich auf die Beine zu bringen, im Jahre 1840 gewesen, die das Ministerium Thiers veranlaßten, die Befestigung von Paris in Angriff zu nehmen! Damals wollte England die Kontinentalmächte gegen Frankreich ausspielen, um es zu nötigen, seine Hand von Ägypten abermals zurückzuziehen. Mehemed Ali mußte Syrien aufgeben, blieb aber erblicher Herr in Ägypten unter der Oberhoheit der Pforte. Zum zweiten Male hatte Ägypten seine Unabhängigkeit gegenüber Frankreich England zu verdanken.

Die unmittelbare Folgezeit brachte Frankreich überdies in Nordafrika hinlängliche Beschäftigung, hatte es doch um den Besitz von Algier langwierige Kriege mit den Kabylen zu führen. Als diese jedoch beendet, lenkte man von Frankreich aus alsbald aufs neue den Blick nach dem Nillande. Dem zähen Widerstande Englands gelang es nicht, den Bau des Suezkanals durch den früheren französischen Konsul in Kairo, Ferdinand de Lesseps, zu hintertreiben; sobald aber das Werk vollendet, setzte England alles daran, den Kanal in seine Hände zu bringen. Endlich, im Jahre 1882, machte es seinerseits der ägyptischen Selbständigkeit, die es zuvor wiederholt gegen Frankreich verteidigt hatte, ein Ende, nachdem die französische Aufmerksamkeit wieder einmal auf andere Teile Nordafrikas abgelenkt war.

Eine mittelbare Unterstützung hatte Englands Streben, Frankreichs Blick von Ägypten abzulenken, in der Politik Bismarcks gefunden, der seinerseits eine Erweiterung des französischen Kolonialreiches von Algier aus begünstigte, um durch das Eintreffen neuer Gloiremeldungen aus jenen Gegenden die Pariser Vogesenhypnose zu bannen. So hatte Frankreich unter wohlwollendem Zuschauen der deutschen Diplomatie im Jahre 1881 Tunis in Besitz genommen, was für die Zwecke der Berliner Wilhelmstraße auch durch die Verstimmung von mittelbarem Vorteil sein mußte, die es zwischen Frankreich und Italien verursachte. Eben diese östliche Erweiterung des französischen Kolonialbesitzes in Nordafrika aber veranlaßte England auch zu beschleunigtem Vorgehen im Nillande.

Bald darauf brachte die Kongokonferenz eine neue Erweiterung des innerafrikanischen Besitzes der Republik, die nun immer klarer dem Ziele zustrebte, womöglich ganz Nordafrika, vom Kongo bis zum Mittelmeer, vom Atlantischen Ozean bis zum Nil, in die Hand zu bekommen. An der Guineaküste freilich mußte es sich mancherlei englische und deutsche Einschiebungen gefallen lassen, über die Frankreich, England und Deutschland sich zu Beginn der neunziger Jahre verständigten. Als dann aber General Kitchener die englische Herrschaft am Nil südwärts auszudehnen begann, wurde den Franzosen bange um die binnenländischen Zugänge zu diesem Strom, und sie unternahmen im Jahre 1898 den berühmten Vorstoß nach Faschoda.

Ein volles Jahrhundert nach dem ersten gewaltsamen Unternehmen Englands, Frankreich von der Nilherrschaft fernzuhalten, wiederholte sich abermals der englisch-französische Streit über diese nie ganz zur Ruhe gekommene Frage; aber was im Jahre 1798 zu einer der bedeutsamsten Seeschlachten in der Weltgeschichte geführt hatte, was im Jahre 1840 die Franzosen zur Befestigung ihrer Hauptstadt veranlaßt hatte, wurde im Jahre 1898 kurzerhand durch den bedingungslosen Rückzug Frankreichs erledigt.

Im allgemeinen hat sich von Europa aus besonders nach 1871 eine lebhaft expansive Kolonialbewegung bemerkbar gemacht, nicht zuletzt veranlaßt durch den Ehrgeiz der alten europäischen Vormächte, der angestachelt wurde durch die Neubildung des einigen Italien und des einigen Deutschland. Auch diese beiden Reiche selbst begannen sich Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an den afrikanischen Kolonialgründungen zu beteiligen, worüber hinaus Deutschland seinerseits nach dem Muster anderer Mächte dann auch in die Südsee vorgedrungen ist. Gegen Ende des Jahrhunderts begann schließlich auch die nordamerikanische Union aus dem von der Monroedoktrin schon so weit gezogenen Rahmen amerikanischer Selbstherrlichkeit auf dem kontinentalen Boden herauszutreten und zuerst kriegerisch und mittelbar anschließend dann auch kolonisatorisch über das große Weltmeer zu gehen und jenem System der geographischen Abrundung zuzuneigen, dessen Tendenz nicht ans Meer, sondern über das Meer führt.

Umgekehrt begnügte das gleichfalls gegen das Ende des 19. Jahrhunderts mit starker Aktivität mitten in die Weltpolitik hineingetretene

ostasiatische Inselreich sich nicht mit einer Ausbreitung seines Besitzes über benachbarte Inselgebiete, sondern begann einen kontinentalen Expansionsdrang zu betätigen.

So haben sich an der Schwelle der Gegenwart mit großer Deutlichkeit Tendenzen offenbart, die in ihrer weiteren Verfolgung vielfach aufeinander stoßen mußten.

In der »Geographischen Zeitschrift« (Heidelberg) habe ich die geographisch-politischen Triebkräfte der damaligen Hauptmächte bald nach Kriegsausbruch zusammenfassend in folgender Weise gekennzeichnet:

»So kommen wir denn mit Bezug auf die Hauptexpansivkräfte in der Weltpolitik unserer Tage insgesamt zu folgendem Bild einander vielfach schneidender Kreise: England, schon im Besitz großer, geschlossener Landschaften auf ganz Australien und im nördlichen Teil von Nordamerika, strebt, seinem indischen Besitz das ganze Gebiet vom Nil bis zum Yangtse anzugliedern, seinen afrikanischen Besitz zwischen dem Kap und Kairo zu vereinheitlichen. Daneben verfolgt Australien ozeanisch-insulare Ausbreitungspläne. Japans Streben ließ sich auf die Formel bringen: Stiller Ozean plus ostasiatisches Festland; das der Vereinigten Staaten auf die Formel: Amerika plus Stiller Ozean. Rußlands historisches Sehnen ging auf die festländische Zusammenfassung weitester Landgebiete mit Ausgang nach der Ostsee, an das Mittelmeer, den Stillen Ozean und Indischen Ozean. Frankreich arbeitete unermüdlich an der Abrundung seines großen nordafrikanischen Kolonialreiches.

Untersuchen wir demgegenüber die Stellung von Deutschland und Mitteleuropa, so gestaltete sich die gegebene Politik dieser Länder folgendermaßen: Je mehr sich auf dem Weltmarkte monopolistische Abschließungsbestrebungen einzelner Mächte geltendmachen, die den Boden offiziell selbständiger Länder gegen den freien Wettbewerb abzuschließen strebten, um so mehr mußte ein Land von der natürlichen wirtschaftlichen Ausdehnungskraft Deutschlands, das seinerseits eine solche Politik nicht mitzumachen gewillt war, Bedacht nehmen auf die wirtschaftliche Betätigung in denjenigen Ländern, die dem internationalen Handel noch den Boden der Gleichberechtigung boten, Bedacht nehmen auf die Ergänzung seiner Produktion von solchem Boden und die Hebung der Aufnahmefähigkeit solcher Märkte, die ihre Freiheit und Selbständigkeit noch bewahrten. Wichtiger noch als überseeische Gebiete in fremden Weltteilen waren dabei die räumlich näher liegenden Länder, mit denen der Verkehr auch im Falle kriegerischer Verwicklungen und feindlicher Einschnürungen aufrechterhalten bleiben konnte. Unter diesem Gesichtspunkt kam hier vornehmlich die Verbindung durch Österreich-Ungarn mit dem nahen Orient in Betracht. Für Deutschland standen hier nirgends kriegerische Eroberungen in Frage, sondern nur die Betätigung deutscher Kulturarbeit im friedlichen Wettbewerb. Es knüpfte sich von der Nordsee bis zum Ägäischen Meer mitten durch Europa und durch Vorderasien ein Band gleich starker politischer wie wirtschaftlicher Interessengemeinschaft. Deutschland trieb die Politik der offenen Tür im Gegensatz zu der von den anderen Mächten mehr und mehr verfolgten Politik einer Aufteilung der

Welt in Interessensphären. Es war der eigentliche Beschützer der Selbständigkeit politisch schwächerer Nationen und widerstrebte deren Aufsaugung durch Riesenreiche, wie das seegewaltige England oder den Landkoloß Rußland.«

Diejenige Macht, die bereits lange Zeit offen ausgesprochen kriegerische Absichten unter dem Zeichen der »Revanche« verfolgt hat, war unsere Nachbarrepublik im Westen. Man wird aber wohl feststellen dürfen, daß gerade in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich Interessengegensätze wirklich vitaler Natur eigentlich nicht vorhanden waren. Zu solchen vitalen Interessengegensätzen würde eine Unterbindung wirtschaftlicher Lebensbedingungen gehören. Sie würden vorliegen, wenn Deutschland und Frankreich sich wechselseitig durch ihre geographischen Grenzen abschlössen von Landstrichen oder Verkehrsgebieten, ohne die der eine von beiden Teilen sein volkswirtschaftliches Leben und seine weltwirtschaftlichen Verbindungen nicht in befriedigender Weise aufrechtzuerhalten vermag. Tatsächlich aber ist der Besitz von Elsaß-Lothringen, um den es sich für Frankreich handelte, keine französische Lebensfrage. Nur ein weit ausgreifender französischer Imperialismus könnte für ein französisches Weltreich den Besitz des Rheinstroms zur »Lebensfrage« machen, sich dann aber freilich keineswegs mit der Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen begnügen.

Geographische Unstimmigkeiten waren allerdings bei der Absteckung der Grenze durch den Frankfurter Frieden entstanden; ihre Nachteile aber machten sich nicht für Frankreich, sondern gerade für Deutschland geltend, ohne daß deshalb Deutschland irgendwie getrachtet hätte, den Frieden zu brechen, um wünschenswerte Grenzerweiterungen herbeizuführen.

Die eine geographische Unstimmigkeit lag auf rein strategischem Gebiet: der Verbleib von Belfort in französischem Besitz bedeutete dauernd eine ernste Gefährdung des Oberelsaß. Wirtschaftsgeographische Unstimmigkeiten dagegen hat die Absteckung der lothringischen Grenze gezeitigt. Fühlbar gemacht haben sie sich indessen erst geraume Zeit nach 1871, besonders in den letzten Jahren. Das ostfranzösische und im Zusammenhang damit das belgische Erz- und Industriebecken bilden wirtschaftlich und territorial, aber nicht staatlich, ein zusammenhängendes Ganzes mit dem deutsch-lothringischen Minettebezirk. Auf deutscher Seite verlief die Fortsetzung dieses Erzbeckens im Süden etwa von der deutschen Grenzstation Novéant westlich von Metz über die Schlachtfelder des 16. und 18. August 1870 hinweg, dem Laufe der Mosel folgend, die industriereichen Täler der Orne und Fentsch durchschneidend, über das Plateau von Aumetz hinweg bis zum Südrand von Luxemburg. Der französische Teil des Erzbeckens war dem deutschen an Fläche, Vorkommen und Hochwertigkeit der Erze überlegen. Durch die französische Erzgewinnung in jenem Bezirk wurde allerdings die vorsichtigerweise im südlichen Frankreich etablierte französische Waffenindustrie von Schneider-Creusot gespeist; im übrigen aber ging die französische Erzproduktion weit hinaus über den Eigenbedarf der weniger entwickelten französischen Industrie,

so daß eine große Ausfuhr nach Deutschland und Belgien besteht. Wenn also hier von einer wirtschaftsgeographischen Reibungsfläche gesprochen werden soll, so ist sie geschaffen nicht durch den französischen, sondern durch den deutschen Bedarf an natürlichen Erzeugnissen des unmittelbar angrenzenden Gebietes.

Weitere Reibungsflächen zwischen Deutschland und Frankreich waren geschaffen durch die kolonialpolitischen Bestrebungen beider Länder in Afrika: Frankreich seinerseits trachtete nach einem großen, zusammenhängenden Kolonialreich in Nordafrika zwischen dem Mittelmeer, dem Atlantischen Ozean und dem Kongo. Es wollte dort seinerzeit eine »Flurbereinigung« anstreben, indem es von Deutschland Togo und Kamerun einzutauschen trachtete. In den Verhandlungen, die mit der Marokkoangelegenheit zusammenhingen, hat Frankreichs Wunsch nach Abtretung Togos und mindestens Nordkameruns eine gewisse Rolle gespielt. Deutschland für seinen Teil hatte Interesse an den marokkanischen Erzen und würde auch Interesse nehmen können an der Schaffung der kürzesten Verbindung zwischen Europa und Südamerika mit Hilfe einer nordwestafrikanischen Eisenbahn. Diplomatisch verfolgte es in der Zeit des Marokkohandels insbesondere die Anbahnung territorialer Verbindungen zwischen seinen großen, in Ost- und Westafrika zerstreut liegenden Kolonien. Zu diesem Ende erwarb es die Kongo- und Ubangizipfel, deren widerstrebend erfolgte Hergabe Frankreich alsbald nach Ausbruch des Krieges gewaltsam rückgängig zu machen suchte.

In diesem Zusammenhang schien übrigens auch der Kongostaat geeignet, eine afrikanische Reibungsfläche zwischen Deutschland und Belgien zu schaffen. Es ist aber zu bemerken, daß Deutschland seinerseits überhaupt erst die Entstehung des unabhängigen Kongostaates unter König Leopold II. ermöglicht hat. England war niemals ein Freund dieses Staatengebildes. Fürst Bismarck hatte seine Entstehung in einer Zeit begünstigt, zu der in England eine kolonialpolitisch laue Stimmung herrschte. Noch im letzten Augenblick aber hatte England die Gründung des belgischen Kongostaates gleichwohl zu verhindern gesucht, indem es portugiesische Ansprüche vorzuschieben trachtete. Als der Kongostaat dann ins Leben gerufen war, wurden ihm von englischer Seite beharrlich Schwierigkeiten bereitet unter dem Vorwande des Kampfes gegen die Kongogreuel. Englische Diplomaten sind es dann in den letzten Jahren gewesen, die Deutschland wirtschaftlich für Kongoangelegenheiten zu interessieren trachteten, zunächst insbesondere für die durch portugiesisches Gebiet nach dem südlichsten Innern des Kongobeckens führende Lobitobahn, die mit englischem Kapital begonnen war, aber bei der Weiterführung in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Heute läßt sich klar übersehen, daß England ein doppeltes Spiel trieb, indem es durch die wirtschaftliche Interessierung Deutschlands für Kongofragen unsere Aufmerksamkeit abzulenken und der deutschen Diplomatie gegenüber englische Geneigtheit zur Verständigung hervorzukehren suchte, gleichzeitig aber in Belgien die Besorgnis vor politischen Gelüsten Deutschlands gegenüber dem Kongostaat schürte und dadurch das Königreich den englischen Einflüsterungen

im Ententesinne geneigter zu machen mit sichtbarem Erfolge bestrebt war. Belgien schloß sich England und Frankreich an, von denen das eine die Katangaminen im Süden und einen Landstreifen im Osten für die Zwecke der Kap—Kairoverbindung erstrebte, das andere von seinem alten Vorkaufsrecht auf das Kongogebiet durchaus nicht abstehen wollte — also zwei Freunden von höchst anzweifelbarer Uneigennützigkeit.

Zwischen Frankreich und Deutschland bestanden wirtschafts- und verkehrspolitische Reibungsflächen übrigens auch noch im dritten Erdteil der Alten Welt: nämlich in Vorderasien. Das deutsche Einflußgebiet an der Bagdadbahn suchte Frankreich von Süden und Norden her zu umklammern, indem es sein eigenes Eisenbahnnetz in Syrien ausbaute und im nördlichen Kleinasien an der Südküste des Schwarzen Meeres als Beauftragter und Vertrauensmann Rußlands die gleiche Arbeit in die Hand zu nehmen bereit war. Offiziell hatte man sich allerdings vor dem Kriege auch über diese Punkte zwischen Frankreich und Deutschland verständigt; doch dürfte man französischerseits ebensowenig geneigt gewesen sein, diese Verständigung als eine endgültige zu betrachten wie die Verständigung über die Gebietsteilung in Richtung auf den Kongo.

Wenden wir uns weiter zu den politischen Reibungen, die bedingt erscheinen konnten durch die Gestaltung wirtschafts- und verkehrsgeographischer Verhältnisse an der deutsch-russischen Grenze, so kommen wir auf ein Gebiet, von dem zu sprechen bisher Verlegenheit war. Es war dies einmal der Fall, da man auf beiden Seiten, so lange es eben ging, wenigstens den Anschein freundnachbarlicher Beziehungen einem offenen Bruch vorzog, im tieferen Grunde, weil eine nationalpolitische Schwierigkeit für beide Teile eine reinliche Lösung der verkehrsgeographischen Fragen keineswegs unbedenklich und leicht erscheinen lassen konnte.

Es liegt ohne weiteres auf der Hand, daß die Teilung des Weichselgebietes zwischen Deutschland und Rußland große Unzuträglichkeiten zur Folge haben mußte. Wohl kannten wir gerade in Europa eine nicht unbeträchtliche Reihe von Ausnahmen von dem Gesetz des Strebens nach Beherrschung ganzer Stromgebiete, aber es waren doch eben Ausnahmen, mit denen nur allzuleicht Unzuträglichkeiten verbunden sind. Ein so enges Bündnisverhältnis, wie es zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestand, machte es nicht nur erträglich, daß das Stromgebiet der Elbe sowohl wie der Donau auf beide Reiche verteilt ist, sondern dieser wechselseitige Anteilsbesitz bildete noch eine besondere Interessenverkettung. Ganz anders lagen die Dinge aber mit Bezug auf den deutschen und den russischen Weichselanteil. Hier waren nicht nur die wirtschaftlichen Gegensätze, ausgedrückt in hohen Zollmauern, besonders groß, sondern auch die kulturellen Gegensätze, die geographisch und verkehrspolitisch dadurch zum Ausdruck kommen, daß der russische Teil des Weichsellaufes keine Stromregulierungen und keine Wasserkultur aufzuweisen hatte, wogegen dies auf deutscher Seite in sehr reichlichem Maße, aber nur mit einem durch die russischen Unterlassungssünden beeinträchtigten und stark eingeschränkten Erfolge der Fall war. Hierbei sprach auf russischer Seite nicht nur Indolenz mit oder gar nur ein Verwaltungs-

system, das offiziell für Stromregulierungszwecke bereitgestellte Millionen bis zum Wege an die praktische Ausführung der Arbeiten leicht »versickern« ließ, sondern auch die strategische Absicht, das Weichselgelände für einen einfallenden Gegner möglichst unwegsam zu machen und zu erhalten.

Zwischen den Anteilern des Mittel- und Unterlaufes der Weichsel bestand ein ausgeprägter wirtschaftlicher Gegensatz insofern, als der preußische Anteil mitsamt dem Weichselhafen Danzig-Neufahrwasser des ihm handelspolitisch leicht zugänglichen Hinterlandes ermangelte und dadurch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung schwer gehemmt wurde. Die russisch-polnische Industrie im oberen Weichselgebiet aber wiederum sah sich abgeschnitten von ihrem natürlichen Ausgang ans Meer.

Wenn dieser natürliche Gegensatz verhältnismäßig lange latent bleiben konnte, so geschah es eben infolge der bereits erwähnten nationalpolitischen Schwierigkeit. Beide Anteiler sahen sich der Aussicht gegenüber, daß eine politische Vereinigung des Weichselgebietes weder dem einen noch dem anderen zum Vorteil würde gereichen können, sondern als lachendem Dritten der nach Wiederaufrichtung ihres eigenen Staatswesens strebenden polnischen Nationalität. Dies war der Grund, weshalb die Weichselfrage durch lange Zeit ein »noli me tangere« bildete.

Zu dieser Vielseitigkeit des Weichselproblems gehörte schließlich auch noch die Anteilschaft Österreichs, das obendrein mit Galizien nicht nur an das polnische, sondern auch an das kleinrussische Rußland grenzte. Hier wie dort zerschnitten die geographischen Grenzen national zusammengehörende Völkerschaften, woraus sich naturgemäß nur allzu leicht ernste politische Reibungen ergeben. Solche Staaten können eben nur eng verbündet sein oder aber einander in mehr oder weniger verhüllter, wo nicht offener Gegnerschaft gegenüberstehen.

Interessen Rußlands kreuzten sich mit denen nicht eines einzelnen Staates, sondern ganz Mitteleuropas in einer seit langer Zeit bedrohlichen Weise auf der Brücke zwischen Mitteleuropa und Vorderasien. Hier heischte das Interesse der zentraleuropäischen Mächte den ungestörten Weg hinüber nach Vorderasien und zum Indischen Ozean durch das Gebiet der anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn. Rußland dagegen verfolgte seit alters her das Streben, die diese europäisch-asiatische Verbindung durchschneidende Schiffahrtsstraße in die Hand zu bekommen, Konstantinopel und die Dardanellen seinem Einfluß zu unterwerfen; den Weg nach Konstantinopel aber glaubte man nur frei machen zu können auf dem Umwege über Berlin und Wien. Mitteleuropa stand dem Drange Rußlands an die westlichen Weltmeere im Wege; und diese Hindernisse aus seinem Wege zu beseitigen, schien Rußland kein Opfer zu groß.

In der unmittelbaren Nachbarschaft Österreich-Ungarns, dessen Niederringen mit in Rußlands Programm zur Erreichung der freien Zufahrt ins Mittelmeer gestanden, sehen wir wiederum eine Reibungsfläche, in der das Durchschneiden eines Nationalitätengebietes durch die politischen Grenzen dauernde Unzuträglichkeiten geschaffen. Die auf solche Weise

an der galizischen Grenze gezeitigten Schwierigkeiten wiederholen sich an der Südgrenze von Österreich-Ungarn.

Hier sprachen für die beiden Gegner Österreichs, für Serbien und Montenegro, aber auch noch andere, geographisch bedingte Beweggründe mit: Montenegro verfügte nur über einen recht mangelhaften, Serbien über gar keinen Seezugang. Die Erweiterungen, die Serbien in den Balkankriegen gewonnen, waren keineswegs geeignet, sein Sehnen zu stillen, sondern im Gegenteil das Sehnen nach Seezugängen nur noch stärker zu entfachen, und zwar sowohl in der Richtung auf das Adriatische Meer wie nunmehr auch in der Richtung auf das Ägäische Meer. Das aus den Balkankriegen hervorgegangene Großserbien war — diese Auffassung habe ich von Anfang an vertreten — ein unnatürliches Staatengebilde, das entweder durch noch wesentlich stärkere Ausbreitung vollendet oder aber als dienendes Glied einem größeren Staatswesen eingeordnet werden mußte. Die Entscheidung über diese Zukunftsfrage hat Serbien mit großer Beschleunigung heraufbeschworen.

Die Unstimmigkeit der serbischen Landkarte war nun aber sicherlich nicht von solcher weltpolitischen Bedeutung, daß sie wichtig genug erscheinen konnte, einen ganzen Erdteil, ja, die ganze Alte Welt in Flammen zu setzen. Die Zerschneidung des Weichselgebietes war in friedlicher Vereinigung der Teilhaber beschlossen worden und bot durch ein Jahrhundert keinen Kriegsgrund. Die 1871 in Deutschlands Westen geschaffene Grenze hat wirkliche französische Lebensinteressen nicht gefährdet. Kurzum: Wir finden auf dem ganzen europäischen Kontinent keine ausreichende Erklärung für den Ausbruch eines so ungeheuren Krieges, wenn wir uns an die wirtschafts- und verkehrsgeographischen Interessen der Völker halten.

Dieser Mangel an zwingenden Gründen beleuchtet mit neuer Klarheit die Schuld Englands an dem Ausbruch eines so furchtbaren Ringens. Von welcher Seite auch immer wir die Dinge betrachten wollen — am Ende gelangen wir stets wieder zu dem Schluß und der Erkenntnis, daß der Krieg eingefädelt ist als ein (vermeintlich) letzter Entscheidungskrieg um die Suprematie der englischen Kriegs- und Handelsflotte auf dem Weltmeer.

Es ist hier weder der Ort, historisch-politisch noch einmal das ganze System der von König Eduard VII. erfundenen Einkreisungspolitik darzulegen, noch einzutreten in nähere Betrachtungen über den britischen Argwohn gegenüber der wachsenden deutschen Kriegsflotte und den britischen Neid gegenüber der kraftvollen Ausbreitung des deutschen Welthandelsanteiles. Die deutsch-britischen Reibungsflächen lagen eigentlich auf allen Meeren und in allen Welthäfen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang hier nur die eine Tatsache, daß am Beginn der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. der britische Welthandelsanteil zum deutschen sich verhielt wie 20 : 10, um die Zeit des fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms aber nur noch wie 16 : 13 und der nahe Zeitpunkt vorauszusehen war, an dem bei stetiger Fortentwicklung beide sich die Wage gehalten haben würden.

Zu dieser allgemeinen Konkurrenz deutscher und britischer Welthandelsinteressen gesellten sich geographische Reibungsflächen in den beiden Großkontinenten der Alten Welt, denen England eine schwerwiegende Bedeutung beimaß (Vorderasien, Mittelafrika).

Ein zäher Kampf ist durch lange Jahre geführt worden um die Abdrängung der Bagdadbahn vom Persischen Golf und um die Möglichkeit, die britische Kap—Kairoverbindung zu vollenden. Es kam hinzu, daß England unter dem seinem Einfluß restlos zu unterstellenden Südasien auch das Yangtsetal mit verstanden wissen wollte, daß aber Deutschland seinerzeit in der Lage gewesen, von England vertraglich seine Gleichberechtigung im Yangtsegebiet feststellen und sichern zu lassen. Da alle Ergebnisse friedlicher Verständigungsversuche über den Rücktritt Deutschlands von jenen afrikanisch-asiatischen Reibungsflächen den außerordentlich hohen Ansprüchen des britischen Imperialismus nicht entsprachen, so sollte endlich die Gewalt entscheiden, sollte Deutschland durch eine Welt voll Waffen hinweggefegt werden von den Meeren, aus den Kolonien und von den Schauplätzen überseeischen Wettbewerbes, indem es in Europa eingekeilt, der Auslandsverbindungen beraubt und auf den Platz einer bescheidenen Kontinentalmacht zurückgedrängt würde.

Sucht man ganz sachlich die Fülle der politisch-geographischen Reibungsflächen in der Periode vor 1914 zu überblicken, so wird man zu dem Ergebnis gelangen, daß ihr Vorhandensein Raum gab für alle möglichen weltpolitischen Einstellungen: England gegen Rußland wegen der vorderasiatischen Gegensätze; England gegen Frankreich wegen der nordafrikanischen Konkurrenz; Weltbritannien gegen Japan wegen der australisch-kanadisch-indischen Interessen und der Reibungsflächen in China; die Vereinigten Staaten gegen Japan wegen des Wettbewerbs im und am Stillen Ozean; Italien gegen Frankreich wegen Nizza; Rumänien gegen Rußland wegen des geraubten Beßarabien — lauter Möglichkeiten, die im Gegensatz zu der Wirklichkeit von 1914/18 stehen. Gewiß gab es auch deutsch-englische Reibungsflächen, jedoch kaum in Gebieten, die für mindestens einen von beiden Teilen als schlechthin »vital« anzusprechen gewesen wären; auch deutsch-russische, die jedoch in stillschweigendem Einvernehmen Jahrzehnte geruht hatten und weitere Jahrzehnte hätten ruhen können. Zieht man aber die Vergleiche, dann wird man nirgends mit zwingender Logik zu dem Schluß kommen: Hier und gerade hier *mußten* die Waffen über die Beseitigung politisch-geographischer Unstimmigkeiten entscheiden; sondern man wird vielmehr zu der Ansicht gelangen, daß nicht die Physiologie der Länder, sondern die Psychologie der Völker den Krieg und die besondere Mächtegruppierung für den Krieg bedingt hat.

B. Die Gruppierung der Mächte zu und in dem Kriege.

1. Dreibund, Dreiverband und Balkan.

Die zunehmende Enge der Erdräume im Zeitalter des weder durch langwierige Kriege noch durch große Seuchen aufgehaltenen europäischen Volkswachstums, dem Zeitalter der durchgreifenden Industrialisierung, der Volkshygiene und der Aufteilung alles noch der europäischen Herrschaft offenstehenden Kolonialbodens hatte die Zahl und Bedeutung der politisch-geographischen Reibungsflächen in entsprechendem Maße sich vermehren lassen. Die Epoche des wie nie zuvor umfassenden Weltverkehrs schuf Vervollständigungspläne großzügiger Art, die, in ganzen Erdteilen abgesteckt, einander hie und da kreuzten und neue politische Machtbestrebungen und politische Eifersüchte zeugten. Fand sich für die neuen weltpolitischen Probleme keine andere Lösung als die des Schwertes, so war derartige Interessenverquickung zu gewärtigen, daß der Kampf nicht etwa zwischen zwei einzelnen Mächten ausgetragen werden konnte, sondern ganze Mächtegruppen mit sich reißen mußte.

Ein langes Herumprobieren am Aufbau dieser Mächtegruppen ging dem Kriege voraus. Der theoretischen Möglichkeiten waren viele. Man konnte an ein Zusammenstehen Festlandeuropas unter Führung seiner drei bedeutendsten Mächte: Rußland, Deutschland, Frankreich gegen die monopolistischen See- und Weltmachttendenzen des Europa vorgelagerten, aber in der Stützung auf außereuropäische Kraftquellen uneuropäisch orientierten, festlandfremden England denken. Oder man mochte von einem anglogermanischen Weltsyndikat der drei größten Industrieländer zur Aufteilung aller Rohstoffgebiete und Absatzmärkte der Welt in Interessensphären träumen — beides Möglichkeiten, die zeitweise tatsächlich in den Gesichtskreis nicht nur der unverantwortlichen, sondern auch der beamtet leitenden Politiker und Staatsmänner gerückt waren.

Bismarck hatte sich zur Sicherung des europäischen Friedens der englisch-russischen Gegensätze in Asien — deren Ausspielung ihm auch die Gründung deutscher Kolonien in Afrika ermöglichte — und des mitteleuropäischen Zusammenschlusses mit Rückversicherung bei Rußland bedient. Er hinterließ den Dreibund als wertvolles politisches Gefüge mit Küsten an allen drei europäischen Meeren. Er hatte aber nicht verhindern können, daß neben dem fortwirkenden Deutschenhaß in Frankreich seit dem Berliner Kongreß auch in Rußland die antideutschen Stimmungen immer mehr die Oberhand gewannen. Mit unendlichen Mühen und ungeachtet vieler Fehlschläge hat die französische Diplomatie hier Anknüpfungspunkte gesucht, die zu finden und fest zu knüpfen ihm schließlich durch den ständigen Anleihebedarf Rußlands erleichtert wurde. Rußland drängte immer stärker nach Konstantinopel. Hier war es im Grunde England, das ihm mit Rücksicht auf die Flankensicherung des Suezkanals, des Hauptweges nach Indien, entgegentrat. Wie immer man früher zur deutschen Orientpolitik gestanden haben mag, wird man heute, durch die Tatsachen belehrt, einräumen müssen, daß es ihr taktischer Fehler war,

diese sehr starke, gewichtige und für Deutschland wertvolle Gegensätzlichkeit der englisch-russischen Interessen zu verwischen und sowohl die englische wie die russische Politik gegen die deutschen Bestrebungen in Vorderasien zu stimmen. Erst diese Schaffung eines gemeinsamen Gegensatzes gegen Deutschland hat eine zeitweilige Zurückstellung der englisch-russischen Gegensätze ermöglicht. So begreiflich es ist, daß die deutsche Diplomatie ein klares Optieren zwischen England und Rußland stets zu vermeiden suchte, so folgenschwer war es doch, daß sie sich hiermit letzten Endes zwischen diese beiden Stühle gesetzt hat.

So vorzügliche Dienste der Dreibund dem europäischen Frieden durch geraume Zeit geleistet und so wertvoll er ganz besonders für das wirtschaftliche Erstarken seines jüngsten Gliedes war, barg er doch immerhin mancherlei Faktoren der Ungewißheit. Die immer brennender werdende Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn in unmittelbarer Verbindung mit den nationalen Reibungsflächen zwischen diesem Lande und Italien ließ die innere Konsolidierung in steigendem Maße als zweifelhaft erscheinen. Dazu kam, daß Italien mit seiner Küstenlage keine englische Gegnerschaft auf sich zu ziehen wagte. Und dazu kam ferner, daß die trotz seiner eigenen Schwäche von Österreich-Ungarn beliebte Balkanpolitik der starken Geste der deutschen Orientpolitik nicht förderlich, sondern abträglich war. Deutschland betrieb die Erhaltung der Türkei, in der es sich selbst einen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Boden zu schaffen suchte, Österreich-Ungarn und Italien betrieben, in scharfer Konkurrenz untereinander, eine Politik der Schwächung und Zerstückelung der Türkei — alle drei Bundesglieder also zogen hier an ganz verschiedenen Strängen.

Daß die Dreibundpolitik gerade auf diesem Gebiet der Einheitlichkeit so völlig ermangelte, war um so bedenklicher, als eben hier England und Rußland über alle früheren Gegensätze hinweg sich schließlich in gemeinsamer Gegnerschaft gegen Deutschland fanden — eine Möglichkeit, mit der maßgebende Faktoren in der Wilhelmstraße überhaupt nicht gerechnet hatten. Für England ist die Orientierung gegen »die gefährliche Macht«, d. h. den nächststärksten Rivalen, alte Überlieferung. Zu dieser »gefährlichen Macht« aber hatte sich in neuester Zeit Deutschland entwickelt, das, abgesehen von seiner in aller Welt hochgeachteten Landmacht, der erste Nebenbuhler Englands in industrieller Erzeugung, Außenhandel, Handelsschiffahrt und Seemacht geworden war. Deutschland störte obendrein den englischen Plan einer durchgehenden Eisenbahnverbindung durch ganz Afrika von Nord nach Süd, und es störte die englischen Kreise empfindlich mit seiner Bagdadbahn.

Die Beherrschung aller Wege von Europa nach Indien betrachtet England geradezu als Lebensfrage. Nachdem es in Indien Fuß gefaßt, riß es, als der Weg nach Indien noch rund um Afrika führte, die wichtige Etappe Kapstadt an sich. Als Frankreich trotz aller englischen Quertreibereien den Suezkanal gebaut, wußte England das fertige Werk und ganz Ägypten dazu in seine Hand zu bringen. Als Reserveweg baute es vom Gebiet des oberen Nil ohne Scheu vor den ungewöhnlich hohen Kosten die Ugandabahn zur ostafrikanischen Küste. Daß es Deutschland unter

keinen Umständen auf dem Wege von Mitteleuropa über Vorderasien bis zu dem Persischen Golf zulassen wollte, ist aus der Geschichte der Bagdadbahn genugsam bekannt. Je mehr Deutschland diesen Plan verfolgte, um so mehr war England darauf bedacht, ihm nicht nur am Endausgang im Süden einen starken Riegel vorzuschieben, sondern womöglich auch den europäischen Zugang zur Bagdadbahn zu verbauen, d. h. bereits auf dem Balkan eine Mauer für den deutschen Einfluß zu ziehen.

Bei diesem Vorhaben mußte England stets darauf bedacht bleiben, auch Rußland von der Flanke des Suezkanals fernzuhalten. Aber es konnte seine Rechnung schließlich darauf einstellen, den neu geschaffenen gemeinsamen Gegensatz Rußlands und Englands gegen den deutschen Einfluß in Konstantinopel und Vorderasien zu nutzen, Rußland lockende Verheißungen zu machen und es gegen Deutschland in der Hoffnung auszuspielen, daß sich dabei letzten Endes Rußland und Deutschland gegenseitig verbluteten, wogegen England seine Stellung sicherte. Rußland für sein Teil sollte nach Englands Wünschen weder an den Persischen Golf noch ans Mittelmeer gelangen. Aber es sollte England helfen, die Querriegel auf dem Wege der Bagdadbahn gegen Deutschland vorzuschieben. In diesem Sinne verständigten sich Rußland und England 1907 über die persische Frage sowohl wie über die »Lösung der mazedonischen Frage«. In jenem vor Reval besiegelten Abkommen liegt der Schlüssel der neuen Situation, ist die Mächtegruppierung für den Weltkrieg abgezeichnet. Hier war jene englisch-russische Verständigung abgeschlossen, die es gestatte, nunmehr den Dreiverband vollwertig neben den Dreibund treten zu lassen. Rußland erhielt Zugeständnisse in Persien, die es aber vom Persischen Meer fernhielt, und beide Mächte gaben das Signal für die Auflösung der Türkei in einer Weise, die auf dem Balkan den Einfluß des Dreiverbands gegen den Dreibund zu sichern bestimmt sein sollte. Daß aber Rußland in der Tat so wenig an das Mittelmeer wie an den Persischen Golf gelangen sollte, bewies England zu gegebener Stunde hinlänglich durch seine Besetzung der Dardanellen und der vorgelagerten Inseln. Der Bundesgenosse sollte Deutschland den Balkanriegel vorlegen — Rußland den Dardanellenriegel vorzulegen, war Englands eigene Sorge! Die bedenkenlose Großzügigkeit dieses politischen Spiels, die raffinierte Benutzung eines Todfeindes als Bundesgenossen ist in ihrer ganzen Raffiniertheit wohl nur selten recht erkannt worden.

Für Rußland ist der Balkan jederzeit eine Frage des Mittelmeerzugangs, für England eine Frage des Zugangs nach Indien bzw. der Möglichkeit seiner Versperrung. Aus diesem Grunde war auf dem Berliner Kongreß Rußland für eine möglichst vollständige Auflösung der europäischen Türkei und für ein großes Bulgarien, das in Rußlands Gefolgschaft zum Wegbahner nach den Dardanellen werden sollte. Eben deshalb aber war England gegen dieses große Bulgarien, in dem es den Anfang einer Ausbreitung der russischen Herrschaft über die östlichen Ränder des Mittelmeers, damit also auch über die Wege nach Indien sah. Österreich-Ungarn betrachtete den Balkan wesentlich als einen benachbarten Markt, den es seiner Industrie offengehalten sehen wollte, und Deutschland erblickte in

ihm kein Gebiet unmittelbarer, eigener Interessen, sondern nur ein Streitobjekt zwischen Rußland und England, das genutzt werden mußte, um Deutschland die Rolle des Züngleins an der Wage dieser beiden Mächte zu sichern.

So kam es also zu dem Berliner Kompromiß, das nur ein begrenztes und nicht ganz unabhängiges Fürstentum Bulgarien entstehen ließ. Zwei stritten sich, ein Dritter vermittelte, und das Streitobjekt — die europäische Türkei — freute sich eines verlängerten Daseins. Der Vermittler aber erntete wenig Dank, sondern von seiten der geschlagenen russischen Diplomatie bittere Feindschaft. Seither wird Berlin als Hindernis auf dem Wege von Petersburg nach Konstantinopel empfunden. Wenn es Bismarck gleichwohl gelang, wieder gute Beziehungen zu Rußland zu pflegen — als er die deutsche Kolonialpolitik inszenierte und England beschäftigt wissen mußte, bot er Rußland sogar deutsche Finanzunterstützung für einen Zug gegen Indien an —, so blieb doch der Stachel im russischen Empfinden zurück und führende Geister des Zarenreichs lebten sich wegen des erschwerten Weges nach Konstantinopel immer stärker in den Deutschenhaß ein, je mehr sich später die deutsch-türkischen Beziehungen verengerten. —

Rußland fand auch in dem kleineren Bulgarien nicht, was es gesucht. Der Battenberger, Bulgariens erster Fürst, trieb keine rundweg russische Politik, obwohl Rußland alles getan, ihm ein selbständiges Regieren zu erschweren. Die Verfassung und das Parteiwesen, das russischer Einfluß geschaffen, waren für ein Analphabetenland — als solches kam Bulgarien ja doch schließlich aus der türkischen Herrschaft heraus — in höchstem Grade gefährlich und so gestaltet, daß die inneren Schwierigkeiten immer für ein starkes Anlehnungsbedürfnis des Fürsten sorgen sollten. Fürst Alexander aber ging weiter seine eigenen Wege, und als 1885 in dem türkisch gebliebenen Nachbarland Ostrumelien oder Südbulgarien aufs neue die bulgarische Freiheitsbewegung ausbrach, zog er sogar gegen Rußlands Willen über die Grenze, um das Land mit seinem Fürstentum zu vereinigen.

Damals begann in der balkanischen Kleinstaaterei bereits der Ruf nach »Kompensationen« zur Erhaltung des Gleichgewichts. Griechenland hatte schon 1881 beträchtliche Gebietserweiterungen durchführen können und Rumänien hatte sich damals zum Königreich gemacht. Nun wollte Serbien die bulgarische Ausdehnung über Ostrumelien nicht ruhig mit ansehen, ohne auch seinerseits Machtzuwachs davonzutragen. Alexander aber holte nicht nur die Südprovinz heim, sondern wies auch die Serben mit blutigen Köpfen ab. Gerade die selbständige politische Betätigung Bulgariens ließ die politische Rolle der Mächte vertauscht erscheinen. Die schwache Türkei erblickte in einem gegen Rußland selbständigen Bulgarien ein Bollwerk gegen den fortgesetzt drohenden russischen Vormarsch nach Konstantinopel und ließ ohne großen Widerstand die Angliederung Ostrumeliens an den Balkanstaat geschehen. Rußland dagegen, das sich noch vor sieben Jahren so lebhaft für ein großes Bulgarien eingesetzt, wollte nun, nach den selbständigen Regungen dieses jungen Staatsgebildes, von seiner weiteren Stärkung durchaus nichts wissen. Unermüdlich

intrigierte es gegen den Battenberger und erreichte im Jahre 1886 nach einer Kette von Irrungen und Wirrungen auch dessen Absetzung, ohne deshalb jedoch zur Ausübung einer russischen Vormundschaft gelangen zu können. Des Fürsten Alexander letzte Tat war vielmehr, daß er in Stambulow einen starknervigen Bulgaren zur Regentschaft brachte, der entschlossen war, die volle Unabhängigkeit des Landes nach der russischen Seite hin zu wahren. —

Auch in den Zeiten verhältnismäßiger äußerer Ruhe und nicht immer ungestörter innerer Konsolidierung hörte der Balkan nicht auf, Objekt der Weltpolitik zu sein. Rußlands Auge blieb auf Konstantinopel gerichtet. Englands eifersüchtiges Wachen über die Wege nach Indien aber erspähte neben der russischen eine mitteleuropäische Gefahr. Das Deutsche Reich war mächtig erstarkt und hatte begonnen, die türkisch-vorderasiatischen Beziehungen nachhaltig zu pflegen. Auch die Politik der Donaumonarchie entfaltete wieder eine größere Aktivität und schien insbesondere dahin zu streben, einen Ausgang von Mitteleuropa durch das Gebiet der Balkanhalbinsel unmittelbar an das Ägäische Meer zu bahnen. England begann die unter deutscher Führung entstehende Bagdadbahn und den Plan einer österreichischen Bahn Serajevo—Novibazar—Amselfeld—Skopje—Saloniki ernstlich zu fürchten, da es in beiden Plänen vereint eine künftige Bedrohung seiner Suezsicherheit und Indiens erblicken zu müssen vermeinte.

Da nun aber auch Rußland eine aktive Balkanpolitik Österreich-Ungarns höchst verdächtig und jede Arbeit an der Stärkung der Türkei, wie Deutschland sie sichtbar betrieb, höchst ungelegen war, so begann die englisch-russische Rivalität sich zu verwischen und Rußland wie England einen gemeinsamen Feind in Mitteleuropa und seiner Orientpolitik zu sehen.

Zusehends mehrten sich unter der Regierung Eduards VII. von England die Anzeichen dieses Umschwungs. Die beiden oben festgestellten Grundtatsachen blieben bestehen: Für Rußland blieb der Balkan eine Frage des Mittelmeerzugangs, für England eine Frage des Indienzugangs. Aber seitdem die Mittelmächte ihrerseits eine aktive Orientpolitik zu treiben begannen, sah England eine Bedrohung mehr von ihrer als von der russischen Seite, zumal die persönliche Politik des Britenkönigs stark beeinflußt war durch seine scharfe Abneigung gegen Deutschland. Mochte aber er für sein Teil auch tatsächlich vor allen anderen Gedanken den der Züchtigung oder Zerschmetterung Deutschlands betreiben — für eine weniger persönlich zugespitzte, sachlichere Politik Englands konnte es sich letzten Endes doch im wesentlichen wohl nur um den Wunsch handeln, die früher beobachteten Zustände dahin umzuwandeln, daß nicht mehr Deutschland das Zünglein an der russisch-englischen Wage, sondern England das Zünglein an der russisch-deutschen Wage werden sollte. Schwerlich konnte es im dauernden Interesse Englands liegen, Deutschland zu dem Ende zu zerschmettern, damit Rußland über den Balkan und den Kaukasus freien Weg finde zur Ausbreitung seiner Macht bis an das Ostmittelmeer! Vielmehr gebieten ihm seine Interessen, die Mittelmächte und Rußland fortgesetzt so weit gegeneinander auszuspielen und in Schach zu halten, daß

beide zu keiner aktiven, erfolgreichen Orientpolitik kommen, sondern einander wechselseitig von Konstantinopel und den Wegen nach Ägypten und Indien fernhalten.

Immerhin — die russisch-englische Annäherung vollzog sich noch unter König Eduard VII. unter dem Zeichen einer Verständigung über die Fragen des nahen Orient, vornehmlich des Balkan, der damit ganz und gar zum Objekt der Weltpolitik gemacht werden sollte. Der Balkan aber wollte nicht Objekt, sondern Subjekt weltpolitischer Gesetzgebung sein. Die Weltmächte, die ihn zu schieben glaubten, mußten zu gegebener Zeit erkennen, daß sie die Geschobenen waren.

Seit einem runden Jahrzehnt stand der Balkan bei Kriegsausbruch wieder im Brennpunkt weltpolitischer Probleme, die sich zusehends schärfer zuspitzten. Mit Balkanködern suchte man Italien vom Dreibund fortzulocken, Italiens Adriawünsche belebend und dem österreichischen Gedanken der Sandschakbahn zur Ägäis den russisch-italienischen Gedanken einer Adriabahn quer über die Halbinsel entgegenstellend. Der Balkan ward schließlich auch der Angelpunkt der russisch-englischen Verständigung.

Ihren Höhepunkt fand diese Verständigungsarbeit in jenen Junitagen 1908, da König Eduard VII. und Zar Nikolaus II. sich vor Reval begegneten. Die Verkündigung der dort gehaltenen Trinksprüche und besiegelten Vereinbarungen gab das Signal für all die Wirren, die dann über den Balkan und schließlich über ganz Europa hereinbrachen. Die Losung ging von Reval aus: Rußland und England werden nach gemeinsamem Plan »die mazedonische Frage lösen.« Wie ein Feuerzeichen flammte sie in die Welt des Balkan.

Was besagte das Stichwort: »Lösung der mazedonischen Frage?« Was mußte seine Ausgabe in dieser Form besagen? Für die Türkei enthielt es die Bedrohung mit Aufteilung ihres Gebietes, für die Balkanstaaten die Aufforderung zu raschem Zugreifen.

In Konstantinopel schlug die Kunde von Reval wie eine Bombe ein. Sie gab den eigentlichen Anstoß zur türkischen Revolution. Widerspruchsvolle Auffassungen und Stimmungen kreuzten sich. Türkische Patrioten fragten sich, wie der drohenden Gefahr zu begegnen, wie die Türkei stark zu machen sei gegen die Willkür von Mächten, die ihr Fell beliebig verteilten. Trotzdem England im Verein mit Rußland das Signal gegeben, war es aber doch zugleich den englischen Einflüssen gelungen, vielfach den Gedanken zu verbreiten, daß die Türkei nur in Freundschaft mit England der Gefahr begegnen könne. Die Engländer verstanden es, die Freundschaft mit Deutschland zur Hauptgefahr für die Türkei umzudeuten und jene Kreise, die eine Rettung und Erstarkung der Türkei nur im Umsturz des herrschenden Systems erblicken konnten, darauf zu verweisen, daß Deutschland es sei, das dieses System halte. In Wahrheit hatte Deutschland ja nicht die Freundschaft des herrschenden Systems gesucht, sondern die Freundschaft der Türkei, an deren Erstarkung es mitarbeiten wollte.

Sicher war den sorgenden türkischen Patrioten, daß ihr Vaterland dringend der Kräftigung bedürfe. Diese Kräftigung erhofften sie nur von politischer Erneuerung. Die Anschauungen darüber, mit welchen Mächten

die Türkei Freundschaft halten müsse, um die Erneuerung und Erstarkung gesichert durchführen zu können, war geteilt. Die einen erkannten, daß ja doch eben die Verständigung Englands mit Rußland die Gefahr brennend gemacht, die andern sahen in dem »freien, parlamentarisch regierten« England die einzig passende Anlehnung für eine freie, zur parlamentarischen Regierung übergehende Türkei, die sich vom »reaktionären« Deutschland abheben muß. England für sein Teil förderte die Revolution in der doppelten Hoffnung, daß sie nur zu weiterer Schwächung der Türkei führen und daß sie die neuen Leiter des Landes an das »liberale« England sich anschmiegen lassen würde. Wo die wahren und wo die falschen Freunde der Türkei zu suchen waren, darüber wurden die neuen türkischen Machthaber dann später endgültig belehrt durch die Sabotage, die von den englischen Marinemachthabern an den ihrer Führung anvertrauten türkischen Kriegsschiffen getrieben wurde!

Die Balkansteine waren von Reval aus einmal ins Rollen gebracht und nun gab es kein Halten mehr. Die ersten außerpolitischen Folgerungen wurden gezogen durch die endgültige Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die Donaumonarchie und die Unabhängigkeitserklärung des zugleich zum Zartum erhobenen Bulgarien durch Ferdinand I. Eine weitere, mittelbare Folge war der italienische Tripoliskrieg, in dem Italien sich ein Stück der von Eduard und Nikolaus ausgebotenen türkischen Beute sichern zu müssen meinte. Inzwischen bereiteten die Balkanfürstentümer den großen Schlag vor, zu dem sie von Reval aus eine so deutliche Ermunterung erfahren hatten. Der Stein ward zur Lawine...

Ja — war denn nun in Reval wirklich »die Lösung der mazedonischen Frage« gefunden? Auf zwei Arten wäre sie wohl theoretisch denkbar gewesen: Entweder, indem die Mächte die Herr Mazedoniens bleibende Türkei zu solchen Reformen zu veranlassen wußten, die tatsächlich Ruhe und Ordnung hätten gewährleisten können. Diese Lösung schien unglaubhaft, nachdem England und Rußland ganz unter sich, ohne jede Fühlungnahme mit der Türkei, das Problem in Angriff genommen hatten. Sie hätte aber auch praktisch wenig Erfolg und Dauer verheißen, da Mazedonien schwerlich aufgehört haben würde, nach voller politischer Freiheit zu streben. Blieb also nur der andere Weg der »Lösung«: Die politische Lostrennung Mazedoniens von der Türkei in einer Form, die in erster Linie den gegebenen nationalen Verhältnissen Rechnung trug. Da nun die Bevölkerung Mazedoniens geschichtlich und ethnographisch am engsten mit Bulgarien verknüpft war, so hätte folgerichtig das Land bei der »Lösung« der mazedonischen Frage Bulgarien zugeschlagen werden müssen, wie Rußland es schon im Frieden von San Stefano gewollt hatte, ohne diese Lösung damals gegen England durchdrücken zu können. So einfach aber war das Problem nicht gelöst, sollte es nach Rußlands und Englands Absicht auch nicht gelöst werden.

Auf das Positive war es diesen beiden Mächten überhaupt nicht entfernt sosehr angekommen wie auf das Negative. Nicht um das Aufbauen handelte es sich ihnen, sondern um das Einreißen. Nicht Ruhe wollten sie stiften, sondern den Herd der Unruhe erhalten und mit neuem Brenn-

material anfüllen. Weit davon entfernt, sich über die Verbindung Rußlands mit dem Mittelmeer wirklich verständigen zu können, genügte es ihnen, sich über die Trennung der Mittelmächte von der Türkei und Vorderasien verständigt zu haben.

Dieses letztere war der weltpolitische Hauptzweck der Vereinbarung von Reval über die Balkandinge. War die gründliche Trennung dieser Mächte, die Zerschneidung des Hamburg—Bagdadweges, die südöstliche Einkreisung der Mittelmächte erst erreicht, dann fand sich auch das weitere: Dann konnten neue Balkankonflikte entflammt werden, an denen Österreich-Ungarn auf das lebhafteste interessiert, Deutschland aber anscheinend uninteressiert war. So durfte man hoffen, die beiden Kaiserreiche bei passender Gelegenheit doch in der Isolierung vorzufinden, Österreich-Ungarn allein vom Balkan her in Bearbeitung zu nehmen, um Ansehen, Macht und Einfluß bringen zu können und dann mit dem vereinsamten Deutschland endlich leichteres Spiel zu haben. Kam es aber doch wirklich zum äußersten — nun, so konnte man das Überspringen der Funken vom Balkanbrand auf Europa auf eine Zeit verlegen, in der die verbündeten Gegner Mitteleuropas völlig gerüstet waren, und hatte es dann vermöge der völligen Einkreisung in der Hand, den Waffen- und Hungerkrieg gegen die abgeschnittenen Länder mit den besten überhaupt erreichbaren Aussichten zu führen. Vermutlich würden sie angesichts einer solchen Bedrängnis — so dürfte die Rechnung der »friedlicheren« Gegner gewesen sein — drohendem Kriege ausweichen, sich weltpolitisch willfährig erweisen, der Entente »aus der Hand fressen.« Minder kriegsfürchtige Briten werden nicht auf dieses letztere Ergebnis gerechnet haben, sondern von vornherein auf den mit aller erdenklicher Sorgfalt vorbereiteten Krieg — sollte er doch nicht nur Deutschland, sondern auch das England verbündete Rußland bis zur Unschädlichkeit schwächen und beide Länder veranlassen, einander zugunsten britischen Sicherheitsgefühls wechselseitig dauernd von den Wegen nach dem Suezkanal und dem Ganges fernzuhalten.

1912 entbrannte also der Balkankrieg und brachte — keine Lösung der mazedonischen Frage! Gewiß, den türkischen Händen war Mazedonien entwunden, aber wem die Beute? Die Londoner Konferenz, die eifrig an der »Lokalisierung des Balkanbrandes« arbeitete (weil der Pulverring um die Mittelmächte noch nicht dicht genug gelegt war!), beschied sich mit dem weisen Leitspruch: »Der Balkan den Balkanvölkern«, ohne dem Wort jedoch Inhalt zu verleihen. Das Schlagwort war ein neues Problem, keine sichere Lösung. Wollte man sie nationalpolitisch, so wie das Wort es heischte, zu finden suchen, so stieß man unerbittlich auf »Kompensations«-Forderungen und auf Gleichgewichtshemmungen. Die politische Welt stand eben im Banne des Schlagworts von der Erhaltung des politischen Gleichgewichts, das doch wegen seiner Labilität so viel gefährlicher ist als die Stabilität einer sich auf natürlichem Boden auswachsenden Macht.

Das von uns so wenig beachtete Mazedonien war ein wichtiger Posten in den Büchern der englischen Einkreisungspolitik. Zumal seitdem Kaiser Wilhelm den ersten Ansätzen der Einkreisungspolitik begegnet war durch die Knüpfung der deutsch-islamitischen Bande, stand für jene die Not-

wendigkeit einer Zertrümmerung der Türkei fest. Sie übersahen freilich, daß eine Amputation der ewigen Verschwörungszentren Mazedoniens vom türkischen Körper diesen nicht schwächen, sondern vielmehr seine Wiedererstarkung erleichtern könnte.

»Mazedonien« gehörte zu jenen Zauberformeln, mit denen der Ring der europäischen Außenmächte gegen die Mittelmächte geschmiedet wurde. Frankreich wurde durch Brocken des Türkenerbes interessiert: Syrien und — Saloniki. Italien durch fettere Bissen: Tripolis und die Adriaherrschaft, Einfluß auf Albanien, Bahnung eines Weges von der Adria hinüber nach Rußland. Man erinnert sich der russisch-italienischen Eisenbahnpläne vor den Kriegen, die bestimmt waren, Österreich-Ungarn abzudrängen von dem Wege nach Saloniki! Mazedonien sollte ost-westliches Durchgangsgebiet der Entente, nicht nord-südliches Durchgangsgebiet der Mittelmächte werden.

Die Stellungnahme Bulgariens hat diese Rechnung durchkreuzt. Der Ententeplan hatte für Bulgarien — wie überhaupt — nur politische Bedeutung. Der Ring sollte geschlossen, die politische Verbindung zwischen dem innerlich schon der Entente verfallenen Italien und Rußland hergestellt werden. Diese italienisch-russische Verbindung über den Balkan hätte den politischen Druck Rußlands gewaltig vermehrt, Bulgarien in der Tat zu einer russischen Provinz gemacht. Zugleich sollte, da Rußland sich der Serben besonders sicher fühlte, das mazedonische Bulgarentum den Serben ausgeliefert werden. Wirtschaftlich hatte sich Bulgarien von der italienisch-russischen Verbindung, die, wie gesagt, rein politischer Natur war und nur für Englands Zwecke zugleich eine wirtschaftliche Absperrung der Mittelmächte zu bedeuten hatte, gar nichts zu versprechen.

Die führenden Köpfe Bulgariens unter Vorantritt des Zaren Ferdinand erkannten, daß Bulgariens Interessen nicht an der Ost-Westverbindung zwischen Rußland und Italien über den Balkan hingen, sondern an der Nord-Südverbindung zwischen den Mittelmächten und der Türkei. Dort winkte auch im Falle des Sieges politische Abhängigkeit — hier politische Machterweiterung; dort sprang wirtschaftlich gar nichts heraus, hier reicher Gewinn. Rußland bietet Bulgarien, das es politisch überschlucken wollte, wirtschaftlich gar nichts, Italien ist ihm ein Konkurrent, der ihm den mitteleuropäischen Wein-, Obst- und Gemüsemarkt wegnahm. Deutschland und die Türkei dagegen waren schon vordem Bulgariens beste Kunden und auch mit Österreich-Ungarn verknüpften es sehr enge Wirtschaftsbeziehungen.

Die alte Türkei zählte in ihrer Provinz Mazedonien gegen 3 Millionen Einwohner, darunter über 2 Millionen Christen, 500 000 Mohammedaner und 100 000 Juden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Mohammedaner nur zum Teil Türken sind, zum Teil übergetretene Bulgaren usw., aber vielfach auch Spaniolen (Juden). Die Zahl der letzteren ist demnach erheblich größer, als aus jener türkischen Statistik hervorgeht. In Saloniki haben die Spaniolen durchaus das Übergewicht; aber auch in Skopje konnte ich die Beobachtung machen, daß am jüdischen Feiertag offenbar mehr Läden geschlossen waren als am mohammedanischen oder am christlichen.

Nach bulgarischer Auffassung gibt es im eigentlichen Mazedonien 1,2 Millionen Bulgaren, 500 000 Türken, 200 000 Griechen und 120 000 Albaner. Unbezweifelbar ist, daß die Bulgaren im ganzen Kern des Landes durchaus das Übergewicht haben. Nur in einzelnen Randgebieten überwiegen die Griechen, die Spaniolen, die Albaner, die Serben und die Türken. Hauptverkehrssprache aber ist wiederum fast durchweg das Bulgarische mit etwas türkischer Durchsetzung — wie überhaupt die bulgarische Sprache, an sich nicht wortreich, sehr anpassungsfähig ist und fremde Elemente leicht aufnimmt und assimiliert.

Die Griechen, Türken und Spaniolen leben vorwiegend in dem griechisch gewordenen Süden. Durch die Errichtung von Schulen ist eine weitgehende Gräzisierung des Südens versucht worden, doch ist auch im Einflußgebiet dieser griechischen Schulen bulgarisch die Familiensprache geblieben. Die Griechen sind ein Stadtvolk, das den Ackerbau ganz verkümmern läßt, mit den Spaniolen an Geriebenheit wetteifernde Händler, ganz im Gegensatz zu den zähen, arbeitsamen, gärtnerisch veranlagten, im übrigen kriegerischen Bulgaren, deren Familiensinn für Erhaltung der Nationalität auch gegen äußere Einflüsse sorgt.

Die Serben haben in Mazedonien immer nur ganz vorübergehend politischen Einfluß gehabt, und zwar immer nur auf Anstachelung durch Rußland. Wo sie konnten, haben sie zwar ihren überhebenden serbischen Chauvinismus serbisierend zu betätigen versucht; aber sie sind schlechte Staatenbildner und ermangeln der eigentlichen Führerkräfte. In bezug auf die Schwäche ihrer staatenbildenden Fähigkeiten erinnern sie an die Polen.

Daß der Bulgare in völkerkundlicher Betrachtung der eigentliche Herr Mazedoniens, hat übrigens bereits im Jahre 1877 Bismarck auf eine Anfrage im Reichstag bekundet. Der natürliche Schluß, daß Mazedonien niemals anders zur Ruhe und Befriedigung würde kommen können, als unter bulgarischer Herrschaft, ist jedoch durch die englischen Beglücker Mazedoniens nicht gezogen worden und auch Rußland hatte das Land schließlich den nicht berechtigten Serben anheimfallen lassen. Die englisch-russische Politik ging eben keineswegs auf wirkliche Befriedigung des Balkan aus, sondern auf vorsorgliche Erhaltung eines Brandherdes zu beliebiger Entflammung Europas.

Die Arbeit, die der erste Balkankrieg immerhin zur Anbahnung einer natürlichen Lösung der mazedonischen Frage gebracht, wurde durch den zweiten Balkankrieg gründlich verpfuscht. Wer immer mit gesunden Sinnen die Landkarte betrachtete, deren Festlegung den zweiten Balkankrieg beendete, konnte schlechterdings nicht im Zweifel darüber sein, daß hier neuer Konfliktstoff in Massen aufgehäuft war. Man gebe einem Lehrling der politischen Geographie eine weiße Balkankarte mit der Aufgabe in die Hand, sie so mit Landesgrenzen zu durchziehen, daß an der Haltlosigkeit dieser Grenzen nicht gezweifelt werden kann — und das Bild wird wahrscheinlich in manchen Stücken dem der Bukarester Friedenskarte ähneln. Das sage ich nicht erst heute, sondern habe es damals unverzüglich in der geographischen Fachpresse zum Ausdruck gebracht.

Man denke nur an die Abgrenzung Serbiens: Das Land hatte eine bedeutende Ausdehnung bekommen, weit über die nationalen Grenzen des Serbentums hinaus. Seine neuen Grenzen drängten ganz offensichtlich ans Meer, sowohl in der Richtung auf die Adria, wie in der Richtung auf die Ägäis. Aber dieses große Serbien blieb doch ein reiner Binnenstaat. So etwas ist einmal möglich unter den ganz besonderen Verhältnissen der Schweiz, eines seiner Natur nach auf Friedlichkeit und weltpolitischer Wunschlosigkeit gestellten Landes. Aber es läßt sich nicht wiederholen, am allerwenigsten mit einer Nation von dem politischen Eifer und der Selbstüberschätzung der serbischen. Entweder man schuf ein wirkliches Großserbien mit freiem Seezugang, oder aber man verwies dies zur Ruhestörung so stark reizende, zur Selbstregierung so wenig befähigte Volk in die engsten nationalen Grenzen, womöglich unter wohltuender Oberaufsicht einer starken Großmacht.

Nun wollen natürlicherweise auch die verkehrsgeographischen Gesetze der Weltpolitik verstanden sein unter gewissen Beziehungen zwischen der vorhandenen Größe eines Staates und seinem Ausdehnungsstreben. Heischen die Weltmächte sowohl in ihrem Stammbesitz wie in ihren Kolonialreichen Ausgänge nach verschiedenen Ozeanen, so sehen wir bei kleineren Mächten das gleiche verkehrsgeographische Gesetz in entsprechend engerem Rahmen wirksam. Wenn beispielsweise für Deutschland die Küstenlage an der Ost- und Nordsee im Vergleich zu seiner heutigen Wirtschaftsstellung nur *einen* Seezugang bedeutet, nämlich den *einen* mittelbaren Weg an den Atlantischen Ozean, so wird es für eine kleinere Balkanmacht beispielsweise schon als reichlicher Genuß *mehrfacher* Seezugänge zu betrachten sein, wenn sie an verschiedene Teile des Mittelmeeres stößt. So ist es Griechenlands Vorteil, an das Ägäische und an das Ionische Meer zu stoßen; und man konnte während des Balkankrieges deutlich genug beobachten, wie hoch es den Vorteil bewertet haben würde, wenn es seine Grenzen nach Westen über das Ionische Meer hätte hinausstrecken können bis an das Adriatische Meer. Bulgarien, so viel der ursprünglich heimgebrachten Früchte des ersten Balkankrieges es auch wieder seinen Händen entgleiten sehen mußte, hatte doch immerhin durch den Abschluß des zweiten Balkankrieges zu seiner alten Schwarzenmeerküste eine neue Küste am Ägäischen Meer gewonnen, deren verkehrspolitischer Wert freilich noch beträchtlich größer gewesen wäre, wenn auch Kawalla zu dem neuen bulgarischen Besitzstand gehört hätte. Daher das heiße Ringen um diese Stadt.

Während des Weltkrieges strebte Bulgarien nach einer Ausdehnung seiner Küste an beide Meere, und zwar nördlich bis an die Donaumündung, am Ägäischen Meere bis über Kawalla hinaus. Der damalige bulgarische Gesandte in Berlin stellte in einer Schrift über die bulgarischen Kriegsziele sogar das Verlangen, daß Bulgarien durch Albanien einen Korridor an das Adriatische Meer erhielte. Obwohl in früheren Jahrhunderten Bulgarien tatsächlich einmal diese Ausdehnung bis an drei Meere gehabt hatte, lehnten die offiziellen Stellen in Sofia so weitgehende Forderungen

ab und bezeichneten die erwähnte Arbeit des Berliner Gesandten als eine Privatarbeit.

Serbien ermangelte auch nach den beiden Balkankriegen noch des unmittelbaren Seezuganges, hatte aber seine Grenzen derartig erweitert, daß aus der Gestalt des Landes nach dem Stand vor Ausbruch des Weltkrieges mit scharfer Deutlichkeit das Streben ersichtlich wurde, nicht nur einen, sondern womöglich gleich einen mehrfachen Seezugang zu erlangen, und zwar sowohl nach dem Adriatischen wie nach dem Ägäischen Meere.

Gerade dadurch, daß die serbischen Grenzen nach dem zweiten Balkankriege eine so unglückliche, den Grundlehren der politischen Geographie ins Gesicht schlagende Gestalt bekommen hatten, war Serbien vorausbestimmt zu einem Herd bleibender politischer Unruhe und eifrigen Verlangens nach weiterer Ausdehnung. Indem Rußland als Protektor Serbiens diese serbischen Stimmungen nutzte, konnte es dazu kommen, daß der von den Interessen der Großmächte diktierte Weltkrieg dem äußeren Anschein nach seinen Anfang nahm von dem kleinen Serbien.

Die Fortdauer der Balkanunruhe war also gewährleistet und die Möglichkeit gegeben, zu jedem passenden Zeitpunkt den Brand aufs neue zu entflammen, um ihn dann je nach Wunsch und Bedürfnis nicht mehr zu »lokalisieren.« Bedroht erschien durch diesen Zustand in erster Linie die Ruhe Österreich-Ungarns. Gelang es, durch eifrige politische Unterhaltungen mit Deutschland auf anderen Gebieten dessen Aufmerksamkeit abzulenken, so daß es sich im Falle neuer Balkankonflikte nicht an Österreich-Ungarns Seite hielt, so war das Ziel der Trennung erreicht, eine leichte Demütigung der Donaumonarchie vom Balkan her und im Anschluß eine tiefe Entfremdung zwischen beiden Kaisermächten erreicht, die eine spätere Demütigung Deutschlands erleichtert haben würde. Diesem Ziel scheint die britische Diplomatie mit ihren »Verständigungs«-Verhandlungen eifervoll zugestrebt zu haben. Eifervoll, aber im entscheidenden Augenblick doch erfolglos. Denn als schließlich im Gefolge der Bluttat von Serajewo die Probe aufs Exempel gemacht, die Demütigung Österreich-Ungarns vom Balkan her unter russischem Druck versucht wurde, indessen England Verständigungseifer gegenüber Deutschland vorgaukelte, ließ das Reich den Verbündeten nicht im Stich, sondern trotzte mit ihm gemeinsam der gemeinsamen, von Rußlands Seite aus bereits zu stark verdeutlichten Gefahr.

Deutschland hatte weltpolitisch in der letzten Vorkriegszeit ein Janushaupt: Das eine Antlitz wandte sich dem nordwestlichen Ausgang zum Meere zu, von dem aus es eine koloniale Ausbreitungspolitik betrieb, die teilweise auf Kosten Frankreichs gedacht war (die mittelafrikanischen Marokkokompensationen), in ihren Endzielen aber vornehmlich englische Interessen traf (zentralafrikanischer Querriegel der Kap—Kairobahn). Dadurch begünstigte es den englisch-französischen Zusammenschluß, nachdem solange die französischen Versuche des Vordringens an den Nil die alten französisch-englischen Gegensätze verstärkt hatten (Faschoda!). Das andere Antlitz blickte über Land in entgegengesetzter Richtung nach

Vorderasien. Hier bannte das deutsche Vorgehen die Verlängerung der russisch-englischen Reibungsflächen und begünstigte ungewollt die kaum für möglich gehaltene russisch-englische Verständigung. Dabei war auf dem Südostwege, wie es für eine gesicherte und erfolgreiche Politik notwendig gewesen wäre, Deutschland nicht der starke und unbedingte Führer, sondern es sah unbedenklich zu, wie das innerlich schwache Österreich-Ungarn auf dem Balkan eine Sonderpolitik trieb, die nicht nur den Dreibund im Hinblick auf Italien gefährdete, sondern auch auf die deutschen Interessen Rücksicht zu nehmen nicht für nötig hielt.

Politische Bündnisse zwischen selbständigen und selbstbewußten Staaten dürfen nie als Ewigkeitswerte gebucht werden. Der Dreibund, dem Wortlaut wie dem Geiste der Verträge nach durchaus defensiv, hatte verhältnismäßig langen Bestand, war aber in jener Zeitspanne, die durch die Revaler Beschlüsse eingeleitet war, sichtbarlich abgebröckelt, da bei den damals eingeleiteten Vorgängen im Gebiet der bisherigen Türkei Österreich-Ungarn und Italien Politik auf eigene Hand ohne Rücksicht auf die Vertragsbestimmungen trieben. Der Dreiverband mit offensichtlich aggressiver Spitze gegen Deutschland versprach nur kurze Dauer, denn, ganz abgesehen von den großen Interessengegensätzen zwischen seinen Teilhabern außerhalb der Sphäre des gemeinsamen Widerstandes gegen deutschen Aufschwung, trieben seine festländischen Glieder sich zu derartig forcierten Rüstungen vorwärts, daß, zumal nach der Heraufsetzung der Dienstpflicht in Rußland und Frankreich, die materiellen Opfer unmöglich lange getragen werden konnten.

Immerhin: Der Dreibund — wäre er auch innerlich noch so stark und fest gewesen — blickte nur über angesichts der überragenden englischen Seemacht und ihrer beispiellos günstigen Lage und guten Stützpunkte leicht zu schließende europäische Binnenmeere, der Dreiverband aber auf die ganzen, freien Ozeane. Er war in der Lage, dem Dreibund die ozeanischen Zufuhren abzusperren, konnte sich selbst aber ungehemmt aus der ganzen Welt versorgen; Rußland mit seiner offenen Grenze wohl verwundbar, aber in seiner Riesengröße scheinbar durch Waffengewalt nicht tödlich zu treffen; Frankreich an seiner günstig gestalteten und verhältnismäßig kurzen Westgrenze durch Jahrzehnte unter größtem Aufgebot aller technischen Hilfsmittel militärisch vorzüglich geschützt; England in seiner insularen Lage und mit seiner Riesenflotte unmittelbar so gut wie unangreifbar, dazu gestützt auf die enormen Hilfskräfte seiner Kolonien — kein Zweifel, daß die geographischen Vorbedingungen für den Dreiverband gegenüber dem von der weiteren Außenwelt leicht abzuschließenden Dreibund recht günstig erschienen.

Strebte Deutschland aus dieser gefährlichen Isolierbarkeit heraus, einerseits durch den Bau einer starken Kriegsflotte, anderseits durch Öffnung der Südostwege in Produktionsgebiete, die seinem Boden versagte Erzeugnisse zu liefern vermochten, so suchte man eben auf der Gegenseite um so mehr die Wege unseres Ausschlupfs zu versperren und bemühte sich um die oben erwähnte doppelte Barre. So blieb es nicht bei der einfachen Gruppierung: Dreibund und Dreiverband, sondern das Bild zeigte

fortschreitende Ausweitungen und Abwandlungen. Der Panslawismus und Ungarns engherzige Konkurrenzpolitik führten dem Dreiverband zur engeren südöstlichen Einkreisung Serbien zu. Im Nordosten zogen Frankreich und England Belgien auf ihre Seite, nach den belgischen Dokumenten offenbar schon vor den Verlautbarungen über die deutschen Generalstabspläne, Belgien im Notfalle als Aufmarschgelände gegen Frankreich zu benutzen. Deutschland seinerseits hatte nicht nur versucht, die Abwehr gegen Rußland durch eine Militärkonvention mit Rumänien zu vervollständigen, sondern auch die Türkei so weit zu stärken, daß im Kriegsfalle der mit deutscher Hilfe gesicherte Abschluß der Meerengen eine Versorgung Rußlands durch seine Verbündeten mit militärisch-technischem Material usw. auf diesem Wege ebenso unmöglich machte wie die Versorgung Englands mit südrussischem Getreide. Auch mit Bulgarien wurden vor Kriegsausbruch Fäden angeknüpft, um der Verbarrikadierung des Weges an die Meerengen einigermaßen begegnen zu können.

Hätten alle Fäden, um deren Knüpfung Deutschland bemüht gewesen, im Ernstfalle gehalten, so hätte sich territorial etwa dieses Bild ergeben: Rußland auf der ganzen Länge seiner Westgrenze vom äußersten Nordzipfel der Ostsee bis hin nach Persien von der Verbindungsmöglichkeit mit seinen Bundesgenossen abgeschnitten und zum militärischen Aufmarsch gezwungen. Frankreich von Nordosten her durch Belgien in gewaltigem, glänzend vorbereiteten Siegeslauf überrant, zumal unter dem Zwange, die gesamte Landgrenze vom Kanal bis zum Mittelmeer militärisch (mit einziger Ausnahme der Schweizer Grenze) nahezu gleich stark zu sichern. England durch die Aktivität der deutschen Flotte mit seiner ganzen Seemacht in der Nordsee gebunden, außerstande, den vereinigten österreichisch-italienischen, durch deutschen Zustoß verstärkten Seekräften im Mittelmeer hinlänglich stark zu begegnen, dadurch der Herrschaft über den Suezkanal mindestens für die Kriegszeit beraubt, wo nicht gar auch in Gibraltar lahmgelegt.

Diplomatische Unterlegenheit, von gleicher Seite aus bewirkte maritime Zaghaftigkeit im großen, starres Beharren auf dem berühmten Schlieffenschen Plan ohne Berücksichtigung der inzwischen (teils durch deutsches Verschulden!) bewirkten Änderungen der gegnerischen Aufmarschpläne ließen es anders kommen. Schlieffen hatte seine Vorbereitungen für den Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Rußland getroffen. Ihr Grundgedanke wurde versinnbildlicht durch die Kaisermanöver von 1912 in Sachsen, deren Sinn der fremden Mitwelt durch offiziöse Telegramme nur allzu plump verdolmetscht wurde. Daraufhin sah Frankreich sich veranlaßt, eine sehr viel schnellere Angriffsbereitschaft des russischen Heeres als bisher zu erwirken. Mit dieser veränderten Sachlage war ebensowenig gerechnet worden wie mit dem Eingreifen Englands zu Lande, das die Gewinnung der Kanalküste dem alten Ziel Paris wohl hätte voranstellen sollen.

Volle zwei Jahre mußte der Krieg währen, bevor endlich von amtlich unterrichteter englischer Seite offen zugestanden wurde, daß die Neutralität Belgiens, zu deren Schutz England das Schwert zu ziehen vorgab,

durchaus nicht mehr bestand, sondern längst durch England über den Haufen geworfen war.

Der ehemalige englische Marineminister Churchill war es, der damals unter seinem Namen in der englischen Presse erklärt hat, was wir lange wußten: Daß sein ehemaliger Kollege vom Kriegsportefeuille, Haldane, den ganzen britischen Aufmarschplan auf belgischem Boden durch lange Jahre und im Einvernehmen mit Belgien bis in die letzten Einzelheiten vorbereitet hat.

Nach den Veröffentlichungen aus den Dokumenten des Baron Greindl, des früheren belgischen Gesandten in Berlin, wirkten die Äußerungen Churchills nicht mehr als »Enthüllung.« Als Eingeständnis aus britischem Munde noch während des Krieges aber bleiben sie doch recht bemerkenswert. Namentlich werden wir uns zu merken haben, daß Churchill ausdrücklich seinen Kollegen Haldane als den Vater des Planes bezeichnete, über Belgien in das deutsche Industriegebiet einzufallen und gleich mit Kriegsbeginn die Hauptstätten der deutschen Waffen- und Munitionsfabrikation zu vernichten, die unbefestigten deutschen Städte, in denen der englischen Industrie so scharfer Wettbewerb bereitet wurde, in Schutt und Trümmer zu legen.

Grundgedanke der englisch-russischen Politik vor dem Kriege war, die Mittelmächte voneinander zu trennen, um ohne zu große Kriegsopfer an Gut und Blut erst Österreich-Ungarn langsam zerstückeln und zertrümmern und dann das isolierte Deutschland mit verhältnismäßig leichter Mühe demütigen zu können. Auf diese Weise hätten England und Rußland freie Hand in der Türkei gewonnen — ein Ziel, das mit den Angelpunkt der ganzen Ententepolitik bildete — und England hätte das Ausmaß der deutschen Kriegsflotte und des deutschen Kolonialreiches zu bestimmen vermocht.

Um dieses Ziel auf dem weniger blutigen Wege erreichen zu können, mußte auf dem Balkan eine Lage geschaffen werden, die für Österreich-Ungarn unerträglich war, deutsche Interessen aber scheinbar nicht unmittelbar bedrohte. Daher Serbien als Kriegsanstifter! Anderseits mußte Deutschland geködert und umgarnt werden — und der Köder war die Aussicht auf »wirtschaftliche Durchdringung« des belgischen Kongo. So standen Belgien und der Balkan schon lange nebeneinander mit ihren dem gleichen Endziel dienenden Sonderaufgaben in der britischen Rechnung.

Es war England, das stets die Staaten des Festlandes gegeneinander gehetzt, um während ihrer Kämpfe im Trüben fischen zu können.

Es war England, das vor einem Jahrhundert aus den napoleonischen Kriegen, aus der Zerrüttung Europas, unermeßliche Vorteile zog.

Es war England, das 1871 durch drohendes Eingreifen Bismarck verhinderte, restlos die strategisch günstigen Grenzen für Deutschland zu heischen, und das dadurch künftige Bedrohungen Deutschlands von Westen her sicherstellte.

Es war England, das vor bald zwei Jahrzehnten vor dem Kriege das »ceterum censeo« prägte, »Germaniam esse delendam«.

Es war England, das die Einkreisungspolitik erfand und den größten Teil Europas in ihren Dienst zu stellen wußte.

Es war England, das Frankreich durch Faschoda, Rußland durch Tsuschima bis zur »Bündnisfähigkeit« für England demütigte.

Es war England, das Italien zum Abfall vom Dreibund nötigte, indem es alle Möglichkeiten seiner Abschneidung vom Weltverkehr ausspielte.

Es war England, das Deutschland nicht nur die Nordsee »verriegelte«, sondern auch doppelte Querriegel vor die Ausgänge der Mittelmächte nach Südosten zu legen versuchte.

Es war England, das sich hinterhältig mit Deutschland in Verständigungsverhandlungen über belgischen und portugiesischen Kolonialbesitz einließ, um seinen eigenen Verbündeten Zeit zur Rüstung zu lassen und zugleich Belgien und Portugal durch Verdächtigung Deutschlands enger an sich zu ketten.

Es war England, das durch die Militärkonvention schon zehn Jahre vor dem Kriege Belgiens Neutralität gebrochen und das dann doch vorgab, für Belgiens Neutralität ins Feld zu ziehen.

Es war England, das wider besseres Wissen Deutschland in der ganzen Welt der unmenschlichsten Grausamkeiten in Belgien zieh — dasselbe England, das in seinen Kolonialkriegen die unmenschlichsten aller je dagewesenen Grausamkeiten erfunden und systematisch angewendet hat.

Es war England, das — dem Scheine nach immer noch mit Deutschland verhandelnd und Rußland die Verantwortung der Mobilmachung überlassend — bereits in den letzten Julitagen 1914 nicht nur in der ganzen Welt mobilgemacht, sondern auch bereits die deutsche Post beschlagnahmt, die Deutschen überall an der Abreise verhindert hatte.

Auf diese eine Formel läßt sich der Sinn des großen Völkerringens, das wir durchlebt, kurz zurückbringen: Deutschland kämpfte um die Anerkennung seiner Stellung als Weltmacht, England kämpfte um die Weltherrschaft.

Wenn der Gegensatz nicht immer mit voller Schärfe zutage trat, so lag das wohl daran, daß auch eine britische Weltherrschaft heute keine lückenlose zu werden hoffen kann. Das von England erstrebte Maß von Weltherrschaft konnte es nur zu erreichen glauben, wenn es einerseits dem anderen Inselreich im fernen Osten stillschweigende Zugeständnisse machte und ihm den Vortritt im Stillen Ozean ließ, anderseits mit dem amerikanischen Kapital eine Art Weltherrschafts-G. m. b. H. einging. Durch diese G. m. b. H. sicherte es sich die ungestörte Ausübung willkürlicher Polizeigewalt im Atlantischen Weltmeer, indessen es auf die herrschende Rolle im Stillen Meer verzichtete.

Worauf es England vor allen Dingen abgesehen, das war unumschränkte Alleinherrschaft auf dem Indischen Ozean und in allen seinen Randländern, und, um diese zu sichern, weitestgehende Sicherung auf allen Wegen dorthin, insbesondere dem Weg durch das Mittelmeer.

Es gelang England, die Mächte, die ihm auf dem Weg durch das Mittelmeer unbequem werden könnten, zu seinen Verbündeten zu machen und in einen Krieg zu senden, der sie bis zur Unschädlichkeit zu schwächen verhieß.

Frankreich war mehr und mehr zum Herrn des Westmittelmeeres geworden, da es die weitaus stärkste Stellung an dessen Nord- und Südküste zugleich hatte. Es hat im Krieg gegen Deutschland so ungeheure Opfer bringen müssen, daß England bei Kriegsende glauben konnte, eine französische Gegnerschaft im Westmittelmeer nicht so bald befürchten zu müssen.

Rußland drängte zum Ostmittelmeer. Kuropatkin hat es in seiner großen Denkschrift vom Jahre 1900 unumwunden ausgesprochen, daß es, einmal im Besitz der Dardanellen, von dort aus Ägypten und Indien bedrohen werde. So lockte denn England ein verbündetes Rußland auf den dornigen Pfad über Berlin nach den Dardanellen, suchte sich aber selbst am Dardanellenausgang festzusetzen, noch bevor Rußland auch nur ein einziges Fort am Bosporus ernsthaft hatte angreifen können. Nachdem England sich von den Dardanellen hatte zurückziehen müssen (und ohne spätere Gefahr von russischer Seite zurückziehen können), sprach Lloyd George in aller Gelassenheit das so bezeichnende Wort: »Rußland wird bis zum Tode kämpfen!« (Für Englands Vorteil.)

England will alle Zugänge nach Indien und alle Lande rund um den Indischen Ozean in seiner Hand halten. Die portugiesischen Stationen auf dem Wege nach Indien sind in Englands Vasallenschaft gefallen. Den von englischem Einfluß unabhängigen Weg der Mittelmächte und der Türkei nach dem Ausläufer des Indischen Meeres wollte England um keinen Preis dulden — das war einer der Hauptgründe des Weltkriegs. Wie sehr es auf die Herrschaft rund um den Indischen Ozean abgesehen war, davon zeugte die Hartnäckigkeit, mit der England unter großem Aufgebot an Menschen, Material und Opfern gerade um Deutsch-Ostafrika kämpfte. Der Traum Kap—Kairo—Singapore ward lebendig. Ein riesiges britisches Weltreich sollte lückenlos das Indische Meer umschließen. Rund 20 Millionen qkm und 370 Millionen Einwohner würde dieses afrikanisch-asiatisch-australische Weltreich zählen — ungerechnet die britischen Kolonien in Westafrika, die dem Indischen Ozean abgekehrt sind, ungerechnet auch die Fläche und Einwohnerzahl des von britischen Küsten zu umzingelnden Arabien, ungerechnet endlich den zumal an Bevölkerungszahl schwer zu ermittelnden Anteil Englands an Persien!

Gegen dieses Weltreich verblassen die Ziffern, mit denen selbst Landkolosse wie Amerika, Rußland oder China aufwarten können. Dazu noch das Mutterland selbst, ferner Kanada und ganz Britisch-Westafrika! Und die Seepolizei, wie im Indischen, so im Atlantischen Meer und im Mittelmeer!

Das waren insgesamt die Weltherrschaftsansprüche Englands.

Wie unendlich bescheiden war doch, an diesem Maße gemessen, Deutschlands Verlangen, als Weltmacht neben anderen Weltmächten anerkannt und berücksichtigt zu werden!

Die Erkenntnis der britischen Ziele führte dem Zweibund der mitteleuropäischen Kaisermächte bald nach Kriegsbeginn die türkische Bundesgenossenschaft als Frucht der langjährigen Pflege guter Beziehungen zur Welt des Islam zu und verdeutlichte der Welt dadurch wiederum, daß das große Ringen der Völker, verkehrsgeographisch betrachtet, um den

Südostausgang Mitteleuropas, um die Straßen nach Indien — anderseits um den Mittelmeerausgang Rußlands ging.

Der deutsch-österreichisch-türkische Dreibund aber war einstweilen ein räumlich zersplittertes Gebilde. Gemeinsames Handeln war ihm außerordentlich erschwert, da es keinen völlig unbehelligten Weg von Berlin nach Konstantinopel gab. Rumänien begünstigte unter der Hand den russisch-serbischen, erschwerte den deutsch-türkischen Verkehr. Den unmittelbaren Balkanweg sperrte die serbische Barre. Nur ein Land hatte die Möglichkeit, in Gemeinschaft mit den Mittelmächten diese Barre zu sprengen und die Verbindung zwischen Mitteleuropa und Vorderasien herzustellen: Bulgarien. Eine nie wiederkehrende Gelegenheit bot sich diesem Balkanstaat, seine Weltstellung zu heben, seine alte Rechnung mit Serbien zu begleichen, Nachbar der Mittelmächte zu werden und zugleich das ihm so lange vorenthaltene mazedonische Erbe heimzuholen. Doch stand nicht auf der anderen Seite das große Zarenreich, mit dem Bulgarien sich trotz allem verbunden fühlte durch das dankbare Gedenken an den Zarbefreier? Nun, das Land des Zarbefreiers hatte seit Jahren auf dem Balkan die serbische Sache betrieben und Bulgarien in Stich gelassen, es war der Bundesgenosse jenes Serbien, das 1913 Bulgarien um die mazedonische Beute gebracht hatte, jenes Serbien, das seit 1885 Bulgarien jedes Wachstum eifersüchtig mißgönnte, das stets ein Hemmnis bulgarischer Entwicklung bleiben würde. — Aber hieß ein Zusammengehen mit den Mittelmächten nicht zugleich ein Bündnis mit jener Türkei, gegen deren Herrschaft die Bulgaren sich durch lange Jahrhunderte aufgelehnt, gegen die eben erst in zwei heißen Kriegen Ströme bulgarischen Blutes vergossen waren? Immerhin — die bulgarisch-türkische Rechnung war ja doch im wesentlichen beglichen, Bulgarien hatte keine Forderungen mehr an den Sultan zu stellen, die Lebensinteressen des Landes und Volkes betrafen. Konnte man dem ritterlichen, tapferen Gegner nicht ritterlich die Hand reichen?

Nur ein bulgarischer Herzenswunsch blieb zu erfüllen: Die Maritza, der dem Volke schier heilige Strom, sollte frei und bulgarisch sein von der Quelle bis zur Mündung. Das war in der politischen Praxis die Frage einer Grenzberichtigung auf wenige Kilometer. Ihre Lösung im Sommer 1915 machte Bulgarien den Weg frei an die Seite des Dreibunds, ihn zu vervollständigen zu einem Block von Hamburg bis Bagdad.

Die bulgarische Entscheidung rief in der Welt gewaltiges Aufsehen hervor. Es war ja nicht nur ein neues Heer von doch immer nur einigen Hunderttausenden tapferer Streiter, das zu den Truppen des Dreibunds sich gesellte — es war eine vollkommene Wandlung des politischen Gesamtbildes. Wo auch immer der gegnerische Vielbund Umschau hielt — nirgends hätte er einen neuen Verbündeten finden können, dessen geographische Lage an Wichtigkeit unter den obwaltenden Umständen jener Bulgariens entsprach. Wenn man die englische Presse jener Zeit aufmerksam verfolgte, konnte man versucht sein, zu sagen, daß England erst seit dem Eintritt Bulgariens in den Krieg diesen sozusagen persönlich recht zu verspüren begann. Brachten doch noch vor dem Niederreißen der serbischen

Barre die englischen Blätter große Karten, in denen die einheitlichen Grenzen des neuen Vielbunds von der Nord- und Ostsee bis in die Nähe des Suezkanals und des Persischen Golfs dick umrissen waren und Pfeilrichtungen die drohende Gefahr für Ägypten und Indien kennzeichneten.

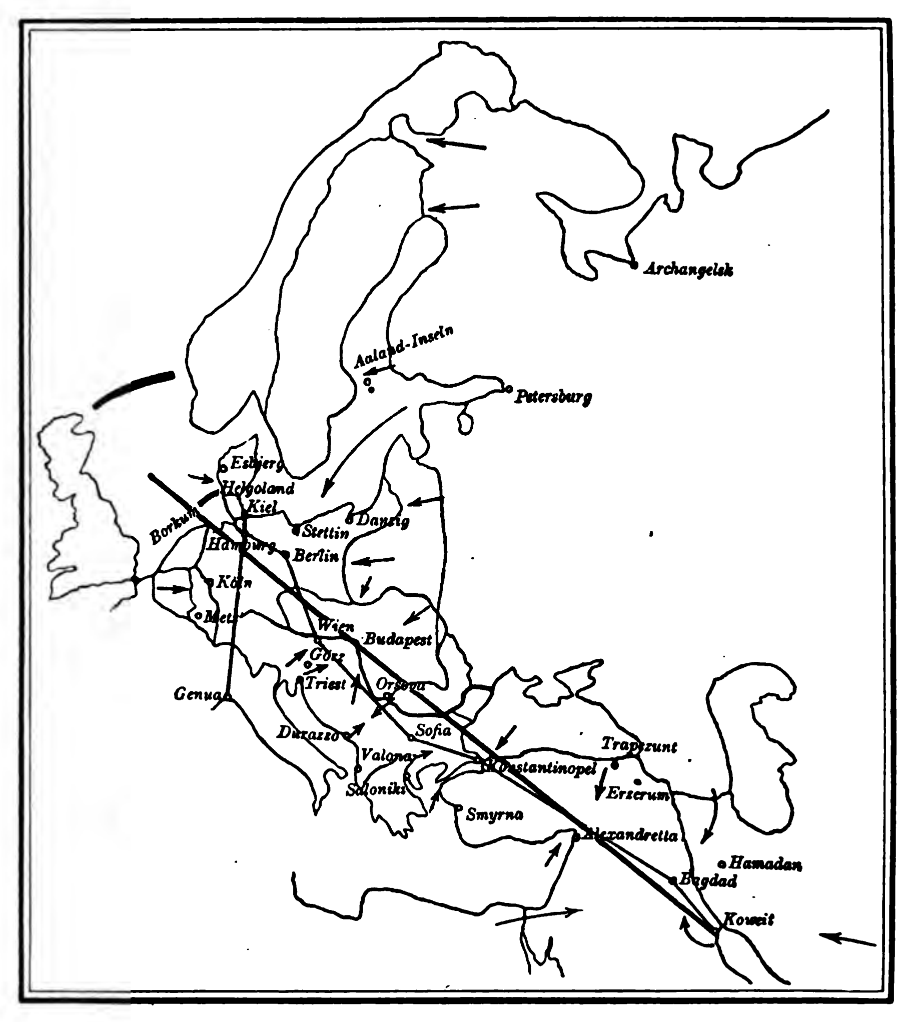


Abb. 29.
Die eurasische Querachse und die Angriffsrichtungen im Weltkrieg.

Für die Beurteilung des Kriegsverlaufs und seiner einzelnen Abschnitte ist es von Wert, sich die verschiedenen Möglichkeiten einer Bedrängung der mitteleuropäisch-vorderasiatischen Schrägachse und die Nutzung dieser Möglichkeiten durch den Vielbund zu vergegenwärtigen. (Abb. 29) die

Tatsache, daß mit jeder der in ziemlich großer Zahl theoretischen Möglichkeiten wirklich ein Versuch unternommen worden ist, verdeutlicht die überragende Bedeutung, die dieser Grundaufgabe beigemessen worden ist.

Die Bedrängungsversuche haben zwei natürliche Hauptschauplätze: einen im Nordwesten und einen im Südosten. Die Einschätzung der Widerstandskraft des Deutschen Reiches kam darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Versuche im Nordwesten weit geringer war als die der sehr vielgestaltigen, über eine lange Linie verteilten Versuche im Südosten, wo sowohl die politischen wie die geographischen Verhältnisse günstigere Aussichten zu versprechen schienen.

Ursprünglichster und nächstliegender Gedanke mußte die Blockade der deutschen Nordseehäfen sein. Da aber die Blockade allein einen durchschlagenden Erfolg nicht versprach, mußte man darauf sinnen, sie mit Landoperationen zu begleiten. Zu diesem Ende wurde einerseits in Aussicht genommen, der englischen Blockade Stützpunkte auf Borkum und im dänischen Esbjerg zu geben und von hier aus Vormärsche gegen die westdeutschen Industriebezirke bzw. gegen die Nordseehäfen und gegen den Nordostseekanal ins Werk zu setzen. Der Ausbau der deutschen Befestigungslinie Borkum—Helgoland—Sylt und das schnelle Wachstum der deutschen Flotte brachten diesen Plan, der natürlich verbunden war mit französischem und russischem Vormarsch zwecks völliger Bindung der deutschen Landstreitkräfte, schon im Entwurf zum Scheitern, und man wählte englischerseits die weitere Linie.

Anstatt die deutsche Küste unmittelbar zu blockieren, wollte man nunmehr die Nordseeausgänge »verriegeln«, d. h. durch die britischen Machtmittel zur See den Kanal und die Linie Schottland—Norwegen absperren. Zu Lande wurde die Bedrängung Deutschlands in der Weise gedacht, daß unverzüglich mit Kriegsbeginn die belgische Grenze überschritten und das westdeutsche Industriegebiet zerstört werden sollte. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß Rußland nicht nur in Ostpreußen und Schlesien einzufallen versuchen sollte, sondern, da der Weg über Posen nach Berlin anscheinend als doch recht unsicher betrachtet wurde, von der pommerschen Küste aus den Marsch auf die deutsche Hauptstadt geplant hatte. Als aber die unmittelbaren Angriffsversuche immer größere Mißerfolge zeitigten, machte sich auch Rußland an die Bahnung des Weges auf der weiteren Linie, wozu insbesondere die Befestigung der Aalandinseln gehörte und die Heranführung der Schienenstränge an die Anschlüsse nach der norwegischen Nordseeküste.

Die Zahl der Versuche im Südosten und im Zentrum ist groß, und ihre geschichtliche Reihenfolge deckt sich nicht mit der Folge in der geographischen Lage. Da zeitlich die Versuche vielfach durch- und nebeneinander gehen, wollen wir uns auf eine Betrachtung in der geographischen Lage vom äußersten Südosten bis zum Zentrum beschränken. Die weiteste Linie, mit der wir hier zu beginnen haben, ist die Linie Suez—Euphratmündung. Weiter nordwärts folgt etwa die Linie Alexandrette—Trapezunt und sodann die Hauptlinie Dardanellen—Konstantinopel.

Der schwere Mißerfolg von Gallipoli führte zu nur um so eifrigeren Versuchen, die Kneifzange an einer anderen Stelle anzusetzen. Der alte, vom König Eduard VII. und Zaren Nikolaus II. in Reval vereinbarte Plan, durch die Beeinflussung der Balkanpolitik die eurasische Hochstraße zu zerschneiden, war zusammengebrochen, als Bulgarien sich mit den Mittelmächten und der Türkei verbündete und die Offenhaltung der durch Serbien gestörten Straße gewährleistete. Nun galt es also, das diplomatisch verlorene Bulgarien militärisch in die ihm zugedachte Aufgabe hineinzuzwingen. Saloniki war der neue Ausgangspunkt für die Heere der Westmächte, die sehr bald davon Abstand nehmen mußten, von hier aus Serbien zu befreien, und nun ihr Augenmerk auch hier wieder auf die Anwendung der Kneifzangenmethode zu richten begannen. Am deutlichsten vorgezeichnet war die Linie Saloniki—Varna als Verbindungslinie zwischen den Heeren der Westmächte und jenen Rußlands. Da aber Rußland an den wohlgeschützten Kriegshafen Varna nicht heranzukommen vermochte, so blieb nur der Weg durch die Dobrudscha, von der aus Rustschuk oder Varna hätten forciert werden können. Zwei Jahre lang bemühte sich die Vielbunddiplomatie um Rumänien, bis sie es endlich aus seiner Neutralität herauszubringen vermochte. Die Hoffnung, über Rustschuk und Varna in Richtung Saloniki vordringen zu können, erwies sich indessen sehr schnell als trügerisch, und auch die Truppen in Saloniki selber hatten keinen leichten Stand, da die Bulgaren ihrer Hauptoffensive entschlossen und erfolgreich mit der gewaltsamen Einengung ihres Operationsfeldes zuvorkamen.

War aber einmal Rumänien gewonnen, so konnte noch an eine andere Verbindungslinie gedacht werden, nämlich Valona—Orsova.

Die Italiener hatten sich nach der Säuberung von Serbien, Montenegro und Nordalbanien fest in Valona eingenistet und wurden hier aus mancherlei Gründen, die teils strategischen, teils politischen Erwägungen entsprungen sein mögen, nicht sonderlich gestört. Sie hatten Zeit, sich zu verstärken, und zeigten gelegentlich auch Neigung zu neuer Offensive. Die Rumänen für ihr Teil wandten sich rasch gegen Orsova, um die aus Ungarn nach Bulgarien führenden Verbindungen zu stören. Der Plan lag nahe, auch hier auf neuer Linie ein Zusammenarbeiten gegen die Linie Berlin—Konstantinopel zu versuchen. Die Geländeverhältnisse aber sind auf dieser Linie sehr ungünstig, und das rasche Vordringen der Bulgaren in der Dobrudscha nötigte den Rumänen ganz andere Sorgen auf.

Je mehr wir uns dem Zentrum nähern, um so weiter entfernen wir uns den unter führender englischer Mitwirkung zu lösenden Aufgaben und kommen in jene Gebiete, die ganz dem italienisch-russischen Zusammenarbeiten überlassen bleiben mußten.

Die dabei zu überwältigenden Strecken verlängern sich bedeutend, und entsprechend verringern sich die Aussichten, daß die beiden Enden der Zange zum »Kneifen« kommen.

Nachdem alle Versuche auf sämtlichen möglichen Linien fehlgeschlagen, war es schließlich dem aus inneren Verhältnissen heraus entstandenen Zusammenbruch des bulgarischen Heeres zu danken, daß von

Saloniki aus der Riegel zum Schließen der eurasischen Schrägachse der Entente in die Hand fiel.

Man hat nach Entstehung des Vierbundes in Deutschland — damals natürlich nicht öffentlich — oft sorgenvoll davon gesprochen, daß in einem größeren Staatenbund im Kriegsfall letzten Endes der schwächste Teil ähnlich ausschlaggebend ist, wie in einem größeren Zusammenwirken von Seefahrzeugen das langsamste Schiff. Dieser ungünstige Faktor mußte sich aber als weit wirksamer mit Bezug auf die deutsche Bündnisgruppe erweisen, in der das an sich starke Deutschland seine Kräfte über alle Kriegsschauplätze der Bundesgenossen zu steter Hilfeleistung verteilen mußte, als für die Gegenseite, deren Hauptbestandteile schließlich nicht gefährdet wurden, wenn sie isolierte Kriegsschauplätze, wie den serbischen, verlorengab und ihre schwachen Verbündeten ganz oder zeitweise opferte. Erst der Ausfall Rußlands und eine völlige Befreiung der Ostgrenze des Vierbunds hätte für den Rest der Gegenseite einen wirklich empfindlichen Schlag bedeutet. Tatsächlich aber vollzog sich dieser Ausfall Rußlands, als er politisch eintrat, doch unter solchen Formen, daß noch beträchtliche deutsche Streitkräfte nicht nur, sondern namentlich auch Transportmittel u. dgl. tief auf russischem Boden gebunden blieben, wogegen die erhofften wirtschaftlichen Hilfen ausblieben. Und zugleich setzte auf der anderen Seite die aktive, noch ganz frische Hilfe Amerikas ein, die sich mit ihrem überreichen Material jeder Art und ihrem gewaltigen moralischen Einfluß schließlich als entscheidend erwies. Deutschland aber hatte sich eben an der Ostfront, von der es erlöst zu werden hoffte, in unsagbarer Verkennung volkspsychologischer so gut wie politisch-geographischer, länderphysiologischer Verhältnisse und Tatsachen einen neuen, erbitterten Feind geschaffen durch das »befreite« Polen, mit dessen unbändiger Großmannssucht jeder Kenner vom ersten Augenblick an hätte rechnen müssen. Daß zudem dem selbständigen polnischen Reich ein ebenso selbständiges tschechisches Reich in kürzester Zeit folgen werde, darüber mußte man nach den vor und in dem Kriege gemachten Beobachtungen doch wohl hinlänglich klar sehen können. Wenigstens im Kreise der Staatsmänner, denen auch solche Vorgänge bekannt sein mußten, die durch die Zensur der breiteren Öffentlichkeit vorenthalten blieben, um keine Entmutigung oder keinen ernsteren inneren Hader unter den Verbündeten aufkommen zu lassen. Mit der Gründung des Polenstaats nahmen die beiden mitteleuropäischen Kaisermächte praktisch das von Feindseite geprägte Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auf, ohne zu bedenken, daß es nur gemünzt war auf den völligen Zerfall der Habsburger Monarchie und die Verkleinerung Deutschlands, ohne etwa irgendwelche entsprechende Wirkung erlangen zu sollen im Rahmen der britischen Machtsphäre.

Um die gegnerischen Kriegsziele, die lange vor Kriegsausbruch feststanden, in ihren extremsten Formen klarzulegen, sei hier endlich auf zwei Karten verwiesen (Abb. 30 und Tafel I). Die französische Karte zur Aufteilung Deutschlands sah ich erstmals am 1. Mai 1914 als Titelbild eines französischen Romans über den Zukunftskrieg in Lyon,

wo sie am Eröffnungstage einer internationalen, unter besonders erbetener deutscher Beteiligung stattfindenden Ausstellung ganze Auslagen der Buchhandlungen füllte. Sie spricht für sich. Die tschechische Karte wetteifert mit ihr in der Aufteilung Europas unter Belassung eines



Abb. 80.
Französische Karte zur Aufteilung Deutschlands.

winzigen deutschen Reiches und rückt die Tschechei sichtbar in den Mittelpunkt unseres Erdteils.

2. Überläufer und Trabanten.

Am 31. Juli 1914 war offiziell das Bild der Mächtegruppierung noch gekennzeichnet durch die verbrieften Bündnisse Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens als Dreibund auf der einen Seite, den Zusammen-

schluß Frankreichs, Rußlands und Englands als Dreiverband auf der anderen Seite. Außerdem bestand eine deutsch-rumänische Militärkonvention, jedoch nur in Gestalt eines Geheimabkommens zwischen König Karol persönlich und der deutschen Regierung. Anderseits hatte Rußland sich bereits mit aller Deutlichkeit auf die Seite Serbiens gestellt, und endlich konnte eine Militärkonvention zwischen Belgien, Frankreich und England nicht wohl bezweifelt werden.

Auf dem Papier mochte der ältere Dreibund gefestigter erscheinen — der mit Rumänien eigentlich als Vierbund betrachtet werden durfte. In Wirklichkeit aber war zu jener Zeit der Dreiverband ungleich fester gekittet und in seinen militärisch-maritimen Vorbereitungen einheitlicher fertig. Mit Belgien und Serbien hatte er als Fünfbund Mitteleuropa bereits stark eingekesselt und war jederzeit in der Lage, dessen Zugänge zu den offenen Weltmeeren zu sperren. Denn aus dem Mittelmeer führten ja nur die von England völlig beherrschten Straßen von Gibraltar und Suez, aus der Nordsee der mit Leichtigkeit abzuschließende Kanal und die nördliche Ausfahrt zwischen Schottland und Norwegen, zu deren Abriegelung die gewaltige Seemacht Englands gleichfalls stark genug war. Selbst als fest geschlossener Vierbund hätte Mitteleuropa demnach im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Weltverbindungen einen überaus ungünstigen Stand gehabt.

Nun erwiesen aber bereits die ersten Augusttage 1914, daß es keinen mitteleuropäischen Vierbund, auch keinen Dreibund mehr gab, sondern tatsächlich nur noch einen Zweibund der beiden Kaiserreiche Hohenzollern und Habsburg. Der geschichtliche Abstand von den Ereignissen jener Tage ist immerhin schon groß genug, um wenigstens in wissenschaftlichen Darlegungen die Vokabeln »Verrat«, »Treubruch« u. dgl. auszuschalten. Sie finden vor einer ganz unvoreingenommenen geschichtlichen Betrachtung keine ausreichende Begründung. Objektiv war nie damit zu rechnen gewesen, daß Italien, durch keinen Punkt der Vertragsbestimmungen hierzu irgendwie verpflichtet, es wagen würde, mit seiner bescheidenen Kriegsflotte seine langen Küsten einem englischen Angriff auszusetzen. England auf der Seite der aktiven Feinde der Verbündeten Italiens — das bedeutete automatisch den Rückzug Italiens aus seinem Bündnis. Aber auch formell war für Italien der vertraglich vorgesehene Bündnisfall nicht gegeben. Die Donaumonarchie hatte die unter Verbündeten selbstverständliche Unterrichtung Italiens über die von ihr zu unternehmenden diplomatischen und militärischen Handlungen unterlassen und die deutsche Regierung schaltete ihrerseits die italienischen Verpflichtungen aus, indem sie nicht Frankreich als den angreifenden Teil erscheinen ließ, sondern ihrerseits mit der Kriegserklärung gegen Frankreich vorging. (Vor der öffentlichen Meinung war die Kriegserklärung als solche entscheidend, nicht die Bezugnahme der Kriegserklärung auf vorangegangene Grenzverletzungen.)

Italien hat, das ist heute allgemein zugegeben, den Dreibundvertrag dem Buchstaben nach nicht gebrochen, sondern Bethmann hat ihn, ohne es unbegreiflicherweise zu bemerken, entwertet. Nach § 7 des Dreibund-

vertrages garantierten sich die Verbündeten den status quo auf dem Balkan und verpflichteten sich, den Verbündeten vor jeder Aktion in Kenntnis zu setzen, ferner bei etwa eintretenden Machtverschiebungen dem anderen Teil eine entsprechende Kompensation zu gewähren.

Dies war das eine diplomatische Faktum, das jede deutsche Politik beachten mußte. Der zweite Angelpunkt war die rein defensive Natur des Dreibundvertrages. Nur zu Hilfe in Verteidigungskriegen, nicht in Angriffskriegen waren die Bundesgenossen verpflichtet. Es widersprach deshalb dem Dreibund nicht, daß Italien durch Prinetti nach der Art des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages ein Geheimabkommen mit Frankreich geschlossen hatte, wonach es sich verpflichtete, an keinem Angriffskrieg gegen Frankreich teilzunehmen.

Da wir im Juli Österreich zu einer Machtverschiebung auf dem Balkan behilflich waren, ohne Italien zu benachrichtigen und ihm Kompensationen anzubieten, da Bethmann ferner unbegreiflicherweise trotz Tirpitz' Warnung Frankreich formell den Krieg erklärte und unsern Verteidigungskrieg damit der Form nach zum Angriffskrieg stempelte, so war Italien den Verträgen nach berechtigt, neutral zu bleiben.

Nachdem Italien hierdurch in die bequeme Möglichkeit versetzt war, sich aus der aktiven Mitwirkung an der Seite der beiden Kaisermächte herauszuziehen, war die weitere Stellungnahme einerseits bedingt durch die geographische Lage, die jedes Heraufbeschwören einer englischen Gefahr für die italienischen Küsten verbot, vielmehr die Aufrechterhaltung freier Durchfahrt durch die Straßen von Gibraltar und Suez von Englands Gnaden erheischte, und weiter bedingt durch den gefährlichen Mangel Italiens an Brennmaterial, d. h. die Rücksicht auf ungehemmte Kohlenversorgung. Um Italien wenigstens in der Neutralität zu erhalten und nicht direkt an die Seite der Gegner zu drängen, brachte Deutschland seinerseits sehr erhebliche Opfer: Es unterließ, auch nachdem die Türkei an seine Seite getreten, wirklich durchgreifende Operationen gegen den Suezkanal, um Italien den Verkehr mit seinen ostafrikanischen Kolonien zu gestatten, (ein enormer Vorteil, der England mittelbar aus der an sich sehr unglücklichen italienischen Kolonialpolitit zu ziehen vermochte!), und es belieferte in eigener starker Bedrängnis auf dem Gebiete der Kohlengewinnung Italien mit möglichst großen Kohlenmengen in Konkurrenz mit England. Dazu übte es einen starken Druck auf Österreich, um dieses zu Zugeständnissen an Italien bezüglich der »Irredenta« zu veranlassen. Diese Zugeständnisse kamen indessen so spät und so sichtbar unwillig, daß sie einerseits den aufgepeitschten Haß der Italiener gegen die Österreicher nicht mehr abzulenken oder abzudämpfen vermochten, anderseits auf österreichischer Seite nur einen Stachel gegen die deutsche Politik hinterließen.

Immerhin hatten die durch den allzuspät nach Italien entsandten Fürsten Bülow geführten Verhandlungen für die Kriegführung der Mittelmächte zu ihrer Zeit einen gar nicht zu überschätzenden Vorteil: Man wird es nämlich als sicher zu betrachten haben, daß es den Mächten der Entente zeitweise gelungen war, Italien und den anderen ehemaligen

Partner des mitteleuropäischen Vierbundes zu veranlassen, in die Pläne eines gleichzeitigen Losschlagens gegen Österreich-Ungarn zu willigen, das in der damaligen Gesamtsituation der Donaumonarchie ein rasches Ende verheißen haben würde. Fürst Bülow aber zog die Verhandlungen mit Italien hin, bis auf der Ostfront eine neue Lage geschaffen war und Rumänien die Heere Mackensens nach dem berühmten Karpatendurchbruch vom Frühjahr 1915 so weit in seiner nördlichen Flanke vorgerückt sah, daß es zu jener Zeit die Kriegserklärung doch nicht wagen zu dürfen glaubte.

Was den rumänischen Umschwung im übrigen anbetrifft, so lag auch hier kein »Verrat« am Bündnis vor, sondern ein ungeschicktes Entlassen Rumäniens aus seinen Verpflichtungen durch deutsche Fehler. König Karol persönlich hatte im Vertrauen auf die deutsche Stärke den Pakt geschlossen, mahnte aber bereits im Jahre 1913, die diplomatische Führung dürfe nicht von Berlin nach Wien hinübergleiten, da er in diesem Falle eine Katastrophenpolitik befürchtete. Im Juli 1914 bat er inständig, man möge ihn über die diplomatischen und gegebenenfalls militärischen Pläne streng vertraulich unterrichten, um sein Ministerium und sein Land auf die Wahrung des geheimen Bündnisses vorbereiten zu können. Herrn v. Bethmann Hollwegs kühle Abweisung: Wozu die Aufregung? — nahm ihm diese Möglichkeit und versetzte ihn in eine überaus peinliche Situation, in der es ihm dann nicht mehr möglich war, das Land in der beabsichtigten Richtung zu führen. Nun ging es Rumänien unter den Einwirkungen der ungezügelten Ententepropaganda ebenso wie Italien: Wie dort die Aufmerksamkeit nicht auf die westliche (Nizza), sondern die östliche Irredenta gelenkt wurde, so in Rumänien nicht auf die östliche (Bessarabien), sondern auf die westliche (das von Rumänen bewohnte Gebiet Ungarns). Rumänien fand seine natürlichen Grenzen in der Donau, in den Karpaten und im Pruth. Strebte es nach einer politischen Ausbreitung, so war die natürliche Richtung diejenige ostwärts über den Pruth und nördlich der Donau verbleibend. In den angrenzenden Teilen Beßarabiens lebten nicht nur viele rumänische Volksgenossen — das Land hatte auch früher zu Rumänien gehört. Erst im Jahre 1878 hatte Rußland es an sich gerissen und Rumänien zum Ersatz die Dobrudscha gegeben, die keine ethnographische Zugehörigkeit zu ihm hatte, auch wirtschaftspolitisch wenig Interesse bei den Rumänen fand und erst im Laufe der Zeit verkehrspolitischen Wert gewonnen hatte infolge der Errichtung der Eisenbahnbrücke bei Tschernawoda mit anschließendem Eisenbahnbau nach Konstanza.

Ethnographische Gesichtspunkte lenkten freilich die Aufmerksamkeit Rumäniens auch über die Karpaten hinüber nach Ungarn; aber die Karpaten bilden nicht nur eine natürliche Grenze, sondern es kommt noch in Betracht, daß auch gerade jenseits jenes Karpatenknies das zur Abrundung der rumänischen Grenze am meisten geeignete Gebiet überwiegend von Magyaren und von Deutschen bewohnt ist, die hier eine ausgedehnte Insel zwischen den politisch zu Rumänien gehörenden und den ungarischen Rumänen bilden.

Betrachtet man die Festungsbauten, die im Königreich Rumänien vor dem Kriege angelegt worden waren, so erkennt man ganz deutlich,

daß sie in erster Linie dem Verteidigungszweck gegenüber Rußland und nur gegenüber Rußland dienten. In zweiter Linie hätte man aus dieser Anlage schließen können, daß die Festungen gegebenenfalls auch zur Stütze für eine ostwärts über den Pruth gerichtete Offensive gemeint wären.

Politische Stimmungen gaben dem Machtstreben Rumäniens während des Krieges eine andere Richtung, und zwar ging die Tendenz einmal schon seit dem zweiten Balkankriege dahin, Rumäniens Machtbereich rechts der Donau weiter auszudehnen, womöglich bis über die Eisenbahnlinie Rustschuk—Varna hinweg; sodann richtete die rumänische Politik ihre Aufmerksamkeit auf die rumänische »Irredenta« jenseits der Karpaten.

Die Meinungen der rumänischen Parteien über die richtige Zielsetzung rumänischer Machtpolitik liefen einander schnurstracks zuwider. Dabei spielten rein parteipolitische Gesichtspunkte eine gewisse Rolle:

Die konservativen Großgrundherren hielten es mit dem alten Bündnis, das Rumänien mit den Mittelmächten verknüpfte, und wollten das einst von Rußland geraubte Beßarabien wieder zu Rumänien bringen. Die zur Kriegszeit am Ruder befindliche liberale Gruppe aber fürchtete von der Einverleibung Beßarabiens eine Stärkung der konservativen Großgrundbesitzerkreise und versprach sich bessere parteipolitische und für die eigene Tasche bessere wirtschaftliche Geschäfte, wenn sie kleinbäuerliche Bezirke Ungarns an sich brachte, die ein leichtes Opfer wuchernder Getreidespekulanten zu werden versprachen. Ein zufälliger Faktor: die englische Erziehung der Königin, begünstigte die politische Willkürrichtung gegenüber der Politik geographischer Bedingtheit.

Noch bevor die Überläufer Italien und Rumänien sich endgültig mit der Waffe von dem bei Kriegsbeginn bereits zerbrochenen alten Vierbund auf die Seite des bereits längst anderweit ausgedehnten Dreiverbands schlugen, hatte Deutschland einen neuen Vierbund geschaffen. Zunächst wurden die in vorangegangener Friedenszeit geknüpften Fäden zur Türkei fester gezogen, bis nicht ganz ohne gelungene Kriegslist das Osmanische Reich zum Losschlagen unter deutscher Führung veranlaßt werden konnte. Ferner waren kurz vor Kriegsausbruch die bis dahin sehr wenig gepflegten Beziehungen zu Bulgarien sorgfältiger aufgenommen und weiterhin so entwickelt worden, daß auch Zar Ferdinand sich zu einem Bündnis mit Deutschland verstand. Wie einst König Karol, so knüpfte jedoch auch er an dieses Bündnis die Voraussetzung, daß die diplomatische wie militärische Führung in Berlin und nicht in Wien liegen solle, und als im späteren Verlauf Herr v. Kühlmann sich ganz im Kielwasser Czernins treiben ließ, gab er nicht mißzuverstehende Warnungen nach Berlin bzw. dem deutschen Großen Hauptquartier, daß dadurch die Gefahr eines Zerfalles des Vierbundes naherücke. Denn er kannte Wien, Junghabsburg und die nebenregierende Familie Bourbon-Parma zur Genüge und wußte wohl, was von dorther zu gewärtigen sei!

Vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg hatte deutsche Vermittlung die bulgarisch-türkischen Gegensätze durch eine Bulgarien befriedigende Lösung der Maritzafrage beiseite gestellt. Kämpfte die Türkei vornehm-

lich für ihre Selbsterhaltung und die Sicherung der Meerengenherrschaft, so zog Bulgarien in der Hoffnung auf Abrechnung mit seinen drei anderen Gegnern aus dem zweiten Balkankrieg ins Feld: Als reiche Beute erwartete es Mazedonien, Westthrazien und schließlich die Dobrudscha — eine Ausweitung des anfangs auf Mazedonien beschränkten Programms, die der deutschen Diplomatie reichliche Kopfschmerzen bereitete. Denn Deutschland wollte weder gegenüber Griechenland annektionistische Kriegsziele verfolgt sehen, noch wollte es die Bahn Tschernavoda—Konstanza dem bulgarischen Einfluß überlassen.

Während die Zahl der deutschen Bundesgenossen nach dem Oktober 1915, in dem Bulgarien die Waffen erhob, keine Erweiterung mehr erfahren, traten in den folgenden Jahren noch zahlreiche Trabanten auf die Seite Englands. Über ein entsprechendes Maß von britischer Hörigkeit Portugals hatte schwerlich ein Zweifel obwalten können. Es war immerhin das einzige Land in Europa, das England noch mit unter die Waffen gegen Deutschland zu rufen vermochte; selbst das Griechenland des Venizelos beschränkte sich trotz der deutschen Kriegshandlungen auf griechischem Boden gegen die (allerdings von ihm gerufene bzw. willig zugelassene) Entente in Saloniki auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Erst als die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Krieg erklärt hatten, folgten unter vereinigtem angelsächsischem Druck mehr oder weniger gezwungen noch eine ganze Reihe amerikanischer und asiatischer Trabanten, dazu die halbamerikanische Negerrepublik Liberia, die kaum weniger unter amerikanischem Einfluß stand wie Kuba und Panama. Mittelamerika — jedoch nicht Mexiko — ließ sich von der Union schrittweise zu Kriegserklärungen von Guatemala, Nicaragua, Costarica, Honduras und Haiti leiten. In Südamerika ging nur das portugiesischsprechende Brasilien unter dem Versprechen wirtschaftlicher Vorteile zur Kriegserklärung über, wogegen Bolivien, Uruguay, Peru und Ecuador sich auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen beschränkten, die anderen, Argentinien, Chile, Paraguay, Venezuela und Kolumbien sich ebensowenig wie Mexiko aus der Neutralität herausdrängen ließen. Asiatische Trabanten stellten unter stärkstem angelsächsischem Druck formell, jedoch ohne wirkliche Beteiligung am Kriege Siam und mit äußerstem Widerstreben China, das die Deutschen bis zum Zusammenbruch unbehelligt ließ und erst dann ihren Abtransport durch britische Schiffe unwillig einzuräumen sich veranlaßt sah.

Erst beim Versailler Friedensschluß ließ England noch einige neue Feinde Deutschlands offiziell als Sieger aufmarschieren, nämlich die neugeschaffenen Staaten Hedschas, Polen, Jugoslavien und die Tschechoslowakei. Dagegen fehlen unter den Unterzeichnern jenes Dokuments drei Staaten, die mit Deutschland in offiziellem Kriegszustand gelebt, nämlich das aus der Entente ausgeschiedene Rußland, das Serbien geopferte Montenegro und das zur Zeit der Versailler Verhandlungen einer von der Entente anerkannten Regierung ermangelnde Costarica. Mit diesen waren es also ihrer 33 gegen 4! Oder an Kopfzahl: Rund 1½ Milliarden Erdbewohner in zehnfacher Übermacht gegen weniger als 1½ Hundertmillionen.

Und durch 50 Monde waren die deutschen Fahnen zum Sieg getragen worden...

3. Außereuropäische Weggenossen.

Kam den im vorstehenden Abschnitt namhaft gemachten außereuropäischen Trabanten der Entente mehr die Bedeutung einer dekorativen Staffage zu mit der Aufgabe, den moralischen und auch den wirtschaftlichen Druck auf Deutschland zu erhöhen, besonders aber im Hinblick auf die Nachkriegszeit zugunsten Englands den Wiederaufbau des deutschen Außenhandels zu erschweren, so hatte von Anbeginn England zwei Bundesgenossen, denen eine sehr ernste aktive Beteiligung am Niederringen des unbequemen Wettbewerbes zugedacht war. Mit Japan stand England ganz offiziell im Bündnis, dessen Abrede für den Fall eines deutsch-englischen Krieges allerdings nicht bekannt war. Was Amerika anbetrifft, so war die Stimmung in der Union zunächst freilich gemäß der Monroedoktrin durchaus gegen eine amerikanische Einmischung in europäische Händel; Präsident Wilson aber war aller Wahrscheinlichkeit nach gebunden, unter allen Umständen einen Sieg Deutschlands in dem großen Völkerringen nicht zuzulassen.

Als gleich nach Kriegsbeginn ein amerikanischer Oberst den diplomatischen Vertreter der Union in Berlin, Herrn Gerard, um seine Vermittlung für Anstellung des Obersten in deutschen militärischen Diensten bat, äußerte Herr Gerard zu einem amerikanischen Besucher unter Hinweis auf dieses Gesuch: »Dieser Tropf weiß nicht, daß wir auf der anderen Seite stehen!« Diese Äußerung wurde ebenso zur Kenntnis der Wilhelmstraße gebracht, wie manches andere, untrügliche Zeichen der wahren Meinungen und Absichten der Herren Wilson und Gerard. Aber in schwer begreiflicher Verblendung war man von der einwandfreien Neutralität Wilsons und von der »Deutschfreundlichkeit« Gerards genau so überzeugt, wie bis zum Abend des 4. August 1914 von dem Fernbleiben Englands aus dem Kriege.

Hätte man den wahren Tatbestand klar übersehen, dann wäre man füglich wohl zu folgender Überlegung gekommen: Eine politische Demütigung Deutschlands mindestens durch einen der beiden außereuropäischen Weggenossen Englands war unausbleiblich. Sollte man es darauf ankommen lassen, schließlich beide als Kampfgenossen Englands auf dem Plane zu sehen, oder lohnte es nicht den Versuch, Japan selbst durch demütigend erscheinende politische Zugeständnisse die Waffe aus der Hand zu winden und durch die so gewonnene Neutralität dieses Landes die Vereinigten Staaten zu größerer Vorsicht zu veranlassen? Indem wir dem Ultimatum Japans entweder durch Erklärung Tsingtaus zum freien Platz zuvorgekommen oder eben das Ultimatum angenommen, wäre das Eintreten des »casus foederis« und des »casus belli« für Japan abgewehrt worden. Angesichts eines am Kriege unbeteiligten Japans aber hätten die Vereinigten Staaten kaum ein kriegerisches Engagement in Europa wagen dürfen. Gewiß, das japanische Ultimatum schlug einen uns schwer verletzenden Ton an; aber dieser Ton war nur die getreue Kopie eines früheren deutschen Ulti-

matums an Japan. Und war es Japan zu verdenken, wenn es uns eine Lehre dafür erteilen wollte, daß wir uns ohne jede zwingende Not und ohne jeden bleibenden Vorteil auf die Seite Rußlands und Frankreichs gestellt, als es nach dem russisch-japanischen Kriege galt, dem Inselreich die Früchte seiner Siege aus der Hand zu schlagen? Zudem hatten unsere berufensten Fachmänner genugsam vor der Farce einer im Ernst ganz unzulänglichen Landbefestigung Tsingtaus gewarnt. Angesichts dieser Festungsspielerei die »Pflichterfüllung bis zum äußersten« zu übernehmen, war militärisch heldenhaft, politisch aber eine Pose, die einem romanischen Volk besser gestanden haben würde.

Zweckmäßigkeitserwägungen dieser Art im Hinblick auf die Haltung Amerikas aber kamen bei uns nicht auf, eben weil die maßgebenden Stellen allzufest in ihrer optimistischen Auffassung bezüglich der Vereinigten Staaten befangen waren, auch trotz des Faustschlags ins Gesicht, den schon bald nach Kriegsbeginn die Antwort Wilsons auf des deutschen Reichsoberhauptes telegraphischen Anruf um objektive Würdigung der Märchen von deutschen Greueln in Belgien einerseits, der festgestellten Verwendung von Dum-Dum-Geschossen beim Feinde anderseits bedeutete.

Je länger der Krieg dauerte, je mehr er für Amerika zu einem unvergleichlichen Geschäft einseitig mit unseren Feinden wurde, und je besser es England gelang, uns den Aufklärungsdienst nach Amerika zu unterbinden, um so leichter wurde es Wilson, seine britische Politik zu treiben. Immerhin mußte er Vorsicht walten lassen, solange die Präsidentenwahl vor der Tür stand. Da es ihm aber in dieser Zeit immer wieder gelang, Deutschland zu bluffen und seine Kriegführung zu lähmen, so hatte er schließlich nach vollzogener Wiederwahl alle Trümpfe in der Hand und fand nun die Stimmung in den Vereinigten Staaten so gründlich und erfolgreich bearbeitet, daß es möglich wurde, die tüchtigsten Regimenter aus Deutschen und Iren aufzustellen und an der Seite der Briten gegen die Deutschen ins Feld zu führen — just in dem Augenblick, in dem Frankreich dem Zusammenbruch aus Kräfteverfall ganz nahe war. Der moralische Elan, den das Erscheinen dieser kraftstrotzenden deutschamerikanischen Regimenter im Kampf gegen die Deutschen auch den erschöpften Franzosen noch einmal gab, entschied den Endausgang des Krieges. Und Wilsons letzter Bluff der 14 Punkte öffnete die Bahn für Deutschlands Hineintappen in den furchtbarsten Frieden seit der Vernichtung Karthagos.

Für Japan wie für Amerika war der Krieg eine ungeheure geschäftliche Chance. Beide konnten durch seine Nutzung aus Schuldnerstaaten zu Gläubigerstaaten werden. Beide konnten in ihren eigentlichen wirtschaftlichen Interessengebieten die europäischen Wettbewerbe mit spielender Leichtigkeit verdrängen. Die Amerikaner in Südamerika, die Japaner rund um den Indischen Ozean. Beide konnten sich auf fremde Kosten — aus den Überschüssen aus ihren militärischen Lieferungen an die Entente — gewaltige Rüstungen anlegen und beide ihr weltpolitisches Ansehen in ungeahnter Weise steigern, ebenso wie den bis dahin jungen Einfluß ihrer Handelsflagge auf den Weltmeeren. Indem sie England vor der Niederlage bewahrten, schwangen sie sich selbst zu den bedrohlichsten Wettbewerbern

Englands empor. Die Niederlage Deutschlands in dem Maße, wie sie sich schließlich aus der kopflosen und völligen Waffenstreckung des revolutionierten Landes ergab, war ihnen dabei freilich kaum willkommen. Denn wenn sie sich gebunden erachteten, die Niederlage Englands zu verhindern, so wäre ihnen für die Folgezeit doch sicherlich ein immer noch beachtenswertes deutsches Gegengewicht gegen England nur erwünscht gewesen. Aber nach der Selbstentmannung Deutschlands mußte freilich dieser Faktor aus ihrer Zukunftsrechnung ausscheiden.

4. Die Neutralen.

Nachdem die unbegreiflichen Regiefehler Bethmann Hollwegs — deutsche Kriegserklärung an Rußland, deutsche Kriegserklärung an Frankreich, »Unrecht« an Belgien — es der Entente so unsagbar leicht gemacht hatten, Deutschland als den tollwütigen Angreifer und frivolen Friedensstörer, den unbedingt und allein Kriegsschuldigen hinzustellen; nachdem er England Gelegenheit gegeben, sich als Beschützer der belgischen Neutralität und allein zu diesem edlen Zweck in den Krieg strafend eingreifend aufzuspielen — wiewohl englische Kriegshandlungen bereits vor der Erklärung Bethmanns über Belgien vorlagen; nachdem England — gleichfalls schon vor offiziellem Kriegsbeginn — die Abschneidung Deutschlands vom internationalen Nachrichtenverkehr begonnen und es dadurch in die Hand bekommen hatte, die ganze Welt einseitig nach seinem Willen und in seinem Interesse zu unterrichten, war es wahrlich nicht schwer, überall gegen das in Sachen des politischen Aufklärungsdienstes nahezu wehrlos gemachte, bestenfalls völlig in die Defensive gedrängte Deutschland zu schüren und Bundesgenossen zu werben. Lag zudem nicht überall billige Beute in Gestalt stolzer deutscher Handelsschiffe, deutscher Handelshäuser, landwirtschaftlicher Ansiedlungen und industrieller Unternehmungen? Und hatten England und die Union nicht tausendfältige Druckmittel auf finanziellem Gebiet sowie bezüglich der dringlichsten Versorgung mit Verkehrsmitteln, Kohle u. dgl. an der Hand?

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Zahl der Neutralen schneller aufgezählt ist als die Zahl jener Mächte, die früher oder später auf die Seite der Gegner Deutschlands traten oder sich mindestens zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen bestimmen ließen.

Das naturgegebene Schema für die Gruppierung der Mächte während eines Krieges ist die Dreiteilung in zwei Lager der Kriegführenden und die Gesamtheit der Neutralen. Nun gibt es aber sehr verschiedene Abstufungen der Neutralität, die ja doch eigentlich wohl ein feststehender und unwandelbarer Begriff sein sollte. Er war es während dieses Weltkrieges keineswegs: es gab wohlwollende Neutralität, neutrale Neutralität und übelwollende Neutralität. Es gab erzwungene, bestrafte und belohnte Neutralität. Und es gab Neutralität auf Zeit und Kündigung.

Auch die Kriegführenden konnte man nicht einfach in zwei Lager schlechthin teilen. Nur soweit Deutschland in Betracht kommt, hatte es alle kriegführenden Mächte entweder zu Verbündeten oder zu Gegnern.

Selbst in diesem einfachsten Fall aber lagen immer noch Gradunterschiede vor — insofern, als nicht nach allen Seiten hin ausdrückliche Kriegserklärungen ausgetauscht worden waren.

Die beiden feindlichen Lager waren insofern keine ganz geschlossenen, von jedem Standpunkte aus einheitlich zu betrachtenden Lager, als beispielsweise Japan weder gegen Österreich-Ungarn noch gegen die Türkei Krieg führte und Italien Monate lang offiziell nur gegen Österreich-Ungarn und die Türkei. So gab es also selbst bei der Gruppierung der kriegführenden Mächte in die normalerweise vorhandenen zwei Lager einige Unklarheiten.

Die wenigen bis zum Schluß neutral verbliebenen Mächte lassen sich leicht in zwei Gruppen scheiden:

1. Die germanischen Nachbarn Deutschlands in Europa: Die unmittelbaren Landnachbarn Holland, Dänemark und die überwiegend germanische Schweiz, sowie die auch in der Kriegszeit zur See für Deutschland erreichbar gebliebenen Ost- und Nordseenachbarn Schweden und Norwegen.

2. Spanien und die bedeutenderen Länder Lateinamerikas, die zum spanischen Sprachgebiet gehören: Argentinien, Chile, Paraguay, Venezuela, Kolumbien und Mexiko.

Bei den germanischen Landnachbarn Deutschlands, auf die England ganz besonders stark zu drücken suchte, um unsere wirtschaftliche Versorgung möglichst restlos zu unterbinden, herrschte eine begreifliche Scheu, mit zum Kriegsschauplatz zu werden. An gewissen Stellen, auf die ein besonders starker Druck Englands ausgeübt wurde und über deren Gebiet unter Umständen auch ein englischer Einfall auf deutsches Gebiet zu befürchten war, mußte Deutschland zeitweise wohl auch eine starke Abwehrbereitschaft bemerkbar werden lassen. Jene Länder konnten sich zwar nicht einer scharfen wirtschaftlichen Kontrolle ihres Warenverkehrs mit Deutschland entziehen, blieben aber militärisch doch unerschütterlich in ihrer neutralen Haltung, wobei doch immerhin ein stärkerer oder geringerer Grad germanischen Rassegefühls mitgesprochen haben dürfte. Sicherlich waltete besonders auch bei einem namhaften Teil der Bevölkerung Schwedens dieses Gefühl der Stammverwandtschaft um so mehr ob, als auch Schweden sich keineswegs sicher fühlte vor russischer Bedrohung. In wesentlich geringerem Maße ist dieses Motiv bei Norwegen zu vermuten, wo eine erhebliche Hinneigung zu England vorherrschend war, die indessen auch hier nicht bis zum militärischen Anschluß an England ging. Die gute Kenntnis der deutschen Flotte, die unweit der norwegischen Küste ihren Heldenruhm befestigt, mag hier nicht ganz ohne Einfluß geblieben sein.

Wie das selbstbewußte und freiheitshungrige Schweizer Bergvolk aus eigenem Entschluß unbedingt jeder Verwicklung in den Krieg der Nachbarn fernbleiben wollte und sich mit allen Kräften gegen jede Verletzung seiner Neutralität wappnete, so hat auch das ritterliche Spanien seinen Ruf gewahrt und sich in keiner Weise umgarnen lassen. Es verspürte weder eine Neigung, Frankreich, den scharfen Konkurrenten in Marokko, noch England, den Herrn von Gibraltar, in ihren Plänen zu fördern, oder irgend-



wie dem Beispiel des wenig geschätzten Nachbarn Portugal, des Hörigen Englands, zu folgen. Die Haltung Spaniens war aber zugleich mitbestimmend für jene spanischsprechenden Länder Amerikas, die eifersüchtig über ihre eigene Unabhängigkeit gegenüber der machthungrigen nordamerikanischen Union wachen, obenan Mexiko, den bedrohten Nachbarn der großen Macht im Norden, und Argentinien, das wirtschaftlich zu normalen Zeiten recht enge Verbindungen mit Deutschland unterhalten hatte.

Wichtig war natürlich in hervorragendem Maße, daß Deutschland nicht nur seine germanischen Nachbarn in Europa auch von sich aus unmittelbar mit politischer Aufklärung und Gegenwirkung gegen die Ententeschürereien zu versehen vermochte, sondern daß der regelmäßige Funkdienst, der zwischen Deutschland und Spanien aufrechterhalten blieb, von Spanien aus auch zur Aufklärung der spanisch sprechenden Teile Lateinamerikas beitrug.

Fast möchte man diesen wenigen Neutralen noch China anreihen, das ja von den großen Mächten der anderen Gruppe, besonders von den alten Verbündeten, Japan und England, nichts Gutes zu erwarten hatte, und das sich schließlich zwar formell auf den großen Plan der Gegner Deutschlands zerren ließ, deutschfeindliche Handlungen aber, wie schon früher gesagt, nach aller Möglichkeit zu vermeiden trachtete.

V. Buch: Das Staatenbild nach den Friedensschlüssen.

Einführung.

Auf dem Balkan, wo der Krieg begonnen, begann auch der Zusammenbruch. Bulgarien, das Ende 1917 seine nach und nach immer weiter gesteckten Kriegsziele am sichersten in der Hand zu halten glauben durfte, begann bereits schwankend zu werden, als die östlichen Sonderfriedensverhandlungen ihm die ersten Enttäuschungen bereiteten. Seine weitausgreifenden Pläne hatten sich gegen die unter den Verbündeten getroffene Abrede bis an die Donaumündung erstreckt. Deutschland und Österreich ihrerseits wollten zunächst die Eisenbahnlinie Tschernavoda—Konstanza unter ihrer Kontrolle halten, und sie wollten ferner, abgesehen von dem bis 1912 zu Bulgarien gehörigen Südteil, die Dobrudscha als Kompensationsobjekt benutzen, um die Bulgaren auf diesem Wege veranlassen zu können, auch den Türken eine gewisse Entschädigung für ihre Mitwirkung an den bulgarischen Fronten zuteil werden zu lassen. Die Bulgaren aber vertraten den Standpunkt, daß die Türken an jenen Fronten lediglich Konstantinopel verteidigt hätten, also auf Dank oder Entlohnung keinen Anspruch erheben könnten.

Um Abweisung und Anerkennung der bulgarischen Dobrudschaforderungen gab es geradezu einen persönlichen Wettlauf zwischen den beteiligten Monarchen: Als Kaiser Wilhelm II. eine ausgedehnte Donaufahrt bis zu der großen Brücke von Tschernavoda unternahm, legte Zar Ferdinand es darauf an, ihn am Endziel persönlich »auf bulgarischem Boden« zu begrüßen und dadurch ein Präzedenz zu schaffen. Deutscherseits wurde alles versucht, diesen mißliebigen Akt zu hintertreiben. Die Eisenbahn in der Dobrudscha, die der Zar benutzen mußte, um dem Kaiser zuvorzukommen, stand unter deutscher Verwaltung. Man schützte Bahndefekte vor, um den Hofzug Ferdinands aufzuhalten. Aber Kronprinz Boris als geübter Lokomotivführer übernahm persönlich auf des Zaren Geheiß die Führung des Zuges und die Verantwortung — die »Kriegslist« war mißlungen, die unerwünschte Überrumpelung des Kaisers in Tschernavoda erfolgte, konnte aber natürlich die bulgarischen Ansprüche

in keiner Weise endgültig entscheiden. In Bukarest fand man dann die natürlich keinen Teil befriedigende vorläufige Lösung eines »Kondominiums« in der Dobrudscha (vgl. Preußen und Österreich in Schleswig-Holstein 1864 mit der unausbleiblichen Folge von 1866!). Der Trinkspruch, den Zar Ferdinand in jener Zeit zum Geburtstag Kaiser Wilhelms in Sofia hielt, und mehr noch die mündlichen Kommentare dazu, die er dem Verfasser in unmittelbarem Anschluß daran in einer Abschiedsaudienz zur Übermittlung in Berlin auf den Weg gab, kündigte die Möglichkeit eines Zerfalles des Vierbundes an.

Tatsächlich folgte dem Bukarester Frieden die Ablösung des absolut auf das Bündnis eingeschworenen Ministeriums Radoslawow durch Nachfolger, denen es nicht an Neigung zur Fühlungnahme mit der Entente fehlte, die um so leichter zu bewerkstelligen war, als die diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Amerika nicht abgebrochen waren und ein amerikanischer Geschäftsträger, zugleich als Beschützer englischer Agenten, dauernd in Sofia weilte. Das neue Ministerium mußte, um sich eine Mehrheit in der Volksvertretung zu sichern, der stark um sich greifenden Kriegsmüdigkeit Rechnung tragen und eine nahe Beendigung des Krieges in Ausicht stellen. Die zuvor durch Gegner Radoslawows aufgewühlte Front wollte nunmehr einen bestimmten Endtermin sehen und nur noch bis zum 15. September den Kampf fortsetzen. Als dann gar Österreich mit Kundgebungen hervortrat, die trotz des Versuches einer deutschen Gegenwirkung nur als Sonderfriedensangebot verstanden werden konnten, hatte man es in Bulgarien eilig, nicht etwa nachzuhinken, sondern zuerst die Gunst und Gnade der Entente zu erbitten. So wurden in der Verärgerung darüber, ein Kriegsziel, und zwar das erst zu allerletzt entdeckte, nicht ganz erreicht zu haben, alle Kriegsziele aufgegeben und die verhängnisvollen Schritte zur Zertrümmerung des Vierbundes getan. Zar Ferdinand für seine Person zog die Konsequenzen, den preußischen Feldmarschallstab in die Hände Kaiser Wilhelms zurückzulegen und dem Thron zu entsagen, um ihn für die Dynastie zu retten und selbst das Gesicht des bis zum Letzten treuen Bundesgenossen zu wahren.

Der Zerfall des Vierbundes und das Vorgehen der einzelnen Mächte mit Sonderfriedensgesuchen unter den Begleiterscheinungen des Umsturzes und Waffenwegwerfens erleichterte es der Gegenseite wesentlich, eine allgemeine Friedenskonferenz zu vermeiden und einfach mit Friedensdiktaten vorzugehen. Die so zustande gekommenen Friedensdokumente tragen alle Kennzeichen eines Gewaltfriedens, der weit davon entfernt ist, die Grenzen unter sachlicher Berücksichtigung der Grundgesetze der politischen Geographie zu ziehen, sondern auch in dieser Beziehung von Willkürlichkeiten geradezu strotzt. Das Auge des Geographen schmerzt der Blick auf die neue Landkarte Europas. Und auch eingefleischte Pazifisten werden bei einigem Verständnis für das Lesen politischer Kartenbilder gestehen müssen: Dies sind keine Produkte von bleibendem Bestand!

Eingehendere Kritik des neuen Kartenbildes späteren Abschnitten vorbehaltend, um zunächst die positiven Tatsachen der heutigen Staatsgebilde festzustellen, sei vorweg allgemein soviel bemerkt, daß die staat-

lichen Um- und Neubildungen in Europa offenbar wesentlich gestellt werden sollten unter den leitenden Gedanken der ethnographischen, völkischen Rücksichten. Für Mitteleuropa aber scheint die Abwandlung vorgeherrscht zu haben: Selbstbestimmungsrecht der nichtdeutschen Völker mit Vergewaltigungsrecht gegenüber dem deutschen Volk. Wie weit in dieser Hinsicht die Unkenntnis oder die Böswilligkeit ging, konnte gar nichtklarer erwiesen werden als durch die Abstimmung in dem der Entente so zweifelhaften Gebiete Ostpreußens. Was zutage getreten, sind großenteils ethnographische Zerrbilder bei völliger Außerachtlassung verkehrsgeographischer Bedingtheiten und starker Mißachtung wirtschaftsgeographischer Erfordernisse. Anstatt vorhandene Reibungsflächen nach Möglichkeit zu beseitigen und, soweit dies bei der Veränderlichkeit der Staatsvölker selbst, ihrer Leistungen und ihrer Bedürfnisse überhaupt zu gewährleisten ist, wenigstens für absehbare Zeit haltbare Zustände zu schaffen, hat man neue Reibungsflächen in Hülle und Fülle entstehen lassen und Gebilde geformt, denen jedes geographisch halbwegs geschulte Auge die unausbleiblich zwingende Dringlichkeit des Änderungsbedürfnisses auf den ersten Blick ansieht.

Schließlich sei der Wiedergabe statistischer Mitteilungen über Fläche und Bevölkerung der einzelnen Länder ein Gesamtüberblick über die heutige Bevölkerungszahl der bewohnten Erdräume vorangeschickt. Für einen Teil der asiatischen und afrikanischen Länder liegen allerdings nur sehr erheblich voneinander abweichende Schätzungen vor, so daß die nachstehende Tafel nicht den Anspruch erheben kann, auch nur bis auf 20 Millionen genau zu sein.

Erdteil	Flächeninhalt in 1000 qkm	Bewohnerzahl in Millionen (abgerundet)	Dichte auf 1 qkm
1. Asien	43 868	892	20,3
2. Europa	9 927	455	45,8
3. Afrika	30 156	140	4,7
4. Australien und Ozeanien	8 955	8	0,9
Ostfeste	92 906	1495	15,0
5. Nord- und Mittelamerika	24 098	145	6,0
6. Südamerika	18 014	61	3,4
Westfeste	42 112	205	4,7
7. Antarktisches Festland	14 000	—	—
Gesamte Landoberfläche	149 (018)	1700	11,4

In den am Krieg beteiligten Ländern Europas ist während der Kriegszeit die Bevölkerungsbewegung nach Untersuchungen der dänischen Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges in nachstehend gekennzeichneter Weise beeinflußt worden:

I. Bevölkerungsstand.

	Ende 1913	Mitte 1919 unter normalen Verhältnissen	Mitte 1919 tatsächlich
Deutschland	67400000	71800000	65500000
Österreich-Ungarn	52700000	55600000	49800000
Großbritannien und Irland	46000000	48400000	46500000
Frankreich	39700000	39900000	36560000
Italien	35400000	37500000	35200000
Belgien	7650000	7800000	7425000
Bulgarien	4750000	5150000	4875000
Rumänien	7600000	8230000	7720000
Serbien	4650000	5100000	3450000
Europäisch. Rußland m. Polen	135000000	145000000	132000000
Zusammen	400850000	424480000	389030000

II. Menschenverluste von 1914 bis Mitte 1919.

	Geburten-verlust	Verlust durch Zunahme der Sterblichkeit	Darunter Kriegs-gefallene	Gesamt-verlust
Deutschland	3600000	2700000	2000000	6300000
Österreich-Ungarn	3800000	2000000	1500000	5800000
Großbritannien und Irland	850000	1000000	800000	1850000
Frankreich	1500000	1840000	1400000	3340000
Italien	1400000	880000	600000	2280000
Belgien	175000	200000	115000	375000
Bulgarien	155000	120000	65000	275000
Rumänien	150000	360000	159000	510000
Serbien	320000	1330000	690000	1650000
Europ. Rußland m. Polen	8300000	4700000	2500000	13000000
Zusammen	20250000	15130000	9829000	35380000

Diese Aufstellung gilt für den Boden der alten Staatswesen aus der Vorkriegszeit. Nun haben aber von den europäischen Ländern nur die folgenden ihren alten Umfang bewahrt: Schweden, Norwegen, Großbritannien und Irland, Niederlande, Luxemburg. Schweiz, Liechtenstein, Monaco, San Marino, Andorra, Spanien, Portugal, Albanien.

Ihr Areal haben vergrößert oder es sind neu erstanden:

	1913 qkm	1920 qkm	mehr qkm
Dänemark	145,217	149,103	3,886
Finnland	—	377,426	—
Belgien	29,451	30,440	989
Frankreich	536,464	550,986	14,522
Italien	286,610	310,776	24,166

	1913 qkm	1920 qkm	mehr qkm
Estland	—	67,750	—
Lettland	—	64,856	—
Litauen	—	?	—
Polen	—	360,000	—
Rumänien	137,902	292,000	154,198
Serbien	87,300	—	—
Montenegro	14,180	225,000	123,520
Griechenland	120,060	150,884	30,824

An Bodenflächen verloren haben:

	qkm	qkm	weniger
Deutschland	541,181	472,423	68,758
Saargebiet	—	1,924	—
Danzig	—	1,850	—
Memel	—	2,300	—
Österreich-Ungarn	676,615	81,879	594,716
Rußland	5,456,208	?	—
Ukraine	—	?	—
Tschechoslowakei	—	141,632	—
Ungarn	—	92,500	—
Bulgarien	114,017	87,445	26,572
Türkei	26,100	?	—

Ihrer Einwohnerzahl nach folgen die europäischen Länder jetzt etwa mit nachstehenden Kopfzahlen:

Europäisches Rußland	101,0	Millionen
Deutsches Reich	62,0	»
Großbritannien und Irland	47,3	»
Italien	39,5	»
Frankreich	39,2	»
Polen	29,0	»
Spanien	20,0	»
Rumänien	15,4	»
Jugoslawien	14,5	»
Tschechoslowakei	13,6	»
Ungarn	7,84	»
Belgien	7,62	»
Niederlande	6,84	»
Österreich	6,73	»
Portugal	5,96	»
Schweden	5,81	»
Griechenland	5,60	»
Bulgarien	4,86	»
Litauen	4,80	»
Schweiz	3,89	»
Finnland	3,33	»
Dänemark	3,27	»
Norwegen	2,65	»

Estland	1,75 Millionen
Lettland	1,73 »
Europäische Türkei	1,25 »
Übrige Länder	1,57 »

Unter Berücksichtigung des Kolonialbesitzes ergibt sich für die volkreicheren Staaten der Erde ungefähr diese Reihe:

Großbritannien	450	Millionen	Köpfe
China	320	»	»
Vereinigte Staaten	107	»	»
Rußland	101	»	»
Frankreich	96	»	»
Japan	80	»	»
Deutschland	62	»	»
Italien	40	»	»
Brasilien	31	»	»
Polen	29	»	»
Belgien	23	»	»
Spanien	22	»	»
Mexiko	15	»	»

Weit größer als die Wandlungen in den Größenverhältnissen und der Kopfzahl aber sind die tatsächlichen Machtverschiebungen, die in erster Linie in dem Maße und den Möglichkeiten der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ihren Ausdruck finden. Heute fungieren als die fünf Hauptmächte obenan die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Japan und Italien. Unter ihnen stehen bezüglich der Seemacht die Vereinigten Staaten und England auf gleicher Stufe, wobei aber die weltpolitische Vorhand an Amerika übergegangen ist. In Sachen der europäischen Politik dagegen war Frankreich so weit aufgerückt, daß ihm trotz England die erste Stelle zugesprochen werden mußte. Unter den acht volkreichsten Staaten sind China und Deutschland zur politischen Ohnmacht verurteilt. Rußland verfügte Anfang 1922 noch über ein Heer von fast 2 Millionen Köpfen und suchte sich nicht ohne Erfolg seiner politischen Ächtung zu entwinden. Das politische »Gleichgewicht« früherer Zeiten ist noch stark gestört. Gefahren neuer, großer Zusammenstöße waren drei Jahre nach Ausgang des Weltkrieges in reichlichem Maße gegeben und durch eine Kette internationaler Konferenzen suchte man sie zu bannen oder zu vertagen, ohne die allgemeine Hochspannung beseitigen zu können.

A. Geographische Lebensbedingungen der heutigen Staatsvölker.

1. Die ozeanischen Weltmächte.

In dem weltgeschichtlichen Kreislauf bevorzugter Bewertung und überragenden kulturellen wie politischen Einflusses der Landwirtschaft, Handwirtschaft und Handelswirtschaft treibenden Völker sind in unseren Tagen wieder einmal die Händlervölker an die Spitze gerückt. Demgemäß werden die großen weltpolitischen Interessen in erster Reihe um die Insel-

reiche gesammelt, die von Natur am meisten auf das führende Beschreiten der großen Handelswege hingewiesen werden.

Es mag widersinnig klingen, zu einer Zeit scharf hervorstechenden weltpolitischen Einflusses und überragender weltwirtschaftlicher Stellung der Vereinigten Staaten von Nordamerika lediglich von der Vormacht der Inselreiche, also in scheinbarer Beschränkung auf England und Japan zu sprechen. Doch wird sich unschwer erweisen lassen, daß eben auch die Vereinigten Staaten in augenfälliger Weise sich zu einem weltpolitischen Gepräge entwickeln, das sie trotz ihres kontinentalen Charakters in nahe Verwandtschaft zu den Inselreichen bringt.

Die Vereinigten Staaten haben sozusagen vor unseren Augen innerhalb erstaunlich kurzer Zeit die Übergänge vom Agrarstaat über den Industriestaat zum Handelsstaat vollzogen. Als ihre weiten Flächen sich mit landwirtschaftlicher Einwanderung aus ganz Europa anfüllten, trat vornehmlich der kontinentale Charakter des großen Landmassivs zutage. Heute, da die Vereinigten Staaten zur hervorragenden Handelsmacht geworden sind, erscheint ihre bevorzugte Lage an den beiden größten Weltmeeren und die gewaltige Ausdehnung ihrer Wassergrenzen das weit mehr Hervorstechende. Berücksichtigt man neben den ozeanischen Grenzen auch jene an den großen nordamerikanischen Binnenseen, dann verhält sich, grob gerechnet, die Landgrenze der nordamerikanischen Union zur Seegrenze wie 8 : 13. Es kommt hinzu, daß die einstmals höchst willkürlich und ohne Rücksicht auf irgendwelche natürliche Gegebenheiten gezogene nördliche Landgrenze der Vereinigten Staaten keine politische Scheidewand von der Art bildet, daß die Union hier etwa eines militärischen Aufmarsches gegen einen möglichen oder wahrscheinlichen Gegner bedürfte. Die Wechselbeziehungen zwischen den beiden nordamerikanischen Nachbarn verengern sich zusehends. Im Laufe der Jahrzehnte sind nach den Vereinigten Staaten etwa 1½ Millionen Personen aus Kanada eingewandert, während in Kanada wiederum mehr als 300 000 Einwohner gezählt werden, die in den Vereinigten Staaten geboren sind. Die jährliche Einwanderung in Kanada aus den Vereinigten Staaten belief sich vor dem Kriege auf nahe 150 000 Köpfen. Weltpolitisch fühlen sich die beiden Nachbarn besonders durch das gemeinsame Interesse gegenüber Japan eng verbunden. Was die andere Landgrenze der Union anbetrifft, so ist das offensichtliche Streben der Vereinigten Staaten darauf gerichtet, sie mit allen Mitteln der List und notfalls der Gewalt zu verwischen und de facto hinauszuschieben bis an und über den Panamakanal.

Bezeichnend für die psychologische Annäherung Nordamerikas an den Charakter der Inselreiche ist neben der Tatsache, daß nach einmal vollzogener innerer Wandlung dieses weltgeschichtliche Epochen in so beispiellosem Tempo nehmenden Volkes an den Küsten beider Ozeane flugs die überhaupt stärkste Kriegs- und Handelsflotte erstrebt wird, und daß die weltpolitische Expansion nach dem Muster der eigentlichen Inselreiche in erster Linie wiederum Inseln zu ihren Objekten und bevorzugten Stützpunkten sucht. Schon das erste weltpolitische Heraustreten der Vereinigten Staaten brachte sie in den Besitz der Herrschaft über

weite Inselgebiete in den fernen ostasiatischen und in den nahen mittelamerikanischen Gewässern. Durch Käufe und Verträge, gegebenenfalls nicht ohne nachdrücklichen Hinweis auf ihre Machtmittel bewirkt, waren und sind sie weiter bestrebt, ihre insularen Stützpunkte in weitem Umkreis um das Gebiet des Panamakanals zuvermehren. Um eine vornehmlich im Kabelverkehr besonders zentral gelegene Insel geht ihr Streit mit Japan. Die mittelamerikanischen Inseln bilden ferner einen wesentlichen Differenzpunkt in den amerikanisch-englischen Beziehungen, und im Hinblick auf diesen Differenzpunkt verschmähen die Vereinigten Staaten es gelegentlich auch nicht, Englands Eifersucht durch ausgesprochene Aspiration auf die dem nordwestlichen Afrika vorgelagerten, verkehrspolitisch äußerst wichtigen Inselgruppen zu reizen.

Diese ganzen Richtlinien heutiger amerikanischer Politik verraten ein weltpolitische Denkweise der führenden Kreise im vorwiegend händlerisch gewordenen Nordamerika, die sich tatsächlich dem Charakter der rein insularen Reiche außerordentlich angleicht. Demgemäß wird man unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit einer gewissen Berechtigung davon sprechen können, daß das derzeitige weltpolitische Schwergewicht bei den drei Reichen insularen und händlerischen Charakters liegt.

Eine ganz andere Frage ist es, ob damit gewissermaßen ein Art weltgeschichtlichen Abschlusses oder etwa ein naturgewollter Höhepunkt erreicht ist. Dagegen spricht nicht nur die Rivalität der drei Reiche untereinander, sondern weit mehr noch eine wesentlich tiefer gehende Erwägung: Wohl mag es den beweglichen Händlervölkern besonders leicht fallen, weltpolitisches Übergewicht zu erlangen, zumal sie durch den in ihrer Hand wesentlich schnelleren und in der Regel profitableren Kapitalumlauf gegenüber den Agrar- und auch den Industriestaaten das Volksvermögen schneller und mächtiger zu steigern in der Lage sind. Schließlich aber ist der Handel, sosehr er sich auch als Herrscher aufspielen mag, doch immer wieder naturnotwendig abhängig von der Gewinnung der zu handelnden Güter, letzten Endes also von der Urproduktion. Das heutige Übergewicht der Händlervölker aber fällt gerade in eine Zeit, in der die Urproduktion gewaltige Lücken aufweist und von noch weiteren Ausfällen bedroht wird. Das ganze russische Riesenland ist dermaßen aus der Urproduktion ausgeschieden, daß dieser einstige Weltversorger an Getreide die fürchterlichste Hungersnot durchmacht. Auch die Urproduktion in Deutschland, die relativ so besonders hoch entwickelt war, ist durch viele innere und äußere Gründe empfindlichst geschwächt, und Teile eines Gebietes von der besonders hervorragenden Produktivbedeutung Oberschlesiens erscheinen unter Umständen zu lang andauerndem Verfall verurteilt. Dazu das drohende Übergreifen der bolschewistischen Bewegung auf Indien, das auch diesen wichtigen Weltversorger aus den Lieferanten des Weltmarktes zunächst zweifellos streichen würde.

So entsteht im großen Getriebe der Weltwirtschaft von den Seiten der Urproduktion aus Vakuum auf Vakuum, das die Händlerreiche nicht auszufüllen vermögen. Die unausbleibliche, gesunde Reaktion muß und wird in einem Wiederanschwellen des Einflusses von Gebieten der

Landwirtschaft und sonstigen Urproduktionen liegen. Das mag sich künftig u. a. zeigen im Wachsen der Weltgeltung in noch so weitem Maße entwicklungsfähiger Länder wie jener Südamerikas. Es wird aber auch wieder zurückgreifen auf jene Gebiete, die heute unter kriegerischen und revolutionären Einwirkungen ihrer alten Stellung zeitweise verlustig gegangen sind, denen aber unter natürlicher Einwirkung der Weltmarktverhältnisse, die solche Vakuumbildungen nicht lange zu ertragen vermögen, die Wiederbesinnung und die Wiedergewinnung von Produktionskraft Ansehen und Einfluß verleihen wird. Wir dürfen die Zuversicht hegen, daß hierfür vornehmlich die Lande zwischen Rhein und Ural in Frage kommen werden, und daß neugestärkte deutsche Schaffenskraft einen vornehmlichen Anteil hieran wird beanspruchen können.

a) Welt-Britannien.

Das gesamte britische Weltreich umfaßt nach dem Stande von 1920 einen Umfang von mehr als 36 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von rd. 455 Millionen Köpfen. Davon entfallen auf Europa, d. h. das Vereinigte Königreich mit den Kanalinseln 315 000 qkm mit über 46 Millionen Einwohnern, auf das Kaiserreich Indien 4,8 Millionen qkm mit über 315 Millionen Einwohnern, auf die Dominions, Kolonien und Schutzstaaten 31 Millionen qkm mit 93 Millionen Einwohnern.

Von den Vereinigten Königreichen umfassen England und Wales räumlich ziemlich genau die Hälfte mit 36 Millionen Einwohnern oder 238 auf 1 qkm. Schottland zählte bei 79 000 qkm Fläche 4,9 Millionen Einwohner oder 60 auf 1 qkm, das größere Irland bei 84 000 qkm nur 4,4 Millionen Einwohner oder 52 auf den qkm. Was die Bevölkerungsbewegung in England anbetrifft, so war im Jahre 1910 ein Geburtenüberschuß von insgesamt 492 000 Köpfen zu verzeichnen gewesen. Während des Krieges hatte ein erheblicher Rückgang stattgefunden, und zwar im Jahre 1916 auf 337 000, 1917 211 000, 1918 kaum noch 80 000. Diesem Tiefstand folgte im Jahre 1919 wieder eine Steigerung auf 230 000. Sehr bemerkenswert ist das außerordentlich starke Zurückbleiben des Geburtenüberschusses in Irland über den Gesamtdurchschnitt. Im Jahre 1912 hatte England an einem Gesamtüberschuß von 465 000 Köpfen einen Anteil von 386 000, auf Schottland entfielen 50 000, auf Irland dagegen kaum 29 000 Köpfe. Im Jahre 1919 war an dem 230 000 Kopf Geburtenüberschuß England mit 188 000 beteiligt, Schottland mit 31 000, Irland mit knapp 11 000. Die natürliche Volksvermehrung (Überschuß der Geburten über die Todesfälle) wurde in Irland seit Jahrzehnten durch den Wanderungsverlust regelmäßig in einen Bevölkerungsrückgang umgewandelt. Während sich vor dem Kriege die Bevölkerung Englands in den einzelnen Jahrzehnten durchschnittlich um je 10—14%, diejenige Schottlands um 6—11% vermehrt hatte, verzeichnete Irland einen Bevölkerungsschwund, der in einzelnen Jahrzehnten nahezu 10% betrug. So kam es, daß der Anteil Irlands an der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Königreiche ständig abnahm. Hatte er noch im Jahre 1861 rd. 20% betragen gegenüber einem 65 proz. Anteil Englands, so war er bereits im Jahre 1911

unter 10% gesunken, während der Anteil Englands auf 75% gestiegen war. Ihre Höchstzahl hatte die Bevölkerung Irlands um 1840 erreicht, sie betrug damals über 8 Millionen Köpfe, sank dann aber von Jahrzehnt zu Jahrzehnt bis auf wenig über die Hälfte dieser Zahl. Hungersnot, Geburteneinschränkung und Auswanderung trugen ihren Anteil an diesem Ergebnis. Die Zahl der Personen, die im Zeitraum von 1851—1918 aus Irland auswanderten, war fast genau so groß wie die Zahl der am Ende dieser Periode in Irland vorhandenen Einwohner.

Der Bevölkerungsschwund ist eine Folge der politischen Unterdrückung Irlands durch England, die es den Iren auch nicht gestattete, die wirtschafts- und verkehrsgeographischen Vorteile zu nutzen, die ihrem Lande von der Natur gegeben. Der Verkehr wurde zugunsten der englischen Häfen von Irland abgelenkt und das wirtschaftliche Leben der fruchtbaren Insel verkümmerte unter den sozialen und Besitzverhältnissen, die der englische Einfluß geschaffen. Durch Jahrzehnte ging der Streit um irische Selbstverwaltung (Homerule), oft genug mit den militärischen Gewaltmitteln geführt bzw. unterbunden. Die von England ausgegangene Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gab den irischen Forderungen in dieser Richtung naturgemäß ein verstärktes Gewicht, so daß die irisch-englischen Konflikte in dem nunmehr auf volle Selbständigkeit Irlands gerichteten Streben nach dem Kriege die schärfsten Zuspitzungen erfuhren.

Großbritannien insgesamt nahm jährlich eine große europäische Einwandererschaft auf, gab aber eine noch größere Zahl an Auswanderern weiter. Im Jahre 1912 beispielsweise stellte sich das Verhältnis wie folgt:

Geburtenüberschuß	465 000	Britische Auswanderung	468 000
Einwanderung	341 000	Fremde Auswandrg. üb. England	189 000
Gesamtzunahme	806 000	Gesamtauswanderg. aus England	657 000

Von den britischen Auswanderern waren 303 000 Engländer, 89 000 Schotten, 49 000 Irländer, der Rest entstammt den britischen Kolonien. In den Jahren 1815—1919 waren insgesamt 23 Millionen Personen aus dem Vereinigten Königreich ausgewandert. Während des Krieges hatte die Wanderungsbewegung naturgemäß eine starke Einschränkung erfahren. So verzeichnete im Vereinigten Königreich das Jahr

1917 34 000 Einwanderer und 28 000 Auswanderer,
1918 26 000 » » 23 000 »

worauf dann wiederum ein Aufstieg folgte auf

1919 194 000 Einwanderer und 202 000 Auswanderer.

Von den Auswanderern dieses letzten Jahres waren 180 000 Briten, der Rest Fremde.

Über den britischen Kolonialbesitz nach dem Kriege geben die nachstehenden Tabellen Auskunft. Dieselben umfassen alle Arten englischer Besitzungen und Schutzgebiete nebst ihren Dependenzen. Schutzgebiete sind durch (Prot.), Mandatsgebiete des Völkerbundes durch (M.) bezeichnet:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qcm
I. Europa.			
Gibraltar	5	17963	—
Malta	306	224655	732
Europa	311	242618	780
II. Asien.			
Zypern	9282	311108	31
Mesopotamien (M.)	341100	2849282	8
Kaiserreich Indien	4764000	315608000	65
Ceylon	65990	4686383	69
Malediven (Prot.)	300	70000	233
Straits Settlements	4140	846083	196
Malaiische Schutzstaaten	130000	2262000	17
Nordborneo	80500	238000	3
Sultanat Brunei (Prot.)	10400	32000	3
» Sarawak (Prot.)	129500	600000	5
Sprattley-Insel und Amboyna-Cay	?	unbewohnt	—
Hongkong und Pachtgebiet	1050	561500	—
Kamaran-Inseln	130	100	1
Wei-hai-wei (Pachtgebiet)	740	150000	203
Bahrein-Inseln (Prot.)	550	110000	180
Asien	5540000	328324000	59
III. Afrika.			
Gambia	10400	208000	16
Sierra Leone	80300	1437200	17
Goldküste	207000	1503400	7
Togo (M.)	42200	500000	12
Nigerien	870000	17500000	20
Kamerun (M.)	340000	1250000	3,6
Somaliland-Protektorat	176000	359800	1,7
Kenialand (bisher Brit.-Ostafrika)	644900	2807000	6
Tanganika-Territorium (M.)	940900	5000000	5
Uganda-Protektorat	285700	3318000	10
Sansibar	2640	200000	75
Nyasaland-Protektorat	102500	1218000	11
Britisch-Südafrika	3958000	9292000	2,3
Mauritius	1865	385000	203
Dependenzen	230	7024	28
Seschellen und Dependenzen	404	25000	62
Tristan da Cunha	116	95	0,8
St. Helena	104	3650	35
Ascension	88	250	3
Ägypten	994300	12751000	13
Ägyptischer Sudan	2549500	3400000	1,3
Afrika	11200000	61166000	5
IV. Amerika.			
Kanada	9659400	8835000	0,9
Neufundland	110670	259000	0,8
Dep. Labrador	310000		
Bermuda	50	22000	—

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qcm
Britisch-Honduras	22 270	43 400	2
Bahama-Inseln	11 405	60 000	5
Jamaika	11 530	891 000	82
Dep. Turks- und Caicos-Inseln	580	5 600	10
» Kayman-Inseln	230	6 000	26
» Pedro- und Morant-Cays	?	—	—
Leeward Islands	1 850	128 264	69
Virgin Islands	150	6 010	40
Anguilla	90	4 050	45
St. Christopher (St. Kitts)	170	27 270	160
Nevis	130	12 960	100
Antigua, Barbuda	440	31 554	72
Montserrat und Redonda	83	11 180	135
Dominica	790	35 240	44
Windward Islands	1 365	180 200	124
Santa Lucia	602	54 300	90
St. Vincent und nördliche Grenadinen	417	52 000	117
Grenada und Carriaccu	345	73 880	214
Barbados	430	192 000	446
Trinidad und Tobago	4 838	381 300	79
Britisch-Guayana	231 800	311 000	1,3
Falkland-Inseln und Südgeorgien	19 400	3 250	0,2
Dependenzen (Südorkney-, Sandwich-, Südshetland-Inseln, Grahamland)	404 000	—	—
Amerika	10 790 000	11 318 000	1

V. Australien und Südsee.

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Australischer Bundesstaat	8 179 000	6 053 500	0,7
Neuseeland und Dependenzen	272 000	1 213 000	4
Fidschi-Inseln und Rotumah	19 256	163 400	9
Nauru (M.)	5	1 350	270
Tonga-Inseln	1 010	25 222	21
Salomon-Inseln (Prot.)	38 300	150 740	4
Gilbert- und Ellice-Inseln mit Christmas-Inseln	1 190	32 979	27
Santa Cruz- und Tukopia-Inseln	1 002	7 700	7
Starbuck, Malden, Victoria-Inseln	98	168	2
Pitcairn-Insel	5	169	34
Australien	8 512 000	7 648 000	0,8
Endsumme	36 042 000	408 699 000	11

Zu den für Asien angegebenen Kolonien, Schutzgebieten und Mandatsgebieten gesellt sich in letzterer Kategorie noch das englische Mandat über den neuen jüdischen Staat Palästina, über den genaue zahlenmäßige Angaben noch nicht vorliegen. Statesmans Year-Book 1920 beziffert die der englischen Herrschaft unterstehende Bevölkerung von Palästina auf etwa 650 000 Köpfe, darunter nur 65 000 Juden, annähernd ebenso viele Christen, der Hauptsache nach aber Mohammedaner.

Das britische Protektorat über dieses neue Staatengebilde ist eine Art Gegengewicht gegen das französische Protektorat über das angrenzende

Syrien. An sich ist die Gründung des Zionistenstaates ein wenig aussichtsreiches Zugeständnis an eine bestimmte jüdische Partei. Die Zionisten haben seit einem Menschenalter mit vielen Millionen gearbeitet, aber bis zum Jahre 1914 nicht mehr erreicht als die Rückkehr einiger 10 000 Juden nach Palästina in ziemlich ungünstige Verhältnisse. In der gleichen Zeit aber wanderten 1½ Millionen Juden aus Europa nach Amerika aus. Von den auf der Erde lebenden 12—15 Millionen Juden kann allenfalls eine Million sich in Palästina ernähren — vorausgesetzt, daß sie die Absicht haben sollte. Praktisch aber wird der Zionismus sich immer nur auf recht enge Kreise des Judentums beschränken. Die Gründung des Staates Palästina zeigte nur, daß es sogar diesem beschränkten Kreise sentimentaler Juden gelungen ist, das Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit umzustoßen, daß in einem Lande, in dem die heiligen Stätten des Christentums nicht minder zahlreich sind als die des Judentums, die weitaus überwiegende mohammedanische Volksmehrheit sich plötzlich sehr gegen ihren Willen eine zionistische Minderheitsherrschaft gefallen lassen muß.

Was die eigentlichen englischen Kolonien anbetrifft, so hat ihre Bevölkerung durch einen großen Geburtenüberschuß und durch die Einwanderungen einen in den letzten Jahrzehnten riesenhaften Aufschwung genommen, der allerdings durch die Kriegsjahre beeinflußt wurde. Die Zunahme der Bevölkerung in den drei rein englischen Kolonien, Australien, Neuseeland und Kanada entwickelte sich in den letzten drei Jahrzehnten wie folgt:

	1881	1891	1901	1911
Australien . . .	2306700	3241000	3824900	4568700
Neuseeland . . .	489900	626700	772700	1008500
Kanada	4324800	4833300	5371300	7206000
zusammen	7121400	8701000	9968900	12783800

Das bedeutet eine Zunahme von insgesamt 80%. Den Europäer wird es überraschen, daß auch in den Kolonien die Geburtenziffer sinkt, die außerordentlich günstigen Sterbeziffern ergeben trotzdem einen Geburtenüberschuß. Dieser betrug für Australien 1871 25%, 1910 18,3%, 1914 9,2%; für Neuseeland in denselben Jahren 30,0%, 16,0% und 17,0%. Aus Kanada liegen darüber keine genauen Zahlen vor, man schätzt jedoch den Geburtenüberschuß für die Jahre 1901—1910 auf 19,1%.

Stärker jedoch als der Geburtenüberschuß trägt zur Bevölkerungsvermehrung und damit zur allgemein politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der englischen Dominions die Einwanderung bei.

Unter den einzelnen Hauptkolonien Englands sind in

Britisch-Ostindien

britische Provinzen und Vasallenstaaten zu unterscheiden. Nach Größe der Bevölkerung verhalten sich diese einzelnen Gebiete wie folgt:

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Ajmer-Merwara	7021	501395	71
Andamanen und Nikobaren	8140	26459	3

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Assam	137 303	6 713 635	49
Belutschistan	140 445	414 412	3
Bengalen	203 822	45 483 077	223
Bihar und Orissa	215 425	34 490 084	160
Birma	597 849	12 115 217	20
Bombay	318 502	19 626 477	62
Aden	207	46 165	206
Coorg	4 097	174 976	43
Delhi	1 443	391 828	271
Madras	368 619	41 405 403	112
Nordwestliche Grenzprovinz	34 751	2 196 933	63
Pandschab	256 974	19 583 128	76
Vereinigte Provinzen von Agra u. Oudh	277 810	47 182 044	170
Zentralprovinzen und Berar	258 531	13 916 308	54
Provinzen	2 830 942	244 267 542	86

Staaten	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Assam (Manipur)	21 900	346 222	15
Baroda	21 191	2 032 798	96
Belutschistan	208 253	420 291	2
Bengalen	13 967	822 565	59
Bihar und Orissa	74 195	3 945 209	53
Bombay	165 401	7 411 675	45
Hyderabad	214 179	13 374 676	62
Kaschmir	218 670	3 158 126	14
Madras	27 320	4 811 841	184
Mysore	76 337	5 806 193	76
Nordwestliche Grenzprovinz	65 970	1 622 094	25
Pandschab	94 663	4 212 794	44
Rajputana	334 062	10 530 432	31
Sikkim	7 298	87 920	12
Vereinigte Provinzen	13 154	832 036	64
Zentralindien	200 372	9 356 980	47
Zentralprovinzen	80 737	2 117 002	26
Vasallenstaaten	1 837 672	70 888 854	38
Britisch-Indien	4 668 614	315 156 396	68
Gebiete außerhalb des Zensus:			
Bhotan	51 800	300 000	6
Arabische Schutzgebiete } zu Aden gehörig	40 300	140 000	3
Sokotra } zu Aden gehörig	3 579	12 000	3
Kaiserreich Indien	4 764 000	315 608 000	70

Von der Gesamtbevölkerung Indiens waren etwa 218 Millionen Hindus, 67 Millionen Mohammedaner, 12 Millionen Buddhisten und 4 Millionen Christen. Der Bevölkerungsüberschuß belief sich vor dem Kriege auf etwa 2½ Millionen jährlich.

Indien ist die breite Grundlage der britischen Weltmacht. Aus Indien schöpft und schröpft England die Mittel zur Sicherung und Festigung und steten Ausbreitung seiner Macht. Die Erhaltung der britischen Stellung

in Indien ist die stärkste Triebkraft der gesamten britischen Kolonialpolitik und der Arbeit an der Aufrichtung unüberwindlicher britischer Gewalt auf den Meeren.

Englands weltpolitisches Streben ging und geht dahin, alle Wege nach Indien zu beherrschen und die britische Stellung in Indien nach allen Richtungen unangreifbar zu machen. Daraus folgt das Verlangen nach unbedingter und unerschütterlicher Oberherrschaft zur See. Daraus folgt die britische Ausbreitung in Südafrika — am alten Seeweg nach Indien — und in Nordostafrika, am Suezkanal, dem neuen Seeweg. Daraus folgt das angelegentliche Bemühen, den ganzen Indischen Ozean restlos durch die Ausbreitung der britischen Macht zu umrunden, ganz Ostafrika vom Kap bis Kairo, Arabien, das Zweistromland und Persien in britischen Besitz zu bringen. Daraus folgt endlich der Versuch, Indiens Grenzen immer weiter vorzuschieben durch Afghanistan und Persien über Syrien und Mesopotamien an den Kaukasus — und schließlich den ostafrikanischen Kolonialbesitz Englands in gesicherte Verbindung mit Indien zu bringen.

Diese ungeheuren Machterweiterungen im Umkreise des Indischen Ozeans waren die geographischen Endziele, die wir England in diesem Weltkriege verfolgen sahen. Daher das heiße Ringen um erfolgreiche Niederwerfung der Deutschen in Ostafrika; daher die zähen Vorstöße in Mesopotamien, Syrien und Persien und bis hinauf nach Transkaukasien.

Die Herrschaft über Indien hat England unersättlich gemacht — und sie hat ihm die Mittel an die Hand gegeben, dieser unersättlichen Machtgier zu frönen.

Indien ist das Grundproblem der englischen Machtpolitik, ihr Grundproblem und ihr Prüfstein nach allen Richtungen. Am Indischen Ozean erweist sich restlos die abgrundtiefe Unwahrhaftigkeit der von England vor der ganzen Kulturwelt öffentlich vertretenen Politik und die ganze Grausamkeit und Gier britischer Machtbestrebung.

Durch zwei Jahrhunderte hindurch hat England in Indien fortgesetzt die grausamsten Eroberungskriege geführt, die brutalsten Mittel der Unterwerfung angewandt, wenn die unterdrückten Völker nach Freiheit strebten. Als die Engländer ihren Fuß auf indischen Boden setzten, da stand das Land an der Spitze der asiatischen Kultur, und alle Welt hat aus den Quellen dieser Kultur geschöpft, die noch einem Goethe eine Fülle der Anregungen bieten konnten. Heute leben in diesem Lande 95% Analphabeten. Die englische Herrschaft hat die indische Kultur erstickt. Trotz der ungeheuren Summen, die England aus dem Lande zieht, tat es nichts für Erziehung und Bildung des Volkes, nichts für die Gesundheit des in steter Wiederkehr von Pest und Hungersnot heimgesuchten Landes. Ja, selbst die Kultur und Fortschritt bringenden Eisenbahnen, die England zu *seinem* Vorteil in Indien in reichem Maße gebaut hat, sind zum Nachteil der indischen Bevölkerung ausgeschlagen; denn sie entziehen ihm die Nahrungsmittel. Und wenn es zur Hungersnot kommt, befinden sich in den von ihr betroffenen Gebieten

keine vorsorglich aufgestapelten Vorräte; und was etwa auf den Bahnen zurückgeführt wird, ist zu teuer, um der Bevölkerung helfen zu können.

Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten, W. J. Bryan, der Indien bereist hat, urteilt in seiner 1906 veröffentlichten Schrift über die englische Herrschaft in Indien — deren Ausfuhr aus Amerika später durch den Präsidenten Wilson England zuliebe verboten wurde — in einem Abschnitt unter der Überschrift: »Schlimmer als russischer Despotismus«:

»Die Regierung von Indien ist unverantwortlich und selbstherrlich wie die russische Regierung es je gewesen ist, und in zwei Punkten ist sie schlimmer: Erstens weil sie von Fremden ausgeübt wird, während die russischen Beamten doch Russen sind. Zweitens, weil das System einen großen Teil der eingehenden Steuern aus dem Lande herausnimmt, während die russische Regierung die Gelder, die sie vom Volke eingesammelt hat, im Lande verbraucht.

Ein dritter Nachteil könnte angeführt werden: Der Zar hat mittlerweile eine gesetzgebende Körperschaft geschaffen, während England fortfährt, den Indern jede Art von Volksvertretung oder Verfassung zu versagen. Das indische Volk zahlt Steuern, aber es hat keinerlei Stimme in bezug auf ihre Höhe oder ihre Verwendung. Es zahlt der Regierung nahezu 225 Millionen Dollar (900 Millionen M.) im Jahre, und hiervon werden nahezu 100 Millionen Dollar (400 Millionen M.) für ein Heer ausgegeben, in dem Inder nicht Offiziere werden können. Wenn die Inder wirklich mit der englischen Herrschaft zufrieden wären, bedürfte man eines solchen Heeres nicht, lediglich um sie in Gehorsam zu halten. Ist aber das Heer dazu bestimmt, um Rußland an der Eroberung Indiens zu verhindern, wie hier und da behauptet wird, warum sollte dann nicht die englische Regierung einen Teil der Kosten tragen? Würde es nicht klüger sein, die Inder so mit der englischen Herrschaft auszusöhnen, daß sie sich der Einverleibung in Rußland selber widersetzen würden?«

Derselbe Bryan geißelt angesichts der ewigen Pest und Hungersnot in Indien die englische Politik mit den Worten:

»Ich habe mehr als einmal während der letzten Monate gehört, daß von der Pest gesprochen wurde als von dem Gegenmittel der Vorsehung gegen die Übervölkerung. Man denke sich! Die englische Verwaltung wird damit gerechtfertigt, daß sie die Inder daran verhindert, einander zu töten, und die Pest gepriesen, weil sie die hinwegrafft, welche die Regierung vor dem Umgebrachtwerden beschützt hat. Trotz ihrer unbestrittenen Vorteile hat man den Eisenbahnen zur Last gelegt, daß sie die Schwere der Hungersnot vermehrten dadurch, daß sie in fetten Jahren den Überschuß aus dem Lande führen und keinen Vorrat für Jahre der Dürre übriglassen. Obschon jetzt mit Hilfe der Eisenbahnen das Korn in Zeiten der Teuerung leichter zurückgebracht werden kann, sind die Leute zu arm, um es zu kaufen, nachdem es mit doppelten Frachtkosten belastet ist. Die Aufspeicherung von Getreide durch die Regierung an wichtigen Knotenpunkten bis zu der Zeit, wo jeweils die neue Ernte unter Dach ist, würde einige Linderung bringen. Aber dies hat man nie versucht.«

Wohl regte sich in Indien manche politische Hoffnung, als der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet wurde. Aber dieser Grundsatz war nur geprägt für die kleinen Völkerschaften in Festlandeuropa, insbesondere für die Bestandteile der alten Donaumonarchie. Im Einflußbereich der Ententemächte dagegen sollte er keine Geltung haben, weder in Europa (Irland), noch etwa für Afrika oder Asien. An der Willkürherrschaft Englands in Ägypten und Indien sollte nicht gerüttelt werden, vielmehr sollte England seine Herrschaft immer mehr ausbreiten über fremde Völkerschaften, namentlich in den Verbindungsländern zwischen Indien und Ägypten.

Formell hatte England allerdings unter den Einwirkungen des Krieges nicht nur Ägypten die Wiedergabe der Unabhängigkeit angeboten, sondern auch Indien eine Art Selbstbestimmungsrecht in Aussicht gestellt. Praktisch aber war bei Kriegsende die Lage an beiden Stellen nur recht wenig geändert, und in Indien blieb der Kampf um die Unabhängigkeit von England ebenso fortbestehen wie in Ägypten der entscheidende englische Einfluß. Erst die weitere Folgezeit brachte späterhin noch zu erörternde Wandlungen.

Von den etwa 315 Millionen Einwohnern Indiens lebt der weitaus größte Teil, über 70%, von der Landwirtschaft. Immerhin finden wir auch eine stattliche Zahl von Millionen in den indischen Städten.

Im Jahre 1911 gruppierten sich die 2153 indischen Städte nach ihrer Einwohnerzahl wie folgt:

Einwohner pro Stadt	Zahl der Städte	Gesamteinwohnerzahl jeder Städtegruppe
über 100000	30	7075782 = 23,8%
50000—100000	45	3010281 = 10,1%
20000— 50000	181	5545820 = 18,7%
10000— 20000	442	6163854 = 20,7%
5000— 10000	848	5944503 = 20,9%
weniger als 5000	607	2007888 = 6,7%
Zusammen	2153	29748228 = 100,0%

Über 200000 Einwohner Indiens haben folgende zehn Städte Indiens:

	Einwohnerzahl 1911	Zu- oder Abnahme seit 1901
Calcutta	1043307	+ 9,9%
Bombay	979465	+ 26,2 »
Madras	518660	+ 1,8 »
Haiderabad	500623	+ 11,6 »
Rangun	293316	+ 19,5 »
Lucknow	259798	— 1,6 »
Delhi	232837	+ 11,6 »
Lahore	228687	+ 12,7 »
Ahmedabad	216777	+ 16,8 »
Benares	203804	— 4,4 »

Im Fall von Bombay erklärt sich die ungewöhnlich bedeutende Bevölkerungszunahme in den zehn Jahren hauptsächlich dadurch, daß im

Jahre 1901, als die Volkszählung stattfand, ein großer Teil der Einwohner die Stadt wegen der Pest verlassen hatte.

Indien ist der zweitgrößte Baumwollerzeuger der Welt. In normalen Jahren erbringt es rd. 4½ Millionen Ballen gegen 12—13 Millionen Ballen in den Vereinigten Staaten. Vor dem Kriege bezog England ¾ seiner Rohbaumwolle aus den Vereinigten Staaten und ¼ aus den englischen Kolonien. Von diesem Viertel entfielen ¾ auf Indien. Die Qualität der indischen Baumwolle entspricht aber nur zum kleinsten Teil den Anforderungen von Lancashire, das fast ganz auf die amerikanischen Sorten angewiesen ist. Diese Abhängigkeit ist natürlich ein großer Mangel, und man bemüht sich daher, neue passende Gebiete ausfindig zu machen.

Während die indische Anbaufläche ⅔ der amerikanischen ausmacht, stellt sich der Ertrag auf nur ⅓ der letzteren. Die Faser ist kurz, doch war sie in Indien, Japan, Italien und Deutschland wegen ihrer Billigkeit beliebt, und wenn sie auch nicht mit den amerikanischen Sorten auf eine Stufe gestellt werden kann, so ist sie doch für die Weltversorgung von großer Bedeutung.

Dank seines guten Eisenbahnsystems, das stetig vergrößert wird, der großen Bevölkerung, die reichlich Arbeitskräfte liefert, der dauernden lokalen Nachfrage nach Baumwollwaren, sowie seines Klimas, ist Indien für einen intensiven Anbau vorzüglich geeignet. Mit Ausnahme von Burma und einigen Strecken, die sich für die Bewässerung eignen, sind aber wenig Gelegenheiten zur Ausdehnung des Anbaus vorhanden.

Von der im Lande gewonnenen Baumwolle wird die Hälfte in rohem Zustande ausgeführt, ein Viertel in Form von Garn ins Ausland verkauft, und der Rest in indischen Spinnereien zu Garn und Tuch verarbeitet. Der Wert der indischen Baumwollfabrikate macht jetzt 21% des Gesamtwertes der im Lande hergestellten Fertigwaren aus, und 5% der gesamten Ausfuhr besteht daraus.

Neben der Baumwolle spielen Jute, Reis, Tee, Weizen und Indigo die Hauptrolle in der Erzeugung Indiens für den Weltmarkt. Im Jahre 1917 waren insgesamt 898 000 qkm (221 778 000 Acres) mit Nutzpflanzen bebaut. Den Umfang der wichtigsten Kulturen zeigt folgende Tabelle:

	Bebaute Fläche	Ertrag im Jahre 1916/17
Reis	323 000 qkm	34,1 Mill. t,
Weizen	133 000 »	10,4 » »
Leinsaat, rein .	86 000 »	0,4 » »
Rübsamen, Senf	16 000 »	0,7 » »
Sesam, rein . .	16 000 »	0,4 » »
Zuckerrohr . . .	10 000 »	2,6 » »
Tee	2 600 »	368,5 Pfd.,
Indigo	3 100 »	95 500 Ztr. Farbstoff,
Baumwolle . . .	86 000 »	4,3 Mill. Ballen,
Jute	11 000 »	8,3 » »

Nicht Bedacht genommen ist in dieser Übersicht auf das wichtigste Volksnahrungsmittel der Inder, nämlich die Hirse, die allerdings in der Ausfuhr keine Rolle spielt.

Die Vereinigten Staaten von Südafrika waren an Umfang und Bevölkerung nach dem Kriege durch den Zutritt von Deutsch-Südwestafrika folgendermaßen angewachsen:

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Kapkolonie	717313	2646000	4
Natal	91400	1242000	13
Transvaal	286050	1956000	7
Oranje-River-Kol.	130500	621000	5
Union	1225000	6465000	5

Übriges Südafrika:

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Basutoland	30343	406000	15
Betschuanenland, Prot.	712000	125350	0,2
Rhodesien	1138450	1689000	1,4
Swasiland	17170	108300	6
Südwestafrika (ehem. deutsche Kolonie, M.)	835100	100000	0,1
Südafrika	3958000	9292000	2,3

Von der Gesamtbevölkerung waren annähernd 1½ Millionen Weiße.

Britisch-Südafrika ist vor allen Dingen ausgezeichnet durch seine weltbedeutende Produktion von Diamanten und Gold. Ferner produziert es in reichlichem Maße Kohlen, Kupfer und Zinn nebst einer ganzen Reihe anderer Metalle. Endlich umfaßt es reiche Viehzuchtgebiete, von denen aus namentlich eine bedeutende Wollausfuhr stattfindet.

Wirtschaftlich aus diesen Quellen in sehr erheblichem Maße zum Reichtum Englands beisteuernd, ist es ferner auch wichtig als Siedlungsland für Weiße. Seine verkehrsgeographische Lage zur Außenwelt hat durch den Suezkanal eine beträchtliche Einbuße erfahren, doch entwickelt es heute, abgesehen von dem Verkehr mit Europa, einen steigenden Eigenverkehr mit Nord- und Südamerika, Indien und Japan. Ist also auch die Bedeutung von Kapstadt als Etappenpunkt auf der Strecke Europa—Indien zurückgegangen, so kommt der wirtschaftlichen Nutzung der südafrikanischen Erzeugnisse doch die Verkehrslage an zwei Ozeanen mit fortschreitendem Anteil am Welthandel sehr zugute. Gerade diese bequeme Möglichkeit des Eigenverkehrs mit ganz Amerika einerseits, ganz Süd- und Ostasien anderseits trägt allerdings leicht zur Lockerung der politischen Verknüpfung mit England bei, die ohnehin durch die vielen nichtbritischen Elemente in der weißen Einwohnerschaft leicht gefährdet erscheinen könnte.

Für

Kanada

liegen die folgenden Angaben einer Zählung von 1911 in den einzelnen Verwaltungsbezirken vor:

Provinzen und Territorien	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Prinz Edward-Insel	5650	93728	17
Neuschottland	55500	492338	9
Neubraunschweig	72500	351889	5
Quebec	1830600	2003232	1,1
Ontario	1054800	2523274	2,4

Provinzen und Territorien	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Manitoba	652200	455614	0,7
Saskatschewan	651900	492432	0,8
Alberta	661200	374663	0,6
Britisch-Kolumbien	921600	392480	0,4
Yukon	536300	8512	—
NW-Territorien	3217200	18481	—
Kanada	9659400	7206643	0,7

Im Jahre 1919 war die Bevölkerung auf 8,8 Millionen angestiegen.

Die Entwicklung Kanadas im letzten Vierteljahrhundert ist eine ganz einzig dastehende, und doch ist mit der fortschreitenden kulturellen Eroberung des Nordwestens für das nächste Vierteljahrhundert vielleicht eine noch stärkere Entwicklung zu erwarten. Engländer und Amerikaner haben dies gleicherweise begriffen. In England sind von Zeit zu Zeit Warnrufe vor einer Amerikanisierung Kanadas ergangen. Man verstand darunter zweierlei: Einmal das Vordringen amerikanischer Erzeugnisse auf dem kanadischen Markt, gegen das sich vornehmlich die neuen Vorzugszölle zugunsten Englands richteten. Diese Abwehrmaßregeln hat Amerika zum Teil dadurch unschädlich gemacht, daß amerikanisches Kapital in Kanada neuerdings selbständig große Unternehmungen ins Leben rief. Anderseits verstand man darunter das Eindringen amerikanischen Volkstums, indem amerikanische Farmersöhne in großer Zahl nach Kanada auswanderten.

Kanada ist von den schwach besiedelten Ländern, die einen größeren Einwandererstrom aufnehmen können, dasjenige, dessen Klima dem Europäer noch am zuträglichsten ist. Die trockene Kälte des Winters, die häufig bis —40° C geht, läßt sich besser ertragen als die starke Hitze, die in Brasilien, Uruguay und Argentinien auftritt. Da auch die Schäden, die Trockenheit und Insekten beim Getreide anrichten, nicht so groß sind, wie in den südamerikanischen Staaten, auch die Rechtssicherheit und Geldverhältnisse besser sind als dort, so hat Kanada in den letzten Jahren viele Einwohner an sich gezogen. Schon in den fünfziger Jahren fand eine sehr starke Einwanderung statt, aber sie ging später wieder zurück; es trat sogar eine Auswanderung nach den Industriezentren der Vereinigten Staaten ein.

Die amerikanische Einwanderung besteht fast durchweg aus Farmern, die ihre Farmen günstig verkauft haben und sich in dem billigeren Land ankaufen.

Kanada, das 9½ Millionen qkm umfaßt, von denen ca. 6 Millionen für die Landwirtschaft unbenutzbar sind, eignet sich hauptsächlich zum Getreideanbau; nebenbei beginnt sich auch die Viehzucht auszudehnen. Da der Süden baumlos ist, bot das Land keine Schwierigkeiten bei der Urbarmachung. Der Boden ist auch ohne Düngung fruchtbar und die Getreideproduktion trotz der extensiven Bewirtschaftung stark im Wachsen begriffen. Das kühle Klima zwingt, das Vieh lange im Stall zu füttern, wodurch die Rentabilität der Viehzucht stark beeinträchtigt wird. Im Norden finden sich ausgedehnte Wälder, deren gewinnbringende Aus-

nutzung aber aus Mangel an geeigneten Transportmitteln unmöglich war. Dort sind in den letzten Jahren auch bedeutende Erzfunde gemacht worden, die einen großen Strom Erzschürfer angelockt haben. Die Erze sind sehr reich an Kobalt, Nickel, Arsenik und Silber. Zurückgegangen ist die früher zeitweise sehr reiche Goldproduktion.

Kohle findet sich in Britisch-Kolumbien auf der Insel Vancouver und in den Seeprovinzen, bedeutende Lager auch auf der Insel Cap Breton. dort neben Eisenerzen. Die Eisen- und Stahlindustrie entwickelte sich rasch mit Hilfe der Regierung, die Produktionsprämien geleistet hat. Die ausgedehntesten Bahnbauten geben weitere Anregungen. Zu einer blühenden Industrie hat sich auch die Gewinnung von Asbest gestaltet. Einige Bedeutung hat auch die Glimmerindustrie, die ihren Hauptsitz in Ottawa hat, erlangt.

Besonders günstig liegt für Kanada die elektrische Industrie. Außer dem Niagarafall, den es mit den Vereinigten Staaten teilt, besitzt es reiche Wasserfälle im Osten und in Britisch-Kolumbien, die eine billige Kraft liefern.

Die entsprechenden Zahlen von

Australien

stellten sich im Jahre 1919 wie folgt:

Staaten und Dependenzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Bundesdistrikt	2360	2573	1
Queensland	1736500	712827	0,4
Neu-Süd-Wales	801510	1962989	2,3
Victoria	227610	1467188	6
Südaustralien	984330	455944	0,4
Westaustralien	2527530	323220	0,1
Nordterritorium	1356130	4921	—
Eingeborene von Australien	—	100000	—
Tasmanien	67894	210881	3
Dep. Macquarie-Ins.	440	unbewohnt	—
Papua mit Deutsch-Neuguinea	474500	812000	1,7
Norfolkinsel	21	985	4,7
Austral. Staatenbund	8178800	6053500	0,7

Neuseeland:

Kolonie und Dependenzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qcm
Neuseeland	268264	1099449	4
Berechnung	—	1108373	
Maoris	—	49776	
Cook-Inseln, Niue usw.	725	12797	18
West-Samoa (früher deutsch, M.)	3000	41828	14
Neuseeland u. Dep.	272000	1212774	4

Die Zucht von Schafen und Rindvieh sowie der Anbau von Weizen sind die Hauptbeschäftigungen der australischen Bevölkerung, während die Ausbeute von Metallen und sonstigen Mineralien ihrem Werte nach weit zurücksteht. Der ungeheure Umfang der australischen Viehzucht geht aus folgenden Zahlen hervor. Es beträgt die Ausfuhr in £ von

	1913	1917/18
Wolle	26 268 000	24 586 000
Schafshäuten	2 481 000	809 000
Talg	2 158 000	886 000
gefrorenen Hammeln	2 896 000	453 000
gefrorenem und konserviertem Fleisch	3 715 000	6 007 000
Häute	1 418 000	211 000
Butter und Milch	3 640 000	5 933 000

So betrug der Gesamtwert der Ausfuhr der aus der Schafzucht gewonnenen Produkte 1913 über 33 Millionen £ und 1917/18 über 26 Millionen £. Aus der Rindviehzucht wurden Werte gewonnen von über 8 Millionen £. Im Jahre 1915 gab es in Australien 9 931 416 Stück Rindvieh gegen 11 956 024 im Jahre 1917, während die Zahl der Schafe 1913 insgesamt 85 Millionen gegen 69 257 189 im Jahre 1915 betrug.

Mit seiner ganz einseitig gerichteten Produktionsweise ist Australien völlig auf Ein- und Ausfuhr angewiesen. Die starke weltwirtschaftliche Abhängigkeit in allen Beziehungen ist während des Krieges als sehr lästig empfunden worden und es setzten daraufhin entsprechende Bestrebungen zur wirtschaftlichen Verselbständigung ein. Als erste Maßnahme in dieser Hinsicht wurde im März 1920 ein Schutzzoll gegen die Einfuhr fremder Waren angenommen. Weitere Pläne der Bundesregierung zielten dahin, große Fabrikanlagen zur Verarbeitung der Rohprodukte im Lande selbst zu errichten und die Fertiggüter an Stelle dieses Rohproduktes auszuführen; die Farmer sollten sich finanziell beteiligen und die Anlagen sollen ausgebaut werden, daß vorläufig innerhalb von 15 Jahren etwa ein Drittel und allmählich dann die gesamte Wollproduktion im Lande selbst verarbeitet werden könnte.

Das englische Streben ging dahin, den gesamten Wollhandel Australiens über England zu leiten, um den australischen Farmern die Preise diktieren und der englischen Industrie die besten Qualitäten vorbehalten zu können. Die Farmer aber sehen ihr Interesse demgegenüber im freien Wettbewerb auf dem ganzen Weltmarkt. Mit der Entwicklung des Verkehrs über alle Ozeane sieht das bis dahin recht abseits gelegene und im wesentlichen tatsächlich nur mit England verkehrende Australien sich in eine günstigere Lage gerückt, deren Vorteile es nach eigenem Interesse zu nutzen, deren Gefahren es aber ebenso nach eigenem Interesse abzuwehren sucht. Eine solche Gefahr erblickt es vor allen Dingen in der japanischen Einwanderungslust, die es als weißes Land keinesfalls zu einer gelben Überflutung Australiens führen lassen will. —

Durch die gewaltige Ausdehnung seines Landbesitzes in Nordamerika, Süd- und Ostafrika, Südasien und Australien hat das ehedem ganz insulare England als Weltbritannien große kontinentale Bestandteile bekommen. Das Gesamtreich denkt nicht mehr so durchaus insular. Seine einzelnen kontinentalen Bestandteile in fremden Erdteilen haben auch ihre ausgeprägten Sonderinteressen, was gegenwärtig besonders im Hinblick auf die japanische Frage zutage tritt. Kanada namentlich hat so enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, daß mit fortschreitender wirtschaftlicher

Entwicklung diese immer mehr in den Vordergrund rücken, zumal auch politische Interessengemeinschaft gegenüber Japan obwaltet. Diese Interessengemeinschaft ist auch für Australien belangreich, das gemäß der geographischen Lage seiner wirtschaftlich wichtigsten Gebiete den politischen Blick mehr nach der Seite des Stillen Ozeans richtet als nach dem für England so wichtigen Indischen Ozean. Das Selbständigkeitsgefühl der einzelnen Teile des britischen Weltreichs hat sich mit ihrer wachsenden Größe und Bedeutung so entwickelt, daß die ehemaligen »Tochterländer« sich heute als »Schwesterländer« fühlen und Weltbritannien sich nicht mehr sosehr wie ein gewaltiges Kolonialreich, wie ein Bestandteile aller fünf Erdteile umfassender Bundesstaat — wo nicht nur noch Staatenbund ausnimmt.

Im Herbst 1897 war in der Londoner »Saturday Review« ein Aufsatz zu lesen, der durch seine Schlußphrase »Germaniam esse delendam« eine europäische Berühmtheit erlangt hat. Darin stand: »Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft, müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von fünf Milliarden Krieg führen?«

Am 9. November 1919, genau am ersten Jahrestage des deutschen Zusammenbruches, glaubte Lloyd George feststellen zu können, daß das in der »Saturday Review« proklamierte Ziel der Bereicherung Englands durch Zermalmung des deutschen Konkurrenten erreicht ist. »England wird«, sagte er, »nicht nur den Schaden des Weltkrieges wiederherstellen können, sondern es wird auch in eine neue Zeit der Wohlfahrt eintreten, größer als sie je war.«

Am Ausgang des Krieges stand England sowohl an diesem Ziel seiner Handelskonkurrenz wie am geographischen Ziel seiner geschlossenen Machtausbreitung um den Indischen Ozean. Aber zugleich sah es neue, mächtige Konkurrenten auftreten und sah auch die eigenen Kolonien in die Rolle von Bundesgenossen mit einem reichlichen Maß eigenen Willens hineinwachsen.

Ende 1921 war das Weltbild, von England aus gesehen, ungemein viel ungünstiger als bei Kriegsende:

1. Die Konferenz in Washington hatte das Ende der englischen Vormacht zur See zum weltpolitischen Grundsatz erhoben. Die Vereinigten Staaten beanspruchten mit Erfolg die gleiche Flottenstärke. Allerdings bleibt England die Überlegenheit in der Zahl der Flottenstützpunkte und die Möglichkeit, maritime Bundesgenossen auszurüsten. Aber wenn England den Krieg gegen Deutschland geführt, um keine an die britische Flotte heranwachsende Seemacht zu dulden, so hat es diesen Krieg nachträglich an Amerika verloren.

2. England, das sich stets auf das »europäische Gleichgewicht« zu stützen und einen Festlandstaat gegen den anderen auszuspielen wußte, wollte auch zu Lande Deutschland nicht übermächtig werden lassen. Es ist ihm gelungen, Rußland und Deutschland zu wechselseitiger Zerfleischung zu bringen. Aber damit ist das europäische Gleichgewicht vollends dahin.



Denn nunmehr sind nicht etwa, wie England als Kriegsausgang wohl erwartet hatte, Rußland, Deutschland und Frankreich gleich schwach, sondern Frankreich ist, im Verein mit den neuen Slawenstaaten in der europäischen Mitte, zu einer starken kontinentalen Übermacht gelangt, die obendrein dank der heutigen ballistischen Technik von Calais aus unmittelbar London mit starkem Geschützfeuer zu bedrohen vermag. In diesem Sinne hat England sozusagen militärisch seine Insellage verloren!

3. England, das den Krieg aus Handelsneid gegen Deutschland geführt, sieht durch den Frieden Deutschland in eine wirtschaftliche Zwangslage verurteilt, in der es ungeheure wirtschaftliche Leistungen vollbringen und den Weltmarkt notgedrungen mit seinen Erzeugnissen überschwemmen muß. Dadurch ist das handeltreibende England nicht, wie Lloyd George 1919 versicherte, reicher, sondern ärmer geworden.

4. England, das den Krieg gegen Deutschland wegen der Bedrohung seiner Indienwege geführt, sieht Frankreich heute in Syrien, mit der Türkei verbündet, an der Flanke des Suezkanals und sieht nicht nur die Wege nach Indien, sondern Indien selbst durch die Auswirkungen des Bolschewismus bedroht.

5. Der ganze innere Bau Weltbritanniens lockert sich unter den Nachwirkungen des Krieges. Irland, Ägypten, Indien lösen sich aus der britischen Hörigkeit. Zur Vermeidung völligen Abfalls sieht sich England Schritt für Schritt veranlaßt, diese Länder weitgehender Selbstverwaltung zu überlassen. Anfang 1922 war Irland bereits als Freistaat anerkannt, Ägypten auf dem Wege zu einer ähnlichen Lösung, Indien in einer Bewegung, die kaum noch gezügelt werden konnte und die über kurz oder lang mit der Gewährung weitestgehender Autonomie zu enden verspricht, wenn nicht gar das neuerdings eingeleitete Zusammengehen zwischen Frankreich, Rußland und orientalischen Mächten zu einem völligen Zusammenbruch der englischen Macht in West- und Ostasien führt.

Bei Kriegsende war vorübergehend der Kaukasus der Scheitelpunkt britischer Weltmacht rund um den Indischen Ozean. Vom Kaukasus über Kairo bis zum Kap, über Kalkutta bis Singapore und Sidney erstreckte sich ohne Unterbrechung britischer Einfluß. Nach kurzer Zeit schmolz der englische Einfluß in Vorderasien zusammen. Es verblieb das Protektorat über Palästina und das Mandat über Mesopotamien. Persien und Afghanistan ebenso wie die türkischen und transkaukasischen Gebiete entwanden sich dem englischen Einfluß, Rußland und Frankreich bedrohten seine Grundlagen auch im alten britischen Besitzstand.

Kaum je in der Weltgeschichte ist eine Macht auf dem Gipfel ihrer Erfolge so rasch empfindlichen Rückschlägen im Frieden ausgesetzt gewesen. Der Krieg war für England entschieden eine »falsche Rechnung.« England wird große Mühe haben, sein Weltreich im Vorkriegsbestand zusammenzuhalten. Die tonangebende Stimme in der Weltpolitik mußte es an die Vereinigten Staaten, die Führung der europäischen Politik an Frankreich abgeben.

b) Die Vereinigten Staaten.

Im räumlichen Umfang des Gesamtbesitzes der Vereinigten Staaten ist gegenüber der Vorkriegszeit eine Veränderung nur insofern zu verzeichnen, als Amerika sich käuflich in den Besitz der früher dänischen Jungferninseln gesetzt hat. Die Bevölkerung dagegen ist von insgesamt 107 auf rd. 118 Millionen angewachsen. Der Bestand war im Jahre 1920 folgender:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Kontin. Ver. Staaten	7839064	105683108	13
Nicht zusammenhängende Territorien:			
Alaska	1530327	65062	0,04
Hawai	16702	226938	11
Porto Riko	9314	1262158	135
Militär und Marine außerhalb der Ver. Staaten	—	45123	—
Territorien	1556343	1599281	1,0
Ver. Staaten	9395407	107282389	11
Auswärtige Besitzungen:			
Panamakanalzone	1128	21707	19
Jungfern-Inseln	397	26051	66
Philippinen	297904	9101427	31
Guam	544	14969	28
Tutuila-Inseln (Samoa)	199	7550	38
Ausw. Besitzungen	300117	9171704	28
zusammen	9695524	116454093	

Eine Übersicht über die Verteilung der Bevölkerung auf Einwohnern, Weiße und Farbige und Eingewanderte liegt für 1920 nicht vor. Im Jahre 1910 war die Verteilung folgende:

Bevölkerung nach Geschlecht und Farbe.

Eingeborene Weiße von eingeborenen Eltern	49488575
Eingeborene Weiße von fremden Eltern	18897837
Fremde Weiße	13343545
Weiße	81731957
Neger und Mulatten	9827763
Indianer	265683
Chinesen	71531
Japaner	72157
Andere	3175
Farbige	10240309
Summe	91972266

Verteilung der Fremden nach dem Geburtsland.

Großbritannien und Irland		2573534
England	877719	
Schottland	261076	

Wales	82488	
Irland	1352251	
Deutsches Reich		2501333
Rußland und Finnland		1732462
Rußland	1602782	
Finnland	129680	
Österreich-Ungarn		1670582
Österreich	1174973	
Ungarn	495609	
Italien		1343125
Schweden		665207
Norwegen		403877
Dänemark		181649
Schweiz		124848
Niederlande		120063
Frankreich		117418
Griechenland		101282
Übriges Europa		256861
	Europa	11791841
Kanada		1204637
Franz. Kanada	385083	
Engl. Kanada	819554	
Mexiko		221915
Übriges Amerika		62679
	Amerika	1489231
Japan		67744
China		56756
Asiatische Türkei		59729
Übriges Asien		7255
	Asien	191484
	Andere Erdteile	43330
	Zusammen	13515886

Die seit 1821 ermittelte Einwanderung in die Vereinigten Staaten hatte folgende Verteilung auf Nationalitäten:

		1821—1919		1919
Großbritannien		8285648		7271
England und Wales	3352068		5514	
Schottland	573355		1283	
Irland	4360225		474	
Deutschland		5572492		52
Italien		4114508		1884
Österreich-Ungarn		4072791		53
Europäisches Rußland		3436507		1403
Schweden / Norwegen		1842175		1995
Frankreich		528683		3379
Griechenland		355735		386
Dänemark		299318		1352

	1821—1919	1919
Spanien }	294476	1573
Portugal }		1222
Schweiz	258546	381
Niederlande	219483	1098
Europäische Türkei	195924	10
Belgien	132862	268
Rumänien	88988	19
Übriges Europa	24081	10
Europa	29661922	24627
China	353374	1964
Japan	231057	10064
Asiatische Türkei	160147	19
Übriges Asien	61068	627
Afrika	17727	189
Britisch-Amerika	1880987	57782
Westindien	344569	8862
Mexiko	244262	29818
Zentralamerika	25828	2589
Südamerika	68944	3271
Australien und Polynesien	56914	1310
Andere Länder	268777	46
Zusammen	33373273	141132

Infolge der allgemeinen Werteverschiebung ist es untunlich, die absoluten Zahlen des Außenhandels in der Nachkriegszeit und der Vorkriegszeit in unmittelbaren Vergleich zu setzen. Wohl aber ist auch unter veränderten Umständen ein Vergleich der Hauptergebnisse der Handelsbilanz möglich. Dabei zeigt sich, daß die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz nach dem Kriege noch sehr viel stärker geworden ist als zuvor. Im Jahre 1912 belief sich die Einfuhr auf 1,76 Milliarden Dollar, die Ausfuhr auf 2,29 Milliarden, im Jahre 1920 die Einfuhr auf 5,24, die Ausfuhr auf 8,11 Milliarden. Bedingt schon eine derartig große Aktivität der Handelsbilanz fraglos auch eine Aktivität der Zahlungsbilanz, so sind durch den Krieg obendrein auch noch jene Faktoren in Fortfall gekommen, die früher die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten in eine passive Zahlungsbilanz zu verwandeln geeignet waren. Der Frachtgewinn des Außenhandels fällt nicht mehr, wie früher, vollständig Schiffen unter fremder Flagge zu, sondern zum erheblichen Teil der neugeschaffenen Handelsflotte. Die Verschuldung an das Ausland hat im wesentlichen aufgehört, da die alten Gläubiger Amerikas während des Krieges gezwungen waren, ihre amerikanischen Werte herüberzugeben und sich selbst mit hohen Milliardenbeträgen in Schuldner der Union verwandelten.

Bedeutend und bleibend war der Einfluß des Krieges auf die Verteilung der amerikanischen Ausfuhr auf die verschiedenen Absatzmärkte. Das Zurücktreten Europas gegenüber den anderen Abnehmern amerikanischer Waren, das schon vor dem Kriege immer deutlicher in die Erscheinung trat, wurde auch durch die Kriegslieferungen Amerikas, ebenso

wie durch den gesteigerten Warenhunger Europas nach Friedensschluß nur vorübergehend aufgehalten und macht sich vor allem 1920 überraschend bemerkbar. Die Ausfuhr nach sämtlichen europäischen alliierten Ländern ist 1920 gegen 1919 auch absolut zurückgegangen, während Deutschland seine Einfuhr amerikanischer Waren so weit steigerte, daß es immerhin schon wieder in die Reihe der beachtenswerten Abnehmer vorgerückt ist.

Dauernd gewachsen ist seit 1915 der Anteil Süd- und Mittelamerikas und vor allem Asiens an der amerikanischen Ausfuhr. Asiens Anteil, der zur Hälfte auf Japan entfällt, war 1920 doppelt so groß wie 1914. Ebenso hat sich der Anteil Kubas infolge seiner engen Verbindung mit den Vereinigten Staaten mehr als verdoppelt.

Gewaltig war die Entwicklung der amerikanischen Handelsflotte. Ihr Bestand beschränkte sich im Jahre 1912 auf 7,7 Millionen t, wovon 6,7 lediglich dem Küstenhandel, ein weiterer Teil dem Fischfang diente und nur einige 900 000 t für den auswärtigen Handel übrigblieben. Dagegen wurde im Jahre 1919 folgender Bestand verzeichnet:

Dampfer	7397	Schiffe von	10057400 t,
Motorschiffe . .	10254	» »	358227 »
Segelschiffe . . .	9372	» »	2435242 »
Kanalboote . . .	490	» »	56431 »
(mit Flußschiffen) .	27513	Schiffe von	12907300 t.

Verteilung in Tonnen:

Auswärtiger Handel	6665376
Küstenhandel	6201426
Kabeljaufang	36148
Walfischfang	4350
Atlantische Küste, Porto Rico	6945260
Pazifische Küste, Hawai	2816481
Nördliche Seen	3023762
Flüsse	121797
	12907300

Mit diesen 13 Millionen t überragte Amerika den Stand der englischen Handelsflotte vom Jahre 1914.

Die Entwicklung der amerikanischen Geschichte und der Rolle Nordamerikas in der Weltwirtschaft hat etwas Verblüffendes. Schon als die Kolonie zur Selbständigkeit heranzuwachsen trachtete, drohte sie dem Mutterland über den Kopf zu wachsen. Wie man in England selbst darüber dachte, das zeigte der größte englische Volkswirt Adam Smith, als er in seiner Untersuchung über den »Reichtum der Völker« ohne Bedenken schrieb: Die Hauptstadt Englands gehöre dorthin, wo sich der größte Reichtum des Landes sammle — was nichts anderes heißen sollte, als daß er im Interesse der Einheit britischer Macht und britischer Weltwirtschaftsstellung bereit gewesen wäre, eine Verlegung der britischen

Hauptstadt von London nach New York in Erwägung zu ziehen. In gewissem Sinne könnte es scheinen, als ob der Weltkrieg diesen alten Gedanken von Adam Smith zur Verwirklichung bringen sollte.

Wie und was ist Amerika geworden? Es ist geworden als ein Agrarland, das seine Anziehungskraft dem für damalige Verhältnisse schier unbegrenzt zur Verfügung stehenden Boden verdankte. Ein Land der Freiheit, das jedem Einwanderer den jungfräulichen Boden, auf dem er sich seinen Lebensunterhalt in voller Unabhängigkeit erwerben wollte, frei zur Verfügung stellte. Aber dieses ursprüngliche Gesicht Amerikas hat sich längst verändert. Der amerikanische Grundbesitz wurde unter geschickter Umgehung der ursprünglich aufgestellten Regeln riesigen Spekulationsgesellschaften in die Hände gespielt, so daß der freie Farmer bald keinen Boden mehr fand und die Pachtwirtschaft in größtem Umfange zur Anwendung kam. Die wirtschaftliche Spekulation, der Drang nach schnellem Geldmachen, verschob den Schwerpunkt der amerikanischen Wirtschaft aus dem Agrarland in das Industrieland.

Mit dem Großkapitalismus entwickelte sich nach und nach auch die Neigung zum Imperialismus, und das ursprünglich rein demokratische Land wurde zu einem durchaus plutokratischen. Wohl gab es ursprünglich, als jeder die gleichen Aussichten hatte, auf freiem Boden seine wirtschaftliche Selbständigkeit zu entwickeln, demokratische Gleichheit und Freiheit, die sich um so ungestörter hätten weiter entfalten können, als das Land durch seine Lage den Opfern des »Militarismus« enthoben war. Aus der Gleichheit der Chancen aber entwickelte sich eine rücksichtslose Konkurrenz, in der sich eine Geldmacht einzelner herausbildete, die jede Gleichheit der Chancen beseitigte und zu den schärfsten Formen der Kapitalsherrschaft führte. Die Plutokratie brachte das Parteiwesen vollkommen in ihre Hand. Sie beherrschte mit ihren ungeheuren Mitteln und mit seltenem Raffinement die Massenbearbeitung und Massensuggestion.

Wer uns die amerikanischen Zustände heute als ein Musterbild der Demokratie vorführen will, der spricht entweder ohne Kenntnis der Dinge oder wider besseres Wissen. Einst suchte sich das innerlich noch freie Amerika auch die äußere Freiheit zu sichern auf der Grundlage der Monroelehre, die Amerika jeder Einmischung der europäischen Politik entziehen wollte. Selbstverständliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Monroelehre war, daß Amerikas Politik sich auf sich selbst beschränkte und sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten Europas oder anderer Erdteile enthielt. In unserem Jahrhundert aber wurde die Monroelehre vollkommen über Bord geworfen.

Hätte der amerikanische Imperialismus sich damit begnügt, den Spaniern Kuba abzunehmen, so hätte er noch unter der Flagge: »Amerika den Amerikanern!« gekämpft. Indem er aber seine Hände ausstreckte nach den Philippinen und anderen Bestandteilen der ozeanischen Inselwelt, hatte er die Monroelehre bereits hinter sich gelassen. Dann kam die Einmischung der Vereinigten Staaten in die Angelegenheiten Chinas, auch in afrikanische Angelegenheiten (Liberia), und schon vor dem Kriege sahen wir Amerika sich auch mit vorderasiatischen Dingen beschäftigen. Es

hatte seine Hände im Spiel bei der Zuspitzung der armenischen Frage und begann sich für die künftigen Geschicke Palästinas zu interessieren. Die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Hohen Pforte standen dem Zionismus nahe und neigten zur Befürwortung der Aufrichtung eines jüdischen Staatswesens in Palästina.

Wie es um die Neutralität der Vereinigten Staaten in dem großen europäischen Kriege stand, das wußten wir auch schon vor dem Februar 1917. Nachdem aber gar die russische Revolution ausgebrochen, machte das amerikanische Kapital sich auch mit Eifer und Geschwindigkeit an die wirtschaftliche Durchdringung Rußlands, wodurch es an die Stelle der alten britischen Einkreisung Mitteleuropas eine kolossale amerikanische Einkreisung Gesamteuropas treten zu lassen drohte.

Um im Kriege die Zertrümmerung Europas möglichst vollständig machen zu können, sah England sich gezwungen, auf die Hilfe Amerikas zurückzugreifen. Damit aber vollzog es sich, daß Amerika aus einem Schuldner Englands zu Englands Gläubiger werden konnte. Es vollzog sich, daß Amerika um den engeren britischen Gürtel der Einkreisung Mitteleuropas einen weiteren Gürtel der Einkreisung ganz Europas zu legen in die Lage kam. Der Ring, den Eduard VII. und seine Erben um Mitteleuropa schmiedete, war ein ungleichartiges und wenig natürliches Gebilde, das über seine erste große Kraftprobe hinaus keine Dauer verhieß. Der neue Ring aber, den die geschäftigen Hände Dollariens zu schmieden suchen, soll ein einheitliches Gepräge tragen und ewige Dauer versprechen. Der Dollarismus soll Europa umrunden. Das ist die neue Einkreisungsmethode, die letzten Endes dahin führen soll, die ganze Erde dem angloamerikanischen Weltgeldtrust dienstbar zu machen.

Die große politische Umwälzung scheint Rußland reif gemacht zu haben für die Durchdringung mit englischem Pfund und amerikanischem Dollar. Ist dieses ungeheure Ausbeutungsobjekt in der Hand des angloamerikanischen Kapitals, dann gewinnt dieses auf die Dauer eine solch gewaltige Übermacht, daß es jeden Widerstand zu brechen vermag.

Die russische Umwälzung trat ein, nachdem Amerika offen die Partei Englands genommen. Gerade der amerikanische Unternehmungsgeist spekuliert sehr stark auf ungehemmte Betätigungsmöglichkeiten in den weiten Gefilden der osteuropäisch-asiatischen Welt. Die Amerikaner sind an Weiträumigkeit gewöhnt und finden ihrem eigenen Ursprung verwandte wirtschaftliche Möglichkeiten nur noch in den weiten Räumen östlich und westlich des Ural. —

Amerika ist ein P r o d u k t E u r o p a s, insofern es seine heutige weltwirtschaftliche Stellung nur hat erlangen können auf Grund der europäischen Einwanderung. In der Zeit von 1821—1919, für die sichere statistische Angaben vorliegen, hat Europa an Nordamerika 30 Millionen Auswanderer abgegeben. Von den 92 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten sind weniger als 50 Millionen eingeborene Weiße von eingeborenen Eltern, 19 Millionen eingeborener Weißer stammen von eingewanderten Eltern, 14 Millionen sind frische Einwanderer, dazu kommen rd. 10 Millionen Farbige. Die natürliche Volksvermehrung ist nicht nur unter den farbigen

Eingeborenen, sondern auch unter den eingeborenen Weißen sehr gering, was von mancher Seite auf klimatische Bedingtheit zurückgeführt wird.

Die amerikanischen Entwicklungsmöglichkeiten beruhen auf der Einwanderung und auf der natürlichen Vermehrung des erst seit kurzer Zeit im Lande lebenden Volksteils. Die Landspekulation, die das früher frei verfügbare Land für sich beschlagnahmt hat und den neu zuwandernden Menschenstrom in die amerikanische Industrie drängt, hat der Volksvermehrung enge Grenzen gezogen. Versiegen die Quellen der Einwanderung, dann versiegt die wichtigste Wachstumsquelle des amerikanischen Reichtums. Nun aber hat der Krieg in Europa die amerikanische Einwanderung zunächst vorläufig nahezu zum Versiegen gebracht. Darüber hinaus haben die Einflüsse der amerikanischen Arbeiterschaft auch für die Zukunft dauernde Beschränkungen der Einwanderung durchgesetzt, um jedem Lohndruck zu begegnen.

Woher kam bisher in der Hauptsache die amerikanische Einwanderung? Nach den amerikanischen Anschreibungen stammte die größte Zahl von Einwanderern aus Großbritannien. Diese Einwanderer aber waren nicht entfernt durchweg Briten. Was Großbritannien in den amerikanischen Schmelztiegel der Völker hineinschüttete, war vielmehr auf dem Boden Englands, insbesondere Londons, schon vorgeschmolzen. Auch Großbritannien seinerseits lebt, wie wir oben gesehen, in erheblichem Maße von der Einwanderung.

Im Jahre 1921 hat Amerika zunächst für eine Übergangszeit durch die sog. Dillingham-Bill die Zahl der Einwanderer einer jeden Nation auf 3% der Angehörigen gleicher Nationalität beschränkt, die zur Zeit der Volkszählung 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

Die zugelassene Höchstzahl stellt sich für die einzelnen Nationalitäten wie folgt:

Land	Bevölkerung in den Verein. Staaten 1910	Durchschnittliche jährl. Einwanderung 1910/1914	3 %
Belgien	49 400	5 690	1 482
Dänemark	181 649	6 694	5 449
Frankreich	117 418	8 601	3 523
Deutschland	2 501 333	32 239	75 040
Niederlande	123 134	7 147	3 694
Norwegen	403 877	11 416	12 116
Schweden	665 207	17 843	19 956
Schweiz	124 848	3 762	3 745
Großbritannien	2 573 534	79 188	77 206
Gesamtz. v. Nordwest-Europa	6 740 400	182 850	202 212
Österreich-Ungarn	1 670 582	225 931	50 117
Bulgarien	11 498	—	345
Serbien	4 639	4 964	139
Montenegro	5 374	—	161
Griechenland	101 282	26 442	3 038
Italien	1 343 125	220 967	40 294
Portugal	59 360	10 380	1 781
Rußland	1 732 462	210 922	51 974

Land	Bevölkerung in den Verein. Staaten 1910	Durchschnittliche jährl. Einwanderung 1910/1914	3 %
Europäische Türkei	32 230	13 930	967
China 1910/19	56 756	2 092	1 703
Japan »	67 744	7 713	2 032
Mexiko	221 915	17 672	6 657
Afrika	3 992	1 197	120

Die Dillingham-Bill begünstigt den Zustrom derjenigen Nationalitäten, die den Vereinigten Staaten erwünscht sind und schränkt den Zustrom weniger beliebter Einwanderer ein.

Wenn auch in der Zeit der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis nach dem Kriege in Amerika zeitweilig starke Arbeitslosigkeit infolge Absatzmangels herrscht, so liegt doch auf der Hand, daß Amerika durch die Einwanderungsbeschränkung auf die Dauer seine Konkurrenzkraft in ihrer Entwicklung hemmt, da besonders der Mangel an Landarbeitern zu hohen Lebensmittelpreisen, der fehlende Zustrom von Industriearbeitern zum Hochhalten der Löhne, also zur Verteuerung der Produktionsbedingungen führen muß. Die Gunst ihrer wirtschafts- und verkehrsgeographischen Bedingungen können die Vereinigten Staaten in vollem Maß nur nutzen, wenn sie bezüglich der Arbeiterlöhne dem Wettbewerb der europäischen Industrieländer nicht zu stark unterlegen sind. Fehlen Amerika selbst die neu zuströmenden Arbeitskräfte, so wird das amerikanische Kapital sich veranlaßt sehen, fremde Arbeitsmärkte aufzusuchen — mit anderen Worten: Sinkende Menscheneinwanderung wird steigende Kapitalauswanderung zur Folge haben. Als Ziel dieser Kapitalauswanderung kommen vornehmlich in Betracht: China, Lateinamerika und Mexiko. Lateinamerika für sein Teil aber erscheint trotz aller amerikanischen Bemühungen um den vorherrschenden Einfluß im Grunde doch wenig geneigt, sich ganz unter Nordamerikas Fittiche zu begeben. Das amerikanische Kapital aber, das seinen Weg nach Asien nehmen wird, hat kaum eine andere Aussicht als die, den Japanern vorzuarbeiten, die den Hauptvorteil ziehen werden aus der Befruchtung Ostasiens durch die amerikanischen Gelder. —

Die landläufige Auffassung über die Monopolstellung der Vereinigten Staaten auf dem Rohstoffmarkt gewisser Hauptwaren des Welthandels erfordert bei aller Stärke der wirtschaftlichen Stellung Amerikas doch eine berichtigende Nachprüfung. Wohl zeigt uns die internationale Statistik der Hauptwaren des Welthandels eine weit überragende Stellung der Vereinigten Staaten in bezug auf Baumwolle, Kupfer und Erdöl, wenn sie uns folgende Ziffern der Vorkriegszeit vorhält: An Baumwolle exportierte Amerika für 2,3 Milliarden M. Als größere Wettbewerber kamen nur in Betracht Ägypten mit 0,5 und Britisch-Indien mit 0,4 Milliarden. An Kupfer war Amerika mit einem Ausfuhrwert von über 500 Millionen M. weit überlegen, Japan und Australien verzeichneten je 59, Mexiko 56 Millionen. Die monopolistische Stellung der Vereinigten Staaten in bezug auf die Erdölversorgung des Weltmarktes drückte sich aus durch einen Export im Werte von 576 Millionen, woneben nur noch Rußland mit 69 Millionen in Betracht kam.

Aber diese Ziffern schrecken, wie in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die mitteleuropäische Landwirtschaft durch die nordamerikanische Konkurrenz geschreckt wurde. Seither ist der amerikanische Eigenkonsum so stark, die landwirtschaftliche Produktion aber verhältnismäßig so wenig gestiegen, daß die Vereinigten Staaten nicht entfernt mehr als »der« Weizenlieferant zu betrachten sind. Rußland und Kanada waren ihnen weit überlegen, Argentinien steht ihnen nahe, auch Britisch-Indien und Australien rücken auf. Für Mais ist das kleine Rumänien wichtiger als ganz Nordamerika. Wollen die Vereinigten Staaten ihre Landwirtschaft weiter entwickeln, so brauchen sie dazu europäische Arbeitskräfte.

Auch bezüglich der vorhin genannten Rohstoffe ist Amerikas Monopolstellung nicht so stark, wie die angeführten Ziffern es erscheinen lassen. An Baumwolle gewannen die Vereinigten Staaten 3⅓ Milliarden kg, wovon 1,2 Milliarden auf den eigenen Verbrauch entfielen; zur Ausfuhr blieben also nur etwa 2,1 Milliarden. Die ostindische Produktion belief sich auf 1,1 Milliarden, die ägyptische auf 0,3, die der übrigen Länder auf 1 Milliarde. Die amerikanische Ausfuhr beträgt also höchstens die Hälfte der gesamten Baumwollproduktion der Erde abzüglich des amerikanischen Eigenbedarfes. Für Kupfer liegen die Dinge ähnlich. Die Vereinigten Staaten erzeugten vor dem Kriege 566 000 t Kupfer, alle anderen Länder zusammen 530 000 t, davon europäische Länder immerhin 244 000. Amerika sucht aber den ganzen Kupferhandel der Erde an sich zu ziehen; seine Ausfuhr von 507 Millionen M. deckt eine Einfuhr von 187 Millionen für Zwecke der Monopolisierung des Marktes.

Ähnlich wie mit dem Kupfer steht es noch mit dem Rohtabak. In der Ausfuhr scheint auch hier Nordamerika mit 207 Millionen M. eine monopolähnliche Stellung zu haben. Diese erringt es aber nur durch eine Einfuhr von 151 Millionen. Für Zigarettentabak ist der Balkan der wichtigste Markt, für Zigarrentabak West- und Ostindien, Brasilien, Mexiko usw.

Haben also die Vereinigten Staaten einerseits auf dem Rohstoffmarkt von Natur nicht die Monopolstellung, die ihnen auf Grund ihrer Handelsorganisation zuzuwachsen scheint, so sind auch sie anderseits auf manchen wichtigen Rohstoffgebieten vom Weltmarkt abhängig. So sind sie die größten Bezieher von Kaffee, Kautschuk, Seide und Zinn, ohne für diese Waren überhaupt Eigenproduktion zu verzeichnen. Ferner sind sie trotz gewisser Eigenproduktion in hohem Grade angewiesen auf die Einfuhr von Fellen, Zucker, Chemikalien, künstlichem Dünger usw. Und abhängig sind sie schließlich vom Weltmarkt auch insofern, als sie ihre Eigenproduktion an Rohstoffen nicht selber zu konsumieren vermögen, sondern kaufkräftige Absatzmärkte brauchen. —

Unter den amerikanischen Kolonialgebieten stehen die

Philippinen

weitaus an oberster Stelle. Sie sind ein Sorgenkind der Union, wie sie ein Sorgenkind Spaniens waren. Ihre politische Beherrschung ist eine recht schwierige Aufgabe, ihr Selbständigkeitsdrang nicht zu unterschätzen. Weltwirtschaftlich sind sie wichtig durch die Ausfuhr von Manilahanf.

Verkehrsgeographisch tritt ihre Verbindungslage zwischen Japan, Australien, Ozeanien und Hinterindien deutlich hervor.

Die Einwohner der Philippinen stellen keine homogene Bevölkerung dar. Abgesehen von Chinesen, Japanern und anderen Orientalen lassen sie sich in 4 Gruppen teilen:

1. Die christliche Bevölkerung von Luzon und den Visayaninseln, die vor mehr als drei Jahrhunderten die spanische Oberhoheit anerkannten und unter den Einfluß der spanischen Zivilisation gerieten.
2. Die mohammedanischen Moros von Mindanao und dem Suluarchipel, die jahrhundertelang erfolgreich der Unterwerfung durch die Spanier widerstanden haben.
3. Die Igorrotestämme Nordluzons, heidnische Bewohner der Hochlande, welche von dem spanischen Einfluß kaum berührt wurden.
4. Andere wilde Stämme, die über den ganzen Archipel zerstreut sind.

Die große Masse der Philippinos ist ungebildet und weiß nichts von Dingen, die jenseits der Umzäunung seiner eigenen Felder liegen. Die politischen Begriffe sind im allgemeinen nebelhaft und oft ganz phantastisch. Es darf angenommen werden, daß eine gewaltige Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmen würde, weil Unabhängigkeit das Losungswort ist, das ihnen von den politischen Führern eingeimpft ist.

Eine bedeutende chinesische Bevölkerung ist vorhanden, und seit vielen Generationen sind chinesische Kaufleute die Pioniere des inneren Handels gewesen. Sie stellen tatsächlich den Kern des Wirtschaftslebens auf den Inseln dar, und ihre Rasseneigenschaften, Fleiß, Schlauheit und Sparsamkeit, sind wertvolle Faktoren gegenüber dem eingeborenen malayischen Element, aber eine weitere Zuwanderung ist durch Gesetz verboten. In den letzten Jahren haben die Japaner eine kommerzielle Durchdringung der Inseln begonnen, und ihr Wettbewerb im Kleinhandel macht sich stark bemerkbar. Von Zeit zu Zeit machen sich unter der amerikanischen Kolonie Symptome nach Art der bekannten kalifornischen Abneigung gegen die Japaner geltend.

Was sich ereignen würde, falls die Vereinigten Staaten ihre Souveränität über die Inseln aufgeben und ihre militärische Unterstützung zurückziehen würden, ist schwer vorauszusehen. Bedeutende Teile der Presse in den Vereinigten Staaten haben des öfteren eine völlige Zurückziehung empfohlen, dasselbe taten amerikanische Staatsmänner wie Wilson und Mr. Bryan. Völliger Rückzug würde gleichbedeutend sein mit Aufgabe. Die Vertreter dieser Richtung behaupten, daß die Philippinen besonders gefährdet sind durch einen Angriff von außen und deshalb eine gefährliche, lästige Behinderung für eine Schutzmacht darstellen, die 10 000 englische Meilen von Manila entfernt ist. Die Aufrechterhaltung einer starken Flotte im Pazifik und einer Division auf dem Archipel wird als nutzlose Verschwendung bezeichnet.

Für die Beibehaltung der Philippinen werden hauptsächlich folgende Gründe ins Treffen geführt: Seitdem die Vereinigten Staaten eine politische Weltmacht geworden sind, ist es ihnen moralisch unmöglich, die Kolonie aufzugeben. Oder in der amerikanischen Ausdrucksweise: Sie

können sich mit gutem Gewissen nicht jenen offenbaren Verpflichtungen gegenüber der Menschheit entziehen, deren eine die Erhaltung des politischen Gleichgewichts im fernen Osten ist; die Philippinen bilden das Tor des Westens nach China und sind deshalb in strategischer wie kommerzieller Beziehung unendlich wertvoll; wegen der Fruchtbarkeit ihres Bodens und der vielen natürlichen Schätze sind sie an und für sich ein begehrenswerter und kostbarer Besitz. Die Vereinigten Staaten sind als Treuhänder durch enge Bande mit dem Schutzgebiet verbunden und das amerikanische Volk ist durchdrungen von einem vererbten Instinkt, eine einmal begonnene Aufgabe auch durchzuführen. Dies sind die wesentlichen Faktoren der Lage. Bis die jetzige Form der Selbstregierung eingeführt wurde, hat kein Eingeborener irgendeinen wichtigen Verwaltungsposten innegehabt, und noch bis vor wenigen Jahren zeigten die verschiedenen Stämme keine Neigung zu einem sozialen und politischen Zusammenschluß in der Absicht, eine Nationalität zu schaffen. Seit der amerikanischen Besetzung haben die vermehrten Möglichkeiten zu Reisen, die Errichtung von Schulen, die Ausbreitung des Handels, die Entwicklung der natürlichen Erzeugnisse der Insel und andere Ursachen dazu beigetragen, die Stämme zu einem einzigen nationalen Typ zu verschmelzen. Die Bevölkerung der Philippinen ist aber trotzdem noch weit davon entfernt, eine Nation zu sein, die auf sich selbst steht und ihren eigenen Weg gehen kann. Es fehlt ihr der feste, aufs Ziel gerichtete Wille.

c) Japan.

Das japanische Reich hat gegenüber der Vorkriegszeit ein räumliches Wachstum von 674000 auf 682000 qkm und eine Bevölkerungszunahme um 5 Millionen von 72 auf 77 erfahren. Seine Kolonien setzten sich bei Kriegsende wie folgt zusammen:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Formosa (Taiwan)	35969	3698918	104
Süd-Sachalin (Karafuto)	36090	79131	2
Kwantung (Kwanto)	3378	688905	204
Vulkaninseln (Iwojima)	23	—	—
Korea (Tschosen)	220741	17412871	80
Kiautschou	552	192000	350
Karolinen, Marianen, Marschallins.	2476	70500	27
	299229	22142000	76

Im japanischen Stammlande wurden Ende 1918 gegen 20000 Fremde gezählt, darunter 12000 Chinesen, 2446 Engländer, 1884 Amerikaner, 719 Russen, 641 Deutsche, 465 Franzosen, 251 Portugiesen, 193 Brit.-Indier, je 118 Schweizer und Niederländer und 107 Dänen. Für das gleiche Jahr liegen auch Angaben über die japanische Auswanderung vor, und zwar verteilte dieselbe sich auf nachstehende Länder:

Mandschurei	122367	Brasilien	21763	Australien	3395
Ver. Staaten	119307	Kanada	15098	Neukaledonien	2596
Hawai	112064	Peru	6780	Brit.-Indien	1441
China	27877	Russ.-Asien	4489	Andere Länder	55677
					492854

Die in der Vorkriegszeit passive Handelsbilanz Japans hatte nur während der Kriegsjahre selbst in eine stark aktive Bilanz umgewandelt werden können. Im Jahre 1919 war die Einfuhr der Ausfuhr bereits wieder etwas überlegen. Wesentlich stärker stand auch Japan nach dem Kriege in bezug auf seinen Besitz an Handelstonnage da. Hatte es vor dem Kriege, abgesehen von kleinen Segelschiffen japanischer Bauart, eine Dampfertonnage von 1,4 Millionen und eine Seglertonnage von 0,5 Millionen Tonnen besessen, so verfügt es nunmehr über 2,9 Millionen Tonnen Dampfschiffen und 0,9 Millionen Tonnen Segelschiffen. Der früher wesentlich auf dem Stillen und Indischen Ozean beschränkte Verkehr unter japanischer Flagge dehnte sich in wesentlich vermehrtem Maße auch nach Europa aus. Zur Aufrechterhaltung des von den japanischen Schiffahrtsgesellschaften errungenen Verkehrs zahlt die japanische Regierung bedeutende Subventionen.

Im Handel Japans rangieren Amerika und das englische Imperium an erster Stelle, und zwar:

Einfuhr in Millionen Yen:

	1913	1920
U.S.A.	122	873
Indien, britisch	173	395
England	123	232
China	61	218
Holländisch-Indien	37	69
Australien	15	62
Deutschland	68	15
Frankreich	6	14

Ausfuhr in Millionen Yen:

	1913	1920
U.A.S.	184	565
Indien, britisch	30	192
England	33	98
China	155	410
Holländisch-Indien	5	107
Deutschland	3	1,06
Frankreich	60	72
Australien	—	.59

Der Gesamthandel Japans betrug:

	1913	1920
Einfuhr	729	2336
Ausfuhr	632	1948

Während des Krieges von 1915—1918 war die Handelsbilanz Japans aktiv, seitdem ist sie aber wieder passiv geworden, und wird es auch auf geraume Zeit hinaus bleiben.

Die äußere Schuld Japans ist im Kriege durch Rückzahlung geringer geworden, die innere etwas gestiegen. Japans Gesamtschuld betrug 1914 2506 Millionen Yen und ist heute 2793 Millionen. Verglichen mit fast allen anderen Staaten der Erde ist Japan also in einer sehr glücklichen Lage.

In den letzten Jahren, vor allem 1914—1920, hat Japans industrielle Entwicklung einen sehr schnellen Aufschwung genommen, so daß die japanischen Fabrikate heute fast auf allen Weltmärkten in Wettbewerb treten. Die Hauptursachen dieser Expansion sind u. a. die günstige geographische Lage Japans zu den östlichen Märkten; das Anpassungsvermögen; die gleichartige Bevölkerung und die stabile Regierung; die angeborene Arbeitsamkeit der Bevölkerung und das Organisationstalent; die verfügbaren Arbeitskräfte, sowie die außergewöhnlich geringen Löhne.

Japans Vorteil gegenüber den westlichen Staaten muß hauptsächlich in den Arbeitskräften gesucht werden. Dieses wird durch die Tatsache bestätigt, daß die Artikel, in denen Japan hervorsticht, ohne Ausnahme solche sind, bei denen die Arbeitsleistung einen großen Teil der Produktionskosten ausmacht, wie Bürsten, Knöpfe, Spielwaren, Töpferarbeiten, Fächer und Deckchen. Die Behauptung wird ferner noch gestützt durch den Umstand, daß Japan in bezug auf viele Rohstoffe von fremden Ländern abhängig ist. Während es genügend Kupfer- und Seidenvorräte besitzt, ist Japan sehr arm an Eisen und den meisten anderen Mineralien. In bezug auf hydraulische Kraft und Brennstoffe steht es etwas besser, trotzdem muß es seinen Erdölbedarf außerhalb decken, während später für weitere Expansion sein Kohlenbedarf nicht ausreichen wird. Augenscheinlich wird somit jede Veränderung in seinen relativen Arbeitskosten auch eine Veränderung in Japans Fähigkeiten zu konkurrieren mit anderen Völkern mit sich bringen.

In der japanischen Industrie werden Frauen und Kinder in großem Umfange beschäftigt. Im Jahre 1918 wurden mehr als 80% der japanischen Ausfuhr als Produkt weiblicher Arbeitskräfte veranschlagt. In verschiedenen Fabrikationszweigen waren 560000 Frauen beschäftigt oder ca. 60% der gesamten Arbeitskräfte. Man glaubt aber annehmen zu können, daß das neuerliche Wachstum verschiedener Industriezweige, sowie die Fortschritte verschiedener Betriebe, wie z. B. der Eisen- und Stahlfabrikation, wo weibliche Kräfte nicht vorteilhaft ausgenutzt werden können, obengenannten Prozentsatz erheblich vermindert haben.

Die Expansion bezüglich des Umfanges und der Anzahl der japanischen Industriezweige während der Jahre 1914 bis 1919 hat großen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse ausgeübt und zugleich das ihre dazu beigetragen zu den industriellen Wechselfällen, die diese Periode auszeichnen. Offiziell ist festgestellt, daß im Verlaufe der Jahre 1914 bis 1917 14172 neue Fabriken errichtet wurden, die 272606 Arbeiter beschäftigen, während 5498 Fabriken ihre Betriebe erweitern, wodurch 169682 Arbeiter in Dienst genommen werden konnten. Da der größte Teil der Expansion nach 1917 zustandekam, ist es deutlich, daß die Ausdehnung beträchtlich gewesen sein muß. Inzwischen darf man jedoch nicht aus den Augen verlieren, daß infolge der finanziellen Krise von 1920 ein Teil dieser Fabriken gezwungen war, den Betrieb stillzulegen.

Trotz dieser Tatsachen herrscht in Japan noch die Hausindustrie vor. Von einer Gesamtzahl von 540028 Fabrikarbeiterfamilien, die im Jahre 1918 in der Webereiindustrie arbeiteten, beschäftigten, 275003 Einrichtungen weniger als 100 Arbeiter während nur 5463 Fabriken eine größere Anzahl Arbeiter hatten. 246803 waren Akkordarbeiter und die übrigen 12597 Heimarbeiter (Familienväter).

Der Gunst der verkehrsgeographischen Lage des Inselreiches im fernen Osten steht der Mangel an wirtschaftlicher Erzeugungskraft des Bodens gegenüber, der, wie wir früher sahen, zu starker Auswanderung und entsprechender Expansionspolitik führt.

Nach Mitteilung des japanischen Amtes für Volkszählung betrug die Zahl der im Auslande lebenden Japaner am 1. Oktober 1920 618915.

Im einzelnen wurden gezählt in:

China (ohne Kwantung und Tsingtau)	200740
Nordamerika	115325
Hawai	112220
Pachtgebiet Kwantung	79307
Brasilien	34258
Tsingtau	23550
Kanada	17716
Philippinen	11156
Straits Settlements	10822
Peru	10102
Südseeinseln	3399

Der Rest befindet sich in den übrigen Ländern, wobei die Zahlen für die europäischen Länder gegen die obigen sehr viel kleiner sind.

Von der kolonialwirtschaftlichen Fähigkeit der Japaner zeugt die rasche Entwicklung **Koreas** unter ihrer Herrschaft.

Die Koreaner sind durchweg ein ackerbautreibendes Volk. Wie im benachbarten China wird die urbar gemachte Fläche intensiv, aber nach völlig veralteten Methoden bearbeitet, weshalb die Erträge weit hinter den möglichen Erträgnissen zurückbleiben. Japan legte daher eine Reihe von Musterwirtschaften an und suchte auf alle Art und Weise die Anbaufläche selbst und die Ergiebigkeit des Bodens und die Qualität der Ernte zu steigern.

1920 hatte die unter den Pflug genommene Fläche gegenüber 1910 um 76% zugenommen. Wie sich die Ernteerträgnisse gesteigert haben, zeigt die nachfolgende Aufstellung in Bushel à 35,5 l:

	1910	1918
Reis	45148599	76018392
Gerste	13579427	28556547
Hirse	17104097	28103169
Sojabohnen	13629076	24159530
Baumwolle (Pfd. engl.)	26692564	103050299

Reis und Bohnen wurden in großen Mengen ausgeführt. Auch andere landwirtschaftliche Produkte zeigen eine ähnliche Steigerung, welche im allgemeinen nicht nur auf die größere Anbaufläche, sondern auch auf bessere Bewirtschaftung zurückzuführen ist. Seidenkokons, welche größtenteils zur Verarbeitung nach Japan gingen und 1918 einen Wert von 5 Millionen darstellten, waren um das Achtfache gestiegen.

Vor der Annexion Koreas durch Japan wurde fast gar kein Bergbau im Lande getrieben, nur Goldgräberei bestand in nennenswertem Umfange; die Ausbeutungsrechte hatten Europäer inne. Das Bild hat sich seit 1910 geändert; innerhalb der folgenden 10 Jahre wurde Schürfberechtigung erteilt an 2942 Japaner, 2010 Koreaner und 126 Ausländer. Im Jahre 1916 als Rekordziffer wurde Gold im Werte von 15471545 Yen gefördert, welches fast ganz nach Japan ausgeführt wurde.

Kohlen kommen in großer Menge und abbauwürdiger Beschaffenheit vor, doch ist bisher die Ausbeutung kaum nennenswert. Anders steht es mit den sehr zahlreichen Eisenerzvorkommen, deren Erschließung und Ausbeutung im Interesse Japans liegt, und von denen man hofft, daß sie den Bedarf des großen, eisenarmen Mutterlandes voll decken werden. 1918 wurde für 15431675 Yen Roheisen und für 1155906 Yen Eisenerz ausgeführt. Weitere mineralische Produkte sind Blei, Zink, Kupfer, Silber und Graphit.

Wie im benachbarten China hat auch in Korea von jeher die Zucht von Seidenraupen und die Verarbeitung der Kokons eine große Rolle gespielt, allerdings geschah die Verarbeitung des Materials nach veralteten Methoden. Die Japaner haben es verstanden, auch auf diesem Gebiete bessernd einzugreifen und die Zahl der Betriebe für Verarbeitung des Rohmaterials, soweit es nicht nach Japan ging, stieg von 252 mit einem Erzeugungswert von 19639655 Yen im Jahre 1911 auf rd. 1700 mit einem Produktionswert von 156801630 Yen im Jahre 1918. Gut entwickelt wurde außerdem die Töpferei, Papierfabrikation und Baumwollweberei, welch letztere im Jahre 1917 auf 76613000 Yen geschätzt wurde.

Die als fabrikartige Betriebe geführten industriellen Unternehmungen beliefen sich im Jahre 1920 auf 1358: Japan steht mit 736 an erster Stelle, weiter folgen 605 koreanische, 4 japanisch-koreanisch gemischte und zum Schluß 13 fremde Betriebe. Das investierte Gesamtkapital betrug etwas über 39 Millionen Yen, von welcher Summe fast 34 Millionen japanisch waren. 1917 wurde das Gesamterzeugnis vorgenannter Betriebe auf rund 100 Millionen Yen berechnet.

Politisch bildet Japan heute die dritte Seemacht, der ihr Rang hinter den Vereinigten Staaten und England auf der Konferenz in Washington 1921 zugewiesen wurde. Von seiten Amerikas verfolgte jene Konferenz den Zweck, Japan zu isolieren, seinen ostasiatischen und pazifischen Einfluß eng zu umgrenzen und ihm gegebenenfalls die Schuld am Ausbruch eines pazifischen Krieges zuzuschreiben. Japan hat sich in keine Falle locken lassen, sondern ist geschmeidig ausgewichen. Sein natürlicher Ausbreitungsdrang kann ihm durch keine Konferenz genommen werden. Es wartet in geduldiger Zähigkeit die weiteren Wandlungen der Weltlage ab und wird inzwischen Wege finden, seine Vorteile durch eine planmäßig geleitete Auswanderung sicherzustellen. Wann und wo der Ruf ertönt: »Asien den Asiaten!« wird es die Führung an sich zu reißen suchen. Der innere Zerfall des republikanischen China oder der chinesischen Republiken, die Erschütterung der britischen Herrschaft in Indien, die ungewissen Verhältnisse im östlichen Sibirien bieten ihm vielerlei Aussichten.

2. Die romanischen Kontinental- und Kolonialmächte.

a) Frankreich.

Durch die Erwerbung von Elsaß-Lothringen hat sich der räumliche Umfang Frankreichs auf 550000 qkm, die Bevölkerung angeblich auf $41\frac{1}{2}$ Millionen gesteigert. Diese in den gebräuchlichen Nachschlage-

werken zu findende Angabe beruht aber auf einem Zuschlag der elsaß-lothringischen Bevölkerung zu den Ergebnissen der französischen Volkszählung von 1911. Tatsächlich ergab die Volkszählung von 1921 einen Rückgang der Bevölkerung nach Maßgabe folgender Daten:

	1911	1921 Altes Frankreich	1921 Elsaß-Lothr.	1921 Vergr. Frankr.
Gesamtbevölkerung . .	39604992	37692990	1709749	39402739
Davon Franzosen . . .	38472296	36275633	1576647	37852280
» Ausländer . . .	1132696	1417357	133102	1550459

Der Rückgang der französischen Bevölkerung in den Staatsgrenzen der Vorkriegszeit betrug somit seit 1911 2196663 Seelen; rechnet man nun Elsaß-Lothringen (ohne die dort lebenden Ausländer) hinzu, so weist das vergrößerte Frankreich trotz einer Zunahme um 1576647 Seelen einen Gesamtrückgang von immer noch 620016 Seelen auf.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Elsaß-Lothringen an Bevölkerungsdichte weit über dem Durchschnitt Frankreichs steht. Nach dem früheren Bestand kamen in Frankreich auf 1 qkm 74 Köpfe, in Elsaß-Lothringen dagegen waren es 129. Während ferner, ungerechnet die Kriegsverluste, Frankreich während der ganzen letzten Jahre einen Überschuß der Todesfälle über die Geburten zu verzeichnen hatte, der im Jahre 1918 fast 400000 Köpfe erreichte, verzeichnete Elsaß-Lothringen noch 1919 einen allerdings mäßigen Geburtenüberschuß.

Die Kriegswirkungen haben in Frankreich eine Entwicklung noch weiter beschleunigt, die auch vordem schon augenfällig war: Die starke Verminderung der ländlichen Bevölkerungsteile. 1846 machten diese noch 76 vH der gesamten Einwohnerschaft des Landes aus; 1896 nur noch 61, während sie 1911 schon bis auf 55,8 vH zurückgegangen war. Der Zug nach den großen Städten, wo ein lustigeres und stärker politisches Leben herrscht, hält an. Und was nicht in die großen Städte wandert, geht in die Fabriken. Besonders von diesem Auszuge betroffen sind die ländlichen Bezirke der Normandie, Bourgogne, Champagne und das Tal der Garonne. Die ländliche Bevölkerung der Bretagne und einzelner Bezirke des Zentralplateaus ist mehr oder minder bodensässig geblieben. Am empfindlichsten von diesem Exodus betroffen sind die Bezirke, in denen die Creuzot-Geschützfabriken (Dep. Saône et Loire), die großen Gummiwerke von Michelin (Dep. Limagne d'Auvergne), die riesigen Eisenerz-, Eisengießereien und Metallfabriken von Nancy und Briey gelegen sind. Hier hat die Landwirtschaft der fehlenden Arbeitskräfte halber, am stärksten um ihren Weiterbestand zu kämpfen. Das Fortlaufen der ländlichen Arbeiter ist denn auch die Ursache des kolossalen Geburtenrückganges in Frankreich, gegen den die Regierung mit allen Mitteln ankämpft, ohne darin eine Besserung herbeiführen zu können. Fruchtbar in diesem Sinne sind eigentlich nur zwei ländliche Departements geblieben, das Finistère und das Morbihan, wo eine regelmäßige Zunahme der Geburten festgestellt werden kann. In manchen anderen ländlichen Bezirken sind die Geburten stationär geblieben, ohne indessen den Rückgang der allgemeinen Be-

völkerungsziffer wesentlich aufhalten zu können. Besonders schwer betroffen ist die Normandie.

Auch die landwirtschaftliche Technik ist in Frankreich sehr rückständig geblieben, so daß die vorhandenen Bodenschätze nicht entfernt in erreichbarem Grade genutzt werden. Sehr auffällig war der äußerst geringe Eifer, den die Franzosen im Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Provinzen unter Ablehnung fast jeder von Deutschland gebotenen Hilfe nichtfinanzieller Art entwickelten. Für die Mängel der landwirtschaftlichen Technik ist freilich zum Teil auch die sehr nachteilige Form der Besitzzersplitterung durch das französische Erbrecht verantwortlich zu machen. Der hierdurch bedingte Umstand, daß das Besitztum häufig nicht aus einem Bodenblock, sondern aus verstreut liegenden Feldern besteht, wobei oft armer und reicher Boden abwechselt, läßt den Eigentümer solcher Besitzsplitter nicht gegen den bevorzugten Landwirt aufkommen, der sein gesamtes Eigentum in einem Blocke unter der Hand hat. Der kapitalarme Kleinbetrieb muß in solchen Fällen den ungleichen Kampf aufgeben. Aus dieser Sachlage heraus ist in Frankreich der landwirtschaftliche Großbetrieb der ausschlaggebende Faktor in der Agrarwirtschaft des Landes.

Das französische Kolonialreich stellte sich nach dem Friedensschluß wie folgt:

Afrika.		qkm		Bevölkerung
Algerien		575 289		5 563 828
Tunis		167 400		1 953 000
Französisch-Marokko		572 000		5 400 000
Einflußgebiet der Sahara		2 394 200		450 000
Französisch-Westafrika		3 958 100		12 171 600
Senegal	191 600		1 251 000	
Französisch-Guinea	239 000		1 850 000	
Elfenbeinküste	325 200		1 417 000	
Dahome	97 200		911 000	
Französisch-Sudan	782 700			
Ober-Volta	—		599 000	
Niger-Territorium	1 383 700			
Mauritanien	893 700		603 600	
Togo	45 000		540 000	
Äquatorialafrika		2 971 000		5 605 600
Kamerun	450 000		1 500 000	
Gabun	259 600		259 100	
Mittel-Kongo	310 900		901 100	
Ubangi-Schari	350 500		311 000	
Tschad	1 600 000		2 634 400	
Französische Somaliküste u. Dependenzen		120 000		272 858
Madagaskar		585 530		3 512 690
Mayotte und Komoren		2 168		97 600
Réunion		1 980		173 822
Dependenzen (St. Paul, Neu-Amsterdam, Crozet, Kerguelen)		3 740		—
		Afrika 11 232 000		35 900 000

Asien.	qkm	Bevölkerung
Indische Besitzungen	513	268499
Indochina	803050	16990229
Asien	803560	17258728
Amerika.		
St. Pierre und Miquelon	241	4652
Guadeloupe und Dependenzen	1780	212430
Martinique	987	193000
Französisch-Guiana	88200	49000
Amerika	91200	459000
Südsee.		
Neukaledonien und Loyalty-Inseln	16921	50608
Wallis-Inseln und Futuna (Schutzland)	220	6000
Ozeanische Besitzungen	4395	31477
Clipperton-Insel	8	unbewohnt
Südsee	21542	88100
	12070000	53700000

Dazu gesellte sich in Vorderasien noch die französische Schutzherrschaft über Syrien, über die genaue statistische Angaben noch nicht vorliegen. Nach dem Zusammenbruch des türkischen Widerstandes in Asien gegen England erwartete man, daß sich England einen direkten Zugang zu dem neugewonnenen Mesopotamien vom Mittelmeer aus sichern würde durch einen »Korridor« vom Golf von Alexandrette her, der auch die Bagdadbahn einschließen würde. Aber in den beiden Londoner Verträgen zwischen Frankreich und England und Frankreich und der Türkei haben die Engländer nicht nur auf diesen Korridor, sondern auch auf die Westhälfte von Obermesopotamien verzichtet, das sie Frankreich überließen. Anderseits bekundeten die Franzosen ihr Wohlwollen für die Türken durch den Verzicht auf die durch ihren Baumwollbau wichtige, fruchtbare Ebene von Adana an der Südostecke von Kleinasien. Sie bedangen sich dafür das Recht aus, den Hafen von Mersina, der durch eine Zweigbahn mit der Bagdadbahn in Verbindung steht und für die Ausfuhr Anatoliens wichtig werden wird, für die Türkei auszubauen; außerdem ließen sie sich das Vorrecht zur Ausführung öffentlicher Bauten in den nördlich an Syrien angrenzenden türkischen Wilajets Siwas, Kharput und Diabekr zusichern. Die Nordgrenze Französisch-Syriens bildet die Bagdadbahn etwa von Aintab bis Nisibin. Die Bahn selbst bleibt türkischer Besitz, die türkischen Zollbeamten stehen nördlich, die französischen südlich der Bahn. Nur bei Nisibin und nordöstlich davon greift das französische »Mandatsgebiet« nordostwärts über die Bagdadbahn hinaus bis zum oberen Tigris und grenzt hier an Kurdistan; Frankreich wollte damit Fühlung mit Persien gewinnen. Von dieser Nordostecke bei Dschesiret-ibec-Omar am Tigris führt die Grenze des französischen Gebietes nach Abu-Kemal am Euphrat, dann quer durch die Syrische Wüste nach dem Hurangebirge und erreicht hier die Nordgrenze Englisch-Palästinas, der sie, am Nordende des Sees von Genezareth vorbei, bis zum Mittelmeer bei Tyrus folgt. Die Westgrenze

bildet die Mittelmeerküste Syriens mit den drei Häfen Beirut, Ladikije und Alexandrette (Iskenderun). Die dieser Küste gegenüber liegende Insel Zypern ist englisch; doch hat sich England jetzt verpflichtet, dieses Besitztum nicht ohne Zustimmung Frankreichs in andere Hände übergehen zu lassen.

Französisch-Syrien ist damit etwa halb so groß wie Deutschland, hat aber nur etwa 3 Millionen Einwohner, von denen allerhöchstens die Hälfte als franzosenfreundlich gelten dürfte, nämlich die Christen des Küstenstreifens und die Bewohner der großen Städte Aleppo, Homs und Damaskus. Der größere Rest, namentlich die arabischen Beduinen, steht den Franzosen ablehnend gegenüber.

Frankreichs syrische Interessen liegen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Der Handel mit Syrien ist allerdings relativ unbeträchtlich, wird aber für sehr entwicklungsfähig gehalten; bedeutender sind die Interessen des französischen Unternehmertums: Bahn- und Hafenbauten, Straßen- und Bewässerungsanlagen gehen seit geraumer Zeit fast durchweg auf französische Initiative zurück. Mehr Bedeutung noch räumt man in Frankreich den politischen Interessen ein. Syrien gilt seit Jahrhunderten als Pflanzstätte französischen Geistes, die syrischen Christen sind sämtlich französisch orientiert, und seit Frankreich England in Ägypten das Feld räumen mußte, war es ein Traum seiner Mittelmeerpolitiker, sich dafür nicht nur in Nordafrika, sondern auch in Syrien ein Äquivalent zu schaffen.

Die Nachbarschaft Frankreichs in Vorderasien ist den Briten freilich sehr wenig bequem. Nachdem sie aber im Kriegsverlauf als Frankreich lockendes Ziel in Aussicht gestellt werden mußte, bekam der bislang verbündete, an jenem Platz aber unerwünschte Nachbar alle Mittel britischer Intrigen zu erproben, durch die er in seiner vorderasiatischen Stellung erschüttert werden sollte, um ihn an künftiger Flankenbedrohung des Weges von Ägypten nach Mesopotamien zu hindern. Durch die unerwartete Stärke der Türken nach offiziellem Kriegsende, durch ihr Zusammengehen mit dem für Englands Orientpolitik äußerst gefährlichen Bolschewismus und durch Frankreichs Nutzung dieser Lage wußte es aber den Briten geschickt zu begegnen.

Dazu gesellt sich die ganz unerwartete kontinentale Überlegenheit, die Frankreich nach den Friedensschlüssen zu erringen vermochte, weil England selber ihm die Hand zu einer zu weit gehenden Knechtung Deutschlands geboten hatte. Frankreich hat fürs erste in Europa keine Landmacht zu fürchten, kann sich vielmehr noch auf die west- und südslawischen Heere stützen und ist sogar zu direkter militärischer Bedrohung Englands über den Kanal befähigt. In dieser Beziehung gibt die moderne Waffentechnik ihm einen Vorsprung vor den Zeiten Napoleons I., an die im übrigen die kontinentale wie die Orientpolitik Frankreichs in unseren Tagen sehr lebhaft erinnert.

Seine wesentlichste Schwäche liegt in der finanziellen Abhängigkeit von der Zahlung der deutschen Kriegsentschädigung und in dem Rückgang des Volkstums, das auch physisch durch die vielen Kolonialtruppen zur »Portugalisierung« neigt.

b) Belgien.

An Umfang des Kolonialgebiets steht Belgien den romanischen Ländern der südlichen Halbinseln voran, da es im Kongostaat über 2,4 Millionen qkm mit vielleicht 15 Millionen Einwohnern verfügte, wozu durch den Frieden von Versailles die Distrikte Urundi und Ruanda (ehemalig Deutsch-Ostafrika) getreten sind. Sie umfassen 54000 qkm mit 2½—3 Millionen Einwohnern. Belgien selbst hat sich durch die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy um 1000 qkm und 61000 Einwohner über seinen alten Bestand von 29000 qkm und 7,6 Millionen Einwohnern hinaus vergrößert. Seine Ausfuhr war im Jahre 1920 auf 6,4 Milliarden, die Einfuhr auf 8,5 Milliarden Frs. gestiegen, wozu sich ein bedeutender Durchfuhrhandel gesellte.

Unter allen für den Welthandel im großen in Betracht kommenden Ländern Europas das kleinste, ist Belgien mit 252 Einwohnern auf 1 qkm das am dichtesten bevölkerte und dadurch das — trotz Erzielung der höchsten Hektarerträge durch seine Landwirtschaft — vom Welthandel vergleichsweise abhängigste. Unter allen Ländern des Weltverkehrs stritt es vor dem Kriege mit den Niederlanden um den fünften und sechsten Platz in der Reihe der am Welthandel stärkstbeteiligten Völker, nur hinter England, Deutschland, den Vereinigten Staaten und Frankreich zurückstehend, aber beispielsweise dem großen Rußland weit überlegen. Antwerpen stand unter allen großen Häfen der Erde mit in der vordersten Reihe. Auch als Kolonialmacht behauptete Belgien, räumlich betrachtet, eine hervorragende Stellung; doch wurde nur ein sehr bescheidener Bruchteil seiner heimischen Volkswirtschaft durch den Kolonialbesitz getragen, der für die Staatsfinanzen des kleinen Mutterlandes eine ziemliche Last darstellte.

Seine geographische Lage stellt Belgien zwischen die westlichen Ausfallstore des europäischen Handels, England und Frankreich auf der einen, das benachbarte, scharf konkurrierende Holland und das beiden gemeinsame deutsche Hinterland auf der anderen Seite.

Seinen industriellen Aufschwung nahm Belgien zunächst in der Gemeinschaft mit Holland, das in der Zeit der Kontinentalsperre sich zur großen Werkstatt für das Kaiserreich des Korsen hatte entwickeln können. Die Vereinigten Niederlande wuchsen sich zu einem kraftvollen und ausgeglichenen Wirtschaftsgebilde aus. Politische Gegensätze aber führten nach kurzer Zeit zur Auflösung dieses wirtschaftlich glücklichen Gebildes. Die englische Staatskunst nutzte die politischen Fehler der niederländischen Regierung. Die wachsende wirtschaftliche Kraft der Vereinigten Niederlande mehr fürchtend als das politisch geschwächte und isolierte Frankreich, betrieb England den Zersetzungsprozeß, der ein zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit kaum befähigtes Belgien entstehen lassen sollte, und wußte zugleich der Gefahr einer französisch-belgischen Zollgemeinschaft zu begegnen. Im neuen Belgien erkannte man die Rivalität der englischen und belgischen Handelsinteressen und begegnete dem britischen »Befreier« nicht ohne Argwohn. Das Land rang nach wirtschaftlicher Selbständigkeit

durch starken Ausbau der gesellschaftlichen Unternehmungsform und durch überseeische Ausbreitungspolitik. Überall wurden Märkte aufgespürt und Handelsverbindungen geknüpft. Soweit man Anlehnung in Europa nicht entbehren zu können glaubte, machte sich am ehesten immer Neigung zu Frankreich bemerkbar. Der Mangel an Unabhängigkeit kam besonders zum Ausdruck, als ein internationaler Akt Belgien die Neutralität auferlegte, d. h. ihm nach außenhin das Recht der freien Selbstbestimmung nahm.

Unter Leopold II., dem Expansionisten, sah Belgien sich durch die französischen Umtriebe bedroht, von England wegen der wachsenden Bedeutung Antwerpens im Wettbewerb mit den englischen Umschlagplätzen beneidet, fand aber Unterstützung durch Bismarck, der nicht nur die Verschluckung des belgischen Bahnsystems durch Frankreich durchkreuzte, sondern später auch des Belgierkönigs Ansprüche auf den Kongostaat unterstützte. Nachdem England lange Zeit in der ganzen Welt gegen den Kongostaat agitiert, wußte es schließlich den Übergang des Kongostaats an Belgien zu einer Zeit herbeizuführen, zu der es den eigentlichen Absichten Leopolds II. durchaus noch nicht entsprach. In der Folgezeit geriet Belgien immer tiefer in die britische Umstrickung.

Durch die Übernahme des Kongostaats begab sich Belgien auf ein Gebiet internationaler Verwickelungen, denen die eigene Macht nicht entsprach, und die die internationale Grundlage der belgischen Existenz, seine dauernde Neutralität, früher oder später in Mitleidenschaft ziehen mußte. Als Souverän des Kongostaates hatte Leopold II. mit großem Geschick die Gegensätze der französischen und englischen Politik ausgenutzt. Jetzt waren nicht nur diese ausgeschaltet; Belgien selbst war durch seine Kolonie abhängig geworden, wie sich sichtlich gezeigt hat, als England die Anerkennung der Annexion (die es selbst beschleunigen geholfen) bis zum Sommer 1913 verweigerte, d. h. bis zu der Zeit, als die belgische Regierung der englischen Politik in Europa dienstbar geworden war.

Die Verbindung mit der Weltwirtschaft hatte unter Leopold II. intensivste Ausdehnung erfahren. Um den vom eigenen Boden bei der dichten Bevölkerung nicht entfernt zu deckenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen gesichert befriedigen zu können, besonders aber um der belgischen Industrie reichliche Aufträge zu verschaffen, schuf Belgien überall enge finanzielle Verbindungen, kapitalisierte Kohlengruben, Erzminen und Petroleumquellen, Hütten- und Walzwerke, Eisen- und Straßenbahnen und Kanäle, Unternehmungen für elektrische Beleuchtung und Wasserwerke usf. Der spekulative Geist beherrschte in der Hauptsache die an Zahl geringeren wallonischen Volksteile, wogegen die an Kopfzahl weit zahlreicheren, das Volkswachstum sicherstellenden, auch die militärische Kraft für das ganze Land und viele Arbeitskräfte fürdie wallonischen Industriegebiete liefernden Flamen solchem geschäftigen Getriebe fernblieben, in der breiten Masse auch am meisten in Unbildung belassen wurden. Auch die Industrie des Landes hatte sich vorwiegend in Wallonien entwickelt, wo die reicheren Bodenschätze erschlossen waren. Mit dem Ausbau der Kohlenindustrie im Kempenland und der Ansiedlung auch der Schwerindustrie auf den Heideflächen der Kampine könnte sich

in Zukunft der wirtschaftliche Schwerpunkt vielleicht wieder mehr nach Norden verlegen. Die Aufschließung der nördlichen Kohlengebiete ist für die künftige Rolle Flanderns von allergrößter Bedeutung.

Trotz der weltumspannenden Fäden, die von der Brüsseler Börse aus geknüpft waren, und trotz der Bedeutung Antwerpens als Welthafen war Belgien auch im überseeischen Verkehr durchaus abhängig von fremder Flagge. Im Kriege wurde der »Lloyd royal belge« gegründet, der eine durchaus national-belgische Großreederei darstellen bzw. schaffen sollte. Trotz aller Gegenmaßregeln in den Satzungen scheint aber dieses »national-belgische« Unternehmen stark unter englischen Einfluß geraten zu sein.

Belgiens Bemühungen um die weitere Hebung Antwerpens ermangeln nicht der Spitze gegen Holland. Belgiens Wünsche gegen Holland lassen sich in zwei großen Forderungen zusammenfassen: Oberhoheit über die Schelde und Besitz von Holländisch-Limburg, dem sog. Maastricht-Zipfel. Beide Forderungen hängen mit Belgiens Antwerpenpolitik zusammen und sind vom Standpunkt des aufstrebenden und unternehmungslustigen kleinen Staates, der eben erst die Fessel seiner Neutralität abgeworfen hat, sehr begreiflich, lassen sich jedoch ohne weitgehende Verletzung holländischer Hoheitsrechte nicht verwirklichen, zu deren Aufgabe Holland um so weniger Grund sieht, als dadurch die Entwicklung des schärfsten Konkurrenten Rotterdams gefördert würde.

Einen neuen Zuwachs an Einfluß hat Belgien durch die am 17. Mai 1921 in Brüssel unterzeichnete Zollunion mit Luxemburg gewonnen. Der Vertrag besagt in der Hauptsache folgendes:

Die Zollgrenze zwischen Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg hört auf.

Die Ein-, Aus- und Durchfuhr der Produkte (zwischen Luxemburg und Belgien) ist frei. Zwischen den Ländern der Zollunion besteht volle Handels- und Gewerbefreiheit. Die Staatsangehörigen der beiden Länder können an allen öffentlichen Verdingungen teilnehmen.

Jede Einschränkung oder jede Behinderung wie auch alle Bevorzugungen durch Steuern, Abgaben, Tarife usw. sind ausdrücklich verboten.

Politisch steht Belgien zwischen England und Frankreich, von beiden heiß umworben, da Frankreich die Bedrohung Englands von der belgischen Küste aus beträchtlich vervollständigen kann, England aber Belgien braucht, um im Kriegsfalle von dort aus einen Vorstoß gegen die Standorte der London unmittelbar bedrohenden französischen Ferngeschütze bei Calais zu unternehmen. Seine geographische Lage hat es 1914 nicht zum ersten und nicht zum letzten Male zu einem militärischen Aufmarschgelände gemacht.

c) Italien.

Das alte Königreich Italien umfaßte im Jahre 1918 287000 qkm mit 36,7 Millionen Einwohnern. Hierzu treten an neuen Gebieten:

	qkm	Bevölkerung
Trentino und Südtirol	16197	632344
Julisch-Venetien	7969	938000
Dalmatinische Inseln	950	400000

ferner Teile von Kärnten und Krain. Das italienische Kolonialgebiet setzte sich nach dem Kriege wie folgt zusammen:

	qkm	Bevölkerung Eingebor.	Italiener	Andere	Summe
Libyen	1115000	—	—	—	900000
Erythräa	119000	380000	2500	5000	380000
Südsomalia (Benadir)	189000	300000	300	—	300000
Nordsomalia	168000				
Rhodos	1460	—	—	—	36559

dazu in Vorderasien Zilizien, für das noch keine näheren Angaben vorliegen.

Der Außenhandel Italiens hatte sich ähnlich ungünstig wie der französische entwickelt, indem sich im Jahre 1919 die Warenausfuhr auf 5,2 Milliarden Lire beschränkte, die Wareneinfuhr dagegen 16,5 Milliarden erreichte.

War die italienische Handelsbilanz schon vor dem Kriege regelmäßig stark passiv, so hat sie sich unter den Einwirkungen des Krieges noch wesentlich ungünstiger gestaltet. In früherer Zeit trugen die Ersparnisse der zahlreichen Auswanderer aus Italien, insbesondere der transozeanischen »Sachsengänger« nach Südamerika, daneben auch der im westdeutschen Bergbau tätigen Italiener, und ferner die zahlreichen europäischen Italienreisenden dazu bei, diese ungünstige Handelsbilanz in eine erträgliche Zahlungsbilanz zu verwandeln. Gegenwärtig kann angesichts der gewaltigen Überschüsse der Einfuhrwerte über die Ausfuhrwerte von einem solchen Ausgleich gar keine Rede sein.

Vor dem Kriege waren in der italienischen Handelsstatistik sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr die deutschen Posten die höchsten. Erst in gemessenem Abstand folgten England und die Vereinigten Staaten, danach Frankreich und Österreich-Ungarn. Lebhaft war regelmäßig auch der Handelsverkehr Italiens mit Argentinien, einem Lande, mit dem Italien durch eine besonders große Zahl von Auswanderern bzw. transozeanischen Sachsengängern verbunden war. Italien deckte nicht nur einen beträchtlichen Teil seines Bedarfs an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Argentinien, sondern verzeichnete im Verkehr mit diesem Lande im Gegensatz zu seiner fast durchweg passiven Handelsbilanz auch Ausfuhrziffern, die über die Einfuhrziffern hinausragten. Jetzt ist wegen der großen Valutadifferenz und wegen der verringerten Leistungsfähigkeit der Industrie Italiens auch im Verkehr mit Argentinien eine große Unterbilanz zu verzeichnen. Unter den Lieferanten Italiens war Argentinien 1920 vom neunten auf den dritten Platz gerückt. Der Handel mit Deutschland beschränkte sich noch auf Ziffern, die trotz der gewaltigen Steigerung aller Warenwerte nur verhältnismäßig wenig über die Vorkriegszeit hinausgehen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Italiens leidet schwer unter Kohlenmangel. Vor dem Kriege hatten verschiedene Zweige der italienischen Metall- und Maschinenindustrie einen ansehnlichen Produktionsstand erreicht. Insbesondere erwies die italienische Automobilindustrie auf

dem Weltmarkt ein respektables Maß von Wettbewerbsfähigkeit. Auch die italienischen Schiffswerften befriedigten nicht nur den eigenen Bedarf, sondern konnten auch für die Ausfuhr produzieren.

Weitaus an der Spitze der italienischen Industrien stand vor dem Kriege die Seiden- und demnächst die Baumwollindustrie. Die Italiener hatten es auf Grund durch lange Generationen entwickelter Übung zu besonderer Fertigkeit in der Bearbeitung der Seidenkokons gebracht und es dadurch ermöglicht, daß Italien den größten Teil der Kokonsproduktion des ganzen nahen Orients zur Verarbeitung an sich zu ziehen vermochte. Hauptabsatzmarkt war für Zwecke der Weiterverarbeitung in seiner großen Modenindustrie Frankreich. Von besonderem Vorteil für Italien war, daß gerade diese Industrie mit ihrer hauptsächlichen Verwendung reiner Fingerfertigkeit einen verhältnismäßig nur sehr geringen Kohlenbedarf aufzuweisen hat. Auch die italienische Baumwollindustrie war vor dem Kriege im raschen Autschwung und beschäftigte bereits gegen 200000 Arbeiter. Die Ausfuhr von Baumwollgeweben und Baumwollgarn stand in der italienischen Gesamtausfuhr an zweiter Stelle und erreichte dem Werte nach annähernd die Hälfte der Seidenausfuhr.

Weitere Ausfuhrartikel waren Früchte, Chemikalien und Drogen, Wein, Hanf und Käse. Während der Getreidebau nicht annähernd den Bedarf des Landes deckte, lieferten Obst- und Weinbau sowie der Olivenbaum reiche Ausfuhrüberschüsse. Aber nur in gewissen Spezialitäten kam italienischer Wein als Fertigerzeugnis unter italienischer Flagge auf den Weltmarkt (Chianti, Marsala, Vermuth, Asti). Sehr bedeutende Teile der süditalienischen Weine erhielten in Frankreich Bordeaux-Etiketts.

Neben der Abhängigkeit von der Getreideeinfuhr war der große Bedarf an englischer Kohle ein empfindlicher Passivposten in der italienischen Volkswirtschaft. Das italienische Eisenbahnnetz ist nur etwa halb so dicht wie das deutsche. Als Rettungsanker betrachtet man den Plan, die wichtigeren Eisenbahnlinien so schnell wie möglich elektrischem Betrieb zuzuführen, unter weitgehender Nutzung der im Lande vorhandenen Wasserkräfte.

Bei aller Eignung für industrielle Betätigung bildet die Landwirtschaft für Italien eine bedeutende Quelle seines nationalen Einkommens. Schon der Umstand, daß in der Vorkriegszeit ein Viertel der Bevölkerung, d. h. 9 Millionen Menschen, in der Landwirtschaft beschäftigt waren, was natürlich bedeutet, daß mindestens 13—14 Millionen von der Landwirtschaft lebten, erweist dies. Wie wichtig die landwirtschaftliche Betätigung für die italienische Volkswirtschaft ist, zeigt ferner der gesamte Wert der italienischen landwirtschaftlichen Produkte, der im Jahre 1913 auf 7 Millionen Goldlire geschätzt wurde und heute, entsprechend der Valutaänderung, mit einem Vielfachen dieser Summe in Rechnung gestellt werden muß.

Ein besonderes Merkmal der italienischen Landwirtschaft ist die sog. gemischte Kultur, bei der Kraut- und Holzgewächse zu gleicher Zeit gebaut werden. Der zweifellose Vorteil dieser Landbebauung ist die möglichst vielseitige Ausnutzung aller chemischen Bodenkräfte für die Erzeugung

der entsprechenden Produkte. In den Vorkriegsjahren wurde die Erzeugung der Hauptprodukte fortwährend gesteigert, wobei die Notwendigkeit, die Anpflanzungen von den Bodenverhältnissen abhängig zu machen, den Getreideanbau nicht in dem vom Konsum geforderten Ausmaße gestattete. Freilich war diese Unzulänglichkeit durch den Mehrertrag anderer Kulturen, wie z. B. Trauben, Oliven, Kokons und Hanf ausgeglichen.

Außerordentlich wichtig für die Ausfuhr sind die Erträgnisse der holzartigen Gewächse, namentlich die Weinrebe, der Ölbaum, der Maulbeerbaum, Südfrüchte und der Obstbau. Im Rebenbau und in der Weinproduktion hält Italien schon seit langem einen der ersten Plätze in der Reihe der produzierenden Länder:

Weinproduktion.

	Jahresdurchschnitt 1915 bis 1919 (in 1000 hl)
Italien	35628
Frankreich	36903
Spanien	19507
Algerien	6855

Die Südfruchternte beträgt etwa 8 Mill. dz, wovon über die Hälfte auf Zitronen entfallen. Im Zusammenhang damit steht die überragende Stellung Italiens als Erzeugungsland für Zedrat-Derivate (Essenzen und zitronensaurer Kalk), deren italienische Menge neun Zehntel der ganzen Weltproduktion erreicht.

Im Obstbau steht Italien an allererster Stelle, sowohl in bezug auf trockenes Obst (Mandeln, Nüsse, Haselnüsse, Feigen, Pistazien), als auch auf Frischobst. Die während des Krieges zurückgegangene Ausfuhr erholt sich infolge der dem Obstbau zugewandten großen Pflege.

Der Kriegsausgang hat dem italienischen Besitz an Kolonien einen Zuwachs in Vorderasien gebracht. Das bedeutet zunächst eine neue Zersplitterung der italienischen Kräfte und die Schaffung neuer politischer Reibungsflächen, denen ein fraglicher Gewinn gegenübersteht. Freilich handelt es sich bei dem von Italien beanspruchten kleinasiatischen Landstreifen um ein unter Umständen zu sehr anschaulicher Entwicklung fähiges Baumwollgebiet.

Italiens politisches Hauptaugenmerk bleibt auch fernerhin der anderen Seite der Adria zugewandt. Die Gegensätze zu dem neuen Südslawenstaat sind nicht geringer als früher die gegenüber Österreich-Ungarn.

d) Spanien.

Bei 505000 qkm Bodenfläche zählte Spanien im Jahre 1919 20,8 Mill. Einwohner, von denen 19,9 gebürtige Spanier waren. Die Bevölkerungsbewegung war wenig günstig. Sie ergab im Jahre 1918 einen Überschuß der Todesfälle über die Geburten in Höhe von 83000, im Jahre 1919 einen Geburtenüberschuß in Höhe von 103000. 102000 Auswanderern standen im Jahre 1919 85000 Rückwanderer gegenüber. Der Außenhandel hatte sich unter den Nachwirkungen des Krieges günstig entwickelt, er belief

sich im Jahre 1919 auf 1,1 Milliarde Pesetas in der Einfuhr und 1,3 Milliarden in der Ausfuhr.

Über das Spanien noch verbliebene Kolonialreich sind die nachstehenden Angaben zu machen:

	qkm	Bevölkerung	Weiße	Farbige
Rio de Oro	258000	30000	—	—
Golf von Guinea	26633	140000	—	—
Annobom	17	1224	6	1218
Corisco	14	1432	12	1420
Groß-Elobey	2	109	—	109
Klein-Elobey	0,2	222	24	198
Fernando Poo	2100	20542	445	20279
Westliches Guinea:				
Norddistrikt (Bata)	24,5	54	30	24
Süddistrikt (Elobey)		248	6	242
Spanisch-Marokko	28000	404000	—	—
Nordafrika	213	68041	—	—
Alhuremas	—	406	—	—
Chafarinas	—	736	—	—
Melilla	—	39852	—	—
Nador	—	2740	—	—
Pen on de Vélaz de la Gonora	—	400	—	—
Ceuta	—	23907	—	—
	312800	642000	—	—

Der Krieg hat in Spaniens Machtbereich keine Veränderungen mit sich gebracht; doch muß der später stark angefachte Aufstand in Spanisch-Marokko den Kriegsnachwirkungen zugerechnet werden. Er wird geschürt durch das nach der Tangerzone lüsterne Frankreich. Diesen spanisch-französischen Gegensatz sucht England nach dem Muster der napoleonischen Zeit zu nutzen und weiter zu schüren.

Eine hohe wirtschaftliche Bedeutung (besonders auch für Deutschland) verleiht Spanien neben seinem Weinbau vor allen Dingen der Reichtum an wichtigen Erzen.

e) Portugal.

Portugal mit den zu Europa zählenden atlantischen Inseln hatte folgenden Umfang:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Festland	88740	5547708	62
Azoren	2393	242565	101
Madeira	815	169783	208
Inseln	3208	412348	128
Freistaat	91948	5960056	65

Das Land verzeichnete in den letzten Jahren einen Geburtenüberschuß von 55—75000 Köpfen und in den Jahren 1900—1917 insgesamt eine Auswanderung von rd. 660000, die überwiegend nach Brasilien und nach den Vereinigten Staaten ging. Sein Außenhandel war außerordentlich passiv. Seine durch den Krieg nicht veränderten Kolonien hatten folgenden Umfang:

	qkm	Bevölkerung
I. Afrika.		
Kapverdische Inseln	3927	149793
Guinea	36125	289000
S. Thomé und Principe . .	944	58907
Angola	1255775	4120000
Mozambique	760000	3120000
Afrika	2057000	7738000
II. Asien.		
Indien	3807	548500
Macao	10	74866
Timor mit Kambing	19000	377800
Asien	22800	1001600
Kolonien	2080000	8740000

Spanien und Portugal befinden sich als Kolonialmächte im Zustand der Stagnation. Das portugiesische Kolonialgebiet ist zwar noch recht umfangreich, aber mit Ausnahme der Kakaoinseln nur unzulänglich genutzt. Wichtig ist die Verkehrslage Portugiesisch West- und Ostafrikas für den Kongostaat und für Britisch-Zentralafrika, noch mehr die Verkehrslage der portugiesischen Inseln an der afrikanischen Westküste für den großen Durchgangsverkehr zwischen dem Nord- und Südatlantik sowie als Kabelstützpunkt.

Von Portugiesisch Afrika ist im einzelnen zu sagen:

1. Angola. Dieses Hochland mit vorliegender Küstenebene ist trotz seiner Ausdehnung, seiner Fruchtbarkeit, der guten Witterungs- und Bodenverhältnisse und der guten Verbindung, die es wegen seiner geographischen Lage mit dem portugiesischen Mutterlande hat, noch so rückständig, daß es — als Kostgänger des Mutterlandes und der übrigen Kolonien, namentlich der fruchtbaren Insel San Thomé — dauernder Zuschüsse bedarf. Der staatliche Einfluß der Portugiesen ist nur in den Hafenstädten und in einem etwa 30 km breiten Küstenstreifen gefestigt. Das Hinterland ist noch dauernd unruhig.

Das Land ist fast ausschließlich Landwirtschaftsboden. Der Ackerbau der Eingeborenen beschränkt sich auf die Deckung des eigenen Bedarfs. Die Leute bauen Mais, Maniok und Sorgumhirse.

2. Mozambique. In diesem östlichen Festlandsgebiet befinden sich, nach amtlicher Angabe, 30 000 Weiße, aber es sind 20 000 Mischlinge von Portugiesen und Negerinnen dabei mitgezählt. Das Land ist der Hauptsache nach Tiefland und an der Küste keineswegs gesund, so daß die Hafenplätze wegen der dort herrschenden Malaria von den Europäern möglichst gemieden werden. Eine Ausnahme bildet der gute und gesunde Hafen Lourenço Marques, wo sich der Sitz der obersten Verwaltungsbehörde der Provinz befindet. Im übrigen gibt es in Mozambique noch verschiedene Gegenden, wo die Schlafkrankheit herrscht, durch die alle koloniale und kulturelle Arbeit gehemmt wird. Die tüchtigste Bevölkerung wohnt in den nördlichen Gebieten, wo in den Küstenstrichen die mit Arabern und Indern gemischten Suaheli wohnen. Im Binnenlande leben

die ackerbautreibenden Stämme der Makua, Wajao und der Macololo. Sie sind gute Arbeiter im Dienste der europäischen Unternehmungen. Aber die, wie in Angola, auch an der Ostküste mangelhafte Verwaltung und die schlechte Behandlung führt zu Aufständen und Unruhen.

Die Ackerbauerzeugnisse der Eingeborenen sind der Menge nach zu gering zur Ausfuhr. Es werden Erdnüsse, Sesam und Mais angebaut. Dagegen haben für die Ausfuhr die von den Eingeborenen gesammelten Erzeugnisse einige Bedeutung und zwar: Kautschuk, Wachs, Elfenbein und Kopalharz. Auch der Baumwollanbau wird seit einigen Jahren von den Eingeborenen getrieben und von der Cotton-Growing-Association, einer ausschließlich mit englischem Gelde arbeitenden Gesellschaft, in den Handel gebracht.

3. Madeira. Die Insel ist wegen ihrer ausgezeichneten Lage und des wohltätigen Klimas nicht nur als Kurort bekannt, wo Deutschland im Jahre 1902 und 1903 einen mißglückten Versuch machte, ein Sanatorium einzurichten, dessen Anlage durch englische Eifersucht und Besorgnisse hintertrieben wurde, sondern der Handel Madeiras spielt auch eine Rolle durch die Ausfuhr des bekannten Madeiraweins, der vor dem Kriege zu einem nicht geringen Teile auch nach Deutschland ging. Dabei darf nicht vergessen werden, daß von dem im Handel vorkommenden Madeirawein nur $^1/_5$ tatsächlich von der Insel herrührt, $^4/_5$ sind gefälscht. Deutschland hatte auch namhaften Anteil an dem Veredelungsverkehr. Namentlich waren Elberfelder Häuser beteiligt, die feine Leinwand nach Madeira schickten, wo sie mit der bekannten Madeirastickerei versehen und nach Deutschland wieder ausgeführt wurde. Auch auf diesem Gebiete hat der Krieg Nachteile geschaffen, die noch nicht wieder beseitigt sind.

4. Die Kap-Verdeschen Inseln. Von den Häfen dort hat nur San Vicente als Anlegehafen und Kohlenniederlage für die Schifffahrt Bedeutung. Nennenswerter Handel besteht nicht.

5. Guinea. Dieser kleine portugiesische Besitz an der Westküste Afrikas ist wegen seines ungesunden Klimas für europäische Siedelungen ungeeignet.

6. San Thomé und Principe. Von diesen beiden Inseln ist die erstere die größere und für den Handel wesentlich bedeutendere. Seit 20 Jahren hat sich die Ausfuhr San Thomés um 36%, die Einfuhr um 13½% vermehrt. Die Insel ist als bedeutendes Kakaoland zu erwähnen. Sie führte im Jahre 1913 36 000 t aus, die einen Wert von ungefähr 65 Millionen M. hatten. Die Gesamterzeugung an Kakao wurde in dem genannten Jahre für die ganze Welt mit 255 500 t angegeben. Sonach lieferte die kleine Insel San Thomé etwa $^1/_7$ der Kakaoerzeugung auf der ganzen Erde.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf der kleineren Insel Principe. Dort herrscht aber die Stechfliege und verursacht die Schlafkrankheit. Aus diesem Grunde wird der Handel und das Wirtschaftsleben stark beeinträchtigt, so daß die Behörden von der Insel keinerlei Ausfuhrzoll erheben.

Mitsamt seinem Kolonialbesitz hat Portugal sich ganz in die britische Gefolgschaft begeben. Dauernde innere Wirren tragen zur Schwächung des Landes bei, dessen Bevölkerung keiner Mischung mit den Kolonial-

völkern widerstanden hat. Ein Vergleich mit Holland zeigt deutlich, wie entscheidend für die selbständige Behauptung eines kleinen Mutterlandes großer Kolonien größere wirtschaftliche Tatkraft und ausgeprägterer Stammesstolz ins Gewicht fällt. Das durch sein Klima verweichlichte Portugal ist nach diesen Richtungen in wesentlich ungünstigerer Lage als das aus härterem Holz geschnitzte Volk an der Rheinmündung.]

3. Die germanischen Länder.

a) Niederlande.

Von den germanischen Nord- und Ostseeländern ist nur noch den Niederlanden ein namhaftes und reiches Kolonialland verblieben, nachdem Deutschland durch den Frieden von Versailles aus der Reihe der Kolonialmächte ausgeschieden war und Dänemark seinen westindischen Inselbesitz an die Vereinigten Staaten verkauft hatte. Die Niederlande umfassen ohne den Zuidersee 34 000 qkm mit 6,8 Millionen Einwohnern in der Hauptsache niederländischer Nationalität. Der Geburtenüberschuß belief sich in den letzten Jahren auf 52—88 000. Die Auswanderung war verschwindend gering. Der Außenhandel hatte sich zu einer ungünstigen Bilanz entwickelt, betrug doch im Jahre 1919 die Ausfuhr nur 1,7 Milliarden Gulden, die Einfuhr dagegen 3,3 Milliarden. Das niederländische Kolonialreich zeigte folgende Zusammensetzung:

	qkm	Bevölkerung 1917	davon Europäer
Java und Madura	131 508	34 157 383	111 430
Außenbesitzungen (Prov.)	1 765 029	13 046 256	27 415
Sumatras Westküste	40 285	1 288 624	3 532
Benkoelen	24 440	229 845	484
Tapanoeli	42 035	765 238	723
Lampongsche Distrikte	29 365	171 572	458
Palembang	84 692	760 548	1 400
Djambi	49 500	207 265	190
Ostküste von Sumatra	91 890	894 140	6 270
Atschin	53 125	709 841	1 734
Riow	42 400	199 649	419
Banka	11 585	154 178	541
Billiton	4 840	59 481	368
West-Borneo	145 190	573 637	485
Süd- und Ost-Borneo	408 120	940 866	1 963
Celebes	128 475	4 352 048	2 436
Menado	57 335	742 026	1 787
Amboina	57 900	360 934	3 181
Ternate	48 547 }	200 135	477
Neuguinea	388 740 }		
Timor	46 050	1 091 349	653
Bali und Lombok	10 515	1 344 880	214
I. Ostindien 1917	1 896 537	47 203 639	138 845
Gouvern. Curaçao 1918	1 130	57 195	511
» Surinam 1918	129 100	115 009	909
II. Westindien 1918	130 230	162 234	1 420
	2 026 767	47 365 873 265	140

Der reiche niederländische Kolonialbesitz liefert dem Weltmarkt eine Fülle von Produkten wie Gummi, Tabak, Tee, Pfeffer, Kopra, Rohrzucker usf. Ferner werden Steinkohle, Gold und Zinn gewonnen. In raschem Steigen ist die Bedeutung der großen Erdölvorkommen, die 1919 über 2 Millionen t lieferten. Nach den Kriegserfahrungen ist auch in Niederländisch-Indien mit Industrialisierungsbestrebungen eingesetzt worden.

Vor Ausbruch des Krieges war die Industrie in Niederländisch-Indien unbedeutend. Nur etwas Plantagenwirtschaft (Rohrzucker, Rohgummi, Tee, Kina, Kopraprodukte), Petroleumindustrie und Zinnbetrieb auf den Inseln Banka und Billiton kamen für den Weltmarkt in Betracht. Die für Niederländisch-Indien notwendigen Artikel wurden jedoch nur ausnahmsweise dort hergestellt, meistens wurden sie aus Europa bezogen. Die Verschiebungen, die der europäische Krieg im internationalen Handelsverkehr hervorrief, brachten jedoch einen Umschwung mit sich.

Nachdem die Einfuhr europäischer Waren zuerst immer schwieriger, dann ganz unmöglich geworden war, wurden diese nicht allein durch amerikanische und japanische Waren ersetzt, sondern es zeigte sich auch eine gewisse Neigung, in Indien selbst die Produktion derjenigen Waren aufzunehmen, die man vordem aus Europa bezogen hatte.

Während die Löhne in den großen industriellen Ländern andauernd stiegen, blieben sie auf Java verhältnismäßig niedrig, selbst wenn man die nicht sehr hohe Leistungsfähigkeit der inländischen Bevölkerung berücksichtigt. Betrachtet man ferner noch die sehr hohen Transportersparnisse und die Tatsache, daß Niederländisch-Indien reich ist an Rohstoffen für viele Industrien, so kann man sich leicht erklären, daß die örtliche Industrie sich bedeutend gehoben hat, und daß zahlreiche neue Betriebe — sei es auch anfangs nur auf kleiner Grundlage — zustande gekommen sind.

Um so begreiflicher ist es, daß seitens der Regierung das möglichste getan wird, Niederländisch-Indien für Zeiten eventueller Isolierung ganz oder teilweise wenigstens ein Minimum wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu geben und gleichzeitig der inländischen Bevölkerung Javas neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Dieses Ziel zu erreichen, hat die Regierung nicht allein dadurch zu ermöglichen versucht, daß sie kostenlos auf alle mögliche Weise die Errichtung industrieller Unternehmungen unterstützte, sondern auch durch Verleihung von Fabrikationsprämien durch Teilnahme am Anleihekapital, oder an Obligationsanleihen neuer Unternehmungen, wie auch durch Verleihung von Betriebskapital auf Grund von Vorschüssen gegen einen geringen Prozentsatz. Ferner hat die Abteilung Industrie des Landwirtschaftsministeriums in Buitenzorg die Aufgabe, zusammen mit technischen Beamten anderer Departements die Initiative zu ergreifen bei der Einführung neuer Industriezweige.

Die günstige Lage der holländischen Kolonialinseln zum Weltverkehr ist ebensogut ein wirtschaftlicher Vorteil wie eine politische Gefahrenquelle. Bisher hat die Eifersucht der eventuellen Anwärter auf das holländische Erbe die Kolonien geschützt. Auf der Konferenz von Washington,

die über die Erhaltung des status quo im pazifischen Inselbesitz einen Vertrag beschloß, waren die stark interessierten Niederlande nicht vertreten.

Als Durchgangsland für den westdeutschen Handel haben die Niederlande die gleiche Bedeutung wie Belgien. Ihre eigene wirtschaftliche Bedeutung liegt im Gegensatz zu dem industriereichen Belgien vornehmlich in der außerordentlich hoch entwickelten Land- und Gartenwirtschaft und Viehzucht.

b) Dänemark.

Auch nach Abstoßung des Restes seiner Kolonien fehlt es Dänemark nicht an überseeischen Gebieten, da es noch über Island und Grönland verfügt. Mit diesen beiden Ländern wies es nach dem Anfall »Südjütlands« folgenden Umfang auf:

	qkm	Bevölkerung
Stadt Kopenhagen mit Frederiksberg . .	78	605 772
Inselämter	13 291	1 061 781
Jütland	25 664	1 253 809
Südjütland	3 984	160 090
Färöer	1 399	19 617
Dänemark	44 416	3 101 069
Island (bewohnbar nur 42 068 qkm) . . .	104 785	85 183
Grönland (gletscherloses Gebiet)	88 100	13 459
Nebenländer	192 885	98 642

Das eigentliche Dänemark hatte einen jährlichen Geburtenüberschuß von 29—38 000 Köpfen und eine nur unbedeutende Auswanderung. Der Außenhandel war 1919 stark passiv, da einer Einfuhr von 2,5 Milliarden Kronen eine Ausfuhr von nur 0,9 gegenüberstand. Sein Wohlstand gründet sich vornehmlich auf die Erzeugnisse seiner Viehzucht.

Wenn Dänemark im Kriege auch die Neutralität gewahrt, so hat es sich schließlich doch ihr durch das Friedensdiktat von Versailles in den Schoß geworfenes deutsches Gebiet angeeignet. Immerhin war dieses Gebiet das einzige, in dem die Abstimmung auf Grund des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« tatsächlich eine Mehrheit für das annektierende Land ergab.

Die zeitweilige Kaltstellung der deutschen Häfen und Vernichtung der deutschen Handelsflotte hat Dänemark gesteigerten Vorteil aus seiner Verbindungsstellung zwischen Ost- und Nordseehandel ziehen lassen.

c) Norwegen.

Trotzdem Norwegen in ganz hervorragendem Maße auf die See angewiesen ist und einen sehr großen Seeverkehr entwickelt hat, finden wir es nicht unter den Kolonialreichen. Es beschränkt sich auf seinen eigenen Besitz von 324 000 qkm mit 2,7 Millionen Einwohnern. Erst ganz neuerdings ist dazu Außenbesitz hinzugetreten, nämlich Spitzbergen mit 39 000 qkm und etwa 1000 Bewohnern und die 370 qkm umfassende Insel Jan Mayen im Nördlichen Eismeer. Bis dahin war Spitzbergen herrenlos gewesen und hie und da von Engländern, Holländern und Dänen

für ihre Herrschaft reklamiert worden. Die Friedenskonferenz hat sich schließlich auf die Zuteilung Spitzbergens an Norwegen geeinigt.

Norwegen selbst hat einen Geburtenüberschuß von 20—30 000 Köpfen, von dem einige Tausend jährlich durch Auswanderung in Abzug kommen. Der Außenhandel belief sich im Jahre 1918 auf 0,8 Milliarden Kronen in der Ausfuhr und 1,3 Milliarden in der Einfuhr.

Die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeute Spitzbergens, das über reiche Kohlenlager verfügt, ist in den letzten Jahrzehnten von vielen Seiten aus untersucht worden, u. a. auch durch Fridtjof Nansen. Diesem Gelehrten war vor allem daran gelegen, die ozeanischen und Eisverhältnisse festzustellen, über die man sich Klarheit verschaffen mußte, ehe man daran denken konnte, sich an die Hebung der auf Spitzbergen vorhandenen Mineralschätze zu machen. Nansen gibt ein Bild von den Vor- und Nachteilen der Ausbeutung der Steinkohlenlager in diesen arktischen Bezirken in Verbindung mit den dort vorhandenen niedrigen atmosphärischen und klimatischen Verhältnissen. Als Vorteile bezeichnet er das geringe Vorhandensein von Grubenwasser, wobei allerdings zu bedenken ist, daß man bei größeren Tiefen unter das Niveau der Ozeangewässer kommen wird, die geringe Gefahr schlagender Wetter und die längere Lebensdauer der Grubenhölzer. Unter den Nachteilen für eine regelmäßige Förderung führt er an: höhere Kosten des Arbeitspersonals, da in jenem harten Klima bedeutend höhere Löhne gezahlt werden müßten und weil dessen Unterbringung in eigens zu errichtenden, dem Klima angepaßten Wohnhäusern eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Die größte und schwerwiegendste Frage aber bleibt für Nansen die Möglichkeit der Verschiffung der geförderten Steinkohlen. Nimmt man die Zeit, in der die Möglichkeit für eine Verschiffung besteht, mit durchschnittlich 100 Tagen an, so muß eine Gesellschaft, die 300 000 t jährlich fördert, täglich durchschnittlich 3000 t verladen können. In den meisten Fällen aber wird eine höhere tägliche Verfrachtung erfolgen müssen, wenn ihr eine Produktion in der genannten Höhe zugrunde gelegt werden soll. Ausschlaggebend allein sind hierbei die Eisverhältnisse. Es ist ferner zu bedenken, daß ein gut Teil Steinkohlenflötze sich an Orten befindet, die für Schiffe nur unter schwierigen Verhältnissen zu erreichen sind, da die Fahrrinnen während eines großen Teiles des Sommers, manchmal selbst den ganzen Sommer hindurch, durch das Eis verschlossen bleiben. Schienen dorthin zu legen, ist ein ebenso schwieriges Unterfangen, da der Erdboden ewig gefroren bleibt und der Untergrund noch dazu vielfach aus Flugsand besteht. Es müßten auch die zahlreich vorhandenen Gletscher für Eisenbahnzwecke erst tunnelliert werden.

Norwegen selbst, das Land der Schiffer und Fischer, hat bei offizieller Neutralität politisch eine starke Hinneigung zu England erwiesen. Auch in dieser Hinsicht steht es im Gegensatz zu dem benachbarten Brudervolk, von dem es sich seinerzeit staatspolitisch getrennt hat. Die Interessen beider gehen auseinander, da Norwegen durchaus über die Nordsee, Schweden durchaus auf die Ostsee blickt.

d) Schweden.

Schweden umfaßt 448 000 qkm mit einer Bevölkerung von 5,8 Millionen Köpfen. Der jährliche Geburtenüberschuß schwankte zwischen 14 und 44 000. Ein- und Auswanderung hielten sich ungefähr die Wage. Der Außenhandel zeigte eine nicht ungünstige Entwicklung. Im Jahre 1918 blieb die Ausfuhr von 1,2 Milliarden Kronen nicht weit hinter der Einfuhr von 1,3 Milliarden zurück.

Die weltwirtschaftliche Bedeutung des weltpolitisch ganz passiv gewordenen Schweden liegt neben seinen Reichtümern an Eisenerzen in seinen Waldungen bzw. in seiner Forstkultur. Es ist bemerkenswert, in dieser Beziehung einen Vergleich zwischen Schweden und Nordamerika zu ziehen, um zu erkennen, wie auch bezüglich der Holzproduktion die richtige wirtschaftliche Nutzung geographischer Gegebenheiten von Vorteil ist.

Der größte Teil des Nutzholzes, das bisher Gegenstand des zwischenstaatlichen Warenaustausches gewesen ist, bestand aus Nadelholz. Bei der Abschätzung der greifbaren Vorräte an Nadelhölzern muß man sich vergegenwärtigen, daß die Welt sich gegenwärtig in einer Übergangsperiode zwischen der Zeit der ursprünglichen Waldbestände, die bis zum Anfang der großen industriellen Entwicklung in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch unberührt dastanden, dann aber gründlich abgeholzt wurden, und der ersten Nachwuchsperiode befindet. Erst nach einem halben bis dreiviertel Jahrhundert werden sich die Verhältnisse wieder günstiger als gegenwärtig stellen. Schweden hat in bezug auf Pflege seiner Wälder einen großen Vorsprung vor allen anderen in Betracht kommenden Ländern und ist in dieser Beziehung mindestens ein bis zwei Jahrzehnte vor seinem vornehmsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Nordamerika, voraus. Der amerikanische Kontinent wird auf beiden Seiten von einem großen Waldgebiet flankiert, wobei das östliche Waldgebiet zu den größten der Erde zählt. Dort wurden früher außerordentliche Mengen an Hölzern wie White Pine usw. gewonnen, ohne daß man daran dachte, für einen entsprechenden Nachwuchs zu sorgen. Die Amerikaner haben schließlich auf andere, bisher verachtete Holzsorten zurückgreifen müssen, und die Hoch- und Nadelwälder nördlich des St. Lorenzflusses, die die Grundlage der gesamten amerikanischen Holzmasseindustrie bilden, werden nun vielfach als unerschöpfliche Holzvorräte hingestellt. Wenngleich die genannten Waldgebiete eine riesige Ausdehnung haben, ist aber der Holzertrag von Hektar gering, weshalb die Produktionskosten für amerikanische Holzmasse in stetem Steigen begriffen sind. Der Grund, weshalb die Wälder hier so geringen Ertrag liefern, muß nach schwedischer Ansicht nicht zum mindesten in den Waldbränden, die hier einen außerordentlichen Umfang annehmen, gesucht werden. Die kanadischen Flüsse eignen sich auch nicht für das Flößen der Hölzer, wodurch wiederum der kanadischen Industrie große Transportkosten entstehen. Nach Eröffnung des Panamakanals konnte diese Industrie auch auf den südamerikanischen Märkten eindringen und dort in eine scharfe Konkurrenz mit den schwedischen Erzeugnissen treten. Für den Augenblick hat die schwedische Holz-

industrie das größte Interesse für die amerikanische Pazifikküste, denn dort begegnet sie ihrem gefährlichsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Die Verhältnisse in den Waldgebieten Japans, Chinas, Indiens und Sibiriens lassen die Annahme zu, daß von dort innerhalb absehbarer Zeit keine ernste Konkurrenz zu erwarten ist, und auch in den vor dem Kriege in starkem Maße holzexportierenden Ländern Österreich und Rußland liegt die Holzindustrie für längere Zeit danieder.

Die politischen Interessen verwiesen Schweden gemäß seiner Lage auf die Ostsee. Wichtig ist ihm vornehmlich die Freiheit des benachbarten Finnland von bedrohlicher russischer Herrschaft.

e) Schweiz.

Wenn wir Belgien gemäß der Gesinnung seiner führenden Schichten und der Richtung seiner Außenpolitik trotz der durchaus gemischten Zusammensetzung seiner Bevölkerung der romanischen Gruppe einreihten, so können wir die Schweiz unbedenklich den germanischen Ländern anfügen, waren von ihren 3,8 Millionen Einwohnern auf 41 000 qkm doch 2,6 Millionen deutschsprachig. Französisch sprechen weniger als 800 000, italienisch rd. 300 000.

Auch die Schweiz hat im Jahre 1918 erstmals einen kleinen Überschuß der Todesfälle über die Geburten zu verzeichnen. Bis dahin hatte der Geburtenüberschuß 20—30 000 Köpfe im Jahr betragen, wovon 2—3000 durch Auswanderung in Abzug kamen. Die Entwicklung des Außenhandels war nicht ungünstig. Im Jahre 1919 standen 3,3 Milliarden Frs. Ausfuhr neben 3,5 Milliarden Frs. Einfuhr. Dazu ist freilich folgender Tatbestand zu bedenken: Vor dem Krieg bedeutete die Passivität der Handelsbilanz eine normale Erscheinung, die angesichts der anderweitigen Zusammensetzung der Schweizer Zahlungsbilanz weitere Erörterungen überflüssig machte. Seit Kriegsausbruch haben sich die Verhältnisse aber gewaltig verändert, indem hauptsächlich Aktivposten der Zahlungsbilanz Rückgänge erfuhren. Die Schweizer Volkswirtschaft konnte vor dem Krieg jährlich sichere Einkommen feststellen, die sich aus dem Fremdenverkehr und der Hotelindustrie ergaben; sodann trugen die Bestände an ausländischen Wertschriften und die Beteiligungen an Unternehmungen im Auslande umfangreiche Summen ein. Die Umwälzung in der Weltwirtschaft und die Valutaverhältnisse riefen hier große Veränderungen im Sinne weitgehender Rückgänge dieser nationalen Einnahmequellen hervor.

Die Zahl der ausländischen Besucher der Schweiz stellte sich vor dem Kriege jährlich auf ca. 500000 Personen, von denen ca. 300 Millionen Franken vereinnahmt wurden. Die pekuniäre Lage der Hotelindustrie läßt auf die Ausfälle von dieser Seite schließen. Als kennzeichnend in dieser Richtung dürfen auch die Jahresergebnisse der schweizerischen Bergbahnen herausgegriffen werden, deren Rentabilität direkt vom Zufluß des Fremdenstromes abhängt. Verzeichneten diese typischen Fremdenverkehrsbahnen im Jahre 1913 noch eine Einnahme von 11,3 Millionen, so sank diese Ziffer 1918 auf 2,7 Millionen.

In reichlichem Maße hat die Schweiz im Kriege den Nachteil ihrer geographischen Lage fühlen müssen, der sie nur durch kriegführende Länder hindurch für die Außenwelt erreichbar machte.

4. Die osteuropäische Neubauzone.

Der Krieg hat eine Reihe von Folgeerscheinungen gezeitigt, die gleichmäßig darauf hinzuweisen geeignet erscheinen, daß Festlandeuropa in beträchtlich stärkerem Maße als zuvor auf die wirtschaftlichen Verbindungen seiner einzelnen Glieder untereinander bedacht sein müßte. Vor allen Dingen leiden die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas gemeinsam unter den wirtschaftlichen Erscheinungen, die ihre Stellung im großen Welthandel schwächen und sie auf engeres Zusammenrücken im Europahandel hinweisen. Es fehlt ihnen durchweg an eigenem Frachtraum für den transozeanischen Verkehr, sie sind in dieser Beziehung mehr oder weniger auf teuren Abfall von dem Schiffsraum der heutigen Seegewaltigen angewiesen. Ihre Valuta steht durchweg gegenüber den überseeischen Ländern derartig ungünstig, daß sie jeden Einkauf von dort außerordentlich teuer bezahlen müssen und, da sie nur in sehr beschränktem Maße drüben Absatzgelegenheit finden, ihre Handelsbilanz im überseeischen Verkehr zu einer ungemein nachteiligen werden sehen.

Vor allen Dingen droht Europa eine ständig zunehmende schwere Verschuldung gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Bei tatkräftigem Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft wären die europäischen Länder mit großer Geldentwertung, die durch dieses gemeinsame Leiden zusammengeführt sind, in beträchtlichem Umfange befähigt, einander wechselseitig auszuhelfen und Abhängigkeiten von ihnen heute praktisch so schwer erreichbaren fernen Märkten wesentlich zu verringern. Der alte Reichtum des Ostens an Nahrungs- und Futtermitteln, an Holz, Fellen und mancherlei Erzen, der europäische Südosten und die sich ihm anschließenden Gebiete Vorder- und Mittelasiens mit ihren weitgehenden Möglichkeiten der Gewinnung von Textilrohstoffen aller Art, mit ausgedehnten Erdölgebieten und bestem Tabakland, seine Maisfelder und seine Schweinezucht, alle diese Quellen der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung könnten nicht nur in erweitertem Maße nutzbar gemacht werden für den Bedarf der mitteleuropäischen Industriegebiete, sondern würden auch diesen ihrerseits einen beträchtlichen Absatzmarkt zu bieten vermögen. Reiche Wechselbeziehungen hinüber und herüber könnten sich entwickeln, da die Produktionssteigerung in allen diesen Ländern einerseits abhängig ist von der Belieferung mit landwirtschaftlichen und verarbeitenden Maschinen und modernen Transportmitteln, anderseits Schritt für Schritt ihre allgemeine Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit für Industrieerzeugnisse jeder sonstigen Art zu steigern verspräche. Die schwerste Hemmung erfährt dieses wechselseitige Ineinandergreifen der festlandeuropäischen Volkswirtschaften durch die völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens in dem größten und wichtigsten Gebiet, in Rußland.

Zwischen dem Gebiet der Weichsel und dem des Amur sind die politischen Dinge noch vollkommen in Fluß. Der Krieg oder die Kriege sind durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk und seine Nachfolger keineswegs beendet worden. Die Absteckung der Grenzen kann an vielen Stellen noch als keine endgültige betrachtet werden. Die politischen Zusammenhänge der einzelnen Staatengebilde sind noch höchst unklar und schwankend, und es wird sicherlich noch geraume Zeit währen, bis für alle Teile Osteuropas und jener Landgebiete Nordrußlands, die unter dem alten Zarenreich mit ihm zusammenhingen, zuverlässige und erschöpfende statistische Angaben gemacht werden können. Die staatlichen Umwälzungen durch den Krieg und die Kriegsfolgen waren hier am durchgreifendsten, sind aber wohl mit Bezug auf die wenigsten Staatengebilde, die dort entstanden sind, gegenwärtig schon als einigermaßen abgeschlossen zu betrachten. Alle nachfolgenden Angaben können also nach Lage der Dinge zurzeit nur unter dem Vorbehalt einer sehr geringen Zuverlässigkeit und einer leichten Veränderlichkeit gemacht werden.

a) Rußland und die nördlichen Randstaaten.

Seit dem 15. November 1917 ist das russische Kernland als russische sozialistische föderative

Sowjet-Republik (R. S. F. S. R.)

konstituiert. Verschiedene Teile des alten Zarenreichs haben sich von Rußland losgelöst, und die Räteregierung hat verschiedentlich auch die Unabhängigkeit der neuen Staatswesen anerkannt, insbesondere mit Bezug auf Finnland und Polen, die baltischen Randstaaten, die Ukraine, Georgien, Asserbeidshan und Armenien. Höchst undurchsichtig liegen die derzeitigen politischen Verhältnisse im ehemaligen russischen Asien, wo sich gleichfalls eine Reihe neuer Republiken von schwankendem Bestande und schwankender Ausdehnung konstituiert hat. Wir müssen uns darauf beschränken, die Hauptbestandteile des ehemaligen Rußland nach seinem Umfang in der Vorkriegszeit aufzureihen und anschließend diejenigen von der Sowjetregierung selbst anerkannten, zurzeit selbständigen Staatengebilde auf europäischem und transkaukasischem Gebiet, über die sich wenigstens ungefähre Angaben machen lassen. Eine detaillierte Angabe der einzelnen Gouvernements des früheren Rußland wird die Möglichkeit geben, bei künftigen weiteren Grenzveränderungen resp. Grenzentscheidungen die nötigen Berichtigungen bezüglich des Umfangs der einzelnen neuen Staatengebilde vorzunehmen. Das Zarenreich hatte vor dem Kriege folgende Zusammensetzung:

Europäisches Rußland.

Gouvernements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Archangel	858 930	449 400	0,5
Astrachan	236 531	1 262 000	5
Bessarabien	45 632	2 490 200	54
Charkow	54 495	3 288 500	60
Chersson	71 284	3 495 600	48
Donisch. Gebiet	164 607	3 591 900	21
Estland	20 248	471 400	23

Gouvernements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Grodno	38669	1974400	51
Jaroslaw	35613	1228900	34
Jekaterinoslaw	63395	3138200	48
Kaluga	30929	1412900	45
Kasan	63716	2749200	43
Kiew	50999	4604200	89
Kostroma	84149	1723700	20
Kowno	40641	1796700	44
Kurland	27286	749100	27
Kursk	46456	3074700	65
Livland	47030	1466900	31
Minsk	91408	2868300	31
Mohilew	48047	2261500	46
Moskau	33304	3257200	97
Nishegorod	51274	2017000	39
Nowgorod	122339	1642200	13
Olonez	148764	448700	3
Orel	46727	2629000	55
Orenburg	191179	2093200	11
Pensa	38841	1829700	46
Perm	332061	3792800	11
Podolien	42018	3812000	89
Poltawa	49896	3626300	72
Pskow	44209	1373300	31
Rjäsan	42099	2510200	57
Ssamara	151047	3600900	24
St. Petersburg	53768	2903000	54
Ssaratow	84494	3125400	37
Ssimbirsk	49495	1961500	39
Smolensk	56043	1988700	35
Tambow	66588	3442700	51
Taurien	63447	1921000	30
Tschernigow	52402	3031100	57
Tula	30960	1801800	58
Twer	65331	2213800	33
Ufa	122018	2942900	24
Wjatka	153658	3806800	24
Wilna	42530	1957000	45
Witebsk	41567	1850700	40
Wladimir	48857	1918200	39
Wolhynien	71853	3920400	54
Wologda	402733	1651200	4
Woronesh	65895	3421000	51
	4889060	120588000	24

Polen.

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Kalisz	11374	1183800	104
Kielce	10093	973200	96
Lomza	10561	688500	65
Lublin	16838	1556000	90
Piotrkow	12249	1981300	162

Gouvernements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Plozk	9446	739900	74
Radom	12352	1112200	88
Siedlce	14335	1003400	69
Suwalki	12551	681300	53
Warschau	17520	2547700	142
	127319	12467300	98
Kaukasus.			
Baku	39007	1033700	26
Batum	6976	166300	24
Dagestan	29709	689300	23
Eriwan	27777	971200	34
Jelissawetpol	44005	1021900	23
Kars	18749	377200	20
Kuban	94904	2731100	28
Sakataly	3986	95100	23
Schwarzes Meer-Gebiet	8339	135000	15
Stawropol	54310	1273400	23
Suchum	6590	136500	20
Terek	72913	1214700	16
Tiflis	40860	1183300	29
	469220	12037200	25
Zentralasien.			
Akmolinsk	565820	1064000	1,8
Fergana	142790	2069000	14
Samarkand	87560	1183600	13
Semipalatinsk	511950	848900	1,6
Semiretschenski	381530	1210100	3,1
Ssyr-Darja	489240	1874100	3,8
Transkaspische Provinz	598090	451300	0,8
Turgai	455750	624000	1,4
Uralsk	255800	782300	3,0
	3488530	10107300	2,8
Sibirien.			
Amurprovinz	447750	230200	0,5
Irkutsk	894900	696200	0,8
Jakutsk	3791410	322600	0,1
Jenisseisk	2614260	961600	0,3
Kamtschatka	1257110	37300	0,03
Küstenprovinz	547330	533100	1,0
Nordsachalin	37990	14100	0,4
Tobolsk	1327310	1842400	1,4
Tomsk	862530	3228300	3,7
Transbaikalien	613280	853400	1,4
	12393870	8719200	0,7

Ein im Jahre 1920 erstatteter Tätigkeitsbericht der Wissenschaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats der Räterepublik hat selbst eingeräumt, daß er über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Grundlagen Räterußlands in keiner Weise abschließende und zuverlässige

Angaben zu machen in der Lage ist. Die Republik ist in 22 Bezirke eingeteilt worden, deren Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse gegenwärtig untersucht werden. Geplant ist hierüber eine Veröffentlichung im Umfange von nicht weniger als 500 Druckbogen. Die begonnenen Arbeiten dürften durch die beispiellose russische Völkerwanderung und das furchtbare Sterben im Hungersommer 1921 eine sehr wesentliche Beeinträchtigung aller sicheren Grundlagen und eine starke Verzögerung erlitten haben.

Im April 1919 konnte man außer Sowjetrußland die folgenden 20 Republiken auf dem Boden des ehemaligen Zarenreichs aufzählen: 1. Finnland, 2. Ukraine, 3. Polen, 4. Litauen, 5. Kurland, 6. Livland, 7. Esthland, 8. Nordrußland (Archangelsk), 9. Murmangebiet, 10. Sibirien, 11. Donrepublik, 12. Tartarisch-baskirische Republik, 13. Weißrußland, 14. Turkestan, 15. Kubanrepublik, 16. Georgien, 17. Taurische Republik, 18. Jakutsk, 19. Terck, 20. Ostkarelien.

Das Bild hat dann allerlei Abänderungen erfahren und ist von endgültigen Formen offenbar noch recht weit entfernt, besonders in Asien, aber auch im südlichen und südöstlichen, sowie im nördlichen Teil des europäischen Rußland. Vorläufig geklärt scheinen — soweit davon bei der schwankenden Gestalt der Sowjetregierung selbst die Rede sein kann — die politischen Verhältnisse mit Bezug auf die

Ukraine.

Die Ukraine, die vor der russischen Revolution 1917 einen Teil des russischen Kaiserreiches bildete, ist nach längerem Widerstreben von der russischen Sowjetregierung als selbständige Republik anerkannt worden, steht aber (1921) mit Sowjetrußland in einem engen föderativen Bündnis, das hauptsächlich darin zum Ausdruck kommt, daß die Organe der Volkswirtschaft von einem gemeinsamen Zentralausschuß für die ganze Föderation geleitet werden. Die fruchtbare Ukraine war früher eine Vorratskammer nicht nur für Rußland allein, sondern lieferte auch beträchtliche Mengen an Getreide ins Ausland.

Nach der Übernahme der politischen Macht in der Ukraine durch die Sowjetorgane wurde der Boden nationalisiert und unter die Bauern verteilt. Diese Verteilung wurde aber derart chaotisch vorgenommen, daß sie fast in jedem Kreis, in jedem Dorf im Verhältnis zu der Kopfzahl jeder Familie verschieden ist. Die Überschüsse an Landwirtschaftsprodukten sollen von den Bauern an die Behörde freiwillig abgeliefert werden, zur weiteren Verteilung im Lande. Die Bauern geben aber ihre Produkte nicht freiwillig, sondern werden dazu nur durch die Requisitionen der Sowjetbehörden gezwungen. Die Bauern würden gegen die Bolschewisten an und für sich nicht auftreten, weil sie zu große Angst vor jeder anderen Regierung haben, die ihnen eventuell den Boden abnehmen könnte. Die Bauern treiben ihre eigene, auf die Bedürfnisse ihrer Wirtschaft zugeschnittene Politik und kümmern sich nicht um die allgemeine russische Volkswirtschaft.

Vor dem Krieg waren in der Ukraine hauptsächlich die Zuckerindustrie und der Kohlenbergbau entwickelt. Unter dem Sowjetsystem hat sich die Lage der ukrainischen Industrie sehr ver-

schlechtert. Im Kohlenbergbau ist ein fast völliger Stillstand eingetreten, zu dem in erster Linie der Mangel an gelernten Arbeitern und der außerordentlich schlechte Zustand der Gruben beiträgt. Empfindlichst beeinträchtigt wurde die Produktion durch die völlige Zerrüttung des Verkehrswesens.

Rußland, das auch in diesem fruchtbaren Süden 1921 teilweise einer Hungersnot von furchtbaren Dimensionen ausgesetzt war, ist aus der Weltversorgung mit agrarischer Überschußproduktion einstweilen ausgeschieden. Nach Wiederherstellung geordneter staatlicher Zustände wird es zunächst auch noch für eine längere Übergangsperiode der Wiederherstellung des Verkehrswesens, der Versorgung mit Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln und der Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Industrie bedürfen — zunächst, um wenigstens die Bedürfnisse des eigenen Landes einschließlich des weniger ertragfähigen Nordens und der Großstädte zu befriedigen. Ob es darüber hinaus in naher Zeit wieder namhafter Überschußproduzent für den Weltmarkt werden kann, muß als durchaus fraglich bezeichnet werden. Die Überschußproduktion entstammte der alten Agrarverfassung mit ausgedehntem Großgrundbesitz und äußerster Bedürfnislosigkeit der Landarbeiter und Bauern, welch letzteren durch den Steuerdruck die Getreideablieferung auferlegt war. Der Fortfall des Großgrundbesitzes einerseits, der Regierungsautorität gegenüber dem Bauern anderseits hat die Voraussetzungen der Überschußproduktion hinfällig gemacht. Es erscheint somit durchaus ungewiß, ob und wann die Belieferung des Weltmarktes mit Agrarprodukten aus den russischen Gefilden wieder in altem Maße einsetzen wird. Auch hier handelt es sich eben keineswegs allein um die Ertragsmöglichkeiten des Landes, sondern um »Land und Leute.«

Sicherer erscheint, daß große ausländische Konzessionäre sich in stärkerem Maße als vordem die übrigen Bodenschätze Rußlands nutzbar machen werden: Die großen Forsten und die Mineralschätze. Wo fremdes Geldkapital vom Kapital der russischen Bodenschätze zu zehren in der Lage ist, wie in den Forsten und Bergwerken, da stellt die Konzessionswirtschaft, der Rußland in seiner finanziellen Not verfallen muß, eine starke Belieferung des Weltmarktes, wahrscheinlich mehr oder weniger im Wege des Raubbaus, in Aussicht, sobald die Ruhe und Ordnung, die Sicherheit des Privateigentums und die Verfrachtungsmöglichkeit wiederhergestellt sein werden. Wo es aber gilt, dem Boden seine Zinsen abzugewinnen, da dürfte vermutlich sehr viel langsamer eine namhafte Überschußwirtschaft für den Weltmarkt einsetzen.

Nachdem die Mächte sich lange Zeit gesträubt, Sowjetrußland anzuerkennen, sind sie ohne diese offizielle Anerkennung der Reihe nach mit Moskau in wirtschaftliche Unterhandlungen getreten. Am bemerkenswertesten war bei diesem Vorgehen der neue englisch-französische Wettbewerb auch auf diesem Gebiet. Jedes der beiden Länder wollte einen Hauptanteil Deutschlands am Wiederaufbau Rußlands verhindern. Deutschland sollte in Rußland für England bzw. für Frankreich die Arbeit leisten, aber England wie Frankreich wollte jeder für sich die Kontrolle und den Profit

behalten. Die Stellung zu Rußland verquickte sich dabei mit der Orientpolitik beider Länder, da England suchen mußte, Rußland an weiterer bolschewistischer Bearbeitung West- und Südasiens zu behindern, Frankreich im Gegenteil Rußland zur Bedrohung der englischen Stellung in Asien bzw. im Bereich des Islam zu benutzen suchte.

Da Rußland Anfang 1922 noch ein Heer von etwa 2 Millionen Köpfen unterhielt, war es trotz seines furchtbaren wirtschaftlichen Verfalls auch in militärischer Beziehung noch eine gewichtige Macht.

Unter den schon im alten Rußland als Randstaaten bezeichneten Gebieten, die ursprünglich einen mehr oder weniger großen Grad von Selbständigkeit besessen hatten, war

Finnland

dasjenige, das den Anspruch auf Selbständigkeit in der früheren Geschichtsepoche am längsten hatte behaupten können, zumal es ethnographisch Rußland am fremdesten war. Seit dem 17. Juli 1919 hat Finnland eine eigene Verfassung als Republik. Über Umfang und Bevölkerung lassen sich die folgenden Angaben machen:

Departements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Nyland (Uusimaa)	12187	425287	37,3
Abo-Björneborg (Turku-Pori)	22874	490373	22,6
Aland (Ahvenanmaa)	1442	27300	19,1
Tawastehus (Häme)	20983	356845	20,4
Viborg (Viipuri)	43229	565771	18,0
St. Michel (Mikkeli)	23314	203506	12,2
Kuopio	44067	352954	9,8
Vasa (Vaasa)	41359	543690	14,2
Uleaborg (Oulu)	167971	366088	2,3
Zusammen	377426	3331814	10,0

Von der Gesamtbevölkerung waren nach der Zählung von 1910 2,6 Millionen Finnen und 0,3 Millionen Schweden, daneben einige tausend Russen, Deutsche und Lappen. Der Außenhandel Finnlands belief sich im Jahre 1919 auf annähernd 2 Millionen finnische Goldmark Ausfuhr und 2,5 Millionen Mark Einfuhr.

Als Rußland sich daran machte, die letzten Vorbereitungen für den Weltkrieg zu treffen, raubte es Finnland die letzten Reste seiner Rechte und zugleich jedes erdenkliche Mittel, das irgendwie benutzbar hätte scheinen können, um von dem in den Krieg verwickelten Rußland einige finnische Rechte mit Gewalt wiederzuerlangen.

Vielfach ist darauf hingewiesen worden, daß die wirtschaftlichen Reichtümer Rußlands und seine wertvollsten Hilfsquellen nicht dem eigentlichen Kernlande entstammen, sondern den Randländern mit fremdstämmiger Bevölkerung. Das gilt, wie für andere Randländer des Riesenreiches, so auch für Finnland. Zwar ist das Land der tausend Seen nicht mit solchen Bodenschätzen bedacht wie manches andere der russischen Randländer; aber es spielte im russischen Wirtschaftsleben und in den russischen Weltwirtschaftsbeziehungen doch eine keineswegs zu unterschätzende Rolle.

Das wird recht deutlich erkennbar aus der Tatsache, daß die Handelsflotte Finnlands an Schiffszahl der gesamten Handelsflotte Rußlands nur wenig nachstand. An Tonnengehalt freilich war die gesamte russische Handelsflotte der finnländischen um einige 350000 t überlegen; doch hatte speziell im Ostseehandel die Flotte Finnlands weitaus die Oberhand vor der eigentlich russischen Flotte; denn diese blieb in der Ostsee unter 200000 t, als die Handelsflotte Finnlands nahe an 400000 t heranreichte.

An Fläche ist Finnland nicht nur Dänemark, sondern auch Italien und den vereinigten Königreichen von Großbritannien und Irland beträchtlich überlegen; infolge des außerordentlichen Seenreichtums und der geographischen Breitenlage ist jedoch nur ein Teil des Landes für dichtere Besiedelung geeignet. Immerhin übertrifft die Gesamtbevölkerung mit 3,3 Millionen diejenige Norwegens und Dänemarks.

Deutschland war dasjenige Land, das auch wirtschaftlich Finnland am meisten versorgte, was den Russen ein Dorn im Auge war: Von 470 Millionen M. Gesamteinfuhr Finnlands lieferte Deutschland im Jahre 1912 für fast 190 Millionen, Rußland nur 130 Millionen. In der Ausfuhr Finnlands stand Deutschland dagegen mit 48 Millionen erst an dritter Stelle hinter den 98 Millionen, die nach Rußland, und den 87 Millionen, die nach Großbritannien gingen. Haupteinfuhrartikel waren Getreide, Maschinen, Eisen und Stahl, Kaffee, Zucker, Baumwolle und Baumwollwaren, Hauptausfuhrartikel an weitaus erster Stelle Holz, dazu Papier und Papiermasse als Holzprodukte sowie Butter.

Das schöne Land, dem die Mischung von grünen Seen, roten Granitfelsen und weißen Birken eine so wundervolle Eigenart verleiht, ist eben an Holz so reich wie an Wasser; und in seinen schier unerschöpflichen Waldreichtümern liegt seine wirtschaftliche Stärke. Die Nutzung der Wälder hat im letzten Menschenalter gewaltige Fortschritte gemacht: So bezog der Staat aus seinem Waldanteil im Jahre 1880 ein Einkommen von nur einigen 300000 M., das im Jahre 1890 auf 1,4 Millionen, im Jahre 1900 auf 3,9 Millionen, im Jahre 1910 aber auf 9,3 Millionen gestiegen war. Über die Privatwälder liegt eine entsprechende Statistik nicht vor.

Der zunehmenden Nutzung des Holzbestandes gesellt sich in langsamerem Schritt die Nutzung der Wasserkräfte. Die melancholische Stille der dünn bevölkerten Landschaft wird vielfach unterbrochen durch das meilenweit hörbare Brausen gewaltiger Stromschnellen, deren größte, der Imatra, unter den Zielen der Weltreisenden nicht den letzten Platz einnimmt. Nach einer Übersicht, die ich dem finnländischen Staatsanwalt a. D. Herrn Wetterhoff verdanke, wird die nutzbare Wasserkraft des Wuoksen, der den Imatrafall bildet, auf 435000 PS geschätzt, von denen etwa 10000 für die Industrie ausgenutzt sind, die des Kymmene auf 275000 PS, von denen ein Zehntel bereits genutzt wird, und die des Kume auf 215000, wovon 10000 industrielle Nutzung erfahren.

Das wirtschaftliche Gesamtbild Finnlands stellt sich hiernach dar als das Bild eines durch seinen Holzreichtum für die Bedürfnisse Mitteleuropas erheblich wichtigen, durch seine Wasserkräfte industriell entwicklungsfähigen und durch seine Handelsflotte im Ostseeverkehr bedeutsamen

Landes, dessen wirtschaftliche Beziehungen namentlich mit Deutschland eng verknüpft sind.

Die ehemaligen

baltischen Provinzen

hatten sich nach verschiedenen Durchgangsstadien konstituiert zu den Republiken Estland, Lettland und Litauen. Die Republik Estland umfaßte zur Zeit der Verfassung vom 15. Juni 1920 gegen 68000 qkm mit 1,75 Millionen Einwohnern, davon waren 95% Esten, 2% Deutsche, 1% Russen, 0,9% Letten und Litauer, 0,8% Schweden und 0,5% Juden; auch dem Bekenntnis nach ist die Bevölkerung mit 5/6 Evangelischen ziemlich einheitlich. Die Republik Lettland hatte zur Zeit ihrer Verfassung vom 27. Mai 1920 an Fläche und Bevölkerung zu verzeichnen:

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Livland (Vidseme)	22571	608700	27
Kurland (Kurseme)	14307	304200	21
Semgallen	12973	207400	16
Latgallen	13705	462300	34
Vereinigtes Gebiet	1300	45400	35
	64856	1628000	25

Der Außenhandel Lettlands belief sich im Jahre 1920 auf 501 Millionen lettischer Rubel in der Ausfuhr und 537 Millionen in der Einfuhr. Die Grenzen der Republik Litauen mit Verfassung vom 18. Juni 1920 lassen sich noch nicht klar bestimmen, da sie gegen Weiß-Rußland, Sowjet-Rußland und Polen noch nicht endgültig festgestellt sind. Demnach fehlt es auch an zuverlässigen Angaben über Fläche und Volkszahl. Litauen seinerseits erhebt Anspruch auf die ehemaligen russischen Gouvernements Grodno, Kowno, Minsk, Suwalki und Wilna mit 22600 qkm und 9,7 Millionen Einwohnern.

Lettland, dessen Kern die vormalige russische Provinz Kurland bildet, hat unter dem Kriege und dem Konflikt mit Sowjet-Rußland schwer gelitten. Von 100000 Bauerngehöften sind 15000 ernstlich beschädigt und 8000 vollständig vernichtet. Die Regierung bestrebte sich, die Lage zu bessern, indem sie die Wiederherstellungsarbeiten durch Beschaffung von Holz und anderem Material und Erteilung von Krediten unterstützt. Ferner wurden Holzsägewerke errichtet, Heerespferde unter die Bauern gleichmäßig verteilt, Vieh eingeführt, Landbaumaterial wieder hergestellt oder neu beschafft, Traktoren und moderne Maschinen erworben, Land- und Gartenbau-Probefelder angelegt.

Die Fabrikindustrie, besonders die Papierfabriken wurden auch von der Regierung unterstützt, besonders durch günstige Kredite. Auch ausländische Kapitalisten wurden auf dieses Land aufmerksam gemacht.

Die Besserung des wirtschaftlichen Lebens Lettlands kann aber nicht aus eigenen Kräften herbeigeführt werden; die Beteiligung des fremden Kapitals ist eine Voraussetzung dafür. Es zeigte sich bald, daß Lettland immer mehr in die Hände englischer Finanzkreise gerät, die die im Lande befindlichen Rohstoffe (Flachs und Holz) herausholen.

In der lettischen Hauptstadt Riga waren während des Krieges die vorhandenen 200 Fabriken durch die Russen vollständig abgebaut worden; Die ganze Arbeiterschaft wurde nach Innerrußland abgeschoben. Die Einwohnerschaft ging von 500000 auf die Hälfte zurück.

Die baltischen Randstaaten insgesamt, unter denen Lettland als das aussichtsreichste Gebiet, auch seiner geographischen Lage nach, erscheint, haben ethonographisch eine recht bunte Zusammensetzung. Die deutsche Oberschicht (in Baltikum 7—10%) ist größtenteils verschwunden. Esthen und Letten waren früher nur Kleinsiedler und Arbeiter. Letten, Esthen und Litauer hielten sich ungefähr die Wage. Dazu kamen ferner neben wenig Russen und sehr viel Juden, namentlich im Hinterland, noch Polen und Weißrussen. Die baltischen Stämme sind evangelisch, die Litauer katholisch, die Weißrussen uniert. Vor dem Kriege kamen im Baltikum auf 1 qkm 29 Einwohner; im Kriege waren es nur 14.

Wirtschaftlich herrschten früher die großen Latifundien vor, daneben aber auch kleinbäuerliche Betriebe. Die Landwirtschaft war um ein Jahrhundert rückständig, ohne Entwässerung, ohne modernes Gerät, im Stadium der Dreifelderwirtschaft. Die Viehzucht war leidlich entwickelt, hat aber durch den Krieg enorm gelitten. Mit seiner primitiven Wirtschaftsform und seinem leichten Boden brauchte das Baltikum Zufuhr von Nahrungsmitteln, wogegen es Überschüsse an Flachs und Futtermitteln lieferte. Bei entsprechender Modernisierung der Landwirtschaft, der es vor allem an künstlichem Dünger gebricht, hat das Baltikum eine gute Zukunft.

Einen ganz besonderen Reichtum bilden die ungeheueren Forsten im Osten, im nördl. Kurland, südl. Livland (durch den Krieg allerdings stark ausgeholzt). Es besteht noch keine geregelte Forstwirtschaft, vielfach trifft man noch auf Urwald, so in der Gegend von Grodno, Kowno, Bialowicz.

Die Industrie war nur sehr gering entwickelt und wirklich bedeutend nur in den Häfen des Baltikums, wo der Krieg sie zerstört hat. Abgesehen von den 200 Fabriken in Riga war in Reval die Tuchindustrie erwähnenswert, daneben vereinzelt Eisenindustrie, in Libau, Kowno, Schaulen Lederindustrie. Heißumstritten ist im Süden Litauens Wilna, ein Brennpunkt des Handels, mit stark jüdischer, sonst überwiegend polnischer Bevölkerung. Vom ethnographischen Standpunkt aus haben alle Völkerschaften der Umgegenden Anspruch darauf: Weißrussen, Polen und Litauer, deren alte historische Hauptstadt es ist.

Haupthäfen sind: Libau, der einzige eisfreie Hafen Rußlands an der Ostsee, Windau, Riga, Arolsburg, Pernau und Reval (früher Kriegshafen).

Das Verkehrswesen ist gering entwickelt infolge stiefmütterlicher Behandlung seitens der Russen aus innerpolitischen Gründen.

Im Baltikum herrscht allgemein ein tiefes Kulturniveau. Eine Intelligenz der Litauer gibt es kaum; so weit sie vorhanden war, ist sie ausgewandert nach Amerika und nur zum kleinen Teil zurückgekehrt. Der Rechtsanwalt und Großgrundbesitzer in Litauen als geistige Führer sind fast ausschließlich polnisch.

Die Randstaaten (s. Abb. 31) sind aus sich selbst heraus nur wenig lebensfähig, zu klein, zu abhängig vom Ausland in Industrie und Landwirt-

schaft. Alle Bedingungen für ein selbständiges Staatswesen fehlen vorläufig; sie können sich höchstens als Gebilde wie die früheren Balkanstaaten

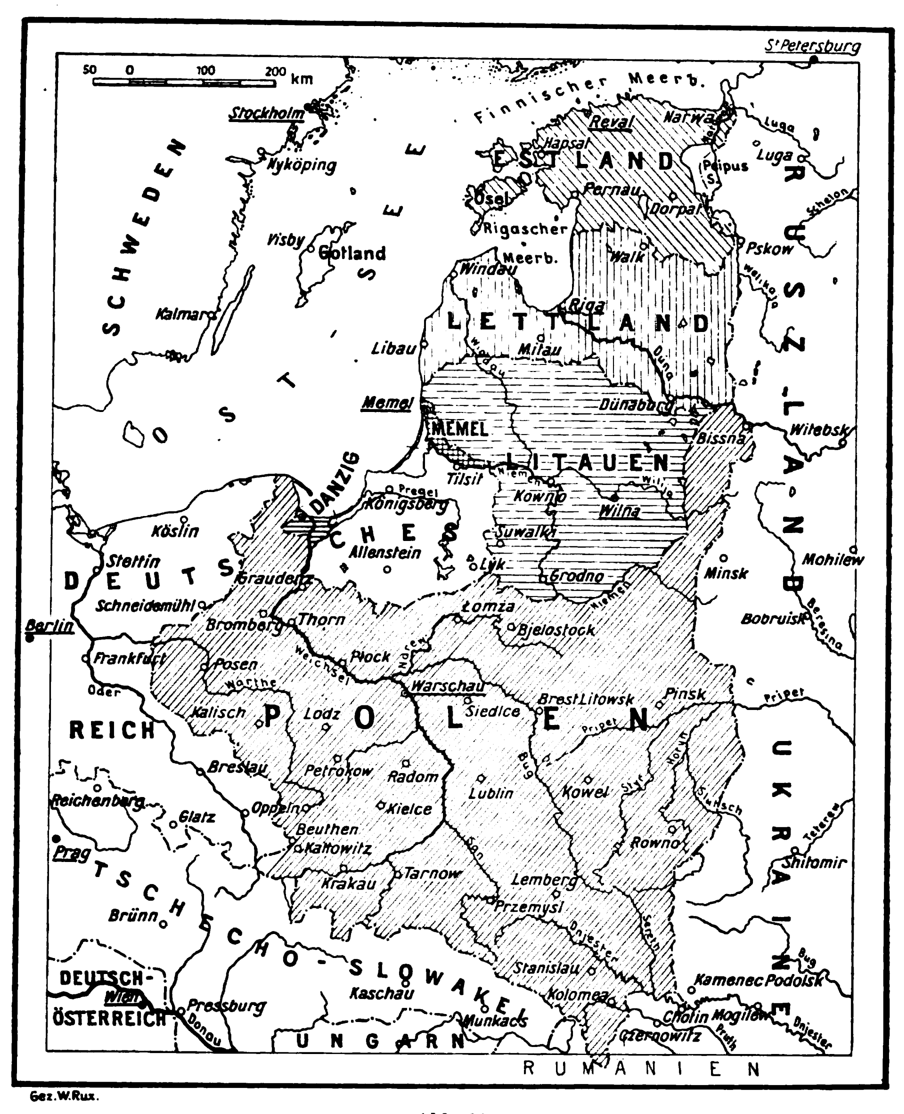


Abb. 31.
Die Randstaaten Rußlands.

entwickeln. Die Randstaaten werden noch geraume Zeit ein Chaos bilden, wenn sie keinen sicheren Anschluß finden — Anschluß an England oder Anschluß nach Osten oder Westen. Für das Interesse der Länder wäre

ein Anschluß an Deutschland wegen der kurzen Landverbindungen besser als an England. Wahrscheinlicher aber ist in Zukunft der Anschluß an ein wieder erstarktes Rußland mit Selbstverwaltung der Randländer. Es fragt sich, ob die Grundlagen, auf denen diese Staaten aufgebaut sind, sich als stark genug erweisen, um die nationale Sonderexistenz zu rechtfertigen. Nach den bisherigen Erfahrungen der Geschichte kann man diese Frage nicht theoretisch entscheiden, vielmehr wird ihre Beantwortung ganz von der praktischen Politik abhängen. Ein Vergleich mit Belgien und Holland drängt sich auf. Wie diese dem Deutschen Reiche vorgelagert sind und ihm den nächsten Zugang zum Weltmeer versperren, so legen sich die Randstaaten Estland und Lettland vor den russischen Koloß. Hierin besteht gewiß eine Gefahr, aber sie darf auch nicht überschätzt werden. Es kommt darauf an, daß die baltischen Staaten aus ihrer geographischen Lage, aus ihrem Verhältnis einmal zu Rußland, dann aber auch zu Deutschland, die Konsequenzen ziehen und sich bemühen, die Aufgabe, die ihnen aus dieser Stellung erwächst, zu erfüllen. Es ist selbstverständlich, daß sie nicht die Macht haben werden, sich den berechtigten Interessen eines wiedererstarkten Rußlands entgegenzustellen. Allerdings haben sie in der Entente, insbesondere an England, einen geheimen Beschützer, der sie auch als erste Großmacht völkerrechtlich anerkannt hat. England hat ein Interesse daran, sich in den Randstaaten eine Basis für seinen Handel mit dem russischen Reiche zu schaffen. Zugleich soll aber auch verhindert werden, indem die Entente sich den maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß in den Randstaaten sichert und diese Staaten als Barrieren gegen Deutschland betrachtet, daß eine Annäherung Deutschlands und der östlichen Wirtschaftsgebiete erfolgt. Den überwiegenden Einfluß in den Randstaaten konnte sich England um so leichter sichern, als die deutsche Vormachtstellung gebrochen war. Neben dem trotz der Meeresnähe zu binnenländischem Dasein verurteilten Litauen haben Estland und Livland zu Rußland, wie gesagt, eine ähnliche Lage wie Holland und Belgien zu Deutschland. Mit dem großen Unterschiede aber, daß es nicht nur an großen, ins Hinterland führenden Wasserstraßen gebricht, sondern vor allem an wirtschaftlichem und kulturellem Eigendasein von Belang, zumal nach der Vertreibung der deutschen Oberschicht.

b) Polen.

Auch die polnischen Grenzen liegen noch nicht überall endgültig fest. Über den derzeitigen Umfang lassen sich, abgesehen von den umstrittenen Gebieten an der Ostgrenze, die folgenden Angaben machen:

Provinzen und Departements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Stadt Warschau	121	895435	—
Departement Warschau	29310	2503198	85
» Lodz	19034	2587834	136
» Kielce	25736	2756822	107
» Lublin	31160	2507320	80
» Bialystock	23112	1380783	60
Ehemals Russ.-Polen	128473	12631392	98

Provinzen und Departements	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Früheres Galizien	79497	8025675	102
Schlesisch Teschen	1014	142585	142
Sepes und Arva	583	24880	43
Ehemals Österr.-Polen	80094	8193140	102
Departement Posen (Posnan)	26652	1978467	74
» Pomerellen	16434	993893	60
Ehemals Preuß.-Polen	43086	2972360	69
Republik Polen (ohne östl. Gebiete)	251653	23796892	95

Von der Bevölkerung dieser Gebiete sind polnisch höchstens 72%, jüdisch 15%, deutsch 5½ bis 6%, russisch 4½%, litauisch etwa 2½. Von ethnographischer Einheitlichkeit ist Polen damit wesentlich weiter entfernt als die Randstaaten im eigentlichen Ostseegebiet Alt-Rußlands. Der Rigaer Frieden, der den polnisch-russischen Krieg beendete und die polnische Grenze weit nach Osten vorschob, brachte hinzu: 4024340 Seelen, worunter sich 44% zur römisch-katholischen, 42% zur russisch-orthodoxen, 8% zur mosaischen und 1,5% zu einer anderen Religion bekannten. Dadurch verschieben sich die Verhältnisse so, daß das heutige Polen sich nach Nationalitäten und Konfessionen wie folgt gliedern dürfte: Polen 65,3%, Ukrainer 16,7%, Juden 7,4%, Deutsche 5,2%, Weißrussen 3,1%, Großrussen 0,5%, Litauer 0,4% und andere 0,8%. Dem Bekenntnis nach: Römisch-Katholische 62,2%, Uniten 12,1%, Juden 11,6%, Orthodoxe 9,3%, Evangelische 5,1%. Die Zahl der Deutschen ist durch die Abtretung wichtigster Teile des oberschlesischen Industriegebiets noch wesentlich erhöht. Im ganzen zählt der polnische Staat heute rund 28 Millionen Einwohner. Er steht damit an sechster Stelle unter den europäischen Ländern.

Die polnischen Minderheiten in allen Nachbargebieten der Republik sind äußerst gering. Die wenigen polnischen Großgrundbesitzer in Litauen und den beiden ruthenischen Staaten fallen kaum ins Gewicht. In Preußen haben die Polen bei den letzten Landtagswahlen nicht einmal die für einen Abgeordnetensitz erforderlichen 40000 Stimmen aufzubringen vermocht. Bei den Volksabstimmungen in West- und Ostpreußen erzielten sie die nicht beachtlichen Minderheiten von 10 und 2%. Die Gesamtzahl der Polen in der Tschechoslowakei beträgt 281067 Einwohner, die zur Hälfte in jenem Teil des Herzogtums Teschen seßhaft sind, das Polen aberkannt wurde.

Wohnen außerhalb der rot-weißen Grenzpfähle nur noch verschwindend geringe polnische Minderheiten, so herrscht im Lande des weißen Adlers selbst, wie wir anfangs sahen, ein buntes Nationalitätengemisch, in dem sich nur 65,3% des polnischen Volkes behaupten. Dieses geringe Übergewicht, das in Europa höchstens noch in der Tschechoslowakei seinesgleichen findet, bezeugt mit der gleichen Deutlichkeit, wie die Ergebnisse der verschiedenen Volksabstimmungen, wie wenig das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Fassung und Ausführung des Friedensvertrages von Versailles auf seine Rechnung kam.

Nachdem durch anderthalb Jahrhunderte das Polenreich mit nur kurzer Unterbrechung im Napoleonischen Zeitalter aufgehört hatte als selbständiger Machtfaktor im europäischen Staatenwesen eine Rolle zu spielen, wurde es am 31. Juli 1919, dem Tage der endgültigen Ratifikation des Friedensvertrages für Polen, erstmals wieder als rechtskräftiges staatliches Wesen genannt. Jubelnd begrüßten die Polen den Tag, der dem weißen Adler freien Flug verhieß. All' ihre Träume, die sie bei Ausbruch des großen Krieges für ihre staatliche Zukunft hegten, wurden von der Wirklichkeit weit übertroffen. Sie konnten damals hoffen, daß entweder Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen Seite, oder Rußland auf der anderen Seite zusammenbrechen würden und sie nach einer Richtung hin wenigstens an die Wiederaufrichtung eines freien Polenstaates gehen könnten. Das Kriegsende stellte sie vor die Trümmer sämtlicher drei Reiche und gestattete ihnen, einen Staat zu schaffen, der zunächst Kongreßpolen, Galizien und weite Teile der deutschen Ostmark umschließt. Räumlich und an Volkszahl wäre das wohl ein Staatengebilde, dem man rein äußerlich die Existenzberechtigung und -Fähigkeit nicht absprechen könnte. Bei näherer Prüfung ergeben sich aber — zum Teil gerade durch die Größe des Landes bedingt — ethnographisch, kulturell und wirtschaftlich große Schwierigkeiten, die schlechterdings unlösbare Probleme für den Bestand Polens in sich enthalten. Im unversöhnlichen Gegensatz stehen sich seine Nationalitäten gegenüber; außerdem zeigt die außerordentliche Parteizersplitterung der Polen selbst, wie sehr sie innerlich zerrissen sind. Durch die lange scharfe Trennung in preußische und russische Polen gähnt weiterhin zwischen diesen eine tiefe kulturelle und wirtschaftliche Kluft, die das Fehlen eines Beamtenstandes und des sozialen Zusammenhanges der polnischen Bevölkerungsteile mit sich gebracht hat. Eine ungeheuer schwierige Aufgabe liegt darin enthalten, aus diesen nur lose zusammenhängenden Volksteilen, deren wirtschaftliche und kulturelle Führer zudem nicht Polen sind, einen solchen Beamtenstand zu schaffen, der imstande ist, ein erst neuzubildendes Verwaltungswesen förderlich zu unterhalten. Es gilt außerdem, eine einheitliche polnische Kultur und Wirtschaft zu schaffen, damit das neue polnische Staatswesen, bei dessen Gründung ja durchaus nicht ähnliche Gesichtspunkte maßgebend waren, wie etwa bei der österreichisch-ungarischen Monarchie, die gleichfalls außerordentlich viele fremdartige Volkskörper in sich vereinte, nicht ständig von dem inneren Zerfall bedroht ist. Aber die Polen bewiesen wohl in der Geschichte, daß sie ein bewundernswertes Nationalgefühl besitzen, nicht aber, daß sie die Staatsidee in die Tat umsetzen konnten. Die Teilungen Polens wären sonst nicht denkbar gewesen.

Gleich ungünstig liegen die Dinge auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Polen ist seinem Grundcharakter nach Agrarstaat. So wohnten z. B. vor dem Kriege in Kongreßpolen nur 24% der Bevölkerung in den Städten, der Rest auf dem Lande. Durch die im Krieg erfolgte, fast völlige Vernichtung der polnischen Industrie, die künstlich aus russischen wirtschaftspolitischen Interessen entstanden war, und deren Wiederaufbau nur denkbar ist in engster wirtschaftlicher Verbindung mit einem kon-

solidierten Rußland, hat sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land wahrscheinlich noch erheblich zugunsten des Landes verschoben. Dabei war aber Kongreßpolen im Frieden trotzdem nicht fähig, seine Gesamtbevölkerung vom eigenen Boden zu ernähren, sondern hatte Zufuhr nötig. Die reichen Gebiete des von Deutschland abgetretenen Westpreußens und Posens mögen den russischen Zuschuß einigermaßen ersetzen, aber auf der anderen Seite sind Agrarprodukte für die Zukunft der einzige Gegenwert Polens für die von ihm aus dem Ausland dringendst benötigten Maschinen und Industrieprodukte. So steht das polnische Staatsleben vor uns: Mit starken fremden Volksteilen behaftet, im eigenen Volkstum zersplittert und zerrissen, ohne Beamtenapparat und durchgebildete Verwaltung; mit einer nahezu gänzlich zerstörten Industrie, einer vernachlässigten und im Durchschnitt wenig ertragreichen Landwirtschaft; mit stark zerrüttetem Verkehrswesen und einer Milliardenstaatsschuld.

Polen ist auf fast allen Gebieten ein einfuhrtreibender Staat; Ausfuhrprodukte stehen ihm — von dem oberschlesischen Raub abgesehen — nur in geringer Menge zur Verfügung. Als solche gelten vor allem: Holz, Erdölprodukte und Spiritus.

Die Handelsbilanz ist die denkbar schlechteste. Die amtlich bekanntgegebenen Zahlen entsprechen nicht den Tatsachen. Polen bedient sich reichlich der Kunst, Statistik zu färben.

Die galizische Erdölgewinnung hat im Jahre 1920 rund 765000 t betragen, was nicht viel mehr als die Hälfte der Gewinnung in den besten Jahren vor dem Kriege ausmacht. Von dieser Förderung verbrauchten die Erdölgruben etwa 120000 t, während von den verbleibenden 640000 t wiederum mehr als die Hälfte in Polen verblieb. Es stehen also von der Förderung 1920 200000 t zur Ausfuhr zur Verfügung. Polen ist in dieser Industrie nur noch mit einem geringen Kapital beteiligt. Im Jahre 1921 betrug die Beteiligung:

Französisches	Kapital	53,03%	Ungarisches	Kapital	1,18%
Polnisches	»	18,35 «	Italienisches	»	0,70 »
Schweizer	»	10,— «	Belgisches	»	0,46 »
Österreich.	»	7,12 «	Tschechisches	»	0,41 »
Englisches	»	4,40 «	Deutsches	»	0,03 »
Holländisches	»	4,32 «			

Die große Lodzer Tuchindustrie hatte früher das weite russische Reich als Absatzgebiet. Jetzt stehen ihm nur die engen Grenzen Polens zur Verfügung.

Bei dieser zerrütteten Wirtschaftslage ist es kein Wunder, wenn die Inflation ins Ungeheuerliche wächst. Es hat in der Geschichte noch nie ein Land gegeben, das so kurze Zeit nach seiner Gründung durch eigene Schuld und Unfähigkeit seine Wirtschaft zugrunde gerichtet hat, wie Polen.

Welche Gründe haben zu dem schnellen Ruin geführt?

Dem Polen fehlt das Verwaltungstalent, was bereits in dem früheren Königreich sehr fühlbar hervorgetreten ist. Aus diesem Grunde waren auch einsichtsvolle Polen des ehem. preußischen Teilgebietes seinerzeit

gegen die Vertreibung der deutschen Beamten, ohne jedoch gehört zu werden.

Der unglückliche, nur aus Habsucht geführte Krieg gegen Rußland und die weiterhin beibehaltenen, ganz unverhältnismäßig hohen Heeresausgaben.

Allgemeine Arbeitsunlust. Es ist der slawischen Rasse eigentümlich, daß der Landmann zu seiner Ernährung eine größere Bodenfläche benötigt als der germanische Bauer.

Bestechlichkeit, Schmuggel, Betrug.

Nach Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen preußischen Gebieten, also Dezember 1918, schlossen sich diese Gebiete gegen Kongreßpolen und Galizien mit einer Wirtschaftsgrenze ab, da ihnen die durch den langen Krieg hervorgerufene schlechte Wirtschaftslage in den genannten Gebieten bekannt war und die ehemaligen preußischen Gebiete, die immer noch als Überschußgebiete anzusprechen waren, selbst nicht ganz ausgehungert werden wollten.

Das Weichselland bleibt trotz der Neugründung des Polenstaates für die politische Geographie ein ungelöstes Problem wegen der scharfen ethnographischen und kulturellen Unterschiede, die zwischen den Gebieten seines Unterlaufs einerseits, des Mittel- und Oberlaufs anderseits herrschen, wegen des Keils, den der Polenstaat zwischen rein deutsche Gebiete treibt, und wegen der geringen Eignung der Polen selbst zum Staatsvolk.

c) Südosteuropa.

Solange im Osten die politisch ungeklärten und wirtschaftlich unreifen Verhältnisse andauern, wird der Aufbau des wirtschaftlichen Lebens in den südöstlichen Europastaaten nur um so mehr Beachtung verdienen. Nun haben aber die Friedensschlüsse auch hier durchweg eine neue Lage, eine Zerlegung und neue Zusammenfassung volkswirtschaftlicher Gebilde mit sich gebracht und erst allmählich — und nicht ohne ernste Störungen — beginnen diese neuen Wirtschaftskörper sich einigermaßen zu konsolidieren.

Die Mehrzahl jener neuen Südoststaaten Europas, die untereinander durch das gemeinsame natürliche Verkehrsband der Donau verknüpft sind, trägt den schweren Nachteil völliger Außerachtlassung aller Grundgesetze politischer Geographie bei Absteckung ihrer äußeren Grenzen. Einzig und allein Großrumänien hat der äußeren Form nach eine ungemein vorteilhafte Abrundung erfahren (s. Abb. 32). Das demnächst am stärksten begünstigte Großserbien in der Form des südslavischen Staates hat zwar an Ausdehnung außerordentlich gewonnen, trotz seiner beträchtlichen Küstenlänge am Adriatischen Meer aber doch nur eine verhältnismäßig ungünstige Verkehrslage, da diese ganze Küste ihm keinen einzigen großen Hafen mit günstiger Hinterlandverbindung bietet, und leidet innerlich schwer unter den vielerlei sprachlichen, religiösen und kulturellen Gegensätzen seiner bunt zusammengewürfelten Bevölkerung.

Drei der neuen Südoststaaten, die Tschechoslowakei, Ungarn und Deutschösterreich, ermangeln völlig eines unmittelbaren Seezuganges. So-

wohl die Tschechoslowakei, wie Deutschösterreich haben weiterhin eine geographisch äußerst unvorteilhafte Figur gewonnen und ermangeln auch

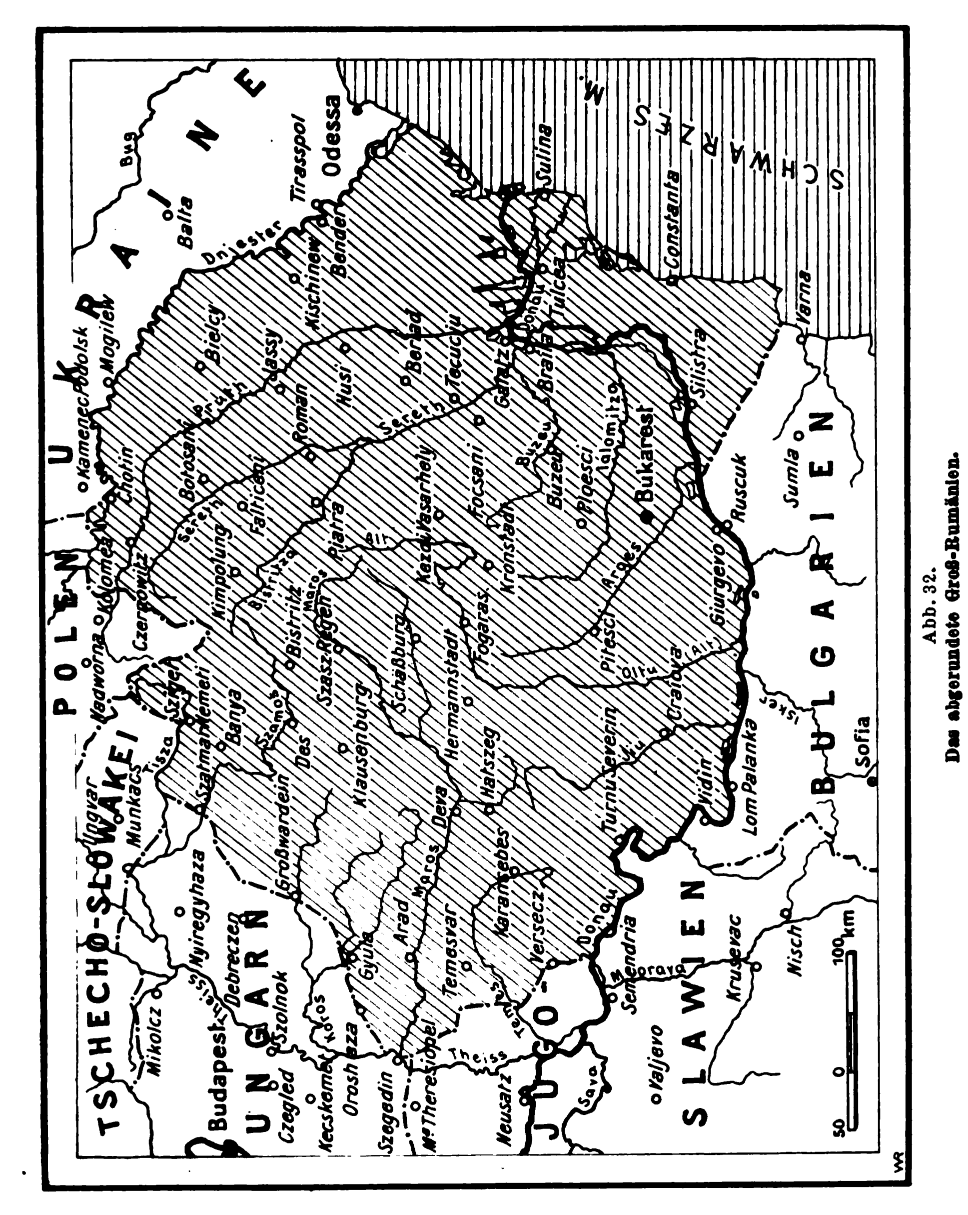


Abb. 32.
Das abgerundete Groß-Rumänien.

in ihrem Innern der Vorbedingung für eine günstige Verkehrsgestaltung (s. Abb. 33 und 34).

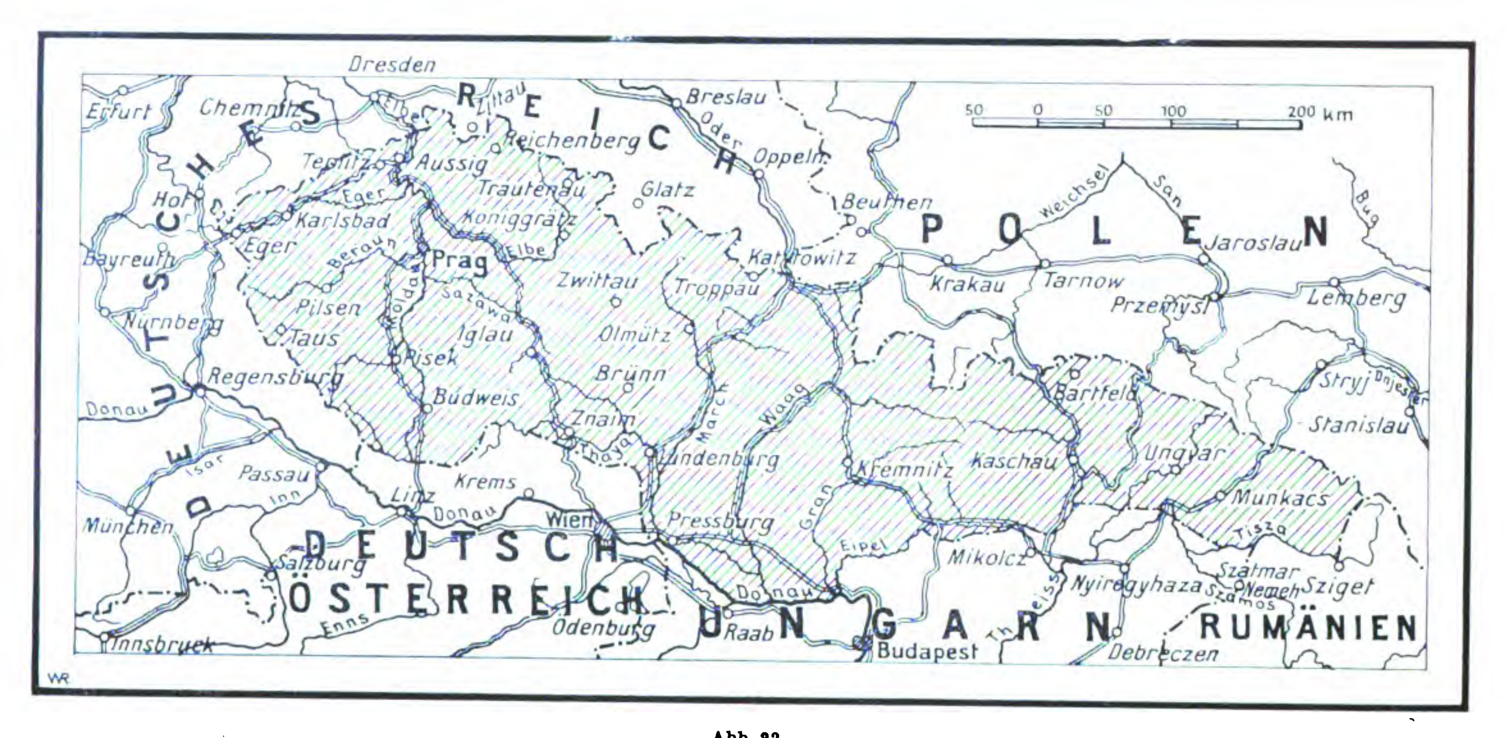


Abb. 33.
Die geographische Figur der Tschechoslowakei.

Ist Deutschösterreich in der Isolierung wirtschaftlich geradezu lebensunfähig, so leidet die Tschechoslowakei unter den nationalen Gegensätzen zweier, auch verkehrspolitisch nicht in organischem Zusammenhang zu bringender Teile. Das heutige Bulgarien endlich, als letzter der Donaustaaten, ist von dem glücklich gewonnenen Zutritt zum Ägäischen Meer wieder abgedrängt und der reichen Hilfsquellen beraubt, die sich ihm in der thrazischen Tabakebene erschlossen.

In ihrer alten Form lieferten die Donauländer, Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien und Bulgarien, von ihren Futtermitteln, Brotgetreiden und Hülsenfrüchten, sowie von ihrem Vieh, an lebenden Tieren, Fleisch,



Abb. 34.
Die geographische Figur Deutsch-Österreichs.

Schmalz und Fellen, allein an Deutschland (nach der deutschen Handelsstatistik unter Abzug der entsprechenden deutschen Ausfuhr) Gesamtmengen, die einen durchschnittlichen deutschen Einfuhrüberschuß von gegen 1 Million t im Jahr ergaben. Ihre tatsächliche Belieferung Deutschlands durch diese Artikel war aber nicht unwesentlich größer, als aus der deutschen Handelsstatistik ersichtlich ist. Denn speziell die Länder der unteren Donau führten erhebliche Mengen an Getreide u. dgl. auf dem Umwege über England und namentlich über Belgien nach Deutschland aus, die in den deutschen Anschreibungen das wirkliche Herkunftsland nicht richtig erkennen lassen.

Die Länder der mittleren und unteren Donau standen und stehen durchweg hinsichtlich der rationellen Nutzung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten noch auf einer verhältnismäßig tiefen Stufe. Selbst von den am meisten im Bannkreis europäischer Wirtschaft stehenden Ungarn schreiben

Fachleute in einem kurz vor Kriegsende unter Leitung des Präsidenten der Ungarischen Akademie der Wissenschaft bearbeiteten Werk über ihr Land: »In Ungarn befindet sich noch gar vieles am Anfange allen Anfangs, und es eröffnet sich hier noch für Kapital und Unternehmungslust ein mächtiges Feld der Betätigung. Namentlich ist das hinsichtlich der im Vergleich zu den Verhältnissen der Weststaaten weit zurückgebliebenen Landwirtschaft der Fall.« Dieses Wort hat in hohem Grade Gemeingültigkeit für die sämtlichen Südoststaaten. In einem Teil von ihnen hat deutscher Einfluß während der Kriegszeit anregend auf die wirtschaftlich-kulturelle Entwicklung gewirkt. Sowohl im besetzten Rumänien und Serbien, wie im verbündeten Bulgarien ist die Bevölkerung unter diesem Einfluß vertraut gemacht worden mit der Bedeutung der landwirtschaftlichen Maschinen und mit besseren Verwertungsarten der ländlichen Erzeugnisse. Teilweise ist hier durch deutsche Arbeit auch manche wesentliche Besserung im Verkehrswesen erzielt worden, auf einem Gebiet also, auf dem durchwegs noch sehr viel zu tun übriggeblieben ist, namentlich jetzt, wo die völlig veränderte Grenzführung der einzelnen Staatengebilde ganz neue verkehrspolitische Notwendigkeiten gezeitigt hat.

Von Deutschland während der Kriegszeit gegebener Anstoß brachte auch die Frage der Agrarform in diesen Gebieten überwiegend landwirtschaftlichen Charakters in Fluß, so daß heute der ganze Südosten mit Ausnahme des bereits von früher her durchweg rein bäuerlichen Bulgarien im Zeichen einer durchgreifenden Neuaufteilung des Grundbesitzes steht. Die wirtschaftlichen Dauerwirkungen dieser Reform können allerdings nicht unbedingt als dem Ausfuhrhandel günstig betrachtet werden. Wo bis zur völligen Beseitigung des landwirtschaftlichen Großbetriebes geschritten wird, ist schließlich nicht mit einer Steigerung, sondern mit einer Verringerung der ländlichen Überschußproduktion für Ausfuhrzwecke zu rechnen. Weitestgehende Erbteilung bei durchschnittlich zahlreichem Familienzuwachs läßt nach einmal vollzogener Aufteilung des Grundbesitzes in kleinbäuerlichen Wirtschaften rasch eine Zersplitterung in wenig lebenskräftigen Zwergwirtschaften entstehen und die Nutzbarmachung landwirtschaftlicher Maschinen immer schwieriger werden. Wie weit aber die Landwirtschaft der technischen Aufbesserung bedarf, ist daraus ersichtlich, daß von sehr viel fruchtbarerem Boden, als in Deutschland, jene Länder oft nur die Hälfte der durchschnittlichen deutschen Hektarerträge erzielten.

Neben den Agrarformen kennzeichnen die scharf ausgeprägten Industrialisierungsbestrebungen den wirtschaftlichen Umbau der Donaustaaten. In der Vorkriegszeit hatte das ungarische Beispiel der Industrieförderungsgesetze in den unteren Donauländern Nacheiferung angeregt. Das schwere Entbehren von Gebrauchsgegenständen jeder Art in der Zeit der wirtschaftlichen Abschneidung durch den Krieg hat das Verlangen wesentlich verstärkt, von fremder Belieferung mit Industrieerzeugnissen unabhängiger zu werden. Große Konjunkturgewinne, die in der Kriegszeit schließlich überall gemacht wurden, haben auch zur Anhäufung von Kapitalien in früher ungekannter Höhe geführt, die nach Anlage in indu-

striellen Unternehmungen drängen. So erfahren die Industrialisierungswünsche auf der ganzen Linie eine intensive Belebung, stoßen aber zurzeit noch in der praktischen Durchführung auf schwere Hemmungen, da, abgesehen von Transportschwierigkeiten und Mangel an mancherlei Rohmaterial, die Notwendigkeit der Maschineneinfuhr aus dem Auslande und auch der Heranziehung technisch geschulter Kräfte besteht, Valutaschwierigkeiten und sonstige wirtschaftliche Störungen aber einem entsprechenden Ausbau der Einfuhr vielfach im Wege stehen.

Weitaus am ungünstigsten liegen die Verhältnisse bezüglich des wirtschaftlichen Neubaus in

Deutsch-Österreich,

einem auf wenig über 6 Millionen Einwohner verkleinerten und sämtlicher Hilfsmittel der früher zugehörigen Bergwerksbezirke beraubten, von einer riesigen Kriegsschuld bedrückten Land, das, ganz auf sich selbst angewiesen, überhaupt der Lebensfähigkeit ermangelt. Wir kommen auf dieses Land im Zusammenhang mit Deutschland weiterhin zurück.

Wesentlich gesünder ist die Wirtschaftsstruktur des bevorzugten Erben der Habsburger Monarchie, der

Tschechoslowakei,

die sowohl über reiche Industriegebiete, wie über die landwirtschaftlich am besten entwickelten Gebietsteile verfügt. Immerhin sind ihre eigenen Bodenschätze zurzeit nicht ausreichend, um den Nahrungsmittelbedarf der fast 14 Millionen Einwohner zu decken. Unter normalen Verhältnissen aber ist die reiche Überschußproduktion an Zucker unbedingt in der Lage, im Außenhandel den nötigen Ausgleich zu schaffen. Fraglich aber ist, ob die in der Durchführung begriffene Agrarform mit ihrer weitgehenden Stellungnahme gegen den Großgrundbesitz nicht auch einen dauernden und wesentlichen Rückgang gerade der Zuckerproduktion zur Folge haben wird. Wie schon früher erwähnt, bedarf ferner gerade die Tschechoslowakei, um überhaupt einen inneren Zusammenhalt zu haben, der durch von Ungarn und Polen gleichermaßen genährte slovakische Absonderungsbestrebungen gefährdet ist, in stärkstem Maße eines planmäßigen Ausbaus seines Verkehrswesens unter verhältnismäßig recht ungünstigen natürlichen Bedingungen.

Die aus dem Zerfall der alten Habsburgischen Monarchie entstandene Tschechoslowakei umfaßt die folgenden Gebiete:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Böhmen	51947	6769548	156
Mähren	22222	2622271	118
Schlesien	5147	756949	147
1. Vormals österr. Gebiete	79312	10148768	127
Slowakei	53320	2940374	55
Unterkarpathenrussien	9000	572028	64
2. Ehemals ungar. Gebiete	62320	3512392	56
	141632	13661160	97

Von der Gesamtbevölkerung sind etwa 6 Millionen der Sprache nach Tschechen, 2 Millionen Slowaken gegen 4 Millionen Deutsche, 0,7 Millionen Ungarn und 0,2 Millionen Ruthenen. Der Außenhandel der Tschechei belief sich im Jahre 1919 auf 5,2 Milliarden tschechoslowakischer Kronen in der Ausfuhr und 7,4 Milliarden in der Einfuhr.

Neben dem künstlich zu einer unnatürlichen Größe aufgeblähten Polen, das in schweren wirtschaftlichen Krisen liegt, neben dem durch Nationalitätengegensatz auseinanderzufallen drohenden Großserbien, sind die wirtschaftlichen und in gewisser Hinsicht — allerdings stark eingeschränkt — auch die politischen Grundlagen in der Tschechoslowakei immerhin günstig zu nennen. Freilich fällt auch hier eine scharfe Spaltung der Nationalitäten schwer ins Gewicht; das Land entbehrt außerdem eines direkten Zuganges zum Meer, und unser politisch-geographisches Gesetz verschafft sich immer wieder Geltung, daß Staaten ohne natürlichen Zugang zum Meer als ständiger Herd von politischen Unruhen sich gewaltsam Bahn zu brechen suchen nach den freien Gestaden der Ozeane, oder, wo das nicht gelang, in schärfste Abhängigkeit einer Großmacht gerieten. Die Tschechoslowakei ist nun von vornherein als Vasallenstaat der Entente entstanden, und sie hat wenig Aussicht zu wirklich voller Selbständigkeit emporzusteigen; aber ihre Lebensmöglichkeiten sind immerhin derartige, daß sie sich vorläufig weit besser wird behaupten können, als beispielsweise das neue Polenreich.

In großen Zügen umfaßt der tschechoslowakische Staat die alten Kronländer der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn, Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien; östlich tritt dazu die Slowakei. Er liegt also zwischen dem großen Zug des deutschen Mittelgebirges und der Verlängerung der Karpathen bis zum Donauknie bei Waizen und ist im Westen von dem Böhmischen und Bayerischen Walde begrenzt. In dem für das Deutschtum wichtigsten Gebiete, in Böhmen und Mähren, leben die verschiedensten Nationalitäten, von denen Tschechen 48%, Deutsche 28%, Slaven 14%, Magyaren 7% und Ruthenen 3% sind. In der alten Tschechei, in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien bilden die Tschechen den inneren Kern. Rund herum wohnen Deutsche in geschlossener Siedlung. Wohl sind in den großen Industrierevieren südlich des sächsischen Erzgebirges viele Tschechen als Fabrikarbeiter tätig, doch handelt es sich dabei nicht um feste Siedlungen. Vor dem Kriege fanden alljährlich größere Abwanderungen tschechischer Arbeiter nordwärts in das Deutsche Reich statt. Nach der Slowakei hin fällt die Sprachgrenze ziemlich genau mit der Landesgrenze zusammen, und in der eigentlichen Slowakei sind Tschechen nicht mehr anzutreffen. Außer der genannten deutschen Randsiedlung sind noch einige größere deutsche Sprachinseln vorhanden in der Richtung von Nordosten nach Südwesten über Mährisch-Trübau, Olmütz nach Iglau. Leider sind diese Siedlungen, die die böhmisch-mährischen Höhen begleiten, Inseln geblieben. Bei einer festen Verbindung hätten sie das Tschechentum auseinandergerissen und damit jedenfalls dem Deutschtum eine viel größere Festigkeit geben können, als es heute der Fall ist.

Wichtig für die künftige Verkehrspolitik der Tschechoslowakei wird die sehr scharfe naturgegebene Abschließung der Slowakei von der Tschechei sein. Hier schieben sich schroffe, von Norden nach Süden verlaufende Gebirgszüge ein, die einer Querbahn von Prag nach Kaschau beispielsweise große Hindernisse entgegenstellen. Die Slowakei selbst ist ein ziemlich ausgesprochenes Bergland, das höchstens den Bau eingleisiger Bahnen in der Richtung der Gebirgszüge von Nord nach Süd gestattet, an die sich zahlreiche Stichbahnen in die Gebirgstäler anschließen müßten, wie sie teilweise bereits gebaut sind. Die Donau, zu der man dem neuen Staat einen erkünstelten Zutritt verschafft hat, kann dem binnenländischen Verkehr in keiner Weise dienen. Die vorhandenen Schienenwege streben überall aus dem Lande heraus, nach Wien und Budapest, nach Sachsen und Schlesien. Die Oberflächengestalt wirkt einer verkehrspolitischen Vereinigung der verschiedenen Staatsteile entgegen, der Lauf der Gebirge fördert wirtschaftlich die trennenden Tendenzen, die im politischen Leben der beiden staatlich zusammengefaßten Völker ohnehin vorhanden sind. Auch in ihrem ganzen wirtschaftlichen Aufbau weisen Böhmen, Mähren und das slowakische Land grundlegende Unterschiede auf. Für die ärmere, rein agrarische Slowakei liegt die Hauptstadt des industriereichen Böhmen in schier unerreichbarer Ferne, die auch nicht durch kulturelle Zusammenhänge überbrückt wird.

Was die Zukunft des Landes zunächst als verhältnismäßig günstig erscheinen läßt, ist, wie eingangs angedeutet, vor allem seine wirtschaftliche Entwicklung. In weitaus erster Linie weist Böhmen eine außerordentliche Höhe wirtschaftlichen Wohlgedeihens auf sowohl in industrieller wie in landwirtschaftlicher Beziehung. Die böhmische und mährische Landwirtschaft genossen unter den Kronländern der österreich-ungarischen Monarchie den Vorzug größter Rationalität und Intensivierung des Betriebes; ihre Leistungen kamen fast denen der deutschen Landwirtschaft gleich. Das wichtigste landwirtschaftliche Produkt ist die Zuckerrübe, die hauptsächlich im Tal der Elbe und Isar sowie im nordöstlichen Böhmen gebaut und verarbeitet wird. Es gibt Fabriken dort, die jährlich bis zu 1½ Millionen dz Zucker produzieren, und von der Gesamterzeugung Österreich-Ungarns, die sich auf 11;5 Millionen dz jährlich belief, entstammten Siebenachtel allein aus Böhmen und Mähren. Wie gesagt, konzentrierte sich diese Industrie in den nördlichen Gebieten und damit zu einem sehr großen Teil im deutschen Sprachgebiet.

Steinkohle findet sich in Böhmen sehr wenig. Die eigentlichen Steinkohlenlager sind im südlichen Österreichisch-Schlesien, in der Gegend von Ostrau und Teschen. Dafür ist Böhmen reich an Braunkohle, so vor allem westlich Prag im Libuschiner Gebiet. Dort, wie im westlichen Erzgebirge bei Eger, sind außerdem ziemlich umfangreiche Eisenerzlager. Für die hohe Entwicklung der böhmischen Eisenindustrie, die durchaus konkurrenzfähig mit der in Oberschlesien ist, brauchen nur Namen der Hauptindustrieorte, wie Außig, Prag und Pilsen mit den Skodawerken, genannt zu werden. Bei Prag und Pilsen insbesondere hat auch die nicht unbeträchtliche chemische Industrie des Landes ihren Sitz, aber ein größerer Export

chemischer Erzeugnisse fand vor dem Kriege nicht statt. Ausgesprochene Ausfuhrindustrie war dagegen die Glasindustrie, die ihren Sitz in Gablonz, südlich Reichenberg, westlich vom Schatzlager, bei Haida, Aussig, Kriesdorf, Teplitz, Eger und Pilsen hatte. Neben Flaschen und ähnlichem wurden auch hochwertige Feinglaserzeugnisse produziert. Beträchtlich ist gleichfalls die Textilindustrie Böhmens, in der Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf und Jute verarbeitet werden. Es sei dabei nur an Namen wie Reichenberg und Warnsdorf erinnert. Über das böhmische Land ziemlich gleichmäßig verteilt ist die Brauindustrie, deren Hauptzentren — Pilsen, Prag und Budweis, dann an der Nordwestgrenze Brüx, Eger und Trautenau — hinlänglich bekannt sind. Begünstigt durch den natürlichen Holzreichtum der nordböhmischen Wälder entstand im westlichen Erzgebirge (Neudeck) sowie bei Trautenau-Arnau eine wichtige Papierindustrie. Zu erwähnen wäre schließlich noch die Keramik im Erzgebirge, bei Prag und Budweis.

Aus all dem geht hervor, daß die Industrie Böhmens sich im Norden des Landes konzentriert mit Prag und Pilsen als den großen wirtschaftlichen Zentralpunkten. Prag wurde aus nationalistisch-wirtschaftlichen Gründen der Tschechen mehr künstlich zu einem bedeutsamen industriellen Mittelpunkt gemacht. Die Industrie Mährens, vor allem mit den Steinkohlenrevieren bei Brünn, Olmütz und Ostrau, steht auf hoher Stufe und reiht sich der böhmischen ebenbürtig an. Was endlich die Slowakei anbelangt, so hat sie — das ehemalige Oberungarn — in weiten Gebieten eine klimatisch und den Bodenverhältnissen nach günstige Lage zum Anbau vortrefflicher Weinsorten. Im übrigen aber dürfte eine größere landwirtschaftliche Überproduktion nicht vorhanden sein. Im großen und ganzen steht die Slowakei hinter den wirtschaftlich hochentwickelten Gebieten der Tschechei zurück, aber sie ist doch imstande, ihre Bevölkerung vom eigenen Boden zu ernähren und hat relativ durch den Krieg wenig gelitten.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei sind im allgemeinen als günstig und entwicklungsfähig anzusprechen. Für die künftige staatliche Entwicklung des Landes fällt aber erschwerend ins Gewicht, daß es durch den scharfen Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen innerlich staatspolitisch keinesfalls stark ist. Nach wie vor gähnt eine tiefe Kluft zwischen den Deutschen und Tschechen, hervorgerufen vor allem durch den alten und scheinbar unüberwindlichen Haß der letzteren auf alles Deutsche. Allerdings erfolgte von seiten der deutschen Industriellen seinerzeit kein Widerstand gegen die Bildung der Tschechoslowakei. Man glaubte wohl, daß die wirtschaftliche Zukunft für sie am erfolgverheißendsten in dem neugegründeten Staatswesen wäre. Den Absatz nach den alten österreichischen Kronländern hoffte man anscheinend zu erhalten, und man hoffte weiterhin, die bisher über Deutschland gegangene Ausfuhr — vor allem von Zucker und Glaswaren — unter den neuen Verhältnissen nach Süden ablenken zu können. Was daran richtig ist, sei heute dahingestellt. Letzten Endes blieb ja den Deutschen auch weiter nichts übrig, als sich dem Zwang der Entente zu fügen, und

das vor dem Ruin stehende Deutschösterreich und das in politischen Streiks und ständigen inneren Unruhen sich verblutende Deutschland waren keine Staaten, zu denen man sich nach Anschluß drängt.

Bedauerlich aber ist, daß es in der Not der Stunde, wo das Deutschtum mit seinem erbitterten Feinde, dem Tschechentum, als Minderheit einem Staatswesen eingefügt wurde, nicht zur nationalen Einigung der Deutschen kam. So weit man heute die Lage der Dinge überblicken kann, gibt es allein sieben deutsche neben fünf tschechischen Parteien!

Machtpolitisch aufs schwerste geschädigt, an Umfang um Zweidrittel, an Bevölkerungszahl auf 8 Millionen verringert, genießt das in diesem bescheidenen Bestand verbliebene

Ungarn

wenigstens den Vorteil einer einigermaßen konzentrierten Lage mit guten Verkehrsmöglichkeiten und einer sehr gesunden und noch hochgradig entwicklungsfähigen Landwirtschaft. Unersetzlich allerdings sind die Verluste an Kohlen, Erzen, Erden, Erdgas und anderen Bodenschätzen, so daß Ungarn um so mehr auf die Ausgleichung seines industriellen Einfuhrbedarfs durch Intensivierung von Landwirtschaft und Viehzucht wird Bedacht zu nehmen haben, wogegen die eigenen Industrialisierungsbestrebungen der Vorkriegszeit ihrer wirtschaftlichen Grundlagen in weitgehendem Maße beraubt worden sind.

Das ehemalige Königreich Ungarn hat sowohl an Umfang wie an Bevölkerung den größeren Teil seines Gebietes durch den Frieden von Trianon verloren, und zwar:

			qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Slowakei	an	Tschechien . .	53320	3000000	55
Karpath.-Ruthenien	»	» . .	9000	572000	64
Kroatien-Slawonien	»	Südslawien . .	42550	2668000	62
Westl. Banat . . .	»	» . .	25400	1530000	60
Siebenbürgen . .	»	Rumänien . .	57244	2500000	44
Maramaros	»	» . .	21045	1000000	47
Östl. Banat . . .	»	» . .	20000	1000000	50
Burgenland. . . .	»	Österreich . .	4340	345000	79
			232900	12665000	54
Bei Ungarn verbleiben etwa . . .			92500	8200000	90

Seiner Verfassung nach ist Ungarn Königreich geblieben. Da die Frage der Thronbesetzung aber bis zur weiteren Konsolidierung der inneren und äußeren Verhältnisse vertagt ist, steht das Land gegenwärtig unter einem Landesverweser.

Ungarn ist durch den Friedensvertrag als Wirtschaftskörper in Entwicklung und Bedeutung wesentlich zurückgeworfen. Besonders drückend ist der Verlust der siebenbürgischen Kohlenlager. Auch die gewaltigen Forsten des bisher ungarischen Karpathenanteils werden schmerzlich vermißt, nicht minder die Eisenindustrie des Banats. Die Arbeit der deutschen Siedler in Siebenbürgen hatte diesen Teil Ungarns auf die verhältnismäßig höchste landwirtschaftlich-technische Stufe gebracht. Auch in dieser Beziehung ist der Ausfall empfindlich. Das alte Ungarn in seinem

Gesamtumfang war der größte Maisproduzent in Europa, der drittgrößte in der Welt nach Argentinien und den Vereinigten Staaten. Auch aus dem wesentlich verringerten Boden lassen sich in Zukunft freilich bei seiner vorzüglichen Qualität Erträge herausholen, die selbst Kleinungarn einen ansehnlichen Platz unter den Weltmarktlieferanten sicherstellen könnten. Ist doch zu beachten, daß bisher in Ungarn beim Getreidebau nur etwa ein Zehntel der in Deutschland auf den Hektar üblichen Kunstdüngermengen verwandt wurde. Durch vollständigere Nutzung des vorhandenen Bodens und intensive Wirtschaft sind die ungarischen Ernten, wie ein Vergleich mit den Erträgen vom schwächeren Boden Deutschlands erweist, leicht zu verdoppeln, wo nicht zu verdreifachen. Auch die ungarische Viehzucht, an sich recht bedeutend, könnte noch wesentlich gewinnen durch verbesserte Seuchenbekämpfung und durch Aufklärung der kleinen Besitzer über rationelle Zuchtmethoden.

Eingebettet in die außerordentlich fruchtbare Donau- und Theißebene, ist das heutige verkleinerte Ungarn vorwiegend Tiefland, so daß es seine wirtschaftliche Wiedergenesung hauptsächlich in der Pflege der Landwirtschaft suchen muß. Seine günstige geographische Lage an der Donau und die Entwicklungsfähigkeit seiner Landwirtschaft gestalten denn auch seine Lage weitaus günstiger, als jene Deutschösterreichs, dem es an Größe und Volkszahl nunmehr nahesteht.

Ungarn war und ist ein Agrarstaat, und seine Ausfuhr erstreckt sich hauptsächlich auf Agrarprodukte. Getreide, Mehl, Vieh, Schweine, Fett, Wein und Zucker waren seine Hauptausfuhrartikel. Besonders auffallend ist die Tatsache, daß 1920 weder Getreide noch Mehl ausgeführt worden ist, während dies 1913 20% der Gesamtausfuhr ausmachte.

An zweiter Stelle stand 1913 die Viehausfuhr, die etwa 15% der Gesamtausfuhr ausmachte. Innerhalb der heutigen Grenzen waren 1918 etwa 35% des Viehbestandes von 1913. Obwohl sich inzwischen der Viehbestand vergrößert hat, ist vorläufig noch nicht mit einer nennenswerten Viehausfuhr zu rechnen.

Nicht unbeträchtlich ist die Produktion und Ausfuhr von Schafwolle. 1920 betrug die Gesamtproduktion über 3 Millionen kg und der weitaus größte Teil gelangte zur Ausfuhr, da die einheimische Wolle verarbeitenden Fabriken nur eine geringe Menge aufnehmen können. Als Abnehmer kommen vor allem Deutschland und Deutschösterreich in Frage.

Heute steht an erster Stelle in der Ausfuhr der Wein. Im ersten Halbjahr 1920 machte er 44% der Gesamtausfuhr aus. 1913 betrug die Weinproduktion 3,3 Millionen Hektoliter und dem heutigen Ungarn sind etwa 70% des mit Wein bebauten Landes geblieben, darunter die besten Lagen wie: Tokaj, Kecskemet, Transdanabien. Die Ausfuhr betrug 1913 ein Drittel der gesamten Ernte; sie ging vor allem nach Deutschösterreich und Tschechien.

Das Ausmaß der Einfuhr wird vor allem durch den Bedarf an Rohstoffen, Kohle und Erzen bestimmt. Die in Ungarn geförderte Kohle ist minderwertig und nicht ausreichend, so daß zur Befriedigung des Bedarfs etwa 10 Millionen t ausländische Kohle eingeführt werden müßten. Vor

dem Kriege kamen 66% der Einfuhrkohle aus Deutschland, hauptsächlich aus Oberschlesien. Über Erz verfügt Ungarn ebenfalls nur in sehr geringem Maße, da die Bergwerke des früheren Ungarn in dem abgetrennten Gebiete der Slowakei und in Siebenbürgen liegen. Ein einziges Erzgebiet ist ihm geblieben, das etwa 50000 t jährlich liefern kann, jedoch muß auch hierbei der zur Verhüttung erforderliche Koks eingeführt werden. Ebenso wichtig wie Kohle und Erz ist das Holz für die gesamte Produktion. Auch dieser Rohstoff fehlt dem jetzigen Ungarn beinahe gänzlich. Nur 13,4% des früheren reichen Waldbestandes sind ihm geblieben, so daß z. B. die Papiererzeugung 1919 nur 2% derjenigen von 1913 ausmachte. Die zu Tschechien gehörige Slowakei und Deutschösterreich sind jetzt die Lieferanten für Holz und Papier, während früher nicht unbeträchtliche Mengen zur Ausfuhr gelangten.

Obwohl die für eine weiterverarbeitende Industrie erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe fehlen, verfügt das kleine Ungarn jetzt dennoch über eine nicht unbedeutende Zahl von Fabriken, deren Erzeugung sogar den Bedarf Rumpfungarns erheblich übersteigt. Zum Teil mit finanzieller Unterstützung des Staates vor dem Kriege entstanden, zum großen Teil aber infolge der Absperrung während und nach dem Kriege groß geworden, bildet diese Industrie jetzt einen wichtigen Faktor des ungarischen Wirtschaftslebens. Vor allem hat sie sich natürlich der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zugewandt. Aber auch die elektrotechnische und chemische Industrie, sowie der Bau von Lokomotiven, Waggons, Schiffen, Schiffsmaschinen, Werkzeugmaschinen usw. wurden in den letzten Jahren außerordentlich gefördert und erreichten eine nicht unerhebliche Leistungsfähigkeit. Nahezu die gesamte Industrie war in Budapest vereinigt, so daß dem verkleinerten Ungarn etwa 90% von ihr geblieben sind.

Der südslavische Staat

zählt in einer außerordentlich bunten Zusammensetzung etwa 12 Millionen Einwohner, unter denen die Serben zwar relativ am stärksten vertreten, aber immerhin noch ein gutes Stück von der absoluten Mehrheit entfernt sind.

Dem ehemaligen Königreich Serbien sind nach dem Zerfall Österreich-Ungarns Kroatien, Slawonien und Dalmatien angegliedert worden. Auch Montenegro, das ehemals verbündete, hat Serbien sich angegliedert, ohne daß hierüber freilich bisher eine endgültige Entscheidung des Völkerbundes vorläge. Die ethnographische Buntheit dieses neuen Königreiches kommt darin zum Ausdruck, daß es keinen einheitlichen Namen zu finden vermochte, sondern sich als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen bezeichnet. Dieses Königreich setzt sich zurzeit wie folgt zusammen:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Alt-Serbien	48000	2957000	61
Neue Gebiete 1913	39000	1734000	44
» » 1919:			
Bosnien und Herzegowina .	51199	1898014	37
Montenegro	14200	435000	31

25*

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Dalmatien	12800	667600	52
Kroatien und Slawonien	42550	2668000	63
Westl. Banat	25400	1530000	60
Mazedonien	2500	112500	45

dazu noch nicht endgültig abgegrenzte Teile der Krain und das südliche Kärnten.

Große Unterschiede herrschen unter diesen hier zusammenkommenden Volksstämmen — Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedoslawen, Mohammedaner (serbisch oder kroatisch sprechend) — sowohl in der Sprache und Religion, als auch besonders in der Kultur; gerade die beiden in dem neuen Staatengebilde hauptsächlich vertretenen Volksstämme, die Serben und Kroaten, weisen eine völlig gegensätzliche Kultur auf. In einer von der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes (»Tagesfragen der Auslandswirtschaft«, Heft 1) herausgegebenen Schrift »Jugoslawien«, in dem der Verfasser, Dr. E. Fryda von Kaurimsky, Wien, einen Überblick über die Bevölkerung, agrarpolitischen Verhältnisse, Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft Jugoslawiens gibt, heißt es über die Bevölkerung dieses neuen Staates: »Ein einheitliches südslawisches Volk besteht nicht. Die Kroaten haben mit den Serben nichts gemeinsam außer der Sprache, die Slowenen, die auch der westlichen Kultursphäre angehören, verbindet nicht einmal die Sprachengleichheit. Die auf Grund jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklung entstandene Kulturverschiedenheit trennt jedoch die Völker in bedeutend höherem Maße, als sie die Einheit oder die Ähnlichkeit der Sprache vereinigen könnte.«

Fast die gesamte Bevölkerung Jugoslawiens, durchschnittlich mehr als 80%, treibt Landwirtschaft, doch sind deren Ergebnisse infolge der agrarpolitischen Verhältnisse wenig befriedigend. So hemmt in Kroatien-Slawonien die kommunistische Bewirtschaftung die Steigerung der Produktion. Dadurch, daß ein beträchtlicher Teil der Bauernwirtschaften Eigentum der Hauskommunen ist, zu denen mehrere Familien gehören, ist das Interesse des einzelnen an der Arbeit sehr behindert; wer mehr arbeitet, hat keinen größeren Anteil an den Früchten als jener, der wenig oder gar nichts leistet. In Bosnien-Herzegowina bestand bis vor kurzem das Kmetensystem; es ist zwar jetzt aufgehoben, doch werden sich die Folgen dieses Systems noch Jahrzehnte fühlbar machen. Dem Grundherrn gegenüber war die Kmetenfamilie verpflichtet, ungefähr ein Drittel der Ernte abzuliefern. Die Grundherren waren gewöhnlich sehr verhaßt, und um ihnen möglichst wenig zu geben, verfolgten die Kmeten das Prinzip, möglichst wenig zu produzieren. Ähnliche Zustände herrschen in Dalmatien und in anderen Gebieten.

Für die künftige Handelsstellung Groß-Serbiens ist vor allen Dingen die Angliederung von Gebietsteilen Ungarns und von Mazedonien außerordentlich wertvoll. Von den einzelnen Teilen Südslawiens hatten in der Getreideproduktion nur Kroatien-Slawonien und Alt-Serbien Ausfuhrüberschüsse zu verzeichnen, während die übrigen Gebiete auf Mehleinfuhr für die Ernährung der Bevölkerung angewiesen waren. Der Zuwachs

in Gestalt bisher ungarischen Bodens gewährleistet nicht nur die Ernährung der Gesamtbevölkerung, sondern stellt auch die Möglichkeit weiterer Getreideexporte in Aussicht. Die verschiedenen Hochebenen und Flußtäler Mazedoniens gewähren der kulturellen Entwicklung, insbesondere dem Anbau von Industriepflanzen, reiche Aussichten. Das dalmatinisch-istrische Küstengebiet verzeichnet eine erhebliche Weinausfuhr, die auch auf dem Weltmarkt unter der Flagge französischen Bordeaux eine Rolle spielt. Auch der Boden Mazedoniens, der unter der Islamherrschaft für diesen Zweck ungenutzt geblieben, vermag bedeutende Weinerträge zu liefern. Bisher spielt in Mazedonien besonders der Mohn in seiner Verarbeitung zu Opium eine exportwichtige Rolle. Nicht geringe Teile des mazedonischen Bodens sind übrigens auch baumwollfähig. Die ganze mazedonische Landwirtschaft aber war bisher außerordentlich vernachlässigt und weite Teile des Landes sind ihrer großen Weltabgeschiedenheit überhaupt erst während des Krieges durch energisch betriebene deutsche Bahnbauten entrückt worden. Im Vordergrund steht hier, wie in anderen Bezirken Südslawiens, der Tabakbau, der im Gesamtgebiet des neuen Staatswesens eine Jahresernte von weit über 100000 dz Zigarettentabak, zum Teil recht hohen Wertes, ergab. Forstmangel, eine alte Folge türkischer Herrschaft, hat teilweise zu einer Versandung der von Natur äußerst fruchtbaren Flußtäler Mazedoniens geführt. Hier ist durch Bewässerungsanlagen die alte Fruchtbarkeit wieder herzustellen, wie insgesamt die Nutzung der mazedonischen Wasserkräfte stark in den Vordergrund zu rücken haben wird. Sie ist von Bedeutung auch für die Erschließung entlegener Hochtäler durch elektrische Kleinbahnen — wie denn überhaupt neben Forst- und Wasserwirtschaft das Verkehrswesen den tatkräftigen Herren des Landes die wichtigsten Aufgaben stellt.

Die Forstwirtschaft ist nur in den nördlicheren Teilen des neuen Staatswesens höher entwickelt. Je weiter südlich, d. h. je länger die betr. Landesteile unter türkischer Herrschaft gewesen, um so größer sind die Nachwirkungen früherer Waldverwüstungen, um so geringer aber auch die Nutzbarmachung der diesen Waldverwüstungen glücklich entgangenen Bestände.

Der Straßenbau in Mazedonien ist bisher ausschließlich unter strategischen Gesichtspunkten und höchst mangelhaft betrieben worden. Jetzt erst ist die Zeit reif für wirklich wirtschaftliche Eisenbahnpläne. Schiffbar ist der Ochrida-See und nur ein Teil der vielfach mit starkem Gefälle dahinströmenden Flüsse Mazedoniens. Die Mündung des Wardar, der besonders fruchtbare Täler bildet, ist infolge starker Versandung für die Schiffahrt nicht nutzbar.

Der Boden Mazedoniens trägt neben Hafer und Weizen Mais und Reis, Sesam und Mohn, Oliven- und Maulbeerbäume, Obst und Gemüse, Rosen und Wein, Tabak und Baumwolle. Weiter kommen für die Ausfuhr an tierischen Produkten Wolle und Felle, Eier und Honig sowie Fische in Betracht. Bisher ist kaum ein Zehntel des Bodens bebaut, und zwar nur in urtümlichster Weise. Der Wert der Ernte wurde auf 200 Millionen M. geschätzt. Wird alles kultivierbare Land in Bearbeitung genommen und

bedient die Bodenkultur sich verbesserter technischer Hilfsmittel, so müssen demnach Milliardenwerte für die Ausfuhr Mazedoniens erzielbar sein!

Bemerkenswert ist, daß Mazedonien von der Türkenzeit her noch viel Großgrundbesitz behalten hat; etwa 30% des Ackerbodens war in den Händen von Großgrundbesitzern. Früher waren die Türken die Herren des Bodens; sie standen jedoch ganz in der Schuld der Spaniolen, die später den Besitz übernommen und verpachtet haben. Für eine allerdings noch ferne Zukunft wird vorzusorgen sein, daß der Grundbesitz später durch das napoleonische Erbrecht nicht zu sehr zersplittert. Allzuweitgehende Aufteilung im Erbgang nimmt dem Bauerntum seine Kraft und liefert den ganzen Einfluß dem städtischen Getreidehandel aus, an den es verschuldet.

Äußerst dürftig war bis in die Kriegszeit unsere Kenntnis vom heutigen Mineralreichtum Mazedoniens und seiner Abbaufähigkeit. Wir wußten nur aus dem Altertum, daß die Schätze der mazedonischen Berge an allen erdenklichen Mineralien in hohem Rufe standen. Vorhanden sind Gold und Silber, Kupfer, Zink, Blei, Eisen, Mangan, Chrom, Antimon und Schwefel sowie Kohle. Die türkischen Rechtsverhältnisse waren modernen Unternehmungsformen des Bergbaues im Großbetrieb äußerst hinderlich. Nach Übergang großer Teile Mazedoniens in serbische Hand spekulierte die französische Industrie stark darauf, jene mazedonischen Schätze heben zu können. Im Kriege ist durch deutsche Ingenieure viel für die Erkundung heutiger Abbauwürdigkeit getan.

Südslawische Spezialitäten sind die Obstkulturen (»türkische Pflaumen«), und namentlich in Serbien die Hanfproduktion, im Aufschwung begriffen ist auch der Zuckerrübenbau. Recht ausgedehnt ist in ganz Südslawien die Viehzucht, die unter dem Krieg allerdings durchweg ganz außerordentlich gelitten hat. Teilweise, vornehmlich in Alt-Serbien, war die Viehverwertungsindustrie bereits ansehnlich entwickelt und in nicht geringem Grade exportfähig. Ferner liefert die Geflügelzucht die Grundlage für einen umfangreichen Export an Eiern und Federn. Auch die Produktion von Seidenkokons war in Alt-Serbien, Mazedonien und Kroatien-Slawonien ansehnlich ausgebildet. Elend ist dagegen in Mazedonien der obendrein durch Seuchen dezimierte Viehstand. Für die Viehzucht bleibt hier noch alles zu tun übrig.

So günstige Grundbedingungen für die landwirtschaftliche Entwicklung hier vielfach durch den Boden geboten werden, leidet der wirtschaftlich-technische Fortschritt doch in weiten Gebieten schwer unter dem überkommenen System der Großfamilienwirtschaft und besonderer Formen des Teilbaues. Die Agrarreform, die auch der südslawische Staat durchzuführen im Begriff ist, hat hier über alle wirtschaftlichen und sozialen Rücksichten hinweg rein serbisch-nationalistischen Charakter angenommen, indem die Aufteilung des vorhandenen Großgrundbesitzes vornehmlich zugunsten ehemaliger Angehöriger des serbischen Heeres durchgeführt wird.

Besonders günstige Aussichten bietet die Weiterentwicklung der Viehzucht, wie sie in Alt-Serbien bereits mit Vorliebe betrieben worden war. Auch für die industrielle Entwicklung sind besonders in den nord-

westlichen Bezirken günstige Grundlagen gegeben. Politische und wirtschaftliche Rivalitäten der einzelnen Landesteile erschweren einheitliche Planmäßigkeit im wirtschaftlichen Neubau.

Hatte schon vor dem Kriege

Rumänien

als Lieferant von Agrarproduktion und Erdöl im Welthandel eine Stellung inne, wie kaum ein zweites Land von seiner damals bescheidenen Größe, so ist das heutige Rumänien mit seinem großen Zuwachs an überaus fruchtbaren Landstrichen in dieser Hinsicht noch sehr viel günstiger gestellt. Es genießt einen unverkennbaren Vorrang vor seinen Genossen im Kreise der neuen Südoststaaten. Volle Nutzung und wirkliche Zusammenfassung der staatlich neu zusammengefügten Wirtschaftskräfte wird allerdings auch hier erst möglich sein nach wesentlichen Ergänzungen des vorhandenen Verkehrsnetzes.

Rumänien ist dasjenige Land, das die vollkommenste Abrundung des in der Hauptsache von Bewohnern des gleichen Stammes bevölkerten Gebiets durch den Kriegsausgang erfahren hat. Damit hat es allerdings nicht nur die eigentlichen rumänischen Sprachgebiete vereinigt, sondern auch in beträchtlichem Umfange fremdstämmige Enklaven, wie besonders deutsche Gebiete des ehemaligen Ungarn. Umfang und Bevölkerung Rumäniens setzen sich gegenwärtig etwa wie folgt zusammen:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Alt-Rumänien	137 902	7 509 009	54
Bessarabien	45 632	2 686 600	54
Siebenbürgen	57 244	2 500 000	44
Maramaros	21 045	1 000 000	47
Östl. Banat	20 000	1 000 000	50
Bukowina	10 000	700 000	70
Neu-Rumänien	154 000	7 900 000	51

Groß-Rumänien hat zu einem Wirtschaftsgebiet von abgerundeter Form Glieder zusammengefaßt, die auf den verschiedensten Wirtschaftszweigen von hervorragend produktionskräftiger Bedeutung sind. Weizen und Mais gedeihen in üppiger Fülle auf den Fluren der Walachei, Beßarabiens und Südost-Ungarns. Die Karpathen öffnen ihre reichen Petroleumquellen, das Bergwerks- und Industriegebiet von Karasch-Severin hebt mitsamt den Siebenbürger Erzen Groß-Rumänien über den Rang eines reinen Agrarlandes empor. Die unabsehbaren Buchenwälder der Bukowina gewähren außer der eigenen Holzversorgung des Landes beliebige Exportmengen, das Donau-Delta gehört zu den an Fischen und Wasservögeln jeder Art denkbar reichsten Gebieten, der Donau-Stör gestattet selbst den Kaviarexport. Sehr entwicklungsfähig ist noch die Nutzung der Wasserkräfte des Landes. Keinem Teil ganz Mittel- und Südosteuropas ist es so leicht gemacht, wie dem neuen Groß-Rumänien, eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz zu entwickeln.

In der Zeit vor dem Kriege genoß Rumänien in der europäischen Staatenwelt das Ansehen einer Vormacht unter den Balkanvölkern. Diese

Stellung fand hervorstechenden Ausdruck noch bei dem Abschluß der Balkankriege durch den Friedensschluß in Bukarest. Rumänien stand in dem Ruf, unter den Ländern des südöstlichen Europas den weitestgehenden Anschluß an europäische Kultur gefunden zu haben; es hatte auch wirtschaftlich unter den Balkanstaaten die verhältnismäßig größte Bedeutung für den Weltmarkt gewonnen.

Unter der Wirkung äußerer ungünstiger sozialer Verhältnisse aber hat das rumänische Wirtschaftsleben noch bei weitem nicht die Entwicklung nehmen können, zu der es nach den natürlichen Schätzen und Fähigkeiten des Bodens berufen erscheint. Das Land verfügt in der walachischen Ebene über ein außerordentlich fruchtbares Tiefland, das ganz besonders geeignet erscheint zur Nutzung im landwirtschaftlichen Großbetrieb mit allen Hilfsmitteln moderner Technik. Es bietet weite Ackerflächen, die sich hervorragend eignen zur Bestellung mit hochwertigen Industriepflanzen, insbesondere auch mit Ölfrüchten. Seine Tierwelt hat von Natur einen ungewöhnlichen Reichtum. Von den alpinen Gebieten der Hochkarpathen mit ihrem Wild über die leicht gewellte Moldau und die walachische Ebene, die ein besonders gutes Pferdematerial zu liefern vermag, bis zur Donau mit ihren Überschwemmungsgebieten, die schier unerschöpflich reich ist an Fischen und Wasservögeln aller Art, gestaltet sich die rumänische Fauna um so mannigfacher, als das Land ein Durchgangsgebiet ist für jede Art von Wandertieren.

Wenn die Bevölkerung von Rumänien auch ähnlich derjenigen Bulgariens zu mehr als 80% auf dem Lande lebt, so haben sich hier doch in stärkerem Maße als dort auch größere Städte entwickelt. Die Hauptstadt Bukarest zählte vor dem Kriege 340000 Einwohner (Sofia etwa 110000), und es waren ferner an Städten mit mehr als 50000 Einwohnern vorhanden: Jassy mit 78000, Galatz mit 65000, Ploesti mit 57000, Braila mit 56000 und Craiova mit 52000.

Weitaus das Hauptgewicht des wirtschaftlichen Lebens aber lag, wie gesagt, in der Landwirtschaft. Mit Ausnahme besonders dürrer Jahre ist das Klima der Landwirtschaft in Alt-Rumänien sehr günstig, so daß sich hier eine verhältnismäßig erhebliche Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse entwickeln konnte. 10% des Bodens sind ungenutzt, nur 21% entfallen auf Waldungen, anderseits der verhältnismäßig hohe Satz von über 6% auf Wasser und Sümpfe, etwa 40% sind unter dem Pfluge. Von dem kultivierten Lande dienen 94% dem Getreidebau, und zwar sind 40% mit Mais, 32% mit Weizen bestellt, Ölfrüchte werden auf kaum 4% der Fläche gewonnen. Der Mais steht im Vordergrund der ganzen Landwirtschaft. Er deckt auch in erster Linie den eigenen Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung, während Weizen mehr für die Ausfuhr produziert wird. Unter den Ölfrüchten steht der Raps obenan, der namentlich in der walachischen Ebene gebaut wird. Seine Ernte unterliegt mit den Witterungsverhältnissen den größten Schwankungen.

Ein weiteres wichtiges Produkt bildet der Tabak, der im Staatsmonopol zu Zigaretten verarbeitet wird, er ist jedoch minderer Qualität

und bedarf zur Herstellung besserer Zigaretten der Beimischung bulgarischen bzw. griechischen Tabaks.

Von großer Bedeutung ist für die rumänische Volkswirtschaft die Fischerei. Der Donaustör steht an Wert nicht zurück hinter dem Wolgastör; Karpfen erreichen in den rumänischen Gewässern eine ungewöhnliche Größe. Alle anderen Fischsorten sind in reichlichem Maße vorhanden. Die Fischerei in und an der unteren Donau insgesamt stellt nächst der unteren Wolga das wichtigste Fischgebiet in Europa dar. Nicht nur die Führung der geographischen Grenze, sondern namentlich auch der Umstand, daß das bulgarische Donauufer mehr oder weniger steil abfällt, auf der rumänischen Seite aber ein weites Überschwemmungsgebiet die Donau begleitet, macht den Anteil Rumäniens an den Erträgnissen der Donaufischerei wesentlich höher als jenen Bulgariens. Planloser Raubbau drohte vor etwa 20 Jahren diese reiche Quelle rumänischen Volkseinkommens versiegen zu lassen. In richtiger Erkenntnis dieser Gefahr nahm der rumänische Staat sich der Fischerei an und machte ihrem irrationellen Betrieb auf gesetzlichem Wege ein Ende.

Unter den Schätzen des Erdinnern, die in Rumänien gewonnen werden, steht das Erdöl bei weitem an erster Stelle. Seine Erzeugnisse, Benzin, Leuchtöl, Brennöl, Schmieröl, Paraffin usw., haben an Bedeutung auf dem Weltmarkt ständig gewonnen, und seine Rückstände liefern der rumänischen Volkswirtschaft begehrtes Brennmaterial. Auch die Lokomotiven der rumänischen Eisenbahnen werden mit diesen Rückständen gefeuert. Das Vorkommen des rumänischen Erdöls erstreckt sich vornehmlich auf das Grenzgebiet zwischen der walachischen Ebene und den Karpathen. Die Hauptquellgebiete liegen innerhalb dieses Bezirkes der Karpathenvorberge zerstreut, in sehr schwankender Tiefe von einigen Metern bis zu 800 m.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann die regelmäßige Ausbeute, die gleich anfangs sehr befriedigende Ergebnisse zeitigte. Bald aber konnte das rumänische Petroleum neben dem amerikanischen und dem russischen auf dem Weltmarkt nicht bestehen, und die Produktion wurde durch längere Zeit wenig beachtet. Erst seit 1897 nahm sie wieder einen Aufschwung, nachdem der amerikanische Petroleumtrust die europäischen Konsumenten mittelbar veranlaßt hatte, seinen möglichen Wettbewerbern erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Erdöl wird in Rumänien durch Sonden gewonnen. Namentlich im Prahowatal bei Bustinari, Campina usw. ist die Produktion sehr ergiebig; im ganzen belief sie sich im Jahre 1902/03 auf 325 Millionen, im Jahre 1905/06 auf 682 Millionen kg und stieg weiter bis zu Beginn des Krieges.

Das in der rumänischen Erdölgewinnung arbeitende Kapital war ganz überwiegend ausländisch, und zwar vor dem Kriege großenteils deutsch. Im Jahre 1904 belief es sich insgesamt auf rd. 24½ Millionen.

Auch in der rumänischen Industrie, die im ganzen keine starke Entwicklung zeigt, steht die Erdölindustrie, d. h. vornehmlich die Raffinerie, an hervorstechender Stelle. Die gesamte Industrieentwicklung in Rumänien

ist jungen Datums. Im Jahre 1887 wurde ein Industrieförderungsgesetz geschaffen, dessen Inhalt in dem späteren bulgarischen Industrieförderungsgesetz ziemlich genau übernommen worden ist. Einem Jubiläumswerk über die rumänische Industrie vom Jahre 1906[1]) entnehmen wir folgende Daten: Es bestanden insgesamt 471 Fabrikanlagen, an denen weitaus am zahlreichsten die Nahrungsmittelindustrie mit 169 Unternehmungen beteiligt war. Es folgte die Holzindustrie mit 64, die Metallindustrie mit 55 und die chemische Industrie mit 53; die Textilindustrie hatte nur 33 Unternehmungen zu verzeichnen. In der ganzen rumänischen Industrie waren damals kaum 50000 PS Dampfkraft in Anwendung, das angelegte Gesamtkapital belief sich auf 357 Millionen Lei, die Zahl der Arbeitskräfte erreichte kaum 38000. Der Wert der Jahresproduktion wurde auf 273 Millionen Lei beziffert, davon 250 Millionen in der Nahrungsmittelindustrie, 30 Millionen in der chemischen Industrie (vorwiegend Petroleumraffinerie), 22 in der Metallindustrie. Hiernach nahm die chemische Industrie den zweiten Platz unter den rumänischen Industriegruppen ein, was wiederum die Bedeutung der Erdölverarbeitung im Rahmen der rumänischen Volkswirtschaft beleuchtet. Die an erster Stelle stehende Nahrungsmittelindustrie war vornehmlich Mühlenindustrie. In diese Gruppe rechnet auch die Tabakindustrie, die mit etwa 2000 Arbeitern für 40 Millionen Lei Zigaretten verfertigte.

Die Petroleumraffinerie hat in Rumänien schon verhältnismäßig frühzeitig Bedeutung gewonnen. Bereits im Jahre 1874 gab es in Ploesti eine Anlage zur Erdöldestillation, die mit einer Konzession für die Petroleumbeleuchtung von Bukarest ausgestattet wurde. Das war der erste Versuch einer öffentlichen Beleuchtungsanlage unter Anwendung von Petroleum, der überhaupt unternommen worden ist. Heute gibt es in Rumänien eine große Anzahl von Petroleumraffinerien, darunter einige 20 große Unternehmungen. Sie liegen überwiegend am Ort der Erdölgewinnung; ihre Erzeugnisse gliedern sich in Leichtöl, Leuchtöl, Schweröl und Rückstände. Im Jahre 1903/04 wurde in runden Zahlen gewonnen: 50000 t Benzin, 85000 t Leuchtöl, 39000 t Schweröl und 144000 t Rückstände. Bis vor wenigen Jahren mußte Rumänien seinerseits noch Petroleum aus Rußland einführen, im Jahre 1910 verzeichnete es eine Petroleumausfuhr im Wert von annähernd 40 Millionen Lei.

Was nun die Veränderungen im rumänischen Wirtschaftsleben durch den Krieg anbetrifft, so ist die Walachei verhältnismäßig nur wenig berührt worden von unmittelbaren Kriegsschädigungen. Der Siegeszug der verbündeten Truppen führte in schnellem Vormarsch durch das walachische Gebiet, die Stadt Bukarest wurde durch freiwillige Aufgabe der Festung von seiten der rumänischen Heeresleitung Kriegszerstörungen entzogen. Nur wo mit Einwilligung der rumänischen Regierung englische Zerstörungskommissionen hausten, um den siegreich vordringenden Feinden kein wertvolles Material in die Hände fallen zu lassen, sind schwere Schädigungen verursacht worden.

[1]) N. J. Paianu, Industria Mare 1866—1906, Bukarest 1906 (Amtliche Veröffentlichung des Ministeriums für Ackerbau, Industrie, Handel und Domänen).

Die Landwirtschaft der Walachei litt mittelbaren Schaden dadurch, daß ein Teil der Bevölkerung geflüchtet war und daher Mangel an Arbeitskräften für die reguläre Fortsetzung der Landbestellung herrschte. Gelitten hat der Holzbestand, da einerseits durch das Verstopfen der Erdölquellen die gewohnten Brennmittel für die rumänischen Eisenbahnen und für die Fabriken zunächst in Wegfall kamen, und da ferner bei der durch den Krieg bedingten Erschwerung der Transportverhältnisse die Heranschaffung von Brennmaterial auf weiten Wegen undurchführbar war und daher vielfach auf die Holzbestände des Landes zurückgegriffen werden mußte. Die wesentlichste Dauerwirkung des Krieges auf dem Gebiete der rumänischen, wenigstens der walachischen Landwirtschaft, eine Dauerwirkung, die angesichts der Bedeutung dieser Landwirtschaft im Rahmen der gesamten rumänischen Volkswirtschaft auch für diese einschneidende Folgen haben muß, ist wohl in der Tatsache zu erblicken, daß der Krieg eine soziale Strukturveränderung in der Landwirtschaft angebahnt hat.

Die bäuerliche Bevölkerung, die bis dahin in doppelter Abhängigkeit stand von dem Großgrundbesitzer und dem Generalpächter, eine Bevölkerung, die in tiefer Armut und Unbildung lebte, ist im Kriege erstmals zu einer gewissen Selbständigkeit gelangt. Unter fast völliger Ausschaltung des Zwischenhandels konnte sie ihre Erzeugnisse an die Militärverwaltung zu hohen Preisen verkaufen, so daß sie plötzlich zu ungewohntem Wohlstand gelangte. Nach überstürzt durchgeführter Agrarreform aber erwies sich, daß es dem rumänischen Bauern an allen technischen Fertigkeiten fehlt, die landwirtschaftliche Erzeugung von sich aus auf die alte Höhe zu heben oder gar weiter zu fördern. Hierzu bedarf es noch einer langwierigen, durchgreifenden Bildungsarbeit.

Während Großrumänien etwa auf das Doppelte der Größe des alten Königreichs angewachsen ist und rund 17 Millionen Einwohner zählt, beschränkt

Bulgarien

sich heute knapp auf die Größe, die es vor dem Balkankriege gehabt hat, mit einer Bevölkerung von 4—5 Millionen.

Gleich seinen Nachbarn ist Bulgarien bei der monarchischen Verfassung verblieben, obwohl die Wahlen nach Kriegsausgang eine sichere republikanische Mehrheit ergeben haben. Das Land hat durch den Friedensschluß etwa ein Zehntel seiner Bevölkerung verloren. Bulgarien ist nacheinander durch drei Kriege gegangen, die ihm zunächst erheblichen Landgewinn, dann aber wieder empfindliche Verluste brachten. Flächeninhalt und Bevölkerung vor dem Balkankriege, nach dem Balkankriege und nach dem Frieden von Neuilly stellen sich wie folgt:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Alt-Bulgarien vor dem Balkankriege . . .	96 000	4 338 000	45
An Rumänien abgetreten	8 000	354 000	40
Von der Türkei erobert	26 000	783 000	30
Bestand nach dem Balkankriege	114 000	4 767 000	42
Verluste 1919 an Serbien	2 500	113 000	45
An Griechenland	6 400	320 000	50
	8 900	433 000	48

Besonders empfindlich stellte sich der Verlust der an Griechenland abgetretenen Gebiete, da Bulgarien dadurch wieder von der eben erst erreichten ägäischen Küste abgedrängt wurde und außerdem wirtschaftlich ganz besonders wertvolle Tabakgebiete abgeben mußte.

Je stärker die Stellung Griechenlands am und im Ägäischen Meer wird, um so mehr sinkt relativ die politische Bedeutung Bulgariens. Die bulgarisch-griechischen Gegensätze in der ganzen Balkanpolitik sind sehr alten Datums. Auch in der Zeit der drückendsten türkischen Herrschaft waren Griechen und Bulgaren keineswegs etwa als christliche Völker einig im Widerstand gegen die Türken, sondern betrieben mit ganz seltenen und schnell vorübergehenden Ausnahmen eine durchaus getrennte Politik. Das Streben der Griechen ging in der Türkenzeit dahin, eine geistige Herrschaft über die Bulgaren auszuüben, und es ist in der einschlägigen Literatur oft betont worden, daß die bulgarischen Verselbständigungsbestrebungen ursprünglich nicht sosehr zutage traten im Kampf gegen die Türken, wie in dem Streben nach einer eigenen Schule und eigenen Kirchen, abseits vom Einfluß der griechischen Popen, der sich unter Zurückdrängung der bulgarischen Sprache über ganz Bulgarien ausgedehnt hatte. In diesem Sinne war 1835 die erste bulgarische Schule geschaffen worden, in diesem Sinne erreichte Anfang der siebziger Jahre Bulgarien die türkische Anerkennung seines eigenen Kirchenfürsten, indem die Türkei den griechisch-bulgarischen Gegensatz für ihre eigenen politischen Interessen durch diese Anerkennung nach dem Wahlspruch: »Divide et impera« nützen zu können glaubte. Im Hinblick auf Thrazien ist der griechisch-bulgarische Gegensatz um so schärfer, als es sich für beide Länder ja nicht nur um die politische Stellung an der Küste des Ägäischen Meeres handelt, sondern auch um den Besitz der wirtschaftlich außerordentlich wichtigen Tabakgebiete in der Umgegend von Xanthi.

Der bulgarische Staat nach dem Stande vor Ausbruch der Balkankriege hatte bei 2239 km Gesamtlänge seiner Grenze nur 344 km Seegrenze, die sich auf die Küste des Schwarzen Meeres beschränkte. Auf 471 km bildete die Donau die Nordgrenze.

Das Land ist von vielen Gebirgen durchzogen, vornehmlich dem seine ganze Länge ausfüllenden Balkan und den noch höher ansteigenden Rodopen. Zwischen den Gebirgen lagern sich fruchtbare Hochebenen und breite Flußtäler. Die Gipfel des Balkans erheben sich bis zu 2372 m, die der Rodopen mit dem alpinen Rilagebirge bis zu 2923 m. Vom Nordhang des Balkans zur Donau senkt sich die große bulgarische Kreidetafel mit fruchtbarer Lößschicht. Im Nordosten schließt sich ihr die »bulgarische Steppe« der Dobrudscha an, die, obwohl selbst wasserarm, bei ausreichendem Regenfall große Fruchtbarkeit entwickelt. Der Balkan selbst ermangelt nicht der Pässe von Nord nach Süd. Sein Nordhang ist einförmig, besonders als Weideland geeignet, und trägt Eichen- und Buchenwälder. Das Klima des Nordens ist mitteleuropäisch, das der fruchtbaren Täler, die sich im Süden öffnen, der üppigeren Vegetation der Mittelmeerländer erschlossen. Die gegen Süden abgeschlossene Hochebene von Sofia hat für ihr Teil noch mehr mitteleuropäisches Klima, wo-

gegen die große Hochebene von Philippopel bereits eine große Fruchtbarkeit üppigen Gepräges der Südländer aufweist. Die südlichen Täler der Maritza und Strumitza sind heiß und gestatten Reis-, ja Baumwollkultur.

Die Ackerbestellung war bis vor kurzem und ist größtenteils noch heute sehr urtümlich. In der Hauptsache findet man noch den Holzpflug ältesten Systems. Am weitesten fortgeschritten war die landwirtschaftliche Technik in der bulgarischen Süddobrudscha, die Rumänien 1913 an sich riß. Hier gab es in Baltschin sogar schon eine bulgarische Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und langsam fand aus diesem entwickeltsten Bezirk die verbesserte landwirtschaftliche Technik weiteren Eingang in das Land, für das die Lostrennung gerade dieses Gebietes ein außerordentlich harter Schlag war.

So lange die Verbindung mit dem Weltmarkt sich in engen Grenzen hielt, war der Anreiz zur Verbesserung der Wirtschaftsmethoden sehr gering. Auch heute ist noch bei weitem nicht aller vorhandene Boden landwirtschaftlich genutzt, doch übt die Kleinheit der Parzellen einen gewissen Zwang zu intensiverer Nutzung des Bodens aus. Anderseits wiederum ist gerade wegen dieser Kleinheit der Parzellen die Anwendung großer und kostspieliger Maschinen nur möglich bei Zusammengehen der Nachbarn, das sich auf dem Wege der Genossenschaftsbildung vollzieht.

Auch die Viehzucht befindet sich in Bulgarien gemeinhin noch in recht urtümlichem Zustande, so daß mehr von Viehhaltung als von Viehzucht gesprochen werden muß. Hervorstechendes Kennzeichen des Viehbestandes ist vornehmlich der noch sehr häufige Büffel, der als Zug-, Arbeits- und auch als Melktier ausgedehnteste Anwendung findet. Das Pferd ist verhältnismäßig selten und findet besonders als Lasttier Verwendung, häufig das Schaf und auch die Ziege, doch wird letztere jetzt regierungsseitig bekämpft, da sie durch Abknabbern der jungen Baumknospen der so notwendigen Aufforstung sehr abträglich ist.

Mit Ausnahme der Schafe und Ziegen ist das Vieh überwiegend klein und unansehnlich. Zumal der Pferdeschlag ist sehr klein und struppig. Das bulgarische Pferd ist aber zäh und ausdauernd, in den Bergen besonders ungemein gewandt und hat sich in den Balkankriegen recht gut bewährt.

Türkenherrschaft alter Zeit war volkswirtschaftlich gleichbedeutend mit Waldverwüstung. Der Wald wurde niedergebrannt: in politischer Absicht, um den Banden ihre Schlupfwinkel zu nehmen und freies Schußfeld zu gewinnen; in wirtschaftlicher Absicht, um Ackerboden zu gewinnen — wobei unendlich viel mehr niederbrannte, als der Bauer zur Abrundung seines Grundstücks brauchte; durch unbeabsichtigte Feuersbrunst bzw. aus Leichtsinn, besonders bei großer Dürre. Dazu kam sinnloser Raubbau mit den Holzbeständen und die Zerstörung anwachsender Stämmchen durch Ziegenfraß.

Gleichwohl besaß Bulgarien in seinen Gebirgen 1908 von 96345 qkm Gesamtfläche 28345 qkm Waldfläche in 914760 Parzellen. Mehr als ein Drittel des Bodens trug Wald in den Bezirken Schumen, Philippopel, Burgas; weniger als ein Fünftel in den Bezirken Widin und Wratza.

Unter der Regierung Ferdinands I. ist in den Gebieten, die besonders unter Waldverwüstung gelitten hatten, sehr viel für die Aufforstung getan worden.

Die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bildet den Grundstock der bulgarischen Industrie. Von 389 industriellen Unternehmungen, die im Jahre 1912 in Bulgarien ermittelt wurden, gehörten 158 in das Bereich der Nahrungsmittelindustrie und verarbeiteten vornehmlich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des bulgarischen Bodens. Dazu treten 22 Unternehmungen der Holz- und 28 der Lederindustrie. So weit die unmittelbare Verarbeitung von Wolle, Flachs, auch von eigener Baumwolle in Frage kommt, steht auch ein Teil der 78 Textilwarenfabriken auf dem Boden der bulgarischen Landwirtschaft und Viehzucht.

Die Agrarproduktion Bulgariens ergab vor dem Kriege einen Ausfuhrüberschuß von

1. Getreide	818,2 Mill. kg	105,4 Mill. Fr.
2. Hülsenfrüchten	23,5 » »	6,1 » »
3. Obst und Nüssen	0,9 » »	0,3 » »
4. Gemüse	0,2 » »	—
5. Industriepflanzen	14,2 » »	3,8 » »
6. Futterpflanzen	14,7 » »	2,0 » »
insgesamt	871,7 Mill. kg	117,6 Mill. Fr.

Die Eisenbahnen Bulgariens sind (wie übrigens diejenigen ganz Balkaniens und Ungarns) durchwegs eingleisig, selbst auf der Strecke des einstmaligen Balkanzuges. Das rollende Material ist spärlich. Der Krieg hat bereits große Verbesserungen insofern gezeitigt, als nicht nur neue Eisenbahnen in Bau genommen und mit einer in Friedenszeiten auf dem Balkan undenkbaren Energie gefördert worden sind, sondern auch die alten Hauptstrecken mit so zahlreichen neuen Ausweichen versehen wurden, daß künftig eine wesentlich bessere Zugfolge möglich ist.

Das Land hat eine überaus lebhafte Gründertätigkeit durchgemacht, ermangelt aber wirklicher Belebung der auf dem Papier gegründeten Industrien, sowohl der Maschinen, wie vielfach auch der Rohstoffe und des Betriebsmaterials. Seine Kohlen und Erzvorkommen sind allerdings während des Krieges von deutscher Seite gründlich untersucht worden und werden in beschränktem Umfange neuer Industrieentwicklung Nahrung geben. Aussicht haben neben der Landwirtschaft selbst in erster Linie die Industrien zur besseren Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion. Stark nationalistische Strömungen unter der gegenwärtigen Herrschaft der Bauernpartei arbeiten hier wie in anderen Südoststaaten darauf hin, daß die neu zu entwickelnde Industrie einen durchaus nationalen Charakter auch dort annehme, wo die Beteiligung fremden Kapitals und technischer Hilfskräfte aus dem Auslande nicht zu umgehen ist. Im Interesse einer erträglichen Zahlungsbilanz wird die Einfuhr staatlich auf ein Mindestmaß herabgedrückt, doch ist die gewünschte Versorgung des Landes mit täglichen Bedarfsartikeln eigener Industrieproduktion unerreichbar, ohne ausländische Maschinen und Hilfsstoffe in beträchtlichem Umfange hereinzulassen. Gegenwärtig arbeitet Bulgarien

unter anderm an dem Problem weitgehender Nutzung der im Lande vorhandenen Wasserkräfte.

Das Königreich

Griechenland

hat durch die vorangegangenen Balkankriege und den großen Krieg in seinem äußeren Bestand folgende Veränderungen erfahren:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Vor den Balkankriegen	67000	2632000	39
Neue Gebiete	54446	2101014	38
Griechenland	118461	4911000	40
Neue Gebiete 1920:			
Thrazien	28628	807078	28
Dodékanes (ohne Rhodos)	1421	63639	45
Smyrna	20279	999855	49
Neueste Gebiete	50328	1870572	37
Griechenland	172584	6603538	38

Griechenland hat mit seinen Neuerwerbungen in ausgedehntem Maße das Ägäische Meer umrunden können und, abgesehen von dem erweiterten Inselbesitz, auch an der entgegengesetzten Küste die erwünschte Festsetzung vorzunehmen vermocht. Es versperrt Bulgarien den Ausgang zum Ägäischen Meer, wobei allerdings die Regelung einer Verkehrssicherung für Bulgarien an die See vorgesehen war.

Die Griechen glauben der Erfüllung ihres alten Traumes nahegekommen zu sein, das griechische Kreuz wieder auf der Hagia Sofia in Konstantinopel aufrichten zu können. Der Wahn, daß die lange Kette der europäischen Kriege mit den Friedensschlüssen von Versailles, St. Germain und Neuilly ihren Abschluß gefunden hätte, ist ja schon von den verschiedensten Seiten aus zerstört worden. Sowohl Sowjetrußland, wie die Polen erwiesen sich als geneigt, an allen Grenzen gleichzeitig Krieg zu führen. Die vorderasiatischen Streitfragen sind noch in keiner Weise endgültig gelöst. Die Türkei, deren Bevölkerung im Zusammenhang mit dem großen europäischen Krieg nur mit halber Seele beteiligt war, schien in dem Moment, wo es sich um ihre von den europäischen Dingen losgelösten eigenen Interessen handelte, mit ganzer Seele dabei zu sein, und die vom Weißen bis zum Persischen Meer fortherrschende Kriegsstimmung machte sich auch am Ägäischen Meer allerorten bemerkbar. Die politischen Angelegenheiten an der Nordküste dieses Meeres haben durch den Friedensvertrag, den die Ententemächte Bulgarien auferlegten, noch keine abschließende Regelung gefunden. Die bulgarischen Unterhändler haben sich gern in dem Glauben wiegen lassen, daß die Entente ihnen schließlich doch eine solche Entscheidung über den Korridor zum Ägäischen Meer zubilligen würde, die ihnen nicht nur wirtschaftliche Verkehrsfreiheit nach einem der fraglichen Häfen sichert, sondern auch ein Stückchen politischer Verbindung wieder öffnet. Hierzu steht das Vorgehen Griechenlands in Ostthrazien in schroffem Widerspruch. Die Griechen wollen mit Gewalt mindestens bis an die Tore Konstantinopels vorgehen, wobei sie

selbstverständlich den Wunsch hegen, nicht vor einem internationalisierten Konstantinopel stehenbleiben zu müssen, sondern die Stadt selbst unter ihre Gewalt zu bekommen.

Zwischen Südslawien, Bulgarien und Griechenland in bedrängter Lage und mit höchst unsicheren Grenzen befindet sich der Rest des Fürstentums

Albanien,

dessen Bestand vor dem Kriege sich auf 28000 qkm mit 800000 Einwohnern belief. Albanien gehört zwar zu den Mitgliedern des Völkerbundes, doch ist seine derzeitige Gestalt noch vollkommen unbestimmt.

Wirtschaftlich belanglos, könnte Albanien unter Umständen verkehrspolitisch eine gewisse Bedeutung erlangen. Albanien übernimmt den früher von Montenegro innegehabten zweifelhaften Ruhm der Sonderstellung, der europäische Staat ohne Eisenbahn zu sein. Das Land wird kein Verlangen danach tragen, dauernd in dieser Sonderstellung zu verbleiben, wird vielmehr recht bald den Wunsch nach Schienenwegen geltendmachen. Auf österreichischer Seite war schon kurz vor dem Kriege an den Plan herangetreten worden, das österreichische Eisenbahnnetz in Bosnien auszubauen bis zu dem kurzen montenegrinischen Küstenstreifen und die Eisenbahn weiter hindurchzuführen durch Albanien, bis sie durch griechisches Gebiet ihren Endpunkt im Hafen von Piräus findet, der unter den europäischen Häfen der dem Suezkanal nächstgelegene ist und dadurch befähigt erscheint, einen erheblichen Teil des Verkehrs aus dem mittleren und östlichen Europa nach dem Suezkanal und durch ihn weiter nach dem Indischen Ozean zu vermitteln.

Solange noch nicht die Neuordnung der Dinge auf dem Balkan eingetreten war, hatte Italien wenig Neigung, diesen österreichischen Gedanken einer Adriabahn mit freundlichen Augen zu betrachten. Nun aber ist Italien zum Protektor Albaniens geworden und trägt dadurch eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die weitere Entwicklung dieses Landes. Soll es politisch und wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, so wird der Protektor ihm die Wohltat eines Anschlusses an das internationale Verkehrsnetz kaum versagen können.

Hat sich die Sachlage in dieser Beziehung für Italien politisch gewandelt, so bleibt freilich noch die wirtschaftliche Konkurrenzrücksicht. Es liegt auf der Hand, daß Italien den mitteleuropäischen Verkehr nach dem Suezkanal seinen eigenen Häfen nicht entziehen lassen möchte. Aber auch diese Konkurrenzbefürchtungen können bei näherer Betrachtung kaum so groß sein, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen: einmal wird eine Bahn, die sich zunächst an der bergigen Adriaküste entlang zieht und dann durch das albanische Gebirgsland nach Griechenland hinüberführt, sich notwendigerweise recht teuer stellen und demgemäß auf Tarife angewiesen sein, die — wenigstens für den Verkehr von Massengütern — keine starke Konkurrenzfähigkeit besitzen können; sodann aber wird von den italienischen Häfen aus der Verkehr nach dem Suezkanal doch zum wesentlichen Teil durch Dampfer vermittelt, die nicht etwa erst in Neapel oder Brindisi ihren Ausgang nehmen, sondern zum mindesten schon von Venedig oder Genua, zum sehr großen Teile aber auch weiter her, von den

Häfen Frankreichs, Englands, Deutschlands usw., kommen. Für alle diese Schiffe wäre das Anlaufen des Piräus mit einem verzögernden Umweg verbunden, der sie auch nach Fertigstellung jener neuen Orientbahn großenteils veranlassen würde, unverändert an dem alten Fahrplan festzuhalten.

Die italienischen Eisenbahnen und Häfen also würden die Konkurrenz des Piräus für die Hauptteile ihres alten Verkehrs kaum zu fürchten haben. Aus anderen Teilen Europas als nach den italienischen Häfen hin gravitierenden aber könnte der Piräus immerhin als der dem Suezkanal nächstgelegene europäische Hafen bei entsprechender Eisenbahnverbindung einen entwicklungsfähigen Verkehr auf sich lenken. Das griechische Interesse an der Entwicklung eines solchen Verkehrs wäre ein bei der politischen Betrachtung des albanischen Eisenbahnplanes nicht zu übersehender Faktor!

5. Anwärter künftiger Weltpolitik.

Landflächen von mehr als 30 Millionen qkm mit annähernd 400 Millionen Einwohnern bilden in den latein-amerikanischen Staaten und in China Stätten der Passivität in weltpolitischer Beziehung, die aber sowohl in Südamerika wie in Ostasien auch in eine bedeutungsvolle Aktivität gewandelt werden könnte. Man wird auf alle Fälle gut tun, diesen Gebieten ein Interesse zuzuwenden, das über ihre gegenwärtige weltpolitische Bedeutung, wie auch über ihren derzeitigen Anteil am Weltverkehr hinausgeht. Von der Gesamtheit der erwähnten Länder hat nur Argentinien es vor dem Kriege auf einen Welthandelsanteil von über 2% gebracht. Auch das große China blieb hinter dieser Ziffer zurück.

Betrachten wir zunächst die geographischen Verhältnisse in Südamerika, so beginnen wir füglich mit jenem Lande, das, wie gesagt, den verhältnismäßig größten Anteil am wirtschaftlichen Weltverkehr hatte, obwohl es weder an Bodenfläche noch an Bewohnern der größte der südamerikanischen Staaten ist.

Argentinien

umfaßt annähernd 3 Millionen qkm, seine Bevölkerung belief sich noch im Jahre 1895 erst auf rund 5 Millionen Einwohner, gegenwärtig aber beträgt sie mindestens 8½ Millionen. Im Jahre 1914 bestand die gezählte Bevölkerung aus 5527285 Argentiniern und 2357952 Ausländern; davon 929863 Italiener, 829701 Spanier, 93634 Russen, 86428 Uruguayer, 79491 Franzosen, 64369 Türken, 38123 Österreich-Ungarn, 36442 Brasilier, 34327 Chilenen, 28049 Paraguayer, 27692 Briten, 26995 Deutsche, 17993 Bolivier, 14345 Schweizer, 14143 Portugiesen. Ausländer 1919: 832000 Italiener, 734000 Spanier, 87000 Uruguayer, 85000 Russen, 74000 Franzosen, 333000 andere, zusammen 2145000. Argentinien hatte einen jährlichen Geburtenüberschuß von etwa 150000 Köpfen und verzeichnete als ein Hauptziel internationaler Sachsengängerei neben einer starken Einwanderung auch beträchtliche Auswanderungsziffern. Über Einwanderung und Auswanderung in der Vorkriegszeit lassen sich folgende Angaben machen:

	1857—1912	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Einwanderung	4248355	257924	303112	278148	289640	225772	348570
Auswanderung	2188809	138063	127032	137508	97854	120709	142460

1912 waren unter den Einwanderern 165662 Spanier, 80583 Italiener, 20832 Russen, 19792 Türken, 5180 Franzosen, 6545 Österreicher, 4337 Deutsche, 4959 Portugiesen, 3375 Griechen, 3134 Briten.

1857—1912: 4248355 Einwanderer, davon 2078264 Italiener, 1286277 Spanier, 136659 Russen, 80295 Österreich-Ungarn, 54280 Deutsche, 49860 Briten, 30626 Schweizer, 25013 Franzosen.

Während des Krieges ist die Wanderungsbewegung naturgemäß bedeutend eingeschränkt gewesen. In den ersten Kriegsjahren überwog die Rückwanderung nach Europa, später hielten Ein- und Auswanderung sich ungefähr die Wage:

1919 waren unter den Einwanderern 28220 Spanier, 12183 Italiener, 10310 Argentinier, 6978 Uruguayer, 2464 Franzosen, 2249 Deutsche, 1972 Briten, 768 Russen, 677 Brasilier, 535 Türken, 282 Österreicher, 236 Nordamerikaner, 219 Japaner.

1857—1917: 4762067 Einwanderer, davon 2296834 Italiener, 1527115 Spanier, 226481 Franzosen, 136646 Russen, 121513 Türken, 81290 Österreich-Ungarn, 62496 Deutsche, 57243 Briten, 33499 Schweizer, 23091 Belgier.

Der argentinische Außenhandel war und ist aktiv. Einer Einfuhr von etwa 650 Millionen Pesos Gold steht eine Ausfuhr von reichlich 800 Millionen gegenüber. Argentinien liefert dem Weltmarkt vornehmlich Weizen, Mais, Leinsaat, Rinderhäute, Gefrierfleisch und andere tierische Erzeugnisse. Sein Boden bietet für Ackerbau und Viehzucht noch weitgehende Möglichkeiten, sein Klima ist jeder europäischen Einwanderung zugänglich. Nur die sozialen Macht- und Besitzverhältnisse stehen dem Landerwerb der Einwanderer hemmend im Wege und verlangsamen dadurch die Durchführung wirtschaftlicher Nutzung des Gesamtgebiets. Von der Gesamtausfuhr entfallen etwa 97% auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft und Viehzucht. Die Ausfuhr von Ackerbauerzeugnissen ist verhältnismäßig groß, weil die immer noch wenig dichte Bevölkerung einen geringen Eigenbedarf hat. Gegenüber den nordamerikanischen Verhältnissen ist Argentinien insofern bevorzugt, als in den Vereinigten Staaten die riesigen Entfernungen dazu gezwungen haben, große Zwischenlager zu schaffen, wogegen in Argentinien die mittlere Entfernung der Produktionsstätten von den Ausfuhrhäfen kaum mehr als 300 km beträgt, und nur geringe Mengen von Weizen, nicht aber von Mais und Leinsaat, auf weitere Entfernungen versandt zu werden brauchen, so daß sich die unmittelbare Überführung der Erzeugnisse schnell und unter Vermeidung der Umladung verhältnismäßig billig gestaltet. Günstig fällt ferner in die Wage, daß die Ernte und die Verschickung der Erzeugung in die Zeit des europäischen Nachwinters, also in die Zeit der größeren Nachfrage und Aufnahmefähigkeit Europas fällt.

Baumwollbau und Baumwollverarbeitung haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Gleichwohl befindet sich der Baumwollbau in Argentinien immer noch in den Anfängen. In Anbetracht der

sehr günstigen klimatischen Bedingungen und der billigen, ausgezeichnet geeigneten Böden wäre ihm eine große Zukunft sicher, wenn sich größere Unternehmungen auftun würden, um die Arbeiterfrage auf dem Wege der Kolonisation zu lösen.

Eine Besonderheit der argentinischen Ausfuhrproduktion bildet das Quebracho für Zwecke der Gerberei und der Fleischextrakt. Die Entwicklungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Industrie und das dem Europäer günstige Klima verleiht diesem Teile Südamerikas die größten Zukunftsaussichten, auch in bezug auf politische Führung. Der Geist der Selbständigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten ist hier besonders stark ausgeprägt.

An Umfang mit 8½ Millionen qkm, an Einwohnerzahl mit über 30 Millionen Argentinien weit überlegen, spielt

Brasilien

mit seinen großen, vielfach noch unerschlossenen Urwaldbezirken im weltwirtschaftlichen Verkehr eine geringere Rolle als jenes. Es ist auch nicht in dem Maße das Ziel europäischer Auswanderer, wie das südliche Nachbarland, dessen Klima dem der europäischen Auswanderungsländer mehr entspricht. Die Einwanderung in Brasilien betrug in den Jahren 1820—1912: 1309570 Italiener, 857670 Portugiesen, 403203 Spanier, 115305 Deutsche, 75252 Österreich-Ungarn, 91710 Russen, 37806 Türken und Araber, 25546 Franzosen, 20526 Engländer, 10456 Schweizer, 5433 Schweden, 4746 Japaner, zusammen 3146255.

Einwanderung 1919: 17068 Portugiesen, 6627 Spanier, 5231 Italiener, 3022 Japaner, 690 Franzosen, 548 Österreich-Ungarn, 503 Türken und Araber, 466 Deutsche, 368 Engländer, 330 Russen, zusammen 37898.

1820—1919: 1378876 Italiener, 1021191 Portugiesen, 501378 Spanier, 127321 Deutsche, 105225 Russen, 79302 Österreich-Ungarn, 55120 Türken und Araber, 29665 Franzosen, 18798 Engländer, 18630 Japaner, 11376 Schweizer, zusammen 3576275.

Auch Brasilien hatte eine stark aktive Handelsbilanz. Einer Ausfuhr von 2,2 Milliarden Papiermilreis stand im Jahre 1919 eine Einfuhr von nur kaum 1,4 Milliarden gegenüber.

Kaffee und Kautschuk sind die natürlichen Haupterzeugnisse des Landes. Der Reichtum an diesen Dingen übertrifft die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes, so daß Brasilien ständig unter Preiskalamitäten leidet. Zur weiteren Erschließung der riesigen, durch das wunderbare Stromsystem des Amazonas bis ins tiefste Innere zugänglichen Urwälder liegt aus diesem Grunde kein Anreiz vor. Nur der klimatisch dem Europäer zugänglichere Süden wird durch die Einwanderung schneller erschlossen und verspricht auf dem Baumwollmarkt Bedeutung zu erlangen. Unerschlossene Reichtümer schlummern in den riesigen Eisenerzlagern, den geringeren Kupfervorkommen und den unabsehbaren Wasserkräften des Landes.

Der Krieg hat, wie in anderen der Zufuhr europäischer Waren beraubten Ländern, auch in Südbrasilien eine erhebliche Industrialisierungsbewegung entstehen lassen. Die Arbeitsverhältnisse sind hierfür im all-

gemeinen günstig. In den letzten Jahren hat eine starke Auswanderung vom Landesinnern nach den Städten stattgefunden, vor allem in den Staaten Rio de Janeiro und Sao Paulo sowie in Rio Grande do Sul. Die industrielle Eigenerzeugung Brasiliens mußte in der Kriegszeit den größten Teil des Konsums decken und wird auch in Zukunft das Land von der Einfuhr in erheblichem Grade unabhängig machen. Für die Fortentwicklung der Industrie ist es von besonderer Bedeutung, daß die Eisenlager Brasiliens, die als die reichsten der Welt gelten, nach den Aussagen von Sachverständigen einige Jahrhunderte hindurch für den Bedarf des ganzen Erdballes genügen würden. Sie erstrecken sich fast über das ganze Land; an erster Stelle über den Staat Minas, dann Sao Paulo, Santa Catharina, Matto Grosso, Goyaz, Espirito Santo und Bahia. Allein in Minas bilden die Eisenlager ganze »cordilheiros« (Gebirgszüge) von etwa 250 km Länge, von der Espinhacohöhe an bis in die Nähe von Quebuz und über Diamantina hinaus; nach Osten fast bis zu den Flüssen Rio Doce und Piracicaba, nach Westen bis zum Oberlaufe des Rio dos Velhas, den Höhenzügen von Ajuda und Piedade im Südwesten bis zu den Niederungen des Rio dos Mortes, Rio Grande und der Westseite des Sao Francisco und seiner Nebenflüsse, wie Areado und Abaeté. Allein die bereits kartographisch aufgenommene Zone in Minas umfaßt 5700 qkm Erzland; für die noch nicht genau erforschte Zone wird die doppelte Fläche angenommen. Nach Untersuchungen einheimischer und ausländischer Geologen werden für einzelne Bezirke Milliarden von Tonnen bester Mineralien angenommen. Ein großer Teil des Landes ist noch unerforscht, und selbst wo das Vorhandensein wertvoller natürlicher Hilfsquellen bekannt ist, findet in vielen Fällen noch gar keine Ausbeutung statt. So ist z. B. Manganoxyd weit und breit in Brasilien verteilt, es sind große Mengen von Glimmer und Bleiglanz vorhanden, Kupfer wird an vielen Stellen gefunden, gute Tonerde kommt in großen Mengen vor und es finden sich auch Spuren anderer Mineralien, wie Graphit, Zinnober, arsenhaltige Pyrite und Lehm. Die dichte Vegetation erschwert das Suchen nach Mineralien, und es ist sehr wahrscheinlich, daß ungeheuere Reichtümer neben den schon bekannten unter den Urwäldern verborgen liegen. Bis jetzt ist noch sehr wenig zur Nutzbarmachung dieser natürlichen Hilfsquellen geschehen, mit Ausnahme von Mangan, von dem jährlich Mengen im Werte von etwa 2—3 Millionen Pfd. Sterl. ausgeführt werden. In anderen Fällen ist wohl eine Tätigkeit in verhältnismäßig kleinem Maßstabe aufgenommen worden, aber der Mangel an Transportmitteln hat bis jetzt jeden Fortschritt verhindert. —

Der dritte der sogenannten südamerikanischen A-B-C-Staaten, die als die politisch aktivsten und am stärksten die Unabhängigkeit gegenüber Nordamerika betonenden zu betrachten sind,

Chile,

steht den beiden vorgenannten Mächten an Umfang erheblich nach, da es nur etwa 750000 qkm Fläche, und zwar durchwegs gebirgiges Land bedeckt. Die Einwohnerzahl beträgt etwa 4 Millionen oder 5 auf 1 qkm.

Von der 1907 gezählten Bevölkerung waren 134524 Ausländer, davon 27140 Peruaner, 21968 Bolivianer, 18755 Spanier, 13023 Italiener, 10724 Deutsche, 9845 Engländer, 9800 Franzosen, 1624221 männliche, 1625058 weibliche Bevölkerung. 1407908 städtische, 1841371 ländliche Bevölkerung. Die Einwanderung ist verhältnismäßig gering; sie bezifferte sich im Zeitraum von 1905—1914 nur auf 25544 Personen. Der jährliche Geburtenüberschuß beträgt einige 30000—40000 Köpfe. Der Handel ist stark aktiv (1918 Ausfuhr: 764 Millionen Pesos Gold, Einfuhr 436 Millionen).

Chile war vor allen Dingen das Land des Salpeters. Noch vor Erschöpfung seiner Guanolager aber ist ihm durch die Stickstoffgewinnung aus der Luft eine schwere Konkurrenz entstanden, neben der es seine Ausfuhr nur noch durch den zufälligen Glücksumstand aufrechterhalten kann, daß der Wasserweg nach Europa so ungewöhnlich günstige Windverhältnisse aufweist, daß sich in diesem Verkehr der billige Seglerdienst bis heute in erheblichem Umfange zu bewähren vermochte. Weiterhin wird das gebirgige Land auf die Ausbeute seiner Mineralschätze bedacht sein müssen, von denen vornehmlich das Kupfer bereits eine namhafte Ausfuhr liefert.

Räumlich in das Gebiet der A-B-C-Staaten eingelagert und auch in wirtschaftlicher Beziehung zwischen Südbrasilien und Argentinien stehend, haben wir zunächst noch

Uruguay und Paraguay

zu erwähnen, Uruguay mit einem Umfang von etwa 180000 qkm und einer Bevölkerung von 1½ Millionen (8 auf 1 qkm) mit einer Wanderungsbewegung, die jener des benachbarten Argentinien sehr ähnlich ist. Unter der gezählten Gesamtbevölkerung 1908 waren 861464 Einheimische und 180722 Fremde, davon 62357 Italiener, 54885 Spanier, 27789 Brasilier, 18600 Argentinier, 8341 Franzosen, 1444 Türken und Syrer, 1406 Schweizer, 1324 Briten, 112 Deutsche, 1109 aus Österreich-Ungarn. In der Vorkriegszeit stand einer Einwanderung von 150000—250000 Köpfen eine Auswanderung von 130000—220000 Köpfen gegenüber. Der jährliche Geburtenüberschuß betrug etwa 20000. Im Außenhandel war 1919 die Ausfuhr mit 147 Millionen Pesos der Einfuhr von 76 Millionen Pesos wesentlich überlegen. Das Binnenland Paraguay ist mit seinen 250000 qkm Uruguay an Fläche überlegen, steht ihm aber an Bevölkerung mit nur etwa 1 Million nicht unerheblich nach. Die Einwanderung betrug in den Jahren 1882—1910 18360 Köpfe. Unter den 1900 in Paraguay lebenden 18286 Fremden befanden sich 9306 Argentinier, 2220 Italiener, 1334 Brasilier, ca. 2000 Deutsche, 756 Spanier, 635 Franzosen, 561 Uruguayer und 401 Engländer. Der Außenhandel ist gering entwickelt, er beschränkte sich im Jahre 1919 auf 17 Millionen Pesos Gold in der Ausfuhr und 15 Millionen in der Einfuhr. Das warme Klima von Paraguay wirkt auf den Einwanderer entnervend.

Vollkommen binnenländischen Charakter trägt das Paraguay nördlich benachbarte

Bolivien,

ein Land von 1,3 Millionen qkm. Die Bevölkerung nähert sich 3 Millionen. Unter den Einwohnern waren noch um die Jahrhundertwende 50%

Indianer, 25% Mischbevölkerung und nur 12—13% Weiße. Die Einwanderung war gering, es wurden nur etwa 7500 Ausländer gezählt, von denen über 2000 aus dem benachbarten Peru stammte. Auch der Außenhandel spielte nur eine sehr mäßige Rolle. Boliviens Hauptreichtum ist sein sehr großes Zinnvorkommen.

Peru

umfaßte etwa 1,4 Millionen qkm mit über 7 Millionen Einwohnern. Im Jahre 1862 belief sich die Bevölkerung auf etwa 2½ Millionen, von denen damals weit über die Hälfte Indianer und 25% Mischbevölkerung waren. Der Außenhandel belief sich 1919 auf 27 Millionen peruanischer Pfd. Sterl. in der Ausfuhr und 12 Millionen in der Einfuhr. Das mineralreiche Peru erzeugt unter anderm Vanadium, Kupfer, Silber, Blei, Gold und Kohle. Das nördlich an Peru angrenzende

Ecuador

hat einen Flächeninhalt von etwa 300000 qkm mit schätzungsweise 2 Millionen Einwohnern. Die Grenzlinien Ecuadors sind noch sehr unbestimmt, so daß auch zuverlässige Angaben über die Bevölkerung nicht möglich sind. Zu Ecuador gehörten bisher die Galapagosinseln im Stillen Ozean, die neuerdings käuflich in den Besitz der Vereinigten Staaten übergegangen sind. Kakao, Kaffee und Nüsse sind die Haupterzeugnisse Ecuadors für den Weltmarkt. Mit 1,1 Millionen qkm Bodenfläche und 5 Millionen Einwohnern bildet das Nachbarland

Kolumbien

die südamerikanische Brücke zwischen dem Stillen Ozean und dem Karibischen Meer. Eine etwa gleich lange Küste begrenzt es an beiden Meeren. Zu den Einwohnern gehören etwa 30000 unzivilisierte Indianer. Die Landgrenzen sind zum Teil noch nicht ganz festgelegt. Kolumbiens Außenhandel belief sich im Jahre 1918 in der Ausfuhr (Kaffee, Gold, Südfrüchte) auf 38 Millionen Dollar, in der Einfuhr auf 22 Millionen. Endlich das Orinokoland

Venezuela.

das etwa 1 Million qkm Fläche und gegen 3 Millionen Bevölkerung hat, hat fast durchwegs Mischlingsrasse. Auch Venezuela gehörte, freilich in weit geringerem Umfange als Argentinien und Uruguay, zu den Zielen einer transozeanischen Sachsengängerei. Die Einwanderung blieb vor dem Kriege jährlich etwas unter 10000, die Auswanderung unter 8000. Im Jahre 1919 überstiegen Einwanderung und Auswanderung je 12000. Der Außenhandel mit über 200 Millionen Bolivars Ausfuhr und 100 Millionen Einfuhr war, wie bei fast allen südamerikanischen Ländern, stark aktiv. Die Bevölkerung plaziert sich in den gebirgigen Teilen des Nordens. Hier leben etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, namentlich vom Kaffeebau.

Die mittelamerikanischen Kleinstaaten

haben eine Veränderung durch die im Jahre 1903 erfolgte Abtrennung der Republik Panama von Kolumbien erfahren. Diese Loslösung erfolgte auf amerikanisches Betreiben, um Amerika die weitere Abtrennung der

Panamakanalzone zu erleichtern. Panama hat etwa 86000 qkm Fläche und 40 000 Einwohner, darunter 46 000 Weiße, 192 000 Mischlinge, 49 000 Neger, 48 000 Indianer und einige 2000 Ostasiaten. Das sich nördlich anschließende Costarica umfaßt 48 000 qkm mit annähernd ½ Million Einwohnern, Nicaragua 156 000 qkm mit 750 000 Einwohnern, Honduras 115 000 qkm mit 615 000 Einwohnern, Salvador, der einzige der mittelamerikanischen Staaten, der nur eine Küste hat und zwar am Pazifischen Ozean, 34 000 qkm mit 1,3 Millionen Einwohnern, und der größte der mittelamerikanischen Staaten, Guatemala, etwa 110 000 qkm mit 2,2 Millionen Einwohnern.

Die in früherer Zeit Vereinigten Staaten von Mittelamerika haben auch heute wieder einen engeren Zusammenschluß gesucht, um ihre Selbständigkeit besser behaupten zu können, unterliegen aber starken nordamerikanischen Einflüssen. Sie werden durchweg mehr oder weniger autokratisch regiert und waren fortwährend durch Bürgerkriege bewegt, die den wirtschaftlichen Aufschwung der einzelnen Länder ebenso hemmten, wie die politische und finanzielle Gesundung. Nachdem sich in der letzten Zeit immer stärker nordamerikanisches Kapital in Mittelamerika festgesetzt hat, war die durch den Panamakanal an den Verhältnissen in jenem Gebiet so stark interessierte nordamerikanische Union bemüht, die politische Ordnung in den mittelamerikanischen Staaten nach ihrem Interesse zu regeln, zu welchem Zweck sie 1907 in einer Konferenz zu Washington die fünf mittelamerikanischen Republiken zu einem gegenseitigen Schiedsgerichtsvertrag, zur Eingehung eines zentral-amerikanischen Gerichtshofs, Neutralitätserklärung von Honduras und engerem Zusammenschluß bewog. Bald darauf riß Nordamerika auch die Finanzkontrolle von Nicaragua an sich, und das Ausschalten europäischer Gegeneinflüsse durch den Weltkrieg hat den Einfluß der Vereinigten Staaten in diesem Gesamtgebiet noch wesentlich erhöht. Es war auch auf diesen amerikanischen Einfluß zurückzuführen, daß die an das Karaibische Meer grenzenden Staaten Mittelamerikas in die Reihe derjenigen Länder traten, die Deutschland den Krieg erklärten.

Mittelamerika ist nicht sonderlich reich an Mineralien. Der größere Teil des Bodens ist mit Wäldern bedeckt, die dem einheimischen Wirtschaftsbedarf erhebliche Vorteile bringen, die Ausfuhr aber nur wenig beliefern, zumal die ihrer Qualität nach am ehesten exportfähigen Erzeugnisse dieser Wälder in solchen Gebieten wachsen, die dem Verkehr entlegen und wenig erschlossen sind. Der Ackerboden würde teilweise eine dreimalige Ernte im Jahr zulassen, doch werden diese Möglichkeiten nicht ausgenützt, da die Landwirtschaft meist ohne Düngung und ohne künstliche Bewässerung betrieben wird und aus diesem Grunde längere Brachen eingeschaltet werden müssen, um den Boden nicht so schnell zu erschöpfen. Von beträchtlicher weltwirtschaftlicher Bedeutung ist der Kaffeebau sowie die Bananenzucht in Mittelamerika. In Honduras und Costarica macht die Bananenausfuhr fast die Hälfte der Gesamtausfuhr aus. In den anderen Ländern steht die Kaffeeausfuhr weitaus an der Spitze.

Zwischen den mehr und mehr dem nordamerikanischen Einfluß verfallenden mittelamerikanischen Kleinstaaten und der nordamerikanischen Union befindet sich

Mexiko

in der Lage eines halb eingekreisten Landes, das obendrein durch seinen Petroleumreichtum die Nordamerikaner außerordentlich interessiert. Mexiko umfaßt gegen 2 Millionen qkm mit einer Bevölkerung, die im Jahre 1912 auf 15½ Millionen geschätzt wurde.

Verteilung der Bevölkerung nach der Nationalität 1910.

Mexikaner	15 010 068	Franzosen	3 971	Chinesen	12 769
Nordamerikaner	19 568	Engländer	4 771	Japaner	1 922
Guatemalaer	21 302	Italiener	2 068	Araber	1 338
Kubaner	2 394	Deutsche	3 645	Andere Fremde	5 021
Spanier	24 212	Türken	2 563		

Die ansässige Bevölkerung verzeichnete teilweise einen geringen Geburtenüberschuß, 1910 sogar einen Überschuß der Todesfälle über die Geburten. Auch Mexiko gehört zu den Stätten überseeischer Sachsengängerei. Ein- und Auswanderung hielten sich hier mit einem Jahresdurchschnitt von je 80 000 ungefähr die Wage. Der Außenhandel belief sich im Jahre 1918 auf 367 Millionen Pesos Gold in der Ausfuhr, 164 Millionen in der Einfuhr, Mexikos Anteil am gesamten Welthandel in der Vorkriegszeit 0,6 %.

Sein Reichtum an Silber, Gold und Kupfer, sowie namentlich auch an Erdöl, und die maritim so wichtige Lage des Südfruchtedens Kalifornien macht Mexiko für den nordischen Nachbarn besonders begehrenswert. Das um seine Selbständigkeit bangende Land ist aber auch das gegebene Aufmarschgelände etwaiger Gegner der Vereinigten Staaten, so daß deren Sorge wohl begreiflich ist, daß Japan sich nicht nur in mexikanischen Buchten Flottenstützpunkte schaffen, sondern auch zu Lande gemeinsam mit Mexiko operieren könnte.

Mexiko ist in seiner Gesamtheit ein großes Hochland, das von Norden nach Süden ansteigt. Während es im Norden etwa 1100 m hoch ist, steigt es nach Süden bis zu 2300 m Höhe an.

Dieses große nach Süden ansteigende Hochland hat nach Westen und Osten steile Abbrüche. Dieser Abbruch des Hochlandes ist so groß, daß die Bahn von der Stadt Mexiko aus auf 20 km eine Höhendifferenz von 750 m überwindet! Diese ganz enorme Steigung und der steile Abfall im Osten wie im Westen hat zur Folge, daß dort die technischen Schwierigkeiten für die Anlage von Eisenbahnen außerordentlich groß sind. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß nur ganz wenige Häfen Eisenbahn-Verbindung mit dem Innern des Landes haben. Das hat wiederum zur Folge, daß der Absatz der Landesprodukte nach der Küste hin entweder unmöglich oder so enorm teuer ist, daß in diesem großen Gebiete Siedlungsmöglichkeiten ausgeschlossen erscheinen.

Landwirtschaftlich steckt Mexiko noch in den Kinderschuhen. Millionen Acres Farmland liegen unbebaut und harren der Hacke und des

Pfluges, um in Gärten verwandelt zu werden. Große Teile des Landes bedürfen nur der Bewässerung, um Erträge zu liefern. Die sozialen Erschwernisse des Landerwerbs von den Latifundienbesitzern liegen ähnlich wie in Argentinien. Neben dem Bergbau und der Nutzung der reichen Waldungen verspricht der Anbau von Faserpflanzen gute Erfolge. Abgesehen von den Landgebieten, denen die Bewässerungsmöglichkeit versagt ist, lassen die klimatisch dem Europäer zugänglichen Teile eine sehr reiche wirtschaftliche Zukunft des Landes in Aussicht stellen. Um so aufmerksamer wacht der große Nachbar im Norden.

Ein weltpolitisches Zukunftsproblem ganz anderer Art als die südamerikanischen Staaten und Mexiko, deren Wirtschaftsentwicklung und politische Aktivität erst in den Anfängen steckt, bildet das uralte Kulturland

China,

an politischer Macht heute so klein, wie es an Umfang und Volkszahl groß ist. Ein Land der Vergangenheit, das aber aus politischem Schlummer auch wieder als Land der Zukunft erwachen könnte.

Wie überaus dürftig immer noch unsere Kenntnisse des ostasiatischen Riesen- und Rätselreichs sind, kann kaum krasser beleuchtet werden als durch die eine Tatsache, daß die verschiedenen Schätzungen der gewaltigen Volksmasse dieses Landes um mehr als 100 Millionen auseinandergehen. Auf einer Bodenfläche von 11 Millionen qkm geben die üblichen Handbücher China eine Gesamtbevölkerung von 330 Millionen für das Jahr 1910, wogegen die Schätzung des Statistischen Amts der Seezölle etwa 440 Millionen Köpfe annimmt. Da seit dem Sturz der Monarchie in China Spaltungen in einzelne Republiken auf der Tagesordnung stehen, seien die Flächen- und Bevölkerungszahlen auch für die einzelnen Provinzen angegeben, die es nach dem jeweiligen Stand der Dinge ermöglichen, Anhaltspunkte für den derzeitigen Umfang der einzelnen einander befehdenden Republiken zu gewinnen.

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Fukien	111 200	8 556 678	77
Ho-lung-kiang	525 500	1 562 254	3
Honan	173 500	22 375 516	129
Hunan	200 500	20 583 187	103
Hupeh	181 400	21 256 144	117
Kansu	351 400	3 807 883	11
Kiangsi	179 500	16 254 374	91
Kiangsu	99 300	15 379 042	155
Kirin	272 000	5 349 287	20
Kwangsi	217 300	5 426 356	25
Kwangtung	243 000	23 696 366	97
Kwei-tschau	157 200	9 266 914	59
Mukden	141 800	5 830 819	41
Ngan-hui	142 800	14 077 683	99
Schansi	207 300	9 422 871	45
Schantung	149 600	25 813 685	173
Schensi	199 300	6 726 064	33
Übertrag:	3 552 600	215 385 123	1 278

Provinzen	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Übertrag:	3 552 600	215 385 123	1 278
Sin-Tsiang	1 426 000	1 768 560	1,2
Sze-tschuan	461 000	54 505 600	129
Tschêkiang	91 200	13 942 655	153
Tschih-li	314 800	22 970 654	73
Yün-nan	396 700	8 049 672	20
Garnisonen	—	195 496	—
Nichtgez. Kind unter 6 Jahren	—	9 000 000	—
1. Provinzen	6 242 300	325 817 760	52
Mongolei	2 787 600	1 800 000	0,6
Tibet	2 109 000	2 000 000	1
2. Untertänige Länder	4 896 600	3 800 000	0,8
Chines. Reich	11 138 900	329 600 000	30

Die Tabelle zeigt, daß die Bevölkerungsdichte in einzelnen Provinzen weit über das Normalmaß europäischer Länder hinausgeht und sich hie und da der niederländisch-belgischen Bevölkerungsdichte nähert. Andere Gebiete wiederum sind gemäß ihrem Gebirgs- oder Wüstencharakter äußerst spärlich bevölkert. Die Dichte der Volksmasse in den am engsten bewohnten Gebieten ist ermöglicht durch die mit Hilfe künstlicher Bewässerung zum Höchstmaß entwickelte Intensität des landwirtschaftlichen bzw. gärtnerischen Kleinbetriebes und die Genügsamkeit des Chinesen.

Trotz der überaus fleißigen Produktion von 330—440 Millionen Menschen ist dieses Gebiet von 11 Millionen qkm, das an räumlicher Ausdehnung nur übertroffen wird durch das wirtschaftlicher Nutzung teilweise unzugängliche Sibirien, am Welthandel nur mit 1,6% beteiligt. Dem weitaus größten Teil der Bevölkerung Chinas ist das gemeinsame Band des mit dem Buddhismus verwandten altchinesischen Volksglaubens eigen. Ein knappes Zehntel bekennt sich zum Islam, etwa 1 Million zum katholischen Glauben, ⅓ Million zum Protestantismus. An Fremden wurden 1910 in den Vertragsstädten gezählt:

	Firmen	Individ.		Firmen	Individ.
Japaner	733	75 210	Amerikaner	133	3 869
Russen	323	45 908	Franzosen	107	3 133
Engländer	592	8 690	Andere Europäer	115	2 236
Deutsche	276	2 817	Andere	5	106
Portugiesen	44	2 785	Summa	2 328	144 754

Nach dem durch England bewirkten Abschub der Deutschen bei Kriegsende stellten sich die entsprechenden Zahlen 1919 wie folgt:

	Firmen	Individ.		Firmen	Individ.
Japaner	4 878	171 485	Portugiesen	93	2 390
Russen	1 760	148 170	Deutsche	2	1 335
Engländer	644	13 234	Andere	153	3 308
Amerikaner	314	6 660	Summa	8015	350 991
Franzosen	171	4 409			

Diese Vertragsstädte sind mit der 1919 geschätzten einheimischen Bevölkerung die folgenden:

Hankau	1 459 500	Swatau	85 000	Sansing	15 300
Schanghai	1 000 000	Wanhsien	80 000	Aigun	14 200
Canton	900 000	Antung	77 100	Lungtschau	13 000
Tientsin	800 000	Kongmun	75 000	Mengtze	10 000
Hangtschau	689 200	Niutschwang	64 500	Tengyueh	10 000
Ningpo	674 000	Dairen (Kuentg.)	62 600	Santuao	8 000
Futschau	624 000	Kiungtschau	59 300	Mandschuria	6 200
Tschanscha	535 800	Itschang	55 000	Samschui	6 000
Sutschau	500 000	Tschifu	54 500	Tsinhwangtou	5 000
Tschungking	495 800	Tsingtau (japan. Schantung)	53 900	Huntschun	4 600
Nanking	392 100	Nanning	50 000	Jotschau	4 500
Wentschau	210 300	Wutschau	40 000	Suifenho	4 200
Charbin	115 700	Kiukiang	36 000	Tatungkau	4 200
Amoy	114 000	Harbin	28 600	Lungkou	3 900
Schasi	105 000	Pakhoi	20 000	Lungtschingtsum	3 300
Tschinkiang	101 900	Szemao	20 000	Kaulun	?
Wuhu	99 900			Lappa	?

In welchem Maße China in wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit zu leben vermochte, geht aus der Tatsache hervor, daß die Einfuhr auf den Kopf der Bevölkerung vor dem Kriege sich nur auf etwa 3 M. jährlich belief. China war tatsächlich in der Lage, die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ganz vom eigenen Boden zu befriedigen. Die Einfuhr von Baumwollerzeugnissen, zu der es sich durch die Fremden in den Vertragsstädten hatte erziehen lassen, entsprach keinem ursprünglichen Bedürfnis. Nur das Gift des Opiums bezog man gern aus dem Ausland, nachdem England im Interesse seines indischen Exports den Chinesen diese Einfuhr aufgezwungen hatte. Hauptausfuhrerzeugnisse waren Rohseide, Bohnen und Tee als chinesische Spezialitäten, zu denen sich u. a. noch Strohgeflechte und Menschenhaare gesellten.

Von der in Anbetracht seiner Größe und Bevölkerungsmenge immer noch zu verzeichnenden Weltabgeschiedenheit Chinas und inneren Selbstgenügsamkeit seiner einzelnen Landesteile zeugt die Tatsache, daß es im Jahre 1918 erst 11 000 km Eisenbahnen besaß, daß 27 000 Postbeamte den Nachrichtenverkehr der Hunderte von Millionen Einwohnern erledigten, und daß die Länge der Telegraphenlinien sich auf etwa 60 000 km beschränkte.

China ist, wie schon eingangs gesagt, seitdem es im Jahre 1912 zur Republik geworden, von starken inneren Kämpfen erfüllt, in denen der in sich wiederum gespaltene Süden gegen den Norden steht. Es ist nicht abzusehen, ob diese Spaltungen zu einem weiteren Zerfall Chinas führen und es noch mehr als bisher zu einem Objekt der Weltpolitik machen, oder ob nicht schließlich doch die latente Kraft der massierten Hunderte von Millionen unter starker Führung nach politischem Erwachen zu einem aktiveren Faktor in der Weltpolitik wird. Nach neueren Berichten ist in China eine Industrialisierung und Reformbewegung im Gange, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat. Das Land besitzt, wie schon durch

Richthofen bekannt, ungeheure, kaum im Erschließen begriffene Kohlenschätze. Wenn man ferner bedenkt, daß all die Hunderte von großen Städten durch Eisenbahn- und Telegraphennetze verbunden, daß die Bergwerke durch moderne Maschinen erschlossen werden müssen, daß der Chinese seine Seiden und Baumwollen selbst spinnen wird, daß die Armee und die Schulen neu organisiert werden, kurz, eine Großindustrie modernsten Stils hier im Werden ist, dann kann man sich ein Bild machen, was für ein ungeheurer Bedarf an europäischen Maschinen, Waren und Gerät hier entsteht. Das Absatzgebiet vermöchte sich derartig zu entwickeln, daß England, Amerika und Japan es gar nicht ausfüllen können und Deutschland an der Deckung dieses Bedarfes seinen Anteil bekommen müßte. Hauptsächlich kommen in Frage: elektrische Maschinen, Telephongerät, Eisenbahnmaterial, Werkzeugmaschinen zum elektrischen Betrieb der Bergwerke, Automobile und Fahrräder, Motoren.

Als Beispiel der wirtschaftlichen Neubelebung und geeigneten Nutzung der geographischen Möglichkeiten des Bodengehalts sei auf die aufstrebende Baumwollkultur verwiesen:

Der schnelle Aufschwung der chinesischen Baumwollindustrie in den letzten beiden Jahrzehnten hat sowohl in China selbst wie auch im Auslande großes Erstaunen hervorgerufen. Noch 1900 verstand man es in Nordchina nicht, Baumwolle zu verspinnen, und der Anbau von Baumwolle beschränkte sich auf ganz vereinzelt wenige kleine Fälle. Dagegen werden heute jährlich viele Millionen Pfund Baumwolle gewonnen und mehrere Millionen Mows Land (1 Mow gleich $^1/_6$ acre, 1 acre gleich 0,4 ha) sind mit Baumwolle bestellt. Der wichtigste Platz für die Verarbeitung von Baumwolle ist Shanghai, im Norden folgt ihm Tientsin. Falls die Verhältnisse weiter günstig bleiben, dann wird Tientsin in wenigen Jahren mindestens ½ Million Spindeln und mehrere Tausend Webstühle besitzen. Die guten Aussichten für Tientsin beruhen darauf, daß es das Handelszentrum eines gewaltigen Hinterlandes ist, dem die reichsten Provinzen von Nordchina zugehören, und daß sein Bereich sich bis in die Mongolei erstreckt. Da es über gute Verbindungen zu Lande und zu Wasser, sowie über leistungsfähige Eisenbahnen verfügt, erhöht sich seine Bedeutung für die Einfuhr von Jahr zu Jahr. Es ist der Hauptumschlagsplatz in Nordchina für alle ausländischen Waren und auch eine Sammelstelle für die ins Ausland zu verschiffenden Güter. Die Hauptausfuhr besteht aus tierischen Produkten und aus Baumwolle.

Fast die gesamte in den Nordprovinzen erzeugte Baumwolle wird nach Tientsin gebracht und ein Teil davon nach Japan ausgeführt, wo sie bei der Fertigstellung von Kimonos und anderen Kleidungsstücken Verwendung findet, während ein anderer Teil nach den Vereinigten Staaten geht, wo sie mit Wolle vermischt wird, um daraus Decken herzustellen. Da sie sich für letzten Zweck sehr gut eignet, sind die Vereinigten Staaten der beste ausländische Käufer für diese Qualitäten. Der Baumwollanbau ist in Nordchina nicht so lohnend und erfolgreich wie im Yangtsetal, weil der Sommer kürzer ist, Fröste eher eintreten, und der Boden auch nicht so fruchtbar ist wie am Yangtse. Bis 1900 sind Statistiken über die in Nord-

china vorhandene Baumwolle nicht verfügbar; 1902 wurden bereits 70 000 Pfund (35 t) ausgeführt, hauptsächlich nach Japan und nach anderen chinesischen Häfen. Seit 1910 schwankt die Jahresausfuhr ab Tientsin zwischen 50 und 100 Millionen lbs. (25 000—50 000 t). Hervorgerufen wurde diese günstige Entwicklung durch das Verbot der Opiumerzeugung; die Mohnfelder wurden fast sämtlich mit Baumwolle bestellt; dazu trat die Gründung der Vereinigung der chinesischen Spinnereibesitzer. Die Regierung richtete ein Bureau für die Verbesserung der Baumwollindustrie ein, weiter wurden an zahlreichen Plätzen Baumwollversuchsstationen gegründet. Die Nachfrage des Auslandes, besonders aus Japan, nahm von Jahr zu Jahr zu, und den Händlern gelang es, die zuerst geübte Praxis der Verfälschung der Baumwolle zu unterdrücken.

Das heute so zerrissene und außenpolitisch unselbständige Riesenreich des Ostens kann der Welt noch große Überraschungen liefern.

6. Asiatische und afrikanische Kleinstaaten.

Für den politischen Begriff des Kleinstaates sind die geographischen Raumverhältnisse nicht entscheidend. Den Ausschlag für die Gegenüberstellung von Großmächten und Kleinstaaten gibt der Wille und die Fähigkeit zu politischer Aktivität, d. h. die reale Macht eines Staatengebildes und die Entschlußfähigkeit, sie in die politische Wagschale zu werfen. Unter diesen maßgebenden Gesichtspunkten betrachtet, werden wir unter Umständen Staatengebilde von geographisch recht beträchtlicher Abmessung zu den Kleinstaaten zu rechnen haben.

Die Fortsetzung der außereuropäischen Neubauzone über das Schwarze Meer hinaus gibt uns eine Reihe von Beispielen asiatischer Kleinstaaten sehr verschiedenen Umfangs. Das Kartenbild Vorderasiens ist zurzeit noch recht unklar und unübersichtlich. Bis zum Kriegsende war im wesentlichen die

Türkei

der Herr Vorderasiens. Einschließlich ihres europäischen Bestandteils umfaßte sie vor dem Balkankriege nach teilweise freilich nur recht unsicheren Angaben an Flächeninhalt und Bevölkerung:

Unmittelbare Besitzungen (Vilajets und Mutessarifats).

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Europäische Türkei	28 100	1 891 000	67
Vil. Konstantinopel	3 900	1 203 000	308
Mut. Tschataldscha	1 900	78 000	41
Vil. Adrianopel	20 300	610 000	30
Kleinasien	501 400	10 940 765	21
Vil. des Archipels	6 900	376 754	54
Mut. Ismid	8 100	318 074	39
» Bigha	6 600	170 398	26
Vil. Brussa	65 800	1 717 762	26
Übertrag:	643 000	17 305 753	612

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Übertrag:	643 000	17 305 753	612
Vil. Smyrna	55 900	1 702 911	34
» Konia	102 100	1 254 157	13
» Adana	39 900	488 954	12
» Angora	70 900	1 160 564	16
» Kastamuni	50 700	1 109 621	21
» Sivas	62 100	1 197 483	19
» Trapezunt	32 400	1 444 087	44
Armenien und Kurdistan	186 500	2 357 436	13
Vil. Erserum	49 700	781 071	16
Vil. Mamüret-Uel-Asis	32 900	455 579	14
» Bitlis	27 100	410 079	15
» Djarbekr	37 500	424 760	11
» Wan	39 300	285 947	7
Syrien und Mesopotamien	637 800	5 361 203	8
Vil. Aleppo	86 600	944 750	11
» Beirut	16 000	727 448	45
Mut. Libanon	3 100	500 000	161
» Jerusalem	17 100	382 061	22
Vil. Syrien	95 900	883 680	9
Mut. Sor	78 000	81 464	1
Vil. Bagdad	111 300	455 706	4
» Mossul	91 000	236 094	3
» Basra	138 800	1 150 000	8
Arabien	441 100	1 050 000	2
Vil. Hedschas	250 000	300 000	1
Jemen	191 100	750 000	4
Summe	1 794 900	20 600 000	11

Hiervon sind durch die Balkankriege und den Weltkrieg verlorengegangen fast die gesamte europäische Türkei bis auf die Hauptstadt Konstantinopel und ihre unmittelbare Umgegend. Das türkisch verbliebene Westufer des Bosporus, ebenso wie das türkische Küstengebiet zwischen dem Schwarzen Meer und dem Ausgang der Dardanellen auf asiatischer Seite ist gleich dem griechischen Nordufer des Marmarameeres und der Dardanellen internationalisiert bzw. neutralisiert. Verlorengegangen ist fernerhin Smyrna mit einem größeren Landstreifen an Griechenland, Cilicien an Italien, Syrien an Frankreich, Palästina, das einen jüdischen Freistaat unter englischem Protektorat bildet, Mesopotamien, das von Großbritannien als Mandatar des Völkerbundes verwaltet wird, Arabien und Armenien. An letzteres angrenzend, haben sich die ehemaligen transkaukasischen Bestandteile Rußlands, Georgien und Asserbeidshan, selbständig gemacht. Der Umfang der an Griechenland gefallenen ehemaligen Bestandteile des türkischen Reichs ist unter den Angaben für Griechenland wiedergegeben. Über das mit der Insel Rhodos an Italien gefallene Cilicien lassen sich genaue Angaben noch nicht machen, ebensowenig über das französisch gewordene Syrien. Die Bevölkerung des unter britischem Schutz stehenden Palästina wird auf 650 000 Einwohner beziffert, von denen nur 65 000 Juden sind, annähernd ebenso-

viel Christen, 515 000 aber Mohammedaner, der Rest religiös zersplittert. Die englischen Karten schlagen den jüdischen Freistaat ohne weiteres zum englischen Besitz, ebenso wie Mesopotamien mit seinen annähernd 3 Millionen Einwohnern.

Völlig unklar sind die bisherigen Angaben über

Arabien.

Im Gothaischen Hofkalender 1921 ist merkwürdigerweise in einer Fußnote zu den spärlichen Angaben über das Türkische Reich bemerkt: »Arabien, das als Königreich Hedschas Selbständigkeit erlangt.« Der Hofkalender verzeichnet dann auch unter den selbständigen Staaten Hedschas, jedoch lediglich mit der kurzen Textnotiz: »Am 5. Juni 1916 erklärte Hussein Ibu Ali die Unabhängigkeit des ehemaligen türkischen Vilajets Hedschas und nahm im November 1916 den Königstitel an. Das Königreich wurde während des Krieges von den Ententemächten anerkannt.« Hier ist also nur von dem Vilajet Hedschas die Rede im Gegensatz zu der oben erwähnten Angabe, die Hedschas und Arabien identifiziert. Besonders eigenartig berührt es, daß das dem Gothaer gegenüber in den Angaben über die einzelnen Staaten sehr viel ausführlichere Statesman's Year-Book in seinen Angaben 1920 Hedschas unter den selbständigen Staaten überhaupt nicht erwähnt, obwohl es doch gerade England gewesen ist, das dieses Königreich nicht nur hat entstehen lassen, sondern den Vertreter des Hedschas auch in die Versailler Friedenskonferenz eingeführt und seine Unterschrift unter das dort beschlossene Dokument gebracht hat. Statesman's Year-Book für sein Teil verzeichnet immer noch im Anhang zu den Angaben über die Türkei Arabien mit acht politisch getrennten Bestandteilen, darunter an erster Stelle das Königreich Hedschas mit etwa 750 000 Einwohnern und von der britischen Regierung garantierter Selbständigkeit. Zu den weiteren arabischen Fürstentümern gehört das Sultanat von Koweit, dessen Sultan von der britischen Regierung subventioniert wird. Ferner ist als selbständiger Bestandteil Arabiens das britische Protektorat Alan aufgeführt, sowie das Sultanat Oman, das sich jedoch auch unter den von Statesman's Year-Book verzeichneten völlig selbständigen Staaten findet.

Im ganzen sind die zugänglichen Teile Arabiens nebst Palästina und Mesopotamien heute als dem englischen Einfluß unterstehend zu betrachten. Die türkische Herrschaft ist, abgesehen von Konstantinopel und den griechisch-italienischen Ausschnitten an der Küste, völlig auf das eigentliche Kleinasien beschränkt. Das östlich angrenzende

Armenien

besteht aus den früheren russischen Gouvernements Erivan, Kars und Batum und größeren Gebieten der türkischen Vilajets Erserum, Trapezunt und Wan. Über Fläche und Bevölkerung lassen sich nähere Angaben nicht machen, ebensowenig über die angrenzenden Republiken G e o r g i e n mit der Hauptstadt Tiflis und A s s e r b e i d s h a n mit der Hauptstadt Baku. Armenien wird etwa 2 Millionen Einwohner zählen, Asserbeidshan 4½ Millionen, Georgien 3 Millionen.

Asserbeidshan, Armenien und Mesopotamien bilden die Europa zuliegende Grenze von

Persien,

das in seiner politischen Ohnmacht gleichfalls zu den asiatischen Kleinstaaten zu rechnen ist, obwohl sein Flächeninhalt 1 645 000 qkm beträgt. Die Schätzungen der Bevölkerung schwanken zwischen 4 und 9 Millionen. Persien war vor dem Kriege bereits in britisch-russische Interessensphären aufgeteilt, doch ist später im Frieden von Brest-Litowsk die Unabhängigkeit von Persien anerkannt worden und Sowjetrußland besteht nach wie vor auf der Betonung der persischen Selbständigkeit. Das gleiche gilt mit Bezug auf das angrenzende

Afghanistan,

ein Land von etwa 550 000 qkm mit angeblich 6 Millionen Einwohnern, das wiederholt dem englischen Einfluß zu verfallen schien, und über dessen tatsächliche Selbständigkeit sich zuversichtliche Angaben gegenwärtig schwer machen lassen.

Afghanistan hat den dreifachen Flächeninhalt Deutschlands. Es grenzt im Norden an Turkestan, im Osten an Indien, im Süden an das gänzlich englischem Einfluß unterworfene Belutschistan und im Westen an Persien. Fünf Sechstel des größtenteils unwegsamen Gebirgslandes sind Wüste. Nur einige große Oasen, wie die von Herad im Nordwesten, von Kabul, der am gleichnamigen Fluß an der indischen Grenze gelegenen Landeshauptstadt, und von Kandahar im Süden, zeigen, was Land und Sonne leisten können, wenn nur ein wenig Wasser seine belebende Zauberkraft ausübt. Die Afghanen sind eine Mischung von Ariern und Semiten mit ganz kleinem mongolischen Einschlag. Sie sind Mohammedaner und sehen in dem osmanischen Sultan ihr geistiges Oberhaupt, ihren Kalifen.

Wirtschaftlich und kulturell ist Afghanistan fast wertlos, politisch dagegen dank seiner geographischen Lage von hoher Bedeutung. Es ist das Bindeglied zwischen der indischen und westasiatischen Welt, es ist durch seine Militärmacht der wichtigste Nachbarstaat des anglo-indischen Weltreiches, und es ist und war seit jeher der Pufferstaat zwischen Rußland und England-Indien. Von beiden Großmächten war es begehrt und von beiden umworben und allein hierauf beruhte seine Selbständigkeit. England hatte ein starkes Interesse daran, daß der kriegerische Staat der Afghanen, der allein noch die russischen Vorposten von den englischen trennte, so groß wie irgend möglich bliebe, wogegen das alte Zarenreich alles aufbot, um unter stetigem Vorrücken seiner Grenzpfähle Afghanistan allmählich zu einem russischen Vasallenstaat zu machen und dadurch sich selbst in den Besitz der nach Indien führenden Pässe zu setzen. Überall nisteten die Russen sich ein und ihre Maßnahmen ließen erkennen, daß sie die Entscheidung mit den Waffen gegen England auf der durch Afghanistan ziehenden alten Heerstraße nach Indien suchten. So wurde und war Afghanistan der Schauplatz des englisch-russischen Gegensatzes und des Kampfes der beiden Großmächte um die Vorherrschaft in Asien.

Zehn Jahre, nachdem England und Rußland sich über alle westasiatischen Streitfragen verständigt hatten, lebte im Anschluß an die

russische Revolution der alte englisch-russische Gegensatz, wenn allerdings auch mit anderen Zielen und Ideen, wieder auf und gab Afghanistan erneut wieder die Bedeutung eines Pufferstaates zwischen Rußland und Indien. In der richtigen Erkenntnis, daß Afghanistan nunmehr, nachdem England aus dem größten Kriege als Sieger hervorgegangen war, Deutschland, Rußland und die Türkei am Boden lagen, die letzte Strecke des englischen Weges über Palästina, Mesopotamien, Persien und Indien sei und damit über kurz oder lang dem englischen Imperialismus zum Opfer fallen werde, suchte es Anschluß an Sowjetrußland, das sich beeilte, die politische Selbständigkeit Afghanistans in schmeichelhafter Weise anzuerkennen. Die unmittelbare Folge davon war der englisch-afghanische Krieg im Sommer 1919, in dem England zwar behauptete, angegriffen worden zu sein, in Wirklichkeit aber dem ihm angebotenen Zuge des Imperialismus folgend zweifelsohne der angreifende Teil war. Eine für asiatische Verhältnisse ganz ansehnliche indische Armee brach über den Kaiber Paß in Afghanistan ein. Trotzdem endete die Expedition mit einem völligen Mißerfolge der Engländer. Das anglo-indische Heer wurde durch Seuchen dezimiert und mußte zurück. England sah sich im August 1919 zum Frieden zu Rawalpindi gezwungen, in dem zwar englischerseits dem Emir die weitere Zahlung der ihm bisher zustehenden Subsidien gekündigt, andererseits aber Afghanistan sein voller territorialer Besitzstand und seine unbeschränkte Unabhängigkeit zugestanden wurde. Alle früheren Verträge mit England waren aufgehoben, Afghanistan war in seinen inneren wie äußeren Angelegenheiten frei, und es rückte damit zu einer politischen Vormacht des Islam auf.

Heute ist Afghanistan auf dem besten Wege, ein neues Zentrum des Islam zu werden. Der Sturz der türkischen Macht hat einen erheblichen Teil der politischen und militärischen Intelligenz des Osmanenvolkes in den Dienst des Emir geführt.

Im innersten Asien werden als selbständige Staaten noch Butan und Nepal, Fürstentümer im Gebirgsland des Himalaya zwischen Tibet und Britisch-Indien, aufgeführt. Von größeren asiatischen Kleinstaaten wäre schließlich im Südosten des Erdteils noch Siams zu gedenken mit 484 000 qkm und etwa 9 Millionen Einwohnern, ein Objekt britischer und französischer Kolonialpolitik.

In Afrika hat eigentlich nur noch das Bergland

Abessinien

seine Selbständigkeit zu behaupten gewußt. Es ist ein Land von mehr als 1 Million qkm Fläche mit ungewisser Bevölkerung, die im Minimum auf 8, im Maximum auf 9 Millionen angegeben wird, ein Binnenland, das in der Hauptsache über den französischen Hafen Dschibuti an der Somaliküste mit der Außenwelt verkehrt. Früher ein mit durchschlagendem Mißerfolg verfolgtes Ziel italienischer Kolonialpolitik, heute namentlich von englischer Seite aus zwecks Vervollständigung der Herrschaft über die letzten Quellengebiete des Nil bedrohtes, in seiner Berglage bisher aber befähigtes Land, seine politische Unabhängigkeit erfolgreich zu wahren.

Dem Namen nach unabhängig ist ferner auch die Republik Liberia mit etwa 95 000 qkm und 1½ Millionen Einwohnern, an der Südwestecke von Nordafrika eine Negerrepublik, die wesentlich unter amerikanischem Einfluß steht und auch einer internationalen Finanzkontrolle unter amerikanischer Führung unterliegt.

B. Politisch-geographische Richtlinien heutiger Völkerbewegung.

1. Wirtschaftsgeographische Ziele.

a) Wirtschaftliche Länderkategorien.

Die Breite der vorhandenen wirtschaftlichen Basis im Vergleich mit der Bedarfsentwicklung der Bevölkerung eines Staates und die Fähigkeit zu wirtschaftlicher Produktion im Vergleich mit der Aufnahmefähigkeit des nationalen Körpers läßt theoretisch folgende Ländergruppen unterscheiden:

1. Gebiete wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit,
2. » landwirtschaftlicher Überproduktion,
3. » industrieller »
4. » finanzieller »
5. » landwirtschaftlichen Zuschußbedarfs,
6. » industriellen »
7. » finanziellen »

Praktisch tritt eine Vermengung der Grenzlinien, eine Verbindung der verschiedenen Gruppen ein. In der Regel ist landwirtschaftliche Überproduktion mit industriellem, auch finanziellem Zuschußbedarf verbunden, industrielle Überproduktion umgekehrt mit landwirtschaftlichem Zuschußbedarf.

Die politische Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist — zunächst wiederum nur theoretisch betrachtet:

Bei Gruppe 1 politische Selbstgenügsamkeit, Passivität der Außenpolitik,
» » 2 politische Passivität wegen Mangels an überschüssiger Volkskraft,
» » 3 und 4 starker Expansionsdrang, Streben nach weltpolitischem Einfluß über Absatz- und Anlagemärkte,
» » 5 fällt nach dem oben Gesagten überwiegend mit Gruppe 3,
» » 6 und 7 mit Gruppe 2 zusammen,
» » 2 und 6, 7 sind als Gebiete der Unterbevölkerung, Gruppe 3, 4 und 5 als Gebiete der Übervölkerung anzusprechen. Erstere in der politischen Wirkung mehr Objekt, letztere die ausgeprägten Subjekte der Weltpolitik.

Wollen wir praktische Beispiele aus der Gegenwart für die einzelnen Gruppen suchen, so würde von größeren Ländern allenfalls China der Gruppe 1 zuzurechnen sein. Ohne Europas Handelseinflüsse vermöchte dieses Land in der Tat auch heute noch in wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit zu leben. Heute hat ihm das Beispiel der reichen japanischen Kriegsgewinne Anreiz zur Belebung einer eigenen Industrie, insbesondere einer eigenen Textilindustrie gegeben. Dadurch gerät es zunächst allerdings in größere Abhängigkeit von der Zufuhr ausländischer Maschinen, in der weiteren Folge aber voraussichtlich in Unabhängigkeit von der heute vorhandenen Einfuhr von Webwaren, die es durch die Ausfuhr von Rohseide, Bohnen und Tee bezahlt. Im Vergleich zu der ungeheuren Größe der chinesischen Bevölkerung ist der Anteil dieses Landes am Welthandel ohnehin außerordentlich gering, so daß man hier tatsächlich in einem sonst kaum wiederkehrenden Maße von wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit sprechen kann. Möglich ist es, daß sich im Laufe ihrer weiteren Entwicklung auch die Vereinigten Staaten diesem Zustande nähern, sind sie doch in der glücklichen Lage, Lebensmittel und Industrierohstoffe für eine sehr große Bevölkerung auf dem eigenen Boden gewinnen zu können, und auch technisch befähigt, ihre Industrie so weit zu entwickeln, daß sie sich von industrieller Zufuhr mehr und mehr freizumachen vermögen.

Hauptvertreter der Gruppe 2 und 6, 7 sind zurzeit noch die großen südamerikanischen Staaten. Eine Anomalie bedeutet es, wenn das große Rußland früher, scheinbar zu der gleichen Klasse gehörig, eine äußerst aktive Weltpolitik betrieb.. Politische Psychologie und wirtschaftliche Physiologie Rußlands standen in klaffendem Gegensatz. Landwirtschaft licher Scheinüberfluß und finanzieller Zuschußbedarf waren nur Ausflüsse seiner imperialistischen Politik. Aus politisch-militärischen Gründen brauchte das Land dauernd gewaltige Kredite, und zur Bezahlung des Schuldendienstes mußten große Mengen Getreide auf Kosten einer Unterernährung der bäuerlichen Bevölkerung ausgeführt werden. Dem russischen Staat hätte sich auf seiner unabsehbaren Fläche weitester Raum zur Innenkolonisation geboten. Aber den »breiten« russischen Charakter, die Neigung zu durchaus extensiver und die Unfähigkeit zu intensiver Wirtschaft drängte es dazu, sich immer neuen Boden untertänig zu machen. Rußland erschien — durch die zahlreiche Abgabe von Auswanderern und Sachsengängern und den Drang nach neuem Bodenzuwachs — übervölkert, war aber ähnlich untervölkert wie Südamerika und hätte daher von Natur in die Kategorie der politisch passiven Länder gehört.

Hauptvertreter der Gruppe jener Länder, in denen industrielle Überschußproduktion sich vereinte mit landwirtschaftlichem Zuschußbedarf, waren England und Deutschland. Gemäß der Tatsache, daß das Mißverhältnis zwischen der unzulänglichen landwirtschaftlichen Eigenproduktion und der industriellen Überschußproduktion in England bei weitem am stärksten entwickelt war, sahen und sehen wir hier auch das größte Ausbreitungsbedürfnis, das lebhafteste Streben nach weltpolitischer Machtentfaltung.

Die stärkste finanzielle Überschußproduktion trat im Rentnerland Frankreich zutage, wo industrielle Unternehmungslust nur in geringem Grade den Kapitalzuwachs absorbierte, so daß ständig Bedarf nach Anlage in fremden Werten herrschte. Dadurch erhielt Frankreich als Gläubiger einen bedeutenden politischen Einfluß auf die Schuldnerstaaten, der allerdings gerade bei dem größten Schuldner sich — wie es sich auch im Privatleben bisweilen zeigt — umwandelte in einen wesentlichen Einfluß des Schuldners auf den Gläubiger. —

b) Wirtschaftliche Kriegsfolgen.

Als nächste Folge hatte der Krieg in allen Ländern wirtschaftlich mehr oder weniger ungesunde Zustände hinterlassen. Die wirtschaftlichen Begleit- und Folgeerscheinungen eines Krieges waren bisher in der allgemeinen Regel ein starkes Anziehen der Preise während des Kriegsverlaufs und ein rapider Preissturz nach Kriegsende. Die beispiellose Ausdehnung des hinter uns liegenden Krieges, der alle fünf Erdteile in ihrem Wirtschaftsleben unmittelbar und mittelbar auf das nachhaltigste betraf, hat es mit sich gebracht, daß die Aufwärtsentwicklung der Preise sich besonders intensiv und anhaltend gestaltete und der nachfolgende Preissturz einer Verzögerung ausgesetzt war, die vielfach wohl zu irrigen Schlüssen verführte und Sieger und Besiegte eine Zeitlang über die Tatsache hinweggetäuscht hat, daß sie beide am letzten Ende durch die Weltkatastrophe einer größeren oder geringeren Verarmung ausgesetzt worden sind.

Rufen wir uns kurz die Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung während des Krieges ins Gedächtnis zurück. Viele Millionen gerade der leistungsfähigsten Kräfte waren der produktiven Arbeit überhaupt entzogen und, wirtschaftlich betrachtet, nur noch Konsumenten, und zwar Konsumenten im Vergleich mit normalen Zeiten wesentlich gesteigerten Stils. Der Staat ließ sich angelegen sein, für ihre Verpflegung und Bekleidung in einer beträchtlich über das dem breiten Durchschnitt gewohnte Maß hinaus zu sorgen. Neben dem gesteigerten Verbrauch von Nahrungsmitteln »verpulverte« der Soldat Unmengen von Erzeugnissen aus allerlei Rohstoffen, die dadurch naturgemäß eine starke Preissteigerung erfahren mußten. Weitere Millionen und Abermillionen von Arbeitskräften wurden aus der Gütererzeugung für den bürgerlichen Bedarf herausgezogen und produzierten lediglich für den militärischen Bedarf, d. h. für die Zwecke des eben angedeuteten ungeheuren Kriegskonsums von Rohstoffen. Als der Krieg zu Ende ging, wurde der Lauf der wirtschaftlichen Dinge weiter stark beeinflußt durch umfassende revolutionäre Bewegungen, und auch in den Ländern, in denen es bislang nicht zu einer eigentlichen Revolution gekommen ist, durch friedliche Durchsetzung sehr weitgehender sozialpolitischer Forderungen — Erscheinungen, die durchweg produktionsvermindernd wirkten. Nahezu das gesamte Gebiet des alten russischen Zarenreichs, das in früheren Friedenszeiten die übrige europäische Welt mit Milliardenwerten an Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgt hatte, blieb völlig vom Weltmarkt ausgeschieden. Je mehr der Bolschewismus sich ausbreitete, um so stärker wurde die Produktionsverringerung. Mit

dem Wesen des Bolschewismus ist die Ausbreitung der Arbeitsunlust und die Abneigung gegen jede Produktion über den eigenen Bedarf hinaus eng verknüpft. Wenn der Bolschewismus in Asien weitere Fortschritte macht, wenn es ihm insbesondere gelingen sollte, ein so wichtiges Rohstoffland wie Indien erfolgreich zu bearbeiten, so würde das aus der Rohproduktion ausscheidende Landgebiet sich in einem Maße vergrößern, dessen Folgen für die Industrieländer kaum auszumalen sind. Aber auch dort, wo der Bolschewismus nicht auf den Nullstundentag hinzuarbeiten vermag, ist die Arbeitszeit durchgreifend einer mehr oder weniger starken Verkürzung ausgesetzt worden und sind dabei gleichzeitig die Löhne in einer Weise gestiegen, die vielen Unternehmern die Fortsetzung der Produktion unlohnend erscheinen lassen muß.

Aus allen diesen Gründen blieb auch nach den hauptsächlichsten Friedensverträgen das grundlegende Kennzeichen der Weltwirtschaft das gleiche, wie im Kriege selbst, nämlich das der Unterproduktion für den Bedarf der bürgerlichen Lebenshaltung. Diese Tatsache in Verbindung mit der nicht aufhörenden Erscheinung einer ständig zunehmenden Überflutung mit Papier als Zahlungsmittel hatte zur Folge, daß der nach Kriegsschluß die Regel bildende Preissturz diesmal zunächst nicht eintrat, sondern im Gegenteil das Anziehen der Preise sich auf vielen Gebieten noch weiter verschärfte. So verzögerte sich zunächst der Zeitpunkt, zu dem auf dem Weltmarkt ein Abbau der zu phantastischer Höhe angestiegenen Preise zu beobachten war. Der Umstand, daß das Sinken der Rohstoffpreise nicht unmittelbar einen Preissturz der noch auf Grund der höchsten Rohstoffpreise und unter vom Arbeitgeberstandpunkt wesentlich erschwerten Arbeitsbedingungen verfertigten Fabrikate mit sich bringen konnte, zeitigte vorübergehend die kritische Erscheinung, daß die Unterproduktion als weltwirtschaftliches Signum abgelöst wurde durch eine Unterkonsumtion. Überall wollte man die weitere Preisentwicklung abwarten, überall stellte man in forcierter Weise die Ansprüche an den Markt künstlich zurück. Derartige Vorgänge machen sich mit erstaunlicher Suggestivkraft der leitenden Beweggründe im Handumdrehen durch ganze Völker geltend.

Je unklarer die Lage, um so größer die Suggestion. Wir haben auf diesem Gebiet die erstaunlichsten Beobachtungen machen können, seitdem der Kriegsausbruch die allgemeine Überanspannung der Nerven mit sich gebracht. In besonderem Maße konnte man solche Feststellungen machen, seitdem in den Tagen des Zurückziehens der bis nahe Paris vorgedrungenen Truppen die deutschen Heeresberichte für einige Zeit aussetzten. Das nach Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz dürstende Publikum wurde seither zu einem Spielball wilder Gerüchte, die sich jeweils mit einer angesichts der Zeitungs-, Brief- und Telegrammzensur und Erschwerung der Ferngespräche kaum erklärlichen Geschwindigkeit über alle Teile des Reichs ausbreiteten. Wer damals noch in der Reichshauptstadt saß, über das Reich verstreut einen großen Bekanntenkreis hatte und vielleicht in dem Ruf stand, über gute Beziehungen zu verfügen, dem konnte es, wenn heute in Berlin irgendein wildes Gerücht auftauchte, morgen dutzendfach begegnen, daß die Frühpost aus den entlegensten Ecken, nicht nur aus Ham-

burg und Dresden, aus Köln und Königsberg, aus München und Breslau, sondern aus weltabgeschiedenen Dörfern gleichzeitig Nachfragen nach einer Bestätigung jenes erst eben aufgetauchten Gerüchts brachte. Was die Druckerschwärze dem Zeitungsleser übermittelte, wurde skeptisch aufgenommen, aber was zu dumm war, die Druckerschwärze zu vertragen, ging mit Windeseile von Mund zu Mund und fand überall gläubige Hörer. Solche Massensuggestion von Gerüchten beim Fehlen positiver Kenntnisse von Tatsachen hat dann ja auch eine mitentscheidende Rolle gespielt beim deutschen Zusammenbruch. Es braucht nur erinnert zu werden an die verhältnismäßige Leichtigkeit, mit der sich große Teile der Besatzung unserer Kriegsflotte durch die Aussprengung der Mähr einfangen ließen, daß auf der englischen Flotte allgemeine Meuterei herrsche und eine mit roten Wimpeln friedlich zu ihr stoßende deutsche Flotte mit dem gleichen Zeichen begeistert von ihr empfangen werden würde. Späterhin wirkte die Massensuggestion auf wirtschaftlichem Gebiet und zeitigte bei weitgehender Unkenntnis der Weltmarktlage und Weltmarktaussichten eben jene künstlich forcierte Unterkonsumtion, die zu schweren Krisenerscheinungen führte.

Wenn wir uns nun in ganz groben Zügen ein skizzenhaftes Bild zurückzurufen suchen von der weltwirtschaftlichen Lage in der unmittelbaren Nachkriegszeit, so werden wir als äußeres Signum auf der einen Seite vornehmlich in den von der revolutionären Bewegung am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Ländern eine auf die Weltversorgung drückende Unterproduktion festzustellen haben, die aus den eingangs schon kurz erwähnten Gründen zur Gegenbewegung einer künstlich forcierten Unterkonsumtion führte, auf der anderen Seite in solchen Ländern, die dem Kriege vergleichsweise am fernsten standen, die aber mit am stärksten unter dem langanhaltenden Frachtraummangel und unter der Abschneidung der mitteleuropäischen Märkte gelitten haben, eine Überproduktion sowohl an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, wie besonders an nicht schlechtweg unentbehrlichen Genußmitteln. Hier ist in erster Linie an Südamerika zu denken und zumal an die Absatzerschwerungen für die Kaffee- und Tabakernten Brasiliens. Ein Ausgleich zwischen Unterproduktion und Überproduktion der verschiedenen Marktgebiete war nicht nur dadurch erschwert, daß das internationale Transportgeschäft nicht so bald wieder ins Gleichgewicht zu kommen vermochte, sondern auch durch die infolge des Valutastandes so sehr beeinträchtigte Kaufkraft derjenigen Märkte, die schon unter der Trennung vom Weltmarkt durch den Krieg selbst am meisten gelitten hatten. Als Hauptversorger des Weltmarktes mit Industrieerzeugnissen, die ungehemmten Zutritt zu den verschiedenen Marktgebieten haben, standen nunmehr im Vordergrund die Vereinigten Staaten, Großbritannien und daneben Japan. In den Vereinigten Staaten war die durchschnittliche Aufwärtsbewegung der Preise für den Lebensunterhalt geringer als in großen Teilen der übrigen Welt. Im März 1920 stellten sich, wenn man die Preise vom Juli 1914 mit 100 ansetzt, die Indexziffern der Wohnungspreise auf 149, der Preise für Heizung und Beleuchtung auf 148, der Nahrungsmittelpreise auf 200, der Preise für Kleidung auf 277. Die Fortdauer der Preissteigerungen war in den Vereinigten Staaten auf einen

ausgesprochenen Verbraucherstreik gestoßen, der in der übrigen Welt vielfach Nachahmung fand.

Im großen Durchschnitt ist seit Kriegsbeginn die Preiskurve oder, wenn man will, die Geldentwertung bis über die Friedensschlüsse hinaus anhaltend mit nur gelegentlichen und verhältnismäßig unbedeutenden Unterbrechungen gestiegen, bis sie etwa im März 1920 ihren Höhepunkt erreichte. Die Bemühungen der Hauptproduktionsländer hätten sich naturgemäß zu richten gehabt auf die Wiederbelebung der Konsumfähigkeit, deren Darniederliegen u. a. in den hohen Arbeitslosenziffern und in der Verödung des Weltfrachtenmarktes zum Ausdruck kam. Dieses Ringen um die Wiederbelebung der Konsumfähigkeit des Weltmarktes wurde dadurch durchkreuzt, daß eine möglichst rationelle internationale Arbeitsteilung unter entsprechender Beteiligung aller technisch befähigten Kräfte verhindert und der langwierigen Selbstausschaltung Rußlands vom eigentlichen Weltmarkt eine zwangsweise Ausschaltung Deutschlands an die Seite gesetzt wurde.

Die Weltfinanzwirren waren in erster Linie herbeigeführt worden durch das beispiellose Maß von Kriegskosten, d. h. die massenhafte Aufwendung von Zahlungsmitteln für unproduktive Zwecke und die dadurch bedingte gewaltige Vermehrung der Geldzeichen. Die gesamten Kriegskosten der beteiligten Staaten sind von Prof. Bogart, Illinois, auf folgende Dollarbeträge geschätzt worden:

Vereinigte Staaten	32 080 266 968	Dollar
Großbritannien	44 029 011 868	»
Canada	1 665 576 032	»
Australien	1 433 108 040	»
Neue Zeland	378 750 000	»
Süd Afrika	300 000 000	»
Brit. Indien	601 279 000	»
Brit. Kolonien	125 000 000	»
Frankreich	25 812 782 000	»
Europäisches Rußland	22 593 950 000	»
Italien	12 313 998 000	»
Belgien	1 154 467 914	»
Rumänien	1 600 000 000	»
Serbien	399 400 000	»
Griechenland	270 000 000	»
Japan	10 000 000	»
Verschiedene Entente-Länder	500 000 000	»
Total	145 287 691 620	Dollar
Zentralmächte:		
Deutschland	44 750 000 000	Dollar
Österreich Ungarn	20 622 960 600	»
Türkei	1 430 000 000	»
Bulgarien	615 700 000	»
Total	212 906 352 220	Dollar

Unter den Einwirkungen der Kriegskosten einerseits, der Kriegsgewinne anderseits ergab sich in bezug auf die Schuldenlast der einzelnen Staaten folgende kolossale Verschiebung:

	Schuld 1913	Schuld Anfang 1920			Währung
		innere	äußere	total	
Argentinien	1 238,0	644,8	626,1	1 270,9	Pesos
Australien	19,2	222,9	102,9	325,8	£
Belgien	4 626,6	19 891,7	2 606,6	22 498,3	Franken
Bulgarien	900,5	2 990,5	1 025,3	4 015,3	Leva
Canada	544,4	2 556,7	486,9	3 043,6	$
Dänemark	362,0	671,9	254,3	926,3	Kronen
Deutschland	5 199,0	196 428,0	3 149,0	199 577,0	Mark
Finnland	173,0	1 497,4	352,0	1 849,4	F. Mark
Frankreich	33 637,0	185 728,0	33 660,0	219 388,0	Franken
Griechenland	1 216,5	1 025,6	2 257,3	3 282,9	Drachmen
Großbritann.	706,0	6 596,9	1 278,7	7 875,6	£
Holland	1 161,6	2 764,1	—	2 764,1	Gulden
Indien	307,7	217,3	193,7	411,0	£
Italien	15 069,9	73 663,6	20 265,0	93 928,6	Lire
Japan	2 719,4	2 215,9	1 311,1	3 527,0	Yen
Neuseeland	99,7	102,1	99,1	201,2	£
Norwegen	360,1	687,0	329,9	1 016,0	Kronen
Portugal	650,8	927,1	316,9	1 243,7	Milreis
Schweden	648,0	1 022,3	533,8	1 556,1	Kronen
Schweiz	1 710,3	3 700,2	—	3 700,2	Franken
Spanien	9 562,3	11 477,7	917,5	12 395,2	Pesetas
Südafrika	126,3	50,2	123,7	173,9	£
Ver. Staaten	1 189,3	24 087,4	—	24 087,4	$

Besonders schwer war die Verschuldung Europas an Amerika geworden — in Umkehrung der früheren Verhältnisse. Vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten an Europa mit einem Betrag verpflichtet, der von seiten Amerikas ein jährliche Zahlung von 20 Millionen £ bis 250 Millionen £ bedingte. In den ersten Tagen des Krieges, als der Geldkurs der alliierten Länder sich in sehr gefährlicher Weise gestaltete, wurden von den beteiligten Regierungen Schritte unternommen, die Besitzer amerikanischer Wertpapiere in England und den anderen verbündeten Ländern zu veranlassen, dieselben dem Staate zum Verkauf an Amerika auszuhändigen. Auf diese Weise erwarben die Vereinigten Staaten zuerst Sekuritäten bis zum Werte von 500 Millionen £ und später noch einmal Wertpapiere in derselben Höhe. Als dann Amerika sich auf seiten der Entente schlug und in den Krieg einsprang, lieh es den europäischen Alliierten eine Summe, die schätzungsweise zwischen 1600 Millionen und 1700 Millionen £ liegt. Man veranschlagt somit die Gesamthöhe der Schuld Europas an Amerika auf etwa 2100—2200 Millionen £.

Da es klar auf der Hand liegt, daß Europa sich gegenwärtig weder selbst ernähren, noch die für seine Industrien erforderlichen Rohmaterialien selbst beschaffen kann, so ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß Europas Schulden bei Amerika auch weiterhin noch in beträchtlichem Maße steigen werden. Die Investierung amerikanischen Kapitals in Europa

ist somit nicht nur eine vollendete Tatsache, sondern wird fortfahren, noch auf lange unbestimmte Zeit hinaus ein permanenter Faktor zu bleiben.

In welchem Maße sich unter den Einwirkungen von Krieg und Revolutionen die Staatsausgaben der einzelnen Länder verändert haben, veranschaulicht nachstehende Aufstellung:

Staatsausgaben (in Millionen)

	Vorkriegsausgaben	Geschätzte Ausgaben 1920	Zunahme der Ausgaben %	Zinsendienst vor dem Kriege	Zinsendienst 1920	Anteil der Ausgaben am Zinsdienst %
Deutschland . M.	3520,9	52 400,0	+ 1483	239,4	12 400,0	23,6
Belgien . . . Fr.	810,9	8 866,4	+ 993	147,5	1 066,6	12,0
Frankreich . . Fr.	5066,9	48 995,4	+ 867	1 287,0	11 463,0	23,4
Ver. Staaten . $	735,1	6 812,0	+ 827	26,9	1 052,0	15,4
Italien . . Lire	2765,0	24 670,0	+ 792	688,0	5 346,0	21,7
England . . . £	197,5	1 184,0	+ 500	32,7	345,0	29,1
Schweiz . . . Fr.	105,3	604,1	+ 474	9,2	90,4	14,9
Norwegen . . Kr.	166,7	759,8	+ 356	17,3	34,7	4,6
Canada . . . $	144,5	537,0	+ 272	14,75	—	—
Portugal . Milr.	70,3	234,7	+ 234	—	64,0	27,3
Schweden . Kr.	261,1	869,6	+ 233	38,0	106,3	12,2
Holland . . . Fl.	238,7	733,1	+ 207	38	141,7	19,3
Japan . . . Yen	573,6	1 563,9	+ 172	142,6	94,5	6,0
Dänemark . . Kr.	123,6	355,4	+ 171	14,1	48,9	14,6
Südafrika . . £	19,2	39,9	+ 108	4,7	7,2	18,0
Spanien . . ptas.	1526,6	2 403,7	+ 57	—	535,1	22,2
Brit.-Indien Rps.	1543,5	2 226,1	+ 44	—	122,9	5,5

Seit einem runden Jahrzehnt währen die unfriedlichen Störungen der Ökumen-Ökonomie. Wissenschaftliche Betrachtung der wirtschaftlichen so gut wie der politischen Weltvorgänge kann ja, wie hierzu erläuternd bemerkt sei, keinesfalls den Standpunkt jener Schulweisheit einnehmen, der das eigene Land betreffende kriegerische Vorgänge eben in der Beschränkung auf den Anteil des eigenen Landes als mehr oder weniger isolierte Geschichtsabschnitte erscheinen, sondern muß weit darüber hinaus die großen internationalen und interkontinentalen Zusammenhänge im Auge behalten. Um an ein markantes Beispiel zu erinnern: Das Durchschnittsmaß außenpolitischen Verständnisses wird erheblich beeinträchtigt durch jene, wenigstens früher in Preußen schulübliche Darstellung, die den »siebenjährigen Krieg« des großen Königs als eine in sich geschlossene, wesentlich nur mit den beiden vorangegangenen schlesischen Kriegen im Zusammenhang stehende Geschichtsperiode behandelt und dabei den Lernenden übersehen läßt, daß jene mitteleuropäischen Vorgänge nur einen Teilausschnitt aus gleichzeitig sich abspielenden weltgeschichtlichen Zusammenstößen und Abrechnungen darstellen, in deren Verlauf sich beispielsweise auf amerikanischem Boden bzw. in transatlantischen Gewässern Vorgänge abspielten, die für die weltgeschichtlichen Wandlungen weit einschneidender waren als die Tatsache, daß Friedrich der Große sein Land durch siebenjährige Kämpfe führen mußte,

um die für Preußen errungene europäische Stellung sicherzustellen. Eines ähnlichen Fehlers würden wir, die Grundlagen weltwirtschaftlichen Urteils ebenso wie die des weltgeschichtlichen verschiebend, uns schuldig machen, wenn wir nach vulgärer Neigung den Krieg um Mitteleuropa von 1914—18 geschichtlich isolierten und damit nicht nur die vorangegangenen Störungen friedlichen Wirtschaftslebens durch die Balkankriege unbeachtet ließen, sondern noch vielmehr die tief einschneidenden Wirkungen fortdauernder Friedlosigkeit besonders Osteuropas.

Schon der ein Jahrzehnt zurückliegende Ausbruch des ersten Balkankrieges, weltpolitisch ein ausgeprägtes Vorbereitungsstadium für die späteren Ereignisse, störte den gewohnten Verlauf weltwirtschaftlicher Beziehungen nicht unerheblich durch die kriegerische Inanspruchnahme von Ländern, die den europäischen Industriegebieten gewisse Mengen von Nahrungs- und Genußmitteln zur gewohnten Bedarfsdeckung beizusteuern gepflegt hatten. Dem Ende des zweiten Balkankrieges folgten bald die ersten Ansätze zu einer russischen Mobilmachung und damit einerseits zu einer Produktionseinschränkung dieses großen weltwirtschaftlichen Lieferanten, anderseits zu allerlei Verschiebungen in der Richtung von Produktion und Konsum. Noch vor Kriegsausbruch 1914 veranlaßte das später feindliche Ausland die ahnungslose deutsche Industrie zu Lieferungen von Kriegsmaterial mit ihr damals unbekannter Zweckbestimmung (Fliegerpfeile, optische Instrumente) und nahm Deutschland — wiederum aus Gründen der unerkannten Kriegsvorbereitung — Teile seiner Nahrungs- und Futtermittelbestände ab. Ende Juli und in den ersten Augusttagen 1914 vollzog sich dann im großen internationalen Umfange die in Rußland schon einige Monate vorher begonnene Entziehung von Millionen von Arbeitskräften aus der Produktion durch die Mobilmachungen, der mit der Dauer des Krieges in zunehmendem Maße nicht nur in Europa, sondern auch in überseeischen Ländern die Umstellung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sich anschloß.

Es ist unnötig, hier im einzelnen auf die genugsam bekannten Tatsachen und natürlichen Folgewirkungen dieser kriegswirtschaftlichen Umstellung einzugehen; wohl aber sei in Anknüpfung an das oben Betonte daran erinnert, daß die mit dem Kriege zusammenhängenden Beeinträchtigungen normaler Produktion und normalen Warenaustausches im weltwirtschaftlichen Gesamtrahmen so wenig an einem Tage endeten, wie sie mit einem Schlage begonnen hätten. Daß Deutschland im November 1918 die Waffen niederlegte und damit für sein Teil den Krieg abschloß, vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß noch im Jahre 1921 der Krieg bald hier, bald dort im kleinen wieder aufflammte und bedeutete vor allen Dingen in wirtschaftlicher Beziehung noch nach keiner Richtung hin eine Befreiung wirtschaftlicher Weltverbindungen von unfriedlichen Fesseln.

Neben der Tatsache, daß ein Volk von der Kopfzahl und der außerordentlich hohen Bedeutung als Produzent und Konsument auf dem Weltmarkt, wie das deutsche sie vor dem Kriege errungen hatte, durch den Frieden in weitem Ausmaße wirtschaftlich unfrei geworden ist und obendrein durch Begleiterscheinungen sowohl der inner- wie der

außerpolitischen Umwälzung mindestens vorübergehend einen Teil seiner alten Arbeitsintensität eingebüßt hat, beeinflußt das weltwirtschaftliche Gesamtbild vor allen Dingen jene andere Folgeerscheinung des Krieges, daß ein Land der größten Nahrungsmittelproduktion mindestens für eine Reihe von Jahren aus der Weltbelieferung ausscheidet. Hinsichtlich der ganzen Größe ihres Ausmaßes, insbesondere auch ihrer zeitlichen Dauerwirkung, wird diese weltwirtschaftlich bedeutsamste Gefolgserscheinung der großen Kriegsepoche wohl nur selten im rechten Umfange gewürdigt. Durch den Krieg selbst, durch die blutigen Gewaltmaßnahmen der Revolution, durch Hungersnot und Kälte sind während einer sich über Jahre hinziehenden und noch nicht abgeschlossenen Zeitspanne viele Millionen Menschenleben im Gebiete Rußlands verlorengegangen, der produktiven Arbeit dauernd entzogen. Der Großgrundbesitz, dem in der Hauptsache die Überschußproduktion von Nahrungs- und Futtermitteln für die zufuhrbedürftigen Länder entstammte, hat aufgehört. Der Bauer ermangelt der landwirtschaftlich-technischen Hilfsmittel und Kenntnisse und würde sich, auch wenn er in ihrem Besitz wäre, der Überschußproduktion enthalten, weil er stets die Beschlagnahme des Erarbeiteten befürchten müßte, ohne auf ihm dienliche Gegenwerte rechnen zu können. Der kulturelle und politisch-moralische Verfall des Landes wird auch bei durchgreifenden Systemänderungen unter keinen Umständen schnell überwindbar sein, so daß offenbar mit zeitlich recht ausgedehnten Nachwirkungen des Ausscheidens Rußlands aus der Weltproduktion um so mehr gerechnet werden muß, als vor einem durchgreifenden Wiederaufbau der inneren Wirtschaft nach allen vorliegenden Berichten zunächst das gesamte Verkehrswesen einer umfassenden Wiederbelebung mit bedeutenden Opfern an Geld und Material, Arbeitskraft und Zeit bedarf.

Die mit starkem materiellen und propagandistischem Aufwand betriebenen Fernwirkungen des russischen Kommunismus haben auch in anderen, wirtschaftlich höher entwickelten Ländern zu einer mehr oder weniger bedeutenden Herabsetzung der Arbeitsintensität geführt. Noch ist die Frage durchaus offen, ob und in welchem Grade diese Wirkungen sich westwärts weiterhin verstärken oder ausbreiten werden. Von nicht geringerer weltwirtschaftlicher Bedeutung aber ist die gleichfalls offene Frage nach den weiteren Wirkungen der anpassungsfähigen bolschewistischen Propaganda in östlicher und südöstlicher Richtung. Ein Sieg des bolschewistischen Gedankens beispielsweise in der ihm geschickt verliehenen indisch-nationalistischen Einkleidung würde weit mehr bedeuten, als lediglich die Gefährdung der politischen Herrschaft Englands über Indien. Es würde auch hier dazu führen, daß eine der großen Weltstätten der Überschußproduktion an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem weltwirtschaftlichen Gesamtgetriebe ausschiede. Vergessen wir nicht, daß die nominelle Überschußproduktion Britisch-Indiens dem Weltmarkt oft genug nur zugeführt wird auf Kosten von Hunderttausende der Einwohner dahinraffenden Hungersnöten. Dem schweren Steuerdruck entzogen, würde der genügsame und zum beschaulichen Dasein neigende Orientale zunächst keinerlei Neigung zu einer weiteren Überschußproduktion verspüren, die

ihm, an den Maßstäben seiner Lebensauffassung gemessen, keine begehrenswürdigen Werte einträgt. Die bereits um die russischen Nahrungsmittel verkürzte Versorgung der Welt steht also unter Umständen vor der ernsten Gefahr, auch weiterer Nahrungs- und Genußmittel und industrieller Rohstoffe vom Boden Süd- und Ostasiens verlustig zu gehen. Ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern wäre die naturnotwendige Folge solcher Verringerung der Rohstoffdeckung.

Steigende Arbeitslosigkeit war ohnehin das äußere Zeichen, in dem die Industrieländer sich nach drei und mehr Jahren nach Kriegsende befanden. Diese oben begründete Unterkonsumtion wirkte naturgemäß hemmend auf die Fortsetzung der Produktion, also fördernd auf die Arbeitslosigkeit, d. h. wiederum auf die Minderung der Kaufkraft, also eine weitere Mehrung der erzwungenen Unterkonsumtion.

c) Wirtschaftsgeographische Rationalisierung durch Nutzung natürlicher Kraftquellen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die hierdurch in den verschiedensten Ländern herbeigeführt worden sind, könnten wohl geeignet erscheinen, weltwirtschaftliche Interessenverbindungen zu verdeutlichen, die zu einem Versuch der Lösung der entstandenen Schwierigkeiten durch weltwirtschaftliche Verständigung drängen. In allen Ländern werden die Erschwerungen des internationalen Güteraustausches durch die eingetretenen großen Unterschiede im Wert der Zahlungsmittel drückend empfunden. In allen Ländern macht sich der Ausfall weiter Produktions- und Absatzgebiete nach dieser oder jener Richtung unangenehm bemerkbar. In allen Ländern verspürt man in der einen oder andern Weise die Minderung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten in den wichtigeren Industriestaaten und die Folge der dort herrschenden Arbeitslosigkeit. Das Gebot der Zeit scheint unter diesen Umständen das Anstreben einer weltwirtschaftlichen Verständigung, einer Rationalisierung der Wirtschaft im internationalen Zusammenarbeiten unter Berücksichtigung der wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten zu sein. Ein Völkerbund ist vorhanden, der für Bestrebungen dieser Art eine Zentralinstanz darzubieten theoretisch wohl vermöchte, der aber praktisch mit seinen bisherigen Maßnahmen die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht vermindert, sondern im Gegenteil nur noch verschärft hat. In einer von Paris aus verbreiteten Kundgebung des internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1921 war u. a. darauf hingewiesen, daß die Leiter des Völkerbundes sich verantwortlich machten für die Arbeitslosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während zu gleicher Zeit die deutschen Bergarbeiter gezwungen wären, Überstunden zu leisten. Darüber hinaus sind die Leiter des Völkerbundes dafür verantwortlich, daß sowohl die Konsumkraft, wie schließlich die Produktivkraft in einem der ersten Industrieländer der Erde immer weitere Rückschritte macht, was auch den Absatz der anderen Industrieländer nach diesem früher so aufnahmefähigen Markt beeinträchtigt, dadurch zu weiterer Steigerung der inter-

nationalen Arbeitslosigkeit beiträgt und die übrige Industriewelt schließlich auch um manche ihr nützliche und schwer entbehrliche Früchte deutscher wissenschaftlicher Arbeitsmethoden in Chemie, Technik u. dgl. bringt.

Hat sich auf der einen Seite durch die bolschewistische Welle ein Ausscheiden geographisch weit ausgedehnter Produktions- und Absatzgebiete aus dem Ganzen des Weltmarktes und eine weit über den Rahmen jener Gebiete hinausgreifende Minderung der Arbeitsintensität vollzogen, so müßte auf der anderen Seite eine möglichst rationelle weltwirtschaftliche Arbeitsteilung unter Heranziehung aller befähigten nationalwirtschaftlichen Kräfte, mit anderen Worten: der Versuch einer weltwirtschaftlichen Rationalisierung um so mehr geboten erscheinen.

Das ideale Ziel einer durchgreifenden Rationalisierung der Weltwirtschaft wäre erreicht durch allseitige planmäßige Nutzung der natürlichen Kräfte und Fähigkeiten von Land und Leuten dergestalt, daß mit möglichst geringem Material- und Kraftaufwand eine möglichst vollständige Bedarfsbefriedigung erzielt würde.

Die alte Freihandelslehre vertrat die Auffassung, daß die beste Nutzung aller Schätze des Bodens nur sichergestellt werden könne durch das freie Spiel der Kräfte. Sie verwarf die künstliche Züchtung von Industrien durch Schutzzoll oder ähnliche Mittel und meinte, daß bei vollständiger Freizügigkeit jeder Ware und jeder Arbeitskraft an den natürlichen Produktionsstätten die bestmögliche Nutzung der Produktionsmittel sich vollziehen werde. Wir sehen in dieser Auffassung eine Fehlerquelle ähnlich jener, die sich noch heute in der bei uns üblichen Behandlung der allgemeinen Erdkunde geltend macht: eine einseitige Berücksichtigung der physiologischen Länderkunde ohne Mitbewertung der psychologischen Völkerkunde — ein System, das sich in unserem politischen Leben durch die Schwierigkeiten rächt, die der Verbreitung und Vertiefung weltpolitischer Denkfähigkeit im Wege stehen, und das sich in unseren weltwirtschaftlichen Beziehungen rächt durch die Erschwerung einer zweckgemäßen wirtschaftlichen Außenpropaganda. Wir dürfen auch wirtschaftlich nicht nur den geologischen Charakter der einzelnen Länder im Auge haben, sondern müssen ebensosehr an die seelische Verfassung ihrer Bewohner denken, wenn wir zu ersprießlichen weltwirtschaftlichen Beziehungen gelangen wollen.

Auch eine rationelle weltwirtschaftliche Arbeitsteilung kann man sich füglich nicht in der Weise vorstellen, daß unter dem Zeichen uneingeschränkter Freizügigkeit von Menschen und Waren die geeigneten Kräfte für die Verarbeitung der Naturschätze deren Gewinnungsstätten aufsuchen werden. Oft genug sind die klimatischen Bedingungen der Rohstoff-Fundstelle für die Rohstoffverarbeitung nur recht wenig geeignet, wo nicht ganz ungeeignet. Hochentwickelte Industrien sind auch nicht an das Vorkommen eines einzelnen Rohstoffes gebunden, sondern von mehreren Rohstoffen, mindestens von einem zu verarbeitenden Material und den Hilfsmitteln der Verarbeitung abhängig, d. h. den maschinellen Anlagen, also der Herstellung von Maschinen, also auch den Rohstoffen

für diese Herstellung, vor allen Dingen aber dem Rohstoff für ihre Bedienung, d. h. dem Brennmaterial. Hochentwickelte Industrien setzen ferner ein hochentwickeltes Bildungswesen voraus, besonders auf technischem Gebiet, wie es nur aufzufinden ist im geordneten Staatswesen dichtbevölkerter, steuerkräftiger Länder eines gemäßigten Klimas. An diesen Voraussetzungen für die höchste wissenschaftliche Durchbildung, also die letzten Endes rationellste Gestaltung wirtschaftlicher Verarbeitung der natürlichen Bodenschätze können und dürfen wir unter keinen Umständen achtlos vorübergehen.

Jeder Versuch einer planmäßigen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung wird demgemäß in erster Linie diejenigen Länder und Völker berücksichtigen müssen, in denen die Voraussetzungen für wissenschaftlich hochentwickelte Wirtschaftsmethoden gegeben sind. Diesen Ländern die Nahrungsmittel- und Rohstoffüberschüsse von Natur mit Bodenschätzen reicher bedachter Gebiete, denen aber wenigstens unter heutigen Verhältnissen die Grundlagen wissenschaftlich höchstentwickelter Verarbeitungsmethoden fehlen, zugänglich zu machen, ist demnach wohl das oberste Gebot einer jeden weltwirtschaftlichen Rationalisierung. Daß gegen dieses oberste Gebot durch die Praxis des Völkerbundes schwer verstoßen wird, bedarf im Hinblick auf die Deutschland angelegten wirtschaftlichen Fesseln hier wohl keiner näheren Darlegung.

Wird unter diesen Umständen von einer weltwirtschaftlichen Rationalisierung im strengen Sinne unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nichts gesprochen werden können, so werden wir, von dem Gedanken an eine planmäßige internationale Arbeitsteilung auf dem Gebiete der industriellen Produktion und Versorgung absehend, die Frage aufwerfen können, ob wenigstens hinsichtlich der Weltversorgung mit Nahrungsmitteln und den wichtigsten Arbeitsstoffen für Industrie und Handel (Verkehr) rationelle Gewinnungs- und Verteilungsmethoden sich bemerkbar machen.

Was die Nahrungsmittelversorgung der Weltmärkte anbetrifft, so ist wiederum darauf zu verweisen, daß gerade in diesem Punkte der Ausfall des russischen Produktionsgebietes sich am stärksten bemerkbar macht, daß also der Gedanke an einen Ausgleich, etwa durch wesentliche Belebung der Einwanderung nach den in weitem Maße noch erschließungsfähigen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten Südamerikas, sehr naheläge. Man wird nicht sagen können, daß praktisch diesem Gedanken sichtbar Rechnung getragen würde. Zum mindesten türmen sich der deutschen Auswanderung jeder Art seit Kriegsende überall schwere Hindernisse entgegen, mögen sie nun nur in dem Tiefstand der deutschen Valuta begründet sein, oder in dem Mangel an eigenem Schiffsraum, oder in der besonders von England aus genährten Abneigung gegen deutsche Einwanderer, oder endlich auch in der sozialen und wirtschaftlichen Verfassung der Einwanderungsländer, die dem deutschen Bauern keine sichere eigene Scholle gewähren.

Bliebe also schließlich nur die Frage zu untersuchen, ob sich bezüglich der Nutzung der natürlichen Kraftquellen Ansätze

zur Rationalisierung in der Weltwirtschaft finden. — Antimilitaristen freilich könnten vielleicht auch auf den Gedanken verfallen, daß die Diktatoren von Versailles darauf verfallen wären, Deutschland eine Rationalisierung seiner Wirtschaft dadurch aufzudrängen, daß sie mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Lande einerseits Hunderttausende von Arbeitskräften für das gewerbliche Leben freimachten, anderseits auch jene Blüte organisatorisch befähigter Intelligenz, wie sie sich zu Tausenden in den besten Kräften des Offizierkorps fand. Tatsächlich haben beispielsweise ehemalige Generalstäbler in großer Zahl nach der Auflösung des alten Heeres Eingang in wichtige organisatorische Posten der Industrie gefunden, ähnlich Offiziere der technischen Truppen. Aus der ursprünglich gewählten Bahn zwangsweise herausgedrängt, könnte diese Intelligenz tatsächlich wohl an manchen Stellen zu weiterer Belebung der Industrie beitragen. In gewissem Sinne Paralleles mag sich abgespielt haben, als die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens in Deutschland auf dem Gebiete des Verkehrswesens besonders schöpferisch veranlagte Geister der nunmehr bureaukratisierten Laufbahn des Eisenbahners fernhielt und etwa dem Gebiet der Seeschiffahrt zuführte. Datiert doch der große Aufschwung der deutschen Reedereien tatsächlich ungefähr aus der Zeit nach Bureaukratisierung des Hauptverkehrsgebiets auf dem Lande. Jeder Neigung, die Entmilitarisierung Deutschlands in eine wirtschaftliche Rationalisierung umzudeuten, werden aber folgende Tatsachen entgegenzuhalten sein:

1. daß eine nach der Richtung einer solchen Rationalisierung hinzielende Absicht der Entente zweifellos vollkommen ferngelegen, eine »ungewollte Rationalisierung« aber ein Widerspruch in sich wäre;

2. daß nach allen in der Vorkriegszeit gemachten praktischen Beobachtungen gerade die Schule des Volksheeres in erheblichem Maße auch zur Ertüchtigung des Nachwuchses für die Zwecke des Wirtschaftslebens beigetragen hat;

3. daß in einer Zeit ohnehin um sich greifender Arbeitslosigkeit die Freimachung der sonst durch den Heeresdienst absorbierten Kräfte für die Wirtschaft keine Stärkung der deutschen Industrie, sondern lediglich eine finanzielle Belastung des Gemeinwesens bedeutet;

4. daß die Ableitung zahlreicher Kräfte der Intelligenz aus der militärischen in die wirtschaftliche Laufbahn für die Folgezeit illusorisch gemacht wird durch die Verarmung der deutschen Wissenschaft, die nicht nur uns, sondern die technisch-industrielle Welt insgesamt, wo nicht mit Rückschritten, so doch mit bedenklichsten Fortschrittshemmungen bedroht. Gerade diese letzte Erscheinung der Verarmung der Wissenschaft in einem Lande, das der wirtschaftlichen Technik der ganzen Welt mit die wertvollsten Anregungen geschenkt, bedeutet letzten Endes das krasseste Gegenteil jeden tiefgründigen Versuchs weltwirtschaftlicher Rationalisierung.

Von einer irgendwie einheitlich planmäßigen Hebung der weltwirtschaftlichen Produktion, Förderung einer sachgemäßen Arbeitsteilung, Erleichterung der Güterverteilung und Steigerung der Konsum-

kraft kann nach dem vorstehend Gesagten zurzeit keine Rede sein. Demgemäß sind wir im strengen Sinne überhaupt nicht in der Lage, von weltwirtschaftlicher Rationalisierung zu sprechen. Eine planmäßig geleitete Weltwirtschaft als Oberstufe über der Privat- und Staatswirtschaft zeigt sich in diesem Sinne als nicht vorhanden. Nur wenn wir die weitherzige Auffassung des Begriffs »Weltwirtschaft« wählen, d. h. an die Gesamtheit der wirtschaftlichen Erscheinungen in der Ökumene denken, werden wir unter den heute obwaltenden Verhältnissen von Rationalisierungen sprechen können, die sich in den Formen der Privatwirtschaft oder der Staatswirtschaft abspielen, die aber auch im weiten Rahmen des weltwirtschaftlichen Gesamtgetriebes, ohne daß ein einheitlicher Plan oder eine einheitliche Leitung vorläge, auf die Erzielung einer gesteigerten Zweckmäßigkeit hinwirken. Mit anderen Worten: wirtschaftliche Fortschritte, die gleichzeitig in einer Mehrzahl von Ländern dazu führen, daß mit verringertem Kraftaufwand eine größere Bedarfsdeckung möglich ist, und daß die vorhandenen Kraftquellen der Natur eine rationellere Nutzung erfahren, die, auch wenn sie lediglich in privat- oder staatswirtschaftlichen Formen betrieben wird, schließlich doch eine weltwirtschaftliche Sicherung auf weite Sicht bedeuten kann.

In der Beantwortung der Frage »Was geschieht zur weltwirtschaftlichen Rationalisierung?« hat der vorstehende Abschnitt nach der negativen Seite bereits so weit vorgegriffen, daß nur noch die Frage zu untersuchen bliebe, ob und in welchem Grade die von der Natur für den Menschen bereit gehaltenen Arbeitskräfte bzw. Kraftquellen in sichtbarem und weit verbreitetem Maße einer rationelleren Nutzung zugeführt werden.

An natürlichen Arbeitskräften oder Kraftquellen, abseits der menschlichen oder tierischen Arbeitskraft, kommen lebendige sowohl wie gebundene Kräfte in Frage. Lebendige, nicht animalische Arbeitskräfte der Natur sind gegeben in der Bewegung der gasförmigen und flüssigen Stoffe, in der bewegten Luft, der in ihr sich ansammelnden Elektrizität, und im bewegten Wasser. Gebundene Arbeitskräfte der Natur können durch den Menschen freigemacht werden aus den festen und flüssigen Heizstoffen, insbesondere der Kohle und dem Erdöl.

In der Tat können wir nun an den verschiedensten Stellen weitgreifende Bemühungen beobachten, der Nutzung dieser natürlichen Kraftquellen insgesamt ein großes Maß technischer Aufmerksamkeit zu schenken und ihr eine rationellere Gestalt als in der vorangegangenen Wirtschaftsepoche zu geben.

Die weitaus wichtigste Stelle unter den natürlichen Kraftquellen nahm und nimmt die Steinkohle ein, deren sich die meisten Industrien der Hauptländer bedienen und die auch in der Vermittlung des Warenaustausches als wichtigstes Antriebsmittel von Eisenbahn und Schiffahrt im Vordergrunde stand und noch steht. (Vgl. Teil I, S. 19 ff.).

Die Gründe für die in der Kriegszeit eingetretenen Produktions- und Ausfuhrverringerungen auf seiten der europäischen Hauptländer dürfen

als bekannt vorausgesetzt werden. Über den Umfang in der Produktionsverschiebung geben folgende Maximal- und Minimalzahlen Auskunft (in Millionen t):

	Maximum	Minimum
England	1913: 292	1918: 231
Deutschland	1913: 190 + 87	1915: 146 + 88 (Braunk.)
Frankreich	1913: 40	1915: 19
Belgien	1913: 23	1918: 14
Japan	1918: 21	1915: 16
Vereinigte Staaten . .	1918: 615	1915: 466

Die größten Kohlenversorger des Weltmarktes kamen während der Kriegszeit mit der Kohlenproduktion in Bedrängnis und sahen sich zu durchgreifenden Einschränkungen der Kohlenausfuhr gezwungen. Durch die Einberufungen zum Heeresdienst wurden, je länger je mehr, die Arbeitskräfte spärlich; es mußte auf ungeübte und schwächere Hilfskräfte zurückgegriffen werden, deren Leistungsfähigkeit auch durch verschlechterten Ernährungszustand weiter beeinträchtigt wurde. Die Beschaffung des nötigen Grubenholzes erlitt bedeutende Erschwerungen. Die Kriegsindustrien der hauptbeteiligten Länder stellten steigende Anforderungen an die Kohlenproduktion, ebenso die bis zur letzten Möglichkeit forcierte Nutzbarmachung der Eisenbahnen für den militärischen Bedarf und die stete Bereitschaft der Kriegsflotte. An Stelle technisch rationellster Ausbeutung des Kohlenbergbaus mußte vielfach Raubbau in den Bergwerken getrieben werden. Eine an Leistungsfähigkeit wesentlich verminderte, aber ständig steigende Löhne beanspruchende Belegschaft förderte teures, aber minderwertiges Gut, das in erster Linie der Verwendung für kriegerische Zwecke des eigenen Landes vorbehalten bleiben mußte. Soweit Überschüsse für die Ausfuhr verfügbar gemacht werden konnten, war für ihre Verfrachtung der Schiffsraum außerordentlich knapp und teuer, so daß schließlich überall, auch in den nicht unmittelbar am Kriege beteiligten, aber auf Kohlenzufuhr angewiesenen Ländern, ebenso wie bei den meisten Kriegführenden selbst das Kapitel »Kohlennot« einen immer breiteren Raum in den wirtschaftlichen Sorgen beanspruchte.

Bei der mehrjährigen Dauer und Verschärfung dieses Zustandes konnte es nicht ausbleiben, daß die Technik das Problem der Kohlenersparnis und des Kohlenersatzes auf die Tagesordnung stellte. Auch nach Beendigung des Hauptkrieges konnte es davon nicht abgesetzt werden, da nunmehr die sozialen Kämpfe zur Beibehaltung, wo nicht zu weiterer Steigerung der hohen Kohlenpreise führten und die aus dem gleichen Grunde die Produktion schärfer belastenden Arbeitsbedingungen das vorkriegszeitliche Leistungsmaß der Belegschaften nicht wieder aufkommen ließen.

Was zunächst die Entwicklung der Kohlenproduktion in den am Kriege beteiligten Ländern unter den Einwirkungen des Krieges anbetrifft, so sank in Deutschland die Gewinnung von Steinkohle von 190 Millionen t im Jahre 1913 auf 147 Millionen im Jahre 1915. Sie wurde dann mit Rücksicht auf den Kriegsbedarf nach Möglichkeit weiter

gesteigert auf 168 Millionen im Jahre 1917, sank aber in der Folgezeit namentlich unter den auf dem Gebiet der sozialen Kämpfe liegenden Einwirkungen sowie weiterhin durch die Gebietsabtretungen auf 117 Millionen im Jahre 1919, das ist der Stand von 1903. Für Ausfuhrzwecke konnte Deutschland während des Krieges nur unter stärksten eigenen Einschränkungen solche Mengen verfügbar machen, die aus politischen Rücksichten auf die Unterstützung benachbarter neutraler Länder unbedingt erforderlich erschienen. Nach Kriegsende verlor der deutsche Anteil am Weltkohlenhandel nahezu jede Bewegungsfreiheit durch die aufgezwungenen Lieferungen an die Ententemächte.

In England sank die Kohlenproduktion von 292 Millionen t im Jahre 1913 auf 231 Millionen im Jahre 1918. Dazu kamen die vermehrten Ausfuhrschwierigkeiten infolge Frachtraummangels und der Verluste von Schiffsladungen durch den Seekrieg.

Die zunächst am Kriege unbeteiligten und später nur in beschränktem Maße zur Abgabe von Menschenkräften veranlaßten Vereinigten Staaten sahen ihre Kohlenproduktion von 517 Millionen t (einschließlich Braunkohle) im Jahre 1913 zunächst freilich auch etwas zurückgehen, konnten sie dann aber infolge der für sie auf dem Weltmarkt sich bietenden gesteigerten Ausfuhrmöglichkeiten bis auf 615 Millionen im Jahre 1918 steigern.

Die Kohlenproduktion Frankreichs verringerte sich von 40 Millionen t im Jahre 1913 auf 19 Millionen im Jahre 1915, wurde dann gleichfalls nach Kräften forciert, erreichte aber auch im Jahre 1918 nur 26 Millionen. Die Lage für Frankreich änderte sich dann vollständig durch die Gebietserwerbungen im Osten und durch die erzwungenen deutschen Kohlenlieferungen.

Bis zum Kriegsende war Frankreich das europäische Land mit dem größten Kohleneinfuhrbedarf, und zwar wurde dieser Einfuhrbedarf zum größten Teil aus England, daneben mit geringeren Sätzen aus Belgien und Deutschland gedeckt. Hier haben sich nach Abschluß des Krieges die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt in durchgreifender Weise dadurch geändert, daß Frankreich in Versailles einen Teil der alten deutschen Grubenbezirke zugesprochen bekam und für weitere Gebiete das Recht der Besetzung für einen längeren Zeitraum erhielt, und Deutschland die Verpflichtung auferlegt wurde, Frankreich auf Jahre hinaus in weitgehendem Umfange mit Kohlen zu versorgen.

Auch der belgische Kohlenbergbau war durch den Krieg unmittelbar in erheblichstem Maße beeinflußt und mehr noch der belgische Außenhandel in Kohle, der in der Hauptkriegszeit zu vollständigem Stillstand gekommen war. Belgien war in erster Linie Importeur, aber in nicht geringem Grade auch Exporteur von Kohle gewesen. Die Kohlenausfuhr Belgiens hat sich nach Kriegsende prozentual rascher und stärker wieder belebt als die Einfuhr, wird aber durch die infolge der deutschen Lieferungen wesentlich verminderten französischen Nachfragen gegenwärtig offensichtlich gedrückt.

Von denjenigen Ländern, die vor dem Kriege die stärksten Käufer auf dem Weltkohlenmarkt waren, kann aus dem eben erwähnten Grunde Frankreich für unsere weiteren Betrachtungen einstweilen unberücksichtigt bleiben. Was Italien anbetrifft, so litt dieses Land ganz besonders unter der starken Verringerung der Zufuhr von Kohle aus England während der Kriegszeit. Es war aber immerhin in der Lage, seine eigene Kohlenproduktion, die auch vor dem Kriege in stetigem Aufschwung gewesen war, nunmehr mit äußerster Anstrengung zu verdreifachen, nämlich von 700 000 t im Jahre 1913 auf 2,2 Millionen im Jahre 1918 zu bringen. Immerhin deckte diese Produktionssteigerung nur einen bescheidenen Bruchteil des normalen Bedarfs dieses Landes für seine Industrie- und Verkehrsbedürfnisse, der im Jahre 1913 auf 11 Millionen t gestiegen war gegenüber einem Bedarf von nur 3 Millionen im Jahre 1885 und 6 Millionen im Jahre 1904. Die italienische Bedarfsdeckung an Kohle sank während des Krieges bis auf 5 Millionen im Jahre 1917. Um die Wende des Jahres 1920 wurde wieder eine monatliche Durchschnittseinfuhr von etwa 700 000 t erreicht. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Kohlenbergwerke stieg während des Krieges in Italien von 39 auf 231. Vor dem Kriege hatte Italien durchschnittlich 85—95% seiner Kohleneinfuhr aus England gedeckt. In den Rest teilten sich der Hauptsache nach Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten und Belgien. Gegenwärtig beträgt der Anteil Englands an der Kohlenbelieferung Italiens kaum 50%, während Deutschland 26 und Amerika 24% beisteuern.

Nächst Italien waren die Niederlande große Abnehmer von Kohle auf dem Weltmarkt. Auch sie haben, durch den Krieg nach dieser Richtung beeinträchtigt, ihre eigene Produktion wesentlich zu heben gesucht, was in dem Maße gelang, daß die niederländische Kohlengewinnung von 1,9 Millionen t im Jahre 1913 auf 3,4 Millionen im Jahre 1918 stieg. Im Jahre 1920 wurden annähernd 4 Millionen t erreicht. Die durchschnittliche Zahl der Arbeiter in den holländischen Kohlenbergwerken stieg in dieser Zeit von 9700 auf 24 500. Die Kohleneinfuhr der Niederlande hatte sich im Jahre 1913 auf 20,5 Millionen bei gleichzeitiger Ausfuhr von 12,4 Millionen belaufen. Der Einfuhrüberschuß sank von 8,1 Millionen im Jahre 1913 unter den Kriegswirkungen bis auf 1,5 Millionen im Jahre 1918. Im folgenden Jahre hob er sich wieder auf 3,6 Millionen. Einschließlich der eigenen Produktion unter Mitberücksichtigung der Braunkohle belief sich die in Holland für den Verbrauch verfügbare Kohlenmenge im Jahre 1919 auf 9,9 Millionen; sie erreichte im Jahre 1918 das Mindestmaß von 5,3 Millionen, etwa gleich dem durchschnittlichen Stande von 1901 —1903, und stieg im Jahre 1920 wieder auf 7,6 Millionen, entsprechend ungefähr dem Stande von 1910. Unter den Einfuhrländern erschienen auf dem holländischen Kohlenmarkt im Jahre 1919 erstmals die Vereinigten Staaten, die sich 1920 sogar auf den ersten Platz vor Deutschland zu stellen vermochten.

Die großen Erschwernisse der Kohlenversorgung in den zufuhrbedürftigen Ländern und die eingetretene Vervielfachung der Preise ließen auf einen Ausgleich nach verschiedenen Richtungen sinnen. Das Bestreben

ging einmal nach rationellerer Ausnutzung der verfügbaren Kohle, ferner nach vermehrter Nutzung verwandter Brennstoffe (Braunkohle, Erdöl) und endlich nach Ersatz der Brennstoffe überhaupt durch lebendige Naturkräfte, vor allen Dingen die Wasserkräfte.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zuerst und in vorderster Linie auf die zuletzt erwähnte Erscheinung, so gelangen wir damit, um das vorweg zu nehmen, zu dem Kernpunkt dieser Betrachtungen und zu derjenigen Erscheinung, die es uns ermöglicht, von Ansätzen zu weltwirtschaftlicher Rationalisierung zu sprechen:

In den früheren Wirtschaftsepochen benutzte die in vergleichsweise beschränktem Umfange sich haltende gewerbliche Produktion vornehmlich die menschlichen und tierischen Arbeitskräfte unter ergänzender Hinzuziehung der lebendigen nichtanimalischen Naturkräfte, nämlich des seine Eigenbewegung in maschinelle Nutzbarmachung übertragenden Wassers der Flüsse und in gleicher Weise die der bewegten Luft. Unter den menschlichen Hauptbedarfsgruppen vollzog sich besonders die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs unter ausgedehnter Nutzung dieser Naturkräfte durch Vermittlung der Wassermühlen und Windmühlen zum Vermahlen des Getreides. Auch dem Wohnbedarf waren die Wasserkräfte nutzbar gemacht durch die Schneidemühlen zur Herrichtung des Holzes. Für die Erz- und Metallverarbeitung finden wir selbst an den nur eine mäßige Wasserkraft liefernden Bächen des norddeutschen Tieflandes noch heute Spuren alter Eisen- und Kupferhämmer. In einem wirtschaftlich zurückgebliebenen europäischen Länderbezirk, wie auf dem Balkan, sehen wir bis in unsere Tage an den Gebirgsbächen lange Ketten von Dutzenden alter Wassermühlen, denen sich in dem untersten Teil der Maritzaebene Kolonien altertümlicher Windmühlen anschließen, und auch für den Bedarf an Kleidung finden wir die Wasserkraft tätig in den ältesten Zeugen der Entwicklung einer bulgarischen Textilindustrie im Städtchen Gabrovo an der malerischen Jantra.

Das Zeitalter der Industrialisierung führte (wie schon im I. Teil S. 21 ausgeführt) von jenen früheren Nutzungen der lebendigen Naturkräfte weg zu einer vorherrschenden Nutzung der gebundenen Naturkräfte, vornehmlich der Heizkraft der Kohle. Diese ganze Epoche der Industrialisierung und gewaltigen Produktionssteigerung lebte außerordentlich verschwenderisch von dem Kapital der unersetzbaren gebundenen Naturkräfte im Gegensatz zu jener früheren Periode, die von den Zinsen der unvermindert fortbestehenden lebendigen Kraftquellen der Natur ihre Gewerbe speisen ließ. In der neu begonnenen Periode wirtschaftlichen Fortschritts, in der auch Massenindustrie und Massenverkehr nach möglichst weitgehender und gegen früher wesentlich rationalisierter Nutzung der lebendigen Naturkräfte zum mindesten teilweisen Ersatz der gebundenen streben, sehen wir gegenüber der unmittelbar vorangegangenen Zeit nicht lediglich nach volkstümlich

üblicher Gegenüberstellung die Ablösung eines »Zeitalters des Dampfes« durch ein »Zeitalter der Elektrizität« (wobei das Augenmerk lediglich auf die Energie äußerungen gerichtet ist), sondern gehe zurück auf die Energie quellen und lasse in diesem Sinne auf die Wirtschaftsstufe fast alleinherrschender Nutzung der gebundenen Naturkräfte die der fortschreitend rationellen Nutzung der nichtanimalischen lebendigen Naturkräfte folgen und halten es für berechtigt, diesen Übergang von fast ausschließlichem Leben vom Natur kapital zu wesentlich gesteigertem Leben von den Natur zinsen als einen Ansatz zur wirtschaftsgeographischen Rationalisierung zu bezeichnen.

Wenn wir in Ergänzung der Mitteilungen in Teil I, S. 67 ff. kurze Umschau halten wollen in den Ländern, die sich zurzeit mit dem

Ersatz kalorischer durch mechanische Energiequellen

beschäftigen, so werden wir zweckmäßig unser Augenmerk zunächst auf diejenigen Gebiete lenken, die vor dem Kriege die stärkste Abhängigkeit von ausländischer Kohlenzufuhr verzeichneten. An der Spitze der Kohlen einführenden Länder stand, wie wir gesehen, Frankreich, das sich gegenwärtig allerdings bezüglich der Kohlenversorgung unter besonders günstigen Bedingungen befindet. Frankreich verfügte über 8—9 Millionen PS an Wasserkräften, von denen im Jahre 1914 10% zur Erzeugung elektrischer Energie verwendet wurden. Infolge des Friedensvertrages erhöhen sich die Wasserkräfte um mehr als 1 Million PS. Während des Krieges sind Kraftwerke mit einer Leistungsfähigkeit von 62000 Kilowatt entstanden. Und zwar waren es die Amerikaner, die sich während des Krieges im Interesse der Kriegführung um die gesteigerte Leistungsfähigkeit der französischen Industrie und Verkehrsmittel und rationellere Nutzbarmachung der vorhandenen Naturkräfte bemühten. Neuerdings ist ein umfassendes Programm für die Einführung des elektrischen Betriebes auf französischen Eisenbahnen unter Nutzbarmachung der Wasserkräfte entworfen.

Am dringlichsten hat sich die Notwendigkeit des Kohlenersatzes in Italien während und nach der Kriegszeit bemerkbar gemacht. Die sichere Zukunft der italienischen Industrie hängt von der Lösung dieses Problems ab. Stillegung der Kohlenzufuhr nach Italien vermag unter den heutigen Verhältnissen das italienische Wirtschaftsleben jederzeit aufs schwerste zu erschüttern. Werden die etwa 5,5 Millionen PS Wasserkräfte des Landes in volle Benutzung genommen, dann kann die Industrie auch über das heutige Maß weiter ausgebaut werden, insbesondere kann alsdann die metallurgische Industrie an die Verhüttung ärmerer Eisen- und Zinkerze gehen, deren Ausbeute bei den heutigen Kohlenpreisen unrentabel ist. In nicht zu ferner Zukunft werden viele Staatsbahnlinien, die Beleuchtungsanlagen sowie Eisen- und Stahlgießereien mit hydroelektrischer Kraft versorgt werden, ferner wird die Herstellung von chemischen Düngemitteln in großem Maße mit hydroelektrischer Kraft erfolgen. Gegenwärtig werden aus den Flüssen usw. große künstliche Seen und Reservoire geschaffen,

die zu allen Zeiten eine genügende Wassermenge gewährleisten sollen. In Rom ist eine zentrale Behörde gebildet, welcher alle öffentlichen Gewässer unterstehen und welche die Pläne entwirft. Vor dem Kriege wurden etwa 60% der hydroelektrischen Maschinen usw. von Deutschland geliefert, heute sind große italienische Gesellschaften unter italienischer Leitung und einheimischem Kapital gebildet, welche ganze Gebiete versorgen. Im ganzen sind 36 solcher Gesellschaften vorhanden, die über etwa 8 Millionen L. an Kapital verfügen. Die Erzeugung dieser Fabriken macht große Fortschritte.

Im ganzen werden etwa 6000 km italienischer Eisenbahnen demnächst elektrifiziert sein.

Um zunächst bei den romanischen Ländern zu bleiben, ist zu erwähnen, daß auch Spanien über sehr reiche Wasserkräfte verfügt. Das gilt besonders von Katalonien, dem Hauptindustriegebiet Spaniens, wo von mehr als 1 Million gewinnbarer PS Wasserkräfte bisher erst 150 000 nutzbar gemacht sind. Die reichen Wasserkräfte der Pyrenäen sollen demnächst, abgesehen von industrieller Auswertung, auch für die Elektrifizierung der Eisenbahnen aus dem Norden des Landes bis Madrid ausgenutzt werden. Schon während des Krieges ist die Zahl der Wasserkraftanlagen in Spanien beträchtlich vermehrt worden und zwar bis auf 238 Anlagen mit etwa 440 000 PS. Das Gebiet von Madrid und Bilbao wird durch Nutzung der Duerofälle mit Strom versorgt werden, die bei 27 m Gefälle 350 000 PS liefern können. Über die Wasserkräfte, die Portugal zu gewerblichen Unternehmungen verwenden könnte, gibt es noch immer keine zuverlässigen Angaben, schätzungsweise werden 600 000 PS angegeben, die zum größten Teil noch der planmäßigen Ausbeutung harren.

Verhältnismäßig weit fortgeschritten ist die Nutzung der überaus ergiebigen Wasserkräfte in der Schweiz. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement leitet die Versorgung des Landes mit elektrischer Energie und arbeitet an deren möglichst vollständiger Ausnutzung. Ganz planmäßig macht sich die Schweiz von der Kohlenzufuhr unabhängig und zielt auf eine derartige Nutzbarmachung der reichen Wasserkräfte des Landes hin, daß die Wasserkraftwerke nicht nur die gesamten Schweizer Eisenbahnen und die Industrie versorgen, sowie den Lichtbedarf der Bevölkerung decken, sondern auch noch elektrische Kraft an die Nachbarländer, wie Elsaß-Lothringen, abzugeben vermögen. Bezeichnend für die Vielseitigkeit der Verwendung elektrischer Kraft und die Gründlichkeit, mit der man sich in der Schweiz von der fremden Kohle unabhängig zu machen sucht, ist der Übergang von dem 200 000 t Kohlen jährlich erfordernden Brotbacken alten Systems zur Verwendung elektrischer Backöfen, die durch die Ausnützung der billigen Nachtkraft der Wasse werke besonders günstig arbeiten.

Ähnlich der Schweiz sind die Länder der skandinavischen Halbinsel von der Natur mit Wasserkräften reich versehen.

In den verflossenen Kriegsjahren haben die nordischen Völker erst den Wert der vornehmsten Energiequelle, die ihnen zur Verfügung steht, die Wasserkraft, recht kennengelernt. Das Ausland hat die Abhängigkeit

Skandinaviens von der Einfuhr ausländischer Kohle während des Krieges weidlich ausgenutzt. Dies hat aber dazu geführt, daß man in den nordischen Ländern um so eifriger bestrebt gewesen ist, die eigenen Kraftquellen zur Deckung des Energiebedarfs heranzuziehen. In Norwegen und Schweden ist man in erster Reihe bestrebt gewesen, die reichlich zur Verfügung stehende Wasserkraft zur Gewinnung von elektrischer Energie auszunutzen, wobei man nicht nur die Deckung des Bedarfes des eigenen Landes im Auge gehabt hat, sondern auch beabsichtigt, aus der überschüssigen elektrischen Energie eine lohnende Ausfuhrware zu machen. Als Kraft importierendes Land kommt hier Dänemark in Frage. Das Problem der Kraftübertragung von einem Lande zum anderen ist in Skandinavien bereits in kleinem Maßstabe in der Praxis gelöst worden, da ein Teil des Elektrizitätsverbrauches in Nordseeland bereits von schwedischen Elektrizitätswerken gedeckt wird. Schweden wird jedoch im großen und ganzen für seine elektrische Energie selbst Verwendung haben; es kommt als Kraft exportierendes Land erst in zweiter Reihe in Frage. Dagegen sind die norwegischen Wasserläufe imstande, mehr elektrische Energie zu produzieren, als das Land in absehbarer Zeit benötigen wird. Norwegens Kraftzugang deckt nicht nur den eigenen Bedarf des Landes, sondern stellt einen beträchtlichen Überschuß für die Ausfuhr nach den Nachbarländern dar.

Der Plan einer großzügigen Kraftausfuhr hat in Norwegen nicht lauter Begeisterung hervorgerufen; es sind auch Stimmen gegen die geplante Energieabgabe laut geworden. Von dieser Seite wurden u. a. folgende Argumente ins Feld geführt: 1. die norwegische Industrie wird in ein ungünstiges Konkurrenzverhältnis zur dänischen Industrie kommen; 2. der eigene künftige Kraftbedarf Norwegens, der noch lange nicht vollauf gedeckt ist, wird benachteiligt werden, und größere Kapitalien, die in erster Reihe für die Versorgung des eigenen Landes mit elektrischer Energie hätten verwendet werden können, werden auf lange Zeit festgelegt; 3. die Zahl der am leichtesten auszubauenden Wasserfälle und besonders solcher, die am Wasser oder in der Nähe von Eisenbahnen liegen, ist in Norwegen verhältnismäßig gering. Falls deshalb mehrere von den am besten gelegenen norwegischen Wasserfällen für dänische Rechnung ausgebaut werden, wird der eigene Bedarf des Landes benachteiligt werden. 4. Die Unsicherheit der Zukunft und die Ungewißheit des eigenen künftigen Kraftbedarfes Norwegens.

Diese Argumente sind in vieler Hinsicht bemerkenswert, und sie können keinesfalls außer acht gelassen werden, was die Erfahrungen aus der Schweiz und aus Kanada vollauf bestätigen. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß Norwegen im Vergleich zur Einwohnerzahl des Landes über mehr Wasserkraft verfügt, als sonst irgendein Land in der Welt. Bei Sicherstellung des eigenen Verbrauches des Landes dürften vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen kaum irgendwelche wesentlichen Einwände gegen die Kraftabgabe an Dänemark und evtl. auch an Schweden erhoben werden können.

Ähnlich den Ländern der skandinavischen Halbinsel ist Finnland überaus reich an natürlichen Wasserkräften, deren Nutzung auch den ganzen Petersburger Bezirk mit elektrischer Kraft zu versorgen vermöchte. Im übrigen besitzt Rußland selbst sehr reichliche Wasserenergie. U. a. könnte auch das erzreiche Ural-Gebiet einen großen wirtschaftlichen Aufschwung durch die Gewinnung elektrischer Kraft aus den dort aufgespeicherten Wassermengen erfahren. Den wichtigsten Gebieten Südrußlands stünden die Wasserkräfte des Dnjepr zur Verfügung. Der furchtbare Mangel an Heizmaterial in den russischen Städten und das Darniederliegen des Eisenbahnwesens in Sowjet-Rußland hat auch die an Projekten unerschöpfliche Sowjetregierung zu der Aufstellung großer Elektrifizierungspläne veranlaßt. Ein Stab von ungefähr 180 Fachleuten arbeitet an der Vorbereitung der Elektrifizierung Rußlands. Abgesehen von der Zusammenlegung und Ausnutzung vorhandener Elektrizitätswerke, handelt es sich aber zunächst um theoretische Entwürfe, deren praktische Verwirklichung noch in weitem Felde steht. Lenin interessiert sich insbesondere auch für die Elektrifizierung der Landwirtschaft. Von ihm rührt ein Ausspruch, der die Elektrifizierungspläne in den Mittelpunkt des russischen Wirtschaftslebens stellt: »Kommunismus — das ist Sowjetgewalt plus Elektrifizierung.«

Sehr vernachlässigt ist die Nutzung der natürlichen Wasserkräfte für elektrische Zwecke im ehemaligen Österreich-Ungarn. Selbst von den Wasserkräften in den österreichischen Alpenländern sind bisher nur etwa 8 % verwertet. Mit Elektrifizierungsplänen unter Ausnutzung der Flußkräfte trägt sich neuerdings Ungarn.

Eine französisch-englisch-amerikanische Kapitalistengruppe hat dem rumänischen Verkehrsministerium einen Plan zur Ausnutzung der Wasserkraft des Bistritza-Flusses für die Elektrifizierung von Teilen des rumänischen Eisenbahnnetzes unterbreitet. Im übrigen verfügt Rumänien über gute Kraftquellen in seinen Petroleumlagern. Auf dem eigentlichen Balkan hat neuerdings Bulgarien großzügige Elektrifizierungspläne aufgestellt, deren Verwirklichung aber noch dahinsteht, zumal der Staat nicht über die materiellen Mittel zu ihrer Durchführung verfügt. Ein Schweizer Ingenieur hat im Auftrage der griechischen Regierung die Wasserkräfte in Griechisch-Mazedonien untersucht. Er schätzt die Wasserkraft der Provinzen Cladovo auf 17500 PS, Edessis auf 26000 PS, Niaussas auf 22000 PS, der von Süd-Aliakmon auf 143000 PS und der von Nord-Aliakmon ebenfalls auf 143000 PS. Die gesamten verfügbaren Wasserkräfte dieser Fälle werden auf etwa 350000 PS veranschlagt. Die Ausbeutung dieser Wasserkräfte würde etwa einen elektrischen Strom von etwa 120000000 KW ergeben. Der aus den Fällen West-Mazedoniens zu gewinnende elektrische Strom würde nicht nur für die industriellen Betriebe und die Beleuchtung der drei Städte Athen, Piräus, und Saloniki, sondern auch als Triebkraft der Larissa-Eisenbahn genügen. Athen und Piräus verbrauchen etwa 40000000 KW jährlich und Saloniki 9000000 KW.

Neben den kohlenarmen Ländern, die auf möglichst weitgehenden Ersatz der Kohle durch lebendige Kraftquellen angewiesen sind, wenden sich aber auch die größten Kohlenproduzenten mehr und mehr diesem Problem zu. So trägt man in England der Schätzung Rechnung, daß die Kohlenvorräte des Landes bei weiter steigender Förderung in etwa 200 Jahren erschöpft sein könnten und fordert deshalb eine zunehmende Erschließung der Wasserkräfte. Auch hier wird eine Elektrifizierung der Eisenbahn erstrebt, wozu sich steigender Bedarf an elektrischer Kraft für die elektrometallurgischen und elektrotechnischen Industrien gesellt. Freilich finden in England diese Bestrebungen Hemmung in dem Interesse der Bergwerksbesitzer, das sich gegen eine etwaige Entwertung der Kohle durch den Wettbewerb der Wasserkraftenergie richtet. Von den englischen Kolonien sind es namentlich Kanada, Indien und Südafrika, deren zunehmende Industrialisierung aus der Nutzung der Wasserkräfte Vorteile zu schöpfen vermag.

Bei der gewaltigen Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika fehlt es doch auch dort nicht an großen Fortschritten auf dem Gebiet der Wasserkraftnutzung. Welche Rolle diese letztere zu spielen vermag, möge belegt werden durch die nachstehenden Sätze: »Der Jahresbedarf der Industrie an Energie beträgt rd. 220 Millionen KW./Jahre. Eine Energiequelle des Landes wäre bereits imstande, diesen Bedarf zu decken. Die Messungen über die Regenhöhe zeigen, daß aus kleinen Wasserkräften jährlich 380 Millionen KW./Jahre gewonnen werden können, was bei 60% Wirkungsgrad dem Bedarf der Industrie entsprechen würde. Der größte Teil dieser kleinen Wasserkräfte, die in bedeutenden Höhen über dem Meeresspiegel liegen und auf viele Gebirgsflüsse und -Bäche verteilt sind, könnte für Kleinkraftzwecke mit vereinfachten Einrichtungen ausgebaut werden. Die Ausnützung der Wasserkräfte würde zu einer Ersparnis von etwa 300 Millionen t Kohle führen und 400 000 Arbeiter, die jetzt mit der Förderung und dem Transport der Brennstoffe beschäftigt sind, für andere Arbeiten freimachen, das Eisenbahnwesen um wenigstens 200 000 Güterwagen und 5000 Lokomotiven entlasten und die Bedienung der Wasserwerke nur mit 40 000 Mann belasten.«[1]) Allein die Niagarafälle liefern bei einer unter kanadischer Mitbeteiligung erfolgenden Gesamtausbeute von 380 000 PS den Vereinigten Staaten bisher 225 000 PS. Im Bau befinden sich ferner Anlagen, die auf kanadischem Gebiet weitere 320 000 PS, auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten weitere 100 000 PS nutzbar machen werden. Die Gesamtfähigkeit der Niagarafälle wird auf 5 Millionen PS geschätzt. Der Verbrauch elektrischer Energie dringt in den Vereinigten Staaten in alle Zweige der Wirtschaftsführung vor. Auch in der privaten Hauswirtschaft läßt die Schwierigkeit der Dienstbotenfrage auf jedem erdenklichen Gebiet zur Nutzung kleiner elektrischer Apparate greifen. Ebenso kommt der elektrische Betrieb der ungeheuer verbreiteten Automobile zunehmend in Anwendung. Auf großindustriellem Gebiet ist

[1]) Dr. G. Respondek. Weltwirtschaftlicher Stand und Aufgaben der Elektroindustrie. Berlin 1920.

vor allen Dingen die große Ausdehnung zu erwähnen, die bei der Stahlgewinnung auf elektrischem Wege in den Vereinigten Staaten neuerdings die Verwendung der elektrischen Energie genommen hat.

Auch das übrige Amerika ist reich an Wasserkräften, die elektrischen Strom liefern können. In Mittelamerika ist nach dieser Richtung besonders Mexiko zu erwähnen. In Brasilien hat der Hauptstrom, der Amazonas, auf seine ungeheure Länge allerdings das minimale Gefälle von 80 m, doch stehen beispielsweise im Staate Minas große Wasserkräfte zur Verfügung. Die bedeutenden Wasserfälle Argentiniens, die fast ganz Südamerika versehen könnten, liegen von den Absatzgebieten für Elektrizität sehr weit entfernt, werden also erst bei wesentlich fortgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklung auf entsprechende Ausbeute rechnen können. Günstiger ist die Lage in dieser Hinsicht für Chile.

Das reichliche Vorkommen von Wasserkräften bei geringer Qualität der einheimischen Kohle hat auch in Japan zu ausgedehnter Nutzung der Wasserkräfte geführt. Von den über 2600 vorhandenen Elektrizitätsunternehmungen macht sich ein großer Teil die Wasserkräfte des Landes dienstbar und auch das japanische Hüttenwesen arbeitet vielfach mit Wasserkräften, deren Ausnutzung sich zurzeit auf insgesamt annähernd 500 000 KW erstreckt. Auch auf der Insel Formosa ist ein Wasserkraftwerk von 130 000 PS in Bau, das die Insel mit elektrischem Strom versorgen soll.

Was endlich Deutschland anbetrifft, so haben hier die letzten beiden Jahrzehnte ursprünglich unter dem Gesichtspunkt der Stromregulierungen zur Verhütung von Überschwemmungen zur Anlage großer Stauweiher geführt, die dann weiter auch Ausnutzung der Gewinnung elektrischer Kraft gefunden haben. Bedeutende Anlagen dieser Art befinden sich weiterhin teils im Bau, teils noch im Projektstadium. Dieser reichlichen Nutzung der süd- und mitteldeutschen Wasserkräfte beginnt sich neuerdings auch Norddeutschland anzuschließen. Am weitesten schreitet in dieser Beziehung zunächst die Provinz Ostpreußen mit der Ostpreußischen Kraftwerke A.-G. und der Überland-Zentrale A.-G. vor, denen in der ostpreußischen Seenplatte und dem Masurischen Kanal bei voller Auswertung der vorhandenen Wasserkräfte zusammen 220 Millionen Kilowattstunden im Jahr zur Verfügung stehen würden. Vorläufig durch die Gebote der Entente zu großer Kohlenabgabe gezwungen, darüber hinaus aber auch wohl für die Zukunft darauf angewiesen, in möglichst weitgehendem Maße die Kohle als Ausfuhrobjekt zu behandeln, wird Deutschland die Intensivierung und Rationalisierung seiner eigenen Wirtschaft unter vollster Ausnutzung seiner Wasserkräfte zu betreiben suchen müssen. Die ehemaligen militärischen Widerstände gegen die Elektrisierung seines Eisenbahnnetzes sind schon während des Krieges fallen gelassen worden. Die Durchführung dieser Umformung vermöchte der Industrie eine großzügige Belebung zuteil werden zu lassen. Ebenso ist die durch Wasserkraft gewonnene Elektrizität in der neuen Technik der Hütteindustrie, der Porzellanindustrie, der Landwirtschaft und angesichts der enorm gestiegenen Aufwendungen für Hausangestellte auch in der Hauswirtschaft

ungemein erweiterter Anwendung fähig. Schließlich ist der neuen deutschen Stickstoffindustrie und der seit kurzem erzielten Unabhängigkeit von fremden Rohstoffen in der Aluminiumindustrie zu gedenken.

Ein technisches Problem für sich, an dessen Lösung schon lange, aber bisher ohne praktisch brauchbaren Erfolg gearbeitet wird, bildet die Nutzbarmachung der lebendigen Naturkraft, die in dem ständigen Auf- und Abschwellen des Meeresspiegels durch die Gezeiten gegeben ist. Wenn es gelingt, den durch Ebbe und Flut regelmäßig bewegten Wassermengen der Ozeane die Kraft zum Speisen von Elektrizitätswerken abzuringen, dann ist die Menschheit für absehbare Zeit der Sorge um Energiequellen ledig.

Auch auf die Nutzbarmachung der

Energiequellen der bewegten Luftschicht

wurde schon kurz im I. Teil (S. 31) hingewiesen. In Ergänzung des dort Gesagten ist darauf hinzuweisen, daß die Technik sich neuerdings auch mit dem Problem beschäftigt, die durch die Luftreibungen erzeugte Elektrizität durch gewaltige Anlagen zu sammeln und diese Energiequellen in den Dienst der Industrie zu stellen. Ohne Anmaßung eines technischen Urteils wird man wohl sagen können, daß die Versuche dieser Art sich noch in den Kinderschuhen befinden, und daß es der Zukunft überlassen bleiben muß, über ihren Wert oder Unwert zu entscheiden.

Ungleich größere Fortschritte als in der Nutzung der Energiekräfte der bewegten Luft sind zu verzeichnen in der

Nutzung von Bestandteilen der Luft zu wirtschaftlichen Zwecken.

Auch in dieser Beziehung kann man von einer weltwirtschaftlichen Rationalisierung sprechen, da in weiter Verbreitung über die verschiedensten Länder der Erde an Stelle eines beschränkten, in abzusehender Zeit erschöpfbaren Vorkommens bestimmter Salpeterverbindungen der unbeschränkte, sich immer wieder erneuernde Stickstoffreichtum der Natur zur Gewinnung der benötigten Salpetermengen und Salpeterverbindungen nutzbar gemacht wird, also gleichfalls ein Vorgang, den man wirtschaftlich mit dem Leben von Zinsen der Natur anstatt des Zehrens von Naturkapital bezeichnen kann.

Auch hier haben die Einwirkungen des Krieges den wirtschaftlich-technischen Fortschritt beschleunigen geholfen, da während des Krieges einerseits großen Abnehmern des Chilesalpeters die Verbindungsmöglichkeit mit Chile genommen war, andererseits der Bedarf an Salpeter für Munitionszwecke bei den Kriegführenden ungeheuer gesteigert wurde.

Das Problem der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft war technisch bereits vor über 20 Jahren gelöst, und schon damals ging unverzüglich die wirtschaftliche Praxis an den Versuch der Stickstoffgewinnung im großen mit Hilfe der Elektrizität, und zwar der durch die billige Wasserkraft gewonnenen elektrischen Kraft. Das erste Stickstoffwerk dieser Art entstand an den Niagarafällen. Damals war das Verfahren allerdings noch so wenig verwertbar, daß die erste Fabrik nach wenigen Jahren den Betrieb wieder einstellen mußte. Wesentlich verbesserte technische Verfahren

wurden dann wiederum an großen Wasserfällen ausprobiert und zwar in Norwegen, wo allein der Rjukanfall bei einer Fallhöhe von 250 m die gewaltige Energie von ¼ Millionen PS entwickelt. Etwa die Hälfte dieser hydraulischen Energie findet zum Betrieb der am Fuße dieser Wasserfälle entstandenen Luftsalpeterfabrik Verwendung. Der Verbrauch von stickstoffhaltigen Düngemitteln hat sich auf Grund der Luftstickstoffanlagen in Norwegen im Laufe von wenigen Jahren rund verzehnfacht. Auch in Oberitalien war man nach einem anderen Verfahren schon frühzeitig zur Gründung von Stickstoffabriken übergegangen. Weitere Unternehmungen dieser Art entstanden in Schweden, in der Schweiz, Frankreich, Dalmatien, Nordamerika, Süd- und Ostdeutschland. Von dänischer Seite will man neuerdings die Wasserkräfte Islands in gleicher Weise nutzen. Am zurückhaltendsten steht die englische Industrie der Schaffung von Luftstickstoffwerken gegenüber, wesentlich wohl in Anbetracht der großen finanziellen Interessen, die England an der chilenischen Salpetergewinnung hat, und die vorläufig dazu veranlaßt, eine Konkurrenz gegen Chile zu vermeiden, was freilich nicht von dauernder Bedeutung sein kann, da die Salpeterlager Chiles, wie gesagt, in recht absehbarer Zeit erschöpft sein dürften.

Die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte, an denen gerade in der Kriegszeit Deutschland in besonders hohem Maße beteiligt war, bedeuten obendrein auch mittelbar einen Ansatz zu wirtschaftsgeographischer Rationalisierung insofern, als die Ergebnisse der Stickstoffgewinnung aus der Luft in weitaus erster Linie der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zugute kommen, die nach dem vieljährigen Ausfall Rußlands aus der Weltbelieferung mit Getreide und Futtermitteln von außerordentlicher Bedeutung ist. —

Wenn wir den Unterschied zwischen verschwenderischem Zehren vom Naturkapital in der Kohle gebundener Kräfte einerseits und der Nutzung immer wieder sich erneuernder lebendiger Naturkräfte anderseits in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellten, so können wir neben den bisher betrachteten Versuchen des Kohleersatzes, die im Mittelpunkt wirtschaftlich-technischer Umgestaltungen der nächsten Jahrzehnte stehen, anders geartete Versuche des Kohleersatzes nicht in gleichem Maße unter die Ansätze zu weltwirtschaftlicher Rationalisierung registrieren, ohne deshalb an der gesteigerten wirtschaftlichen Erschließung dieser anderen Kraftquellen vorübergehen zu können. Die zusehends um sich greifende Nutzung des

Erdöls

stellt zwar streng genommen auch gleich der Nutzung der Kohle ein Zehren vom Naturkapital dar, darf aber doch unter vielen Gesichtspunkten das Anerkenntnis einer wesentlich rationelleren Wirtschaftsführung beanspruchen, als sie im Kohlenkonsum getrieben wird. Das tatsächliche Ausmaß der in der Erde vorhandenen Erdölschätze entzieht sich auch heute noch unserer halbwegs genauen Kenntnis. Nach den Beobachtungen der neueren und neuesten Zeit neigt die Fachwelt aber dazu, trotz anscheinend nahen Versiegens mancher früher sehr reichen Erdölvorkommen den

gewinnbaren Erdölbestand insgesamt als praktisch nahezu unerschöpflich zu betrachten. Die Gewinnung des Erdöls aus dem Boden erfordert ungleich geringere Kapitalanlagen und vor allen Dingen ungleich weniger Menschenkräfte, als die Gewinnung der Kohle. Außerordentlich einfacher, billiger und zweckmäßiger stellt sich ferner der Erdöltransport. Um an die Verbrauchsstätte gebracht zu werden, ist beim Kohlentransport zu Lande wie zu Wasser ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der insgesamt verfrachteten Kohlenmengen für die Frachtbeförderung selbst erforderlich. Die großen Röhrenleitungen für Erdöl auf den Überlandwegen beanspruchen geringere Kapitalanlage und weit geringere Betriebskosten als die Kohlentransporte, und auch die Seeverfrachtung des Erdöls und seine Seebeförderung durch die Triebkraft des Erdöls gestaltet sich um vieles vorteilhafter als die Kohlenbeförderung auf Dampfschiffen.

Wirtschaftlichkeit mit einem Mindestmaße von Betriebsschwierigkeiten lassen eine stetig wachsende Anzahl Schiffseigentümer die Vorteile einsehen, die mit der Ölfeuerung verbunden sind. Frachtenraumgewinn, geringer Zeitverlust zwischen den verschiedenen Reisen und eine kleinere Besatzung von Maschinisten und Heizern sind einige der Vorteile, welche dem Gebrauch der Ölfeuerung als Mittel für die Fortbewegung hervortreten. Auf Passagierschiffen kommt noch die Sauberkeit und Bequemlichkeit dazu. Ein Dampfer, der früher für eine Reise 6000 t Kohle brauchte, wird nur 3600 t Öl nötig haben und dadurch würde die Tragfähigkeit des Dampfers um 2400 t gesteigert sein. Ungefähr der ganze Platz, der durch das Feuern mit Öl gespart wird, läßt sich für die Ladung verwenden.

Soweit Sauberkeit, Instandhaltung usw. in Betracht kommen, dürfte der Gebrauch von Ölfeuerung sicher vorzuziehen sein und die gewöhnlichen Ausgaben für die Reise werden nach allen Richtungen hin beträchtlich vermindert.

Die Vorteile der Ölfeuerung sind in Kürze diese: Verringertes Eigengewicht, größerer Frachtenraum, erhöhte und gleichmäßigere Geschwindigkeit des Schiffes, Verringerung in der Besatzung.

Schließlich ist Erdöl nicht nur ein Kohleersatz, sondern ein Brenn- und Betriebsstoff, der über die Verwendbarkeit der Kohle hinaus selbständige Bedeutung hat und gerade für die modernsten Beförderungsmittel zum Teil unentbehrlich ist. Die weltwirtschaftliche Rolle der mit Erdölprodukten betriebenen Automobile und Flugzeuge steht ja noch in den Anfängen und gewinnt mit jedem Tag an Bedeutung. Nicht zu übersehen endlich ist, daß nicht nur die weltwirtschaftliche, sondern auch die weltpolitische Rollenverteilung unter den führenden Ländern nach Lage der Dinge für die Zukunft in einer gewissen Abhängigkeit von der Verfügungsgewalt über das Erdöl steht, wie sie bis dahin sich in Abhängigkeit von der Verfügungsgewalt über die Kohle befunden.

Die Rohölproduktion der Welt hat in unseren Tagen große Fortschritte gemacht. Im Jahre 1900 erreichte sie erst etwa 20 Millionen t, bis 1909 hatte sie sich verdoppelt, 1916 bereits mehr als verdreifacht, und heute ist sie auf über 70 Millionen t zu schätzen. Zu Beginn dieses Zeitraums stand Rußland an der Spitze der Erdölproduzenten mit über

51% der Gesamtproduktion, wogegen die Vereinigten Staaten nur über 41% verfügten. Im Jahre 1909 war das Bild bereits ein wesentlich anderes. Der russische Anteil war auf 23% gesunken, der der Vereinigten Staaten auf 60% gestiegen. Bis zum Jahre 1916 hatte sich die Verschiebung dergestalt fortgesetzt, daß Rußland nur über 16% verfügte, Nordamerika über 64%. Dann kam das fast völlige Ausscheiden der russischen Erdölproduktion, so daß der Anteil der Vereinigten Staaten weiter auf etwa 70% heraufging. Er wäre noch größer gewesen, wenn nicht inzwischen die mexikanische Erdölgewinnung große Fortschritte gemacht und sich auf etwa 15% der Weltproduktion emporgeschwungen hätte.

Für die letzten Jahre verzeichnete man nachstehende Ausbeute der wichtigsten Produktionsgebiete in Millionen Faß (Barrels, 1 Barrel = 160 l):

	1919	1920
Vereinigte Staaten	377,7	443,4
Mexiko	87,0	159,8
Rußland	34,2	30,0
Niederländisch-Ostindien	15,7	16,0
Indien	8,4	8,5
Rumänien	6,5	7,4
Persien	6,5	6,6
Galizien	6,2	6,0
Peru	2,5	2,7
Japan und Formosa	2,1	2,2

Noch stehen die Vereinigten Staaten also weitaus im Vordergrunde, und sie bleiben auch bemüht, an anderen Punkten der Erde sich Erdölreserven zu sichern. Aber die Lebensdauer der nordamerikanischen Erdölquellen ist als begrenzt zu betrachten, wogegen in anderen Gebieten, wie Niederländisch-Indien, fortgesetzt Erdölvorkommen ermittelt werden, deren Erschöpfbarkeit in viel weiterem Felde zu stehen scheint.

In den letzten Jahren hat sich ein überaus angespannter Wettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und England um die Erdölvorkommen der Welt herausgebildet. Wie England früher für seine Kriegsflotte an allen Enden und in allen Winkeln der Welt Kohlenstationen zu errichten wußte, so ist es heute in gleichem oder auch noch stärkerem Maße darauf bedacht, sich, und zwar in erster Linie wiederum für die Zwecke seiner Flotte, allüberall Erdölvorkommen zu sichern.

Seit reichlich einem halben Jahrhundert gebührt der amerikanischen Standard Oil Co. die führende, mehr oder weniger monopolistische Stelle auf dem Weltpetroleummarkt. Im Zusammengehen mit niederländischen Gesellschaften aber hat sich unter englischer Führung die sog. Shell-Gruppe entwickelt, die zu einer ernsten Konkurrentin der Standard Oil Co. auszuwachsen scheint. Die Standard Oil Co. verfügt außerhalb der Vereinigten Staaten über Erdölunternehmungen in Kanada, Mexiko und Rumänien. Die Shell-Gruppe nimmt ihren Ausgang von Niederländisch-Indien und verfügt dort über die qualitativ besten und wohl auch reichsten aller bekannten Erdölgebiete. Ferner liegen in ihrer Hand große Vorkommen in Rußland, Rumänien, Ägypten und ganz Amerika einschließlich

der Vereinigten Staaten, sowie in Australien, Neuseeland und Südafrika. Neben der asiatischen Inselwelt gehört schließlich Süd- und Ostasien zu ihrem Einflußgebiet. Ergänzt wird diese ungeheuer ausgedehnte englische Einflußsphäre durch die Anglo-Persian Oil, die von Persien ihre Hände nach Mesopotamien ausgestreckt hat. Wenn sich heute die Gesamtproduktion der den englischen Interessen dienenden Gesellschaften auch erst auf etwa 8 Millionen t erstreckt, so kann sich in Zukunft das Verhältnis zwischen dem Einfluß der Vereinigten Staaten auf dem Welterdölmarkt und demjenigen Englands doch vielleicht in ähnlicher Weise entwickeln, wie früher zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland. Um dieser Ansicht zu begegnen, ringen die Vereinigten Staaten nicht nur um die Herrschaft über die mittelamerikanischen Erdölvorkommen, sondern haben sich auch in China große Konzessionen gesichert und streben in gleicher Weise nach Einfluß auf russische Erdölgebiete.

Besonderes Interesse dürfen die wichtigsten Erdölvorkommen Europas, diejenigen in Rumänien, beanspruchen, zumal sie während der Kriegszeit eine bemerkenswerte Rolle gespielt haben. Unbekümmert um die englische Beteiligung an dem Besitz rumänischer Erdölquellen, hat damals die englische Regierung, ursprünglich gegen rumänischen Einspruch, eine Zerstörung der Erdölquellen durch eine englische Kommission betrieben, die man für gründlich genug erachtete, um auf etwa zwei Jahre hinaus wirksam zu sein. Der deutschen Technik gelang es, binnen wenigen Monaten die Produktion in beträchtlichem Umfange wieder durchzuführen. Noch im Frühjahr 1921 kam in England ein Prozeß zur Entscheidung, in dem die Ansprüche englischer Kapitalistenkreise auf Entschädigung wegen der von englischer Seite vollzogenen Zerstörung rumänischer Ölfelder mit der Begründung abgewiesen wurden, daß nicht die britische Regierung den Schaden zu tragen habe, sondern die rumänische, zu deren Gunsten die Zerstörung stattgefunden habe. Tatsächlich aber hat Rumänien nur die Nachteile des englischen Vorgehens zu tragen gehabt, das durch den Wunsch diktiert war, es den deutschen U-Booten unmöglich zu machen, aus den rumänischen Ölfeldern den dringend benötigten Betriebsstoff zu gewinnen. Von deutscher Seite wurden damals unmittelbare Röhrenleitungen aus den Karpathen nach der deutschen Grenze bei Oberschlesien geplant. Heute sind die unter starker Mitwirkung deutschen Kapitals und deutscher Technik entwickelten rumänischen Erdölquellen dem deutschen Einfluß völlig entzogen, und der ganze Petroleummarkt stellt im wesentlichen ein Kampfgebiet zwischen den Vereinigten Staaten und England dar. Das Ringen um gesteigerten Einfluß Englands auf diesem Gebiet hilft mit zu schnellerer Erschließung der außeramerikanischen Erdölquellen und verspricht dadurch für die Zukunft weiter beschleunigte Nutzbarmachung dieser kalorischen Energiequelle, deren Bedeutung für die Weltwirtschaft ständig zunimmt.

Schließlich haben wir noch der neuzeitlichen Bemühungen zu gedenken, die Nutzung der Kohle selbst zu rationalisieren, und zwar durch technisch vervollkommnete Wärmewirtschaft, sowie durch chemische Ausnutzung der Kohle. In dieser Hinsicht ist besonders

der Arbeiten des Kaiser Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim zu gedenken und ferner der zahlreichen Stellen für Wärmewirtschaft, die während der letzten Jahre in Deutschland gegründet worden sind. Es seien nur genannt die Überwachungsstelle des Vereins deutscher Eisenhüttenleute für Brennstoff- und Energiewirtschaft auf Eisenwerken, der Verein für Feuerungsbetriebe und Rauchbekämpfung in Hamburg, die Gesellschaft für Kohlentechnik in Eving bei Dortmund, die Ingenieur-Gesellschaft für Wärmewirtschaft in Köln, die wärmetechnische Abteilung der Kohlenwirtschaftsstelle und die vielen Wärmestellen einzelner Industrieverbände. Als Zentralstelle ist anfangs 1920 durch den Verein deutscher Ingenieure, die Vereinigung der Elektrizitätswerke, dem Verein deutscher Eisenhüttenleute und dem Zentralverband der deutschen Dampfkessel-Überwachungsvereine die Hauptstelle für Wärmewirtschaft beim Verein deutscher Ingenieure gegründet.

Bei der heutigen Kohlenwirtschaft gehen regelmäßig gewaltige Energiemengen verloren, sowohl im Fabrikbetriebe, wie im Verkehrswesen, wie auch im Hausbrand. Dieser Verschwendung ist nicht von heute auf morgen durch technische Neuerungen zu begegnen, sondern es bedarf vor allen Dingen neben dem sorgfältigsten Studium der Wärmewirtschaft der Heranziehung wärmetechnisch durchgebildeten Personals, das die Rationalisierung der Kohlennutzung praktisch zu betreiben vermag. Hierauf deutet vor allen Dingen das Beispiel der Vereinigten Staaten, in denen unter staatlicher Wärmewirtschafts-Überwachung die Brennstoffzuteilung an die einzelnen industriellen Werke davon abhängig gemacht werden sollte, mit welchem Grad von Vervollkommnung die Brennstoffe bei ihnen ausgenutzt würden. Die Durchführung dieses Gedankens ist vorläufig am Mangel geeigneter Ingenieure gescheitert. Die Einführung eines planmäßigen Wärmeüberwachungsdienstes wäre also praktisch von vorangehender Ausbildung von Wärmeingenieuren und Schulung des Betriebspersonals abhängig. Unter den Wegen zur Rationalisierung der Kohlennutzung ist u. a. die Kohlenstaubfeuerung zu erwähnen, die eine Ersparnis bis zu 50% Brennstoff ermöglicht. Auch dieser Frage hat man neuerdings, namentlich in Amerika und Deutschland, Aufmerksamkeit gewidmet. —

Zusammenfassend wird sich sagen lassen, daß jenes Stadium des industriellen Zeitalters, in dem sorglos Raubbau mit aufzehrbarem Naturkapital an Energiequellen getrieben wurde, mehr und mehr überwunden werden dürfte in planvoller Arbeit, die bereits geraume Zeit vor dem Kriege eingesetzt hatte, durch die Kriegswirkungen aber außerordentlich kräftigen Anstoß zu verbesserter und beschleunigter Fortsetzung erfuhr. Theoretisches Herausschälen und starkes Betonen der weltwirtschaftlichen Bedeutung von Fortschritten dieser Art wird mittelbar auch praktischen Wert erringen können, indem es die Impulse zu weiterem Vorwärtsschreiten steigert — eine Aufgabe, an der zu arbeiten in der Gegenwart vielleicht nirgends so wichtig ist, wie in unserm so jähen Einengungen seiner wirtschaftlichen Grundlagen und so großen Erschwerungen seiner weltwirtschaftlichen Beziehungen ausgesetzten deutschen Vaterlande.

d) Industrielle Rohstoffe und Kolonialwirtschaft.

Neben den Wandlungen in der Nutzung der natürlichen Kraftquellen für Industrie und Verkehr, die neben ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung durchweg auch von Einfluß auf die weltpolitische Stellung der Staaten sind, insofern sie ihnen eine größere oder geringere Selbständigkeit auf eigenem Boden und weltwirtschaftlicher Unabhängigkeit von fremden Kraftquellen geben, sind in gleichem Sinne die Veränderungen zu beobachten, die sich bezüglich der wichtigeren Rohstoffe für industrielle Verarbeitung ergeben. Dem Kampf um die Kohle und das Erdöl tritt hier in erster Linie der Kampf um die Baumwolle zur Seite, wiederum vornehmlich auszufechten zwischen den beiden gegenwärtigen Hauptmächten England und Amerika und wiederum mit einem bedeutenden geographischen Vorsprung auf Seite der Vereinigten Staaten.

Seit langer Zeit beschäftigen sich die Fachmänner in England angelegentlich mit der Frage der Baumwollversorgung der Welt und im besonderen mit der Ausdehnung der Baumwollgewinnung im englischen Reich. Es sollten zunächst Mittel und Wege gefunden werden, daß Großbritannien seinen Bedarf innerhalb der Grenzen des eigenen Reiches decken kann. Eine zum Studium dieser Frage eingesetzte Kommission zieht alle Faktoren in Betracht, die den Anbau von Baumwolle in allen Teilen des Reiches begünstigen, so daß nach Durchführung der von ihr zu machenden Vorschläge das englische Reich als einer der wichtigsten Baumwollerzeuger der Welt angesehen werden muß, und auch zu Amerika in scharfe Konkurrenz tritt, da es noch weit über seinen eigenen Verbrauch produzieren würde.

Die Vorbedingungen zur Einsetzung der Kommission waren durch die ständig wachsende Knappheit der Baumwolle und besonders der feineren Sorten gegeben. An 85% aller in England verarbeiteten Baumwolle kam aus Amerika, und da die Vereinigten Staaten von Jahr zu Jahr ihre Baumwollspinnereien vergrößern und immer mehr von ihrer Ernte selbst verwenden, mußte die dadurch entstehende Gefahr durch zeitige Gegenmaßregeln abgewandt werden. Die Regierung war daher gezwungen, eine Organisation zu schaffen, die zwar anfangs große Summen verschlingen wird, aber schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit den Kolonien und dem Mutterland eine Quelle des Reichtums erschließen kann.

Aller Fortschritt auf dem Gebiete der Landwirtschaft basiert auf wissenschaftlicher Forschung. Für Baumwolle sind zwei Arten eingehender Untersuchungen nötig, eine in das Gesetz der Vererbung und seine Anwendung für die Entwicklung von Baumwolle, die andere in die Wirkung der Umgebung und des Klimas. Es soll ein Zentralinstitut für diese Zwecke geschaffen werden, wo das Leben der Pflanzen und besonders die Entwicklung der Linter beobachtet wird.

Das englische Schatzamt hat Interesse daran, die Regierung der Kolonien und Protektorate zu unterstützen, damit diese Eisenbahnen, Kanäle, Kanalisation und Hafenanlagen errichten können, welche für die Ausbeutung der Kolonie im allgemeinen und auch zur Entwicklung der Baumwolle notwendig sind.

England braucht jährlich ungefähr 4 Millionen Ballen Baumwolle, die gegenwärtig mit 150 Millionen £ oder mehr gerechnet werden können, und es ist ein gewaltiger Unterschied, ob diese Summe nach Amerika oder nach den englischen Kolonien geht.

Durch Zusammenarbeit der englischen Regierung, der Regierungen in den baumwollgewinnenden Dominions, Kolonien und Protektoraten und der Baumwollindustrie in England selbst soll erreicht werden, daß England vollständig unabhängig von der amerikanischen Baumwolle wird. Wir werden auf die grundsätzliche Seite dieses englischen Strebens nach Befreiung von fremdem Boden mit Hilfe seiner Kolonien im Rahmen der sog. »Reichswirtschaftspolitik« als einer der wichtigsten wirtschaftsgeographischen Tendenzen der Gegenwart noch zurückzukommen haben.

Was die Baumwollverarbeitung in den verschiedenen Ländern und ihre Veränderung durch den Krieg anbelangt, so stellte sich die Betriebsstatistik der internationalen Baumwollindustrie in ihren wichtigsten Positionen nach der Spindelanzahl vor dem Kriege der Gesamtzahl der am 1. Februar 1921 vorhandenen Spindeln, sowie der Anzahl der an dem genannten Stichtage tätigen Spindeln folgendermaßen:

Land	Gesamtspindelzahl f. J. 1914	Gesamtspindelzahl am 1.2.21. (schätzungsw.)	Gesamtzahl der tätigen Spindeln am 1. 2. 21
Europa		(in 1000en)	
Großbritannien	59 317	56 352	51 383
Frankreich	7 400	9 600[1]	7 625
Deutschland	10 163	9 405	9 151
Rußland	7 666	7 100	579[2]
Italien	4 582	4 506	4 141
Tschechoslowakei	—	3 584	3 082
Spanien	1 900	1 806	1 805
Belgien	1 775	1 591	1 421
Schweiz	1 398	1 531	1 513
Polen	1 322	1 179	202
Österreich	4 941	1 140	711
Schweden	462	659	492
Holland	607	620	620
Portugal	428	400	98
Finnland	237	239	239
Dänemark	89	98	98
Norwegen	84	67	67
Asien			
Indien	6 597	6 763	5 676
Japan	2 204	3 804	3 077
China	1 000	1 600	—[3]
Amerika			
Vereinigte Staaten	32 227	36 051	31 851

[1]) Hierunter etwa 1 375 000 Spindeln durch den Krieg zerstört.
[2]) Nach neueren Schätzungen sind etwa 750 000 Spindeln tätig.
[3]) Keine Angaben (etwa 1 Million tätig).

In dem zweiten Hauptrohstoff der Bekleidungsindustrie hat England durch seine Kolonien ein Übergewicht. London ist der größte Wollmarkt der Welt. Es gelangt dort Wolle aus allen Teilen der Erde zum Verkaufe; die Hauptlieferanten aber sind Australien, Südamerika und Südafrika. Seit 1914 hat Australien allerdings in seinen verschiedenen Häfen öffentliche Wollversteigerungen eingerichtet, woselbst 60—70% der inländischen Produktion losgeschlagen werden, seitdem ist die australische Einfuhr von Wolle nach England stark zurückgegangen. Trotzdem hat London als Mittelpunkt des Weltwollhandels an Bedeutung nicht verloren; die dortigen Preise sind für alle anderen Märkte maßgebend geblieben. Die hauptsächlichsten Mittelpunkte für den Wollhandel in den nordamerikanischen Staaten sind Boston, Philadelphia und New York. Boston gilt, nach London, als der zweitgrößte Wollhandelsplatz der Welt.

Viele Jahrzehnte hindurch wurde die australische Wolle fast in ihrer Gesamtheit auf den Londoner Markt gebracht. Je mehr sich die Wollindustrie aber entwickelte und je mehr Wolle für Industriezwecke in Deutschland, Frankreich, Belgien, Amerika und in noch anderen Ländern verarbeitet wurde, desto lebhafter äußerte sich in Australien der Wunsch, unabhängig von London mit diesen Ländern in direkten Handelsverkehr zu treten. Die Folge war die Einrichtung von Wollversteigerungen in Australien und Neu-Seeland nach Londoner Vorbild. Der direkte Wollhandel Australiens mit dem Festland von Europa konnte aber erst seit Einführung direkter Schiffahrtslinien zwischen Australien einerseits, Frankreich, Belgien und Deutschland anderseits verwirklicht werden. Die australischen Auktionen konnten sich weiter günstig entwickeln, weil auf ihnen 70% der gesamten Weltwollproduktion zum Verkaufe gelangten.

Auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie stehen wiederum die Vereinigten Staaten mit dem überhaupt größten industriellen Unternehmen der Welt an der Spitze, dem Stahltrust, der im Jahre 1920 auf eine zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken konnte, in der er seine Produktion verdoppelt hat. In den letzten Jahren waren die wichtigsten Posten seiner Produktionsstatistik in Mill. t:

	1920	1919
Menge der geförderten Eisenerze	27,0	25,4
Menge der geförderten Kohlen	30,8	29,0
Koks-Produktion	16,2	15,5
Hochofen-Produktion	14,5	13,6
Stahl-Ingots	19,3	17,2
Knüppel	1,1	1,0
Schienen	1,5	1,4
Grobbleche	1,8	1,6
Feinbleche	1,6	1,4
Baustahl	1,1	0,9
Winkeleisen	0,2	0,2
Röhren	1,4	1,2
Walzdraht	0,3	0,2
Draht- und Drahtprodukte	1,8	1,4
Gesamtsumme der Fertigfabrikate	14,2	12,0
Export	1,7	2,1

Außerdem wurden Zement, sowie bedeutende Mengen von Benzol, Ammoniak und Düngemitteln produziert.

Die europäische Eisenindustrie ist in beträchtlichem Grade abhängig von den spanischen Eisenerzen. Sie spielen in der Hüttenindustrie der gesamten Welt eine überaus wichtige Rolle. Ihre Verwendung beschränkt sich nicht auf die wichtigen Industriebezirke am Clyde und Forth, sondern erstreckt sich auch auf das rheinische Industriegebiet. Außer der spanischen Hüttenindustrie kommen noch Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Portugal und die Tschechoslowakei als Verbraucher der hochwertigen spanischen Erze in Betracht. Sogar die Vereinigten Staaten beziehen spanische Erze als Ergänzung der im eigenen Lande und in Kuba gewonnenen. Mithin ist Spanien das bedeutendste Ausfuhrland für Eisenerze in der Welt. Die englische Hüttenindustrie verbraucht in ihren Hochöfen rund zwei Drittel der spanischen Eisenerzförderung, und da diese Erze einen besonders hohen Metallgehalt haben, so liefern sie bei ihrer Verhüttung etwa 40% der englischen Roheisenerzeugung.

In bezug auf den Erzreichtum stehen die spanischen Ablagerungen an vierter Stelle unter den Weltvorkommen. Das bedeutendste Eisenerzrevier befindet sich an den Oberen Seen in den Vereinigten Staaten. Dort werden jährlich 50 Millionen t Erze gefördert. An zweiter Stelle kommt Lothringen mit einer jährlichen Förderung von 40 Millionen t, sodann Großbritannien mit 15 Millionen t jährlicher Förderung und dann Spanien, dessen Erzförderung auf 10 Millionen t jährlich gesteigert werden kann. Während also an und für sich bei völliger Ausnutzung der bestehenden Möglichkeiten die spanische Produktion etwa ein Fünftel der Förderung an den Oberen Seen erreichen könnte, beträgt die effektive Förderung knapp die Hälfte dieser Ziffer. Die Bedeutung der spanischen Eisenerze beruht aber weniger auf ihrer Quantität als auf der überaus günstigen geographischen Lage der Erzbecken und vor allen Dingen auf dem hohen Metallgehalt der Erze. Während englische Erze im Durchschnitt kaum 30 proz. sind und die berühmten lothringischen Minetten bei gleichem Eisengehalt einen höheren Prozentsatz an Phosphor haben (1—5% und mehr), weisen die meisten spanischen Erze einen Eisengehalt von über 50% auf und zeigen dabei nur Spuren von Phosphor und Schwefel.

Zu der überaus günstigen chemischen Zusammensetzung der spanischen Erze gesellt sich noch die sehr günstige geographische Lage der iberischen Halbinsel hinzu, die sowohl einen Transport der Erze über den Atlantischen Ozean nach den Vereinigten Staaten als auch nach der nur 700 Seemeilen von Bilbao entfernt liegenden englischen Küste ermöglicht.

In England sind Cardiff, Glasgow und Middlesbrough die bedeutendsten Plätze für den Handel mit den spanischen Erzen. Zwar bezieht England auch bedeutende Mengen schwedischer Erze, doch hat diese Einfuhr zugunsten der Einfuhr spanischer Erze nachgelassen. Im Jahre 1913 stammten 86,5% sämtlicher nach England eingeführter Erze aus Spanien und Mittelmeerhäfen, 11,5% kamen aus Skandinavien und 8% aus sonstigen Ländern. Im Jahre 1918 hatte sich das Verhältnis wie folgt verschoben: 91% der

Erzbezüge stammten aus Spanien, 8% aus Skandinavien und 10% aus sonstigen Ländern.

In der Kupferproduktion stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle. In Anbetracht ihres gewaltigen Eigenbedarfs ist aber auch Japan, der zweitstärkste Produzent, in der Lage, Kupfer nach Amerika auszuführen. Die Kupferproduktion der wichtigsten Länder entwickelte sich wie folgt:

(in 1000 t)	1906	1913	1918
Vereinigte Staaten N. A.	416,5	557,4	848,2
Japan	37,0	73,2	96,0
Chile	26,0	40,2	86,0
Mexiko	61,6	62,5	75,5
Kanada	19,1	34,6	52,7
Deutschland	20,7	25,3	41,0
Spanien und Portugal	50,1	51,8	41,0
Australien	37,0	47,3	39,0

Japan ist in normalen Zeiten nur in der Lage, knapp die Hälfte seiner jährlichen Kupferproduktion im Lande selbst zu verarbeiten, die andere Hälfte führt es als Rohprodukt aus. Als Hauptkäufer traten vor dem Kriege in erster Linie England und China auf, daneben aber auch die meisten europäischen Länder, Ägypten, Nordamerika und Indien.

Weitgehende und nachhaltige Einwirkungen hat der Krieg auf das Gesamtgebiet der Kolonialwirtschaft ausgeübt. Wenn wir unter Kolonialwirtschaft im engeren Sinne weder die Wirtschaft aller Kolonien, noch alle Erzeugungsgebiete der sog. Kolonialwaren betrachten, sondern vielmehr lediglich diejenigen Wirtschaftsgebiete, auf die beide Voraussetzungen zutreffen, nämlich die politische Abhängigkeitsstellung und die Produktion von Kolonialwaren im engeren Sinne, so haben wir es lediglich mit Ländern vorwiegend farbiger Bevölkerung unter europäischer Herrschaft zu tun, die insgesamt in einem Maße, wie noch nie zuvor, von den europäischen Kriegswirren betroffen worden sind. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser kolonialwirtschaftlichen Produktionsgebiete ist direkt, teils für kürzere Zeit, teils für die gesamte Kriegsdauer, zum Kriegsschauplatz geworden. Andere Kolonien haben beträchtliche Mengen ihrer farbigen Bevölkerung für den Waffendienst in Europa, Vorderasien und Afrika zur Verfügung stellen müssen. Diese farbigen Soldaten sind in einem Maße, wie nie zuvor, von Weißen gegen Weiße geführt worden und haben reichliche Gelegenheit gehabt, ihre Anschauungen über die Autorität der Europäer zu revidieren.

Wirtschaftlich sind sowohl diejenigen Kolonialgebiete, die unmittelbare Kriegsschauplätze darstellten, wie solche, die einen nennenswerten Teil ihrer männlichen Bevölkerung in den Kriegsdienst nach fernen Ländern schicken mußten, in ihrer Entwicklung unterbunden oder beträchtlich zurückgeworfen worden. Darüber hinaus litten alle Kolonien ausnahmslos unter der wesentlichen Verringerung des Handelsverkehrs mit Europa infolge des drückenden Frachtraummangels. Dadurch wurden ihnen die gewohnten Absatzmöglichkeiten wesentlich eingeschränkt oder genommen

und die Bedarfsgegenstände europäischer Herkunft vorenthalten, so daß vielfach ein Anreiz gegeben wurde, bisher in Europa verarbeitete koloniale Rohstoffe in eigenen Betrieben für den eigenen Bedarf industriell zu verwerten. Ferner trat eine Änderung in der gewohnten Richtung der Handelsbeziehungen namentlich für die Kolonialgebiete rings um den Indischen Ozean insofern ein, als der lahmgelegte Schiffsverkehr mit Europa ersetzt wurde durch einen Schiffsverkehr unter japanischer Flagge, der diese Länder an verengerte Beziehungen mit Japan gewöhnte.

Unter den großen Hauptgebieten der Kolonialwirtschaft im engeren Sinne ragen besonders hervor Britisch-Indien, der Großproduzent von Reis, Baumwolle, Jute, Rohrzucker, Häuten, Tee und Opium — ein Land, das im prozentualen Anteil im gesamten Welthandel auf gleicher Höhe mit Rußland stand. Ferner Ägypten, das Land der Qualitätsbaumwolle; die ostindische Inselwelt mit ihrem Zinn, Tabak, Kaffee, Reis, Gewürzen aller Art usw.; schließlich die mittelafrikanische Kolonialwelt mit ihrem Kautschuk, Kakao, Palmöl und den sonstigen Produkten der Tropen.

Am einschneidendsten waren die Kriegswirkungen in der Kolonialwirtschaft naturgemäß dort, wo die Kolonien selbst zum Kriegsschauplatz geworden und der Krieg mit einer Neuaufteilung des Kolonialbesitzes ausgegangen ist. Die deutschen Kolonien waren noch junges Kolonialland, dem obendrein vom Mutterlande aus in den ersten Jahren der Entwicklung nur zaghaft Vertrauen und Förderung entgegengebracht worden, die aber schließlich doch in den Zeiten vor Kriegsausbruch eine vielverheißende Entwicklung genommen, der damals gerade auch von englischer Seite aus viel Beachtung und Anerkennung gezollt worden war. Heute sind die deutschen Kolonien im mittleren Afrika aufgeteilt zwischen England, Frankreich und Belgien, die ehemals deutschen Südseeinseln zwischen Großbritannien und Japan. Die wirtschaftliche Kultur ist besonders im ehemaligen Deutsch-Afrika durch die Kriegsereignisse stark zurückgeworfen worden und nicht nur in einer glücklichen Entwicklung aufs empfindlichste unterbrochen, sondern in beträchtlichem Umfange auch durch die Kriegswirkungen der Arbeitskräfte beraubt, die an dem Aufbau dieses Kolonialbodens mitgewirkt haben. Weltwirtschaftlich, d. h. hinsichtlich ihres Anteils am gesamten Außenhandel der Erde, spielten die deutschen Kolonien mit 0,1% des Gesamtaußenhandels aller statistisch erfaßten Länder freilich erst eine bescheidene Rolle.

Für die Belieferung des europäischen Marktes mit kolonialen Erzeugnissen kamen in erster Linie die oben erwähnten britischen Kolonien, ferner Niederländisch-Indien, der belgische Kongostaat und Portugiesisch-Afrika in Betracht, weniger die französischen Kolonien insofern, als sie mit dem offenen Weltmarkt nur geringe Beziehungen hatten im Vergleich zu ihren Lieferungen für Frankreich, das ihre Ausfuhr fast ganz monopolisiert hatte. Der Krieg hat Frankreich eine weitere Ausdehnung seines afrikanischen Kolonialreichs gestattet, was in der weltwirtschaftlichen Wirkung nur besagt, daß vermehrte Teile Afrikas dem offenen Weltverkehr so gut wie entzogen und der französischen Monopolwirtschaft

überantwortet sind. Das gilt auch hinsichtlich des Absatzes europäischer Waren nach diesen Bezirken Afrikas.

Wenngleich auch England es verstanden hat, bei allen Freihandelsgrundsätzen doch dem englischen Handel in den britischen Kolonien einen wesentlichen Vorsprung zu sichern, so waren und sind die Beziehungen der britischen Kolonialgebiete zum offenen Weltmarkt doch ungleich vielseitigere als die der französischen Besitzungen. Halten wir uns nur an das wichtigste aller Kolonialländer, an Britisch-Indien, so sehen wir, daß im Jahre 1911/12 zwar von 92 Millionen £ indischer Einfuhr 58 Millionen £ aus Großbritannien, 6 Millionen aus anderen britischen Besitzungen kamen und noch nicht ⅓ für die Belieferung Indiens aus anderen Ländern des Weltmarktes übrigblieben, daß aber immerhin von der britisch-indischen Ausfuhr im Gesamtbetrage von 148 Millionen £ 86 Millionen nach fremden Ländern, nur 38 Millionen nach Großbritannien und die restlichen Teile nach anderen britischen Besitzungen gingen. An der indischen Ausfuhr war u. a. auch Deutschland mit mehr als 10% empfangend beteiligt. Der Grund für diese weitgehende Weltverteilung der indischen Ausfuhr war in beträchtlichem Umfange darin zu suchen, daß die englische Baumwollindustrie auf höherwertige Rohstoffe eingestellt war, als Indien im allgemeinen zu liefern vermochte. Sie verarbeitete amerikanische und ägyptische und weniger gern indische Baumwolle. Der Krieg hat nun dazu geführt, daß sowohl in Amerika, wie in Indien gesteigerte Mengen der Baumwollproduktion im eigenen Lande verarbeitet werden, und daß daneben größere Teile der indischen Rohbaumwollerzeugung ihren Weg nach Japan genommen. Auch die Belieferung Indiens mit Industrieerzeugnissen ist zum Teil an Japan hinübergeglitten, dessen Handelsflotte sich im Kriege zur Beherrscherin des Verkehrs im Indischen Ozean gemacht hatte.

Die politischen Selbständigkeitsbestrebungen, die zurzeit in Britisch-Indien stark anwachsen, sind verbunden auch mit dem Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit. Einer wesentlichen Ausbreitung der indischen Industrie unter indischer Führung zwecks Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit von englischen Lieferungen steht allerdings die beschränkte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des indischen Arbeiters im Wege. Gleichwohl ist mit einer anwachsenden Boykottbewegung gegen die Einfuhr englischer Waren im Zusammenhang mit den politischen Strömungen in Indien zu rechnen. Im Hintergrunde droht die schon erwähnte Gefahr einer Bolschewisierung Indiens, die wirtschaftlich keine anderen Folgen haben könnte, als die eines katastrophalen Produktionsrückganges nach russischem Vorbild.

Während die englische Verwaltung sich bemüht hatte, in Indien während des Krieges die Anbaufläche namentlich für Nahrungsmittel zu erweitern, um das Nahrungsmittelreservoir Englands zu vergrößern, hat in Ägypten unter den Kriegswirkungen eine Verringerung der Anbaufläche des Hauptproduktes, der Baumwolle, stattgefunden. Im Jahre 1913/14 waren 1,72 Millionen Feddans mit Baumwolle bebaut, im Jahre 1918/19 nur 1,36 Millionen. Nach dem Kriege sind Baumwollanbau und

Baumwollernte wieder etwas gestiegen. Die Ausfuhr von Baumwolle aus Ägypten belief sich im Jahre 1918/19 auf 718 309 Ballen, im Jahre 1919/20 auf 737 857. Die Ausfuhrrichtung aber hat eine bemerkenswerte Änderung zuungunsten Englands erfahren. Während nämlich im Jahre 1918/19 England von der gesamten Baumwollausfuhr Ägyptens 459 774 Ballen erhielt, bezog es im folgenden Jahre nur 345 461, die Vereinigten Staaten dagegen, die im Jahre 1918/19 nur 95 262 Ballen ägyptische Baumwolle bezogen, kauften im folgenden Jahre 257 265. Zurückgegangen ist die ägyptische Baumwollausfuhr nach Frankreich im Jahre 1918/19 (69 620), 1919/20 50 089 und nach Japan (1918/19 22 160, 1919/20 14 355), ungefähr gleichgeblieben die Ausfuhr nach Italien (34 994 bzw. 35 185). 1919/20 ist in der ägyptischen Ausfuhrstatistik auch Deutschland wieder mit 6933 Ballen Baumwolle erschienen.

In Britisch-Ostafrika, wo der Baumwollanbau vor dem Kriege in rascher Zunahme begriffen war, haben die Besitzer der Pflanzungen sich infolge der Kriegswirkungen teilweise anderen Produkten zugewandt, da es an Schiffsraum für die Verladung der Baumwolle fehlte. Neuerdings ist man von englischer Seite eifrig bemüht, auch hier den Baumwollanbau wieder weiter zu steigern, um die Ausfälle an amerikanischer Baumwolle auszugleichen. Ebenso ist man bemüht, den Anbau von Kaffee und Sisalhanf, der infolge der Kriegsumstände stark zurückgegangen war, neu zu beleben. Im Außenhandel Britisch-Ostafrikas ist unter den Kriegswirkungen Japan als neuer Wettbewerber in Ein- und Ausfuhr aufgetreten.

In Britisch-Westafrika hat vor allen Dingen der Kakaoanbau während des Krieges ganz außerordentlich gelitten. Die riesigen Erntemengen konnten nicht abgefahren werden, weil es an Schiffsraum fehlte, und das massenhafte Verderben der aufgespeicherten Waren veranlaßte die Eingeborenen, die unlohnende Kultur aufzugeben. Mit steigender Nachfrage aus Europa ist hierin jedoch wieder eine Änderung zu erwarten, zumal der westafrikanische Kakao sich infolge geringerer Löhne billiger stellt als jener Mittelamerikas. Dort überwiegt der Anbau in großen, kostspieligen Pflanzungen, in Westafrika dagegen beschäftigt sich fast jeder Neger mit ihm. Durch Anlegung von besseren Straßen, Bahnen und Ausbau der Schiffahrtswege will man den Anbau wieder heben. Besonders fühlbar macht sich die Depression auf dem Kakaomarkt an der Goldküste, wo obendrein Arbeiterunruhen an der Tagesordnung sind.

Die Betrachtung der Kolonialwirtschaft führt uns zurück zu dem Thema der schon früher erwähnten britischen »Reichswirtschaftspolitik« — einer wirtschafts- und verkehrsgeographisch besonders bedeutsamen Erscheinung, nämlich dem Versuch, die allbritische Weltpolitik wirtschaftlich zu »verankern« durch die Herstellung enger Produktions- und Absatzgemeinschaften über den ganzen Boden des britischen Weltreichs.

Wie immer, wenn eine neue britische Wirtschafts-»Theorie« auftaucht, wurde von deutscher Seite der praktische Sinn der Reichswirtschaftspolitik zunächst verkannt. Eine alte Erscheinung!

Eine Verständigung zwischen Deutschen und Engländern — Verständigung gar nicht einmal im politischen Sinne gemeint, sondern schlechtweg im gewöhnlichsten Sinne des Sprachgebrauchs — ist so außerordentlich schwer, weil der Deutsche und Engländer die Sprache zu ganz verschiedenen Zwecken gebrauchen: Wenn der Deutsche theoretisiert, so tut er es aus Liebe zur Theorie; begibt sich aber der Engländer auf das gleiche Gebiet, so tut er es zur Verschleierung und Bemäntelung und gleichzeitig zur besseren Erreichung seiner rein praktischen Zwecke. Richtet der Engländer ein theoretisches Lehrgebäude auf, so wendet er alle Kunst der Logik lediglich an, um dasjenige System zu begründen, das ihm nach Lage der Dinge für seinen praktischen Gebrauch am zweckmäßigsten erscheint; der Deutsche dagegen ist sehr geneigt, die Herkunft der Theorie aus der Welt des Nutzens und die Absicht der Theorie, dem britischen Nutzen zu dienen, zu übersehen und die Theorie als allgemeingültig und womöglich »ewig« gedachte Lehrmeinung zu betrachten.

Was hat man in Deutschland nicht alles mit der britischen Freihandelstheorie aufgestellt! Daß ihr Vater vor rund zweihundert Jahren geboren ist und daß er seine handelspolitischen Grundsätze lediglich entwickelte und begründete für das England seiner Zeit, kommt für seine deutschen Nachfahren offenbar nicht in Betracht. Sie nahmen die britische Freihandelslehre als Gemeingut der nationalökonomischen Welt auf und glaubten in ihr die reine und unbedingte Theorie zu finden, die sie mit einer einseitigen Folgeschärfe durcharbeiteten und zur allein seligmachenden Grundlage ihres wirtschaftspolitischen Glaubens machten, von der der Begründer dieser Theorie selbst gemäß dem echt britischen Nützlichkeitsstandpunk sehr weit entfernt war. Wo immer der Freihandel die britische Machtpolitik zu beeinträchtigen drohte, war auch ein Adam Smith keineswegs Freihändler. So behandelt er fallweise die britische Rüstungsindustrie als schutzbedürftig und pflichtet jeder noch so wenig freihändlerischen Maßnahme bei, die zur Förderung britischen Übergewichtes in der Schiffahrt und im Schiffbau gemeint war.

Jetzt können wir bereits wieder seit Jahrzehnten einen wirtschaftspolitischen Meinungsstreit in England verfolgen, den wir mit Behagen als Streit zwischen den Theorien vom Freihandel und vom Schutzzoll rubrizieren. Weit gefehlt! Es handelt sich wirklich nicht um Theorien, sondern es handelt sich einzig und allein um den praktischen Nutzeffekt. Es handelt sich auch gar nicht so klar und rund und nett um Freihandel oder Schutzzoll, sondern es handelt sich um neue Versuche, eine theoretische Fassade aufzurichten, hinter der neue Sicherungen für die britische Weltwirtschaftsstellung eingerichtet werden sollen.

Wir haben während des Krieges Gelegenheit gehabt, das Werden einer neuen britischen Wirtschaftstheorie etappenweise verfolgen zu können:

Anfänglich sprach man nur davon, wirtschaftliche Mittel der Kriegführung zu Hilfe nehmen zu müssen im Kampfe der Entente gegen Deutschland. Die wirtschaftliche Kriegführung ist allerdings eine rein britische Erfindung; aber es lag den Engländern doch recht viel daran, den einseitig britischen Nützlichkeitsstandpunkt nicht so klar hervortreten zu lassen.

Man predigte also den allgemeinen wirtschaftlichen Nachkrieg der Entente zur Strafe für Deutschland und kleidete die allbritische Reichswirtschaftspolitik ein als ein Mittel zur Förderung dieses Zwecks. Die Kolonien sollten mithelfen in diesem Nachkrieg der Gerechtigkeit. Offiziell zunächst nur aus diesem Grunde vertraten die britischen Väter der neuen Lehrt vor der Welt den Standpunkt, daß die gesamt-britische Macht gefestige werden müsse durch wirtschaftliches Zusammengehen des Imperiums. Zu diesem Zweck läßt England Schutzzölle einführen, damit es seinen Kolonien Vorzugszölle gewähren und von diesen wechselseitig Vorzugszölle beanspruchen kann. Das ethische Mäntelchen dieser Wirtschaftspolitik wurde zurechtgeschneidert aus den Schlagworten über die »Bestrafung Deutschlands«, »Vernichtung des deutschen Militarismus« usw. So schien die allbritische Reichswirtschaftspolitik lediglich gerichtet gegen Deutschland und in der Hauptsache gedacht als britisches Kampfmittel im wirtschaftlichen Nachkrieg gegen Deutschland. So schien es, und so sollte es scheinen!

Gerade wegen dieser offensichtlichen Absicht aber, einen bestimmten Zweck in den Vordergrund zu rücken, mußten wir uns fragen, was der Brite denn in Wahrheit wollte, da die von ihm verfolgten Ziele in der Regel andere sind als die nach außenhin aufgesteckten.

Gehen wir dem Gedanken der allbritischen Reichswirtschaftspolitik tiefer nach, so finden wir in der Tat eine Fülle von Beweggründen, die wenig zu tun haben mit dem Handelsneid gegenüber Deutschland und mit den offen proklamierten Absichten des wirtschaftlichen Nachkrieges. England fürchtete ja für die Zeit nach dem Kriege bei weitem nicht etwa nur den deutschen Wettbewerb — es hegte große Besorgnisse auch vor dem Wettbewerb seiner Verbündeten im fernen Westen und im fernen Osten. Die Geister, die man rief, indem man in der Zeit der Not die Amerikaner zu eifriger Schaffung von Frachtraum ermunterte, wird man nicht mehr los, und dieser Spuk lastet schwer auf den englischen Gemütern. Auch das fortgesetzte Vordringen des japanischen Handels in Ostasien und weit darüber hinaus, die zunehmende Verarbeitung indischer Baumwolle und anderer britisch-kolonialer Rohstoffe in Japan wurde mißmutig beobachtet. Die Handels- und Schiffahrtskonkurrenz dieser beiden gefährlichen Verbündeten schwillt zusehends an.

Früher hielt England die Vereinigten Staaten sowohl wie Japan mit goldenen Fesseln umschlungen. Beide waren den Engländern zinspflichtig. Japan konnte in ernster Verschuldung gegenüber England keine Politik treiben, die nicht Englands Billigung fand. Die Aktien der großen Eisenbahnen und der großen Industrieunternehmungen in den Vereinigten Staaten waren zum sehr bedeutenden Teil in englischen Händen; und wenn die amerikanische Volkswirtschaft sich mächtig entwickelte, so sah man darin weniger eine für die englische Industrie bedenkliche Konkurrenz, als reiche Dividendengewinne der britischen Aktionäre und reichen Frachtzufluß für die britische Schiffahrt. Nun muß sich alles, alles wenden! Japan ist finanziell selbständig geworden, und die Vereinigten Staaten gar sind mit Milliarden und Abermilliarden Englands Gläubiger geworden.

Die immer ungünstiger werdende Zahlungsbilanz im Verkehr mit Amerika ist der wohlweislich niemals öffentlich ausgesprochene Beweggrund für den Eifer, mit dem englische Staatsmänner am Ausbau der Reichswirtschaftspolitik arbeiten. Durch das unabweisbar drohende Mißverhältnis seiner Zahlungsbilanz gegen die Vereinigten Staaten ist England darauf angewiesen, mit äußerster Kraft den Handel mit seinen Kolonien zu forcieren, sowohl in der Ausfuhr, wie namentlich auch bezüglich der Belieferung Englands mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Wenn England drohte, Deutschland die Rohstoffe aus den britischen Kolonien zu entziehen, so verfolgte es dabei wohl nicht zuletzt die Absicht, sich selbst von amerikanischen Rohstofflieferungen unabhängiger zu machen.

Im Gesamtverkehr mit den britischen Kolonien betrug die Handels-Unterbilanz nur 0,2 Milliarden M. Sie war schon über und über dadurch ausgeglichen, daß dieser ganze Warenverkehr sich der Hauptsache nach auf britischen Schiffen vollzog. Sodann aber schöpfte England unmittelbar große Reichtümer aus den Kolonien. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß der Überschuß der indischen Staatseinnahmen über die Staatsausgaben, der in die englische Tasche floß, sich im Jahre auf 430 Millionen M. belief, daß ferner aber auch von den indischen Staatsausgaben gewaltige Posten, wie der Schuldenzinsendienst, mit rund 600 Millionen M. gleichfalls auf der englischen Einnahmeseite zu verbuchen ist.

Was den Verkehr mit Europa anbetrifft, so war auch hier eine erhebliche Unterbilanz des englischen Warenhandels in Gesamthöhe von 1,3 Milliarden M. zu verzeichnen. Am höchsten stand in Europa vor dem Kriege ja bekanntlich der Handel mit Deutschland, in dem die englische Unterbilanz sich auf 200 Millionen beschränkte. Im Warenaustausch mit seinen festländischen Verbündeten, von denen in diesem Zusammenhang Belgien außer Betracht bleibe, also mit Frankreich, Italien und Portugal, glichen Ein- und Ausfuhr sich mit Gesamtwerten von je etwa einer Milliarde aus. Gerade diese Länder aber sind nunmehr in hohem Grade Englands Schuldner geworden, müssen also darauf bedacht sein, im Interesse der Herstellung einer erträglichen Zahlungsbilanz die Wareneinfuhr aus England nicht zu vermehren, sondern vielmehr ihre Handelsbilanz nach Möglichkeit zu verbessern.

Die »Reichswirtschaftspolitik«, die König Georg selbst als Streben nach Umgestaltung des Reichs in eine »selbstversorgende Einheit« bezeichnet hat, ermangelt aber sicher nicht der Kehrseite, die sich gerade aus Englands eigener geographischer Lage ergibt. Es berührt doch immerhin recht merkwürdig, wenn gerade England, das im Handel der ganzen Welt den Ton angeben wollte, jetzt an eine solche Einkapselungspolitik denkt, wie sie in dem Wort von der selbstversorgenden Einheit des britischen Reiches zum Ausdruck kommt. Die verkehrsgeographische Lage des britischen Mutterlandes gegenüber Europa ist die außerordentlich günstige Lage eines riesigen Freihafens und Umschlagplatzes für ganz West-, Mittel- und Nordeuropa, solange England eine freihändlerische Politik treibt. Im Gegensatz zu diesem außerordentlichen Vorteil kann sie sich als schwerer

Nachteil insularer Vereinsamung erweisen, wenn die englische Handelspolitik scharf abschließende Bestrebungen verfolgt.

Auch das wirtschaftliche Verhältnis zwischen dem britischen Inselreich und den kolonialen Tochterländern bzw. Schwesterländern, wie die Dominions sich schon lange lieber benennen, ist im Grunde recht zwiespältig. England für sein Teil hat das Interesse, die Rohstofflieferungen aus den Kolonien in möglichst monopolistischem Bezugsrecht billigst zu erlangen und für den Weltmarkt zu verarbeiten und die entsprechenden Erzeugnisse auch nach den britischen Kolonien und Dominions möglichst vorteilhaft, d. h. unter eigener Zollfreiheit und Zollschutz gegenüber den Bezügen der andern Länder abzusetzen. Die Dominions und Kolonien ihrerseits müssen naturgemäß auf einen möglichst günstigen Absatz ihrer Rohstoffe bedacht sein, der ihnen am besten gesichert wird durch ungebundenen Wettbewerb der verschiedenen Kunden auf dem Weltmarkt. Sie wollen darüber hinaus in steigendem Maße ihre Rohstoffe selbst verarbeiten und sich zu diesem Behuf gegen den Wettbewerb der Fabrikateinfuhr nicht nur aus anderen Ländern, sondern auch aus England zollpolitisch schützen. So klingt es dem Mutterlande gegenüber sehr entgegenkommend, wenn beispielsweise Indien für die Erzeugnisse der englischen Textilindustrie Vorzugszölle einführt. Die englische Textilindustrie aber empfindet schließlich nicht sosehr die zollpolitische Bevorzugung gegenüber der Einfuhr aus konkurrierenden Ländern, wie die Tatsache der indischen Zölle auf Textilstoffe überhaupt, die zur Vermehrung der indischen Eigenproduktion und zur Verminderung der indischen Rohstoffausfuhr nach England führt.

Schließlich ist auch nicht zu übersehen, daß selbst das große britische Gesamtreich auf dem Rohstoffmarkt keine so monopolistische Stellung hat, wie man uns wohl einzureden suchen möchte. Ein wirklich ausgesprochenes Monopol in der Weltproduktion hatte auf britischer Seite im Grunde genommen nur die indische Jute. Auf den im Gesamtwelthandel die wichtigsten Rollen spielenden Gebieten, wie auf dem Markt für Nahrungsmittel, Futtermittel, Baumwolle, Kupfer, Kautschuk u. dgl. m., hat England mitsamt seinen Kolonien große und überlegene Wettbewerber, besonders in Nord- und Südamerika.

In der Theorie wird die allbritische Reichswirtschaftspolitik »ethisch« begründet und ist sie lediglich gegen Deutschland gerichtet — in der Praxis sind Motive und Absichten erheblich anderer und recht vielfältiger Natur. Für unsere eigene wirtschaftliche Orientierung kann es nur nützlich sein, wenn wir die verborgenen Zusammenhänge erkennen und aufdecken, und wenn wir streng zu scheiden wissen zwischen der Kunststeinfassade britischer Wirtschaftstheorie und der wahren Gestalt und Zweckbestimmung des Bauwerkes, das dahinter errichtet werden soll.

Praktisch sprechen gegen den vollen Erfolg des Strebens, den ganzen britischen Kolonialboden der Industrie Altenglands dienstbar zu machen, die Industrialisierungsbestrebungen, die in den britischen Kolonien heute ebenso an der Tagesordnung sind wie in vielen anderen, bisher von der europäischen Industrie abhängigen Ländern.

Zusammenfassend werden sich heute in großen Zügen folgende wirtschaftsgeographische Richtlinien aufweisen lassen:

Allgemein verbreitet ist das Streben, die Schätze des eigenen Bodens ergiebiger zu nutzen und nach Kräften ihre Verwertung in die Hand des eigenen Volkes zu legen, um eine größere Unabhängigkeit von fremdem Boden zu erzielen. Dieses Streben macht sich sowohl bezüglich der Bodenwirtschaft, wie der Wasserwirtschaft und der Luftwirtschaft bemerkbar.

Das Streben nach fremden Nahrungsquellen tritt hierdurch etwas zurück.

Das Streben nach fremden Rohstoffquellen erstreckt sich — neben dem französischen Hunger nach der Ruhrkohle — heute ganz besonders auf die Kraftquelle der Erdölgebiete und zeitigt hier einen heißen Wettkampf besonders zwischen England und Amerika. Bezüglich der industriell zu verarbeitenden Rohstoffe ist Englands Bemühen hervorstechend, durch Hebung der Baumwollkultur in seinen Kolonien von den amerikanischen Lieferungen unabhängiger zu werden.

Das Streben nach Absatzmärkten läßt im Vordergrund des Wettbewerbs Amerika, England und Japan erscheinen, denen die Industrialisierungsbestrebungen verschiedener Märkte die Absatzmöglichkeiten für die Zukunft zu beschränken drohen. Hervorstechend ist der Wettlauf um den noch nicht wieder normal geöffneten russischen Absatzmarkt. Deutschland ist durch seine Zahlungsverpflichtungen zu einer forcierten Ausfuhrpolitik gezwungen, die sich in den anderen Industrieländern schwer fühlbar macht. Es entbehrt infolge der Zwangsmaßregeln seiner Gläubiger aber mehr und mehr die Freiheit in der Wahl der Absatzmärkte und muß auch bei der Belieferung fremder Märkte wesentlich Fronarbeit für die Entente leisten.

Das Streben nach Anlagemärkten beherrscht in erster Linie das im Golde erstickende Amerika, das sich nach den Anlagemöglichkeiten in Südamerika, Ostasien und Deutschland umschaut und sich immer stärker zum Gläubigerstaat auswächst. Gleichfalls zum Schuldner Amerikas geworden, trachtet England nach festerem wirtschaftlichem Zusammenschluß Weltbritanniens, stößt dabei aber auf das Widerstreben der nach weitgehender Selbständigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet verlangenden Kolonien.

2. Verkehrsgeographische Ziele.

Wenn eine neue erdgeschichtliche Theorie die als ehemals zusammenhängend gedachten Erdteile der Alten und Neuen Welt durch gewaltige Naturbewegungen sich voneinander trennen läßt, so glauben wir heute diese verschiedenen Erdräume wohl wieder viel näher aneinandergerückt zu sehen. Die Räume verengen, die Zeiten verkürzen sich. Die durch neuzeitliche Hilfsmittel ständig verkürzte Zeit, deren der Verkehr zur Bewältigung großer Räume bedarf, bringt alle Raumteile der Erdoberfläche einander näher, gleichsam als schrumpfe diese selbst zusammen. Wirtschaftlich und politisch triumphiert, wer die kürzeste Zeit zur Raumbewältigung braucht. Wenn ich die Baumwollpreise an der Produktions-

stätte eine Stunde vor meinem Konkurrenten kenne, kann ich ihm mit meinen Einkäufen, meinen Selbstkostenberechnungen und meinen Preisangeboten für den Verkauf meines Fertigfabrikats bei den Fabrikatkäufern entsprechend zuvorkommen und ihn aus dem Felde schlagen. Wenn ich als Staat einem anderen Staat und Volk eine kritische politische Lage um eine Stunde früher als mein Gegner in meinem Sinne darzulegen vermag, so habe ich unter Umständen schon halb gewonnenes Spiel, da der erste Eindruck der nachhaltigste ist und mir womöglich aus einem zu fürchtenden Gegner einen helfenden Freund machen kann.

Verkehrspolitik — das ist heute zuerst: Nachrichtendienst. Der Besitzer des schnellsten, verzweigtesten und meistbenutzten Nachrichtendienstes hat einerseits die größten Chancen der Börsenspekulation in der Hand, anderseits den stärksten Einfluß auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt und auf die politischen Entschließungen aller Länder. Geld und Macht fließen ihm gleichermaßen zu. Beherrschung des Verkehrs ist wichtiger als Beherrschung der Wirtschaftsgüter — denn sie zieht die Herrschaft über die Wirtschaftsgüter nach sich. Um voll zur Geltung zu kommen, muß die Verkehrsbeherrschung freilich qualitativ wie quantitativ ausgebildet sein. Qualitativ, d. h. die schnellsten Flugzeuge, die weitestreichenden Funkspruchstellen, die schnellsten Schiffe. Quantitativ, d. h. den größten Flugpark, die meisten Kabel, die meisten Funkstationen, die größte Handelsflotte, die meisten Kohlen- und Erdölstationen, die meisten Anlaufhäfen.

Darum geht heute der verkehrspolitische Wettbewerb. Wo es geht: gewaltsame Ausschaltung des Gegners, dessen qualitativen Leistungen besonders zu fürchten sind, aus den quantitativen Möglichkeiten. Andernfalls erbittertes Wettrennen in Qualität und Quantität, obenan mit Bezug auf die — dem Funkdienst an Sicherheit und Verschwiegenheit immer noch überlegenen — Kabel, die Handelsflotte und das Flugwesen.

Die gewaltigste Verschiebung auf diesen Gebieten hat sich, im Vergleich der einzelnen Länder untereinander, hinsichtlich des Anteils an der Welttonnage der Handelsflotte ergeben. Hier die Hauptzahlen:

Bestand der Handelsmarinen in 1000 t:

	1914	1921
Großbritannien	18 877 t	19 288 t
Britische Kolonien . . .	1 407 »	1 950 »
Ver. St. v. Nordamerika .	1 837 »	12 314 »
Japan	1 642 »	3 063 »
Frankreich	1 918 »	3 046 »
Italien	1 428 »	2 378 »
Norwegen	1 923 »	2 285 »
Holland	1 471 »	2 207 »
Spanien.	883 »	1 094 »
Schweden	992 »	1 037 »
Dänemark	768 »	866 »
Deutschland	5 098 »	654 »
Griechenland	820 »	576 »

Im Bau befanden sich am 1. Januar 1921 etwa 7 Millionen t, davon etwas mehr als die Hälfte auf englischen Werften. Aber ein Drittel dieser Neubauten ging auf fremde Rechnung, war also zur Stärkung konkurrierender Handelsflotten bestimmt. 1918—20 hatte die Summe der englischen Neubauten weit unter der Hälfte der gesamten Neubauten, auch absolut unter den Neubauten der Vereinigten Staaten gestanden, die infolge der sehr ungünstigen Lage auf dem Weltwirtschaftsmarkt sich nunmehr größere Zurückhaltung auferlegten.

Wie seinen Seedienst, so will England auch seinen Luftdienst weltumspannend ausgestalten. Einer am 30. Mai 1921 in London abgehaltenen Luftkonferenz legte der Generalleiter der britischen Zivilluftschiffahrt folgende Gegenüberstellung über die Beförderungszeiten vor:

Ägypten	Dampfer	7	Tage,	Luftschiff	$2^1/_2$	Tage
Indien	»	17—19	»	»	5— 6	»
Südafrika	»	21	»	»	5— 7	»
Australien	»	32	»	»	10—11	»

Um jene Zeit blickte die amerikanische Flugpost auf eine dreijährige Tätigkeit zurück. Es wurden in diesem Zeitraum 2 250 000 englische Meilen zurückgelegt und 80 Millionen Briefe usw. im Gewicht von etwa 2 Millionen lbs. befördert. Diese Flugstrecke macht 87% der beabsichtigten Strecke aus.

Unter den heutigen Weltmächten war es vor allen Dingen ein Kabelstreit, der im Rahmen verkehrsgeographischer Fragen nach Kriegsende viel Staub aufgewirbelt und dargetan hat, daß Angelegenheiten des internationalen Nachrichtenverkehrs heute recht wohl geeignet erscheinen, ernste internationale Konflikte hervorzurufen.

Nachdem 1851 das erste Seekabel zwischen Calais und Dover gelegt worden war, wurde 1858 das erste transatlantische Kabel zwischen der irischen Küste und Amerika fertig. Der amerikanische Bundespräsident Buchanan telegraphierte damals an die Königin Viktoria den Wunsch, daß der Telegraph jederzeit als neutral angesehen werden solle, damit die ihm anvertrauten Botschaften auf dem Wege nach ihrem Bestimmungsorte selbst bei Feindseligkeiten geheiligt seien. Ein Wunsch, der sich später nicht erfüllt hat. Und zwar scheiterte er gerade an Englands Kabelpolitik. England war das einzige Land, das schon damals — in Nutzung einer deutschen Erfindung — die Wichtigkeit eines Welttelegraphennetzes für seine wirtschaftlichen und weltmachtpolitischen Ziele voraussah. Die englischen Überseekabel sind zwar auch später mit geringen Ausnahmen von Privatgesellschaften gelegt und betrieben worden, die englische Regierung verschaffte sich aber den gewünschten Einfluß durch Subventionierung auch unrentabler Linien, sowie durch die Bestimmung, daß Kabelzwischenstationen nur auf englischen Gebieten angelegt werden durften, daß die Angestellten Engländer sein mußten und schließlich dadurch, daß sich England das alleinige Kabellandungsrecht in anderen Ländern zu sichern suchte. Dafür mußten die Gesellschaften englische Regierungstelegramme mit Vorzug und zu halber Taxe befördern; und im Kriege behielt sich die Regierung das Recht vor, die Kabel durch eigene Beamte bedienen zu lassen und für jeden anderen Verkehr zu sperren. Unter der absoluten

Kabelhegemonie, die England seit 1885 erreicht hatte, hatten die anderen Länder natürlich zu leiden. Das fühlte besonders Frankreich, als es bei seiner Expedition in Tonking 1885 von dem englischen Kabel abhing und die Engländer Befehle, die von Paris an die Heeresleitung gegeben wurden, willkürlich zurückhielten, und als später im Konflikt mit Siam 1893, sowie beim Tode des Sultans von Marokko 1884 französische Telegramme in London zunächst politisch ausgewertet und erst danach der französischen Regierung weiter übermittelt wurden.

Amerika beantragte bereits 1869, die internationale Telegraphenkonferenz solle beschließen, daß die Zerstörung von Kabeln im Kriege wie im Frieden der Seeräuberei gleichzustellen und dementsprechend zu ahnden sei. Erst die Pariser Konferenz 1884 brachte einen internationalen Kabelschutzvertrag, jedoch nur für den Frieden. Auf Englands Antrag mußte kriegführenden Mächten die Freiheit des Handelns so, als wenn der Vertrag nicht bestände, ausdrücklich vorbehalten werden. Für Kriegsverhältnisse sind zum erstenmal von Amerika während des spanisch-amerikanischen Krieges Grundsätze aufgestellt worden. Danach sollten im Kriege als zerstörbar solche Kabel angesehen werden, deren beide Enden auf feindlichem Gebiet liegen. Kabel, welche Feindesland mit neutralen Staaten verbinden, sollten nur an der feindlichen Küste innerhalb der Dreimeilenzone zerstört werden dürfen. Für andere Kabel war nur eine mehr oder weniger strenge Zensur vorgesehen. Diese Grundsätze haben keine internationale Anerkennung gefunden. Schon im italienisch-türkischen Kriege hielten die Italiener die Vorschrift über die Dreimeilenzone nicht inne. Und nachdem in der zweiten Haager Konferenz 1907 Vorschläge über erhöhten Kabelschutz an Englands Widerspruch gescheitert waren, hat im Weltkriege England schon in den ersten Augusttagen 1914 die deutschen Kabel, die nach neutralen Ländern führten, durchweg auf hoher See gekappt, und hat sich dann auch in der Behandlung feindlicher wie neutraler Kabel durch keinerlei völkerrechtliche Bedenken beeinflussen lassen.

Deutschland ist in seinem Streben nach unabhängigen Kabeln immer wieder auf englischen Widerstand gestoßen. 1896 hatte es zwar eine Linie Emden—Vigo durchgesetzt, obgleich England die Landung in Spanien hatte hintertreiben wollen; dies Kabel diente aber zunächst nur dem Anschluß an englische Linien. Das längst geplante deutsche Kabel nach Amerika kam erst 1899 zustande. Bis dahin war die deutsche Regierung vertraglich gebunden, Telegramme nur über die Kabel der Anglo-American Telegraph Company zu leiten. Diese Gesellschaft suchte denn auch das Landungsrecht auf dem einzigen in Betracht kommenden neutralen Stützpunkt, den Azoren, zu hintertreiben. Schließlich erlangte Deutschland das Landungsrecht nur unter der Bedingung, daß das Kabel von einer englischen Firma hergestellt und gelegt wurde. Ein anderes Hindernis bildete der Aufkauf der Guttaperchavorräte durch England. Und schließlich weigerten sich die Landtelegraphengesellschaften in Amerika, die mit der Anglo-American Telegraph Company in Verbindung standen, Depeschen der deutschen Kabelgesellschaft weiter zu befördern. Diese Schwierigkeit

wurde schließlich durch Vertrag mit der einzigen Konkurrenzgesellschaft, der Commercial Cable Company, überwunden.

Die wenigen Kabel, die Deutschland schließlich gelegt hat, wurden ihm im Kriege durch England, Frankreich und Japan genommen. Die Vereinigten Staaten, die von der Abschneidung der deutschen Kabel mit betroffen waren, vertraten den Standpunkt, daß Kriegsmaßnahmen mit Beendigung der Feindseligkeiten ihr Ende erreicht hätten, und daß in bezug auf die Kabel nunmehr derselbe Zustand wie vor dem Kriege wieder herzustellen sei, insbesondere habe diejenige Macht, welche ein Kabel durchschnitten und an eigener Küste gelandet habe, nunmehr das alte Kabel wieder herzustellen. Diese Forderung bezieht sich einerseits auf das deutsche Kabel Emden—Vigo, das die Franzosen durchschnitten und in Brest gelandet haben (Amerika hat nämlich den Wunsch, wieder eine direkte telegraphische Verbindung mit Deutschland zu haben). Anderseits bezieht sich die amerikanische Forderung auf das von den Japanern durchschnittene und bei Nagasaki gelandete deutsch-niederländische Kabel Yap—Shanghai. Ferner verlangte Amerika, daß alle Verträge, welche amerikanische mit deutschen Kabelgesellschaften vor dem Kriege gehabt hatten, nunmehr zwischen Amerika und derjenigen Macht, die jetzt jene Kabel in Besitz hätte, wiederhergestellt würden. Diesen Forderungen widersprachen Japan, England und Frankreich. Die oben geschilderte Entwicklung des Weltkabelnetzes macht es verständlich, daß hier Japan und Frankreich die Unterstützung gerade von England gefunden haben, während es anderseits begreiflich ist, daß Amerika seine Unabhängigkeit in der überseeischen Telegraphie, die es vor dem Kriege hatte, zu wahren sucht. Japan, England und Frankreich beriefen sich bei ihrem Widerspruch auf die Bestimmung des Versailler Vertrages, nach welcher Deutschland definitiv auf seine Kabel verzichtet habe, also eine Wiederherstellung nicht in Betracht komme. Amerika hat darauf seinen ursprünglichen Standpunkt aufgegeben. Es versuchte dann wenigstens, die Übertragung der Insel Yap zur Treuhand der fünf Hauptmächte durchzusetzen, sowie folgende Forderungen: das Recht in allen unter einem Mandat des Völkerbundes stehenden Kolonien Kabel zu landen, sowie unbehinderten Durchgang für alle Kabeltelegramme durch alle Kabelämter der Welt.

Zwischen Japan und den Vereinigten Staaten besteht nur eine einzige Kabellinie, die von San Franzisko ausgeht und über Honolulu und die Midwayinseln nach dem ebenfalls amerikanischen Guam führt, das etwa 3000 Meilen von der amerikanischen und 1500 Meilen von der asiatischen Küste liegt. Von hier geht ein Teil über Manila nach China (Shanghai), ein anderer Zweig führt nach den japanischen Bonininseln, die japanisch Ogasawarajima heißen. Alle diese Linien sind amerikanisch und gehören der Commercial-Pacific-Cable Company. Von den Bonininseln stellt ein japanisches Regierungskabel die Verbindung mit Japan (Yokohama) und ein ehemals deutsches Kabel die Verbindung mit Jap—Celebes her. Diese eine Kabellinie zwischen den Vereinigten Staaten und Japan genügte früher absolut den Verkehrsbedürfnissen. Sie besitzt eine Arbeitsfähigkeit von 8—9 Millionen Worten, während beispielsweise im ganzen ersten

Geschäftsjahr nur 635 000 Worte über die Linie gingen. Der Verkehr zwischen Japan und den Vereinigten Staaten nahm während des Krieges außerordentlich stark zu. 1914 wurden 945 000 Worte, 1915: 1 228 000 Worte, 1916: 1 825 000 Worte, 1917: 3 322 000 Worte und 1918: 4 297 000 Worte auf ihm befördert, während man ihre Zahl für 1919 auf 5 000 000 schätzt. Das sind indes nur die aus Japan über die Bonininseln in Guam eintreffenden Telegramme. Mindestens ebensoviele Worte laufen über die China- und Manilalinie nach Guam. Von hier aus gehen nun die China—Manila- und die Japan—Bonintelegramme in ihrer Gesamtheit auf dem einen Kabel nach Amerika weiter. Daß bei einer so lebhaften Inanspruchnahme starke Verzögerungen eintreten, ist verständlich. Kabeltelegramme von Japan nach den Vereinigten Staaten waren während des Krieges oft zwei Wochen, vor August 1919 durchschnittlich in der Regel zehn Tage unterwegs. Selbst als dringende Telegramme brauchten sie oft vier bis fünf Tage.

Eine gewisse Erleichterung für den Verkehr trat ein, als während des Krieges die drahtlose Marinestation Funabashi, unweit Tokio, von der Marineleitung für neun Stunden am Tag dem Verkehrsministerium zur Verfügung gestellt wurde. Bei einer Stärke von 200 Kilowatt bewältigte sie mit Hawai als Zwischenstation im Ein- und Ausgangsverkehr etwa 4000 Worte am Tage. Große Erwartungen setzt man jetzt auf die neue Großfunkstation bei Haranomachi, die etwa 180 Meilen nördlich von Tokio gelegen ist und Ende 1920 vollendet wurde. Bei einer Stärke von 300—400 Kilowatt erwartet man eine Tagesleistung von durchschnittlich 10 000 Worten.

Wenn auch die drahtlosen Stationen wesentliche Verkehrserleichterungen bedeuten, so scheint man in Japan doch den Kabeln grundsätzlich den Vorzug zu geben. Die ersten Anlagekosten sind zwar erheblich größer, dafür aber die Betriebskosten geringer. Aber ausschlaggebend ist, daß bei dem drahtlosen Verkehr das Telegrammgeheimnis nicht gewahrt bleiben kann. Man hat sich darum in Japan sehr eingehend mit der Anlage eines zweiten Kabels beschäftigt, die durch die Japan-America-Telegraph Company erfolgen soll. Es standen zwei Wege zur Debatte. Der nördliche, der vom nördlichen Japan zu den Aleuten führen und in Vancouver oder Seattle endigen sollte. Sein Vorteil ist die relative Kürze und darum seine Billigkeit. Aber man hat ihn doch fallen lassen, weil er zu sehr nach Norden führt, monatelang durch Eis gesperrt ist, Reparaturen darum sehr schwer oder überhaupt nicht möglich sind und die Verbindung darum für Kaufleute höchst unsicher und die Verzinsung für die Gesellschaft höchst zweifelhaft ist. Man hat sich deshalb für eine südlichere Route entschieden.

Dem Streit um die Kabelstützpunkte mag sich in absehbarer Zeit mit der Entwicklung transozeanischer Luftschiffahrt ein Streit um Flughäfen anschließen, der sich aus Gründen der räumlichen Bedingungen nicht einfach decken wird mit dem alten Streben nach Flottenstützpunkten. Wohl aber wird er in einem Punkte sich der neuen Richtung der Schiffahrtspolitik anschließen: War früher ein maßgebender Gesichtspunkt dieser Politik neben der Gewinnung der Landungsstellen an sich die Anlage

von Kohlenstationen, so handelt es sich heute und in Zukunft mehr um die Anlage von Erdölstationen — und dieses Betriebsmittel in verfeinerter Bearbeitung ist ja auch das der Flugzeuge und Luftschiffe, bei welch letzteren nur noch der Bedarf an Gas hinzutritt. —

Von den erdumspannenden Kabeln und Funksprüchen und dem künftig vielleicht ebenso erdumspannenden Flugdienst zum Verkehr in engeren Räumen zurückkehrend, haben wir zu untersuchen, in welchem Maße die früher aus der Verkehrsgeographie abgeleiteten Gesetze der politischen Geographie durch die neuen Staatengebilde erfüllt oder durchbrochen sind, und welche weltpolitischen Folgen aus solchen Durchbrechungen drohen können.

Beginnen wir, wie im II. Buch, mit den Landwegen, so haben wir zunächst an die Reibungsflächen zu erinnern, die sich aus den Kreuzungen großer transkontinentaler Eisenbahnpläne ergeben. In Afrika sind die deutschen Behinderungen der britischen Kap—Kairopläne beseitigt. In Vorderasien hält England das Südgebiet der Bagdadbahn in seiner Hand und ist auch wohl in der Lage, vom Suezkanal über Sinai—Palästina eine Verbindung zum Bagdadgebiet herzustellen. Diese hätte an sich jedoch höchstens strategischen Wert für Truppenverschiebungen zwischen Mesopotamien und Ägypten, dagegen gar keine wirtschaftliche Bedeutung. Sie ermangelt auch des politischen Hauptzwecks, wenn keine Fortsetzung um den Persischen Golf nach Indien möglich ist. Einstweilen aber hat Persien sich wieder dem englischen Einfluß zu entziehen vermocht. So sehen wir neue transkontinentale Pläne von weltpolitischer Bedeutung weder in Afrika noch in Asien auftauchen. Wohl aber berühren uns unmittelbar in Europa hervortretende Entwürfe, Deutschland verkehrspolitisch zu umgehen. Sie sind bereits ausgeführt im Verkehr zwischen Frankreich und dem Balkan und sie harren der Ausführung im Osten, wo etwa auf der Linie Reval—Riga—Warschau—Prag—Belgrad—Sofia—Konstantinopel bzw. Warschau—Bukarest—Konstantinopel eine mittelosteuropäische Verkehrsgemeinschaft abseits von Deutschland zusammengeschweißt werden soll.

Als wesentliche verkehrsgeographische Wegweiser haben wir früher in erster Linie die Wasserstraßen beachten gelernt. Es ist nunmehr an der Zeit, im besonderen Hinblick auf sie die Auswirkungen der politisch-geographischen Gesetze in der neuen Länderkarte Europas zu prüfen.

Die wichtigsten der in Frage kommenden Grundgesetze der politischen Geographie sind, um es kurz zu wiederholen, das naturgemäße Streben nach Beherrschung zusammenhängender Verkehrs-, Wirtschafts- und Volksgebiete; obenan das Streben nach einheitlicher Umfassung geschlossener Stromgebiete; das Streben ans Meer; das Streben nach mehrfachem Seezugang; das Streben nach Zusammenfassung sowohl in sich einheitlicher wie wechselseitig einander ergänzender Produktionsgebiete; das Streben nach nationalem Zusammenschluß und einheitlicher Beherrschung geschlossener Sprachgebiete.

Schon ein oberflächlicher Vergleich der hydrographischen und der ethnographischen Karten Europas einerseits mit der neuen Staatenkarte

anderseits stößt uns auf die schwersten Verfehlungen der Pariser Diplomatenkunst gegen diese Grundgesetze der politischen Geographie.

Wenn wir bezüglich des Strebens nach Vereinheitlichung der politischen Herrschaft über ein Stromgebiet mit dem größten mitteleuropäischen Strom, der Donau, beginnen, so müssen wir daran zurückdenken, daß die Vierbundmächte sich bis in den Sommer 1918 hinein eine erhebliche Vereinfachung des Donaubildes vom Kriegsausgang versprechen durften. Bulgarien und Ungarn waren zu unmittelbaren Angrenzern an der Donau unter Beiseiteschiebung Serbiens geworden, und der Bukarester Frieden hatte den Mittelmächten einen maßgebenden Einfluß auf die rumänische Donaupolitik gesichert, wie ihnen gleichzeitig führende Teilnahme an dem wirtschaftlichen Aufbau der bulgarischen Donauflottille in Aussicht stand. Keine fremde Macht sollte nach der Ersetzung der europäischen Donaukommission durch die mitteleuropäische in die Angelegenheiten der Donauschiffahrt dreinzureden haben.

Wie anders gestaltet sich jetzt das Mosaikbild des Donaulaufes! Sieben Anlieger, Deutschland, Deutsch-Österreich, die Tschechoslovakei, Ungarn, Südslavien, Rumänien und Bulgarien teilen sich in die politische Donauherrschaft, und über ihnen allen waltet die Entente ihrer aus der Internationalisierung der europäischen Ströme entspringenden Rechte.

Als Verfasser während des Krieges vorübergehend in Braila weilte, fiel ihm ein altes Zeitungsblatt in die Hand, das Berichte eines englischen Korrespondenten aus der Zeit vor der Besetzung Rumäniens durch die Vierbundtruppen wiedergab. Da war auseinandergesetzt, daß die Donau bis Braila für Seeschiffe zugänglich und so breit sei, daß der Passagier auf ihr seekrank werden könne. Braila sei also eigentlicher Seehafen, ein gegebener Stützpunkt Englands, dessen Macht sich über das Mittelmeer, die Meerengen und das Schwarze Meer hinweg bis hierher ausdehnen müsse. Es war klar, daß hier keineswegs etwa nur eine beliebige journalistische Äußerung eines beliebigen englischen Zeitungsmannes vorlag, sondern vielmehr die englische Auffassung an sich. Wenn aus der früheren Zeit bekannt ist oder wenigstens allgemein bekannt sein sollte, daß der Brite die Grenzen seines Landes nicht an den Gestaden der britischen Inseln sieht, sondern an den entgegengesetzten Küsten aller Ozeane, so hatte sich dieses eigenwillige Grundgesetz politischer Spezialgeographie England doch schon seit langer Zeit umzuformen und zu erweitern begonnen zu dem Grundsatz, daß die Grenzen der britischen Macht zu suchen seien, wo nicht an den Quellen, so doch mindestens am Beginn der Schiffbarkeit aller für die britische Flagge erreichbaren Ströme. Darauf deutete im Einzelfalle, abgesehen von dem Streben nach Ausbreitung der englischen Herrschaft bis an die Quellen des Nil, schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die britische Yangtsepolitik. Wenn die Pariser Friedensschlüsse, insbesondere jener von Versailles, die Internationalisierung der europäischen Ströme vorgenommen haben, so bedeuten die einschlägigen Bestimmungen, ihrer diplomatischen Ver-

brämung entkleidet, nicht mehr und nicht weniger als einen weitgehenden Sieg dieser englischen Auffassung; geben sie doch tatsächlich die eigentliche Herrschgewalt über die schiffbaren Ströme Mitteleuropas bis tief in das Herz des Erdteils hinein in die Hand der Engländer.

Abgesehen von dieser praktisch bevorstehenden Oberhoheit Englands über die mitteleuropäische Flußschiffahrt, ist das politische Donaubild zerrissener denn zuvor, das politische Rheinbild schwer beeinträchtigt durch den Umstand, daß die Franzosen den Rhein teilweise wiederum zum Grenzstrom zu machen vermochten, was sowohl seinem Verkehrscharakter wie dem ethnographischen Charakter seiner Umwelt durchaus widerspricht. Die politische Teilung des Elbegebietes tritt unter den neuen staatlichen Verhältnissen ungleich peinlicher hervor als früher im Zeichen des deutsch-österreichischen Bündnisses. Das Odergebiet ist von der Teilung bedroht, das Weichselbild nicht nur uneinheitlich geblieben, sondern zu einer ungleich gefährlicheren Reibungsfläche als während des vorangegangenen Jahrhunderts geworden. Und während auch dem früher politisch zerrissenen und verkehrlich nur sehr beschränkt nutzbar gemachten Memellauf bei für Deutschland günstigem Kriegsausgang eine Vereinheitlichung der Oberhoheit gewinkt hätte, teilen sich heute drei, vier Anliegen in die Herrschaft.

Unter den vorgenannten Stromgebieten ist vielleicht am augenfälligsten die Verletzung von Grundforderungen der politischen Geographie durch die neue Grenzziehung im Weichselgebiet. Die Zerschneidung des Deutschen Reiches durch den polnischen Hoheitsstreifen links der Weichsel bis ans Meer stellt eine unerträglishe Lösung einer allerdings einer beide Teile befriedigenden Lösung überhaupt nicht gewachsenen Frage dar. Die deutsch-polnische Grenze, aueh wenn sie sich nach den Abstimmungsergebnissen nicht zugunsten Polens noch weiter verschoben hat, als nach den durch den Friedensvertrag unbedingt festgelegten Abtretnungen, ist für den politischen Geographen eine reine Unmöglichkeit. Ein Streifen polnischen Landes trennt Ostpreußen vom übrigen Reich. Zusammengehörige Sprach- und Kultur-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiete sind mit Gewalt auseinandergezerrt. Die neue Grenze ist auch keineswegs als die ethnographisch sicher gegebene anzusprechen, da sie Gebiete mit rein und mit überwiegend deutscher Bevölkerung mit auf die polnische Seite schlägt.

Das so überaus schwierige Weichselproblem ist nicht gelöst; der seiner Bevölkerung nach rein deutschen Charakter tragende Freistaat Danzig ist in gewissem Grade unter polnische Oberhoheit gestellt, aber die Weichsel bleibt nach dem Charakter der Umwohner ein deutschpolnischer Fluß, und das Deutschtum zumal in seinem Mündungsgebiet wird sich nun und nimmermehr ausrotten lassen.

Auch das Verkehrsgebiet der Warthe und Netze ist politisch zerrissen, und eine Scheidewand ist aufgerichtet zwischen Gebieten, die wirtschaftlich sosehr aufeinander angewiesen waren, wie der Bezirk der deutschen Reichshauptstadt auf die Versorgung aus der östlichen Korn-, Zucker- und Kartoffelkammer. Durch die willkürliche Teilung des oberschlesischen

Industrie- und Kohlengebiets ist auch eine Zerreißung des natürlich zusammengehörigen Odergebiets erfolgt, die die geographische Unlogik der Grenzführung zwischen Deutschland und Polen nur noch weiter steigert.

Unbekümmert um das Gesetz vom *Streben nach Seezugang* haben die Pariser Friedensschlüsse gleich mehrere neue Binnenstaatengebilde in Mitteleuropa entstehen lassen und dadurch auf alle Fälle neue Quellen der politischen Unzufriedenheit erschlossen.

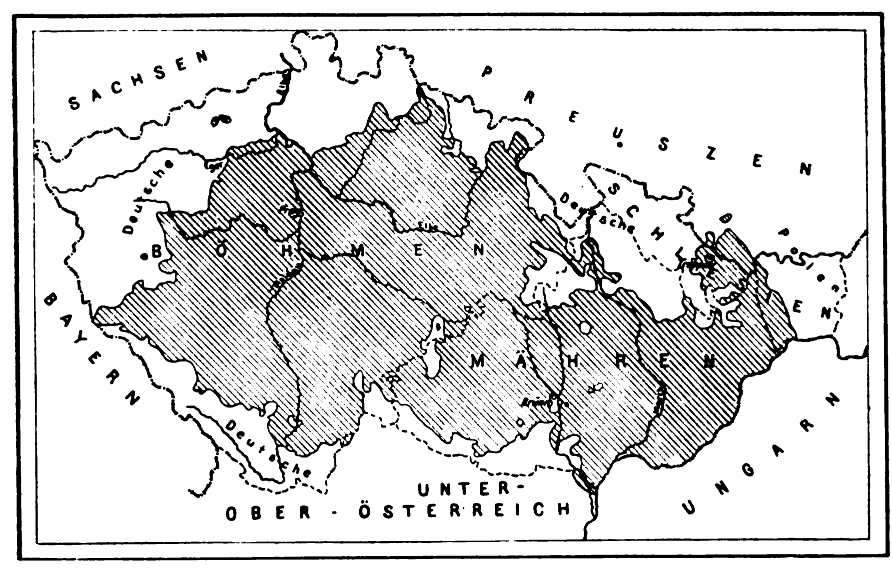


Abb. 35.
Das tschechische Sprachgebiet nach tschechischen Karten.

Das neue Staatengebilde der *Tschechoslovakei* ist aus ethnographischen Rücksichten geschaffen worden, hält sich aber keineswegs in den ethnographischen Grenzen, sondern greift über diese weit hinaus und hält gegenüber Deutschland in der Hauptsache die alten Grenzen der Habsburger Monarchie inne. (S. Abb. 35), man hat hier also die alte Beurteilung der Gebirge als natürlicher Grenzen zu schwerem Schaden des deutschen Volksteils benutzt, um dem neuen Staatswesen sehr wesentliche wirtschaftliche neben den strategischen Vorteilen zuzuschanzen. Verkehrspolitisch macht sich auf Grund der neuen staatspolitischen Verhältnisse die Trennung des Elbegebietes mit neuer Schärfe bemerkbar, über die man unter dem Zeichen sowohl der früheren politischen Zusammenhänge wie späterhin des deutsch-österreichischen Bündnisses lange hinwegzusehen vermochte.

Trotz der weit über das ethnographische Gebiet hinausgehenden Ausdehnung, die man der Tschechoslovakei auf deutsche Kosten gegeben hat, stellt der neue Staat in seiner gesamten Grenzführung verkehrsgeographisch ein sehr wenig glückliches Gebilde dar (s. Abb. 33, S. 366). Zunächst einmal ist

er ein Binnenstaat, was früher im Rahmen der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie von deren einzelnen Teilen nicht weiter empfunden wurde. Sodann macht er als Kartenbild eine recht unglückliche Figur, was praktisch um so größere Bedeutung haben wird, als seine langgestreckte Form des inneren Zusammenhalts ermangelt. Man braucht nur einen Blick auf die Hauptverkehrsstraßen zu werfen, die das Land durchziehen, und auf die Gebirgszüge, die diesen Verkehrsstraßen ihre Richtung vorschreiben, um zu sehen, daß das längliche Gebilde durch lauter Querlinien durchzogen wird, aber einer zusammenfassenden natürlichen Längsachse des Verkehrs durchaus ermangelt.

Ähnlich nachteilig ist die Lage des neuen deutsch-österreichischen Staates (s. Abb. 34, S. 367). Auch dieser ein Binnenstaat, dem Meere zwar wesentlich näher liegend als die Tschechoslovakei, aber doch von ihm abgetrennt; auch dieser in einer sehr unglücklichen, langgestreckten Form, gleichfalls der einheitlichen Längsachse des verbindenden Verkehrs ermangelnd, mit der Hauptstadt im äußersten Winkel, mehr noch als dies auch bezüglich der Lage Prags im tschechoslovakischen Gesamtstaat der Fall ist. Hat man dem tschechoslovakischen Staat im Nordwesten auf Kosten des Deutschtums ethnographisch nicht zugehörige Landteile zugeschanzt, so hat man Deutsch-Österreich zugunsten Italiens Volksteile entzogen und dadurch auch räumlich die schmale Lagerung Tirols noch ungünstiger gestaltet.

Gleichfalls zum Binnenstaat herabgesunken ist das so wesentlich verkleinerte Ungarn, das gegenüber den beiden eben erörterten Ländern nur den Vorteil einer kompakteren Gestalt, einer besseren Verkehrsausstrahlung von der Hauptstadt aus und einer günstigen Lagerung beiderseits der Donau hat. Ethnographisch hat Ungarn zugunsten Rumäniens vielerlei Einbuße erlitten, was rumänischerseits freilich nur als Ausgleich für die früher umgekehrte Lage der Dinge betrachtet wird.

Die nicht unbestrittene Ausdehnung, die Rumänien (s. Abb. 32, S. 365) sich vorläufig gegeben hat, zeigt eine ungewöhnlich günstige Abrundung der Grenzen und ein kompakt zusammengeballtes Staatengebilde zu beiden Seiten der Karpathen. Ethnographisch hat sich Rumänien allerdings mit einer reichlichen Menge von Fremdkörpern belastet, die ihm noch manche Sorge werden verursachen können.

Was den südslavischen, serbo-kroatischen Staat anbetrifft, so muß einen Augenblick zurückgegriffen werden auf die frühere Gestalt Serbiens, das für seine Kriegsleiden an der Seite der Entente durch die Aufrichtung dieses neuen Staatengebildes reich entschädigt werden sollte. Serbien war neben der Schweiz vor dem Kriege der einzige Binnenstaat in Europa. Sein Ehrgeiz ging schon lange zur Küste, und der Ausgang des zweiten Balkankrieges gab ihm eine Ausdehnung, die sowohl nach der adriatischen wie nach der ägäischen Küste hinwies, ohne auch nur eine von beiden zu erreichen. Angesichts des politischen Ehrgeizes der Serben lag hierin eine Gefahr, die jedem politischen Geographen bei Beachtung der Landkarte, wie sie sich nach dem Bukarester Frieden darstellte, ohne weiteres in die Augen fallen mußte. Nunmehr hat das zum südslavischen

Staat erweiterte Serbien seine ausgedehnte Küste an der Adria, aber die Häfen an dieser ganzen Küste sind mit Ausnahme von Fiume durchweg vom Hinterlande aus nur sehr schwer zugänglich, oder müssen, soweit sie bereits dem Eisenbahnverkehr erschlossen sind, für einen größeren Wirtschaftsverkehr doch wesentlich ausgebaut werden. Der Fall Fiume aber ist noch immer nicht entschieden und Südslavien seines großen Küstenbesitzes noch immer nicht recht froh. Ferner ist zu beachten, daß die ethnographische Zusammengehörigkeit der Bewohner dieses neuen Staates sich keineswegs zu sicherer politischer Freundschaft verdichtet hat. Nicht nur Serben und Kroaten stehen einander politisch mit höchst gemischten Gefühlen gegenüber, sondern selbst die dem Stamme nach durchaus serbischen Montenegriner, als zähes und eigenwilliges Bergvolk, denken nicht daran, ihre politische Selbständigkeit einfach zugunsten der Serben des alten Königreiches aufzugeben, so daß die innere Einheitlichkeit des südslavischen Staates noch recht wenig gewährleistet erscheint. Er ist in jenen Gebieten, die im Bukarester Frieden nach Abschluß des zweiten Balkankrieges an Serbien fielen, übrigens mit reichlichen Beimischungen von Albanern sowie mit Bulgaren und Makedobulgaren politisch sehr stark belastet. Die Grenzführung im Süden ist dieselbe geblieben wie nach dem zweiten Balkankriege. Sie verweist auch künftig den Ehrgeiz der Serben das Vardartal abwärts in die Richtung auf das Ägäische Meer (s. Abb. 36).

Sehr ungünstig sind die neuen Grenzen Bulgariens. Wieder ist das Land ethnographisch abgeschlossen von seinen Stammesbrüdern in Mazedonien, wieder hat es auf die Wege zum Ägäischen Meer verzichten müssen, wieder schiebt sich in Thrazien ein schmaler Landstreifen am Meer zwischen dieses und das Hinterland der Maritza. Das Tal der letzteren ist abermals politisch zerrissen. Besonders im Norden bleibt, wie nach dem Frieden von Bukarest, selbst der einwandfrei bulgarische Teil der Dobrudscha staatlich von diesem Land abgezweigt, womit zugleich der bulgarische Haupthafen Varna seines wirtschaftlich reichsten Hinterlandes beraubt bleibt.

Auf dem Balkan (s. Abb. 36) ist eine klare ethnographische Grenzführung schwieriger denn irgendwo sonst in Europa. Das gilt ganz besonders in Thrazien wo aber die verkehrsgeographischen Rücksichten entschieden für einen breiten Zugang Bulgariens zum Ägäischen Meer sprechen würden. Weit weniger unklar ist die Lage bezüglich Mazedoniens, das ethnographisch in der Hauptsache einwandfrei zu Bulgarien gehört. Kritisch bleibt bei jeder politischen Grenzführung auf der Balkanhalbinsel, die den ethnographischen Gesichtspunkten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sucht, das Problem des Wardartales, dessen Unterlauf von Griechen bewohnt wird, indessen das Hauptgebiet den Makedobulgaren angehört.

Bis zu den Balkankriegen war die ganze Ägäische Nordküste bis einschließlich Saloniki in türkischer Hand. Die Balkankriege haben dann zu einer politischen Dreiteilung dieser Küste geführt: Das wirtschaftlich unbedeutendste Oststück bis zur Maritzamündung blieb in türkischer Hand. Von der Mündung der Maritza bis zur Mündung der Mesta wurde

die Küste mit den Häfen Dedeagatsch und Porto Lagos bulgarisch. Die westliche Hälfte von der Mestamündung an fiel in griechischen Besitz. Damit schob sich ein griechischer Küstenstreifen vor das mazedonische



Abb. 36. **Der heutige Balkan.**

Hinterland, das zunächst in serbischen Besitz kam, und auch vor den westlichen Teil Bulgariens.

Die beiden kleinen Häfen, die zu Bulgarien fielen, hatten auch ihrerseits keine befriedigende Verbindung mit dem bulgarischen Hinterland, Porto Lagos ermangelte noch eigener Eisenbahn, und die von Dedeagatsch

aus im Maritzatal aufwärts führende Bahn war nicht geschlossen in bulgarischer Hand, sondern schnitt türkischen Besitz.

In dieser Beziehung trat im Jahre 1915 eine Änderung ein. Damals erfolgte eine Grenzberichtigung im Maritzaknie bei Adrianopel, die das ganze rechte Ufer der Maritza und die ganze nach Dedeagatsch führende Eisenbahn bulgarischem Besitz überwies.

Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Maritzatales mit den weiten Hochebenen von Philippopel und Stara Zagora war es für Bulgarien natürlich von hohem Wert, diese Verkehrslinie geschlossen in der Hand zu halten. Auch die Nutzbarmachung der Maritza für die Schiffahrt ist nur zu erwarten, wenn das ganze Stromgebiet einheitlich bulgarisch ist. Dann könnte auch der heute völlig versumpfte Landstreifen rechts der Maritzamündung entwässert und zu fruchtbarem Baumwolland gemacht werden.

Für die Türkei hatte der 1915 abgetretene Landstrich kaum irgendwelchen Wert — abgesehen von Karagatsch, dem Bahnhofsviertel von Adrianopel. Das Land ist dünn bewohnt. Zu erwähnen ist auf ehemals türkischem Gebiet nur die Stadt Dimotika mit etwa 8000 Einwohnern.

An wirtschaftlicher Erschließung der Gebiete rechts der Maritza würde die Türkei kaum nennenswertes Interesse nehmen; sie würde wohl im Gegenteil in Beibehaltung der Versumpfung der Ländereien an der Maritzamündung eine strategische Sicherung erblicken, während die Bulgaren für ihr Teil alles Interesse an der Maritzaregulierung hätten und in dem fraglichen Gebiet die Besiedelungsarbeit, Seidenraupenzucht, Baumwollkultur, Obst- und Gemüsebau pflegen würden. Der Hafen von Dedeagatsch zumal ist für die Türkei gänzlich belanglos, für Bulgarien wegen des weiteren Hinterlandes von beträchtlicher Bedeutung.

Für Griechenland, das heute in den Besitz ganz Thraziens gekommen, liegen hier überhaupt keine verkehrsgeographischen Werte vor, vielmehr nur ein Ausfluß des politischen Ehrgeizes, nach Konstantinopel zu gelangen.

Der Verkehr des heute serbischen Wardartals weist nach dem griechisch verbliebenen Saloniki, der nächste Weg von der bulgarischen Hauptstadt nach der Bucht von Orfano, die sich nach fachmännischem Urteil ausgezeichnet zur Hafenanlage eignet. Die Strecke Sofia—Orfano stellt die kürzeste und unmittelbarste Verbindung der bulgarischen Hauptstadt mit der Küste dar.

Griechenland stellt sich also sowohl Serbiens wie Bulgariens nächsten Ausgängen an das Ägäische Meer in den Weg.

Eine starke Zerrissenheit hat in Fortsetzung der südosteuropäischen Landkarte auch jene Vorderasiens aufzuweisen (s. Abb. 37). Griechische, britische, französische und italienische Randgebiete engen die Türkei ein und schneiden ihr wichtige Ausgänge zum Meere ab.

Ebenso wie das verkehrspolitisch so ungünstige Bild der eigentlichen Balkanhalbinsel in ihrer heutigen Aufteilung ist nach allem vorher Gesagten das gesamte Kartenbild Mitteleuropas für die Augen des politischen Geographen ein in hohem Grade unbefriedigendes. Wir haben dabei dem Stande unserer Wissenschaft gemäß nicht sosehr die

äußere Umgrenzung im Auge, wie vor allen Dingen den Inhalt, die Frage nach der Zusammengehörigkeit des staatlich Vereinten, nach der willkürlichen Zerreißung naturgemäßer Zusammengehörigkeiten. Von der Beurteilung dieser Fragen hängt in erster Linie die Bewertung der politischen Staatengebilde hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und ihrer



Abb. 37. **Das heutige Vorderasien.**

wahrscheinlichen Dauerhaftigkeit ab. Die praktische Führung der Grenzlinien ist in den großen Umrissen durch die erwähnten Zusammengehörigkeiten vorgeschrieben. Ihre Absteckung im einzelnen unter Mitberücksichtigung der strategischen Gesichtspunkte ist schließlich mehr eine Angelegenheit des politischen Handwerks, als der hohen Staatskunst. Das Bild aber, das wir heute in der mitteleuropäischen Landkarte vor uns sehen, ist weder von einem genialen politischen Künstler entworfen, noch von tüchtigen politischen Handwerkern gerahmt. Es mutet eher an wie

die Schnellmalerei eines Artisten, der eine belächelte Variéténummer abgeben mag, keineswegs aber Dauerwerte schafft.

Sind somit Mittel- und Südosteuropa die verkehrsgeographischen Ziele vorgeschrieben, politische Gebilde zu schaffen, die über den Mangel an Seezugängen, über die Zerreißung der Stromgebiete und über die ungünstige Verkehrslage der neuen Staatenformen hinweghelfen, so sind die verkehrspolitischen Ziele der führenden Mächte im allgemeinen die alten geblieben. England fährt fort, nach der bei Kriegsende fast völlig gewonnenen, dann wieder teilweise entglittenen Umrundung des Indischen Ozeans zu trachten und über Indien hinweg die britische Macht auch ins Yangtsetal hinein auszubreiten. Amerika hat sein Auge mehr nach Westen gerichtet und strebt nach der Vorherrschaft auf dem Stillen Ozean. Japan verfolgt das gleiche Ziel unter Betonung bald mehr seines insularen, bald mehr des kontinentalen Strebens an der gegenüberliegenden Küste der Randmeere. Frankreich fordert einerseits die Rheinherrschaft, anderseits die ganze Nordwestküste Afrikas unter Einschluß von Tanger. Italien beharrt bei seinen Adriaplänen im Gegensatz gegen Südslavien. Rußland muß, weit von den Meeren abgedrängt, seine alte Ostseestellung wiederzuerlangen suchen und hört nicht auf, nach dem Indischen Ozean vorzutasten.

Die verkehrsgeographischen Reibungsflächen haben sich durch den Kriegsausgang nicht verringert, sondern wesentlich vermehrt. Die Grundgesetze der politischen Geographie lassen ihrer nicht in dem Maße spotten, daß man von den ihrer Berücksichtigung völlig ermangelnden Umformungen der europäischen Landkarte eine Zeit der Ruhe und des Friedens erwarten könnte — ganz zu schweigen von dem verkehrspolitischen Wettbewerb der ozeanischen Weltmächte, von dem maritimen Vormachtringen zwischen England und Amerika im Atlantik, Amerika und Japan im Pazifik, Japan und England im Indischen Ozean.

3. Macht- und kulturgeographische Ziele.

Das Streben nach räumlicher Machterweiterung zeigt sich bei den eigentlichen Großmächten vornehmlich in der Form der expansiven Kolonialpolitik. Zu den expansiven Mächten haben wir heute in der Hauptsache zu zählen:

England, das immer noch an der weiteren Abrundung seines afrikanischen und asiatischen Machtbereichs, an der lückenlosen Umrundung des Indischen Ozeans arbeitet.

Japan, dessen große politischen Triebkräfte auseinanderstreben, teils nach festländischer Expansion, teils nach weiterer Ausdehnung des Inselbesitzes.

Die Vereinigten Staaten, die neben insularen Verkehrsstützpunkten im Stillen, zum Teil auch im Atlantischen Ozean die Ausdehnung ihrer geschlossenen Herrschaft bis über die Panamakanalzone hinaus erstreben.

Frankreich, das die Rheingrenze zu verewigen und zu vervollständigen trachtet und daneben an dem Ausbau seines Nordafrikareichs arbeitet.

Italien, das sein Streben nach der adriatischen Gegenküste nicht aufgibt und daneben in Kleinasien wie in Afrika kolonialen Zielen huldigt.

Belgien, das sich soeben auf deutsche Kosten in Europa und Mittelafrika ausgedehnt hat und sein Auge auf gewisse Bestandteile der benachbarten Niederlande gerichtet hält.

Griechenland, das nach den allgemeinen Friedensschlüssen den Eroberungskrieg gegen die Türkei in Kleinasien aufnahm und auch Konstantinopel erstrebt.

Unter den neu ins Leben gerufenen Mächten ist es besonders Polen, das nach allen Grenzrichtungen expansive Ziele aufgesteckt hat.

Von den alten Kolonialmächten sind im Gegensatz zu den oben genannten expansiven mehrere vollständig konservativ geworden: Spanien, Portugal, Holland und Dänemark — also sowohl zwei romanische wie zwei germanische.

Über das Streben nach geistiger Machtausbreitung in seinen heutigen Formen werden wir uns noch eingehend zu äußern haben, besonders im Zusammenhang mit der bolschewistischen Bewegung.

Das Streben nach ethnographischer Zusammenfassung, in den neuen Staatengebilden nichtdeutschen Charakters weit über die natürlichen Grenzen hinaus erfüllt, wird uns späterhin beschäftigen, wenn wir uns in Zusammenhang den bisher aus unseren Betrachtungen ausgeschiedenen deutschen Ländern zuwenden. Dort wird auch über das Streben nach Grenzsicherung zu sprechen sein, nachdem wir die schlechten Grenzen eines Teiles der übrigen neuen Staatengebilde schon im verkehrsgeographischen Zusammenhang dargelegt haben.

Das Streben zum Weltreich endlich bleibt in erster Linie das Signum der englischen bzw. der angelsächsischen Politik. —

Das politische und kulturelle Machtstreben hat, wie wir früher sahen, eine Menge neuer Reibungsflächen geschaffen. In die Anhäufung neuen Zündstoffs klingt verdächtig die Wiederaufnahme des Schlagworts von der »Abrüstung« hinein, dessen amtlicher Gebrauch jeweils den führenden Mächten Anlaß gibt, mit gesteigertem Eifer die Vermehrung der Rüstungen zu betreiben, um einen möglichst hohen »status quo« aufweisen zu können, sobald über eine prozentuale Abrüstung beschlossen werden soll — deren Durchführung jeweils ein höchst unsicherer Faktor bleibt. Den bisherigen Friedens- und Abrüstungskonferenzen sind regelmäßig neue Kriege gefolgt. Sollte der hinter uns liegende Krieg wirklich der letzte gewesen sein? Man glaubt es weder in Amerika und Japan, noch in England. Freilich, offenherzige Äußerungen der Fachmänner in der amerikanischen und englischen Presse lassen die Schrecknisse des nächsten Gift- und Bazillenkriegs so furchtbar erscheinen, daß nach diesem nächsten Krieg in der Tat der Schrei: »Nie wieder Krieg!« ungleich wirksamer durch die Welt hallen mag denn je zuvor. Und dann? Dann mag der Völkerbund als Hüter der internationalen Ordnung mit seiner — Hungerblockade auf dem Plan erscheinen, die doch sicher auch nicht zu den humansten Arten der Kriegführung gehört, manchen Ländern gegenüber aber kaum zu erfolgreicher Anwendung kommen kann. Die wirtschaftlichen Kampfmittel werden

aber wohl jedenfalls alle nur ausdenkbaren Verschärfungen erfahren — sei es nun, daß sie angewandt werden von den alten kapitalistisch-imperialistischen Hauptmächten, sei es, daß internationaler Klassenkampf diese Waffe schwingt! So lange die ganze Erde nicht verschlungen ist von einem Kommunismus, in dem nur noch eine bestimmt begrenzte Volkszahl Bedürfnisloser leben kann, werden die Veränderungen in der Kopfzahl, den wirtschaftlichen Bedürfnissen und den technischen Fähigkeiten der Völker nicht aufhören, mit diesen oder jenen Mitteln Grenzveränderungen und Machtverschiebungen herbeizuführen, und solange werden wir politische Geographie zu treiben haben. —

Neben den ethnographischen und wirtschaftlichen Erscheinungen, neben dem Ausbau der Machtmittel sind es wiederum geistige, kulturelle Faktoren, die zur Vorbereitung neuer Mächtegruppierungen und Machtverschiebungen genutzt werden. In der politischen Geographie der Gegenwart dürfen wir sie noch weniger außer acht lassen als in den früheren Betrachtungen über die allgemeinen Grundlagen und Erscheinungen der politischen Geographie. Die geographische Ausbreitung kultureller Einflüsse über fremde Völker gehörte vor und in dem großen Kriege zu den wesentlichen Mitteln der Werbung von Bundesgenossen und wird mit Vollkraft weiter betrieben, um auch die künftige Mächtegruppierung zu beeinflussen. Angelsächsische Durchtränkung der bewohnten Erde wetteifert mit französischer Kulturpropaganda, vornehmlich in slavischen und orientalischen Ländern; aber diese französische Werbearbeit bricht neuerdings auch ganz besonders in Nordamerika, also in die sprachliche Einflußzone des Britentums, konkurrierend ein. Und neben diesen britischen und französischen Bemühungen steht unvermittelt und feindlich die von Moskau aus geleitete Werbearbeit des internationalen Kommunismus in ihrer planmäßigen geographischen Ausbreitung. Die Geister regen sich — ohne daß es deshalb immer eine reine Lust wäre, zu leben.

Die Europa am unmittelbarsten angehende neue Erscheinung im Rahmen der machtpolitischen Bestrebungen ist neben dem Imperialismus der Proletarierführer im Osten die durch den Kriegsausgang für Frankreich ermöglichte Rückkehr zu napoleonischen Zielen. Genauer gesagt: Gleichzeitig zu den Zielen des Konsuls Bonaparte und des Kaisers Napoleon. Denn Frankreich strebt heute sowohl im Sinne Bonapartes, des Konsuls, nach der Aufrichtung eines orientalischen Reiches unter Zertrümmerung der britischen Macht wie im Sinne Napoleons, des Kaisers, nach unumschränkter Kontinentalherrschaft, ebenfalls unter Ausscheidung der englischen Einflüsse auf dem europäischen Festland. Dieser

neufranzösischen Machtpolitik

wird unsere besondere Aufmerksamkeit in erster Linie zu gelten haben.

Stünde es schon um unsere Politik im allgemeinen besser, wenn wir an alles Politische mehr mit dem Verstande als mit dem Gefühl herantreten würden, so erfordert vollends die auswärtige Politik verstandesmäßige statt gefühlsmäßiger Behandlung, will sagen, eine Einstellung auf die Welt der Tatsachen und nicht auf eine Traumwelt. Zu solcher Einstellung auf die Tatsachenwelt aber bedürfen wir mit in erster Linie des

Eindringens in die Beweggründe politischer Gegenspieler und ihre natürlichen Grundlagen. Die natürlichen Grundlagen außenpolitischer Beweggründe aber können keine anderen sein, als die durch die geographische Lage gegebenen Richtlinien. Wollen wir uns also mit dem Lande auseinandersetzen, dessen Politik das festländische Europa heute am meisten in Bewegung hält, so müssen wir uns Rechenschaft darüber abzulegen versuchen, welche Richtlinien es aus seiner geographischen Lage zieht. Wenige Länder nur befinden sich in einer ähnlich günstigen geographischen Lage wie Frankreich. An der schmalen Landverbindung seiner ausgedehnten Meeresgrenzen durch die Schroffe der Pyrenäen vorzüglich gedeckt, kann es die Augen frei sowohl über das Weltmeer, wie über das Mittelmeer richten. Aber so regsam im Geistigen, so bequem im Wirtschaftlichen, zieht das heutige Frankreich nur verhältnismäßig wenig Nutzen aus der Weltmeerlage. Wohl gab es eine Zeitspanne, in der es handelnsbereit nach dem jenseitigen Gestade des Atlantischen Meeres hinüberblickte. Aber in vorwiegender Beschäftigung mit festländischen Belangen ließ es im Ringen um jene Werte schließlich dem tatkräftigeren Briten den Sieg.

Weit mehr Durchhaltekraft, als bezüglich seiner westlich gerichteten Weltmeerpolitik, erwies Frankreich in der südlich und östlich gerichteten Mittelmeerpolitik. Durch ein rundes Jahrhundert wiederholte es die Versuche, seinem hier verfolgten Ausbreitungsdrang den entgegengesetzten Endpunkt der mittelmeerischen Schrägachse zu sichern. Bonapartes Zug nach Ägypten, Lesseps' Erbauung des Suezkanals und zuletzt noch der Vorstoß an den Oberlauf des Nils bei Faschoda sind die drei Hauptzeugen des französischen Strebens nach der Südostecke des Mittelmeergebiets. Immer wieder verstanden die Engländer es, dem Wettbewerber von der anderen Kanalküste der Mühe Preis ebenso aus der Hand zu ringen, wie einstmals an den jenseitigen Gestaden des Weltmeers. Dauererfolge blieben der französischen Überseepolitik im wesentlichen nur dort beschieden, wo kein längerer Weg zu nehmen war, als jener nach der unmittelbar jenseitigen Küste des Westmittelmeers.

Nie aber vermochte die sprunghaft betriebene Überseepolitik Frankreichs Augenmerk abzulenken von der festländischen Politik in Richtung seiner Ostgrenze. Wollen wir hier, d. h. auf dem uns vorwiegend betreffenden Gebiet, den französischen Beweggründen nachforschen, so müssen wir schon um ein gutes Jahrtausend zurückgehen bis in die Zeit der Aufteilung des Reichs Karls des Großen. Das damals kurzfristig geschaffene Reich Lothars, der schmale Landstreifen im Rhein-Rhonegebiet, bedeutete eine künstliche Scheidung zwischen West- und Mitteleuropa, die durch alle folgenden Jahrhunderte nicht aufgehört hat, eine Zone des europäischen Ärgernisses zu bleiben. Hinüber und herüber wogte das Ringen um den entscheidenden kulturellen und politischen Einfluß. Deutschtum und Franzosentum stießen in immer erneuerter Folge hier aufeinander. Der ständige Streitgrund wird durch die Tatsache bestimmt, daß sich das Deutschtum weit über das linke Rheinufer ausbreitet, die französische Politik aber überlieferungsmäßig im Rhein die erstrebenswerte Grenze erblickt, unbekümmert um die Tatsache, daß zumal in heutiger Zeit ein

Strom von der Verkehrsbedeutung des Rheins das gerade Gegenteil einer natürlichen Grenze ist.

Was wir heute das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu nennen gewohnt sind, ist ja doch nichts anderes als das sog. Nationalitätenprinzip, das gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts seinen lautesten Fürsprecher in dem dritten Napoleon hatte. Er war es, der Italien so gut wie Preußen veranlassen wollte, dieses Nationalitätenprinzip auf Kosten des ihm am sichtbarsten widersprechenden Reichs der Habsburger für sich zu lösen. Wenn Preußen schließlich nicht mit, sondern gegen Napoleon an der wenigstens teilweisen Lösung der Nationalitätenfrage in Mitteleuropa arbeitete, so geschah es wegen der eigenen Verstöße des französischen Kaisers gegen sein in der Theorie so hoch gehaltenes Grundgesetz. Denn die von Preußen für die Gewährung freier Hand in der Nationalitätenfrage geforderte Gegenleistung sollte nicht nur in der preußischen Einwilligung in Frankreichs Herrschaft über Belgien bestehen, sondern auch in der vollen Überlassung der linksrheinischen Gebiete deutscher Nationalität. Über die Nachhaltigkeit der französischen Politik, die wir gegenwärtig in der Rheinfrage betrieben sehen, werden wir uns nur klar zu werden vermögen, wenn wir geschichtlich darauf zurückblicken, daß das Frankreich unserer Tage durchaus als Erbe des dritten Napoleon handelt und in jenen Bahnen verweilt, die für seine Politik letzten Endes maßgebend gewesen sind seit jener Zeit, in der die Kampfzone zwischen Mittel- und Westeuropa in Gestalt des Reichs Lothar geschaffen.

Fassen wir diesen geschichtlichen und geographischen Tatbestand ins Auge, so werden wir erkennen, daß alle gefühls- und wunschmäßigen Hoffnungen auf ein festlandeuropäisches Zusammenwirken hinfällig sind, da in der linksrheinischen Zone des Deutschtums gegen das Nationalitätenprinzip, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker das Hindrängen Frankreichs nach Festlegung der Rheingrenze als die am weitaus hartnäckigsten verfolgte Richtlinie der französischen Politik im Wege steht und bleibt. Wegen dieser grundsätzlichen Einstellung der französischen Politik kann Deutschland — um diese Feststellung hier vorwegzunehmen — wenn es nicht Millionen seiner Volksgenossen und unentbehrliche wirtschaftliche Werte dauernd opfern will, keine Politik mit Frankreich machen, sondern, solange es zu einer selbständigen Politik in Unfähigkeit gehalten wird, nur mit solchen Ländern, denen gleichfalls daran gelegen ist, Frankreichs Festlandstellung nicht allzu übermächtig werden zu lassen.

Dadurch freilich, daß besonders Englands politische Einstellung noch nach Kriegsausgang in weitaus erster Linie durch die Furcht vor Deutschland bestimmt war, und ferner durch Wilsons Unkenntnis der europäischen Verhältnisse ist es Frankreich gelungen, durch den Friedensschluß und seine Folgen eine Machtstellung zu erringen, die man vordem für undenkbar gehalten hätte.

In kurzem Lauf der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand ergaben sich ebenso schnelle wie merkwürdige Wandlungen des politischen Weltbildes:

Blicken wir zurück auf 1914, auf den Kreis der Großmächte: England, Deutschland, Rußland, Amerika, Frankreich, Japan, Österreich-Ungarn, Italien, noch allenfalls nebenher die Türkei. 1919 vor dem endgültigen Abschluß der Friedensverträge: England, Amerika, Frankreich, Japan, Italien. Kein Deutschland, kein Österreich-Ungarn, kein Rußland, ganz zu schweigen von der Türkei. Und Anfang 1922: Amerika, Frankreich mit polnisch-tschechischem Anhang, England, abermals Rußland, Japan, allenfalls Italien und, nicht zu vergessen, die Welt des Islam. Immer noch kein Deutschland und als Ersatz für Österreich-Ungarn vielleicht die Kleine Entente.

Frankreich, auf den Wegen Bonapartes und Napoleons zugleich, fühlt sich England nicht nur in Europa, sondern auch im Mittelmeer überlegen. Wenn sich auch keine französische Flotte getraut, ihr zweites Abukir zu holen, so hat sich die französische Politik doch in Vorderasien festgenistet und sucht die russische Mobilisierung der islamitischen Welt gegen England zu nutzen, um nicht Rußland, sondern Frankreich das mohammedanische Erbe von Tanger bis über die Gestade des Indus zufallen zu lassen. Und in Festlandeuropa zugleich die alte napoleonische Methode: das Streben, die Rheinlande unter französische Oberhoheit zu bringen, Deutschland in Atome zu zersplittern, die Donaulande botmäßig zu machen, mit Großpolen zu gehen und in Moskau, wenn auch nicht mehr wie noch vorgestern mit Waffengewalt, so doch mit wirtschaftlichen Mitteln und politischen Ränken die französische Oberhoheit aufzurichten.

Frankreich fühlte sich nach dieser Entwicklung der Dinge auch allein gegen England stark genug: Die weittragenden Batterien an der Kanalküste, die gewaltige französische Luftflotte, die zahlreichen U-Boote, die Militärkonvention mit Belgien, die französische Syrienstellung an der Flanke des Suezkanals — das alles im Verein mit der europäischen Hegemonie gab ihm ein Gefühl der Sicherheit, das England um so mehr in Unruhe versetzte, als es auf der anderen Seite in weitesten Teilen seines Kolonialreichs durch den Bolschewismus bedroht wurde.

Fürwahr, ein dramatisches Bild ist es, das diese neuesten Phasen der englischen Geschichte liefern. Unmittelbar nach Kriegsausgang schien England über seine höchsten Ziele hinausgewachsen zu sein. Die Umrundung des Indischen Ozeans durch die britische Weltmacht war vollständiger, als selbst kühne weltpolitische Spekulanten jenseits des Kanals es erträumt. Das geschlossene Riesenreich über das ganze östliche Afrika vom Kap bis Kairo und das südliche Asien von Suez bis Singapore fand für Augenblicke seinen Scheitelpunkt droben im Kaukasus. Der deutsche Wettbewerb war vernichtet, die deutsche Handels- und Kriegsflotte zur Übergabe und zum Untergang bestimmt. Aber nicht nur war jenseits des Atlantischen Ozeans ein stärkerer und gefährlicherer Wettbewerber erstanden als Deutschland es je gewesen oder zu werden versprach — auch in Europa tat sich eine Macht von derartig überlegenem festländischen Einfluß auf, daß Großbritannien gleichzeitig nach den beiden Hauptrichtungen hin seine traditionellen Grundlinien der Weltpolitik durchbrochen sah: die britische Vorherrschaft auf den Meeren einerseits, das zu

Englands Vorteil ausschlagende »Gleichgewicht der Mächte« auf dem europäischen Festlande anderseits. Die Lage wurde dadurch verschärft, daß die wieder emporkommende festlandeuropäische Vormacht sich der neuen, mit England rivalisierenden Seemacht jenseits des Ozeans angelegentlich für ein Bündnis empfahl. Frankreich sucht den Engländern für den Fall eines amerikanisch-englischen Konfliktes mit der französischen Flankenstellung zu drohen, um in Verfolgung seiner ehrgeizigen Pläne auf dem Boden des europäischen Festlandes jede Behinderung durch England auszuschließen. Zugleich hat es in Syrien eine Flankenstellung gegen den Suezkanal eingenommen, deren Bedeutung es durch sein Zusammenarbeiten mit den Türken Nachdruck verleiht.

Seitdem die Franzosen einige Zeit nach der Festsetzung der Engländer in Nordamerika auf kanadischem Boden ihre erste nordamerikanische Kolonie gegründet, erstreckte sich die alte englisch-französische Rivalität durch Jahrhunderte auch auf das Ringen um die Schätze und die Seele Amerikas. Hatte England den Franzosen am Ende des europäischen siebenjährigen Krieges, mit dem ein amerikanischer neunjähriger Krieg parallel ging, seine kanadischen Kolonien endgültig entrissen, so trat Frankreich den Vereinigten Staaten, mit denen es unter Washington im Bündnis gegen England gestanden, später seine Mississippikolonien durch friedlichen Kaufvertrag ab, wohingegen nach den Unabhängigkeitskriegen England noch einmal in der Zeit von 1812—1814 um Florida im Kriegszustand mit der nordamerikanischen Union lebte. In Frankreich wird man nun nicht müde, die Erinnerungen an die guten französisch-amerikanischen und die schlechten englisch-amerikanischen Beziehungen der Vergangenheit wieder aufleben zu lassen. Wenn sich Frankreich auch in der Zeit der Konferenz von Washington um die Früchte dieses Bemühens gebracht, weil die Beibehaltung des Militarismus auf Kosten Amerikas und auf Kosten der wirtschaftlichen Gesundung drüben Anstoß erregte, so bleibt diese Tendenz, Amerika auch gegen England auszuspielen, doch auch für die Zukunft beachtenswert und wird in England hinlänglich empfunden.

Durch mehr als ein Jahrhundert hatte der Einfluß Englands auf die Staaten des europäischen Kontinents wesentlich darauf beruht, daß ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte zwischen den europäischen Kontinentalstaaten vorhanden war. England konnte daher mit der Flotte und mit seinem kleinen Heer ausschlaggebend auf den europäischen Kontinent einwirken. Es ist dementsprechend das dauernde Bemühen der englischen Staatskunst gewesen, das militärische Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen, wenn es etwa durch kriegerische Ereignisse vorübergehend gestört worden war. Im Friedensvertrag von Versailles ist England von dieser überlieferten Politik abgewichen. Die englische Regierung hat zugelassen, daß die deutsche Armee zertrümmert wurde. Sie beseitigte damit selbst das militärische Gleichgewicht in Europa und machte Frankreich zur weitaus ersten großen Militärmacht des europäischen Kontinents. Frankreich konnte diese seine überwiegende Militärmacht durch nahe Verbindungen zu der polnischen Armee und zu den Armeen südosteuropäischer Staaten noch verstärken. Die natürlichen Folgen dieser englischen

Politik waren, daß England sich nicht mehr in der Lage sah, der französischen Politik auf dem europäischen Kontinent entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen. Selbst wenn es gelänge, in England eine neue große Armee aufzustellen, welche der französischen Armee zahlenmäßig gewachsen wäre, würden für England die Aussichten eines Krieges gegen Frankreich wenig günstig sein. Durch eine Blockade der englischen Flotte könnte Frankreich kaum gefährdet werden, denn Frankreich ist ein Agrarstaat, welcher die für die französische Bevölkerung notwendigen Lebensmittel selbst hervorbringt. Außerdem stände Frankreich das ganze Europa offen. Die französischen Kolonien sind durch französische Truppen völlig gesichert und könnten sich selbst dann jahrelang halten, wenn sie durch die englische Flotte von Frankreich abgeschnitten würden. Dazu kommt, daß England bei einem Kampf gegen Frankreich auf irgendwelche Bundesgenossen in Europa nicht rechnen kann. Die italienische Armee würde es kaum wagen, sich mit der französischen Armee zu schlagen. Wollte Italien trotzdem den Krieg an Frankreich erklären, dann würden wenige französische Armeekorps genügen, um die italienische Armee entscheidend zu zertrümmern. Deutschland entbehrt vollkommen aller zu einem modernen Krieg notwendigen Waffen.

Solange die deutsche Armee bestand, war Frankreich gezwungen, einen Rückhalt an England zu suchen und sich aus diesem Grunde dem Willen Englands anzupassen. Lloyd George hatte sich daran gewöhnt, in Frankreich einen Staat zu sehen, dessen Gefolgschaft für England gesichert war. Er hat dabei vergessen, daß mit dem Verschwinden der deutschen Armee die Gründe beseitigt wurden, welche Frankreich an England fesselten. Mit der Auflösung der deutschen Armee wurde Frankreich gegenüber England nicht nur vollständig selbständig, sondern es wurde darüber hinaus England überlegen. Es war daher gar nicht überraschend, daß England in der oberschlesischen Frage und auch später bei mehreren Gelegenheiten den französischen Wünschen vollkommen nachgeben mußte.

Hierzu kommen die großen Schwierigkeiten, vor die sich England in seinen Kolonien gestellt sieht, vornehmlich durch die nationalistisch umgeformten Einflüsse von Sowjetrußland her.

Frankreichs europäisches Vormachtstreben unserer Tage wird in bezug auf geographische Großräumigkeit noch übertroffen durch das Herrschaftsstreben des

Bolschewismus,

dessen Ursprung so gut wie seine Ziele aber in erster Linie nicht als europäisch, sondern als asiatisch anzusprechen sind.

In seinem Ringen um unbegrenzte Weltherrschaft scheint der Bolschewismus zunächst dahin gelangen zu wollen, alle Länder Asiens zu durchdringen und die übrige Welt vor ein allasiatisches Problem zu stellen. Die Versuche einer Überflutung Europas durch Deutschland hindurch haben nicht mit der erhofften Schnelligkeit zum vollen Erfolg geführt, und ohne daß sie etwa aufgegeben wurden, wendet sich der Ausbreitungsdrang und die Hauptstoßkraft des Bolschewismus nun zunächst in östlicher und südöstlicher Richtung den nach Hunderten von Millionen zählenden

Völkern Chinas und Indiens zu. Diese neue Betätigung des bolschewistischen Geistes zwingt uns nur noch mehr, ihn zu bewerten als die ja nicht zu unterschätzende Kraft einer gleichsam religiösen Idee und die weltpolitische Wirkung seiner Ausbreitungssucht entsprechend hoch zu veranschlagen.

Asien ist seit jeher das Mutterland aller großen religiösen Bewegungen. Alle Weltreligionen haben asiatischen Ursprung. Als die sog. Aufklärungszeit in den führenden westlichen Kulturländern den religiösen Geist zurückgedrängt hatte, da suchte sich von europäischem Boden aus an die Stelle der jenseitsgläubigen Religionen eine neue materialistische Weltauffassung zu setzen, die sich auch ihrerseits gleich den alten Religionen an die »Mühseligen und Beladenen«, an die breiten, gedrückten Volksschichten wandte, und die den Jenseitsglauben ersetzen wollte durch den Glauben an die Erringbarkeit einer diesseitigen Glückseligkeit der Armen und Bedrängten durch das Mittel des internationalen Sozialismus und Kommunismus.

Mögen die theoretischen und politischen Erben des Marxismus in Deutschland noch so haarscharf und mit noch so guten Gründen logisch beweisen, daß die Bolschewisten den Marxismus auf den Kopf stellen, daß sie die Überleitung vom Kapitalismus zum Kommunismus zur falschen Zeit und mit falschen Mitteln unternehmen — in großen Zügen betrachtet bleibt schließlich doch die Tatsache bestehen, daß Karl Marx der Johannes der neuen russischen Heilslehre war, denn er hat den Boden bereitet für den Glauben an die Überwindung des Kapitalismus durch Sozialismus und Kommunismus als Ersatz der Jenseitshoffnung und des Bauens auf überirdische Gnade durch die Hoffnung auf den Zukunftsstaat im Diesseits, auf den Übergang der Herrschaft in die Hände des geknechteten Proletariats. So stark auch die Einwirkung des marxistischen Sozialismus bereits gewesen — den (übrigens auch in der Vorgeschichte alter Religionen deutlich verfolgbaren) kommunistischen Gedanken aufs neue zum Träger einer Bewegung von religiöser Kraft zu machen, war den asiatischen Umbildnern des Marxismus vorbehalten; denn als Asiaten muß man auch jene Moskowiter ansprechen, die zu den eigentlichen Vorkämpfern des bolschewistischen Gedankens geworden sind, die russisch-mongolisch-tartarischen Stammes wie Lenin, und ihre internationalen Propheten semitischer Herkunft.

Mit jeder großen Religionsbewegung hat der Bolschewismus auch das Streben nach Weltherrschaft gemein. »Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!« Neben der Kraft der Überzeugung, auf die das Christentum seine Ausbreitung baute, vertraut der Bolschewismus, wie ehedem der Mohammedanismus, in erster Linie auf die Kraft des Schwertes, auf die rücksichtslose Handhabung der Gewalt. Er will die Welt aus den Angeln heben, will einen von Grund auf neuen Bau errichten, der dem Proletariat durch das Mittel der sog. Rätediktatur alle Macht in die Hand gibt.

Indem sich der Bolschewismus zunächst anscheinend mit einer Verlangsamung seines Fortschrittempos in Westeuropa und Amerika abfindet und sich vornehmlich der Werbearbeit in Ost- und Südasien zuwendet, rollt er für die ganze Menschheit eine asiatische Frage von unabsehbarer

Tragweite auf. Wer will ermessen, was für eine Revolutionierung der rd. 700 Millionen Chinesen und Inder für den weiteren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Werdegang auf unserer Erdoberfläche bedeutet! Die russischen Bolschewisten behaupten, daß sie in China ihre Kerntruppen für die Welteroberung finden würden. Sollte sich diese Hoffnung auch nur teilweise bestätigen, so würde allerdings eine »gelbe Gefahr« in bis dahin unbekanntem Umfange auftauchen. Der überkonservative Geist der Chinesen scheint freilich so völligem Umsturz durchaus im Wege zu stehen. Schließlich aber haben wir doch im laufenden Jahrhundert China bereits durch eine hinlänglich große Zahl von Umwälzungen gehen sehen, und es würde wohl auch den besten Chinakennern vermessen erscheinen, mit irgendwelcher Sicherheit prophezeien zu wollen, welchen Weg der Lauf der Dinge nehmen wird, wenn tatsächlich eine tiefgreifende Revolutionierung durch die überaus eifrige und unverkennbar geschickte Arbeit der bolschewistischen Propaganda gelingt.

Daß Japan in der Lage sein würde, unter diesen Umständen seinerseits eine den Bolschewismus zurückdämmende Diktatur über China auszuüben, ist wenig wahrscheinlich. Noch vor ganz kurzer Zeit glaubte man vielfach, ein wirksames Überspringen des Bolschewismus oder auch nur des gemäßigten Sozialismus nach Japan von der Hand weisen zu können. Inzwischen aber hat sich doch gezeigt, daß die sozialistische Bewegung in Japan beträchtliche Wirksamkeit errungen hat. Japan, das sozial weitaus rückständigste unter allen Industrieländern, das die Rolle eines solchen heute nur auf Grund eben dieser sozialen Rückständigkeit zu spielen vermag, steht vor ernstesten Erschütterungen seiner in den vorangegangenen Jahren gewonnenen und in dem Kriege sehr stark befestigten industriellen und weltwirtschaftlichen Stellung, wenn es gezwungen wird, auf sozialem Gebiete dem Vorgehen europäischer Mächte auch nur wenige Schritte zu folgen. Die internationale Arbeiterkonferenz in Washington, die sich allgemein für eine Arbeitszeit von 48 Stunden entschieden hat, trug den japanischen Verhältnissen noch einigermaßen Rechnung, indem sie für Japan erhebliche Ausnahmen empfahl, so eine 60-Stundenwoche für Seidenwirker, 51 Stunden für eine Reihe anderer Arbeiter, unter Zulassung von Überstunden. Gegen den Widerspruch eines japanischen Arbeiterführers trat in Washington ein englischer Kollege für die Ausnahmen mit Rücksicht auf den Stand der japanischen Industrie ein. Schreitet aber die Internationalisierung der Sozialpolitik fort, so ist es doch wohl wahrscheinlich, daß gerade von englischer Seite auch auf ein gewisses Schritthalten Japans hingewirkt wird, um dessen durch den Krieg namentlich in den Randländern des Indischen Ozeans so bedrohlich gewordene Konkurrenz wieder zu unterbinden.

Ebenso wie nach den Ländern der gelben Welt sucht der Bolschewismus nach Indien und nach den Ländern des Mohammedanismus hinüberzugreifen. Hier bedeutet er die denkbar schwerste Gefährdung der englischen Machtstellung. Als England selbst während des Krieges das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker propagierte, glaubte es, dessen praktische Auswirkung auf Mitteleuropa beschränken zu können. Nun

aber geht nicht nur der Gedanke an das außenpolitische Selbstbestimmungsrecht der Völker weiter, sondern auch der Gedanke des sozialen Selbstbestimmungsrechtes innerhalb der Völker, des Mitbestimmungsrechtes, wo nicht nach bolschewistischen Vorschriften des Alleinbestimmungsrechtes der unteren Volksschichten. So findet der Ruf nach Selbstverwaltung in Indien und in Ägypten überreiche Nahrung, und trotz aller England heute im Übermaß zur Verfügung stehenden Mittel moderner Kriegführungstechnik bleibt es doch noch eine offene, in Ägypten durch freiwilligen Verzicht schon negativ entschiedene Frage, ob die so entfachten Volksbewegungen dauernd mit Erfolg werden niederkartätscht werden können.

Was aber wären die weltwirtschaftlichen und die weltpolitischen Folgen, wenn tatsächlich das asiatische Problem in seiner heutigen Gestalt sich auswüchse zu Entscheidungen im weitesten Sinne jener Selbstbestimmungsrechte? Zunächst wäre, wie überall, wo der Bolschewismus auch nur Teilzugeständnisse errungen hat, mindestens für eine geraume Übergangszeit ein scharfer Rückgang der Gütererzeugung zu gewärtigen, wie er ja namentlich in sehr großem Umfange in Rußland selbst stattgefunden hat. Während im mittleren und westlichen Europa die mittelbare Einwirkung des Bolschewismus auch auf den gemäßigten Sozialismus im Sinne einer entschiedenen und erfolgreichen Durchfechtung seiner wesentlichen Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen zu einer Unterproduktion vornehmlich auf industriellem Gebiet geführt haben, würde, wie in Rußland, so auch in ganz Asien naturgemäß die Urproduktion entsprechende Rückschläge erleiden, bei gleichzeitigem Streben nach Mehrung des eigenen Konsums, so daß die Rohstoffversorgung der ganzen Welt überaus ernsten Gefahren ausgesetzt werden würde.

Wenn wir die Dinge nicht allzu schwarz sehen wollen, dann würde weiterhin zu folgern sein, daß aus der Not der Unterproduktion eine weltumfassende Steigerung in der praktischen Nutzanwendung aller technischen Hilfsmittel der Wirtschaftsführung geboren werden würde, nicht nur in der industriellen Fabrikation, sondern auch in der Urproduktion, verbunden mit sparsamstem Verbrauch aller Rohstoffe, mit einer noch weit über die deutschen Kriegserfahrungen hinausgehenden Steigerung der Anwendung von Ersatzstoffen jeder Art.

Am schwersten bedroht von der Unterproduktion an Rohstoffen und Lebensmitteln in den weiten Gefilden Asiens und dann natürlich, bei nicht mehr aufhaltbarem Fortschritt der Bewegung, auch Amerikas, erscheinen fürs erste selbstverständlich die dichtbevölkerten Kulturländer des alten Europa ohne ausreichende Eigenproduktion an Lebensmitteln und Rohstoffen. Anderseits lehrt nicht nur die Beobachtung des deutschen Beispiels während der Kriegszeit, daß doch gerade diesen Ländern ein hohes Maß von Widerstandskraft eignet. Ihre Weltlage hat sie mit mancherlei Vorteilen bedacht, die sie durch so lange Jahrhunderte instandgesetzt, die Träger der Kultur, die Träger des wirtschaftlichen Fortschrittes, die Träger der politischen Macht zu sein.

An das Abtreten der Europäer von der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Schaubühne vermögen wir — wesentlich aus klimatischen

Gründen — auch für den Fall nicht zu glauben, daß die bolschewistische Bewegung auf dem Wege über Asien die Welt erobert. Ihre weitere Ausbreitung ist nur möglich bei gleichzeitiger starker Verflachung. Schon ist in Rußland selbst der strenge Kommunismus praktisch über den Haufen geworfen. Die Diktatur im Namen des Proletariats hat den alten Wirtschaftsformen immer größere Zugeständnisse machen müssen, und wenn auch theoretisch die alte Flagge hochgehalten wird, so verläuft sich schließlich die Bewegung immer mehr und mehr in gegenüber dem Programm der Höchstforderungen vergleichsweise gemäßigte, wenn auch gegenüber dem früheren Zustande noch recht radikale Forderungen sozialer Hebung der unteren Schichten und weitgehenden Selbst- bzw. Mitbestimmungsrechtes. Je mehr das Überfluten Asiens durch die Bewegung bolschewistischen Ursprungs zur Steigerung der Unterproduktion und dadurch zur wirtschaftlichen Bedrängnis der Welt führen sollte, um so mehr wird zum Ausgleich im Lebensinteresse aller Völker die höchste Nutzanwendung technischer Fortschritte geboten sein. Dieser aber hat nun einmal seinen Ursprung und seinen Hauptsitz im mittleren und westlichen Europa, dessen geographische Vorteile sich seit altersher in volkspsychologische Vorteile umsetzen.

Es ist der am weitaus reichsten gegliederte Erdteil, mit klimatischen Übergängen, wie sie kein anderes Gebiet in ähnlicher Weise zu verzeichnen hat, zumal auch die Vorteile des Golfstromes gerade dank dieser weitgehenden Gliederung hier am meisten zur Geltung kommen. Auf eben dieser Grundlage kommt auch die arbeitfördernde Wirkung der langen Lichtzeit gemäßigter Zonen hier am meisten zur Geltung. In den Ländern der gemäßigten Zone mit ihrer langen Dämmerung ist die praktisch nutzbare Lichtzeit im gesamten Jahresdurchschnitt um ein beträchtliches größer als etwa in den Tropen. Dieser Faktor spricht am meisten dort mit wo er mit dem größten Ausgleich der klimatischen Übergänge zusammenfällt. Geistige Regsamkeit und Schaffenskraft, Intelligenz und Kultur, Technik und Wissenschaft haben sich auf der Grundlage dieser geographisch gegebenen Faktoren im westlichen Europa am höchsten zu entwickeln vermocht, während das kompakt ungegliederte Rußland in allen diesen Beziehungen dem asiatischen Koloß zugeschlagen werden muß.

Einflüsse des als asiatisch zu betrachtenden Bolschewismus können uns höchstens vorübergehend die uns tief eingewurzelte Religion des Pflichtbewußtseins und der Arbeitsfreude vergessen lassen, und die Welt wird unserer technischen Überlegenheit um so dringender bedürfen, je tiefer sie in die Not der Unterproduktion gestürzt wird.

Dem asiatischen Problem besonnen ins Auge schauend, gelangen wir zu dem Schluß, daß am letzten Ende gerade im Falle seiner Weiterentwicklung in der angedeuteten Richtung unsere kulturelle Vormachtstellung nur einer neuen Festigung entgegengeht, und daß dadurch auch die wirtschaftlichen und schließlich die politischen Einflüsse wieder dorthin fallen werden, wo Volksbildung, technisches Können, Pflichtbewußtsein und moralisches Verantwortlichkeitsgefühl am höchsten entwickelt sind. —

Das bolschewistische System verquickt sich gerade bei seinem Ausdehnungsstreben auf asiatischem Boden mit dem

Rassegedanken,

mit der Erweckung einer weit über europäische Beispiele hinausgehenden Bewegung nationalen Anstrichs, die sich nicht auf kleine Nationen beschränkt, sondern ganz große Volksgruppen mehr rassenmäßig zusammenfaßt. Rußland selbst war schon unter dem Zarismus Ausgangspunkt solcher übernationalen Rassenpolitik.

Die West- und Südslaven, die Rußland restlos für den Rassegedanken und den allslavischen Rassestaat beanspruchte, gehörten nun freilich garnicht zur russischen, sondern zur westlichen Kulturwelt. Nur die Ukrainer haben es zu keiner wirklich durchgreifenden nationalen Bewegung unter dem Einfluß der Westkultur bringen können. Ansätze sind auch hier vorhanden, aber nicht von tiefer Wirksamkeit. Was aber sonst zwischen dem Rigaischen und dem Ägäischen Meer wohnt, gehört durchaus nicht in den russischen Kulturkreis, sondern strebt zur Westkultur bzw. zu Mitteleuropa. Der Gedanke des allslavischen Rassestaats war und ist hier also nach außen so unbegründet, wie er innerlich unwahrhaft ist, da ja Rußland in der Tat nicht ein allslavisches, sondern ein russifiziertes Reich zu beherrschen und auszuweiten wünschte.

Wir sehen also bereits an diesem ersten, ältesten und größten Beispiel, daß sich hinter der Firma des Rassestaats eine Ertötung der Völkerindividualitäten verbirgt.

Diese Ertötung der Völkerindividualitäten zugunsten der Aufrichtung unbedingter Herrschaft eines Volkes über eine ganze Rasse scheint besonders günstigen Boden in Asien zu finden. Die russische Politik trägt ja doch in hohem Maße nicht europäisches, sondern asiatisches Gepräge. So wie Rußland das ganze Slaventum russifizieren, will Japan die ganze Welt der gelben Rasse japanisieren. Korea ist bereits diesem Schicksal verfallen. Nun soll womöglich auch ganz China dem japanischen Einfluß unterstellt werden, unter Japans Hoheit das Reich der gelben Rasse aufgerichtet werden.

Es gibt aber auch noch eine dritte Macht über Asien, die in ihrer Gedankenwelt viel stärker unter asiatischen Einflüssen steht, als gemeinhin erkannt wird: Das britische Kaiserreich Indien. Daheim in seiner europäischen Inselwelt das demokratische System immer noch markierend, ist England von Asien her doch in stark absolutistische Neigungen hineingewöhnt. Nur der Brite gilt dem Briten als freier Mensch; gegenüber der Außenwelt aber fühlt sich jeder Brite als eine Art Großmogul. Fremde Völker sind für ihn nur dazu da, der britischen Herrschaft zu verfallen. Ob Neger, Inder oder — Romanen, sie haben für England zu arbeiten, Englands Macht und Reichtum zu dienen. Die europäischen Außenposten: Norwegen, Portugal, Griechenland wurden im Kriege nachgerade wie britische Kolonien behandelt. Die britische Auffassung der Seegewalt war eine so absolutistische, wie sie nur je ein Asiatentyrann hätte ausdenken können.

Auch der russisch-japanische Rassenreichgedanke hat auf die britische Denkweise abgefärbt. Spuren dessen sehen wir in dem einst von einem Vorkämpfer des britischen Imperialismus geprägten Wort: »The world is rapidly becoming english« — die Welt wird zusehends verengländert. Dieses »Verengländern« entspricht dem aus asiatischem Kulturkreis stammenden Russifizieren und Japanisieren. Eine herrschende Minderheit sucht einem Weltreich ihr Gepräge zu verleihen. Die »Welt« soll englisch werden, der englische Krämer der Herr der Erde. Wer sich nicht fügt, wird nach indischem Muster vor die Kanone gebunden oder — wiederum nach britisch-indischem Muster — der Hungerkur ausgesetzt. Das System des »Hungerkrieges«, durch den uns England bekriegte, hat es ja durch Jahrzehnte gegenüber der Bevölkerung Indiens erfolgreich versucht. Es ist eine asiatische Willkür- und Tyrannenmethode.

Ein Unterschied gegenüber der russischen und japanischen Spielart des Rassenstaatsgedankens liegt im Gedanken an das Verengländern der Welt insofern, als dieses letztere Streben zwei Sitze hat: In England und in der nordamerikanischen Union. Beide haben während des Krieges in engster Gemeinschaft gearbeitet. Amerika lieferte die Waffen, mit denen England Mitteleuropa bezwingen und den Krieg solange hinziehen sollte, bis seine westeuropäischen Verbündeten durch Kräfteschwund zu seinen Vasallen geworden wären. War beides erreicht, dann durfte man glauben, dem Ziel, die Welt zu verengländern, um ein gutes Stück näher gerückt zu sein, und im Grunde nur die drei großen Gruppen der Rassenmächte für die Beherrschung der Welt in Rechnung stellen zu müssen: Das russische und das gelbe Reich und die englische Gruppe.

Auch nach dem Zerfall des Zarenreichs ist die russische Macht geblieben, da auch der Bolschewismus stark imperialistische Züge ausgeprägt hat und jedes künftige Rußland — trotz des Verlustes von vielen Millionen Menschen durch Krieg, Revolution und Hungersnot — immer wieder nach starken äußeren Formen und weiträumiger Zusammenfassung zu streben verheißt. Der angelsächsischen Macht aber fehlt es nach der Zusammenarbeit im Kriege doch an weiterer Einheitlichkeit; vielmehr sind die Gegensätze der großen Wettbewerber alsbald nach Kriegsende wieder schärfer hervorgetreten. Sollte freilich durch den Verlust der britischen Hauptmachtquelle Indien das Imperium in Trümmer gehen, dann würden sich die an den Stillen Ozean grenzenden Dominien sicher der amerikanischen Vormacht anschließen und England selbst bliebe nicht viel mehr als die Rolle eines »Dominiums« des ehemaligen Tochterlandes. Es würde eintreten, was einstmals schon in Betracht gezogen durch den englischen Vater der Nationalökonomie, Adam Smith, der zu einer Zeit, als der Abfall der späteren Vereinigten Staaten drohte, kurzerhand erklärte: Wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des englischen Reiches von England nach Amerika hinübergleiten sollte, dann dürfe man sich nicht scheuen, New York an Stelle Londons zur politischen Hauptstadt des Reiches zu machen! Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung scheint nicht ausgeschlossen, wenn man die Wirkungen des Bolschewismus in Indien in Betracht zieht und zugleich die nach dem Kriege so sehr gehobene Machtstellung Frank-

reichs gegenüber England. An eine lange Dauer dieser französischen Machtstellung — der größten weltpolitischen Überraschung der Nachkriegszeit — wird man allerdings nicht zu glauben vermögen, sowohl aus finanziellen wie namentlich aus ethnographischen Rücksichten. Aber vor dem inneren Zusammenbruch der übersteigerten französischen Macht könnte sie möglicherweise doch in der Lage sein, entscheidend mitzuwirken an dem Zusammenbruch des britischen Imperialismus.

Frankreich allein freilich könnte dieses Werk wohl niemals zustandebringen. Nur das Erwachen des Rassegeistes in Südasien und in Afrika läßt überhaupt solche Möglichkeiten in Frage ziehen. Die allindische Bewegung ist zur bedrohlichsten Gefahr für die englische Weltstellung geworden, und auch in Afrika hat das durch die Kriegsverwendung gegen Weiße mächtig gehobene Selbstgefühl der Neger den Rassegedanken anschwellen lassen. England hat schwere Frevel an Europa begangen und sieht sich von den Folgen dieser Tat selbst aufs empfindlichste bedroht. Asien und Afrika gewinnen unter diesen Entwicklungen für Europa ein neues Gesicht. Sie werden aus politischen Anhängseln wieder mehr geographische Körper eigener Bedeutung und wollen aufhören, Europa macht- und kultur-geographische Zielscheiben darzubieten.

Die zentrifugalen Bestrebungen im britischen Weltreich haben einen mächtigen Anstoß erfahren, als England sich gezwungen sah, Irland den Dominien im wesentlichen gleichzustellen.

Für rücksichtslose Knechtung durch Jahrhunderte läßt sich in der neueren Geschichte kein ärgeres Beispiel finden als eben Irland. Einst schenkte dieses geistig so regsame Volk der Welt überragende Geister. Als dumm und ungebildet konnte es später durch England verschrien werden, weil eben dieses England es dumm und ungebildet haben wollte und es der Bildungsmöglichkeiten beraubte. Irlands Industrie und Landwirtschaft, Handel und Schiffahrt wurden planmäßig von England niedergehalten. Das von Natur für ertragreiche Landwirtschaft und Viehzucht vorbestimmte Land erlitt fürchterliche Hungersnöte, die durch Englands Schuld künstlich gesteigert wurden, indem von außen her zu Hilfe geschickte Lebensmittelschiffe bis zum völligen Verderben ihres Inhaltes vom Löschen in irischen Häfen ferngehalten wurden. Durch Hungersnot und Auswanderung ging die Bevölkerung Irlands noch im Laufe des vorigen Jahrhunderts binnen kurzer Frist von über acht Millionen Köpfen auf die Hälfte zurück. Zerrüttung der Geisteskultur und körperliche Zermürbung durch Hungersnöte in einem an sich mit Fruchtbarkeit reich gesegneten Lande — das gleiche Bild englischer Zwangsherrschaft in Irland wie in dem alten Kulturlande Indien.

Der Weltkrieg war es, der die Dinge wandelte. Wohl war es vergebliches Hoffen Deutschlands, daß Irland sowohl wie Indien im Krieg selbst dem Bedrücker die Gefolgschaft aufkündigen und uns an die Seite treten würden. Aber daß dieses Hoffen und Harren vergeblich war, ist niemandes Verschulden als der deutschen Politik selbst.

Was Deutschland in dieser Beziehung versäumt, das hat schließlich, für uns leider allzu spät, englische Kriegslist zuwege gebracht. Denn eng-

liche Kriegslist war es ja doch, das nur auf die Zersetzung der mitteleuropäischen Kaiserreiche gemünzte Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aufzubringen. Das Schlagwort hat bei den Polen und Tschechen schneller gewirkt als in Irland und Indien, aber es ist schließlich auch in Irland und Indien nicht wirkungslos geblieben.

Auf Irland folgte Ägypten. Nach schweren Aufständen hat sich im Januar 1922 England entschließen müssen, Ägypten eine halbe Freiheit zu gewähren, bei der es sich allerdings mit Rücksicht auf die britische Lebensnotwendigkeit sicherer Beherrschung des Suezkanals wirksame Garantien dafür vorbehielt,

1. daß die Reichsverbindungswege gesichert sind;

2. daß Großbritannien das Recht und die Macht zum Schutz der ausländischen Gemeinschaften in Ägypten behält, und

3. daß Ägypten gegen jede unbeteiligte oder unmittelbare Einmischung oder gegen einen Angriff von außerhalb geschützt wird.

Ägyptens staats- und völkerrechtliche Stellung war und bleibt höchst eigenartig. Vor dem Kriege war es, dem Namen nach, noch ein Tributärstaat der Hohen Pforte mit ganz selbständiger, in Wahrheit aber völlig von England abhängiger Verwaltung. Im Kriege wurde es formell von England annektiert. Es folgte ein rasch wieder zurückgetaner Schritt in der Richtung der Autonomie und dann abermals der Versuch, zwar das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« auch auf Ägypten anzuwenden, aber doch unter solchen Bindungen, daß der lebenswichtige Weg nach Indien unbedingt dem britischen Weltreich gesichert bleibt.

Wie England unmöglich ein völlig unabhängiges, seinen Feinden offenstehendes Irland vor seinen Toren zum Weltmeer dulden kann, so könnte es kein Ägypten ertragen, dessen Freiheit so unbedingt wäre, daß von dort aus feindliche Akte gegen die britische Durchfahrt durch den Suezkanal unternommen werden könnten.

Nach Irland: Ägypten. Nach Ägypten: Indien. Zwangsläufige Politik. Während aber in Hinblick auf Ägypten für England noch eine besondere Sicherung im Besitz des Sudan liegt — dem Oberlauf des Nil, von dem aus das Land am Unterlauf dank der großen Stauanlagen im Sudan zum wirtschaftlichen Gedeihen oder aber zum Verhungern gebracht werden kann — fehlt ein solcher Rückhalt bezüglich Indiens ganz.

Die von Rußland aus stark beeinflußten Unruhen in Indien sind hauptsächlich durch die indischen Akademiker, die von Oxford und Cambridge kommen, geleitet, eine anspruchsvolle Gruppe von Leuten, die auf die englischen höheren Beamten eifersüchtig sind und in ihrem eigenen Lande zu höherer Geltung zu kommen wünschen. Die Zeiten sind vorbei, wo man diese Studenten in Oxford und in Cambridge durch eine rege Beteiligung am englischen Sportsleben von der Politik fernhalten konnte. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen entstammt seit den letzten zwanzig Jahren nicht mehr der berufsmäßigen Aristokratie, sondern kommt aus dem kaufmännischen Stande, studiert fleißig und mit großem Erfolg und ist trotz aller künstlichen Hindernisse ernst bestrebt, eine hervorragende Rolle in ihrem eigenen Vaterlande zu spielen. Alle Versuche, sie für Eng-

land und englische Interessen zu gewinnen, sind gescheitert. Man hat in Oxford und Cambridge und auch in London subventionierte Pensionate gegründet, in denen versucht wurde, die Studenten für ein leichteres Leben zu interessieren, aber ohne Erfolg. Man hat auch besondere Kontrollmaßregeln geschaffen, um agitatorisch tätige Studenten zu bewachen. Der Versuch ist aber vollkommen gescheitert. Je intimer sich diese Studenten mit dem System der englischen Selbstverwaltungskolonien vertraut machten, desto größer wurde die Sehnsucht, dieselbe Stellung für Indien zu erringen. Genau dieselben Folgen, die bei den ägyptischen Studenten zu verzeichnen waren. Es muß auch festgestellt werden, daß seit dem Kriege trotz aller Hindernisse viele indische Studenten sich zu Studienzwecken lieber nach Amerika und europäischen Ländern begeben.

Die starke Verwendung von einheimischen indischen Regimentern im europäischen Kriege außerhalb der Grenzen Indiens, wie z. B. in Mesopotamien, Ägypten, Palästina, Konstantinopel und bei der Besetzung in Transkaukasien, hat auch dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Inder zu heben, und im letzten Aufstande im südlichen Teil Indiens ist es oft vorgekommen, daß sich die einheimischen Truppenteile den Aufständischen angeschlossen haben. Die Loyalität von vielen Maharadschas ist für England von großem Nutzen gewesen, hat aber dazu beigetragen, daß diese Herrschaften an Macht und Enfluß in Indien stark eingebüßt haben. Auch die erprobte Methode, die Mohammedaner gegen Hindus zu richten, versagt heute. Ursprünglich ist der Panislamismus durch die Engländer selbst angeregt. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wie die Engländer jetzt versuchen, die von ihnen geschaffene Bewegung zu bekämpfen. Besonders während des Krieges haben sie viele hervorragende Führer der indischen Mohammedaner polizeilich verfolgt.

Gleichwohl ist den indischen Führern die Vereinigung der Mohammedaner und Hindus gelungen. Die antitürkische Politik Englands im griechisch-türkischen Nachkrieg hat besonders den islamitischen Teil der indischen Bevölkerung noch stärker gegen England aufgebracht. —

Befindet sich im Gegensatz zu Frankreich und Rußland England seit den Friedensschlüssen machtpolitisch auf der ganzen Linie in einer schwierigen Defensive, so sehen wir in dem mittleren Osten und Südosten Europas, zwischen der Ostsee einerseits, dem Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meer anderseits, einen geographischen Gürtel, dessen neue Staatengebilde einer neuen Machtgruppierung zustreben. Zum Mittelpunkt dieser Bestrebungen hat sich vornehmlich Prag zu machen gesucht. In erster Linie kleiden sich diese Versuche in die Gestalt einer neuen Bewegung, die den Panslawismus in einer ganz neuen Form aufrichten will. Die jahrzehntelange Arbeit des kriegerischen Panslawismus an der Newa wurde von den Bolschewisten unterbrochen, und jetzt versucht man, die Bewegung von neuem aus Prag zu leiten. Man stützt sich dabei auf die russische politische Flüchtlingsschar, deren Zahl sicher über eine Million hinausgeht. Diese Flüchtlinge sind auf fünf Hauptgruppen verteilt: Konstantinopel und den Balkan, Tunis und Algier, Paris und London, Berlin und die skandinavischen Länder. Diejenigen in Paris und London haben schon seit der Nieder-

lage des Generals Wrangel alle Hoffnung auf die Entente verloren und waren bestrebt, mehr nach Deutschland überzusiedeln. Um dies zu verhindern, haben die Herren in Prag umfangreiche Maßnahmen getroffen. Sie haben alle russischen Studenten, die an den deutschen Universitäten studieren wollten, nach Prag eingeladen, und die Zahl derjenigen, die der Einladung gefolgt sind, überschreitet schon 1000. Es sind auch viele Professoren der russischen Universitäten im Ausland, und man hat für diese einen Kongreß in Prag veranstaltet.

Diese Verschiebung von Berlin nach Prag ist planmäßig organisiert. Die Tschechen wollen, daß Rußland groß und stark wird, so daß sie sich nicht nur an Rußland anlehnen, sondern auch die Hilfe, die sie sich von dieser Seite versprechen, für ihre politischen Zwecke ausnützen können. Sie wollen auch territorial sich an Rußland anschließen, und wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist, die direkte Eisenbahnverbindung mit Rußland herstellen. Außer den politischen Rücksichten sind auch die wirtschaftlicher Natur maßgebend. Der deutsche Fleiß hat in Böhmen eine große Industrie geschaffen, die den Tschechen in die Hände gefallen ist, und für die Erzeugnisse dieser Industrie will man sich den russischen Markt sichern.

Diese Bewegung ist auch eine große Gefahr für die nichtrussischen Nationalitäten, die Nachbarn Rußlands sind, oder mit den Russen territorial gemischt sind, wie das mit 15 Millionen Mohammedanern der Fall ist.

Die Versuche der Beeinflussung der russischen Emigranten werden auch in Südslawien fortgesetzt.

Die sehr schwierige Lage, in der sich Bulgarien befindet, dient gleichfalls dem Bemühen, es in diese slavische Kombination einzuschließen; und sollte Griechenland zusammenbrechen, was wohl möglich ist, und Bulgarien den Zugang zum Ägäischen Meer nochmals erhalten, wäre es gar nicht ausgeschlossen, daß es auch dieser Kombination beitreten wird, zumal auch Sofia stark unter dem Einfluß der zahlreichen russischen Flüchtlinge steht.

Wesentlich für die Prager Tendenzen war das Zustandekommen des Vertrages zwischen Polen und der Tschechoslovakei. Die Reibungen, die zwischen diesen Staaten noch bestehen, könnten leicht dadurch ausgeglichen werden, daß sich die beiden auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens erholen.

Dieses Trio: Polen, Tschechoslovakei und Südslavien wird von Frankreich in jeder Weise unterstützt, und die französische Politik in russischen Fragen ist energisch bestrebt, den Panslavismus stark zu beleben. Sie hofft dadurch die Isolierung Deutschlands zu vervollständigen.

Neben den Slaven steht Rumänien in gemeinsamem Gegensatz gegen Ungarn einerseits, als Grenznachbar Rußland anderseits in der tschechischen Kombination. Als Kleine Entente umfaßte sie zunächst folgende Länder:

Tschechoslowakei	mit	142 000	Geviertkm.	und	14	Mill.	Einwohnern
Südslawien	»	245 000	»	»	13	»	»
Rumänien	»	288 000	»	»	15	»	»

Sie erweiterte sich Anfang 1922 zu einem Vierbund mit Polen; zugleich zog die Tschechoslovakei durch den Vertrag von Lana Deutsch-Österreich in seine außenpolitischen Kreise, so daß nahezu 75 Millionen Menschen von Prag aus in die politische Wagschale geworfen werden konnten. Obwohl zunächst unter französischer Führung stehend, möchte diese Ländergruppe doch — um nicht allzu abhängig von Paris zu werden — einem neuen europäischen Gleichgewicht zustreben und hierbei für sich die Mittlerrolle zwischen West- und Osteuropa beanspruchen.

Militärisch war das Bild in Europa anfangs 1922 folgendes:

	Bevölkerung	Armee
Frankreich	40 000 000	800 000 Mann
Italien	40 000 000	456 000 »
Polen	29 000 000	450 000 »
Rumänien	17 500 000	190 000 »
Tschechoslowakei . .	14 000 000	150 000 »
Rußland etwa	100 000 000	2 000 000 »

Ganz abseits der heutigen politischen Händel Europas stehen die Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Friedensschlusse. Amerika widerstrebt dem europäischen Militarismus nach dem Kriege. Den Amerikanern ist es, nachdem sie sich selbst in den Besitz einer der englischen gleichwertigen Flotte gesetzt, mit den Rüstungsbeschränkungen durchaus ernst. Welches Land hätte es wohl auch leichter, eine bis zu einem gewissen Grade antimilitaristische Politik zu treiben, als die Vereinigten Staaten in ihrer, politisch betrachtet, nahezu insularen Lage zwischen den beiden großen Weltmeeren und ohne ernsthaft zu fürchtende Landnachbarn, mit der jeder Blockade trotzenden Ausdehnung ihrer Küsten und mit den alle Bedürfnisse der Bevölkerung deckenden Bodenschätzen des eigenen Landes! In dieser seiner gesicherten Stellung war Amerika ernstlich und eindringlich bestrebt, seinen europäischen Gläubigern das Übermaß von Rüstungsausgaben abzugewöhnen. Es ist ihnen aufrichtig ärgerlich, daß die unendlich weit über die Verteidigungsbedürfnisse hinausgehende Stärke des französischen und des unter französischem Kommando stehenden polnischen Heeres aufrechterhalten bleiben soll.

Die Amerikaner haben mehr oder weniger das Empfinden, eine Unklugheit begangen zu haben, an die man nach allgemein menschlichem Brauch ungern erinnert wird. Gewiß: die amerikanischen Kriegslieferungen waren ein glänzendes Geschäft; aber die wirtschaftlichen Nachkriegswirkungen hat man auch in Amerika empfindlich zu spüren bekommen. Gewiß: die Beteiligung amerikanischer Truppen auf dem Festlande brachte gegen ein in vier Siegesjahren geschwächtes, von der Heimat im Stich gelassenes Heer billigen Kriegsruhm; aber ohne diese aktive Beteiligung hätte man heute sicher eine der englischen nicht gleichwertige, sondern weit überlegene Flotte. Gewiß: die Aufstellung der 14 Punkte Wilsons, die den Krieg zum Abschluß führten, haben das politisch-moralische Ansehen Amerikas in der Welt erhöht; aber Wilsons eigene Beteiligung an der Pariser Konferenz, auf der er schließlich alle 14 Punkte hingab, gehört keineswegs zu den angenehmen Erinnerungen der amerikanischen

Politik. Der durch alle diese Erfahrungen verursachten Europamüdigkeit der Vereinigten Staaten entspricht auch die weitgehende Abschließung gegenüber der europäischen Einwanderung. Man will erst einmal die vorhandenen Millionen von Europäern richtig verdauen und die amerikanische Rasse innerlich festigen und vereinheitlichen.

Demgemäß bewegte sich auch die 1921 von den Vereinigten Staaten nach Washington einberufene Konferenz abseits von Europa mit Punkt 1 ihrer Tagesordnung: Weltpolitik am Stillen Ozean nicht nur, sondern auch mit Punkt 2: Abrüstung. Denn auch, abgesehen von Frankreichs oft und laut wiederholter Versicherung, an Abrüstung nicht zu denken, kam es dem Einberufer selbst nur auf eine Unterhaltung über die sog. Abrüstung der Seemächte an. Die europäischen Landmächte interessieren ihn nicht (bis auf die Flankenstellung Frankreichs neben England); was ihn angeht, das sind die atlantischen und pazifischen Seemächte, vornehmlich als Wettbewerber im Mittelmeer der Zukunft, das Washington zum Mittelmeer der Gegenwart erhebt. Daß die älteste dieser Seemächte ihren Stammsitz am Tor zu Festlandeuropa hat, ist für das Problem des Tages zunächst belanglos — wie ja Europa selbst für England letzten Endes auch nur ein Objekt der Ausbeutungspolitik darstellt, keinesfalls das Wesen eines Gemeinschaftsinteresses.

Seit zwanzig Jahren durch das Schicksal und Eduard VII. daran gewöhnt, Politik als Einkreisungsspiel zu betrachten, brauchen wir in dieser Beziehung auch heute kaum umzulernen. Sehen wir doch auch rund um den Großen Ozean anmutige Umgehungsmanöver hüben wie drüben sich abspielen. Japan umkreist munter die Philippinen und hat sich nach Wegnahme der deutschen Inselwelt nördlich des Äquators breitbeinig auf der großen amerikanischen Straße San Franzisco—Hawaii—Manila den Yankees in den Weg gestellt. Es überflutet die Hawaii-Inseln und steht bei den Nordamerikanern in dem nicht ganz unerklärlichen Verdacht, in kalifornischen Buchten und auf mexikanischem Boden Stützpunkte gegen die U. S. A. zu suchen.

Man wird den Amerikanern den Vorwurf der Trägheit in der Gegenaktion kaum machen dürfen. Lassen sie es doch nicht daran fehlen, auf dem ostasiatischen Festland ihrerseits die japanischen Einflußgebiete nach Möglichkeit einzukreisen. In Südchina rollt der Dollar und schafft emsig Gegengewichte gegen japanisches Treiben im Norden. Spannender als in China selbst ist vielleicht das amerikanisch-japanische Ringen in Sibirien. Japan unterstützt dort die gegenrevolutionäre Strömung und denkt trotz gegenteiliger Versicherungen nicht daran, seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen. Während die Mannen des Mikado militärisch auf der Wacht stehen, pflückt Amerika aber den Japanern die wirtschaftlichen Früchte weg.

Zusammenfassend werden wir als Hauptgesichtspunkte für die macht- und kulturgeographischen Richtlinien der Nachkriegszeit zu verzeichnen haben:

Einmal als Grundtendenz das Ringen zwischen Weltkapitalismus — nach der Sammlung der Kriegsreichtümer in erster Linie verkörpert

durch die Vereinigten Staaten — und Kommunismus in der Ausartung des Bolschewismus. Der Bolschewismus droht an die Wurzeln der asiatischen Machtquellen Großbritanniens zu gehen, das auch durch die überragende europäische Kontinentalmacht Frankreichs und die Seekonkurrenz Amerikas bedroht ist. Amerika für sein Teil beschäftigt sich vornehmlich, im Wettbewerb mit Japan, mit der pazifischen und ostasiatischen Politik. Frankreich sucht als Stützen seiner Kontinentalmacht den Ländergürtel des östlichen und südlichen Mitteleuropa zu nutzen, der seinerseits nach einer selbständigen Machtstellung in ausgebautem Bündnissystem strebt. England sucht dem drohenden Zerfall des Reiches durch »freiwillige« Lockerung der Bande, durch Gewährung größerer Rechte an die bisher am meisten in Abhängigkeit gehaltenen Länder der britischen Krone zu begegnen und wartet zur Wiederbefestigung seiner Gesamtmacht in loseren Formen des Imperialismus auf den Abbau des Bolschewismus einerseits, den finanziellen Zusammenbruch des französischen Militarismus anderseits.

Das geographische Gesichtsfeld heutigen Machtstrebens ist sowohl für Amerika, wie für Japan und Rußland vornehmlich Asien, für Frankreich das europäische Festland und Vorderasien, für die neuen europäischen Staatengebilde der Komplex des östlichen und südöstlichen Mitteleuropa. Das bis dahin ausdehnungslustigste England aber sieht sich einstweilen in die Defensive, die mühsame Erhaltung des alten Besitzstandes gedrängt.

4. Taktische Wege.

Grundsätzlich sind die politisch-geographischen Richtlinien in der Zeit nach Versailles und Völkerbund die gleichen wie in früheren Geschichtsepochen: Grenzsicherung und Machterweiterung, Beherrschung der Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen, der Absatz- und Anlagemärkte, der natürlichen und der künstlich zu schaffenden Verkehrswege, ethnographische Zusammenfassung, Ausbreitung der kulturellen Einflußzone als Mittel zur Gewinnung politischen Einflusses bilden nach wie vor die Gesichtspunkte, unter denen Staaten und Völker die geographischen Möglichkeiten der Ausweitung prüfen und nutzen. So bleiben denn auch die einzuschlagenden und die eingeschlagenen Wege im Grunde die gleichen: Die Richtung des geringsten Widerstandes; die Stromläufe; die Wege zur gegenüberliegenden Küste; die Wege rund um kleinere und größere Binnenmeere bis zur politischen Behandlung ganzer Ozeane als Binnenmeer. Abweichungen von früheren Epochen sind im wesentlichen nicht mehr als Gradunterschiede, wie sie durch die Veränderungen der technischen Hilfsmittel und Möglichkeiten, der Bevölkerungs- und Verkehrsdichte, der wirtschaftlichen Bedürfnisse, der Raum- und Zeitbegriffe bedingt und ermöglicht sind.

Auch die taktischen Wege der Weltpolitik unter Nützung der jeweils gegebenen geographischen Verhältnisse sind in ihrem eigentlichen Wesen nicht verändert, erscheinen wiederum nur durch die Wandlungen des Raum- und Zeitbegriffs modifiziert. Wenn der Güter- und Personen-, mehr noch der Nachrichtenverkehr Raum und Zeit in so ungleich stärkerem Maße überwindet, wie es im Zeitalter des Flugzeuges und des Funkspruchs

gegenüber früheren Geschichtsperioden der Fall ist, dann gewinnt das Wort von den Staatsmännern, die »in Erdteilen denken« müssen, naturgemäß einen viel wörtlicheren Sinn als je zuvor.

Diesen Zeitumständen entsprechend, hat man das wohl wichtigste taktische Mittel aller Außen- und Weltpolitik, die Bündnispolitik, heute mit ganz anderen geographischen Maßen zu messen als ehedem. Ein weltgeschichtliches Wahrzeichen war in dieser Hinsicht der erste Abschluß des Bündnisses zwischen den beiden einander so entlegenen Inselreichen England und Japan. Damit war das Signal gegeben, daß auch die Bündnispolitik über alle Erdteile und alle Ozeane hinauszugreifen habe.

Bündnispolitik hat in ihrer Zwecksetzung durchaus mit den geographischen Gegebenheiten zu rechnen. Oberster Leitgedanke ist dabei der der politischen Nachbarschaft. Bündnisse schließt man entweder mit einem eigenen Nachbarn, sei es zum Schutz gegen einen den beiden Kontrahenten gemeinsamen Nachbarn, sei es zur Rückendeckung für den Fall der Auseinandersetzung mit einem anderen Nachbarn, oder mit Nachbarn einer anderen Macht, mit der man aus irgendwelchen geographischen Beziehungen zu Auseinandersetzungen kommen könnte. Vornehmlich werden neben den eigenen Nachbarn die »Nachbars-Nachbarn« in Frage kommen. Wie eine ausbreitungslustige Seemacht hinausgreift zur gegenüberliegenden Küste, so wird eine auf Angriff oder Abwehr bedachte Landmacht hinüberblicken nach der gegenüberliegenden, jenseitigen Grenze ihrer Landnachbarn.

Es ist die für machtpolitische Betrachtungen am schnellsten sich aufdrängende geographische Grundtatsache, daß für die außerpolitische Sicherheit des Landes in weitaus erster Linie das Verhältnis zu seinen Nachbarn von Wichtigkeit ist. Das »Verhältnis« in aller Vieldeutigkeit des Ausdrucks, d. h. das Stärkeverhältnis (an Kopfzahl, Landgebiet, Wirtschaftskraft und Militärmacht) und die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Beziehungen.

Für keinen Staat auf der Erde ist die Frage der Beziehungen zu seinen Nachbarn so wichtig und so vielgestaltig wie für das Deutsche Reich. Denn — was wohl die wenigsten Deutschen sich jemals in seiner ganzen Tragweite recht klar gemacht haben werden — Deutschland ist das an Nachbarn reichste Land der Erde! Seine unmittelbaren Landnachbarn waren vor dem Kriege: Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Österreich, Rußland — also ihrer acht. Darüber hinaus aber wollen als Nachbarn im weiteren Sinne auch die Anlieger der Ost- und Nordsee, also Schweden, Norwegen und namentlich England verstanden sein.

Österreich-Ungarn hatte zu Nachbarn: Rußland, Deutschland, Schweiz, Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien — also immerhin nur sieben. Frankreich grenzt an Deutschland, Luxemburg, Belgien, Spanien, Italien und die Schweiz, dazu über den Kanal an England, zählt also gleichfalls sieben Nachbarn gegenüber den elf Nachbarn Deutschlands. Rußland sah Schweden, Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien, die Türkei, Persien, Afghanistan, China und Japan als Nachbarn seiner ungeheuer

weiten Landgrenzen. Für das britische Inselreich wird man Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Dänemark und Norwegen als Nachbarn aufzufassen haben — und, wenn man will, Amerika.

Es liegt nahe, daß die diplomatischen Schwierigkeiten eines Landes mit der Zahl seiner Nachbarn wachsen. Insbesondere hatte kein Land so viel Anlaß wie Deutschland, auf die Bündnispolitik seiner verschiedenen Nachbarn Obacht zu geben. Wer sich anderseits in »Einkreisungspolitik« üben wollte, konnte auf dem weiten Erdenrund kein zweites so »interessantes Objekt« finden, wie eben dieses Deutschland, das Land mit den vielen Nachbarn.

Sobald man aber über die erste und gemeinfaßlichste Lehre der politischen Geographie, die Lehre von der Wichtigkeit der Nachbarn hinausgeht, stößt man auf eine zweite, schon weit weniger gekannte und gewürdigte Grundlehre: die Lehre von der Wichtigkeit der Nachbarn unserer Nachbarn. Die Beziehungen zu ihnen können unter Umständen genau so wichtig sein wie die zu unseren unmittelbaren Nachbarn. Der Nachbarn-Nachbar muß ständig ein Gegenstand besonders liebevoller Aufmerksamkeit der Staatskunst sein.

Ein bemerkenswertes Beispiel haben wir während des Kriegsverlaufs erlebt. Was war uns Bulgarien? Eins von vielen Balkanländern, eine terra incognita. Für das uns verbündete Österreich-Ungarn aber war es ein überaus wichtiger Nachbarn-Nachbar: Der Nachbar Serbiens sowohl wie Rumäniens. Deshalb hatte sich die österreichisch-ungarische Politik schon lange der liebevollen Pflege bulgarischer Beziehungen gewidmet. Nach Sprengung der serbischen Barre wurde im Kriegsverlauf Bulgarien Nachbar Österreich-Ungarn, Nachbarn-Nachbar Deutschlands. Italien war nie unser Nachbar. Aber es war der Nachbar unseres Gegners Frankreich und unseres Freundes Österreich. Grund genug für Deutschland, Italien regste politische Beachtung zu schenken. Wir suchten die Freundschaft dieses Nachbarn-Nachbarn, damit er sich gut zu Österreich stelle und nicht zu Frankreich.

Ein anderes Beispiel: Spanien, für uns von Belang als Nachbar Frankreichs. Ein Zusammenhang, den Frankreich selbst höher bewertete als Deutschland, indem es die Madrider Hohenzollernkandidatur als Kriegsgrund wählte, um nicht zwischen zwei Hohenzollernstaaten zu geraten. Während des Marokkostreits lehnte Deutschland in dem Glauben, mit Frankreich zu freundschaftlicher Verständigung kommen zu können, das naheliegende Zusammengehen mit Spanien ab, wie es während des ostasiatischen Krieges Rußland und nicht dem Nachbarn-Nachbar Japan die Stange hielt, ohne in beiden Fällen von unmittelbaren Nachbarn anderen Dank zu ernten als herbste Enttäuschung.

Das in Asien der Türkei benachbarte Rußland wollte ein starkes Bulgarien, so lange es sich sicher wähnte, diesen Nachbarn-Nachbar im russischen Dienst gegen die Türkei verwenden zu können. Bulgarien aber hat sich sowohl 1885 wie 1915 als selbständige Macht mit der Türkei über sein Wachstum verständigt und erntete beide Male Rußlands Haß (1886 Gefangennahme Alexanders von Battenberg, 1916 Beschießung von Varna).

Frankreich verständigte sich mit dem Nachbarn-Nachbarn in gemeinsamem Haß gegen Deutschland. England buhlte durch Eduard VII. in gleichem Sinne lange um die Freundschaft Österreichs.

Des Deutschen Reiches Nachbars-Nachbarn waren in Europa: Spanien, Italien, Bulgarien; in Asien: die Türkei, Persien, Afghanistan, China, Japan. Um ein starkes Italien mühte es sich mit schließlichem Mißerfolg. Spanien hat es die verdiente Beachtung nicht mehr geschenkt. Die deutsche Asienpolitik hat dem Lehrsatz der politischen Geographie von der Wichtigkeit der Nachbars-Nachbarn um der russischen Freundschaft willen nie rechte Aufmerksamkeit gewidmet.

Aus den allgemeinen Betrachtungen Friedrich Ratzels über die Bedeutung der Nachbarschaften hier das wesentlichste:

»Die Nachbarschaften werden enger durch die gemeinsame Lage zu einem politisch wichtigen Gegenstande. Deutschland, die Schweiz und die Niederlande, in geringerem Maße auch Österreich-Ungarn, sind Rheinstaaten, Deutschland und Österreich-Ungarn Donaustaaten. Die Baltischen Staaten, die Nordseestaaten, die Bodenseeestaaten sind durch die Ostsee, die Nordsee, den Bodensee zu Gruppen verbunden, in denen die Gemeinsamkeit der Interessen bald gleich gerichtete und bald wettbewerbende Tendenzen hervorruft. Es liegt ebenso eine Gemeinsamkeit der Beziehungen in dem Angrenzen mehrerer Staaten an einen und denselben Nachbar, besonders soweit sie an derselben Seite liegen. Deutschland, die Schweiz, Luxemburg und Belgien liegen alle an der Ostseite Frankreichs. Mit Österreich-Ungarn und Rumänien zusammen liegt Deutschland an der Westseite Rußlands...

Jede politische Veränderung, die darauf zielt, dem Nachbarn von der einen Seite eines Staates auch noch auf einer anderen eine Stellung einzuräumen, wird als ein Versuch der Umschließung oder doch Einklammerung erscheinen, und demgemäß von jedem nicht ganz ohnmächtigen Staat zurückgewiesen werden. In gespannter Lage bedeutet es ein Indenrückenfallen. Diesen Eindruck machte auf Frankreich, das gewohnt war, die Westseite seit der Hinausdrängung der Engländer frei zu haben, der Plan des Kaisers Maximilian, die Bretagne zu erwerben. Schon wenn mein Nachbar in der Front mit meinem Nachbar im Rücken ein politisches System bildet, entsteht für mich eine bedenkliche Lage. Die Freundschaft Frankreichs mit Rußland dient heute demselben Zweck wie die mit der Türkei seit dem 16. Jahrhundert: Deutschland im Rücken zu bedrohen. Dieses alte Kunststück der Staatskünstler, einen Staat auf einer Seite zu beschäftigen, um ihn vom Eingreifen auf einer anderen abzuhalten, ist, geographisch angesehen, ein Versuch, die Macht dieses Staates nach einer Seite hinauszuschieben, wo sie unschädlich ist. Dazu haben schon früh große Raumauffassungen gehört und solche Fälle sind daher eine Schule der geographischen Politik. Wenn Hannibal am Pontus für Karthago kämpfen wollte oder Franz I. von Frankreich die Türken gegen den Kaiser unterstützte, so waren das schon weiter vorauseilende Konzeptionen, als etwa Frankreichs Bemühungen, Schweden in Finnland rüsten zu machen, um Rußland vom Eingreifen in den Schlesischen Krieg fernzuhalten, oder

wenn Mächte, die Österreich angreifen wollten, ihm in Ungarn einen Feind zu schaffen suchten, oder wenn Österreich mit England gegen Frankreich stand. Erst im Krimkrieg haben die Westmächte versucht, Rußland am Stillen Ozean zu beschäftigen, was wenig Erfolg hatte, da Rußland dort so schwach war, daß ihm nicht viel Schaden zugefügt werden konnte. Heute ist das schon anders. Daß es nicht bloß eine kriegerische, sondern auch eine friedliche Ablenkung gibt, erkennen wir daran, daß Mitteleuropa es als Erleichterung empfindet, wenn sich Rußlands Macht durch die Pflege seiner ostasiatischen Interessen gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen »Fronten« verteilt...

Starke Nachbarschaften arten leicht in tödliche Umarmungen aus. Polen zwischen Rußland, Österreich und Preußen zeigt das vollendete Schicksal einer solchen Lage; Afghanistan zwischen Rußland und Britisch-Indien, nur durch die Eifersucht der beiden Mächte gehalten, zeigt die Einengung der eines Tages eine Teilung oder die Verschlingung seitens der im kritischen Augenblick stärkeren Macht folgen wird. Weiter zurückliegende Beispiele sind Lotharingen und das daraus hervorgegangene arelatische und burgundische Reich, die alle längst bis auf Reste aufgelöst sind. Auch für den großen Staat ist ein schwacher Nachbar angenehmer als ein starker. Frankreich kann nicht wünschen, daß Spanien stark werde, während Deutschland das größte Interesse an der Erstarkung Spaniens hat. Ein stärkeres Spanien würde einen Teil der Aufmerksamkeit, die jetzt Frankreich auf den Rhein und den Po richtet, nach den Pyrenäen ablenken. Zu selten wird beachtet, daß Spaniens wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit von Frankreich, eines der größten Ergebnisse französischer Staatskunst und Kultur, zu den Grundlagen der heutigen Machtstellung Frankreichs gehört. Kein Vorwurf ist auf französischer Seite dem dritten Napoleon so oft und leidenschaftlich entgegengeschleudert worden als der, daß unter seiner Regierung Italien und Deutschland aus zersplitterten, schwachen Staatenkonglomeraten zu starken Nachbarn, aus geographischen Begriffen zu politischen Begriffen geworden sind. Deutschlands und Italiens Schwäche war ein Teil von Frankreichs Stärke. Diese Lehre ist aber zweischneidig. Ein starkes Österreich ist für Deutschland einstweilen ein besserer Nachbar als ein schwaches, denn ein Zerfall Österreichs würde Mächte entfesseln, die jetzt gebunden sind. Nicht blind auf den Ruin des Nachbars hinzuarbeiten ist Staatskunst, sondern die geschichtlichen Momente für Erhaltung oder Zerstörung zu erkennen und zu nützen.«

Das Bild der Nachbarschaften wandelt sich, wenn man auch die Kolonialgebiete mit in Betracht zieht. Dann mehrt sich die Zahl der Nachbarn für die großen Kolonialreiche und entsprechend mehrt sich die Möglichkeit des Zusammenarbeitens mit Nachbars-Nachbarn. Für England wurde mit dem eigenen und dem russischen Vordringen in Mittelasien Rußland allgemach zum asiatischen Nachbarn. Dadurch gewann ein anderer asiatischer Nachbar Rußlands, eben Japan, solche Bedeutung, daß England sich nicht scheute, nach langer politischer Isolierung gerade Japan zum Gegenstand seiner Bündnispolitik zu machen.

Japan wiederum fühlt sich den Vereinigten Staaten benachbart, teils wegen der beiderseitigen Küstenlage am nördlichen Pazifik, teils im Hinblick auf die Philippinen. So ist es politisch versucht, mit dem kontinentalen Nachbarn der Vereinigten Staaten, Mexiko, in Beziehung zu treten. Die Vereinigten Staaten ihrerseits erwidern diesen Versuch einer Flankenbedrohung in gleichem geographischen Denken und Empfinden, wenn sie sich im Rücken Japans auf dem asiatischen Festland zu schaffen machen und in Gestalt wirtschaftlicher Konzessionen Stützpunkte auf chinesischem oder sibirischem Boden sichern.

Alter Träger der Politik, die Nachbars-Nachbarn zu benutzen, ist, wie schon gesagt, Frankreich. Wie lange und wie hartnäckig hat es nicht um das russische Bündnis geworben! Nach der Zertrümmerung der deutschen Macht bleibt es mit gleichem Eifer bemüht, für den Fall einer Wiedererstarkung Deutschlands dessen neue jenseitige Nachbarn auf seiner Seite zu haben: Polen und die Tschechoslovakei. Deutsch-Österreich wird am Anschluß an Deutschland verhindert, durch wirtschaftlichen Druck zu größter Schwäche und Fügsamkeit gezwungen. Für den Fall eines trotz alledem sich etwa vollziehenden Anschlusses hat man den weiteren Nachbars-Nachbarn: Jugoslavien, als Helfershelfer zur Hand. Um diese Nachbarn der jenseitigen Grenze von der Notwendigkeit der Rückendeckung zu bewahren, richtet Frankreich sein Augenmerk unausgesetzt auf gute wechselseitige Beziehungen der neuen Mächte im Osten und Südosten, setzt es sich ein für die sog. Kleine Entente der Südostmächte und für gute politische Beziehungen zwischen ihnen und Polen.

Auf der anderen Seite ließ Frankreich nach dem Kriege, als sich die wesentlich gesteigerte Rivalität zwischen England und den Vereinigten Staaten bemerkbar machte und die Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisses die politischen Debatten zwischen England und den Vereinigten Staaten zuspitzte, sich unverzüglich angelegen sein, die Gunst seiner wesentlich verstärkten Machtstellung in Europa und die Gunst seiner geographischen Lage auch dadurch zu nutzen, daß es eben diese geographische Lage in der Flanke Englands hervorkehrte, um dadurch abwechselnd Amerika und England zu ködern und seinen europäischen Ansprüchen geneigt zu machen. Denn in dieser neuen politischen Konstellation war Frankreich für die Vereinigten Staaten der wichtige Nachbar ihres Ozeannachbarn England. In diesem Zusammenhange konnte es Amerika nützlich, England gefährlich werden, war also in der Lage, auf England einen gewissen Druck auszuüben und nach beiden Seiten Forderungen stellen zu können.

Wie einst im Hinblick auf Rußland, so ist heute für das ozeanisch denkende England im Hinblick auf die Vereinigten Staaten Japan als Nachbars-Nachbar zu betrachten. Nur kommt dieses geographische Verhältnis insofern nicht zur vollen Geltung, als zwei wichtige Bestandteile des britischen Weltreichs mit pazifischer Küste antijapanisch sind: Kanada und Australien. Dadurch wird ein gemeinsames Vorgehen Englands und Japans gegen Amerika ausgeschlossen, auch die Hoffnung, Amerika und

Japan könnten sich nach deutsch-russischem Vorbild zum Vorteil Englands wechselseitig verbluten, erheblich herabgestimmt.

Treibt Frankreich in Europa die Nachbars-Nachbarnpolitik mit den Ostmächten von der Ostsee bis zum Mittelmeer, so treiben diese Mächte unter sich, besonders Polen, die Tschechoslovakei und Rumänien, die Politik gemeinsamer Nachbarschaft gegen Rußland. In diesem Rahmen fühlt sich heute Großrumänien wichtig genug, mit Japan Fäden der Nachbars-Nachbarnpolitik zu knüpfen.

Die taktischen Wege der wechselseitigen amerikanisch-japanischen Einkreisungspolitik wurden bereits in anderem Zusammenhang dargelegt.

Ein Land in der Mittellage zwischen gegnerischen Nachbarn kann sich deren Rivalität zunutze machen, um die eigene Freiheit zu behaupten. An diesem Werk sehen wir heute abermals wie in früherer Zeit die wiedererwachte Türkei zwischen Rußland und England. Aber auch Persien ist nach fast völligem Verlust seiner Selbständigkeit in diese glücklichere Rolle zurückgekehrt. Obendrein ist es in der Lage, die wirtschaftliche Rivalität zwischen England und Amerika hinsichtlich seiner Ölfelder zu nutzen. Das im Jahre 1907 zwischen England und Rußland in Interessensphären aufgeteilte Persien ist wieder zu eigenem Leben erwacht und wird wegen seiner Verkehrslage von Rußland, England und der Türkei, wegen seines Erdöls von England und Amerika heiß umworben.

Politisch hat sich Persien gegenüber der Zeit von 1907—1918 in weitgehendem Maße emanzipiert. Es bleiben noch wichtigere Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu lösen. Hier hat man verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Zugang nach Persien vom Persischen Golf und Mesopotamien ist sehr umständlich, und die wenigen Karawanenstraßen sind sehr unsicher. Seit den letzten zwanzig Jahren ist Rußland durch bessere Verbindung ein entscheidender Faktor auf dem wirtschaftlichen Gebiete geworden. Mehr als 60% des persischen Außenhandels waren unter russischer Kontrolle. Der Warenaustausch mit Rußland ging vom Kaspischen Meer über Baku und Astrachan. Die Eisenbahnverbindung über Täbris—Dschulfa—Tiflis und Batum war für Persien die beste Verbindung mit der Außenwelt. Diese Linie ist jetzt wieder hergestellt, und dazu kommt noch die Wiedereröffnung der englischen Indo-europäischen Telegraphenlinie als Hilfsmittel. Die persische Regierung hat unter dem Einfluß der Moskauer Regierung Handelsabkommen mit transkaukasischen Regierungen geschlossen. Die Verbindung Persiens mit der Außenwelt kann am besten durch Kaukasien und über die Häfen am Schwarzen Meer hergestellt werden, und wenn sich das amerikanische Kapital in immer steigendem Grade für die wirtschaftliche Erschließung Persiens interessiert, wird es auch dafür Sorge tragen, daß Persien nicht wieder einmal als Einflußsphäre zwischen England und Rußland verteilt wird. Die Beziehungen zu der Türkei waren vor dem Kriege sehr gespannt, und trotz der religiösen Gemeinschaft mußte man eine Rassenfeindschaft zwischen diesen beiden Völkern feststellen. Durch seine geographische Lage war Persien ein Hindernis für die Türkei, eine ungehinderte Verbindung mit türkischen Stämmen in Turkestan und mit den Mohamme-

danern in Afghanistan und Indien herzustellen. Wegen dieser geographischen Trennung mußte die panislamitische Propaganda in Afghanistan und Indien auf Umwegen über Sowjetrußland besorgt werden. Es liegt aber Grund für die Annahme vor, daß gemeinschaftliche politische Interessen diese Hindernisse aus dem Weg schaffen werden. Für die Erhaltung der Unabhängigkeit von Persien ist die Unabhängigkeit der Türkei von großer Bedeutung.

Ähnliche Beobachtungen bezüglich der Wiedergewinnung politischer Bewegungsfreiheit unter Nutzung neu erwachter Rivalität der Nachbarn gestattet uns Afghanistan, der zentralasiatische Pufferstaat zwischen Indien und Rußland. Er hat bereits früher, als sich das Zarenreich und das Britenreich in Zentralasien feindlich gegenüberstanden, eine Rolle gespielt und ist jetzt wieder zu einem wertvollen Stein auf dem Schachbrett der großen Politik geworden, seitdem durch das Treiben der Bolschewisten der englisch-russische Gegensatz in Asien wieder aufgelebt ist und sich in Asien der Zusammenschluß des Islams vollzieht. Afghanistan ist heute ein Machtzentrum in dem Kampfe des Islam gegen die englische Unterdrückung.

Wirtschaftlich und kulturell ist Afghanistan fast wertlos, politisch dagegen dank seiner geographischen Lage von hoher Bedeutung. Es ist das Bindeglied zwischen der indischen und der westasiatischen Welt, es ist durch seine Militärmacht der wichtigste Nachbarstaat des anglo-indischen Weltreiches und es ist und war seit jeher der Pufferstaat zwischen Rußland und England-Indien. Von beiden Großmächten war es begehrt und umworben, und allein hierauf beruhte seine Selbständigkeit. England hatte ein starkes Interesse daran, daß der kriegerische Staat der Afghanen, der allein noch die russischen Vorposten von den englischen an der indischen Nordwestgrenze trennte, so groß wie irgend möglich bliebe, das alte Zarenreich dagegen bot alles auf, um unter stetigem Vorrücken seiner Grenzpfähle Afghanistan allmählich zu einem russischen Vasallenstaat zu machen und dadurch sich selbst in den Besitz der nach Indien führenden Pässe zu setzen. Überall nisteten die Russen sich ein und ihre Maßnahmen ließen erkennen, daß sie die Entscheidung mit den Waffen gegen England auf der durch Afghanistan ziehenden alten Heerstraße nach Indien suchten. So wurde und war Afghanistan der Schauplatz des englisch-russischen Gegensatzes und des Kampfes der beiden Großmächte um die Vorherrschaft in Asien. Wenn England dem Vordringen der Russen nicht dadurch beizeiten entgegentrat, daß es Afghanistan gleich dem südlichen Nachbarn Belutschistan in Besitz nahm, so erklärt sich dies aus seiner eigenen geringen Leistungsfähigkeit in militärischer Beziehung und aus der Beschaffenheit jenes Landes, in dessen Engpässen schon so viel englisches Blut geflossen ist, und aus der Angst vor einem damit unvermeidlichen Waffengang mit Rußland, der unbedingt zu einem engen Zusammenschluß Rußlands und Deutschlands und damit auch zu einem Kriege zwischen England und Deutschland geführt hätte.

Einen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung Afghanistans bildete das englisch-russische Abkommen vom September 1907. Es hob das Risiko

eines englisch-russischen Interessenzusammenpralls in Asien zunächst auf und setzte an seine Stelle die englisch-russische Einigkeit einmal auf Kosten Persiens und Afghanistans, dann aber vor allen Dingen auf der Grundlage des Kampfes gegen Deutschland. Während bei der englisch-russischen Interessenteilung Rußland scheinbar in Persien den Löwenanteil errang, erhielt England dafür in Afghanistan die vorteilhaftere Stellung. Rußland stellte sich auf den Boden des englisch-afghanischen Vertrages von 1893, der dem Emir verbot, eigene auswärtige Vertretungen zu unterhalten und die russischen strategischen Eisenbahnen Transkaspiens von der afghanischen Grenze nach dem Innern des Landes führen zu lassen, und verpflichtete sich überdies, sich in allen politischen Beziehungen zu Afghanistan der Vermittlung der englischen Regierung zu bedienen. England versprach demgegenüber, sich genau an den Vertrag von Kabul vom März 1905 zu halten und keinen Teil des Landes zu annektieren oder zu besetzen.

Der Weltkrieg und sein Ausgang schufen wie in ganz Vorderasien auch in Afghanistan ganz andere Verhältnisse. Der russische Nachbar und die Türkei brachen zusammen, und damit auch der englisch-russische Vertrag von 1907. An die Stelle des Zarenreiches trat das für England ebenfalls gefährliche bolschewistische Rußland, an die Stelle der alten Türkei das nationalistische Angora. Der alte englisch-russische Gegensatz lebte, wenn allerdings auch mit anderen Zielen und Ideen, wieder auf und gab Afghanistan erneut wieder die Bedeutung eines Pufferstaates zwischen Rußland und Indien. In der richtigen Erkenntnis, daß Afghanistan nunmehr, nachdem England aus dem größten Kriege als Sieger hervorgegangen war, Deutschland, Rußland und die Türkei am Boden lagen, die letzte Strecke des englischen Weges über Palästina, Mesopotamien, Persien und Indien sei und damit kurz über lang dem englischen Imperialismus zum Opfer fallen werde, suchte es Anschluß an Sowjetrußland, das sich beeilte, die politische Selbständigkeit Afghanistans in schmeichelhafter Weise anzuerkennen. Die unmittelbare Folge davon war der englisch-afghanische Krieg im Sommer 1919, in dem England zwar behauptete, angegriffen zu sein, in Wirklichkeit aber, dem ihm angeborenen Zuge des Imperialismus folgend, zweifelsohne der angreifende Teil war. Eine für asiatische Verhältnisse ganz ansehnliche indische Armee brach über den Khayberpaß in Afghanistan ein. Trotzdem endete die Expedition mit einem völligen Mißerfolg der Engländer. Das anglo-indische Heer wurde durch Seuchen dezimiert und mußte zurück. England sah sich im August 1919 zum Frieden von Rawalpindi gezwungen, in dem zwar englischerseits dem Emir die weitere Zahlung der ihm bisher zustehenden Subsidien gekündigt, anderseits aber Afghanistan sein voller territorialer Besitzstand und seine unbeschränkte Unabhängigkeit zugestanden wurde. Alle früheren Verträge mit England wurden aufgehoben. Afghanistan war in seinen äußeren wie inneren Angelegenheiten frei und es rückte damit zu einer politischen Vormacht des Islams auf.

Unter den taktischen Mitteln politischer Machtförderung haben wir noch der Politik der indirekten Wege zu gedenken. Es ist eine alte, oft wiederholte Erfahrung, daß in der Anbahnung von Bündnis-

politik die direkte Methode des Werbens um Freundschaft in der Staatskunst nur in den seltensten Fällen zum Ziel führt. Selbst ein so natürliches und lange so fest eingelebtes Bündnis wie das deutsch-österreichische ist nicht auf dem Wege direkter Verständigung, sondern auf dem Umwege über eine kriegerische Auseinandersetzung ins Leben gerufen.

Auch bei einem Bismarck versagte der Versuch mit dem direkten Wege. Als er die Schaffung eines französischen Kolonialreichs in Nordafrika förderte, änderte sich die französische Stimmung gegen Deutschland doch nur wenig und niemals nachhaltig. Freilich verfolgte Bismarck wenigstens noch die kluge Nebenabsicht, im Falle eines europäischen Krieges starke französische Truppenmassen auf dem afrikanischen Kolonialboden zu binden. Als aber später die Kaiserinwitwe Friedrich persönlich in Paris das direkte Freundschaftswerben begann, da war der Mißerfolg so eklatant, daß sie fluchtartig ihre diplomatische Rolle aufgeben mußte und die gemachte Erfahrung uns eigentlich ein für allemal hätte belehren können.

England für sein Teil hat es stets mit der Politik der indirekten Wege gehalten. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß England das Bündnis mit Frankreich zustande gebracht nach der Demütigung von Faschoda, das Bündnis mit Rußland nach der Demütigung von Tsuschima. Auch Deutschland wäre wohl für England »bündnisreif« geworden, wenn Rußland ihm schwere Schläge versetzt haben würde, Deutschland aber aus dem Weltkrieg immer noch als politische Macht hervorgegangen wäre.

Schließlich sei des taktischen Mittels der politischen Rechtfertigung vor der Welt gedacht, das wir bei Kriegsausbruch unbeachtet gelassen haben und das unsere Gegner zu einem unverdienten moralischen Weltsieg auszunutzen wußten. Als Friedrich der Große den Siebenjährigen Krieg bestanden, fragte kein Mensch nach dem »Unrecht an Sachsen«. Als Japan Rußland zu Boden gestreckt, war der japanische Überfall auf Rußland ohne Kriegserklärung vergessen. Hätten wir im Weltkrieg gesiegt, so wäre das »Unrecht an Belgien« aus der Geschichte gestrichen. Der Erfolg entscheidet und die Methode der politischen Massensuggestion, die psychologische Bearbeitung der Völker.

Diese psychologischen Gesichtspunkte sind von erhöhter Wichtigkeit in der langen Periode zwischenstaatlicher Konferenzen, in die wir nach Kriegsende getreten sind. In dieser Hinsicht können wir besonders die Konferenz von Washington als Musterbeispiel betrachten, die (wie die Haager Friedenskonferenzen des zum Kriegführen entschlossenen Zarenreichs) die Hauptaufgabe hatte, die Schuld an etwaigen künftigen Kriegen von den seegewaltig gewordenen Vereinigten Staaten abzubürden.

Die zwischenstaatlichen Kongresse ähneln den Tischgesprächen. Wenn man sich unter dem Zwange der Hausfrau in eine gegebene Nachbarschaft hineingesetzt hat und nun nach rechts und links und gegenüber die Unterhaltung über irgendeinen Stoff beginnt, dann spielt das eben gewählte Thema nur eine ziemlich nebensächliche Rolle. Nicht darauf kommt es an, worüber man spricht, sondern vielmehr auf das Ertasten des Untertons, auf das Herausfühlen von Stimmungsgemeinschaft und Verwandtschaft der

Denkweise oder von Gleichgültigkeit, Stumpfheit, anreizender oder kalter Gegensätzlichkeit. Auch wenn sich die Staatsmänner verschiedener Länder um einen grünen Tisch setzen, so ist die letzte Hauptsache durchaus nicht das ihnen gerade gestellte Konferenzthema, sondern wiederum das Abtasten der Stimmungen, das Herausfühlen der seelischen Mächtegruppierungen.

Als auf dem Berliner Kongreß die Balkanfragen besprochen wurden, war das Entscheidende nicht die Zahl der Geviertmeilen, die Bulgarien zugemessen wurden, sondern das gesamtpolitische Verhältnis zwischen England und Rußland. Ob in der Washingtoner Konferenz die Seerüstungen oder die pazifischen Inselfragen oder andere Dinge auf der Tagesordnung standen und welche Beschlüsse über diese Gegenstände der Tagesordnung gefaßt worden sind, das war weltpolitisch von nicht so hohem Belang, wie die in den Grundzügen zu vergleichende Mächtegruppierung, wie die offen zutage getretenen oder vorsichtig verschleierten Verhältnisse zwischen Amerika und Japan, zwischen England und Frankreich.

Manche Vergleichspunkte ergeben sich zwischen dem vorhin erwähnten Berliner Kongreß von 1878 und dieser Washingtonkonferenz, Vergleichspunkte, deren Verbindung auch in die Zukunft weisende Parallelen zu geben vermöchte. Damals berief der Sieger im vorangegangenen großen Kriege auf der Höhe seiner neu gewonnenen politischen Geltung einen Kongreß, der, wenn auch äußerlich nur die Balkanfragen betreffend, seiner inneren Aufgabe nach das europäische Gleichgewicht zu einer neuen Stabilisierung bringen sollte. 1921 rief der Sieger im Weltkriege als neue weltpolitische Vormacht die Staatenvertreter zu sich, um einen Überblick über die neue Verteilung der politischen Weltgewichte zu schaffen.

Auf dem Berliner Kongreß ergab sich ein diplomatischer Sieg Englands über Rußland, wie die Aufnahme der heimkehrenden Staatsmänner klar bekundete. Rußland hat seine Niederlage nie verwunden; es hat sie je länger je mehr nicht England, sondern Deutschland angekreidet, und in Petersburg festigte sich seit jener Zeit der Gedanke, daß der Weg nach Konstantinopel über das Brandenburger Tor führe. So lange Bismarck selbst am Ruder war, wußte er diesen Gedanken praktisch unwirksam zu machen und den Gegensatz zwischen Rußland und England im deutschen Interesse so meisterlich zu nutzen, daß er auf Grund dieses Gegensatzes 1884 unbehelligt den Übergang Deutschlands zur Kolonialpolitik einzuleiten vermochte. Seinen Nachfolgern waren ähnliche Fähigkeiten nicht beschieden, und fast auf den Tag 30 Jahre nach dem Zusammentritt des Berliner Kongresses waren die damaligen Gegner England und Rußland in ihrer politischen Annäherung so weit, daß sie die Gegensätze vom Berliner Kongreß endgültig beilegten und sich über jene Balkanfragen verständigten, über die sie damals veruneinigt waren. Die äußerlich den Balkan und Vorderasien betreffende Einigung richtete sich ihrem inneren Kern nach aber gegen Deutschland.

Der Konferenz von Washington war amerikanischerseits die Hauptaufgabe gestellt, Japan in eine politische Vereinsamung zu versetzen. Es ergab sich aber durch schmiegsames Ausweichen Japans, daß die Gegen-

sätze zwischen England und Frankreich in den Vordergrund rückten. Der vorläufige Sieger von Washington war Poincaré. Während England sich zu dem amtlichen Verzicht auf die Stellung der überragenden ersten Seemacht verstehen und diesen Platz mit den Vereinigten Staaten teilen mußte, konnte der durch Poincarés drohende Gegnerschaft aufgepeitschte Vertreter Frankreichs für sein Land augenscheinliche Sondervorteile herausschlagen, indem er weder an dem Maße der französischen Landrüstungen ernstlich rütteln ließ, noch im Außmaße der französischen U-Bootsflotte sich zu den geforderten Zugeständnissen bequemte. Der französisch-englische Gegensatz ist heute das Grundkennzeichen der europäischen Lage, wie es nach dem Berliner Kongreß der englisch-russische Gegensatz gewesen.

Wollte man die Parallele weiter ziehen und die Möglichkeit eines späteren französisch-englischen Ausgleichs ins Auge fassen, so würde er, aus den Niederungen unserer heutigen politischen Lage betrachtet, auch wieder auf Deutschlands Kosten erfolgen, aus der größeren weltpolitischen Sehweite betrachtet aber gleich dem englisch-russischen Ausgleich gegen die Lenker des vorangegangenen Kongresses gerichtet sein. Würde doch eine Entlastung von der ständigen Bedrohung durch Frankreich Großbritannien die Bewegungsfreiheit zurückgeben, um den verlorengegangenen Posten der Vormacht auf den Weltmeeren neu zu erstreben.

An dieser Stelle verlohnt kaum ein sachliches Eingehen auf die in Washington auf dem Papier festgelegten Vereinbarungen. Daß sie erzielt wurden, gereichte auf alle Fälle zum äußeren Ruhme des Einberufers. Aber ganz abgesehen von den technischen Ausflüchten, die bei ihrer praktischen Durchführung gefunden werden können, betreffen sie im Grunde garnicht die Kernfrage der weltpolitischen Lage. Dazu waren sie viel zu einseitig auf die Interessen der Vereinigten Staaten zugespitzt, die ihre maritime Gleichberechtigung mit England dokumentarisch bestätigt haben und Japan politisch festgenagelt sehen wollten. Die großen Probleme einer weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gesundung, die Probleme des Wiederaufbaues der gewaltigen Flächen Rußlands und der Entknebelung Deutschlands blieben unberührt. Anderseits hat die Washingtoner Konferenz klargestellt, was garnicht ihre Aufgabe war, nämlich, daß das chauvinistische Frankreich heute der eigentliche Weltstörenfried ist und daß ihm gegenüber Großbritannien sich im Zustande eines gewissen Grades von Unfreiheit befindet. Hier liegt der Ausgangspunkt für den weiteren Gang zumindest der europäischen Politik nach Washington, jener Politik, die auch uns Deutsche am unmittelbarsten berührt, während die für Amerika selbst im Vordergrunde stehenden pazifischen und ostasiatischen Fragen in unserer derzeitigen Lage — unbeschadet der Tatsache, daß auch ihre einstmalige Lösung von hoher mittelbarer Bedeutung für uns werden kann — doch einstweilen eine uns sehr fernliegende Sorge bilden.

Alle Friedens- und Verständigungskonferenzen sind schließlich taktische Mittel, indirekte Wege der machtpolitischen Vorbereitung, psychologische Beeinflussungen der Völker, Stimmungsfühler und zugleich Stimmungbildner. Im Hintergrund aber stehen auch hinter ihnen die geographischen Gesetze, die mit Absicht verschleierten geographischen

Richtlinien der großen Weltpolitik, das Verlangen nach Ebnung der Wege für die wirtschafts- und verkehrsgeographisch als notwendig erachtete Machtausbreitung, nach kultureller und politischer Vormachtstellung. Nachbarn und Nachbars-Nachbarn finden sich zusammen und bereiten neue Mächtegruppierungen vor, verhüllen vor der Öffentlichkeit durch diplomatische Reden ihre Tendenzen, suchen im verschwiegenen Gemach Fühlung miteinander und gegeneinander und suchen vor der Welt die Verantwortung für künftiges Verfolgen der ihnen geographisch-politisch vorschwebenden Wege mit den Mitteln der Machtpolitik abzuwälzen auf — den andern.

VI. Buch: Deutsche Nutzanwendung.

Einführung.

Das Stiefkind der Weltpolitik, das allen Gesetzen der politischen Geographie zum Hohn mißhandelte und mißgestaltete Deutschland haben wir füglich aus dem Staatenbild nach den Friedensschlüssen ausgeschaltet und einer gesonderten Betrachtung vorbehalten — wir möchten sagen: Nicht als Staatenbild nach den Friedensschlüssen, sondern als Staatenzerrbild — vielleicht: zwischen den Friedensschlüssen. Sind doch die sog. Friedensverträge von Versailles und St. Germain Gewaltakte, die sich nicht im bestmöglichen Befolgen der politisch-geographischen Gesetze zwecks Herbeiführung eines wenigstens relativen Dauerzustandes übten, sondern ganz im Gegenteil in willkürlichem Zerreißen wirtschafts-, verkehrs-, volks- und kulturgeographischer Zusammenhänge.

Wohl ist ohne weiteres zuzugeben, daß auch die politische Schöpfung Bismarcks die in Mitteleuropa zu lösenden politisch-geographischen Aufgaben noch keineswegs endgültig gemeistert hatte. Aber vor dem Urteil der Weltgeschichte wird doch schließlich nur eine solche Änderung der Landkarte bestehen können, die als wirkliche Verbesserung unter den Gesichtspunkten der politischen Geographie gelten darf, nicht aber ein Beschreiten des entgegengesetzten Weges. Sollte an eine politische Neugestaltung des Landes zwischen Rhein, Memel und Donau herangetreten werden, so war in Ausfüllung der von Bismarck offen gelassenen Lücke das in erster Linie Gebotene die staatliche Zusammenfassung des Deutschtums unter Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich und in Zusammenhang damit die politische Vereinfachung des Donaubildes. Statt dessen hat die unergründliche Staatskunst der Ententehäupter in Versailles und St. Germain überall Stücke aus dem deutschen Körper herausgeschnitten, den Anschluß durch die stachligsten Paragraphen der Friedenstraktate gewaltsam verhindert und das politische Donaubild nur noch wirrer gestaltet. Das allen festlandeuropäischen Völkern zugestandene Selbstbestimmungsrecht wurde dem heute wahrscheinlich zahlreichsten Volk in ganz Europa versagt. Man mag streiten, welche Volksteile des alten Zartums man als eigentlich »russisch« zusammenfassen soll; man ist in völliger Ungewißheit, nach wie viel Millionen die Gesamtzahl der Verluste zählt,

die das Russentum durch den Krieg, die Revolution und die entsetzliche Hungersnot von 1921/22 erlitten hat — aber man weiß, daß das räumlich

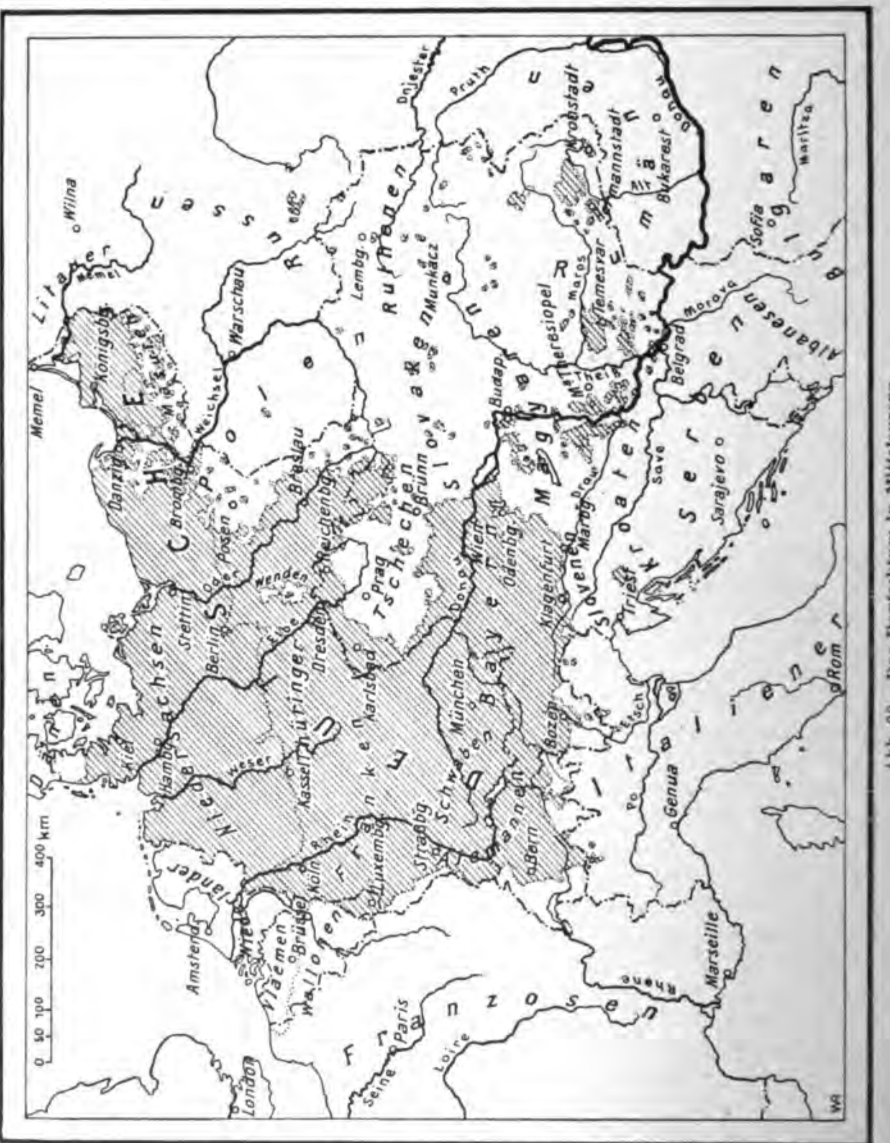


Abb. 38. Das Deutschtum in Mitteleuropa.

zusammenhängende Deutschtum in Mitteleuropa (s. Abb. 38) rund 80 Millionen Köpfe zählt, womit es als dem ethnographischen Russentum überlegen zu betrachten sein wird. Und dieses 80-Millionenvolk höchster

wirtschaftlicher und kultureller Leistungsfähigkeit ist heute Objekt der Weltpolitik.

Dieser unnatürliche Zustand kann selbstverständlich nur dann Dauer haben, wenn das deutsche Volk sich selber aufgibt. Im anderen Falle müssen über kurz oder lang die Friedensschlüsse der Zerreißung einer Revision unterzogen werden, die schließlich zu Friedensschlüssen der politisch-geographischen Vernunft führen sollte. Die innere Logik der Dinge sagt nur, daß eine Änderung kommen muß. Darum: So sehr Deutschland und dem Deutschtum auch alle Wege selbständiger Außenpolitik durch die Zwangsmaßregeln der Friedensdiktate abgeschnitten und verlegt erscheinen, darf doch kein Verzicht darauf geleistet werden, trotz allem eine deutsche Außenpolitik zu versuchen, die Revision der Friedensverträge anzustreben und auf die Erfüllung der wirtschafts- und verkehrs-, volks- und kulturgeographischen Gesetze für Mitteleuropa hinzuarbeiten.

A. Die Lebensbedingungen Deutschlands und des Deutschtums nach dem Kriege.

1. Was der Krieg uns nahm.

Die geographischen Grenzen Deutschlands sind im Norden durch die Nord- und Ostsee, im Süden durch die Alpen vorgezeichnet. An solchen klaren Grenzbestimmungen fehlt es im Westen und im Osten, wo das Deutschtum seit Jahrhunderten im Kampf zwischen Ausbreitung und Einengung liegt. Die Kampfzone im Westen ist zurückzuführen auf das Reich Lothars, jenen langen, schmalen Landstrich zwischen der Nordsee und dem Mittelmeer, der keine lange Eigenexistenz als Staatswesen hatte und in der Folgezeit zu einem Tummelplatz wechselnder Einflüsse von West und Ost wurde. Wie hier das Germanentum in der Abwehr gegen die immer wiederholten Einbruchsversuche und die betriebsame Kulturpropaganda des Romanentum steht, so hat es seinerseits in der östlichen Zone seinen vorwärtsschreitenden Ausbreitungsdrang in die Jahrhunderte durhgziehenden Erfolgen und Rückschlägen betätigt. Die nationalen Übergangsgebiete in West und Ost scheinen nie zur Ruhe kommen zu können. Hier fehlt es an klaren geographischen Grenzen, was eine ständige Verschiebung der ethnographischen Verhältnisse befördert und ständig Momente politischer Unruhe schafft.

Im Osten hatte der künstlich geschaffene Beharrungszustand zuletzt wenigstens durch ein volles Jahrhundert vorgehalten — im Westen nur ein gutes Menschenalter. Der Kriegsausgang hat für die Gegenwart wieder einmal in beiden Kampfzonen zuungunsten des Deutschtums entschieden, obwohl im Kriege selbst durch die deutschen Heere sowohl die Westmark wie die Ostmark durch weit in Feindesland vorgeschobene Glacis gedeckt worden war. Vier Kriegsjahre lang durften wir damit rechnen, daß den beiden Grenzmarken als Frucht des blutigen Ringens eine feste, dauerhafte Sicherung verliehen werden würde — eine Aussicht, die allerdings im Osten schon frühzeitig dadurch sehr empfindlich getrübt wurde, daß deutsche

und österreichische Staatskunst das überaus heikle polnische Problem vorschnell aufrollte und ihm eine sehr stachlige einstweilige Lösung gab. Damit war innerhalb der von den Mittelmächten besetzten Zone ein großer Stein des Anstoßes aufgerichtet und die künftige endgültige Lösung der östlichen Fragen außerordentlich erschwert. In dem Augenblick, in dem die letzten kriegerischen Entscheidungen eine für Deutschland ungünstige



Abb. 39. **Die territorialen Bedingungen des Versailler Vertrages.**

Wendung nahmen, ergab sich von hier aus die schwerste Bedrängung der deutschen Interessen, die weitestgehende Beschneidung und Zerstückelung des deutschen Staatenbildes.

Fassen wir Deutschland nicht als staatspolitischen, sondern als ethno-geographischen Begriff, so sehen wir, daß der Krieg an allen seinen Landgrenzen, vornehmlich im Osten und im Westen, aber auch im Norden und im Süden, mit seiner Einengung endete. (S. Abb. 39.) Im Norden beschränkt sich die Landgrenze ja nur auf eine kurze Strecke. Hier war der auf dem Wege der Abstimmung herbeigeführte Verlust am geringsten. Im Süden blieb die Schweizer Grenze unberührt, erlitt das Deutschtum aber schmerzliche Verluste durch die Abtretung von Südtirol. Auf dem alten Kampfgebiet im ehemaligen Reich Lothars wurden uns das deutsche Elsaß und das teilweise

deutsche Lothringen völlig genommen; das kerndeutsche Saargebiet verfiel mindestens auf anderthalb Jahrzehnte ganz dem französischen Einfluß, darüber hinaus einem ungewissen Schicksal und mindestens vorherrschendem französischen Wirtschaftseinfluß. Das sonstige linksrheinische Gebiet mitsamt rechtsrheinischen Brückenköpfen wurde auf Jahre hinaus fremder Okkupation unterworfen. Noch schlimmer gestalteten sich die Dinge im Osten, wo das eben durch die deutschen Truppen aus dem Zarenreich befreite Polen Deutschland seinen Dank abstattete durch den Raub von Posen und dem linksweichseligen Westpreußen nebst Landstrichen rechts der Weichsel. Der Rest sowie Südostpreußen wurde in der Abstimmung gerettet. Dagegen wurde das kerndeutsche Danzig nebst der Weichselniederung vom Reich durch die Entente als selbständiger Freistaat losgelöst und in erheblichem Grade dem polnischen Einfluß unterstellt. Auch der ostpreußische Nordzipfel jenseits der Memel wurde ohne Befragen der Bevölkerung willkürlich abgeschnitten und zur Verfügung der Entente gestellt. Ostpreußen mit dem deutsch gebliebenen rechtsweichseligen Rest von Westpreußen wurde dadurch zu einer politischen Insel, das deutsche Landkartenbild im Osten verstümmelt und denkbar ungünstig gestaltet. Dazu kam endlich die mehrjährige Unsicherheit über das Schicksal eines wirtschaftlich so hervorragend wichtigen Gebietes wie Oberschlesien, die schließlich durch den Verlust reicher Teile auch dieses Gebietes an Polen gelöst wurde.

Zu diesen Zerschneidungen deutscher Lande gesellte sich das Vortreiben fremder Keile durch die Internationalisierung der großen deutschen Ströme. Alle Lücken, die auf deutscher Seite hinsichtlich des Gesetzes der Beherrschung ganzer Stromgebiete vorhanden waren, wurden hierdurch weit empfindlicher denn je zuvor fühlbar gemacht. Deutschland ist bezüglich seines Binnenwasserverkehrs nicht mehr Herr im eigenen Hause, ist auch im Ausbau seines Kanalsystems gehalten, fremden Wünschen vor seinen eigenen Interessen Rücksicht zu zollen. Machtpolitisch tief herabgedrückt durch weitgehenden Besitzverlust, durch die Beschränkung seines Heeres auf ein Minimum und durch äußerst ungünstige Grenzsicherung, wirtschaftlich verarmt durch die Entziehung wichtiger Rohstoffgebiete und Nahrungsquellen, den Zwang zu gewaltigen Kohlenlieferungen an das Ausland und die ungeheure Milliardenlast der Kriegskosten, ist es auch verkehrspolitisch zur Abhängigkeit verurteilt, im Innern wie nach außen, wo man ihm fast die ganze Handelsflotte genommen und es im internationalen Luftverkehr entrechtet hat.

Was uns durch den Frieden auf der einen Seite genommen, auf der anderen Seite an Lasten auferlegt wurde, das ist in den ersten Jahren der Wirksamkeit dieses Kriegsschlusses weder dem Inlande noch dem Auslande voll zum Bewußtsein gekommen, zumal die Regelung der ganzen Materie sich im einzelnen ja lange hingezogen hat und auch noch weiter hinzieht, so daß über die endgültigen Leistungen und Lasten zu keiner Zeit volle Klarheit geherrscht hat. Vom Standpunkte der politischen Geographie aus kann das Gesamturteil nur dahin gefällt werden, daß die neue Grenzziehung in den alten Kampfzonen des Ostens wie des Westens

den Gesetzen der politischen Geographie ebenso widerspricht wie die Zerschneidung von Natur zusammengehörender Wirtschafts- und Verkehrsgebiete und die wesentliche Verschärfung der Verstöße gegen das Gesetz der einheitlichen Beherrschung ganzer Stromgebiete.

Das Deutsche Reich hatte in seiner alten Zusammensetzung nach dem Stande der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 an Flächeninhalt und Bevölkerung die nachstehenden Verhältnisse aufzuweisen:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Königreich Preußen	348 780	40 165 219	115
» Bayern	75 870	6 887 291	91
» Sachsen	14 993	4 806 661	320
» Württemberg	19 507	2 437 574	125
Großherzogtum Baden	15 070	2 142 833	142
» Hessen	7 688	1 282 051	167
» Mecklenburg-Schwerin	13 127	639 958	49
» Sachsen-Weimar	3 610	417 554	116
» Mecklenburg-Strelitz	2 930	106 442	36
» Oldenburg	6 429	483 042	75
Herzogtum Braunschweig	3 672	494 339	135
» Sachsen-Meiningen	2 468	278 357	113
» Sachsen-Altenburg	1 324	216 128	163
» Sachsen-Coburg-Gotha	1 977	257 177	130
» Anhalt	2 299	331 228	144
Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	852	89 917	104
» » Rudolstadt	941	100 702	107
» Waldeck	1 121	61 707	55
» Reuß ältere Linie	316	72 769	230
» Reuß jüngere Linie	827	152 752	185
» Schaumburg-Lippe	340	46 652	137
» Lippe	1 215	150 937	124
Freie Stadt Lübeck	297	116 599	391
» » Bremen	256	299 526	1167
» » Hamburg	415	1 014 664	2449
Reichsland Elsaß-Lothringen	14 522	1 874 014	129
Deutsches Reich	540 858	64 925 993	120

Bis Kriegsausbruch hatte sich die Bevölkerung auf über 67 Millionen Köpfe gehoben. Nach den Kriegsverlusten an Menschenkräften, nach der Abtretung von Grenzgebieten auf Grund des Versailler Friedens und nach den inneren Veränderungen in der Struktur der Einzelstaaten gestalteten sich die Dinge zur Zeit der Erhebung vom 8. Oktober 1919 wie folgt:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Preußen	294 875	37 075 240	126
Bayern	76 421	7 150 792	94
Sachsen	14 993	4 670 311	311
Württemberg	19 512	2 426 171	129
Baden	15 070	2 208 503	147
Thüringen	11 762	1 511 876	129
Übertrag:	432 633	55 042 893	—

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Übertrag:	432 633	55 042 893	—
Hessen	7 688	1 291 249	168
Hamburg	415	1 064 672	2604
Mecklenburg-Schwerin	13 127	672 741	51
Oldenburg	6 429	518 148	81
Braunschweig	3 672	481 436	131
Anhalt	2 269	334 159	145
Bremen	256	311 287	1216
Lippe	1 216	154 318	127
Lübeck	298	120 847	407
Mecklenburg-Strelitz	2 930	111 219	38
Waldeck	1 121	63 488	57
Schaumburg-Lippe	340	46 423	137
Saarland	1 924	657 871	342
Deutsches Reich	474 347	60 970 681	123
Davon seit Nov. 1918 von den Truppen der Entente besetzt	30 200	5 886 800	158

Verluste durch den Frieden von Versailles 1919:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Elsaß-Lothringen (an Frankreich)	14 522	1 874 014	129
Nordschleswig (an Dänemark)	3 800	160 000	42
Posen und Westpreußen (an Polen)	42 000	2 700 000	61
Hultschiner Land (an Polen oder Tschechien)	320	40 000	125
Kreise Eupen, Malmedy und Teile von Monschau (an Belgien)	1 000	61 000	61
Danzig (freie Stadt)	1 849	356 740	200
Memel (Freistaat)	2 300	140 000	61
	65 700	5 880 000	90

Durch Volksabstimmung ist die Staatsangehörigkeit zu entscheiden:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Oberschlesien (an Polen)	9 000	1 800 000	200
Saargebiet (an Frankreich)	1 924	657 871	347

Von dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet sind 30% der Fläche und 49% der Bevölkerung zu Polen geschlagen.

Verlorengegangen waren ferner die deutschen Schutzgebiete mit folgenden Ausmaßen:

	qkm	Farbige Bevölkerung	auf 1 qkm	Weiße Bevölkerung 1922
Togo	87 200	1 003 300	11	372
Kamerun	790 000	2 542 000	3,2	1 537
Deutsch-Südwestafrika	835 100	100 800	9,1	14 816
Deutsch-Ostafrika	995 000	7 516 000	7	5 866
Übertrag: Afrika	2 707 300	11 162 000	4	21 564

	qkm	Farbige Bevölkerung	auf 1qkm	Weiße Bevölkerung 1922
Übertrag: Afrika	2 707 300	11 162 000	4	21 564
Deutsch-Neu-Guinea . . .	242 476	601 200	2,4	1 278
Kaiser Wilhelm-Land und Bismarck-Archipel . . .	240 000			853
Ostkarolinen	2 476	602 200	2,5	239
Westkarolinen u. Marianen				186
Samoa	2 572	37 480	14	500
Südsee	245 050	638 500	1,8	1778
Pachtgebiet von Kiautschou	552	192 000	350	4470
Schutzgebiete	2 952 900	11 974 500	4	27 812

Was der Krieg uns nahm, läßt sich in Kürze und im wesentlichen durch die folgenden Stichworte bezeichnen:

Im allgemeinen:

Dauernde Fernhaltung der 10 Millionen Deutschen in Österreich und Böhmen von den Reichsdeutschen.

Abtrennung von 5—6 Millionen Deutschen im Osten, Norden und Westen.

Rechtlosmachung und dauernde Aushungerung der verbleibenden 60 Millionen.

Gewaltige Einschränkungen unserer Ernährung vom eigenen Boden.

Gewaltige Einschränkungen unserer industriellen Betätigungsmöglichkeiten.

Im einzelnen:

Völlig unbegründete Wegnahme des Nordostzipfels bei Memel.

Gefährdung der deutschen Herrschaft über den Süden der Provinz Ostpreußen.

Lostrennung der ganzen Provinz Ostpreußen vom übrigen Reich.

Raub von fast ganz Westpreußen und Posen.

Dadurch: Wegnahme von 15—20% der deutschen Erzeugung an Brotgetreide, Kartoffeln und Zucker.

Raub eines Teiles von Oberschlesien gegen den Willen der Bevölkerung.

Dadurch: Verlust von $^1/_3$ der deutschen Kohlen — und von $^6/_7$ der deutschen Zinkproduktion.

Antastung rein deutscher Gebiete in Schleswig.

Abschnürung Aachens durch Wegnahme reindeutscher Gebiete.

Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Elsaß-Lothringen.

Verschleierter Raub des Saargebietes, ohne Rücksichtnahme auf die deutsche Bevölkerung.

Beschränkung der für die deutsche Industrie verfügbaren Kohlenmenge auf $^1/_5$ des früheren Verbrauchs.

Fortnahme von großen Mengen von Zuchtvieh und Milchkühen.

Fortnahme unserer Handelsflotte und eines Teiles unserer Fischerflotte.

Fremde Kontrolle über die deutsche Binnenschiffahrt.

Zwang der deutschen Werften, auf Jahre hinaus fast ausschließlich für fremde Reedereien zu arbeiten.

Tschechoslovakische Hoheitsgebiete in Hamburg und Stettin.

Raub der Kolonien und aller deutschen Niederlassungen im Auslande.

Keine Entschädigung für Privateigentum in den Kolonien.

Raub der deutschen Kabel.

Ausländische Kontrolle des deutschen Funkspruchverkehrs.

Erdrosselung des deutschen Flugzeugverkehrs.

Entmündigung des deutschen Außenhandels.

Entziehung der Mittel für die Fortführung der sozialen Fürsorge.

Kriegsentschädigungen in unerschwinglicher Höhe.

Die Volksabstimmungen haben den klaren Beweis erbracht, wie wenig die in Versailles vorgesehenen Abtretungen den tatsächlichen nationalen Verhältnissen entsprechen. Besonders in Ostpreußen war das Ergebnis derartig eindeutig, daß hier die Entente davon absehen mußte, den Polen Abstimmungsgebiete endgültig zu überweisen. In Oberschlesien aber, wo es sich um große Zuwendungen an die polnische Industrie handelte, ging man über die Ergebnisse der Abstimmung hinweg und gab Polen die wichtigsten Rohstoffgebiete, unbekümmert um deren geographische Zusammengehörigkeit mit dem Umland, unbekümmert auch um die Tatsache, daß Polen von seinem bisherigen Anteil an dem großen Kohlenbecken, das weit über Oberschlesien hinausgreift, nur einen ganz geringfügigen Gebrauch gemacht und dadurch seine Unfähigkeit zu wirtschaftlicher Erschließungsarbeit hinlänglich bekundet hat (Vgl. Abb. 40 S. 506).

Die Bevölkerung des gesamten oberschlesischen Abstimmungsgebietes betrug

rd. 1 950 000 Einwohner,
davon werden polnisch: rd. 965 000 »
das sind rd. 49%.

Bei der Volksabstimmung am 20. März 1921 haben

für Deutschland 707 393 Personen,
» Polen 479 365 » gestimmt.

In 663 Gemeinden ergab sich eine Mehrheit für Deutschland, in 597 eine solche für Polen; wobei beachtlich ist, daß gerade die Kulturzentren, die großen Städte, überwiegend deutsch stimmten, während das platte Land — zum Teil unter dem Einfluß polnischen Terrors — und darunter insbesondere die Dörfer der industriell noch weniger entwickelten Kreise Rybnik und Pleß polnische Majoritäten zustande brachten. Unter den überwiegend deutschen Gemeinden figurierten Königshütte (ca. 75 000 Einwohner) mit 78% deutschen Stimmen, Kattowitz (45 000 Einwohner) mit 85,5% deutschen Stimmen und Tarnowitz (15 000 Einwohner), wo auf eine polnische Stimme immer mehr als sieben deutsche kamen.

In den abgetretenen Gebieten waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

	Für Deutschland	Für Polen
Stadtkreis Kattowitz . . .	22 774	3 900
» Königshütte . .	301 864	10 764
Landkreis Kattowitz . . .	52 892	66 119
Kreis Pleß	18 675	53 378
In den abzutretenden Teilen		
des Kreises Rybnik	25 616	40 948
» » Ratibor	3 525	7 480
» » Gleiwitz . . .	471	1 732
» » Hindenburg . .	9 184	16 824
» Landkreises Beuthen .	31 918	43 845
» Kreises Tarnowitz . . .	13 938	17 302
» » Lublinitz . . .	10 096	9 901
	520 953	281 192

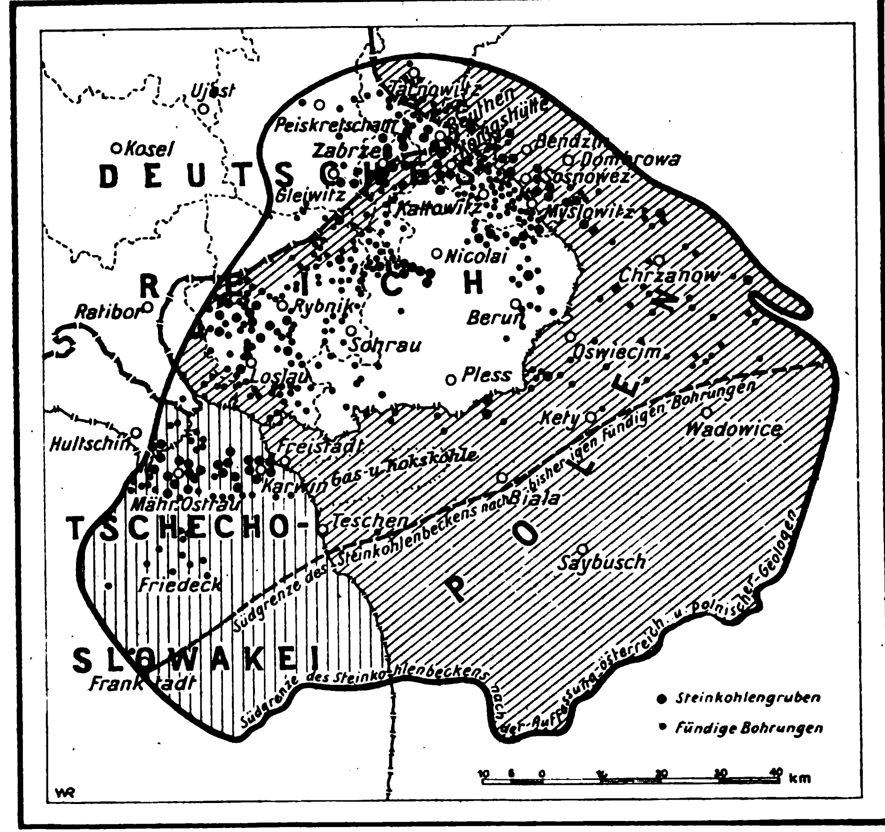


Abb. 40. Das oberschlesische Kohlenbecken.

Ist die oberschlesische Entscheidung des Völkerbundes ethnographisch völlig willkürlich, so ist sie wirtschafts- und verkehrsgeographisch geradezu ein Unding. Die große Produktion des verhältnismäßig kleinen Gebietes erzeugt naturgemäß einen riesigen und auf engem Raum kompliziert zu bewegenden Güterverkehr. Die Gesamtgüterbewegung Oberschlesiens betrug im Jahre 1913 fast 50 Millionen t; davon gingen 25,5 Millionen von und nach dem übrigen Deutschland, 11,5 Millionen von und nach dem Ausland, und 12 Millionen liefen innerhalb Oberschlesiens um. Vom Gesamtverkehr entfielen 95% auf den Eisenbahn- und 5% auf den Schifffahrtsweg. Ein Zehntel des gesamten deutschen Eisenbahnverkehrs wurde von Oberschlesien, das an Fläche nur 2,5% Deutschlands ausmacht, in Anspruch genommen. Rechnet man von den Zahlen der gesamten Güterbewegung Oberschlesiens die Kohlenverladungen ab, so erhält man folgende Zahlen:

Güteraustausch mit Deutschland	21,50 Mill. T.
Güterbewegung innerhalb Oberschlesien . .	6,75 Mill. T.
Güteraustausch mit Polen	3,25 Mill. T.
Güteraustausch mit Österreich usw. . . .	7,75 Mill. T.
Zusammen:	39,25 Mill, T.

Von diesen Gütern hat Oberschlesien empfangen:

Aus Deutschland	6,00 Mill. T.
Aus Polen	0,75 Mill. T.
Aus Österreich	0,75 Mill. T.

Oberschlesien wird also, soweit nicht Selbstversorgung und Selbstverbrauch stattfinden, zu 60% aus Deutschland versorgt und setzt 62% nach Deutschland ab. — Mit dem Personenverkehr des dicht bevölkerten Gebietes sieht es auf Haupt- und Nebenbahnen ähnlich schwierig aus. Die oberschlesische Kleinbahn, eine elektrische Straßenbahn, führt von Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Hindenburg nach Gleiwitz. Will man diese Bahn benutzen, um vom deutschen Beuthen nach dem »polnischen« Kattowitz zu fahren (eine knappe Stunde Entfernung), so passiert man verschiedene Zollrevisionen; denn die Straßenbahn berührt bald polnisches, bald deutsches Gebiet. Will man auf der Hauptbahn von Königshütte über Beuthen nach Tarnowitz fahren (eine Strecke, die Geschäftsleute fast täglich bisher an einem Vormittag machten), so wird man in Zukunft zuerst von Polen abfahren, kommt dann nach Deutschland und gelangt dann wieder auf polnisches Gebiet, passiert also in weniger als einer Stunde zwei Zoll- und Paßstationen. Daß ähnlich verzwickte Verhältnisse sich aus der ganzen Situation auch für das Postwesen, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung ergeben, liegt auf der Hand.

Über diesen besonders krassen Fall willkürlicher Auslegung einer Volksabstimmung hinweg wird bei dieser Gelegenheit die allgemeingültige Feststellung zu machen sein, daß solche Volksabstimmungen an sich ein nicht unbedenkliches Zählen ohne Wägen sind. Gerade wo so große kulturelle Werte in Frage stehen wie in Oberschlesien, sollte ein Wägen

der Kulturträger neben dem Zählen der Masse nicht ganz vergessen werden. Die Kultur ganz Oberschlesiens aber ist zweifellos deutsch. Nur unter preußischer Herrschaft, nur mit deutschen Unternehmern ist Oberschlesien geworden, was es zur Zeit der Abtrennung war. Das moralische Recht Preußen-Deutschlands auf das ungeteilte Oberschlesien war unanfechtbar, auch wenn ein Teil der Bevölkerung einen polnischen Dialekt sprach.

2. Was dem Reiche blieb.

Rund 480 000 qkm mit wenig über 60 Millionen Einwohnern sind dem Reich verblieben. Die Volkszählung von 1919 ergab gegenüber jener von 1910 infolge der Gebietsverluste einen Rückgang um rd. 5 Millionen auf den Stand, den die Bevölkerung des alten Reichs etwa im Jahre 1904 gehabt hatte.

Bodengestalt: Der horizontale Aufriß von Deutschland in seiner heutigen politischen Form zeigt ein überaus ungünstiges Bild. Wo, abgesehen von der Seeküste, einigermaßen natürliche Grenzen bestehen, wie gegenüber der böhmischen Einbuchtung, sind sie weit davon entfernt, sich mit den Grenzen des Volkstums zu decken, die überhaupt fast durchweg weit von den politischen Reichsgrenzen abweichen. Im Westen hat man den seine Uferländer nicht trennenden, sondern verbindenden Rhein auf lange Strecke zur Grenze gemacht. Im Osten hat die Grenze eine durchaus willkürliche Gestalt bekommen und ist ein altes Kernland Preußens völlig vom Reichsrumpf losgetrennt. Die Gesamtlänge der Grenzen im Vergleich zum Flächeninhalt des Reichsgebiets ist dadurch äußerst ungünstig geworden. Die Zahl der Nachbarn hat sich gegen früher noch vermehrt: Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz, Deutsch-Österreich, Tschechoslovakei, Polen, Freistaat Danzig, abermals Polen, Litauen, Freistaat Memel, Dänemark.

Der vertikale Aufriß zeigt von Nord nach Süd unverändert das Ansteigen von der Küste über das norddeutsche Tiefland und die mitteldeutschen Gebirge und Hochländer bis zu den Alpen. Die vertikale Gliederung durch die nord- und süddeutschen Stromsysteme ruft immer gebieterischer nach Vereinheitlichung des Netzes von Binnenwasserstraßen durch vollständig durchgeführte Kanalverbindungen zwischen Rhein, Weser, Elbe und Oder einerseits, Rhein und Donau, besser vielleicht noch Weser und Donau anderseits.

Bodengehalt: Die schweren Verluste an Kohle, Eisen, Zink, Kali, Getreide-, Rüben-, Kartoffel- und Weinboden und Vieh wurden bereits erwähnt. Während uns das oberschlesische Zink völlig genommen wurde, blieben uns aber doch noch erhebliche Mengen an Kohle, Eisen und Kali, die auch fernerhin wertvolle Grundlagen der Industrie sowohl wie der Landwirtschaft bilden. Die Verluste großer Gebiete landwirtschaftlicher Überproduktion fordern eine um so intensivere Nutzung des uns verbliebenen Bodens durch gesteigerte Pflege landwirtschaftlicher Technik.

Die enorme Einschränkung der Eisenproduktion auf reichsdeutschem Boden durch den Verlust von Elsaß-Lothringen und eines Teiles von Ober-

schlesien ergibt sich aus der Produktionsstatistik von 1910: Damals wurden in 1000 t gewonnen im Gebiet der einzelnen Bergbaubezirke:

Oberbergamtsbez. Bonn	3 237	Oberbergamtsbez. Breslau	251
» Clausthal	812	» Halle	116
» Dortmund	408	Elsaß-Lothringen	16 551

Zur gleichen Zeit betrug die deutsche Eisenerzeinfuhr in Millionen Mark aus

Schweden	58,5	Rußland	19,1
Spanien	52,9	Frankreich	13,3

Wenn unsere Einfuhrstatistik für das Jahr 1920 fast durchweg viel geringere Zahlen aufwies als für das letzte Vorkriegsjahr, so lag das keineswegs an einem verringerten Bedarf, sondern an der Unmöglichkeit der Bezahlung, d. h. an einer wesentlichen Einschränkung unserer gesamten Wirtschafts- und Lebenshaltung. Dementsprechend ist auch unsere Ausfuhr ganz bedeutend zurückgegangen, weil es uns eben an der Möglichkeit gebrach, die Rohstoffe in alter Menge hereinzubringen. Noch weit stärker war freilich der Rückgang des Eigenkonsums. Die notwendigsten Einfuhrwaren zur Ergänzung des für unsere 60 Millionen Einwohner unzulänglichen Bodengehalts ergeben sich aus der folgenden Aufstellung, die für 1920 die Beschränkung auf das Allernotwendigste deutlich erkennen läßt:

Gewicht in 1000 Tonnen.

	1913	1920
Nahrungsmittel:		
Weizen	25 460	592
Roggen	3 525	404
Roggen- und Weizenmehl	19	78
Reis	478	127
Kartoffeln	382	731
Speisebohnen	35	124
Mais	919	409
Fleisch	68	223
Fische	387	490
Konserven	7	121
Schweineschmalz	107	123
Zucker	3	98
Kaffee (roh)	168	41
Kakao	53	45
Ost und Südfrüchte	1 003	202
Wein und weinähnliche Getränke	133	96
Uabak und Tabakerzeugnisse	86	93
Rohstoffe:		
Fossile Brennstoffe	18 289	2 756
Steinkohlen	10 567	363
Braunkohlen	7 108	2 382
Mineralöle	1 294	420
Ölfrüchte und -saaten	1 743	330
Fette und Öle	68	154

Rohstoffe:	1913	1920
Erze	17 354	6 958
Eisen- und Manganerze	16 015	6 450
Schwefelkies	1 026	479
Zinkerz	313	29
Rohmetall	736	191
Roheisen und Abfälle	334	98
Rohkupfer und Abfälle	231	62
Rohblei und Abfälle	84	17
Rohaluminium und Abfälle	15	8
Rohzinn und Abfälle	14	5
Rohzink und Abfälle	58	1
Textilrohstoffe	1 181	320
Seide	3	2
Wolle	243	68
Baumwolle	584	166
Flachs, Hanf usw.	351	84
Garne	97	22
Seidengespinste	8	1
Wollgarn	23	4
Baumwollgarn	33	12
Andere Gespinste	33	5
Häute und Felle	280	61
Leder	9	12

In einer ihrer vielen Denkschriften an die Reparationskommission hat die deutsche Regierung versucht, den Mindestbedarf Deutschlands an Einfuhr zu errechnen. Die Denkschrift bezifferte den gesamten deutschen Einfuhrbedarf auf nur noch $21^1/_2$ Millionen t für ein Jahr, während die tatsächliche deutsche Einfuhr im letzten Jahre vor dem Kriege sich auf 72,8 Millionen t belief. Auf die wichtigsten Gruppen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verteilt, stellt sich der von der Regierung errechnete Mindestbedarf an Einfuhr für die Zukunft im Vergleich mit der Vorkriegszeit folgendermaßen:

	Gesamteinfuhr 1913 Tonnen	Mindesteinfuhr 1.8.20—31.7.21 Tonnen
Nahrungs- und Futtermittel	16 800 000	5 500 000
Düngemittel	2 230 000	300 000
Stein- und Braunkohle	18 300 000	2 000 000
Mineralöle	1 500 000	550 000
Erze, Metalle	18 650 000	8 500 000
Holz	8 100 000	2 500 000
Textilien (Rohstoffe)	960 000	500 000
Leder, Häute, Felle	280 000	150 000
Sonstige Einfuhr	5 980 000	1 500 000
	72 800 000	21 500 000

Flüsse und Meere: Deutschland hat den größten Teil seiner Küsten behalten, war aber genötigt, seinen Seeverkehr völlig neu aufzubauen, da ihm die Handelsflotte geraubt war. Die ozeanferne Lage

macht sich unter diesen Umständen wieder erheblich stärker geltend als zur Zeit des Hochstandes unserer Handelsflotte. Die Mehrzahl seiner Ströme ist internationalisiert, der Ausbau des Wasserstraßennetzes durch die Geldentwertung sehr erschwert. Der deutsche Einfluß auf dem Rhein ist zurückgedrängt, die Weichsel Deutschland entrissen, die Memel zum Grenzstrom gemacht. Nur die Weser ist ganz deutsch geblieben. Im übrigen aber ist Deutschland sowohl in der Binnenschiffahrt wie bezüglich der Seeschiffahrt nicht mehr Herr im eigenen Hause. Die europäische Herzlage freilich kann dem Angrenzer der Nord- und Ostsee und Besitzer des großen Rhein- und Donauanteils wie fast der ganzen Elbe und Oder und der ungeteilten Weser nicht genommen werden.

Luftreich: Geblieben ist uns auch die klimatische Lage, die unser Volk nicht auf Rosen gebettet erscheinen läßt, aber zur Arbeit erziehen hilft. Genommen aber ist uns in weitem Maße die Möglichkeit einer Nutzung des Luftreichs für moderne Verkehrszwecke. Wohl haben wir unseren Nachrichtendienst durch die Luft erhalten und vervollständigen können, aber das Flug- und Luftfahrwesen ist für Deutschland in seinen technischen Entwicklungsmöglichkeiten durch die Entente aufs äußerste eingeengt.

Volk: Die Bewohnerzahl, die ohne den Krieg jetzt wohl 75 Millionen betragen dürfte, ist in den neuen Grenzen auf 60 Millionen zusammengeschrumpft, obendrein durch die Nachwirkungen der Hungerblockade physisch und seelisch außerordentlich geschwächt. Die neue Zerklüftung des Volkes durch die Revolution und die durch den Umsturz begünstigte Verringerung der Arbeitslust und Arbeitsintensität wirken weiter im Sinne einer Verringerung der aktiven Volkskraft. Auch die Zahl der unproduktiv tätigen Beamten ist enorm vermehrt. Anderseits fehlt dem Volke die förderliche Schule des Heeres. Die wirtschaftlichen und die sittlichen Kräfte haben somit insgesamt eine Verminderung erfahren, die weit über die Abnahme der Kopfzahl hinausgeht. Auch die natürliche Volksvermehrung scheint aufgehört zu haben.

Was das für Deutschland bedeutet, erhellt aus folgenden Erinnerungen an die Vorkriegszeit: Deutschlands Reichtum lag vor allen Dingen in der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Schaffenskraft seiner Bewohner; nicht in angehäuften Kapitalien, sondern in der eigenen Hände Arbeit und ihren sich mehrenden Früchten. Der Wohlstand, den Deutschland nach der Reichsgründung, insbesondere nach dem Übergang zur Politik des Schutzes der nationalen Arbeit, gewonnen hatte, war in dem Heranwachsen immer neuer Arbeitskräfte begründet, denen immer erweiterte Arbeitsgelegenheit zu schaffen gelang, so daß sie ihrerseits in immer verstärktem Maße als Konsumenten an den Markt herantreten und dadurch das Wirtschaftsleben mittelbar ebenso reichlich befruchten konnten, wie unmittelbar durch ihre eigene Produktivkraft. Eine auf solcher Wechselwirkung basierte Volkswirtschaft bedarf immer aufs neue des Konsumenten- und Produzentenzuwachses, und in gleichem Maße bedarf Deutschland zwecks Behauptung seiner weltpolitischen Stellung, in seiner geographisch so sehr

exponierten Lage und angesichts der dauernden Stärkung der anderen Weltmächte, des dauernden Zuwachses militärischer Kräfte.

Der Höhepunkt des deutschen Volkswachtums war um die Jahrhundertwende erreicht. In der Volkszählungsperiode zwischen 1895 und dem Jahre 1900 stieg die Bevölkerung jährlich um 1,50%, in der folgenden Volkszählungsperiode bis 1905 um 1,48 und in der Periode bis 1910 nur noch um 1,36%, also ein merkbarer Rückschritt, der in Zukunft sich in noch rascherem Tempo zu vollziehen drohte, denn ein wesentlich größerer Teil der Bevölkerung als früher hatte sich in den Großstädten konzentriert, in denen die Zahl der Eheschließungen und zumal die Geburtenzahl beträchtlich geringer ist als auf dem platten Lande — und auf dem platten Lande vollzog sich immer weiter die Entvölkerung und der Ersatz des deutschen Arbeiters durch fremdländische, in erster Linie slavische Wanderarbeiter. Es stand demnach in sicherer Aussicht, daß der wachsende Menschenbedarf der Industrie und der Großstädte künftig vom platten Lande immer weniger gedeckt werden konnte. Heute sind die natürlichen Kräftereservoire der Großstädte noch wesentlich eingeengt durch den Verlust der populationistischen Überschußgebiete Posen und Westpreußen. Die Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten gibt, verglichen mit der letzten Volkszählung vor dem Kriege, für die Gegenwart das folgende Bild, das noch einiger Korrekturen durch Berücksichtigung des unkontrollierten fremdstämmigen Zuzuges aus dem Osten bedarf:

Städte mit über 100000 Einwohnern in Tausender:

	1919	1910		1919	1910
1. Berlin	3422,3	3430,9	21. Mannheim	228,5	193,4
2. Hamburg-Altona	1231,8	1176,0	22. Duisburg	199,7	227,1
3. Köln	630,9	511,0	23. Kiel	197,9	208,8
4. München	623,3	593,1	24. Halle	180,3	180,5
5. Leipzig	606,9	585,7	25. Gelsenkirchen	169,1	168,3
6. Dresden	529,5	546,8	26. Kassel	159,9	153,1
7. Breslau	489,6	510,9	27. Augsburg	153,3	126,5
8. Essen	438,3	293,0	28. Aachen	145,7	156,0
9. Frankfurt a. M.	432,8	414,4	29. Bochum	142,7	136,8
10. Düsseldorf	399,8	356,7	30. Braunschweig	139,1	143,3
11. Hannover-Linden	391,5	360,0	31. Karlsruhe	136,0	134,0
12. Nürnberg	352,1	332,5	32. M.-Gladbach Rheydt	130,1	—
13. Elberfeld-Barmen	314,9	339,1	33. Erfurt	127,8	111,5
14. Stuttgart	310,9	285,6	34. Mülheim a. Ruhr	126,8	110,6
15. Chemnitz	297,9	286,5	35. Crefeld	124,7	129,2
16. Dortmund	296,4	212,9	36. Hagen-Haspe	116,9	—
17. Magdeburg	279.5	279,6	37. Lübeck	112,3	—
18. Königsberg	261,7	248,0	38. Hamborn	110,0	101,7
19. Bremen	255,7	246.8	39. Mainz	109,1	113,2
20. Stettin	231,7	234,0	40. Plauen	105,1	121,1

Jedem Bevölkerungsstatistiker ist die Tatsache geläufig, daß die Geburtenzahl auf dem platten Lande durchschnittlich wesentlich größer

ist als in den Städten, in denen sie mit wachsender Bevölkerungskonzentration progressiv sinkt. Die erhöhten Kulturbedürfnisse der Großstadt und die verteuerte Lebenshaltung sind ebenso bekannte Motive für diese Beschränkung des Familienstandes. Manches weitere kommt hinzu, um in der gleichen Richtung zu wirken, neuerdings besonders der katastrophale Wohnungsmangel. Bei wiederholtem Aufenthalt in Norwegen ist es mir besonders aufgefallen, daß in den kleinen norwegischen Flecken das Straßenbild infolge der erstaunlichen Menge von Kindern gar lebhaft an ostelbische Dorfstraßen erinnerte. Im ersten Augenblick überrascht, da mir aus der internationalen Bevölkerungsstatistik ein nur recht geringes Volkswachstum in Norwegen bekannt war — wie es ja bei der Unfähigkeit des spröden Bodens zur Aufnahme wesentlich größerer Volksmengen auch ganz natürlich ist — erhielt ich von Eingeborenen auf meine Fragen die drastische, aber in der Tat sehr aufschlußreiche Antwort: Ja, wir haben hier ja das halbe Jahr hindurch den dunklen Winter, der nur dem Familienleben gehört. In beschränktem Maße gilt das auch für das deutsche Landleben, insofern als auch hier die allerdings kürzeren Wintermonate wenig mit Arbeit ausgefüllt sind und mehr dem Familienleben gehören. Tatsächlich kommen in Norwegen bei einer Bevölkerung von nur 2,4 Millionen Einwohnern pro Jahr über 60 000 Geburten vor mit einem Geburtenüberschuß von rd. 30 000 Köpfen, der aber mehr als zur Hälfte absorbiert wird durch die Auswanderung, die im Jahre 1909 16 281 Köpfe betrug, in früheren Jahren mehrfach die Zahl 20 000 überschritt.

Nun ist in Deutschland aber auf dem platten Lande, verglichen mit der starken Zunahme der Gesamtbevölkerung, eine auffallende Blutarmut eingetreten. Und wenn das platte Land das relativ weitaus größere natürliche Bevölkerungswachstum aufweist, in den Großstädten dagegen das natürliche Wachstum mehr und mehr zurückgeht, so liegt auf der Hand, daß das gesamte Volkswachstum in Deutschland sich um so mehr verringern muß, je mehr die Bevölkerungskonzentration in den Großstädten zunimmt, die dem platten Lande verbleibende Bevölkerung aber stagniert, wo nicht gar zurückgeht. Für die Erhaltung des Volkswachstums ist demnach die stärkere Wiederbevölkerung des platten Landes von entscheidender Wichtigkeit.

Die einzelstaatliche Gliederung des Reiches hat einige Verringerungen besonders dort erfahren, wo sie bisher am weitesten verzweigt war, in Thüringen. Über weitere Vereinfachungen schweben noch Erwägungen, ebenso aber auch immer wieder über weitere Vermehrungen der Gliederung durch Abtrennungen vom Staate Preußen. Hat die engste Kleinstaaterei mit dem Verschwinden der Fürstenhöfe ihre Begründung verloren, so entspricht aber eine wirkliche Stammesgliederung so sehr deutschem Volksempfinden, daß der volle Unitarismus gegenüber dem Föderalismus keine Aussicht hat, sich praktisch und dauernd durchzusetzen. Zwangsweise Versuche drohen zum Gegenteil des gewollten Erfolges, zur Reichssprengung zu führen.

3. Das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen.

Das Deutsche Reich hat von seinen Stammesgenossen abtreten müssen an

Memel	71 114
Freistaat Danzig	315 705
Polen	1 099 492
Tschechoslovakei	6 519
Frankreich	1 634 260
Belgien	50 387
Dänemark	40 139
Summe:	3 217 615

In den Ländern der ehemaligen Habsburger Monarchie leben an Deutschen in

Deutsch-Österreich	6 030 825
Tschechoslovakei	3 740 943
Italien	258 764
Ungarn	337 927
Südslawien	1 010 000
Rumänien	493 256
Polen	136 891
Freistaat Fiume	2 315
Summe für Österreich-Ungarn:	12 010 921
Grenzlanddeutschtum überhaupt:	15 228 537

15 Millionen Grenzlanddeutsche umgeben die 60 Millionen Reichsdeutsche! Die geschlossenste Masse lebt in

Deutsch-Österreich.

Nach der Volkszählung von 1920 stellten sich Flächeninhalt und Bevölkerung in Deutsch-Österreich wie folgt:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
N.-Österreich Land und Bundeshauptstadt Wien	19 825	3 313 155	167
O.-Österreich	11 982	857 234	72
Salzburg	7 153	213 877	30
Steiermark	16 479	946 721	58
Kärnten	9 009	297 257	38
Tirol	10 486	306 153	25
Voralberg	2 602	133 033	51
Zusammen:	77 535	6 067 430	78
Burgenland (1910)	4 343	345 073	79
	81 879	6 412 503	78

Das Burgenland gehörte ursprünglich zu Ungarn. Die in den Friedensverträgen vorgesehene Abtretung an Österreich hat sich nicht ohne ernstliche Schwierigkeiten und unter Abzweigung von Oedenburg vollzogen. Von Deutsch-Österreich losgelöst sind die deutschen Gebiete in Südtirol, die Italien zugesprochen sind und über die sich die entsprechenden zahlenmäßigen Angaben bei Italien befinden.

Land- und Forstwirtschaft beschäftigt: 40% aller Berufstätigen,
Industrie und Gewerbe » 35% » »
Handel und Verkehr » 17% » »
Öffentlicher Dienst und
freie Berufe » 8% » »

Somit sind 60% der Bevölkerung mit Industrie, Handel und Verwaltung beschäftigt, Österreich ist also ein Industrie- und Handelsstaat. 70% aller in Industrie, Handel und Gewerbe Tätigen entfallen auf Wien. Einwohnerzahl der österreichischen Städte:

Wien	1,8 Millionen
Graz	157 000
Linz	93 000
Innsbruck . . .	56 000

Österreich hat Zuschußbedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. 10% seiner Bodenfläche sind unproduktiv, 38% Waldungen. Die Unzulänglichkeit der Bodenproduktion ergibt sich teils aus der Gebirgslage, teils aus geringer Arbeitsintensität und mangelhafter Technik. Die Viehzucht ist gut entwickelt. Vom Kohlenbedarf der Industrie werden nur 12% durch Eigenproduktion gedeckt.

Die Grenzlage Österreichs ist überaus ungünstig; das Land bildet eine schmale, sich weit von der in Grenznähe liegenden Hauptstadt entfernende Zone, und ist vom Meere abgedrängt. Der wirtschaftliche Verkehr vollzieht sich hauptsächlich in Verbindung mit der Tschechoslovakei und Deutschland. Bei einem verhängnisvollen Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr verteilte er sich 1920 wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1000 t	%	1000 t	%
Deutschland	2 220	37,0	224	16,9
Italien	216	3,6	366	27,8
Jugoslavien	212	3,4	48	3,7
Niederlande	109	1,8	—	—
Polen	347	5,8	51	3‘9
Rumänien	—	—	24	1,8
Schweiz	54	1,1	98	7,5
Tschechoslovakei . . .	2 274	37.9	326	24,7
Ungarn	194	3,2	107	8,1
Vereinigte Staaten . .	237	3‘9	20	1,6
Andere Länder . . .	135	2‘3	54	4,1

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Verkehr mit der Tschechoslovakei hat wesentlich stärker gewirkt als jene gegenüber Deutschland, da der politische Anschlußgedanke durch das amtliche Deutschland nicht nur nicht gefördert, sondern entschieden gehemmt wurde. So sah sich Österreich Anfang 1922 zu dem Vertrag von Lana mit der Tschechoslovakei gezwungen, der das Land politisch der Kleinen Entente angliedert und für den deutschen Anschlußgedanken einen sehr empfindlichen Schlag bedeutet.

Mit dem Zerfall Österreich-Ungarns ist auch das kleine Fürstentum Liechtenstein aus der alten Verbindung ausgeschieden und hat sich

in allen wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz angeschlossen. Ebenso ist Luxemburg von dem Zollverband mit Deutschland in einen Zollverband mit Belgien übergetreten — zwei kleine, aber immerhin bezeichnende Verluste an Grenzlanddeutschtum.

Nächst den mehr als 6 Millionen Deutscher, die in Österreich vom Anschluß an Deutschland ferngehalten werden, stehen die nahe an 4 Millionen in Böhmen, die wirtschaftliche Hauptstütze der Tschechoslovakei, an deren zwangsweiser Tschechisierung heute mit allen Mitteln gearbeitet wird. Wie einwandfrei deutsch die breiten Grenzgürtel Böhmens sind, geht daraus hervor, daß selbst tschechische Karten (s. Abb. 35, Seite 458) diesen deutschen Charakter unumwunden erkennen lassen.

Zu der großen Zahl der schon im alten Großherzogtum Polen lebenden Deutschen hat sich die Abtretung der in bisher deutschen und österreichischen Gebieten lebenden Polen gesellt, so daß sich hier ein ähnlich starkes Grenzlanddeutschtum wie in der Tschechoslovakei vereinigt, das gleichfalls den eigentlichen Kulturträger und die stärkste Wirtschaftskraft bildet.

An Frankreich haben wir über 1,6 Millionen Deutscher verloren. Groß ist auch die Zahl der an Südslavien und Rumänien gefallenen Deutschen auf ehemaligen Gebieten Österreich-Ungarns.

Ganz willkürlich sind die Abtrennungen der Freistaaten Danzig und Memel von Deutschland. Im

Freistaat Danzig

beträgt bei 1934 qkm Bodenfläche die fast rein deutsche Gesamtbevölkerung nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 356 740 Personen. Von ihr entfallen auf die Stadt Danzig 194 953, auf die Stadt Zoppot 18 397, Landkreis Höhe 62 222, Landkreis Niederung 31 602, das Große Werder 49 566 Einwohner.

Das neue Freistaatgebiet wird begrenzt im Norden von der See, im Osten von einer Linie, die von dem malerisch gelegenen Pröbbernau auf der Frischen Nehrung über das Leuchtfeuer im Frischen Haff nach der Nogatmündung und von da die Nogat entlang bis zur ungegabelten Weichsel südwärts führt. Die Westgrenze bildet von der Abzweigung der Nogat ab die Weichsel, bis etwa eine Meile nördlich Dirschau, dann schneidet sie die Eisenbahn Dirschau—Danzig südlich der Bahnstation Hohenstein, umzieht in weitem Bogen den Landkreis Danziger Höhe und mündet, Langfuhr, Oliva und Zoppot einschließend, etwa 1 km nördlich von Zoppot wieder in die Danziger Bucht. Der Boden ist zum Teil sehr minderwertig, so an der ganzen mit Dünen besetzten Küste, zu einem großen Teil aber auch von direkt hervorragender Qualität. Offenbar hat die Entente die Absicht gehabt, das Freistaatgebiet in seinen Ernährungsbedürfnissen vom Ausland unabhängig zu machen. Aber nach Berechnungen, die im Danziger Kriegsernährungsamt angestellt worden sind, kann der Danziger Freistaat vom Ertrag seines Bodens doch nicht leben. Ganz erhebliche Mengen von Nahrungs- und Futtermitteln aller Art muß er einführen und mit dem Erlös der Handels- und Gewerbetätigkeit bezahlen.

Die Natur hat Danzig zu einer See- und Handelsstadt bestimmt. Die letzten zwei Jahrzehnte haben ihm daneben noch den Charakter einer großen Industriestadt aufgeprägt. Die Industrie ist sehr mannigfaltig; u. a. hat Danzig drei große Werften, eine Waggonfabrik, viele Fabriken landwirtschaftlicher und anderer Maschinen, Fabriken für einzelne Eisenkonstruktionen, darunter eine Schrauben-, Muttern- und Nietenfabrik, viele Schneidemühlen und Sägewerke (verbunden mit Möbelfabrikation), chemische Fabriken, große Getreidemühlen und bedeutende Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken. Auch die Zigarren- und Zigaretteindustrie ist durch einige große Werke vertreten. Die Fischkonservenfabrikation nimmt einen der ersten Plätze ein. Lederverarbeitung, Seifen-, Zündhölzer-, Teer- und Dachpappenfabrikation wird im großen Maße betrieben. Auch der Bernstein, das Gold der Ostsee, wird hier gewonnen und verarbeitet.

Viele dieser Industriezweige sind für den Bezug ihrer Rohstoffe auf Deutschland, Polen und andere Länder angewiesen, da der Freistaat über Mineralschätze, Kohlen und Holz nicht verfügt. Die bedeutendsten Importartikel, die Danzig einführt, sind: Kohle aus England und Oberschlesien, Eisenerze und Stahl, Heringe aus Schweden und Lebensmittel, letztere hauptsächlich aus Polen.

Die auswärtigen Angelegenheiten der Stadt sowie den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande übernimmt die polnische Regierung. Danzig ist also *kein souveräner Staat*, sondern ein *Vasall Polens*; es ist kein vollwertiges völkerrechtliches Rechtssubjekt, sondern entmündigt und Polen sein Vormund. Es kann deshalb auch mit fremden Staaten keine Verträge schließen, der Vertragsschluß muß vielmehr durch die polnische Regierung erfolgen, und damit ist den Bürgern die Möglichkeit genommen, wieder engere rechtliche Beziehungen mit der deutschen Heimat aufzunehmen. Ferner tritt Danzig in das polnische Zollgebiet ein; es kann also keine eigene Handelspolitik treiben, sondern ist willenlos den handelspolitischen Wünschen Polens unterworfen. Handel und Verkehr sind, soweit sie über den Straßenbahnbetrieb hinausgehen, in polnische Hand gegeben. Die Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Ladestraßen und ähnliche Verkehrsanlagen unterliegen der freien Benutzung durch die Polen, die auch deren Ausbau und Verbesserung aus eigenem Rechte vornehmen und dazu nötiges Gelände mieten und ankaufen können; der Weichselstrom und das gesamte Eisenbahnnetz sowie der Post-, Draht- und Fernsprechverkehr aber fallen gar unter polnische Verwaltung, so daß über Eisenbahn- und Posttarife, über Zugverkehr und Telegrammbeförderung einseitig der Pole zu bestimmen hat und die Beamten dieser Betriebe polnische Beamte sind und polnischen Weisungen zu folgen haben.

An Fläche größer, aber an Einwohnerzahl nach viel kleiner als der Freistaat Danzig ist der ebenso künstliche

Freistaat Memel.

Die Gesamtfläche des abgetrennten Gebiets beträgt 211 993,15 Hektar mit etwa 150 000 Einwohnern, darunter etwa 33 000 in der einzigen Stadt Memel. Etwa 70% der Bevölkerung beschäftigen sich mit Landwirtschaft. Memel besitzt eine reiche Holzindustrie (Schneidemühlen, Schälfabriken,

Zellulosefabriken), eine chemische Fabrik, Waggonfabrik, Brauereien und eine Schiffswerft. Schneidemühlen finden sich außerdem in ländlichen Ortschaften am Strom. Der Memeler Hafen mit betriebsamen Reedereien, war im Wettbewerb mit Königsberg und Libau von erheblicher Bedeutung für die osteuropäische Versorgung. Die Landwirtschaft arbeitete trotz ungünstiger Witterungs- und Bodenverhältnisse mit Überschüssen, namentlich in der Vieh-, Milch- und Buttererzeugung, die dem westlichen Deutschland zugute kamen.

Völkisch betrachtet, war die Einwohnerschaft Memels rein deutsch. Auf dem Lande wurde vielfach deutsch und litauisch gesprochen, jedoch so, daß nur wenige ältere Personen sich fanden, die nicht Deutsch in Wort und Schrift beherrschten, obwohl litauische Familien- und Ortsnamen vielfach, wenn auch teilweise mit deutscher Beeinflussung beibehalten wurden. Daß im schroffen Gegensatz zu gegenteiligen Behauptungen die Mehrzahl der Einwohner sich nicht nach Herkunft und Sprache litauisch fühlten, beweist eine vom französischen Gouverneur angeordnete und sorgfältig überwachte schriftliche Elternabstimmung über die Einführung des litauischen Lese- und Schreibunterrichts in den ländlichen Volksschulen. Bei 2200 vorhandenen Schülern im Gebiet hatten sich die Eltern von nur 400 (= 1,8%) für den litauischen Lese- und Schreibunterricht ausgesprochen. Diese Tatsache spricht für sich allein und läßt sich durch keine Verdrehung aus der Welt schaffen.

Das abgetretene Gebiet nördlich der Memel ist seit dem 13. Jahrhundert deutsches Kulturgebiet, das die Ordensritter dem Christentum zuführten. Lübecker Kaufleute gründeten 1252 die Stadt Memel. Im Jahre 1328 kam das Gebiet bis nach Kurland zur Ordensprovinz Preußen, 1422 wurde durch den Frieden am Melnosee die Grenze im Osten so festgesetzt, wie sie bis zum Versailler Frieden bestanden hat. Rund 500 Jahre ist das Gebiet von allen Kriegsereignissen unberührter deutscher Besitz geblieben.

Über das eigentliche

Auslanddeutschtum

außerhalb der Grenzlande lassen sich heute keinerlei zuverlässige Angaben machen, da im Kriege sehr viele Deutsche, teils freiwillig, teils zwangsweise ihre Wohnsitze verlassen haben, anderseits auch über die Auswanderung nach dem Kriege noch keine zuverlässigen Einzelnachrichten vorliegen. Immerhin sei eine Übersicht über die Gebiete wiedergegeben, in denen vor dem Kriege das Auslanddeutschtum eine größere Rolle gespielt hat:

Deutsche im Ausland:

Deutsche Einwanderung	
in den Vereinigten Staaten 1821—1910	5 389 548
Deutsch-Geborene	
in den Vereinigten Staaten 1900	2 819 396
in Belgien 1900	53 758
Deutsche Einwanderung	
in Brasilien 1820—1910	105 321
in Argentinien 1909	3 201

Deutsch-Geborene			
		in Argentinien	23 450
		in Chile	10 724
Deutsche	in	chinesischen Vertragshäfen 1910	4 106
»	»	Dänemark 1901	35 061
»	»	Frankreich 1901	89 772
»	»	England	?
»	»	Italien 1901	10 745
»	»	Japan 1909	800
»	»	Marokko 1910	250
»	»	Mexiko 1909	2 567
»	»	den Niederlanden 1909	34 533
»	»	Österreich-Ungarn	?
»	»	Paraguay 1900	2 000
»	»	Persien	?
»	»	Portugal 1920	929
»	»	Rumänien	?
»	»	Rußland 1897	158 103
		deutsche Muttersprache:	1 790 489
»	»	Finnland 1897	1 925
»	»	Schweden 1900	5 107
»	»	der Schweiz	?
»	»	Serbien 1907	7 494
»	»	Siam 1910	250
»	»	Spanien	?
»	»	der Türkei	?
»	»	Bulgarien 1905	5 021
»	»	Ägypten 1907	1 874
»	»	Uruguay 1900	709
»	»	Venezuela	?

B. Richtlinien künftiger deutscher Außenpolitik.

1. Wirtschafts- und verkehrsgeographische Möglichkeiten.

Die tiefgreifende Umgestaltung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage durch den Krieg hat eine allgemeine Nachprüfung und Umstellung der Beziehungen zwischen Wirtschaftstheorie und geographischen Grundlagen der Wirtschaft gegeben. In bisher industriell unentwickelten Ländern regt sich das Verlangen nach eigener Verarbeitung der Bodenschätze, nach Schutz der nationalen Arbeit gegen die die eigene industrielle Entwicklung hemmende fremde Einfuhr; alte Stammlande des Schutzes der nationalen Arbeit erheben den Ruf nach Freihandel und Freizügigkeit.

Die wirtschaftspolitischen Theorien bewegen sich, soweit Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen volkswirtschaftlichen Gebieten in Frage stehen, zwischen zwei Extremen: dem System des absoluten Freihandels, der jeder Volkswirtschaft wenigstens formell die gleichen Bedingungen für die Nutzung aller Schätze der Erde und für freien Handels-

verkehr mit jeder andern Volkswirtschaft stellt, und dem System der selbstgenügsamen Eigenwirtschaft, des geschlossenen Handelsstaates, der alle Bedürfnisse seiner Bewohner aus der eigenen Produktion zu decken trachtet. In Wahrheit finden wir keines der beiden Extreme praktisch irgendwo in absoluter Reinheit entwickelt. Auch bei formeller Gleichheit und unbeschränkter Freiheit der Handelsbeziehungen sind die Bedingungen, unter denen sich das Wirtschaftsleben innerhalb der verschiedenen volkswirtschaftlichen Gemeinschaften vollzieht, keineswegs die gleichen, da nicht nur natürlicher Bodenreichtum, verkehrsgeographische und klimatische Bedingungen grundverschieden sind, sondern auch die Bedürfnisse, die wirtschaftlichen Fähigkeiten und der Kulturstand der Bevölkerung. Die naturgemäße

weltwirtschaftliche Arbeitsteilung

richtet sich nicht lediglich nach den Bodenschätzen, die einem Lande abgewonnen werden können, sie richtet sich auch nach der Bevölkerungsdichte, dem Bevölkerungswachstum, dem überlieferten Stande und der Fortentwicklung des technischen Könnens.

In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hatte sich nach Zeiten, in denen die Freihandelslehre die Vorherrschaft gehabt, eine starke Tendenz entwickelt, die unter dem äußeren Gepräge des Schutzzollsystems darauf hinausging, die einzelnen volkswirtschaftlichen Gemeinschaften möglichst allseitig zu entwickeln und in reinen Agrarländern auch die verschiedensten Zweige industrieller Produktion zu begünstigen. Der Krieg mit seiner Fülle mehr oder weniger erzwungener wirtschaftlicher Begleiterscheinungen hat das Streben nach geschlossener Eigenwirtschaft gewaltsam gesteigert. Nicht nur die von der Blockade der Entente betroffenen europäischen Mittelmächte sahen sich aus dem Weltverkehr herausgerissen und darauf angewiesen, ihre ganze Wirtschaft fast restlos auf die Erzeugnisse des eigenen Bodens einzustellen, sondern auch überseeische Gebiete litten infolge der mehr und mehr ansteigenden internationalen Frachtraumnot unter wesentlich verringerten Handelsbeziehungen zur Außenwelt und mußten demgemäß nach mancherlei Umstellung ihres wirtschaftlichen Systems trachten. Während auf der einen Seite die Rohstoffnot in großem Umfange neue Erfindungen zeitigte, die durch neue Verwendung der im Lande vorhandenen Hilfsstoffe die Abschließung vom Weltmarkt wenigstens notdürftig auszugleichen bestimmt waren, hat auf der anderen Seite der Rohstoffüberfluß beim Ausbleiben fremder Fertigfabrikate neue Industrien gezüchtet. Wohl hat man sich an beiden Stellen unter dem Zwange der Verhältnisse über die wesentlich eingeengten Beziehungen hinweggeholfen, doch wurde letzten Endes überall der Druck der gewaltsamen Herabminderung des Außenverkehrs so stark empfunden, daß eine natürliche Reaktion nicht ausbleiben kann und das Verlangen nach Wiederherstellung zweckmäßig abgemessener weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung stärker und natürlicher hervortreten wird.

Verhältnismäßig dünn bevölkerte Riesenflächen mit ausgebreiteter landwirtschaftlicher Produktion, wie Rußland, Kanada und Südamerika, sind natürlich Lieferanten der Überschüsse von Agrarprodukten für dicht

besiedelte Industrieländer. Sie können ihrerseits aus Mangel an Arbeitskräften nicht plötzlich dazu übergehen, ihre ganzen Bedürfnisse an industriellen Erzeugnissen selbst zu decken, haben auch kein Interesse daran, die Kaufkraft der ihre Überschüsse aufnehmenden Länder zu ersticken. Die Tropenländer liefern in reichem Maße industrielle Rohstoffe, zu deren Verarbeitung die Bevölkerung nach Kopfzahl, technischer Bildung und klimatischen Bedingungen mehr oder weniger ungeeignet ist, so daß volle weltwirtschaftliche Nutzung dieser Erzeugnisse nur geschehen kann in den eigentlichen Industrieländern. Die dichtbesiedelten Kulturländer der gemäßigten Zone verfügen in reichlichem Maße über die nötigen Arbeitskräfte und das durch eine lange Entwicklung geförderte technische Können, ermangeln aber ihrerseits der Rohstoffe und der durch das Volkswachstum benötigten ausreichenden Lebensmittel. Alle diese Erscheinungen bedingen ein hohes Maß weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung, die wohl durch den Krieg gestört werden konnte, aber mit Notwendigkeit wieder zu vervollkommneter Durchführung drängt.

In Zeiten scharfer politischer Spannung konnte es möglich sein, daß das Gefühl für die Gefahren scharfer Konkurrenz stärker in den Vordergrund rückte, als das unbefangene Verständnis für die Vorteile der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Dauernd kann aber kein Land im eigenen Interesse einerseits auf die Exportförderung bedacht sein, anderseits aber dem Import gegenüber seine Pforten verschließen. Wohl liegt es im Interesse der Zahlungsbilanz nahe, den Import aus solchen Ländern nach Möglichkeit einzuschränken, die sich der Aufnahme des Exportes weitgehend versperren. Anderseits aber wird der Exporteur der Einsicht nicht ermangeln, daß die Kaufkraft seiner Kunden nur in ihm selbst vorteilhafter Weise gefördert wird, wenn das exportierende Land auch dem Import von Überschüssen jener fremden Märkte die Tore öffnen.

Deutschland hatte die bedeutende Höhe seiner Stellung als Exportland vor dem Kriege erworben durch die exakte Entwicklung seiner Technik und Chemie auf wissenschaftlicher Grundlage und durch besonders weitgehende Anpassung seiner industriellen Produktion an die individuellen Bedürfnisse der verschiedenen Absatzmärkte. Das kam zum Ausdruck namentlich in seiner großen Ausfuhr an Eisenwaren und Maschinen, an Chemikalien und Drogen, an Farben und elektrotechnischen Erzeugnissen, an Textilwaren, Papier und Leder. Von der weitgehenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zeugte insbesondere der sehr rege Handelsverkehr, der vor dem Kriege zwischen den beiden industriell am weitesten entwickelten Ländern, England und Deutschland, stattfand, da die verschiedenen Industriezweige dieser Länder in hohem Grade spezialisiert waren und einander vielfach ergänzten und wechselseitig befruchteten. So profitierte die deutsche Textilindustrie von den englischen Garnen, die englische Textilindustrie von den deutschen Farben. Die exakt-wissenschaftliche Grundlage der deutschen Technik wird auch in Zukunft für die Weltmärkte ihre unbezweifelbaren Vorteile geltend machen und zu ihrem Teil mitbestimmend sein für die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

In gewissem Grade hat unter den Kriegswirkungen wohl jedes Land die Neigung verspürt, sich für die notwendigsten Erzeugnisse des täglichen Lebens einigermaßen auf eigene Füße zu stellen. Wenn dadurch Industrialisierungspläne auch in bisher industriell unentwickelten Ländern veranlaßt worden sind, so ist jedoch nicht etwa zu erwarten, daß deshalb die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung sich verringern und die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen vermindert würden. Im Gegenteil: Auch solche Industrialisierungspläne schaffen wieder neue Bedürfnisse nach Maschinen und allerlei technischem Zubehör der zu schaffenden Fabrikanlagen. Sie haben ferner die Voraussetzung, daß eine ausreichende Zahl von Arbeitskräften zusammenströmt, und zur Folge, daß sich bei diesen Arbeitskräften durch die Berührung mit der industriellen Produktion neue Bedürfnisse entwickeln, die teilweise erst wiederum aus fremden Produktionsstätten gedeckt werden müssen. Sie erhöhen die Kaufkraft und die Aufnahmefähigkeit des Marktes und führen somit nicht etwa zu einer selbstgenügsamen Verengung der Volkswirtschaft, sondern vielmehr zu einer Steigerung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und zu neuer Ausgestaltung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung.

Die ganz anormalen und ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse, die nach dem Kriege in allen Ländern herrschten, ließen einer besonnenen Auffassung dieser natürlichen Zusammenhänge freilich noch auf lange Zeit hinaus keinen Raum. Seitdem der unglückliche Ausgang des Weltkrieges einen nie geahnten Tiefstand der deutschen Valuta mit sich gebracht, spukte bei vielen ausländischen Regierungen die Furcht vor einer Eroberung des Weltmarktes durch die deutsche Industrie. Die gegenwärtige, vorübergehende Notlage ihres eigenen Wirtschaftslebens als dauernde Erscheinung hinstellend, unterstützte die Presse des Auslandes diese Furcht der Regierungen, die in protektionistischen Zollvorschriften, »Anti-Dumping«-Maßnahmen, Ursprungszeichen für Importwaren und Einführung erschwerenden Bewertungsbestimmungen für Zollzahlungen ihren Ausdruck fand. Daß hierdurch die so notwendige Gesundung der Weltwirtschaft erschwert, ja unter Umständen vorläufig verhindert wird, wollte man nicht sehen. Trotzdem gibt es genug einsichtsvolle Wirtschaftspolitiker, welche vor einer Überschätzung der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und vor einer Ausschaltung des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte warnen.

Es darf nicht übersehen werden, daß schon längere Zeit vor der höchsten Steigerung dieser Waffe der

internationale Boykott

eine erhebliche Rolle in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Völkern gespielt hat — als ein Mittel, wirtschafts- und verkehrsgeographische Abhängigkeiten zu politischem Druck zu nützen. Es braucht nur erinnert zu werden an das größte Beispiel aus der Geschichte aller Zeiten und Völker vor dem weltpolitischen Wendejahr 1914, an die Kontinentalsperre, die Napoleon I. auf der Höhe seiner Macht für ganz Festlandeuropa gegen die englischen Waren verhängte. Das Verlangen, die allgemeine Durchführung dieser Sperre auf dem Kontinent zu er-

zwingen, gehörte mit zu den Beweggründen, die Napoleon zu dem verhängnisvollen Vorgehen gegen Rußland veranlaßten. Napoleons Macht brach zusammen, England aber hatte sich, gerade durch die Kontinentalsperre angetrieben, Organisationen geschaffen, die in der Folgezeit seinen Anteil am Welthandel zu einem weit überragenden machten.

Als ein verkappter Boykottversuch waren später auch jene Warenzeichenbestimmungen zu betrachten, die ihr Hauptbeispiel fanden in der berühmten britischen Marke »Made in Germany«, deren Einführung ihrer Absicht nach nichts anderes bedeutete als einen Versuch, die deutsche Einfuhr zu boykottieren. Der national gesinnte Engländer sollte veranlaßt werden, aus Patriotismus davon Abstand zu nehmen, Waren mit dieser Marke zu kaufen. Der kaufmännisch rechnende Brite sollte gewarnt werden vor Produkten mit dem Signum »billig und schlecht.« Indessen, die Zeiten, in denen deutsche Erzeugnisse in dieser Weise charakterisiert werden konnten, waren vorüber. Die nach wie vor nach England importierten Waren deutschen Ursprungs erwiesen sich als billig und gut, und aus der Boykottmarke wurde unversehens eine Reklamemarke. So erreichte auch das britische »Made in Germany» ähnlich der napoleonischen Kontinentalsperre ungefähr das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung.

Häufiger als die staatlichen Versuche, auf dem Wege der Gesetzgebung die Boykottierung von Waren bestimmten Ursprungs herbeizuführen, waren vor dem Kriege im internationalen Verkehr die Fälle, in denen das Volk von sich aus die Waren eines anderen Landes nach Reizung politischer Gegnerschaft boykottierte. So war es häufig der Fall auf der Balkanhalbinsel und in Ostasien. Während der bosnischen Krise wurde in den türkischen Häfen die Ausschiffung österreichischer Waren durch das Volk verhindert; während des Tripoliskrieges wurde in der Türkei die italienische Einfuhr boykottiert. Daß die Türken griechische Waren, die Serben österreichische Erzeugnisse boykottieren, gehört bei jeder kleinen oder großen politischen Spannung zum täglichen Brauch. In China griff gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine ausgedehnte Boykottbewegung Platz, als man im Streit lag über die Behandlung der Gelben in den amerikanischen Weststaaten.

Der hinter uns liegende Krieg stand wirtschaftlich im Zeichen einer umgekehrten Kontinentalsperre, indem England sich befleißigte, die Waren Mitteleuropas vom ganzen Weltmarkt auszuschließen und darüber hinaus eine Liga zur internationalen Boykottierung Deutschlands für die Nachkriegszeit auf die Beine zu bringen. Im Rahmen der bekannten vierzehn Punkte Wilsons ist der internationale Boykott vorgesehen als ein Mittel zur waffenlosen Unterwerfung eines widerstrebenden Staates unter den Willen des Völkerbundes. Der Frieden von Versailles hat in Ostasien dem wirtschaftlichen Boykott aus politischen Gründen Nahrung gegeben. Die Erbitterung über die Tsingtau- und Schantungfrage hat sich bei den Chinesen in einem Boykott Luft gemacht, der die Einfuhr japanischer Erzeugnisse nach China so empfindlich traf, daß binnen kurzem die Aufnahme japanischer Waren auf dem chinesischen Markt auf durchschnittlich ein Zehntel des Betrages im gleichen Zeitraume des Vorjahres zurückging.

Zeigt sich auch in solchen Einzelfällen vorübergehend eine eklatante Wirkung des internationalen Boykotts, so hat die Erfahrung im ganzen doch gelehrt, daß die Versuche sich gegen ihren eigenen Urheber richtete, wie in den oben erwähnten Fällen der napoleonischen Kontinentalsperre und der britischen Marke »Made in Germany«, da die wirtschaftlichen Abhängigkeiten in der Regel wechselseitig sind. Auch dem weltumfassenden Versuch eines von England geleiteten internationalen Boykotts gegen deutsche Erzeugnisse im wirtschaftlichen Nachkrieg blieb der Erfolg versagt. Der allgemeine Warenhunger, der die ganze Welt beherrschte, duldete keine Ausschließung der deutschen Erzeugnisse von den Weltmärkten, auch keine Boykottierung der verarbeitenden deutschen Industrie bezüglich der Rohstoffbelieferung, zumal dem Warenhunger auf den von Fertigfabrikaten entblößten Märkten vielfach ein Rohstoffüberfluß gegenüberstand.

Der internationale Warenaustausch, der von 1914 bis 1919 durch den Krieg gestört war, konnte unter den auf S. 212ff. dargelegten Einwirkungen durchaus nicht etwa alsbald nach den Friedensschlüssen wieder in die alten Geleise kommen, sondern blieb großen Erschwernissen ausgesetzt. Auch waren die Friedensschlüsse in ihrer Fassung weit davon entfernt, dem Welthandel wieder unumschränkten Spielraum zu geben. In den ersten, später ungültig gewordenen Friedensschlüssen von Brest-Litowsk hatten die Unterhändler der östlichen Völker in staatssozialistischen Neigungen oder aus bolschewistischen Beweggründen den freien Warenhandel auszuschalten und durch eine staatliche Organisation des Güteraustausches zu ersetzen gesucht, und teils mit Rücksicht auf die Valutaschwierigkeiten, teils um die Deckung bestimmter dringlichster Bedürfnisse sicherzustellen, war man deutscherseits diesen Wünschen entgegengekommen.

Auch die in Paris und Umgegend geschlossenen Verträge griffen tief in die Freiheit des Güteraustausches ein, insofern als beispielsweise Deutschland die Ablieferung bestimmter Fabrikate in sehr beträchtlichem Ausmaße an die Ententemächte auferlegt wurde, was naturgemäß die Belieferung fremder, freier Märkte durch die deutsche Industrie im Wege des freien Welthandel sehr erheblich beeinträchtigte.

In ähnlicher Richtung wirkte die Erschwerung des unmittelbaren Frachtverkehrs zwischen Deutschland und überseeischen Märkten durch den Verlust des weitaus größten Teiles der Handelsflotte.

Die Wiederbelebung und tatkräftige

Förderung des deutschen Außenhandels

war aber eine unbedingt zwingende Lebensnotwendigkeit für das durch die vieljährige Absperrung vom Weltmarkt gegangene Volk. Der Friedensschluß hat unseren Nahrungsmittelspielraum wesentlich eingeschränkt, indem er uns für die Volksernährung überaus wichtige Überschußgebiete genommen hat. Die großen Grundbesitzbezirke in Posen und Westpreußen versorgten große Teile des übrigen Reiches, vornehmlich die Reichshauptstadt, mit Brotgetreide, Kartoffeln und Zucker, und aus den im Norden verlustig gegangenen Landstrichen kam vornehmlich eine reichliche Zufuhr

von Vieh und tierischen Erzeugnissen. Es kommt allgemein hinzu, daß die landwirtschaftliche Produktion unter dem Krieg schwer gelitten hat, da es an menschlichen und tierischen Kräften für die ordnungsgemäße Bestellung der Felder, an Düngemitteln, an Betriebsstoff für die landwirtschaftlichen Maschinen und an Reparatur- und Ersatzmöglichkeit für diese Maschinen gebrach. Nach der Revolution hat schließlich auch die Leistung der Landarbeiter nachgelassen; kurzum, wir hatten einen bedeutenden Mehrbedarf an Einfuhr von Nahrungsmitteln zu verzeichnen.

Völlig entblößt waren wir bei Kriegsende infolge der fünfjährigen Blockade von den überseeischen Rohstoffen für unsere Industrie. Auch hier galt es, die Lager wieder aufzufüllen und große Einfuhrmengen heranzuschaffen. Trotz dieser Höhe des Einfuhrbedarfes standen wir im Hinblick auf die Einfuhr schließlich aber doch eher vor einem Zuviel als vor einem Zuwenig. Das Ausland seinerseits hatte den deutschen Absatzmarkt ein halbes Jahrzehnt lang entbehrt und war bereit, ihn mit seinen Waren zu überschwemmen.

Wenn wir uns zunächst fragen, was und nach welchen Ländern wir zweckmäßig ausführen können, so werden wir nicht unerhebliche Veränderungen in der Struktur unserer Ausfuhr festzustellen haben, sowohl bezüglich der Waren wie bezüglich der Ziele. Auf weiten Industriegebieten ist der ausländische Wettbewerb durch die Begleit- und Folgeerscheinungen des Krieges sehr beträchtlich gesteigert worden. Vor allen Dingen ist es die Textilindustrie, die an den Erzeugungsstätten der Rohstoffe eine wesentliche Steigerung erfahren hat. Die Vereinigten Staaten, denen nicht nur der Absatzmarkt der Mittelmächte verschlossen, sondern auch infolge des Frachtraummangels der sonstige Absatzmarkt für ihre Rohbaumwolle eingeschränkt war, haben die Zahl ihrer Spindeln wesentlich erhöht und haben mit den Erzeugnissen ihrer eigenen Textilindustrie namentlich die südamerikanischen Märkte lebhaft bearbeiten können.

Auch in Britisch-Indien, dessen Industrie bis dahin geflissentlich von England aus niedergehalten wurde, hat sich in der Kriegszeit eine nicht unerhebliche Textilindustrie zu entwickeln vermocht. Große Mengen des indischen Rohstoffes gingen ferner nicht mehr nach England, das des nötigen Frachtraumes ermangelte, sondern nach Japan, das seine Handelsflotte im Indischen Ozean zur herrschenden zu machen vermochte.

Den Bezug der besten Qualitätsware an Textilrohstoffen, und zwar nicht nur an Baumwolle, sondern namentlich auch an Wolle aus seinen Kolonien hat England sich für die Folgezeit in gegenüber früher noch erhöhtem Maße gesichert. Unsere Textilindustrie steht also vor wesentlich erschwerten Wettbewerbsverhältnissen. Die im Kriege verarbeitete deutschen Ersatzstoffe mögen teilweise auch fernerhin in der Lage sein, in der zu äußerster Sparsamkeit gezwungenen deutschen Volkswirtschaft Absatz zu finden, können aber in großem Umfange schwerlich auf Weltmarktwettbewerbsfähigkeit rechnen. Nur die Seidenindustrie hat in großem Maßstabe weiter zu arbeiten vermocht und wird sich auch künftig in vollem Maße behaupten können.

Vor der Textilindustrie stand in der deutschen Gesamtausfuhr der Maschinenbau und die Eisenindustrie. Nun ist der Eisenindustrie ein schwerer Schlag versetzt worden durch die Führung unserer Westgrenze. Anderseits sind Maschinen- und Eisenindustrie durch den Krieg zu höchster Leistungssteigerung, wenn auch auf mehr oder weniger einseitigen Sondergebieten, veranlaßt worden. Sie verfügen über eine große Umstellungsfähigkeit und werden auch künftig, zumal auf Grund der technischen Vervollkommnungen, zu denen der Krieg sie angespornt hat, ihren Platz im großen und ganzen behaupten können.

Die vielseitige Verwendung, welche der Papierstoff in der Not des Krieges gefunden hat, wird in einer Belebung der Papierindustrie für die Nachkriegszeit fortwirken.

Recht kompliziert liegen die Dinge bezüglich der chemischen Industrie. Einerseits gehört auch sie zu jenen Produktionszweigen, die durch den Krieg ganz gewaltige Anregungen und ein beschleunigte Entwicklung erfahren haben. Anderseits sah sich das feindliche Ausland sowohl durch die drückende Not der Entbehrung deutscher Chemikalien wie durch alten Konkurrenzneid veranlaßt, die Kriegszeit zur selbständigen Entwicklung einer eigenen chemischen Industrie zu nutzen. Der Raub der deutschen Patente und der auf chemisch bewanderte Kriegsgefangene ausgeübte Druck haben den Ententeländern dabei sehr wesentliche Dienste geleistet. Während sie in der Anfangszeit des Krieges mit ihren chemischen Experimenten fast überall nur sehr bescheidene Erfolge zu erzielen vermochten, haben sie mit der Länge der Zeit doch recht wesentliche Fortschritte machen können.

Der Hochstand der chemisch-technischen Wissenschaften in Deutschland und ihr alteingewöhntes Zusammenarbeiten mit den auf wissenschaftlichen Grundlagen fußenden Berufszweigen verspricht uns immerhin auch für die Zukunft auf diesem Gebiete einen Vorsprung bzw. das Erringen neuer Vorteile dort, wo wir alte eingebüßt haben.

Auch nach dem Spielzeug, das in der Ausfuhr einen sehr stattlichen Rang einnahm, hegt das Ausland wieder lebhaftes Verlangen.

In erster Linie werden wir insgesamt die Ausfuhr aller jener Warengruppen weiter pflegen können, für deren Herstellung wir Rohstoffe vom eigenen Boden zur Verfügung haben oder doch nur einer verhältnismäßig geringen Rohstoffzufuhr benötigen, zugleich die Ausfuhr aller solcher Waren, bei deren Erzeugung uns unsere chemisch-technische Überlegenheit und Präzision zu Hilfe kommt.

Was ferner die Hauptrichtung der deutschen Ausfuhr anbelangt, so ist die Zahl der Absatzmärkte, auf denen während des Krieges die Saat des Hasses gegen Deutschland nicht überwucherte, ja leider nur recht gering. Mit diesen Märkten, wie etwa den Niederlanden, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Argentinien und Spanien, konnten wir unverzüglich wieder zu ausgedehnten Handelsbeziehungen gelangen, im Tempo ihrer Entwicklungsmöglichkeit allerdings gehemmt durch die Tatsache, daß wir nicht mehr über eine eigene Handelsflotte verfügten und in beträchtlichem Grade abhängig waren von der Politik der fremden Verfrachter.

Von jenen Ländern, die im Kriege gegen Deutschland gestanden haben, wird man in erster Linie Italien als einen Markt zu nennen haben, der sich nach schleuniger Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sehnt. Auch in China und Brasilien, um das Beispiel zweier besonders großer Länder zu nennen, war die Herstellung des Kriegszustandes gegenüber Deutschland nur erzwungen, und man trug dort keine Neigung zu irgendeiner Art wirtschaftlichen Nachkrieges.

Von unseren wirklichen Feinden standen die Vereinigten Staaten stets auf dem Standpunkt, sich unverzüglich mit Deutschland wieder ins Geschäft zu setzen; aber so groß ihre Lieferantenrolle ist, so groß ist die Differenz zwischen unserer Ein- und Ausfuhr im Verkehr mit Nordamerika. England für sein Teil hat seine sämtlichen Trabanten nach Möglichkeit in den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland hineingehetzt. Die tiefere Absicht Englands aber war es nicht etwa, Deutschland nun wirklich ganz vom Welthandel auszuschalten, sondern sich zum allmächtigen Beherrscher der deutschen Auslandsverbindungen zu machen und nach Möglichkeit alle deutsche Ein- und Ausfuhr über See dem englischen Zwischenhandel botmäßig zu machen.

Das große Rußland, das dringend der Wiederbelebung seines Handels mit Deutschland bedürfte, ist vorläufig als Weltwirtschaftsfaktor durch den wirtschaftszerrüttenden Bolschewismus ausgeschieden. Es ist im übrigen künstlich von der Landverbindung mit Deutschland durch den polnischen Pufferstaat und durch die französische Kolonie Memel abgeschnitten, eine der wirtschaftlich einschneidensten Wirkungen des Friedensschlusses, zumal in Anbetracht der Ermangelung einer eigenen Großhandelsflotte auf beiden Seiten.

Welche Mittel der Ausfuhrförderung, so haben wir fernerhin zu fragen, stehen uns nun in unserer gegenwärtigen Lage zur Verfügung. Vor dem Kriege war es eine alte Klage, daß die deutsche Diplomatie, wie in ihrer Beurteilung und Beeinflussung der politischen Vorgänge, so auch in ihrer Fähigkeit zur Wirtschaftsförderung im großen Umfange versagte. In Zukunft soll ein innigeres Zusammenwirken des diplomatischen und des konsularischen Dienstes stattfinden und hierdurch der Einfluß des wirtschaftlichen Faktors auf die amtliche Vertretung unserer Interessen im Ausland erhöht werden. Wenn man aber früher gegenüber der Auswahl unserer amtlichen Vertreter im Auslande den Vorwurf der Einseitigkeit nach der Seite des Feudalismus erhob, so besteht heute die schwerlich geringere Gefahr einer einseitigen Protektionswirtschaft im engherzigen Parteisinn nach anderer Richtung und durchaus keine sichere Gewähr dafür, daß der Grundsatz »freie Bahn dem Tüchtigen« hierunter nicht zu leiden haben würde. Wirtschaften wir auch heute noch aus dem Vollen, d. h. aus dem schier unerschöpflichen Papiermaterial der Notenpresse, so werden wir in Zukunft ja schließlich doch einmal wieder zu einem geordneten Haushalt gelangen müssen, in dem die für die Entente gebrachten und noch weiterhin fortgesetzt zu bringenden Opfer uns die äußerste Sparsamkeit auferlegen, so daß wohl auch die amtliche Außenhandelsförderung durch Beschränkung ihrer finanziellen Mittel einen nicht leich-

teren Stand haben wird als in der Vorkriegszeit. Außerdem hat sich in Deutschland die staatliche Außenhandelsförderung stets als eine bureaukratisch schwerfällige Maschinerie erwiesen, die praktisch nur wenig zu leisten vermochte, und die Aussicht ist einstweilen nicht sonderlich groß, daß in dieser Hinsicht grundlegende Änderungen eintreten würden. Dazu zeigt sich in der gegenwärtigen Ausbildung unseres parlamentarischen Systems eine ungeheure Scheu vor individueller Verantwortung und individueller Initiative und an bedenklicher Neigung zu möglichst vielköpfigen Spitzen, die jede positiv fördernde Arbeit unbedingt erschweren und beträchtlich verlangsamen. Verfasser hat während des Krieges, als Deutschland noch nicht an diesem Ziel angelangt war, jahrelang mit geringem Behagen die Verhältnisse in dem damals verbündeten Bulgarien beobachten können, in dem jeder Hosenknopf nicht der Verantwortung einer einzelnen Persönlichkeit, sondern der langwierigen Entscheidung durch den Ministerrat unterlag. Jeder Minister scheute sich vor eigenen verantwortlichen Entschlüssen und wälzte die Last der Verantwortung im großen und im kleinen auf das schwerfälligere Gebilde des aus mehr oder weniger heterogenen Parteien zusammengesetzten Ministerrates, was natürlich alle Entscheidungen in oft sehr unliebsamer Weise verzögerte und an die Stelle zielklarer Entschlüsse verschwommene Kompromisse setzte. In ähnlichen politischen Verhältnissen vermögen wir nur schwer an eine tatkräftige und auf das für solche Dinge durchaus notwendige beschleunigte Zeitmaß staatlicher Außenhandelsförderung zu glauben.

Die Zahl unserer Reichsämter, die sich mit wirtschaftlichen Dingen befassen, ist gesteigert, dadurch die Gelegenheit zu zeitraubenden und der Sache wenig förderlichen Kompetenzkonflikten vermehrt, die frische Initiative gebannt.

Die Mängel und Schwächen des bureaukratischen Apparates für Außenhandelsförderung haben vor dem Kriege die Privatinitiative angefeuert. Leider waren damals die sich diesem Zwecke widmenden Kräfte außerordentlich zersplittert. Es kam buchstäblich so weit, daß, als eines Tages der Versuch unternommen wurde, zwanzig innerhalb kurzer Zeit gegründete wirtschaftliche Gesellschaften und ähnliche Organisationen, insbesondere auch für Hebung unseres arg darniederliegenden Überseenachrichtendienstes, endlich unter einen Hut zu bringen durch die Gründung einer großen Zentrale, die Folge war, daß nunmehr statt der alten zwanzig Vereine glücklich einundzwanzig nebeneinander existierten und in ihrer alten Planlosigkeit aneinander vorbei arbeiteten. Während des Krieges ist in dieser Beziehung ein Wandel zum Besseren eingetreten, und wenn auch nicht eine vollständige Vereinheitlichung, so doch eine wesentlich gesteigerte Kräftekonzentration erreicht.

Mag sich auch ein Teil der zu bearbeitenden Auslandsmärkte immer noch gegen die Wiederanknüpfung engerer wirtschaftlicher Verbindungen mit Deutschland sträuben, so unterliegt es doch wohl keinem Zweifel, daß im großen und ganzen das Sehnen des ausländischen Kaufmannes und weitester volkswirtschaftlicher Kreise in fremden Ländern dahin geht, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen und wieder den eigenen Vorteil

im Warenaustausch mit Deutschland zu suchen. Alle feindlichen Haßgesänge haben schließlich noch nicht ganz vermocht, das Hohe Lied im Krieg erwiesener technischer Leistungsfähigkeit Deutschlands zu übertönen. Vielfach hat man die Abschneidung der Zufuhr deutscher Erzeugnisse durchaus unliebsam empfunden und als Schädigung der eigenen Entwicklung in Landwirtschaft, Industrie und Handel betrachten gelernt. Vielfach empfand man auch in den Kreisen der zu unseren Gegnern gepreßten Länder peinlich den in dieser Hinsicht ausgeübten Druck und wollte zumindest von einem Wirtschaftskrieg nichts wissen. Auf den weitaus meisten Märkten werden die Erzeugnisse deutscher Leistungsfähigkeit mit Achtung wieder begrüßt und gern mit ihnen die schwer empfundenen Lücken in der eigenen Bedarfsdeckung wieder aufgefüllt.

Als sich nach dem Kriege, einem Kriege, der durch vier Jahre eine beispiellose Weltpropaganda für die technische Leistungsfähigkeit Deutschlands gemacht, die Wege für die Erzeugnisse der deutschen Industrie zum Weltmarkt wieder öffneten, hätte es kaufmännischer Augenblickspolitik sogar fast überflüssig erscheinen können, irgendwelche Werbearbeit für die deutschen Erzeugnisse zu betreiben. Der die ganze Welt beherrschende Warenhunger verlangte zu seiner Stillung dringend auch nach deutschen Erzeugnissen und die Nachfrage überstieg weit die vorläufige Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie, die erst wieder von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft umgebaut werden mußte und nicht in der Lage war, mit einem Schlage die gewaltigen Rohstoffmengen hineinzubekommen, deren sie bedurft hätte, um die ganzen Inland- und Auslandnachfragen decken zu können. Als dann weiterhin der Sturz der deutschen Valuta jedes deutsches Erzeugnis für westliche Käufer auf einen spottbilligen Preis herabdrückte, da schien es fast notwendiger, die Ausländer vom großen deutschen Ausverkauf fernzuhalten, als durch Werbemittel irgendwelcher Art die internationale Käuferschaft anzulocken. Aber wirtschaftliche Vorsorge darf nicht nur das Heute im Auge halten, sondern muß auch an das Morgen und Übermorgen denken. Wie eine einzelne Firma, die im Vertrauen auf eine doch zweifellos vorübergehende Hochkonjunktur das regelmäßige Inserieren abstellt, sich der Gefahr aussetzt, beim Publikum in Vergessenheit zu geraten, so heischt auch das Gesamtinteresse volkswirtschaftlicher Produktion für den Weltmarkt, daß zu keiner Zeit die Propaganda für das produzierende Land zur Ruhe kommen darf. Über Nacht folgte dem stürmischen deutschen Ausverkauf, währenddessen die ausländischen Käufer den deutschen Produzenten die Ware aus der Hand rissen, die plötzliche Absatzstockung in allen großen Industrieländern. Die nach dem Kriege herrschende Unterproduktion an Friedenswaren wurde noch übertroffen durch die Unterkonsumtion, die teils den Stempel des von Amerika ausgehenden Käuferstreiks trug, teils durch die Tatsache bedingt war, daß das fortgesetzte Emporschnellen der Preise die Ware tatsächlich der Aufnahmefähigkeit des Publikums entzog. Noch wird uns auf einem großen Teil der Auslandsmärkte wirtschaftlich großes Vertrauen entgegengebracht. Aber dieses Vertrauen droht zu schwinden, wenn die Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Lebens uns durch die Entente

ständig mehr und mehr erschwert werden und wenn das Ausland hierdurch zur wesentlich verringerten Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit veranlaßt werden muß. Es kommt also darauf an, das Ausland zu überzeugen, daß wir auch unter den so sehr erschwerten Bedingungen durch rationellste Führung der deutschen Wirtschaft, durch Anspannung aller Kräfte und vor allen Dingen durch qualitative Höchstleistung nach wie vor wirtschaftliches Vertrauen zu beanspruchen berechtigt sind. Dazu bedarf es neben der Durchführung der entsprechenden wirtschaftlichen Leistungen selbst auch einer unausgesetzten Propagandaarbeit unter Nutzung aller Mittel, deren sie sich heute zu bedienen überhaupt in der Lage ist. Die Verringerung der verfügbaren Mittel durch die Opfer, die wir nach allen Richtungen hin zu bringen gezwungen sind, erheischt hierbei mehr denn je ein planmäßiges Zusammenarbeiten und die Vermeidung jeglicher Zersplitterung.

Die auch für das gesamte innerwirtschaftliche Leben Deutschlands so außerordentlich wichtige Frage nach den künftigen Aussichten unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen hat im langen Verlaufe des Krieges eine wechselvolle Beurteilung und Beantwortung erfahren und sich schließlich nach seinem Ausgange wiederum wesentlich anders gestaltet, als zuvor irgend angenommen werden konnte.

Obwohl alsbald nach Kriegsausbruch vom großen Überseehandel abgeschlossen, glaubten wir damals doch, an eine gehobene Zukunft gerade unseres überseeischen Handels nach Kriegsende denken zu können. Insbesondere war zu jener Zeit der Gedanke an weitestgehende Verselbständigung des deutschen Seehandels lebendig. Der Ruf: »Los von London!« hallte durch die deutsche Presse. So stark sich in den letztvergangenen Jahrzehnten die deutschen Großreedereien auch entwickelt hatten, war doch der engliche Zwischenhandel immer noch in recht beträchtlichem Umfange Mittler zwischen der industriellen Produktion Deutschlands und den überseeischen Absatzmärkten geblieben, ebenso auch Mittler zwischen wichtigen Gebieten überseeischer Rohstoffproduktion und der verarbeitenden deutschen Industrie. Es braucht nur an die verhältnismäßig geringe Bedeutung der deutschen Schiffahrt nach Indien und Australien in der Vorkriegszeit erinnert zu werden, um diesen Punkt klar zu stellen. Ferner barg der unmittelbare deutsch-überseeische Handel eine Fülle überflüssiger Posten, die im Grunde nur wegen deutscher Modelaune und alter Voreingenommenheit für Erzeugnisse mit fremdländischer Abstempelung ihre Erhaltung verdanken. Auf beiden Gebieten meinte man nach dem Kriege Wandel schaffen zu können.

Von diesem Gedanken über die Verselbständigung des deutschen Seehandels nach dem Kriege wurde die Aufmerksamkeit einigermaßen abgelenkt, als die südosteuropäischen Kriegsschauplätze und Bundesgenossen Deutschlands gesteigertes Interesse für sich beanspruchten und weiterhin, als der Zerfall des russischen Riesenreichs die Ausbreitung deutscher Wirtschaftseinflüsse nicht nur über die russischen Randstaaten, sondern auch über die weiten Hauptgebiete der Rohproduktion in Südrußland verhieß. Damals wurden Ideen lebendig an Ersatz bisher über-

seeischer Bezüge durch solche aus Ost- und Südosteuropa und der Levante im weitesten Sinne. Man dachte an die Kornkammern Südrußlands, an die Maisfelder Rumäniens, an die Früchte der Krim, an die Baumwollmöglichkeiten Vorder- und Mittelasiens, an die Wolle des Balkan, der Kaukasusgebiete und Persiens, das Erdöl der Karpathenhänge, die Hölzer Litauens usf.; lauter Schätze, die berufen erschienen, uns in beträchtlichem Maße unabhängig zu machen von alten Bezügen aus britischen Kolonien und aus den in die Reihe unserer Gegner getretenen Vereinigten Staaten. Auf solchen Ersatz bedacht zu sein, erschien um so notwendiger, als Englands Bestrebungen dahin ging, die Rohstoffausfuhr der britischen Kolonien künftig vollständig monopolistisch zu erfassen und noch mehr als zuvor namentlich alle hochwertigen Urmaterialien der Verwertung durch die englische Industrie vorzubehalten.

Hinsichtlich der künftigen Rohstoffbezüge aus den Vereinigten Staaten machten sich weitere Gesichtspunkte zugunsten der entsprechenden Erwägungen geltend. Die allgemeinen Schiffsraumverluste während der Kriegszeit drohten auch für die Periode des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus sehr hohe Frachtsätze im transozeanischen Verkehr nach sich zu ziehen, und die starke Verschuldung ganz Europas gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Verein mit der gehobenen industriellen Eigenproduktion jenes Landes zwang vollends zu der Erwägung, daß die Zahlungsbilanz im Verkehr mit drüben sich künftig eminent ungünstig und auf die Dauer unhaltbar gestalten werde, wenn die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln von dort nicht wesentlich eingeschränkt werden könnte. Während die Vereinigten Staaten eine verringerte Aufnahmelust für europäische Industrieerzeugnisse eben wegen ihrer gesteigerten industriellen Eigenproduktion an den Tag zu legen verhießen, konnte man gegen Kriegsende hoffen, daß der Balkan, Südrußland und die westrussischen Randstaaten einen sehr wesentlich gesteigerten Bedarf an deutschen Industrieerzeugnissen der verschiedensten Art entwickeln würden.

Der, im tiefsten Grunde betrachtet, für ganz Festlandeuropa unglückliche Kriegsausgang hat einstweilen die beiden erträumten Möglichkeiten deutscher Weltwirtschaftsbeziehungen der Zukunft verschüttet. Die erhoffte Verselbständigung des deutschen Überseehandels ist in das krasse Gegenteil umgeschlagen durch den Verlust unserer Handelsflotte und die Knebelung der auslanddeutschen Träger unserer überseeischen Beziehungen. Ost- und Südosteuropa aber verfielen in einen Zustand, in dem sie weder als Produzenten von Rohstoffen, noch als Konsumenten von Industrieerzeugnissen dem Weltmarkt im allgemeinen und dem deutschen Markt im besonderen etwas Nennenswertes zu bieten vermögen. Das heutige Europa ist bis über Prag hinaus balkanisiert, in den Zustand einer ständigen politischen Unruhe und wirtschaftlichen Verwirrung versetzt. Anderseits ist die Gefahr einer alle Grenzen des Erträglichen weit überschreitenden Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz gegenüber Amerika dermaßen potenziert, daß wir nicht aufhören dürfen, nach jeder Möglichkeit zu spähen, in den näher gelegenen südosteuropäischen und levantinischen Gebieten der Urproduktion neue Verbindungen zu knüpfen. Die Frage ist,

wann diese beiden Gebiete endlich zu politischer Beruhigung und gesundem wirtschaftlichen Wiederaufbau gelangen werden, und die Frage ist weiter, nach welchen Richtungen sie ihrerseits die politische und die wirtschaftliche Orientierung zu suchen bestrebt sind.

In den Zeiten, da man sich in Deutschland mit Ausblicken auf eine wirtschaftliche Konsolidierung Mittel- und Südosteuropas beschäftigte, wurde oft auf die

naturgegebene Verkehrseinheit der Lande zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer

verwiesen. Diese Verkehrseinheit erscheint in erster Linie begründet durch das Ineinanderwachsen der Stromgebiete von Rhein, Elbe und Donau. Auf gegnerischer Seite hat man diese natürliche Grundlage gemeinschaftlicher Wirtschaftsbeziehungen im süd- und osteuropäischen Block sehr wohl verstanden, aus dieser Erkenntnis aber lediglich die Schlußfolgerung gezogen, daß es gelte, diese geographische Einheit politisch nach allen Richtungen hin künstlich zu durchkreuzen. So wurden beim Friedensschluß die drei großen Ströme internationalisiert und dem Einfluß der Entente unterstellt. Es wurde die Bestimmung getroffen, daß auch die Verbindungen zwischen dem mitteleuropäischen Stromsystem sich nicht etwa zu richten haben würden nach den natürlichen Bedürfnissen der unmittelbaren Stromanlieger, sondern nach den politischen und wirtschaftlichen Herrschgelüsten der führenden Ententemächte.

Nun sind allerdings diese führenden Ententemächte gerade auch im Hinblick auf jene großen mitteleuropäischen Ströme keineswegs von einem einheitlichen Willen beseelt; im Gegenteil, ihre Interessengegensätze kommen an diesem markanten Beispiel recht deutlich zum Ausdruck. Frankreich strebt unablässig nach Beherrschung des gesamten Rheingebiets und es strebt ebenso sehr danach, eine Donaukonföderation, die letzten Endes alle Lande von der Quelle bis zur Mündung umfassen soll, unter französischen Einfluß zu bringen. Diese Pläne und Absichten kreuzen sich mit deutlich erkennbaren englischen Wünschen. Die Briten erstreben zwei tief ins Innere Mitteleuropas hineingerückte Seehäfen, Köln am Rhein und Budapest an der Donau. In dem Bestreben, so weit mit ihrem Einfluß vorzudringen, blicken sie durchaus scheel sowohl auf die französische Rheinpolitik, wie auf die französische Politik der Donaukonföderation.

Bisher haben diese britisch-französischen Gegensätze uns keinen Vorteil gebracht, sondern im Gegenteil nur ungünstige Wirkungen. Ganz unabhängig davon sind wir veranlaßt, unsere Blicke künftig mehr nach den uns naheliegenden Landgebieten Ost- und Südosteuropas zu lenken, da für Deutschland in seiner heutigen Lage in weit vermehrter Stärke gilt, was oben schon allgemein über das Verhältnis Europas zu Amerika dargelegt wurde: Mit Rücksicht auf seine Handels-, Frachtraum- und Zahlungsbilanz ist Deutschland noch mehr als das übrige Europa gezwungen, fortan den früher stark im Vordergrund stehenden Verkehr mit Nordamerika wesentlich einzuschränken. Handels-, Zahlungs- und Frachtraumbilanz haben sich denkbar ungünstig entwickelt. Wie heute die ungünstige Handelsbilanz in der Zahlungsbilanz vollen Ausdruck

finden muß, so — und zwar noch sogar in verstärktem Maße — auch in der Frachtraumbilanz. Denn Amerika liefert uns viel Frachtraum beanspruchende Massengüter, wohingegen wir ihm nur wenig Frachtraum einnehmende Fabrikate liefern. Früher fand ein Ausgleich statt durch die massenhafte Beförderung von Auswanderern auf deutschen Schiffen. Auch das hat aufgehört.

Wir sind durch Rücksichten der künftigen Zahlungsbilanz vor die Zwangslage gestellt, die wirtschaftlichen Schwerpunkte unserer Versorgung zu verschieben, den Handel mit den Gebieten der Ostsee und des Schwarzen Meeres auf Kosten des Handels über den Nordatlantik stark auszubauen.

Einen Maßstab für den natürlichen Rang des gesamten Schwarzmeergebietes unter den großen Märkten der Erde gibt uns der Umfang der Ausfuhr, die ihren Weg durch das Schwarze Meer nahm. Von der russischen Gesamtausfuhr vor dem Kriege haben wir gut 2,7 Milliarden M. dem Schwarzen Meer zuzuschreiben, von der rumänischen etwa 0,45 Milliarden, von der bulgarischen mindestens 0,1, von der türkischen gegen 0,25 — insgesamt also ist eine Summe von rd. 3,5 Milliarden M. zu buchen. Die Ausfuhr aus dem Schwarzen Meergebiet entsprach der Ausfuhr ganz Südamerikas. Andere Vergleichszahlen: Frankreich 4,9, Britisch-Indien 3,2, Österreich-Ungarn 2,3 Milliarden.

Die Hauptgebiete rings um das Schwarze Meer, die mit ihm bis tief hinein ins Binnenland durch eine Reihe großer Ströme verbunden sind, stehen vor neuer Entwicklung (s. Abb. 41, S. 534). Die Ukraine wird nach Lösung des bolschewistischen Bannes ihre Kräfte frei entfalten können, wenn sie nicht mehr die Lasten zu tragen hat, die ihr von Norden her für das russische Gesamtreich auferlegt wurden. Das Kaukasusgebiet wird neuen Unternehmungsgeist auf sich lenken. Bulgarien ist zu gesteigerter Schaffenslust erweckt. Rumänien hat die Kriegsleiden rasch überwunden und durch die deutsche Militärverwaltung nachhaltige wirtschaftliche Anregungen erfahren. Auch in der Türkei will sich überall neues Leben regen. Endlich werden über das Schwarze Meer auch Fäden gesponnen werden nach Persien und Afghanistan.

Wenn unter den großen Haupthäfen des Weltverkehrs Konstantinopel mit einer Gesamttonnenzahl der ein- und auslaufenden Schiffe in Höhe von rd. 20 Millionen Registertons einen allerersten Platz einnahm, so war das wesentlich darauf zurückzuführen, daß sich hier der ganze Verkehr des Schwarzen Meeres zusammenballte. Auch die Donau, die natürliche Verbindungslinie zwischen dem Herzen Europas und dem Schwarzen Meer, hat an Verkehrsbedeutung gewonnen.

Besonders können die Randländer des Schwarzen Meeres auch als Faserstoffquellen in Betracht kommen. In begrenztem Umfange ist die Baumwolle schon seit längerer Zeit auf dem Balkan heimisch; nach an Ort und Stelle gewonnenen Beobachtungen lassen sich ihre Anbaugebiete noch wesentlich erweitern.

Die Gesamtgebiete am Schwarzen und am Kaspischen Meer vermögen für unsere Faserstoffversorgung erhebliche Bedeutung zu gewinnen: Bulgarien, die Krim, Kleinasien, Transkaukasien und Turkestan sind baum-

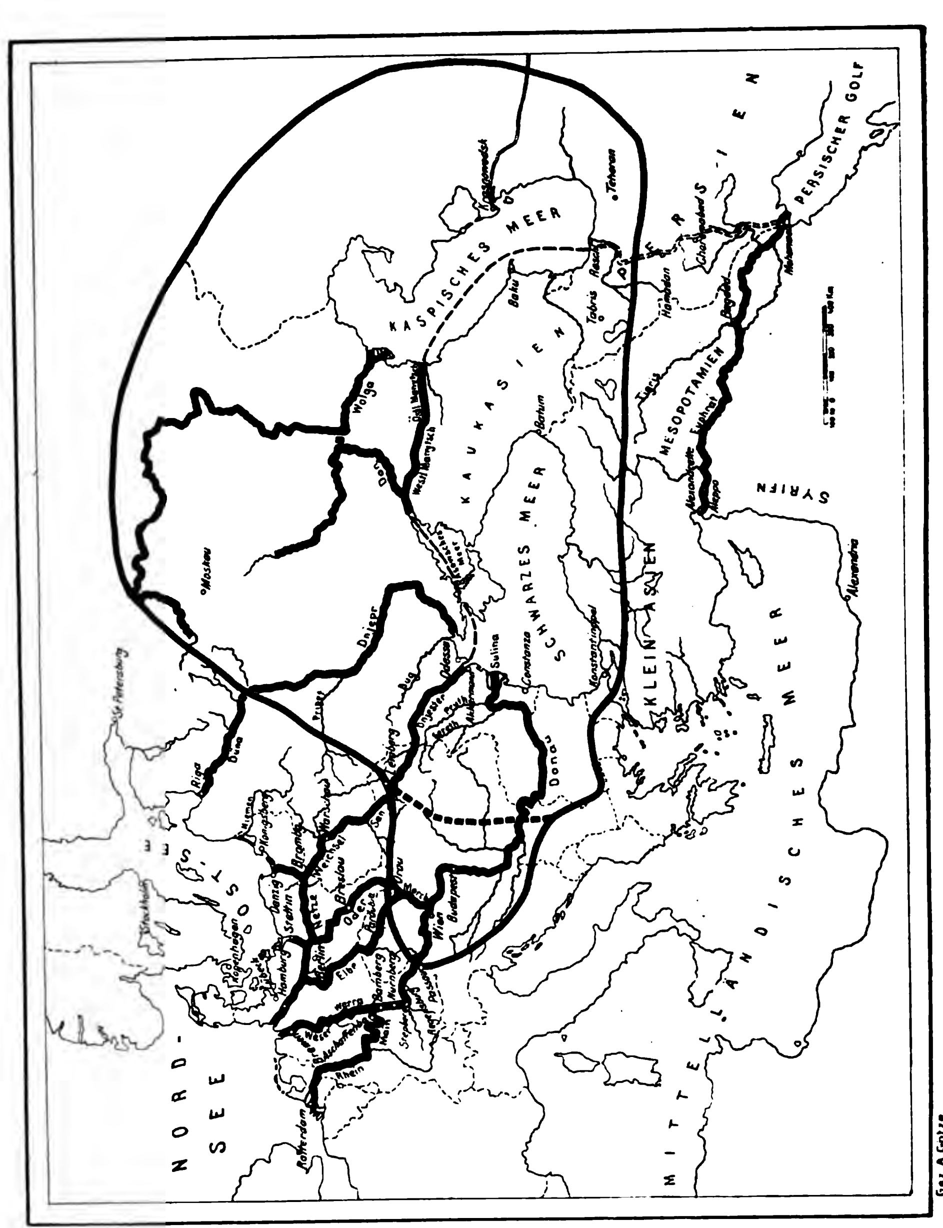


Abb. 41. Das Verkehrsgebiet des Schwarzen Meeres und zugehörige Kanalpläne.

wollfähige Gebiete. Es sind durchweg auch Gebiete der Seidenkultur. Auch in der Ukraine ist der Maulbeerbaum zahlreich vertreten, ohne bisher zur Seidenraupenzucht recht genutzt zu sein. Um so zahlreicher ist die Ukraine an anderen Faserstoffen, wie Flachs und Hanf, die auch auf dem Balkan und den übrigen Gebieten gezogen werden.

Gedenken wir endlich des Reichtums an Schafen und Ziegen, so haben wir das Vorhandensein aller Spinnstoffe vor Augen: Wolle und Baumwolle, Leinwand und Seide, sowie Seilerwaren finden die für ihre Herstellung benötigten Rohstoffe in diesem ganzen nahen Osten vor, und durchweg kann die Gewinnung dieser Rohstoffe dort vermehrt, ja vervielfacht werden.

Nur sehr gering war die Zahl der Reichsdeutschen, die vor dem Kriege ihre Schritte an die Gestade des Schwarzen Meeres gelenkt. Eine Zeitlang war der Dampfer von Konstanza nach Konstantinopel ein Glied der besten Verkehrsstrecke zwischen Berlin und Konstantinopel. Hie und da benutzte wohl auch ein Vergnügungsreisender die Dampfer der deutschen Levantelinie, die die Häfen des Schwarzen Meeres aufsuchten. Für reiche Weltenbummler wollte gelegentlich auch die Krim mit den schönen Bädern ihrer Südküste Modesache werden. Im großen und ganzen aber hielt das Schwarze Meer sich dem deutschen Gesichtskreis doch recht fern. Erst dem Weltkrieg war es vorbehalten, dem deutschen Volke in Tausenden von Vertretern erdkundlichen Anschauungsunterricht auch bezüglich dieses Meeres und seiner Randgebiete zu geben.

Als großes Sammelbecken mittel- und osteuropäischer Ströme: der Donau, des Dnjestr, Dnjepr und Don, faßt das Verkehrsgebiet des Schwarzen Meeres die Schätze der weiten Umländer dieser Ströme zusammen und vereinigt sie gewissermaßen zum Ausfluß durch die gemeinsame Mündung ins Mittelmeer durch Bosporus und Dardanellen.

Bei der Regelung der künftigen politischen Stellung dieser Meerengen dürfte von Rechts wegen nicht unberücksichtigt bleiben, daß sie eben die eigentliche Endmündung der genannten Ströme darstellen und daß demgemäß den Anliegern dieser Ströme insgesamt ein entscheidendes Wort der Mitbestimmung wohl zustehen sollte. Nun sind aber jene natürlichen Binnenwasserstraßen, die auf viele Hunderte von Kilometern landeinwärts schiffbar sind, nicht nur natürliche Zubringer des aus dem Schwarzen Meer hinausgehenden Verkehrs, sondern sie sind auch ihrerseits berufen, den Güterverkehr aufwärts ihrem Hinterlande zuzuführen. Insbesondere ist die Donau ein natürlicher Vermittler des Handels zwischen Mitteleuropa und den Randgebieten des Schwarzen Meeres. Vor dem Kriege war der Verkehr auf der Donau durchaus nicht in dem Maße entwickelt, wie es dem wirtschaftlichen Reichtum ihrer Anlieger und der Bedeutung der Austauschmöglichkeiten zwischen Mitteleuropa und den Randländern des Schwarzen Meeres entsprechen würde. Es galt als ausgemachte Tatsache, daß auf weitere Strecken stromaufwärts die Donau als Verkehrsstraße nicht wettbewerbsfähig sei mit dem Seeweg durch das Mittelmeer und daß der Warenverkehr auf ihr einen sog. rückläufigen, für die Frachtverhältnisse dauernd ungünstigen Charakter tragen müsse, d. h. daß wohl beträchtliche Warenmengen für den zeitraubenden und entsprechend kostspieligeren

Weg stromaufwärts zur Verfügung stünden, aber kein Ausgleich in der Talfracht.

Die Absperrung des Mittelmeerweges für Mitteleuropa durch die Kriegszeit hat nun aber die Bedeutung des Donauweges ganz wesentlich gehoben. Und mit der Bedeutung dieses Weges hob sich auch entsprechend die Arbeit an der Vermehrung seiner Leistungsfähigkeit: Auf der Donau mußten Truppentransporte und Munition talwärts geführt werden zur Unterstützung der Bulgaren und zum Kampfe gegen die Rumänen. Auf der Donau kam bulgarisches Getreide und später namentlich auch rumänisches Erdöl bergwärts nach Deutschland.

Die Schiffahrtsstraße der Donau selbst war in wunschgemäßer Weise bisher nicht ausgebaut. Die Regulierung des Wasserstandes ließ zu wünschen übrig; niedrige Brücken des Oberlaufes stellten sich größeren Frachtfahrzeugen hemmend in den Weg; und vor allen Dingen waren es die Stromschnellen im Gebiet des Eisernen Tores, die der Schiffahrt ernste Schwierigkeiten bereiteten. Wohl war seit Jahren der Eiserne Tor-Kanal in Betrieb, der die Schiffe wenigstens um die gefährlichsten Klippen unterhalb der herrlichen Kasanschlucht herumführte; aber das Gefälle in diesem Kanal ist so stark, daß es nur durch Dampfer und Schleppschiffe von großer Maschinenkraft überwunden werden kann. Dadurch wurde eine Verkehrsverzögerung verursacht, auf deren Beseitigung man während des Krieges ernstlich bedacht sein mußte. Auf deutsche Anregung wurde während der Kriegszeit eine Treidelbahn mit elektrischer Führung am rechten Kanalufer angelegt, die eine nicht unerhebliche Beschleunigung des Verkehrs bergwärts gestattete. Für die Dauer wird sich wohl ein völliger Umbau des Eisernen Tor-Kanals empfehlen.

Noch wichtiger waren die durch die Not der Zeit herbeigeführten Versuche mit der Einführung der Nachtschiffahrt auf der Donau. Wegen der vielen Verkehrshemmnisse hatte man sich an ein solches Experiment bis dahin nicht gewagt; die dringende Notwendigkeit möglichster Beschleunigung der überaus wichtigen Kriegsfrachten auf dem Strome nötigte nunmehr aber entschieden zu entsprechenden Versuchen, die sich im großen und ganzen bewährten. Die Durchführung der Nachtschiffahrt gestattete selbstverständlich eine wesentlich bessere Ausnutzung des in der Binnenschiffahrt angelegten Kapitals und auch eine entsprechende Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschiffahrt mit der Seeschiffahrt. In dieser Hinsicht könnten die auf der Donau während des Krieges und unter dem Zwange des Krieges gemachten Erfahrungen auf unsere ganze Binnenschiffahrt in günstigem Sinne revolutionierend wirken.

Auch das im Hinblick auf den rückläufigen Charakter des Frachtenverkehrs auf der Donau bis dahin gehegte Mißtrauen gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten dieses Verkehrs ist durch den Krieg in gewissem Grade überwunden worden. Es öffneten sich die Aussichten, von Deutschland aus die Anlieger der unteren Donau und des Schwarzen Meeres mit Massenfrachten und mit Sperrgut, wie mit Kohlen, landwirtschaftlichen Maschinen, Eisenbahnmaterial u. dgl. m. zu versehen, so daß in der Tal-

fracht Ausgleich geschaffen werden könnte gegenüber den Getreide- und Erdölzufuhren in der Bergfracht.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Anliegern der oberen, mittleren und unteren Donau erhöhten sich während des Krieges ja in sehr erheblicher Weise und verhießen auch für die Friedenszeit weitere Verengerung.

Der Zusammenbruch des Vierbundes hat einstweilen alle diese Beziehungen wieder gestört; aber es ist gleichwohl nicht anzunehmen, daß sie dauernd unterbunden bleiben sollten. Freilich ist die erwartete politische Vereinfachung der Donau nicht haltbar gewesen. Statt dieser Vereinfachung, die bedeutete, daß es als Donauanlieger künftig nur noch die vier Staaten: Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Rumänien geben sollte, ist eine weitere Veruneinheitlichung eingetreten durch den Zerfall Österreich-Ungarns und durch die neue Erweiterung der Macht Serbiens.

In normalen Zeiten ungehemmten Friedensverkehrs wird der natürlichste und billigste Weg zu den Häfen des Schwarzen Meeres immer wieder durch das Mittelmeer führen. Solange sich die Türkei im Kriegszustand befand, war dieser Weg nicht nur, wie jeder Seeweg, für Deutschland, sondern für alle Länder gesperrt; und die durch entscheidende deutsche Mitwirkung gesicherte Sperrung dieser besten Verbindung zwischen den westlichen Ententeländern und Rußland hat wesentlich dazu beigetragen, daß es Deutschland schließlich gelingen konnte, die Kampfkraft des russischen Riesenreichs zu brechen. Jetzt sind Dardanellen und Bosporus in den Händen der Entente unter englischer Führung und das künftige Schicksal Konstantinopels ist noch nicht endgültig entschieden. Aber es besteht gar kein Grund, die Meerengen von irgendeiner Seite aus dauernd der Freiheit des Weltverkehrs zu entziehen.

Deutschlands wirtschaftliche Abschließung von der überseeischen Welt lehrte uns die Wirtschaftsgebiete da drunten im nahen Südosten in wesentlich gesteigertem Maße schätzen, und nach den Friedensschlüssen mit der Ukraine, Rußland und Rumänien gewann es den Anschein, als winkte Deutschland für die Zukunft die Stellung als wirtschaftliche Vormacht im Handel der ganzen Randgebiete des Schwarzen Meeres. Konstantinopel, Varna und Konstanza, Odessa, Cherson und Sebastopol, Batum und Trapezunt waren in reichlichem Maße mit Deutschen bevölkert, und überall knüpften sich neue, Dauer verheißende Beziehungen.

Zu jenen Friedenszeiten, in denen uns der Weg durch das Mittelmeer nach dem Schwarzen Meer offen gestanden hatte, waren die unmittelbaren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Randländern des Schwarzen Meeres nur recht wenig entwickelt gewesen. Im gesamten Frachtverkehr, der von den Häfen des Schwarzen Meeres ausging, spielten die Ladungen der deutschen Levantelinie nur eine bescheidene Rolle. Hauptanteile hatten die englische, demnächst die griechische Flagge. Viel Getreide ging beispielsweise auch aus Bulgarien nach Belgien und nahm von dort in gereinigtem Zustand seinen Weg in das deutsche Industriegebiet, ohne daß die bulgarische Herkunft bei uns bekannt war. Nun öffneten sich ganz neue Ausblicke:

Wir konnten künftig in die Lage kommen, durch den Bezug von Brotgetreide und Futtermitteln, von Ölfrüchten und Obst, von Faserstoffen aller Art, von Erdöl und Mineralien aus den Randgebieten des Schwarzen Meeres unabhängig zu werden von vielen Bezügen, die wir bis dahin Amerika entnahmen. In diesem Zusammenhang ist auch noch der Möglichkeit zu gedenken, durch einen Seeschiffahrtskanal zwischen Don und Wolga das Kaspische Meer dem Weltverkehr in gesteigertem Maße zu erschließen.

Als freilich der Bolschewismus sein Zerstörungswerk immer weiter über Rußland ausbreitete, sah man fürs erste keine Möglichkeit mehr, die Pläne so weit ausgreifender Kulturwerke verwirklichen zu können. Dann aber kam die große Finanzkalamität der bolschewistischen Regierung, und gerade die Männer, die Rußlands völlige Befreiung vom Kapitalismus auf ihre Fahne geschrieben, schickten sich an, dem ausländischen Kapitalismus die größten Konzessionen auf russischen Boden zu machen.

Vornehmlich waren es Amerikaner, die sich um solche Konzessionen nicht nur in Ostasien, sondern auch in Innerasien bemühen. U. a. haben sich englische und amerikanische Kapitalisten um den Bau eines Kanals zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meere bemüht, und zwar auf einer Strecke von 63 englischen Meilen zwischen dem Don und der Wolga. Die Kosten sollten auf 21 Millionen Dollar veranschlagt sein, die Bauzeit auf drei Jahre. Der Kanal sollte also nicht von der Donmündung zum Kaspischen Meere durch die Fluß- und Seenkette an der Nordgrenze Kaukasiens geführt werden, sondern, wie schon in älteren Plänen vorgesehen war, den Unterlauf des Don und der Wolga dort verbinden, wo sie so einander am nächsten kommen; das ist der Fall in der Nähe der Stadt Zarezin an einem Knie der Wolga, einige 350 km nördlich von Astrachan. Hier beträgt die Entfernung der beiden Ströme nur etwa 60 km in der Luftlinie und der Durchführung eines beide verbindenden Kanalbaues werden durch die Wolgahügel keine unüberwindlichen Hindernisse in den Weg gelegt. Ist aber einmal dieser Kanal gebaut, dann kann sich der Levantehandel noch weit mehr, als es bisher vermöge der Eisenbahnlinie Batum—Baku möglich war, über die ganzen Randgebiete des Kaspischen Meeres ausdehnen, d. h. der Seehandel kann auch Turkestan mit seiner Baumwolle, seinem Tee und Reis und Nordpersien mit seiner Seide und Wolle umfassen.

Das Verkehrsgebiet des Kaspischen Meeres, das sich auf diese Art jenem des Schwarzen Meeres zugesellen würde, umfaßt eine sehr bedeutende Ausdehnung, da es letzten Endes ja doch das ganze Verkehrsgebiet der Wolga mit in sich begreift. Zu dem Wirtschaftsgebiet der Wolga gesellt sich das Wirtschaftsgebiet des Uralflusses, d. h. auch der südliche Teil des Uralgebirges. Ferner ganz Turkestan, der Norden und Südwesten Persiens, sowie die zum Kaspischen Meere tendierenden Teile des Kaukasus und Turkestans.

Die Sowjetregierung hat auch eine Konzession erteilt für den Bau eines Kanals zwischen dem Kaspischen Meer und dem Amudarja, d. h. also für eine Verbindung zwischen dem Kaspischen Meere und dem Aralsee,

die durch den Amudarja und den Syrdarja die Verbindung herstellt mit den Hauptteilen von Turkestan.

Der Kanal zwischen dem Don und der Wolga, und jener zwischen dem Kaspischen Meer und dem Amudarja würden zusammen nichts weniger bedeuten als die Herstellung einer Schiffahrtslinie vom Schwarzen Meer über das Kaspische Meer bis zum Aralsee. So würde also die Wasserstraße aus dem Mittelmeer hineinführen bis in das Herz Asiens.

Die Verbindung zwischen dem Kaspischen und Schwarzen Meer wäre geeignet, die verkehrspolitische Bedeutung des Schwarzen Meeres noch bedeutend zu heben und Mittelasien dem Weltmarkt zu erschließen.

Die Bedeutung der Wolga als Zufahrtsstraße ist allgemein bekannt. Besonders im Frühjahr beginnt plötzlich die Fortschaffung der vielen Millionen Pud im Winter angefertigter Waren, sowie der Fischladungen der Vorfrühlingsfänge aus Astrachan und der Stationen der Kaspischen See. Alle diese Güter strömen nach Norden. Der Norden und Petersburg gründen ihr Wirtschaftsleben hauptsächlich auf das Marienwasserstraßennetz, dessen Nährmutter die Wolga ist. Der Wassertransport versieht die nordischen Fabriken mit Baumwolle aus dem Turkestan und mit Naphtha aus dem Transkaukasus; auf diesem Wege erhalten auch die Fabriken des Moskauer Industriegebietes, Iwanowo-Wosnessensk, ihre Baumwolle und ihr Heizmaterial und auch die Dörfer, die Manufakturwaren herstellen, sind ganz von ihm abhängig.

Bisher gingen die Rohstoffe aus den Umländern des Kaspischen Meeres wolgaaufwärts überwiegend in die künstlich durch das Zartum geförderten Industriegebiete, die mit der obersten Wolga in Verbindung standen. So wurde auch Petersburg durch die Erzeugnisse Transkaukasiens genährt. Ob unter veränderten politischen Verhältnissen der Wiederaufbau der dortigen Industrie nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Nordrußlands möglich sein wird, mag einigermaßen fraglich erscheinen. Es ist sehr wohl denkbar, daß künftig nach Herstellung des erwähnten Kanals die Rohstoffe aus Zentralasien ihren Weg über das Kaspische und Schwarze Meer zum Weltmarkt, nicht zuletzt auch zu den Ansiedlern der oberen Donau, nehmen könnten.

Der Kaviar und die Wolle von Astrachan, das Erdöl von Baku, die Früchte von Nordpersien, die Erze vom Kaukasus, die Seide von Rescht, die Teppiche von Teheran, die Baumwolle, der Reis und die Produkte der Viehzucht von Turkestan würden ihren Weg zu Wasser aus dem Schwarzen Meere durch das Mittelmeer, oder über den Donauweg zu Märkten finden, die mit diesen Produkten bisher nur eine mehr oder weniger beschränkte oder auch gar keine Verbindung hatten. Wirtschaftliche Verbindungen bestanden bereits namentlich zwischen den Kaviar- und Wollmärkten von Astrachan und den mittel- und westeuropäischen Abnehmern, zwischen den Seide liefernden Gebieten Persiens und der Seidenstadt Lyon, zwischen dem Teppichmarkt von Teheran und ganz Europa. Aber die meisten Produkte aus dem unteren Wolgagebiet und fast alle Erzeugnisse Turkestans dienten fast nur zur Befriedigung der russischen Bedürfnisse.

Die altberühmte Oase von Merw, der mittelasiatische Zentralhandelsplatz Buchara, das durch seinen Wasserreichtum fruchtbare Gebiet von Ssamarkand, Kokand und Taschkent, in dem namentlich Baumwolle in immer steigendem Maße gewonnen wird, wären nicht mehr angewiesen auf den Absatz nach dem Gebiet der obersten Wolga, sondern könnten Verbindungen knüpfen auch mit den baumwollhungrigen Märkten Mitteleuropas. Auch der mitteleuropäische Bedarf an feiner und feinster Wolle, sowie an Seide, könnte in beträchtlich gesteigertem Maße von hier aus gedeckt werden. Es dürfte wohl möglich sein, auf dem oben bezeichneten Wege das Kaspische Meer Seeschiffen zugänglich zu machen. Die Verbindung zwischen ihm und dem Amudarja würde sich allerdings in geringerem Ausmaße zu halten haben, würde aber doch auch ihrerseits den Handelsverkehr ins Herz Asiens lebhaft befruchten.

Beachtenswert ist auch die Möglichkeit verengerter Wirtschaftsbeziehungen zu den

germanischen Ländern an der Nord- und Ostsee

als Ersatz für vielerlei überseeische Bezüge. Wie lagen nach diesen Richtungen die deutschen Handelsumsätzc vor dem Kriege?

Für die Niederlande war gemäß ihrer Lage, die sie zum natürlichen Durchfuhrgebiet für große deutsche Konsumgebiete macht, Deutschland ohnehin der weitaus wichtigste Kunde. Von der niederländischen Gesamtausfuhr in Höhe von 2,7 Milliarden Gulden bezog Deutschland im Jahre 1911 genau die Hälfte. An zweiter Stelle folgte in weitem Abstand England mit dem Bezug einer niederländischen Ausfuhr von 550 Millionen Gulden. Auch als Lieferant war Deutschland für die Niederlande wichtiger als irgendein anderes Land, wie folgende Zahlenreihe ergibt:

Gesamteinfuhr 3 333 Millionen

Davon aus:

Deutschland . . .	908 Mill. Gulden		England	339 Mill. Gulden	
Holl.-Indien . . .	456 »	»	Ver. Staaten . . .	331 »	»
Rußland	366 »	»	Belgien	324 »	»

Der niederländisch-deutsche Gesamthandel war somit weit über doppelt so groß wie der niederländisch-britische und für die niederländische Einfuhr zumal war England kaum wichtiger als beispielsweise Belgien.

Anders lagen die Dinge für die drei Nordstaaten Dänemark, Schweden und Norwegen.

Dänemark sah seinen besten Kunden in England, liefert es dorthin doch mehr als die Hälfte seiner Gesamtausfuhr, nämlich 353 von 627 Millionen Kronen. An zweiter Stelle stand Deutschland mit 160 Millionen. Anderseits aber war Deutschland Dänemarks wichtigster Lieferant. Von der dänischen Gesamteinfuhr im Werte von 705 Millionen Kronen liefert Deutschland 266 Millionen, England nur 115 Millionen. Im dänischen Gesamtaußenhandel stand demgemäß Deutschland nicht weit hinter England zurück.

Schwedens Gesamtausfuhr belief sich auf 593 Millionen Kronen. Davon bezog England als bester Kunde 191 Millionen, Deutschland als zweiter 124 Millionen. Auch hier war bei der schwedischen Einfuhr die

Reihenfolge umgekehrt: Von 672 Millionen Gesamteinfuhr lieferte Deutschland 231, England 164 Millionen. Der Anteil beider Länder am Gesamtaußenhandels Schwedens war also genau gleich groß (je 355 Millionen).

Sehr ähnlich lagen die Dinge in Norwegen. Von Norwegens Gesamtausfuhr in Höhe von 325 Millionen Kronen bezog England 87, Deutschland 67 Millionen, zu seiner Gesamteinfuhr von 496 Millionen lieferte Deutschland 148 Millionen, England 127, also gleichfalls ein fast genau gleicher Stand beider im norwegischen Gesamtaußenhandel.

Nun wird man im allgemeinen aber die Beobachtung zu verzeichnen haben, daß die Länder sich von ihren Kunden abhängiger fühlen als von ihren Lieferanten. Daß Deutschland ihr wichtigster Lieferant war, glich auch in den Augen der Nordländer nicht die Tatsache aus, daß England ihr größter Kunde ist. Eine politische Annäherung der nordgermanischen Staaten an Mitteleuropa könnte zweifellos gefördert werden, wenn wir ihnen auch als Kunden wichtiger würden und ihnen mehr Landeserzeugnisse abnähmen als England.

Wenn wir also in der Lage sind, Lieferungen aus den nordgermanischen Staaten zu bevorzugen und dafür bisherige Lieferungen aus anderen Ländern, in erster Linie etwa aus Nordamerika, einzuschränken, so verspricht das den politischen Gewinn eines günstigeren Verhältnisses zu den nordgermanischen Ländern zugleich mit dem wirtschaftlichen (und letzten Endes wiederum politischen) Gewinn einer größeren Unabhängigkeit von Amerika.

Wir haben also die Hauptausfuhrwaren der nordgermanischen Länder und unsere Aufnahmefähigkeit für sie zu prüfen. Aus den Niederlanden beziehen wir in erster Linie Butter, Käse, Gemüse, Heringe, Pferde und frisches Fleisch, wogegen wir ihnen Steinkohlen, Eisen und Eisenwaren, Webwaren und Getreide liefern.

Dänemark führt vornehmlich Butter und Fleisch aus, Steinkohlen und Eisenwaren ein. Deutschland bezieht aus Dänemark Rahm und Vieh, Fleisch und Fische.

Schwedens Hauptausfuhr besteht aus Holz und Holzstoff, Eisen und Eisenerzen, Butter; ferner bilden Pflastersteine einen wichtigen Ausfuhrartikel. Kohle und Getreide sind Hauptbedarfsartikel des Landes. Wir beziehen aus Schweden Eisenerze, Nadelholz und Pflastersteine und liefern ihm namentlich Webwaren.

Norwegen exportiert Fische, Holz und Holzwaren und braucht Getreide, Webwaren und Kohlen. Deutschland bezieht von ihm Fischtran und Fische und liefert ihm Getreide und Webwaren.

Prüfen wir aber nach, in welchem Verhältnis die Ausfuhrmöglichkeiten dieser Länder zu ihrer beträchtlichen Ausfuhr nach Deutschland und zu Deutschlands Gesamteinfuhr auf den fraglichen Versorgungsgebieten stehen, so werden wir finden, daß Deutschland ihnen in der Tat nach Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse ein erheblich besserer Kunde werden könnte, wenn es sie an Stelle anderer Lieferanten, vornehmlich Nordamerikas, bevorzugte.

Was die Vieheinfuhr anbetrifft, so stand mit den nordischen Ländern namentlich Rußland in Wettbewerb. In Heringen konkurriert England

stark mit Norwegen, den Niederlanden, Dänemark und Schweden. Besonders wichtig erscheint die Einfuhr tierischer Fette: An Butter bezogen wir nur für 42 Millionen aus den Niederlanden, für 5 Millionen aus Dänemark, dagegen für 63 Millionen aus Rußland und an Schmalz für 1,7 Millionen aus den Niederlanden, für 3,4 Millionen aus Dänemark, dagegen für 112 Millionen aus den Vereinigten Staaten. Schmalz und Butter zusammen importierten wir für 238 Millionen M. Davon könnten wir wohl einen erheblich größeren Anteil auf die Niderlande und Dänemark entfallen lassen. Dänemark liefert fast alle Butter nach England und nur recht wenig nach Deutschland infolge des deutschen Zolles. Es wäre für die Sicherstellung unserer Fettversorgung weit günstiger, wenn wir mehr Butter aus den Niederlanden und besonders aus Dänemark bezögen und dafür weniger Schmalz aus Amerika.

Ferner ist zu erwähnen, daß die Holzeinfuhr aus Schweden und Norwegen gesteigert werden könnte und Schweden besonders auf die Erleichterung seiner Ausfuhr von Pflastersteinen Wert legt. Hollands Gemüseausfuhr nach Deutschland ist auf Kosten jener Italiens noch beträchtlicher Steigerung fähig.

Nach der Warenbewegung haben wir schließlich noch der Menschenbewegung zu gedenken.

Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges setzte in Deutschland eine lebhafte Erörterung über das bevorstehende Wiederaufleben einer

M a s s e n a u s w a n d e r u n g

ein. Man sprach zuerst von 5, später von 10 und schließlich von 20 Millionen Deutsche, die auf Grund der uns auferlegten Friedensbedingungen das Land würden verlassen müssen, ohne sich klar darüber werden zu können, wie eine derartig ungeheuerliche Massenauswanderung überhaupt wegbefördert werden könnte und wo sie die Möglichkeit neuer Unterkunft finden würde. Aus dem Munde führender Persönlichkeiten in Frankreich hörten wir es bestätigt, daß nach französischer Auffassung 20 Millionen Menschen zu viel in Deutschland lebten, wobei wohl offen blieb, ob diese 20 Millionen über alle fünf Erdteile verstreut oder in fortgesetzter Hungerblockade dem Untergang überlassen werden sollten. Ein starker Auswanderungsdrang setzte zunächst in solchen Kreisen ein, die durch die Revolution und die Friedensbedingungen aus ihren Stellungen geworfen und gezwungen waren, sich einen ganz neuen Lebensberuf zu suchen, insbesondere in Offizierskreisen. Man versuchte es mit der Gründung ausländischer Siedelungsgesellschaften, stieß aber auf das gewaltige Hindernis einer deutschen Geldentwertung von derartigem Umfange, daß allein die Ausreise und der bescheidenste Versuch der Gründung einer neuen Lebensstellung im Auslande Vermögen erforderte, wie sie der Mehrzahl der Auswanderungslustigen nicht zur Verfügung standen.

Auch die Frage der möglichen Auswanderungsziele bedurfte einer sehr sorgfältigen Klärung, da nach der im Kriege erfolgten Aussaat des nationalen Hasses zunächst die Vorfrage gelöst werden mußte, in welchen Ländern deutsche Auswanderer nunmehr eine glatte Abweisung oder eine leidlich freundliche Aufnahme zu gewärtigen haben würden. Die deutsche Aus-

wanderungsbewegung hat in den letzten Menschenaltern großen Schwankungen unterlegen. In früheren Jahren war die Haupttriebkraft deutscher Auswanderung der Landhunger, der sich einerseits geltend machte in den Bezirken geschlossenen Großgrundbesitzes, in denen der Arbeiter wenig oder keine Aussicht zur Erwerbung einer eigenen Scholle hatte, andererseits in den Gebieten des gegenteiligen Extrems einer sehr weitgehenden kleinbäuerlichen Besitzzersplitterung im Erbgange, die schließlich neu heranwachsenden Generationen keinen entsprechenden Spielraum mehr ließ. Später waren es die auf die Gründerjahre gefolgten wirtschaftlichen Krisen, die auch die industriellen Arbeiter massenhaft zur Auswanderung veranlaßten. Der Höhepunkt wurde zu Anfang der achtziger Jahre erreicht. Die damals sehr bedeutende deutsche Auswanderung sank in der folgenden Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs weit unter 1‰ von der Kopfzahl der Bevölkerung jährlich. Der Industriearbeiter brauchte an Auswanderung nicht zu denken, sondern fand in Deutschland reichliche Arbeitsgelegenheit. Dem Landhungrigen öffnete die innere Kolonisation neue Aussichten auf eigene Scholle. Die verhältnismäßig geringfügige Zahl der nunmehr noch Auswandernden setzte sich zusammen aus Schichten mittlerer und höherer Bildung, aus Kaufleuten, Technikern u. dgl., die zum Teil nur vorübergehend ihren Lebensunterhalt im Auslande suchen bzw. sich dort umfassend weiterbilden wollten, um die gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen später wieder in der Heimat zu verwerten.

Wenn man nun jetzt von einem über jedes frühere Maß hinausgehenden Wiederanschwellen der deutschen Auswanderung spricht, so fehlt zunächst eine natürliche Voraussetzung, nämlich die Auswanderungslust in breiten Massen. Bei der gegenwärtigen Regelung der Erwerbslosenunterstützung in Deutschland kann Erwerbslosigkeit breiterer Arbeiterschichten noch nicht als Anreiz zur Auswanderung betrachtet werden. Eine andere Frage freilich ist es, ob die Erwerbslosenunterstützung im heutigen Umfange weiter durchführbar sein wird, wenn eine starke wirtschaftliche Krisis die Zahl der erwerbslosen Arbeiter etwa auf ein vielfaches anschwellen läßt. Auf der anderen Seite bleibt das Auswanderungshindernis in Gestalt wesentlicher Entwertung des deutschen Geldes und dementsprechend hoher Überfahrtkosten bestehen, auch wenn die deutsche Valuta ihren tiefsten Tiefstand überwunden hat. Bestehen bleibt ferner das Hindernis, das fremde Staaten der deutschen Einwanderung in den Weg legen, insbesondere die Vereinigten Staaten der Einwanderung Mittelloser. Viele Länder verschärfen auch die Handhabung der Einwanderungsbedingungen aus Besorgnis vor einer Infizierung ihrer eigenen Arbeiterschaft mit dem Bolschewismus durch zuwandernde deutsche Arbeiter.

Fragen wir uns nunmehr, welches Interesse die deutsche Volkswirtschaft an der künftigen Gestaltung der deutschen Auswanderung hat. Allgemein gesprochen, entzieht die Auswanderung der eigenen Wirtschaft Arbeitskräfte und Konsumenten. In Zeiten starker und zunehmender Arbeitslosigkeit spielt freilich das Abströmen überflüssig gewordener Arbeitskräfte für die ohnehin stockende Produktion keine Rolle, sondern bedeutet eher eine Erleichterung der Hauptträger der Steuerlasten durch

Beschränkung des Anschwellens der Arbeitslosenunterstützung. In Ländern mit günstigerer Konjunktur aber verstärken die zuwandernden Arbeitskräfte die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auswandererlande, dem also nicht nur Produzenten und Konsumenten entzogen sind, sondern auch eine vermehrte Konkurrenz der ausländischen Produkte erwächst. In Zeiten der deutschen Hochkonjunktur vor dem Kriege wurden in Deutschland selbst ja alljährlich rd. 1 Million ausländischer Wanderarbeiter beschäftigt, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in beträchtlichem Maße beispielsweise auch im Bergbau. Während des Krieges haben alle großen Industrieländer Arbeitskräfte in erheblicher Zahl eingebüßt, teils durch unmittelbare Kriegsverluste, teils im Hinblick auf die Zukunft durch den Rückgang der natürlichen Volksvermehrung, teils endlich durch das Ausbleiben der normalen Zuwanderung aus dem Auslande. Dieser letztere Faktor hat vornehmlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine recht erhebliche Rolle gespielt und dahin gewirkt, das durch den Krieg so sehr begünstigte Wachstum der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes einigermaßen einzuschränken. Unter dem Einfluß ihrer eigenen Arbeiterschaft haben die Vereinigten Staaten ihre Politik auf die Eindämmung der Einwanderung von unbemittelten und ungelernten Arbeitskräften eingestellt, aber andererseits auch während des Krieges eigentlich stets durchblicken lassen, daß ihnen nach Wiederaufnahme der friedlichen Beziehungen die Zuwanderung technisch geschulter Kräfte aus Deutschland stets willkommen sein würde. Solche Abwanderung in ein scharf konkurrierendes Industrieland hat für die deutsche Wirtschaft natürlich ihre großen Bedenken.

Anders steht es mit der Abgabe geeigneter Kräfte an solche Länder, die erst nach der Entwicklung einer eigenen Industrie trachten. Hier tritt das Konkurrenzbedenken in den Hintergrund gegenüber der Möglichkeit der Erschließung bzw. Hebung neuer kaufkräftiger Märkte. Denken wir beispielsweise an ein Land wie China, in dem das Versagen der Belieferung des Marktes durch die europäische Industrie während des Krieges den Ruf nach Entwicklung einer eigenen Industrie unter Nutzung der reichen Bodenschätze des Landes hat laut werden lassen. Gewiß werden viel Bedenken laut werden gegen die Beihilfe zur Industrialisierung Chinas, die den genügsamen chinesischen Kuli zum Wettbewerber des europäischen Industriearbeiters auf dem Weltmarkt machen könnte. Diese Möglichkeit, soweit sie etwa drohen sollte, ließe sich aber höchstens dann ausschalten, wenn sämtliche Industrieländer der Erde sich zur Verhinderung einer Industrialisierung Chinas zusammenschließen, woran praktisch garnicht zu denken ist. Im übrigen ist im Auge zu halten, daß die Hineinbeziehung eines neuen Gebiets in die industrielle Produktion keineswegs etwa nur die industrielle Konkurrenz auf dem Weltmarkt steigert, sondern vielleicht noch viel wirksamer zur Erweiterung des Weltmarktes selbst beiträgt. Als Deutschland vor dem Kriege seine Industrie in so machtvoller Weise ausbreitete, trat es ja doch keineswegs nur als immer stärker werdender Lieferant an den Weltmarkt heran, sondern vor allen Dingen als immer kaufkräftigerer Kunde, und alle anderen Länder profitierten mehr oder

weniger von dieser steigenden deutschen Kaufkraft. Am allerstärksten entwickelte sich der Handel zwischen den beiden größten Konkurrenten Deutschland und England, zwischen denen eine immer weitergehende Spezialisierung der Industrie stattfand. Das große China ist mit seinen Hunderten von Millionen Einwohnern ein Land, das vor dem Kriege nur mit 1,6% am Welthandel beteiligt war, also fast noch in voller alter Selbstgenügsamkeit lebte. Beginnt es, eine eigene Industrie zu entwickeln, so wird es nicht nur die dazu nötigen Maschinen aus den alten Industrieländern kaufen, sondern es werden sich in der industrialisierten Bevölkerung auch neue wirtschaftliche Bedürfnisse entwickeln, die ihren Bedarf keineswegs allein aus der neuen chinesischen Industrie, sondern in beträchtlichem Maße auch durch die Erzeugnisse der alten Industrieländer decken werden.

Die Auswanderung überschüssiger Kräfte namentlich mit technischer Vorbildung nach den Ländern mit neu sich entwickelnder Industrie kann sehr wohl eine Stärkung der Industrie des alten Heimatlandes bedeuten, da diese Kulturpioniere selbst in Ermangelung eines in dieser Richtung zielenden bewußten nationalen Willens ganz natur- und gewohnheitsgemäß ihre wirtschaftlichen Verbindungen dorthin knüpfen werden, wo sie die Marktverhältnisse am besten kennen, d. h. zu ihrem alten Mutterlande. Taktisch unrichtig wäre es, die Auswanderungsfrage in dem Sinne zu behandeln, als ob wir vor allen Dingen unsere arbeitsunlustigen Elemente abstoßen wollten. Das würde den Argwohn des Auslandes gegen die deutsche Einwanderung überhaupt nur noch steigern und vor allen Dingen die Sorge um eine Infizierung mit dem Bolschewismus durch deutsche Vermittlung erhöhen, was schließlich die Zulassung jeder Einwanderung aus Deutschland nur beeinträchtigen könnte. Solche Elemente werden vom Ausland garnicht erst aufgenommen, und wenn sie aufgenommen würden, so könnten sie das deutsche Ansehen nur schädigen und die Wirtschaftsbeziehungen des Einwanderungslandes zu Deutschland nicht fördern, sondern lediglich beeinträchtigen. Die Erziehung zur Arbeit ist nun einmal Sache des eigenen Landes. Befruchtend auf das deutsche Wirtschaftsleben rückwirken können im Auslande nur solche Auswanderer, die selbst tüchtig ihren Mann stehen und in der Lage sind, mitzuwirken an der Steigerung der Konsumfähigkeit des Einwanderungslandes und an der Beeinflussung der Bedarfsdeckung dieses Marktes unter Zuhilfenahme deutscher Erzeugnisse.

Als

Hauptrichtlinien

die sich aus der wirtschafts- und verkehrsgeographischen Lage für Deutschland nach dem Kriege ergeben, werden wir etwa die folgenden zu betrachten haben:

Das Deutsche Reich ist wirtschaftsgeographisch in seinen heutigen Grenzen wesentlich ungünstiger gestellt als das Reich vor dem Kriege. Kostbare Bodenschätze sind ihm entrissen: Kohle, Eisen und Zink Oberschlesiens, Minette Lothringens und Weingärten des Elsaß, Kali, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben Posens und Westpreußens, Viehweiden Schleswigs, ganz zu schweigen von der Gefährdung des Saarbesitzes

und der langfristigen Abgabe von Ruhrkohle. Um so mehr kommt es darauf an, aus dem verbliebenen Boden durch Technik und Tüchtigkeit herauszuholen, was er irgend zu liefern vermag. Land und Leute, der Boden und seine Bearbeiter müssen das Letzte und Beste hergeben. Kein Opfer darf zu groß sein, die deutsche Wissenschaft auf der Höhe zu erhalten, die unsere Wirtschaft zu so mustergültiger Intensität hat emporsteigen lassen. Was die Wissenschaft an Befruchtung der Wirtschaft geleistet, muß die Wirtschaft ihr dauernd vergelten, um weiterer Förderung von der wissenschaftlichen Seite her teilhaftig zu werden.

Höchstmögliche wirtschaftliche Nutzung der vorhandenen Boden- und Menschenkräfte (letztere gesichert durch vollendete Sozialhygiene) ist das innere Erfordernis unserer beengten wirtschaftsgeographischen Lage. Das äußere Erfordernis: Höchstmögliche Verringerung der Abhängigkeit von fremdem Boden — im allgemeinen Grundsatz gleichbedeutend mit der vorstehenden These. In der praktischen Durchführung lenkt uns die zweite Forderung auf die Nachprüfung der äußeren verkehrsgeographischen Richtlinien. Verringerung der Abhängigkeit von fremdem Boden heißt unter diesem Gesichtspunkt zunächst: Vermeidung jeder vermeidbaren Einfuhr aus Ländern, die nicht für eine entsprechende deutsche Ausfuhr aufnahmefähig oder aufnahmewillig sind. Ferner: Bevorzugung nicht leicht abzuschneidender Verkehrswege. Endlich: Erspähen der Linie des geringsten Widerstandes.

Außerordentlich erschwert ist in diesen Beziehungen unsere Lage einmal durch die schon mehrfach erwähnte Komplizierung des Donauweges, dann aber besonders durch die gegenüber dem wiederaufbaubedürftigen Rußland aufgerichteten Barre. Das wichtigste Verbindungsland zwischen Deutschland und Rußland, Polen, steht seit März 1922 in einem doppelten Vierbund: In dem Vierbund Polen-Lettland-Estland-Finnland und dem Vierbund Polen-Tschechoslovakei-Rumänien-Südslawien. Dadurch ist mit voller Zweckbewußtheit eine Mauer zwischen Deutschland und Rußland aufgerichtet. Immerhin hat sie eine Lücke: Der Ostseeweg bleibt frei. Aber er ist nur zeitlich beschränkt gangbar und er führt nicht zu den reichsten und wirtschaftlich wichtigsten Teilen Rußlands. Auf die Öffnung weiterer Ost- und Südostwege bedacht zu sein, gehört zu den großen Aufgaben, die aus unserer derzeitigen wirtschafts- und verkehrsgeographischen Lage nach außen hin folgern.

In unmittelbarem Zusammenhang damit stehen die inneren Richtlinien der aus unserer verkehrsgeographischen Lage sich ergebenden Politik: Vollständiger Ausbau des Verkehrsnetzes der norddeutschen Ströme untereinander und Verbindung dieses Netzes mit der Donau.

2. Ethnographische Möglichkeiten.

Auf dem engen Boden Europas decken sich die von den politischen Grenzen umzogenen Wohnräume der Staatsvölker weder mit denjenigen Gebieten, die wirtschafts- oder verkehrsgeographisch, noch mit jenen, die völker- und kulturgeographisch als Einheiten zusammengehören. Wirt-

schaftsgeographisch brauchen wir nur an die innigen Zusammenhänge zwischen Erz- und Kohlengebieten der linken und der rechten Rheinlande als eine heute politisch wieder empfindlich zerrissene innere Einheit zu erinnern. Auch jenes große Kohlenbecken, dessen weitaus gepflegtester Teil das preußische Oberschlesien ist, bildet eine weit über dessen politische Grenzen hinausgreifende wirtschaftsgeographische Einheit. Verkehrsgeographisch zusammenhängende Gebiete, wie insbesondere die großen Stromgebiete, haben gleichfalls von Natur den Charakter wirtschaftsgeographischer Einheiten, ohne daß immer eine entsprechende politische Einheit zu verzeichnen wäre. Auch hier wiederum haben wir besonders der zum größeren oder geringeren Teil deutsches Gebiet zu durchziehenden Ströme zu gedenken, des Rheins, der Elbe, Oder, Weichsel und Donau.

An politischer Wirksamkeit stehen den wirtschafts- und verkehrsgeographischen Einheiten die völker- und kulturgeographischen voran. Wohl folgt auch die völker- und kulturgeographische Ausbreitung in erheblichem Maße den verkehrsgeographisch vorgezeichneten Richtlinien, aber eine völlige Deckung der ethnographischen Ausbreitungsgebiete mit solchen wirtschafts- und verkehrsgeographischen Einheiten, auf die sie sich ausdehnt, findet keineswegs immer in vollem Umfange statt. Daraus ergeben sich auf dem eng bewohnten Boden Europas erhebliche politische Schwierigkeiten und geschichtlich immer wieder zur Geltung kommende Reibungsflächen.

Das Nationalitätenprinzip des vorigen Jahrhunderts, das Selbststimmungsrecht der Völker in der neuen Epoche, sie geben beide unter den verschiedenen Voraussetzungen geographischer Einheit, die für den Zusammenschluß der Staatlichkeit eines Volkes bestimmend sein können, der Wohngemeinschaft von Stammesgenossen gleicher Sprach- und Volkskultur den Vorrang. Es war vor allen Dingen die Habsburger Monarchie, die in ausgeprägtestem Maße gegen diese europäische Zeitstimmung verstieß. Der stärkste Verfechter des Nationalitätenprinzips um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, Napoleon III., suchte sowohl Italien wie Preußen auf Kosten eben dieser Habsburger Monarchie zur Erfüllung des Nationalitätenprinzips zu drängen, wobei er freilich für sein eigenes Land eine Grenzziehung über die Wohnräume der Nationalitätsgemeinschaft hinaus erstrebte; denn die Gegenleistung, die Preußen und Italien ihm für die Gewinne auf Österreichs Kosten bieten sollten, war nicht nur die Zustimmung zur Annektion Belgiens, sondern auch zur französischen Grenzziehung über italienisches und deutsches Sprachgebiet hinweg in den Alpen und über das deutsche Gebiet links des Rheins.

An diesem Ziel Napoleons III. halten namentlich mit Bezug auf die linksrheinischen deutschen Sprachgebiete auch heute die Franzosen unentwegt fest, hoffend, daß es ihnen im Laufe längerer Operationen gelingen werde, die ethnographische Einheit, durch die die Rheingebiete mit Deutschland verbunden sind, durch eine künstlich herbeigeführte kulturelle Einheit mit Frankreich zu überwinden.

Im östlichen Mitteleuropa hat das Nationalitätsprinzip bzw. das Selbstbestimmungsrecht der Völker zunächst Erfolge oder Scheinsiege

errungen durch die nicht gerade übermäßig gefestigte Selbständigkeit der ehemaligen russischen Randstaaten, die Wiederherstellung des Polenreichs, die Neugründung der Tschechoslovakei, die Ausbreitung des südslawischen und des rumänischen Staates und die Beschränkung Ungarns auf das rein madjarische Gebiet. Aber einmal ist das Nationalitätenprinzip hier in Wahrheit doch nur äußerst oberflächlich befolgt worden insofern, als namentlich Polen und die Tschechoslovakei mit Millionen fremder Volkselemente versehen wurden. Des weiteren fehlt hier neben der ethnographischen und kulturellen in ausgeprägtem Maße auch die wirtschafts- und verkehrsgeographische Einheit, und endlich ist nicht nur durch die Abgrenzung Polens und der Tschechoslovakei das stärkste Volkstum Mitteleuropas, das deutsche, in erheblichem Maße benachteiligt worden, sondern mehr noch durch die Bestimmungen jener Friedensverträge, die den beiden deutschen Republiken die ihnen national vorgezeichnete Vereinigung dauernd versagen wollen.

Unbeirrbar zu verfolgendes deutsches Hauptziel muß es auch in der unglücklichen außenpolitischen Lage, in die das Reich gegenwärtig versetzt ist, sein, nunmehr nach Fortfall des Haupthindernisses für die Zusammenfassung der volks- und kulturgeographischen Einheit des Deutschtums in Mitteleuropa, der Habsburger Monarchie, für die staatspolitische Zusammenfassung dieser natürlichen Einheit zu ringen. Soweit das Deutschtum in Mitteleuropa auf geographisch zusammenhängendem Boden wohnt, gehört es in eine geschlossene Staats- und Grenzeinheit hinein. Unter den heute den mitteleuropäischen Ländern verliehenen politischen Formen ist die staatliche Zerschneidung des Deutschtums an der Donau ebensowenig zu ertragen, wie die zwangsweisen, für eine gar nicht abzusehende Übergangsperiode geschaffenen Verhältnisse am Rhein.

Die alte Zerschneidung wirtschafts- und verkehrsgeographischer Zusammenhänge in West und Ost hat Deutschland in früherer Zeit ertragen und wird es auch fernerhin ertragen. Was es nun aber nach einer im übrigen so weitgeheuden Durchsetzung des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Völker wenigstens in Europa nicht ertragen kann, das ist die willkürliche Zerschneidung der ethnographischen Zusammenhänge, der volks- und kulturgeographischen Gemeinschaft. Diese natürlichste Gemeinschaft auch zur Auswirkung in Gestalt des staatlichen Zusammenschlusses kommen zu lassen, muß für die Zukunft das Hauptziel aller deutschen Außenpolitik sein.

Wenn man von den russischen Randländern sprach, so meinte man Gebiete, die innerhalb der russischen Reichsgrenzen lagen, aber nichtrussischer Nationalität waren. Von deutschen Randländern haben wir heute im umgekehrten Sinne zu sprechen: Am Rande des Deutschen Reiches liegen außerhalb seiner Grenzen Länder, die ihrem Volkstum nach zu Deutschland gehören und deren Deutschtum nicht verleugnet und verlassen werden darf. Die deutsche Markenpolitik muß heute die Zeichen der alten französischen Ostmarkenpolitik annehmen, die sich auch nicht mit den Ostmarken innerhalb der französischen Grenzen

beschäftigte, sondern Glacispolitik war, die Westschweiz, Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Belgien umfassend.

Heute befinden wir uns in der schmerzlichen Lage, solche Glacispolitik nach allen Richtungen der Windrose treiben zu müssen, da deutsches Land in West und Ost, in Nord und Süd vorlorengegangen ist. Es sind, rund gerechnet, 20 Millionen Deutsche, die vor den Reichstoren stehen, in den verlorenen Gebieten Nordschleswig, Eupen und Malmedy, Elsaß und Lothringen, Danzig und Memelland, Posen, Westpreußen und Oberschlesien, und in der österreichischen Irredenta des Deutschtums.

Nicht alle wollen sie heim ins Reich, aber doch der weitaus größte Teil. Deutsche Markenpolitik kann sich mit Bezug auf das Elsaß klüglich für den Augenblick nicht in der Richtung des Strebens nach Wiedervereinigung bewegen. Der alemannische Eigenwille mag von Einordnung nun einmal nichts wissen, weder in Deutschland, noch in Frankreich. Sein ganzes Streben geht auf Autonomie, und ihn in der Erhaltung seines Deutschtums stützen, heißt daher heute, ihm nicht von Wiedervereinigung sprechen, sondern seine Autonomieforderungen aufnehmen und unterstützen. Elsaß und Lothringen war das Selbstbestimmungsrecht, das Recht der Abstimmung über die politische Zukunft des Landes vorenthalten. Daß ihnen dieses Recht noch nachträglich werde und daß sie es auch im Sinne der vollen Autonomie ausüben können, muß heute Kern und Sinn der deutschen Westmarkenpolitik sein.

Des Abstimmungsrechtes beraubt war auch der weitaus größte Teil jener deutschen Ostmark, die heute vom Reiche gelöst ist. Weder das Memelland und Danzig, noch Posen und die auf Anhieb polnisch gewordenen Teile Westpreußens wurden vor der Entscheidung des Völkerrats befragt oder konnten nach vorläufiger Entscheidung die endgültige Bestimmung ihres Schicksals durch den Stimmzettel fällen. In Oberschlesien hat man zwar die Abstimmung zugelassen, sich aber keineswegs an ihren Ausfall gekehrt, sondern eine ganz willkürliche Grenzfestsetzung vollzogen. So sind die deutschen Randländer in den polnischen Grenzen gewaltig angewachsen, besonders an wirtschaftlichen Werten. Hier haben wir vorläufig die Aufgabe, energisch den Schutz der nationalen Minderheiten zu betreiben. Einst kommt der Tag, an dem das — künstlich weit über die Bezirke überwiegend polnischen Volkstums ausgebreitete — Polenreich durch eigene Unfähigkeit zu fester Staatenbildung der deutschen Ostmarkenpolitik auch wieder ein anderes Gepräge erhalten wird. Vor allen Dingen gilt es jetzt aber neben dem Schutz der deutschen Minderheiten, das weitere Verschlucken deutscher Gebiete durch dieses Polen zu verhindern. Sowohl Danzig wie Memelland sind in dieser Hinsicht schwer bedroht. Gelingt aber den Polen die Vervollständigung der Einkreisung Ostpreußens durch den polnischen Raubzug auf diese beiden Freistaaten, dann ist auch Ostpreußen erledigt! Danzig wird unter schweren wirtschaftlichen Druck gestellt und sieht Stück für Stück seiner bescheidenen Selbständigkeit an Polen hinübergleiten. Deutsche Markenpolitik hat allen Anlaß, sich Danzigs und des Memellandes ganz besonders sorgsam anzunehmen.

Der Freistaat Danzig zeigt uns im Hohlspiegel das Bild Deutschlands, das Bild einer schrittweisen Entrechtung bis zum völligen Raub der Selbständigkeit. Wir tun gut, uns nicht einzureden, daß es unmöglich sei, den 60 Millionen des Deutschen Reiches das gleiche Schicksal zu bereiten, das dem kleinen Freistaat Danzig widerfahren ist. Mit der Finanzkontrolle, die uns angedroht wird, würde sich die Eisenbahnkontrolle verbinden, nicht viel anders als die in Danzig vollzogene Abtretung der Eisenbahn an Polen, und von irgendwelcher außenpolitischen Selbständigkeit Deutschlands könnte schließlich auch kaum noch mit einem Wort ernsthaft die Rede sein.

Das arme Danzig erntet heute die Früchte der ewig unbegreiflichen Bethmannschen Polenpolitik. Schon in den Jahren 1916/17 konnte man in Danzig sehr deutlich beobachten, welch stolzes Selbstgefühl die Polen in der Erwartung beseelte, über kurz oder lang ihre Hand auf Danzig legen zu können. Die preußischen Polen schwammen damals im Gelde. Die Kriegswirtschaft hatte ihnen reichen Gewinn eingetragen; aber während der deutsche Industrielle, der deutsche Kaufmann, der deutsche Gutsbesitzer die Anlage seines geldlichen Überflusses in Kriegsanleihe als vaterländische Pflicht erachtete, gab der Pole seinen Kriegsgewinn den polnischen Sparkassen und Landbanken, die für die ihnen reichlich zufließenden Millionen keine bessere, politisch zweckmäßigere Verwendung wußten, als den reihenweisen Ankauf von Grundstücken in den altehrwürdigen Hauptstraßen Danzigs. Bankgebäude auf Bankgebäude, Gasthöfe auf Gasthöfe gingen aus deutscher Hand über gewissenlose deutsche Strohmänner in polnischen Besitz über. Da die Versuche, auch das große Ostseebad Zoppot zu polonisieren, nicht zu dem gewünschten Erfolge führten, so unternahmen die Polen es zu jener Zeit, etwas nördlich von Zoppot aus einem bisherigen Fischerdorfe ein polnisches Konkurrenzbad großzuzüchten. Dieses Unternehmen ist sicherlich nicht ohne genaue Kenntnis derjenigen Grenzen begonnen worden, die man seitens der Entente dem künftigen Polen zuzubilligen gewillt war; denn der in Versailles gezeichnete Atlas läßt tatsächlich die Grenze zwischen Polen und dem Freistaat Danzig genau zwischen diesen beiden Ostseebädern verlaufen.

Inzwischen haben die Polen dort nördlich von Zoppot nicht nur ihr Kunstbad erweitert, sondern sie haben überraschend schnell auch einen ansehnlichen Hafen ausgebaut, der bereits über polnisches Staatsgebiet durch eine Eisenbahn über das alte Klosterstädtchen Karthaus mit Dirschau verbunden ist, so daß Warschau heute tatsächlich über einen rein polnischen Weg unter Umgehung Danzigs zu einem polnischen Ostseehafen verfügt. Hierdurch ist es in der Lage, auf Danzig einen beträchtlichen wirtschaftlichen Druck selbst in dem Falle auszuüben, daß der Völkerbund Danzig gegenüber Polen etwas mehr Selbständigkeit einräumen würde, als es nun der Fall ist.

In der ersten Zeit nach der Neuzeichnung der politischen Landkarte hat Danzig eine Scheinblüte durchgemacht. Die Wasserstraße Danzig nach Neufahrwasser war belebter denn je, im Danziger Hafen flatterten die Fahnen der verschiedensten alten und neuen Nationen; die Durchfuhr

nach Warschau nahm große Ausmaße an, die Nachkriegsgewinnler lebten üppig und in Freuden, und die Heranziehung eines zahlreichen internationalen Publikums durch die Spielbank von Zoppot gab besonders dem Danziger Vergnügungsleben, das keine Polizeistunde mehr kennt, einen durchaus weltstädtischen Anstrich. Schnell aber ist diesem kurzen Rausch ein schwerer Katzenjammer gefolgt. Polen hat seine Zollhoheit über Danzig ausgedehnt und sucht die konsumierende Welt dieser Großstadt zur Kundschaft der polnischen Industrie zu zwingen.

Seit 700 Jahren ist Danzig eine deutsche Stadt. Jeder Zug seines städtischen Antlitzes ist kerndeutsch. Wohl hat es traurige Zeiten der Fremdherrschaft erlebt, immer aber in all diesen politischen Wandlungen sein deutsches Gepräge treu bewahrt. Die frühere Periode polnischer Oberhoheit bedeutete eine Zeit wirtschaftlichen Verfalles und geistiger Vergewaltigung, ohne daß deshalb der deutsche Charakter der Stadt verlorengegangen wäre. Sie wird auch jetzt ihr Deutschtum treu zu wahren wissen. Aber die Entfremdungsgefahren sind heute vielleicht doch größer als in früheren Zeiten.

Gleich kritische Zeiten durchlebt das Deutschtum in der äußersten Südostmark. Nachdem die Entente im Frieden von Versailles die Rechte des Deutschtums ist Ost und West mit Füßen getreten, war es äußerst verdächtig, daß in den folgenden Friedensschlüssen von St. Germain und Trianon plötzlich an einer Stelle das Nationalitätenprinzip zugunsten des deutschen Volkstums geltend gemacht wurde. Das geschah nicht einmal in der modernen Form des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, d. h. auf dem Wege über die sonst beliebte Volksabstimmung, sondern unmittelbar in der Form des Diktats über die Abtretung des Ungarn gehörigen Burgenlandes an Deutsch-Österreich. Der Argwohn, daß hiermit dem Deutschtum kein Dienst erwiesen, sondern eine gefährliche Falle gelegt werden sollte, hat sich als nur zu begründet erwiesen. Zweck des Verfahrens war, Feindschaft zwischen Ungarn und Deutsch-Österreich zu säen und diesem letzteren ein richtiges Danaergeschenk zu machen. In der Tat ist das Burgenland zu einer Kampfzone geworden und bedroht für die nächste Zukunft Wien und Deutsch-Österreich in einer Weise, deren Folgen auch für uns im Reich recht empfindlich zu werden verheißen. Die Entente hat dort ein kleines Oberschlesien geschaffen, nicht als »politischen Leichnam«, sondern als gefährlichen Brandherd.

Die Kleine Entente der Südoststaaten stand in der Frage des Burgenlandes auf der Seite Deutsch-Österreichs und forderte die unbedingte Vertragserfüllung durch Ungarn. Nun kann man sicherlich von der Kleinen Entente Feindschaft gegen Ungarn, aber beileibe keine Freundschaft für das Deutschtum erwarten. Ihre politische Haltung wird also gerade durch die Erwartung diktiert, daß der Streit um das Burgenland letzten Endes zum Schaden des Deutschtums ausschlagen und in Österreich die Anschlußbewegung abtöten werde. Vom deutschen Stadpunkt aus erscheint es ja auf den ersten Blick ganz selbstverständlich, daß wir die Abtretung des deutschen Burgenlandes an die Schwesterrepublik entschieden fordern müßten — als die einzige Abrundung des Deutschtums, die einzige Be-

seitigung einer deutschen Irredenta, die in den Friedensverträgen neben soviel gegenseitigen Maßregeln vorgesehen ist. Bei klarer Erkenntnis der politischen Lage aber dürfen wir weder wünschen, daß zwischen Deutsch-Österreich und Ungarn eine dauernde, erbitterte Feindschaft sich auftut, noch daß vom Burgenlande her mit deutscher Unterstützung der für die gesamtdeutschen Ziele so gefährliche Karlismus zum Siege gelangt.

Der fortwirkende Streit um das Burgenland erhält auch die Gefahr der Herstellung eines neuen Korridors zwischen den slawischen Mächten auf Kosten des Deutschtums drohend.

Als Polen seinen Korridor zur Ostsee erhielt, drängte es Tschechien zu einem Korridor nach der Adria. Die Entente hat es ja fertiggebracht, in der europäischen Verkehrswelt, die nach Überseeverbindung drängt, eine ganze Reihe neuer Staatengebilde entstehen zu lassen, die des Seezugangs ermangeln. Die Tschechei ist die seefernste von ihnen. Ein Stückchen Elboberlauf, ein Zipfelchen Donauufer verbindet sie mittelbar mit Nordsee und Schwarzmeer. Zur Adria fehlt ihr jeglicher Zugang. Da unten aber wohnen slawische Brüder. Trennung von ihnen durch Madjaren und Deutsche? Was ist das kleine Ungarn, was ist das jämmerliche Deutsch-Österreich für eine Tschechei, für ein südslawisches Reich! Da marschiert man bei Gelegenheit quer durch und stellt den andern Korridor nach polnischem Muster her, auf daß die Slawenherrschaft sich unter Prager Führung ausdehne von der bleichen Ostsee bis an die blaue Adria.

Prag fühlt sich heute dem ohnmächtigen Wien gegenüber so weit überlegen, daß es nicht daran zweifelt, als Führer einer Donauföderation oder eines Staatenbundes von der Ostsee bis zur Adria seine neopanslavistischen Ziele nicht nur ohne Rücksicht auf Österreich, sondern sogar mit Österreichs eigener Unterstützung durchführen zu können. Das Hinterland Wiens ist bedrohlich eingeengt und das politische Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn bedauerlich getrübt. Auch trotz Mißlingens der karlistischen Abenteuer bleibt die Gefahr über Wien schweben, daß die durch seine furchtbare Not herbeigeführten Plünderungen umgewertet werden zu bolschewistischen Putschen, von denen ungarische Truppen es »erretten« müßten, was einen Auseinanderfall Deutsch-Österreichs und das selbständige Streben der Alpenländer zum Reich zur Folge haben würde. Daß es für die gesamtdeutschen Interessen ungleich wertvoller ist, wenn auch das gesamtösterreichische Deutschtum einheitlich den Anschlußwillen zu bekunden fähig bleibt, bedarf nicht vieler Worte.

In all seinen eigenen Sorgen darf das verkleinerte Reich die Marken außerhalb seiner heutigen Grenzen, die deutschen Randländer, nicht vergessen und vernachlässigen, in denen heute fast ein Viertel des ganzen mitteleuropäisch geballten Deutschtums lebt. Muß auch im einzelnen die deutsche Markenpolitik individuell geprägt sein, zwischen Förderung des Selbständigkeitswillens, Erhaltung der Unabhängigkeit, Schutz nationaler Minderheiten, Rückgewinnung und Anschlußwillen weislich modeln, so bleibt einheitlich doch der große Grundzug bestehen, die zwingende Aufgabe für das Deutschtum in den heutigen Reichsgrenzen, für die Erhaltung des Deutschtums, die Sicherung der nationalen Interessen und die engste

Knüpfung der kulturellen Bande einzustehen mit allen Kräften, die uns verblieben. Lassen wir von den 80 Millionen Deutschen in Mitteleuropa 20 Millionen ihr Deutschtum verkümmern und rauben, dann werden uns von den 60 Millionen bald noch weitere Teile abgelöst und droht der Rest der inneren Auflösung zu zerfallen. Geben wir uns keiner Selbsttäuschung hin, mißachten wir keine der vielen Gefahren, die an den deutschen Marken drohen und die in ihrer Summe schließlich bis ans deutsche Mark gehen.

Vom Deutschtum außerhalb der ethnographischen Grenzen des fest zusammengehörigen Siedlungsgebiets mit klaren deutschen Mehrheiten durfte und darf, abgesehen von den geraubten und entrechteten Kolonien, vor allen Dingen das Deutschtum in Rußland die stärkste Beachtung fordern. Vor dem Kriege gab es eine ganze Reihe von ausgedehnten Bezirken deutscher Siedler auf russischem Boden. Nach der geographischen Lage zeigte sich in der Hauptsache folgende Gruppierung:

1.	Petersburger Gruppe	50 000 Seelen	450 000 Hektar
2.	Baltische Gruppe	200 000 »	4 000 000 »
3.	Kongreßpolen	700 000 »	600 000 »
4.	Wolynien	300 000 »	400 000 »
5.	Schwarzmeergebiet	700 000 »	5 000 000 »
6.	Südkaukasus	15 000 »	75 000 »
7.	Wolgagruppe	750 000 »	2 000 000 »
8.	Sibirien	100 000 »	1 000 000 »
		2 815 000 Seelen	13 525 000 Hektar

Im Kriege fand eine Massenaussiedelung nach Sibirien statt und nach der Revolution ein furchtbares Sterben, vor allen Dingen der Deutschen im Wolgagebiet. Die bei Ende des deutsch-russischen Krieges gehegte Hoffnung, die baltischen Lande mit Rußlanddeutschen aus anderen Gebieten stark besiedeln zu können, ist nicht nur unerfüllt geblieben, vielmehr ist das alte Deutschtum im Baltenland beraubt, vertrieben, jeden Einflusses bar geworden.

Kehren wir von dem kurzen Ausblick auf das Deutschtum außerhalb der Volksgrenzen und auf das zahlreiche Volkstum außerhalb der Reichsgrenzen zurück zum deutschen Staatsvolk in der räumlichen und zahlenmäßigen Beschränkung unserer Tage, so werden wir auch innerhalb dieses engen Rahmens nach der Möglichkeit ethnographischer Festigung und Kräftigung zu fragen haben. Da ist vornehmlich zu erinnern an das früher über die Blutleere des platten Landes Gesagte. Gesamtinteresse des ganzen Volkstums gebietet es, dieser Blutleere nach Möglichkeit zu begegenen und für die Fortdauer der Verjüngung, körperlichen Ertüchtigung und Kräftigung des Volkes von den ländlichen Kraftquellen aus zu sorgen.

Wenn es irgendeine Gemeinschaftsfrage des industriellen Unternehmers und des industriellen Arbeiters und der landwirtschaftlichen Interessenten gibt, so ist es, recht betrachtet, das Programm geförderter Innenkolonisation. Gefördert bis zu dem Punkte, an dem Industrie und Landwirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften restlos aus dem eigenen Lande zu decken vermögen. Der Industrie müßte es erwünscht sein, sich zum Schutz des

nationalen Arbeiters bekennen zu können, um dadurch den Schutz der nationalen Arbeit auch bei immer stärkerem Anwachsen der sozialdemokratischen Partei sichern zu können. Aber es liegt nicht in ihrer Macht, die Arbeiterversorgung aus dem Inlande zu gewährleisten. Wenn sie gleich der Landwirtschaft in gewissem Umfange auf ausländische Hilfskräfte zurückgreifen muß, so liegt das daran, daß die Menschenversorgung Deutschlands vom platten Lande zurückgeht.

Die städtisch-industrielle Bevölkerung weist nun einmal nicht dasselbe Wachstum auf wie die ländliche. Auf dem Lande aber ist eine gewisse Blutleere eingetreten, und damit hat unser gesamtes Volkswachstum begonnen, nicht nur in der früher beobachteten ständigen Steigerung innezuhalten, sondern dem Rückgang zu verfallen. Dieser Rückgang ist für eine fortgesetzt sich entwickelnde Industrie recht fatal, und die Industrie hat das lebhafte Interesse an einer stärkeren Wiederbevölkerung des platten Landes, einmal, weil sie angewiesen ist auf den Nachschub an Arbeitskräften, den sie von hier aus beziehen kann, dann aber, weil das platte Land einen durchaus nicht zu unterschätzenden Absatzmarkt für sie liefert, dessen Vorwärtsentwicklung ihr sehr erwünscht, dessen Verkümmerung ihr in beträchtlichem Grade nachteilig sein muß.

Aber auch in politischer und sozialer Beziehung sind die Interessen der Industrie durchaus an der Seite einer wachsenden, selbständigen Landbevölkerung, die ein gesundes Gegengewicht dagegen bietet, daß in den großen Zentren unseres Wirtschaftslebens die politische Macht immer mehr hinübergleitet in die Hände der unselbständigen Arbeiterschaft.

Fassen wir alle diese Dinge ins Auge, so werden wir uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß eine beträchtlich vermehrte Bevölkerung des platten Landes mit einer möglichst großen Zahl selbständiger bäuerlicher Existenzen in guter wirtschaftlicher Lage auch für die Industrie aus mannigfachen Gründen höchst erstrebenswert ist: Erst wenn das stärker bevölkerte platte Land auch wieder den nötigen Nachwuchs liefert, kann der Schutz des nationalen Arbeiters im Sinne einer Verringerung der Konkurrenz ausländischer Zuwanderer voll hineinbezogen werden in den Schutz der nationalen Arbeit und diesen den Arbeiterkreisen voll bewußt werden lassen als einen Bestandteil ihrer eigenen Lebensinteressen.

Vom Standpunkte der Industrie aus betrachtet, soll die Innenkolonisation den ländlichen Absatzmarkt der Industrie erweitern; die Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes vom eigenen Boden fördern und dadurch das Hand-in-Hand-gehen von Industrie und Landwirtschaft erleichtern; den sozialen und politischen Einfluß selbständiger Existenzen neben dem überstark gewachsenen Einfluß der unselbständigen Arbeiterschaft in gebührender Weise fördern; und durch ihren überschüssigen Nachwuchs den städtisch-industriellen Menschenbedarf so auskömmlich decken, daß das politisch versöhnliche Programm des Schutzes des nationalen Arbeiters eingefügt werden kann in das Gesamtprogramm des Schutzes der nationalen Arbeit. Auch unter diesen sozialpolitischen Gesichtspunkten wird die Beseitigung der ländlichen Blutleere zwecks Siche-

rung gleichmäßiger Fortdauer des deutschen Volkswachstums und Deckung des steigenden Kräftebedarfs zu einer nationalen Zukunfts- und Lebensfrage.

Vielfältiges Interesse verknüpft die Industrie mit allen Fragen des Wohnungs- und Siedelungswesens. Zunächst einmal stehen Absatzmöglichkeiten und Beschäftigungsgrad in großen Hauptzweigen der Industrie in unmittelbarstem engen Zusammenhang mit der Lage des Baumarkts. Gelegentlich der letzten Berufszählung in der Vorkriegszeit wurden in Deutschland mehr als 1,9 Millionen Personen ermittelt, die im eigentlichen Baugewerbe hauptberuflich tätig waren. Darüber hinaus waren wesentliche Teile der in der Industrie der Steine und Erden beschäftigten 715 000 Personen, der in der Holzindustrie beschäftigten 788 000, sowie ein beträchtlicher Teil der Unternehmer und Arbeiter in der Eisen- und Kleineisenindustrie und eine Reihe anderer einschlägiger Berufe abhängig von der Entwicklung der Lage auf dem Baumarkt. Nach der Zahl der Berufszugehörigen insgesamt nahm das Baugewerbe mit 7,9% aller von der Berufszählung erfaßten Kreise den Platz der weitaus stärksten Industriegruppe ein. Vergleichsweise sei daran erinnert, daß das gesamte Handelsgewerbe nur 6%, der Bergbau nur 4,8% der Berufstätigen und -Angehörigen ernährte. Über die für das Bauwesen unmittelbar oder mittelbar beschäftigten Industriegruppen hinaus sind Industrie und Bergbau an der Gestaltung der Wohnungs- und Siedelungsfrage allgemein interessiert durch die Beeinflussung des Arbeitsmarktes, der sozialen Schichtung und Stimmung, auch der Kaufkraft und Konsumfähigkeit weitester Kreise, die von der Lösung der Wohnungs- und Siedelungsprobleme nicht wenig beeinflußt wird. Befriedigende Wohnungsverhältnisse erhöhen die Seßhaftigkeit der Arbeiterbevölkerung; die Möglichkeit eigener Nahrungsmittelgewinnung durch mit Garten und Ackerland angesiedelte Arbeiterfamilien gewährt diesen in ihrer Nahrungsmittelversorgung eine größere Unabhängigkeit vom Preisstand der Landwirtschaftsprodukte und vermag dadurch auch die Lohnfrage im Sinne einer größeren Stabilität zu beeinflussen. Billige und gesunde Wohnungen sind von sozialem und hygienisch beträchtlichem Wert und lassen ein gegenüber teuren Wohnungen entsprechend größeres Maß der Aufwendungen für die sonstige Lebenshaltung, d. h. also auch der Kaufkraft für industrielle Erzeugnisse frei.

Namentlich die größeren industriellen Werke in Deutschland haben demgemäß der Arbeiterwohnungsfrage schon lange ein hohes Maß von Aufmerksamkeit geschenkt. Als Beispiel für die Entwicklung des Arbeiterwohnungsbaus sei darauf verwiesen, daß die Werksbesitzer der Kohlenzechen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Jahre 1900 26 245, im Jahre 1907 52 899, 1912 81 780, im März 1914 94 027, im Juni 1919 112 826 Arbeiterwohnungen bereit gestellt hatten. Zum letzteren Termin waren in den Werkswohnungen 560 077 Personen untergebracht. Der Mietspreis für eine Vierzimmerwohnung stellte sich hier durchschnittlich auf 211 M. im Jahr, dazu traten noch die sog. Menagen für die Unterbringung einzelstehender Arbeiter, so daß von der Belegschaft des niederrheinisch-westphälischen Steinkohlenbergbaus mit einer Kopfzahl von 413 000 Mann, am 1. Juni 1919 insgesamt 167 000 oder 40,4% in Zechen-

häusern oder Menagen untergebracht waren. Bei dieser Bereitstellung von Werkswohnungen war namentlich in neuerer Zeit wesentlicher Wert auch auf die Zuteilung von Land zwecks eigener Gewinnung von Nahrungsmitteln gelegt worden. Schon im Jahre 1900 waren von den 26 245 Arbeiterwohnungen im Zechenbesitz 21 691 mit Gartenland ausgestattet. Auch die Koloniebauten des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswesens, die schon im Jahre 1912, nach zehnjährigem Bestehen des Vereins, 330 000 Personen Wohnung gewährten, waren und sind als Kleingartenstädte anzusehen.

In einer Zeit, wie der gegenwärtigen, in der die wirtschaftliche Bedrängnis Deutschlands durch äußeren Zwang uns mit größten Erschwernissen der Erwerbsmöglichkeit bedroht, ist die Erleichterung der Lebensbedingungen durch tatkräftige Siedelungspolitik von um so größerer Bedeutung, als sie nicht nur den Siedelnden neuen Unterhalt auf deutschem Boden gibt und der deutschen Industrie Abnehmerkreise erhält, die andernfalls abzufließen drohen, sondern neben der Nahrungsmittelproduktion auch in erheblichem Grade die an anderen Stellen eingeengte Brennmaterialproduktion (Erschließung der Torfmoore) zu beleben geeignet ist.

Auch die an den technischen Hochschulen wirkenden wirtschaftswissenschaftlichen Kräfte werden zweckmäßig dahin zu ergänzen sein, daß die Pflege des Siedelungswesens und wirtschaftlicher Bauweise in ihnen wertvolle Mittler und Förderer findet. Die im oben umrissenen Sinne umgestellte bzw. erweiterte technische Baukunde muß in der den Zeitumständen angepaßten wirtschaftlichen Baukunde die gebotene Ergänzung finden, das Verständnis für Siedelungspolitik und Wohnungsprobleme auch von dieser Seite aus nachhaltige Förderung erfahren. Jede Mehrung und Besserung der Siedelungsmöglichkeit bedeutet eine ethnographische Stärkung und eine Festigung des inneren Marktes, aber auch eine politische Konsolidierung des Volkstums, die sich letzten Endes auch auswirkt in der außenpolitischen Stellung des Volksganzen. Für die Pflege ländlicher Volkskraft spricht im heutigen Deutschland noch ganz besonders die leidige Tatsache, daß das städtische Volkstum nach der Revolution durchsetzt worden ist durch Hunderttausende unerwünschter Elemente, die sich als ungehemmter Einwandererstrom aus dem Osten über sie ergossen und zum nicht geringen Teil gerade den Abschaum östlicher Bevölkerung in die deutschen Kulturzentren trugen.

3. Taktische Möglichkeiten und innere Voraussetzungen.

Schwerlich wohl bedarf es für den denkenden Leser, wenn wir nun zum Abschluß kommen, einer längeren Beweisführung darüber, daß dieses Buch — auch wenn es als ein Handbuch für Weltpolitik genutzt werden möchte — dem Tagespolitiker nicht etwa einfach ein fertiges Rezept für die aktuelle Behandlung der außenpolitischen Fragen vorlegen kann. Wollte der Verfasser solchen Zielen nachzugehen suchen — dieser Abschnitt stünde in Gefahr, veraltet zu sein, noch bevor der Buchbinder das fertige Werk aus der Hand gibt. Auch sind wir in diesen Zeitläuften ringsumher in

deutschen Landen von emsigen Spionen jener Mächte, die uns jede außenpolitische Regsamkeit zu unterbieten willens und mannigfach in der Lage sind, derartig umgeben, daß es kaum im Flüsterton ratsam ist, von tagfälligen Plänen und Absichten, von taktischen Wegen und Hilfsmitteln deutscher Außenpolitik im praktischen Einzelfall zu sprechen. Daß der Deutsche für Spionageabwehr gar kein Verständnis und keine Fähigkeit besitzt, das hat er schon im Kriege alltäglich übergenug bewiesen. Was uns in Wirtschaft und Politik aber nach dem Kriege die mit vermehrten Mitteln fortdauernde, von Deutschen bereitwilligst geförderte Spionage schadet — davon machen sich offenbar nur ganz wenige klare Köpfe einen rechten Begriff.

Diese sehr nötige Randbemerkung vorausgeschickt, bleibt also lediglich eine Reihe ganz allgemeiner Gesichtspunkte für die Taktik heutiger deutscher Außenpolitik zu erörtern, und zwar, dem Rahmen unseres ganzen Unternehmens ensprechend, wiederum nur solcher Gesichtspunkte, die sich aus geographischer Betrachtungsweise der Weltpolitik und Weltgeschichte ergeben.

Jene geographische Betrachtungsweise, die wir gegenüber dem Leben und Streben der Staatsvölker anwenden zu müssen gemeint, beschränkte sich ja keineswegs nur auf Bodengestalt und Bodengehalt, auch nicht auf die wirtschafts- und verkehrsgeographischen Erscheinungen, sondern bezog neben den völkergeographischen auch die kulturgeographischen Tatsachen in ihr Arbeitsgebiet, immer unter Berücksichtigung der psychologischen Momente, die von wesentlichem Einfluß auf den Grad der Nutzung geographischer Gegebenheiten sind. Sind wir bezüglich der Kulturgeographie ursprünglich ausgegangen von den klimatischen Beeinflussungen der Kulturfähigkeit, weitergehend zu den kulturellen Beeinflussungen des Machtwillens und Ausbaus der Staatlichkeit, so werden wir letzten Endes den Inhalt der Kulturgeographie zu fassen haben als das geographische Ausmaß der Übertragbarkeit kultureller Einflüsse. Und dies ist der erste Punkt, an dem wir einzusetzen haben mit einer zeitlosen Untersuchung der taktischen Möglichkeiten deutscher Außenpolitik — »zeitlos« wohlverstanden nur im relativen Sinne des Hinausgehens über die reine Tagespolitik.

Anknüpfend an die Völkergeographie weist uns die

Kulturgeographie

die Wege, auf denen wir am ehesten politischen Anschluß und politischen Einfluß zu finden und zu erringen vermögen. Wir stehen damit vor der überaus bedeutsamen, kulturgeographisch und völkerpsychologisch zu ergründenden Frage nach den aufnahmefähigsten Böden und günstigsten Richtungen für deutsche Auslandpropaganda. Hand in Hand mit ihrem Studium geht das der zweckmäßigsten taktischen Gestaltung dieser Auslandpropaganda zwecks erfolgreicher Bearbeitung der theoretisch als aufnahmefähig erkannten Böden und als gangbar geschätzten Richtungen.

Neben den Schlußfolgerungen, die wir aus der Völker- und Kulturgeographie auf die Gestaltung der Auslandpropaganda zu ziehen haben, sind jene taktischen Richtlinien zu beachten, die wir auf geographischem

Boden für die Bündnispolitik der Staatsvölker im allgemeinen fanden: Das politische Verhältnis zu den Nachbarn und den Nachbars-Nachbarn. Auch hier wieder stehen wir vor einem Gebiet, auf dem wir uns unter den obwaltenden Verhältnissen nur sehr vorsichtig und sehr allgemein aussprechen können. Einige Erinnerungen an die Vergangenheit mögen für die Zukunft zur Wachsamkeit mahnen: Wir hatten vor dem Kriege das Bündnis unserer beiden stärksten Nachbarn untereinander nicht zu verhindern gewußt und uns selbst lediglich mit einem innerlich wenig starken Nachbarn verbündet, diesem aber völlig die Zügel schießen lassen bezüglich der Politik gegenüber den Nachbarn von der jenseitigen Grenze, denen wir eine erheblich stärkere Aufmerksamkeit hätten schenken sollen. Wir übersahen die geographische Bedeutung Spaniens als Nachbar der jenseitigen Grenze Frankreichs, die Japans als Nachbar der jenseitigen Grenze Rußlands. Prüfen wir in Erinnerung an solche Unterlassungssünden der Vergangenheit aufmerksam die heutige Landkarte, so werden wir daraus wohl mancherlei Folgerungen in Betracht zu ziehen haben. Zunächst außerstande, in unserer militärischen Ohnmacht gegen den Willen mächtiger Feinde oder Aufpasser eine eigentliche Bündnispolitik zu inszenieren, vermögen wir doch immerhin durch die Knüpfung politischer Fäden hie und da vielleicht drohende Gefahren zu bannen oder doch abzuschwächen.

Suchen wir über den nach dem Kriege noch fortwirkenden Völkerhaß hinauszuarbeiten in fernere Zeiten, so dürfen wir vielleicht mit einer Reaktion gegen die Überspannung der Weltmachtpolitik rechnen, wie sie in den bekannten Erklärungen des Präsidenten Wilson vorweg genommen erschien, ohne damals jedoch irgendeinen praktischen Wert erlangen zu können. Zu jenem Zeitpunkt waren nicht nur die Furcht Englands sowohl wie Frankreichs vor einem wiedererstarkenden Deutschland viel zu groß, sondern Deutschland selbst hatte sich, auf die sofortige Wirkung der Wilsonschen Leitsätze bauend, viel zu wehrlos gemacht, als daß es überhaupt noch ein weltpolitisches Gegengewicht zu bieten vermocht hätte. Verweilen wir gleichwohl einen Augenblick bei jenen Gedanken der Reaktion gegen überspannte Weltmachtpolitik, die, bei Kriegsende nach ihrem ersten Auftauchen sehr rasch wieder außer Kurs gesetzt, in der Folgezeit doch immerhin von enttäuschten Völkern aus ihre Wirkung über die heute führenden Staatsmänner hinweg geltend gemacht werden könnten:

Weltpolitik im alten Sinne der Weltintrige und Weltmachtpolitik ist in der Vorgeschichte und im Verlaufe des großen Krieges und bei wie nach den Friedensdiktaten zu äußerster Entfaltung gekommen. In welchem Umfange das Ränkeschmieden der Kriegstreiber vor sich gegangen, davon haben die Veröffentlichungen diplomatischer Geheimakten durch die russische Räteregierung der Welt ein Bild gegeben. Welch ungeheure Opfer die Weltmachtpolitik gefordert, welch ungeheures Maß von Kraftanspannung sie den Völkern auferlegt, das haben wir alle miterlebt. Nach diesem Übermaß der Weltintrige und des Aufgebots von Machtmitteln für die Weltpolitik zieht unter der Oberfläche nachwirkender Feindschaft

und übersteigerter Herrschgier durch die Völker ein großes Sehnen nach Rückkehr oder vielmehr nach Vorwärtsschreiten zu einer Weltpolitik im Sinne der Kulturpolitik und der Weltwirtschaftspolitik, nach dem furchtbaren Zerstören unermeßlicher Werte und unschätzbarer Menschenkräfte ein heißes Begehren nach friedlichem Wiederaufbau und harmonischem Zusammenleben.

Die Wirtschaft aller fünf Erdteile war durch mehr als vier Jahre mehr oder weniger eingestellt auf die Lasten und das Hasten, auf die Einseitigkeiten und Leiden der Kriegswirtschaft. Alte Verbindungen waren jäh zerrissen. Nicht nur die von den Weltmärkten abgeschlossenen Mittelmächte haben an dieser Folge des Krieges zu tragen gehabt und weiterhin zu tragen, auch die anderen Hauptkriegführenden in Europa wurden durch die Anspannung der Kriegswirtschaft gezwungen, ihre Plätze auf manchem alten Markt zu räumen und aufsteigenden Wettbewerbern in fremden Erdteilen das Feld zu überlassen. Die Werte des Schaffens konnten nicht Schritt halten mit den Werten des Zerstörens. So große Gewinne auch privatwirtschaftlich aus dem Kriegsbetrieb der Volkswirtschaften gezogen worden, diese selbst haben auf dem ganzen Erdball schwer gelitten. Wo der Krieg der Volkswirtschaft nicht Hunderttausende oder gar viele Millionen schaffender Hände entzog, da bedingte er doch zum mindesten empfindliche Stockungen und Störungen in den alten wirtschaftlichen Verbindungen und den Mangel an allerlei wichtigen Hilfsstoffen. Überseeische Märkte am Krieg unbeteiligter Länder litten teils infolge steigender Frachtraumnot an das wirtschaftliche Gedeihen lähmender Überproduktion, teils an mangelnder Zufuhr kulturfördernder Hilfsstoffe und Hilfsmittel; riesige Mengen der auf der ganzen Welt produzierten Erzeugnisse gelangten nicht in die Hände der Verbraucher, sondern versanken auf den Meeresboden. Alte Kulturen blieben zurück, in neuer Erschließung befindlich gewesene verkümmerten. Der Bedarf an Rohstoffen aller Art wurde durch die Kriegswirtschaften und die Frachtverluste aufs äußerste angespannt. Raubbau mußte getrieben werden an den Schätzen der Erde, und Jahre werden vergehen, bis diese Kriegswirkungen wieder überwunden sind, bis die einzelnen Volkswirtschaften sich wieder werden eingestellt haben auf einen normalen, ungestörten, fortschreitenden Kulturbetrieb.

Die Überspannung der Weltpolitik als Weltintrige und Weltmachtaufgebot muß schließlich doch einmal zu einer natürlichen Reaktion führen, die der friedlichen Weltkultur und Weltwirtschaft ihre überragenden Vorrechte einräumen wird.

Schon die zum Ausgang aus dem Kriege gemachten, alsbald aber wieder nach allen Richtungen verratenen Grundsätze, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellt waren, sie zielten ab auf Bekämpfung der Weltintrige, auf Freiheit der Meere, auf weltwirtschaftliche Gleichberechtigung, auf Beseitigung der Offensivrüstung, auf weitherzige und gerechte Regelung der kolonialen Ansprüche, auf den Versuch möglichst weitgehender Ausschaltung des Nationalitätenstreites und auf die Aufrichtung eines allgemeinen Völkerbundes der »Gerechtigkeit und Freiheit«. In dieser kurzen Fassung hätten sie das Programm einer Weltpolitik

friedlicher Kultur und Wirtschaftsförderung unter Verzicht auf Gewaltpolitik, Neidpolitik, Abschließungspolitik und Eroberungspolitik bedeuten können. Die friedliche Weltpolitik sollte sich aufbauen auf der Gleichberechtigung der Völker und Rassen, auf dem freien wirtschaftlichen Wettbewerb im Zeichen weltwirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Länder.

Vor dem Kriege war die weltpolitische Signatur gekennzeichnet durch den machthungrigen Imperialismus in Rußland mit seinem Streben nach Konstantinopel, in England durch den Wunsch nach Ausbreitung eines zusammenhängenden Riesenreiches unter Umfassung aller Randländer des Indischen Ozeans und seiner Ausläufer, in Frankreich durch das Verlangen nach der Rheingrenze und dem Streben nach Herrschaft über den ganzen Nordwesten Afrikas, auch in Amerika durch das Trachten nach Einfluß über Mittel- und Südamerika und nach wirtschaftlicher Durchdringung Ostasiens, wo es sich mit dem politisch ausgeprägten Imperialismus Japans traf. An die Stelle solcher Weltmachtbestrebungen, die ausarteten bis zum Streben nach Weltherrschaft, verhieß Wilson die Gedanken des Völkerbundes und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu setzen. Weltpolitik sollte fürder nicht getrieben werden mit den alten Mitteln der Kolonialpolitik in Ländern und Erdteilen, deren Bevölkerung reif genug ist, über dem kolonialen Zustande zu stehen, und Kolonialpolitik im engeren Sinne sollte ihr Arbeitsbereich beschränken auf solche Gebiete der Erdoberfläche, in denen nach Art und Kulturstand ihrer Bevölkerung die Leitung durch die Weißen noch unentbehrlich schien. In diesen Gebieten aber gebührt den als Kulturträgern bewährten Staaten und Nationen Anrecht auf gerechte Beteiligung, an großzügiger Aufteilung der farbigen Kolonialländer.

Vor allen Dingen ist es das Rohstoffproblem, das die Welt- und Kolonialpolitik gleichermaßen beherrschen und beeinflussen sollte. Der Rohstoffverschleiß während des Krieges und die Hemmung wirtschaftlich kultureller Fortschritte in weiten Rohstoffgebieten durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen versetzt die ganze Welt, insbesondere die Industrievölker, vor die Notwendigkeit versorgfältigter Pflege der Rohstofferzeugung und -Gewinnung und der Beseitigung des im Kriege vielfach geübten Raubbaues. Die Produktion der Nahrungs- und Genußmittel und der Faserstoffe, die pflegliche Gewinnung von Holz und Kohle, von Erdöl und Erzen, die Verteilung der gewonnenen Güter auf dem Boden weltwirtschaftlicher Gleichberechtigung der einzelnen Volkswirtschaften erheischt ein weltwirtschaftliches Zusammenarbeiten und eine Kolonialpolitik der Verständigung, die alle Kräfte der kolonisatorisch befähigten Nationen in den Dienst kolonial-wirtschaftlicher Produktionssteigerung stellt.

Das Deutsche Reich seinerseits hat seit seinem Bestehen und seinem Eintritt in die Welt- und Kolonialpolitik stets das gute Beispiel gegeben, Kolonialpolitik im engeren Sinne nur zu treiben gegenüber niederen Rassen, gegenüber Ländern, deren Bewohner ohne fremden Antrieb und fremde Beihilfe nicht befähigt waren, von den Schätzen und den Möglichkeiten

ihres Bodens solchen Gebrauch zu machen, wie es den weltwirtschaftlichen Bedürfnissen bei steigender Bevölkerung auf der ganzen Erde und steigender Zivilisation entsprach. Im übrigen trug deutsche Weltpolitik jederzeit das Gepräge einer Politik der offenen Tür, wie denn übrigens auch in seinen Kolonien Deutschland nicht dem Beispiel anderer Kolonialmächte, insbesondere Frankreichs, gefolgt ist, den weltwirtschaftlichen Wettbewerbern die offene Tür zu verschließen. Nach deutscher Auffassung heißt kolonisieren nicht unterjochen, sondern Landerschließung und Eingeborenenerziehung. Nach deutscher Auffassung heißt Weltpolitik treiben nicht, dem Traum einer Weltherrschaft nachhangen, sondern im freien friedlichen Wettbewerb Teil haben an der Vertiefung der Weltkultur und der Ausbreitung der Weltwirtschaft. Diese deutsche Affassung ist durch die Friedensdiktate brutal unterdrückt worden. Deutschland ist aus der Reihe der Kolonialmächte gestrichen worden. Die Teilhaber des Raubes aber werden an ihrem Siege nicht froh. Ja, es scheint, daß dem Ausscheiden Deutschlands aus der Kolonialpolitik eine tiefgreifende weltpolitische Wandlung sich angebahnt habe, die man letzten Endes als den

Abschluß des kolonialpolitischen Zeitalters

anzusprechen ein gewisses Recht haben könnte.

Je größer der zeitliche Abstand wird, den wir gegenüber dem Weltkriege gewinnen, um so klarer läßt sich überblicken, daß es ebensowenig angängig ist, die militärischen Ereignisse von 1914/1918 in weltgeschichtlicher Isolierung zu betrachten wie etwa den Siebenjährigen Krieg. Was sich in beiden Fällen auf dem europäischen Boden abgespielt, war nur eine Teilerscheinung gewaltiger Umwandlungsprozesse in der gesamten Machtverteilung auf dem Erdballe. Während der Dauer des Siebenjährigen Krieges, der in engstem Zusammenhang stand mit dem achtjährigen englisch-französischen, über vier Erdteile sich erstreckenden Kolonialkrieg, begann eine grundlegende Neugruppierung der Kolonialmächte, deren weitere Fortsetzung dazu führte, das kolonialpolitische Zeitalter für den größten Teil des amerikanischen Erdteils zum Abschluß zu bringen. In der gleichen Zeitspanne der Verdrängung der französischen Kolonialmacht aus Nordamerika begann England mit der Eroberung Ostindiens, mit der es auch nach dem 1763 geschlossenen Frieden von Paris fortfuhr, am Zurückdrängen des französischen Einflusses auf Südasien zu arbeiten. Noch während England hier am Wirken war, sich in Indien ein neues Kolonialreich von großer Ausdehnung und riesigen Schätzen zu schaffen, entglitt ihm durch den von Frankreich unterstützten Freiheitskrieg in Nordamerika der bedeutendste Teil seines dortigen Kolonialbesitzes.

Nach dem Frieden von Versailles von 1783 hatte England zwar seine Vormacht am Indischen Ozean aufgerichtet, aber zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans seine Kolonialpolitik wesentlich einschränken müssen, einerseits durch Verzicht auf das Gebiet der Vereinigten Staaten, andererseits durch Rückgabe des Senegalgebietes an Frankreich, dessen bis auf unsere Tage fortgeführte nordafrikanischen Ausbreitungstendenzen dadurch neue Nahrung fanden. In der nach kurzer Pause sich anschließenden Epoche der Napoleonischen Kriege begann, während England auf dem Boden

der Iberischen Halbinsel gegen Frankreich focht und die Macht Spaniens lahm gelegt war, die Lostrennung ganz Lateinamerikas von den ältesten Kolonialmächten. Nun war mit Ausnahme von Kanada das kolonialpolitische Zeitalter für Amerika im wesentlichen erledigt.

Der Ausbruch des Weltkrieges hat eine neue Epoche heraufgeführt, in der wir offensichtlich auch in und vor großen Veränderungen bezüglich der kolonialpolitischen Stellung Asiens und Afrikas stehen. Die Bewegung in Amerika können wir nunmehr als so gut wie abgeschlossen betrachten; denn Kanada ist heute, ebenso wie übrigens Australien, nicht mehr als englische Kolonie zu betrachten, sondern als besonderer Staat im Reiche des britischen Staatenbundes. Auch seiner europäischen Kolonie Irland hat England in Auswirkung des Krieges ähnliche Freiheit einräumen müssen. Nun rächt sich an England und wird sich an Frankreich rächen die weitgehende Benutzung farbiger Truppen auf europäischem Boden, das Hinübertragen des Krieges von Weißen gegen Weiße in die afrikanischen Kolonialgebiete und die der Südsee. Ägypten ist wieder zum Königreich emporgestiegen und hält fest am Anspruch auf den Sudan. Auch aus Ostafrika wurden bedenkliche Aufstände gegen die britische Macht gemeldet; in Südafrika hat England wieder einmal alle Machtmittel militärischer Technik spielen lassen müssen. Die Bewegung in Indien hat noch viel weitere Kreise gezogen und viel ernstere Erscheinungen angenommen als aus den von britischer Seite veröffentlichten Berichten gefolgert werden kann. Die Träger der indischen Freiheitsbewegung sind voll so starker Zuversicht wie nie zuvor.

Wenn aber die britische Kolonialmacht in Asien sowohl wie in Afrika so schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, dann müssen auch die Tage der französischen Kolonialpolitik als gezählt erscheinen. Auch die Hauptbestandteile des französischen Kolonialreiches stehen unter dem Einfluß des Islam und werden sich den Auswirkungen der nationalistischen Bewegung in den Einflußzonen des Islam nicht zu entziehen vermögen. Wenn Frankreich heute mit einem gewissen Hochgefühl auf die großen Schwierigkeiten blickt, die sich für die ganze britische Politik auftürmen, dann übersieht es, daß ihm selbst auf der gleichen Grundlage nahe Schwierigkeiten erwachsen werden, die schließlich der französischen Kolonialpolitik ein plötzlicheres Ende bescheren könnten als der britischen.

Für unsere deutsche Zukunft mögen sich aus dem Versuch eines Blickes in kommende Dinge Erwägungen ergeben, die einen gewissen Grad von Ähnlichkeit haben könnten mit jenen politischen Kombinationen, die das polnische Volk vor dem Weltkriege durchzogen. Als das Polentum den Krieg herandämmern sah, zog es in sorgfältige Berechnung, von welcher Seite aus ihm am sichersten die volle Selbständigkeit winken könnte. Es befolgte die Methode des indirekten Weges und kam zu dem auf den ersten Blick überraschenden Schluß, daß die größte Zukunft für Polen von einem russischen Sieg zu erwarten sei. Man hätte meinen sollen, daß die polnischen Sympathien Österreich gehören würden, weil der politische Einfluß des Polentums doch nirgends so stark war wie in der Habsburger Monarchie. Aber bei Abwägung aller Kräfte sagten sich die Polen ganz

richtig, daß Österreich niemals in solchem Grade als Sieger aus dem Kriege hervorgehen könne, daß das gesamte Polentum von dieser Seite aus den Zusammenschluß erwarten könnte. Wenn aber Rußland seine kühnsten Kriegsziele erreicht haben würde, dann, so meinte man auf polnischer Seite, würde es sich schwer übersiegt, mit westlichen Elementen überschluckt haben und in dieser Lage ein leichtes Opfer einer Revolution werden, die Polen dann zur vollen Selbständigkeit zu führen verhieße. Ohne daß auf deutscher Seite irgend jemand aus diesem Vergleich Entschlüsse ähnlicher Art folgern würde, wie es damals die Polen in ihrem Verhältnis zu Rußland getan, mag uns das Beispiel doch einen gewissen Zukunftstrost verleihen. Frankreich wiegt sich heute in nicht minder weitgehenden Hoffnungen als Rußland kurz vor Ausbruch des Krieges. Auch was Frankreich erstrebt, geht über den sicheren Boden seiner eigenen Volkskraft weit hinaus; diese französische Politik drohte sich schließlich doch zu überschlagen und zu einem ganz anderen Ausgang zu kommen, als die Poincarés träumen. Wenn zumal die Kolonialpolitik alten Stils unter den Nachwirkungen der Kriegspolitik zu einem weitgreifenden Zusammenbruch führen sollte, wofür zahlreiche Voraussetzungen gegeben scheinen, dann würde auch eine übersteigerte Kolonilapolitik das Platzen der französischen Seifenblase nicht hindern, sondern eher beschleunigen.

Von Zeit zu Zeit muß man sich wohl ins Gedächtnis zurückrufen, wie der Lauf der Dinge denn eigentlich gewesen. Im Waffenkriege hatte Deutschland nach Westen hin viele Siege errungen; doch blieb ihm hier nach Versagen der ersten Obersten Heeresleitung in der Marneschlacht der Sieg als solcher, der entscheidende Endsieg, versagt. Im Osten und Südosten aber war Deutschland auf breiter Front der unbestrittene Sieger geblieben.

G e s c h i c h t l i c h e L o g i k

wäre es unter diesen Umständen gewesen, wenn Deutschland im Westen seine Herrschaft endgültig behauptet, im Osten und Südosten seinen Einfluß beträchtlich ausgebreitet haben würde. Die hiervon mit Sicherheit zu erwartende wirtschaftstechnische Förderung der russischen Randstaaten wie der Balkanstaaten wäre auch der Weltwirtschaft insgesamt von sicherem und bedeutendem Vorteil gewesen.

Außerhalb des Waffenkrieges liegende Einflüsse der wirtschaftlichen und geistigen Blockade haben die Geschichte gefälscht und zu Friedensschlüssen geführt, die das Gegenteil logischer Folgen des Waffenkrieges als solchen darstellen. Deutschland ist der Möglichkeit beraubt, die segensreiche wirtschaftliche Entwicklung im Osten und Südosten führend zu beeinflussen; es ist darüber hinaus wesentlicher Quellen seiner alten wirtschaftlichen Kraft links des Rheines wie rechts der Oder beraubt, beraubt zugunsten von Ländern weit geringerer wirtschaftstechnischer Fähigkeiten. Zugleich aber ist es gezwungen, mit dem Rest seiner Kraft und mit den wesentlich verkürzten Bodenschätzen das Letzte aus den ihm verbliebenen Wirtschaftsmöglichkeiten herauszuholen, um wenigstens teilweise den Zwangsauflagen gerecht zu werden, die ihm die Sieger aus geschichtlicher

Unlogik diktiert haben. Sie selbst sind es, die immer fühlbarer darunter leiden.

Als logische Folge einer unlogischen Geschichtsentwicklung scheint sich das Abrücken der Völker von ihren den Siegesgedanken repräsentierenden Staatsmännern zu vollziehen. Die Amerikaner, die doch immerhin noch in der Lage sind, sich den Ruhm einer Wandlung auf dem westlichen Kriegsschauplatz zuzuschreiben, wollen an den Krieg überhaupt nicht mehr erinnert sein, mögen von europäischen Händeln keinerlei Notiz mehr nehmen.

Die Konferenz in Washington war im Grunde genommen eine Siegerkonferenz. Aber eine recht merkwürdige Siegerkonferenz, unter allerlei der Aufrichtung des Weltfriedens gewidmeten Aushängeschildern letzten Endes dazu bestimmt, die Gruppierung der Siegerstaaten für — den nächsten Krieg untereinander zu klären. Man wollte wissen, ob er von England gegen Amerika oder von Amerika gegen Japan geführt werden sollte, und erfuhr mit Staunen, daß die größere Wahrscheinlichkeit zunächst einer englisch-französischen Auseinandersetzung zufallen sollte.

In England ist das Siegergefühl äußerst gedämpft. Man sieht hier die ganzen Grundlagen des Krieges zerbrochen. Der Krieg in der Art, wie er zustande gekommen, war ja doch nur möglich auf dem Boden der beiden entscheidenden Verträge, die England 1904 mit Frankreich und 1907/08 mit Rußland abgeschlossen; Verträge, die allgemein-politisch zur Einkreisung Deutschlands bestimmt waren, geographisch unter englischen Gesichtspunkten dazu, die Umrundung des Indischen Ozeans und seiner Ausläufer durch die britische Weltmacht sicherzustellen, die Glacis Ägyptens und Indiens nach und nach in räumliche Verbindung miteinander zu bringen. 1904 erkannte Frankreich die englische Herrschaft in Ägypten an, 1907 Rußland die britische Interessensphäre am Persischen Golf. Jetzt haben neurussische Einflüsse im westlichen Asien England gezwungen, die persische Selbständigkeit wieder anzuerkennen, und die politische Entwicklung in Ägypten selbst hat England auch zur wenigstens teilweisen Freigabe Ägyptens gezwungen, so daß nunmehr Frankreich als einziger Nutznießer des Vertrages von 1904 erscheint, was die Gegner Lloyd Georges in England ihm zum Hauptvorwurf machen.

Verbleibt somit nur Frankreich, das militärisch selbst am wenigsten gesiegt, noch am offenbarsten in der Siegerpose, so erscheint doch auch sein Postament außerordentlich unsicher. Jeder erneute Beweis der auf deutscher Seite vorliegenden Unmöglichkeit, die französischen Zahlungsbedingungen fortlaufend zu erfüllen, versetzt Frankreich in seiner eigenen äußerst prekären Finanzlage einen schweren Stoß, bis schließlich eines Tages der französische Bankerott sich dem deutschen anschließen muß. Für eine in fernerer Zukunft liegende Folgezeit wird man vertrauen können, daß deutsche Wirtschaftsintensität weit rascher zur Gesundung zu führen vermögen wird, als dem behäbigen, arbeitentwöhnten französischen Rentnervolk mit seiner rückläufigen Bevölkerungsbewegung gelingen könnte.

Wo ist der Sieger? Vor 1914 hat man wohl bisweilen gehört, daß der nächste Krieg die Entscheidungsschlacht bedeuten werde zwischen

Imperialismus und Sozialismus. Aber auch wenn wir uns aus der materiellen Welt der Kriegsgewinnler und Kriegsschuldner emporheben in dieses Reich der Idee, müssen wir doch wiederum fragen: wo ist der Sieger? Wir sehen den Imperialismus heute besonders in Frankreich stärker verkörpert denn irgendwo und irgendwann zuvor, und wir sehen zugleich den Sozialismus in der bolschewistischen Extremform als Sieger in Rußland. Wo immer aber der gemäßigte Sozialismus, wie in Deutschland, oder der extreme, wie in Rußland, sich als Herr gefühlt, da muß er den zeitweiligen Genuß der Herrschaft bezahlen mit der Erkenntnis praktischer Unmöglichkeit seiner Ideologie. Anderseits dürfen wir überzeugt sein, daß auch der in keinem Vergleich mit der inneren Volkskraft stehende französische Imperialismus gleich dem Kommunismus die Erfahrung machen wird, sich »übersiegt« zu haben. Die Entscheidungsschlacht zwischen Imperialismus und Kommunismus ist noch nicht geschlagen. Man hätte beide für Sieger halten können — aber beide bluten aus tausend Wunden, ja, scheinen fast tödlich getroffen.

Am eigentümlichsten erscheint die schwere Verwundung der britischen Politik, die so ungeheuer erfolgreich aus dem Kriege hervorgegangen zu sein schien. Als Mars sich schlafen legte, hatte der Organisator des englischen Sieges mit seiner bedenkenfreien Anwendung auch der brutalsten Mittel seinem Lande zum Schein der höchsten Machtfülle verholfen. Er hat auch in der Folgezeit noch den Ruhm errungen, manch überaus schwieriges Problem der britischen Politik gelöst zu haben. Aber was gestern noch als Organisation des britischen Sieges gefeiert wurde, kann morgen als Organisation fremder Siege bewertet werden. Was gestern als glückliche Lösung britischer Fragen galt, mag morgen als Etappe auf dem Wege zur Auflösung Weltbritanniens verurteilt werden.

Lloyd George hat, um den englischen Sieg sicherzustellen, die militärische Hilfe der Amerikaner auf die Schlachtfelder Frankreichs gerufen. Als diese aber dem Kriege die Wendung zugunsten der Entente gegeben, stand Washington als Mittelpunkt der Welt vor London, mußte das stolze Albion sich dem siegenden Wettbewerber jenseits des Atlantik beugen und die englische Kriegsflotte auf die Stufe einer der amerikanischen nur noch ebenbürtigen herabdrücken. Für Europa erwies sich in Versailles, daß England den französischen Sieg organisiert hatte und des Festlanddegens ermangelte, der künftig die stärkste Kontinentalmacht in Schach halten könnte. In jedem Augenblick, in dem England etwas, nur etwas deutsche Widerstandskraft, etwas, nur etwas deutsches Selbstgefühl nötig hätte brauchen können, versagten diese Faktoren vollständig — nur leider noch viel mehr zuungunsten Deutschlands selbst als zuungunsten Englands.

Auch die allgemein-politischen Mittel, mit denen Lloyd George den englischen Sieg zu organisieren gesucht, haben sich schließlich gegen England gekehrt. Das gegen Mitteleuropa gemünzte Selbstbestimmungsrecht der Völker wirkte nach in Irland, Ägypten und Indien, bis Lloyd George sich gezwungen sah, zunächst wenigstens Irland und Ägypten aus Heloten zu Halbfreien zu machen, und bis eine entsprechende Entwicklung in Indien allem Anschein nach unabwendbar geworden. Ja selbst die Hungerblockade

hat sich an England gerächt; denn dank der dem mit ihrer Hilfe unterworfenen Deutschland auferlegten Bedingungen war es nach dem Kriege der englische Arbeiter, der von der Zerrüttung des Weltmarktes am schärfsten getroffen wurde.

Lloyd George hat die Scheindemokratie England mit ihrer aristokratischen politischen Überlieferung einer wirklichen Demokratie angenähert und mit dem Opfer alter Traditionen die klaren Grundlinien der britischen Politik verwischt.

Keine härtere Aufgabe kann jenen, die seit der Frühzeit der deutschen Flottenbewegung, also seit rund einem Vierteljahrhundert, in der politischen Front gegen England gestanden, das gefährliche Wachstum britischen Neides und Ränkespiels auf Horchposten beobachtet haben, nur irgend gestellt werden, als die Durchführung eines Frontwechsels gerade im Hinblick auf die britische Politik. Wer von uns vermöchte die ganz Europa durchzitternde Entrüstung gegen England aus der Zeit des Burenkrieges, die Erinnerung an des siebenten Eduard Einkreisungstreiben, wer die körperlichen Leiden der Hungerblockade und die seelischen der Verleumdung des Deutschtums in aller Welt seinem Gedächtnis zu entreißen! Und doch ist es eine geschichtliche Erfahrung, daß die britische Politik den Unterlegenen in ihre Dienste, auf ihre Seite zu zwingen weiß. Die in grausamer Kriegführung dem Reiche einverleibten Buren spielen heute sogar in Weltbritanniens Außenpolitik, so als gelegentliche Wortführer in Versailles und Washington, eine gewichtige Rolle. Die im Faschodafalle kampflos besiegten Franzosen erwiesen sich nach der Niederlage als bündnisreif für England, und nicht weniger die Russen, nachdem England sie durch seinen gelben Bundesgenossen hatte demütigen lassen. So auch wäre wohl ein durch den Krieg geschwächtes Deutschland an seinem Ausgang bündnisreif für England geworden.

Es ist anders gekommen. Deutschland ist nicht nur geschwächt, sondern zu Boden gestreckt, in einen Zustand bündnisunfähiger Ohnmacht versetzt. Daß die englische Hungerblockade, die englische Kriegshetze in aller Welt es war, die uns dieses Schicksal bereitet, die den seelischen Zusammenbruch unseres Volkes ermöglicht hat, das dürfen und werden wir nie vergessen. Aber nicht das warme Gefühl, sondern die kalte Klugheit muß uns die gangbaren Wege in und womöglich aus unserer Lage weisen. Und sie sagt uns trotz allem und allem, daß diese Wege nicht über die Rachsucht gegen England, nicht über die Schadenfreude an englischer Bedrängnis führen. Wo wir englische Bedrängnisse festzustellen haben — und das ist jetzt nicht eben selten der Fall — verzeichnen wir sie in der Absicht richtigen Abwägens der weltpolitischen Gewichte. Der Gedanke an das rächende Weltgericht gegenüber England hat heute in deutschen Hirnen zurückzutreten gegenüber weit näherliegenden Erwägungen über unser eigenes Schicksal.

Darum etwa »anglophil?« Nicht im Traume kommt uns der Gedanke an ein britisches »Wohlwollen« für Deutschland! Wir bleiben auf Horchposten und prüfen wachsam jede von jener Seite drohende Gefahr wirtschaftlicher Hörigkeit und Versklavung. Die unmittelbarste und drohendste

Gefährdung deutschen Lebens schlechthin aber kommt zweifellos nicht von jenseits des Kanals, sondern von jenseits des Rheins. Will England uns nur ein Leben in Hörigkeit gönnen, so trachtet Frankreich ohne Umschweif nach unserem nationalen Leben an sich, nach dem Herzblut des Deutschtums. Wären es nur die Sachwerte des Saar- und Ruhrgebiets, nach denen der Franzmann gierig die Hände ausstreckt! Nein — wir müssen begreifen lernen: Das heutige Frankreich unter Einschluß der geraubten Reichslande ist volksärmer als das alte Frankreich vor dem Kriege. Das verkleinerte Deutschland noch ist ihm um 23 Millionen Köpfe überlegen. 1911 zählte Frankreich 39,6 Millionen Einwohner — 1921 mit Elsaß-Lothringen nur 39,4. Die Zahl der Franzosen (ohne Ausländer) auf altfranzösischem Boden ist in diesem Jahrzehnt von 38,5 auf 36,3 Millionen gesunken. Dieses zurückgegangene Franzosentum will neben sich nicht ein ethnographisch geschlossenes Deutschtum von 80, auch nicht ein staatlich geschlossenes von 60 Millionen dulden. Es leben nach französischer Auffassung nicht 20 — es leben mindestens 40 Millionen Deutsche zuviel auf europäischem Boden. Ein politisch hemmungsfreies Frankreich würde versuchen, einige linksrheinische Millionen in sich aufzusaugen, die Hälfte der rechtsrheinischen aber mit allen Mitteln auszurotten, politisch in Atome zu zerstückeln, vom Boden Europas in alle Winde zu verwehen. Und wenn Frankreich heute nach dauerndem Besitz der Rheingrenze trachtet, dann wird es morgen durch die Gesetze der politischen Geographie belehrt werden, daß der Rhein keine „Grenze" ist, und den alten Arndt-Satz umkehren in die Forderung: „Der Rhein — Frankreichs Strom, nicht Frankreichs Grenze!"

Für eine fernere Zukunft mag es billiger Trost sein, daß die französische Seifenblase der festländischen Allgewalt einmal platzen muß. Um so sicherer platzen muß, als kein Volk weniger berufen und berechtigt zu Weltherrschaftsansprüchen ist als das durch sie sein Leben fristende französische mit seinem zahlenmäßigen Rückgang und seiner physischen Beeinträchtigung durch die Kriegsmischungen, die als das ungefähre Gegenteil einer Blutauffrischung zu bewerten sind. Das lebende Geschlecht aber hat lediglich mit dem französischen Ausrottungswillen zu rechnen, sofern diesem die Möglichkeit hemmungsloser Betätigung geboten wird. Geboten aber würde diese Möglichkeit im Falle eines Zerberstens der britischen Weltmacht — ein keineswegs ganz undenkbarer Fall, wenn man die Bedrängnisse Englands durch Frankreich selbst sowie in seinem asiatischen und afrikanischen Kolonialreich in voller Summe zusammenstellt. Wir lassen kein Fünkchen unseres Mitgefühls für die unterdrückt gewesenen und die noch unterdrückten Völker, für die Iren, die Inder, die Ägypter erlöschen, wenn wir rund heraus bekennen, daß in der heutigen europäischen und allgemeinen Lage ein Zerfall Englands vor dem Frankreichs eine für uns überaus schwere und ernste Lage schaffen würde. Als altweltliche Erben sähen wir nur Frankreich, Japan und den Bolschewismus, als neuweltlichen Erben Dollarien. Die Zerrüttung des Weltmarktes wäre bei bolschewistischer Überflutung der islamitischen Welt grenzenlos und schier unheilbar. Deutschland aber würde zwischen französischer Herrschgier

und bolschewistischer Ekstase zu einem wüsten Schutt- und Trümmerhaufen zerrieben. Anderseits hat sich erwiesen, daß wir von England keine Hilfe gegen Frankreich zu erwarten haben, da wir unserseits zu elend sind, England gegen Frankreich zu helfen.

Sofern wir aber richtig gesehen haben, wenn wir vom kommenden Ende des kolonialpolitischen Zeitalters sprechen, könnten wir auch zu dem Schluß gelangen, es als eine geschichtliche Notwendigkeit zu betrachten, daß Frankreich erst einmal an der Zertrümmerung Weltbritanniens mitarbeiten muß, um dann gleichfalls den Zerfall seines Kolonialreichs zu erleben, dem auch der Zusammenbruch seiner kontinentalen Machtstellung aus inneren und finanziellen Gründen folgen würde. Tatsächlich ist England, der Erfinder der Einkreisungspolitik, heute mit seinem asiatischen Kolonialreich selbst ein Objekt fremder Einkreisungspolitik: Bolschewistische, französische und amerikanische Propaganda treffen sich in der Förderung der orientalischen Freiheitsbewegung — die amerikanische in der Absicht, Englands asiatische Schwierigkeiten zur Ausbreitung des amerikanischen Erdölmonopols über Persien und Mesopotamien zu nutzen.

Das Weltbild würde unter jener Voraussetzung ein grundlegend verändertes werden: Im politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkt der amerikanische Riesenkai zwischen zwei Weltmeeren, ungefähr in der überragenden Stellung wie einstmals in kleinem Maßstabe der italienische Riesenkai zwischen den beiden Hälften des Mittelmeeres. Mit den Vereinigten Staaten eng vereint die alten britischen Dominien und England selbst, das alte Mutterland in der Rolle der kleineren Schwester. Auf unserer Seite des Weltmeers die Möglichkeit einer Wiedergeburt der Alten Welt unter starker Beteiligung eines nach furchtbaren Prüfungen wiedergenesenden, politisch unbedrohlichen Deutschland mit seinen reichen technischen und organisatorischen Kräften, deren die um- und neugebildeten Länder der altweltlichen Halbkugel dringend bedürften.

Auch ohne die Voraussetzung so grundstützender politischer Wandlungen, mit deren Möglichkeit zu rechnen wir immerhin guttun werden, richtet sich in unserer heutigen politischen Lage naturgemäß unsere Aufmerksamkeit von den westlichen Bedrückern nach den Möglichkeiten, die sich unserer Betätigung auf Linien geringeren Widerstands im Osten und Südosten bieten könnten, nach den europäischen Neubauzonen.

Zu Zeiten des Vierbundes konnte man die Europäisierung des Balkans als ein deutsches Kriegsziel ansprechen. Nach dem Zusammenbruch aber entpuppte sich die

Balkanisierung Mitteleuropas

als ein Friedensziel der Gegenseite. Mag die Geschichte entscheiden, auf welcher Seite die höhere politische Moral zu suchen war.

Wo beginnt nun der Balkan? Das vom eigentlichen Balkan überkommene System wenigstens der Volkszahl nach kleinstaatlicher Gebilde buchtet sich aus bis ans Erzgebirge. Vor dem Kriege war es strittig, ob Rumänien noch als Balkanstaat zu rechnen sei. Wegen der früheren Verbindungen mit der Türkei und des kleinstaatlichen Gepräges pflegte man wohl auch diesen linken Uferstaat der unteren Donau mit zu den

balkanischen Gebilden zu zählen, in die es durch die Dobrudscha auch geographisch hineinragt. Rumänien seinerseits wollte zwar als zivilisatorisch überlegen nicht gern auf eine Stufe mit den südlichen Nachbarländern gestellt werden, gefiel sich anderseits aber doch wiederum in der Rolle einer Vormacht unter den Balkanstaaten. Rechnet man aber einmal Rumänien mit, dann gehören doch schließlich auch die auf gleicher Breite liegenden Kleinstaaten Ungarn und Deutsch-Österreich mit in diesen südosteuropäischen Block, von dem man schließlich die Tschechoslovakei geographisch und politisch gar nicht trennen kann. Die geographische Abgrenzung der Balkanhalbinsel etwa durch den Unterlauf der Donau und die Save ist politisch durch das Hinausgreifen Südslaviens bis über die Drau hinaus und durch die Zugehörigkeit der Dobrudscha zu Rumänien durchbrochen. Man kann demnach kaum noch von Balkanstaaten in dem früher eng umrissenen Sinne sprechen, kann Griechenland, Albanien, Bulgarien und Südslavien politisch nicht mehr betrachten, ohne zugleich von Rumänien, Ungarn, Österreich und der Tschechoslovakei zu sprechen.

Bis Kriegsende war Deutschland von den Balkanstaaten durch das Habsburger Doppelreich getrennt. Heute sind die Nachfolgestaaten dieses Reiches selbst politisch balkanisiert.

Von einer deutschen Balkanpolitik war vor dem Kriege kaum die Rede. Wenn Deutschland mit Rumänien einen das deutsch-österreichische Bündnis ergänzenden Geheimvertrag hatte, so gehörte dieser nicht in den Bereich der Balkanpolitik, sondern stellte sich dar als gemeinsame Grenzsicherungspolitik gegen Rußland. Gegenüber den balkanischen Nachfolgestaaten der Türkei verhielt das amtliche Deutschland sich unbeteiligt. Das war auch über die Frühzeit balkanischer Entwicklung hinaus ziemlich natürlich im Hinblick auf Bulgarien und Griechenland, zwei Staaten, mit denen uns nicht einmal mittelbare Nachbarschaft verknüpfte. Es war nach unserem eigenen wirtschaftlichen und politischen Wachstum weniger natürlich gegenüber Serbien, den Nachbarn unseres Nachbarn. Denn als wichtiges Gesetz der politischen Geographie haben wir den Satz kennen gelernt: »Die Nachbarn unserer Nachbarn sind unsere Nachbarn.« Jeder Nachbars-Nachbar hat auch für uns selbst politische Wichtigkeit. Wären wir mit Österreich-Ungarn in Unfrieden gekommen, dann wäre es von Belang für uns gewesen, das Nachbarreich zugleich im Rücken durch Serbien beschäftigen zu können. Wollten wir eine gemeinsame Front gegen Rußland bilden, dann mußten wir wünschen, daß die österreichisch-ungarischen Kräfte nicht durch serbisches Zwischenspiel von der Hauptaufgabe abgelenkt wurden.

Die geschichtliche Entwicklung aber war dahin gegangen, daß Deutschland sich zugunsten des Nachbarreiches auf dem Balkan schlechthin uninteressiert zeigte. Wohl hatten wir gerade in Serbien nicht so ganz unbedeutende wirtschaftliche Interessen oder hätten sie wenigstens ausgestalten können. Sobald aber ein Versuch in dieser Richtung unternommen wurde, machte sich die berühmt-berüchtigte Konkurrenz zwischen dem serbischen Schwein und dem ungarischen Schwein geltend, die beide einen guten Speck lieferten, und von Wien-Budapest aus wurde alsbald

ein so starker diplomatischer Druck auf Berlin ausgeübt, daß wir sogar einen deutschen Konsul, der sich nachdrücklicher der deutschen Wirtschaftsinteressen in Serbien annahm, abberufen mußten.

Wollen wir nachträglich Klarheit darüber zu gewinnen suchen, ob unsere Balkanpolitik in der weltpolitisch veränderten Zeit nach Bismarck richtig war — um für die Zukunft daraus nach Möglichkeit zu lernen —, so stoßen wir auf eine neue Vorfrage:

War die Bagdadpolitik richtig?

Eins der ernstesten und bedeutsamsten Kapitel der deutschen Vorkriegspolitik. Man wird zu trennen haben: die Bagdadbahn — die Bagdadidee — die Bagdadpolitik. Zu trennen und doch wieder unlösbar zu verbinden.

Die Bagdadbahn: Ein Privatunternehmen im Dienste der Türkei, eingeleitet von der Deutschen Bank, aber weder ausschließlich von deutscher Seite finanziert noch überhaupt mit deutschen Kräften durchgeführt. Und doch war es ein ganz vergebliches Bemühen der Unternehmer, das Werk zu entpolitisieren. Die geographische Lage der Bahnlinie machte es von vornherein unmöglich. Mochte deutscherseits auch nicht die Spur einer politischen Absicht vorliegen — die weltpolitischen Interessenten in der Nachbarschaft mußten den Bahnbau politisch empfinden. Darüber hinaus war es auch nur zu natürlich, daß man deutscherseits dem Privatunternehmen der Bagdadbahn schließlich weltpolitisch eine Bagdadidee unterlegte. Nicht nur, weil ein parvenühafter Zug der in verhältnismäßig jungen Jahren des neuen Deutschen Reiches eingeleiteten Weltpolitik im Verein mit der Unfähigkeit breiter Schichten, sich in den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Aufstieg hineinzufinden und an der Sicherung seiner Fundamente mitzuarbeiten, gleichermaßen zu reichlich lauter Reklame für Kriegsflotte und Handelsflotte wie auch für die Bagdadbahn anreizte. Nein, es war auch durch die Natur dieses letzteren Projektes gegeben, daß sich unter der Hand ein in große Räume führender Traum der Weltpolitik darum spann: Aus dem Herzen Europas führte der neue Weg in das Verbindungsland zweier, dreier Welten. Es wurde eine Brücke vom Abendland zum Morgenland geschlagen, und von dem alten vorderasiatischen Kulturbrennpunkt aus ergaben sich Ausstrahlungsmöglichkeiten nach dem Herzen Asiens so gut wie nach dem Herzen Afrikas. Diese tiefe, weltpolitische Bagdadidee ließ sich nicht mehr zurückhalten, seitdem Kaiser Wilhelm II. auf der Christenheit und dem Islam geheiligtem Boden das Wort von der schützenden Freundschaft für die Hunderte von Millionen Islamiten ausgesprochen.

Die Bagdadidee: Ausstrahlung politischer, kultureller und wirtschaftlicher Einflüsse auf dem Landwege aus dem Herzen Europas über Bagdad in das Herz Asiens und das Herz Afrikas, kann nicht verleugnen wollen, wer in mancher Schrift (u. a. »Die Wiedergeburt der Alten Welt«, Dresden 1916, »Zwischen zwei Welten«, Leipzig 1917) für sie eingetreten ist. Auf einem ganz anderen Blatt aber steht die Frage nach der richtigen Führung der Bagdadpolitik in der Vorkriegszeit.

Die Bagdadpolitik: Sie betrat das Kampffeld russisch-britischer Interessen. Sie kreuzte Rußlands Streben durch die Meerengen ins Mittelmeer; sie kreuzte Englands Streben nach Verbindung zwischen Ägypten und Indien. Von diesen beiden Machtzentren aus drängte England, vom Schwarzen Meer und Kaukasusgebiet aus Rußland gegen die Bagdadzone. Ein deutsches Verkehrsunternehmen mit ihm unweigerlich aufgestempeltem politischen Einschlag drohte hier als »Puffer« zwischen die beiden feindlichen Mächte zu geraten. Als Grundirrtum der deutschen Politik hat sich zu unserem Verhängnis die Annahme erwiesen, daß die beiden alten Rivalen der asiatischen Politik »niemals« (Holstein!) zu einem freundschaftlichen Einvernehmen würden kommen können, daß ihnen der deutsche Puffer womöglich gar willkommen sein werde. Die gegenseitige Feindschaft zwischen England und Rußland nicht etwa in beiderseitige Feindschaft gegen das neue Zwischenglied in Vorderasien sich umwandeln zu lassen, mußte die erste Sorge der deutschen Bagdadpolitik sein.

Zeugte die politische Geographie für die Möglichkeit einer solchen Gefahr, so zeigte die politische Arithmetik die Auswege: Da in jedem Falle $1 + 1 = 2$ ist, so galt es, die mögliche Konstellation England und Rußland gegen Deutschland zu verhindern durch eine Gruppierung von Deutschland und England gegen Rußland oder Deutschland und Rußland gegen England. Nur wenn eine von beiden Mächten unschädlich gemacht war, konnte Deutschland ohne ernsteste Sorge die Bagdadpolitik führen.

Im Hinblick auf Rußland gab es zwei Möglichkeiten: Entweder Rußland durch dick und dünn unter Sicherung seiner wohlwollenden Haltung gegenüber der Bagdadpolitik unterstützen — oder es bei passender Gelegenheit wehrlos machen. Die Wahl zwischen beiden Möglichkeiten war gegeben durch den russisch-japanischen Krieg. Wir konnten Rußland in diesem Kriege entweder den Rücken frei halten und uns dafür freie Hand in Vorderasien gewähren lassen, oder wir konnten ihm in den Rücken fallen und mit Japan vereint das Zarenreich durch Krieg und Umsturz unschädlich machen. Zwischen diesen beiden praktischen Möglichkeiten fand unsere Politik den Ausweg einer bedingungslosen Unterstützung Rußlands. Der Ausgang des Krieges zeigte, daß wir auf das falsche Pferd gesetzt. Im fernen Osten zurückgedrängt, wandte sich Rußland nunmehr wieder dem Westen zu. Und anstatt ihm durch den gelegentlich aufflammenden Gedanken eines deutsch-russisch-österreichisch-türkischen Vierbundes den Weg durch die Meerengen zu öffnen und seinen politischen Ehrgeiz nach Süden abzulenken, versuchten wir es nunmehr wieder einmal mit England.

Der britischen Politik aber stand die Bagdadpolitik zweifellos viel mehr im Wege als der russischen. Denn wenn es recht wohl möglich gewesen wäre, im Rahmen eines Vierbundes der eben erwähnten Art ohne Verzicht auf die Bagdadpolitik Rußland die freie Fahrt durch die Meerengen zu gewähren, so war es sehr viel weniger möglich, England von der Ungefährlichkeit der Bagdadbahn für seine indischen Interessen zu überzeugen. England fordert überlieferungsgemäß und aus Lebensinstinkt die Kontrolle über jeden Weg nach Indien. Wollten wir ihm verständlich

machen, daß ihm die Bagdadbahn zur Verfügung stand, daß es im Notfalle sogar auf diesem Wege schneller als auf irgendeinem anderen Truppen nach Indien werfen könne, so hätte es die bindendsten Sicherheiten gefordert: Verzicht auf eine deutsche Nordseeflotte, mindestens fünfzigprozentigen Anteil an der Bagdadbahn, englische Herrschaft über ihren Endpunkt.

Tatsächlich haben ja vor dem Kriege deutsch-britische Verhandlungen über den Abschluß der Bagdadbahn im Zusammenhang mit Verhandlungen über ein deutsch-britisches Afrikaabkommen nicht nur geschwebt, sondern sind sogar zum Abschluß, aber, wohlgemerkt, nicht zur Ratifikation gekommen. Jedoch — wir kennen deutsch-britische Abkommen dieser Art — uns schrecken die Spuren! Als im Jahre 1898 das Delagoaabkommen über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien abgeschlossen war, dachte England gar nicht daran, uns die Früchte dieses Abkommens genießen zu lassen, sondern steckte sich hinter Portugal, verstärkte dessen Vasallenschaft, indem es ihm vor dem deutschen Hunger auf Teile seiner Kolonien bange machte, und schloß insgeheim den Bristolvertrag, der den Delagoavertrag vollständig aufhob. So hatte uns 1912 England in die Falle gelockt, um Belgien enger an sich zu ketten und zugleich auf alle Fälle unsere Bagdadpolitik lahmzulegen.

Ohnehin schwebte die Bagdadpolitik in der Luft ohne Balkanpolitik. Wohl fühlten wir uns durch das Bündnis mit der Donaumonarchie und den Geheimvertrag mit Rumänien des Weges nach Konstantinopel sicher. Aber die Strecke von Konstanza nach Konstantinopel lag im Ernstfalle unter den russischen Schiffsgeschützen. Bagdadpolitik ohne Balkanpolitik war ein Unding. Ging's nicht durch Serbien, dann mußte es im Anschluß an Rumänien wenigstens durch Bulgarien gehen, aber nicht lediglich auf dem unsicheren Wege über das Schwarze Meer. Der erste Teil des Krieges, in dem wir zwar zum Bündnis mit der Türkei gelangten, aber des balkanischen Zwischengliedes ermangelten, hat zur Genüge erwiesen, in welchem Grade halbe Arbeit gemacht war, wie unendliche Mühe es kostete, den türkischen Verbündeten mit Gold und Munition zu versorgen.

Heute liegt Bagdad, liegt die Türkei uns weltenfern. Aber der Balkan ist uns doch nähergerückt. Wir haben im Kriege Fühlung mit ihm gewonnen, teils als Verbündeter, teils als Eroberer, in beiden Fällen durch die lange Dauer des Verkehrs als wirtschaftlicher Erzieher und Befruchter. Die Donaumonarchie Habsburgs, die sich als politische Barre zwischen Deutschland und diesen Südosten gestellt, ist nicht mehr. Die Zersplitteulng ihrer Nachfolgestaaten läßt zwar vorläufig das verkehrspolitische Bid keineswegs günstiger erscheinen. Aber eins bleibt: Die verbindende Donau! Ein Bindeglied dieser Art läßt sich nicht wegstreichen. Und es läßt sich auch das Bedürfnis der Südoststaaten nicht wegstreichen, wieder in wirtschaftliche und kulturelle Fühlung mit Deutschland zu kommen. Ja, daß sie von dem schwachen Deutschland unserer Tage keine politische Hegemonie zu fürchten haben, wird dieses Bedürfnis auf die Dauer vielleicht klarer zutage treten lassen als zuvor.

Die Länder der eigentlichen Balkanhalbinsel fühlten sich von allen Seiten bedrängt und bevormundet. Aus türkischer Herrschaft kaum befreit, verfielen sie russischem Einfluß, österreichischem Druck, französischer Finanzhoheit. In Sorge um ihre Selbständigkeit wehrten sie sich nach allen Seiten und ließen am liebsten nur belgisches oder — tschechisches Kapital in ihre junge Industrie herein, um nicht ganz von den Großmächten verschluckt zu werden. Deutschland hielt sich von ihnen fern oder wurde von ihnen ferngehalten. Nur im halbbalkanischen Rumänien spielte es durch die Beteiligung an den Erdölfeldern eine Rolle. Bei der Wiederherstellung der von englischer Seite zerstörten Bohrtürme in Rumänien, bei der Wiederherstellung der Eisenbahnen in Serbien, bei ihrem Ausbau in Bulgarien, bei der maschinellen Aufrichtung der Landwirtschaft in allen drei Ländern hat man drunten deutsche Technik mehr denn je bewundern gelernt. Und ob als Verbündete Frankreichs, ob als Unterworfene der Besatzungstruppen, hat man anderseits auch die maßlose Überheblichkeit der »ritterlichen« Nation genugsam durchgekostet.

Was aus dem Balkan im engeren, dem balkanisierten Europa im weiteren Sinne sich politisch in absehbarer Zukunft gestalten wird, steht noch dahin. Kaum hat der Kleinnationalismus sich in den Ländern der ehemaligen Habsburger Monarchie durchgesetzt, da wird doch überall das Empfinden wach, daß diese kleinen Machtsplitter in der Zeit der Weltmächte zum Verkümmern verurteilt sind. Ihr teilweise höchst unglückliches geographisches Bild und die keineswegs gewahrte nationale Einheitlichkeit erhöhen das Gefühl des politischen Unbehagens. In Nord und Süd spricht man von neuen Föderativstaaten; hinüber und herüber schmiedet man Bündnisse, sucht man Anlehnungen. Die derzeit stärkste Festlandmacht sucht über all den Kleinen ihre gebietende Hand zu halten. Freiheitsgefühl regt sich auch gegen diese neue Vormundschaft. Alles gärt und brodelt und kommt noch nicht zu neuer Festigkeit, Sicherheit und Geschlossenheit.

Aber ein gemeinsames Band ist da, das sowohl die balkanischen wie die balkanisierten Länder miteinander verknüpft: das natürliche Band der Donau. Es weist, rückwärts verfolgt, nicht nach Frankreich. Aber es weist nach Deutschland. Es weist nach dem — trotz aller Einschnürungen — an Volkszahl und Arbeitskraft, an Kultur und Technik, an Wirtschaft und Verkehr höchststehenden Lande im weitesten Umkreis aller Gebiete, die der Donaustrom durchmißt, dem Lande, das auch heute und in Zukunft dem Südosten Europas am meisten zu bieten vermag, ohne daß von ihm aus eine Bedrohung oder Beengung des Selbständigkeitsdranges zu befürchten wäre.

Wenn Bismarck einst, als er weder Rußland noch Österreich-Ungarn auf dem Balkan ins Gehege kommen wollte, das Wort von dem pommerschen Grenadier geprägt, dessen Knochen ihm für die balkanischen Streitigkeiten zu schade wären, so ruhen heute — nachdem die Politik seiner Nachfahren sowohl Rußland wie England auf dem Bagdadwege ins Gehege kam — gar viele Gebeine pommerscher Grenadiere und sonstiger Soldaten aller deutscher Stämme im Balkanboden. Indessen — sie kamen nicht nur als

Krieger; sie haben gewirkt auch als wirtschaftliche Lehrmeister, als Verkehrbringer, als Kulturträger — gleichviel, ob sie in Freundes- oder Feindesland des Vaterlandes Befehle ausgeführt. Und sie kamen als Menschen. Aus dem Blut, das Acker und Schluchten gedüngt, wird dereinst doch noch eine Saat aufsprießen, und das Donauband, das die Natur um uns gelegt, wird enger uns umschlingen.

Und deutsch bleibt die Quelle, deutsch das volkreichste Drittel des Stromes, dessen Mittellauf noch weithin starke deutsche Siedlungen folgen. Mag der Brite stromauf Budapest zu einem englischen Hafen zu gestalten streben, mag der Franzose über Land von Süden her seinen Einfluß vorzutragen suchen bis weit über die Donau hinaus — das Deutschtum, das im Laufe von Jahrhunderten vorgetragen bis weit über die Mündung der Theiß, behält über die Zeiten politischer Eintagsexperimente hinweg die stärkste Anwartschaft auf kulturelle Durchdringung und wirtschaftliche Führung auch der unteren Donauländer. War Deutschland in der Zeit politischer Macht durch Rücksichten auf das benachbarte Donaureich behindert, Balkanpolitik zu treiben, so steht ihm in der gegenwärtigen Zeit politischer Ohnmacht der Weg zum erneuten Vorantragen geistiger und wirtschaftlicher Einflüsse frei. Und es wird auf diesem Wege Sorge tragen müssen, daß künftige Neugruppierungen der Mächte rings um die Donau sich nicht auf deutschfeindlicher Grundlage bilden, sondern von der Erkenntnis des notwendigen Zusammenarbeitens getragen werden.

In der zu wechselvollen Schicksalen bestimmten

Zone des Völkergemisches

zwischen der Ostsee, dem Schwarzen und Adriatischen Meer haben die Friedensdiktate mancherlei Streitfrage offen gelassen. Nicht nur die im Gemenge wohnenden Völker selbst aber sind es, die hier ihre Händel austragen: auch eine jede der Großmächte schaut dem Spiel mit irgendwelchen Sonderinteressen zu und sucht auf die Lösung strittiger Fragen Einfluß zu gewinnen.

Der Brite huldigt auch bezüglich des östlichen Mitteleuropas seiner seltsam erweiterten Grenztheorie, die Englands Grenzen nicht an den Gestaden der eigenen Insel, nicht einmal an den jenseitigen Gestaden aller Ozeane, sondern letzten Endes erst dort sucht, wo die Schiffbarkeit der als Fortsetzung des Meeres betrachteten Ströme endet. Die sog. Internationalisierung der mitteleuropäischen Ströme bedeutete in der ursprünglichen britischen Absicht nichts anderes als die diplomatische Formel für die praktische Durchsetzung des englischen Einflusses bis zu den »Seehäfen« Köln, Warschau, Budapest. Daneben haben England sowohl wie die Vereinigten Staaten ihr Auge darauf gerichtet, Gebiete ungehobener osteuropäischer Naturschätze ihrem Kapital zugänglich zu machen.

Obwohl auch bei Frankreich dieses kapitalistische Interesse mitspricht, sind die Hauptbeweggründe französischer Einmischung in die östlichen Angelegenheiten doch auf ganz anderem Gebiet zu suchen: Frankreich kommt es vor allen Dingen darauf an, eine möglichst vollständige Einschnürung des Deutschtums zu betreiben und sich gegen den unverändert

gefürchteten Gegner an all seinen nach Kräften verengerten Grenzen Bundesgenossen zu sichern. Die französische Politik zur Machterweiterung und wirtschaftlichen Stärkung Polens spricht über die Kerngedanken der französischen Gesamtpolitik eine klare Sprache. Die gleichen Richtlinien verfolgt Frankreich auch in allen anderen Gebieten, die irgendwie dazu mithelfen können, die Stellung des Deutschtums zu schmälern, seiner Entfaltung Fesseln anzulegen und für den Fall späteren Wiedererstarkens es rings von mächtigen Feinden umgeben zu halten. Dazu gesellten sich nach den Friedensschlüssen die Gesichtspunkte der britisch-französischen Rivalität und das französische Bestreben, die englischen Einflüsse überall in Südosteuropa und dem nahen Orient auszustechen.

Zu wenig beachtet scheint neben der Haltung Englands und Frankreichs im Hinblick auf die ostmitteleuropäischen Fragen im allgemeinen jene Italiens, das nicht nur in den albanischen Angelegenheiten, sondern auch im Hinblick auf die ungarisch-österreichischen Beziehungen sichtbar hervorgetreten ist. Daß Italien, abgesehen von der Sicherung seiner Landesgrenzen durch vorgeschobene Glacis, die Beherrschung des Adriatischen Meeres erstrebt, ist eine altbekannte Tatsache. Weniger bekannt und beachtet aber ist sein neuerliches Streben nach einer Art Vormundschaft über Balkanien im weitesten Sinne, d. h. das ganze staatlich balkanisierte Völkermischgebiet Südosteuropas. Es ist nicht nur das Streben nach Hebung seiner politischen Weltgeltung, das Italien veranlaßt, hier überall Fäden zu knüpfen und auf eine Lösung strittiger Fragen in einem ihm zweckmäßig erscheinenden Sinne hinzuarbeiten — es wirken zugleich auch wirtschaftliche Erwägungen mit, die Italien veranlassen, seiner Industrie eine führende Rolle auf dem südosteuropäischen Markt zu sichern. Man konnte schon vor den Balkankriegen beobachten, daß beispielsweise die italienischen Web- und Wirkwaren im Wettbewerb mit den englischen auf dem Balkan überraschend an Boden gewannen. Diesen Markt trachtet Italien jetzt auch nordwärts zu erweitern. Um den Ruf eines gerechten Richters in östlichen Streitfragen ringend (die mustergültige Haltung seiner Truppen in Oberschlesien bezeugte dieses Bemühen), will es mit der Hebung seines politischen Ansehens auch der italienischen Warenmarke größere Werbekraft schaffen. Es will hineinwachsen in die Paradeuniform, die es für seinen Posten im Obersten Rat des Völkerbundes anzulegen hat, wohl empfindend, daß es bisher an politischem Brustumfang wie an wirtschaftlicher Körperfülle hinter den Ratsgenossen einigermaßen zurücksteht.

Italiens Bemühen in der neuen Richtung stört einstweilen die »lateinische Schwester« erheblich mehr als den Briten. Auch er widerstrebt französischem Übergewicht in jenen Zonen des Völkergemisches, das die kontinentale Allmacht Frankreichs über die Glanztage des ersten Napoleon hinausheben möchte. Da sind Gegengewichte durchaus willkommen, zumal wenn die Macht, die sie in die Wagschale legt, ihrer geographischen Lage und ihrer geringen Seestärke nach ein in etwaigem Streitfall leicht zu zügelndes Objekt politischer Künste Albions bilden würde. Auch der deutsche Zuschauer kann die italienischen Anstrengungen zunächst nur

unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß gegenüber dem blindwütigen Deutschenhaß, der das Leitmotiv der französischen Politik bildet, Italien nicht mit gleicher Voreingenommenheit an die Probleme herantritt, die unmittelbar oder mittelbar für die Stellung des Deutschtums von Belang sind. Wo der französische Einfluß die Herrschaft erringt, hat Deutschland nichts zu hoffen und alles zu fürchten. Jeder andere Einfluß verheißt eher die Möglichkeit, schließlich auch deutscher Arbeit einen Anteil an der wirtschaftlichen Einrichtung der politischen Neubauten in der Zone des Völkergemisches zu lassen.

Bei allen Versuchen, deutscherseits wieder südostwärts Fühlung zu suchen, werden wir bei der Wahl der taktischen Wege die Unterschiede der Denkweise nie außer acht lassen dürfen. Wir dürfen nicht an alle Welt den deutschen Maßstab legen — es gibt Länder und Völker, Sitten und Gebräuche, die mit ihm einfach nicht meßbar sind. Deutschland steht auf höchster Stufe der

A r b e i t s i n t e n s i t ä t.

Sie hat uns reich und mächtig — sie hat uns aber auch unbeliebt, ja verhaßt gemacht. Man hat wohl banal, aber doch nicht ohne damit wenigstens eine Teilwahrheit auszudrücken, gesagt, der Krieg sei angezettelt worden, weil die deutsche Arbeitsintensität den englischen Kaufmann zwang, seine Bureauzeit zu verlängern. Dieser Konkurrenzzwang zum Verzicht auf gewohnte Ruhe und freie Zeit für sportliche und andere Zwecke war dem Briten in der Tat etwas Unerträgliches. Das mit hieraus abzuleitende Verhalten der Briten uns gegenüber ist geschichtlich unentschuldbar. Durchaus begreiflich aber ist es, wenn andere Völker unserm Arbeitsdrang nicht folgen, sondern auf einem ganz anderen Standpunkt verharren, für ganz andere Ideale leben.

Der Deutsche ist in den Augen des Fremden ein Arbeitsfanatiker, der die Arbeit um der Arbeit willen betreibt, der nicht arbeitet, um zu leben, sondern lebt, um zu arbeiten. Der eigentliche Gegensatz zu ihm ist in dieser Beziehung der Orientale, der nur arbeitet, um zu leben, dessen Ideal die Ruhe ist. Die Auffassungen von sozialem Emporstreben, von dem, was wir »verbesserte Lebenshaltung« nennen, sind, das dürfen wir nicht vergessen, außerordentlich verschieden. Wir verstehen unter verbesserter Lebenshaltung die Möglichkeit, uns unser Heim wohnlicher einzurichten, uns besser zu kleiden, unsern Kindern eine gehobene Erziehung zuteil werden zu lassen, uns durch Reisen zu bilden, uns Kunstgenüsse zu verschaffen u. dgl. m. Für den Orientalen ist die beste Lebenshaltung ein möglichst großes Maß von Ruhe, ein möglichst geringes Quantum Arbeit. Das sind zwei grundverschiedene Standpunkte, und niemand darf sich die Entscheidung darüber anmaßen, welcher von beiden etwa der »berechtigte« wäre.

Wenn bei der Knüpfung von Wirtschaftsbeziehungen nur der verschiedene Grad der Arbeitsintensität eine starke Berücksichtigung heischt, so können wir diese nicht zu übersehende Wahrheit nicht etwa in dem Sinne auffassen, als gälte es, jene Völker, mit denen wir unter Umständen

in einen Wirtschaftsbund eintreten wollen, zu deutscher Arbeitsintensität zu »erziehen.« Solche Versuche könnten, anstatt die Freundschaft zu festigen, unter Umständen bittere Feindschaft wecken. Richtiger ist es, die Frage zu untersuchen, wo im Sinne der verschiedenen Auffassungen von der Arbeit der Orient anfängt, und welche Folgerungen für die Grundlagen eines Wirtschaftsbundes aus der Beantwortung dieser Frage zu ziehen sind.

Der »Orient« ist für die hier in Rede stehenden Probleme kein scharf umgrenzter geographischer Begriff. Denken wir etwa an den Balkan: Der Rumäne liebt es im Durchschnitt nicht, mehr zu arbeiten, als zum üblichen Leben nötig ist. Der Grieche begnügt sich eher mit weniger. Der Bulgare dagegen huldigt mehr unsern Auffassungen vom sozialen Aufstieg, sorgt insbesondere pekuniär und in Bildungssachen für seine Nachkommen. Beim vorderasiatischen Orientalen würden wir uns eine glatte Absage holen, wenn wir glauben sollten, ihm mit Erziehung zu deutscher Arbeitsintensität einen Freundesdienst zu erweisen. Die industrielle Herstellung von Massenfabrikaten etwa, die zu dem Grundsatz vom großen Umsatz bei kleinem Nutzen hindrängt, liegt jenen Völkern unendlich fern, die ihre Freude haben am gemächlichen Produzieren und am langwierigen Handel um das einzelne Erzeugnis ihrer Arbeit. Sie begreifen nicht, wie wir schnell zu festen Preisen verkaufen mögen, um uns sofort wieder neuem Absatz nach gleichem Grundsatz zuzuwenden und dadurch die Steigerung der Produktion zu ermöglichen. Diese wirtschaftliche Hast raubt ihnen ja die Freude am Handel als einer die Muße ausfüllenden Beschäftigung.

Ein auffallender Gegensatz in der Behandlung fremder Völker war vor dem Krieg zwischen Engländern und Deutschen festzustellen. Der deutsche Fabrikant und Kaufmann wußte sich sachlich ganz außerordentlich an die Bedürfnisse und Gewohnheiten des Fremden anzupassen. Die deutschen Erzeugnisse liefen den Wettbewerbern auf allen Weltmärkten den Rang ab, weil sie in weitestgehendem Maße den Eigenheiten eines jeden Marktes Rechnung trugen. Jede besondere Bedarfs- und Geschmacksrichtung fand ihre Berücksichtigung, so daß beim Vergleich mit den Erzeugnissen anderer Länder das deutsche dem fremden Käufer immer als das gerade für ihn passende erschien. Dem englischen und auch dem amerikanischen Kaufmann war diese weitgehende Anpassung durchaus fremd. Er hielt sich an die Methoden seines Landes und verlangte vom fremden Käufer, daß er seinen Bedarf diesen anpasse. Das hat wesentlich dazu beigetragen, daß auf den nichtbritischen Teilen des Weltmarktes die deutsche Belieferung mehr und mehr in Vorsprung vor der englischen kam.

Ganz anders als mit dieser sachlichen Anpassung verhielt es sich mit der gedanklichen. Da war der Brite außerordentlich weitherzig und fand den Weg zur Seele fremder Völker, indem er, wo das praktische Bedürfnis es gebot, jeden nach seiner Fasson selig werden ließ. Auf dem Gebiet des geistigen, namentlich des politischen Verkehrs, neigt der Deutsche sehr stark zur Lehrhaftigkeit. Teils durch anderen Völkern fremde Tiefgründigkeit, teils durch Hang zur Pedanterie wirkt er auf ihre Denkweise leicht

abstoßend. Wo er sich der Mühe unterzieht, sich gedanklich anderen Völkern anzupassen, da verfällt er nur zu schnell der Gefahr völligen Untertauchens in das fremde Volkstum. Während ein Teil der Deutschen im Ausland sein Deutschtum an allen Orten und zu jeder Zeit zäh bewahrt hat, fiel der andere Teil binnen kürzester Zeit der Aufsaugung durch das fremde Volkstum bis zum übelsten Renegatentum anheim. Auch daheim in Deutschland neigten jene Kreise, die fremder Denkweise objektiv gegenüberzutreten trachteten, nur allzusehr dazu, deutsche Denkweise zu verleugnen und sich der Ausländerei hinzugeben, oder der ausländischen Auffassung unter allen Umständen recht zu geben vor der deutschen.

Die Versuche, dem deutschen Standpunkt im Ausland Geltung zu verschaffen, eine Brücke zu schlagen zwischen deutscher und fremder Auffassung sind meist kläglich gescheitert, vielfach an der dem Ausland unerträglichen Lehrhaftigkeit, mit der sie unternommen wurden, oder an einer tapsigen Aufdringlichkeit, die sich der fremden Denkweise nicht im geringsten anzupassen vermochte. Es braucht nur erinnert zu werden an das jämmerliche Mißlingen der im Herbst 1914 unternommenen

deutschen Propaganda

in neutralen Ländern, die vielfach mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat. Wir überschwemmten das Ausland mit deutschen Verteidigungsschriften jeder Art und wußten, auch wenn es noch so fein säuberlich übersetzt war, doch nicht in seiner Sprache zu ihm zu sprechen, seine Denkweise und seine Seele zu treffen. Allzusehr leuchtete der deutsche Schulmeister durch, der verlangt, daß sich der Fremde unserer so leicht ins Schwerblütige und Doktrinäre gehenden Art anpaßt, anstatt ihn so zu packen, wie er es eigener Denkart gemäß gewohnt ist.

Im Sachlichen so anschmiegungsfähig, ist der Deutsche im Gedanklichen oft recht intolerant, wenn er nicht gerade in das gegenteilige Extrem des Verzichtes auf nationale Eigenpersönlichkeit verfällt. Unserer politischen Werbearbeit im Ausland, die viel Toleranz und Anpassungsfähigkeit zu lernen, viel Lehrhaftigkeit abzustreifen hat, ist die Betätigung für die nahe Zukunft außerordentlich erschwert durch die unglückliche Rolle, in der Deutschland aus dem Krieg herausgetreten ist. Um so sorgfältiger und feinfühliger muß ihre Pflege betrieben werden.

Wir befinden uns seit dem November 1918 in der Reihe der ohnmächtigen Staaten, die über ihre Mitwirkung am Friedenswerke und am weltwirtschaftlichen Wiederaufbau gar nicht erst gefragt werden, sondern die im wesentlichen nur Befehle entgegenzunehmen haben. Wir sind und bleiben die nachnovemberlichen Parias. Immer wieder wird Deutschlands Unrecht, Deutschlands Schuld herausgekehrt. Und selbst wenn unser fanatischster Gegner sich das Recht sichern will, künftig ganz anders als Deutschland im Weltkriege den wirklich rücksichtslosesten U-Bootkrieg zu führen, dann verbrämt er das entsprechende Plädoyer mit allen erdenklichen Vorwürfen gegen jene Art deutscher Kriegführung, die er bei gegebener Gelegenheit erheblich zu übertrumpfen entschlossen ist. Die Welt ist zum größeren Teile noch nicht gesonnen, uns ruhig anzuhören, und das amtliche Deutschland schreckt auch seinerseits vor jedem Versuch

zurück, uns Gehör zu verschaffen. Nur keine deutsche Propaganda im Auslande — das ist selbst der Standpunkt amtlicher Außenvertreter des Reiches, die berufen und verpflichtet wären, mit aller Kraft dafür einzustehen, daß die Wahrheit über Deutschland wieder zum Siege gelange und auch deutsches Recht endlich Recht werde.

Verstopft sich das Ausland uns gegenüber die Ohren, so fehlt es uns für unser Teil an Mitteln und Möglichkeiten, das Ausland mit der wünschenswerten Genauigkeit zu studieren, die Stimmungen und Strömungen kennenzulernen, mit denen wir zu rechnen und auf die wir uns einzustellen haben, um den Kampf für die Wahrheit und für unser Recht mit den geeigneten Mitteln zu führen. Was heute Auslandsvertreter, die sich Zutritt zu führenden und wissenden Kreisen verschaffen wollen, materiell zu beanspruchen gezwungen sind, davon kann sich mit dem Rechenstifte in der Hand jedermann ein ungefähres Bild machen, wenn er den Dollarkurs von 200 oder gar 300 M. in Ansatz bringt. Unter diesen Verhältnissen leidet schwer unsere weltpolitische Unterrichtung; da wir im Verkehr mit den valutastarken Ländern angesichts der schier unerschwinglichen Aufwendungen, allein beispielsweise schon für Kabelkosten, ganz überwiegend auf Unterrichtung aus zweiter Hand angewiesen sind. Schwer leidet darunter auch unsere weltwirtschaftliche Unterrichtung.

Auf diesem Gebiete hatten wir uns vor dem Kriege eine überaus weitgehende Zersplitterung der Kräfte gestattet. Es gab eine große Reihe weltwirtschaftlicher Gesellschaften, die dieses Feld zu beackern strebten, aber mit solchem Eigenwillen nebeneinander her arbeiteten, daß jeder Versuch, sie unter einen Hut zu bringen, schließlich nur zu einer weiteren Vermehrung der Organisationen dieser Art führte. Unter dem Zwange des Krieges erkannte man endlich die unerläßliche Notwendigkeit einer durchgreifenden Kräftevereinigung. Unternehmungen wurden geschaffen, die sich im Dienste unserer weltwirtschaftlichen Unterrichtung und auch der Unterrichtung der Welt über die deutschen Verhältnisse hohe Ziele steckten. Es blieb aber, ganz abgesehen von den Sondervertretungen großer Verbände und einzelner Firmen, doch immer noch bei einer Vielheit der weltwirtschaftlichen Nachrichtenorganisationen, die wir uns in unserer heutigen materiellen Lage nicht mehr leisten dürfen. In ausgeprägtem Wettbewerbe arbeiteten nebeneinander der amtliche Apparat des weltwirtschaftlichen Nachrichtendienstes, der sich in neuerer Zeit nach außenhin auch der Form eines Privatunternehmens in Gestalt der Eildienst-G.m.b.H. bediente, und der von den Hauptkräften des privaten Wirtschaftslebens getragene Deutsche Überseedienst. Ähnliche Ziele verfolgt das Hamburger Kolonialinstitut und das Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, das im Grunde rein wissenschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt war, daneben aber auch den weltwirtschaftlichen Nachrichtendienst als Unternehmer pflegte.

Seit langer Zeit haben sich Bestrebungen Geltung zu verschaffen gesucht, zwischen diesen verschiedenen Gruppen des weltwirtschaftlichen Nachrichtendienstes eine Vereinigung herbeizuführen. Dieses Ziel konnte und kann in ersprießlicher Weise nur erreicht werden in den Formen

eines von bureaukratischen Fesseln, Rücksichten und Bedenklichkeiten gelösten privaten Unternehmens, das aber nicht eingestellt sein darf auf die Erzielung möglichst hoher Erträge, sondern auf die möglichst gute Unterrichtung der deutschen Wirtschaftskreise über die Lage im Auslande, zu welchem Ende nötigenfalls die interessierten Wirtschaftskreise selbst auch materielle Opfer zu tragen sich nicht scheuen dürfen. Nach endlosem Hin und Her ist Anfang 1922 die Verständigung zwischen dem von der Wilhelmstraße getragenen Eildienste und dem von der Industrie getragenen Deutschen Überseedienst durchgeführt.

Diese Vereinigung der Kräfte tat dringend not und ist als erfreulicher Fortschritt zu begrüßen. Freilich darf der Schritt nicht überschätzt werden; denn durch ihn soll nur eine Verbesserung und Verbilligung unserer wirtschaftlichen Aufklärung über das Ausland erreicht werden. Daneben bleibt die Aufgabe bestehen, fortzuarbeiten an der wesentlichen Verbesserung unserer politischen Unterrichtung über das Ausland, und bestehen bleibt vor allen Dingen der ganze große Aufgabenkomplex einer besseren Unterrichtung des Auslandes über uns. Nach dem Kabelraub stehen uns hierfür obenan die großen technischen Fortschritte der drahtlosen Telegraphie und Telephonie zur Verfügung. Heute schon umfaßt der Funkspruch das ganze Erdenrund. Einer regelmäßigen, Tag für Tag hemmungslos sich vollziehenden Bedienung der Welt durch den deutschen Funkspruch stehen aber noch mancherlei Schwierigkeiten im Wege. Vor allen Dingen ist die Sicherheit der Funkverbindung aus der Winterzeit in die Sommerzeit und umgekehrt, d. h. über den Äquator hinweg, noch nicht voll gewährleistet. Es steht zu hoffen, daß die letzten Hemmnisse bald beseitigt sein werden.

In diesem Zusammenhange muß aber schließlich auch wieder der

Erziehung der heranwachsenden Jugend

zur außenpolitischen Denkfähigkeit und zur Urteilsfähigkeit bezüglich unserer Stellung gegenüber dem Auslande gedacht werden. Mit dem abfälligen Schlagwort »Modesache« wird mancher streng konservative Schulmann wie auch mancher oberflächlich urteilende Laie Bewegungen abzutun geneigt sein, die sich hinsichtlich der Modelung der Lehrpläne von Zeit zu Zeit geltend machen, und die doch Anspruch erheben können, als durchaus ernst zu nehmende Strömungen bewertet zu werden. Nachdem die Alleinherrschaft des humanistischen Gymnasiums einmal gebrochen ist, haben auf dem realen Boden so mancherlei verschiedene Richtungen im Laufe der Zeiten miteinander gerungen, einander abgelöst oder sich nebeneinander durchgesetzt.

Die Frage nach den Zielen von Unterricht und Erziehung kann ja unter den verschiedenen Gesichtspunkten unendlich mannigfach beantwortet werden. Hier wird der höheren Schule die Aufgabe gesteckt, die Vorbildung zu geben für die spätere Erfassung der universitas literarum, die Vorbildung zum Weltbürger. Dort verlangt man, daß die deutsche Schule vor allen Dingen deutsche Männer erziehe. An anderen Stellen wird das Hauptgewicht auf die Ausbildung für das praktische Leben gelegt; aber gerade unter diesem Grundbegriff sammeln sich wieder im

einzelnen weit auseinandergehende Bewegungen, deren Wandlungen und wechselnde Vorherrschaft eben von den Zeitumständen abhängig sind. Neben die den höheren Schulen gestellte Aufgabe der Vorbildung für die Universität trat die Aufgabe der Vorbildung für die technische Hochschule, die Bevorzugung der Mathematik, Physik und Chemie. Anderseits wurde das Verlangen nach Schulung für das praktische Leben aufgefaßt im Sinne der Vorbereitung nicht für die technische, sondern für die kaufmännische Mitarbeit an der Eroberung des Weltmarktes und verlangte stärkste Berücksichtigung der lebenden Hauptsprachen des Weltverkehrs. Die Jahrzehnte besonderer Vorliebe für die Pflege der Philosophie, der alten und der modernen Literatur, der Naturwissenschaften, der Technik machten wechselweise ihre Einflüsse auf die Lehrpläne der höheren Schulen geltend, ebenso auch die Zeiten weitgreifender Neubildungen im Verfassungswesen ihren Einfluß in der Richtung nach Betonung der Erziehung zum Staatsbürger.

Man sieht, wir haben es wirklich nicht mit Modelaunen, sondern mit begründeten und begreiflichen Zeitströmungen zu tun. Gegenwärtig, unter den Nachwirkungen des Weltkrieges, scheinen wir in einen neuen Zeitabschnitt eingetreten zu sein, in dem die Erdkunde zwar vorläufig noch bei weitem nicht einen eigentlichen Platz an der Sonne beansprucht, wohl aber aus dem tiefen Dunkel, in das unsere Lehrpläne sie zurückgestoßen, wenigstens um einen Grad emporstrebt.

Genauer besehen, handelt es sich hier nicht um eine Schulfrage, sondern um eine Volksfrage. Wir sind ja dem schwer gebrandmarkten Obrigkeitsstaat entwachsen und ein reiner Volksstaat geworden, der nicht nur die Leitung seiner inneren Politik, sondern auch die seiner außenpolitischen Geschicke in die höchsteigene Hand genommen hat. Wenn diese sozusagen volkstümliche Leitung der äußeren Politik Sinn und Zweck und Erfolg haben soll, dann wird es doch am Ende nötig sein, daß auch in weitere Volkskreise eine Spur von Urteilsfähigkeit in außenpolitischen Dingen hineingetragen wird. Es ist ja der Wähler, der den Abgeordneten wählt, und es ist der strebsame Abgeordnete, der nach einem schönen Botschafterposten schielt. Der Wähler ist es, der die Gesamtpolitik, also auch die Außenpolitik, bestimmt. Der Wähler muß sich demgemäß wenigstens auch einen Teil derjenigen Kandidaten, die auf der ihm genehmen Liste stehen, auf ihre außenpolitischen Fähigkeiten hin ansehen, und der Wähler der Regierungsparteien muß auch außenpolitisch hinter der Regierung stehen und sie kontrollieren.

Nun hilft uns freilich nach herrschender Mode eine überaus einfache Formel über die ganzen Schwierigkeiten der Außenpolitik hinweg. Es ist des Landes so der Brauch, daß man sich auf den Standpunkt stellt, die gesamte Außenpolitik sei heute eigentlich überhaupt nur Wirtschaftspolitik. Ein äußerst fatales Schlagwort, von dem wir uns endlich freimachen müssen. Wenn die Magenphilosophie des Marxismus keine stichhaltigeren Weisheiten aufzubringen vermag, so ist das eben nur ein Grund mehr, den Marxismus über Bord zu werfen. Außenpolitik ist nicht ein Zentner ausgeführter Baumwolle und ein Dutzend eingeführter Stiefel, sondern

Außenpolitik ist so ganz nebenher noch etwas psychologische Völkerkunde und physiologische Länderkunde in praktischer Anwendung. Selbst wenn man die Außenpolitik nur oder doch wesentlich wirtschaftspolitisch einstellen will, was wir unsrerseits keinesfalls als richtig anerkennen können, darf man auf diese physiologische Länder- und psychologische Völkerkunde nicht ganz verzichten; sind doch die äußeren wirtschaftspolitischen Möglichkeiten abhängig von den Lieferungs- und Aufnahmefähigkeiten der anderen Staaten und der Leistungsfähigkeit und Verkehrswilligkeit ihrer Bewohner. Wer Außenpolitik treiben oder wer die Außenpolitik seiner Regierung kontrollieren will, fuchtelt mit der Stange im Nebel, wenn er sich nicht um geographische Kenntnisse bemüht — geographisch nicht in dem Sinne, daß man die Nebenflüsse des Amazonas und die Meterhöhe der Alpenberge auswendig lernt, sondern in dem vertieften Sinne der politischen Erdkunde.

Nachdem unser deutsches Volk auch seine außenpolitischen Geschicke dem alten Obrigkeitsstaate entwunden und in die Hände des Volksstaates genommen, ist es die unabweisbare Pflicht und Schuldigkeit dieses Volksstaates, der Demokratie, der Republik, der Volksregierung, die staatsbürgerliche Erziehung auszudehnen auf die schulmäßige Schaffung der ersten Grundlagen für die Aneignung außenpolitischer Urteilsfähigkeit. Hier liegt gerade in der Gegenwart die tiefe Begründung des Rufes: »Mehr Geographie in der Schule!« Bisher ist diese Notwendigkeit nur im Lehrplan Bayerns einigermaßen zur praktischen Anerkennung gelangt. Das neue, demokratische Preußen ist in dieser Beziehung noch außerordentlich rückständig. Von der fruchtbaren Einführung in die Wirtschafts-, Verkehrs- und Kulturgeographie wie in die psychologische Völkerkunde ist der zeitlich überaus beschränkte und inhaltlich in der Regel nur sehr formale, mit wesenlosem Gedächtniskram arbeitende Geographieunterricht unserer höheren Schulen sehr weit entfernt. Er wird in ausgeprägtestem Maße nebenamtlich und stiefmütterlich behandelt und versickert, wenn der Schüler in das für die großen Zusammenhänge der politischen Geographie halbwegs aufnahmefähige Alter gelangt. Auch die Vorlesungsverzeichnisse unserer Hochschulen sind in bezug auf Auslandkunde und politische Erdkunde bedauerlich lückenhaft.

Die Schulgeographen haben in den letzten Jahren, nicht zuletzt unter dem Eindruck des durch den Weltkrieg wesentlich gesteigerten Bedarfs an politisch-geographischer Vorbildung, eine bemerkenswert rührige Tätigkeit entfaltet, um der Erdkunde in den Lehrplänen unserer höheren Schulen einen würdigeren Raum und eine inhaltlich gediegenere Ausstattung zu verschaffen. Bisher war, wie gesagt, nur in Bayern bei der Ausgestaltung des Lehrplanes ein gewisser Erfolg auf ihrer Seite zu verzeichnen. Über die bescheidenen Forderungen der Schulgeographen hinaus, die auch in den Oberklassen zwei Geographiestunden wöchentlich verlangen, vertrete ich für meinen Teil den Standpunkt, daß letzten Endes gerade in den Oberklassen der höheren Schulen, aus denen die Erdkunde zurzeit verbannt ist, die Stelle eines Hauptfaches für den erdkundlichen Unterricht angestrebt werden sollte. Voraussetzung dieser Forderung ist freilich eine vertiefte

und gleichzeitig erheblich verbreiterte Auffassung der erdkundlichen Aufgaben. Steckt man aber den Rahmen etwa in der Weise ab, daß man zu diesen Aufgaben gleichwertig nebeneinander die Länder- und die Völkerkunde und auf dem gemeinsamen Boden beider die Wirtschafts-, Verkehrs-, Kultur- und politische Geographie umfaßt, so dürfte leicht verständlich sein, daß die schulmäßige Einführung in die Fähigkeit zum weiteren Hineinfühlen in diese überaus wichtigen Stoffgebiete auch eine entsprechend weitherzige zeitliche Absteckung des erdkundlichen Unterrichts im Rahmen der Lehrpläne erfordert.

Unter den Gründen, die gerade jetzt der geographischen Strömung ein durchaus zeitgemäßes Gepräge geben, möchte ich die Tatsache an die Spitze stellen, daß wir der Schule des Heeres verlustig gegangen sind. Die Schule des Heeres war u. a. auch eine erdkundliche Schule: Schulung im Kartenlesen, im Zurechtfinden in der Landschaft. Wenn wir danach trachten, die für unser Volksganzes so schwer zu entbehrende Schule des Heeres durch andere Maßregeln körperlicher Ertüchtigung zu ersetzen, so gehören hierzu unbedingt an hervorragender Stelle Marschübungen, Wanderungen. Diese setzen natürlich auch im bürgerlichen Leben einige Kenntnis im Kartenlesen voraus. Schon der einfachste Spaziergang im Grunewald kann ganz verschiedene Grade von Genuß gewähren, je nachdem der Wandernde sich zur Sonne einzustellen weiß. Wesentlich anders wirkt die Landschaft, wenn man nur die Schattenseite der Bäume sieht und schon den nahen Hintergrund umdunstet, wie es beim Marsch gegen die Sonne der Fall ist, oder wenn die Sonnenstrahlen über unseren Kopf hinweg die vor uns liegende Landschaft erhellen und eine wesentlich weitere Fernsicht gestatten. Wer die Karte zu lesen versteht, wird in der Mittagsstunde demgemäß den Marsch in der Nordsüdrichtung vermeiden, wird am späten Nachmittag für dieselbe Strecke Ausgangs- und Endpunkt tunlichst umgekehrt wählen, als er es in der Morgenstunde getan hätte.

Der erdkundliche Unterricht soll uns nun aber nicht nur die Heimatkarte, sondern auch die Weltkarte zu lesen befähigen. Wie verschwindend klein war nicht vor dem Kriege die Zahl derjenigen Deutschen, die sich durch das Studium der Weltkarte darüber hatten belehren lassen, daß Deutschland unter allen Staaten die zahlreichsten Grenznachbarn, darunter die militärisch stärksten Staaten, hatte und demgemäß im Vergleich mit jedem anderen Lande wesentlich gesteigerte Gefahrmomente zu beobachten, eine wesentlich kompliziertere Politik zu treiben gezwungen war. Die leitenden Staatsmänner der kritischen Zeit können von dem Vorwurf nicht freigesprochen werden, daß sie unserer politisch-geographischen Lage kein ausreichendes Verständnis entgegengebracht haben — eine Tatsache, die besonders kraß in der vermeintlichen Regelung der polnischen Frage zum Ausdruck gekommen ist.

Nachdem das Volk mit der sog. freiesten Verfassung von der Welt auch seine außenpolitischen Geschicke in die eigene Hand genommen, kann nicht oft genug betont werden, daß auch die Voraussetzungen für die Befähigung der schließlich doch immer wieder zur Führung berufenen gebildeten Schichten zum Einfühlen in das Verständnis für außenpolitische

Fragen sorgsamer beachtet werden müssen. Wer in heute sehr beliebter Einseitigkeit nur in den wirtschaftlichen Fragen die Triebkräfte der äußeren Politik sehen will, muß sich mindestens für die Pflege der Wirtschafts- und Verkehrsgeographie einsetzen. Wer darüber hinaus auch die unberechtigt vernachlässigten völkerpsychologischen Momente zu der ihnen zukommenden Geltung gelangen lassen will, wird auch der Völkerkunde und Kulturgeographie ihren verdienten Platz einräumen. Der Staatengeographie endlich oder der politischen Geographie im engeren Sinne sind durch die Neubildungen der europäischen Landkarte, durch die jeden Zeitungsleser beschäftigenden zwischenstaatlichen Konferenzen nach Art von Washington derartig vielseitige Anregungen gegeben, daß besagter Zeitungsleser es manchmal bedauern wird, daß in den letzten Jahrzehnten der Lehrplan unserer höheren Lehranstalten nach der geographischen Richtung hin so stiefmütterlich behandelt wurde und gerade in den oberen Klassen so völlig versagte.

Wie die Dinge liegen, haben die Schulgeographen offenbar wirklich keinen Anlaß, nur Mindestforderungen aufzustellen, sondern können sich entschlossen auf den durchaus zeitgemäßen Standpunkt stellen, daß das heranwachsende Geschlecht nach der starken Berücksichtigung einer Vorbildung für die technischen Fächer eine Berücksichtigung der Vorbildung für eine neue, im weitesten Sinne geographisch eingestellte Zeitspanne beanspruchen darf.

Bei Erhebung dieser Forderung erachte ich es, wie schon angedeutet, als selbstverständlich, daß der Ruf: »Mehr Geographie in die Schule!« nicht nur quantitativ, sondern ebensosehr qualitativ aufgefaßt werden will, d. h. nicht im Sinne stärkerer Belastung der Schüler mit geographischem Gedächtniskram, mit Namen und Zahlen, sondern im Sinne ihrer Einführung in den lebendigen Inhalt und in die tiefen Zusammenhänge der physiologischen Länder- und psychologischen Völkerkunde. Es ist Pflicht des Volksstaates, diesen Zweig der durch die Schule zu schaffenden Grundlagen für die staatsbürgerliche Erziehung, der bis auf den heutigen Tag ungebührlich vernachlässigt wurde, emsig und sorgfältig zu pflegen und dadurch beizutragen zu der Beseitigung außenpolitischer Urteilsunfähigkeit wenigstens derjenigen Kreise, die schließlich doch zur geistigen Führung des Volksganzen berufen sind.

Alle taktischen Möglichkeiten künftiger deutscher Außenpolitik, die sich uns etwa bieten könnten, vermögen wir aber schließlich doch nur dann zu nutzen, wenn wir die

inneren Voraussetzungen

erfüllen. Diese Erfüllung der inneren Voraussetzungen aber ist nicht dadurch herbeizuführen, daß wir uns wechselseitig unseren Feinden ans Messer liefern; nicht dadurch, daß deutsche Volksteile sich durch Denunziationen gegenüber fremden Aufpassern verächtlich machen; nicht dadurch, daß eine deutsche Regierung mit Gewaltmaßregeln eine pazifistisch-antimilitaristische Einheitsfront zu erzielen oder dem Auslande vorzutäuschen sucht. Alle Versuche solcher Art mehren schließlich nur die innerpolitische Zerrissenheit, lassen die Möglichkeit einer wirklichen Einheitsfront in

immer nebelhaftere Ferne rücken. Gerade für ein geknechtetes Land aber ist nichts so notwendig wie die innere Einheit, die sich natürlich kein anderes Ziel setzen kann und darf, als das der Befreiung aus der einmal erlittenen Knechtschaft. Ein 80 Millionenvolk, wohnhaft in einem keineswegs entnervenden, sondern stählenden Klima, kann nicht unterdrückt werden, wenn es nicht selbst die Hand dazu bietet. Wenn es im Kriege durch 50 Monde, von aller Welt abgeschnitten, nicht nur den Feinden ringsumher getrotzt, sondern sie ungeachtet ihrer großen Überzahl weit von seinen Grenzen zurückgetrieben, soll es dann — nach einer durch die lange Hungerblockade und Nervenüberreizung bedingten Schonzeit — nicht auch im Frieden fähig sein, geschlossen für seine unveräußerlichen Volksrechte einzutreten und ihnen das gleiche Maß von Geltung zu verschaffen, wie ein Zehntel und ein Zwanzigstel so starke Völker es erlangt haben?

Den Wohnsitzen des deutschen Volkes in Mitteleuropa hat die geographische Lage zwei Möglichkeiten gegeben: Schwächen sich die Bewohner dieser Lande in innerem Hader, dann wird ihr Wohnbereich zum Kriegsschauplatz ganz Europas. Halten sie im Bewußtsein der ihnen innewohnenden Kraft nach außen zusammen — dann ist dieses deutsche Mitteleuropa das leben- und kulturspendende Herz des Erdteils, der Brennpunkt des internationalen Verkehrs, die Stätte fruchtbarster Arbeitsintensität. Es liegt an keinem anderen Faktor als am deutschen Volke selbst, an der jeweiligen Einstellung der Volkspsyche, an der inneren Einigkeit oder Uneinigkeit, an der Willensrichtung und Willenskraft, ob der Boden der Lande zwischen Rhein, Memel und Donau mit Blut oder mit fruchtbringendem Schweiß getränkt wird, ob Deutschland Objekt oder Subjekt der Weltpolitik ist.

In voller Wucht lastet heute auf uns wieder die alte Tragik deutschen Schicksals, die nicht zuletzt durch die erschwerenden Umstände seiner geographischen Mittellage bedingt ist. Während die Flachlanddeutschen namentlich dort, wo sie, geschichtlich betrachtet, auf weiträumiger besiedeltem Kolonialboden leben, auch politisch eine einigermaßen großräumige Zusammenfassung erfahren haben, sind die kulturell älter mit ihren Wohnräumen verwachsenen Hochlanddeutschen staatspolitisch zu einer Zersplitterung geneigt, die in entsprechend vergrößertem Maßstabe die Zersplitterung des individuellen oder familiären Bodenbesitzes widerspiegelt.

In der geographischen Mittellage Deutschlands hätte entweder äußerer Druck alle zentripetalen Kräfte der Einigung mächtig fördern oder aber ein Mindermaß äußerer Widerstände die zentrifugalen Ausstrahlungskräfte in weiter Ausbreitung deutschen Einflusses lebendig machen können. Es war aber die besondere Tragik des von der Natur in Flachlanddeutsche und Hochlanddeutsche, in Küstendeutsche und Kontinentaldeutsche geteilten Volkes, daß auch seine größesten Söhne, die wohl den geschichtlichen Beruf gehabt hätten, sie zu vereinen, doch immer wieder in der Auswirkung ihrer Taten die Trennungslinien verschärften.

Wäre nicht ein Martin Luther, selber dem Übergangsgebiet vom Niederdeutschtum zum Hochdeutschtum entsprossen, berufen gewesen, dem deutschen Volke zu geben, was es am schwersten entbehrte: die Nationalreligion? Die Russen, die Engländer, die Balkanvölker haben ihre Volkskirche. Von den Anhängern Roms hat Polen eine ganz ausgeprägt nationalisierte Form des katholischen Glaubens geschaffen (Maria Regina Poloniae), Frankreich die Trennung zwischen Staat und Kirche vollzogen. Für Italien ist die römische die gegebene Landeskirche. Die ungeographisch und ohne nationale Umformung an Rom festhaltenden Völker der Iberischen Halbinsel sind in weltpolitische Ohnmacht verfallen und die in gleicher Weise auf Rom gestützte Monarchie Habsburg ist zerbröckelt. Hätte die evangelische Kirche in allen Landen des Deutschtums zum Siege zu gelangen vermocht, so wäre ihr die einigende Kraft der deutschen Nationalkirche verliehen gewesen. Aber schon im Namen des Protestantismus ist neben seiner geistigen Stärke seine politische Schwäche ausgedrückt: eine aus der Kritik geborene Weltanschauung, nicht ein Glaube im strengsten und schärfsten Sinne. Die Öffnung des Weges zur Individualität, in der und durch die der Deutsche groß dasteht in der Welt, aber eine Verbauung des Weges zu der eisernen Umklammerung der Geister, durch die ein zentripetales Deutschland gesichert dastehen könnte in der Welt.

Und Friedrich der Große? Er hat das östliche Tieflanddeutschtum staatlich zusammengefaßt und zu machtvoller Stellung geführt. Aber er hat nicht nur die Scheidewand gegenüber dem bei Habsburg verbliebenen Deutschtum höher aufgerichtet, sondern durch seine von den früheren Zeiten abweichende Toleranz in Glaubenssachen auch die Sorge dafür unterlassen, daß die unter seiner Regierung dem polnischen Staate entnommenen Landgebiete in ähnlicher Weise verdeutscht wurden wie jene angrenzenden und ursprünglich durchaus stammverwandten Teile Hinterpommerns, die noch zu einer Zeit an Preußen fielen, als der Grundsatz »cuius regio, ejus religio« Wirksamkeit besaß.

Endlich Bismarck. War ihm auch weitgehende Zusammenfassung von Tieflanddeutschen und Hochlanddeutschen gelungen, so hat er doch abermals das letzte Stück des Deutschtums in der Auslieferung an Habsburg belassen und trotz Königgrätz nicht an dem überlebtesten Überbleibsel des Mittelalters in Europa gerüttelt. Durch die Jahrhunderte war dieses allezeit versteinert mittelalterlich gebliebene Haus Habsburg der Fluch des Deutschtums. In dieser Rolle durfte es verharren, bis das unbedingte Eintreten Deutschlands für die den unseren abgekehrten Balkaninteressen einer leider deutschen Namen tragenden Monarchie, die niemals Staatspolitik, sondern immer nur antiquierte Hauspolitik getrieben hat, Deutschland selbst in den Strudel des wohlverdienten Habsburger Zusammenbruchs führte. Diese unerwartete Folge der Nibelungentreue hätte den gegebenen Zeitpunkt heraufgeführt, endlich das gesamte mitteleuropäische Deutschtum zu vereinigen, die ethnographische Gemeinschaft zu einer Staatsgemeinschaft zu formen, wenn nicht dieser Augenblick des deutschen Zusammenbruchs auf beiden Seiten eine willen- und tatenlose Führerschaft emporgetragen hätte. So ist die alte Zerrissenheit nicht nur bestehen

geblieben, sondern durch den von anderen Seiten auf Deutsch-Österreich ausgeübten politischen Zwang noch weiter vertieft worden.

In dieser tiefen äußeren Zerrissenheit wäre wenigstens dem staatlich vereint gebliebenen Teil des deutschen Volkes — ebenso wie jeder deutschen Minderheit (oder gar Mehrheit) in den Randländern die innere und äußere Einigkeit dringendstes Erfordernis.

Wer hätte nicht, als er des Fürsten Bülow Werk über die deutsche Politik gelesen, zunächst innerlich gemeint, ganz so schlimm steht es doch nicht um die mangelnde Eignung des Deutschen zur Politik, wie der Verfasser dort immer wieder darlegt. Aber freilich, wenn man den Lauf der Dinge seit dem 9. November 1918 beobachtet, muß man wohl oder übel zu dem Schluß kommen, daß wir vor lauter Einzel- und Eigenwillen, vor lauter Parteien und Parteichen nie zu einer starken inneren Geschlossenheit gelangen können. Welches Land aber vertrüge in Wahrheit solche Eigenbrötelei schwerer als Deutschland, das durch seine geographische Lage im Herzen Europas, des volk- und staatenreichsten Erdteils, wie kein anderer darauf angewiesen ist, nach außen festeste Widerstandsfähigkeit zu erweisen! Umgeben wir uns nicht mit dem Eisenpanzer geschlossenen nationalen Wollens, verfallen wir ganz dem behördlich verordneten Zwangspazifismus, dann sind wir ein erschreckend leicht zu knetender Teig, in den jeder feindliche Nachbar mit leichtem Daumendruck seine Spur bis ins tiefste Innere hineindrücken, aus dem jeder Hungrige sich beliebig große Stücke herausholen kann.

Nur wenn wir uns wieder darauf besinnen, das Vaterland hoch über die Partei zu stellen, wenn wir in nationaler Geschlossenheit ankämpfen gegen ein mit dieser Zeiten schwerer Not unverträgliches Parteiregiment, wenn wir zunächst in den bewußt nationalen Reihen den Parteihader überwinden, um dann weit über sie hinaus den nationalen Gedanken zum Wiedererwachen bringen zu können — nur dann werden wir den Aufgaben der Stunde gerecht werden, dem feindlichen Zertrümmerungswillen zu begegnen vermögen. Des Vaterlandes Not kennt nur ein — aber auch ein unerbittliches Gebot: Wir werden national einig sein, werden ohne Parteiegoismus der vaterländischen Erneuerung und Wiedererstarkung dienen — oder wir werden nicht sein, verdienen nicht zu sein.

Für das Verhältnis zwischen äußerer und innerer Politik gibt es theoretisch verschiedene Möglichkeiten, von denen politisch jedoch nur eine ohne äußeren und inneren Schaden anwendbar erscheint. Ein Bennigsen fand einst trotz 1866 und trotz des Gegensatzes zwischen liberalen und konservativen Grundanschauungen auf beiden Seiten den Weg zu Bismarck, weil er mit diesem bezüglich der entscheidenden Frage des Verhältnisses zwischen Außen- und Innenpolitik dahin übereinstimmte, daß vor allen innerpolitischen Erwägungen die Frage der Machtsicherung nach außen zu stehen habe. Die gesamte demokratische Linke in Deutschland hielt es, bis sie selbst Herrin der Regierungsgewalt geworden, insofern umgekehrt, als sie aus innerpolitischen Auffassungen resultierende Gefühlsmomente für ihre außenpolitische Orientierung entscheidend sein ließ. Die Fürsprecher des Parlamentarismus hielten es mit

seinem und ihrem Musterland England und waren aus innerpolitischen Parallelen Gegner des russischen Zarenreichs. Die weitgehende Rücksicht, die Herr von Bethmann-Hollweg, seinen eigenen politischen Anschauungen entsprechend, dieser Betrachtungsweise der äußeren Politik aus innerpolitischen Motiven zuteil werden ließ, hat auf Beginn und Führung des Krieges und auf die Behandlung der Friedensmöglichkeiten während des Krieges den unheilvollsten Einfluß ausgeübt.

Nunmehr selbst in den Besitz der Macht und der davon untrennbaren Verantwortung gelangt, haben auch die demokratischen Parteien sich zu dem Grundsatz bekehrt, daß die innere Politik den zwingenden Anforderungen der äußeren Lage unterzuordnen sei. Nur handelt es sich für sie nicht um die Sicherung der deutschen Macht nach außenhin, denn deren erforderliche Hilfsmittel sind uns ja aus den Händen gewunden, sondern ihnen erscheint im Gegenteil als der Weisheit letzter Schluß für die Rettung Deutschlands die Unterordnung der inneren Politik unter den Gesichtspunkt, daß nur ein scharf ausgeprägt pazifistisch-antimilitaristisches Deutschland Gnade vor den Augen der allmächtigen Entente finden könne. Dieser Ansicht von einer vermeintlichen Notwendigkeit, die deutsche Innenpolitik gewaltsam auf die Bahnen einer solchen pazifistisch-antimilitaristischen Politik zu führen, entsprang u. a. jene unselige Verordnung gegen die freie Meinungsäußerung der aus begreiflichen taktischen Gründen nicht als national, sondern stets als nationalistisch bezeichneten Volkskreise vom 29. August 1921, die später eine gesetzliche Erneuerung finden sollte. Sie wurde mit dieser außenpolitischen Erwägung begründet durch eben jene Parteien, die in ihrem Programm den Kampf gegen jedwede Ausnahmegesetze führen. Dabei haben sie selber stets den Standpunkt vertreten, daß man durch Ausnahmegesetze den von ihnen betroffenen politischen Gruppen nur ungewollt eine innerliche Kräftigung und zahlenmäßige Vermehrung zuteil werden lasse.

Die Frage, um die es sich in Wirklichkeit dreht, geht also dahin, ob tatsächlich in der reinen und teilweise gewaltsamen Einstellung der deutschen Politik auf die pazifistisch-antimilitaristische Grundnote in unserer derzeitigen Lage das Heil liegen kann. Einsichtige Persönlichkeiten aus dem Lager der alten Feindländer hatten schon lange vor unserer ersten Erklärung der Zahlungsunfähigkeit überzeugend dargetan, daß Deutschland in sehr absehbarer Zeit die Durchführung des auf jenen Grundton gestimmten Programms der Erfüllung schlechterdings unmöglich sein werde, und diese zunächst von englischer Seite ausgegangenen Darlegungen wirkten so überzeugend, daß nachdenklichere Politiker selbst in Frankreich stutzig wurden. Angesichts der tatsächlichen Erfüllungsmöglichkeit aber hilft uns nicht der pazifistisch-antimilitaristische Grundton unserer Außenpolitik, sondern lediglich die deutscherseits entsprechend vorzubereitende Überzeugung der Welt von der Tatsache, daß die Erfüllung nicht nur unmöglich ist, sondern ihre Forderung auch von den Tatsachen in keiner Weise entsprechenden Voraussetzungen ausgegangen ist. Mit anderen Worten, es gilt immer und immer wieder an der Schuldfrage einzusetzen und von hier aus die ganze Grundlage des Versailler Dokuments zu erschüttern.

Dies wäre die einzig heilsame Formel für die Bildung einer Einheitsfront zur Führung der deutschen Außenpolitik.

Für jede Gesundung der europäischen Politik ist nun einmal Frankreichs derzeitige Stellung der weitaus störendste Faktor. Diese so empfindliche Störung der europäischen Politik können wir aber nicht beseitigen oder auch nur abschwächen, sondern werden lediglich zu ihrer Verstärkung beitragen, wenn wir in der Abstimmung unserer eigenen Außenpolitik auf den pazifistisch-antimilitaristischen Grundton Frankreich innerlich und äußerlich noch weiter kräftigen helfen. Wir können den Hebel vielmehr nur ansetzen, indem wir über den Nachweis der Unerfüllbarkeit des Unerfüllbaren jenen anderen Nachweis stellen, daß die unerfüllbaren Forderungen von einer wahrheitswidrigen Grundlage aus erhoben worden sind. Die Schuldfrage und immer wieder die Schuldfrage ist es, bei der das Verlangen nach Revision des Versailler Dokuments einzusetzen hat.

Wenn wir nicht ganz an der äußersten Oberfläche der politischen Dinge haften bleiben wollen, dann werden wir zu der Erkenntnis kommen müssen, daß die größte Erschwernis für eine der Herstellung einer äußeren Einheitsfront notwendig vorangehende innere Verständigung in dieser bewegten Zeit in dem eingefleischten Klassenhaß zu suchen ist, der das Parteileben in Deutschland viel tiefer vergiftet als in anderen Ländern. Freilich bildet auch wiederum der Klassenhaß nicht die letzte Grundlage der Hindernisse, wurzelt er seinerseits doch wiederum in dem Materialismus, dem eigentlichen Urgrund aller Schäden und Nöte unserer Zeit. Eben die materialistische Auffassung, die völlig unfähig ist, den Menschen von der geistigen und seelischen Seite zu nehmen, sondern ihn lediglich einordnet als Subjekt oder als Objekt der Profitgier, konnte den Klassenhaß zu solcher Höhe sich entwickeln lassen, wie wir sie in Deutschland leider beobachten müssen. In der Beurteilung unserer Nachfahren wird aller Voraussicht nach dieser seelenlose Materialismus mit seinen Begleit- und Folgeerscheinungen das üble Kennzeichen eines Zeitalters bleiben, das zwar auf materiell-technischen Gebieten vielerlei hinter sich gebracht, aber trotz äußeren Reichtums, der im Begriff steht, sich selbst zu verzehren, innerlich enorm arm geblieben ist.

Hochfahrend beliebten wir von einer früheren Zeit als dem finstersten Mittelalter zu sprechen. Sehen wir uns aber die ungünstigen Kennzeichen jenes finstersten Mittelalters genauer an, so werden wir bei entsprechend sorgfältiger Prüfung des Geisteslebens unserer eigenen Zeit schaudernd allerlei Wiederholungen entdecken. Was ist es, das wir vornehmlich an jenen vergangenen Jahrhunderten verurteilen? Es ist der brutale Gewissenszwang, der außerordentlich weitverbreitete Aberglaube und der ebenso verbreitete sadistische Hang zur Quälerei. Wie damals der Gewissenszwang von oben durch die Fürsten und Kirchenfürsten ausgeübt wurde, so heute von unten durch die sozialistischen Träger der materialistischen Auffassungsweise, der Gewissenszwang, der in Fabrik und Werkstatt auf Arbeiter und Angestellte drückt und sie mit größter Rücksichtslosigkeit hineinzupressen sucht in die Gedankenwelt des Klassenhasses. Abgesehen von dem Dogma des materialistischen Sozialismus, erschöpft sich der

Glaube unserer Zeit in einer ungeheuren Überschätzung unseres in Wahrheit doch immer noch durchaus begrenzten Weltwissens, in einem kindisch eitlen Verkennen dieser seiner Grenzen. Kein Wunder, daß sich daneben unter der Oberfläche überaus weit verbreiteter Aberglaube geltend macht, für den der Hang zur Gesundbeterei und Wahrsagerei nur markante Beispiele bildet.

Nehmen wir schließlich hinzu, was uns während des Weltkrieges und nach seinem Abschluß angetan worden ist, so haben wir eine jedes finstermittelalterliche Vorbild übersteigende Fülle von Ausströmungen des sadistischen Hanges zur Quälerei. Alles in allem also wahrlich kein Grund, geringschätzig herabzusehen auf das Zeitalter der Inquisition, der Hexenprozesse und der Folter. Abseits der materiell verwertbaren Wissenschaften ist das geistige Leben im tiefsten Grunde unfruchtbar. Literatur und Kunst zeitigen, ehrlich gesprochen, keinerlei Dauerwerte, sondern frönen effekthascherisch den Launen der Tagesmode. Die Geisteswissenschaften in engerem Sinne liegen mehr oder weniger darnieder. Was nicht unmittelbaren materiellen Nutzen verspricht oder sich tendenziös umwerten und ausbeuten läßt als Werkzeug im Klassenkampf, bleibt unbeachtet beiseite liegen. Das ganze Staatsleben wird durch die Erscheinungen der materiellen Kämpfe und der mit ihnen so eng verbundenen Klassenkämpfe beherrscht, Politik und Parteien stehen völlig in ihrem Bann.

Nach den unerträglich einseitigen Übertreibungen des Materialismus und ihren furchtbaren Folgen, zu denen der ganze Weltkrieg und sein gerade für Deutschland, das Land der materialistischen Geschichtsauffassung, so traurige Ausgang gehören, ist die Zeit reif für eine scharfe Reaktion gegen den Materialismus, für eine geistige Erneuerung. Ihr muß auch der Geist des Klassenkampfes zum Opfer fallen, eine Opferung, die auf das sehnlichste zu wünschen wäre. Soweit Maßnahmen der staatlichen Politik und Gesetzgebung hieran mitzuwirken vermögen, scheint der rechte Weg vorgezeichnet durch die erstrebte Entpolitisierung des Wirtschaftslebens, die Entlastung des politischen Parlaments vom Materialistischen durch die Schaffung des gesonderten Wirtschaftsparlaments. An der Beseitigung des Klassenhasses zu arbeiten ist weniger Aufgabe der staatlichen Gesetzgebung als der privatwirtschaftlichen Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Mitverwaltung und Mitverantwortung der Arbeiter durch das Medium der Betriebsräte stellt keine endgültige Lösung dar. Diese wird vielmehr zu suchen sein in der wirtschaftlichen Mitbeteiligung, in der Werkgemeinschaft, die den Arbeiter selbst in gewissem Grade zum Unternehmer, zum Kapitalisten macht. Ansätze zu dieser homöopathischen Bekämpfung des Materialismus mit seiner Folgeerscheinung des Klassenkampfes eben durch materiell-wirtschaftliche Mittel zeigen sich verheißungsvoll in zunehmendem Grade. Gewichtige Stimmen gerade auch aus industriellen Unternehmerkreisen haben sich für die Risikobeteiligung des Arbeiters eingesetzt und die Wege öffnen sich für einen Neubau unserer privatwirtschaftlichen Verfassung, der in Form der Werkgemeinschaft wesentlich zweckmäßiger zu wirken verspricht, als etwa eine staatliche Zwangssozialisierung mit all ihren bureaukratischen Übeln.

Der Abbau der schroffen Grenzlinie zwischen vermeintlichen Subjekten und Objekten der Profitgier verspricht in Gemeinschaft mit einer gesunden Reaktion gegen die Vorherrschaft des reinen Materialismus überhaupt eine Erlösung von Klassenkampf und Klassenhaß, von der tiefgreifenden Vergiftung unseres ganzen politischen Lebens durch den letzteren und die so dringend notwendige Wiederherstellung des nationalen Gemeinschaftsgefühls, ohne die wir aus Nöten der Zeit keine Rettung erhoffen können.

Wir sehen uns letzten Endes bei diesen Fragen vor das große Haupt- und Grundproblem gestellt, vor das Problem des größtmöglichen Glückes für größtmögliche Teile des Volkes. Dieses Problem ist theoretisch lösbar zwischen zwei äußersten Extremen: zwischen dem Extrem der ungeheuren Macht und ungeheuren Reichtums in den Händen ganz weniger, und in dem anderen Extrem einer vollkommenen Aufteilung der Vermögen und Freiheit unter alle. Bei dieser vollkommen restlosen Aufteilung würde für jeden einzelnen nichts Nennenswertes übrigbleiben, und das Maß von Glück materieller Natur würde ein äußerst geringes sein.

Tiefer geschaut, ist es der urewige Gegensatz zwischen Einzelwillen und Gesamtwillen. Die Absteckung der Grenze zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen freier Entfaltung der Einzelkraft und der Regelung ihres Wirkungskreises durch die Gesamtheit ist zu allen Zeiten ein Gegenstand des politischen Kampfes gewesen. Die Schlagwörter, in die man die beiden entgegengesetzten Tendenzen zusammenzufassen pflegte, hießen in der alten Zeit Individualismus und Sozialismus. Deutlicher freilich hätte man sagen sollen: Individualismus und Kommunismus; denn der kommunistische Teil des sozialdemokratischen Programms, das Voranstellen der den Arbeits- und Verdienstkreis des einzelnen streng umgrenzenden Gemeinwirtschaft ist es, der den Sozialismus zum Gegensatz des Individualismus stempelt.

In neuerer Zeit sprach man von den Entscheidungskämpfen zwischen Individualismus und Imperialismus. Sprechen wir zweckmäßiger auf gut deutsch von Selbstgefühl und Staatsgefühl. Es handelt sich eben um den ewigen Kampf zwischen Persönlichkeitsrechten und Gemeinschaftsrechten, welch letztere ihr sichtbarstes und wirksamstes Gepräge durch den Staat erhalten.

Aufgabe jeder klugen Staatspolitik mit Bezug auf die Regelung der inneren Verhältnisse ist es, zwischen den Persönlichkeitsrechten und den Forderungen der staatlichen Gesamtheit einen möglichst vollkommenen Ausgleich zu finden.

Gehen wir zurück auf den alten Gegensatz zwischen Individualismus und Sozialismus, so werden wir in der Geschichte unseres Parteilebens in Deutschland die auffällige Erscheinung finden, wie weit sich die Gegensätze zwischen beiden unter Umständen überbrücken und verwischen lassen. Der alte Freisinn hat am entschiedensten die Sache des Individualismus geführt. Sein ehemaliger Führer Eugen Richter war der unerbittlichste Feind des Sozialismus. Die parteigeschichtliche Entwicklung aber hat gleichwohl dahin geführt, daß die ehemaligen Nationalsozialen Aufnahme

im Freisinn finden konnten, und daß der Freisinn mehr als einen Wahlpakt auch mit der Sozialdemokratie geschlossen hat.

Man pflegt uns England zu preisen als das »freie« England, in dem die Persönlichkeitsrechte die höchste Geltung haben. Prüft man die englischen Verhältnisse aber näher, so stößt man auf die sehr bemerkenswerte Erscheinung, daß der gesetzliche Zwang zur Beobachtung der Gemeinschaftsrechte durch den einzelnen hier im Grunde doch nur deshalb so wenig zur Anwendung gelangt, weil ein ungewöhnlich starker, freilich ungeschriebener, konventioneller Zwang wirksam ist. Wohl steht es dem einzelnen Engländer frei, sich beispielsweise auf der Straße so bizarr und grotesk zu benehmen, wie er nur irgend mag. Man wird ihn nicht nur nicht daran hindern — man wird ihn nicht einmal belächeln. Im großen Durchschnitt aber unterwirft sich der Engländer in seinem ganzen Gehaben freiwillig außerordentlich strengen Gesetzen der gesellschaftlichen Konvention. Innerhalb des Spielraumes, den ihm der gesellschaftliche Kodex läßt, mag er dann nach Belieben wieder diesem oder jenem »Spleen« freien Raum lassen. Über nationale Staatsnotwendigkeiten herrscht unter den echten Briten kein Streit: sie sind von vornherein anerkannt. Und eben weil sie mit solcher eingefleischten Selbstverständlichkeit anerkannt sind, steht auf dieser festen und sicheren Basis dem Individuum eine so große Bewegungsfreiheit zu. Es gibt in England keinen Kampf zwischen dem Imperialismus und dem Individualismus, weil eben die Grundrechte des Imperialismus a priori anerkannt sind!

Bei uns zulande glauben die Individualisten sich nur durchsetzen zu können im Kampfe gegen die Staatsnotwendigkeiten. Tatsächlich gibt es mit den Gemeinschaftsinteressen verträgliche Bewegungsfreiheit des Individuums aber nur auf der Basis selbstverständlicher Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten.

Je lebendiger der staatliche Machtwille in den einzelnen Individuen verkörpert ist, um so erfolgreichere Entfaltung verspricht er nach außen, um so größere Freiheit kann er der einzelnen Persönlichkeit seiner Bürger einräumen. Mit einem Wort: Der Individualismus ist zur freien Entfaltung um so besser befähigt, je fester er sich auf den breiten und sicheren Boden staatlicher Macht zu stellen vermag. Nur die Durchdringung des Einzelwillens mit dem staatlichen Machtwillen als einer Selbstverständlichkeit vermag die Rechte und die Freiheiten des Einzelwillens zu gewährleisten.

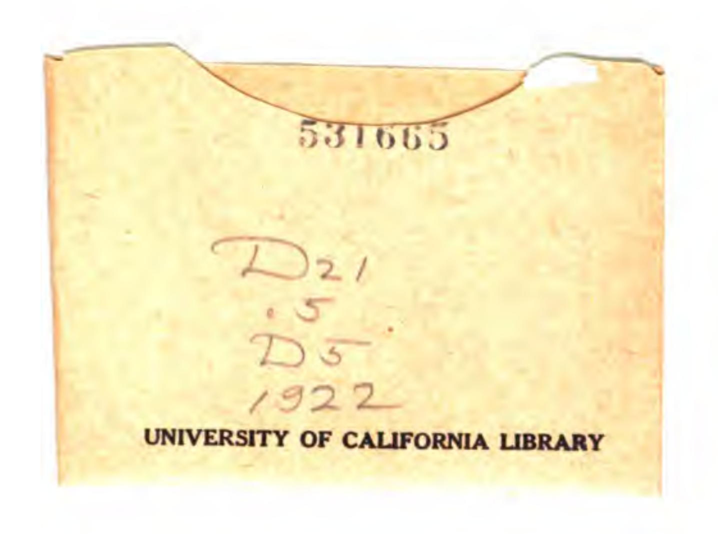
Lernen wir erkennen, daß auch die individuelle Freiheit abhängig ist von der äußeren Freiheit des Staatswesens und des Volkstums, in dem und mit dem wir leben, dann werden wir begreifen, daß die Wiederherstellung unserer von allen Seiten angetasteten und ständig weiter bedrohten Freiheit als Staatsvolk unsere leitende Sorge unter jedem Gesichtspunkt sein muß. Durch Einigkeit zur Freiheit — zur Freiheit des zerrissenen deutschen Volkstums in einiger Zusammenfassung seiner von Natur zusammengehörigen Teile!

Deutschland, das deutsche Volk muß sich auf sich selbst besinnen und muß sich besinnen auf die natürlichen Triebkräfte aller Außenpolitik.

Wachstumswille ist Naturgebot; wer ihm entsagen will, bringt sich um die Selbsterhaltung. Die Weltkarte von heute ist so wenig endgültig wie je eine frühere. Sind uns die Waffen des Kampfes aus der Hand genommen, so rüsten wir uns mit Waffen des Geistes, des Erkennens, des Wissens und Begreifens zu neuen Prüfungen. Das Volksschicksal ist in unsere eigene Hand gegeben. Wir müssen unser Wissen und Gewissen schärfen, bis unser Weg wieder aufwärts führt. Die Grundtatsachen und Grundströmungen von Weltwirtschaft und Weltkultur, Weltverkehr und Weltpolitik verstehen lernen, die tragenden Zeitgedanken durchdringen, die Rolle des Materialismus und Idealismus, des Individualismus und Sozialismus in der Weltgeschichte begreifen und die geographischen Bedingtheiten und Forderungen unseres Volkslebens erfassen, heißt reif werden zu neuer Teilnahme am weltgeschichtlichen Werden. Durch Volkserziehung zur Volkserhebung!

Sach- und Namenregister.

D


531665
D21
.5
D5
1922
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

